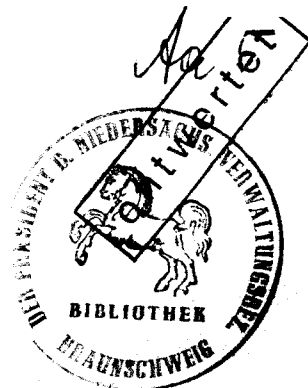
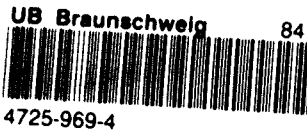
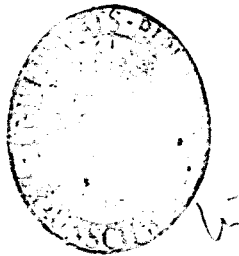




La 5
entwert





Inhalts - Verzeichnis
über die
Verhandlungs - Gegenstände
der
Stadtverordneten - Versammlung
zu
Braunschweig

im Jahre 1903/1904.

11012323



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 2. April 1903.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	2
2. Wahl der Ausschüsse und Deputationen	2

II. 30. April 1903.

3. Behandlung der Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	11
4. Erwerb von Flächen zur verlängerten Wiesenstraße	12
5. Anstellung eines Prozeßes	12
6. Plattenbelag auf der Bammelsburgerstraße	13
7. Erwerb einer Fläche zur Hamburgerstraße	13
8. Umbau der alten Bedürfnisanstalt im Bürgerparke	14
9. Vermehrung der Hilfsbeamten bei der Stadtkasse	16
10. Aufnahme einer Klage und Erhebung der Widerklage	19
11. Pflasterung der Sophienstraße	20
12. Hundesteuer-Erlaßgesuche	22
13. Anschluß eines auswärtigen Grundstücks an das Kanalnetz	22
14. Verrechnung von Kosten für Instandsetzung des Bürgerparks	23
15. Besserung der Akustik im Saale	33
16. Einrichtungen für das Gaswerk an der Bahnhofstraße	33
17. Antrag Stegmann: Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit	33
18. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	34
19. Antrag Günther: Einrichtung einer Volkslesehalle	34
20. Antrag Ohlendorf: Verbreiterung der Brücke an der Sidonienstraße x.	39
21. Antrag Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an Arbeiter	41

IV

	Seite
22. Antrag Löschigt: Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden . . .	43
23. Antrag Löschigt: Befahren der Friedhofstrecke durch die Straßenbahn . . .	44
24. Wahl von Mitgliedern des Ausschusses zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke u.	45
25. Besichtigung der Deutschen Städteausstellung in Dresden	45
26. Anfrage Löschigt: Erweiterung der Tberrealschule	47
27. Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu steuerrechtlichen Grund- sätzen	48
28. Erklärung des Magistrates zur Geschäftsordnung	51
29. Anfrage Rieke: Verhältnis der Armenkasse zum Kantor Barth	51
30. Anfrage Löschigt: Förderung des Fremdenverkehrs	52
31. Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu einer Stadtverordneten Ersatzwahl	52

III. 14. Mai 1903.

32. Instandsetzung von Straßen der Innenstadt	56
33. Ausbau eines Teiles der Wiesenstraße und der Mlicherstraße	61
34. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße	62
35. Errichtung einer Untersuchungsstelle zur Feststellung ansteckender Krank- heiten	63
36. Entsendung eines Stadtverordneten zur Eröffnung der Städteausstellung	66
37. Anfrage Löschigt: Förderung des Fremdenverkehrs	67
38. Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu einer Stadtverordneten- Ersatzwahl	68
39. Einstellung eines Feuerwehrmannes	69
40. Anfrage Rieke: Verhältnis der Armenkasse zum Kantor Barth	69
41. Anfrage Herzberg: Stellung des Magistrates zu einer Bestimmung des Reichswahlgesetzes	71
42. Anfrage Stegmann: Auslegung der Wählerlisten zur Reichstagswahl	73
43. Antrag Wünther: Verwilligung größerer Mittel für Sommerfrischen	74

IV. 18. Juni 1903.

44. Antrag Wünther: Verwilligung größerer Mittel für Sommerfrischen	76
45. Verkauf eines Bauplatzes	77
46. Gesuche um Wasserzuleitung für zwei Grundstücke	77
47. Erweiterung der Tberrealschule	79
48. Aenderung bei den Messungen des Gaies	80
49. Aenderung der Baulinie für einen Teil der Wendenstraße	81
50. Hundesteuer-Erlaßgesuche	81
51. Erwerb von Grundstücken für den städtischen Lagerplatz	82
52. Unterhaltung u. der Kl. Leonhardstraße	83
53. Ausbau eines Teiles der projektierten Straße südlich der Weißstraße	84
54. Vergütung für ärztliche Behandlung von Schulkindern	85

	Seite
55. Plattenbelag auf der Reichenbergstraße	85
56. Ausbau und Kanalisierung der verlängerten Gneisenastraße zc.	86
57. Erwerb von Flächen zur Hamburgerstraße	88
58. Erwerb von Flächen zur verlängerten Wiesenstraße zc.	88
59. Gutachtliche Äußerung über Anlage neuer Straßen	89
60. Vewirtung der Versammlung von Gas- und Wasserfachmännern	96
61. Anrechnung des Wertes der alten Straßenbefestigung an der Hildesheimerstraße	96
62. Instandsetzung der St. Ulrichi-Kirche	97
63. Annahme eines technischen Hilfsbeamten	102
64. Antrag Koch: Anderweite Verwendung der Bedürfnisanstalt des Hagenmarktes	103
65. Anfrage Büdel: Entwässerung der Helmstedterstraße	104
66. Anfrage Pelpies: Mißstände beim Standesamte	104

V. 27. August 1903.

67. Antrag Wesemeier: Maßnahmen wegen der hier ausgebrochenen Typhusepidemie	108
68. Antrag Wesemeier: Beschickung des Verbandstages der Gewerbe-gerichte	136
69. Antrag Koch: Anderweite Verwendung der Bedürfnisanstalt des Hagenmarktes	139
70. Terrainaustausch am Rehnstoben	141
71. Uebertragung von Kosten für Neudruck des Ortsbauplans auf das Jahr 1903/04	141
72. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße	142
73. Ausbau der verlängerten Wiesenstraße	142
74. Terrainerwerb zum Hagenring	143
75. Erwerb von Wege- und Grabenflächen zum Kieselgute	143
76. Verbesserung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung	143
77. Aufstellung von Laternen an der Hohetorpromenade	145
78. Kosten für Beteiligung an der Deutschen Städteausstellung	145
79. Aenderung der Glückstraße	148
80. Terrainerwerb zur Maschstraße	149
81. Antrag Almann: Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße	150

VI. 10. September 1903.

82. Kosten einer Wasserleitungsanlage im Neustadtrathause	152
83. Hundesteuererlaßgesuche	152
84. Aenderungen an der Straßenlinie des Ruffäutchenplatzes zc.	153
85. Einspruch wegen zu zahlender Hundesteuer	154
86. Herabsetzung der Mindestgebühr für Untersuchung eingebrachten Fleisches	154

VI

	Seite
87. Weitervermietung von Kellerräumen	162
88. Anordnung von Vorgärten für die Straße „Rosental“	162
89. Terrainerwerb zur Jakobstraße	163
90. Instandsetzung der Pedellentwohnung in der Schule an der Wilhelmstraße	163
91. Abkommen wegen der Verbindungsstraße am Magnittore	166
92. Reparatur eines Gasbehälters	169
93. Neubau eines Lehrerinnenseminars x.	170
94. Anordnung von Vorgärten für die Landstraße	171
95. Aenderung des Ortsbauplanes an der Gellerstraße x.	171
96. Terrainverkauf an der Maschstraße	171
97. Erneuerung von Fenstern im Rathhause	172
98. Antrag Aßmann: Ausbau x. der Verbindungsstraße zwischen Kastanien- allee und Landstraße	173
99. Anfrage Kathe: Bernreinigungen verschiedener Abflüsse	173
100. Antrag Gehling: Ausbau der südlichen Reststrecke der Kramerstraße	176
101. Antrag Gehling: Erwerb eines Platzes an der Frankfurterstraße	176
102. Antrag Lord: Beseitigung von Straßenbäumen	178

VII. 22. Oktober 1903.

103. Aenderung der Kirchspiele im Westen der Stadt	181
104. Eisenbahnprojekt von Celle über Leiferde x. nach Braunschweig	197
105. Untersuchung des Wassers der Oker und deren Zuflüsse	198
106. Erwerb von Flächen zur Frankfurterstraße x.	200
107. Antrag Löschigk: Ausbau der südlichen Reststrecke der Kramerstraße	201
108. Antrag Löschigk: Erwerb eines Platzes an der Frankfurterstraße	201
109. Antrag Lord: Beseitigung von Straßenbäumen	201
110. Verlegung einer projektierten Verbindungsstraße an der Hildesheimerstraße	201
111. Aenderung des Ortsbauplanes an der Howaldtstraße x.	202
112. Ankauf eines Grundstücks an der Howaldtstraße	202
113. Instandsetzung der Magnuskirche	203
114. Instandsetzung eines weiteren Theiles der Kuchstraße	203
115. Grundzüge für die Befreiung x. vom Schulgelde	204
116. Errichtung einer neuen städtischen Realschule	210
117. Besuch um Verschärfung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften für Warenhäuser	216
118. Kanalisierung eines Theiles der Maschstraße	216
119. Uebernahme der Unterhaltungskosten der verl. Kramerstraße x.	216
120. Aspirationsanlage für die Neustadtmühle	217
121. Rechnungsabchlüsse der Kammereikasse x. für 1902/03	217
122. Aenderungen des Entwurfs eines neuen Ortsbaustatuts	217
123. Verlegung eines Wasserrohres von der Leonhardstraße bis zur Akerstraße	217
124. Hundesteuer-Erlaßgesuche	218
125. Antrag Peplies: Ueberbrückung einer Gasse	218
126. Antrag Wiehle: Anbringung eines Unfallmelders am Schlachthaus	219

	Seite
127. Antrag Bueß: Beschaffung eines Leichenwagens	220
128. Antrag K a t h e: Ueberweisung des Entwurfs der Aenderungen zum Orts- baustatut an hiesige Korporationen	220

VIII. 19. November 1903.

129. Aenderungen des Entwurfs eines neuen Ortsbaustatuts	224
130. Gesuch um Verschärfung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften für Warenhäuser	224
131. Antrag S h l e n d o r f: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	228
132. Erwerb einer Fläche zur Schuhstraße	243
133. Aufstellung von Laternen auf der Goslarischenstraße	244
134. Antrag Bueß: Beschaffung eines Leichenwagens	244
135. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Sidonienstraße	246
136. Einrichtung einer Oberklasse für die 4. Mädchenschule	248
137. Ortsbauplan für ehemalige Grundflächen der Feldmark Riddagshausen . .	248
138. Vergleichsvorschlag in der Klagesache gegen Finkle	248
139. Einsprachen gegen den Ortsbauplan an der Masch	249
140. Antrag L ö s c h i g t: Freihaltung eines Platzes auf den Straßenbahnwagen .	251
141. Antrag Aßmann und Gen.: Errichtung einer Bedürfnisanstalt	251
142. Antrag L ö s c h i g t: Verkehr auf der Straßenbahnlinie nach dem Zentral- friedhofe	251
143. Antrag D u n g e: Ausbau von Terrain am Altstadttringe	252
144. Antrag L ö s c h i g t: Belegung von Fußwegen mit Platten	253
145. Anfrage B r ü c k m a n n: Haushaltungsunterricht auf den unteren Bürger- schulen	253

IX. 17. Dezember 1903.

146. Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse zc. für 1902/03	256
147. Wasserflosetts für die städtische Mädchenschule	256
148. Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs	257
149. Unterstützung an den Braunschweiger Schreiber-Gartenverein	276
150. Beleuchtungsanlage der Rathausuhr	279
151. Geschäftsordnungs-Debatte	280
152. Ankauf einer ethnographischen Sammlung	281
153. Instandsetzung eines Teiles der Schützenstraße	281
154. Instandsetzung des westlichen Platzes an der Brüdernkirche	282
155. Instandsetzung der Karrenführerstraße	283
156. Ausführungen am Wasserrohre	284
157. Klageerhebung	284
158. Projekt zum Ausbau der Maschstraße jenseits der Wehrstraße	284
159. Unterstützungsgeſuch für deutsche Schulen im Auslande	285
160. Verlängerung des Gashauptrohres der Helmstedterstraße	286
161. Warmwasserbereitungsanlage in der Gewerbeschule	286
162. Ausbau eines Teiles des Bültenweges und Anlage einer Fußgängerbrücke .	286

	Seite
163. Antrag Aßmann und Gen.: Errichtung einer Bedürfnisanstalt	287
164. Antrag Jasper: Schluß der heutigen Sitzung	288
165. Ueberrnahme eines Teils der Promenade am Magnitor	289
166. Ausleihung eines Hypothekkapitals	290
167. Pensionierung eines Schulinspektors	290

X. 15. Januar 1904.

168. Begräbnis des Oberbürgermeisters Dr. jur. Fockels	293
------------------------------------------------------------------	-----

XI. 21. Januar 1904.

169. Aenderung des Fußweges zc. der Reichenstraße	296
170. Hundesteuer-Erlaßgesuche	297
171. Vergütung für das Schwesternhaus vom roten Kreuz	297
172. Aufnahme einer Straße an der Heinrichstraße in den Ortsbauplan und Ausbau zweier Straßen daselbst	302
173. Ausbau eines Teils der Heinrichstraße	303
174. Antrag Löschigk: Freihaltung eines Platzes auf den Straßenbahnwagen	303
175. Antrag Löschigk: Verkehr auf der Straßenbahnlinie nach dem Zentral- friedhofe	306
176. Antrag Bunge: Ausbau von Terrain am Altstadttringe	308
177. Antrag Löschigk: Belegung von Fußwegen mit Platten	309
178. Mobiliaranschaffung zc. für das neue Museum	310
179. Instandsetzung des nördlichen Fußweges der Oliesmaroderstraße	311
180. Ausbau des westlichen Teiles der Humboldtstraße	311
181. Weiterbeschäftigung von Hilfszeichnern	312
182. Kostenverwilligung für Malerarbeiten	312
183. Herstellung einer zweiten Zuflußleitung für das Kieselgut	312
184. Klageerhebung	313
185. Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten für das Rosental	313
186. Prüfung der Verlegung der städtischen Badeanstalten	316
187. Einsprachen gegen die Abänderung des Ortsbauplanes an der Hernald- straße zc.	318
188. Antrag Jasper: Diversifizierung der Lohnstatistik	320
189. Anfrage Jasper: Errichtung einer Festschale	320
190. Antrag Jasper: Errichtung eines statistischen Amtes	321
191. Antrag Stegmann: Instandsetzung eines Fußweges	322
192. Antrag Kieße: Instandsetzung zweier Wohnungen	323
193. Antrag Peplies: Herausgabe eines Statuts bezüglich der Kranken- versicherung	324
194. Anfrage Hauswaldt: Errichtung eines Zirkus	325
195. Instandsetzung der beiden Döckerschen Baracken	328
196. Verkaufspreis des neuen Ortsbauplanes	328
197. Antrag Kieße: Ergänzung der Baukommission	329

XII. 4. Februar 1904

198.	Amts-niederlegung des Stadtverordneten Semler	332
199.	Wahl eines neuen Vorsitzenden	334
200.	Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisclubs	335
201.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke zc. im Jahre 1902/03	335
202.	Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes, sowie Umbau des Neustadtrathauses	350
203.	Neubau der Fallerseibertorbrücke	354
204.	Antrag Kiefe: Instandsetzung zweier Wohnungen	355
205.	Antrag Stegmann: Instandsetzung eines Fußweges	359
206.	Instandsetzung eines Teiles der Auguststraße	359
207.	Herstellung eines Einfallschachtes und eines Plattenbelages auf der Ebertstraße	359
208.	Plattenbelag auf einem Fußwege des Königsstieges	360
209.	Antrag Frühling: Verstärkung der Baukommission	360
210.	Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße	360
211.	Antrag Esdorn: Mitteilung der Magistratsvorlagen an die Tageszeitungen	361
212.	Antrag Jasper: Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde	361
213.	Antrag Brückmann: Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts	363
214.	Antrag Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes	364
215.	Anfrage Wesemeier: Instandsetzung der Fußsteige an der Kastanienallee	367

XIII. 18. Februar 1904.

216.	Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden	370
217.	Antrag Frühling: Verstärkung der Baukommission	370
218.	Wahl von Kommissionsmitgliedern	372
219.	Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes, sowie Umbau des Neustadtrathauses	375
220.	Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten	383
221.	Ausbau eines Teiles der Ruffbergstraße	384
222.	Errichtung neuer Bürgerschulklassen	385
223.	Reinigung der Fenstervorhänge im Rathause	385
224.	Terrainerwerb zur Karlstraße	385
225.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	385
226.	Antrag Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes	387
227.	Antrag Jasper: Errichtung eines statistischen Amtes	395
228.	Antrag Jasper:ervielfältigung der Lohnstatistik	396
229.	Antrag Peplies: Ausdehnung der Krankenversicherung	396
230.	Antrag Esdorn: Mitteilung der Magistratsvorlagen an die Tageszeitungen	398
231.	Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße	398

	Seite
232. Antrag Brückmann: Baldige Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts	399
233. Antrag Jasper: Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde	400

XIV. 10. März 1904.

234. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten	412
235. Geschäftsordnungs-Debatte	450
236. Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen	451
237. Herabsetzung der Gaspreise und der Leuchtkraft des Gases	452
238. Uebernahme der innenstädtischen Diergräben	456
239. Aufnahme einer Klage	460

XV. 17. März 1904.

240. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten (Schluß) . . .	465
241. Nachverwilligung von Kosten für Kirchenbauten	486
242. Behandlung der Hundesteuer-Erlaßgesuche	511
243. Reinigung von Denkmälern der Stadt	512
244. Gesuch um Gewährung städtischer Ehrenpreise	513

XVI. 24. März 1904.

245. Einsprache wegen einer Verbindungsstraße an der Kastanienallee	518
246. Verlegung eines Wasserrohrs in der Vertramstraße	518
247. Feststellung der Straßenkosten der verlängerten Kaiserstraße	519
248. Honorarsätze für die Schulärzte	521
249. Wahl eines Kommissions- und eines Deputationsmitgliedes	523
250. Antrag Fiedel und Gen.: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder des Magistrates	523
251. Antrag R a t h e: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle . . .	524
252. Antrag R o c h: Freigabe des Spohrplatzes	525
253. Stadthaushaltsplan zc. für 1904/1905	525

XVII. 31. März 1904.

254. Stadthaushaltsplan zc. für 1904/05 (Schluß)	563
255. Bauliche Aenderungen zc. in der Schule am Prinzenwege	602
256. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Kinderheim	603
257. Herrichtung von Warte- und Baderäumen im städtischen Krankenhause .	603
258. Umbau einer Straßenfläche am Augustplatz	604
259. Aenderung des Ortsbauplanes am Bültenwege	604
260. Verkauf eines Grundstücks am Maschplatz	605
261. Antrag M ü l l e r: Abbruch der Verhandlungen wegen des Zirkusbaues .	605
262. Antrag E s d o r n: Erhöhung der Löhne für Nachtwächter	606

	Seite
263. Antrag Esdorn: Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten . . .	606
264. Antrag Günther: Uebnahme der Waldspiele auf städtische Kosten . .	607
265. Neuwahl des Realsteueraussschusses	607

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abkommen wegen der Verbindungsstraße am
Magnitore 166.

Änderung bei den Messungen des Gases 80.

Änderung der Kirchspiele im Westen der
Stadt 181.

Änderung des Entwurfs eines neuen Orts-
baustatuts 217.

Änderung von Baulinien 81, 148, 153,
171, 201, 202, 296, 604.

Ärztliche Behandlung von Schulkindern 85,
521.

Altstadt-Rathensaal betr. 527.

Amtsniederlegung eines Stadtverordneten 332.

Anfragen der Herren:

Brückmann: Haushaltsunterricht
in den Bürgerschulen 253;

Hauswaldt: Errichtung eines Zirkus
325;

Herzberg: Stellung des Magistrates
zu einer Bestimmung des Reichs-
wahlgesetzes 71;

Jasper: Stellung des Magistrates zu
einer Stadtverordneten-Ersatzwahl
52, 68,

Stellung des Magistrates zu
steuerrechtlichen Grund-
sätzen 48;

Jüdel: Entwässerung der Helmstedter-
straße 104;

Kathe: Verunreinigung von Flußläufen
173;

Löschigt: Erweiterung der Oberreal-
schule 47, 79, 210,

Förderung des Fremdenver-
kehrs 52, 67;

Peplies: Mißstände beim Standes-
amte 104;

Ricke: Verhältnis der Armenkasse zum
Kantor Barth 51, 69;

Stegmann: Auslegung der Reichstags-
Wählerlisten 73;

Wesemeier: Zustandsetzung der Fuß-
wege an der Kastanienallee 367.

Ankauf einer ethnographischen Sammlung 281.

Ankauf von Straßenflächen und Grundstücken
12, 13, 82, 88, 88, 143, 143, 149,
163, 176, 200, 201, 202, 243, 385.

Anlage neuer Straßen 89, 248, 302.

Annahme von Beamten 16, 102.

Anrechnung des Wertes einer Straßenbefesti-
gung 96.

Anschluß von Grundstücken an das Kanalsystem
22, 86, 216.

Anstellung von Prozeßten 12, 19, 284, 313,
460, 463.

Anträge, selbständige, der Herren:

Asmann: Ausbau der Verbindungs-
straße an der Kastanienallee 150,
173,

Errichtung einer Bedürfnis-
anstalt 251, 287;

XII

- Brückmann:** Einführung hauswirtschaftlichen Unterrichts 363, 399;
Bues: Beschaffung eines Leichenwagens 220, 244;
Bunge: Ausbau von Terrain am Altstadtringe 252, 308,
Pflasterung der Kreuzstraße 360, 398;
Ebeling: Ausbau eines Teiles der Kramerstraße 176, 201,
Erwerb eines Plazes an der Frankfurterstraße 176, 201;
Esdorn: Einkommensverhältnisse der städt. Beamten 606,
Erhöhung der Nachtwächterlöhne 606,
Mitteilung der Magistratsvorlagen an die Tageszeitungen 361, 398;
Frühling: Verstärkung der Baukommission 360, 370;
Günther: Einrichtung einer Volksschule 34,
Uebnahme der Waldspiele auf städt. Kosten 607,
Verwilligung größerer Mittel für Sommerfrischen 74, 76;
Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes 364, 387;
Jasper: Errichtung einer Schule 320,
Errichtung eines statistischen Amtes 321, 395,
Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde 361, 400, 563,
Schluß der Sitzung 288,
Vervielfältigung der Lohnstatistik 320, 396, 562;
Jüdel: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder des Magistrates 523;
Kathe: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle 524,
Ueberweisung des Entwurfs zum Ortsbaustatut an Korporationen 220;
Koch: Aenderweite Verwendung einer Bedürfnisanstalt 103, 139,
Freigabe des Spohrplatzes 525;
Löschigk: Befahren der Friedhofstraße der Straßenbahn 44, 251, 306,
Belegung von Fußwegen mit Platten 253, 309,
Freihaltung eines Plazes auf den Straßenbahnwagen 251, 303,
Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden 43;
Lord: Beseitigung von Straßenbäumen 178, 201;
Müller: Abbruch der Verhandlungen wegen des Zirkusbaues 605;
Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städt. Arbeiter 34, 228,
Verbreiterung der Brücke an der Sidonienstraße 39;
Peplies: Herausgabe eines Statuts bezüglich der Krankenversicherung 324, 396,
Ueberbrückung einer Gasse 218;
Riefe: Ergänzung der Baukommission 329,
Instandsetzung zweier Wohnungen 323, 355;
Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an die Arbeiter 41, 76,
Instandsetzung eines Fußweges 322, 359,
Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit 33;
Wesemeier: Besichtigung des Verbandstages der Gewerbeberichte 136,
Maßnahmen wegen der Typhusepidemie 108;
Wiehle: Anbringung eines Unfallmelders am Schlachthause 219.
Arbeiter, städtische, betr. 34, 41, 69, 76, 228.
Archivgebäude, Errichtung 350, 375.
Armenkasse betr. 51, 69.
Armenschein-Ausstellung 588.
Aspirationsanlage für die Neustadtmühle 217.

- Aufstellung von Straßenlaternen 143, 145, 244.
 Ausbau von Straßen und Plätzen 62, 84, 86, 142, 142, 150, 173, 176, 201, 252, 284, 286, 302, 303, 308, 311, 384.
 Ausleihung eines Hypothekkapitales 290.
 Ausschufwahl 2, 45, 372, 523.
 Austausch von Terrain 141.
 Badeanstalten betr. 316.
 Bäume betr. 178, 201.
 Bauarbeiten, städtische, betr. 383, 412, 465.
 Baukommissions-Ergänzung 329, 360, 370.
 Beamten betr. 16, 102, 606.
 Bedürfnisanstalten betr. 14, 39, 103, 139, 246, 251, 287.
 Begräbnis des Oberbürgermeisters Pockels 293, 332.
 Behandlung der Gesuche um Erlaß der Hundesteuer 11, 511.
 Beleuchtungsanlage der Rathausuhr 279.
 Besichtigung der Deutschen Städteausstellung 45, 66, 145, 181.
 Besserung der Akustik im Sitzungssaale 33.
 Bewirtung einer Versammlung 96.
 Bibliothekgebäude betr. 350, 375.
 Brücken betr. 39, 354.
 Bürgerpark betr. 23, 172.
 Bürgerrecht betr. 580.
 Dankschreiben der Frau Oberbürgermeister Pockels 332.
 Denkmäler-Reinigung 512.
 Deputationswahl 2, 523.
 Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen 451.
 Döckerfche Baracken betr. 328.
 Einfallschacht-Herstellung 359.
 Eingaben hiesiger Einwohner und Vereine 10, 53, 77, 108, 152, 216, 224, 224, 332, 464, 513, 562.
 Eingebrahtes Fleisch betr. 154.
 Einsprachen gegen den Ortsbauplan 249, 313, 318, 518.
 Einstellung von Beamten und Arbeitern 69, 102.
 Eisenbahnprojekt von Celle nach hier 197.
 Entlastung wegen Verwaltung der Richte- und Wasserwerke 335.
 Entwässerung der Helmstedterstraße 104.
 Erklärung des Magistrates 51.
 Errichtung einer Realschule 210.
 Errichtung einer Untersuchungsstelle zur Feststellung ansteckender Krankheiten 63.
 Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes zc. 350, 375.
 Erwerb von Straßenflächen und Grundstücken 12, 13, 82, 88, 88, 143, 143, 149, 163, 176, 200, 201, 202, 243, 385.
 Ethnographische Sammlung betr. 281.
 Ferienkolonien betr. 74, 76, 597.
 Feststellung von Straßenkosten 519.
 Feuerwehr betr. 69, 546.
 Flußläufe betr. 173, 456.
 Fremdenverkehr betr. 52, 67.
 Fußweg-Änderung 296.
 Gaswerke betr. 33, 80, 169, 286, 452.
 Geschäftsordnung betr. 10, 51, 280, 450.
 Gesuche hiesiger Einwohner und Vereine s. Eingaben.
 Gewerbegericht betr. 136, 152.
 Gewerbeschule betr. 286.
 Grundsätze für die Befreiung vom Schulgelde 204.
 Hauswirtschaftlichen Unterricht betr. 253, 363, 399.
 Herabsetzung der Gaspreise zc. 335, 452.
 Hilfsschule betr. 350, 375, 533.
 Honorar für die Schulärzte 521.
 Hundeausstellungen betr. 513.
 Hundesteuer betr. 11, 511.
 Hundesteuer-Erlaßgesuche 22, 81, 152, 154, 218, 297, 385.
 Hypothekkapital betr. 290.
 Instandsetzung der Brücknerfche 97.
 Instandsetzung der Döckerfchen Baracken 328.

XIV

Instandsetzung des Bürgerparks 23.
 Instandsetzung von Straßen und Plätzen 56,
 96, 203, 203, 281, 282, 283, 311,
 322, 359, 359, 367.

Instandsetzung von Wohnungen 163, 323,
 355.

Kämmereikasse betr. 217, 256.

Kanalanschlüsse betr. 22, 86, 216.

Kinderheim betr. 588, 603.

Kirchen betr. 97, 181, 486.

Klage-Erhebung 12, 19, 284, 313, 460, 463.

Konsumvereine betr. 464.

Kostenverwilligung für Malerarbeiten 312.

Krankenhaus, städt., betr. 603.

Krankenversicherung betr. 33, 324, 396.

Landwirtschaftliche Lehranstalt betr. 53.

Lehrer betr. 290, 451.

Lehrerinnenseminar 170.

Leichenwagen-Beschaffung 220, 244.

Lesehalle betr. 34, 320.

Licht- und Wasserwerke betr. 335.

Lohnerhöhungen betr. 34, 606.

Lohnstatistik betr. 320, 396, 562.

Magistratsmitglieder betr. 523, 524.

Malerarbeiten betr. 312.

Mitteilung der Magistratsvorlagen an die
 Tageszeitungen 361, 398.

Mitteilungen des Magistrates 53, 76, 152,
 463, 464, 562.

Museum betr. 310.

Nachtwächter betr. 563, 606.

Nachverwilligung von Kosten für Kirchen-
 bauten 486.

Neubau der Fallerslebenbrücke 354.

Neubau eines Archiv- und Bibliothekgebäudes
 350, 375.

Neubau eines Lehrerinnenseminars 170.

Neustadtmühle betr. 217.

Neustadt-Rathaus betr. 350, 375.

Oberrealschule betr. 47, 79, 210.

Okergräben-Übernahme 456.

Ortsbauplan betr. 141, 248, 302, 328, 604.

Ortsbaustatut betr. 180, 217, 220, 224.

Parkhaus betr. 172.

Pensionierung eines Schulinspektors 290.

Pflasterung von Straßen und Plätzen 20,
 360, 398.

Plattenbelag betr. 13, 85, 253, 309, 359,
 360.

Polizeistunden-Festsetzung 361, 400, 563.

Prozeß-Aufnahme 12, 19, 284, 313, 460,
 463.

Rathaus betr. 33, 279, 385.

Realschul-Errichtung betr. 210.

Realsteuer-Auschuß-Wahl 607.

Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse 217,
 256.

Reichstagswahl betr. 71, 73.

Reinigung von Denkmälern 512.

Reinigung von Fenstervorhängen 385.

Rieselgut betr. 312.

Rote Kreuz-Schwefternhaus betr. 297.

Scheuerfrauen betr. 33.

Schlachthaus betr. 154, 219.

Schluß der Sitzung 288.

Schreiber-Gartenverein 276.

Schulärzte betr. 85, 521.

Schulen betr. 47, 79, 85, 163, 170, 204,
 210, 248, 253, 256, 286, 385, 451,
 521, 533, 562, 594, 602.

Schulgeldaufhebung betr. 204, 533.

Schwefternhaus vom Roten Kreuz 297.

Sommerferien für Arbeiter 41, 76.

Sommerfrischen betr. 74, 76, 597.

Spielplätze im Bürgerpark 257, 335, 527.

Stadthaushaltsplan für 1904/1905 525,
 563.

Stadtkasse betr. 16.

Stadttratsstellen-Besetzung betr. 524.

Stadtverordneten-Wahl betr. 52, 68.

Städte-Ausstellung betr. 45, 66, 145, 181.

Städtetag betr. 575.

Standesamt betr. 104.

Statistisches Amt betr. 321, 395.

Steuerrechtliche Grundzüge betr. 48.
 Straßenanlegung betr. 89, 248, 302.
 Straßenbäume betr. 178, 201.
 Straßenbahn betr. 44, 251, 251, 303, 306,
 562.
 Straßenbeleuchtung betr. 43, 143, 145, 244.
 Straßenkosten betr. 519.
 Straßen etc., welche behandelt worden sind:
 Äckerstraße 217;
 Altstadtring 252, 308;
 Augustplatz 604;
 Auguststraße 59, 359;
 Bammelsburgerstraße 13;
 Bertramstraße 518;
 Blücherstraße 61;
 Bültemweg 77, 178, 286, 604;
 Cellerstraße 171;
 Comeniusstraße 77;
 Ebertstraße 359;
 Frankfurterstraße 176, 200, 201.
 Gliesmaroderstraße 311;
 Glückstraße 148;
 Gneisenaufstraße 86;
 Goslarischestraße 244;
 Hagenmarkt 103, 139;
 Hagenring 143;
 Hamburgerstraße 13, 88;
 Heinrichstraße 62, 142, 302, 303;
 Helmstedterstraße 104, 286;
 Hennebergstraße 322, 359;
 Hildesheimerstraße 96, 201;
 Hohetorpromenade 145;
 Hofwaldtstraße 202, 202, 318;
 Humboldtstraße 311;
 Jakobstraße 163;
 Jerusalemstraße 178;
 Kaiserstraße 519;
 Karlstraße 385;
 Karrenführerstraße 59, 283;
 Kastanienallee 150, 173, 367, 518;
 Königstieg 360;
 Kramerstraße 176, 201, 216;
 Kreuzstraße 360, 398;
 Kuhstraße 59, 203;
 Landstraße 150, 171, 173;
 Leonhardstraße 217;

Leonhardstraße, kleine 83;
 Magnifikirschstraße 59, 203;
 Magnitor, am 166, 289;
 Maschplatz 605;
 Maschstraße 149, 171, 216, 249, 284;
 Neupromenade 178;
 Ruzbergstraße 384;
 Pflegehausstraße 253, 309;
 Rehnstoben 141;
 Reichenbergstraße 85;
 Reichenstraße 218, 296;
 Rosental 162, 313;
 Ruhfäutchenplatz 153;
 Schützenstraße 59, 281;
 Schuhstraße 243;
 Sidonienstraße 39, 246, 251, 287;
 Sophienstraße 20;
 Spohrplatz 525;
 Wendenstraße 81;
 Weststraße 84;
 Wiesenstraße 12, 61, 62, 88, 142, 142.

Tanzsteuer betr. 572.
 Tennisplätze betr. 257, 335, 527.
 Typhusepidemie betr. 108.

Ueberbrückung einer Gasse 218.
 Uebernahme der innenstädtischen Okergräben
 456.
 Uebernahme eines Teiles der Promenade 289.
 " von Straßenbankkosten 216.
 Uebertragung von Kosten auf das neue Jahr 141.
 Umbau des Neustadt-Kathauses 350, 375.
 " einer Bedürfnisanstalt 14.
 " " Straßenfläche 604.
 Unfallmelder im Schlachthaus 219.
 Unterhaltung der kl. Leonhardstraße 83.
 Unterstützung des Schreiber-Gartenvereins 276.
 " von Schulen im Auslande 285.
 Untersuchung des Flußwassers 198.
 " eingebrachten Fleisches 154.
 Untersuchungsstelle zur Feststellung ansteckender
 Krankheiten 63.

Vereinsgesetz betr. 364, 387.
 Vergleichsvorschlag in einer Klagesache 248.

XVI

Vergütung für ärztliche Behandlung der
 Schulkinder 85, 521.
 Vergütung für das Schwesternhaus vom
 Roten Kreuz 297.
 Verkauf von Bauplänen 77, 171, 605.
 Verlegung von Wasserrohren 217, 518.
 Vermehrung der Hilfsbeamten bei der Stadt-
 kasse 16.
 Vermietung von Kellerräumen 162.
 Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krank-
 heit 33.
 Verunreinigung von Flußläufen 173, 198.
 Volkshalle betr. 34, 320.
 Vorgärten betr. 162, 171.
 Vorschriften über die Ausführung städtischer
 Bauarbeiten 383, 412, 465.
 Vorstehenden-Wahl 2, 334, 370.

Wahl der Vorstehenden, der Ausschüsse und
 Deputationen 2, 45, 334, 370, 372,
 523.
 Wahl des Realsteuerausschusses 607.
 „ von Stadtverordneten 52, 68.
 Waldspiele betr. 108, 597, 607.
 Warenhäuser betr. 216, 224 .
 Warmwasserbereitungsanlage betr. 286.
 Wasserfloßes betr. 256.
 Wasseruntersuchungen betr. 198.
 Wasserwerk betr. 335.
 Wasserzuleitung betr. 77, 152, 217, 284,
 590.
 Weiterbeschäftigung von Hilfszeichnern 312.
 Zirkusbau betr. 325, 464, 605.

1903/1904.

№ 1.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. April 1903.

Tagesordnung:

- | | |
|---------------------------------------------------------------|---------|
| I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters | Seite 2 |
| II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen | „ 2 |

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel. Entschuldigt die Herren Blasius, Brückmann, Ribbentrop, Schöttler und Wolters; später erscheint Herr Lorb.

Das älteste anwesende Magistratsmitglied, Herr Stadtrat Haake, eröffnet, in Behinderung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, die Sitzung und ersucht den Altersvorsitzenden der Versammlung, die Wahl des Vorsitzenden zu leiten.

Herr Müller übernimmt darauf den Vorsitz mit folgender Ansprache: Hochgeehrte Versammlung! Als das an Jahren älteste Mitglied der Versammlung übernehme ich den Vorsitz und heiße zunächst die neu in die Versammlung eingetretenen Mitglieder, nämlich die Herren Esdorn, Herzberg, Jasper, Wesemeier und Wiehle, willkommen. Ich knüpfe daran die Bitte, daß diese Herren recht eifrig den Verhandlungen beizuwohnen und lebhaften Anteil an den Geschicken unserer Stadt nehmen möchten. Wir haben gestern mit einem neuen Verwaltungsjahre begonnen, und spreche ich die Hoffnung aus, daß das neue Jahr auch für unsere Stadt ein günstiges werde und unsere Verhandlungen der Stadt zum

Segen reichen mögen. Sodann möchte ich noch den beiden Herren den Dank aussprechen, welche im vergangenen Jahre unsere Verhandlungen geleitet haben.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Müller: Ich möchte Ihnen vorschlagen, den schon seit so langen Jahren bewährten Vorsitzenden, Herrn Geh. Justizrat Semler, durch Rufus wiederzuwählen.

Herr Ohlendorf: Ich kann dem Vorschlage zu meinem Bedauern nicht folgen. Wir betrachten das Amt des Vorsitzenden etwas anders als die Herren, welche dieses Amt bisher innehatten, indem wir der Meinung sind, daß das Amt in vollständig unparteiischer Weise geführt werden muß und niemals ein Mitglied der Versammlung anders behandelt werden darf, als das andere. Da wir aber empfunden haben, daß das wiederholt geschehen ist, so haben die bisherigen Vorsitzenden unser Vertrauen nicht und sind wir infolge dessen nicht in der Lage, ihnen unsere Stimmen zu geben. Ich schlage deshalb für das Amt des Vorsitzenden Herrn Rieke vor.

Herr Müller: Ich möchte darauf erwidern (Unruhe), daß die große Mehrheit der Versammlung darüber anderer Meinung ist und glaube ich, daß die eben ausgesprochene Ansicht sich nicht mit dem deckt, was wir bisher von unserm Herrn Vorsitzenden erfahren haben. (Zustimmung.)

Bei der nun folgenden Wahl durch Stimmzettel erhält Herr Semler 18 Stimmen, Herr Rieke 10 Stimmen und Herr Wolff 1 Stimme; ersterer ist somit gewählt und nimmt die Wahl an.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

Vorsitzender: Wir gehen über zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden. Vorgeschlagen wird Herr Wolff.

Herr Beplies bringt Herrn Rieke für dieses Amt in Vorschlag.

Bei der Wahl durch Stimmzettel erhält Herr Wolff 19, Herr Rieke 10 Stimmen.

Herr Wolff ist somit gewählt und nimmt das Amt an.

Mit der Protokollführung ist der Magistratssekretär Boß und mit der Abfassung der Verhandlungsberichte der Eisenbahnbetriebssekretär Rütthe dauernd beauftragt.

II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen.

1. Für die Statutenkommission sind vom Seniorenkonvente vorgeschlagen die Herren Ahmann, Blasius, Brückmann, Bues, Schöttler, Semler und Wolff.

Herr Stegmann bringt für Herrn Brückmann Herrn Herzberg in Vorschlag.

Gewählt werden: Durch Zuruf die Herren Aßmann, Blasius, Bues, Schöttler, Semler und Wolff und durch Stimmzettel Herr Brückmann mit 18 gegen 12 Stimmen, welche auf Herrn Herzberg entfallen.

2. Für die Finanzkommission werden vorgeschlagen die Herren Esdorn, Südel, Hauswaldt, Lord, Peplies, Schmidt und Wolters.

Herr Peplies bittet, von seiner Wahl Abstand zu nehmen, da ihm die Zeit sehr knapp sei und dafür Herrn Jasper zu wählen.

Herr Südel möchte vorschlagen, für Herrn Peplies Herrn Wesemeier zu wählen.

Herr Wesemeier will zu Gunsten des Herrn Jasper verzichten.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß ein solcher Verzicht nicht statthaft sei, weil der Vorredner keine Disposition über die Stelle habe.

Gewählt werden: Durch Zuruf die Herren Esdorn, Südel, Hauswaldt, Lord, Schmidt und Wolters, durch Stimmzettel Herr Jasper mit 16 Stimmen, während Herr Wesemeier 13 Stimmen erhält und 1 Stimme auf Herrn Meyerhoff entfällt.

3. Zur Besetzung der Baukommission werden die Herren Buchler, Ebeling, Frühling, Meyerhoff und Rieke in Vorschlag gebracht.

Herr Aßmann beantragt, die Baukommission mit Rücksicht auf die vielen ihr obliegenden Arbeiten auf 7 Mitglieder zu verstärken und dann Herrn Stegmann in diese Kommission zu wählen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt dazu, daß dieses ohne eine Aenderung des Statuts nicht möglich sei.

Darauf beantragt Herr Aßmann, für Herrn Ebeling Herrn Stegmann in die Baukommission zu wählen.

Gewählt werden: durch Zuruf die Herren Buchler, Frühling, Meyerhoff und Rieke und durch Stimmzettel Herr Ebeling mit 17 Stimmen, während Herr Stegmann 12 Stimmen erhält und 1 weißer Zettel abgegeben wurde.

4. Für die Schulkommission werden die Herren Blasius, Bührmann, Lange, Müller und Nolte vorgeschlagen.

Herr Lange bittet, von der Wahl seiner Person abzusehen und dafür Herrn Brückmann zu wählen.

Herr Peplies bringt Herrn Günther in Vorschlag.

Gewählt werden: durch Zuruf die Herren Blasius, Bührmann, Müller und Nolte. Bei der Wahl durch Stimmzettel werden abgegeben 15 Stimmen für Herrn Günther, 8 Stimmen für Herrn Brückmann und 7 Stimmen für Herrn Rathe, es findet daher Stichwahl statt zwischen den Herren Günther und Brückmann. Hierbei erhält Herr Brückmann 16 und Herr Günther 14 Stimmen; ersterer ist somit gewählt.

5. In den Schulvorstand für die Bürgerschulen wird Herr Hauswaldt durch Zurf gewählt.

6. Bei der Wahl von Mitgliedern des Schulvorstandes für die beiden Mädchenschulen schlägt Herr Aßmann für Herrn Frühling Herrn Herzberg vor.

Gewählt werden: durch Zurf Herr Bührmann und durch Stimmzettel Herr Frühling mit 20 Stimmen, während 10 Stimmen auf Herrn Herzberg entfallen.

7. In den Vorstand der katholischen Schule wird Herr Nolte durch Zurf wiedergewählt.

8. Für die Deputation der städtischen Oberrealschule sind die Herren Lange und Müller vorgeschlagen.

Herr Aßmann bringt an Stelle des Herrn Lange Herrn Günther in Vorschlag.

Bei der nun folgenden Wahl wird Herr Müller durch Zurf gewählt, während bei der Wahl durch Stimmzettel die Herren Günther und Lange je 15 Stimmen erhalten.

Herr Hauswaldt möchte bei dem Mangel jeglicher Bestimmungen empfehlen, die letztere Wahl zu wiederholen und nicht durch das Los entscheiden zu lassen.

Die Versammlung beschließt jedoch, die Entscheidung durch das Los herbeizuführen, nachdem ein Verzicht des Herrn Lange auf die Wahl als unzulässig zurückgewiesen war.

Das Los entscheidet für Herrn Lange, sodaß dieser als gewählt anzusehen ist.

9. Es folgt die Wahl der Deputation für die städtische Gewerbeschule, für welche die Herren Lange und Schöttler vorgeschlagen sind.

Wie der Herr Vorsitzende mitteilt, hat Herr Lange gebeten, an seiner Stelle Herrn Müller in die Deputation zu wählen.

Herr Aßmann bringt dagegen Herrn Wesemeier und Herr Hauswaldt Herrn Schmidt in Vorschlag.

Nachdem sodann Herr Schöttler durch Zurf gewählt ist, findet die Wahl des zweiten Mitgliedes durch Stimmzettel statt. Hierbei erhalten Herr Wesemeier 15 und Herr Schmidt 14 Stimmen, während 1 Stimme Herr Müller erhält, sodaß zwischen den beiden ersteren Stichwahl stattzufinden hat. In der Stichwahl wird Herr Wesemeier mit 16 von 30 Stimmen gewählt.

10. Für die Deputation der Licht- und Wasserwerke werden vorgeschlagen die Herren Fudel, Lange, Meyerhoff und Schöttler.

Herr Aßmann schlägt an Stelle des Herrn Meyerhoff Herrn Ohlendorf vor.

Gewählt werden: durch Zurf die Herren Fudel, Lange und Schöttler und durch Stimmzettel Herr Meyerhoff mit 16 : 14 Stimmen. Von letzteren erhält Herr Ohlendorf 13 Stimmen und Herr Wolters 1 Stimme.

11. Zu der Deputation für das Schlachthaus werden die Herren Blasius und Ebeling vorgeschlagen.

Herr Alßmann bringt für Herrn Ebeling Herrn Wiehle in Vorschlag.

Gewählt werden: Herr Blasius durch Zuruf und Herr Ebeling mit 19 gegen 11 für Herrn Wiehle abgegebene Stimmen.

12. Es folgt die Wahl der Straßenreinigungsdeputation, für welche die Herren Löschigt und Ribbentrop in Vorschlag gebracht werden.

Herr Koch beantragt, an Stelle des Herrn Ribbentrop Herrn Th. Bültmann wiederzuwählen, welcher sich, auch ohne Stadtverordneter zu sein, in der Deputation durchaus bewährt habe.

Herr Alßmann möchte ebenfalls empfehlen, Herrn Ribbentrop nicht in diese Deputation zu wählen, da dieser als Direktor der Straßeneisenbahn-Gesellschaft an der Straßenreinigungssache halb und halb interessiert sei und schon deshalb nicht gewählt werden dürfe. Er schlage an dessen Stelle Herrn Ohlendorf vor, der das nötige Verständnis dafür ebenfalls besitze. Wenn auch Herr Bültmann sich um das Straßenreinigungswesen große Verdienste erworben haben möge, so wolle er doch daran erinnern, daß verschiedene Stadtverordnete noch nicht in Kommissionen oder Deputationen sitzen und diese sich dort gern betätigen möchten, damit nicht wieder von dem „aus dem Fenster Reden“ gesprochen werden könne.

Gewählt werden: Herr Löschigt durch Zuruf und Herr Th. Bültmann mit 16 von 30 abgegebenen Stimmen. 13 Stimmen erhält Herr Ohlendorf und 1 Stimme Herr Ribbentrop.

13. Für die Markthallendeputation sind die Herren Rathe und Koch vorgeschlagen.

Herr Rieke empfiehlt, für Herrn Rathe Herrn Wiehle zu wählen.

Gewählt werden: Herr Koch durch Zuruf und Herr Rathe mit 19 gegen 11 Stimmen, welche auf Herrn Wiehle entfallen.

14. Nunmehr folgt die Wahl der Deputation für Aufschließung von Quellwasser. Vorgeschlagen sind die Herren Brückmann, Südel, Lange, Rieke, Schöttler und Wolters.

Herr Alßmann bringt für Herrn Brückmann Herrn Günther in Vorschlag.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ersucht, diesen Antrag fallen zu lassen, da die Deputation nur noch wenig zu tun habe und es sich nicht empfehle, für Herrn Brückmann, welcher der Deputation von Anfang an als Mitglied angehört habe, ein neues Mitglied hinzuzuwählen.

Herr Alßmann erwidert, daß er seinen Vorschlag aufrecht halte, um seinen Freunden in der Versammlung Gelegenheit zur Mitarbeit in den Kommissionen und Deputationen zu geben und ihnen den Vorwurf des „aus dem Fenster Redens“ zu ersparen.

Der Herr Vorsitzende weist letztere Bemerkung, als nicht hierher gehörig, zurück.

Gewählt werden: durch Zurf die Herren Födel, Lange, Kiefe, Schöttler und Wolters und durch Stimmzettel Herr Brückmann mit 19 Stimmen, während Herr Günther mit 11 Stimmen in der Minderheit bleibt.

15. Zu der Deputation für das Rieselgut und die Pumpstation hat der Seniorenkonvent die Herren Blasius, Ebeling und Lange, sowie Kentner Ohlmer und Amtmann Saul in Vorschlag gebracht.

Herr Stegmann schlägt an Stelle des Herrn Lange Herrn Ohlendorf vor, während

Herr Lange bittet, für ihn Herrn Schmidt zu wählen.

Gewählt werden: durch Zurf die Herren Blasius, Ebeling, Ohlmer und Saul, sowie durch Zettel Herr Schmidt mit 17 Stimmen; 12 Stimmen erhält Herr Ohlendorf und 1 Stimme Herr Lange.

16. In die Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuerbeiträgen werden die Herren Buchler, Ebeling, Günther, Löschigt und Meyerhoff durch Zurf gewählt.

17. Die Deputation für den Bürger- und Stadtpark beantragt der Seniorenkonvent mit den Herren Hauswaldt, Lange, Bankier C. Magnus und Kaufmann A. Kimpau zu besetzen.

Herr Aßmann schlägt vor, für Herrn Lange Herrn Günther zu wählen.

Gewählt werden: durch Zurf die Herren Hauswaldt, C. Magnus und A. Kimpau, sowie durch Zettel Herr Lange mit 18 gegen 12 Stimmen, welche Herr Günther erhält.

18. Für das Stadtbauamt werden die Herren Lange, Löschigt, Kiefe und Wolters in Vorschlag gebracht.

Da Herr Lange gebeten hat, von seiner Wahl abzusehen und für ihn Herrn Buchler in Vorschlag gebracht wird, so wählt die Versammlung die Herren Buchler, Löschigt, Kiefe und Wolters und zwar durch Zurf, nachdem auch Herr Frühling gebeten hatte, von seiner durch Herrn Meyerhoff vorgeschlagenen Wahl abzusehen.

19. In den Gesundheitsrat werden die Herren Blasius, Günther und Koch durch Zurf gewählt;

20. in die Quartierbehörde die Herren Buchler und Ebeling als Mitglieder, sowie Ribbentrop und Wesemeier als Stellvertreter.

21. Für die Kommission zur Einschätzung der Gewerbesteuer sind die Herren Supprian, Meyerhoff, Müller und Ohlendorf vorgeschlagen.

Herr Löschigt ersucht, für Herrn Müller Herrn Bues zu wählen, da es sehr schwer sei, gerade das ziemlich große Gastwirtsgerwerbe richtig einzuschätzen.

Auf eine Anfrage des Herrn Wolff erklärt Herr Stadtrat Meyer, daß die Zahl der Mitglieder dieser Kommission durch das Gewerbesteuergeſetz festgelegt sei und daher eine Vermehrung der Zahl nicht stattfinden könne.

Durch Zuruf werden sodann gewählt die Herren Bues, Lupprian, Meyerhoff und Ohlendorf.

22. In die Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen wählt die Versammlung die Herren Bührmann, Südel, Vord und Nolte durch Zuruf.

Ferner werden durch Zuruf gewählt:

23. zum Kassenrevisor Herr Lupprian und

24. in das Kirchen- und Stiftungskassen-Kollegium Herr Bührmann.

25. Für die Deputation zur Errichtung eines Zirkus und Theaters sind in Vorschlag gebracht die Herren Hauswaldt, Südel, Lange, Nieß und Semler.

Herr Ahmann beantragt, an Stelle des Herrn Nieß Herrn Wesemeier zu wählen.

Gewählt werden: durch Zuruf die Herren Hauswaldt, Südel, Lange und Semler, sowie durch Zettel Herr Wesemeier mit 16 Stimmen, während Herr Nieß 14 Stimmen erhält.

26. Es folgt die Wahl der Deputation zur Prüfung des Bahnhofspjektes, für welche die Herren Frühling, Hauswaldt, Lange, Niese und Schöttler in Vorschlag gebracht sind.

Herr Ohlendorf ersucht, für Herrn Lange Herrn Jasper in diese Deputation zu wählen. Es erscheine ihm nicht recht, daß einzelne Stadtverordnete in 9 oder 10 Kommissionen sitzen, während andere gar keiner Kommission angehören; er bitte deshalb, diesen Standpunkt hier zu ändern.

Gewählt werden: durch Zuruf die Herren Frühling, Hauswaldt, Niese und Schöttler; bei der Wahl durch Zettel erhalten die Herren Jasper und Lange je 15 Stimmen und entscheidet das Los für Herrn Jasper, welcher als gewählt angesehen wird.

27. Schließlich werden in die Deputation für Errichtung städtischer Bauten die Herren Buchler, Frühling, Nolte, Niese und Wolters durch Zuruf gewählt

und wird darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis gegen 7 Uhr.

Verzeichnis

der am 1. April 1903 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	v. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	v. d. Klasse	im Bezirk
1	Aßmann	Geschäftsführer	III	II	18	Löschigt	Brennereibesitzer	II	IV
2	Blasius, Dr. med., Professor . . .	Prakt. Arzt	II	III	19	Lord	Hofbuchhändler	II	II
3	Brückmann . . .	Nähmaschinen- fabrikant	II	IV	20	Lupprian	Kommerzienrat	I	III
4	Buchler, Dr. ph.	Chemiker	I	IV	21	Meyerhoff	Schlossermeister	II	I
5	Bührmann . . .	Kaufmann	II	III	22	Müller, Karl Ad.	Kentner	II	II
6	Bues, Heinrich .	Kentner	III	I	23	Nolte	Oberamtsrichter	II	III
7	Ebeling, Karl . .	Oekonom	III	IV	24	Ohlendorf	Lagerhalter	III	IV
8	Esdorn	Kaufmann	II	IV	25	Peplies	Geschäftsführer	III	III
9	Frühling	Regierungs- Baumeister	I	I	26	Ribbentrop . . .	Major a. D.	I	III
10	Günther	Buchdruckerei- besitzer	III	II	27	Riefe	Maurer	III	III
11	Hauswaldt, Her- mann	Kaufmann	I	I	28	Schmidt, Paul .	Maschinen- fabrikant	I	III
12	Herzberg	Redakteur	III	I	29	Schöttler	Professor	I	II
13	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	III	II	30	Semler, Geh. Justizrat . . .	Rechtsanwalt und Notar	I	IV
14	Jüdel	Kommerzienrat	II	I	31	Stegmann	Geschäftsführer	III	I
15	Kathe	Hofwagen- fabrikant	I	II	32	Wesemeier	Expedient	III	III
16	Koch, Albert. . .	Kentner	II	I	33	Wiehle	Gastwirt	III	IV
17	Lange, Bruno .	Maschinen- fabrikant	I	IV	34	Wolff, Justizrat	Rechtsanwalt und Notar	I	II
					35	Wolters, Dr. jur.	Bierbrauerei- besitzer	I	I
					36	(Unbesetzt) . . .	—	II	II

1903/1904.

№ 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. April 1903.

Tagesordnung:

I. Behandlung der Gesuche um Erlaß der Hundesteuer	Seite 11
II. Erwerb von Flächen zur verlängerten Wiesenstraße	" 12
III. Anstellung eines Prozeßes	" 12
IV. Plattenbelag auf der Bammelsburgerstraße	" 13
V. Erwerb einer Fläche zur Hamburgerstraße	" 13
VI. Umbau der alten Bedürfnisanstalt im Bürgerparke	" 14
VII. Vermehrung der Hilfsbeamten bei der Stadtkasse	" 16
VIII. Aufnahme einer Klage und Erhebung der Widerklage	" 19
IX. Pflasterung der Sophienstraße	" 20
X. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 22
XI. Anschluß eines auswärtigen Grundstücks an das Kanalnetz	" 22
XII. Verrechnung von Kosten für Instandsetzung des Bürgerparks	" 23
XIII. Besserung der Akustik im Saale	" 33
XIV. Einrichtungen für das Gaswerk an der Bahnhofstraße	" 33
XV. Antrag Stegmann: Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit	" 33
XVI. Antrag Ohlenborn: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	" 34
XVII. Antrag Günther: Einrichtung einer Volkseleschalle	" 34
XVIII. Antrag Ohlenborn: Verbreiterung der Brücke an der Sibonienstraße zc.	" 39
XIX. Antrag Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an Arbeiter	" 41

XX.	Antrag Löschigt: Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden . .	Seite 43
XXI.	Antrag Löschigt: Befahren der Friedhofstrecke durch die Straßenbahn .	" 44
XXII.	Wahl von Mitgliedern des Ausschusses zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke zc.	" 45
XXIII.	Beschickung der Deutschen Städteausstellung in Dresden	" 45
XXIV.	Anfrage Löschigt: Erweiterung der Oberrealschule	" 47
XXV.	Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu steuerrechtlichen Grund- sätzen	" 48
XXVI.	Erklärung des Magistrates zur Geschäftsordnung	" 51
XXVII.	Anfrage Rieke: Verhältnis der Armenkasse zum Kantor Barth.	" 51
XXVIII.	Anfrage Löschigt: Förderung des Fremdenverkehrs.	" 52
XXIX.	Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu einer Stadtverordneten- Ersatzwahl.	" 52

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürger-
meister Ketemeyer und Stadträte Götte, Haake, Meyer, von Franken-
berg und Seele, sowie Regierungsassessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Blasius, Bues, Frühling und Rathe; später
erscheint Herr Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt
bekannt, daß eine die Kröppelstraße zc. betreffende Eingabe ohne Unterschrift ein-
gegangen sei, welche nach der bisher geübten Gepflogenheit, anonyme Eingaben nicht
zu berücksichtigen, zu den Akten gelegt werde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zur Geschäftsordnung

Herr Günther, welcher ausführt, daß er Gelegenheit nehmen müsse, die
Aufstellung der Tagesordnung insofern zu bemängeln, als 8 Punkte derselben ohne
Beschluß der Versammlung als „vertraulich“ bezeichnet seien, was er für unzulässig
halte. In § 58 der Städteordnung heiße es: „Die Versammlungen der Stadt-
verordneten sind in der Regel öffentlich. Auf den Antrag des Stadtmagistrates
oder dreier Stadtverordneten kann jedoch, nach vorgängiger geheimer Beratung,
für einen einzelnen Fall die Öffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen werden“.
Hiernach könne also die Öffentlichkeit nur ausnahmsweise einmal für einen
einzelnen Fall ausgeschlossen werden, während dieses bei Aufstellung der Tages-
ordnung ganz summarisch ohne jede Beschlußfassung geschehe. Die Wahl von zwei
Vertretern zum Städtetage habe z. B. in früheren Jahren stets in öffentlicher
Sitzung stattgefunden, bis es vor etwa 8 Jahren beliebt worden sei, aus einem
den älteren Mitgliedern bekannten Grunde die Wahl in die vertrauliche Sitzung
zu verlegen. Dieser Grund gelte aber heute wohl nicht mehr, auch böten die
Städtetage ein größeres Interesse für die Stadtgemeinden, als damals angenommen
sei. Auch der Punkt 5 „Uebernahme von Privatarbeit seitens eines städtischen

Beamten" könne sehr wohl in öffentlicher Sitzung behandelt werden. Deshalb stelle er den Antrag, daß für heute und in Zukunft alle Sachen von vornherein als öffentliche behandelt und dem Gesetze gemäß nur einzelne Punkte auf besonderen Antrag der vertraulichen Sitzung überwiesen werden. Dabei wolle er noch besonders bemerken, daß diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche zugleich Landtagsabgeordnete seien, geradezu die Verpflichtung hätten, für die Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen einzutreten. (Heiterkeit.) Sollte es nicht beliebt werden, an der heutigen Tagesordnung noch eine entsprechende Aenderung vorzunehmen, so möchte er ersuchen, wenigstens in Zukunft nur die dringendsten Fälle für die vertrauliche Sitzung zurückzustellen.

Der Herr Vorsitzende erwidert, da Widerspruch gegen die Tagesordnung erhoben sei, werde nichts anderes übrig bleiben, als nach Erledigung der sonstigen Tagesordnung in Gemäßheit des § 58 der Städteordnung zu verfahren, was geschehen solle.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Behandlung der Gesuche um Erlass der Hundesteuer.

In der Sitzung vom 9. Oktober 1902 — Seite 131 des Berichtes — hat die Versammlung den Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Bestimmung folgenden Inhalts in den § 65 des städtischen Verwaltungsstatuts aufzunehmen sei:

„Auf Antrag kann ein Hund für steuerfrei erklärt werden, so lange der Hund vom Grundstückseigentümer oder Wirt als Wachhund für ein solches Grundstück gehalten wird, das außerhalb des Beganges der städtischen Nachwächter liegt“.

Der Magistrat erwidert jetzt darauf, daß er zwar mit dem in diesem Beschlusse zum Ausdruck gebrachten Prinzip der Abgabefreiheit der außerhalb des Nachwächterbeganges gehaltenen Wachhunde einverstanden sei, daß er aber keine Neigung habe, den zur Erreichung dieses Zweckes in Vorschlag gebrachten Weg der Statutargesetzgebung zu beschreiten, und zwar in der Hauptsache um deswillen nicht, weil im Interesse der Bedeutung und Uebersichtlichkeit der Statutargesetzgebung der nicht absolut gebotene Erlass kleiner, lediglich die Abänderung von einzelnen Bestimmungen bezweckender Statuten nicht erwünscht erscheint. Im vorliegenden Falle könne der beabsichtigte Zweck vielleicht dadurch erreicht werden, daß der Magistrat ermächtigt würde, bei den nach dem Beschlusse der Versammlung in Betracht kommenden Grundstückseigentümern und Wirten auf Antrag die Abgabe für je einen Wachhund, d. h. einen solchen Hund, welcher am Tage an der Kette liegt oder eingesperrt ist, während der Nacht aber innerhalb des Grund-

stücks freigelassen wird, außer Hebung zu lassen. Es wird in das Ermessen der Versammlung verstellt, dem Magistrate eine entsprechende Ermächtigung zu erteilen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff teilt die Statutenkommission die Ansicht des Magistrates und gibt anheim, die beantragte Ermächtigung generell zu erteilen.

Auf Anfrage des Herrn Fiedel erwidert

Herr Stadtrat Meyer, die Vorlage stamme aus dem Monat März und sei so gedacht, daß die Aenderung mit dem neuen Rechnungsjahre, also dem Jahre 1903/04 in Kraft trete.

Die beantragte Ermächtigung wird hierauf erteilt.

II. Erwerb von Flächen zur verlängerten Wiesenstraße.

Nach einer vertraglichen Verpflichtung soll die verlängerte Wiesenstraße zwischen Hagenring und Bodestraße bis zum 1. Oktober 1904 stadtsseitig ausgebaut werden, wogegen die Herren Meyer und Severin als Eigentümer der Straße die zu der Straßenanlage erforderlichen Flächen ohne Vergütung seitens der Stadt abzutreten haben. Zur Ausführung dieses Vertrages sind jetzt einige Flächen von Grundstücken der genannten Herren im Gesamtumfange von 8,87 a zu erwerben, und wird die Versammlung ersucht, dem unentgeltlichen Erwerb dieser Flächen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

III. Anstellung eines Prozesses.

Laut Pachtvertrages vom 13. Dezember 1892 sind die Eisenbüttler Mühlen an die Firma Habekost & Hahn verpachtet worden. Im § 6 des Pachtvertrages ist bestimmt, daß das umgehende Zeug der Mühlen der Pächterin nach einer Tagation zu übergeben und beim Aufhören der Pacht nach einer Tagation wieder abzunehmen sei, sowie daß die Pächterin das bei der Abnahme sich ergebende minus taxatum der Stadt zu ersetzen habe. Der derzeitige Obermüller Finte, welcher bis zum 1. April 1902 an Stelle der früheren Pächterin in den Vertrag eingetreten ist, weigert sich nun, das am Schlusse der Pachtzeit ordnungsmäßig festgestellte Minus von 4623,90 M zu zahlen, weshalb es dem Magistrate erforderlich erscheint, ihn auf Zahlung dieses Betrages zu verklagen. Den Antrag des Magistrates, ihm die Genehmigung zur Anstellung des Prozesses zu erteilen,

empfiehlt Herr Brückmann namens der Statutenkommission zur Annahme.

Herr Günther: In der Sitzung vom 5. März d. Js. — Seite 291 des Berichtes — habe er an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob es ihm bekannt sei, daß der jetzige Pächter der Mühlen kein Fachmann sei und daß die Reparatur-

bedürftigkeit der Mühlen hierdurch zugenommen haben solle, worauf von Herrn Stadtrat Haake erwidert sei, daß letztere Annahme nicht zutreffe. Mit Rücksicht auf die jetzt zur Behandlung stehende Magistratsvorlage bitte er um Auskunft, wie die Sache liege und ob die früher ausgesprochene Befürchtung sich doch bestätigen werde.

Herr Stadtrat Haake erwidert, daß der Prozeß nicht gegen den jetzigen Pächter, welcher allerdings kein Fachmann sei, angestrengt werden solle, sondern gegen den früheren Pächter, also die damalige Anfrage des Herrn Günther hiermit gar nichts zu tun habe.

Herr Brückmann möchte an den Magistrat die Bitte richten, der Versammlung von dem Ausfalle solcher Prozesse jedesmal Kenntniß zu geben. Es werde immer die Genehmigung zur Führung von Prozessen nachgesucht, aber die Versammlung erfahre hinterher niemals, welchen Ausgang die Prozesse genommen haben, obwohl sie häufig sehr wichtig und auch sehr interessant seien.

Herr Oberbürgermeister Bockels sagt die Erfüllung dieser Bitte zu.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

IV. Plattenbelag auf der Bammelsburgerstraße.

Auf Wunsch verschiedener Anlieger ersucht der Magistrat, der Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen der Bammelsburgerstraße zwischen der Gaußbrücke und der Straße am Gaußberge zuzustimmen, sowie das ausgearbeitete Projekt nebst dem Kostenanschlage und der vorläufigen Kostenverteilung zu genehmigen.

Namens der Baukommission gibt Herr Rieke anheim, dem Antrage zuzustimmen. In der Kommission sei bei dieser Gelegenheit auch zur Sprache gebracht worden, daß es sich empfehle, den Fußweg noch weiter zu verlängern, sobald die Verhältnisse an den Promenaden geändert seien.

Herr Nolte möchte auf Veranlassung verschiedener Anlieger der Bammelsburgerstraße den Wunsch äußern, daß diese Angelegenheit nach Möglichkeit beschleunigt werde, um das Lichtwerk in den Stand zu setzen, recht bald ein Kabel für die elektrische Beleuchtung dort zu verlegen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf bemerken, daß der Magistrat beschlossen habe, die Sache derartig zu erledigen, daß zunächst die Legung des Kabels erfolge und dann die Platten gelegt werden.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

V. Erwerb einer Fläche zur Hamburgerstraße.

Der Portier Christoph Roland hat gebeten, die zu seinem, Hamburgerstraße Nr. 46 gelegenen Grundstücke gehörigen 6 qm, welche bereits früher dem Ortsbauplane gemäß zu dem östlichen Fußwege der Hamburgerstraße hinzugezogen sind,

ihm zum Einheitspreise von 15 M abzukaufen. Dem Antrage des Magistrates, diesem Erwerbe zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Ebeling berichtet.

VI. Umbau der alten Bedürfnisanstalt im Bürgerparke.

Nachdem an der Westseite des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerparke ordnungsmäßige Bedürfnisanstalten hergerichtet sind, hat der Pächter auf die weitere Benutzung derjenigen Bedürfnisanstalt verzichtet, welche s. Z. in dem östlich vom Hauptgebäude, in der Nähe des Kinderspielflazes erbauten Nebenhause eingerichtet ist. Nach der Ansicht des Magistrates und der Parkdeputation empfiehlt es sich, die letztere Anstalt unter Zuschüttung und Abdeckung der vorhandenen Grube umzubauen und sie versuchsweise am Tage der öffentlichen Benutzung freizugeben, die bedarfsmäßige Ueberwachung und Reinhaltung aber der Parkdeputation zu übertragen. Die Kosten dieses Umbaues sind zu 360 M veranschlagt worden und können noch aus demjenigen Betrage bestritten werden, der für den oben erwähnten Anbau verwilligt ist. Der Magistrat gibt anheim, dieser Maßnahme zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Schmidt ist in der Finanzkommission betont worden, daß die Anlage eines Wasserklosetts nicht zu empfehlen sei, weil die Kinder mit der unbeaufsichtigten Anlage spielen und daraus Unannehmlichkeiten entstehen würden. Die Finanzkommission ersuche deshalb um Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Aßmann kann den Standpunkt der Kommission nicht billigen. Man habe s. Z. die Hausbesitzer gezwungen, ihre alten Torfstreu Klosetts abzuschaffen und wolle nun hier stadtseitig solche Klosetts anlegen, nur weil man befürchte, daß die Kinder zu viel Wasser verquassen könnten. Er möchte bitten, diesem Antrage nicht stattzugeben, sondern die Anlegung von Wasserklosetts zu beschließen, zumal dieses mit besonderen Schwierigkeiten nicht verbunden sein würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß nicht die Befürchtung zu großen Wasserverbrauchs bei der Fassung des Kommissionsbeschlusses ausschlaggebend gewesen sei, sondern der Umstand, daß es bedenklich erscheine, ein Klosett mit Wasserspülung ohne Aufsicht zu versehen. Dieses Bedenken sei nicht von der Hand zu weisen, wenn es auch vom sanitären Standpunkte aus vielleicht wünschenswert erscheinen möchte, Wasserspülung zu nehmen. Dazu komme noch, daß der Raum nicht heizbar sei und das Wasser bei Frostwetter abgestellt werden müßte. Man wolle hier überhaupt erst einmal einen Versuch machen, dem Publikum ein Klosett ohne ständige Aufsicht zu übergeben und sei es fraglich, ob

sich das auf die Dauer werde halten lassen. Wenn die Versammlung aber verlangen sollte, dort Wasserklosetts einzurichten, würde der Magistrat voraussichtlich nicht darauf eingehen können.

Herr **Ähmann** vermag diese Befürchtung nicht zu teilen. Da die Stadt die Aufsicht über den Park habe, könnte der Wärter den Auftrag bekommen, von Zeit zu Zeit nach dem Klosett zu sehen, da für Reinlichkeit ja doch gesorgt werden müsse. Außerdem werde der Park hauptsächlich in der wärmeren Jahreszeit benutzt; wenn aber die Befürchtung eintrete, daß die Leitung dort im Winter einfrieren könne, so brauchte der Wärter nur angewiesen zu werden, die Leitung abzustellen und sie am Tage von Zeit zu Zeit eine Weile laufen zu lassen.

Herr **Brückmann** will auf ein neues Desinfektionsmittel aufmerksam machen, welches unter dem Namen **Saprol** in den Handel gebracht sei und das bei vollständiger Geruchlosigkeit vorzüglich desinfiziere.

Herr **Koch** möchte Herrn **Ähmann** empfehlen, sich den Verkehr auf dem Spielplatz einmal näher anzusehen, um ein richtiges Urteil über die dortigen Verhältnisse zu gewinnen. Wenn man Wasserklosetts einrichten wollte, könnte der Wärter dort den ganzen Tag stehen und die Kinder beaufsichtigen, weil sonst Verstopfungen des Abflusses *z.* täglich vorkommen würden.

Herr **Füdel** will noch feststellen, daß die Finanzkommission auch diese Frage eingehend geprüft und sich dabei auf den Standpunkt des Magistrates gestellt habe. Es handle sich hier um die erste derartige Einrichtung, welche dem Publikum ohne Aufsicht übergeben werden solle und die noch dazu mitten im Parke liege, sodaß die anzubringenden Torfstreuwagen leicht geleert werden könnten. Er könne nur empfehlen, diesen Versuch einmal durchzuführen.

Herr **Hauswaldt**: Durch die Anlegung von Wasserklosetts im Anschluß an die Wirtschaft des Parkhauses sei dem Bedürfnisse des dort verkehrenden Publikums schon vollständig entsprochen, so daß die hier in Frage stehende Anstalt eigentlich überflüssig sei und beseitigt werden könnte. Man wolle indessen einen Versuch machen, ob diese Anstalt dem im Parke sonst noch verkehrenden Publikum ohne Aufsicht überlassen werden könne und werde sie beseitigen müssen, wenn dieser Versuch, was er beinahe glaube, mißlingen werde. Wasserklosetts könne man hier nicht anlegen.

Herr **Kiefe** steht dem gegenüber auf dem Standpunkte, dort entweder Wasserklosetts oder gar keine Klosetts anzulegen. Den Grund könne er nicht gelten lassen, daß dort nicht geheizt werde, da die meisten Klosetts in der Stadt nicht heizbar seien und man darauf achten müsse, daß die Leitung nicht einfriere.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag **Ähmann** auf Anlegung von Wasserklosetts abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

VII. Vermehrung der Hilfsbeamten bei der Stadtkasse.

Bestimmungsgemäß sollen die bei der Stadthauptkasse bestehenden vier Hebestellen mit je einem Kassierer und einem Buchhalter besetzt sein. Im Laufe der Jahre ist es notwendig geworden, nach und nach bei jeder dieser Hebestellen auch noch einen Gehilfen dauernd zu beschäftigen. Jetzt wird nun vom Stadtkämmerer in einem besonderen Berichte nachgewiesen, daß die so erweiterte Besetzung der Hebestellen gegenüber der durch Wachstum der Stadt und durch Vermehrung der Zahl der Steuergattungen eingetretenen Zunahme der ihnen obliegenden Geschäfte nicht mehr genüge und daß infolgedessen bereits eine die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte gefährdende Ueberbürdung der Beamten eingetreten sei. Der Stadtkämmerer hält dafür, daß zu gründlicher und dauernder Beseitigung dieses Mißstandes, sofern nicht etwa ein anderes System der Steuererhebung beliebt werden sollte, es sich empfehle, demnächst auf die Einrichtung von noch vier Hebestellen bedacht zu nehmen und die Zahl der bei den Erhebungsgeschäften tätigen Beamten um vier zu vermehren. Bereits früher und namentlich auch bei Feststellung des Bauprogramms für das Rathaus ist erwogen worden, daß die Zeit kommen werde, wo zur Bequemlichkeit der Steuerpflichtigen und zur Wahrung eines rechtzeitigen Einganges der Steuern entweder an geeigneten Stellen der Stadt selbständige, d. h. mit der Hauptkasse örtlich nicht verbundene Hebestellen einzuführen seien, oder aber das System der Abholung der Steuern und Abgaben aus den Wohnungen der Pflichten einzuführen sein dürfte. Der Magistrat befindet sich aber noch nicht in der Lage, der Versammlung bezüglich Vorschläge, deren sofortige Einführung ohnehin unausführbar sein würde, zu unterbreiten, weshalb er anheim gibt, sich damit einverstanden zu erklären, daß einstweilen der Stadthauptkasse noch vier Hilfsbeamte überwiesen werden. Diese vier Hilfskräfte werden auch nötig sein, selbst wenn die endgültige Neuordnung der Steuererhebung anders gestaltet werden sollte. Zur einstweiligen Aushilfe bei den Dienstobliegenheiten der Hebestellen werden der Stadthauptkasse bei Genehmigung der Vorlage drei der bei der städtischen Verwaltung bereits bewährten Bureaugehilfen überwiesen werden, während für diese Gehilfen drei zivilversorgungsberechtigte Militäránwärter einzuberufen sind, wogegen in die vierte Stelle ein im städtischen Dienste bereits tätiger Bureaugehilfe oder Hilfschreiber vorläufig einrückt und zum Ersatze desselben in dem bisherigen Dienste ein Militäránwärter als Reinschreiber angenommen werden soll.

Die Statutenkommission hält nach dem Berichte des Herrn Schöttler das Bedürfnis zur Einstellung von vier weiteren Kassenbeamten für nachgewiesen, und hat sich auch mit der vom Magistrate vorgeschlagenen Art der Einstellung einverstanden erklärt, weshalb die Genehmigung der Vorlage empfohlen werde.

Herr Föbel möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob er es nicht für angezeigt halten würde, für die Steuererhebung ein Girokonto bei der Reichsbank zu eröffnen. Er verspreche sich hiervon eine ganz bedeutende Erleichterung für die Hebestellen und auch für einen Teil der Steuerzahler. Tatsächlich bestche die Einrichtung schon bei einer größeren Anzahl von Bankiers, welche von einem Teile ihrer Kunden mit der Steuerzahlung beauftragt seien. Wenn nun ein Bankier für 40—50 Einwohner an einem Tage die Steuern auf einen Scheck hinschicken könne, so liege darin doch eine bedeutende Erleichterung auch für die Stadtkasse, denn es sei leichter einen Scheck entgegenzunehmen, als das Geld dafür zu zählen. Die Steuerzettel könnten in einem besonderen Umschlage beigegeben und nach ihrer gelegentlichen Erledigung zurückgesandt werden. Hiermit sei der fernere Vorteil verbunden, daß die Stadtkasse nicht so große Geldsummen zu lagern brauche, sondern das Geld nach Bedürfnis von der Reichsbank abheben könne. Diese Einrichtung bestche schon in mehr als 120 Städten und habe sich überall bewährt; in Hamburg sei sogar für jede Steuererhebungsstelle ein Girokonto vorhanden, während hier ein einziges Konto genügen würde. Den übrigen Steuerzahlern komme die Sache insofern zu gute, als sie bei ihren Einzahlungen durch die großen Steuerzahler nicht so sehr aufgehalten würden.

Herr Oberbürgermeister Pöckel erwidert, daß dieser Anregung wohl Folge gegeben werden könne, daß sich indessen eine bestimmte Erklärung des Magistrates hierüber noch nicht abgeben lasse, zumal er im Zweifel sei, ob nicht die Ordnung des Haushaltswesens der Stadt einer vorgängigen Aenderung bedürfe. Jedenfalls halte er die hierdurch eintretende Erleichterung der Stadtkasse für so minimal, daß die zur Beratung stehende Magistratsvorlage davon nicht berührt werde.

Herr Hauswaldt möchte hierzu bemerken, daß nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Steuerzahlungen bei der Stadtkasse sehr aufhalten, weil die Steuerzahler auf zwei Zetteln vier verschiedene Steuerbeträge zu zahlen haben, sodaß der Kassenbeamte jährlich 16 verschiedene Beträge auszurechnen und zu buchen habe. In Halberstadt sei die Einrichtung zweckmäßiger getroffen, indem dort die sämtlichen zur Erhebung gelangenden Steuerbeträge am Schlusse in einer Summe ausgeworfen seien, sodaß der Kassenbeamte jährlich nur vier Divisionen vorzunehmen habe. Vielleicht könne der Magistrat einmal in Halberstadt Erkundigungen einziehen und eventuell eine ähnliche Einrichtung treffen, wenn auch möglicherweise die Buchführung hier geändert werden müßte.

Herr Stadtrat Meyer: Die langsame Abfertigung des Publikums bei der Stadtkasse habe schon mehrfach und nicht mit Unrecht Veranlassung zu Beschwerden gegeben. Die Kasse halte es für nötig, die zur Einziehung kommenden einzelnen Steuerbeträge zunächst in der Kladde zu buchen, um bei deren Uebertragung in

die Hauptbücher Schwierigkeiten zu vermeiden und Mißverständnisse auszuschließen. Anlässlich der heutigen Vorlage sei nun der Magistrat in Erwägung darüber eingetreten, ob sich das Steuererhebungsverfahren zweckmäßiger gestalten lasse, ob z. B. die Stadtkasse noch zu anderen als den bisherigen Zeiten geöffnet werden solle, ob alle Steuern auf einem Zettel ausgeschrieben werden können, ob vielleicht die Steuern den Einwohnern abgeholt werden möchten u. dgl. m. Da hierüber erst noch Erkundigungen einzuziehen werden sollen, die Erhebungen also noch nicht abgeschlossen seien, so bitte er, von einer Beschlussfassung in dieser Beziehung vorerst abzusehen.

Herr Rieke: Die von Herrn Hauswaldt erwähnten Klagen seien schon seit verschiedenen Jahren aus Handwerkerkreisen an ihn ergangen. Man erhalte jetzt so viele Steuerzettel, daß man sich fast einen besonderen Schrank zu deren Aufbewahrung anschaffen müsse. Wenn man jedem Steuerzahler ein Buch gebe, wie bei der Brandkasse, müßte sich das einfacher gestalten lassen; auch würde er nichts gegen die Abholung der Steuern einzuwenden haben, wenn dieses praktisch eingerichtet werden könnte.

Herr Schmidt will hier einen Vorschlag wiederholen, den er schon gelegentlich der Kommissionsberatung gemacht habe, ohne dort aber Zustimmung zu finden. Er habe nämlich vorgeschlagen, denjenigen, welche ihre Steuern für ein ganzes Jahr im voraus bezahlen, dafür eine kleine Entschädigung, vielleicht von $3\frac{1}{2}\%$ des Steuerbetrages zukommen zu lassen, und glaube, daß sich hierdurch eine Anzahl Steuerzahler veranlaßt sehen würde, den Steuerbetrag in einer Summe im voraus zu bezahlen. Die dadurch für die Stadtkasse eintretende Vereinfachung würde nicht zu unterschätzen sein.

Herr Stadtrat Meyer möchte noch anführen, daß der Zusammenziehung der verschiedenen Steuern zu einem Betrage die Hauptschwierigkeit entgegenstehe, daß die Fristen für die Einzahlung der Steuern verschiedene seien und daß als Gemeindesteuer hier keine Zuschlagssteuer zur Staatseinkommensteuer erhoben werde, sondern eine selbstständige Steuer. Wenn daher nicht eine gesetzliche Aenderung in dieser Hinsicht eintrete, werde sich der von Herrn Hauswaldt geäußerte Wunsch kaum erfüllen lassen.

Herr Asmann bittet, der Anregung des Herrn Schmidt nicht Folge zu geben, denn während der arme Teufel, welcher seine Steuern nicht rechtzeitig bezahlen könne, noch Exekutionsgebühren darauflegen müsse, sollen dem wohlhabenden Einwohner noch Zinsen bezahlt werden. Es gebe Leute genug, welche ohne Not ihre Steuern durch den Exekutor abholen ließen, um Zinsen zu ersparen, was man ihnen nicht verwehren könne, aber solchen Leuten nun noch Zinsen gutzurechnen, halte er nicht für richtig.

Herr Oberbürgermeister Pockels will daran erinnern, daß die Besprechung jetzt in Zukunftsgeschäfte geraten sei und Sachen erörtere, die sich im Laufe eines Steuerjahres nicht durchführen ließen. Sobald der Magistrat hierzu Stellung genommen habe, würde eine besondere Vorlage kommen. Für heute handle es sich nur darum, in der Uebergangsperiode Abhilfe zu schaffen und empfehle er die Annahme der Magistratsvorlage, welche darauf beschlossen wird.

Sodann fragt Herr Oberbürgermeister Pockels noch an, ob er sich nach dieser Beschlußfassung auch ermächtigt halten dürfe, für die vier Beamten die erforderlichen Subsellien zu beschaffen.

Der Herr Vorsitzende erklärt diese Ermächtigung für erteilt, wenn kein Widerspruch aus der Versammlung erfolge, was er damit konstatierte.

VIII. Aufnahme einer Klage und Erhebung der Widerklage.

Am 22. September 1902 haben zwei Insassen des städtischen Armenhauses, der frühere Schuhmacher Heinrich Kühne und der Schuhmacher Bernhard Weber, sich Abends aus der Anstalt entfernt und in eine Eisenbütten Wirtshaft begeben. In einem unbeobachteten Augenblicke hat sich Kühne dann in der Ofen ertränkt. Die Polizei fand später im Besitze Webers die als bisheriges Eigentum Kühnes erkannten Wertpapiere im Nennwerte von 500 M, sowie 16,20 M in barem Gelde und eine quittierte Rechnung über 35 M für den von ihm beschafften Sarg des Verstorbenen. Weber behauptet nun, daß Kühne ihm sein Vermögen 4 oder 5 Wochen vor seinem Tode geschenkt und diese Schenkung am 22. September wiederholt habe. Nachdem die fraglichen Wertgegenstände dem Magistrat zur fernerer Verfügung überwiesen sind, hat Weber klagend Herausgabe der Wertpapiere und Zahlung der 16,20 M verlangt. Der Magistrat hält diese Klage für unbegründet, weil die von Kühne vorgenommene Schenkung der Anfechtung unterliege. Kühne ist nämlich seit 4. März 1884 wegen Altersschwäche, Gebrechlichkeit und Obdachlosigkeit im städtischen Armenhause verpflegt, wodurch der Stadt ein Anspruch auf Ersatz von 1 M für jeden Verpflegungstag erwachsen ist, auch sind für seine Beerdigung 31,50 M aufgewendet worden, sodaß der Stadt eine noch nicht verjährte Gesamtforderung von 1026,50 M gegen den Kühneschen Nachlaß zusteht.

Da übrigens der Kläger Weber wegen Altersgebrechen im Januar und Februar 1901 mit insgesamt 11 M in barem Gelde aus der Armenkasse unterstützt und vom 9. September 1901 ab wegen Obdachlosigkeit im städtischen Armenhause aufgenommen ist, so beabsichtigt der Magistrat, von ihm im Wege der Widerklage Ersatz dieser Aufwendungen zu fordern. Die Versammlung wird daher ersucht, der Aufnahme des von Weber angestrebten Rechtsstreites zuzustimmen und den Magistrat zur Erhebung der Widerklage gegen Weber auf Ersatz

von 11 M und von täglich 75 S Verpflegungsgeld für die Zeit seit dem 9. September 1901 zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird den Anträgen zugestimmt.

IX. Pflasterung der Sophienstraße.

Die Anlieger der Sophienstraße haben gebeten, die Fahrbahn dieser Straße baldmöglichst mit Kleinpflaster oder Asphalt zu befestigen. Auch die städtische Bauverwaltung hat sich dahin geäußert, daß eine Erneuerung der Fahrbahnbefestigung in der Sophienstraße wünschenswert wäre und bereits im Etatsjahre 1903/04 in der Weise erfolgen könne, daß die fragliche Fahrbahn zwischen Cammann- und Juliusstraße mit einem Inhalt von 1800 qm an Stelle der Fahrbahn der Frankfurterstraße zwischen Luise- und Helenenstraße mit einem Inhalt von 1639 qm mit Kleinpflaster versehen würde, da diese Fahrbahn noch nicht so stark abgenutzt sei, daß deren Umwandlung, die für das laufende Jahr vorgesehen sei, schon durchaus in diesem Jahre erfolgen müsse. Diesen Vorschlag hält der Magistrat für annehmbar und ersucht zuzustimmen, daß an Stelle der betr. Strecke der Frankfurterstraße die Fahrbahn der Sophienstraße gepflastert werde.

Wie Herr Ebeling namens der Baukommission berichtet, würden einige Anlieger der Sophienstraße sehr gern sehen, wenn die Fahrbahn nicht mit Kleinpflaster, sondern mit Asphalt belegt würde. Von der Erfüllung dieses Wunsches müßte aber nicht nur wegen der Mehrkosten, sondern auch des Umstandes wegen abgesehen werden, daß der westliche Teil der Sophienstraße eine ganz erhebliche Steigung habe und es den Fuhrwerken unmöglich gemacht werde, diesen Straßenteil zu passieren, sofern er eine asphaltierte Fahrbahn habe. Die Baukommission empfehle daher, die Fahrbahn der Sophienstraße mit Kleinpflaster zu belegen und dafür die Instandsetzung der Frankfurterstraße noch hinauszuschieben.

Herr Lange ist über diesen Vorschlag sehr erfreut, möchte aber als notwendige Folge dieser Straßeninstandsetzung auch die Pflasterung der Ferdinandstraße und des davorliegenden Teiles der Promenade empfehlen, damit die Fuhrwerke diesen Weg benutzen können.

Herr Rieke möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der Magistrat den hiesigen Steinsetzern auf eine in dem Berichte über die Sitzung vom 5. März d. J. — Seite 258 — erwähnte Eingabe erwidert habe, daß auf eine Abstellung der angeführten Uebelstände bedacht genommen werden solle. Trotzdem seien die Leute teilweise noch heute ohne Arbeit und müßten mit ansehen, wie Thüringer und Beltenhöfer Arbeiter, welche hier keine Steuern bezahlten, städtische Arbeiten verrichteten. Wenn man die von der Stadt zu vergebenden Arbeiten unter kleine hiesige Firmen verteilen wollte, würden die Leute Arbeit haben, so aber gebe man

alles einer einzigen großen Firma, die ihre Arbeiter von außerhalb beziehe. In Württemberg sei man den einheimischen Arbeitern bei der Vergabe fiskalischer Arbeiten viel mehr entgegengekommen. Nach dem Tode des ersten Inhabers jener großen Firma sei eine Hinterlassenschaft von 480 000 M in Bar und von 200 000 M an Material konstatiert worden, ein Vermögen, das hier verdient sein müsse, da der Verstorbene aus Thüringen nichts mitgebracht habe. Gegenüber solchen Verhältnissen erscheine es ihm für eine weise Stadtverwaltung geboten, zuerst die eigenen Arbeiter zu berücksichtigen. Sollte man aber die hiesigen Arbeiter etwa zurückgewiesen haben, weil sie Mitglieder des Verbandes seien, so müßte er dagegen Einsprache erheben, weil den Arbeitern dasselbe Recht zustehe, wie den Arbeitgebern. Er möchte also bitten, künftig auch den kleinen Firmen, welche vollständig leistungsfähig seien, Arbeit zu überweisen und bemerke, daß es sich doch nur um die reine Arbeitsleistung handle, da das Material stadtheimlich geliefert werde. Es würde also von dem guten Willen und dem Gerechtigkeitsgefühl der Stadtverwaltung abhängig sein, den Leuten Beschäftigung zu geben. Auch im Interesse der Behörden selbst liege es, den hiesigen Arbeitern entgegenzukommen, denn wie solle ein Arbeiter Vertrauen zu der Behörde haben, wenn er aus deren Verhalten glaube folgern zu müssen, daß sie nur für die Reichen und nicht auch für die Armen Interesse habe. Soweit sei es glücklicherweise hier noch nicht gekommen, wenigstens habe er eine solche Meinung von den städtischen Behörden noch nicht gewonnen.

Herr Schmidt will an den Magistrat die Anfrage richten, wie er jetzt über die Asphaltpflasterung denke. Jedenfalls sei die Asphaltierung der Fahrbahn am Rathause so schauderhaft, daß er wissen möchte, ob dieses an der mangelhaften Ausführung oder an anderen Umständen liege. Die Fahrbahn sei in dieser kurzen Zeit schon so schlecht geworden, daß an deren Erneuerung ernstlich gedacht werden müßte, obwohl solche Arbeit für die Anlieger geradezu eine Qual genannt werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß eine Vorlage wegen der Verwendung von Asphalt zur Straßenpflasterung bereits ausgearbeitet sei und den Mitgliedern der Versammlung in den nächsten Tagen zugehen werde.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß der schlechte Zustand des Asphaltpflasters einmal an dessen mangelhafter Herstellung und dann auch an der Unterlage der Schienen liege, welche nicht fest sei und durch ihre Erschütterungen das Pflaster lockere. In Berlin und anderen Städten sei der Stampfasphalt dauerhafter gewesen, obwohl er mehr auszuhalten gehabt habe, als auf dieser Straßenstrecke. Uebrigens nehme das Legen des Asphaltpflasters in Berlin bei weitem nicht so viel Zeit in Anspruch wie hier, denn solche Strecken werde dort des Morgens angefangen und Mittags fahren bereits die Wagen hinüber. Trotzdem befinde sich

z. B. das vor einem Jahre gelegte Asphaltpflaster der Lindenstraße in Berlin heute noch in demselben guten Zustande, wie vor einem Jahre. Für die hiesige Stadt werde es sich wesentlich darum handeln, welches das dauerhafteste und dadurch gleichzeitig das billigste Pflaster sei. Vor den Toren der Stadt scheine man keine schlechte Erfahrungen mit dem Kleinpflaster zu machen, welches bekanntlich in verschiedenen Arten vertreten sei, und glaube er, daß sich dieses Pflaster auch für die meisten Straßen der Innenstadt gut eignen und nicht zu geräuschvoll sein werde. Nur auf den Straßen mit öffentlichen Gebäuden dürfte sich das Asphaltpflaster wegen seiner vollständigen Geräuschlosigkeit am besten eignen und sei es ihm nur noch fraglich, ob sich die Asphaltplatten, wie sie z. B. in der Taschenstraße liegen, nicht noch besser bewährten, als der Stampfasphalt.

Herr Ebeling möchte auf die Anregung des Herrn Lange erwidern, daß bei einer Pflasterung der Ferdinandstraße noch eine Nachbewilligung stattfinden müßte.

Die Versammlung stimmt darauf dem Kommissionsantrage zu.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

X. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Mit Rücksicht auf die zu Punkt I der Tagesordnung genehmigte Magistratsvorlage werden die Gesuche des Holzhändlers Albert Sazinger und der Frau Karoline Rhode um Erlaß der Steuer für einen Wachhund zunächst dem Magistrate zur Prüfung der Frage überwiesen, ob die Wirtsteller an durch Nachtwächter nicht begangenen Straßen wohnen.

XI. Anschluß eines auswärtigen Grundstücks an das Kanalsuch.

Der Steinhauer Karl Peters, Kreuzkampstraße 22, hat gebeten, sein an der Gellerstraße auf Delper Gebiet gelegenes Wohnhaus an den städtischen Kanal anzuschließen. Der Magistrat hält es für unbedenklich, diesem Gesuche unter dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs und unter der fernereren Bedingung zu entsprechen, daß Peters die doppelte Kanalsteuer entrichtet. Dem Antrage des Magistrates, diesem Abkommen zuzustimmen,

schließt sich Herr Esdorn namens der Finanzkommission an.

Herr Rieke möchte anheimgeben, auch den Anwohnern der auf städtischem Gebiete liegenden Roßstraße Leitungswasser zuzuführen. Als dort einem Anlieger der Brunnen wegen gesundheitschädlichen Wassers geschlossen sei und die Anlieger um Zuführung von Leitungswasser gebeten hätten, sei ihnen mitgeteilt worden, daß dem Antrage wegen mangelnder Vorflut und wegen fehlender Kanalisation nicht entsprochen werden könne. Um möglichst jedem Bürger der Stadt gerecht zu

werden, eruche er, Vorsorge zu treffen, daß die Leute Wasserzuführung und Kanalisation erhalten.

Herr Stadtrat Haake will hierzu bemerken, daß der Magistrat noch immer den Standpunkt einnehme, die Wasserleitung im allgemeinen nicht nach solchen Stellen zu verlegen, denen der Kanal fehle, da die Erfahrung lehre, daß bei vorhandener Wasserleitung viel mehr Wasser verbraucht werde, als wenn das Wasser einem Brunnen entnommen werden müßte. Die zur Aufnahme der Abwässer verwendeten Senkgruben seien oft so undicht, daß sie den Boden verseuchten und die Gesundheit der Anwohner gefährdeten.

Die Magistratsvorlage wird hierauf gutgeheißen.

XII. Verrechnung von Kosten für Instandsetzung des Bürgerparks.

Um die Instandsetzungsarbeiten im Bürgerparke nicht unterbrechen zu müssen, bezw. um den eingearbeiteten Arbeitern auch im Winter Beschäftigung gewähren zu können, ist die Parkdeputation vom Magistrate ermächtigt worden, für diesen Zweck bedarfsmäßige Aufwendungen innerhalb bestimmter Grenzen zu machen. Diese im abgelaufenen Jahre stattgehabten Aufwendungen haben 21 633,17 M betragen. Es wird anheimgegeben, diese Aufwendungen genehm zu halten und sich damit einverstanden zu erklären, daß der Gesamtaufwand dem Schulhausbaufonds für 1902/03 zur Last gelegt werde.

Nach dem Berichte des Herrn Esdorn empfiehlt die Finanzkommission die Genehmigung der Vorlage. In der Sitzung vom 24. April 1902 — Seite 27 des Berichtes — sei ein Betrag von 15 000 M schon definitiv für den Zweck bewilligt worden.

Herr Herzberg hält die Nachverwilligung von Ausgaben für eine mißliche Sache und muß dagegen Verwahrung einlegen, daß das wichtigste Recht der Versammlung, das Bewilligungsrecht, beschnitten werde. Es handle sich um eine Beschneidung des Budgetrechtes und wenn es auch im vorliegenden Falle nicht in der Absicht des Magistrates gelegen haben möge, dieses Recht der Versammlung zu kürzen, so laufe es doch in Wirklichkeit darauf hinaus. Denn wenn es sich nicht um grobe Verschuldungen handle, werde die Versammlung wohl oder übel die Bewilligung aussprechen müssen, um den Magistrat nicht in der Tinte sitzen zu lassen; umsomehr habe aber der Magistrat Ursache, derartige Nachbewilligungen zu vermeiden. Zum mindesten müßten in solchem Falle die Stadtverordneten verlangen, daß sie eine spezialisierte Abrechnung erhalten, aus der zu erkennen sei, woher die Mehrausgabe komme. In Bezug auf schriftliche Vorlagen werde die Versammlung aber sehr stiefmütterlich behandelt und müßte in der Beziehung bald Remedur eintreten. Deshalb möchte er an den Herrn Vorsitzenden die Bitte richten, dem § 7 des Statuts, die Ordnung und

Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, vom 24. März 1893, genau nachzukommen, der laute:

„Der Vorsitzende hat die Vervielfältigung der für die Stadtverordneten-Versammlung eingehenden Vorlagen nebst etwa zugehörigen Plänen und sonstigen Anlagen, insoweit nicht die Dringlichkeit, die Einfachheit oder geringe Bedeutung des Gegenstandes eine Ausnahme rechtfertigt, zu bewirken und einen Abdruck bezw. Abklatsch den Mitgliedern spätestens zweimal 24 Stunden vor der Sitzung zustellen zu lassen. 2c.“

Während die Vervielfältigung der Vorlagen durch diese Bestimmung zur Regel gemacht werde, bilde sie bei der Versammlung in Wirklichkeit die Ausnahme. Außerdem habe sich hier eine gewissermaßen künstliche Dringlichkeit herausgebildet, indem die Kommissionen ihre Sitzungen erst in derselben Woche abhalten, in der die Sitzungen der Stadtverordneten stattfinden und es infolgedessen heiße, die Zeit sei zur Vervielfältigung der als wichtig erkannten Vorlagen zu kurz. Dem lasse sich aber leicht abhelfen dadurch, daß die Plenarsitzungen eine Woche nach den Kommissionsitzungen stattfinden. Die Kosten der Vervielfältigung könnten auch nicht erheblich sein und würde die Versammlung nötigenfalls die erforderlichen Mittel wohl gern bewilligen. Den Magistrat ersuche er, in den nächsten Etat einen Posten für Vervielfältigung der Vorlagen einzustellen und könnten dafür vielleicht andere Posten wegleiben, wie z. B. der Zuschuß zur Sedanfeier 2c. An den Herrn Vorsitzenden wolle er aber nochmals die Bitte richten, den angezogenen Paragraphen des Verwaltungsstatuts zu beachten. Sollte das in Zukunft trotzdem nicht geschehen, so würden er und seine Freunde, wenn sie sich nicht genügend informiert glaubten und die Beschlußfassung über eine Vorlage mit ihrer Gewissenhaftigkeit nicht vereinbaren könnten, in jedem Falle die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission beantragen.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt annehmen zu dürfen, daß der Redner sich seine Verwahrung gespart haben würde, wenn ihm die geschichtliche Entwicklung der Vorlage gegenwärtig gewesen wäre. Der Herr sei indessen noch Neuling in der Versammlung und habe an den früheren Verhandlungen nicht teilgenommen. Da Redner in der Kommissionsitzung nicht habe anwesend sein können, so habe er Veranlassung genommen, dem Referenten entsprechende Mitteilung in der Richtung zu machen, daß die Versammlung auf Antrag des Magistrates in der Sitzung vom 24. April 1902 die Eröffnung eines Kredits von 15 000 M zur weiteren Instandsetzung des Bürgerparkes beschlossen habe, worauf dieser bewilligte Betrag der Parkdeputation zur Verwendung überwiesen worden sei. In dem Schreiben des Magistrates, durch welches die definitive Verrechnung dieses Betrages beantragt worden, sei allerdings nicht klar ausgedrückt, daß die Versammlung diese 15 000 M schon bewilligt habe, weil der Magistrat

angenommen habe, daß sich die Herren jenes Beschlusses noch erinnerten. Beim Herannahen des Winters sei dann die Parkdeputation an den Magistrat mit der Erklärung herantreten, daß der bewilligte Fonds nicht ausreiche zu Fortsetzung der Arbeiten, soweit sie noch im Winter ausführbar seien und zur Beschäftigung der sonst beschäftigungslosen Arbeiter. Hierauf habe der Magistrat der Parkdeputation einen weiteren Kredit von 5000 M bewilligt. Noch ehe aber dieser Kredit in Anspruch genommen sei, habe man in der Versammlung dem Magistrate die Einrichtung von sogenannten Notstandsarbeiten nahegelegt, worauf der Magistrat erklärt habe, es seien noch eine größere Zahl von Arbeiten, für welche Mittel etatmäßig bewilligt worden, rückständig, welche ausgeführt werden sollten, außerdem hätte aber der Magistrat schon auf die Verwendung weiterer Mittel bedacht genommen und sei in der Sitzung vom 22. Januar d. Js. — Seite 241 des Berichtes — insbesondere gesagt worden, der Magistrat habe im Vertrauen auf die nachträgliche Genehmigung der Versammlung beschlossen, zur weiteren Instandsetzung des Bürgerparkes namentlich behufs Beschäftigung der betreffenden Arbeiter einen weiteren Kredit zu bewilligen, womit sich die Versammlung stillschweigend einverstanden erklärt habe. Hieraus habe der Magistrat wohl mit Recht schließen können, daß die Bewilligung des Geldes auch im Sinne der Versammlung gelegen habe. (Zustimmung.) Bei der Beratung des Haushaltsetats sei vom Magistrate eine gleiche Erklärung abgegeben worden. — Was nun die gewünschte Vorlegung einer Abrechnung anlange, so liege die Rechnung hier aus und könnte von jedem Mitgliede der Versammlung eingesehen werden. Selbstverständlich handle es sich dabei um einen vorläufigen Rechnungsabschluß, da der definitive Abschluß erst später nach Beendigung der Arbeiten aufgestellt werden könne.

Herr Hauswaldt möchte der Bildung der Fabel entgegentreten, als ob es notwendig gewesen wäre, daß Herr Herzberg hier auftrete, um das Bewilligungsrecht der Versammlung zu schützen. Der Herr sei noch nicht lange genug Mitglied der Versammlung, um wissen zu können, daß dieses Recht hier stets hochgehalten sei. Durch die Worte des Herrn Herzberg müsse sich notwendigerweise auch die Finanzkommission getroffen fühlen, weshalb Verwahrung dagegen eingelegt werden solle. Ueberschreitungen der bewilligten Summen seien von der Versammlung stets getadelt worden und habe sie erst in der Sitzung vom 5. März d. Js. — Seite 259 des Berichtes — auf das Referat des Herrn Frühling sich sehr eingehend mit solchen Ueberschreitungen befaßt. Dagegen verstehe er nicht, wie man die hier vorliegende Sache zum Anlaß eines derartigen Mißtrauensvotums nehmen könne, denn hier sei, wie er sich jetzt überzeugt habe, von einer Nachbewilligung gar keine Rede, da die Summe längst bewilligt sei und es sich nur um deren Verrechnung handle. Dem Magistrate seien nicht nur 5000 M, sondern 100 000 M zur Beschäftigung Arbeitsloser zur Verfügung gestellt worden; der Magistrat habe

daher mit Fug und Recht die 5000 M der Paßdeputation überwiesen und habe auch gleichzeitig die Finanzkommission, welche nun einmal einen Vertrauensposten zwischen Magistrat und Versammlung einnehme, davon in Kenntniß gesetzt. Deshalb sei es aber auch nicht angebracht, ein Recht zu verteidigen, das die Stadtverordneten, welche schon länger Mitglieder der Versammlung seien, stets hochgehalten haben.

Herr Aßmann: Wenn Herr Hauswaldt glaube, eine besondere Vorlesung darüber halten zu müssen, wie lange ein Stadtverordneter im Amte zu sein habe, ehe er eine Anfrage oder einen Antrag stellen dürfe, so wolle er dazu bemerken, daß jeder Stadtverordnete sprechen könne, wie ihm der Schnabel gewachsen sei und daß derjenige, welcher sich dadurch getroffen fühle, das zurückweisen möge. Herr Hauswaldt hätte sich also seine Vorlesung ersparen können. Dem Anscheine nach gehöre Herr Hauswaldt auch zu denjenigen Mitgliedern der Versammlung, welche glauben, daß Stadtverordnete einer gewissen Richtung nicht mitreden dürfen, ehe sie nicht einige Jahre der Versammlung angehört haben, während andere Stadtverordnete die nötigen Kenntnisse und eine hinreichende Intelligenz gleich mit in die Versammlung bringen. Seiner Meinung nach könne hier jeder Stadtverordnete vorbringen, was er wolle und wie er es wolle.

Herr Jasper: Es wäre besser gewesen, wenn Herr Hauswaldt besser zugehört hätte. Herr Herzberg habe nicht gesagt, daß der Magistrat das Bewilligungsrecht der Versammlung habe schmälern wollen, sondern es sei von demselben besonders betont worden, daß die Schmälerung nicht absichtlich geschehen sei. Daß aber tatsächlich eine Schmälerung des Rechtes der Versammlung vorliege, müsse er auch nach der vom Herrn Oberbürgermeister gegebenen Aufklärung behaupten. Wenn auch 15 000 M ordnungsmäßig bewilligt seien, so bleibe doch ein Rest von 7 000 M übrig, für den die heutige Vorlage eine Nachbewilligung darstelle. Wäre die Bewilligung der ganzen Summe schon ausgesprochen, so hätte der Magistrat mit der Vorlage gar nicht an die Versammlung heranzutreten brauchen. (Widerspruch.) Den Ausführungen des Herrn Herzberg, daß derartige Nachbewilligungen tunlichst vermieden werden möchten, könne er nur beipflichten. Wenn dem gegenüber Herr Hauswaldt meine, daß die Finanzkommission als Bindeglied zwischen Magistrat und Versammlung gedient habe, so könne er diese Tatsache nicht als entschuldigend für den Magistrat gelten lassen, denn in demselben Augenblicke, wo der Magistrat an die Finanzkommission die Mitteilung von der Ueberschreitung der bewilligten Summe hätte gelangen lassen, wäre es ihm ebenso gut möglich gewesen, an die Versammlung mit dem Ersuchen um Nachbewilligung heranzutreten. Gegen die Bewilligung der Mittel an sich sei von seiner Seite nichts einzuwenden. Vom Magistrate sei sonderbarerweise immer betont worden, daß für derartige Zwecke Mittel nicht aufzuwenden seien, weil ein Notstand nicht existiere,

eine Tatsache, welche ihm bekannt sei, obgleich er noch nicht lange der Versammlung angehöre.

Bei dieser Gelegenheit möchte er auch noch vorbringen, daß ihm das Recht des einzelnen Stadtverordneten insofern geschmälert erscheine, als er häufig nicht in der Lage sei, die an die Versammlung ergehenden Vorlagen genügend zu überlegen, weil sie ihm nicht frühzeitig genug zugehen. So sei z. B. diese Vorlage schon vor 14 Tagen vom Magistrate abgesandt, jedoch selbst den Mitgliedern der Finanzkommission von deren Inhalt keine Mitteilung gemacht worden, sodaß erst in der Kommissionsberatung hätte festgestellt werden können, um was es sich eigentlich handelte. Wenn Herr Herzberg dafür eingetreten sei, daß der Vorsitzende der Versammlung mehr als bisher die Regel im Geseze beachten und die Vorlagen vervielfältigen lassen möchte, so wolle er dieses Ersuchen dahin ausdehnen, daß auch den Kommissionsmitgliedern die Vorlagen tunlichst vor der Kommissionsitzung zugänglich gemacht würden; auch dürfte es sich empfehlen, die zu den Vorlagen gehörenden Akten den Kommissionsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. In der letzten Kommissionsitzung habe er ein Referat zu vertreten gehabt, welches ihm erst am Tage zuvor zugestellt worden sei, sodaß er kaum in der Lage gewesen sei, sich über die zugehörigen Vorgänge genau zu informieren und zwar umsomehr, als ihm der Vorsteher der Magistratsregistratur erklärt habe, daß er nicht in der Lage sei, ihm die Akten auszuhandigen und es erst der Anweisung des Herrn Bürgermeister bedurft habe, sie zu erhalten. Er möchte deshalb bitten, daß den Kommissionsmitgliedern die Akten generell zur Verfügung gestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Dem letzteren Wunsche könne nicht generell entsprochen werden, weil die Akten zuweilen geheime Sachen enthalten und es deshalb in jedem einzelnen Falle der Prüfung des Magistratsreferenten vorbehalten bleiben müsse, ob die Akten mitgeteilt werden können, selbst wenn über den betreffenden Gegenstand referiert werden müsse. Soweit irgend möglich solle selbstverständlich den Mitgliedern der Versammlung alles Material, welches zur Information dienen könne, zur Verfügung gestellt werden, denn der Magistrat habe keine Wäsche und brauche nichts zu verheimlichen. In den Akten befänden sich indessen häufig Sachen, die geheim zu halten er persönlich die Pflicht habe und müsse er dieser Pflicht selbstverständlich nachkommen. Seines Wissens bestehe auch keine gesetzliche Vorschrift, die sämtlichen Vorlagen den Mitgliedern der Versammlung zugänglich zu machen und habe namentlich der Magistrat keine Veranlassung, die Schriftsätze zu vervielfältigen, sondern könne es der Versammlung selbst überlassen, entsprechende Anträge zu stellen, sofern sie eine Vervielfältigung dieser oder jener Sache für wünschenswert halte. In Befolgung der bisherigen Gepflogenheit des Hauses, welche aber anscheinend auch hier wieder einmal

geändert werden solle, habe der Magistrat aus eigener Initiative die ihm geeignet erscheinenden Vorlagen vervielfältigen und jedem Mitgliede der Versammlung zustellen lassen, im übrigen es aber der Versammlung überlassen, den Wunsch auszusprechen, diese oder jene Vorlage vervielfältigt zu sehen. Der Versammlung stehe es ja auch zu, über die Geldmittel der Stadt zu verfügen.

Der Herr Vorsitzende will hierzu bemerken, daß er die Sache bisher so gehandhabt habe, wie das stets geschehen sei. Wenn indessen die Versammlung wünsche, daß jede Vorlage vervielfältigt werde, so könne das natürlich geschehen, obwohl es keinen Zweck habe. Gegenüber der Bemerkung, daß hier die Ausnahme zur Regel gemacht sei, wolle er darauf hinweisen, daß der größte Teil der Vorlagen nicht so wichtig sei, um sie mit den Plänen und sonstigen Anlagen abklatschen zu lassen und jedem Mitgliede der Versammlung zuzustellen, denn das würde eine Kosten- und Arbeitsaufwendung sein, die sich nicht lohne. Wenn die betreffenden Herren erst länger in der Versammlung seien — das dürfe er wohl sagen — so würden sie einsehen, daß sich die Versammlung mit vielen Bagatellen zu befassen habe. So möchte er z. B. wissen, wie die vielen Hundesteuer-Erlaßgesuche mit ihren Anlagen etc. behandelt werden sollten. Bisher habe der Magistrat schon aus sich selbst bei wichtigeren Vorlagen deren Vervielfältigung veranlaßt und habe Redner das nur in den allersehrsten Fällen nötig gehabt. Jedenfalls würde die prompte Erledigung der Sachen sehr darunter leiden, da er die Vorlagen in der Regel so spät erhalte, daß sie dann in der nächsten Sitzung nicht mehr zur Beratung gestellt werden könnten und eine Hinausschiebung ihrer Erledigung um 2—4 Wochen stattfinden würde. Wenn aber die Versammlung anderer Meinung sei, könne jede Vorlage vervielfältigt werden.

Herr Südel: Die Mehrheit der Finanzkommission sei der Ansicht, daß die Versammlung das Bewilligungsrecht stets voll in Anspruch genommen habe, wie das kürzlich erst durch das Referat des Herrn Frühling bewiesen worden sei. (§. 259 des Berichts vom 5. März 1903.) Die Kommission würde es auch sehr bedauern, wenn durch eine allzu ausgedehnte bürokratische Behandlung der Vorlagen der Geschäftsgang eine wesentliche Verzögerung erleiden sollte. Aus den langen Jahren, welche er mit vielen Herren der Versammlung angehöre, sei ihm kein Fall erinnerlich, in welchem der Magistrat eine Nachbewilligung beantragt habe, die er nicht auch voll hätte begründen können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zunächst bemerken, daß er in der Kommissionsitzung nicht genau über die Vorlage orientiert gewesen sei, weil er sie nicht bearbeitet habe. Im übrigen verstehe er die ganze Debatte deshalb nicht, weil es sich hier gar nicht um eine Nachbewilligung handle. Die Partideputation habe 21 633,17 M für die Instandsetzung des Bürgerparkes verbraucht, wovon seitens der Versammlung 15 000 M definitiv verwilligt seien, während der Herr

Oberbürgermeister hier in der Sitzung mitgeteilt habe, der Magistrat wolle dort weitere Arbeiten ausführen lassen und hielte sich für ermächtigt solches zu tun, wogegen niemand Widerspruch erhoben habe. Der Magistrat könne aber seine Sachen hier ebensogut mündlich, wie schriftlich vortragen, denn wo stehe geschrieben, daß das schriftlich geschehen müsse? Es sei dem Magistrate also in blanco bewilligt, soviel er ausgeben wolle. Wenn nun Herr Jasper sage, weshalb denn der Magistrat überhaupt mit der Sache an die Versammlung herantrete, wenn es sich nicht um eine Nachbewilligung handle, so habe derselbe die Vorlage überhaupt nicht verstanden. Es müsse nämlich noch darüber Beschluß gefaßt werden, auf welchen Fonds die verausgabte Summe gebucht werden solle und da schlage der Magistrat vor, sie auf den Schulhausaufonds zu übernehmen. Eine Ueberschreitung des bewilligten Kredits habe also nicht stattgefunden, mithin sei die ganze Debatte, soweit sie sich hierauf beziehe, überflüssig gewesen.

Herr Jasper muß dabei bleiben, daß eine Ueberschreitung stattgefunden habe (Heiterkeit), denn die Bewilligung einer Summe könne nur in der Form einer formellen Abstimmung erfolgen, nicht aber durch Stillschweigen der Versammlung. Bis zu welchen Mitteln sollte sonst wohl solche Bewilligung gehen können, der Magistrat wäre ja berechtigt, Millionen darauf zu verwenden, indem er annähme, durch Stillschweigen der Versammlung eine unbegrenzte Vollmacht erhalten zu haben.

Der Herr Vorsitzende möchte eine Aeußerung der Versammlung darüber haben, was vervielfältigt werden solle, da die Auffassung darüber außerordentlich subjektiv sei. Diejenigen Herren, welche mit ihm nicht einer Meinung hierüber seien, müßten im gegebenen Falle einen Antrag auf Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung und Vervielfältigung der Vorlage stellen. Wenn z. B. Herr Jasper moniere, daß die zur Besprechung stehende Vorlage nicht vervielfältigt worden sei, so müsse er allerdings bekennen, daß er niemals darauf gekommen sein würde, eine so unwesentliche Vorlage vervielfältigen zu lassen, bei der es sich um eine reine Formalie handle. Wie hieraus jemand Veranlassung nehmen könne, zu sagen, die Vorlage sei 14 Tage im Besitze der Kommission gewesen und doch nicht vervielfältigt worden, verstehe er nicht. Wenn die Versammlung es wünsche, werde eben alles vervielfältigt.

Herr Oberbürgermeister Bodels: Es sei unzweifelhaft und insofern, aber auch nur insofern, habe Herr Jasper recht, daß formell die Bewilligung des Restes noch nicht ausgesprochen sei, materiell sei aber die Bewilligung schon erfolgt, sodaß die Versammlung jetzt nur verpflichtet sei, auch formell die Bewilligung zu beschließen. Würde die Versammlung das verweigern, so würde die Summe von einer anderen Stelle eingestellt werden, es sei denn, daß die materiell

bereits bewilligten Kosten verschwenderisch verwandt seien, in welchem Falle die Bewilligung allerdings verweigert werden könne.

Herr Tasper will dazu bemerken, daß er nicht bemängelt habe, die Gelder seien zu unrecchten Zwecken oder aber verschwenderisch verwendet worden, sondern er habe diese Nachverwilligung nur herausgegriffen, um grundsächlich dafür einzutreten, daß das Bewilligungsrecht der Versammlung nicht geschmälert werde. Wenn solche Vorlagen sorgfältiger darauf geprüft würden, ob sie sich nicht nach § 7 des Verwaltungsstatuts zur Vervielfältigung eignen, so würden Irrtümer vermieden werden. Auch bei dieser Vorlage halte er eine Vervielfältigung für notwendig, und möchte er den Wunsch aussprechen, daß der Herr Vorsitzende dieses mehr als bisher beachte. Aus dem gestrigen Referate habe er nicht entnehmen können, warum es sich hier handle.

Der Herr Vorsitzende muß den ihm vom Vorredner gemachten Vorwurf, er habe die Vorlage nicht sorgfältig genug geprüft, zurückweisen, da er die Vorlage daraufhin tatsächlich geprüft habe.

Herr Günther möchte daran erinnern, daß er diese Sache schon öfter vorgebracht habe, ohne einen sonderlichen Erfolg damit zu erzielen. Ihm scheine der Grund hierfür darin zu liegen, daß den Herren vielfach die Zeit oder aber das Interesse an den Sachen fehle. Seiner Meinung nach könnte der Vorsitzende mehr davon Gebrauch machen, die Vorlagen vervielfältigen zu lassen. Damit solle aber nicht etwa gesagt sein, daß auch nebensächliche Sachen, wie die Hundesteuer-Erlaßgesuche zc. vervielfältigt werden müßten. Wie oft komme es außerdem noch vor, daß man hier in der Sitzung garnicht verstehe, was gesagt werde, wie es ihm z. B. bei den Reden des Herrn Födel sehr oft gehe. (Rufe: Bei Ihnen ist's ebenso!) Wenn man vorher die Vorlage hätte durchlesen können, würde man wenigstens deren Inhalt besser verstehen. Daher möchte er den Herrn Vorsitzenden bitten, die Vorlagen häufiger als bisher vervielfältigen zu lassen.

Herr Esdorn ist von vornherein der Meinung gewesen, daß es sich hier nur um eine Formsache handle. Bei dem Referate in der Kommission habe er allerdings vorausgesetzt, daß die Vorlage jedem Kommissionsmitgliede zugegangen sei, weshalb er es nicht für nötig gehalten habe, sie vorzulesen. Er würde es auch für richtiger halten, die Vorlagen namentlich den neuen Mitgliedern in Abschrift zuzustellen, da man hier schneller fertig werden würde, wenn jedes Mitglied besser orientiert wäre. Im übrigen könne dem Magistrate bei diesem Punkte kein Vorwurf gemacht werden, da er Arbeitslose in einer Zeit beschäftigt habe, wo die Not groß gewesen sei und wenn die verausgabte Summe noch größer gewesen wäre, würde deren Bewilligung wohl niemand verweigert haben.

Herr Hauswaldt möchte bemerken, daß er sehr gern neue Gesichtspunkte und Vorschläge annehme, aber nicht anerkennen könne, daß die Versammlung bis

jetzt immer auf dem Holzwege gewesen sei und erst durch die neuen Mitglieder der Versammlung neue vernünftige Wege eingeschlagen würden. Welche Vorlagen sollen denn vervielfältigt werden? Der Vorsitzende der Versammlung könne die Vorlagen gar nicht so genau prüfen, ob sie sich zur Vervielfältigung eignen und würde hierzu viel besser der Vorsitzende der betr. Kommission in der Lage sein. Die bisherige Gepflogenheit der Versammlung sei gar nicht so tüchtig gewesen, wie das hier dargestellt werde. Welcher Punkt der heutigen Tagesordnung mit Ausnahme von Punkt VII wäre z. B. wohl wert gewesen, vervielfältigt zu werden. Die Vorlage oder doch der grundlegende Bericht zu dem Punkt VII sei aber vervielfältigt worden. Wenn man dem Wunsche des Herrn Jasper folgen und sämtliche Vorlagen erst bei den einzelnen Kommissionsmitgliedern zirkulieren lassen wollte, ehe sie zur Beratung kämen, so würde dadurch wohl eine größere Einsicht hervorgerufen werden, aber technisch sei es unausführbar. Die Kommission müßte sich eben auf ihren Referenten verlassen. Als Referent müsse man aber oft ganz dicke Aktenbündel durchstudieren und möchte er fragen, ob diese vielleicht auch vervielfältigt werden sollten. Darum solle man es ruhig bei der bisherigen Gepflogenheit lassen, mit der man bislang gut ausgekommen sei und wohl auch in Zukunft auskommen werde.

Herr Bürgermeister Kete meyer will noch auf ein Bedenken gegen die Vervielfältigung aller Vorlagen hinweisen, das sei die wesentliche Erschwerung der Magistratsgeschäfte. Während früher über die bei weitem größte Mehrzahl aller Sachen eine besondere Vorlage eingebracht sei, werde heute bei einer ziemlichen Anzahl von Sachen die Form der Kurzerhandschreiben gewählt, bei denen eine Vervielfältigung ausgeschlossen sei, weil darin auf den Inhalt beigegebener Aktenstücke Bezug genommen werde. Der Magistrat würde also eventuell indirekt gezwungen werden, von diesen Kurzerhandschreiben Abstand zu nehmen. Nun sei aber für die Behörden erst vor etwa zwei Jahren seitens der Regierung verfügt worden, daß zur Vereinfachung des Schreibwerks von den Kurzerhandschreiben tunlichst Gebrauch gemacht werden solle, was dann natürlich nicht mehr möglich sei.

Herr Wiehle würde es für zweckmäßig befinden, z. B. die Vorlage zu Punkt XIV der Tagesordnung zu vervielfältigen. Wenn man bei solchen Sachen nicht Mitglied der betr. Kommission sei, so wisse man tatsächlich nicht, um was es sich dabei eigentlich handle. Hätte man aber vorher eine Abschrift der Vorlage erhalten, würde man in der Lage gewesen sein, darüber nähere Erkundigungen einzuziehen und dann in der Plenarsitzung aus bester Ueberzeugung sein Veto auszusprechen. Dieser Punkt allein beweise zur Genüge, daß solche Sachen vervielfältigt werden müssen.

Herr Ohlendorf schließt sich diesen Ausführungen an. Seiner Meinung nach wäre die ganze heutige Debatte vermieden, wenn s. B. der von seinen Freunden

gestellte Antrag auf Bewilligung von 30 000 M bis 50 000 M zu Notstandsarbeiten angenommen worden wäre. Der Antrag sei aber abgelehnt worden, weil der Herr Oberbürgermeister erklärt habe, es seien Mittel in Hülle und Fülle vorhanden. Die heutige Debatte beweise aber, daß das nicht der Fall gewesen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierauf erwidern, daß der Vorredner sich bei seinen Angaben irre, denn was er anführe, habe sich ein Jahr früher zugetragen, indem Herr Günther im Jahre 1901 beantragt habe, dem Magistrate zu Notstandsarbeiten einen Kredit von 50 000 M zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag habe aber mit der vorliegenden Sache nichts zu tun. — Was nun dieervielfältigung der Vorlagen betreffe, so habe ja der Magistrat nichts dazu zu sagen; jedoch wolle er bemerken, daß die weitaus größte Mehrzahl der Vorlagen so einfacher Natur sei, daß derjenige, welcher sich auf einen einfachen Vortrag in der Kommission oder in der Versammlung nicht darüber schlüssig machen könne, überhaupt niemals sich werde darüber schlüssig werden.

Herr Wolff: Die Durchführung der städtischen Verwaltung beruhe auf einem gewissen Vertrauen zu der Tätigkeit des Magistrates und der Kommissionen. Daß jedes einzelne Mitglied der Versammlung sich über jede Magistratevorlage vorher genau orientieren solle, sei absolut unmöglich. Wenn man ohne Vertrauen zu dem Magistrate und den Kommissionen an die Beratung herantrete, so sei es mit der Tätigkeit der Versammlung zu Ende. Da aber die Beratung und Beschlußfassung doch vorgenommen werden müsse, so sei das bisher eingeschlagene Verfahren das allein richtige. Nach seiner Meinung würde der Herr Vorsitzende gut tun, die Ansicht der Versammlung darüber zu extrahieren, ob das bisherige Verfahren beibehalten werden solle, oder nicht. Wenn allerdings ein Mitglied der Versammlung die Erklärung abgebe, daß es sich über die Vorlage nicht klar geworden sei, so sei es sein gutes Recht, zu verlangen, weitere Aufklärung zu erhalten, und werde die Versammlung auch so loyal sein, unter Umständen die Zurückverweisung der betr. Sache an die Kommission zu beschließen. Ein solches Verfahren sei aber nur im einzelnen Falle möglich und könne sich auch nur im Laufe der Debatte klären. Im übrigen lassen Sie uns bei unserem bisherigen Verfahren bleiben: haben wir Vertrauen zum Magistrate und zu unseren Kommissionen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratevorlage genehmigt und außerdem beschlossen, das bisherige Verfahren hinsichtlich derervielfältigung der Vorlagen beizubehalten.

Der Herr Vorsitzende erklärt darauf, die Wünsche der Versammlung in Bezug auf dieervielfältigung der Vorlagen nach Möglichkeit berücksichtigen zu wollen.

XIII. Besserung der Akustik im Saale.

Von Herrn Südel und verschiedenen anderen Mitgliedern der Versammlung ist die Anregung gegeben, den Magistrat zu ersuchen, den Versuch zu machen, die Folgen der ungünstigen Akustik des Sitzungssaales dadurch zu beseitigen, daß die zweiten Sitzreihen erhöht werden.

Eine Verhandlung und Abstimmung findet hierüber nicht statt.

XIV. Einrichtungen für das Gaswerk an der Bahnhofstraße.

Wie nachträglich ermittelt worden ist, sind auf dem Gaswerke an der Bahnhofstraße vier Generatoröfen zu erneuern, wodurch eine Ausgabe von 14000 M entstehen würde; auch ist die Erbauung einer Karburierungsanlage auf demselben Gaswerke geplant worden. Die Karburierung erfolgt durch Zuführung von Benzoldämpfen in das Gas und hat den Zweck, bei Erzielung einer gleichen Lichtstärke den Zusatz von teuren englischen Kohlen wesentlich einzuschränken. Die Kosten dieser Anlage sind auf 5000 M veranschlagt, doch soll durch die Anlage eine Ersparnis von jährlich mindestens 15000 M herbeigeführt werden. Im Einverständnis mit der Deputation gibt der Magistrat anheim, diese Einrichtungen zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 19000 M zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Südel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XV. Antrag Stegmann: Versicherung der Scheuerfrauen gegen Krankheit.

Der in der Sitzung vom 19. März d. Js. — Seite 315 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die bei den Reinigungsarbeiten im Rathause beschäftigten Frauen gegen Krankheit zu versichern“.

Wie Herr Brückmann namens der Statutenkommission berichtet, würde es sich bei Durchführung des Antrages um 17—20 weibliche Personen handeln, welche noch nicht versichert, aber auch nicht versicherungspflichtig seien. In der Statutenkommission sei nun der Wunsch ausgesprochen worden, nicht allein diese, sondern alle bei der Stadtverwaltung beschäftigten Personen zu versichern, soweit dies noch nicht geschehen sei. Der Magistrat habe sich dieser Anregung gegenüber auch sehr sympathisch gestellt und zugesagt, die Versicherung der noch nicht ver-

sicherten Bediensteten in die Wege zu leiten. Die Kommission empfehle daher an Stelle des Antrages die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung nimmt davon Kenntnis, daß der Magistrat die Versicherung der im städtischen Dienste beschäftigten und noch nicht versicherten Personen gegen Krankheit in die Wege zu leiten und die hierauf bezüglichen Maßnahmen zu ergreifen beabsichtigt“.

Herr Beplies ist mit dieser Resolution einverstanden und dadurch der Stellung eines entsprechenden Antrages überhoben. Die nicht versicherungspflichtigen städtischen Arbeiter befänden sich wirtschaftlich und sozial in derselben Lage wie diejenigen Arbeiter, welche ohne weiteres versicherungspflichtig seien. Wundern müsse er sich nur, daß die Versicherungspflicht nicht schon lange für diese Leute eingeführt worden sei.

Die Resolution wird darauf angenommen.

XVI. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.

Wie Herr Jasper berichtet, ist die Finanzkommission bei der Beratung des Antrages darüber einig geworden, daß zunächst der Magistrat ersucht werden sollte, eine genaue Aufnahme darüber vorzunehmen, welche Löhne zur Zeit stadtsseitig gezahlt würden und bis dahin, daß diese Aufstellung der Kommission zugegangen und sie sich darüber schlüssig geworden sei, die Verhandlung über den Antrag ausgesetzt werden sollte.

XVII. Antrag Günther: Einrichtung einer Volksesehalle.

Der ebenfalls in der Sitzung vom 19. März d. Js. — Seite 315 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Einwilligung zur Errichtung einer Volksesehalle gebe und demnächst eine dahingehende Vorlage mache“.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Lord: Die Einrichtung einer solchen Lesehalle, welche für arm und reich, für hoch und niedrig gedacht sei, erfordere zweierlei: einmal die Errichtung eines Lesesaales, in dem Zeitschriften, Broschüren, Zeitungen zc. aufliegen und auch Nachschlagewerke vorhanden seien, aus denen man sich über alle möglichen Fragen leicht informieren könne, und sei dieser Teil der wichtigere. Daran gliedere sich dann eine Volksbibliothek, deren Bestand auch in die Wohnungen verliehen werden könne. Die Vorgeschichte dieses Antrages sei wohl bekannt: Ein ähnlicher Antrag sei von ihm in der Sitzung vom 4. Mai 1899 — S. 67 des Berichtes — gestellt und hinterher auch von der Versammlung angenommen worden. Der Magistrat habe indessen abgelehnt, die Lesehalle in eigene Verwaltung zu nehmen,

indem er das Nützliche und Zweckmäßige solcher Einrichtung wohl anerkannt, aber befürchtet habe, daß die Beweglichkeit ihrer Verwaltung unter städtischer Regie leiden würde. Am Schlusse des damals erlassenen Schreibens habe der Magistrat der Angelegenheit gegenüber seine Sympathie versichert und bemerkt, daß er derselben seine volle Aufmerksamkeit auch fernerhin widmen werde. Dieser Standpunkt sei wohl zu verstehen und damals auch berechtigt gewesen. Gewiß sei es richtig, daß ein derartiges Institut, aus privaten Mitteln eingerichtet und von Privaten geleitet, das Ideal einer solchen Einrichtung sein würde, indem es nicht zu bezweifeln sei, daß eine staatliche oder eine städtische Verwaltung den Geschäftsgang eines derartigen Institutes erschweren müsse. Allein er halte es für ausgeschlossen, daß die nicht unerheblichen Mittel einer solchen Einrichtung freiwillig aus der Bürgerschaft aufgebracht werden. Beispiele wie in Bremen, wo auf den ersten Antriebe 400 000 M für diesen Zweck zusammengekommen seien, würden in Deutschland wohl höchst selten sein.

Da nun sowohl Magistrat als Versammlung damals zu verstehen gegeben haben, daß sie einer derartigen Einrichtung ihre volle Sympathie entgegenbrächten, so sei jetzt die Frage zu beantworten, ob es angezeigt erscheine, dem Magistrate zu empfehlen, seinen früheren Standpunkt zu verlassen und die Einrichtung des Institutes städtischerseits in die Hand zu nehmen. Die Finanzkommission bejahe diese Frage. In der Zwischenzeit seien auf diesem Gebiete ganz erhebliche Erfahrungen gesammelt worden, da eine Anzahl tatkräftiger Männer für die Volksbibliotheksbewegung in Wort und Schrift Propaganda gemacht und die Sache erheblich gefördert habe. Während damals der Magistrat habe mitteilen können, daß auf 22 Anfragen nur von 4 Städten mitgeteilt worden sei, daß die Verwaltung der Volksbibliotheken sich in städtischer Regie befinde, hätten heute 28 deutsche Städte ihre Volksbibliotheken unter eigener Regie, während 14 derartige Institute stadtheitig erheblich unterstützt würden. Daneben gebe es dann noch eine Anzahl Volksbibliotheken, wie in Bremen, Jena u., die aus Privatmitteln geschaffen worden seien. Die bisher auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen gehen nun dahin, daß es zu vermeiden sei, mit sogenannten kleinen Anfängen zu beginnen. Alle Mühe, welche auf unvollständig ausgerüstete Lesehallen und Volksbibliotheken verwandt sei, und alle Gelder, die dafür verausgabt seien, nenne einer der hervorragendsten Kenner dieser Einrichtung aus seinen Erfahrungen heraus vergeblich aufgewandte Mühe und fortgeworfenes Geld. Nur eine gut ausgerüstete derartige Einrichtung werde in der Lage sein, die Bevölkerung zu sich heranzuziehen und das zu bieten, was notwendig sei, wenn ein solches Institut prosperieren solle.

Die Finanzkommission glaube, diese Gründe berücksichtigen zu sollen und schlage vor, dem Antrage Günther zuzustimmen und, falls der Magistrat diesen

Antrag zu dem seinigen mache, eine Deputation zu bilden, in welche drei Stadtverordnete neben ein oder zwei Magistratsmitgliedern zu entsenden seien. Zu diesem Vorschlage sei die Finanzkommission gekommen, weil sie einsehe, daß die Magistratsmitglieder bei ihrer starken Beschäftigung eine derartige umfangreiche Einrichtung unmöglich selbst in die Hand nehmen könnten und ihnen die Deputation helfend und fördernd zur Seite stehen solle. Er habe deshalb im Namen der Finanzkommission Zustimmung zu dem Antrage Günther und eventuell Bildung einer Deputation zu beantragen, welcher aus der Versammlung anzugehören die Herren Günther, Hauswaldt und Lord vorgeschlagen würden.

Herr Stadtrat von Frankenberg will hierzu bemerken, daß der Magistrat den Wunsch hege, zu dem Antrage erst Stellung zu nehmen, wenn die Beschlußfassung darüber von der Versammlung erfolgt sei. Gleichwohl möchte er indessen erklären, daß nichts entgegenstehe, schon heute die Deputation für den Fall der Annahme des Kommissionsantrages durch den Magistrat zu wählen. Selbst wenn aber auch der Magistrat von dem Antrage Günther auf Errichtung einer städtischen Lesehalle keinen Gebrauch machen sollte, so würde in der Sache doch durch eine weitere Aussprache in der Deputation Klarheit geschaffen werden können.

Herr Günther hat dem Antrage der Finanzkommission mit Freuden zugestimmt und möchte nur noch bemerken, daß in der Kommission Bedenken geäußert seien, die Sache könnte verschleppt werden. Derartige Befürchtungen seien allerdings angesichts der bisherigen Vorkommnisse gerechtfertigt und werde man guttun, wenn die Sache zu langsam weiter fortschreiten sollte, sie immer von neuem wieder anzuregen, wenn auch die Deputation schon dafür sorgen werde, daß keine allzu große Verschleppung vorkomme. Natürlich lasse sich die Sache nicht von heute auf morgen machen, denn es handle sich zum großen Teile um die Lokalfrage und um die nötigen Mittel, jedoch hoffe er, daß sich diese bei gutem Willen schon werden beschaffen lassen. Ueber diesen Punkt habe sich der Referent auch nicht geäußert und meine er, daß es nicht schwer fallen werde, dafür eine bedeutende einmalige Summe zu bewilligen und alljährlich zuzuschießen, wenn die Einrichtung erst vorhanden sei. Außerdem gebe es wohl auch eine Anzahl Leute, welche solchem Unternehmen eine Summe testamentarisch zuwenden. Daß man sich hinsichtlich der Verschleppung der Sache vorsehen müsse, zeige das Beispiel, daß dem vor einiger Zeit gestellten Antrage auf Erweiterung der Freibadeanstalt magistratsseitig keine Folge gegeben sei, denn weder enthalte der Etat für diesen Zweck eine Summe, noch sei sonst etwas in der Sache geschehen. Wenn auch schon eine ganze Anzahl Bibliotheken hier existieren, so verfolgten diese doch ganz andere Zwecke, während es sich hier um eine allgemeine städtische Bibliothek handle. Neben der Schenkung von Büchern, welche dem Institute vielleicht zufließen, könnte man auch noch andere Schenkungen, z. B. von großen Verlagsbuchhand-

lungen, in Betracht ziehen, und erscheine es möglich, daß sich im Museumsbau nach dessen Fertigstellung Räume für eine Lesehalle einrichten ließen, zumal Herr Baumeister Osterloh s. B. die Möglichkeit solcher Raumbeschaffung angedeutet habe.

Herr Lord: Die Finanzkommission habe sich absichtlich darauf beschränkt, für jetzt nur die allgemeinen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen und würde dankbar sein, wenn sich die Versammlung ihr in diesem Punkte anschlüsse. Man komme sonst nicht weiter, und könne sich die speziellen Sachen für später vorbehalten. Ohne erhebliche Mittel würde sich aber die Sache nicht machen lassen.

Herr Stadtrat Meyer muß dagegen protestieren, daß die Angelegenheit der Volksbadanstalt vom Magistrate verschleppt sein solle. Wenn der Magistrat einem Antrage aus der Versammlung nicht zustimmen wolle, so könne dieses doch nicht eine Verschleppung des Antrages genannt werden. Im übrigen sei die Sache wiederholt zwischen dem Magistrate und der städt. Bauverwaltung hin und her gegangen, sodaß von einer Verschleppung keine Rede sein könne.

Herr Böschigt möchte bitten, dem Antrage Folge zu geben, indem er überzeugt sei, daß die Einsetzung einer Deputation schon sehr von Vorteil sein werde. Eine Verschleppung der Sache dürfte umfoweniger zu befürchten sein, als Herr Günther in die Deputation gewählt werden solle und die Verschleppung verhüten könne.

Herr Jasper muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß der Magistrat sich über die Sache noch nicht schlüssig gemacht habe, obwohl nach der Mitteilung des Referenten schon vor drei Jahren ein ähnlicher Antrag eingebracht sei und man nun wohl hätte erwarten können, daß er in der Lage gewesen wäre, über seine Stellungnahme zur Sache hier eine bindende Erklärung abzugeben. Wenn es ihm nach den Worten des Herrn Stadtrat von Frankenberg erschienen sei, daß der Magistrat nur Bedenken hätte, die Verwaltung der Lesehalle in eigene Regie zu nehmen, so müsse er nach der Erklärung des Herrn Stadtrat Meyer zweifeln, daß der Magistrat dieser Sache überhaupt näher treten werde. Angesichts solcher Verhältnisse müsse er es für sehr sonderbar halten, wenn eine Deputation eingesetzt werden solle auf die Gefahr hin, daß der Magistrat gar nicht geneigt sei, sich mit dem Projekte näher zu befassen. Herr Stadtrat Meyer sagte, der Magistrat sei selbständig und brauchte einem Beschlusse der Versammlung nicht zuzustimmen, wenn er nicht wollte, woraus hervorzugehen scheine, daß der Magistrat dieser Sache nicht nähertreten wolle. (Widerspruch.) Darum möchte er die Vertreter des Magistrates um eine Erklärung darüber bitten, wie sich letzterer zu der Vorlage stelle. Die Bildung der Deputation könne nur dann einen Zweck haben, wenn Aussicht vorhanden sei, daß der Magistrat der Sache auch nähertreten werde.

Herr Wolters glaubt, daß diese Äußerungen auf einem Mißverständnisse beruhen, denn gerade die Finanzkommission habe heute hier nicht mit Einzelheiten

kommen wollen, während der Vertreter des Magistrates sich durchaus nicht ablehnend geäußert habe. In der Finanzkommission habe der Wunsch bestanden, die zu wählende Deputation zu beauftragen, demnächst mit Einzelheiten hervorzutreten.

Herr Esdorn möchte noch erwähnen, daß Herr Stadtrat von Frankenberg in der Kommission schon eine gewisse Geneigtheit des Magistrates in Aussicht gestellt habe, während Herr Stadtrat Meyer durchaus nichts geäußert habe, was dieser Ansicht entgegenstehe.

Herr Stadtrat von Frankenberg muß Herrn Jasper das Recht bestreiten, aus seinen Worten eine ablehnende Stellungnahme des Magistrates zu folgern. Schon das frühere Schreiben des Magistrates lasse erkennen, daß er in wohlwollender Weise der Sache gegenüberstehe, aber gerade wie vorhin die Herren eine eingehende Prüfung der Vorlagen für sich gefordert haben, würden dieselben auch den Mitgliedern des Magistrates das Recht zubilligen müssen, daß sie nicht sofort ohne eingehende Prüfung zu einer solchen Sache Stellung nehmen. Aus diesem Grunde glaube er, daß eine entgegenkommendere Erklärung von ihm nicht hätte abgegeben werden können, indem er über den Antrag der Kommission noch hinausgegangen wäre und die sofortige Wahl der Deputationsmitglieder empfohlen hätte. Vor allen Dingen sei es ihm aber unbegreiflich, wie aus den lediglich die Volkshadearbeiten berührenden Worten des Herrn Stadtrat Meyer die Folgerung gezogen werden könne, daß der Magistrat der Errichtung einer Volkshadearbeit nicht wohlwollend gegenüberstehe.

Herr Jasper will Herrn Wolters erwidern, daß er seiner Belehrung über die Vorgänge in der Finanzkommission nicht bedurft und auch keinen Vorwurf erhoben habe. Aus den Worten des Herrn Stadtrat von Frankenberg habe er gefolgert, daß der Magistrat nicht geneigt sei, die Hadschalle in eigene Regie zu nehmen und aus den Worten des Herrn Stadtrat Meyer habe er weiter gefolgert, daß der Magistrat sehr wenig Neigung für das von Herrn Günther vorgeschlagene Projekt besitze. Es möge sein, daß er Herrn Stadtrat Meyer mißverstanden habe, indem von ihm angenommen sei, daß sich dessen Worte auf den zur Verhandlung stehenden Gegenstand bezogen haben. Wenn es nun auch nach den Äußerungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg scheine, daß der Magistrat dem Projekte nicht so sehr unsympathisch gegenüberstehe, so lasse sich doch mit dessen unverbindlichen Worten nicht viel anfangen. Er wolle hierbei nur auf das Verhalten der Vertreter des Bundesrates im Reichstage exemplifizieren, welche auch offen mit ihrer Meinung hervortreten und unter Umständen sagen, daß dieser und jener Antrag keine Aussicht auf Annahme habe. Wenn das geschehe, sei es zwecklos, über die betreffende Sache noch länger zu streiten, oder eine Deputation einzusetzen. (Schlußrufe.) Ebenso liege auch das Verhältnis zwischen Magistrat und Stadt-

verordneten. Er sehe nicht ein, weshalb die Vertreter des Magistrates nicht in der Lage seien, sich über ihre Stellung zur Sache zu äußern. Um ein ehrenvolles Begräbniß seines Antrages sei es doch dem Antragsteller durchaus nicht zu tun.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Für den Magistrat sei es natürlich sehr ehrenvoll, wenn er mit dem Bundesrate verglichen werde, jedoch wolle er darauf aufmerksam machen, daß es kürzlich selbst einem Vertreter des Bundesrates, nämlich dem Reichskanzler selbst, passiert sei, eine Erklärung in Bezug auf das Jesuitengesetz abgegeben zu haben, ohne dafür hinterher im Bundesrate einen Rückhalt zu finden. Umso mehr würde sich aber ein Magistratsmitglied hüten, zu einem Antrage Stellung zu nehmen, von dem man nicht wisse, wie sich der Magistrat hinterher dazu stellen werde. Er begreife gar nicht, wie Herr Jasper sich das denke, namentlich da derselbe doch im Magistrate ausgebildet sei und wissen müßte, daß der Magistrat nicht eher Stellung zu solchen Anträgen nehmen könne, bis ein Beschluß der Versammlung vorliege. Das passe sich eben nicht für den Magistrat. Dieser habe abzuwarten, was die Versammlung beschließe und nehme sodann Stellung dazu. Ein einzelnes Magistratsmitglied sei aber nicht berechtigt, schon vor der Beschlußfassung Stellung zu nehmen, weil es dadurch in eine schiefe Stellung kommen könne. Auf den Leim gehe er nicht.

Der Kommissionsantrag wird darauf gutgeheißen und werden die Herren Günther, Hauswaldt und Lorb in die eventuell einzusetzende Deputation gewählt.

XVIII. Antrag Ohlendorf: Verbreiterung der Brücke an der Sidonienstraße 2c.

In der Sitzung vom 19. März d. Js. — Seite 317 des Berichtes — hat Herr Ohlendorf folgenden Antrag gestellt und begründet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, zwecks Erneuerung und Verbreiterung der von der Sidonienstraße nach der Hohetorpromenade führenden Holzbrücke, sowie zwecks Errichtung einer Bedürfnisanstalt neben dieser Brücke eine hierzu erforderliche Summe in den Etat einzustellen“.

Namens der Baukommission berichtet über den Antrag Herr Buchler: Was den ersten Teil des Antrages, die Erneuerung und Verbreiterung der Sidonienbrücke betreffe, so sei in der Kommission zunächst die Frage erörtert worden, was wohl der Staat als Anlieger des rechten Okerufers tun würde, wenn die Brücke erneuert werden solle. Dazu habe Herr Bürgermeister Ketemeyer mitteilen können, daß vor etwa 1¹/₂ Jahren der Magistrat mit der Regierung über den hypothetischen Fall in eine Verhandlung eingetreten sei, was die Staatsregierung tun würde, wenn die städtischen Behörden dort eine Fahrbrücke herstellen wollten. In der

Erwiderung der Staatsbehörde sei ungefähr folgendes gesagt worden: Zunächst sei ein Bedürfnis zur Herstellung solcher Brücke nicht vorhanden, sodann würde auch die Schwierigkeit entstehen, wie die auf staatlichem Gebiete liegenden Zufuhrwege nach beiden Richtungen der Innenstadt für Fuhrwerke nutzbar gemacht werden können, ohne daß die Promenaden durch solchen Verkehr leiden. Hieraus gehe aber hervor, daß der Staat sich in der Frage ablehnend verhalten habe. Außerdem habe der Magistrat Untersuchungen über die Kosten einer solchen Brücke angestellt und eine Summe von etwa 100 000 M. ermittelt. Im Verlaufe der Verhandlungen habe dann die Staatsbehörde noch einen weiteren Bescheid abgegeben, indem das Herzogliche Staatsministerium erklärt habe, es sei durchaus abgeneigt, die Promenaden an die Stadt abzutreten, weil die städtischen Behörden nicht im Stande seien, den Charakter der Wälle so zu wahren wie der Staat. Die Kommission habe deshalb den Gedanken fallen gelassen, dort eine Fahrbrücke anzulegen. Dazu würde auch noch kommen, daß die Sidonienstraße erhöht werden müßte, was eine so hohe Summe kosten würde, daß die Kommission und der Antragsteller selbst davon Abstand genommen haben, dem Gedanken näherzutreten.

Es handle sich nun noch um die Frage der Erweiterung der Brücke als Fußgängerbrücke. Wenn der Antragsteller meine, die Brücke sei nicht zweckmäßig konstruiert, so müsse dazu bemerkt werden, daß an der Konstruktion nichts auszusetzen sei und die Brücke nicht anders hätte ausgeführt werden können, weil das Uferterrain an einer Seite hoch und an der anderen Seite niedrig liege. Da nun aber der Zustand der Brücke von vielen Kommissionsmitgliedern als sehr mangelhaft geschildert worden sei, so halte es die Kommission für angezeigt, daß es sehr wohl angängig sein würde, auf den guten und ausreichenden Unterbau der Brücke einen etwas breiteren Oberbau zu setzen, welche Aenderung nicht mit erheblichen Kosten verbunden sein würde. Die Kommission stelle daher den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen darüber anstellen zu lassen, ob die Brücke ohne besondere Schwierigkeiten etwas verbreitert werden könne und der Versammlung eventuell eine Vorlage zugehen zu lassen.

Was nun die Errichtung einer Bedürfnisanstalt anlange, so meine die Baukommission, daß dieselbe dort wegen des starken Fußgängerverkehrs sehr am Plage sein würde. Die Frage sei deshalb ebenfalls im Sinne des Antragstellers beantwortet worden. Wenn Herr Ohlendorf indessen gemeint habe, die Anstalt vom Hagenmarke hier aufzustellen, so habe er davon schon selbst Abstand genommen, weil hier eine einfachere Anstalt genüge. Ueber die fernere Frage, wohin die Anstalt kommen solle, wolle die Kommission einen bestimmten Vorschlag nicht machen, sondern beantragen, den Magistrat zu ersuchen, auch hierüber der Versammlung eine Vorlage zugehen zu lassen. Vielleicht würde man ein Stück Terrain des städtischen Pflegehauses hierzu verwenden können.

Herr Ohlendorf möchte hierzu berichtigend bemerken, daß er sich von seiner Ansicht, dort eine befahrbare Brücke anzulegen, nicht habe abbringen lassen, sondern er die Notwendigkeit solcher Brücke noch jetzt behaupten müsse. Erfreulich sei es gewesen, daß alle Mitglieder der Baukommission mit Ausnahme des Referenten das Bedürfnis nach einer solchen Brücke anerkannt haben. Er bitte um Annahme des Antrages, möchte aber gleichzeitig darauf hinweisen, ob es nicht richtiger sei, schon jetzt die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche vom Herzoglichen Staatsministerium gegen die Errichtung einer Fahrbrücke erhoben würden.

Herr Brückmann kann sich für die Verbreiterung nur erwärmen, wenn sie sich ohne erhebliche Mehrausgaben durchführen lasse. Er begehe die Brücke täglich 2—4 mal und kenne den Verkehr sehr genau. Wenn es auch Mittags etwas lebhafter sei, so habe er doch noch niemals ein Gedränge dort wahrgenommen. Wollte man hierfür eine größere Summe aufwenden, so gebe es doch viel notwendigere Ausgaben, wie z. B. die Verbreiterung der Sonnenstraße, der Südstraße u.

Herr Böschigt begrüßt den Vorschlag der Baukommission mit Freuden und wundert sich nur, daß Herr Ohlendorf über das Entgegenkommen der Kommission nicht ebenfalls erfreut sei. Er würde auch für eine große Fahrbrücke eintreten, wenn sie nicht so sehr viel Geld kostete und außerdem ihre Ausführung nicht unmöglich gemacht wäre. Deshalb solle man den Vorschlag der Kommission annehmen.

Herr Rieke würde im Interesse der Erweiterung der Stadt auch für eine Fahrbrücke eintreten, jedoch müßte man unter den vorliegenden Verhältnissen davon absehen. Er könnte sich wenigstens nicht dafür entscheiden, für eine solche Brücke so viel Geld aufzuwenden und davon nichts zurückzuerhalten. Wenn auf die noch stabile Unterlage breitere, vielleicht 5 m lange Eichenbohlen gelegt würden, so könnten auch die Anlieger damit zufrieden sein. Auch die Anlegung der Bedürfnisanstalt in einer nicht zu großen Form empfehle er, und müßte sie, da es auf der Promenade nicht gehe, in den Pflegehausgarten gelegt werden.

Die Kommissionsanträge gelangen darauf zur Annahme.

XIX. Antrag Stegmann: Bewilligung von Sommerferien an Arbeiter.

Der in der Sitzung vom 19. März d. Js. — S. 317 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, wonach den städtischen Arbeitern jährlich mindestens eine Woche Sommerferien bei Fortzahlung des Lohnes gewährt werden.“

Wie Herr Brückmann namens der Statutenkommission ausführt, wünscht der Antragsteller für die städtischen Arbeiter eine Ausnahmestellung gegenüber allen städtischen Beamten, indem er ihnen ein Recht auf Anspruch auf Sommerferien zuerkennen wolle, welches die Beamten nicht besäßen. Der Antragsteller habe auch selbst zugegeben, daß er von der irrigen Ansicht ausgegangen sei, die Beamten besäßen ein derartiges Recht, was nicht der Fall wäre. Die Statutenkommission habe nun ihre Sympathie für den Antrag geäußert, indem sie wünsche, daß den städtischen Arbeitern und den städtischen Beamten auf ein entsprechendes Gesuch ein angemessener Sommerurlaub gewährt werden möge, sofern die Erholungsbedürftigkeit oder andere zwingende Gründe für die Erteilung des Urlaubes sprächen. Nun sei die Gewährung von Urlaub an Beamte leichter durchzuführen als an Arbeiter, weil erstere sich gegenseitig leichter aushelfen können, während bei letzteren jeder seinen festen Platz habe, den er nicht verlassen dürfe. Trotzdem sei man der Ansicht gewesen, eine Anlehnung an diese Einrichtung versuchen zu sollen. Bislang habe man den Arbeitern bei Erholungsbedürftigkeit und bei besonderen Familienereignissen auch schon Urlaub erteilt, jedoch sei ihnen für die Zeit der Beurlaubung der Lohn nicht weitergezahlt worden. Die Statutenkommission empfehle nun, einen Antrag folgenden Wortlauts anzunehmen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Urlaubsgesuche der ständigen städtischen Arbeiter in denjenigen Fällen, in welchen das Urlaubsbedürfnis anzuerkennen ist, tunlichst zu berücksichtigen.“

Hierbei habe man sich nicht verhehlt, daß der Stadt bei Durchführung dieses Antrages Mehrkosten erwachsen würden, weil die Arbeiter sich nicht wie die Beamten würden gegenseitig vertreten können, sondern Ersatzleute eingestellt, oder längere Arbeitszeiten eingerichtet werden müßten, jedoch habe man in der Kommission zu erkennen gegeben, daß man auch diese Mehrausgabe nicht scheuen wolle.

Herrn Stegmann wäre es am liebsten gewesen, wenn der Antrag in der von ihm beantragten präzisen Form angenommen worden wäre, jedoch habe er sich überzeugt, daß das unter den vorliegenden Verhältnissen nicht möglich sei, weshalb er den Kommissionsantrag acceptiere. Seiner Meinung nach sei der Antrag von der Kommission allerdings gar zu sehr verbessert worden, indem gesagt sei, daß nur dann Urlaub erteilt werden solle, wenn ein Urlaubsbedürfnis vorliege. Nun habe sich aber bei den Beamten schon ein gewisses Gewohnheitsrecht herausgebildet, indem sie wohl sämtlich Urlaub erhielten, auch wenn ein Bedürfnis dazu nicht nachgewiesen sei, und hoffe er, daß es mit den Arbeitern ähnlich gemacht werden würde. Sollte aber in allen Fällen erst ein Bedürfnis nachgewiesen werden, so würde es wohl dahin kommen, daß nur sehr wenig Urlaub erteilt würde. Deshalb möchte er beantragen, zu beschließen, den städtischen Arbeitern, ebenso wie den Beamten, alljährlich Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

Sollte die Sache nach dem Vorschlage der Kommission gehandhabt werden, würde die große Mehrheit nichts davon haben und es könnte dahin kommen, daß manche Arbeiter infolge der Schikane eines Vorgesetzten mit ihren Urlaubsanträgen abgewiesen würden, während andere, die sich lieberes Kind zu machen verständen, eine Bevorzugung erfahren. Er bitte, den Antrag in dieser Form anzunehmen.

Herr Brückmann will noch hervorheben, daß der Wortlaut des Antrages in der Statutenkommission beschlossen worden sei. Im übrigen könne sich der Vorredner beruhigen: es werde bei den Urlaubsanträgen kein Unterschied gemacht werden, gleichviel, ob ein Beamter oder ein Arbeiter den Antrag stelle. Darum solle man den Versuch erst einmal machen und man werde finden, daß man damit zufrieden sein könne.

Dem Antrage der Statutenkommission wird darauf zugestimmt.

XX. Antrag Löschig: Straßenbeleuchtung in den frühen Morgenstunden.

In der Sitzung vom 19. März 1903 — S. 318 des Berichtes — stellte und begründete Herr Löschig folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß die Laternen der öffentlichen Straßen und Plätze auch bis zum Morgengrauen brennen und nicht nach gewissen Brennstunden gelöscht werden.“

Ueber den Antrag berichtet namens der Finanzkommission Herr Fiedel: Das Löschen der Laternen könne natürlich unmöglich nach den Witterungsverhältnissen oder nach dem Belieben des einzelnen Wärters stattfinden, jedoch sei eine Aenderung der bisherigen Gepflogenheit angängig. Zur Zeit müßten die Laternen nach einem bestimmten Kalender angezündet und auch gelöscht werden. Dadurch komme es, daß bei den langen Wegen der Laternenwärter das Löschen der Laternen häufig zu einer Zeit beginne, wo es wünschenswert erscheine, deren Licht noch leuchten zu lassen. Im allgemeinen werde nicht die Zeit bestimmt, zu welcher das Löschen der Laternen zu beginnen habe, sondern der Zeitpunkt, an welchem sie gelöscht sein sollen; in der Zeit vom 1.—10. Dezember müßte z. B. das Löschen um 7^{1/2} Uhr und vom 11.—25. Dezember um 7^{3/4} Uhr beendet sein. Die Finanzkommission schlage nun vor, dem Antrage die Fassung zu geben, daß der Zeitpunkt des Beginnes der Löschung festgesetzt werde, weil damit gewährleistet sei, daß nirgends eine Laterne zu früh gelöscht werden würde. Ferner sei der Wunsch geäußert worden, daß für die Monate November bis Februar die jetzt festgesetzte Zeit der Laternenlöschung noch um eine Viertelstunde verlängert werde. Sodas man in Zukunft Anfang Dezember um 7^{3/4} Uhr und Mitte Dezember um 8 Uhr mit der Löschung beginne. Diesen Vorschlägen bitte er prinzipiell zuzustimmen.

Herr Böschigt tritt für die Annahme dieses Vorschlages ein, da hierdurch auch der Willkür der Laternenwärter insofern vorgebeugt werde, als jeder Bürger imstande sei, deren Tätigkeit zu kontrollieren.

Herr Wiehle möchte anfragen, weshalb die Laternen an der Zahnstraße nicht angezündet werden. Da bereits 4 Häuser dort bewohnt und die Laternen auch aufgestellt seien, empfehle es sich zur Vermeidung von Unglücksfällen in dunklen Nächten die Laternen auch anzuzünden. Ähnlich verhalte es sich auf der Ringstraße zwischen Madamenweg und Kreuzstraße, wo nur oben und unten an der Ecke eine Laterne brenne, sonst aber alles im Dunkeln liege.

Herr Stadtrat Haake erwidert, daß die Laternen an der Zahnstraße angezündet werden sollen und der Wunsch des Vorredners in Bezug auf die Beleuchtung des betr. Teiles der Ringstraße einer Prüfung unterzogen werden solle.

Der Antrag der Finanzkommission wird darauf angenommen.

XXI. Antrag Böschigt: Befahren der Friedhofsstraße durch die Straßenbahn.

Ueber den in der Sitzung vom 19. März d. Js. — S. 318 des Berichtes — gestellten Antrag, welcher lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Straßenbahn endlich dazu heranzuziehen, bis zum Zentralfriedhofe ihren Verpflichtungen gemäß den Betrieb zu halten“,

berichtet namens der Finanzkommission Herr Schmidt: Dem Antrage sei nichts entgegenzuhalten und daher ohne weiteres zuzustimmen. Was die Geschichte dieser Angelegenheit betreffe, so habe die Verwaltung der Straßenbahn den Versuch gemacht, ihre gewöhnlichen Motortwagen über die Eisenbahnschienen der Helmstedterstraße hinwegzuführen, jedoch sei von der Staatseisenbahnverwaltung ein entschiedenes Veto dagegen eingelegt und bestimmt erklärt worden, daß es nicht zulässig sei, die Schienen einzuschneiden. Die Straßenbahn-Gesellschaft habe dann einen Betrieb mit Pferden eingerichtet, der aber nur mangelhaft zu nennen und nicht so eingerichtet sei, wie er den Anforderungen genüge, indem es hauptsächlich an Wagen fehle. Es sei dann der Vorschlag gemacht worden, einige Motortwagen zum Pendelbetrieb hinüberzubringen und auf jener Strecke in Betrieb zu setzen, jedoch müßte dann dort ein Wagenschuppen eingerichtet werden, weil die schweren elektrischen Wagen nicht ohne Gefahr eines Achsbruches über die Eisenbahnschienen transportiert werden können und auch die Eisenbahnverwaltung wegen des mit dem Transporte verbundenen Zeitaufwandes dagegen sein würde. Es sollen nun Wagen konstruiert und in Hannover in Gebrauch sein, welche auf den gewöhnlichen Straßenbahngleisen fahren und diese auch nach Belieben ihrer Führer verlassen können. Die Finanzkommission wolle daher der Straßenbahnverwaltung eine Anregung geben, dahingehend, solche Wagen einer Prüfung auf deren Brauchbarkeit

zu unterziehen. Wenn der Friedhof auch kein Vergnügungsort sei, so werde er doch sehr viel besucht und wirke solcher Besuch auch auf manche Menschen sehr wohlthuend ein, sodaß man ihn nur fördern könne. Die Kommission empfehle also, den Antrag anzunehmen und dessen Durchführung der Straßenbahnverwaltung zu überlassen.

Herr Löschig möchte den Magistrat bitten, nun aber auch die Straßenbahn zu veranlassen, den Betrieb auf dieser Strecke voll und ganz aufrecht zu erhalten und zwar während des ganzen Tages. Es handle sich nicht einmal allein um den Besuch des Friedhofes, sondern auch um die verschiedenen Wirtshäuser, welche dort liegen und einen regen Verkehr haben.

Dem Antrage wird sodann zugestimmt.

XXII. Wahl von Mitgliedern des Ausschusses zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke 2c.

Infolge Ausscheidens des Direktors Brandt und des Stadtverordneten Nieß ist die Neuwahl eines Stadtverordneten und eines der Versammlung nicht angehörenden Bürgers vorzunehmen. Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden werden gewählt die Herren Schmidt als Stadtverordneter und Nieß als Nichtstadtverordneter.

XXIII. Besichtigung der Deutschen Städteausstellung in Dresden.

Wie Herr Bürgermeister Ketemeyer ausführt, ist von den städtischen Behörden die Beteiligung der Stadt Braunschweig an der Ausstellung in Dresden s. B. beschlossen worden. Die Eröffnung der Ausstellung finde am 20. d. Mts. statt und seien die verschiedenen, von der Deputation bestimmten Gegenstände teils schon abgesandt, teils stehe deren Absendung bevor. Von dem Vorstande der Ausstellung sei nun vorgestern die Mitteilung eingegangen, daß es ihm erwünscht wäre, zu erfahren, welche Mitglieder der städtischen Behörden zu der Ausstellung entsandt werden sollten, damit dem Magistrate die erforderliche Anzahl persönlicher Freikarten zugestellt werden könnte. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit habe der Magistrat der Versammlung eine schriftliche Vorlage hierüber nicht zugehen lassen können, weshalb er die Sache mündlich vortrage. Es werde magistratsseitig empfohlen, sowohl Mitglieder des Magistrates, als auch Stadtverordnete und technische städtische Beamte nach Dresden zu schicken. Letztere würden auf der Ausstellung etwas lernen können, was der Stadt hinterher wieder zu gute käme; jedoch solle hiermit nicht gesagt werden, daß nicht auch die betr. Stadtverordneten dazu in der Lage wären. Von den Beamten würden zur Abordnung nach Dresden empfohlen: der Stadtbaurat Winter, die 4 Abteilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung, sowie Direktor von Feilitzsch. Dazu kämen dann einige

Magistratsmitglieder und vielleicht 10 Stadtverordnete. (Widerspruch.) Der Magistrat sei der Meinung gewesen, daß 10 Stadtverordnete genug sein würden, weil der eine oder andere der Herren wohl doch nach Dresden fahren würde, und möchte er bitten, heute noch die Bestimmung der Herren vorzunehmen. Nach der Vorschrift des Statuts seien bei derartigen Reisen allerdings bestimmte Diätensätze zu zahlen, jedoch empfehle der Magistrat, hiervon in diesem Falle abzugehen, weil der eine in zwei Tagen, der andere erst in drei bis vier Tagen die Besichtigung solcher Ausstellung beende und es daher angemessener sei, einen festen Satz, nämlich 100 M pro Teilnehmer, auszuwerfen, womit sich dann jeder einrichten könne. Der den städtischen Behörden zur Verfügung stehende Dispositionsfonds sei dieses Jahr mit Rücksicht auf die Dresdener Ausstellung schon stärker dotiert worden, sodaß die Mittel daraus zur Verfügung ständen.

Herr Asmann will diesem Antrage zustimmen, weil auf der Ausstellung etwas Anregendes und Wissenswertes geboten werde, das zur Belehrung diene. Wenn bei dem Vorschlage des Magistrates auf Entsendung von zehn Stadtverordneten ein kräftiges Oho ertönt sei, so wolle er bemerken, daß er diese Zahl nicht für zu hoch halte, da es sich doch nicht um eine Vergnügungsfahrt handle.

Herr Hauswaldt muß die Zahl 10 für zu hoch halten. Diejenigen, welche ein festes Amt bei der Stadt haben, müßten selbstverständlich hingeschickt werden, nur müßte er nicht, wie er es vertreten sollte, städtisches Geld in Anspruch zu nehmen, sofern er nach Dresden geschickt werde. Der Magistrat sei auf die Zahl 10 wohl nur der Symmetrie wegen gekommen. Wenn die Herren abgeordnet würden, welche in den Deputationen für das Schlachthaus, für die Licht- und Wasserwerke zc. tätig seien, so habe das einen Sinn, aber für die übrigen, so angenehm die Reise auch sein möchte, könne er nichts bewilligen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will bemerken, daß sich diese Ansicht mit der des Magistrates vollständig decke. Letzterer habe geglaubt, daß die Entsendung sich auf solche Mitglieder der Versammlung beziehen solle, welche etwas mitbringen, und das seien wesentlich die Mitglieder von den Deputationen. Es komme hierbei also auf die Auswahl der Versammlung an.

Herr Lord kann die Zahl von 10 Stadtverordneten nicht für zu hoch halten und würde sich auch nicht befinden, das Reisegeld von der Stadt anzunehmen, da er es als eine kleine Entschädigung für den Ärger, die Mühe und den Verdruß betrachte, den man als Stadtverordneter habe. (Heiterkeit.) Außerdem könne aber jeder Stadtverordnete auf solcher Ausstellung etwas lernen.

Herr Esdorn meint auch, daß die Zahl 10 nicht zu hoch sei, wohl aber die ausgeworfene Summe von 100 M pro Kopf. (Widerspruch.) Würde diese Summe ermäßigt, könnten noch mehr Beamte hingeschickt werden, ohne daß eine Mehrausgabe entstände.

Herr Löschigt: Wenn vom Magistrate 100 M pro Teilnehmer vorgeschlagen würden, solle man sie ruhig annehmen, da man nicht gewohnt sei, daß der Magistrat mit dem Gelde quase. Außerdem halte er 100 M nicht für zu hoch, weil die Stadtverordneten doch auch repräsentieren sollen. (Widerpruch.)

Herr Hauswaldt möchte empfehlen, aus der Schlachthausdeputation, der Straßenreinigungsdeputation, der Deputation für die Licht- und Wasserwerke und der Baukommission je zwei Mitglieder zu entsenden.

Herr Ohlendorf ersucht, sich nicht auf die Mitglieder der bezeichneten Deputationen und Kommissionen zu beschränken, da bei der Neubesezung derselben gewissermaßen ungerecht verfahren sei, und er hoffe, daß in Zukunft die Zusammensetzung eine andere sein werde. Er schlage Herrn Ahmann mit als Delegierten vor.

Gewählt werden sodann: die Herren Frühling und Kiefe als Mitglieder der Baukommission; Herr Meyerhoff als Mitglied der Deputation für die Licht- und Wasserwerke; Herr Löschigt als Mitglied der Straßenreinigungsdeputation; Herr Ebeling als Mitglied der Schlachthausdeputation; Herr Ahmann; Herr Lord als Mitglied der Lesehallendeputation und Herr Koch als Mitglied der Markthallendeputation. Die weiteren Vorschläge werden abgelehnt, und hält die Versammlung die Entsendung von 8 Stadtverordneten für ausreichend.

Herr Bürgermeister Ketemeyer macht darauf aufmerksam, daß es noch einer formellen Beschlußfassung darüber bedürfe, wie weit der Magistrat seinerseits in der Entsendung von Mitgliedern und Beamten, bezw. in der Aufwendung von Mitteln gehen solle. So z. B. sei auch angeregt, den Schlachthaus-Direktor hinzuschicken. Es würde wohl das richtigste sein, dem Magistrate für Mitglieder und Beamte 1000 M Reisekosten zur Verfügung zu stellen und außerdem 800 M für die 8 Mitglieder der Versammlung zu bewilligen.

Herr Wolff muß 1000 M für Mitglieder und Beamte des Magistrates für zu wenig halten, da sich noch dieser und jener Beamte finden könnte, dessen Entsendung sich empfehle; er beantrage daher, dem Magistrate insgesamt 2000 M — darunter 800 M für Stadtverordnete — zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag wird angenommen.

XXIV. Anfrage Löschigt: Erweiterung der Oberrealschule.

Die Anfrage lautet:

„Was gedenkt der Magistrat betreffs unserer städtischen Oberrealschule zu tun, um die dringend notwendig werdenden dritten Räume für die oberen Klassen zu beschaffen, und wie stellt derselbe sich zu dem dringenden Bedürfnisse nach einer neuen Oberrealschule?“

Die Begründung, so führt Herr Löschigt aus, werde man ihm angesichts der Tatsache wohl erlassen, daß die Oberrealschule bereits überfüllt sei und der Magistrat schon anderweit Platz schaffen müssen. Die Ueberfüllung der oberen Klassen rühre daher, daß infolge Neuordnung der Hochschulen viele Schüler, welche bisher mit dem Berechtigungsscheine zum einjährig-freiwilligen Militärdienste abgegangen seien, jetzt bis zur Abgangsprüfung auf der Anstalt verblieben.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich bereit, die Anfrage zu beantworten: Wenn sich auch der Magistrat mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt habe, so könne er doch als Vorsitzender des Schulvorstandes der Oberrealschule den augenblicklichen Stand der Sache darlegen. Nach einer Mitteilung des Direktors Wernicke sei der Zudrang zu einzelnen Mittelklassen der Schule Ostern ein so erheblicher gewesen, daß zu Ostern nächsten Jahres in der Obersekunda Platzmangel mit Sicherheit zu erwarten sei und dann eine zweite Obersekunda eingerichtet werden müßte. Dieser Erweiterung würde nach einem Jahre eine weitere Unterprima und in dem darauffolgenden Jahre eine Oberprima zu folgen haben. Ob aber in dem zweiten Jahre die zweite Obersekunda und darauf die neue Unterprima zc. beizubehalten sei, hänge von dem Bedürfnis ab. Zu dieser ersten Erweiterung der Anstalt habe man nur die Einstellung einer wissenschaftlichen Lehrkraft und die Vergebung einiger Unterrichtsstunden im Nebenamte nötig, da die Räumlichkeiten genügen, um Ostern noch eine Parallelklasse aufzunehmen. Sollte sich indessen herausstellen, daß die drei Oberklassen dauernd beizubehalten seien, so würden allerdings entsprechende bauliche Einrichtungen zu beschaffen sein. Bei der Gelegenheit habe Herr Direktor Wernicke in Anregung gebracht, ob es nicht angängig sei, hier eine zweite Realschule einzurichten und zwar eine solche zweiter Ordnung mit sechsjährigem Durchgange. Diese Angelegenheit zirkuliere zunächst unter den Mitgliedern des Schulvorstandes und werde dann zur Beratung kommen, sodasß die Versammlung noch eine weitere Vorlage zu gewärtigen habe.

XXV. Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu steuerrechtlichen Grundfragen.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie gedenkt sich der Magistrat zu den in der Entscheidung Herzoglichen Verwaltungsgerichtshofes vom 10. Dezember 1902 (Klage Uhlig) ausgesprochenen steuerrechtlichen Grundfragen zu stellen?“

führt Herr Jasper etwa folgendes aus: Der Verwaltungsgerichtshof habe Gelegenheit gehabt, sich mit einer Klage zu beschäftigen, welche für das Steuerungsverfahren von großer Bedeutung sei. Es handle sich darum, daß der Geschäftsführer Uhlig gegen gewisse Steueransätze geklagt habe, welche der Magistrat von

ihm verlangt habe. Uhlig sei von hier verzogen und habe sich am 9. März v. Js. hier abgemeldet, sei aber erst am 1. April, Morgens 4 Uhr nach seinem neuen Wohnsitz Stuttgart abgereist und glaubte dort, sich seiner früheren Heimat Braunschweig mit Freuden erinnern zu sollen, als er aus diesem Taumel aufgeschreckt worden sei durch ein Schreiben des Magistrates, welches von ihm für die Monate April und Mai noch die Steuern verlangte. Da er der Ueberzeugung gewesen, diese Steuern nicht schuldig zu sein, so schickte er das Schreiben unfrankiert an den Magistrat zurück. Der Magistrat habe aber, trotzdem ihm mitgeteilt worden, daß Uhlig sich rechtzeitig abgemeldet habe, die Steuerpflicht gleichwohl für gegeben gehalten und eine Pfändung vornehmen lassen. Wohl oder übel hätte der Herr die Steuern bezahlen müssen, sei dann aber im Wege der Klage gegen diese nach seiner Meinung unzulässige Steuererhebung vorgegangen. Hierbei habe er sich einige formelle Versehen zuschulden kommen lassen, sodaß der Verwaltungsgerichtshof dem Klageantrage nicht hätte stattgeben können. Bei dieser zu Ungunsten des Antragstellers ausgefallenen Entscheidung habe der Verwaltungsgerichtshof den Grundsatz geäußert, daß der Standpunkt des Magistrates nicht richtig sei und habe darauf hingewiesen, daß der Kläger den hiesigen Wohnsitz schon am 1. April aufgegeben habe, also für ihn eine Steuerpflicht für April und Mai nach dem Gemeindeabgabengesetze nicht mehr begründet sei. Man hätte nun wohl annehmen sollen, daß der Magistrat sich bei dieser Entscheidung in Bezug auf den materiellen Inhalt der Klage veranlaßt gesehen hätte, die zu Unrecht eingezogenen Gelder zurückzuzahlen; das sei aber nicht geschehen, sondern der Magistrat habe sogar wegen einer anderen Steuer noch eine neue Zahlungsaufgabe an denselben Herrn geschickt. Aus diesem Grunde möchte er anfragen, ob der Magistrat auch künftighin im allgemeinen sich über die von dem höchsten Gerichtshofe ausgesprochenen Rechtsgrundsätze hinwegzusetzen gedenke.

Die Entscheidung des Gerichtes habe noch ein weiteres Interesse insofern, als Uhlig auch zur Kirchensteuer veranlagt worden sei und er darauf erwidert habe, daß er Dissident sei und sich in dem Hausbogen als konfessionslos bezeichnet habe. Der Magistrat habe darauf erwidert, das könne er nicht wissen, jedenfalls sei auch noch nicht der Nachweis erbracht, daß Uhlig in das Dissidentenregister eingetragen sei und könne er nur in diesem Falle als Dissident behandelt werden. Demgegenüber betonte der Gerichtshof, daß nicht nur die in das Dissidentenregister Eingetragenen, sondern auch alle diejenigen steuerrechtlich als Dissidenten behandelt werden müßten, welche in einem anderen Bundesstaate Dissidenten geworden seien. Da ihm mehrere Fälle bekannt seien, in welchen der Magistrat einen abweichenden Standpunkt eingenommen habe, so möchte er fragen, ob der Magistrat sich in diesem Rechtsgrundsatz zu bewegen gedenke, oder ob er an seiner abweichenden Meinung festhalten werde.

Herr Stadtrat Meyer: Die Klage, welche sich ähnlich abgespielt habe, wie der Vorredner vorgetragen, wäre wahrscheinlich nicht nötig gewesen, wenn der Kläger Uhlig rechtzeitig von dem ihm zu Gebote gestandenen Rechtsmittel Gebrauch gemacht hätte. Statt dessen hätte er den ihm nachgeschickten Steuerzettel unfrankiert zurückgeschickt und sich um nichts weiter bekümmert. Der Magistrat hätte damals von der Abmeldung noch nichts wissen können, da Uhlig sich bei ihm nicht abgemeldet hätte. Besonders nach den Ausführungen des Verwaltungsgerichtshofes erkenne er indessen an, daß die Abmeldung bei der Polizei als genügend anzusehen sei, wenn hinterher die Gemeindebehörde Kenntnis von der Abmeldung erhielt. Im übrigen sei es stets Brauch beim Magistrat gewesen, die Erkenntnisse der höchsten Gerichtshöfe zu respektieren und, soweit darin Rechtsgrundsätze ausgesprochen seien, diese als solche anzuerkennen.

Was die Kirchensteuer anlange, so habe der Verwaltungsgerichtshof etwas Neues ausgesprochen. Bei den Vorverhandlungen sei von der Kirchensteuer überhaupt nicht die Rede gewesen und habe Uhlig nicht einmal das betr. Steuer schreiben zurückgeschickt, sodaß der Magistrat nicht gewußt habe, daß er Anspruch darauf erhebe, Dissident zu sein. In dem Hausbogen werde wohl nicht gestanden haben, daß Uhlig Dissident sei, sodaß hätte angenommen werden müssen, er gehöre der Landeskirche an. Als von ihm nun später die Klage gegen die Stadtkasse erhoben sei, habe ihm der Magistrat geantwortet, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Uhlig in das Dissidentenregister eingetragen worden sei. Hier habe nun das Verwaltungsgericht angeknüpft und gesagt, es komme nicht darauf an, daß sich jemand hier in das Dissidentenregister eintragen lasse, sondern es würde genügen müssen, wenn er andernwärts schon Dissident geworden sei. Diesen Grundsatz habe der Magistrat acceptiert. Das entspreche etwa der Auffassung, welche er in Uebereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern des Magistrates von der Sache besitze. Der Mann habe in der Sache unrecht insofern, als er die vorgeschriebenen Fristen verabsäumt habe. Wie aber der Magistrat hinterher dazu kommen solle, dem Kläger das Geld wieder herauszugeben, verstehe er nicht und sei das eine starke Zumutung.

Auf Antrag des Herrn Jasper wird die Besprechung der Anfrage beschlossen.

Herr Jasper hatte an dieser Annahme nur Zweifel dadurch bekommen, daß der Magistrat, obwohl die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes vorgelegen habe, demselben Herrn eine Zahlungsauflage wegen der Kirchensteuer zugesandt habe, was ihm im Widerspruch mit den ausgesprochenen Grundsätzen zu stehen scheine. Deshalb frage er an, ob der Magistrat geneigt sei, die letzte Steuerauflage rückgängig zu machen. Loyal würde der Magistrat aber verfahren, wenn er auch die Steuer, welche nach der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes nur formell als richtig

erhoben sei, dem Manne wieder zugehen ließe. Den Ausführungen des Herrn Stadtrat Meyer hinsichtlich der Kirchensteuer müsse er entgegentreten, denn sowohl Uhlig, als auch viele andere haben sich im Hausbogen als konfessionslos bezeichnet und wäre es nur ein pflichtmäßiges Vorgehen der Stadtverwaltung gewesen, zu prüfen, ob hier eine Steuerpflicht vorliege oder nicht. Der Ausdruck „konfessionslos“ deute doch wohl darauf hin, daß der Betreffende sich als der Landeskirche zugehörig nicht betrachte.

Herrn Stadtrat Meyer ist es unverständlich, daß dem Manne hinterher noch einmal eine Steueraufgabe zugestellt sein solle. Aber auch wenn Uhlig glaubte, zu unrecht zur Steuer herangezogen zu sein, würde doch der Magistrat schwerlich aus freien Stücken das Geld zurückerstatten. Es sei Sache des Steuerpflichtigen, im gegebenen Falle Einspruch zu erheben und den Rechtsweg zu beschreiten, sofern ihm unrecht geschehen sei. Außerdem sehe er nicht ein, weshalb sich die Versammlung zur Beschützerin der sämtlichen Steuerpflichtigen aufwerfen wolle. Bei der Ausdehnung der Stadt und der großen Zahl der Steuerpflichtigen sei es ganz unmöglich, den einzelnen Steuerzahler hier zu behandeln und brauchte auch in solchem Falle kein Berufungsverfahren zu existieren. Darauf könne sich also der Magistrat nicht einlassen. Was sodann die Angelegenheit der Kirchensteuer betreffe, so heiße „konfessionslos“ nicht ohne weiteres „Dissident“ im Sinne unseres Dissidentengesetzes. Es sei darin ausdrücklich gesagt, wer nicht der Landeskirche, noch der reformierten, noch der katholischen Kirche, noch endlich der jüdischen Religionsgenossenschaft angehöre, der könnte sein, was er wolle, jedoch sei er damit nicht ohne weiteres Dissident. Um dieses sein zu wollen, müsse man sich zunächst in das Dissidentenregister eintragen lassen. Er würde es für zu weitgehend und die Interessen der Stadt schädigend halten, wenn allgemein angenommen würde, daß in solchem Falle keine Kirchensteuer gezahlt zu werden brauchte. Es genüge nicht, daß jemand sage, er sei konfessionslos, sondern er müsse Protestant, Reformierter, Katholik, Jude, oder Dissident sein.

XXVI. Erklärung des Magistrates zur Geschäftsordnung.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es sind noch mehrere Anfragen an den Magistrat gerichtet. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit hat der Magistrat beschlossen, die Anfragen, zumal sie nicht eilig sind, heute nicht mehr zu beantworten.

XXVII. Anfrage Nieke: Verhältnis der Armenkasse zum Kantor Barth.

Die Anfrage lautet:

„Der Magistrat wird um Auskunft ersucht über das Verhältnis der städtischen Armenverwaltung gegenüber dem Kantor Barth in Niddagshausen“.

Zur Begründung der Anfrage bemerkt Herr Kiefe, daß dem Kantor Barth in Kibbägshausen von der hiesigen Armendirection verschiedentlich Gelder überwiesen seien, die dazu dienen sollten, Kinder, welche von der Armenverwaltung in Kibbägshausen untergebracht seien, zu verpflegen. Man habe die Kinder mit Vorliebe auf dem Lande untergebracht, weil sie dort besser gedeihen, als hier, wo sie Brot tragen müßten u. Dabei sei gestattet worden, daß die Kinder zur Arbeit angehalten werden dürften, während die Stadt ihnen die Kleidung zu liefern habe. Den betr. Armenpflegern liege die Pflicht ob, die Kinder zu beaufsichtigen und hätten erstere an Vermitteln erhalten, was ihnen zukomme, jedoch solle Herr Barth mit den ihm zur Beschaffung von Kleidung überwiesenen Geldern nicht so umgegangen sein, wie er wohl hätte müssen. Hier Klarheit zu schaffen, liege im Interesse der Stadt, zumal Kantor Barth geäußert haben solle, er könne über die Gelder verfügen, wie er wolle. Andererseits sei es auch der Wunsch des Gemeindevorstehers in Kibbägshausen, Klarheit in diese Sache zu bringen. In der Ordnung schienen die Verhältnisse des Kantors Barth nicht zu sein, sonst wäre er nicht beurlaubt und hätte einen Hilfslehrer als Vertreter erhalten. Im Interesse der hiesigen Armenverwaltung und der Gemeinde Kibbägshausen liege es, diese Anfrage beantwortet zu sehen.

Die Erteilung der Antwort wird verschoben.

XXVIII. Anfrage Böschigt: Förderung des Fremdenverkehrs.

Von der Begründung der Anfrage:

„Würde der Magistrat im Interesse unserer Stadt und seines Fremdenverkehrs geneigt sein, Schritte zu tun, um vom Hannoverschen Bundes-schießen für die Stadt Vorteil zu ziehen?“

will Herr Böschigt mit Rücksicht auf die Erklärung des Magistrates zu Punkt XXVI der Tagesordnung für heute absehen.

XXIX. Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu einer Stadt-verordneten-Ersatzwahl.

Die Anfrage lautet:

„Welche Stellung hat der Magistrat betreffend die am 9. Februar 1903 stattgehabte Stadtverordneten-Ersatzwahl in seiner Vorlage vom 16. Februar 1903 eingenommen?“

Zur Begründung führt Herr Jasper aus, daß er im Vereine mit dem Rechtsanwalt Dedekind bekanntlich Klage erhoben habe gegen die Gültigkeit der Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Wagner. Aus diesem Anlaß habe er Gelegenheit genommen, die betreffenden Magistratsakten durchzusehen und

dabei gefunden, daß die Akten eine Notiz des Vorsitzenden dieser Versammlung enthielten, welche etwa lautete: „Nachdem die dortseitige Vorlage vom 16. d. Mts., betr. die am 9. Februar stattgehabte Stadtverordneten-Ersatzwahl, zurückgezogen ist, lasse ich dem Magistrat die fragliche Vorlage ergebenst wieder zugehen“. Die Vorlage selbst habe sich auffallenderweise nicht in den Akten befunden und es wäre für ihn als den klagenden Teil doch gerade von großem Interesse gewesen, zu sehen, welchen Stadtpunkt der Magistrat bei der ganzen Angelegenheit eingenommen habe. Er könne sich nicht verhehlen, daß die Angelegenheit eine eigenartige Beleuchtung dadurch bekomme, daß auch der Magistrat seinen Einfluß bei der Wahl geltend gemacht zu haben scheine, um die Wahl des Zimmermeisters Göcke durchzusetzen. In den Distriktvereinen sei schon die Rede davon gewesen, daß die für die Wahl Göckes eintretenden Herren im Einvernehmen mit dem Magistrat handelten und im weiteren Verlaufe der Sache habe sich sogar herausgestellt, daß der Magistrat der Meinung sei, Göcke könne zwar gewählt werden, dürfe aber die Wahl nicht annehmen. Zwischendurch habe nun der Magistrat eine besondere Vorlage an die Versammlung eingereicht, welche sich aber nicht in den über den Wahlgang aufgenommenen Akten befinde. Der Herr Oberbürgermeister habe schon erwähnt, daß der Magistrat reine Wäsche hätte, was Redner zu dessen Gunsten auch hier annehmen wolle, jedoch sei es ihm befremdend, wenn ein derartiges wichtiges Aktenstück sich nicht in den Akten befinde, welche es enthalten müßten. Es würde auch im allgemeinen Interesse liegen, zu erfahren, welchen Inhalt dieses Aktenstück habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer (zur Geschäftsordnung): Ich bedaure jetzt, daß der Magistrat beschlossen hat, die Anfragen heute nicht mehr zu beantworten, denn ich muß sagen, das ging denn doch zu weit.

Herr Lord (zur Geschäftsordnung): Ist es nicht möglich, daß der Magistrat seinen Beschluß zurücknimmt? Ich würde es für außerordentlich verhängnisvoll halten, wenn über die Anschuldigungen nicht schon heute Auskunft erteilt werden könnte.

Eine Antwort des Magistrates erfolgt hierauf nicht.

Zum Schluß macht der Herr Vorsitzende noch Mitteilung über den Eingang folgender Sachen:

- 1) Ein Gesuch der Frau Elise Schäfer, Leopoldstraße 45, welche um die Bewilligung des Kleinhandels mit Spirituosen bittet, wird zu den Akten gelegt, da diese Angelegenheit nicht zu der Kompetenz der Versammlung gehört.
- 2) Der Magistrat schreibt der Versammlung, daß ihm in der Sitzung vom 18. Dezember 1902 eine Eingabe der hiesigen landwirtschaftlichen Behr-

anstalt und Lehrmolkerei um Gewährung einer Unterstützung aus städtischen Mitteln zur wohlwollenden Prüfung überwiesen sei, daß indessen nach dem Ergebnis einer im vorigen Monat erneut stattgehabten Revision der Verhältnisse der Anstalt sich im letzten Jahre im wesentlichen daran nichts geändert habe und er daher auch jetzt eine stadtseitige Unterstützung der Anstalt mindestens zur Zeit nicht für angezeigt halte.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8¹/₄ Uhr.

1903|1904.N^o 3.

Bericht

über die

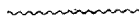
Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. Mai 1903.



Tagesordnung:

I.	Instandsetzung von Straßen der Innenstadt.	Seite 56
II.	Ausbau eines Teiles der Wiesenstraße und der Blücherstraße	" 61
III.	Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße	" 62
IV.	Errichtung einer Untersuchungsstelle zur Feststellung ansteckender Krankheiten	" 63
V.	Entsendung eines Stadtverordneten zur Eröffnung der Städteausstellung	" 66
VI.	Anfrage Löschigk: Förderung des Fremdenverkehrs	" 67
VII.	Anfrage Kasper: Stellung des Magistrates zu einer Stadtverordneten-Ersatzwahl.	" 68
VIII.	Einstellung eines Feuerwehrmannes.	" 69
IX.	Anfrage Rieke: Verhältnis der Armentasse zum Kantor Barth	" 69
X.	Anfrage Herzberg: Stellung des Magistrates zu einer Bestimmung des Reichswahlgesetzes	" 71
XI.	Anfrage Stegmann: Auslegung der Wählerlisten zur Reichstagswahl	" 73
XII.	Antrag Günther: Verwilligung größerer Mittel für Sommerfrischen	" 74



Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pöckels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Meyer, v. Frankenberg und Seele.

Entschuldigt die Herren Blasius, Frühling, Hauswaldt und Koch.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und geleitet.

I. Instandsetzung von Straßen der Innenstadt.

Der Magistrat hat der Versammlung ein Schreiben folgenden Inhalts zugehen lassen:

Zusolge des im Jahre 1858 zwischen Staat und Stadt abgeschlossenen Vertrages war die Unterhaltung und Erneuerung des Pflasters der derzeit vorhandenen städtischen Straßen und Plätze bekanntlich Sache des Staates; jedoch hatte die Stadt zu den dafür nach Absehung der Anliegerbeiträge aus dem sogenannten allgemeinen Pflasterungsfonds aufzuwendenden sachlichen Kosten ein Sechstel aus eigenen Mitteln beizutragen. Durch Vertrag vom 1. September 1898 ist dann unter Auflösung des allgemeinen Pflasterungsfonds die Unterhaltung und Erneuerung des Pflasters auf den zugehörigen Straßen stadtseitig gegen eine den tatsächlichen Aufwendungen der leztvorausgegangenen 10 Jahre entsprechende Staatsrente von jährlich 39 150 M übernommen worden. Von dieser Rente geht rechnungsmäßig ein Betrag von 5150 M auf die Beamtenbeholdung ab, so daß jetzt für sachliche Ausgaben (außer den Anliegerbeiträgen) 34 000 M und unter Fortzahlung des früheren Sechstels der Stadt zu durchschnittlich 6800 M alljährlich 40 800 M zur Verfügung stehen. Von letzterem Betrage sind erfahrungsmäßig für fortlaufende Unterhaltung und Umlegung des Straßenpflasters rund 10 000 M aufzuwenden, so daß für Erneuerungszwecke nur 30 800 M und daneben die allenfalls auf etwa ein Sechstel des Gesamtbetrages zu berechnenden Anliegerbeiträge übrig bleiben. Bei Beschränkung der Neupflasterungen auf die hieraus sich ergebenden Mittel wird sich — worüber man übrigens bei Auflösung des allgemeinen Pflasterungsfonds stadtseitig im klaren gewesen ist — der ordnungsmäßige Ausbau der der Instandsetzung bedürftigen Straßen in einem mit dem Verkehrs- und Gesundheitsinteresse kaum verträglichen Maße verzögern; daher wir einer Prüfung der Frage näher getreten sind, ob nicht, vielleicht durch Kapitalbeschaffung, ein rascherer Ausbau dieser Straßen zu ermöglichen sei. Die städtische Bauverwaltung hat die Kosten des Ausbaues der der Erneuerung in absehbarer Zeit bedürftigen Straßen überschläglich zusammengestellt, dabei auch die Reihenfolge ihres Ausbaues unter der Annahme in Vorschlag gebracht, daß derselbe innerhalb eines 12jährigen Zeitraumes erfolgen solle. Darnach ergibt sich ein Gesamtaufwand von 1 506 100 M und nach Abzug der Anliegerbeiträge zu 266 500 M eine der Stadt endgültig zur Last fallende Ausgabe von 1 239 600 M.

Der letztere Betrag wird sich in dem Falle, daß eine Belegung der Fahrbahnen da, wo es technisch zulässig ist, mit Asphaltpflaster erfolgen sollte, um insgesamt 75 000 M., also auf 1 314 600 M. erhöhen. Eine möglichst weitgehende Verwendung von Asphalt erscheint uns im gesundheitlichen und Verkehrsinteresse erwünscht, obgleich dieselbe gegenüber der Steinpflasterung auch noch, und zwar sehr erheblich dadurch sich verteuert, daß nach Mitteilung des zuständigen Stadtbaumeisters die Dauer des Asphalts nur etwa 30 Jahre, dagegen die des Steinpflasters etwa 70 Jahre beträgt. Ursprünglich hatten wir der Ansicht zugeneigt, daß, um einen rascheren Ausbau der betreffenden Straßen herbeizuführen, der nach obigem mit jährlich 30 800 M. (abgesehen von den Anliegerbeiträgen) bereits zur Verfügung stehenden Summe ein nach der jeweiligen Zulänglichkeit der Mittel des ordentlichen Stats der Kammereikasse zu bemessender Betrag zuzusetzen und ein gleich hoher Betrag jedesmal dem außerordentlichen Etat zur Last zu legen sei. Die hierüber gehörte Finanzkommission der Versammlung befürwortet eine auf 12 Jahre sich verteilende Durchführung der, soweit tunlich mit Asphalt zu beschaffenden Neupflasterungen, hält aber — wohl hauptsächlich mit Rücksicht auf die von ihr empfohlene Durchführung der Neupflasterungen in einem bestimmten und zwar kurzen Zeitraume — die Entnahme der Hälfte des jährlichen Bedarfs aus dem außerordentlichen Etat für nicht empfehlenswert und schlägt ihrerseits vor, einen besonderen Fonds zu bilden, dem alljährlich auf die Dauer von 12 Jahren 1. die seither regelmäßig aufgewandten Erneuerungskosten zu 30 800 M., 2. ein fernerer Zuschuß der Kammereikasse in Höhe von 35 000 M., 3. aus einer bei der Landesversicherungsanstalt zu kontrahierenden, alljährlich in bedarfsmäßigen Teilbeträgen von 45 000 M. zu realisierenden $3\frac{1}{2}\%$ igen Anleihe, zusammen 110 800 M. zuzuführen sein würden, und dem seitens der Gläubigerin die Zinsen auf die unter 3 gedachten Einzelanleihen für die 12jährige Dauer der Erneuerungsperiode mit zusammen rund 120 000 M. zu stunden seien, so daß alsdann die Gesamtschuld bei der Landesversicherungsanstalt $12 \times 45\,000 + 120\,000 = 660\,000$ M. betragen würde. Die Finanzkommission führt im weiteren unter Voraussetzung der Richtigkeit der obigen Angabe über die Haltbarkeitsdauer des Asphalts aus, daß nach Vollendung der geplanten Neupflasterungen für fernere 20 Jahre ein Betrag von jährlich 20 000 M. zur Ausführung der alsdann noch nötigen Neubefestigung von Straßen ausreichen werde, daß somit aus den Beträgen von 30 800 M. (Staatsrente und Sechstel der Stadt) + 35 000 M. (außerordentlicher Zuschuß der Kammereikasse) jährlich noch rund 46 000 M. zur Verfügung bleiben würden, mit welcher Summe die Verzinsung und Tilgung der Anleihe in Höhe von 660 000 M. in etwa 20 Jahren bestritten werden könne.

Davon ausgehend, daß eine im kurzen Zeitraum von 12 Jahren durchzuführende Neupflasterung der sämtlichen in Betracht gezogenen Straßen zwar im Interesse

der Wohlfahrt der Stadt wünschenswert, keineswegs aber notwendig sei, vermögen wir uns dem Vorschlage der Finanzkommission, der auf bindende Festlegung eines einheitlichen, den ordentlichen Etat der Rämmereikasse auf die lange Dauer von 32 Jahren ohne Rücksicht auf seine jeweilige Leistungsfähigkeit belastenden Planes hinausläuft, um deswillen nicht anzuschließen, weil dessen Finanzierung auf unsicherer Unterlage, nämlich in der durch Erfahrung weder hier noch anderwärts bestätigten Annahme aufgebaut worden ist, daß Asphalt eine Haltbarkeitsdauer von 30 Jahren besitze: bei einer sich etwa herausstellenden geringeren Haltbarkeit dieses Materials würden ebensowenig die laufenden Unterhaltungskosten mit der dafür reservierten Jahressumme von 10000 M, noch auch die Aufwendungen für die unvorhergesehene früher nötig werdende Erneuerung des Pflasters mit dem dafür nach Berechnung der Finanzkommission übrig bleibenden Betrage bestritten werden können. — Es kommt hinzu, daß möglichenfalls im Laufe der Jahre die Vorzüge der Asphaltpflasterung durch Erfindung einer anderen geräuschlosen Befestigungsart in den Schatten gestellt werden; in welchem Falle der hiesigen Verwendung besseren und vorteilhafteren Materials die erfolgte Festlegung auf das vorliegende Programm hindernd oder doch erschwerend entgegenstehen würde. — Nach einer von uns aufgestellten Berechnung würden die in Betracht gezogenen Neupflasterungen, falls man zur Bestreitung der daraus erwachsenden Kosten zwar außerordentliche Zuschüsse der Rämmereikasse in Höhe von jährlich 35000 M bereit stellen, dagegen auf gleichzeitige Verwendung von Anleihemitteln verzichten wollte, innerhalb eines 20jährigen Zeitraumes — mithin unter Ersparung der bei einer 12jährigen Arbeitsperiode erforderlichen Anleihe von 660 000 M — zur Ausführung gebracht werden können. Wir sind aber nach eingehender Prüfung zu der Ansicht gelangt, daß man einstweilen, und namentlich in gegenwärtiger Zeit wirtschaftlichen Niederganges von Festlegung eines die Stadt finanziell auf Jahrzehnte bindenden Arbeitsprogramms Abstand nehmen und sich darauf beschränken solle, den Ausbau der Straßen von Jahr zu Jahr durch eine nach der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Etats sich bemessende Erhöhung der dazu regelmäßig bestimmten Summe von jährlich 30800 M tunlichst zu fördern. Der Abschluß des diesjährigen Haushaltsplanes gestattet, zu solchem Zwecke neben dem im Kap. X des Etats der Rämmereikasse bereits ausgeworfenen Posten für das Mal 35000 M aufzuwenden.

Hiernach beantragt der Magistrat:

in Ergänzung und bezw. Abänderung einerseits der Ausgabenposten b und c des Kap. X des diesjährigen Etats der Rämmereikasse, andererseits des korrespondierenden Einnahmepostens b unter 1 daselbst sich damit einverstanden zu erklären, daß im laufenden Jahre die hierunter verzeichneten Straßen mit Aufwendung der daneben bezifferten Summen in beibemerktter Weise ausgebaut werden:

S t r a ß e n z u g	Etwa aufzuwendende Kosten			Bemerkungen
	für die Stadt M	für die Anlieger M	im ganzen M	
Ruhstraße zwischen Ritter- und Auguststraße	16 900	3 500	20 400	Pflasterfahrbahn
Auguststraße zwischen Ruhstraße und Augustplatz	16 000	3 300	19 300	Desgl.
Karrenführerstraße	6 500	1 500	8 000	Asphaltfahrbahn
Magnikirchstraße	3 500	700	4 200	Desgl.
Schützenstraße zwischen Rannen- gießerstr. und Hintern Brüdern	14 700	2 300	17 000	Pflasterfahrbahn
Zusammen	57 600	11 300	68 900	

Nach dem Berichte des Herrn Buchler hat die Baukommission an der Vorlage im allgemeinen nichts auszusetzen, nur wünsche sie, daß für die Karrenführerstraße nicht eine Asphaltfahrbahn vorgesehen, sondern dort Kleinpflaster auf Betonunterlage gewählt werde und der Magistrat der Versammlung hierüber noch eine anderweite Vorlage zugehen lasse. In der Außenstadt pflege man dem Kleinpflaster eine chaufsierte Unterlage zu geben, was hier aber nicht durchzuführen sei, weil in der engen Straße die Dampfwalze nicht verwendet werden könne. Es handle sich hier um einen Versuch, da noch kein Maßstab für die Brauchbarkeit und Haltbarkeit des Kleinpflasters in der Innenstadt vorhanden sei. Die Baukommission empfehle also Genehmigung der Vorlage mit der Ausnahme hinsichtlich der Karrenführerstraße.

Herr Löschigt möchte anfragen, ob der Magistrat schon in Erwägung gezogen habe, den Eiermarkt und den Platz vor dem Landschaftsgebäude instand zu setzen, da beide Straßenflächen der Instandsetzung sehr bedürftig seien. Die restaurierte Martinikirche und das Ständehaus bildeten immerhin eine Sehenswürdigkeit für die Fremden, sodaß deren Umgebung sich auch in einem würdigen Zustande befinden müsse.

Herr Oberbürgermeister Bockels will zugeben, daß die beiden Straßen der Instandsetzung bedürftig seien, ob aber am bedürftigsten, das könne er nicht ohne weiteres sagen, wenn er auch schon Klagen darüber erhalten habe.

Herr Alßmann kann die von Herrn Löschigt bezeichneten beiden Straßen nicht für so instandsetzungsbedürftig ansehen, wie z. B. den Wollmarkt und die Altemwege. Wenn jeder hier seine Wünsche in Bezug auf die Instandsetzung von Straßen vorbringen wollte, würde man damit kaum fertig werden. Nicht die Straßen, welche dem Luxus dienen, sondern diejenigen, welche am meisten der Instandsetzung bedürften, müßten zuerst in Angriff genommen werden. Wünschen möchte er auch noch, in Zukunft mehr Asphaltfahrbahnen als bisher angelegt zu sehen.

Herr Oberbürgermeister Bockels möchte noch mitteilen, daß nach einem von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Verzeichnisse über die Reihenfolge der Straßeninstandsetzung der Wollmarkt und die Altemwege im zweiten und der Giermarkt sowie der Platz an der Martinikirche im dritten und vierten Jahre instand gesetzt werden sollen.

Herr Rieke: Eine Verteilung der Pflasterungskosten auf verschiedene Jahre liege nicht nur im Interesse der Stadt, sondern auch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, weshalb sich gegen diesen Teil der Vorlage nicht viel sagen lasse. Von der Richtigkeit der Haltbarkeitsberechnungen der verschiedenen Pflasterforten habe er sich aber noch nicht überzeugen können und meine er, daß sich dieses so genau gar nicht feststellen lasse, weil es doch wesentlich darauf ankomme, wie in den betr. Städten, welche zur Vergleichung herangezogen seien, gearbeitet werde. So z. B. brauche das sogenannte Reihenpflaster bei uns nicht auf Beton gesetzt zu werden, während das in Hannover, Berlin u. nötig sei. Dort würden die Steine sogar nach gleichmäßiger Höhe ausgewählt und auf Beton gesetzt, was man hier nicht tue. Das Kleinpflaster habe sich namentlich auf den preußischen Staatsstraßen ausgezeichnet bewährt. Da man hier keinen Maßstab besitze, wie sich dieses Pflaster für die Innenstadt eigne, so finde er es in der Ordnung, daß man in der Karrenführerstraße einmal den Anfang damit machen wolle. Was die Betonbettung anlange, so halte er dieselbe auch dann für sehr geeignet, wenn die Straße infolge der Legung von Gas-, Wasser- und Kanalaröhren an einzelnen Stellen aufgerissen werden müsse, weil sich die aufgerissenen Stellen leichter wieder ausfüllen ließen, als bei einer Grundbettung, die häufig Wellen- und Löcherbildung in der Straße verursache, während bei Betonunterlage der Boden besser stehe und nicht so weit unterhöhlt werde. Hinsichtlich der Asphaltierung am Rathaus treffe die Schuld die Betonunterlage, welche hohl liege, und müßten hier namentlich andere Vorkehrungen betreffs der Schienenunterlage getroffen werden. In anderen Städten habe man vielfach Granitschwellen liegen, welche der Erschütterung nicht so ausgesetzt seien. Es lasse sich aber beobachten, daß nicht nur in der Nähe der Schienen, sondern auch

an anderen Stellen das Asphaltpflaster schlecht geworden sei und glaube er, daß die in der Täschenstraße verwendeten Asphaltplatten bessere Resultate ergeben werden. Der Hygienik diene übrigens das Kleinpflaster mit Betonunterlage in hervorragender Weise, weil es die im Erdboden befindlichen schlechten Gase verhindere aufzusteigen. Einer Festlegung der Pflasterungsarten auf längere Zeit könne er auch nicht zustimmen, weil man nicht wisse, ob nicht bald andere und zwar bessere Arten auftauchen; deshalb halte er es für richtiger, diese Frage von Fall zu Fall zu entscheiden. Vielleicht biete auch die Städteausstellung manches Neue auf diesem Gebiete.

Herr Fiedel möchte darauf hinweisen, daß die Angaben des Herrn Oberbürgermeisters natürlich nur dann zutreffen, wenn die von der städtischen Bauverwaltung für die Straßenpflasterung in Aussicht genommene Jahressumme auch wirklich bewilligt werde. Deshalb habe die Finanzkommission dem ersten Vorschlage entsprechend eine auf zwölf Jahre sich verteilende Durchführung der Neupflasterungen befürwortet.

Herr Gehelng: Bei der Vorlage sei die Baukommission davon geleitet, ein möglichst geräuschloses Pflaster herzustellen und wenn diesem Wunsche nicht ganz habe nachgekommen werden können, so solle doch wenigstens ein Versuch mit einem etwas geräuschloseren Pflaster gemacht werden und das sei das Kleinpflaster. Diese Pflasterart sei in der Innenstadt wenigstens auf größeren Strecken noch nicht zur Anwendung gekommen, besonders aber nicht auf Betonunterlage. Auf Anraten des Stadtbaumeisters Menadier habe dann die Baukommission beschlossen, in der Karrenführerstraße einen Versuch mit diesem Pflaster zu machen. Seit dem Jahre 1896 habe man auf der Staatsstraße, hinter Gliesmarode beginnend, den Anfang mit solchem Pflaster gemacht und sollen nach der Aussage des Baurats Körner sehr gute Erfahrungen damit gemacht sein. In der Gegend von Emmerthal liege dieses Pflaster schon 15 Jahre und habe sich zur Zufriedenheit bewährt. Es sei nicht zu bestreiten, daß das Kleinpflaster weniger geräuschvoll sei, als das Reihenspflaster, jedoch brauche man sich heute auf eine bestimmte Pflasterungsart überhaupt noch nicht festzulegen und könne mit der Technik fortschreiten, auch lasse sich die Frage vielleicht auf der Städteausstellung studieren und dort die gesammelte Erfahrung für später verwerten.

Der Vorlage wird darauf in der von der Baukommission beantragten Form zugestimmt.

II. Ausbau eines Teiles der Wiesenstraße und der Blücherstraße.

Die städtische Bauverwaltung hat dem Magistrate die Projekte über den oberirdischen Ausbau der verlängerten Wiesenstraße zwischen Hagenring und Blücherstraße und der Blücherstraße zwischen Kaiser-Wilhelmstraße und Wiesenstraße überreicht und dabei folgendes bemerkt: Die Grunderwerbskosten zur Wiesenstraße

sind zu 37000 M, die Baukosten zu 22000 M und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 219 M berechnet, während sich die Grunderwerbskosten der Blücherstraße zu 22500 M, die Baukosten zu 15500 M und der voraussichtliche Anliegerbeitrag zu 225,60 M ergeben haben. Zur Befestigung der Fahrbahnen ist für beide Straßen Kleinpflaster auf Betonunterlage vorgesehen. Für den Fall aber, daß für die den Bauplatz der St. Paulikirche umgebenden Straßenzüge Asphaltplattenbelag auf Betonunterlage zur Fahrbahnbefestigung vorgezogen werden sollte, würde für die Blücherstraße ein Mehrbedarf an Straßenbaukosten von etwa 5000 M und für die Wiesenstraße ein Mehrbedarf von etwa 1000 M erforderlich werden.

Bei der Bearbeitung des Projektes über den oberirdischen Ausbau der den Kirchenbauplatz umgebenden Straßen ist von der für die südliche Begrenzung der Wiesenstraße zwischen der Blücher- und Gneisenaufstraße durch den Ortsbauplan festgesetzten Fluchtlinie etwas abgewichen, weil sie als eine zweckmäßige Begrenzung des Kirchenbauplatzes kaum angesehen werden kann. An deren Stelle ist eine durchschnittlich 4 m weiter nördlich befindliche Linie angenommen, welche sich in ihrem mittleren Verlaufe parallel zur Nordfront der St. Paulikirche erstreckt und sich mit Kurven von 30 m Radius an die Fluchtlinie einerseits der Blücherstraße und andererseits der Gneisenaufstraße anschließt. Mit dem Hinzufügen, daß eine Beeinträchtigung des Straßenverkehrs durch diese Verschiebung kaum anzunehmen, daß aber die Verbreiterung des Vorplatzes der Kirche als sehr wünschenswert zu erachten ist, wird zur Erwägung anheimgestellt, eventuell den Ortsbauplan hiernach zu ändern.

Von dem Magistrate wird das Projekt der Versammlung mit dem Anheimgeben vorgelegt, es nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen. Die in Vorschlag gebrachte und nach dem Erachten des Magistrates zweckmäßige Erweiterung des Kirchenbauplatzes nach Norden wird ohne vorherige Aenderung des festgestellten Ortsbauplanes erfolgen können, zumal dadurch Straßenkosten gespart werden, und es wird andererseits auch der nach dem Beschlusse der Versammlung vom 2. April 1897 auf 53130 M festgestellte Kaufpreis für den Kirchenbauplatz ungeachtet seiner jetzt empfohlenen Vergrößerung unverändert bleiben müssen, weil das Kirchenfassenkollegium diese Erweiterung nicht fordert. Der Magistrat ersucht, auch dieses zu genehmigen.

Nach Empfehlung der Vorlage durch die Baukommission, für welche Herr Ebeling berichtet, und nach einigen Bemerkungen der Herren Lange und Bürgermeister Ketemeyer wird die Vorlage genehmigt.

III. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs zum oberirdischen Ausbau der westlichen Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße berichtet die städtische Bau-

verwaltung, daß die Grunderwerbskosten zu 26 000 M, die Baukosten zu 17 500 M und der Einheitsbeitrag der Anlieger zu 193,40 M ermittelt worden sind. Diese Kosten sind durch die Herren Severin und Meyer zu decken. Da die Straße über die Heinrichstraße hinaus nicht fortgesetzt werden kann, und sie somit Durchgangsverkehr nicht erhalten wird, so erscheint die für sie durch den Ortsbauplan festgesetzte Breite von 18 m kaum erforderlich und könnte daher nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung eine Verringerung der Straßenbreite auf 15 oder 16 m und dafür eine Verbreiterung der Vorgärten von 3 auf 4 oder 4,5 m nochmals in Erwägung gezogen werden.

Der Magistrat ersucht, dieses Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

IV. Errichtung einer Untersuchungsstelle zur Feststellung ansteckender Krankheiten.

Schon vor längeren Monaten hat das Reichsgesundheitsamt dem Herzoglichen Staatsministerium Anregung gegeben, der Frage der Errichtung einer Untersuchungsstelle zur Feststellung ansteckender Krankheiten näherzutreten. In Würdigung der mit solchen Untersuchungsämtern an anderen Orten erzielten Erfolge hat Herzogl. Staatsministerium im Laufe der mit Herzogl. Kreisdirektion, Herzogl. Obersanitätskollegium und dem Magistrate gepflogenen Verhandlungen sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß im hiesigen Herzoglichen Krankenhause im Anschluß an das pathologische Institut eine solche Untersuchungsstelle errichtet werde, jedoch dabei vorbehalten, daß die Stadt Braunschweig sich an den dadurch erwachsenden Kosten beteilige. Da die Tätigkeit der Untersuchungsstelle wohl in erster Linie der Stadt Braunschweig und ihrer Bevölkerung zugute kommen wird, so kann der Magistrat dieses Verlangen nicht unbillig finden und hat sich daher der Herzoglichen Kreisdirektion gegenüber bereit erklärt, der Versammlung die Gewährung eines einmaligen Zuschusses von 2000 M zu den auf 4000 M veranschlagten Kosten der ersten Einrichtung zu empfehlen. Indem dieses hierdurch geschieht, wird der Versammlung gleichzeitig mitgeteilt, daß zufolge Anordnung Herzoglichen Staatsministeriums die für das städtische Krankenhaus und die Armenpraxis auf Antrag der betr. Ärzte stattfindenden Untersuchungen bis auf weiteres unentgeltlich vorgenommen werden sollen.

Wie Herr Föbel namens der Finanzkommission ausführt, ist nach dem Berichte des städtischen Oberarmenarztes die Anregung zu solchen Einrichtungen einer Ab-

handlung zuzuschreiben, welche das Mitglied des Reichsgesundheitsrates, Prof. Fränkel in Halle a./S., veröffentlicht habe. Nach dieser Abhandlung werde es für außerordentlich wichtig gehalten, für Krankheiten, welche als verheerend bezeichnet werden, eine solche Untersuchungsstelle einzurichten. Daraufhin habe sich das Reichsamt des Innern der Sache angenommen und dem Herzogl. Staatsministerium anheimgegeben, dieser Angelegenheit die Aufmerksamkeit zuzuwenden. Herr Sanitätsrat von Holwede stehe auch auf dem Standpunkte, daß es von außerordentlicher Wichtigkeit sein würde, wenn ein derartiges Institut in Anlehnung an das pathologische Institut des Herzogl. Krankenhauses errichtet werden könnte. Seitens der Finanzkommission werde der Versammlung die Annahme der Vorlage empfohlen, jedoch unter der Bedingung, daß die Untersuchungen, sofern sie im öffentlichen Interesse liegen, stets kostenlos vorgenommen werden und nur in dem Falle Kosten angerechnet würden, wenn diese Untersuchungen auf Antrag, oder unter Zustimmung eines Privaten in dessen Familie oder doch im eigenen Interesse stattfinden. Dabei sei die Finanzkommission von der Ansicht ausgegangen, daß die Untersuchung solcher Krankheitsfälle, welche den Anschein erwecken, daß sie eine größere Epidemie in Stadt oder Land hervorrufen können, im allgemeinen Interesse liege, während andererseits Fälle denkbar seien, daß in einer Familie Krankheiten vorkommen, deren Ursachen sich der behandelnde Arzt nicht erklären könne und daher eine Untersuchung wünsche. Hierbei käme dann ein öffentliches Interesse nicht in Frage. Untersuchungsstellen solcher Art beständen bereits in Stettin, Benthien, Erfurt, Altona, Wilhelmshaven, Harburg, Frankfurt a./M. und Cöln a./Rh.

Herr Jasper hat keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Vorlage, möchte aber anfragen, wie bisher die Aufgaben, welche die Untersuchungsstelle jetzt erfüllen solle, gelöst seien, oder ob weder Staat noch Stadt Einrichtungen solcher Art gehabt habe. Sodann müßte er seine Zustimmung zur Vorlage davon abhängig machen, daß ihm genaue Auskunft über Art und Umfang der Einrichtung, sowie darüber zuteil werde, in welcher Weise diese Untersuchungsstelle wirksam werden und dem Publikum, sowie den Behörden zugänglich sein solle. Hierüber sei noch kein genügender Aufschluß gegeben, da es nicht hinreiche, wenn man sage, die Stelle arbeite im öffentlichen Interesse unentgeltlich und müsse bei einem privaten Interesse bezahlt werden. Es stehe trotz dieser Erklärung dahin, in welchem Falle Gebühren zu bezahlen seien und welche Instanz darüber zu befinden habe, ob ein öffentliches Interesse vorliege oder nicht.

Herr Stadtrat Meyer erwidert, daß es seines Wissens bisher hier an einer solchen Stelle gefehlt habe und es im wesentlichen von dem Befinden des behandelnden Arztes habe abhängen müssen, ob er einen einzelnen Fall zu Kenntnis der Behörde habe bringen wollen, die dann ihrerseits nach Einholung eines ober-

ärztlichen Gutachtens Stellung dazu genommen habe. Gerade der in dieser Beziehung hier fühlbar gewordene Mangel solle aber durch die Einrichtung beseitigt werden und es müßte namentlich im Interesse der Kreise liegen, welche Herr Jasper in der Versammlung zu vertreten meine, wenn solche Einrichtung hier geschaffen würde. Die Höhe der zur Erhebung kommenden Gebühr habe in der Vorlage noch nicht mitgeteilt werden können, weil die Behörde, welche die Einrichtung treffen wolle, selber noch nicht wisse, welche Gebühr erhoben werden solle. Das Herzogliche Staatsministerium halte sich von der Zweckmäßigkeit der Einrichtung überzeugt und er persönlich habe die Auffassung, daß das Publikum nicht unnütz mit Gebühren belastet werden solle. Trotzdem würde die Verwaltungsbehörde nicht von vornherein sagen, daß die Einrichtung vollständig gebührenfrei dem Publikum zur Verfügung stehe, sondern man werde einen Beitrag verlangen, sofern die Untersuchung nicht durch ein öffentliches Interesse geboten sei. Hier stehe er vollständig auf dem Standpunkte der Finanzkommission. Sobald die gesamte Einwohnerschaft ein Interesse daran habe, ob in diesem oder jenem Falle der Verdacht einer verheerenden Krankheit vorliege, solle von der Erhebung der Gebühr abgesehen werden, damit nicht infolge mangelnder Mittel eine solche Untersuchung unterbleibe. Seiner Ansicht nach sei als notwendige Voraussetzung einer Untersuchung im öffentlichen Interesse anzusehen, daß sie von einem Arzte beantragt werde, denn die Erkenntnis, daß es sich eventuell um eine gefährliche Krankheit handle, könne nur von einem Sachverständigen, also einem Arzte ausgehen. Sollten solche Anträge auch von Laien gestellt werden können, würde eine Untersuchungsstelle nicht ausreichen und würde diese auch nicht den Zweck erfüllen können, welchen das Herzogl. Staatsministerium mit der Einrichtung erfüllt sehen möchte. Aus diesem Grunde könne er die Bedenken des Herrn Jasper nicht teilen. Die Stadt könne bei Lage der Sache nicht wohl mehr verlangen, als daß eine Untersuchung, welche von Sachverständigen als im öffentlichen Interesse liegend angesehen und beantragt werde, gebührenfrei zu behandeln sei.

Herr Jasper will dazu bemerken, daß er die Zweckmäßigkeit der Einrichtung nicht in Zweifel gezogen und auch nicht bemängelt habe, daß die Stadt zu den Kosten herangezogen werden solle, obwohl es seiner Ansicht nach Aufgabe der Landespolizeibehörde sein würde, hier einzugreifen. Seine Bedenken gingen dahin, ob die Untersuchungsstelle, welche eine bisherige Lücke ausfüllen solle, auch für das Publikum nutzbar werden könne. In der Kommission sei geäußert worden, daß nicht der Arzt, sondern in letzter Linie die Herzogl. Polizeidirektion darüber zu befinden haben solle, ob die Untersuchungsstelle in Tätigkeit zu treten habe, oder nicht. Bei solcher Einrichtung würde aber deren Benutzbarkeit für das Publikum eine erschwerte sein und müßte man deshalb andere Maßnahmen treffen, um die Stelle für das Publikum nutzbar zu machen.

Herr F ü d e l will zur Klärung der Sachlage eine Stelle aus dem Berichte des Sanitätsrates von Holwede verlesen. Dieselbe lautet:

„Wenn sonach die Notwendigkeit der Errichtung einer in Rede stehenden Anstalt für das Herzogtum anerkannt werden und sich über kurz oder lang ergeben muß, so ist deren Gründung in der Stadt Braunschweig nur mit Freuden zu begrüßen. Es steht außer Zweifel, daß die Stadtgemeinde selbst den größten Vorteil davon haben wird. Die im Herzogl. Krankenhause getroffene Maßnahme wird in erster Stelle der Stadt zugute kommen und bei Ausbruch von Epidemien die weitgehendste Hilfe gewähren. Die ersten Krankheitsfälle mit Verdacht auf Cholera und Pest, welche sich in der Stadt ereignen, werden nach Lage der Verhältnisse zuerst dem Herzogl. Krankenhause zugewiesen und hier passend isoliert, sowie zur Untersuchung und Feststellung gelangen und damit die Stadt vor großem Schaden bewahrt.“

Sobald also der Verdacht vorliege, daß es sich um eine verheerende Krankheit handle, erfolge die Ueberweisung des Kranken an das Herzogl. Krankenhaus und zwar in solchem Falle ohne Kosten. Die Höhe der Kosten erscheine ihm überhaupt unerheblich gegenüber der außerordentlichen Wichtigkeit, die in der Errichtung eines solchen Instituts zu erblicken sei, welches dagegen Schutz verleihe, daß eine verheerende Krankheit sich hier festsetzen könne.

Der Magistratsvorlage wird sodann in der von der Finanzkommission befürworteten Fassung zugestimmt.

V. Entsendung eines Stadtverordneten zur Eröffnung der Städteausstellung.

Der Rat und die Stadtverordneten zu Dresden haben dem Magistrate für je einen Vertreter der beiden städtischen Kollegien eine Einladung zu der am 20. Mai stattfindenden feierlichen Eröffnung der deutschen Städteausstellung und dem am Abend desselben Tages stattfindenden Festmahle zugehen lassen. Mit dem Bemerken, daß der Magistrat beschloßen habe, seinerseits durch Entsendung eines seiner Mitglieder der Einladung Folge zu leisten, gibt er anheim, auch über die Entsendung eines Mitgliedes der Versammlung Beschluß zu fassen und eventuell die erforderliche Wahl vorzunehmen.

Auf Vorschlag des Herrn Wolff beschließt die Versammlung, einen Vertreter in der Person des Herrn Vorsitzenden nach Dresden zu entsenden, und nimmt letzterer die Wahl an.

Gleichzeitig werden auf Anregung des Herrn Bürgermeisters Netemeyer dem joeben gewählten Vertreter 100 M Reisekosten bewilligt. Hierdurch erhöhen sich die in der letzten Sitzung zu dem gleichen Zwecke bewilligten Ausgaben — Seite 47 des Berichtes — um 100 M. Für das zur Eröffnung der Ausstellung abgeordnete Magistratsmitglied ist eine besondere Reisekostenvergütung nicht zu bewilligen.

VI. Anfrage Löschigt: Förderung des Fremdenverkehrs.

Zur Begründung der in der letzten Sitzung gestellten Anfrage — Seite 52 des Berichtes — führt Herr Löschigt aus, daß die Anfrage an sich inzwischen hinfällig geworden sei, da sich in Sachen des Hannoverschen Bundesschießens nichts mehr werde erreichen lassen. Er möchte indessen den Magistrat bitten, in Ueberlegung zu nehmen, ob der hiesige Verkehrsverein, welcher außerordentlich tätig sei und alles mögliche aufbieten wolle, um Fremde hierher zu ziehen, nicht in anderer Weise unterstützt werden könne. Der Magistrat sei kürzlich in so generöser Weise hinsichtlich der Hebung des Fremdenverkehrs vorgegangen, indem er sich zur Erbauung eines Zirkus 200 000 M habe bewilligen lassen, obwohl man zweifelhaft sein könne, ob dieses gerade der richtige Weg zur Hebung des Fremdenverkehrs gewesen sei, daß es sich wohl empfehlen dürfte, dem Verkehrsvereine diejenigen Mittel zu bewilligen, welche dieser zur möglichst intensiven Förderung des hiesigen Verkehrs gebrauche.

Herr Oberbürgermeister Pockels beantwortet die Anfrage wie folgt: Der Festausschuß des Bundesschießens, welches im Juli d. Js. in Hannover stattfinden wird, hat ein gedrucktes Einladungsschreiben an eine Anzahl Städte geschickt, das auch uns zugegangen ist, und in dem gebeten wird, zu dem dortigen Schießen einen offiziellen Vertreter zu entsenden und einen Ehrenpreis zu stiften. Der Magistrat war jedoch der Ansicht, daß ein besonderer Grund, dieser Aufforderung Folge zu leisten, nicht vorliege. Der Gedanke, daß unsere Beteiligung an diesem Bundesschießen im Interesse der Hebung des Verkehrs in unserer Stadt liegen könnte, ist uns allerdings dabei nicht gekommen. Mir ist dieses erst gegenwärtig geworden dadurch, daß mir gestern Abend der Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs ohne Begleitschreiben eine Nummer der „Neuesten Nachrichten“ mit einem Artikel, überschrieben „In letzter Stunde“ zugesandt hat, in welchem ausgeführt wurde, daß der Magistrat, da ein Ausflug der Teilnehmer am Bundesschießen nach Braunschweig aus den bekannt gegebenen Gründen nicht mehr vorgesehen werden könnte, durch Bewilligung von Mitteln die uns betroffene Benachteiligung ausgleichen möchte. Was mit den „bekannt gegebenen Gründen“ gesagt werden soll, ist mir unverständlich, wie ich überhaupt diese ganze Anzapfung — wenn ich so sagen darf — nicht verstehe. Der Magistrat als solcher kann doch nicht, nach meinem Gefühl wenigstens, die in Hannover weilenden fremden Gäste zu einem Ausfluge nach Braunschweig einladen. Ich sollte aber meinen, wenn der Verein zur Hebung des hiesigen Verkehrs seinerseits einen solchen Ausflug im Interesse der Stadt herbeizuführen wünscht und dabei unsere Beihilfe begehrt, daß er sich dann schriftlich an uns, oder mündlich an ein Mitglied des Magistrates wendet, aber diesen Wunsch nicht durch eine solche Zusendung durch die Post zu erkennen gibt. Weber dem Magistrate, noch einem einzelnen Mitgliede desselben ist aber bislang

irgend welche Anregung seitens des Vereins oder Dritter gegeben und sollte man meinen, daß abzuwarten sei, ob solches nicht noch geschieht.

VII. Anfrage Jasper: Stellung des Magistrates zu einer Stadtverordneten-Ersatzwahl.

In Beantwortung der in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Anfrage — Seite 52 des Berichtes — führt Herr Stadtrat Meyer etwa folgendes aus: Herr Jasper hat in der letzten Sitzung Aufschluß darüber verlangt, welchen Inhalt unsere unterm 16. Februar d. Js. ausgefertigte Vorlage, betreffend die Wahl des Herrn Göcke zum Stadtverordneten, habe. Die Anfrage entbehrt insofern nicht einer gewissen Eigenartigkeit, als sie von Herrn Jasper gestellt ist, der bekanntlich wegen der der Vorlage zu Grunde liegenden Sache die Stadt verklagt und in seiner Begründung besonders hervorgehoben hatte, er habe ein besonderes Interesse an dieser Auskunft mit Rücksicht auf den vor der Türe stehenden Verhandlungstermin. Herr Jasper wollte also vom Magistrate eine Auskunft haben, um seine Position als Kläger gegen die Stadt zu stärken.

Die Sache selbst liegt nun folgendermaßen: Es sind seiner Zeit über die Ersatzwahl nicht besondere Akten angelegt worden, schon weil man nicht wissen konnte, wie umfangreich der Schriftwechsel hierüber werden würde, sondern die betreffenden Schriftstücke sind den Akten hinzugefügt worden, die schon bei der Hauptwahl im Januar 1901, als Herr Wagner gewählt war, entstanden. Als nun im Laufe der Verhandlungen der Verwaltungsgerichtshof die Akten einforderte, sagte ich mir, was soll das dicke Aktenkonvolut dort, und ließ die Sachen herausnehmen, welche für die Ersatzwahl Interesse haben konnten. Hierbei habe ich dann ausdrücklich angeordnet, daß die Magistratsvorlage vom 16. Februar d. Js. nicht mit eingeklebt werden sollte. Diese Vorlage war nämlich, wenige Tage, nachdem sie an den Herrn Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung abgegeben war, von dem Magistrate wieder zurückgezogen. Der Magistrat steht nun auf dem Standpunkte, daß vor der Verhandlung zurückgezogene Vorlagen für die Außenwelt nicht existieren, und er hält sich für befugt, sie jeden Augenblick zu kassieren. (Zustimmung.)

Im übrigen haben wir keine Veranlassung, über den Inhalt der Vorlage Schweigen walten zu lassen, im Gegenteil, zur Zerstreuung von Legenden und um den Vorwurf zu beseitigen, welcher dem Magistrate von Herrn Jasper gemacht worden ist, indem er sagte, der Magistrat schiene in der Wahlangelegenheit eine eigentümliche Stellung eingenommen zu haben und es habe den Anschein, als ob er für Herrn Göcke eine Parteinahme hätte walten lassen, soll der Inhalt der Vorlage mitgeteilt werden. Der Zweifel, welcher hinsichtlich der Gültigkeit der für Herrn Göcke abgegebenen Stimmen später hier in der vereinigten Versammlung erhoben wurde, war natürlich schon am ersten Tage nach der Wahl vorhanden und wurde

auch im Magistrate geteilt. Da der Magistrat sich aber nicht für kompetent hielt, die Zweifel zu lösen, denn ein derartiges Recht ist ihm durch die Städteordnung nicht verliehen worden, so glaubte er richtig zu handeln, einige Tage darauf die Angelegenheit vor das Forum der Stadtverordneten-Versammlung zu bringen, in der Annahme, daß diese zur Lösung der Zweifel deshalb am kompetentesten sei, weil es sich um eine Zuwahl zur Versammlung handelte. Die Vorlage ist sodann vom Magistrate zurückgezogen, weil die Sache durch die eingereichten Beschwerden der Herren Dedekind und Jäzper überholt wurde; die Beschwerdeführer bestritten bekanntlich die Gültigkeit der Wahl, bezw. der für Herrn Göcke abgegebenen Stimmzettel und für die Entscheidung darüber war die vereinigte Versammlung die richtige Stelle. Aus diesem Grunde hatte aber unsere Vorlage keine Bedeutung mehr und wurde zurückgezogen. Es ist von Interesse, dieses hier eingehend zu besprechen, weil dem Magistrate auch der Vorwurf gemacht worden ist, er habe die ganze Geschichte verzögert. Sie sehen hieraus aber, daß der Magistrat, nachdem die Wahl selbst am 9. Februar stattgefunden hatte, schon am 16. Februar eine Vorlage ausgearbeitet hatte; er hat es demnach an Eifer nicht fehlen lassen.

VIII. Einstellung eines Feuerwehrmannes.

Der Bureaudiener der Licht- und Wasserwerke Th. Hansen, welcher bisher den nächtlichen Telegraphendienst im Feuerlöschgebäude wahrgenommen und neben seinem Gehalte von 1800 M hierfür eine besondere Vergütung, bestehend in freier Wohnung 2c. und 48 M jährlicher Remuneration bezogen hat, ist auf seinen Antrag zum 1. Oktober d. Js. von der Ausübung dieser Nebenbeschäftigung entbunden worden. Auf Antrag des Kreisbranddirektors wird vom 1. Oktober d. Js. ab der gesamte Feuertelegraphendienst einem Oberfeuerwehrmann übertragen werden, welchem die Hansensche Dienstwohnung gegen Anrechnung von jährlich 200 M auf sein Gehalt überwiesen werden soll. Da dieser Oberfeuerwehrmann durch den Telegraphendienst vollständig in Anspruch genommen wird und nur in dringenden Fällen als Zugführer herangezogen werden kann, erweist sich die Neueinstellung eines Feuerwehrmannes als notwendig. Für diesen sind aufzuwenden: an Vergütung jährlich 900 M, an Invalidenversicherung jährlich 7,80 M und für eine einmalige Ausrüstung 185 M. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung der Neueinstellung eines Feuerwehrmannes zum 1. Oktober d. Js.

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Südel berichtet, zu.

IX. Anfrage Nieke: Verhältnis der Armentasse zum Kantor Barth.

Zur Beantwortung der in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Anfrage — Seite 51 des Berichtes — nimmt das Wort Herr Stadtrat von Frankenberg:

In Bezug auf die von Herrn Rieke gestellte Anfrage habe ich, nachdem sich auch die Armendirektion mit der Angelegenheit befaßt hat, folgendes zu erklären: Anfang der 80er Jahre wurde es infolge Ueberfüllung des Pflegehauses dringend wünschenswert, daß man Pflegestellen für Kinder schuf und hat sich durch Vermittelung des Kantors Barth Gelegenheit geboten, eine größere Anzahl von Kindern in Riddagshausen unterzubringen. Es bildete sich die Sache bald so heraus, daß für ein Kind 120 M jährlich an Pflegegeld gezahlt wurden und, nachdem Herr Barth es für wünschenswert bezeichnet hatte, an Schulgeld noch 5 M und für Bücher zc. 2 M zu zahlen, wurden auch diese 7 M in den Jahren von 1884 bis 1890 noch zugesteuert. Später machte Herr Kantor Barth geltend, es wäre nicht mehr erforderlich, die 5 M Schulgeld zu zahlen, weil die Pflegeeltern das selbst aufbringen könnten. Darauf wurde vom 1. Juli 1890 ab die Zahlung des Schulgeldes eingestellt und lediglich der Betrag von 2 M für Bücher zc. verabfolgt. Dabei will ich bemerken, daß Herr Barth von Anfang an sich aus freien Stücken erboten hatte, die genaueste Rechnung abzulegen, daß jedoch die Armendirektion im Vertrauen auf dessen richtige Geschäftsführung glaubte, davon absehen zu sollen. Im übrigen ist die Unterbringung der Kinder von Mitgliedern der Armendirektion und von anderen Leuten überwacht, ohne daß jemals irgend welche Klagen an uns gelangt sind. Das Geld für die Bücher ist bis Ostern 1902 gezahlt worden, seit welcher Zeit die Unterbringung von Kindern in Riddagshausen ganz aufgehört hat.

Im Laufe des letzten Winters kam nun ein Beamter der Staatsanwaltschaft zu uns, um sich über die Sache zu unterrichten und hat sich derselbe von dem Beamten des Armenbureaus nähere Auskunft geben lassen, auch sind ihm die betreffenden Akten zur Verfügung gestellt worden. Hinterher ist mir dann mitgeteilt worden, daß die angestellten Ermittlungen keine Veranlassung geboten hätten, wegen dieser Sache gegen den Kantor Barth vorzugehen. Die Armendirektion steht auf dem Standpunkte, daß dem Genannten ein gewisses Ermessen bei der Verwendung der Gelder eingeräumt war und es sich darum handelte, ob die Gesamtsumme der bewilligten Beträge den Kindern in ihrer Gesamtheit zugute gekommen ist. Davon haben wir uns aber nach den angestellten Ermittlungen und Erklärungen überzeugt. Die Armendirektion hat mich sogar ermächtigt, hier zu erklären, daß der Kantor Barth ihr durch sein hilfsbereites Eingreifen und seine Vermittelung bei der Unterbringung von Kindern s. B. wesentliche Dienste geleistet hat. Die sonstigen Sachen mögen liegen, wie sie wollen, wir haben uns hier nur mit der Angelegenheit der Armen-direktion zu beschäftigen und haben die Ueberzeugung erlangt, daß Kantor Barth hier korrekt verfahren ist.

Auf Antrag des Herrn Rieke findet die Besprechung der Anfrage statt.

Herr Rieke: Allein im Interesse der Armenverwaltung habe ich die Anfrage gestellt, da es ihr nicht einerlei sein kann, wie die städtischen Gelder verwendet

werden. Gestern Abend ist mir nun hierauf bezügliches Material zugegangen, indem mir 16 Einwohner von Riddagshausen schriftlich erklärt haben, welche Beträge ihnen vom Kantor Barth noch zustehen. Es handelt sich dabei um eine Gesamtsumme von 777 M, jedoch ist mir die Versicherung gegeben, daß noch verschiedene andere Gläubiger des Kantors Barth vorhanden seien, die noch etwa 1000 M zu fordern haben, aber ihre Unterschrift nicht geben wollen, weil sie ein Kapital von Herrn Barth haben und fürchten, daß ihnen dieses entzogen werde. Wenn nun Herr Kantor Barth in den Blättern mitteilt, daß die Sache zu seinen Gunsten auslaufen werde, so scheinen mir doch diese 16 Unterschriften das Gegenteil zu beweisen. Für mich war ausschlaggebend, diese Angelegenheit hier im Interesse der städtischen Armenverwaltung zur Sprache zu bringen, um festzustellen, ob sie genügende Aufsicht geübt und dem Kantor Barth nicht zu viel Vertrauen geschenkt hat, und auch im Interesse der betreffenden Pflegeeltern in Riddagshausen habe ich die Anfrage gestellt. Aus der Erklärung der 16 Einwohner Riddagshausens resultiert wohl ziemlich klar, daß der genannte Herr sehr eigenmächtig vorgegangen ist, und wenn er auch mit Klagen gedroht hat, so wird er das wohl bleiben lassen. Wenn die Armendirektion ihm freies Verfügungsrecht über die ihm anvertrauten Gelder gegeben hat, so kann der Staatsanwalt allerdings nichts machen, trotzdem die 7 M pro Kind nicht in der Weise ausgegeben zu sein scheinen, wie es beabsichtigt war, denn das eine Kind hat vielleicht Strumpfgarn, das andere eine Mütze, das dritte aber gar nichts erhalten, weil es wohl nicht verstanden hat, sich in das richtige Licht zu setzen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es würde doch wohl ratsam erscheinen, gegen jemand, der nicht hier ist und sich nicht verteidigen kann, solche Sachen nicht vorzubringen und ihn lieber seinem Richter zu überlassen, als dem Urteile hier vorzugreifen. Jedenfalls möchte es zweckmäßiger sein, wenn Herr Riefe das Material der Staatsanwaltschaft überwiese, die es dann prüfen mag. Wir dürfen zu der Staatsanwaltschaft wohl das Vertrauen haben, daß sie niemand ohne Grund frei ausgehen läßt, aber auf unbegründete Beschuldigungen auch nichts gibt.

X. Anfrage Herzberg: Stellung des Magistrates zu einer Bestimmung des Reichswahlgesetzes.

Die Anfrage lautet:

„Wie gedenkt der Magistrat den § 3,3 des Reichswahlgesetzes, betreffend Entziehung des Wahlrechtes durch Armenunterstützung, auszullegen?“

Zur Begründung führt Herr Herzberg aus, daß schon Ende Dezember 1884 Herr Günther eine ähnliche Anfrage an den Magistrat gestellt habe, weil sich damals herausgestellt habe, daß 8 Wählern auf Grund der angezogenen Bestimmung des Reichswahlgesetzes das Wahlrecht entzogen sei. Bei jener Interpellation sei auch die Frage aufgeworfen worden, ob dieses überhaupt zur Kompetenz der Versammlung

gehöre, und habe damals der Herr Oberbürgermeister erklärt, falls keine Anträge an die Frage geknüpft werden sollten, wäre der Magistrat bereit, darauf einzugehen. Er ersuche nun den Magistrat, auch jetzt auf diese Sache einzugehen.

Der § 3, Abs. 3 des Reichswahlgesetzes laute:

„Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

2c. 3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten, der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben“.

Diese Bestimmung halte er für ein grobes Unrecht. Man möge sich im Vor-
saale das eine Bild ansehen, wo auf dem Strohlager eine arme Frau mit ihrem Kinde liege und die Stadt hinzutrete, um ihr Brot zu reichen, und man hätte noch hinzufügen sollen, um gleichzeitig dem Ehemanne das Wahlrecht zu entziehen. Arme dürften nicht als rechtlos angesehen werden. Trotzdem habe man aber mit der fraglichen Bestimmung zu rechnen, jedoch lasse sich durch die Auslegung des Wahlgesetzes manches gutmachen, was der Staat durch das Gesetz verschuldet habe. Das scheine indessen hier nicht zu geschehen, vielmehr suche man sich anscheinend an den Buchstaben des Gesetzes zu klammern, denn es sei allgemein üblich, daß eine stadtseitige Zuwendung als eine Armenunterstützung angesehen und durch Entziehung des Wahlrechtes bestraft werde, auch wenn die Gelder an die Armenkasse zurückgezahlt seien. Das sei schon schlimm, aber noch schlimmer dürften wohl die beiden folgenden Fälle sein.

Eine von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau erhalte monatlich 15 M von der Armenverwaltung ausgezahlt, welche diesen Betrag wiederum von dem Ehemanne einziehe, sodaß es sich hier gar nicht um eine Zuwendung der Armenkasse handle. Trotzdem sei der Mann aus den Wählerlisten gestrichen worden.

Der andere Fall liege so, daß jemand einen taubstummen Sohn habe, welcher in der Taubstummenanstalt Unterricht genieße, ohne dort aber untergebracht zu sein. Das Schulgeld sei ihm im Betrage von 200 M erlassen und habe man den Mann dieserhalb aus der Wählerliste gestrichen, weil also der Schulgelderlaß im Gegensatz zur sonstigen Gepflogenheit als Armenunterstützung angesehen sei. Bei Erlass von Schulgeld in den höheren Schulen werde das Wahlrecht niemals entzogen.

Hoffentlich würden die hiergegen erhobenen Einsprachen von Erfolg sein und noch zur nachträglichen Eintragung in die Wählerlisten führen, sonst könne das Publikum wirklich nicht verstehen, wie die Stadt dazu komme, solche Fälle als Armenunterstützungen anzusehen, und es müßte das Gefühl erlittenen Unrechts bei der Einwohnerschaft aufkommen, zum mindesten könnte man dieses aber als eine liberale Auslegung des Gesetzes nicht ansehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf erwidern, daß sich der Magistrat als solcher über die angeregten Fragen noch nicht schlüssig gemacht habe. Bei dieser

Gelegenheit möchte er bitten, daß diejenigen Herren, welche an den Magistrat Anfragen richten wollen, namentlich aber in solchen Fällen, wo es sich um Auslegung von Gesetzen handle, davon vor der Sitzung einem Mitgliede des Magistrates Mitteilung machen, damit dieses in der Lage sei, die Beantwortung vorzubereiten und eventuell auch den Magistrat über seine Ansicht zu hören. Anderenfalls sei der Magistrat nicht in der Lage, als solcher eine Antwort darauf zu erteilen. Der Magistrat sei immer gern bereit gewesen, der Versammlung auch in solchen Angelegenheiten Auskunft zu erteilen, wo die Versammlung nicht mit zu befinden habe. Dabei wolle er mitteilen, daß der Magistrat in dem vorliegenden Falle unabhängig von der Versammlung zu entscheiden habe. Er bitte also nochmals, von der Stellung solcher Fragen dem Magistrate vor der Sitzung Kenntniß zu geben, sonst sei es nicht möglich, eine Antwort zu erteilen.

XI. Anfrage Stegmann: Auslegung der Wählerlisten zur Reichstagswahl.

Die Anfrage lautet:

„Läßt es sich ermöglichen, die Wählerlisten zur Reichstagswahl einige Tage über die amtlich bekannt gegebene Frist hinaus zur Einsicht auszu-legen, oder kann, falls dies nicht angängig ist, eine Einrichtung getroffen werden, die eine umfangreichere Einsichtnahme ermöglicht?“

Herr Stegmann gibt zunächst seinem Bedauern Ausdruck, daß er dem vom Herrn Oberbürgermeister ausgesprochenen Wunsche nicht nachgekommen sei, was jedoch in Zukunft geschehen solle. Die hier gestellte Anfrage sei indessen nicht so schwerwiegend, als daß nicht sofort darauf eingegangen werden könne. Bei der Auslegung der Wählerlisten mache sich nämlich ein außergewöhnlicher Andrang bemerkbar, sodaß kaum alle imstande sein würden, Einsicht in die Listen zu nehmen. Wenn aber auch nur die Hälfte der vorhandenen 30000 Wähler Einsicht in die Listen nehmen wollte, so würden während der Zeit der Auslegung täglich 2500 Einwohner im Rathause erscheinen müssen und es sei doch wohl klar, daß so viele Leute gar nicht imstande seien, die Listen einzusehen. Aus diesem Grunde möchte er wissen, ob sich der Termin der Auslegung nicht durch Rücksprache mit dem Herzoglichen Staatsministerium um einige Tage verlängern lasse. Wenn das aber nicht angängig sei, so möchte er fragen, ob sich für die Auslegung nicht ein größerer Raum verwenden lasse, bezw. ob nicht mehrere Räume dazu genommen werden können. Außerdem liege ihm daran, zu wissen, ob nicht auch der Sonnabend Nachmittag, an welchem ja die Magistratsbüreaus sonst geschlossen seien, zur Auslegung mit benutzt werden könne, da viele Fabriken am Sonnabend Nachmittag nicht arbeiten und die betr. Arbeiter zu dieser Zeit Einsicht in die Listen nehmen können.

Herr Stadtrat Meyer erwidert, daß er wegen Verlängerung der Auslegefrist keine Erklärung abgeben könne und er sich wegen dieser Sache auf die Erklärung

des Herrn Oberbürgermeisters beziehe. In Bezug auf die bessere Auslegung der Listen glaube er dagegen zusichern zu können, daß 2—3 Zimmer für die Listen zur Verfügung gestellt werden, sodaß mehr Wähler Einsicht nehmen können. Allen Wünschen werde man allerdings auch dann nicht gerecht werden können, da viele die Listen nicht nur für sich einsehen, sondern davon gleichzeitig Abschrift nehmen wollen; wozu aber Raum und Zeit nicht ausreichen. Zu dem fernerem Vorschlage, die Listen auch am Sonnabend Nachmittage auszulegen, glaube er die Zustimmung des Magistrates annehmen zu können.

XII. Antrag Günther: Bewilligung größerer Mittel für Sommerfrischen.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem Magistrat die Ermächtigung zu erteilen, zur Sendung von Kindern in die Sommerfrische größere Mittel zu bewilligen“,

bemerkt Herr Günther, daß der Antrag nur eine Wiederholung des im vorigen Jahre gestellten Antrages darstelle. Der damalige Antrag sei in der Sitzung vom 5. Juni 1902 — Seite 70 des Berichtes — gestellt worden und wären daraufhin in der Sitzung vom 3. Juli 1902 — Seite 75 des Berichtes — 300 M bewilligt worden, ohne daß eine Vorberatung des Antrages in der Kommission stattgefunden hätte. Da ein solcher Betrag bei weitem nicht ausreiche, um dem vorhandenen Bedürfnisse abzuhelfen, so habe er geglaubt, für diesen Zweck eine Aufwendung von 5000 M anregen zu sollen. Bei solcher Aufwendung könnten etwa 124 Kinder verpflegt werden, was dem Bedürfnisse wenigstens einigermaßen entspreche. Wenn man bedenke, daß eine solche Sommerpflege armen und namentlich kränklichen Kindern sehr wohl tue, so müßte man auch das möglichste tun, um eine größere Anzahl von Kindern in die Sommerfrische zu entsenden. Bei einem Zuschusse der Stadt in der angegebenen Höhe könnte der größten Not gesteuert werden, wenn sich auch noch nicht alle Ansprüche damit befriedigen ließen. Bis jetzt sei es so gehandhabt worden, daß die Kinder auf Ansuchen der Eltern in die Sommerpflege entsandt seien und müßte in Zukunft die Einrichtung getroffen werden, daß die Kinder auf Empfehlung der Schulärzte, deren Untersuchungen und Beobachtungen wohl schon begonnen hätten, ohne Nachsuchen der Eltern in die Sommerpflegen geschickt würden. Er bitte um demnächstige Annahme des Antrages.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 5½ Uhr.

1903/1904.N^o 4.

Bericht

über die

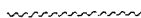
Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Juni 1903.

Tagesordnung:

I.	Antrag Günt her: Verwilligung größerer Mittel für Sommerfrischen. .	Seite 76
II.	Verkauf eines Bauplatzes	" 77
III.	Gefuche um Wasserzuleitung für zwei Grundstücke	" 77
IV.	Erweiterung der Oberrealschule	" 79
V.	Änderung bei den Messungen des Gases	" 80
VI.	Änderung der Baulinie für einen Teil der Wendenstraße	" 81
VII.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 81
VIII.	Erwerb von Grundstücken für den städtischen Lagerplatz	" 82
IX.	Unterhaltung 2c. der M. Leonhardstraße	" 83
X.	Ausbau eines Theiles der projektierten Straße südlich der Weststraße. . .	" 84
XI.	Vergütung für ärztliche Behandlung von Schulkindern	" 85
XII.	Plattenbelag auf der Reichenbergstraße	" 85
XIII.	Ausbau und Kanalisierung der verlängerten Gneisenaufstraße 2c.. . . .	" 86
XIV.	Erwerb von Flächen zur Hamburgerstraße	" 88
XV.	Erwerb von Flächen zur verlängerten Wiesenstraße 2c.	" 88
XVI.	Gutachtliche Äußerung über Anlage neuer Straßen	" 89

XVII.	Bewirtung der Versammlung von Gas- und Wasserfachmännern.	Seite 96
XVIII.	Anrechnung des Wertes der alten Straßendefestigung an der Hildesheimerstraße.	" 96
XIX.	Instandsetzung der St. Ulrich-Kirche	" 97
XX.	Annahme eines technischen Hilfsbeamten	" 102
XXI.	Antrag Koch: Aenderweite Verwendung der Bedürfnisanstalt des Hagenmarktes	" 103
XXII.	Anfrage Südel: Entwässerung der Helmstedterstraße.	" 104
XXIII.	Anfrage Pepplies: Mißstände beim Standesamte.	" 104



Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Götte, Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Hauswaldt, Lange, Löschiak, Lord, Lupprian, Müller, Nolte und Ribbentrop.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst ein Schreiben des Magistrates bekannt, nach welchem die verschiedenen städtischen Dienststellen ermächtigt worden sind, denjenigen Arbeitern, die mindestens fünf Jahre ununterbrochen im Dienste der Stadt stehen, wenn sie eines Urlaubs bedürftig sind, diesen zu gewähren, so zwar, daß im Laufe eines Jahres an Arbeiter, die mehr als fünf Jahre im städtischen Dienste stehen, der Lohn für höchstens vier Tage, an solche, die mehr als zehn Jahre im städtischen Dienste stehen, für höchstens acht Tage fortgezahlt werden kann.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Günther: Verwilligung größerer Mittel für Sommerfrischen.

Den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 74 des Berichtes — hat die Statutenkommission vorberaten und berichtet namens derselben Herr Blasius, daß empfohlen werde, den Magistrat zu ermächtigen, außer den im Etat vorgesehenen 100 M noch 300 M für die Sommerfrischen zu verwilligen.

Herr Günther will hierzu bemerken, daß er dem Antrage in der Kommission zugestimmt habe, obwohl dieser seinem ursprünglichen Antrage nicht entspreche. Seiner Meinung nach dürfe die Entsendung von Schulkindern in die Sommerfrische nicht von der Wohlthätigkeit abhängig gemacht, sondern müßte von der Gemeinde getragen werden. Wenn man zugebe, daß so viele Kinder der arbeitenden Bevölkerung eine Sommerpflege gebrauchen, so müßte diesen auch Gelegenheit gegeben werden, sie zu benutzen. Wie er schon in der Kommission erklärt habe, wolle er sich vorläufig mit dem Kommissionsantrage einverstanden erklären, weil

sich in diesem Sommer doch nicht mehr werde erreichen lassen, jedoch behalte er sich vor, demnächst auf diese Sache zurückzukommen und der Versammlung einen weitergehenden Antrag vorzulegen.

Der Antrag der Statutenkommission wird hierauf angenommen.

II. Verkauf eines Bauplatzes.

Von dem zum Zwecke der Erbauung einer Bürgerschule angekauften Grundstücke an der Comeniusstraße ist ein 4,87 a großer Bauplatz verfügbar geblieben, welchen der Magistrat zur Versteigerung gestellt hat. Das hierbei von dem Maurermeister Adam Göbcke mit 15 200 M (einschl. Straßenkosten) abgegebene Höchstgebot hält der Magistrat für annehmbar und gibt anheim, Herrn Göbcke den Zuschlag zu erteilen,

welchem Antrage sich Herr Schmidt namens der Finanzkommission anschließt.

Herr Jasper vermißt in der Vorlage die Gründe, weshalb dieser Verkauf stattfinden müsse. Da er grundsätzlich gegen die Veräußerung von städtischem Grundbesitz sei, so könne er dem Antrage nicht zustimmen.

Herr Esdorn kann für die Folge solchen Anträgen ebenfalls nicht zustimmen, da er auch ein Gegner der Veräußerung städtischen Grundbesitzes sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will hierzu bemerken, daß im allgemeinen das Prinzip, Grundbesitz seitens der Gemeinde nicht wegzugeben, richtig sein möge, daß aber trotzdem ein Unterschied gemacht werden müsse. Wenn man sich den Plan ansehe, werde man finden, daß sich mit dem Zwickel durchaus nichts anfangen lasse und es keinen Zweck habe, ihn für die Stadt zu reservieren. Sollte die Versammlung indessen Bedenken haben, so gebe er anheim, den Plan noch einmal herumzureichen und die Beschlußfassung vorläufig auszusetzen.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung gegen die Aussetzung der Beschlußfassung.

Herr Schmidt möchte noch darauf hinweisen, daß das Grundstück nur 15,5 m Tiefe besitze und er nicht wüßte, weshalb es liegen bleiben solle. Wunderbar sei es, daß die heutigen Gegner der Vorlage in der Finanzkommission kein Wort dagegen geäußert hätten und daher die Kommission auch nicht in der Lage gewesen wäre, hierzu Stellung zu nehmen.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

III. Gesuche um Wasserzuleitung für zwei Grundstücke.

Der Drogist Hermann Degering hat in einer Eingabe an die Versammlung gebeten, zu genehmigen, daß ihm die Wasserleitung frei auf sein am Büstenwege gelegenes Grundstück gelegt werde, da ihm das Wasser durch das neue Wasserwerk am Dowesee entzogen sei. — Aus demselben Grunde ersucht die Braunschweigische

Eisengießerei und Maschinenfabrik von Rob. Karges um kostenlose Anlegung der Wasserleitung. Zur weiteren Begründung dieses Antrages wird ausgeführt, daß alle Versuche, den Brunnen des Fabrikgrundstücks wieder mit Wasser zu versehen, trotz Aufwendung hoher Kosten gescheitert seien und es daher nicht unbillig genannt werden könnte, wenn die Stadt der Firma in dieser Weise entgegenkommen wollte.

Nach dem Berichte des Herrn Wolters ist die Finanzkommission in eine Beratung der Degeringschen Eingabe nicht eingetreten, weil eine Äußerung des Magistrates hierüber noch nicht vorliege und es der Gepflogenheit der Versammlung entspreche, bis dahin mit einer eigenen Äußerung zurückzuhalten.

Anders liege die Sache mit der Karges'schen Eingabe. Der Magistrat habe das von dieser Firma früher eingereichte Gesuch der Direktion der Licht- und Wasserwerke zum Berichte überwiesen und darauf die Antwort erhalten, daß eine provisorische Leitung im Mittelwege nicht ausgeführt werden könne und daher nur zu erwägen bleibe, ein Wasserrohr in der Rosentwete zu verlegen, was indessen mit einem Kostenaufwande von 2072,50 M verbunden sein würde. Darauf sei der Firma mitgeteilt worden, daß ihrem Antrage nur dann entsprochen werden könne, wenn sie die entstehenden Kosten übernehmen und für eine ordnungsmäßige Beseitigung der Abwässer besorgt sein wolle. Auf diesen Bescheid habe die Firma nicht geantwortet, sondern sie habe sich mit der vorliegenden Eingabe an die Versammlung gewandt und dargelegt, daß alle Versuche, den vorhandenen Brunnen auf eine Tiefe von 35 m herunterzubohren und an anderen Stellen des Fabrikgrundstücks neue Brunnen anzulegen, einen negativen Erfolg gehabt haben. Die Frage, ob die Firma auch die Kosten übernehmen wolle, sei in der Eingabe an die Versammlung nicht berührt worden, sondern die Firma habe nur darauf hingewiesen, daß in früheren Fällen die städtischen Behörden den Anliegern des Bültentweges entgegengekommen wären und es daher nicht unnatürlich sein würde, wenn man auch in dem vorliegenden Falle Entgegenkommen zeigen wollte. Das Abfallwasser würde in Senkbrunnen geleitet und dadurch unschädlich gemacht.

Die Finanzkommission sei in eine sachliche Beratung der Eingabe getreten und habe dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß die tatsächlichen Unterlagen zu einer richtigen Beurteilung des Sachverhalts noch nicht ausreichen. Es stehe z. B. noch keineswegs fest, ob die Beeinträchtigung der Brunnen der Firma Karges tatsächlich durch den Betrieb des Wasserwerks am Domesee erfolgt sei, da es sich hier um eine viel größere Entfernung handle, als in den bisher zur Sprache gebrachten Fällen und das Grundstück auch in einer ganz anderen Richtung liege, als man bisher die Möglichkeit einer Schädigung angenommen habe. Das Karges'sche Grundstück liege im Südwesten des Terrains vom Domesee, während die früher in Frage gekommenen Grundstücke des Bültentweges im Südosten lägen. Die von Herrn Baurat Thiem u. a. angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß der

Wasserstrom von Südosten komme; es bedürfe daher noch des Nachweises seitens des Gesuchstellers, daß die Beeinträchtigung in dem Wasserzuflusse tatsächlich durch das Wasserwerk verursacht worden sei. Außerdem sei auch zu erwägen, ob die Einrichtungen der Fabrik in sanitärer Beziehung genügen und die drei Senkbrunnen zur Aufnahme der Abwässer zweckmäßig angelegt seien. Endlich handle es sich noch um den Kostenpunkt der Anlage, für welchen die genauen Unterlagen noch fehlten. Aus allen diesen Gründen habe sich die Finanzkommission über diese Eingabe noch nicht entschieden, sondern gebe anheim, den Magistrat zu ersuchen, der Finanzkommission noch weitere Informationen zukommen zu lassen und bis dahin die Entscheidung auszusetzen.

Beide Kommissionen-Anträge werden darauf angenommen.

IV. Erweiterung der Oberrealschule.

An der städtischen Oberrealschule ist zu Ostern d. Js. die Zahl der nach Erfüllung der Lehraufgabe für die Untersekunda abgegangenen Schüler eine außerordentlich niedrige gewesen, was hauptsächlich dem Umstande zugeschrieben wird, daß die Bedingungen für die Zulassung zu den Diplomprüfungen an der hiesigen technischen Hochschule andere geworden sind. Infolge davon haben die Neuanmeldungen zur Aufnahme in die Obersekunda wegen Platzmangels unberücksichtigt bleiben müssen. Die erwähnten Aenderungen hinsichtlich der Diplomprüfungen in Verbindung mit der jetzigen Frequenz der beiden Untersekunden und Obertertien lassen geboten erscheinen, die Teilung der einstweilen nur notdürftig untergebrachten Obersekunda in zwei Abteilungen zu Ostern k. Js. rechtzeitig vorzubereiten und in dessen Folge für die spätere Zeit eine Teilung auch der Unterprima und der Oberprima ins Auge zu fassen. Ob das Bedürfnis einer Verdoppelung des Oberbaues der Schule ein dauerndes sein, oder ob man damit auskommen werde, bei der Obersekunda resp. Unter- und Oberprima je eine Parallellasse nur vorübergehend einzurichten, läßt sich nach der Ansicht des Magistrates zur Zeit mit Sicherheit nicht beurteilen, wohl aber muß man schon jetzt mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß sich die Notwendigkeit ihrer dauernden Beibehaltung demnächst herausstellen werde. Auf Anregung des Schulvorstandes und in vorausgesetzter Zustimmung der Versammlung beabsichtigt der Magistrat, zur Vorbereitung der Entschließung über dauernde Erweiterung der Oberrealschule sofort diejenigen Schritte zu tun, welche von dem Direktor der Anstalt zur Regelung der eventuell auftretenden Platzfrage empfohlen worden sind.

Für jetzt wird nur die Bewilligung der Geldmittel erbeten, welche behufs der zu Ostern k. Js. zunächst provisorisch geplanten Einrichtung einer Parallellasse zur Obersekunda in dem nachstehend angedeuteten Umfange aufzuwenden sein werden: Einrichtung des Singaales als Unterrichtszimmer und dessen Ausrüstung

mit einer Reihe neuer Schulbänke, eines Podiums, Katheders, Kartenhalters 2c., sowie Anstellung eines wissenschaftlichen Lehrers, und nebenamtliche Heranziehung von Bürgereschullehrern zu 10—12 weiteren Unterrichtsstunden.

Die im Berichte des Schulvorstandes angeregte Frage wegen Gründung einer zweiten Realschule gedenkt der Magistrat zum Gegenstande einer besonderen Vorlage zu machen.

Wie Herr Blasius berichtet, empfiehlt die Schulkommission die Vorlage zur Annahme, da auf diese Weise dem vorläufigen Bedürfnisse abgeholfen werde.

Herr Esdorn will dem Antrage zustimmen, ohne allerdings beurteilen zu können, ob das Provisorium zunächst genügen werde. Man habe zu berücksichtigen, daß schon jetzt viele für die Sexta angemeldete Schüler wegen Platzmangels abgewiesen werden müßten, oder sich bei der Oberrealschule schon gar nicht mehr meldeten und zum humanistischen oder zum Realgymnasium gingen, obwohl es den Eltern lieber wäre, wenn sie ihre Kinder nach der Oberrealschule schicken könnten. Da das Bedürfnis nach einer weiteren Realschule vorliege, so würde es ihm angenehm sein, zu hören, ob die vom Magistrate in Aussicht gestellte Vorlage bald zu erwarten stehe. Vielfach habe sich die Bürgerschaft auch dadurch zu helfen gesucht, daß sie ihre Kinder der Jahn'schen Lehranstalt zuführe, jedoch solle diese ebenfalls schon überfüllt sein. Wenn ein Schüler in der Vorprüfung an der Oberrealschule zurückgewiesen werde, so halte es schwer, ihn noch bei einem humanistischen oder dem Realgymnasium unterzubringen, weil die Prüfungen zu diesen Lehranstalten an demselben Tage stattfänden, und seien daher die Eltern häufig gezwungen, ihre Kinder nach der Jahn'schen Lehranstalt zu schicken. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse sei der in der Bürgerschaft laut gewordene Wunsch auf Schaffung einer sechststufigen Realschule durchaus gerechtfertigt. Da nun aber die beiden Quinten und Sexten jetzt schon von je 45—50 Schülern besucht sein sollen, so dürfte es sich empfehlen, recht bald noch eine dritte Sexta und Quinta einzurichten, um dem dringendsten Bedürfnisse abzuhelfen.

Herr Blasius kann es nicht für zweckmäßig halten, sich schon heute über die Errichtung einer neuen Realschule zu unterhalten, da eine besondere Vorlage hierüber zu erwarten sei.

Der Vorlage des Magistrates wird darauf zugestimmt.

V. Aenderung bei den Messungen des Gases.

Zur Kontrolle der Lichtstärke des hiesigen Gases ist im Jahre 1858 mit dem Besitzer der Aegidienapotheke, dem verstorbenen Dr. Herzog, ein Vertrag abgeschlossen worden, nach welchem diesem die Messung des Gases gegen freie Lieferung des in seinem Hause verbrauchten Gases übertragen wurde. Der Vertrag ist später auf den Sohn und sodann auf dessen Nachfolger übertragen worden. Der Verbrauch

des Gases, welcher im Jahre 1874 noch 869 kbm betrug, stieg bis 1890 auf 1927 kbm und hat bis zum Rechnungsjahre 1902/03 eine weitere Steigerung auf 3476 kbm erfahren, so daß die Stadt für dieses Jahr 590,⁹² M an das Gaswerk hat bezahlen müssen. Im Einvernehmen mit der Deputation für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke ist nun der Magistrat der Ansicht, daß die Messungen des Gases durch einen Dritten nicht mehr erforderlich sind und gibt deshalb anheim, solche vom 1. Juni d. Js. ab einzustellen und sie für die Folge allein durch die Direktion der Licht- und Wasserwerke ausführen zu lassen.

Namens der Finanzkommission stimmt Herr Wolters der Vorlage zu und hat dabei dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die bisherigen Veröffentlichungen hinsichtlich der Leuchtkraft des Gases und der Reinheit des Wassers beibehalten werden möchten.

Auf die Frage des Herrn Frühling, ob für die Untersuchungen bei dem Lichtwerke ein besonderer Beamter angestellt werden solle, erwidert

Herr Stadtrat Haake, daß man eine Einrichtung getroffen habe, nach welcher man jeden Augenblick auf der Direktion der Licht- und Wasserwerke sehen könne, wie stark die Leuchtkraft des Gases sei und daß außerdem noch photometrische Messungen desselben vorgenommen werden sollen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

VI. Aenderung der Baulinie für einen Teil der Wendenstraße.

Infolge eines Versehens sind die Vorderfronten der an der Ostseite der Wendenstraße gelegenen Grundstücke M 1579 und 1580 auf dem am 7. Dezember 1893 vom Herzogl. Staatsministerium genehmigten Ortsbauplane falsch eingetragen und zwar so, daß die Hausflucht an dem Berührungspunkte der beiden Grundstücke um 1 m weiter nach Osten angegeben ist, als sie tatsächlich liegt. An der Hand dieser falschen Auftragung ist seinerzeit die Fluchtlinie, derzufolge den betr. Grundstücken ein schmaler Terrainstreifen zugelegt werden sollte, vorgeschlagen und genehmigt worden. Nach der Ansicht der städt. Bauverwaltung dürfte es angezeigt erscheinen, die im Jahre 1893 festgesetzte Baulinie vor den beiden Grundstücken wieder aufzuheben, und gibt der Magistrat anheim, diesem Antrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Buchler berichtet, geschieht.

VII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Nach dem Antrage der Statutenkommission werden genehmigt die Gesuche folgender Einwohner um Erlaß der Abgabe für einen Ziehund auf das Jahr 1903/04: Witwe Wiehe, Arbeiter Karl Bahntje, Ehefrau Krüger, Ehefrau Polhga, Ehefrau Elisabeth Höppner, Ehefrau Katharine Höppner, Witwe Rau, Witwe

Hänig und Witwe Dörre; dagegen abgelehnt die Gesuche folgender Einwohner um Erlaß der Abgabe für einen Wachhund auf dasselbe Jahr: Schuhwarenhändler Friedrich Rothe, Händler Brecht, Ehefrau Germann, Ehefrau Rohde und Kaufmann Kaecke. Ferner wird beschlossen, daß Gesuch des Holzhändlers Alb. Sazinger um Erlaß der Abgabe für einen Wachhund auf das Jahr 1902/03 abzulehnen, das Gesuch des Kunstgärtners A. Werner um Erlaß der Abgabe für einen Wachhund zu genehmigen, weil dessen Gärtnerei außerhalb des Nachtwächterbeganges liegt, und endlich die Abgabe für einen Ziehhund des Milchhändlers Milz auf 3 M herabzusetzen.

VIII. Erwerb von Grundstücken für den städtischen Lagerplatz.

Der Kaufmann Wilhelm Eckhardt hier und die Ehefrau des Generalmajors Freiherrn von Bernerwitz geb. Brede in Berlin haben sich bereit erklärt, der Stadt folgende drei Grundstücke zu den dabei vermerkten Preisen zu überlassen:

- 1) Herr Eckhardt das Grundstück Bl. VI Wilhelmitor *N.* 23 a zu 37 a 84 qm zum Preise von 5 M pro qm;
- 2) derselbe das Grundstück *N.* 27 daselbst zu 13 a 5 qm zum Preise von 8 M pro qm;
- 3) Frau v. Bernerwitz vom Grundstück *N.* 24 daselbst eine 78 a 70 qm haltende Teilfläche zum Preise von 4 M pro qm, wobei bemerkt wird, daß dieser Preis an Herrn Eckhardt gezahlt werden soll, der seinerseits die Ehefrau v. Bernerwitz durch Ueberlassung der beiden ihm gehörigen Pläne *N.* 21 und 21 a zu insgesamt 78 a 70 qm entschädigt. Da die v. Bernerwitzsche Fläche bis Michaelis 1909 verpachtet ist und den Pächtern im Falle vorzeitiger Aufhebung ihrer Pachtverträge Entschädigung gezahlt werden muß, so hat sich der Kaufmann Eckhardt, dem nach dem Vorstehenden der ganze stadtseitig zu zahlende Kaufpreis zukommt, im Laufe der Verhandlungen bereit erklärt, diesen um 2000 M zu ermäßigen.

Die drei der Stadt angebotenen Flächen mit einem Gehalt von 1 ha 29 a 59 qm würden hiernach 58 840 M oder 4,54 M für 1 qm kosten. Da für das auf der Südseite der Weststraße gelegene, kürzlich von der Braunschweiger Baugenossenschaft angekaufte Terrain 6 M für 1 qm bezahlt sind, so dürfte der obige Preis annehmbar sein.

Wie der Plan ersehen läßt, ist das fragliche Terrain zur Vergrößerung des städtischen Lagerplatzes durchaus geeignet. Wenn nun auch letzterer in Verbindung mit dem fiskalischen, der Stadt zur Benutzung überlassenen Lagerplatz südlich vom Eisenbütteler Uebergange zurzeit allenfalls genügt, so ist der Magistrat doch der Ansicht, daß es sich empfiehlt, die sich bietende Gelegenheit zur Vergrößerung des erstgedachten Platzes nicht unbenuzt vorübergehen zu lassen. Denn

einerseits sieht das Projekt über die Umgestaltung des Hauptbahnhofes den Wegfall des Lagerplatzes bei Eisenbüttel vor und andererseits dürfte, selbst wenn dieser letztere Lagerplatz bestehen bleiben sollte, bei dem fortwährenden Wachsen der Stadt der Zeitpunkt nicht allzu entfernt sein, in dem selbst die beiden jetzt vorhandenen Lagerplätze nicht mehr genügen. Der Platz am Westbahnhofe insbesondere ist, nachdem auf demselben mehrere Schuppen zur Unterbringung von Materialien haben erbaut werden müssen, jetzt schon regelmäßig ganz gefüllt, und es wachsen naturgemäß die Arbeitslöhne, je höher die Steinmassen wegen mangelnden Raumes aufgestapelt werden müssen. Dazu kommt, daß ein Teil des fraglichen Terrains eventuell sehr wohl auch zu anderen Zwecken, z. B. zur Anlegung eines zweiten Wirtschaftshofes für den städtischen Fuhrpark würde verwendet werden können, und man wird diese Eventualität um so mehr zu berücksichtigen haben, als die Unterhaltung wenigstens einiger Gespanne im Westen der Stadt mit Rücksicht gerade auf die Abfuhr der Materialien vom Lagerplatz am Westbahnhofe, sowie auch mit Rücksicht auf die Feuersicherheit durchaus wünschenswert erscheint.

Der Magistrat trägt hiernach kein Bedenken, der Versammlung den Ankauf der betreffenden drei Grundstücke zu empfehlen. Von letzteren ist nur das v. Bernewitzsche Grundstück verpachtet und zwar bis Michaelis 1909. Die Pächter sind vertragsmäßig verpflichtet, gegen Zahlung einer angemessenen Entschädigung in die vorzeitige Aufhebung ihrer Pachtverträge zu willigen. Sie haben eine Entschädigung von 150 M pro Jahr und Morgen für Verlust ihres Pachtrechts und eine einmalige Entschädigung von 30 M pro Morgen für Gail und Gaare gefordert. Wir halten diese Vergütungen für gerechtfertigt und haben sie, nachdem Frau v. Bernewitz sie im Interesse ihrer Pächter ausbedungen, vertragsmäßig zugebilligt. Ob sie (sei es ganz oder teilweise) zu zahlen sind, oder ob die Pachtverträge, denen zufolge die Pächter 50 M Pacht jährlich pro Morgen zu zahlen haben, ausgehalten werden können, hängt davon ab, wann die Einbeziehung der einzelnen Teilflächen in den städtischen Wirtschaftshof erforderlich werden wird.

Der Versammlung wird hiernach anheimgegeben, den den vorstehenden Ausführungen entsprechenden notariellen Vertrag vom 11. Mai d. Js. zu genehmigen.

Auf Antrag der Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage in allen Punkten zu.

IX. Unterhaltung u. der Kl. Leonhardstraße.

Wegen Anlegung und Unterhaltung der als Privatstraße ausgebauten Kleinen Leonhardstraße ist mit dem Malermeister Wolff und dem Maurermeister Henkel ein Vertrag abgeschlossen worden, in dem u. a. bestimmt worden ist, daß zur Deckung der Kosten für Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der Straße, sowie der Kosten für Abfuhr des Hausabfalls Wertpapiere in der Höhe zu hin-

terlegen seien, um aus den aufkommenden Zinsen einen Jahresertrag von 270 M zu erzielen. Herr Henkel hat nun gebeten, diese Verpflichtung durch Zahlung eines Abfindungskapitales ablösen zu dürfen. Der Magistrat hält es für unbedenklich, diesem Ansuchen zu entsprechen und gibt anheim, zu genehmigen, daß gegen Einzahlung einer Summe von 7000 M auf Bestellung der vorgedachten Kautions verzichtet werde. Dabei wird aber besonders bemerkt, daß die Stadt durch die Entgegennahme der Abfindungssumme nicht etwa auch die Pflicht zur Unterhaltung und eventuellen Erneuerung der unterirdischen Anlagen und der Straßenlaternen übernehmen würde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Fiedel berichtet, wird die Vorlage nach einigen erläuternden Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer angenommen.

X. Ausbau eines Teiles der projektierten Straße südlich der Weststraße.

Der wegen Ausbaues einer Teilstrecke der von der Weststraße nach Süden abzweigenden Straße abgeschlossene und am 5. März d. Js. von der Versammlung genehmigte Vertrag ist bislang nicht ausgeführt worden, weil die Herren Binder und Steckhan in Wolfenbüttel zur Erfüllung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen oder zum Rücktritt von dem Vertrage nicht zu bewegen gewesen sind. Die beiden weiteren Kontrahenten, nämlich die Herren Behrens und Hebalb von hier, haben daher gebeten, es möge nunmehr stadtseitig die Aufhebung des Vertrages ausgesprochen und mit ihnen allein ein neuer Vertrag wegen Ausbaues der Straße abgeschlossen werden. Daraufhin wird die Versammlung ersucht, der Aufhebung des Vertrages vom 11. Dezember 1902 unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß seine Erfüllung seitens der Herren Binder und Steckhan innerhalb angemessener Frist und ungeachtet vorausgegangener Androhung der Aufhebung nicht erfolgen sollte, sowie für den Fall der Aufhebung dieses Vertrages einen neuen Vertrag mit den Herren Behrens, Hebalb und Eggeling und behufs seiner Ausführung das beigegebene Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen.

Namens der Baukommission beantragt Herr Buchler, der Vorlage zuzustimmen, dabei bemerkend, daß die Kosten- und Verteilungsberechnung der Magistratsvorlage nicht beiliege.

Nachdem diese Berechnung herbeigeschafft war und Herr Bürgermeister Ketemeyer daraus konstatiert hatte, daß der Grunderwerb zu 7500 M und die Baukosten zu 6700 M, die gesamten Kosten also zu 14 200 M und der Anliegerbeitrag zu 165 M für 1 m Frontlänge veranschlagt seien,

wird die Vorlage, nach Erledigung der Punkte XI bis XX der Tagesordnung, angenommen.

XI. Vergütung für ärztliche Behandlung von Schulkindern.

Im November v. Jz. brach unter den Kindern der hiesigen Bürgerschulen eine ansteckende Kopfhhaarkrankheit (Trichophytie) aus, die auf einer Einwanderung von Pilzen beruhte und einen starken Haarausfall, verbunden mit Schuppenbildung, hervorrief. Außer der einstweiligen Ausschließung der erkrankten Kinder vom Schulunterrichte wurden nach den Ferien die kranken Kinder von der Schulleitung mit leinenen Kopfschutzhappen versehen und die Kinder mittelloser Eltern durch die Armenärzte behandelt. Gleichzeitig hatte sich herausgestellt, daß besonders in den Mädchenabteilungen der unteren Bürgerschulen die Pediculosis capitis eine bedeutende Ausdehnung erlangt hatte. Zur Bekämpfung dieser Krankheit wurden die erforderlichen Heilmittel an bedürftige Eltern erkrankter Kinder ebenfalls unentgeltlich verabfolgt auch wurde eine planmäßige Untersuchung und Ueberwachung der Schulen durch die Armenärzte angeordnet.

Die ärztlichen Berichte ergaben, daß im Januar 51 Fälle und im März deren 24 an der Haarkrankheit vorgekommen waren, während von der anderen Krankheit befallen waren in der 1. unteren Bürgerschule 78 % der Mädchen, in der 4. nur einige Mädchen, in der 5. = 194 Mädchen, in der 7. = 42 % der Mädchen, in der 8. = 8 %, in der mittleren Mädchenschule am Sandwege 50 Mädchen, in der katholischen Schule am Madamenwege mehrere Fälle und in der katholischen Schule an der Friesenstraße 131 von 335 Mädchen. Im März war die Krankheit aber schon sehr zurückgegangen, woraus ersichtlich ist, daß die energischen Abwehrmaßregeln einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die Unterdrückung der Krankheiten gehabt haben. Für Heilmittel und Rappen sind 160,76 M. aufgewandt worden. Die Untersuchungen der Schulkinder durch zehn Armenärzte haben insgesamt 222½ Stunden ausschließlich Ab- und Zugang in Anspruch genommen. Es wird nun magistratsseitig ersucht, sich mit der Festsetzung einer Vergütung von 6 M. für die Stunde ärztlicher Mühewaltung einverstanden zu erklären und hiernach eine Gesamtvergütung von 1335 M., sowie die vorhin erwähnten 160,76 M. zu bewilligen.

Wie Herr Blasius berichtet, findet die Schulkommission das Vorgehen des Magistrates durchaus zweckmäßig, auch den Einheitsatz von 6 M. für die Stunde ärztlicher Bemühung angemessen, sodaß sie Genehmigung der Vorlage anheimgibt.

Die Versammlung beschließt darauf dem Antrage gemäß.

XII. Plattenbelag auf der Reichenbergstraße.

Auf Antrag der Anlieger ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die Fußwege der Reichenbergstraße mit Platten belegt werden. Die Kosten würden sich für die Ausführung des Plattenbelages in einer Breite von 1,80 m auf 3300 M.

belaufen, wovon die Anlieger 3000 M zu tragen haben würden, während der Einheitsbeitrag der Anlieger sich auf 9,25 M stellen würde. Dem Antrage des Magistrates, das Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen, stimmt Herr Rieke namens der Baukommission zu.

Herr Ebeling: In der Baukommission sei zur Sprache gekommen, daß sich die Kosten des Plattenbelages vielleicht noch ermäßigen ließen und werde diese Ansicht in der Bürgerschaft vielfach geteilt. Schon früher habe man stadtseitig eine Preisermäßigung für die Anlieger eintreten lassen, indem bestimmt sei, daß in keinem Falle mehr als 10 M für ein 1 m Frontlänge erhoben werden sollten. Eine weitere Herabminderung der Kosten scheine inzwischen auch noch eingetreten zu sein, denn während früher der Plattenbelag nur 1,50 m breit angelegt sei, habe man ihn jetzt auf 1,80 m verbreitert und betrage der Anliegerbeitrag trotzdem nur 9,25 M für 1 m. Vielleicht lasse sich noch eine weitere Herabsetzung der Kosten erzielen, ohne weniger gutes Material zu verwenden und ohne den Arbeitslohn herabzudrücken. Daher möchte er anregen, der städtischen Bauverwaltung aufzugeben, ernstlich darauf bedacht zu sein, daß eine weitere Ermäßigung in den Herstellungskosten eintrete. Hierdurch lasse sich auch ein schnelleres Tempo bei der Instandsetzung der Fußwege erzielen, weil bei geringeren Kosten die Anlieger sich nicht mehr so sehr dagegen sträuben würden.

Herr Rieke will darauf hinweisen, daß in der Bürgerschaft vielfach die Meinung verbreitet sei, es werde das bei der Weeginstandsetzung gewonnene Altmaterial nicht in Anrechnung gebracht. Das sei aber seines Wissens stets und auch im vorliegenden Falle geschehen, wo der Wert des Altmaterials auf 191,21 M beziffert worden sei. Demnach würde sich höchstens am Arbeitslohne dadurch etwas ersparen lassen können, daß man die Arbeiten in Afford ver-gebe. Vielfach würden solche Gerüchte auch von Leuten verbreitet, die bei der Vergebung der Arbeiten nichts abgefriegt haben und im Aerger darüber dann derartige Redereien machten. Es dürfte sich empfehlen, bei der Vergebung der städtischen Arbeiten nicht immer nur einen Unternehmer zu berücksichtigen. Vielleicht lasse sich auch das Material zu den Fußwegen noch billiger berechnen. In der zur Besprechung stehenden Vorlage sei aber alles so genau berechnet worden, daß sich dagegen nichts einwenden lasse.

Die Magistratsvorlage wird hierauf gutgeheißen.

XIII. Ausbau und Kanalisierung der verlängerten Gneisenaufstraße 2c.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs zum Ausbau der Gneisenaufstraße zwischen der Kaiser-Wilhelmstraße und der Wiesenstraße, bestehend in Plan, Kostenanschlag nebst Verteilungsberechnung und Zusammenstellung der Anliegerbeiträge, bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß sich die Grunderwerbskosten auf 33 000 M, die

Baufkosten auf 17500 M und der Beitrag der Anlieger auf 282,12 M für 1 m Frontlänge stellen würden. Bevor aber der oberirdische Ausbau in Angriff genommen werden könne, müsse die Kanalisierung der Gneisenaustraße ausgeführt werden, was aber erst nach vorausgegangener Kanalisierung der Verbindungsstraße zwischen Heinrich- und Wiesenstraße und der Wiesenstraße zwischen dieser Verbindungsstraße und der Gneisenaustraße möglich sei. Die Kosten hierfür würden sich auf insgesamt 7300 M stellen. Es dürfte sich empfehlen, gleichzeitig mit der Kanalisierung der vorbezeichneten Straßenstrecken der Vollständigkeit halber auch die Kanalisierung der Wiesenstraße zwischen der Straße № 64 und der Gneisenaustraße, sowie zwischen der Straße № 69 und der Bodestraße mit zu bewirken, was einen weiteren Kostenaufwand von 3200 M verursachen würde. Der Magistrat gibt anheim, das Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen und der Ausführung der vorgedachten Kanäle zuzustimmen, sowie deren Kosten mit 10500 M zu bewilligen.

Die Gneisenaustraße soll bei einer Gesamtbreite von 18 m derartig ausgebaut werden, daß 9 m auf die Fahrbahn und je 4,5 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere beabsichtigt man mit Kleinpflastersteinen auf Betonunterlage abzupflastern und letztere durch Granitbordquader großen Profils von der Fahrbahn abzutrennen und mit einem 1,80 m breiten Plattenbelage zu versehen. Auf den Fußwegen soll auch je eine Reihe Laubbäume angepflanzt werden.

Nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff gibt die Baukommission Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Riefe möchte sich dagegen erklären, die anzupflanzenden Laubbäume später einmal so zu behandeln, wie die am Bülttenwege stehenden Bäume, wo man eine wahre Baumschinderei getrieben habe, indem diese Bäume zu Strünken heruntergeschnitten seien. Wie man so etwas tun könne, namentlich zu einer Zeit, wo die Bäume schon ausschlugen, verstehe er nicht. Wenn man die Bäume sämtlich so zugeschnitten hätte, wie den vor dem Schachtschen Grundstücke stehenden Baum, welcher geköpft und dann pyramidenmäßig gestutzt sei, ließe er sich die Sache gefallen, aber aus den übrigen Bäumen habe man Strünke gemacht. Er habe sich gewundert, daß Herr Schöttler als Anlieger des Bülttenweges nicht einmal Gelegenheit genommen habe, gegen die Behandlung der Bäume vorzugehen. Der Weg sei durch die Bäume bisher schön schattig gewesen und niemand sei durch sie gestört worden. Wenn man die Promenaden als Lungen der Stadt bezeichne, so dürfe man die Straßenbäume nicht so behandeln, sonst verschlechtere man die Gesundheitsverhältnisse der Stadt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, auf diese nicht zur Verhandlung stehende Angelegenheit antworten zu dürfen. Die Versammlung habe zweimal über einen Antrag des Magistrates verhandelt, nach welchem man an der Jerusalem-

straße, an der Neuen Promenade und am Büldenwege, wo die Bäume von Anfang an zu eng gepflanzt seien, einen um den anderen Baum fortnehmen wollte. Beide Male sei der Antrag aber, freilich das zweite Mal mit geringerer Majorität als das erste Mal, abgelehnt worden und habe sich der Magistrat beschieden. Nun seien inzwischen aber neue, sehr dringliche Klagen über die Beeinträchtigung der Anlieger durch die Bäume bei dem Magistrate eingelaufen, und glaube er, wenn Herr Kiefe sich einmal in den nahe an der Straße stehenden Häusern umsehen würde, er selbst zu der Ueberzeugung kommen müßte, daß eine ganz wesentliche Beeinträchtigung der betr. Hausbesitzer vorliege. Man könnte ja einwenden, weshalb haben die Anlieger ihre Häuser nicht weiter zurückgebaut, jedoch lasse sich gegen den Stand der Häuser heute nichts mehr machen, auch hätten die Anlieger nicht wissen können, daß dort so umfangreiche Bäume wachsen würden. Die fortwährend bei dem Magistrate einlaufenden Klagen hätten diesen nun veranlaßt, Mittel und Wege zu suchen, um dem dringendsten Uebelstande abzuhelpen und habe er den Versuch mit einer starken Beschneidung der Bäume gemacht. Wie Herr Kiefe selbst anerkannt habe, sei der von der städtischen Bauverwaltung mit einem Baume am Schachtschen Grundstücke gemachte Versuch sehr gut ausgefallen und habe diese daher Auftrag erhalten, allmählich mit allen Bäumen in gleicher Weise zu verfahren. Seiner Ueberzeugung nach würden die von Herrn Kiefe als Strünke bezeichneten Bäume mit der Zeit ebenso schöne Pyramidenbäume werden, wie der Baum vor dem Schachtschen Grundstücke. Sollte von einzelnen Bäumen zu viel abgeschnitten sein, würde er das lebhaft bedauern, wenn er es auch noch nicht glauben könne.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

XIV. Erwerb von Flächen zur Hamburgerstraße.

Von den beiden, dem Hoflieferanten Schrott gehörigen Grundstücken an der Hamburgerstraße müssen zwei zusammen 34 qm große Flächen zur Straße abgetreten werden. Der Magistrat ersucht, ihn zum Ankauf dieser Flächen und einer von dem Viehhändler Gustav Schöne abzutretenden Fläche von 3 qm zum Einheitspreise von 15 M zu ermächtigen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Ebeling berichtet, geschieht.

XV. Erwerb von Flächen zur verlängerten Wiesenstraße 1c.

Zum Zwecke des zwischen der Stadt und den Herren Severin und Meyer vereinbarten Ausbaues der verlängerten Wiesenstraße und der Verbindungsstraße zwischen dieser und der Heinrichstraße sind stadtseitig von den Meyerschen Grundstücken Nr. 171—174 und 175 a zusammen 45,73 a und von dem Grundstücke

Nr. 201 = 2 qm zu erwerben. Die von Herrn Meyer abzutretenden Flächen sind vertragsmäßig der Stadt vorläufig unentgeltlich aufzulassen, und es haben demnächst bei Aufstellung der Kosten- und Verteilungsberechnung die städtischen Behörden nach billigem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Werte in die Grunderwerbskosten einzustellen sind. Auch die Eigentümer der letzteren Fläche, die Herren Bergert und Tüll, sind bereit, dieselbe der Stadt unter gleichen Bedingungen aufzulassen. Es wird daher magistratsseitig anheimgegeben, dem Erwerbe der vorerwähnten Flächen unter den angegebenen Bedingungen zuzustimmen.

Nach Befürwortung der Vorlage durch die Baukommission, für welche Herr Ebeling berichtet, stimmt ihr die Versammlung zu.

XVI. Gutachtliche Äußerung über Anlage neuer Straßen.

Im Laufe dieses Jahres hat der Magistrat verschiedene Anträge von Unternehmern wegen Anlegung neuer Straßen in der Erwägung abgelehnt, daß einerseits an ausgebauten Straßen zahlreiche noch nicht mit Gebäuden besetzte Bauplätze vorhanden seien und andererseits zurzeit eine stadtseitige, wenn auch indirekte Förderung der Bautätigkeit mit Rücksicht auf die Ueberproduktion von neuen Wohngebäuden zu Bedenken Anlaß geben müsse. Die Ablehnung betraf aber nicht solche Straßen, deren Schaffung entweder aus Verkehrsrücksichten oder um deswillen ratsam erschien, weil anderenfalls abseits liegendes Bauerrain mit Hilfe privater Zufahrten (§ 17 der Landesbauordnung) hätte aufgeschlossen werden können, obwohl diese Bauweise aus Sicherheits- und feuerpolizeilichen Rücksichten mancherlei Bedenken unterliegt.

In jüngster Zeit ist nun bei dem Magistrate gegen dessen ablehnende Haltung von verschiedenen Seiten mündlich und schriftlich entschieden Protest erhoben, weshalb er den Wunsch hat, die Ansicht der Versammlung über die in Rede stehenden Maßnahmen kennen zu lernen. Unter Bezugnahme auf § 47 der Städteordnung wird die Versammlung daher um eine gutachtliche Äußerung darüber ersucht, ob zurzeit die Anlegung neuer Ortsstraßen auf Kosten von Unternehmern und unter den sonst üblichen Bedingungen ratsam erscheint.

Namens der Baukommission berichtet über diese Vorlage Herr Buchler: Von den beiden Eingaben, welche dem Magistrate die Veranlassung zu der Vorlage gegeben haben würden, sei die eine von dem Vorstande des Petri- und Wendentordistriktsvereins ausgegangen. In dieser Eingabe heiße es u. a.:

„Der Vorstand ist beauftragt worden, bei dem Magistrate dahin vorstellig zu werden, daß Maßnahmen, die berechtigt sein mögen in Stadtteilen, die sich in rascher Entwicklung befinden, nicht auf Stadtteile angewendet werden möchten, die eher einer Förderung, als einer Hemmung bedürfen. Für die Ablehnung des

Manegoldschen Gesuches ist die Befürchtung maßgebend gewesen, daß eine Ueberproduktion von Wohnungen und dadurch ungesunde Grundbesitzverhältnisse entstehen könnten. Mögen diese Befürchtungen bei dem überrasch entstandenen und fortwachsenden Villenviertel im Osten der Stadt berechtigt sein, keinesfalls sind sie aber auch in den Bezirken des Petri- und Wendentores berechtigt. Hier hat sich die Bautätigkeit in der Hauptsache der Schaffung von sogenannten kleineren und mittleren Wohnungen zugewandt. An diesen Wohnungen ist aber kein übermäßiges Angebot vorhanden". — Das Gesuch kommt zu dem Schlusse; der Magistrat wolle den Anträgen auf den Ausbau der im Petri- und Wendentorbezirke projektierten Straßen tunlichst stattgeben.

In der zweiten, von einem Privaten eingereichten Eingabe werde u. a. gesagt: „Daß dem Rentner Manegold der Ausbau einer Straße am Stadtparke abge- schlagen, halte ich nicht für recht, aber für begreiflich, da tatsächlich im Osten der Stadt in den letzten Jahren so viele Straßenzüge, weit über das Bedürfnis hinaus in bereitwilligster und für die Unternehmer in entgegenkommendster Weise seitens der Stadt ausgebaut worden sind, daß ein bißchen Bremsen hier wohl angebracht erscheint. Anders ist es aber im Westen der Stadt: dieser Stadtteil hat naturgemäß unter der rapiden Entwicklung des Ostens ganz erheblich zu leiden gehabt.“ — Der Antragsteller kommt zu dem Schluß, den Ausbau der Glückstraße zu gestatten.

Während die erstere Eingabe durchaus sachlich und korrekt abgefaßt sei, scheue sich der Einsender der zweiten Zuschrift nicht, von seinem Standpunkte aus auf andere, die in gleicher Lage seien, zu schelten und gleichzeitig dem Magistrate vorzuwerfen, daß er andere Unternehmer ihm gegenüber begünstige. Nach dem Dafürhalten der Baukommission liege aber kein Grund vor, die Glückstraße aus Verkehrsrücksichten auszubauen, auch liege sie von der Petritorbrücke fast so weit entfernt, wie der Stadtpark bis zur Brücke am Hoftheater. Von einer Bevorzugung des Ostens der Stadt gegenüber dem Westen könne also bei gleicher Entfernung nicht die Rede sein. Jedenfalls halte er den Ton der zweiten Eingabe nicht für passend.

Die Baukommission habe sich nach reiflicher Ueberlegung und Beratung auf den Standpunkt gestellt, daß es eine sehr bestrittene Frage sei, ob es sich empfehle, in der augenblicklichen Zeitlage die Bautätigkeit zu fördern oder zu hindern. Nach ihrer Ansicht solle sich der Magistrat hierbei auf den rein geschäftlichen Standpunkt stellen und die Erlaubnis zum Ausbau einer Straße ruhig erteilen, vorausgesetzt, daß der Stadtsäckel in jeder Weise geschützt werde. Nach der vom Herrn Bürgermeister Metemeyer gegebenen Erläuterung werde vom Magistrat hinsichtlich des Ausbaues neuer Straßen folgendes Verfahren beobachtet: Wenn bei der zum Ausbau angemeldeten Straße ein Verkehrsinteresse vorliege, so übernehme der

Magistrat den Ausbau und fordere die Kosten von den Anliegern zurück, sobald dort Häuser entstehen. Die Stadt würde hierdurch naturgemäß in große Verlegenheit kommen, wenn das Verfahren in erheblichem Umfange angewendet werde, da es unter Umständen sehr lange dauern könne, bis die Stadt wieder in den Besitz ihrer Auslagen komme. Immerhin komme von diesen Auslagen alljährlich eine ganz bedeutende Summe wieder ein. Anders liege es, wenn ein Unternehmer eine Straße auszubauen beabsichtige, die nicht im Interesse des Verkehrs dringend notwendig sei. In solchem Falle habe der Magistrat sich von dem Unternehmer das Terrain für die Straße, sowie die Kosten des Ausbaues und der Gas- und Wasseranlagen, ebenso wie die Unterhaltungskosten der Straße auf die Dauer von etwa zehn Jahren überweisen lassen. Demnach habe der Magistrat den Standpunkt eingenommen, daß von einer Belastung der Stadt durch solche Straßen, die zu spekulativen Zwecken gebaut werden, nicht die Rede sein dürfe. Die Baukommission habe nun in Ueberlegung genommen, ob die vom Magistrate bisher gestellten Bedingungen nicht noch verschärft werden könnten, indem z. B. die Unterhaltungskosten solcher neuen Straßen nicht nur auf zehn, sondern auf zwanzig Jahre erhoben würden. Unter der Voraussetzung indessen, daß die Stadt durch die Entstehung neuer Straßen nicht belastet werde, habe sich die Baukommission dahin entschieden, daß der Magistrat die Anlegung neuer Straßen ruhig genehmigen möge, auch wenn sie Spekulationszwecken dienen sollten. Demnach werde also die Frage des Magistrates, ob zurzeit die Anlegung neuer Ortsstraßen auf Kosten von Unternehmern ratsam erscheine, seitens der Baukommission unter dem Vorbehalte bejaht, daß der Magistrat eventuell noch Verschärfungen, die den Stadtsäckel auf jeden Fall sicher stellen, gegenüber den Verpflichtungen der Unternehmer eintreten lassen könne. Von theoretischen Erwägungen darüber, was die Folge eines vollständigen Verbotes des Ausbaues neuer Straßen sein könnte und welche Folgen ein solches Verbot auf die bereits bestehenden Straßen bezüglich der Bautätigkeit in der Stadt haben könnte, habe die Kommission abgesehen.

Herr Stegmann möchte bitten, sich der Ansicht der Baukommission anzuschließen. Wenn sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt habe, die Anlegung neuer Straßen zu erschweren, so sei das bis zu einem gewissen Grade bezüglich derjenigen Straßen zu billigen, die der Spekulation dienen. In dem letzten Jahrzehnt seien indessen die Mieten so enorm in die Höhe gegangen, daß es nichts schaden könne, wenn sie durch die Errichtung neuer Häuser wieder etwas herabgedrückt würden. Dabei komme auch noch in Betracht, daß bei der Schaffung neuer Wohnungen die schlechten Wohnungen der Innenstadt immer mehr gemieden würden und deren Besitzer sich gezwungen sehen würden, Aenderungen an den schlechten Wohnungen eintreten zu lassen, denn es handle sich hier vielfach um Löcher, aber nicht um menschliche Wohnungen. Ferner sehe man, daß trotz des

Nachlassens der Krisis noch hunderte von Bauarbeitern arbeitslos seien und kein Grund vorliege, angesichts solcher Verhältnisse die Bautätigkeit zu hemmen. Bei dieser Gelegenheit wolle er auch erwähnen, daß die städtischen Bauten nicht so gefördert sein sollen, wie es angesichts der großen Arbeitslosigkeit notwendig wäre, weshalb er den Magistrat bitten möchte, die städtischen Arbeiten mehr als bisher zu fördern.

Herr Wesemeier: Die Durchführung des Prinzipes, die Genehmigung zur Anlegung neuer Straßenzüge zu verweigern, würde eine derartige Steigerung des Wertes der Grundstücke im Innern der Stadt zur Folge haben, daß billige Wohnungen überhaupt nicht mehr zu haben wären. Durch den Ausbau neuer Straßen würde auch die Konkurrenz in dem Handwerkerstande platzgreifen und man würde mit der Zeit dahin gelangen, daß billigere Wohnungen, wenn auch außerhalb der Stadt, geschaffen werden, die es dem Arbeiter ermöglichen, sie zu bezahlen. Es fehle uns eine richtige Wohnungs-enquete, welche zeigen würde, daß hier Ueberfluß an kleinen Wohnungen nicht vorhanden sei. Bei der Zulassung neuer Straßenzüge würden nicht nur die Bauarbeiter, welche zu hunderten arbeitslos auf der Straße umherlaufen, sondern auch die Bauhandwerker Beschäftigung finden. Außerdem müsse man auch der freien Konkurrenz Spielraum lassen und dürfe sie nicht einengen wollen. Den Standpunkt der Baukommission halte er hiernach für acceptabel, umsomehr, als die bei den neuen Straßen aufgewendeten Mittel der Stadt wieder zugeführt würden.

Herr Meyerhoff möchte der Auffassung entgegentreten, als ob die Mieten hier in den letzten Jahren teurer geworden wären und hier ein Wohnungsmangel herrsche, der auch nur annähernd so groß sei, wie vor zwei bis drei Jahren. In dem Wohnungsanzeiger ständen augenblicklich nahe an 200 Wohnungen von 180 M und darunter, so daß es auch an kleinen Wohnungen nicht fehle. Anders liege es mit den kleinen Wohnungen in der Innenstadt, welche als teilweise menschenunwürdig geschildert seien, jedoch müsse man berücksichtigen, daß nicht deren Besitzer, sondern die Verhältnisse hieran schuld seien und die Besitzer, welche meistens zu den kleinen Leuten gehören, vor dem Bankrott stehen würden, wenn man ihnen die Wohnungen nehmen wollte. Wie er schon gestern in der Baukommission erklärt habe, würde er, wenn sich ein Unternehmer fände, der in Braunschweig einmal Lust machte und z. B. den Durchbruch von der Wilhelmstraße durch den Rickelnkuf nach der Promenade, oder die Regulierung der Langenstraße ausführte, den Antrag stellen, daß die Stadt dafür namhafte Opfer brächte. Es sei aber ein gewaltiger Unterschied, ob man solche Unternehmungen, oder die Bautätigkeit in der Außenstadt fördern wollte. Man könne sich von den Wohnungsverhältnissen der Außenstadt ein anschauliches Bild machen, wenn man einmal die neuen Straßenviertel des Ostens durchwanderte und schon in einigen Straßen ein paar hundert

Wohnungen leer vorfände. Trotzdem stehe er aber auf dem Standpunkte, daß es sich nicht empfehle, die Bautätigkeit zu hindern, weshalb er dem Antrage, der Baukommission zustimme. Er glaube nicht, daß dem Magistrate mit diesem Antrage ein Gefallen getan werde, jedoch müsse er trotzdem dem Kommissionsantrage zustimmen. Wenn er dagegen die übertriebene Bautätigkeit hindern könnte, ohne damit jemand direkt zu schädigen, würde er gern die Hand dazu bieten.

Herr Rieke kann der Ansicht des Vorredners, daß die Wohnungen nicht teurer geworden seien, nicht beistimmen, denn das habe er an seinem eigenen Portemonnaie gemerkt. Dagegen wolle er nicht bestreiten, daß ein Antrag auf Errichtung von Wohnhäusern mit kleineren Wohnungen genehmigt werden würde. Vor allen Dingen komme es darauf an, daß keine Löcher mehr gebaut würden, und halte er es für notwendig, daß die Konkurrenz komme, um den Preis des Grund und Bodens wieder herunterzubringen, also den Bodenwucher zu bekämpfen. In den 80er Jahren habe der Ziegeleibesitzer Meyer 63 Häuser und der Rechtsanwalt Hollandt 80 Häuser hier in der Stadt besessen und seien heute hier ähnliche Verhältnisse vorhanden. Um auf diesem Gebiete einen gewissen Ausgleich zu schaffen und preiswerte Wohnungen zu erzielen, solle man dem Kommissionsantrage zustimmen. Wenn man aber erkläre, es gebe hier über 500 Wohnungen, die als menschenunwürdig anzusehen seien und tue nichts zu deren Beseitigung, so wäre das zu beklagen. Freilich könnte man den heutigen Besitzern solcher Häuser keinen Vorwurf daraus machen, denn die seien nicht schuld daran, sondern hätten im allgemeinen die Verhältnisse so vorgefunden. Wolle man die hygienischen Einrichtungen der Stadt bessern, so müsse man dem Kommissionsantrage notwendig zustimmen. Vor einigen Jahren habe die Versammlung schon einmal beantragt, die Verhältnisse am Rickelnkult zu ändern und dort nach der Promenade durchzubringen, jedoch sei der Antrag vom Herzoglichen Staatsministerium abgelehnt worden. Wenn man an dieser Stelle aber kein Verständnis für die Bedürfnisse der Stadt habe, so könne er nichts dafür. Die Grunderwerbspreise betrügen hier fast bei jedem Straßenausbau das doppelte der Baukosten, weil kein Grundbesitzer genug kriegen könne, und trotzdem gingen die Beträge von den Unternehmern gut ein. Wenn der Magistrat den Ausbau von Straßen auch hemmen wollte, so würde er doch gezwungen sein, den Ausbau vieler Straßen zu gestatten, sobald der Bau des Durchgangsbahnhofes durchgeführt worden sei, und wolle er nur hoffen, daß es endlich einmal dazu kommen möchte. Er bitte also, unter Würdigung der heutigen Verhältnisse, dem Kommissionsantrage zuzustimmen. Notwendig würde es auch sein, die Howaldtstraße und den Rest der Rußbergstraße bald auszubauen, während er ein Hinausschieben des Ausbaues der Ringstraße nördlich der Karlstraße nicht für ein Unglück halten würde, wie es ihn ebenfalls nicht kümmern sollte, wenn Herr Manegold nicht weiter bauen könnte. Sollte es indessen dazu

kommen, das Franquettsche Grundstück zu parzellieren, so würde es nötig sein, auch dort etwas zu tun.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Wenn die Herren Stegmann und Wese-meier gemeint haben, der Magistrat hätte die Absicht, das Bauen in hiesiger Stadt zu hemmen, so treffe das nicht zu. Der Magistrat stehe nur auf dem Standpunkte, daß noch eine Menge Bauterrain an früher ausgebauten Straßen vorhanden sei und sich hier genügend Gelegenheit zum Bau von Häusern biete, so daß er es nicht für richtig halten könne, unter solchen Verhältnissen die Baulust durch Auf-schließung neuen Terrains indirekt zu fördern. Auch könne er nicht anerkennen, daß nach der Äußerung des Herrn Meyerhoff dem Magistrate kein Gefallen geschehe mit der Annahme des Kommissionsantrages. Der Magistrat sei in dieser Sache weder pro noch contra eingenommen, sondern er sei nur zweifelhaft geworden, ob es im Interesse der Gesamtheit liege, zurzeit noch weitere Straßen auszubauen. Ohne sofort sagen zu können, wie sich der Magistrat zu einem solchen Beschlusse der Versammlung stellen werde, glaube er doch, annehmen zu sollen, daß der Magistrat diesem Beschlusse nachgeben und den Bau weiterer Straßen zulassen werde. Wenn nun der Herr Referent gesagt habe, in der Kom-mission sei die Rede davon gewesen, die Bedingungen für den Ausbau neuer Straßen zu erschweren, so liege die Sache seiner Erinnerung nach so, daß dieser Zusatz ausdrücklich zum Beschlusse der Kommission erhoben worden sei. Hiernach dürfte also zu beschließen sein, den Ausbau weiterer Straßen zwar zuzulassen, aber die bisherigen Bedingungen zur Sicherheit der Stadt noch weiter zu erschweren.

Herr Buchler bestätigt diese Ausführungen und ändert den Antrag der Bau-kommission in der angedeuteten Richtung.

Herr Meyerhoff will Herrn Riese erwidern, daß bei ihm wahrscheinlich die Ansprüche an eine Wohnung gewachsen seien, sonst würde er eine Preis-steigerung wohl nicht bemerkt haben. Unter den jetzigen Vorschriften der Bau-ordnung und des Ortsbaustatuts sei es übrigens gar nicht möglich, billige Arbeiter-wohnungen herzustellen und werde sich so leicht kein Unternehmer finden, der bereit wäre, unter den bestehenden scharfen Bedingungen Arbeiterwohnhäuser zu bauen, auch könne keine Baugenossenschaft dabei prosperieren. Eine rühmliche Ausnahme mache hierbei Bremen, wo es noch möglich sei, ein Einfamilienhaus mit kleinem Garten für 2000—3000 Taler herzustellen.

Herr Wolff ist durch die hier ausgesprochene Mahnung der Baukommission überrascht, nach welcher der Magistrat ersucht werden möchte, an die Herrichtung neuer Straßen noch erschwerendere Bedingungen zu knüpfen, ist dann allerdings durch den Zusatz einigermaßen beruhigt worden, es solle das nur geschehen, soweit eine Sicherung der städtischen Finanzen dabei in Frage komme. Ersteres sei aber auch gar nicht mehr möglich, denn wenn in etwas der Magistrat Bewunderung

verdiene, so sei es in der Aufstellung solcher Verträge, die Herr Bürgermeister Ketemeyer in geradezu bewunderungswürdiger Weise aufzustellen verstehe.

Herr Rieke möchte noch erwähnen, daß in der Baukommission auch zur Sprache gebracht sei, ob man bei Freigabe des Straßenausbaues nicht mehr städtische Baubeamte anstellen müßte und deren Kosten auf die Straßenbaukosten schlagen könnte, sowie ob es sich nicht empfehle, den Unternehmern die Unterhaltungskosten für 20 Jahre aufzuerlegen. Hierüber sei indessen nicht abgestimmt worden und würde er sich auch dagegen erklärt haben. In Betreff der Wohnungsverhältnisse liege es so, daß in vielen Fabriken die Einkommen der Arbeiter zurückgegangen und für diese die heutigen Wohnungsmieten naturgemäß zu teuer seien. Andererseits müsse zugegeben werden, daß man erhöhte Bedürfnisse nach Kleidung, Wohnung und der übrigen Lebenshaltung empfinde, sobald man sich in seinem Einkommen besser fühle. Die Arbeiter seien auch eifrigst bemüht, in ihren wirtschaftlichen Vereinigungen dafür einzutreten und beruhe darauf unsere ganze Kultur. Das Vorgehen des Magistrates in dieser Frage habe er keineswegs als provozierend aufgefaßt, sondern angenommen, daß der Magistrat sich allein nicht sicher genug gefühlt habe und die Ansicht der Versammlung habe hören wollen, um die ihm gemachten unberechtigten Vorwürfe los zu werden. Persönlich stehe er ganz und gar auf dem von der Baukommission eingenommenen Standpunkte und würde auch nur für eine zehnjährige Unterhaltungspflicht der Unternehmer zu haben sein.

Herr Jasper: Die Beantwortung der hier aufgeworfenen Frage sei in gewissem Umfange davon abhängig, ob eine Ueberproduktion an Wohnhäusern vorliege oder nicht. Er bedaure deshalb, daß keine statistischen Unterlagen für die Beurteilung vorliegen, und möchte anfragen, in welcher Weise die seinerzeit beschlossene Wohnungsenquête ausgeführt worden sei und welche Ergebnisse dem Magistrate von der ausführenden Polizeiverwaltung bis jetzt mitgeteilt seien. Weiter sei vorhin zur Sprache gebracht worden, daß unser Ortsbaustatut nicht ermögliche, billige Arbeiterwohnungen herzustellen. Da nun vor etwa zwei Jahren der Entwurf eines neuen Ortsbaustatuts bei dem Herzoglichen Staatsministerium eingereicht sei, bis jetzt aber von einer Genehmigung immer noch nichts verlautete, so möchte er weiter fragen, ob in absehbarer Zeit die Genehmigung des Statuts zu erwarten stehe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte zunächst Herrn Wolff erwidern, daß alle der Versammlung zugehenden Verträge nicht von ihm, sondern von dem Magistrate auf Grund eingehender Erwägungen abgeschlossen seien und daß die dort gestellten Forderungen, im Hinblick auf die in anderen Städten, z. B. in Berlin und Dresden, den Unternehmern auferlegten Bedingungen gar nicht so ungeheuerlich seien. Herrn Jasper wolle er erwidern, daß die Vorlage unter

Punkt XX der Tagesordnung über den Stand der Wohnungsenquete Auskunft gebe und daß das Ortsbaustatut im Herzoglichen Staatsministerium unter Zuziehung von Vertretern der Stadt und der Bauverwaltung durchberaten und so weit gediehen sei, um in nächster Zeit ein Reskript darüber erwarten zu können.

Bei der nun folgenden Abstimmung beschließt die Versammlung dem Antrage der Baukommission gemäß, die gutachtliche Äußerung dahin zu erstatten, daß eine Beschränkung in der Anlage neuer Straßen nicht stattfinden solle, daß jedoch, soweit der Stadt aus der Anlage neuer Straßen Schäden erwachsen könnten, erforderlichenfalls Verschärfungen in den den Unternehmern aufzuerlegenden Bedingungen eintreten dürften.

XVII. Bewirtung der Versammlung von Gas- und Wasserfachmännern.

Der niedersächsishe Verein von Gas- und Wasserfachmännern wird seine V. Jahresversammlung im September d. Js. hier in Braunschweig abhalten. Die letzten Versammlungen des Vereins haben in Hamburg, Lübeck und Bremen getagt und haben es sich die Verwaltungen dieser Städte nicht nehmen lassen, die Mitglieder des Vereins, welche zum größten Teile städtische Beamte sind, zu empfangen und zu bewirten. Der Magistrat wird deshalb gebeten, einen Betrag von 1000 bis 1500 M für die Bewirtung der Gäste zu bewilligen. — Mit Rücksicht darauf, daß für den im Jahre 1898 hier stattgefundenen Kongreß der Anthropologen 1163 M verausgabt worden sind, ersucht der Magistrat, zu dem vorliegenden Zwecke 1200 M zu bewilligen, was umsomehr gerechtfertigt sein dürfte, als die Verhandlungen der Gas- und Wasserfachmänner für die Stadt von größerem Interesse wären, als diejenigen der Anthropologen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Wolters berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XVIII. Anrechnung des Wertes der alten Straßenbefestigung an der Hildesheimerstraße.

Zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt die städtische Bauverwaltung, auch bezüglich der Hildesheimerstraße bei der endgültigen Kostenberechnung den Wert der Straßenbefestigung, soweit er entfernt und nicht durch den Materialwert bereits gedeckt ist, in Abzug zu bringen. Dieser Wert ist auf etwa 1000 M zu schätzen, sodaß bei einer Frontlänge von rund 500 m der Einheitsbeitrag hierdurch um rund 2 M für 1 m Frontlänge verringert werden würde. Dem Antrage des Magistrates, zuzustimmen, daß in Gemäßheit dieses Vorschlages verfahren werde,

schließt sich die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Nieke berichtet, an.

XIX. Instandsetzung der St. Ulrichi-Kirche.

Die zu Anfang der sechziger Jahre in der St. Ulrichi-Kirche gelegentlich ihrer derzeitigen Restauration angebrachte Ofenheizungsanlage hat im Laufe der Zeit durch Auftrieb von Staub und durch Ausströmen von Rauchgasen den Anstrich der sämtlichen Wand- und Gewölbeflächen der Kirche hochgradig beschmutzt. Obgleich schon seit Jahren das Bedürfnis, den Innenraum der Kirche einer Neuvermalung zu unterziehen, vorgelegen hat, ist die Ausführung der letzteren von dem Magistrate bislang aus dem Grunde hintan gehalten worden, weil unabweisbar gleichzeitig mit einer Neuvermalung der Kirche auch auf eine Ersetzung der verfehlten Heizungsanlage Bedacht zu nehmen war, der Magistrat aber angesichts der ungünstigen Finanzlage des Verbandes der Stadtkirchen für geboten erachten mußte, die Aufwendung der zu gemeinschaftlicher Erfüllung dieser beiden Bauzwecke in erheblicher Höhe erforderlichen Geldsumme, so lange irgend möglich, hinauszuschieben. Dieserhalb war im Jahre 1899, als die Heizungsanlage wiederholt defekt geworden war, die Vornahme einer nochmaligen, sie nach sachverständigem Gutachten auf einige Jahre wieder gebrauchsfähig machenden Reparatur erwirkt worden. Nunmehr aber ist die Heizungsanlage vollständig abgängig geworden und Abhülfe um so dringender geboten, als die Besucher des Gottesdienstes durch zeitweilige Rauchausströmungen sehr unangenehm belästigt bezw. gesundheitlich gefährdet werden.

Im Einverständnis mit dem Kirchenfassenkollegium hält der Magistrat das wiederholte Drängen des Kirchenvorstandes nach würdiger Wiederherstellung dieses berühmten mittelalterlichen Gotteshauses für voll berechtigt und hat durch die städtische Bauverwaltung ein Bauprojekt ausarbeiten lassen. Dieses der Versammlung mit zugehöriger Beschreibung vorgelegte und vom Kirchenvorstande, sowie vom Kirchenfassenkollegium gut geheißen und auch von dem Magistrate gebilligte Projekt sieht die Anlage einer Zentralheizung (Warmwasserheizung, System „Red“) und eine neue Ausmalung der Kirche vor, nimmt zugleich die Ersetzung des jetzigen teils aus Pflaster, teils aus Holzdielen bestehenden und abgängig gewordenen Fußbodens durch einen Linoleumboden auf Betonunterlage, sowie eine Erneuerung des Anstrichs der Bänke, der Kanzel, der Orgel, des Hochaltars usw. und endlich noch verschiedene kleinere Arbeiten in Aussicht. Der Kostenanschlag fordert nach einem vom Kirchenfassenkollegium empfohlenen Abstrich die Aufwendung einer Gesamtsumme von 86 800 M.

Der hochherzigen Freigebigkeit eines Freundes der St. Ulrichi-Kirche ist es zu danken, daß gleichzeitig mit der Restauration der letzteren an Stelle des im Jahre 1861 beseitigten Lettners — unter dem sogen. Triumphbogen zwischen Chor und Mittelschiff — ein bereits in Ausführung begriffener kostbarer neuer Lettner aufgestellt werden wird, was mit um so größerer Freude zu begrüßen ist, als dadurch die ungünstige Akustik in der Kirche erheblich verbessert werden dürfte.

Das anschlagsmäßige Baukapital von 86 800 M soll der baupflichtigen Gemeinde Kirchenkasse aus dem Grundvermögen der St. Ulrichi-Kirche zu einer Verzinsung mit jährlich $3\frac{1}{2}\%$ und gegen Verpflichtung zur Tilgung mit jährlich 1% vorgestreckt werden. —

Der Umstand, daß die Gemeinde Kirchenkasse eigene Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Bau Summe nicht besitzt, mithin und zwar auf lange Zeit hin die Gemeindefirchensteuer in nicht unerheblichem Maße zu belasten genötigt sein wird, legt dem Magistrat die Verpflichtung auf, diese Angelegenheit der Versammlung zu unterbreiten. Mit dem Zufügen, daß sowohl seitens des Kirchenkassenkollegiums als auch magistratsseitig die Notwendigkeit und der Umfang der geplanten Restauration anerkannt und nicht minder auch die Art ihrer Ausführung gebilligt wird, gibt der Magistrat anheim, den Antrag auf Belastung der Gemeinde Kirchenkasse mit Verzinsung und Tilgung der anschlagsmäßigen Bau Summe als begründet anzuerkennen.

Namens der Finanzkommission berichtet über diese Vorlage Herr Schmidt: Nach Prüfung des Kostenanschlages lasse sich nicht behaupten, daß noch eine weitere Herabsetzung der für die Kirche selbst geforderten Summe möglich sei. Die Bänke seien alt und schlecht und auch ungünstig aufgestellt, ebenso müsse die Taufkapelle instand gesetzt werden. Wenn aber für eine neue Heizanlage 35 500 M gefordert würden, so sei er als technischer Sachverständiger der Meinung, daß man hierbei eine wesentliche Ersparnis könnte eintreten lassen, sofern sich nicht technische Schwierigkeiten einstellen sollten. Der Fußboden liege schon 70 mm unter Terrain und würde die Anlegung einer Niederdruck-Dampfheizung nach dem Projekte ein weiteres Heruntergehen von $3\frac{1}{2}$ m erforderlich machen, sofern man dabei nicht auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Nach seiner Information sei aber eine Tiefe von $3\frac{1}{2}$ m nicht nötig, um die Entwicklung des Dampfes zu ermöglichen, sondern man könnte vielleicht mit $1\frac{3}{4}$ m auskommen, auch wäre es vielleicht möglich, eine andere als die vorgeschlagene Heizungsanlage zu wählen. Die hier erwähnte kombinierte Dampf-Wasser-Heizung sei nämlich so kompliziert, daß er sich nicht würde entschließen können, für sich eine solche Heizung anzulegen. Es gehöre geradezu ein Studium dazu, diese Heizung in Gang zu bringen und würde sie von einem einfachen Arbeiter nur schwer bedient werden können. Außerdem erscheine ihm eine Wasserheizung für eine Kirche nicht praktisch zu sein, weil sie leicht einfrieren könne. Herr Baumeister Osterloh meine allerdings, daß solche Gefahr nicht vorliege, jedoch sei er anderer Meinung, denn sobald man nicht darauf sehe, daß alles Wasser aus den Röhren entfernt werde, habe man ein Einfrieren zu befürchten. Er könne unter keinen Umständen eine Wasserheizung empfehlen und bringe dafür eine Niederdruck-Dampfheizung in Vorschlag. Die Kommission habe sich auf den Standpunkt gestellt, die Vorlage bis auf die Heizungsanlage zu genehmigen und

zur Lösung der Heizungsfrage der städt. Bauverwaltung einen technischen Beirat von drei Stadtverordneten, als welche die Herren Lange, Schöttler und Schmidt in Vorschlag gebracht würden, beizugeben.

Herr Buchler hat es mit Freuden begrüßt, daß in der Finanzkommission die Ausgabe von 35 500 M für die Heizungsanlage bemängelt worden sei. Die Anlage, wie sie z. B. im Rathause angebracht sei, habe die Eigentümlichkeit im Gefolge, daß man oberhalb der Anlage einen Streifen an den Wänden finde, der schwarz bis unter die Decke gehe. In einer Kirche würde das aber seiner Ueberzeugung nach in viel höherem Maße bei einer Heizung vorkommen, die nahe an der Wand liege. Bei großen Gebäuden, die selten geheizt würden, wie z. B. bei einer Kirche, würde sich an den verhältnismäßig kalten Wänden die Feuchtigkeit niederschlagen und von dem durch die Heizung aufgewirbelten Staube die Luft in sehr großen Quantitäten in die Höhe gerissen werden, um sich, mit Staub gesättigt, an den Wänden niederzulassen. Aus diesem Grunde möchte er anregen, daß die städtische Bauverwaltung mit dem einzuweisenden Beiräte in Ueberlegung nehmen wolle, ob man nicht mit dem System der Wasser- und Dampfheizung in diesem Falle besser brähe und ein anderes System anwendete, dessen Anlagekosten sich auch erheblich billiger stellen, und das sei die Luftheizung. Während diese Heizungsart in den gewöhnlichen Zimmern häufig ein gewisses trockenes Gefühl im Halse verursache, falle dieses in einem seltener geheizten größeren Raume fort und könne man außerdem Vorrichtungen zur Anfeuchtung der Luft treffen. In verschiedenen Museen, z. B. in München, habe er die Luftheizung angewendet gefunden und dort niemals das Gefühl gehabt, daß die Besucher durch trockene Luft belästigt wären, dagegen könne man bei der Luftheizung naturgemäß einen ungeheuren Wechsel in der Luft einführen, indem man z. B. einen Schlot zur Abführung der Luft in die Erde legte. Außerdem würde man in der Kirche den großen Vorteil haben, daß man keine Vertiefung der Anlage nötig hätte, sondern sie auf den Boden legen könnte. Seiner Ansicht nach lasse sich die Luft durch einen Ofen heizen, worauf sie in den Kirchenraum geführt und an anderer Stelle wieder abgeführt würde. Hierdurch lasse sich der Luftstrom so schnell erneuern, wie es für nötig gehalten werde. Auch im Interesse des schnellen Anheizens der Kirche erscheine ihm diese Heizungsart sehr vorteilhaft zu sein.

Herr Blasius möchte bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen. Wenn der Antrag nicht gestellt wäre, würde er unbedingt schon davor gewarnt haben, eine Wasserheizung in die Kirche zu bringen. Der Vorteil jeglicher Luftheizung liege darin, daß man immer frische Luft in die betr. Räume bringen könne, auch wenn man sie nicht absaugen lasse, und fast alle der Luftheizung gemachten Vorwürfe seien unberechtigt, da sie die beste Heizungsart für öffent-

liche Gebäude sei. Es empfehle sich, die Kommission in dieser Weise zu instruieren und sie unter allen Umständen zu warnen, die Wasserheizung zu nehmen. In den Schulen, welche diese Heizungsart haben, sei es wiederholt vorgekommen, daß die Rohre in den Weihnachtsferien gefroren und geborsten seien, was in Privathäusern nicht so leicht eintrete, weil dort täglich geheizt werde. Bei den Kirchen, die im allgemeinen nur alle acht Tage geheizt würden, bestehe die Gefahr des Einfrierens ebenfalls. Deshalb müßte er sich unter allen Umständen aufs entschiedenste gegen die Wasserheizung aussprechen.

Herr Jasper erklärt sich als einen grundsätzlichen Gegner der Bewilligung von Geldern der politischen Gemeinde an die Kirchengemeinde und bedauert, daß die Versammlung gesetzlich gezwungen sei, die Mittel zur Instandsetzung von Kirchen unter gewissen Voraussetzungen zu bewilligen. Bei dieser Sachlage halte er es für um so wichtiger, die Frage zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen der Bewilligung vorliegen und die Notwendigkeit der geforderten Bauten und Reparaturen gegeben sei, auch diese Aenderungen nicht in einem Umfange ausgeführt werden sollen, der nicht zweckentsprechend sei. Beides glaube er aber verneinen zu müssen, weshalb er bitte, den Kommissionsantrag abzulehnen. Ebenso bitte er um Ablehnung des zweiten Antrages der Kommission, da seiner Ansicht nach die Versammlung nicht berufen sei, über die technische Frage, ob dieses oder jenes System der Heizungsanlage besser sei, zu befinden. Es würde sich dabei um einen Uebergriff der Versammlung in die Rechte des Kirchenvorstandes handeln, der seine Angelegenheiten selbständig zu leiten habe und sich von der Versammlung nicht bevormunden zu lassen brauche.

Herr Bürgermeister Kete meyer: Wenn Herr Jasper auf dem Standpunkte stehe, für religiöse Zwecke überhaupt nichts zu bewilligen, so brauche er auch nicht zu sagen, daß er in dem vorliegenden Falle die Aenderungen nicht für nötig halte, denn wenn man auf der einen Seite erkläre, für das religiöse Leben nichts tun zu wollen, könne man auf der anderen Seite nicht den Vorwurf erheben, daß die Forderungen für die Instandsetzung der Kirche nicht nötig seien. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkte, daß dieses Gotteshaus als eines der ältesten und schönsten Gotteshäuser der Stadt dringend der Instandsetzung bedürfe. Wie weit jeder gehen solle, um den Wünschen der Gemeindeglieder auf Instandsetzung ihres Gotteshauses Rechnung zu tragen, das müsse allerdings dem Gefühle des einzelnen überlassen bleiben.

Herr Meyerhoff will noch erwähnen, daß die Magnikirche seit mehr als 20 Jahren Warmwasserheizung habe, ohne daß dort seines Wissens je ein Rohr eingefroren sei. Bei etwas Aufmerksamkeit könne das auch nicht vorkommen. Bei der Luftheizung, welche man in den hiesigen Schulen habe, werde die Luft erst durch nasse Tücher filtriert, um sie verwenden zu können. Da man hier wohl

sämtliche Heizsysteme praktisch im Betriebe habe, so könne man sich leicht das beste auswählen, aber gegen die Behauptung, daß die Warmwasserheizung verwerflich sei, müsse er Einsprache erheben.

Herr Schmidt möchte Herrn Jasper erwidern, daß die Finanzkommission nicht daran denke, mit dem Magistrate in die Rechte des Kirchenvorstandes einzugreifen. Es handle sich darum, dem Kirchenvorstande Geld vorzuschießen und hieran die Bedingung zu knüpfen, eine Kommission zur Prüfung der Frage einer Heizanlage entsenden zu dürfen. Das könne doch aber nicht als ein Eingriff in die Rechte des Kirchenvorstandes angesehen werden.

Herr Schöttler will bitten, für ihn ein anderes Mitglied der Versammlung in die Kommission zu wählen, da er nicht Sachverständiger im Heizungsfache sei.

Herr Jasper: Es handle sich hier einfach um die Frage, ob die verlangten und beantragten Aenderungen in der Brüderkirche notwendig seien oder nicht. Werde die Notwendigkeit anerkannt, so sei die Stadt gesetzlich gezwungen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und habe keine Bedingungen daran zu knüpfen. Er halte es aber für einen Eingriff in die Rechte des Kirchenvorstandes, die Bewilligung der Mittel davon abhängig zu machen, ob die Ausführung in dieser oder jener Weise geschehen solle, denn es gehe die politische Gemeinde gar nichts an, wie die Reparaturen u. ausgeführt würden.

Herr Frühling stimmt dem Vorredner insofern zu, als er es auch nicht für richtig halte, dem Kirchenvorstande zur Lösung der Heizungsfrage einen Beirat zu geben. Andererseits halte er es aber für durchaus berechtigt, diese Frage hier in Erwägung zu ziehen und an die Bewilligung der Gelder die Bedingung zu knüpfen, daß deren Lösung in sachgemäßer Weise geschehe und nicht eine weniger zweckmäßige, oder eine übermäßig teure Heizanlage gewählt werde. Man könne also zur Prüfung dieser Frage eine Kommission einsetzen und dieser vielleicht empfehlen, die Frage noch weiter dadurch zu klären, daß von verschiedenen Firmen, die solche Anlagen ausführen, Gutachten und Vorschläge eingeholt würden.

Der Herr Vorsitzende muß es für bedenklich halten, an die Bewilligung der Gelder die Bedingung zu knüpfen, daß dem Kirchentassenkollegium (nicht dem Kirchenvorstande) eine Kommission zu dem Zwecke beigegeben werde, von ihr einen entscheidenden Rat einzuholen. Das sei in formeller Beziehung nicht möglich. Deshalb möchte er anheimgeben, die Sache zur Klärung dieser Frage noch einmal zurückzugeben.

Herr Bürgermeister Netemeyer will zunächst bestätigen, daß nicht der Kirchenvorstand, sondern das Kirchentassenkollegium hierbei in Frage komme. Seiner Ansicht nach könne die Versammlung, wenn ihr, was unzweifelhaft sei, das Recht zustehe, die Vorlage abzulehnen, auch beschließen, einem Ausschusse die Vollmacht zu übertragen, daß dieser die Entscheidung abgebe, welches Heizsystem ge-

nommen werden solle. Als Nichtfachverständiger werde man in solchen Sachen leicht zweifelhaft und glaube er, daß es dem Kirchenfassenkollegium nur angenehm sein könne, wenn diese Frage noch einmal gründlich geprüft werde. Selbstverständlich würden noch eine Anzahl Heizfirmen aufgefordert werden, Projekte einzureichen, deren Prüfung dann der Kommission anheimfalle.

Herr Südel möchte noch darauf hinweisen, daß gestern in der Kommission beschlossen sei, der Beirat solle sich mit dem Magistrate und nicht mit dem Kirchenfassenkollegium in Verbindung setzen, wogegen wohl nichts einzuwenden sein dürfte.

Herr Esdorn kann diese Auffassung bestätigen. Die Finanzkommission habe beschlossen, bis zu der geforderten Summe einen Kredit zu bewilligen und die einzusetzende Kommission zu beauftragen, mit Heizfirmen in Verbindung zu treten.

Herr Rieke will erwähnen, daß neuerdings von Heiztechnikern abgeraten werde, eine Warmwasserheizung in öffentlichen Gebäuden anzulegen, weil sich dabei Schwammbildungen gezeigt haben. Was nun die zur Besprechung stehende Vorlage anbetreffe, so betrachte er die hiesigen Kirchen als öffentliche städtische Gebäude, welche zu erhalten eine Pflicht der Stadt sei. Nachdem vor etwa 30 Jahren große Summen an die Brüderkirche gewandt seien, lasse sich nicht in Abrede stellen, daß jetzt wieder etwas angewandt werden müßte. Da nun aber die Forderung für die Heizanlage den Löwenanteil der ganzen Vorlage ausmache, so erscheine es ihm wohl der Mühe wert, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob sich diese Forderung nicht herabdrücken lasse. Ob man bei Einsetzung einer solchen Kommission aber einen formellen Verstoß begehe, sei ihm gleichgiltig.

Herr Schmidt möchte noch besonders hervorheben, daß die Finanzkommission nicht darnach getrachtet habe, sich Rechte anzumaßen, sondern daß sie im Interesse der Kirchengemeinde habe handeln wollen. Im Jahre 1889 sei die Neuanlage der Heizung einschließlich der Umsetzung von Ränken zu 28 500 M veranschlagt worden, was gegen den jetzigen Anschlag eine Ersparnis von 7000 M bedeute. Seiner Ueberzeugung nach könnten aber außer diesen 7000 M noch einige tausend Mark erspart werden. Wenn Herr Schöttler es ablehne, in die Kommission mit einzutreten, so möchte er dafür Herrn Frühling vorschlagen.

Die Versammlung genehmigt darauf die Magistratsvorlage unter der Bedingung, daß eine aus den Herren Frühling, Lange und Schmidt bestehende Kommission mit der zu wählenden Heizungsanlage einverstanden sei.

XX. Annahme eines technischen Hilfsbeamten.

Die auf Beschluß der städtischen Behörden eingeleitete Wohnungs-enquete ist ins Stocken geraten, weil ihre Durchführung mit Hilfe der vorhandenen Arbeitskräfte schlechterdings unmöglich ist, indem die bei der Baupolizeiabteilung beschäftigten Beamten sämtlich durch die Besorgung der laufenden Geschäfte derart in

Anspruch genommen werden, daß für die in Rede stehende Erhebung keine Zeit übrig bleibt. Nun ist aber durch die Meldungen, welche seitens der mit der Revision der Bauten betrauten Werkmeister über vorgefundene Wohnungsmängel in der Innenstadt eingegangen sind, schon jetzt ein so umfangreiches, der weiteren Bearbeitung harrendes Material zusammengebracht worden, daß der Magistrat empfehlen muß, einen der beim Stadtbauamte beschäftigten angestellten Techniker fortan ausschließlich mit der fraglichen Erhebung zu betrauen und somit für diesen Beamten Ersatz zu schaffen. Der Magistrat sieht sich daher zu dem Antrage veranlaßt, der Annahme eines technischen Hilfsbeamten zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Schöttler empfiehlt die Statutenkommission die Genehmigung dieses Antrages.

Herr Rathe schließt sich dieser Empfehlung an und will wünschen, daß nicht nur die Wohnungsenquête, sondern auch die übrigen Sachen der Baupolizei eine Beschleunigung erfahren. Daß eine Vermehrung der Baupolizeibeamten stattfinden müsse, sei ihm schon seit langen Jahren bewußt gewesen und habe er seinerzeit bereits bedauert, daß einem städtischen Baumeister gleichzeitig das Amt eines Kreisbranddirektors übertragen worden sei.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XXI. Antrag Koch: Anderweite Verwendung der Bedürfnisanstalt des Hagenmarktes.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die auf dem Hagenmarke befindliche Bedürfnisanstalt entfernen und sie am Altewiefringe in der Nähe der Husarenstraße wieder aufbauen zu lassen“.

Zur Begründung führt Herr Koch aus, daß für die Anstalt von Anfang an ein unglücklicher Platz ausgewählt worden sei, der sich aber seit Eröffnung der Markthalle noch verschlechtert habe. Auf der einen Seite der Anstalt befänden sich verschiedene Ausspann-Gasthöfe, auf der anderen Seite die Schienen der Straßenbahn und dazu kämen die vielen Fuhrwerke, welche ihre Waren der Markthalle zuführen, so daß man sich nicht wundern könne, wenn dort einmal etwas passiere. Andererseits werde die Anstalt schon wegen der Nähe der Markthalle mit ihren Aborteinrichtungen fast gar nicht benutzt und erfülle demnach ihren Zweck in keiner Weise. Wenn man die Anstalt dagegen an der Ecke der Husarenstraße und der Husarenkaserne aufstelle, so würde sie ihren Zweck in viel besserer Weise erfüllen, weil dort ein starker Passantenverkehr sei.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXII. Anfrage Jüdel: Entwässerung der Helmstedterstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Steht eine baldige Verbesserung der Entwässerung der Helmstedterstraße zwischen Altemiekring und Ribdagshäuserweg in Aussicht?“

führt Herr Jüdel aus, der bezeichnete Teil der Helmstedterstraße werde bei jedem größeren Regen derartig überschwemmt, daß das Wasser in die Keller der Anlieger trete. Die Sache sei schon vor einigen Jahren einmal besprochen worden, als ein dort wohnender Kaufmann beantragt habe, ihm den durch das Wasser angerichteten Schaden zu ersetzen. Auch kürzlich seien wieder die ganzen Keller überschwemmt gewesen. Deshalb möchte er anfragen, ob in Aussicht stehe, daß der Kanal einen derartigen Abfluß erhielte, um die Wassermassen aufnehmen zu können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß diese Frage bereits mit der städtischen Bauverwaltung erörtert worden sei. Ein Schutz gegen solche Uebersflutungen lasse sich durch Anbringung von Rückstauventilen schaffen, wenn deren nachträglicher Einbau auch nicht angenehm sei. Sonst bleibe aber nichts anderes übrig, als den großen Sammelkanal von der Bodestraße hinaufzuführen und zwar von der Marienstraße aufwärts bis zum Ribdagshäuserwege, wodurch indessen 105 000 M Kosten entstehen würden. Auf diese Weise lasse sich auch die Herderstraße angemessen entwässern. Zur Entwässerung der Helmstedterstraße würden noch bedeutende Kanalbauten ausgeführt werden müssen, was aber noch nicht geschehen sei, weil die Lage des über das Marienstift hinausgehenden Straßenteiles noch nicht endgiltig feststehe und dieses erst geschehen könne, wenn die Lage des neuen Bahnhofes gesichert sei. Ueber die Sache selbst habe sich der Magistrat noch nicht schlüssig machen können, jedoch werde das in einer der nächsten Sitzungen geschehen.

XXIII. Anfrage Peplics: Mißstände beim Standesamte.

Die Anfrage:

„In welcher Weise ist der Geschäftsgang auf dem Standesamte hiesiger Stadt geregelt und wie gedenkt der Magistrat den vorhandenen Mißständen entgegenzuwirken?“

begründet Herr Beplies in folgender Weise: Ein Spezialfall habe ihm Veranlassung gegeben, die Anfrage zu stellen und liege derselbe folgendermaßen: Am 15. Mai d. J. sei im hiesigen Krankenhause ein Mann gestorben, dessen Tod am folgenden Tage, einem Sonnabend, angezeigt und dabei beantragt sei, drei Sterbeurkunden auszustellen, weil der Mann drei Sterbekassen angehört habe, von denen jede eine solche Urkunde verlangte. Als ein Bote um 1 Uhr mittags erschienen sei, um die Urkunden abzuholen, habe man ihm eröffnet, er könne sie nicht kriegen und möchte am Montag wiederkommen. Auf die Drohung des Boten, daß er sich beschweren werde, sei ihm sodann wenigstens eine Urkunde ausgestellt worden. In dieser Ausfertigung sei seiner Bestellung gemäß auch die Todesursache vermerkt gewesen. Als er nun am Montag die beiden anderen Urkunden im Empfang genommen habe, sei von ihm bemerkt und sofort gerügt worden, daß die Todesursache auf ihnen fehle, worauf der Beamte erwidert habe, daß neue Urkunden bestellt werden müßten, wenn man solche mit der Todesursache haben wolle. Durch dieses Verfahren habe die betr. Familie eine unnötige Belästigung erfahren, denn die drei Sterbeurkunden hätten dem Antrage entsprechend auch schon am Sonnabend ausgefertigt werden können. Nicht nur, daß Zeit Geld sei, sondern man wolle sich auch nicht derartig im Bureau abfertigen lassen. Es frage sich nun, ob für das Standesamt entsprechende amtliche Instruktionen vorliegen, oder ob der betr. Beamte willkürlich gehandelt habe und der Magistrat in der Lage sei, Abhilfe zu schaffen. Derartige Sachen sollen außerdem schon öfter vorgekommen sein.

Herr Stadtrat Meyer beantwortet die Anfrage wie folgt: Das Herzogliche Standesamt genieße den vielleicht zweifelhaften Vorzug, zwei vorgeordnete Stellen zu haben. Nach dem Personenstandsgesetz sei die Herzogliche Kreisdirektion die Aufsichtsbehörde für das Standesamt, während der § 40 des Verwaltungsstatuts vom 24. März 1893 laute:

„Der Standesbeamte und dessen Stellvertreter sind in dienstpolizeilicher Hinsicht dem Stadtmagistrate nur mit der durch § 11 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 gegebenen Beschränkung unterstellt“.

Hiernach habe der Magistrat also hinsichtlich dieser Beamten ein gewisses Recht, wenn auch in beschränkter Weise, für sich in Anspruch genommen. Soviel gehe aber aus den Zweifeln, wo die Grenze der Befugnis der einen Behörde anfangs und der anderen aufhöre, hervor, daß in materieller Beziehung die Herzogliche Kreisdirektion die zuständige Stelle sei. Deshalb würde die Anfrage dahin zu beantworten sein, daß solche Beschwerden über das Standesamt sich an

die Herzogliche Kreisdirection zu wenden hätten. Jedenfalls sei die Sache nicht dazu angetan, in eine Erörterung der Frage einzutreten, ob hier eine dienstpolizeiliche Uebertretung vorliege und der Magistrat demnach eintreten könnte.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 7 Uhr.

1903/1904.

№ 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. August 1903.

Tagesordnung:

I. Antrag Wesemeier: Maßnahmen wegen der hier ausgebrochenen Typhusepidemie	Seite 108
II. Antrag Wesemeier: Beschickung des Verbandstages der Gewerbe-gerichte	" 136
III. Antrag Koch: Anderweite Verwendung der Bedürfnisanstalt des Hagenmarktes	" 139
IV. Terrainaustausch am Rehnstoben	" 141
V. Uebertragung von Kosten für Neudruck des Ortsbauplans auf das Jahr 1903/04.	" 141
VI. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße.	" 142
VII. Ausbau der verlängerten Wiesenstraße	" 142
VIII. Terrainerwerb zum Hagenring	" 143
IX. Erwerb von Wege- und Grabenflächen zum Kieselgute	" 143
X. Verbesserung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung	" 143
XI. Aufstellung von Laternen: an der Hohetorpromenade	" 145
XII. Kosten für Beteiligung an der deutschen Städteausstellung	" 145

XIII. Aenderung der Glückstraße	Seite 148
XIV. Terrainerwerb zur Maschstraße	" 149
XV. Antrag Aßmann: Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Kastanien- allee und Landstraße	" 150

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-
Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Frühling, Südel, Supprian, Müller, Nolte,
Ribbentrop, Schöttler und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und teilt zunächst mit,
daß der Honigkuchensfabrikant Herr Viskendorff eine Beschwerde über den Hund
des Herrn Polizeipräsidenten Brökel eingereicht habe, die indessen nicht geeignet
sei, zur Verhandlung gestellt zu werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Kiefe, den Antrag Wese-
meier, betr. Maßnahmen wegen der hier ausgebrochenen Typhusepidemie, an erster
Stelle zu beraten, welcher Antrag die Zustimmung der Versammlung findet.

I. Antrag Wesemeier: Maßnahmen wegen der hier ausgebrochenen Typhusepidemie.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle bei dem Magistrate be-
antragen, zuzustimmen, daß die Kosten der Behandlung der am Typhus
erkrankten Kinder und Erwachsenen, soweit die Ursache der Erkrankungen
auf die im Juli d. Js. im Lechlumerholze stattgehabten Waldspiele oder
auf den Aufenthalt von Kindern in einem Knabenhort zurückzuführen ist,
auf die Stadtkasse übernommen werden. Zu den Kosten zählen: Be-
zahlung der Krankenhausbehandlung, bei Behandlung in Privatwohnungen
Bezahlung der Arzthonorare, der Medikamente und der Desinfektion
der Wohnungen, Betten, Kleidung etc. Die Uebernahme dieser Kosten
auf die Stadtkasse darf den Entlasteten nicht als Armenunterstützung
angerechnet werden“.

Zur Begründung des genügend unterstützten Antrages erhält zunächst das
Wort Herr Wesemeier: Es ist zweifellos hier in den letzten Wochen ein
Zustand eingetreten, der die gesamte Bevölkerung in eine lebhafte Aufregung versetzt
hat und sie noch darin erhält. In den amtlichen Bekanntmachungen ist von der
Herzoglichen Polizeidirektion öffentlich gesagt worden, daß die Ursache des Aus-
bruches der Epidemie wahrscheinlich in einer Milchinfektion zu suchen sei, die in
der zweiten Woche des Juli stattgefunden habe. Bei der Tatsache, daß speziell

die Kinder, welche an den Waldspielen teilgenommen haben, in erheblicher Zahl am Typhus erkrankt sind, wird es auch wohl niemand geben, der dieses in Zweifel zieht, mag es nun bewiesen sein oder nicht. Da von den Waldspielkindern ein ganz erheblicher Teil erkrankt ist, so haben wir in unserm Antrage speziell diese Fälle herausgegriffen und ersucht, deren Kosten auf die Stadtkasse zu übernehmen. Erfahrungsgemäß kommt in jedem Jahre eine Anzahl Typhuserkrankungen hier vor und es mag sein, daß in diesem Jahre außer den Erkrankungen der Waldspielkinder sogar ein geringerer Prozentsatz von Erkrankungen vorgekommen ist, als im vorigen Jahre, aber gerade deshalb, weil die Ursache dieser Erkrankungen in einem Zusammendrängen von Kindern zu suchen ist, auf das die Eltern einen Einfluß nur insofern gehabt haben, als sie ihre Kinder dazu hinschickten, sind wir der Meinung, daß hier ein Zustand eingetreten ist, der des Eingreifens der öffentlichen Gewalten bedarf. Auch seitens der Herzoglichen Polizeidirection und des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ist öffentlich zu drei verschiedenen Malen aufgefordert worden, die Erkrankten nicht in den Privatwohnungen zu belassen, sondern im öffentlichen Interesse den Krankenhäusern zuzuführen, weil bei dem Verbleiben der Kranken in den Privathäusern die Ansteckungsgefahr für die übrigen Bewohner wachse. Es ist vorgekommen, daß die Leute ihre Kinder von der Schule zurückgesandt erhielten, weil in dem von ihnen bewohnten Hause ein typhuskrankes Kind lag, das an den Waldspielen teilgenommen hatte, ohne daß die Leute das bis dahin gewußt hatten. Selbstverständlich hatte die Schule recht, denn man denke sich die Ansteckungsgefahr ausgedehnt nicht nur auf das ganze Haus, sondern auch auf die gesamte Nachbarschaft. Es liegt hier also ein Zustand vor, bei welchem ein Eingreifen der Stadtbehörde notwendig war. Von der Herzoglichen Polizeidirection ist sogar in öffentlicher Bekanntmachung die Behauptung aufgestellt worden — und ich nehme an, daß sie nur auf Grund eingehender Untersuchungen aufgestellt worden ist —, daß erwiesenermaßen die Krankheit bei den in den Krankenhäusern untergebrachten Patienten einen leichten oder doch nur mittelschweren Verlauf nehme.

Diesen Tatsachen gegenüber behaupten wir, und mit uns wohl der größte Teil der Bevölkerung, daß es richtig gewesen wäre, wenn vom Beginne der Krankheit an die Stadtverwaltung bekannt gegeben hätte: Alle am Typhus erkrankten Personen haben sich in eine Krankenanstalt zu begeben; die Kosten werden auf die Stadtkasse übernommen, ohne daß dies als eine Inanspruchnahme der Armenkasse ausgelegt werden dürfte. Erkundigen Sie sich einmal in den Kreisen der Eltern von erkrankten Kindern, so werden Sie die Frage hören: Wie sollen wir die Kosten für die Krankenhausbehandlung aufbringen? Das ist uns gar nicht möglich, wenn wir uns nicht in Schulden stürzen wollen, und das Armenrecht wollen wir nicht in Anspruch nehmen. Obgleich nun die Kinder dem Herzen

der Eltern näher stehen sollen, als die Inanspruchnahme des Armenrechtes, so scheut sich die Bevölkerung doch mit Recht, das Armenrecht in Anspruch zu nehmen. Wenn eine solche Bekanntmachung erfolgt wäre, so würde die Ansteckungsgefahr vermindert gewesen sein, weil die meisten Familienväter dann ihre Kinder den Krankenhäusern zugeführt hätten. Das ist aber nicht geschehen. Weil nun die Ursache der Erkrankungen in dem Umstande zu suchen ist, daß die Kinder an den Waldspielen teilgenommen haben, die als eine Wohlfahrtseinrichtung angesehen werden müssen, und bei der die Schulbehörde, wenn auch vielleicht nicht offiziell, mitbeteiligt war, so mußte man dazu übergehen, die Kosten auf die Stadtkasse zu übernehmen, zumal einige hundert Familienväter ohnedies schon schwer genug von dem Unglück betroffen sind.

In einer am Montag Abend stattgefundenen Versammlung konnten Sie die Stimmen von Familienvätern hören, deren Kinder erkrankt sind: die Leute waren empört, daß solche Sachen bei den Veranstaltungen hätten vorkommen können. Wir reden den Leuten das aus, denn man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, jedoch muß man versuchen, die schweren Nachteile, welche die Waldspiele im Gefolge gehabt haben, nach Möglichkeit zu beseitigen, und dieses zu tun, ist die Stadtverwaltung die richtige Stelle. Ich bitte deshalb um einstimmige Annahme meines Antrages, durch welchen den betroffenen Familien die Not gelindert und ihnen nicht das Odium der Armenunterstützung angeheftet würde.

Der Antrag auf sofortige Beratung des Gegenstandes wird angenommen.

Herr Hauswaldt: Ich muß zugeben, daß wir hier einer sehr traurigen, beklagenswerten Sache gegenüberstehen, jedoch weiß ich, soweit ich die einschlägigen Verhältnisse kenne, vor der Hand nicht, wie der Magistrat hätte anders handeln sollen, als er in Beachtung der vorhandenen Vorschriften und Gesetze gehandelt hat. Ganz etwas anderes ist es aber, ob wir hier, Magistrat und Stadtverordnete, bei diesem besonderen Falle eine besondere Art der finanziellen Behandlung beschließen wollen. Obgleich ich nun nicht auf dem Standpunkte des Vorredners stehe, daß ich die erkrankten Kinder der Waldspiele und der Knabenhorte für sich behandelt, die sonstigen Typhuskranken aber ausgeschlossen sehen möchte, so muß ich doch sagen, daß ein Korn Wahrheit in den Ausführungen liegt und ich mir erlaubt haben würde, selbst einen ähnlichen Antrag zu stellen, wenn es nicht schon von der Seite geschehen wäre. Meiner Ansicht nach ist es eine Härte, wenn den unbemittelten Einwohnern Kosten auferlegt, oder bei ihrer Uebernahme durch die Stadtkasse als Armenunterstützung ausgelegt werden, die zum Nutzen der Allgemeinheit aufgewendet werden müssen. (Zustimmung.) Alle Aufwendungen, welche von den unbemittelten Mitbürgern auf Anordnung der einschlägigen Behörden verlangt werden, um die Seuche einzuschränken, müssen von der Stadt getragen werden und würde ich es für eine Härte halten, wenn man diese Zuwendungen als Armenunterstützungen

ansehen wollte. Ich rechne dahin z. B. alle Kosten, welche durch die Vornahme der Desinfektion entstehen. Ich gehe aber noch weiter, zu sagen, daß Fälle eintreten können, wo die Aerzte sagen, wir wollen in dem vorliegenden Falle das Kind in ein Krankenhaus bringen, weil sich sonst mit dem Verbleiben des Kindes in dem Privathause und der Familie eine Gefahr für weite Kreise verbindet, auch hier meine ich, daß diese Kosten stadtseitig zu tragen sind. Ich kenne einen Fall, wo ein typhuskrankes Kind noch wochenlang mit seinem gesunden Bruder in demselben Bette weiter geschlafen hat. Nicht scheiden sollte man aber die Fälle von Typhuskranken, welche aus den Waldspielen und den Knabenhorten stammen, von den sonstigen Typhuskranken, sondern sollte sie ganz gleichmäßig behandeln. Bedenken Sie doch auch die Kinder, welche angesteckt sind. Man könnte also ganz einfach sagen: alle am Typhus Erkrankten, bei denen der Arzt eine Gefahr für die Allgemeinheit als vorliegend erachtet, müssen im Krankenhause verpflegt werden. Ich kenne auch einen Fall, wo der Mutter eines an Typhus erkrankten Kindes der von ihr betriebene Handel mit Grünwaren verboten ist, wodurch die Frau sehr geschädigt wird. Es mußte das aber im Interesse der Allgemeinheit geschehen und sehe ich nicht ein, weshalb die Allgemeinheit nicht eintreten soll, um auch diese Frau zu entschädigen. Wenn der Magistrat eine Vorlage einbringt, nach welcher jeder Fall darauf hin geprüft worden ist, so bin ich mit Vergnügen bereit, zuzustimmen, daß die Kosten auf die Allgemeinheit übernommen werden. Aber selbstverständlich muß hier auch der Scheidestrich sein zwischen der Verpflichtung der Allgemeinheit und der Verpflichtung des einzelnen, nach wie vor für die Seinen zu sorgen.

Nachdem ich hier den Scheidestrich gezogen habe zwischen den Pflichten der Allgemeinheit und des einzelnen, möchte ich noch eine andere Sache zur Sprache bringen, die wert ist, einmal öffentlich besprochen zu werden. Von verschiedenen Seiten in hiesiger Stadt ist der Versuch gemacht, die Not der von dem Typhus hart betroffenen Mitbürger zu lindern, und da hat man es unternommen, die öffentliche Meinung so weit zu vergiften, daß man versucht hat, diese Sache den Leuten vollständig zu verfehlen und zwar nicht nur den Leuten, die Hülfe bringen wollten, sondern, was noch viel schlimmer ist, auch den Armen, welche die Hülfe empfangen sollten. Was ist geschehen? Nachdem das erste typhuskrante Kind gestorben war, fand sich bei der Sektion nach dem Ausspruche der beteiligten Aerzte, daß das Kind nicht am Typhus, sondern wahrscheinlich am Mangel von zukömmlicher, kräftiger Nahrung gestorben war, wie solche in der dritten bis vierten Woche nach dem Ausbruch der Erkrankung nötig ist. Diese Sache wurde bekannt und es traten noch denselben Abend eine Anzahl hiesiger Bürger zusammen, um unter der Leitung einer tatkräftigen, hochherzigen Frau diese Not, die keine Kommune und keine Allgemeinheit aus der Welt schaffen kann, zu beseitigen, oder

doch zu mildern. Es schlossen sich dieser Gemeinschaft die Herren und Damen der Waldspiele an, denn auch diese Leute beklagen tief, daß die Spiele gegen ihren besten Willen so schrecklich ausgeschlagen sind. Die Vereinigung ist zusammengetreten — auch ich gehörte dazu — und hat erklärt: es besteht hier Not in der Stadt und es ist eine Ehrenpflicht und ein Recht des Bürgers einer Stadt, seinem Mitbürger in der Not beizustehen. Nach meiner vielleicht sehr unmodernen Auffassung ist es aber auch ein Ehrenrecht des Betroffenen, die freundlich dargebrachte Hilfe in Empfang zu nehmen. Es sind etwa 3000 M. zusammengebracht worden und über hundert Kinder haben seit mehreren Wochen kräftige Suppen und Stärkungsmittel aller Art erhalten. Die Suppe u. wird, ohne daß eine Bitte dieserhalb ausgesprochen zu werden braucht, einfach auf Rezept des zuständigen Arztes aus der Volksküche geholt. Wenn durch dieses Vorgehen auch nur ein Kind gerettet sein sollte, dann hätte die Sache doch ihren großen Wert gehabt.

Was hat nun der „Volksfreund“ hieraus gemacht? Einmal wirft er den Leuten, die aus einem Gefühl der Zusammengehörigkeit sich veranlaßt gesehen haben, helfend einzugreifen, vor, sie wollten sich „als Wohltäter der Menschheit aufspielen“ und hätten „in weinerlichem, pastoralem Stile“ für die Kinder gesammelt, während sie andererseits dadurch gleichzeitig die Eltern zu einem Bettelgange für ihre kranken Kinder zwingen. Diesen Gaben habe das Odium des Almosens an und es sei und bleibe deren Annahme eine Demütigung und ein Bettelgang. — Eine größere Verkehrung von recht zu unrecht habe ich noch nicht erlebt. Immer ist es hier als eine Pflicht der Bürgerschaft anerkannt worden, dem in Not geratenen Mitbürger zu helfen. Wir haben es immer hoch gehalten, daß die Bürgerschaft zusammengehalten und sich gegenseitig geholfen hat und dabei ist von einem Bettelgange noch nie die Rede gewesen. Ich selbst habe in neuester Zeit solchen Beistand erfahren. In meinem Hause war eine schwere Krankheit ausgebrochen, bei welcher mir ein Nachbar viele Nächte mit Eis ausgeholfen hat, weil mein Vorrat immer zu früh ausging. Hinterher habe ich dem Herrn dafür nur Dank sagen können, aber trotzdem bin ich durch die mir gewordene uneigennütige Hilfe durchaus nicht gedemütigt, ich habe vielmehr nur das angenehme Gefühl der Zusammengehörigkeit empfunden. Dieses Gefühl wollen wir uns aber nicht vereiteln und verkümmern lassen. (Zustimmung.) Wenn dann noch in einem „Eingefandt“ der Landeszeitung ein ähnlicher Angriff gegen den Versuch, der Not zu helfen, gerichtet ist, so will ich dazu bemerken, daß der Einsender ein frommer Mann zu sein scheint, der keine Suppe hergibt, ohne daß er dabei eine Seele rettet; darüber kann man wohl ohne weiteres weggehen.

Wir können wohl hoffen, daß ein solches Unglück in absehbarer Zeit hier nicht wieder vorkommt, aber bei einer Stadt von der Größe Braunschweigs kann es nicht ausbleiben, daß einmal wieder ein ähnlicher Notstand eintritt und für

solchen Fall möchte ich für unsere Mitbürger das gute Recht und die Ehrenpflicht hochgehalten sehen, anderen zur Seite zu stehen, wie auch andererseits das Ehrenrecht hochhalten, daß die Notleidenden ohne das Empfinden zu betteln oder Almosen zu empfangen, solche Gaben in schwerer Zeit annehmen dürfen. (Zustimmung.)

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wenn ich in dieser tieftraurigen Veranlassung namens des Magistrates das Wort ergreife, so brauche ich wohl nicht besonders zu versichern, daß wir vom innigsten Mitgefühl ergriffen sind für das Unglück, das unsere Stadt und so viele ihrer Einwohner betroffen hat. Da ich aber genötigt bin, auf die Worte des Herrn Wesemeier zu erwidern, so möchte ich mit allem Nachdruck den Vorwurf zurückweisen, der von ihm und ihm nahestehender Seite dem Magistrate gemacht worden ist. Der Magistrat ist vom ersten Augenblicke an auf dem Posten gewesen: es haben Tag für Tag wiederkehrend Besprechungen zwischen Polizei, Physikus, Magistrat und anderen Stellen stattgefunden und wir haben alles daran gesetzt, um gegen dieses furchtbare Unglück gewappnet zu sein. Es ist also durchaus unrichtig, zu sagen, daß der Magistrat sich passiv und gleichgültig verhalten hätte. Wir haben die Aufstellung der beiden Typhusbaracken so zeitig bewerkstelligen lassen, daß sie, noch ehe ein Augenblick der Verlegenheit eingetreten war, fertig dastanden, und wir haben damit erreicht, daß die darin Untergebrachten so viel als möglich vor den Gefahren der Krankheit geschützt waren. Nach den mir heute vom stellvertretenden Physikus, Herrn Dr. Müller, gemachten Mitteilungen kann ich übrigens auch hier feststellen, daß sich nur noch eine ganz geringe Zunahme der Erkrankungen in der letzten Woche gezeigt hat, indem zu den vor 14 Tagen gemeldeten 201 Personen und zu den 208 Personen am Schlusse der vorigen Woche nur noch 6 hinzugekommen sind, sodaß mit den 214 Erkrankungen wohl der Höhepunkt der Seuche erreicht sein dürfte. Nun hat man dem Magistrate auch noch den Vorwurf gemacht, er hätte es nicht für notwendig gehalten, von vornherein zu erklären, daß die gesamte Krankenhausverpflegung nicht als Armenunterstützung anzusehen sei, sondern seitens der Stadt aus anderen Fonds gedeckt werde. Wie auch Herr Hauswaldt schon anerkannt hat, war aber der Magistrat nicht imstande, anders vorzugehen. Nach dem Gesetze war es uns unmöglich, uns auf einen anderen Standpunkt zu stellen, und nicht wir sind es gewesen, die an dem bestehenden Verfahren, das bis jetzt immer noch unserer Bevölkerung zum Segen gewesen ist, gerüttelt haben, sondern von Ihrer Seite ist das geschehen, und ich muß aufrichtig bekennen: was soll man zu einem Standpunkte sagen, der lieber das Wohl und das Leben der eigenen Kinder der Partei, ich kann mich nicht anders ausdrücken, in diesem Falle einem Moloch, opfert, um nur nicht Armenunterstützung in Anspruch nehmen zu müssen! Kein Vater hat das Recht, seinem Kinde die Fürsorge zu entziehen, die ihm nach ärztlichem Auspruch zukommt! (Zustimmung.)

Auf welche Grundlage stützen sich nun wohl die Angriffe gegen uns? Zwei hiesige Aerzte, die Herren Dr. Reck und Dr. Wolze, haben mich ermächtigt, unter Nennung ihrer Namen hier zu erklären, daß in der Versammlung am Montag ein Eisendreher Peters den Anschein erweckt habe, als ob es sich bei seinen erkrankten Kindern um typhuskranke und Waldspielfinder handle; beides sei aber nicht der Fall, denn es handle sich bei den Peters'schen Kindern, die gar nicht an den Waldspielen teilgenommen hätten, um eine Scharlachepidemie. Auch schon aus diesem Grunde stehen Ihre Ausführungen auf einer schwankenden Grundlage.

Wenn Sie von mir hätten Auskunft haben wollen über die vom Magistrate unternommenen Schritte, hätte ich sie gerne erteilt. Was ist nun aber geschehen? Herr Stegmann kam in voriger Woche zu mir und fragte, ob der Magistrat in der Uebernahme der Kosten für die Krankenhausbehandlung eine Armenunterstützung erblicke oder nicht. Das war der Kern der Anfrage des Herrn Stegmann, denn nach anderen Sachen hat er nicht gefragt. Wie wohl ich durchaus nicht zurückhaltend bin in Bezug auf Mitteilungen an die Presse, habe ich doch Herrn Stegmann nicht eine Auskunft aufdrängen wollen, die er gar nicht wünschte. Hier aber will ich gern erklären, daß beispielsweise die Anwendung von Desinfektionsmitteln und auch die Kosten des Transports der Kranken im Krankenwagen nicht als Armenunterstützungen aufzufassen sind, weil wir diese Aufwendungen als rein polizeiliche ansehen und darin eine Armenunterstützung nicht liegt. Hätte mich Herr Stegmann hiernach gefragt, würde ich ihm gern entsprechende Auskunft gegeben haben.

Ich begrüße auch die Anregung des Herrn Hauswaldt mit Freude, der in gewissen Fällen dafür eintreten will, daß der Magistrat noch über das hinausgehen darf, was die Armenpflege zu tun hat. Das würde z. B. schon der Fall sein, wenn auf Anordnung des Physikus die Unterbringung eines bestimmten Kindes in einem konkreten Falle aus der Familienpflege in dem Krankenhause gegen den Willen der Eltern geboten wäre. Wenn ich auch glaube, daß hier von einem gesundheitspolizeilichen Akte die Rede sein müßte, so würden sich doch wohl Mittel und Wege finden lassen, um den Willen der Eltern in einem solchen Falle zu beugen. Außerdem sind aber Magistrat und Armendirektion gern bereit, manche Wunde zu heilen, die mittelbar oder unmittelbar durch die Seuche geschlagen ist. So z. B. können manche Frauen ihrem Erwerbe nicht mehr nachgehen und liegt es in solchem Falle der Armendirektion fern, eine derartige Unterstützung als Armengeld anzusehen. Es sind Stiftungsgelder, herzogliche Gelder u. zur Verfügung, mit denen manche Wunde geheilt werden kann. Vor allen Dingen aber bitte ich Sie, dem Magistrate auch ferner Ihr Vertrauen zu schenken. Es ist uns gelungen, zu erreichen, daß die Epidemie über einen gewissen Höhepunkt nicht hinausgegangen ist und es kann sogar eine solche Minderung der Krankheit verzeichnet werden, daß

im Laufe der nächsten Woche schon eine Anzahl der kleinen Patienten aus dem Krankenhause wird entlassen werden können, während das Gros der Erkrankten wahrscheinlich Mitte September geheilt sein wird. Indem ich nochmals bitte, zu dem Magistrate auch ferner Vertrauen zu haben, darf ich wohl auch darauf hinweisen, daß in sehr dankenswerter Weise die Bürgerchaft sich in dieser Not betätigt hat. Die von Herrn Hauswaldt erwähnte Hilfe ist denn auch in 137 Fällen beansprucht worden, was deutlich beweist, daß in der Beziehung der Appell des Volksfreundes, solche Gaben zu verschmähen, bei den Eltern der erkrankten Kinder kein Echo gefunden hat. Schließlich gebe ich noch der Hoffnung Ausdruck, daß es uns bald gelingen werde, der Epidemie Herr zu werden. (Zustimmung.)

Herr Herzberg: Die Ausbrüche der sittlichen Empörung können uns ziemlich kalt lassen, weil sie auf einer schiefen Darstellung beruhen. Es ist gesagt worden, man hätte versucht, die Masse des Volkes zu vergiften durch die in der Zeitung gegebene Darstellung. Das ist aber niemals geschehen. In der Versammlung am Montag ist sowohl von dem Referenten, als auch von einigen anderen Rednern ausdrücklich hervorgehoben worden, daß auf die Veranstalter der Waldspiele kein schlechtes Licht falle, sondern daß die Spiele wohl zu begrüßen seien und man es ungern sehen würde, wenn das traurige Ereignis dazu führen sollte, den Waldspielen ein Ende zu bereiten. Ein anderes ist es aber mit dem Aufruf, der zur Sammlung von milden Gaben veranlassen sollte. Diesen Aufruf haben wir geglaubt charakterisieren zu müssen im Gegensatz zu der Haltung des Magistrates. Wir gehen von dem Standpunkte aus, daß in solchem Falle die öffentlichen Gewalten eintreten müssen für das Wohl des ganzen und des einzelnen, und daß es nicht angängig ist, den Bettelsack für die Leute zu schwingen, welche kein Verschulden für das Unglück trifft, sondern daß hier die Allgemeinheit eintreten muß. Es ist das nicht unsere Meinung allein, sondern in der Landeszeitung hat sich auch solche Stimme hören lassen, doch ist hierüber Herr Hauswaldt leichter hinweggegangen. Vor ganz kurzer Zeit hat sich eine ähnliche Sache im Reiche abgespielt: als infolge der furchtbaren Ueberschwemmungen in Schlesien ein Aufruf zu Sammlungen erschien, wurde dieses von fast der gesamten Presse strenge verurteilt und gesagt, daß der Staat einzugreifen habe. Ähnlich liegt es auch hier.

Was die Waldspiele an sich betrifft, so haben wir sie mit Freude begrüßt und würden bedauern, wenn das Unglück Veranlassung geben sollte, daß sie verschwänden. Ob aber die Veranstalter der Spiele sich besonders fähig zur Organisation solcher Spiele gezeigt haben, bleibe dahingestellt; denn nicht einmal für Bedürfnisanstalten war gesorgt, sodaß die Kinder die Umgebung der Spielplätze benutzen mußten. Ein solches Verfahren ist jedenfalls zu verurteilen. Herr

Hauswaldt ist mit der Haltung des Magistrates zufrieden gewesen, und auch Herr Stadtrat von Frankenberg hat gemeint, daß der Magistrat vom ersten Augenblicke an auf dem Posten gewesen sei. Das bezweifle ich durchaus nicht, aber es fragt sich nur, wie er auf dem Posten gewesen ist. Etwas weiter ist der Magistrat schon gegangen, wenn er heute erklären läßt, daß er die Kosten der Desinfektion und des Krankentransportes nicht als Armenunterstützung ansehen wolle und daß auch aus den Stiftungen zc. Gelder flüssig gemacht werden könnten. Das ist es aber gerade, was wir verlangen, nur hätte dieses der Magistrat früher erklären sollen, denn jetzt ist der Zeitpunkt verpaßt. Wäre die Erklärung früher erfolgt, hätte die Ansteckungsgefahr vielleicht noch vermindert werden können, indem die Väter sich dann leichter entschlossen haben würden, ihre kranken Kinder in das Krankenhaus zu bringen. Es steht auch fest, daß die im Hause behandelten Fälle schwerer verlaufen sind, als die Fälle, welche im Krankenhause behandelt worden sind. Ich muß gestehen, daß ich die Haltung des Magistrates unbegreiflich finde, und ich kann nicht einsehen, welche gesetzlichen Hindernisse im Wege standen, daß der Magistrat die heutige Erklärung nicht schon damals abgegeben hat.

Der Typhus ist eine äußerst schwer zu behandelnde Krankheit, wie der Magistrat bei seinen Verhandlungen mit Fachleuten auch schon gehört haben wird. Die Aerzte sind sich darüber einig, daß die moderne Behandlung des Typhus eine diätetisch-prophylaktische sein muß. Einer der bedeutendsten Kliniker, dessen Handbuch wohl in den Händen aller Aerzte sein wird, Prof. Dr. Strümpell, gibt über die Behandlung Typhuskranker so ausführliche und umfassende Anweisungen — welche Redner teilweise verliest, — daß die ordnungsmäßige Behandlung solcher Kranken im Privathause geradezu eine Unmöglichkeit ist. Deshalb mußte der Magistrat sofort nach Ausbruch der Epidemie eine Erklärung veröffentlichen, woraufhin sich die Väter erkrankter Kinder leichter entschlossen, diese in ein Krankenhaus zu geben. Statt dessen hat man die Aufbringung der Kosten der privaten Mildthatigkeit überlassen und hat den betreffenden Eltern die Demütigung nicht erspart, sich an diese zu wenden. Aber auch dabei ist die Organisation eine schlechte gewesen, denn mir sind Fälle bekannt, daß von dort verdorbenes Fleisch geliefert worden ist. Wir wollen immer den Fremdenverkehr heben; glauben Sie nun wohl, daß derartige Vorgänge und Unterlassungen, welche deutlich zeigen, daß man nicht alles getan hat, um solche Gefahr zu beseitigen, zur Hebung des Fremdenverkehrs dienen? Es wäre die Pflicht des Magistrats gewesen, jene Erklärung rechtzeitig zu erlassen.

Was die Ursache der Infektion betrifft, so ist es wohl richtig, daß sie an der Milch gelegen hat; jedoch möchte ich bezweifeln, daß der Molkerei ein Verschulden nachgewiesen werden kann, denn es ist schon zuviel Zeit verstrichen. Dagegen ist es notorisch, daß fortgesetzt Magermilch, also minderwertige, und halbfaure Milch

für die Waldspiellinder geliefert worden ist, eine Tatsache, die so unumstößlich ist, daß sie anderen Behörden noch Veranlassung geben sollte, sich damit zu beschäftigen. Wir haben aber die Absicht, noch jezt gutzumachen, was sich noch gutmachen läßt. Herr Stadtrat von Frankenberg hat sodann den Versuch gemacht, die Sache so darzustellen als ob wir unser Parteiinteresse der öffentlichen Gesundheitspflege zuvorgelegt hätten. Das ist aber nicht geschehen. Wir haben niemals irgend eine Aufforderung erlassen, sondern wir haben nur erklärt, daß sich manche Väter durch den ihnen drohenden Verlust des Wahlrechtes verleiten lassen würden, ihre Kinder nicht gleich oder überhaupt zu spät in das Krankenhaus zu schicken, und mit dieser Tatsache hätte der Magistrat von vornherein rechnen sollen.

Herr Blasius: Ich will Ihnen keine medizinischen Vorlesungen halten, wie es der Herr Vorredner angefangen hatte; ich kann aus langjähriger Erfahrung nur soviel mitteilen, daß der Typhus gar keine schwer zu behandelnde Krankheit ist, im Gegenteil, es gibt in der größten Mehrzahl der Krankheitsfälle kaum angenehmere Kranke zu behandeln, als Typhuskranke. Die Grundsätze der Typhusbehandlung sind so allgemein bekannt, daß darin keine Schwierigkeit liegen kann. Was nun die Behandlung in Krankenhäusern oder in Privatwohnungen betrifft, so steht fest, daß bei engen Wohnungen und sonst dürftigen Lebensverhältnissen eine Behandlung im Krankenhause der Behandlung im Privathause vorzuziehen ist. Aber trotzdem ist es in den einfachsten bürgerlichen Verhältnissen, wo eine Mutter für ihr krankes Kind sorgt, einem Privatarzte sehr gut möglich, ein typhuskrankes Kind zu behandeln.

Was die Waldspiele selbst anbetrifft, so bedauere ich im allerhöchsten Grade, daß das Unglück aus der menschenfreundlichen Einrichtung, die von einzelnen Herren und Damen getroffen wurde, sich herleitet. Bei diesen Spielen waren alle Vorsichtsmaßregeln getroffen und wurde für die Kinder ordentlich gesorgt; aber Bettentöser tat einmal den Ausspruch: Pilzdicht können wir die Welt nicht machen, und so können auch Typhusbazillen in eine solche größere Gemeinschaft kommen, ohne daß irgend jemanden ein Vorwurf trifft. Man weiß heute noch nicht, wie die Bazillen in die Waldspiellinder gekommen sein sollen, das ist noch in keiner Weise erwiesen. Es sind hier Aeußerungen gefallen, nach welchen der Typhus durch die Milch hereingebracht sein soll, das ist aber nicht festgestellt. Bis jezt ist noch in keinem Falle die Uebertragung des Bazillus aus der Milch nachgewiesen, und wenn es auch feststeht, daß die Infizierung in der zweiten Julwoche bei den Kindern im Wexlumer Holze erfolgt ist, so wissen wir doch nicht, wie die Kinder infiziert worden sind, das sind nur Vermutungen, und darf man das nicht so sicher aussprechen, wie das hier geschehen ist.

Hinsichtlich der Folgen der Waldspiele stehe ich mit den meisten Bürgern unserer Stadt auf dem Standpunkte, daß der Magistrat, die Polizeibehörde und

die Aerzte alles getan haben, was in ihren Kräften stand und müssen wir den Behörden dafür sehr dankbar sein, sie haben reichlich, sie haben sehr viel getan und ich wüßte nicht, was noch mehr hätte geschehen sollen, ja, ich würde es für vor- eilig gehalten haben, wenn noch mehr Maßregeln getroffen wären. Was nun die finanzielle Behandlung der Sache betrifft, so stehe ich, wie viele der anwesenden Herren, auf dem Standpunkte, daß es Sache der Stadt ist, die Kosten zu tragen, welche für eine Reihe von Familien durch die Epidemie entstanden sind und daß diese Bewilligungen nicht als Armenunterstützungen in dem Sinne aufzufassen sind, daß sie dem Ernährer der Familie das Wahlrecht nehmen. Ich glaube, der Ma- gistrat steht mit mir auf dem gleichen Standpunkte in dieser Frage. Wenn der Antrag Wesemeier heute zur Erledigung kommen soll, so würde ich also dafür nicht eintreten können, weil in dessen Begründung ein Vorwurf gegen den Magistrat liegt. Dagegen würde ich einer Resolution zustimmen des Inhalts, daß die Ver- sammlung die infolge der Waldspiele aufgetretenen Typhusfälle außerordentlich bedauert, das Vorgehen des Magistrates und der übrigen Behörden billigt und dafür eintritt, daß die durch die Epidemie entstandenen Kosten von der Stadtkasse getragen werden.

Herr Stegmann: Herr Hauswaldt hat hier das hohe Lied von der Wohl- tätigkeit gesungen, in das ich aber nicht einstimmen kann. Wenn man sich die Wohltätigkeit bei Tage ansieht, so wird man vielfach finden, daß sie ein sehr häß- liches Gesicht zeigt, obwohl das hier nicht zutreffen wird. Die Empfangnahme jeder Wohlthat hat stets für den Empfänger ein bedrückendes Gefühl, denn das Selbstbewußtsein desselben wird stets untergraben werden und er fühlt sich zur Dankbarkeit gegen den Geber verpflichtet.

Sodann möchte ich einiges zu den Waldspielen selbst bemerken, deren vor- zügliche Einrichtung Herr Hauswaldt so sehr rühmt. Ist denn die Sache in ihrer Ausführung wirklich so lobenswert gewesen? Wenn man den armen Kindern, die zum Teil sogar kränklich waren, wirklich etwas Gutes bieten wollte, so hätte man ihnen nicht eine derartige Milch zum Löschen ihres Durstes geben sollen. Dieses abscheuliche, ausgepreßte Zeug, was man Magermilch nennt, und das für 2 S bis höchstens 3 S , das Liter im Großhandel zu haben ist, würden Sie wahrscheinlich Ihren Kindern auch nicht geben. (Lebhafter Widerspruch.) Nein, diese Art von Wohltätigkeit zeigt denn doch ein ganz eigenartiges Gesicht. Die Herren und Damen, welche die Spiele veranstaltet haben, kann man nicht von dem Vorwurfe frei sprechen, daß sie nicht genügende Aufmerksamkeit auf die Spiele verwandten, mögen sie auch den besten Willen gehabt haben. Es sollen öfter Kannen schlechter Milch geliefert sein, welche stank und fortgegossen werden mußte, sodaß selbst die Hunde sie nicht saufen mochten. Dieses ist der Beweis dafür, daß seitens der be- treffenden Personen nicht genügende Aufsicht geübt worden ist.

Was nun den Magistrat betrifft, so hat Herr Stadtrat von Frankenberg mit Pathos erklärt, er hätte von Anfang an auf dem Posten gestanden, und haben ihn auch schon mehrere Herren dieserhalb in Schutz genommen. Was hat denn aber der Magistrat getan? Er hat den Barackenbau veranlaßt und hat im übrigen gar nichts getan. Herr Stadtrat von Frankenberg hat sich auch darüber aufgehalten, daß ich mich nach nichts weiter erkundigt habe, als darnach, ob die stadtseitige Uebernahme der Verpflegungskosten als Armenunterstützung anzusehen sei. Hierauf habe ich zu erwidern, daß das auch für mich ein sehr schwerwiegender Punkt ist, denn jeder Bürger scheut sich, Armenunterstützung anzunehmen, schon weil ihm dadurch das Wahlrecht verloren geht. Ich bin von einem bei der Sache Beteiligten speziell veranlaßt worden, solche Erkundigung einzuziehen, weil diesem von einem Armenpfleger gesagt worden war, es sei Armenunterstützung. Für den Magistrat liegt wirklich gar keine Veranlassung vor, ein solches Pathos bei dem Wenigen, was er getan hat, anzustimmen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß der Antrag Wesemeier sehr wohl angenommen werden kann, denn wenn für die Stadt auch keine rechtliche Verpflichtung vorliegt, die Kosten zu übernehmen, so liegt eine moralische Verpflichtung jedenfalls vor.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Herzberg hat gemeint, die von verschiedenen Vätern kranker Kinder vertretene Ansicht, man solle die Armenunterstützung nicht nehmen, würde von Seiten der hier anwesenden Gesinnungsgenossen jener Väter nicht gebilligt; ich glaube indessen, darum kommen Sie nicht weg, daß diese Ansicht als die von Ihnen vertretene betrachtet wird. Nach dem „Volksfreunde“ hat Herr Wesemeier in der Versammlung am Montag u. a. gesagt:

„Die Behandlung im Krankenhause ist nicht billig, die Arbeiter können die Kosten nicht tragen, bringen sie ihre Kinder ins Krankenhaus, dann gehen sie ihrer Staatsbürgerrechte verloren, weil sich der Magistrat auf den Buchstaben beruft und das als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln betrachtet. Die Arbeiter wollen sich aber ihre Rechte nicht schmälern lassen und tragen lieber Not und Elend. Die Behandlung aus öffentlichen Mitteln ist um so nötiger, als die Schulbehörde bei den Spielen mitgewirkt hat. Der Magistrat hätte erklären müssen, wir übernehmen die Behandlung, ohne daß die Betreffenden entrechtet werden. In solchen Fällen hat die Stadtverwaltung eingzugreifen. Von allen Erkrankten sind 84 im Krankenhause behandelt. Redner führt einige Fälle an, wo Krankenhauspflege abgelehnt wurde, weil der Verlust der politischen Rechte die Folge gewesen wäre. Die eigenartige Stellung des Magistrates in dieser ganzen Sache spricht für seine Rückständigkeit.“

Für den Magistrat hat also Herr Wesemeier Worte des Tadelns genug und übergenug gehabt, aber kein Wort des leisesten Vorwurfs gegenüber den pflicht-

widrig handelnden Vätern, welche die Rücksicht auf die Partei höher gestellt haben, als dasjenige, was dem Menschenherzen am nächsten ist: die Fürsorge für sein eigen Fleisch und Blut.

Was die finanzielle Seite der Sache betrifft, so geht der Antrag des Herrn Blasius doch wohl zu weit. Gerade einer derartigen Gesinnung gegenüber steht dasjenige preiszugeben, was in unserm geordneten und bewährten Armenwesen die Regel bildet, dazu liegt doch wohl keine Veranlassung vor; denn das hieße in unser Armenwesen Breche zu legen und würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Zeichen der Schwäche bedeuten, auch dürfte es schwer werden, das Armenwesen dann wieder in geregelte Verhältnisse zurückzuführen. Die Anregung des Herrn Hauswaldt verstehe ich so, daß es keines formellen Beschlusses bedürfe, um den Kredit zu bewilligen, der nötig gewesen ist, um die Epidemie zu verhindern, also die Mittel bereitzustellen, welche vom gesundheitspolizeilichen Standpunkte aus unausbleiblich aufzuwenden waren. Es wird darüber noch eine Vorlage an die Versammlung gelangen und ich bin überzeugt, daß uns die Versammlung dann nicht verlassen wird.

Herr Wolff: Ich möchte besonders drei Punkte beleuchten.

Zunächst war ich sehr angenehm überrascht, als Herr Herzberg hier in so ruhiger Weise seinen Standpunkt vertrat. Man kann über den hierbei einzunehmenden Standpunkt verschieden urteilen, die Art aber und die Form, in welcher Herr Herzberg hier seine Ansicht vertreten hat, wird allgemeinen Beifall finden. Im schneidendsten Gegensatz hierzu steht aber ein Artikel in Nr. 191 des unter der verantwortlichen Leitung des Herrn Herzberg stehenden „Volksfreund“, in dem meiner Ansicht nach in vollständig falscher Weise die vorliegenden Verhältnisse geschildert werden. (Widerspruch.) Ich möchte das hierdurch auf das schärfste festlegen.

Sodann beklage ich für meine Person aufs tiefste, daß die Annahme einer Armenunterstützung den Verlust gewisser politischer Rechte im Gefolge hat. Diese Bestimmung sollte man mildern oder beseitigen, und würde ich für deren völlige Beseitigung sein. Zur Zeit besteht sie aber einmal und trotzdem wollen uns die Herren zumuten, angesichts dieses Zustandes ins ungemessene Armenunterstützungen zu geben, ohne aber die Empfänger im Wahlrechte zu beschränken. Einer der Vorredner hat diese Verhältnisse verglichen mit denen Schlesiens. Die Zustände in Schlesien stehen aber quantitativ und qualitativ himmelhoch über den hiesigen Zuständen. In Schlesien besteht ein entsetzlicher, alle Herzen niederdrückender Notstand, während es sich hier glücklicherweise um ein verhältnismäßig geringfügiges Unglück handelt. Wenn man unverschuldetes Unglück ausnehmen will, wo soll da die Grenze bezüglich der Armenunterstützung gezogen werden? Eine Grenze muß man aber ziehen. Wenn z. B. eine arme Frau von einem Dachziegel getroffen

wird und muß ins Krankenhaus gebracht werden, warum soll man dieser Frau nicht in würdiger Form helfen? Ohne weiter auf diese Frage eingehen zu wollen, will ich nur bemerken, daß es schwer ist, die richtige Grenze zu ziehen; weshalb die Frage sorgfältig geprüft werden muß, wie weit die Stadt aus ethischen Gründen verpflichtet ist, Mittel zu gewähren, wo es dringend notwendig erscheint. Ich finde die Begrenzung ähnlich dort, wo sie Herr Hauswaldt findet: Ueberall da, wo im öffentlichen Interesse Opfer von den Bürgern verlangt werden, wo man ihnen ihre bisherige Beschäftigung verbietet, oder sie zwingt, ihre Angehörigen ins Krankenhaus zu bringen, überall da muß die Stadt eintreten und die Mittel gewähren, und zwar nicht als Armenunterstützung, sondern als Entschädigung der Leute für die Opfer, welche ihnen auferlegt werden, und hoffe ich, daß der Magistrat in diesem Sinne verfahren wird. Darüber hinaus halte ich aber alle Bemühungen für eine verfehlte Sache. An der gesetzlichen Vorschrift wegen des Verlustes des politischen Wahlrechtes möge dagegen nach Kräften gerüttelt werden.

Nun habe ich noch etwas vorzubringen, was unsere Herzen schon vor Jahren bewegt hat. Ich möchte nämlich daran erinnern, daß wir von jeher hier den Standpunkt vertreten haben, Staat und Stadt möchten dafür sorgen, Gesundheits-Inspektoren nach Art der Physici anzustellen, die nichts anderes zu tun haben, als ihre Tätigkeit auf die gesundheitlichen Verhältnisse zu erstrecken und z. B. alle gelieferten Nahrungsmittel einer Untersuchung zu unterziehen. Solche Herren müssen fortwährend für das Gemeinwohl tätig sein und dürfen hiervon nicht etwa durch den Nebenbetrieb einer ärztlichen Praxis abgelenkt werden. Wir müssen also im hohen Maße gut besoldete Herren haben, die ähnlich wie die Gewerbeinspektoren prophylaktisch wirken und Unglück zu verhüten suchen. Ich möchte anregen, ob nicht in der Beziehung etwas geschehen kann, denn ich glaube, von solcher Einrichtung kann man sich unendlichen Vorteil versprechen. (Zustimmung.)

Herr Jasper: Ich will hier nicht untersuchen, welche der beteiligten Faktoren, die die Kinder in den Wald gelockt haben, die Schuld an dem Unglück trifft, und ob alles so bestellt gewesen ist, wie es sein mußte. Mir ist z. B. gesagt worden, daß die ganze Einrichtung viel zu wünschen übrig gelassen habe, und daß nicht nur die Milch schlecht gewesen, sondern sie auch in einer so unsauberen Weise behandelt sei, um eine Ansteckungsgefahr leicht herbeizuführen. Dieses ist indessen nicht dem Magistrate zur Last zu legen, dessen Sünden ich heute allein im Auge habe. Ich will auch nicht in den medizinischen Streit eingreifen, welcher vorhin zwischen den Herren Herzberg und Blasius darüber ausgebrochen war, ob der Typhus schwer oder leicht zu behandeln ist. Einig sind beide Herren darin gewesen — und das möchte ich als das wesentliche daraus entnehmen — daß bei dem Typhus eine Behandlung im Krankenhause besser ist, als eine Behandlung im Privathause, besonders aber dann, wenn in dem Hause nicht genügende Mittel vorhanden sind, um alles

zu tun, was die Krankheit erfordert. In allen den Häusern aber, wo jetzt der Typhus hier eingezogen ist, waren die Familienväter meist nicht in der Lage, eine ordnungsmäßige Behandlung der Kranken durchzuführen. Dieser Tatsache gegenüber hat der Magistrat nicht das getan, was seine Pflicht war. Ihm war bekannt, daß ein großer Teil der betroffenen Väter einen größeren Wert auf die politischen Ehrenrechte legt, als Herr Stadtrat von Frankenberg zu tun scheint. Ihm war auch weiter die Tatsache bekannt, daß diese Rechte verloren gehen, wenn ein Familienvater, der unschuldig in Not geraten ist, Armenunterstützung bekommt. Gleichwohl sah sich der Magistrat nicht veranlaßt, irgend etwas zu tun, damit diesen unschuldig in Not geratenen Vätern der Schimpf erspart blieb, Armenunterstützungen anzunehmen und dadurch des Wahlrechtes beraubt zu werden. Der Magistrat mag in dem guten Glauben gehandelt haben, er allein sei gesetzlich nicht in der Lage, etwas in der Sache zu tun; ich würde indessen diesen Glauben durchaus für einen Irrtum erklären müssen. Jedenfalls aber war es Pflicht des Magistrates, sofort nach Ausbruch der Epidemie an die Stadtverordneten-Versammlung heranzutreten und den Sachverhalt klar zu legen, und glaube ich, nach der Stimmung, welche heute sich von jener Seite zu dieser Frage geäußert hat, annehmen zu dürfen, daß sich eine große Mehrheit gefunden hätte, welche sagte: bei einer derartig unschuldig herbeigeführten Not ist es verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Stadt, öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, ohne dabei irgendwie die politischen Rechte der Beteiligten zu kränken. Das hat der Magistrat nicht getan, weshalb ich ihm diesen Vorwurf nicht ersparen kann. Wenn aber der Vertreter des Magistrates hier vorhin gesagt hat, kein Vater habe das Recht, seinem Kinde eine ordentliche Krankenpflege zu entziehen, nur um nicht seiner politischen Rechte verlustig zu gehen, so möchte ich darauf erwidern: keine Obrigkeit der Stadt hat das Recht, einen Vater in den Konflikt zu treiben, entweder seine politischen Rechte aufzugeben, oder sein Kind sterben zu lassen. Wenn sich der Vertreter des Magistrates dann ferner hinstellt und sagt: wir sind immer gern bereit, Auskunft zu geben über unser Tun und dann erwähnt, daß ein Mitglied der Versammlung gekommen sei und gefragt habe, wie der Magistrat die Unterstützungen zu behandeln gedenke, ob sie als Armenunterstützungen angesehen würden, so hat der Herr Stadtrat aber nicht erwähnt, was er auf diese Frage geantwortet hat. Trotzdem damals die Epidemie schon drei Wochen im Gange war, antwortete er nämlich gleichwohl: Ueber diese Frage haben wir uns im Magistrate noch nicht schlüssig gemacht. (Herr Bürgermeister Metemeyer: Sehr richtig.) Herr Stadtrat von Frankenberg hat dann weiter gesagt: Wenn der betreffende Herr mehr gefragt hätte, würde ich ihm gern mehr gesagt haben. Es ist das also, als ob man nur auf einen Knopf zu drücken brauchte, um eine prompte Antwort herauszuholen. Heute war der Herr Stadtrat dagegen viel offener und gab Auskunft, auch ohne danach gefragt

zu sein. Ich glaube, es würde im Interesse der Allgemeinheit gewesen sein, wenn er schon damals die Mitteilung gemacht hätte, daß der Desinfektionsapparat, der Transportwagen zc. unentgeltlich zur Verfügung gestellt und die Kosten nicht als Armenunterstützungen angerechnet würden. Das wäre immerhin schon ein Entgegenkommen gewesen, und brauchte sich der Herr Stadtrat Herrn Stegmann gegenüber damals nicht so schweigsam zu verhalten. Wenn nun ferner Herr Stadtrat von Frankenberg, der immer vorgibt, eine wohlwollende Gesinnung für die Arbeiterschaft zu haben, heute sagt: wir wollten ja alles tun, aber jetzt unter keinen Umständen, so ist das nicht mehr eine ohne Voreingenommenheit auf die Sache selbst eingehende Auseinandersetzung, sondern eine Scharfmacherpolitik, denn es heißt klipp und klar: wir wollen Herren im eigenen Hause sein, und es wäre als ein Zeichen der Schwäche anzusehen, wenn wir tun würden, was die Stadtverordneten-Versammlung für eine Pflicht der Stadt erklärt hat, und nur weil die Anregung von dieser Seite gekommen ist, wollen wir es nun und nimmer tun.

Das „geordnete Armenwesen“, welches Herr Stadtrat von Frankenberg vorhin so gepriesen hat und an das er die Beteiligten verweist, zeigt zur Genüge, in welchem Sinne der Magistrat die betreffenden Väter abfinden will und daß es ihm gar nicht so unangenehm ist, sofern bei den Beteiligten politische Rechte verloren gehen. Wenn nun von Herrn Hauswaldt bedauert ist, daß der Antrag Wesemeier nicht weit genug ginge und es eine falsche Beschränkung wäre, zu sagen, nur die Typhuskranken, welche infolge der Beteiligung an den Waldspielen oder an den Knabenhorten krank geworden sind, sollen aus öffentlichen Mitteln entschädigt oder geheilt werden, so kann ich darauf nur erwidern, daß der Antragsteller den Herren entgegenkommen und den Vorwurf vermeiden wollte, welchen sofort auch Herr Wolff erhoben hat, indem er sagte, wohin soll es führen, wenn wir allen etwas gewähren wollen. Dem einen geht also der Antrag zu weit und dem anderen nicht weit genug. Wie Ihnen wohl allen bekannt, steht die sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkte, daß die Krankenpflege aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten ist. Da dies auch mein Standpunkt ist, so würde ich es begrüßen, wenn jene Seite damit einverstanden wäre, daß wir das in Braunschweig einführen. Hierüber scheint eine sehr wohlwollende Gesinnung in der Versammlung zu herrschen, ich werde daher bei gelegener Zeit einen dahingehenden Antrag einbringen und hoffe, daß bis dahin keine Gesinnungsänderung bei den Herren eintritt, auch wenn der Antrag nicht vom Magistrat, sondern von dieser Seite der Versammlung ausgeht. Die Herren denken wohl objektiv genug, um nicht darnach zu sehen, von wo der Antrag ausgeht. Die Mehrheit der Herren ist wohl auch mit der hier vorliegenden Sache selbst einverstanden und wird ferner damit einverstanden sein, daß den Magistrat ein großes Verschulden trifft und er nicht in der Weise vorgegangen ist, wie ich es für wünschenswert erklärt

habe. Wir können wirklich von Glück sagen, daß die Epidemie infolge der Unterlassungssünden des Magistrates nicht noch einen größeren Umfang angenommen hat, als es tatsächlich der Fall ist.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Ich bin Herrn Wolff gegenüber der Ansicht, daß der Magistrat, soweit es sich bei dieser Epidemie um Maßnahmen handelt, die aus irgend welchen polizeilichen Rücksichten geboten erscheinen, von einer Armenunterstützung nicht reden darf. Es handelt sich dabei um die Kosten der Desinfektion, des Krankentransportes und der Behandlung im Krankenhaus, sofern solche als im allgemeinen Interesse notwendig erscheint. Ich begreife angesichts dieser Tatsache nicht, wie jemand sagen kann, daß der Magistrat mit dieser Erklärung erst heute herausträte, da er doch diesen Standpunkt stets vertreten hat. Soll der Magistrat etwa seine Ansicht über die Auslegung der Gesetze fortgesetzt bekannt machen? Dazu liegt doch wohl kein Grund vor. Wir haben den betreffenden Ärzten unsere Ansicht hierüber bekannt gegeben und es ist darnach verfahren worden. Das dürfte wohl genügen.

Sodann möchte ich noch eins hervorheben. Es ist ja erklärlich, daß man bei einem solchen Unglück nach einem Sündenbock sucht und nun auf die Veranstalter der Waldspiele alle Schuld schieben will. Ich möchte wohl einmal sehen, ob Herr Dr. Jasper, wenn er in dem Komitee für die Waldspiele gesessen hätte, die Sache anders gemacht hätte und ob er dann hier dasselbe gesagt haben würde. Ich glaube nicht, daß sich solche Sachen so genau kontrollieren lassen, wie das hier angenommen wird, namentlich da es sich um freiwillige Helfer und nicht um angestellte Beamte dabei handelte. Eins glaube ich aber: so leicht wird sich niemand wieder finden, der für die Waldspiele eintritt, ich danke wenigstens.

Viel wunderbarer ist mir aber noch die von Herrn Dr. Jasper vorgebrachte Sache wegen der Armenunterstützung; wenn auch diese Frage durchaus nicht dazu angetan ist, solche Erregung bei einzelnen Herren hervorzurufen. Auch dieses läßt sich in aller Ruhe hier besprechen. Herr Dr. Jasper sagt also, daß der Magistrat den Leuten das Wahlrecht geraubt hätte und daß es schimpflich wäre, eine Armenunterstützung anzunehmen. Sehen Sie sich doch einmal unsere Listen der Empfänger von Armenunterstützungen an: es werden weit über 100 000 M jährlich an solchen Unterstützungen bezahlt und die Empfänger dieser Gelder sollen alle beschimpft sein? Ich würde mich schämen, so etwas zu sagen. (Zustimmung.) Sie können außerdem auch gar nicht dekretieren und sagen, das ist Armenunterstützung und das ist keine. Herr Dr. Jasper scheint zu glauben, der Magistrat habe eine allmächtige Stellung und könne bestimmen, was als Armenunterstützung anzusehen sei und was nicht. Ich begreife nicht, wie ein Jurist sich über die gesetzlichen Vorschriften so hinwegsetzen kann. Bis jetzt habe ich auch noch nicht begreifen können, worin der Unterschied besteht zwischen der Armenunterstützung,

die Sie alle Jahre mit dem Etat bewilligen und der Armenunterstützung, die jetzt den Typhuskranken gewährt werden soll. Ich verstehe diesen Unterschied nicht. Auch wenn die städtischen Behörden beschließen sollten, daß letzteres keine Armenunterstützung sein soll, so ist es doch welche. Sind wir denn in der Lage, die Gesetze zu ändern? Die Armenunterstützung hat als Voraussetzung, daß jemand kommen und darum nachsuchen muß, nach dem Sage beneficia non obtruduntur. Wenn aber beschlossen wird: du sollst die Mittel in Empfang nehmen, so ist das keine Armenunterstützung. Nun bringen Sie aber den Magistrat in eine schwierige Lage, wenn er entscheiden soll, daß es in dem vorliegenden Falle keine Armenunterstützung gewesen sei. Herr Dr. Jasper hat weiter gemeint, der Magistrat hätte müssen mit der Erklärung herauskommen, daß es sich hier nicht um Armenunterstützung handle. Darauf will ich erwidern, daß wir an diese Frage bei der großen Not überhaupt gar nicht gedacht haben. Dieser Gedanke hatte uns damals wirklich noch nicht beschäftigt und ist es mir auch unverständlich, daß Herr Stegmann heute noch nicht einmal weiß, welche Folgen die Annahme von Armenunterstützungen hat. Was hat die Eigenschaft als Bürger mit der Armenunterstützung zu tun? Die Annahme einer solchen hat nur zur Folge, bei der Reichstagswahl nicht mit wählen zu dürfen, während das Bürgerrecht deshalb durchaus nicht ruht. Ehe man solche Sachen ausspricht, muß man sich erst einmal darüber vergewissern. Die städtischen Behörden können also gar nicht sagen, es solle eine Unterstützung in dem einen oder anderen Falle keine Armenunterstützung sein, sondern das Wesen des Gebens und Nehmens ist das entscheidende. Jedenfalls darf sich der Magistrat über die Reichsgesetze nicht hinwegsetzen.

Herr Löschigk: Auch ich stehe auf dem Standpunkte, daß es besser gewesen wäre, wenn die erkrankten Kinder, sobald die Ärzte dieses anordneten, sämtlich nach dem Krankenhause gekommen wären. Man hat auch mich dieserhalb um Rat gefragt und habe ich stets empfohlen, dem Arzte zu folgen. Uebrigens handelt es sich hier nicht nur um arme Kinder, denn beispielsweise ist auch das Kind eines meiner Arbeiter dabei und das ist kein armer Mann. Unter meinen Arbeitern befindet sich kein armer Mann und ich könnte Ihnen duzendweise Leute nennen, die es zurückweisen, wenn von ihnen als armen Leuten gesprochen wird. Hierbei möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Eltern vielfach, selbst wenn sie die Mittel dazu besitzen, ihre Kinder nicht ins Krankenhaus schicken wollen, weil sie eine gewisse Abneigung dagegen besitzen. Mein Arbeiter erklärte mir auch, er würde sein Kind nicht ins Krankenhaus schicken, zumal er dann auch das Wahlrecht verlöre. Ich habe ihm das ausgerebet und habe auch einem anderen Arbeiter empfohlen, dem Räte des Arztes zu folgen und sein Kind dem Krankenhause zuzuführen. Es ist viel besser, die Eltern darauf hinzuweisen, daß sie gut tun, ihre Kinder in solchem Falle ins Krankenhaus zu bringen. Die hier vorgeführte

politische Angelegenheit hat damit gar nichts zu tun, das Gefühl und das Interesse für die Kinder muß die Hauptsache bleiben. Wenn die Herren auf jener Seite recht hätten mit ihrer Ansicht, dann dürfte mein Arbeiter auch nicht einmal von mir eine Unterstützung annehmen. In solchem Falle ist aber jede Hülfe angebracht.

Wenn nun hier den Unternehmern der Waldspiele ein Vorwurf gemacht wird dahingehend, daß sie den Kindern schlechte Milch gegeben haben sollen, so bin ich von maßgebender Stelle autorisiert worden, hier zu erklären, daß die Milch im vorigen Sommer nur ganz vereinzelt angesäuert gewesen ist und in diesem Sommer bis auf den einen Fall immer gut war. Woher die Erkrankungen kommen, steht noch gar nicht fest, denn man weiß nicht, ob die Ansteckungen aus dem Wasser oder aus der Milch herrühren. Hätten die Kinder statt der Magermilch Wasser zum Löschen des Durstes bekommen, so würden hier wohl noch andere Ausstellungen gemacht worden sein. Es ist auch wohl erwogen, den Kindern solche Milch zu geben. Jeder wird an sich schon erfahren haben, daß auch die Vollmilch im Sommer einmal gerinnt und daß sie, namentlich wenn augenblicklich keine andere Milch zur Stelle ist, trotzdem öfter zum Kaffee genommen wird, ohne Schaden anzurichten. Gegenüber der hier geäußerten Anschauung, als ob die Magermilch nur Schweinefutter wäre, möchte ich bemerken, daß ich auf einem ganz anderen Standpunkte stehe. Was wird aus Magermilch gemacht? Wie jedermann bekannt ist, wird daraus der Käse fabriziert und dieser gehört durch seinen Eiweißgehalt mit zu den nährhaftesten Sachen. Wenn die Kinder, wie das hier geschehen ist, pasteurisierte Milch erhalten, so ist das noch hundertmal besser, als wenn sie Wasser bekommen. Meine Kinder haben z. B. von klein auf verdünnte Milch erhalten, weil nicht jedes Kind die Vollmilch vertragen kann. Hier haben eben unglückselige Verhältnisse mitgewirkt, deren Ursprung man nicht kennt. Wenn Sie fest behaupten könnten, die Milch sei schuld und es treffe irgend jemanden ein Verschulden, so wäre ich dafür, ihn heranzukriegen, aber so einfach auf Vermutungen und Redereien hin solche Verdächtigungen auszusprechen, ist sehr gefährlich. Man sollte die Schädigung eines Geschäftsmannes nicht so leicht nehmen, die hiesige Molkerei ist aber hierdurch ungeheuer geschädigt worden. Bedenken Sie, daß die Braunschweiger Molkerei uns stets gute Milch geliefert hat und man ihr das Zeugnis ausstellen kann, ein sauberes Institut zu sein. Das involviert allerdings noch nicht, daß nicht auch im besten Betriebe einmal ein Fehler vorkommen kann. Selbst in Apotheken kommen Fehler vor, die schon oft Menschenleben gekostet haben, wie ja denn überall Fehler gemacht sind und noch gemacht werden, wo Menschenhände arbeiten, ob nun kluge oder weniger kluge Menschen dabei tätig sind. Ehe man aber jemandem direkt einen Vorwurf macht, soll man sich doch erst überzeugen, ob der Vorwurf gerecht ist. Auch der den Behörden hier gemachte Vorwurf ist nicht gerecht. Es wäre sehr schön gewesen,

wenn die Herzogliche Polizeidirektion einfach dekretiert hätte, sämtliche Typhusfranken kommen ins Krankenhaus; ich hätte dann aber einmal das Geschrei der Beteiligten hören mögen. Wenn die Behörden alles getan haben, was vom menschlichen und vom wissenschaftlichen Standpunkte aus möglich und nötig ist, so sollte man das doch auch einsehen und anerkennen. Daß die hier vorgetragene Ansicht mit dem Schwingen des Bettelsackes in den beteiligten Kreisen nicht überall geteilt wird, zeigt sich deutlich aus der Mitteilung des Herrn Stadtrats von Frankenberg, nach welcher die Eltern von 137 Kindern von der allgemeinen Wohltätigkeit Gebrauch gemacht haben. Und wenn hierdurch nur ein Kind gerettet sein sollte, so hat diese Hilfstätigkeit ihren Zweck erreicht. Wenn aber wirklich Magistrat und Stadtverordnete gefehlt haben sollten, was ich durchaus nicht anerkennen kann, so lassen Sie uns eine Lehre daraus ziehen für die Zukunft und rechtzeitig vorbeugen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Löschigt möchte ich noch folgendes erklären: Nach den Mitteilungen des Physikus Dr. Müller ist zwar fast bis zur Gewißheit festgestellt worden, daß die Ansteckung der Kinder durch die Milch verursacht sei, daß aber trotzdem kein Vorwurf gegen die Molkerei erhoben werden könne, ja, ein Verschulden derselben sogar als ausgeschlossen angesehen werden müsse. Wenn nun Herr Dr. Jasper meinte, ich hätte mich Herrn Stegmann gegenüber ausführlicher aussprechen können, so will ich dazu bemerken, daß ich Herrn Stegmann erklärt habe, meine persönliche Ansicht wäre diejenige, wie sie heute Herr Bürgermeister Metemeyer dargelegt hat, daß also eine Beihilfe aus der Armentasse als solche anzusehen wäre, daß sich aber die Frage prüfen ließe, ob die Aufnahme der Kinder in das Krankenhaus nicht im Einzelfalle als eine polizeiliche Maßnahme anzusehen wäre, bei der dann von einer Armenunterstützung nicht die Rede sein könne. Ob sodann Herr Dr. Jasper das Recht hat, zu sagen, daß ich nur vorgebe, arbeiterfreundlich zu sein, lasse ich dahingestellt; Herr Dr. Jasper kann sich darüber bei manchem Arbeiter und auch bei manchem Arbeitgeber erkundigen. Es ist das nicht nur ein Vorgeben meinerseits, sondern eine Tätigkeit von 12 Jahren dürfte Beweis genug dafür sein.

Nicht der Magistrat ist der Schuldige in dieser Sache, auch die Väter der erkrankten Kinder nicht, sondern, ich kann nicht anders, als zu erklären, der Hauptschuldige ist die Partei, welche Sie vertreten, an Ihre Rockschöße hängen sich diese Väter und die werden Sie nicht wieder los. Das wollen wir Ihnen gedenken!

Herr Blasius: Es ist hier von der Magermilch die Rede gewesen. Magermilch ist nichts anderes, als entfettete Milch, aus der die Buttermilchchen herausgenommen sind. Diese Milch ist ein ganz außerordentlich wichtiges Nahrungsmittel, in dem alle nahrhaften Eiweißsubstanzen und Salze noch enthalten sind, so daß dabei von etwas Schlechtem nicht die Rede sein kann. Die Braunschweiger

Molkerei besuche ich sehr oft, indem ich dort die sterilisierte Milch kontrolliere, und kann ich mich nur dahin aussprechen, daß ich dort stets einen musterhaften Betrieb gefunden habe. Typhusbazillen können aber überall vorkommen, ohne daß Jemanden die Schuld daran trifft und glaube ich nicht, daß man dem Betriebe in der Molkerei irgendwie einen Vorwurf machen kann.

Herr Wolff hat sodann darauf hingewiesen, daß wir Wohnungsinspektoren, welche hier seit Jahren gewünscht werden, sehr nötig hätten. Ich stimme dem vollständig bei, möchte dabei aber noch kurz eine andere Sache erwähnen. Man pflegt bei solchen Unglücksfällen stets mit einer Reihe von Maßregeln, großen und kleinen, vorzugehen und finde ich, daß eine Maßregel, die ich zu den größeren rechne, möglichst bald getroffen werden müßte. Sie kennen unsere Trux, das neue Ortsbaustatut. In dem Entwurfe, welcher uns zur Beratung vorlag, war eine Bestimmung vorgesehen, des Inhalts: „Vom 1. Januar 1905 an soll in allen an kanalisierten Straßen gelegenen Grundstücken die Beseitigung der menschlichen Auswurfstoffe ausschließlich mittels Wasserklosetts erfolgen.“ Sie kennen den unglücklichen Verlauf, welchen diese Sache insofern genommen hat, als sie heute noch nicht erledigt ist und wird wohl der in dem Entwurfe vorgesehene Zeitpunkt der obligatorischen Einführung von Wasserklosetts noch weiter hinausgeschoben werden müssen. Damit behalten wir aber einen höchst unglücklichen Zustand. Wir haben uns ein vortreffliches Trinkwasser verschafft, aber wir haben in der Stadt noch eine ganze Reihe von Brunnen, die zum Teil in einer nicht angenehmen Nähe von Senkgruben liegen und in denen eine ganz außerordentliche Gefahr für die Anlieger und die Allgemeinheit zu erblicken ist. Deshalb würde es notwendig sein, daß möglichst bald alle Häuser der Stadt an das Kanalsystem angeschlossen werden, damit die Senkgruben beseitigt werden können und wir auf einem gesunden Boden wohnen. Ich würde also an den Magistrat die Bitte richten, diese Angelegenheit nach Möglichkeit zu beschleunigen und, sofern die Genehmigung des Ortsbaustatuts noch länger auf sich warten lassen sollte, wenigstens diesen Punkt herauszugreifen und zur Erledigung zu bringen.

Herr Herzberg: Was zunächst die Meinungsdivergenz zwischen Herrn Blasius und mir bezüglich der Behandlung des Typhus anlangt, so liegt ein Mißverständnis insofern vor, als ich nicht die Behandlung der Typhuskranken durch den Arzt, sondern durch die Familie gemeint habe und diese, wie auch Herr Blasius nicht bestreiten wird, eine äußerst schwierige ist.

Die Erklärung des Herrn Stadtrat von Frankenberg, nun erst recht den Leuten die Ausgabe für die Krankenhausbehandlung als Armenunterstützung anzurechnen, ist von Herrn Dr. Jasper schon treffend gekennzeichnet worden; ich möchte aber dazu noch bemerken, daß mir der Ausdruck Scharfmacherpolitik noch zu gut scheint. Es wäre dies eine Politik des kindlichen Schmollens, auf die sich zu

versteifen des Magistrates nicht würdig ist. Er hat unserer Partei den bestimmten Vorwurf gemacht, sie wäre schuld daran, wenn die Väter ihre Kinder nicht in das Krankenhaus gebracht hätten. Ich erblicke darin aber keinen Vorwurf gegen uns. Bedenken Sie, wie wenig Rechte der Arbeiter gerade in unserm Herzogtume besitzt: fast jeder Stand ist in unserm Landtage vertreten, nur der Arbeiterstand nicht. Soll sich angesichts dieser Verhältnisse der Arbeiter nun auch noch das geringe Recht des Reichstagswahlrechtes entgehen lassen? Ich betrachte es als ein Verdienst, wenn wir die Arbeiterschaft so weit erzogen haben, daß sie dieses Recht nicht mehr aus der Hand geben will.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hat sodann behauptet, Herr Dr. Jasper hätte diejenigen beschimpft, welche Armenunterstützungen bekommen hätten; Herr Dr. Jasper hat aber nur gesagt, jeder müßte es als einen Schimpf betrachten, wenn er Armenunterstützung erhielte. Es ist das also nichts, als die Konstatierung einer bekannten Tatsache.

Als mir Herr Wolff im Anfange seiner Ausführungen ein Loblied sang, ist mir eine Gänsehaut über den Rücken gelaufen, weil ich annehmen mußte, daß noch etwas nachkommen würde, was dann auch eingetroffen ist. Herr Wolff hat darauf versucht, meinen Ton von heute und den Ton im „Volksfreunde“ in einen Gegensatz zu bringen, der jedoch gar nicht besteht. Der scheinbare Gegensatz liegt nur darin, daß Herr Wolff den „Volksfreund“ mit einer anderen Brille ansieht, als er die Dinge hier betrachtet, der Gegensatz liegt also nur bei Herrn Wolff selbst.

Es ist nun ferner gesagt worden, wo liegt denn die Grenze für die Armenunterstützung, und auch Herr Bürgermeister Ketemeyer meinte, man wisse gar nicht, wo das hinaus wolle. Die Grenze ist aber ganz genau gezogen: Die Waldspiele sind unter den Fittichen der Stadt ausgeführt worden, die Lehrer haben die Kinder ausgesucht und auch deshalb, weil in dem Ausschusse eine Menge Lehrer sitzen, sagen wir, hat die Stadt die Verpflichtung, sich der Sache anzunehmen und die Ausgaben nicht als Armenunterstützung zu betrachten. Herr Bürgermeister Ketemeyer hat auch erwähnt, wenn Herr Dr. Jasper die Spiele mit arrangiert hätte, würde er es auch nicht besser gemacht haben; das käme auf einen Versuch an. (Heiterkeit.)

Konstatieren möchte ich nochmals, daß wir nicht behauptet haben, die Molkerei trüge die Schuld an den Typhusfällen; ich habe ausdrücklich gesagt, daß sich das nicht mehr nachweisen lasse. Dagegen ist von der anderen Seite konstatiert worden, daß die Milch mehrfach minderwertig gewesen sei.

Von Herrn Bürgermeister Ketemeyer ist auch gesagt worden, es liege nicht in der Hand des Magistrates, mit einem Male zu erklären, was wir aus der Armenkasse geben, ist keine Armenunterstützung mehr. Es geht hieraus aber wiederum hervor, daß der Magistrat etwas unterlassen hat, denn wenn er zu einer solchen

Erklärung nicht berechtigt war, mußte er veranlassen, daß schleunigst eine Stadtverordneten-Versammlung einberufen wurde. Endlich hat Herr Bürgermeister Ketemeyer noch gegen Herrn Stegmann polemisieren zu müssen geglaubt, indem er Kapital daraus schlug, daß letzterer erwähnt hatte, bei der Annahme von Armenunterstützungen gehe das Bürgerrecht verloren. Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um einen lapsus linguae, denn Herr Stegmann weiß ebenso gut, wie der Herr Bürgermeister, daß nur das Reichstagswahlrecht in Frage kommen kann.

Herr Jasper: Ich möchte persönlich Herrn Stadtrat von Frankenberg die Versicherung geben, daß ich mit dem Ausspruche, „der vorgibt, arbeiterfreundlich zu sein“, keinen Zweifel in die ehrenhafte Gesinnung des Herrn Stadtrats gesetzt haben will und ich damit nur sagen wollte, daß die sonst allgemein bekannte Tatsache seiner Arbeiterfreundlichkeit in einem gewissen Widerspruche zu stehen scheine mit dem Auftreten, das Herr Stadtrat von Frankenberg heute in einer Sache zur Schau trage, welche die Arbeiterschaft sehr tief berühre. Dieses Verhalten kann ich nicht arbeiterfreundlich nennen, hauptsächlich aber dann nicht, wenn er in unsachlicher Weise sagt: die Väter der typhuskranken Kinder haben sich an die Rockschöße der sozialdemokratischen Partei gehängt, und das wollen wir ihnen gedenken. Also weil die Väter der kranken Kinder sich in ihrer Not an die sozialdemokratische Partei gewendet haben, will man ihnen das gedenken. (Herr Stadtrat von Frankenberg: „Ihnen“ groß geschrieben!) Nun soll also „ihnen“ mit einem Male groß geschrieben werden? Dadurch wird aber die Sache an sich nicht besser, denn weshalb sollen die Väter der Kinder anders behandelt werden, wenn die Anregung von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Versammlung kommt, als wenn die andere Seite das getan hätte? Das ist Parteipolitik, die ein Vertreter des Magistrates am wenigsten an den Tag legen sollte.

Im übrigen weise ich es zurück, daß ich den Leitern der Spiele einen Vorwurf gemacht haben soll; ich habe vielmehr gesagt, ich ließe die Frage offen, wen die Schuld an dem Unglück treffe. Persönlich bin ich überzeugt, daß die Leiter der Spiele das beste gewollt haben. Für mich dreht es sich darum, welches Verschulden den Magistrat in dieser Sache trifft, und darüber sind Herr Bürgermeister Ketemeyer und ich verschiedener Meinung. Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Ansicht, daß die Stadt nicht in der Lage sei, für Arme öffentliche Gelder aufzuwenden, ohne daß diese als Armenunterstützungen anzusehen wären. Ich halte ihm entgegen, daß dieses sehr wohl möglich ist, und wenn ich auch aus dem Gedächtnisse keine Stadt namhaft machen kann, in der das geschieht, so möchte ich doch für meine Ansicht anführen, daß hier z. B. bei den Notstandsarbeiten Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln gemacht worden sind, ohne sie als Armenunterstützungen anzusehen. Also möglich muß das auch hier sein. Man kann

hierher auch die an die Ueberschwemmten in Schlesien bewilligten Mittel rechnen, denn wenn die Sache dort auch etwas anders liegt, so handelt es sich doch um Bewilligungen aus öffentlichen Mitteln an Privatpersonen, und ich glaube nicht, daß der schlesische Großgrundbesitzer von Kanitz dadurch seiner Ehrenrechte verlustig gehen wird. Im übrigen hat auch der Herr Bürgermeister eingeräumt, daß der Magistrat an die Folgen seines Vorgehens überall nicht gedacht habe. Damit ist aber der Angeklagte überführt und der Magistrat für schuldig befunden worden.

Herr Wiehle: Uns kommt es darauf an, die Notwendigkeit festzustellen, daß die von der Epidemie betroffenen Väter die Kosten der Krankenhausbehandlung nicht zu tragen haben, weil sie keine Schuld daran haben. Wen die Schuld trifft, ist bis heute noch nicht festgestellt worden, aber weil die Väter bestimmt keine Schuld trifft, fordern wir, daß die Stadt die aus der Epidemie hervorgegangenen Kosten auf sich nimmt, bezw. zurückerstattet. Wenn nun Herr Bürgermeister Netemeyer sagt, daß alles, was im gesundheitspolizeilichen Interesse geschehen muß, nicht als Armenunterstützung gelten soll, so ist das wieder ein sehr dehnbarer Begriff und zwar so dehnbar, daß der überwiegende Teil der in Mitleidenschaft gezogenen Familien wohl nichts bekommen wird. Wir haben in unserem Antrage gesagt, daß von der Stadt alle diejenigen Kosten getragen werden sollen, welche durch die Verpflegung der erkrankten Walspiellinder entstanden sind und noch entstehen. Hierzu liegt eine Verpflichtung der Stadt vor. Es handelt sich um ein öffentliches Interesse, und kann eine solche Zuwendung nicht als Armenunterstützung gelten. Die Stadt tut dann nichts weiter, als die Schäden wieder zu heilen, welche durch ein öffentliches Interesse entstanden sind.

Herr Bürgermeister Netemeyer: Ich habe nicht gesagt: was im gesundheitspolizeilichen Interesse aufgewendet wird, soll nicht als Armenunterstützung gelten, das maße ich mir nicht an, sondern ich habe gesagt: das ist keine Armenunterstützung. Der Magistrat hat nicht zu sagen, das soll sein und das soll nicht sein, sondern er hat sich an die Reichsgesetze zu halten. Darüber kommen wir nicht weg, denn wenn wir dagegen handeln, so ist es mit unserer ganzen Verwaltung vorbei. Herr Wiehle sagt, die Aufwendungen sollen nicht als Armenunterstützungen gerechnet werden, weil die Leute ohne ihre Schuld zu dem Unglück gekommen sind. Auf welche abjüssige Bahn würden wir bei Befolgung dieses Grundsatzes kommen, denken Sie nicht daran, wohin Sie uns damit bringen würden? Bei den hundert und tausend Unterstützungsfällen sollen wir in jedem einzelnen Falle feststellen, ob die Familie mit oder ohne Schuld in Not geraten ist? Wenn sich dann herausstellt, daß die Not unverschuldet war, soll das Wahlrecht belassen werden und nur in den wenigen Fällen selbstverschuldeter Not soll es entzogen werden dürfen? Hat man je eine derartige Auslegung der Gesetze gehört? Es ist unglaublich, wohin Sie uns drängen wollen. Der Magistrat ist überhaupt durch einen solchen

Beschluß der Versammlung gar nicht gebunden; er ist einerseits Verwalter des städtischen Gemeinwesens mit Ihnen und andererseits ein der Staatsbehörde untergeordnetes Organ. In letzterer Eigenschaft sind wir überhaupt nicht an Ihre Beschlüsse gebunden, sondern haben den Anordnungen unserer vorgesetzten Staatsbehörde zu folgen. Letztere kann eventuell sagen: Ihr handelt gegen das Gesetz. Lassen Sie deshalb die Frage unerörtert, ob es sich in dem angeregten Falle um eine Armenunterstützung handelt oder nicht. Glauben Sie denn, es wird im nächsten Jahre schon wieder zum Reichstage gewählt? Ich hoffe, daß das nicht geschieht, denn wir haben von der vorigen Wahl wohl noch genug. Wenn aber nicht gewählt wird, so ist unsere ganze Debatte überflüssig gewesen. Denken Sie denn außerdem, wir setzen uns bei jedem Unterstützungsfalle hin und notieren ihn, weil möglicherweise eine Reichstagswahl kommen könnte und wir uns deshalb die Leute merken wollen? Sie wissen doch aber selbst, daß erst nach der öffentlichen Auslegung der Listen geprüft wird, wer von den eingetragenen Wählern auszuscheiden ist. Die Sache hat also einen rein theoretischen Wert und hätte unsere ganze Debatte hierüber wesentlich abgekürzt oder ganz vermieden werden können.

Herr Esdorn: In den Ausführungen des Herrn Wesemeier habe ich nicht nur einzelne Körnchen, sondern recht viele Wahrheit gefunden und hätte ich wohl erwartet, daß auch von anderer Seite die Mühe und Arbeit der Herren mit mehr Wohlwollen aufgenommen wäre. Trotz aller hier gehaltenen Reden läßt sich nicht abstreiten, daß Fehler gemacht worden sind. Sollte die Molkerei wohl ganz frei von Schuld dastehen? Sie bezieht Magermilch von der Molkereigenossenschaft in Verneburg, die erst stundenlang auf der Bahn und dann von der hiesigen Molkerei nach dem Lechlumerholze befördert werden muß. In dem im Mai d. Js. erlassenen Aufrufe heißt es: „Die Verpflegung der Kinder mit guter frischer Milch wird zu den billigsten Ausnahmepreisen durchgeführt werden“. Ich glaube aber nicht, daß man eine solche Magermilch eine gute frische Milch nennen kann. Auch die Gefäße sind nicht mit der nötigen Sorgfalt gereinigt worden. Während man voriges Jahr dem Hausknechte des Sternhauses eine Mark für deren Reinigung gegeben hat, mußten dieses Jahr die Kinder die Reinigung allein übernehmen, weil das Geld gespart werden sollte. Unserm Magistrate kann hieraus kein Vorwurf gemacht werden, auch nicht den einzelnen Herren des Komitees. Ich bin aber kein Freund solcher Wohltätigkeits-Komitees, die sich hinstellen und mit ihren Namen glänzen wollen, und ich würde es für richtiger halten, wenn wir dieses gute Werk, das die Allgemeinheit betrifft, selbst machten. Bedenken Sie, welche geschäftlichen Kalamitäten wir von solchen Unglücksfällen zu erwarten haben können: die Wirte im Lechlumerholze haben schon jetzt darunter zu leiden, und wenn die Epidemie noch weiter ausgedehnt wäre, hätten unsere sämtlichen hiesigen Geschäfte darunter leiden können. Die Reste der Stuhlentleerungen finden sich noch jetzt im Lechlumerholze

vor; wäre es nun wohl nicht die Pflicht des Komitees gewesen, diese Ueberreste beseitigen zu lassen, damit nicht noch weitere Ansteckungen befürchtet werden könnten? Ich glaube, dem Antrage Wesemeier nicht ganz zustimmen zu können, weil darin dem Magistrate ein Vorwurf gemacht wird, aber mit der in dem Antrage liegenden Tendenz, daß stadtseitig die Mittel für alle aus den Erkrankungen resultierenden Kosten bewilligt werden müssen, ohne diese Bewilligungen als Armenunterstützungen anzurechnen, bin ich einverstanden. Ich möchte deshalb bitten, einem ähnlichen Antrage, der keinen Vorwurf gegen den Magistrat enthält, zuzustimmen.

Herr Wesemeier: Es ist mir, den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Ketemeyer gegenüber, unverständlich, wie man den Worten des Herrn Wiehle, welcher wünscht, die Bewilligungen nicht als Armenunterstützungen anzusehen, weil die betr. Väter unschuldig an den Erkrankungen der Kinder seien, die Bedeutung unterlegen kann, es müßten im Falle der Genehmigung dieses Antrages auch die Kosten aller anderen Erkrankungen unter gleichen Voraussetzungen auf die Stadtkasse übernommen werden. Wenn man Wortklauberei treiben will, kann man wohl solche Schlüsse ziehen, aber wir, die wir im allgemeinen keine Universität besucht haben, verstehen gar nicht, die Worte so zu dreheln, um ihnen eine solche Auslegung zu geben. Ich verstehe auch nicht, daß es nicht möglich sein sollte, Gelder für solche Zwecke flüssig zu machen, ohne sie als Armenunterstützungen anzusehen, wie die Herren Bürgermeister Ketemeyer, Stadtrat von Frankenberg und Wolff gemeint haben. (Ruf: Auch Herr Dr. Jasper!) Der hat das nicht getan. Wenn z. B. aus Anlaß des Besuches von Fürstlichkeiten die Straßen geschmückt werden, so hat man dafür doch auch immer Geld und beruft sich nicht auf gesetzliche Rücksichten. Ganz entschieden müssen wir aber protestieren gegen die Stellungnahme des Herrn Stadtrat von Frankenberg, welcher sagte, wir hätten aus Parteirücksichten die Kinder den Krankenhäusern nicht zugeführt, nur um dem Moloch „Partei“ ein Opfer zu bringen. Dieser Standpunkt des Herrn Stadtrats wird von uns noch weiter besprochen werden. Glaubt Herr Stadtrat von Frankenberg vielleicht, daß die Arbeiter ihre Kinder nicht ebenso lieb haben, wie die Herren selbst? Ich weiß nicht, ob Sie einmal Einsicht genommen haben in Arbeiterfamilien, ich bezweifle es aber. Wir haben übrigens eine Institution in Braunschweig, die bei dieser Gelegenheit hätte angerufen werden müssen, das ist der Gesundheitsrat. Weshalb hat man die Herren bei dieser so wichtigen Frage nicht einmal zusammengerufen und sie um Rat gefragt?

Ich kann auch nicht verstehen, daß nach den Äußerungen verschiedener Herren in meinem Antrage ein Vorwurf gegen den Magistrat begründet sein soll. Dieser Tage besuchte ich eine Familie und hörte von der betreffenden Hausfrau, daß sie sich von Herrn Dr. Reck ein Attest darüber habe ausstellen lassen, daß ihr Kind,

welches nicht am Typhus gelitten habe, den Schulunterricht besuchen dürfe. Das Attest sei sodann auf einem Formulare ausgestellt worden, welches den Ausdruck „Armenverwaltung der Stadt Braunschweig“ trage. Ich weiß nicht, ob das vielleicht schon den Verlust der politischen Rechte mit sich bringt; jedenfalls ist der Frau geraten worden, das Attest zurückzugeben, da es nicht als richtig angesehen werden kann, wenn ein Arzt, ohne nähere Erkundigungen einzuziehen, ein Attest mir nichts dir nichts auf solchem Formulare ausstellt. Die Frau hat gar nicht gewußt, daß Herr Dr. Red auch Armenarzt war.

Es ist bezeichnend, daß Herr Löschigk so warm für seinen Arbeiter eintrat und erklärte, der sei nicht arm; es wird dem betr. Arbeiter besondere Freude machen, wenn er hier von Herrn Löschigk zum wohlhabenden Manne gemacht wird. Fassen Sie doch den Ausdruck „arm“ nicht so engherzig auf. Als arm sind alle diejenigen zu bezeichnen, bei denen man nicht von einer menschenwürdigen Ernährung sprechen kann und muß deshalb unter den heutigen Verhältnissen der gesamte Arbeiterstand als arm bezeichnet werden. Dazu gehören aber auch die Leute, welche ihre Kinder in die Waldspiele geschickt haben, wo sie sie haben müssen versenken lassen. Gegenüber der Aeußerung des Herrn Stadtrat von Frankenberg: „An Ihre Rockschöße hängen wir diese Leute“, will ich bemerken, daß wir es als ein Verdienst unserer Partei betrachten, die Arbeiter auf diesen Standpunkt zu erziehen. Aber ich will gleichzeitig erklären, wir haben noch viel mehr getan, wir haben die Milch sauer gemacht und haben die Bazillen in die Milch gesetzt, damit die Kinder krank werden möchten. Das haben wir alles getan. Da in meinem Antrage auch nicht der Schein eines Vorwurfes gegen den Magistrat liegt, so bitte ich um dessen Annahme.

Herr Günther: Herr Bürgermeister Ketemeyer hat vorhin gesagt, diese Debatte wäre nicht nötig gewesen mit Rücksicht darauf, daß eine Wahl zum Reichstage im nächsten Jahre doch nicht stattfinden würde. Das ist eine Sache, worauf wir nicht bauen: es kann sein und kann nicht sein.

Die Angelegenheit wäre aber überhaupt nicht zur Sprache gekommen, wenn der Magistrat anders gehandelt hätte, wie er getan hat, wenn er nämlich gleich von vornherein, als er erfuhr, daß die Leute ihre Kinder nicht nach dem Krankenhause schicken wollten, weil die stadtseitige Uebernahme der Verpflegungskosten als Armenunterstützung angesehen wurde, eine Bekanntmachung erlassen und die Leute beschwichtigt hätte. Wenn aber der Magistrat glaubte, dazu nicht berechtigt zu sein, so konnte er sich nur an die Zeitungen wenden und es leicht in die Oeffentlichkeit bringen, daß auf Grund des vorhin erwähnten Gesetzes diese Zuwendungen nicht als Armenunterstützung angesehen würden. Was die Aeußerung des Herrn Stadtrat von Frankenberg betrifft, er hätte keine Veranlassung gehabt, Herrn Stegmann mehr zu sagen, als dieser gefragt hätte, so muß ich dazu bemerken, daß die

Polizeibehörden doch aufmerksamer sind, denn sie machen der Presse in zuvorkommender Weise unaufgefordert Mitteilungen über im öffentlichen Interesse liegende Dinge. Hinsichtlich der von Herrn Stadtrat von Franckenberg ausgesprochenen Drohung, er wolle es uns gedenken, weiß ich nicht, wie er das anfangen will; wahrscheinlich hat er uns damit nur bange machen wollen, aber wir sind keine Bangebüchsen, und wüßte ich auch gar nicht, was uns passieren könnte. Er hat dann ferner geäußert, daß die Väter ihres politischen Standpunktes wegen ihre Kinder lieber dem Tode weihen und sterben lassen, als daß sie Armenunterstützung annehmen. Sie können aber froh sein, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter in dieser Weise erzieht, denn wenn wir das nicht täten, wenn Sie die Empfindung, welche der Arbeiter und überhaupt der größte Teil des Volkes in sich trägt, daß nämlich der Empfang von Armenunterstützung nicht angenehm sei, dem Volke aus dem Herzen reißen, so daß es ihm Wurst ist, ob es das Wahlrecht verliert oder nicht, dann werden Sie sehen, wie die Armenkasse in Anspruch genommen wird. Der Sozialdemokratie aber gebührt das Verdienst, in den Herzen der Arbeiterbevölkerung die Empfindung für Ehre wacherhalten zu haben. Wenn Herr Bürgermeister Ketemeyer meinte, diese Diskussion sei nicht nötig gewesen, so bin ich der Ansicht, sie ist sehr fruchtbringend gewesen und die Bürgerschaft wird sie uns danken.

Vorsitzender: Herr Blasius hat folgende Resolution eingebracht:

„Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß infolge der Waldspiele in Braunschweig eine Typhusepidemie aufgetreten ist, sie billigt das Vorgehen des Magistrates und der übrigen Behörden in dieser Angelegenheit und stimmt zu, daß die Kosten, die den einzelnen Familien aus der Typhusepidemie entstanden sind, soweit sie durch Anordnung der Behörden im öffentlichen Interesse hervorgerufen sind, später seitens der Stadtkasse getragen werden, ohne daß den betreffenden Familienvätern, die Unterstützung erhalten haben, das Wahlrecht geschmälert wird.“

Daneben wird Uebergang zur Tagesordnung über Antrag Wesemeier beantragt.

Herr Löschigt: Herr Esborn hat die Behauptung und zugleich die Beschuldigung ausgesprochen, daß die von der Braunschweiger Molkerei gelieferte Magermilch von Derneburg bezogen und in der Sonnenhölze direkt zum Sechlumer Holze geliefert worden sei. Darauf bin ich ermächtigt zu erklären, daß von der Braunschweiger Molkerei nicht ein Liter Milch aus Derneburg in die Kannen für das Sechlumerholz gebracht, sondern dorthin nur pasteurisierte Milch direkt aus dem Apparat der hiesigen Molkerei geliefert worden ist, und daß die Molkerei jedem 1000 M. zahlt, der die Lieferung anderer Milch nach dem Sechlumer Holze zu beweisen vermag. Herr Esborn will für seine Behauptung einen Gewährsmann haben, nun gut, es kann jeder die Belohnung verdienen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Wesemeier mit 14 : 12 Stimmen abgelehnt und die Resolution Blasius mit 14 : 12 Stimmen angenommen.

II. Antrag Wesemeier: Besichtigung des Verbandstages der Gewerbegerichte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, seine ablehnende Stellung aufzugeben und 140 M zu bewilligen für Besichtigung des am 11. und 12. September 1903 in Dresden stattfindenden Verbandstages der Gewerbegerichte Deutschlands durch je einen Arbeitgeber- und einen Arbeitnehmer-Beisitzer des hiesigen Gewerbegerichtes“.

Zur Begründung des Antrages führt Herr Wesemeier aus, daß sich die Versammlung schon einmal mit der Angelegenheit in den Sitzungen vom 27. März und 24. April 1902 — Seiten 407 und 31 der Berichte — befaßt habe und damals zu dem Beschlusse gekommen sei, eine Summe von 200 M zur Delegation zweier Gewerbegerichtsbeisitzer zum nächsten Verbandstage Deutscher Gewerbegerichte in den Etat einzustellen. Dabei sei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Magistrat von der Besichtigung dieser Verbandstage nur Abstand nehmen möchte, wenn deren Tagesordnung offensichtlich kein Interesse für die hiesigen Beisitzer biete. Ueber die Besichtigung der Verbandstage sollte nach dem damaligen Beschlusse der Magistrat nach Anhörung der Gewerbegerichts-Beisitzer zu entscheiden haben. Während man den früheren Antrag Stegmann von verschiedenen Seiten bekämpft und angeführt habe, daß die Tagesordnung des vorigen Verbandstages nicht das nötige Interesse hätte, weil dort lediglich juristische Fragen behandelt würden, liege die Sache diesmal anders. Schon im Frühjahr habe sich der Ausschuß des städtischen Arbeitsamtes und des Gewerbegerichtes mit der Angelegenheit befaßt und habe dem Antrage einstimmig zugestimmt, daß in diesem Jahre die Tagesordnung des Verbandstages wohl wert erscheine, diesen zu besichtigen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Gewerbegerichtes vom 20. Mai d. Js. sei sodann wiederum einstimmig beschlossen, bei dem Magistrat zu beantragen, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, und habe Herr Stadtrat von Frankenberg den Antrag mit Rücksicht auf das Interesse, welches die Tagesordnung des Verbandstages für beide Teile biete, selbst befürwortet. Der Genannte machte sogar den Vorschlag, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich je einen Mann bestimmen möchten, der zu der Versammlung delegiert werden sollte, wodurch die Beisitzer sämtlich in den Glauben versetzt seien, daß der Besichtigung nichts mehr im Wege stände. Die Arbeitgeber hätten darauf Herrn Rathe gewählt, während die Arbeitnehmer den Namen ihres Vertreters später nennen wollten. Als nun der Beauftragte der Arbeitnehmer den Namen dem Magistrat habe angeben wollen,

sei diesem von Herrn Stadtrat von Frankenberg eröffnet worden, daß der Magistrat den Antrag abgelehnt hätte. Er halte die Art und Weise, wie der Magistrat seinen Beschluß dem Vertreter der Arbeitnehmer mitgeteilt habe, nicht für schädlich. (Stimme des Vorsitzenden.)

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß Unschicklichkeit dem Magistrate nicht vorgeworfen werden dürfe.

Herr Wesemeier (fortfahrend): Dann halte er diese Art und Weise wenigstens nicht für richtig. Wenn der betr. Vertreter nicht zum Magistrate gekommen wäre, hätten die Arbeitnehmer-Beisitzer von dem Magistratsbeschlusse wohl gar nichts erfahren. Auch eine darauf einberufene weitere Sitzung der Beisitzer habe beschlossen, nochmals an den Magistrat heranzutreten, um zu erfahren, weshalb der Antrag abgelehnt sei, jedoch habe Herr Stadtrat von Frankenberg abgelehnt, darauf zu antworten. Letzterer, als Sachkenner ersten Ranges, werde am allerbesten wissen, ob die diesjährige Tagesordnung von allgemeinem Interesse sei. Beispielsweise habe sich der braunschweigische Städtetag mit der Frage der Einsetzung von Kaufmannsgerichten beschäftigt, welche Sache hier den ersten Punkt der Tagesordnung bilde. Wenn nun auch dieser Punkt vielleicht nicht als ein Gegenstand der Praxis angesehen werden könne, so seien doch die übrigen Punkte rein praktischer Art. Der Punkt 4: „Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag“ könnte als eine juristische Frage angesehen werden, nichts destoweniger berge aber auch diese Frage einen so erheblichen Teil praktischer Erfahrung in sich, daß auch dieser Punkt sich zur Behandlung besonders eigne. Die weiteren Punkte: „Praktische Erfahrungen über den Sühneversuch“, „Zuständigkeit der Gewerbegerichte“, „Zuständigkeit in Lehrlingsstreitigkeiten“, „Recht des Arbeitsvertrages“ usw. seien doch wohl lediglich Punkte praktischer Natur; wenigstens glaube er nicht, daß unter diesen Sachen irgend etwas zu finden sei, das nicht in die praktische Erfahrung der Gewerbegerichts-Beisitzer eingriffe und deren Wissen zu erweitern imstande wäre. Schon der vorige Verbandstag in Lübeck sei von einer großen Anzahl Städte beschickt worden, welche das auch nicht aus Vergnügen tun, sondern welche bestrebt seien, das praktische Wissen und die Rechtskenntnis ihrer Beisitzer zu fördern. Braunschweig sollte aber endlich einmal seinen alten Standpunkt aufgeben und nicht warten, bis ihm fast alle anderen Städte vorangegangen seien. Deshalb bitte er um Annahme seines Antrages.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte zunächst, um einer etwaigen unrichtigen Auffassung der Stellungnahme des Herrn Stadtrat von Frankenberg zu dieser Sache entgegenzutreten, erklären, daß der Genannte in der Sitzung des Magistrates warm für die Bewilligung des Geldes eingetreten sei, der Antrag aber gleichwohl eine Ablehnung erfahren habe. Dabei seien für den Magistrat folgende

Gefichtspunkte maßgebend gewesen: Nach der Ansicht des Magistrates dürfe die Besichtigung derartiger Tage auf Kosten der Stadt dann nicht geschehen, wenn Punkte auf der Tagesordnung stehen, die für die betreffenden Herren nur interessant seien, sondern nur in dem Falle, wenn der Magistrat die Ueberzeugung habe, daß der Stadt daraus Nutzen erwachsen könne. Man glaube gar nicht, wie viele derartige Anträge dem Magistrate fortwährend unterbreitet würden, denn „Tage“ gebe es unendlich viele und wenn die Stadt alle besichtigen wollte, müßte sie sehr große Mittel aufwenden. Man möge nur berücksichtigen, daß es auch wünschenswert sein würde, die Jahresversammlungen der Krankenkassen, der Grundbesitzervereine u. zu besichtigen, was aber zu weit gehen würde. In Dresden würden in diesem Jahre eine ganze Menge solcher „Tage“ abgehalten, um das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden und die Städteausstellung zu besuchen. Es sollten also von hier zwei Herren hingeschickt werden, um die verschiedenen Vorträge dort anzuhören und hinterher darüber zu berichten. Auf der Tagesordnung stehe voran die Frage der Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte. Was habe nun aber wohl das Gewerbegericht mit dieser Sache zu tun? Er würde es verstehen, wenn die Regierung die städtischen Behörden aufforderte, sich über diese Frage gutachtlich zu äußern, aber die Gewerbegerichte hätten hiermit doch wohl nichts zu tun. So ähnlich liege es bei den anderen Sachen auch. Wenn nun ferner gesagt werde, es handle sich dabei wesentlich um die Erweiterung des Wissens der betreffenden Teilnehmer, so habe doch wohl die Erfahrung gelehrt, daß man viel mehr lerne, wenn man hinterher die gedruckten Berichte lese, als wenn man die Vorträge selbst höre. Zum großen Teile werde es sich auf dem Verbandstage um nichts weiter handeln, als um interessante Vorträge und Debatten, aber ein Nutzen könne daraus für die Stadt umsoweniger entspringen, als man gar nicht wisse, ob die Herren im nächsten Jahre noch im Schiedsgerichte sitzen. Das seien die Gründe des Magistrates für seinen ablehnenden Standpunkt gewesen.

Herr Stadtrat von Frankenberg will noch den Vorwurf zurückweisen, daß er den Besitzern die Mitteilung über die ablehnende Haltung des Magistrates in einer Form hätte zugehen lassen, die verlegend gewesen wäre. Herrn Rathe habe er davon bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit benachrichtigt, während ihm das bei dem Vertreter der Arbeitnehmer nicht möglich gewesen sei, weil er dessen Namen noch gar nicht gekannt habe. Als er diesem die Mitteilung habe machen wollen, sei man ihm mit dem Besuche schon zuvorgekommen. Im übrigen pflege er mehr auf die Sache als auf die Form zu geben und bitte, es ebenso zu machen, dann werde man schon mit einander fertig werden.

Herr Wesemeier muß zunächst die Annahme zurückweisen, daß er Herrn Stadtrat von Frankenberg etwa hätte Doppelzüngigkeit vorwerfen wollen. Nach seiner Ueberzeugung sei dieser auch im Magistrat voll und ganz für die Besichtigung

des Verbandstages eingetreten, ohne indessen mit seiner Ansicht durchzubringen. Dagegen könne er sich nicht zu dem Standpunkte des Herrn Bürgermeister Netemeyer bekennen, daß die Gewerbegerichte nichts mit den kaufmännischen Schiedsgerichten zu tun hätten. Dann würde es allerdings auch keinen Zweck haben, sich im Gewerbegerichte mit der Frage zu beschäftigen, ob diese Schiedsgerichte den Gewerbegerichten oder den Amtsgerichten angegliedert werden möchten. Wenn der Verbandstag aber zu dieser Frage Stellung nehme, so falle dadurch doch ein ganz gewichtiges Wort in die Waagschale, und man könne nicht sagen, die Allgemeinheit hätte von der Beschickung keinen Nutzen. Vor zwei Jahren habe er über seine Erfahrungen auf dem Verbandstage öffentlich Bericht erstattet und er sei überzeugt, die jetzt zu wählenden Vertreter würden es ebenso machen, sodaß die Beisitzer in ihrer Gesamtheit Nutzen davon haben würden, gleichviel ob die Delegierten im nächsten Jahre noch im Amte seien oder nicht. Wer bürge denn andererseits dafür, daß die Stadtverordneten, welche den Städtetag besucht haben, noch in zwei Jahren auf dem Posten seien? Auch könne er nicht einsehen, daß die vielen anderen Städte, welche den Verbandstag schon im vorigen Jahre beschickt haben, bei der Bewilligung der Kosten leichtsinnig gehandelt hätten. Seiner Meinung nach würde der kleine Betrag von 140 M gut angelegt sein.

Herr Peplies: Herr Bürgermeister Netemeyer gebe wohl zu, daß die auf dem Verbandstage zu haltenden Vorträge sehr lehrreich und nützlich sein möchten, meine aber, daß man daraus denselben Nutzen ziehen könne, wenn man sie hinterher lese. Wenn sich aber jeder auf diesen Standpunkt stellte, so würde ja niemand den Verbandstag besuchen und die Redner könnten dort vor leeren Tischen und Bänken sprechen. Da dieses niemandem zuzumuten sei, würden aber überhaupt keine Vorträge mehr gehalten werden. Er trete deshalb für die Beschickung des Verbandstages ein. Uebrigens seien dort nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten, sondern auch städtische Beamte, welche die Vorträge hielten. Es würde daher gegen die Veranstalter der Vorträge und die Redner selbst unanständig gehandelt sein, wenn man sich auf den Standpunkt stellte: Redet man zu, wir wollen hinterher wohl lesen, was Ihr gesagt habt, aber beschicken wollen wir den Verbandstag nicht, das ist die Sache nicht wert. Er bitte deshalb um Annahme des Antrages Wesemeier.

Die Versammlung stimmt darauf dem Antrage zu.

III. Antrag Koch: Aenderweite Verwendung der Bedürfnisanstalt des Hagenmarktes.

Ueber den in der Sitzung vom 18. Juni d. Js. — Seite 103 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag berichtet Herr Hauswaldt, daß die Finanz-

kommission zu einem wirklichen Beschlusse noch nicht gekommen sei, weil ihr die nötige Sachkenntnis fehle. Die Kommission meine, daß, solange die Markthallendeputation als solche nicht die Beseitigung der Anstalt wünsche, auch sie nicht in der Lage sei, den Antrag zu unterstützen. Sollte die Markthallendeputation glauben, daß die Beseitigung der Anstalt im Interesse der Markthalle liege und es sich empfehle, die Bedürfnisanstalt in der Markthalle zum allgemeinen Gebrauch freizugeben, so werde ihr überlassen, mit solchem Antrage zu kommen.

Herr Koch will sich mit dem Beschlusse der Finanzkommission vorläufig zufrieden geben und seinen Antrag in der Markthallendeputation zum Vortrage bringen. Gegenüber der Mitteilung der Wartefrau in der Anstalt, daß sie täglich 2 M. verdiene, während sie früher nur 1 M. als Tagesverdienst angegeben habe, wolle er zur Kenntnis der Versammlung bringen, daß nach den durch ihn angestellten zuverlässigen Ermittlungen die Anstalt am 26. August von 9 Uhr vorm. bis 8 Uhr nachm. von 12 Personen und heute von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags von 4 Personen benutzt worden sei. Bei dieser geringen Benutzung habe die Anstalt aber kein Recht mehr auf ihren Platz.

Herr Blasius kann nicht verstehen, daß der Antrag kommissionsseitig nicht befürwortet werde. Nach seinen häufigen Beobachtungen sei die Anstalt auf dem Hagenmarkte ziemlich überflüssig. Da sie außerdem den Zugang zur Markthalle störe, so sei er für die Annahme des Antrages.

Herr Meyerhoff möchte befürworten, die Beseitigung der Anstalt für den Fall schon heute zu beschließen, daß auch die Markthallendeputation sich dafür erkläre. Wünschenswert erscheine es ihm aber, den Abbruch der Anstalt erst dann vorzunehmen, wenn man wisse, wo sie wieder aufgestellt werden solle. Komme das Material erst auf den Vorrats Hof, so verliere es bald seinen Wert.

Herr Böschigt muß sich über den Beschluß der Finanzkommission wundern. Schon vor 3—4 Jahren habe er einen Antrag auf Beseitigung der Anstalt eingebracht, der indessen abgelehnt sei, weil sich kein Ersatz dafür habe finden lassen. Da jetzt aber die Markthalle ausreichenden Ersatz biete, die Anstalt an ihrem jetzigen Platze auch im Wege stehe, so bitte er um Annahme des Antrages Koch. Auch die Anregung des Herrn Meyerhoff sei ihm nicht verständlich. Wenn die Anstalt überflüssig oder gar hinderlich sei, müsse sie beseitigt werden und dürfe man einen solchen Beschluß nicht davon abhängig machen, daß sich auch gleich eine anderweite passende Verwendung dafür finde.

Herr Rathe ersucht ebenfalls, dem Antrage Koch zuzustimmen und die den Hagenmarkt verunzierende Anstalt zu beseitigen. Vielleicht lasse sich nach deren Beseitigung die Einrichtung treffen, daß gleich vorn in der Markthalle ein Kiosett

zur allgemeinen Benutzung freigegeben und dessen Schlüssel beim Markthallen-
aufseher aufbewahrt werde.

Herr Koch möchte nochmals bitten, die Anstalt möglichst schnell zu beseitigen, da sie namentlich jetzt im Herbst bei dem starken Wagenverkehre, welcher hauptsächlich in den frühen Morgenstunden vor der Markthalle herrsche, außerordentlich hinderlich sei.

Herr Rieke ersucht dagegen um Ablehnung des Antrages, weil zu befürchten stehe, daß nach Fortnahme der Anstalt aus der Markthalle Klagen kommen würden. Braunschweig habe nicht zu viel, sondern zu wenig Bedürfnisanstalten. Man solle diese Anstalten nur zur Benutzung frei geben, dann würden sie schon benutzt werden.

Der Antrag Koch wird darauf abgelehnt.

IV. Terrainaustausch am Rehnstoben.

Der Musikalien-Verlagshändler Vitolff hat gebeten, die 60 qm haltende westliche Teilstrecke des Rehnstoben, deren alleiniger Anlieger er ist, aufzuheben und ihm diese Fläche gegen eine teilweise bebaute, 45 qm haltende Fläche tauschweise zu überlassen. Durch die Zulegung dieser Fläche zur Straße würde an deren äußerstem Ende ein Wendepplatz von etwa 10 m Durchmesser entstehen, der für Fuhrwerke mit untergehenden Vorderrädern zum Wenden genügt und der im Falle eines dort ausbrechenden Schadenfeuers die Rettungs- und Löscharbeiten wesentlich erleichtern würde. Die städt. Bauverwaltung und das Stadtbauamt halten die Schaffung dieses Wendepplatzes für zweckmäßig, wenngleich sie bedauern, daß der gleichzeitige stadtseitige Erwerb einer anderen 11 qm großen Fläche zur Zeit nicht möglich ist. Herr Vitolff hat sich indessen verpflichtet, auch diese Fläche der Stadt unentgeltlich zu überlassen, falls er das betr. Grundstück noch erwerben sollte. Nachdem sich auch die Herzogliche Polizeidirektion mit der Straßenveränderung einverstanden erklärt hat, gibt der Magistrat anheim, der Aufhebung der 60 qm großen Straßenfläche und dem von Herrn Vitolff erbetenen Terrainaustausch zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Ebeling berichtet, geschieht.

V. Uebertragung von Kosten für Neudruck des Ortsbauplans auf das Jahr 1903/04.

Von der für den Neudruck des Ortsbauplanes im Vorjahre bewilligten Gesamtsumme ist ein Betrag von 2836,49 M nicht verausgabt worden, weil der

Druck noch nicht hat fertiggestellt werden können. Dem Ersuchen, diesen Betrag auf das Finanzjahr 1903/04 zu übertragen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, zu.

VI. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Heinrichstraße.

Unter Ueberreichung eines Entwurfs über den oberirdischen Ausbau der Verbindungsstraße zwischen der Wiesen- und der Heinrichstraße östlich der 7. unteren Bürgerschule berichtet die städt. Bauverwaltung, daß die Grunderwerbskosten zu 27 300 M, die Baukosten zu 20 000 M und der Beitrag der Anlieger zu 200 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden seien. Der Magistrat gibt anheim, dieses Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen und zuzustimmen, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt werde. Die für Rechnung der Herren Meyer und Severin auszubauende Straße soll bei einer Breite von 18 m derartig ausgebaut werden, daß 9 m auf die Fahrbahn und je 4,5 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Breite des Plattenbelages soll 1,8 m betragen, auch will man auf den Fußwegen je eine Reihe Laubbäume anpflanzen.

Namens der Baukommission ersucht Herr Meyerhoff um Genehmigung der Vorlage.

Herr Stegmann möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung nochmals auf die Vergebung der Pflasterungsarbeiten lenken. Bekanntlich hätten sich die hier ansässigen, verheirateten Steinseher schon einmal mit einer Eingabe an die Versammlung gewandt, in der ausgeführt worden sei, daß die hiesige Firma A. Spindler, welche nur auswärtige Steinseher beschäftige, alle städtischen Arbeiten erhalte, während die Firma Otto Ripp leer ausgehe, obwohl diese einheimische Arbeiter beschäftige. Als dieses nichts gefruchtet habe, seien die Arbeiter bei dem Herrn Oberbürgermeister vorstellig geworden und hätten auch Gehör gefunden. Leider habe das nur für eine kurze Zeit geholfen, denn jetzt sei schon wieder alles beim alten. Für die einheimischen Arbeiter sei es nun ein recht trauriges Gefühl, auf der Straße liegen zu müssen, während fremde Arbeiter hier Beschäftigung fänden. Anscheinend habe das Eingreifen des Herrn Oberbürgermeisters keine nachhaltige Wirkung bei der städt. Bauverwaltung gehabt, sodaß er bitten möchte, auch der Firma Ripp wenigstens einen entsprechenden Teil der Pflasterungsarbeiten zuzuweisen.

Der Magistratsvorlage stimmt die Versammlung darauf zu.

VII. Ausbau der verlängerten Wiesenstraße.

Bei Vorlegung eines Projektes, betr. den Ausbau der verlängerten Wiesenstraße zwischen Blücher- und Bodestraße zur Ortsstraße weist der Magistrat darauf

hin, daß die Stadt vertragsmäßig diesen Straßenbau bis zum 1. Oktober 1901 auszuführen habe. Nach dem nebst einer Kosten- und Verteilungsberechnung beigefügten Kostenanschlage stellen sich die Grunderwerbskosten auf 59 000 M, die Baukosten auf 45 000 M und der Anliegerbeitrag auf 232,60 M für 1 m Frontlänge. Sämtliche Kosten haben zunächst die Unternehmer Meyer und Severin zu tragen. Dem Antrage des Magistrates, der Erklärung der verlängerten Wiesenstraße zur Ortsstraße zuzustimmen und das Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen,

schließt sich die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, an.

VIII. Terrainerwerb zum Hagenring.

Auf Antrag des Rentners Manegold ersucht der Magistrat, dem stadtseitigen Erwerbe einer vor dem Grundstücke an der Ecke von Bültenweg und Draßewitzwiese liegenden, zur Straßenanlage erforderlichen Fläche von 142 qm zum Einheitspreise von 15 M zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, geschieht.

IX. Erwerb von Wege- und Grabenflächen zum Nieselgute.

Bei der Zwangsenteignung von Grundstücken der Feldmark Völkenrode zu Gunsten des Nieselgutes Steinhof waren fünf zwischen den enteigneten Ländereien liegende Wegeflächen im Eigentume der Gemeinde Völkenrode verblieben. Wegen der hierdurch hervorgerufenen Mißstände hat die Gemeinde Völkenrode den Ankauf jener Wegeflächen beantragt. Gleichzeitig hat sich herausgestellt, daß einige Wege- und Grabenflächen, die der Gutsverwaltung schon früher zum Besitze übertragen und zur Anlage eines Hauptgrabens benutzt waren, der Stadt noch nicht aufgegeben sind. Unter Vorlage eines mit der Gemeinde Völkenrode abgeschlossenen Vertrages über die Abtretung der vorbezeichneten Flächen ersucht der Magistrat um dessen Genehmigung und um Bewilligung eines Kaufpreises von 600 M für 25 a, sowie um die Uebernahme der Verpflichtung, stets für genügende Vorflut des Hauptgrabens Sorge zu tragen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

X. Verbesserung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Zur Verbesserung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung beabsichtigt der Magistrat auf Vorschlag der Deputation für die Verwaltung der städtischen Licht-

und Wasserwerke noch 23 Kandelaberlaternen und 2 Wandlaternen mit Gasglühlicht, sowie 5 Petroleumlaternen neu aufstellen und 3 Laternen von ihren jetzigen Plätzen versetzen zu lassen. Außerdem wird noch geplant, auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze an einem daselbst befindlichen Straßenbahnmaße versuchsweise eine Lucaslampe mit 500 Kerzen Leuchtkraft anzubringen. Diese Lampe soll vermittels eines Armes an dem Maße befestigt werden, wozu die Genehmigung der Straßeneisenbahn-Gesellschaft bereits erteilt worden ist. Um den gegenüber dem Zentralfriedhofe aufzustellenden 4 Kandelaberlaternen Gas zuführen zu können, ist die Legung eines 160 Meter langen Gasrohres erforderlich, dessen Kosten 884 M betragen. Von den 23 Kandelaberlaternen sollen aufgestellt werden 5 auf dem Altemwiefing zwischen Kastanienallee und Helmstedterstraße; 4 auf der Helmstedterstraße dem Zentralfriedhofe gegenüber; je 3 auf der Kl. Vertramstraße, der Hohetorpromenade und dem Neustadtringe von der Cellerstraße bis zum Amalienplatze; 2 auf dem Leonhardsplatze und je 1 auf der Steintorbrücke, der Uhländstraße und der Gliesmaroderstraße. Die beiden Wandlaternen werden ihren Platz auf der Kaiserstraße und der Schöppenstedterstraße finden. Von den 5 Petroleumlaternen sind 2 für die Pfingststraße und 3 für die Salzdhumerstraße von der Riesgrube ab bestimmt.

Der Magistrat gibt anheim, die Aufstellung und Versetzung der Laternen, sowie die Legung des Gasrohres zu genehmigen und die Ausführungskosten mit insgesamt 4349 M zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Esdorn Genehmigung der Vorlage.

Herr Aßmann vermißt in dem Verzeichnisse die Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße. Wenn es sich hier auch nicht um eine Ortsstraße handle, so würde der Weg doch bald vollständig bebaut sein und müßte daher auch beleuchtet werden.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß hier ganz eigenartige Verhältnisse vorlägen. Ueber die Anlegung dieser Verbindungsstraße habe die Stadt seinerzeit mit den betr. Privatpersonen einen Vertrag abgeschlossen; hinterher habe sich aber die Stadtverordneten-Versammlung mit der Aufhebung der Straße einverstanden erklärt. Der hiergegen von den Unternehmern eingelegte Protest sei zurückgewiesen und später eine gütliche Vereinbarung zustande gekommen, nach der es bei der Aufhebung der Straße verbleibe. Da nun also die Straße eigentlich nicht mehr vorhanden sei, müßte folgerichtig der Antrag gestellt werden, sie wiederum zur Ortsstraße zu erklären und auszubauen. Ob das aber angehe, wisse er nicht. Bis jetzt sei es nicht gelungen, die Anlieger dahin zu bringen, die Straße auf ihre Kosten auszubauen. Da nun auch ein öffentliches Interesse für den Ausbau der Straße nicht vorgelegen habe, so habe der Magistrat die Sache vor-

läufig ruhen lassen. Die Schließung des Terrains könne aber jeden Tag verfügt werden.

Herr Rathe möchte die Aufmerksamkeit einmal auf die Beleuchtung des Langenhofes vor dem Rathause richten. Sobald die Firma Heinr. Jakob Schade Abends ihre Geschäftsräume geschlossen und die elektrische Beleuchtung abgestellt habe, sei das hier ein ganz fider Schmolzwinkel. Er ersuche deshalb, für eine angemessenere Beleuchtung des Langenhofes zu sorgen.

Herr Alßmann will bemerken, daß es seiner Ansicht nach nicht im öffentlichen Interesse liege, wenn jemand sagen könne, er wolle eine ihm gehörende Straße schließen. Nachdem die Straße einmal bebaut sei, müßte der Eigentümer auch gezwungen werden können, sie abzutreten oder in stand zu setzen. Er behalte sich vor, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

XI. Aufstellung von Laternen an der Hohetorpromenade.

Die Herzogliche Baudirektion hat bezüglich der nach einem früheren Beschlusse auf dem Fahrwege zwischen dem Brückmannschen Grundstücke und der Straße „am Hohentore“ aufzustellenden drei Laternen verschiedene, die Haftpflicht der Stadt in Bezug auf die in der Nähe der Laternen stehenden Bäume und Gesträuche betreffende Bedingungen aufgestellt, deren Genehmigung der Magistrat befürwortet.

Auf Antrag der Finanzkommission, für die Herr Esborn berichtet, werden die Bedingungen genehmigt.

XII. Kosten für Beteiligung an der deutschen Städteausstellung.

Nachdem in der Sitzung vom 30. August 1900 beschlossen worden ist, daß sich die Stadt Braunschweig an der Dresdener Städteausstellung beteilige, ersucht der Magistrat, die durch Anfertigung der auszustellenden Pläne und Uebersichten, sowie durch deren Uebersendung und Aufstellung erwachsenen Kosten von 3386,05 M, ebenso wie den Betrag zu den allgemeinen Kosten in Höhe von 961,70 M mit insgesamt 4347,75 M zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission beantragt Herr Lord die Bewilligung der geforderten Summe.

Persönlich möchte der Herr Referent über seine Wahrnehmungen auf der Städteausstellung noch folgendes anführen: Was die Stadt Braunschweig in Dresden ausgestellt habe, sei wie alles, was man von der städtischen Bauverwaltung zu sehen bekomme, gut und tadellos gewesen. Nichtsdestoweniger erscheine ihm die Beteiligung Braunschweigs an der Ausstellung durchaus ungenügend. Die hiesigen Ausstellungsobjekte würden durch die Ausstellungen anderer Städte, welche größere Anstrengungen gemacht haben, erdrückt. Er bedaure lebhaft, daß diese Gelegenheit,

eine nachhaltige und wirkungsvolle Reklame für Braunschweig zu machen, unbenutzt vorübergegangen sei. Der schönste Teil der hiesigen Ausstellung, die Fassade des Rathauses, verschwinde neben der Ausstellung von Hamburg. Andere, selbst kleinere Städte, z. B. Hildesheim, hätten große Anstrengungen für die Ausstellung gemacht und die Wirkung sei auch nicht ausgeblieben. Man müsse ohne weiteres zugeben, daß der hiesige Magistrat recht habe, wenn er meine, daß jene Städte, welche großartige Ausstellungen in Dresden veranstaltet haben, über den ursprünglichen Rahmen der Ausstellung hinausgegangen seien; trotzdem bleibe zu bedauern, daß Braunschweig so ins Hintertreffen geraten sei.

Herr Riecke muß diese Auffassung bestätigen. Die hiesige Ausstellung wirke geradegu niederdrückend und werde namentlich von Hildesheim zehnmal übertroffen. Es zeige dieses, daß der Satz: Braunschweig liege nicht weit von Schöppenstedt, seine Berechtigung habe. Wenn man hier aber den Fremdenverkehr heben wolle, dürfe man sich nicht so sehr gegen das Rad der Zeit stemmen, sonst gehe dieses über Braunschweig weg. Die Ausstellung habe eine solche Masse des Wissenswerten geboten, daß man der Stadt Dresden für das vorteilhafte Arrangement nur den besten Dank abstatten könne. Es sei tief zu bedauern, daß Braunschweig dabei so schlecht abgeschnitten habe, zumal es so interessante Sachen wie die Fassade des Altstadt-Rathauses zc. hätte ausstellen können. Was nützen für solche Ausstellungen die hiesigen modernen Betonbauten in ihrer Bedeutungslosigkeit gegenüber den Riesenbauten anderer Städte. So z. B. könne unsere „Drachenbrücke“ hundertmal unter der Elbbrücke durchgezogen werden und man glaube doch, es sei nur eine Maus durchgelaufen. Auch mit dem Monnier-System, das die Franzosen schon vor 40 Jahren gehabt haben, könne man heutzutage nicht mehr renommieren. Dagegen hätten hundert andere Dinge, welche die Entwicklung der Stadt Braunschweig in einem anderen Lichte zeigten, ausgestellt werden können und sei es tief zu bedauern, daß man dieses versäumt habe.

Herr Meyerhoff bemerkt, daß er in dieses vollberechtigte Klagelied mit einstimmen müsse. Das einzige, was von Braunschweig noch auffalle, seien die graphischen Darstellungen, aus denen man sehe, wie hier die Steuerschraube mehr und mehr angezogen werde; ebenso sei ersichtlich, wie wenig hier für Kunst und Wissenschaft geschehe. Durch die Schrift: „Was lehrt die deutsche Städteausstellung“, werde man unterrichtet, wie man's nicht machen solle. In dieser Schrift sei auch erwähnt worden, daß die Pläne von Kieselgütern ausgestellt seien, jedoch habe er von dem Kieselgute Steinhof keinen Plan, sondern auf einer Karte von der Umgebung Braunschweigs nur einen kleinen grünen Punkt als Kieselfeld und einen blauen Strich als Andeutung des Druckrohres gefunden. Nicht weit hiervon habe die Stadt Mainz eine Ausstellung, darunter eine plastische Darstellung ihrer Kieselfelder, veranstaltet, wogegen unsere Ausstellung abfalle. Die Wiedergabe des hiesigen

Kathauses sei auch zu winzig ausgefallen. Nach der Darstellung der hiesigen Friedhofsanlagen habe er stundenlang vergeblich gesucht und sie endlich hinten in einer Ecke gefunden. Deshalb möchte er einmal fragen, ob uns der Platz zugewiesen sei, oder ob ihn sich die Stadt ausgesucht habe. Es scheine fast, als ob man dahin gegangen sei, wo man nicht habe gesehen sein wollen. Warum sei z. B. der Plan des Gewerbeschulhauses und des Museumsgebäudes nicht ausgestellt worden? Er empfehle allen Besuchern der Ausstellung die Beschaffung des vorbezeichneten Buches.

Herr Rathe bedauert die Ausdrücke, welche hier in Bezug auf die Städteausstellung gefallen seien und namentlich die Ausdrücke des Herrn Rieke, eines so langjährigen Vertreters der Bürgerschaft in der Versammlung, die auf eine Schmähung der Stadt hinausliefen. Uebrigens könne er darin keine Schmach erblicken, daß Braunschweig mit Schöppenstedt auf eine Stufe gestellt werde, denn in Schöppenstedt wohnen ebenso schlaue Leute, wie in anderen Städten. Wenn die hiesige Stadtverwaltung nicht allzusehr für eine Ausstellung und für unnütze Reklame gestimmt sei, so erscheine ihm dieses in vieler Beziehung nur dankenswert. Er sei der Stadtverwaltung sehr dankbar dafür, daß die hiesigen Einrichtungen an sich mustergiltig seien und anderen Städten vielfach zum Vorbild dienten, wenn sie auch nicht auf Ausstellungen in große Beleuchtung gestellt würden. Trotzdem er nie ein großer Freund von Ausstellungen gewesen sei, habe er sich in geschäftlicher Beziehung doch ein gewisses Ansehen errungen. Dazu gehöre allerdings, daß man mit der Zeit fortschreite. Er habe auch noch nicht bemerkt, daß man in anderen Städten billiger und besser wirtschaftete. Im übrigen würde er sich in Zukunft doch sehr bedenken, Mittel für den Besuch von Ausstellungen zu bewilligen, wenn der Besuch den Erfolg habe, daß die hiesigen Einrichtungen in öffentlicher Versammlung heruntergerissen würden.

Herr Alßmann will Herrn Rathe gern glauben, daß er für solche Sachen in Zukunft nicht zu haben sei, und daß er aus vollem Herzen der Stadtverwaltung den Dank dafür ausgesprochen habe, in Dresden nicht all das Gute zur Anschauung gebracht zu haben, was sie besitze. Im übrigen könne er sich den Ausführungen der Herren Rieke und Meyerhoff nur anschließen, und sei er auch nicht der Meinung, daß durch eine Kritik der Ausstellung eine Schmähung der Stadt ausgesprochen werde. Warum habe man so manche Einrichtungen der Stadt, denen man nach der Aeußerung des Herrn Rathe auch außerhalb Beachtung schenke, in Dresden nicht zur Darstellung gebracht? Von Herrn Rathe sei wiederholt dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß hier nichts für den Fremdenverkehr getan werde; hier hätte sich nun die beste Gelegenheit dazu geboten. Ohne jemandem einen Vorwurf machen zu wollen, glaube er doch der Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß sich die betr. Herren der Stadtverwaltung eine Lehre daraus ziehen

werden. Von Herrn Rathe würde es überhaupt richtiger gewesen sein, vor drei Jahren gegen die Besichtigung der Ausstellung Stellung zu nehmen und zu richtiger Zeit Kritik zu üben. Der Magistrat und die übrigen städtischen Beamten könnten sich durch eine sachliche Kritik der Ausstellung unmöglich beleidigt fühlen.

Herr Löschigk gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Magistrat gelernt haben werde, im Wiederholungsfalle die Sache besser zu machen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß hiergegen Verwahrung einlegen. Die Ausstellung sei von hier aus programmgemäß beschickt worden, jedoch hätten andere Städte offenbar die Gelegenheit wahrgenommen, in Dresden für sich Reklame zu machen durch die Art ihrer Ausstellung. Das habe allerdings der hiesige Magistrat nicht getan, weil er sich dazu nicht für berechtigt gehalten habe. Nach § 5 des Programmes für die Ausstellung heiße es besonders, daß von den Gemeinden nur solche Einrichtungen ausgestellt werden sollten, die als mustergiltig betrachtet werden könnten. Das sei also ein ganz beschränktes Gebiet gewesen. Die meisten Einrichtungen der hiesigen Stadt fände man, teilweise sogar noch besser, auch in anderen Städten, sodaß man damit nicht hätte hervortreten können. Hierzu komme dann noch der Geldpunkt. Nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen würde z. B. eine plastische Darstellung des Rathauses etwa 2000 M gekostet haben, welche Ausgabe doch wohl gewissen Schwierigkeiten begegnet wäre. Wenn einmal wieder eine deutsche Städteausstellung stattfinden sollte, werde der Magistrat aber versuchen, es besser zu machen.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XIII. Uenderung der Glückstraße.

Durch notariellen Vertrag vom 23. Januar 1900 hat sich der Magistrat dem Tischlermeister W. Kronjäger gegenüber verpflichtet, diesem ein 27 qm großes Terrain der Glückstraße kaufweise abzutreten. Dieses Recht auf Auflassung ist durch Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß zu Gunsten der Aktienziegelei Braunschweig gepfändet worden. Der Direktor der Ziegelei, Herr Rüenthal, hat nun erklärt, von seinem Rechte auf Realisierung des Pfandrechtes keinen Gebrauch machen zu wollen, vielmehr gebeten, zu gestatten, daß die Feldmarksgemeinde die betr. Fläche schon jetzt direkt an den derzeitigen Eigentümer des anschließenden Grundstücks, Maurermeister Lange, auflasse. Zugleich hat sich Direktor Rüenthal verpflichtet, im Falle der Auflassung an Herrn Lange, den festgesetzten Preis von 405 M direkt an die Stadtgemeinde zu zahlen. Nachdem sich auch die Feldmarksgemeinde Neu-Petritor bereit erklärt hat, die Fläche schon jetzt abzutreten, gibt der Magistrat anheim, der Uenderung der Glückstraße in der erwähnten Weise zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Riele berichtet, geschieht.

XIV. Terrainerwerb zur Maschstraße.

Der Bauunternehmer Kielhorn als Eigentümer des ehemals Kniepschen Grundstücks an der Ecke der Masch- und Cellerstraße ist bereit, das Wohngebäude zu beseitigen und die zur Verbreiterung der Maschstraße bestimmte, 433 qm große Teilfläche dieses Grundstücks an die Stadt abzutreten, wenn ihm Befreiung von Straßenkosten bezüglich der Maschstraße zugesichert und außerdem eine Entschädigung von 6000 M gezahlt werde. Ebenso hat sich der Eigentümer des benachbarten Grundstücks, Fabrikant Siegmund, bereit erklärt, die von seinem Grundstück zur Verbreiterung der Maschstraße erforderliche Fläche von 210 qm der Stadt unentgeltlich zu überlassen, falls ihm Straßenkosten nicht zur Last gelegt werden und außerdem die Einfriedigung seines Grundstücks auf die neue Grenze zurückgesetzt werde. Die durch die letztere Forderung erwachsenden Kosten sind zu 400 M veranschlagt worden.

Bei Annahme dieser Angebote würde dem Ausbau der südlichen Teilstrecke der Maschstraße bis zur Gartenstraße kein Hindernis mehr entgegenstehen, da das sonst noch zur Straßenverbreiterung bestimmte Terrain von 250 qm bereits früher stadtseitig erworben ist.

Eine sachgemäße Beurteilung der von den beiden Anliegern gemachten Angebote ist nur möglich, wenn man zu ermitteln sucht, welcher Anliegerbeitrag sich bei Einstellung der sämtlichen, nach Maßgabe des sachlichen Wertes des ehemals Kniepschen Gebäudes und der örtlichen Verkaufspreise, zu ermittelnden Grunderwerbskosten in die Kosten- und Verteilungsberechnung ergeben würde. Das Gebäude ist zu 20 300 M versichert und in gutem baulichen Zustande, weshalb diese Summe in Rechnung zu stellen sein wird. Außerdem kann man das zur Straßenverbreiterung zu verwendende Terrain von 893 qm mit durchschnittlich 20 M für 1 qm bewerten. Unter Hinzurechnung von 1000 M für Nebenkosten und der zu 15 000 M veranschlagten Baukosten würden danach die gesamten Straßenkosten 54 160 M und die Anliegerbeiträge bei 261 m Frontlänge rund 207 M für 1 m Front betragen. Da nun die Frontlänge des Kielhornschen Grundstücks 65 m und diejenige des Siegmundschen Grundstücks etwa 32 m beträgt, so würde der Leistung des Herrn Kielhorn im Werte von 28 960 M eine Gegenleistung der Stadt in Höhe von 19 455 M und der Leistung des Herrn Siegmund in Höhe von 4 200 M eine Gegenleistung der Stadt in Höhe von 6 624 M gegenüberstehen. Während hiernach das Kielhornsche Anerbieten ohne weiteres annehmbar erscheint, muß die Siegmundsche Forderung auf den ersten Blick als hoch erscheinen, zumal die Stadt auch noch die Einfriedigung des Grundstücks zurücksetzen soll. Da indessen der Einheitspreis von 20 M nicht feststeht und im Falle der Enteignung auch die Zubilligung einer besonderen Vergütung für Wertminderung des Restgrundstücks

nicht ausgeschlossen sein würde, Herr Siegmund auch die durch die Straßenregulierung erforderlich werdende Umgestaltung seines Gartens auf eigene Kosten ausführen will, so hat der Magistrat geglaubt, auf beide Offerten eingehen zu sollen und hat einen entsprechenden Vertrag mit den beiden Anliegern abgeschlossen. Es wird nun ersucht, diesen Vertrag zu genehmigen. Die Vorlegung des Projektes nebst Kosten- und Verteilungsberechnung bleibt vorbehalten.

Namens der Baukommission ersucht Herr Ebeling, der Vorlage zuzustimmen, um nun endlich die dort so notwendige Straßenverbreiterung durchführen zu können.

Herr Jasper möchte den Magistrat um Auskunft bitten, ob nicht noch ein Enteignungsverfahren wegen dieses Teiles der Maschstraße schwebt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es sich dabei um den unteren Teil der Maschstraße handle, der also hiermit nichts zu tun habe. Von den betr. Anliegern seien drei Rechtsstreite angestellt worden und hätten sie in dem einen Rechtsstreite erreicht, daß die Sachverständigen noch einmal gehört wären, während sie in den beiden anderen Fällen abgewiesen seien. Jetzt beabsichtigten die Anlieger nun, durch das ordentliche Gericht das ganze Verfahren kassieren zu lassen, damit die Enteignung noch einmal von vorn anfangen. Der Magistrat werde sich indessen durch den angedrohten Prozeß nicht bange machen lassen, sondern werde die Einweisung in den Besitz beantragen, sodaß zu hoffen stehe, noch vor Schluß des Jahres mit dem Ausbau auch des unteren Teiles der Straße beginnen zu können.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XV. Antrag A h m a n n: Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Verbindungsstraße zwischen der Kastanienallee und der Landstraße zu einer Ortsstraße zu erklären und deren Ausbau zu veranlassen“.

Den bei Punkt X der Tagesordnung begründeten und genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

Hierauf erfolgt Schluß der Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1903|1904.N^o 6.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. September 1903.



Tagesordnung:

I.	Kosten einer Wasserleitungsanlage im Neustadtrathause	Seite 152
II.	Hundsteuererlaßgesuche	" 152
III.	Änderungen an der Straßenlinie des Ruhfäutchenplatzes zc.	" 153
IV.	Einspruch wegen zu zahlender Hundsteuer	" 154
V.	Herabsetzung der Mindestgebühr für Untersuchung eingebrachten Fleisches	" 154
VI.	Weitervermietung von Kellerräumen	" 162
VII.	Anordnung von Vorgärten für die Straße „Rosental“	" 162
VIII.	Terrainerwerb zur Jakobstraße	" 163
IX.	Instandsetzung der Bedellenwohnung in der Schule an der Wilhelmstraße	" 163
X.	Abkommen wegen der Verbindungsstraße am Magnitore	" 166
XI.	Reparatur eines Gasbehälters	" 169
XII.	Neubau eines Lehrerinnenseminars zc.	" 170
XIII.	Anordnung von Vorgärten für die Landstraße	" 171
XIV.	Änderung des Ortsbauplanes an der Cellerstraße zc.	" 171
XV.	Terrainverkauf an der Maschstraße	" 171
XVI.	Erneuerung von Fenstern im Parthause	" 172
XVII.	Antrag Ahmann: Ausbau zc. der Verbindungsstraße zwischen Kastanien- allee und Landstraße	" 173
XVIII.	Anfrage Kätke: Berunreinigungen verschiedener Flußläufe	" 173
XIX.	Antrag Ebeling: Ausbau der südlichen Reststraße der Kramerstraße	" 176
XX.	Antrag Ebeling: Erwerb eines Platzes an der Frankfurterstraße	" 176
XXI.	Antrag Lord: Beseitigung von Straßenbäumen	" 178



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer und Seele, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Günther, Herzberg, Jasper, Lange, Lupprian und Schöttler.

Den Vorsitz führt Herr Semler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden der Versammlung folgende Eingänge bekannt gegeben:

- 1) Schreiben des Magistrates dahingehend, daß er Bedenken trage, dem in der Sitzung vom 27. August d. Js. — Seite 136 des Berichtes — ausgesprochenen Ersuchen auf Entsendung zweier Beisitzer des hiesigen Gewerbegerichtes Folge zu geben, weil er bei der großen Zahl der alljährlich stattfindenden Versammlungen von Körperschaften und Vereinen die Entsendung von Vertretern auf städtische Kosten nur dann für zweckmäßig erachte, wenn davon ein entsprechender Vorteil für die städtische Verwaltung und deren Einrichtungen zu erwarten sei. Im vorliegenden Falle könne er sich nicht überzeugen, daß diese Voraussetzung zutreffe.
- 2) Der Architekt Adolf Reiners hat an den Magistrat und die Versammlung je eine Eingabe gerichtet, betreffend „gewichtige Anregungen für die notwendige Entwicklung unserer Innenstadt“. Herr Reiners befürwortet die Erschließung des Straßenblocks Münzstraße—Damm—Schuhstraße zc.

Diese Eingabe wird auf dem Tische des Hauses zur beliebigen Einsichtnahme ausgelegt.

Nunmehr geht die Versammlung über zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Kosten einer Wasserleitungsanlage im Neustadtrathause.

Infolge des Verschens eines städtischen Beamten ist eine zwar früher in Vorschlag gebrachte, aber von den städtischen Behörden noch nicht genehmigte Wasserleitungsanlage im Nebentreppenhause des Neustadtrathauses mit einem Kostenaufwande von 480,02 M hergestellt worden. Da diese Anlage nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung für die Sicherung des Gebäudes gegen Brandschaden von großer Bedeutung ist, so wird die Versammlung ersucht, das eigenmächtige Vorgehen des Beamten nachträglich gutzuheißen und die entstandenen Kosten zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

II. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Frau Klein, des Arbeiters Schünemann, der Frau Kruse und des Tischlers Hesse um Erlaß der Steuer für einen Biehhund werden

genehmigt, dagegen die Gesuche des Bahnwärters Boß, des Wächters Kreuzberg und des Arbeiters Rickens um Erlass der Steuer für einen Wachhund abgelehnt.

III. Aenderungen an der Straßenlinie des Ruhfäutchenplatzes 2c.

Zur Aufstellung des Herzog Wilhelm-Denkmal ist es erforderlich, die Fluchtlinie der Straße östlich der Burg Dankwarderode etwas zu verlegen und eine 8 qm große Teilfläche des betreffenden Fußweges dem Fiskus zu überlassen, sowie eine 63 qm haltende, im Eigentume der Stadt verbleibende Fläche als Fußweg auf Kosten des Staates ausbauen und dauernd unterhalten zu lassen. Die Versammlung wird um Genehmigung dieser Aenderungen ersucht.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling kann die Baukommission nur empfehlen, der Vorlage ohne weiteres zuzustimmen. Es handle sich um eine ganz geringe Aenderung und liege es auch im Interesse der Stadt, die Denkmalsangelegenheit, welche ihrer Vollendung entgegengehe, nach Kräften zu fördern.

Bei dieser Gelegenheit wolle er auf eine Sache zurückkommen, die hiermit in Verbindung stehe. Er sei nämlich von einer Seite außerhalb der Versammlung ersucht worden, zu beantragen, die Versammlung möchte die Bitte aussprechen, das Herzog Wilhelm-Denkmal auf den dafür bestimmten Platz überhaupt nicht hinzusetzen, sondern ihm einen Platz vor dem Schlosse anzuweisen, denn der erstere Platz sei weder aus kunsthistorischen noch aus anderen Gründen dafür geeignet. Er habe geglaubt, über diese Anregung nicht ohne weiteres hinweggehen zu sollen, wenn er den Wunsch auch durchaus nicht befürworten könne. Jedenfalls habe man zu beachten, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht die Stelle sei, welche hierin eine Entscheidung zu treffen habe und würde außerdem auch geprüft werden müssen, ob der neue Vorschlag besser sei, als der früher gefasste Beschluß, nach welchem das Denkmal seinen Platz auf dem Ruhfäutchenplatz erhalten solle. Zur Prüfung dieser Frage dürfte die Versammlung aber nicht geeignet sein, denn es handle sich um eine Kunstfrage, welche eine so große Versammlung gar nicht entscheiden könne, sodaß erst wieder eine Kommission zu deren Prüfung eingesetzt werden müsse. Vor der Festlegung des Platzes seien aber alle Verhältnisse aufs eingehendste geprüft worden, und auch die Partei, welche mit ihrer Ansicht unterlegen sei, könne der betreffenden Kommission Sachkenntnis und Befähigung jedenfalls nicht abstreiten. Diejenigen, welche hierüber anderer Meinung seien, müßten sich angesichts der vorliegenden Verhältnisse eben begnügen und ihre Querelen nicht noch weiter fortsetzen. Eine Meinung könne eben nur durchgehen und wenn die Meinung dieser Herren durchgegangen wäre, würden wieder andere damit nicht zufrieden sein. Demnach könne jetzt nichts anderes geschehen, als die Zumutung dieser Herren zurückzuweisen und zwar mit der Begründung, daß die Sache erledigt sei und die andere Partei sich zu fügen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte dieser Angelegenheit noch einige Worte zur Aufklärung widmen. Als auf Anregung der Landesversammlung die Herzogliche Regierung sich mit der Errichtung eines Denkmals für den hochseligen Herzog Wilhelm einverstanden erklärt habe, sei von der Landesversammlung eine Kommission eingesetzt worden, zu der auch er und später der Herr Geh. Justizrat Semler gehört haben. Diese durch hervorragende Architekten verstärkte Kommission habe als ihre nächste Aufgabe die Auswahl des Platzes erachtet und es sei zu diesem Zwecke eine Erweiterung der Kommission durch Hinzuziehung von drei der namhaftesten Künstler Deutschlands, deren Namen er im Augenblick nicht nennen könne, vorgenommen. Mit diesen Künstlern sei die Kommission zusammengetreten und habe an 12 bis 16 verschiedenen Punkten der Stadt die Plätze auf die Errichtung des Denkmals hin geprüft, um darauf einstimmig den jetzt gewählten Platz als den allein richtigen anzuerkennen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

IV. Einspruch wegen zu zahlender Hundesteuer.

Der Kaufmann Wilhelm Henning hat hier vom 1. März d. J. ab einen zweiten Hund gehalten und sich geweigert, dafür die Hundesteuer zu entrichten. Als Grund seiner Weigerung gibt er an, daß nicht ihm, sondern einem Einwohner von Zimmerlah der Hund gehöre und dieser bei ihm nur zwecks besseren Verkaufs in Pension gewesen sei. Obwohl Herrn Henning von dem Magistrat auseinandergesetzt worden ist, daß er auch bei Berücksichtigung dieser Verhältnisse die Hundesteuer zahlen müsse, hat er dagegen Einsprache erhoben und gebeten, die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen. Magistratsseitig wird die Verwerfung dieses Einspruches auf Grund der §§ 60 und 61 des Gemeindeabgabengesetzes anheimgegeben.

Namens der Statutenkommission ersucht der Herr Vorsitzende, den Einspruch zu verwerfen, da sich die Pflicht zur Bezahlung der Hundesteuer nicht mit der Frage des Eigentums am Hunde decke.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

V. Herabsetzung der Mindestgebühr für Untersuchung eingebrachten Fleisches.

Die Gebühr für die Untersuchung des zum Verkaufe in die Stadt gebrachten Fleisches ist derzeit so festgesetzt worden, daß für alle auf den Wochenmärkten in einer Bude feilgehaltenen Fleischwaren bis zum Gesamtgewicht von 100 kg 1,50 M erhoben werden, und daß bei Ueberschreitung dieses Gesamtgewichtes für jede weiteren 10 kg eine Erhöhung der Gebühr um 15 S eintritt. Die Mindestgebühr auf 1,50 M festzusetzen, war früher unbedenklich, weil die Budeninhaber wohl selten

oder niemals mit einer geringeren Fleischmenge als 100 kg den Markt bezogen haben werden. Seit Einrichtung der Markthalle, in welcher die Standinhaber nicht nur in den alten Wochenmarktsstunden, sondern auch nachmittags ihre Waren feilhalten, wobei dann gelegentlich das Bedürfnis hervortritt, den vorhandenen Warenbestand durch einzelne bestimmte Stücke geringeren Gewichtsumfanges zu ergänzen, kann jener Satz durch sein Mißverhältnis zu dem Werte der Ware sehr drückend werden. Der Magistrat hält daher eine Herabsetzung dieser Mindestgebühr für billig und beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. Oktober 1903 ab bei einem Gesamtgewicht bis zu 20 kg eine Gebühr von 30 \mathcal{M} und bei Ueberschreitung dieses Gewichtes für jede weiteren 10 kg eine um je 15 \mathcal{M} erhöhte Gebühr zur Erhebung gelangt.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius hält die Statutenkommission diese Aenderung für berechtigt und gibt deren Genehmigung anheim.

Herr Alßmann ist nicht nur für eine Herabsetzung, sondern für eine vollständige Aufhebung der Gebühr. Das Statut sei seinerzeit erlassen, um das eingebrachte Fleisch hier zu untersuchen, jedoch bestehe dasselbe nicht mehr zu Recht, weil es mit dem Reichsfleischbeschaugeetze vom 3. Juni 1900 nicht im Einklange stehe. Aus dem § 3 des Statutes gehe hervor, daß die Polizeibehörde, wenn sie glaube, daß die Untersuchung der Tiere nicht zweifellos nachgewiesen sei, eine Untersuchung fordern könne. Eine solche Unterlassung sei jetzt aber vollständig ausgeschlossen, weil jeder Schlachter verpflichtet sei, das Fleisch sofort untersuchen zu lassen. In einer Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengerichte zu Wolfenbüttel habe sich der Richter diese Anschauung ebenfalls zu eigen gemacht. Das hiesige Statut hätte deshalb nach dem Inkrafttreten des Fleischbeschaugesetzes umgearbeitet werden müssen. Die hier vorgeschriebene Untersuchung solle eine sanitäre Maßnahme und nicht etwa eine Einnahmequelle für die Stadt sein. Wenn man nun auch wohl sagen könne, daß sich bei den in der Markthalle untersuchten Fleischwaren eine sanitäre Maßnahme annehmen lasse, so treffe dieses Argument aber nicht zu bei denjenigen Waren, die durch das Schlachthaus geführt werden müssen, weil das Publikum möglicherweise erst nach 4—6 Wochen diese Waren kaufe und sie dann schon verdorben sein könnten. Es würde deshalb richtiger sein, statt dieser Untersuchungen von Zeit zu Zeit eine Revision in den Kaufläden vornehmen zu lassen, um festzustellen, ob die feilgehaltenen Waren noch genußfähig seien. Nach der ganzen Art und Weise, wie die Untersuchung hier gehandhabt werde, scheine es sich aber nicht um eine sanitäre, sondern um eine finanzielle Maßregel zu handeln. Der betr. städtische Beamte stelle sich außerdem auf den Standpunkt, daß alles untersucht werden müsse, und so habe man dann sogar das eingeführte Schmalz mit einem Eingangszoll von 2 \mathcal{M} belegt; anders könne man die Gebühr nicht nennen, weil eine Untersuchung des Schmalzes doch

wirklich keinen Zweck habe. Anscheinend sei man früher auch nicht auf den Gedanken gekommen, das Schweineschmalz untersuchen zu lassen, was schon daraus hervorgehe, daß es auf den zur Bescheinigung der Untersuchung dienenden gedrucktenzetteln gar nicht aufgeführt stehe und man dort aus dem Worte „Schweinefleisch“ erst „Schweineschmalz“ gemacht habe, nachdem man es für gut befunden habe, auch noch eine Extragebühr für Schmalz zu erheben, sobald jemand die Freundlichkeit gehabt habe, auswärtiges Schmalz durch das Schlachthaus fahren zu lassen. Das sollte man aber nicht tun, sondern nur den sanitären Punkt ins Auge fassen. Wenn man aber durchaus einen Eingangszoll auf Fleischwaren erheben wolle, so müßte man ihn auch von allen nehmen und dürfte nicht der Polizeibehörde das Recht geben, einzelne auszuschließen. Von diesem Rechte habe die Polizeibehörde vor Jahren den ausgiebigsten Gebrauch gemacht; ob das jetzt noch geschehe, wisse er nicht, weil man in der Beziehung sehr vorsichtig geworden sei. Wenn das Statut aber veraltet sei, so sollte man es abschaffen, oder entsprechend ändern und sollte dann die Untersuchung der Fleischwaren als eine rein sanitäre Maßnahme erscheinen lassen.

An den Magistrat richtete er die Bitte, sich darüber zu äußern, ob auf Grund des neuen Reichsfleischbeschaugesetzes Änderungen an dem städtischen Statute vorstehen, oder ob man die Sache so weiter gehen lassen wolle. Geschehe letzteres, so dürfte es bald dahin kommen, daß einzelne Bürger den Alageweg beschritten, um festzustellen, ob das Statut überhaupt noch zu Recht bestehe. Jedenfalls könne es nicht als eine Gleichheit vor dem Gesetze angesehen werden, wenn der eine Verkäufer seine eingeführten Fleischwaren untersuchen lassen müsse, der andere aber nicht.

Herr Stadtrat Meyer will zunächst, soweit die Stadtverwaltung in Betracht komme, den Vorwurf zurückweisen, daß eine ungleiche Behandlung der Empfänger von Fleischwaren in Bezug auf die Fleischschau stattgefunden habe. Die Untersuchung des eingebrachten Fleisches sei durch das Statut vom 18. Juni 1880 eine obligatorische geworden und die Polizeibehörde habe nach § 3 des Statuts das Recht, nur ausnahmsweise einzelne Lieferanten davon zu dispensieren. Vor Jahren möge wohl hier und da eine Firma von der Untersuchung dispensiert sein, heute komme solche Dispensation aber nicht mehr vor. Richtig sei es, daß das Reichs-Fleischbeschaugesetz eine große Umwälzung hinsichtlich der Untersuchung des Fleisches herbeigeführt habe, jedoch könne er der Schlußfolgerung des Herrn Ahmann nicht beistimmen, daß alle älteren landesgesetzlichen Bestimmungen dadurch ungültig geworden seien. In dem Reichsgesetze stehe nämlich, daß ältere landesgesetzliche Vorschriften beibehalten werden könnten, soweit sie strenger seien, und sie nur aufgehoben werden müßten, wenn sie den neueren Bestimmungen widersprächen. Das sei hier aber nicht der Fall.

Die Erhebung der Untersuchungsgebühr könne außerdem auch nicht als ein Eingangszoll bezeichnet werden, sondern die Gebühr habe zunächst den Zweck, die durch die Untersuchung entstehenden Unkosten zu decken. Daneben komme noch der Umstand in Betracht, daß von dem Augenblicke an, wo das Fleisch ohne eine Untersuchungsgebühr in die Stadt eingelassen werde, die auswärtigen Schlächter gegen die hiesigen eine Bevorzugung erführen, was seinem Gerechtigkeitsgeföhle widersprechen würde. Der hiesige Schlächter müsse im städtischen Schlachthause schlachten und hierfür eine Gebühr zahlen, die ihm auch nicht erlassen werden könne, weil das Schlachthaus aus den Mitteln von städtischen Anleihen errichtet sei, die verzinst und getilgt werden müßten. Es würde also als eine ungerechtfertigte Behandlung der hiesigen Gewerbetreibenden angesehen werden müssen, wenn man von ihnen eine Gebühr erheben wollte, während man die auswärtigen Schlächter frei ausgehen ließe. Nun könnte man ja sagen, die auswärtigen Schlächter müßten an ihrem Orte auch eine Untersuchungsgebühr bezahlen, jedoch sei darauf zu erwidern, daß diese Gebühr erheblich geringer, als die hiesige sei und daneben noch in Betracht komme, daß die hier durch Tierärzte ausgeführten Untersuchungen doch wohl gründlicher und besser seien, als die auswärts von Nichttierärzten vorgenommenen Untersuchungen. Es solle hierin keine Zurücksetzung der auswärtigen Fleischbeschauer liegen, jedoch erscheine es wohl jedem klar, daß der ausgebildete Tierarzt besser imstande sei, das Fleisch auf seine Qualität zu untersuchen, als der ausgebildete Fleischbeschauer.

Der von Herrn Kßmann ausgesprochene Wunsch auf Aufhebung der Untersuchungsgebühr lasse sich nicht ganz von der Hand weisen, jedoch könne er erst zur Durchführung gelangen, wenn das Schlachthaus schuldenfrei dastehe. Was die Untersuchung des Schmalzes betreffe, so halte er die dafür erhobene Gebühr für gerechtfertigt, denn das Statut sage im § 1:

„Folgende, zum Verkauf und Genuß von außen in das hiesige Stadtgebiet eingeführte Schlachtwaren, als:

- 1) das frische Fleisch von allem zur Gattung der Säugetiere gehörigem Schlachtvieh, sowie die Eingeweide von solchem Schlachtvieh,
- 2) alle durch Verarbeitung von Bestandteilen des Schweines hergestellten Erzeugnisse, wie Wurst, Schinken, Speck usw., sind vor ihrem Uebergange in den freien Verkehr rücksichtlich ihrer gesundheitlichen Beschaffenheit zu untersuchen“.

Darunter falle aber auch das Schmalz, und es würde eine große Blicke sein, wenn dessen Untersuchung ausfallen sollte, da gerade bezüglich des Schmalzes vielfach gesündigt werde. Er bitte daher, sich mit der Vorlage einverstanden zu erklären.

Herr Alßmann hat durch die Ausführungen des Herrn Stadtrat Meyer seine Vermutung bestätigt gefunden, daß man ohne die Untersuchungsgebühr die auswärtigen gegenüber den hiesigen Schlachtern für bevorzugt halte. Das sei aber in Wirklichkeit gar nicht der Fall. Wenn die auswärtigen Schlachter das Fleisch in kleinen Quantitäten hierher schafften und die Unkosten dafür trügen, so stellen diese sich ebenso hoch, wie die Schlachthausgebühren. Es liege aber keine Ursache vor, den hiesigen Schlachtern noch einen besonderen Schutz zu gewähren und dadurch die notwendigsten Nahrungsmittel zu verteuern. So viel stehe fest: um eine sanitäre Maßregel handle es sich dabei nicht. Wenn Herr Stadtrat Meyer für nötig befunden habe, zu sagen, daß die hiesigen Untersuchungen besser seien, als die auswärtigen, so wisse er nicht, was die auswärtigen Fleischbeschauer dazu sagen sollen, daß man ihnen nicht so viel Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit u. zutraue, wie den hiesigen. Hier seien doch die Fleischbeschauer auch nicht sämtlich Tierärzte, so daß es hier wohl ebenso bestellt sein werde, wie im übrigen Deutschland. Schon vor Jahren habe einmal eine auswärtige Firma nachgewiesen, daß sie jedes Stück Fleisch von einem Kreistierarzte untersuchen lasse, aber trotzdem sei ihr Antrag auf Erlaß der nochmaligen Untersuchung abgelehnt worden. Aus einer langjährigen Erfahrung wisse er aber, wie wenig Wert eine solche sanitäre Maßregel habe und stehe er Herrn Stadtrat Meyer mit den Belägen dafür gerne zur Verfügung. Im Schlachthause selbst scheine auf die Untersuchung auch nicht so viel Wert gelegt zu werden. Er wolle es nicht allzu hoch anrechnen, daß ein Beamter gesagt haben solle, es müßte jede Wurst durchgeschnitten werden, wenn man sich darüber beschwere, die Kisten nach dem Schlachthause zu bringen, da das doch nur eine leere Drohung sei. Die Steuer werde also erhoben, um einen Deckmantel für den Schutz der hiesigen Industrie zu finden. Er glaube auch nicht, daß das Schmalz untersucht werden müsse, weil man es sonst auf dem gedruckten Zettel wohl nicht fortgelassen haben würde. Seiner Ansicht nach hätte man das Schmalz erst später für untersuchungspflichtig erklärt, nachdem man gesehen habe, daß es sich dabei um einen ganz lukrativen Artikel handle, der noch belastet werden könne. Richtiger würde es sein, die ganze Untersuchungsgebühr abzuschaffen.

Herr Stadtrat Meyer möchte Herrn Alßmann fragen, wie er zu der Behauptung komme, daß die ganze Einrichtung keine sanitäre Maßregel sei. Das Landesgesetz vom 12. April 1876, auf das sich das städtische Statut stütze, bezwecke, öffentliche Schlachthäuser einzurichten, um dem Publikum Fleisch zu liefern, was ohne Schaden genossen werden könne. Diese Bestimmungen seien aber noch heute in Kraft und würden durch das neue Reichsgesetz nur teilweise ersetzt oder ergänzt. Herr Alßmann scheine auch die Tierärzte mit den Trichinenschauern zu verwechseln, welche allerdings meistens keine ausgebildeten Tierärzte seien. Die Trichinenschauer hätten aber das Fleisch nur auf Trichinen zu untersuchen, und das sei ein Spezial-

gebiet, welches auch der Laie erlernen könne. Hiervon unterscheide sich aber ganz wesentlich die Fleischschau an lebenden und geschlachteten Tieren, denn dazu gehöre eine so große Sachkenntnis, daß sich selbst Tierärzte irren könnten, und werde Herr Altmann nicht behaupten wollen, daß ein Fleischbeschauer in den sechs Wochen seiner Ausbildung denselben fachlichen Bildungsgrad erlange, wie ein Tierarzt auf der Tierarzneischule. Im Interesse des fleischkonsumierenden hiesigen Publikums liege es demnach, das von außen eingeführte Fleisch nach wie vor hier untersuchen zu lassen. Nach dem Gesetze solle aber kein Unterschied gemacht werden zwischen dem aus einer anderen Stadt und dem aus einem Dorfe eingeführten Fleische, sondern es solle alles gleichmäßig behandelt werden.

Herr Rathe will bitten, an den Untersuchungsvorschriften recht strenge festzuhalten und sie möglichst noch zu verschärfen. Wenn Herrn Altmann bekannt wäre, was alles vorkomme, würde er sich niemals dahin ausgesprochen haben, daß die Untersuchung illusorisch oder gar überflüssig wäre. Seiner Meinung nach sei es im höchsten Grade notwendig, nach wie vor hier die Untersuchungen bestehen zu lassen. Das Fleisch werde teilweise aus sehr weiter Entfernung hierher geschafft und habe man, trotzdem es an seinem Ursprungsorte schon behördlich untersucht worden sei, schon das allerschlechteste Zeug erhalten und werde es auch ferner erhalten, wenn man die Kontrolle nicht sehr strenge handhabe.

Herr Koch muß es für sehr wichtig halten, auch das Schmalz zu untersuchen, denn es werde wohl bei keinem Artikel mehr gesündigt, als beim Schmalze. Gerade in das Schmalz bringe man Sachen, die gesundheitschädlich seien.

Herr Ebeling will bemerken, daß die Schlachthausdeputation sich nach dem am 1. April d. J. erfolgten Inkrafttreten des ganzen Fleischbeschaugesetzes die Frage vorgelegt habe, wie sie sich zu diesem Gesetze bezüglich der Untersuchung der Fleischwaren verhalten wolle und dabei zu dem Resultate gekommen sei, daß die auswärtige Untersuchung allein nicht genüge, weil die auswärtigen Fleischbeschauer namentlich an kleinen Orten zu wenig darin bewandert seien. Wer die Handhabung des hiesigen Schlachthausbetriebes einmal angesehen habe, werde überzeugt sein, daß er dort gesunde Ware bekomme. Die genaue Durchführung einer nochmaligen Untersuchung halte er aber für um so notwendiger, weil man hier einen so großen Export habe. Wenn nicht eine nochmalige Untersuchung stattfinde, so könne immerhin etwas in die zu exportierende Ware kommen, was nicht hinein gehöre. Man müsse nur einmal sehen, in welcher penibeln Weise die Tierärzte des Schlachthauses bei den Untersuchungen verfahren. Mancher kleinere Schlachter verfolge deshalb den untersuchenden Tierarzt nicht mit allzu freundlichen Blicken, wenn dieser verschiedene Stücke Fleisch vernichten lasse. Neben der Trichinenschau müsse aber großer Wert auf eine gründliche Fleischschau gelegt werden. Was nun die Frage der Gebühren anlange, so sei man gerade in Anerkennung des

Altmannischen Standpunktes, daß die Lebensmittel nicht verteuert werden sollen, dazu übergegangen, die Sätze nach Möglichkeit zu beschränken. Einen Pfennig könne man aber ganz gut auf das Pfund auflegen. Wenn Herr Altmann nun weiter meine, die Untersuchung habe in sanitärer Beziehung keinen Wert, schon weil die Waren häufig erst sehr spät in die Hände der Konsumenten gelangen, so sei dieser Grund etwas weit hergeholt, denn der Konsument könne ja die Waren auch noch hängen lassen, so daß sie bei ihm verdürben. Die vorgeschlagenen Sätze halte er für so minimal, daß dadurch noch nicht einmal ein Ausgleich stattfinde mit den Unkosten, welche jeder kleine Schlachter im Schlachthause tragen müsse.

Herr Wesemeier möchte ausdrücklich feststellen, daß Herr Altmann sich nicht gegen die Untersuchungen selbst gewendet habe, sondern gegen die Erhebung der Gebühr für Untersuchungen, die häufig überhaupt nicht stattfänden. Das könne der Genannte aus seinem Geschäfte belegen, in dem er mit Fleischwaren viel zu tun habe. So habe er im allgemeinen Konsumvereine z. B. im vorigen Sommer eine Sendung Rippenspeck erhalten, die trotz der Untersuchung mit Maden durchsetzt gewesen sei. Es solle also die Untersuchung nicht abgeschafft werden, sondern man wolle den nicht schönen Zustand beseitigen, daß eine Gebühr bezahlt werde für eine Untersuchung, die oft gar nicht stattfinde. Auf die Aeußerung des Herrn Rathe, daß man nicht wisse, was alles hereingeschmuggelt werde, wolle er erwidern, daß die Leute, welche solche Schweinereien machen wollten, um das Schlachthaus herumgingen.

Außerdem möchte er noch eine andere Sache hier zur Sprache bringen. Manche Geschäftsleute müßten eine ganze Masse Untersuchungsgelder bezahlen, während andere wieder die Fleischwarensendungen als Konserven deklarieren und sie auf diese Weise frei ins Haus bekämen. Es handle sich hier nach den Auslassungen des Magistratsvertreters um eine Steuer zur Deckung der Unkosten und der Schulden des Schlachthauses und außerdem aber auch zum Schutze des hiesigen Fleischerstandes. Da nun aber die Kosten der auswärtigen Schlachter durch den Transport ihrer Waren ebenso hoch zu stehen kämen, wie bei den hiesigen Schlachtern, so liege wirklich kein Grund vor, diesen Eingangszoll noch weiter bestehen zu lassen.

Herr Ohlendorf muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Herr Stadtrat Meyer die Auslassungen des Herrn Altmann nicht ernster genommen habe. Herr Altmann habe sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß er ein Gegner der wirklichen Untersuchung des Fleisches sei, sondern er verlange nur, daß das hiesige durchaus ungerechte System geändert werde, nach welchem einzelne Firmen zur Untersuchung herangezogen würden, während andere frei ausgingen. Hierdurch komme es, daß die Waren von demselben Lieferanten bei dem einen

Empfänger untersucht würden, bei dem anderen aber nicht. Auch werde es nicht zutreffen, daß sämtliches hier eingeführtes Schmalz untersucht werde; vielleicht beschränke sich die Untersuchung auf das vom allgemeinen Konsumverein bezogene Schmalz, während sonst wohl wenig zur Untersuchung komme. Deshalb möchte er fragen, ob alles amerikanische Schmalz hier untersucht werde. Ihm sei das Lachen nahe gekommen, als Herr Stadtrat Meyer erklärt habe, die Untersuchung würde hier sehr ernst genommen. Manche Kutscher brauchten hier nicht einmal ihre Kisten im Schlachthause aufzumachen, sondern kriegten den Stempel in die Hand, um ihn ohne weitere Besichtigung des Inhalts der Kisten auf die Speckseiten zu drücken. (Widerspruch.) Das nenne man also eine gründliche Untersuchung. Es müsse aber wohl jedem einleuchten, daß dieses eine Ungerechtigkeit sondergleichen sei und man es nur darauf absehe, einzelne zu treffen.

Herr Stadtrat Meyer erwidert, daß er nicht verstehe, wie bei so ernsten Verhandlungen jemandem das Lachen nahe kommen könne, ihm wenigstens habe das Lachen nicht nahe gestanden. Im übrigen spiele man die Sache jetzt auf ein anderes Gebiet, indem bemängelt werde, daß die Untersuchungen ungleichmäßig durchgeführt und nur die Waren des allgemeinen Konsumvereins untersucht würden. Das sei ihm allerdings ganz etwas Neues. Wenn aber der allgemeine Konsumverein glaube, ungerecht behandelt zu werden, so möge er sich doch beschweren. Nach seiner Ueberzeugung werde nach den Bestimmungen des Statuts verfahren; sollte aber einmal ein Beamter nicht richtig verfahren, so könne er nur anheimgeben, eine Meldung zu erstatten, worauf der schuldige Beamte seine Bestrafung zu gewärtigen haben werde. Solche Vorwürfe in ihrer Allgemeinheit, also ohne Nennung von Namen, weise er energisch zurück.

Herr Esdorn: Wenn Herr Altmann vorbringe, die Erhebung der Untersuchungskosten laufe darauf hinaus, die hiesigen Schlachter zu schützen, so möchte er darauf erwidern, daß die Herren ja auch die hiesigen Arbeiter gegen die Konkurrenz der auswärtigen Arbeiter schützen wollen, und er deshalb nichts darin finden könne, wenn die hiesigen Schlachter geschützt werden sollten. Diejenigen aber, welche die Untersuchung im Schlachthause mieden, seien im allgemeinen die sogenannten Polkaschlachter. Er halte es für richtig, die hiesige Einrichtung beizubehalten und der Magistratsvorlage zuzustimmen. Von einer Preiserhöhung könne dabei nicht die Rede sein, denn die auswärtigen Schlachter könnten die Ausgabe von 1 \mathcal{M} auf das Pfund leichter wieder verdienen, als die hiesigen.

Herr Meyerhoff: Als sich die Versammlung seinerzeit mit der Vorlage über das Schlachthaus und die Errichtung einer Freibank beschäftigt habe, seien die Herren von der anderen Seite der Versammlung gegen beide Einrichtungen gewesen mit der Begründung, daß man dem Publikum durch das Schlachthaus nicht das Fleisch verteuern und andererseits dem Volke durch die Freibank nicht

minderwertiges Fleisch liefern solle. Inzwischen würden die Herren aber wohl den Segen der Freibank eingesehen haben, denn das sogenannte Volkasfleisch, für welches Braunschweig früher das beste Absatzgebiet nicht nur für die umliegenden Dörfer, sondern auch für Magdeburg, Hildesheim u. gewesen sei, verschwinde hier jetzt vollständig. Früher sei auch dänisches Fleisch hier verarbeitet worden und habe viel dazu beigetragen, den Ruf des hiesigen Fleischerportales herunterzusetzen. Diejenigen, welche die Verfehlung seinerzeit begangen hätten, hätten an ihren Folgen allerdings schwer tragen müssen. Aus allem gehe aber hervor, daß die Fleischbeschau nicht strenge genug sein könne, weshalb man froh und zufrieden sein solle, wenn hier noch strenger vorgegangen werde, als das Reichsgesetz vorschreibe. Ob die Gebühren zu hoch oder zu niedrig seien, wolle er dahingestellt sein lassen, jedoch müßte anerkannt werden, daß die Schlächter, welche das hiesige Schlachthaus benutzen, durch das Stallgeld, die Schlachtgebühren u. viel größere Ausgaben haben, als die auswärtigen Schlächter. Man müsse doch die hiesigen Schlächter und deren Fabrikation nach Möglichkeit gegen die auswärtige Konkurrenz zu schützen suchen. Was würden wohl die Herren der anderen Seite dazu sagen, wenn die Stadtverwaltung sich morgen 200 Arbeiter aus Italien kommen ließe, dann hieße es doch, das wäre ein Unrecht gegen die hiesige arbeitende Bevölkerung. Darum solle man sich mit solchen Sachen vorsehen. Auch die Untersuchung des amerikanischen Schmalzes, von dem man nicht wisse, ob es nicht von gefallenem Tieren herrühre, könne gar nicht stramm genug gehandhabt werden, und zwar nicht nur zum Wohle der besitzenden, sondern hauptsächlich auch der arbeitenden Klassen.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

VI. Weitervermietung von Kellerräumen.

Der mit der Firma Gebrüder Wagner abgeschlossene Vertrag wegen Ermietung von Kellerräumen u. im Schulgebäude an der Eßternstraße ist mit Ende August d. Js. abgelaufen. Dem Antrage des Magistrates, nachträglich die Genehmigung zu dem mit der Firma auf weitere fünf Jahre unter den gleichen Bedingungen abgeschlossenen Vertrage zu erteilen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Aßmann berichtet, zu.

VII. Anordnung von Vorgärten für die Straße „Rosental“.

Einem von den Anliegern des Rosentals vorgetragenen Wunsche gemäß ersucht der Magistrat, der Anordnung von 3 m breiten Vorgärten im Rosental zuzustimmen und zu dem Zwecke einen neuen Teilortsbauplan zu genehmigen.

Namens der Baukommission befürwortet Herr Buchler diesen Antrag.

Herr Böschigt bedauert, daß der Magistrat nicht in der Lage gewesen sei, den Bau des Architekten Klußmann, welcher auf der Grenze der jetzigen Straße stehe, zu hindern. Jeder Mensch müsse sich wundern, daß dieser Neubau so weit vorstehe, während das Eckhaus zurücktrete. Jetzt, nachdem der Bau aufgeführt worden sei, projette man dort Vorgärten, obwohl selbst die Nachkommen nicht erleben würden, daß man dieses massive Haus wieder abreiße.

Herr Bürgermeister Metemeyer findet das Bedauern des Herrn Böschigt wohl erklärlich, muß aber darauf hinweisen, daß den Gesetzen jedermann, auch Herr Böschigt, untertan sei, und dieser in dem vorliegenden Falle umsomehr, als er selbst der Behörde angehöre, welche den Bau des Herrn Klußmann genehmigt habe. Im Stadtbauamte sei man im Monat Juni bei dem Eingange des Antrages auf Genehmigung des Baues allgemein der Ansicht gewesen, daß es zweckmäßig sein würde, dort Vorgärten anzuordnen. Wenn aber Verfügungen der Behörden nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprächen, könnten sie angegriffen werden. Sollte man nun den Herrn Klußmann vielleicht bis heute auf Antwort warten lassen, denn eher wäre es doch bei Lage der Verhältnisse nicht möglich gewesen, eine Antwort zu geben. Als seinerzeit das Rosental an die Stadt abgetreten sei, hätten die nötigen Schritte zur Anordnung von Vorgärten getroffen werden müssen, nicht aber erst jetzt.

Hierauf wird die Annahme der Magistratsvorlage beschlossen.

VIII. Terrainerwerb zur Jakobstraße.

Von dem an der Jakobstraße gelegenen Grundstücke des Buchdruckereibesizers Kleucker, welches neu bebaut werden soll, ist eine 18 qm große Teilfläche zur Verbreiterung der Straße abzutreten. Dem Antrage des Magistrates auf Genehmigung des Ankaufs dieser Fläche zum Einheitspreise von 59 M,

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Kiele den Antrag namens der Baukommission befürwortet hatte.

IX. Instandsetzung der Bedellenwohnung in der Schule an der Wilhelmstraße.

Die Schuldienerwohnung der Bürgerschule an der Wilhelmstraße hat wegen ihrer Feuchtigkeit zu vielfachen Klagen Veranlassung gegeben und bedarf einer gründlichen Instandsetzung. Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung würde sich der gerügte Mangel dadurch beseitigen lassen, daß die Wandflächen bis zur Höhe von 1,30 m nach Entfernung des alten Putzes dreimal mit Asphaltilack gestrichen und alsdann mit verlängertem Zementmörtel neu verputzt würden. Außerdem müßte der abgängige Holzfußboden in drei Räumen der Wohnung durch einen Papprolith-Fußboden auf Betonunterlage ersetzt werden. Diese Änderungen

erfordern einen Kostenaufwand von 750 M. Die ferneren Kosten für Erneuerung des Deckenanstrichs in der kleinen Stube, sowie der Decken- und Wandflächen in der Küche sind mit 100 M. bereits im Haushaltsplane zur Verfügung gestellt worden. Eine anderweite Unterbringung des Bedellen im Schulgrundstücke ist nicht möglich, die Unterbringung in einer Mietwohnung außerhalb des Grundstücks wegen der damit verbundenen Erschwerung der Aufsicht aber nicht zu empfehlen. Da durch die in Aussicht genommenen Aenderungen die Wohnung in einen durchaus einwandfreien Zustand versetzt werden würde, so ersucht der Magistrat um Bewilligung der Kosten von 750 M.

Wie Herr Müller berichtet, haben sich die Bau- und die Schulkommission mit Mehrheit für die Vorlage erklärt, da hierin der einzige Weg zu erblicken sei, die vorhandenen Uebelstände nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Wohnung liege nach Norden und sei außerdem das benachbarte Grundstück um etwa 40 cm höher gelegen als das Schulgrundstück, so daß es schwer sein würde, alle Uebelstände abzustellen. Er empfehle daher dringend, den durch die Vorlage beantragten Ausweg gutzuheißen und die 750 M. zu bewilligen.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß die Aufwendung dieser Summe gar nichts helfen werde. Wenn man sich nicht dazu verstehen könne, das Gebäude zu unterkellern, oder doch den Fußboden hohl zu legen und den zu ziehenden Kanal mit dem Schornsteine zu verbinden, so werde weder die Feuchtigkeit noch der Schwamm aus der Wohnung verschwinden. Weshalb man nicht die Sommerferien zu dieser Arbeit verwendet habe und man erst jetzt anfangs, eine gesunde Wohnung schaffen zu wollen, verstehe er auch nicht. Er möchte daher empfehlen, erst im Frühjahr mit der Arbeit zu beginnen.

Herr Wesemeier ist ebenfalls der Meinung, daß sich aus dieser Wohnung niemals etwas werden machen lassen. Wenn man nicht die Wände isoliere, werde man keine auch nur einigermaßen brauchbare Wohnung erhalten, denn es könne kein Sonnenstrahl in die Wohnung kommen. Deshalb empfehle er, der Magistratsvorlage nicht zuzustimmen, sondern für den Bedell eine anderweite, der Gesundheit angemessene Wohnung zu beschaffen. Vielleicht lasse sich in der Nachbarschaft, sogar in direkter Verbindung mit der Schule, eine Wohnung für den Bedellen herrichten, und dürfte man solche Gelegenheit nicht versäumen, weil man es nicht verantworten könne, den Bedell noch länger in einer derartigen Wohnung zu belassen. Er bitte daher, die Vorlage an die Kommission zurückzuverweisen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Frage, ob und in welcher Richtung die Schule einer Erweiterung und Verbesserung der Schuldienerwohnung fähig sei, möge geprüft werden; einstweilen würde sich aber die Versammlung wohl mit der Vorlage einverstanden erklären müssen, weil sich zurzeit ein anderer Ausweg nicht beschaffen lasse. Eine Mietwohnung in der Nachbarschaft könne der Bedell

nicht nehmen. Wenn eine der städtischen Schulen der Ueberwachung bedürfe, so sei es diese, weil dort außer der Mädchen-Fortbildungsschule noch so viele Vereine Unterricht gäben, daß eine regelmäßige Beaufsichtigung notwendig wäre und zwar von einem Bedellen, der dort auch wohne. Sobald es möglich sein würde, die Mädchen-Fortbildungsschule aus dem Gebäude zu verlegen, ließe sich in Erwägung nehmen, ob nicht die Bedellenwohnung in das zweite Stock gelegt und dem Bedellen unten nur ein Dienstzimmer überwiesen werden könne. Wollte man eine Erweiterung der Wohnung vornehmen, so würde darüber längere Zeit vergehen und müßte in der Zwischenzeit der Bedell doch untergebracht werden. Es solle vom Magistrate die Frage in Erwägung gezogen werden, ob sich demnächst nicht ein anderer Ausweg treffen lasse, aber zurzeit gehe es nicht. Wenn die Vorlage erst jetzt an die Versammlung komme, so liege das daran, daß der betreffende Antrag im Frühjahr von der Versammlung gestellt sei und darauf zunächst die technischen Vorerhebungen stattgefunden hätten, woraufhin die Vorlage vor mehreren Wochen ausgearbeitet sei. Im übrigen gebe er zu, daß es sich empfehle, die Arbeiten erst im Frühjahr ausführen zu lassen.

Herr Wesemeier will zugeben, daß die Schule der Beaufsichtigung bedürfe, jedoch könnten die städtischen Behörden nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Familie des Bedellen noch weiter in der Wohnung verbliebe. Die durch die Magistratsvorlage geforderte Ausgabe von 750 M sei aber fortgeworfenes Geld.

Herr Meherhoff: Auch er habe sich in der Kommission den Vorschlag erlaubt, die Räume zu unterkellern, um deren Trockenlegung herbeizuführen. Dabei sei aber die Frage ventilirt worden, ob es nicht angebracht sei, die Schule zu vergrößern und bei der Gelegenheit eine andere Bedellenwohnung zu schaffen. Die in der Vorlage geforderten Aenderungen betrachte er allerdings nur als ein Provisorium, jedoch könne man die Bedellenfamilie nicht den Winter durch in der jetzigen Wohnung belassen, sondern müsse eine Aenderung treffen. Wenn nun auch schon der Monat September herangekommen sei, so handle es sich hier doch um Zementputz- und Betonarbeiten, zu deren Trocknung weder Sonne noch Hitze nötig sei, da der Zementputz selbst im Wasser trocken werden müsse. Deshalb sei er der Meinung, man solle die Arbeiten sofort in Angriff nehmen. Es würden in der jetzigen Zeit sogar noch Wohngebäude angefangen, die möglichst schon zum 1. April t. Js. bezogen würden, man habe hier also gar keine Veranlassung mit den Arbeiten bis zum Frühjahr zu warten.

Herr Blasius: Die Bedenken der Herren Riecke und Wesemeier seien auch in der Kommissionsitzung sehr ausführlich besprochen worden, und hege er dieselben Bedenken. Er bezweifle ebenfalls, daß man dem Bedellen mit der Ausführung der Vorlage eine vollständig gesunde Wohnung schaffen werde; wenn jedoch die Bauver-

ständig erklärt, daß in diesem Falle nichts anderes zu machen, und es das einzige Mittel sei, um Abhilfe zu schaffen, und wenn der Versammlung garantiert werde, daß die Feuchtigkeitverhältnisse in der Wohnung sich bessern würden, so könne man den Vorschlag wohl annehmen. Es handle sich hier um ein Provisorium, denn der Bedell könne unmöglich dauernd in der Wohnung bleiben, wenn er sie auch schon eine Reihe von Jahren bewohnt habe. Deshalb bitte er um Annahme der Vorlage.

Herr Müller möchte ebenfalls dringend bitten, dem Magistratsantrage stattzugeben und die Wohnung jetzt instand zu setzen. Man sei es dem Bedellen schuldig, daß man ihn nicht länger in der Wohnung belasse. Auch die Unterkellerung der Wohnung würde bei der erhöhten Lage des Nachbargrundstücks weggeworfenes Geld sein. Darum solle man dabei bleiben, die Wohnung wenigstens vorläufig für diesen Winter instand zu setzen. Wenn die Vorlage erst heute zur Beratung gelange, so liege das an den zweimonatigen Ferien und dem Umstande, daß sie in der vorigen Sitzung nicht an die Reihe gekommen sei; ein Vorwurf sei deshalb niemandem zu machen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

X. Abkommen wegen der Verbindungsstraße am Magnitore.

Für den Umbau der Straße „am Magnitore“ hat die Versammlung in der Sitzung vom 21. November 1901 insgesamt 5500 M und für die Belegung des südlichen Promenadenfußweges daselbst mit Mosaikpflaster in der Sitzung vom 20. März 1902 zusammen 630 M bewilligt. Hinterher hat nun die Herzogliche Baudirektion empfohlen, die Stadt möge den zurzeit zum Gebiete der Promenade gehörenden freien Platz am Zusammenstoße der Straße „am Magnitore“, des Sandweges, der Steintorpromenade und der Leonhardstraße gegen Zahlung einer entsprechenden Abfindung übernehmen. Diese Abfindung ist von der Herzoglichen Baudirektion zu 10165,87 M ermittelt worden. Ferner will die Herzogliche Baudirektion bei dem Herzoglichen Staatsministerium befürworten, daß außer dieser Summe der Stadt auch die staatsseitig für Herrichtung des Kleinpflasters ausgeworfenen 4950 M überwiesen und alsdann der Stadt die Bestimmung über die Ausgestaltung des Straßenzuges überlassen werde. Der Magistrat empfiehlt, auf dieses Angebot einzugehen und sodann die Straße mit einem Kostenaufwande von etwa 15000 M umzubauen. An Baukosten würden hierfür zur Verfügung stehen die von der Versammlung früher bewilligten 5500 M und 630 M, sowie die vom Staate zu zahlenden Pflasterkosten von 4950 M, zusammen also 11080 M, so daß aus städtischen Mitteln noch weitere 3920 M aufzuwenden sein würden. Auf dem hier zu bildenden Platze würde die allseitig für dringend erforderlich gehaltene

Bedürfnisanstalt errichtet werden können. Die Versammlung wird ersucht, das Abkommen mit der Herzoglichen Baudirektion zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling kann die Baukommission nach eingehender Beratung die Annahme der Vorlage in jeder Beziehung empfehlen.

Herr Hauswaldt will es dahin gestellt sein lassen, ob dieses Abkommen für die Stadt ein gutes Geschäft bedeute. Zur Instandhaltung des Dreiecks würde also die Stadt jährlich 355,75 M aufwenden können, welcher Betrag natürlich lange nicht ausreiche. Was ihn aber besonders gegen dies Abkommen einnehme, sei der Umstand, daß in der Sitzung vom 21. November 1901 — Seite 255 des Berichtes — dem Staate 4590 M für eine zum Bau des Museums erforderliche Promenadenfläche von 1,02 a bewilligt worden seien. Dem gegenüber wundere er sich, daß der Magistrat der Versammlung dieses Projekt vorlege, bei dem die Stadt ein so jammervolles Geschäft mache. Er möchte deshalb beantragen, daß diesem Abkommen die Bedingung hinzugefügt werde, die 4590 M zurückzuerhalten. Wenn der Staat hierauf nicht eingehen wolle, möge er das Dreieck behalten, da sich die Stadt hierbei noch besser stehen würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Was zunächst die Frage betreffe, ob man hierbei ein gutes Geschäft mache, so gebe er zu, daß sich darüber streiten lasse. Er stehe auf dem Standpunkte: die Ablösung jeder Naturalleistung durch eine Geldleistung sei für die Stadt ungünstig, mit welcher Tatsache man rechnen müsse. Die Verkehrs- und die sonstigen Rücksichten drängten indessen die Stadt dazu, Herr ihrer Straßen zu werden, um darüber nicht weiter mit dem Staate verhandeln zu müssen, weil eben die Interessen beider gar zu verschieden sein können. Im übrigen entspreche das mit dem Staate getroffene Abkommen den allgemein üblichen Grundsätzen, indem der Staat der Berechnung die Einheitsätze zugrunde gelegt habe, welche bisher angenommen seien, sodaß sich gegen die Höhe des Ablösungskapitals nichts erinnern lasse. Man müsse anerkennen, daß gerade diese Stelle einen sehr starken Verkehr aufweise und hier vielleicht die allgemeinen Grundsätze nicht zuträfen, jedoch sei auch darauf schon Rücksicht genommen worden. Der Staat habe sich auf den Standpunkt gestellt, verpflichtet zu sein, die Promenaden in der Weise zu unterhalten, wie sie bei Eingehung des Vertrages vom Jahre 1858 vorhanden gewesen seien. Wenn die Stadt nun immer neue Ausgänge von der Innenstadt nach der Außenstadt anlege, so erblicke der Staat darin eine Verschlechterung seiner Position zur Stadt. Gegen diese Ansicht lasse sich nichts einwenden, weshalb sich die Stadt auch habe müssen gefallen lassen, daß der Staat an anderer Stelle entsprechende Bedingungen gestellt habe, z. B. bei der Erbauung der Gaußbrücke. Man könne es dem Staate nicht verdenken, wenn er sich gegen eine übermäßige Belastung durch städtische Anlagen zu schützen suche. Früher sei das allerdings nicht geschehen, denn der Staat habe seinerzeit den

Ortsbauplan mit der Leonhardsbrücke genehmigt, ohne an die in Rede stehende Eventualität zu denken. Der Billigkeit entspreche es aber, wenn die Stadt nicht sage, die Unterhaltung dieser Straßenstrecke koste mehr, als der Nutzen aus der Abfindungssumme betrage, und dürfte dieses umsoweniger gerechtfertigt sein, als der Staat, obgleich er jetzt diese Promenadenstrecke an die Stadt abtrete, doch bereit sei, die Kosten zu zahlen, welche durch deren vollständige Pflasterung entstehen.

Sodann habe Herr Hauswaldt diese Sache noch in Verbindung gebracht mit der Bezahlung des Kaufpreises für das benachbarte Promenadendreieck und habe gemeint, der Dezerent des Magistrates habe doch wohl nicht so aufgepaßt, wie es dem Interesse der Stadt entspräche. Die Magistratsvorlage sei aber doch seinerzeit von der Versammlung genehmigt worden und hätte ja damals Herr Hauswaldt sagen können, man möchte den Kauf nicht vornehmen. Wenn der Magistrat gewußt hätte, daß der Staat vielleicht schon nach einem Jahre kommen und die ganze Promenadenstrecke abtreten würde, wäre natürlich jenes Geschäft nicht gemacht worden. Dem Magistrate könne, wenn er auch manches übersehen möchte, hieraus kein Vorwurf gemacht werden, denn das hätte niemand voraussehen können. Zur Beruhigung des Herrn Hauswaldt wolle er dann aber noch mitteilen, daß der Magistrat auf diese Angelegenheit schon aufmerksam geworden sei, indessen möchte er sich nicht auf den Standpunkt stellen, die Rückzahlung vom Staate zu fordern, er empfehle vielmehr, zu sagen, es entspräche der Billigkeit, die Summe von 4590 M zurückzuerhalten. Er bitte daher, diese Rückzahlung nicht als Bedingung für die Genehmigung der Vorlage zu fordern. Die Ablösung der Promenadenstrecke entspreche im übrigen doch den Interessen der Stadt, da diese den Uebergang der ganzen Promenade auf die Stadt wünsche und sich annehmen lasse, daß solcher Uebergang von selbst kommen werde, wenn erst einzelne Stücke übernommen seien.

Herr Rieke findet es leicht begreiflich, daß einmal Pudel gemacht würden, daß geschehe beim Minister wie beim Nachtwächter und könnte auch beim Magistrate vorkommen. Aber Herr Hauswaldt könnte mit seinen anderen Kollegen im Landtage diesen Nachteil bald wieder wettmachen, wenn er dafür sorgte, daß ein Ausgleich zwischen dem von der Stadt unentgeltlich abgetretenen Terrain zum Herzog Wilhelm-Denkmal und dem hier vom Staate abgetretenen Terrain stattfinde.

Herr Frühling muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß gegen diese Vorlage Einspruch erhoben werde. Bei der Bammelsburgerstraße, der Ferdinandstraße u. habe sich doch wohl zur Genüge gezeigt, welche Nachteile daraus entstehen, wenn derartige Uebergänge von der Außen- in die Innenstadt nicht der Stadt gehören; überall sei das Bestreben hervorgetreten, solchem Zustande abzuhelpen und meine daher die Baukommission, daß man es nur mit Freuden begrüßen könnte, wenn dieser Uebergang in die freie Benutzung der Stadt übergehe. Der Magistrat

habe zugesagt, versuchen zu wollen, die 4590 M zurückzuerhalten, wenn das aber wider Erwarten nicht möglich sein sollte, so dürfe man diese Vorlage unter keinen Umständen davon abhängig machen. Er beantrage deshalb, die Vorlage unabhängig von der Rückzahlung der 4590 M anzunehmen.

Herr Hauswaldt erklärt, auf einem andern Standpunkte zu stehen. Er habe niemals den Vorteil außer Augen gelassen, welcher in der Ueberweisung solcher Promenadenstrecken auf die Stadt liege, und begrüße er das immer mit Freuden, wenn es auch sehr viel Geld koste. Es liege ihm auch fern, dem Referenten des Magistrats einen Vorwurf zu machen, da dieser ebensowenig wie er selbst hätte wissen können, daß die Sache solchen Verlauf nehmen würde. Für ihn handle es sich nur darum, daß beide Sachen sich um denselben Punkt drehen und auch gleichmäßig behandelt werden müßten. Wenn nun Herr Frühling meine, daß es ausreichen würde, sich wegen Zurückzahlung der 4590 M bittend an den Staat zu wenden, so traue er der Sache nicht recht, weil der Staat nicht gern etwas herausgebe. Deshalb empfehle er, die Vorlage nur mit seinem Vorbehalte anzunehmen. Der Staat habe selber ein Interesse daran, das Stück Promenade loszuwerden und für die Stadt liege wirklich kein Segen darin. Wenn Herr Kieke meine, Redner hätte Einfluß im braunschweigischen Landtage und könnte auf einen Ausgleich hinwirken, so werde sein Einfluß überschätzt, da kenne eben Herr Kieke den braunschweigischen Landtag schlecht. Würden die städtischen Behörden nur bittweise vorgehen, bezweifle er, daß sie einen Pfennig zurückerhielten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann nicht anerkennen, daß beide Sachen hätten gleichzeitig abgewickelt werden müssen, da es sich um ganz verschiedene Dinge handle. Mit dem Staate sei 1901 ein Kaufvertrag abgeschlossen worden, dessen Kaufsumme die Stadt bezahlt habe. Als dann nach Erledigung dieser Angelegenheit die Herzogliche Baudirektion zu der Ueberzeugung gekommen sei, es wäre richtiger, die ganze Promenadenstrecke an die Stadt abzutreten und dem Magistrate dieser Vorschlag unterbreitet worden sei, da habe die Stadt den früher vereinbarten Kaufpreis schon bezahlt gehabt. Demnach könne niemandem ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß das erste Geschäft abgeschlossen sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage des Herrn Hauswaldt genehmigt.

XI. Reparatur eines Gasbehälters.

Der im Jahre 1875 für die Gasanstalt an der Bahnhofstraße erbaute einfache Gasbehälter von 5000 kbm nutzbarem Inhalt ist am 2. August, mittags 12 Uhr, nach Ueberfüllung, durch einen Windstoß mit dem unteren Ringe über die Maffinwand geraten, nachdem infolge des durch Schiefstellen der Glocke bewirkten Gas-

austrittes der untere Randring vermöge augenblicklichen Druckausgleiches nach außen gebogen und an einer von früher her schadhafte Stelle gebrochen war. Durch den Gasaustritt sank die Glocke in schiefer Lage in das Bassin hinunter und verbog sich derart, daß eine umfängliche Reparatur des Behälters nötig wird. Die Ueberfüllung des Behälters wurde veranlaßt durch die dienstliche Nachlässigkeit eines Gaswerkarbeiters. Dem Ersuchen des Magistrates, die hierdurch entstehenden Kosten, deren Höhe sich noch nicht angeben läßt, zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, zu.

XII. Neubau eines Lehrerinnenseminars etc.

Auf der Grundlage des Programms, welches durch den Beschluß der Versammlung vom 6. November 1902 — Seite 184 des Berichtes — für ein auf dem vormaligen Stadtkassengrundstücke zu errichtendes Lehrerinnenseminar nebst Übungsschule festgestellt worden ist, hat die städtische Bauverwaltung einen Vorentwurf ausgearbeitet, den der Magistrat nebst dem zugehörigen Kostenüberschlage und den darüber ergangenen Verhandlungen mit den folgenden Erläuterungen vorlegt.

Zur Vergrößerung und zu besserer Gestaltung des räumlich unzureichenden Bauplatzes ist dessen Erweiterung nach Norden und Nordwesten zu, unter Verlegung und angemessener Verbreiterung der nach dem Stifte St. Aegidii führenden Straße, sowie die Niederlegung des jetzigen Schuldienerhauses und auch derjenigen Gebäude vorgesehen, die sich auf den dem Straßenreinigungsinstitute überwiesenen beiden städtischen Grundstücken befinden. Diese Gebäude sollen ersetzt werden durch Aufführung eines Hauses, das zweien Schuldienern und dem dort bisher untergebrachten Aufseher des Straßenreinigungsinstituts Familienwohnungen bieten wird. Die Ausführbarkeit dieses Planes, der einen Schulhof in der Größe von 818 qm (d. i. bei voller Besetzung des Seminars und der Übungsschule nahezu 3,2 qm für den Kopf) schaffen wird, setzt einen geringfügigen Terrainaustausch mit dem Stiftsgrundstücke, sowie die Vornahme einiger baulichen Veränderungen an diesem voraus. Die Genehmigung der das Stift vertretenden Herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, ist hierzu bereits erteilt worden; auch hat sich die Straßenreinigungs-Deputation mit dem Plane, soweit derselbe deren Interesse berührt, schon einverstanden erklärt. Die mit Ausführung des Gesamtplanes, unter Einschluß der Aufwendungen für das Mobiliar des Schulhauses, verbundenen Kosten sind zu 176 300 M überschlagen.

Die Versammlung wird ersucht, den Vorentwurf zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß der städtischen Bauverwaltung zur Ausarbeitung der speziellen Baupläne und Kostenanschläge und zur Vornahme von

Bodenuntersuchungen zwecks Feststellung der Fundamenttiefen ein Kredit in Höhe von 2000 M gewährt werde.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling empfiehlt die vereinigte Schul- und Baukommission die Annahme des Vorentwurfs mit der Maßgabe, daß die Zimmer in dem Wohngebäude nicht eine lichte Höhe von 3,5 m, sondern von nur 2,9 m erhalten, da diese Höhe für kleinere Zimmer nicht nur ausreiche, sondern sogar von Vorteil sei. Die Ansätze entsprächen demjenigen, was in letzter Zeit für Schulbauten aufgewandt worden sei, so daß man in der Kommission nicht für erforderlich gehalten habe, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit die Sätze etwa herabgesetzt werden könnten.

Die Vorlage wird gutgeheißen.

XIII. Anordnung von Vorgärten für die Landstraße.

Auf Veranlassung einer Anzahl Anlieger der Landstraße ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß für diese Straße ein anderweiter Teilortsbauplan unter Anordnung von 2 m breiten Vorgärten aufgestellt werde.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden, nachdem Herr Ebeling den Antrag namens der Baukommission befürwortet hatte.

XIV. Aenderung des Ortsbauplanes an der Cellerstraße 11.

Aus Anlaß eines Antrages des Rentners Lippelt hat der Magistrat im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte für das zwischen der Cellerstraße, dem Neustadtringe und der Oster gelegene Stadtgebiet einen Teilortsbauplan ausarbeiten lassen, der nicht nur die von Herrn Lippelt gewünschte Aufhebung der Verbindungsstraße zwischen der Maschstraße und der Straße hinter der Masch, sondern auch eine Verschiebung verschiedener anderer Straßenzüge vorsieht. Unter eingehender Begründung der vorgeschlagenen Aenderungen gibt der Magistrat anheim, den Teilortsbauplan zu genehmigen.

Wie Herr Meyerhoff namens der Baukommission berichtet, läßt sich bei Durchführung der beantragten Aenderung eine viel günstigere Bebauung des betreffenden Terrains erreichen, wenn auch die früher projektierten geraden Straßenzüge fortfallen müßten. Es werde daher empfohlen, der Vorlage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

XV. Terrainverkauf an der Maschstraße.

Zufolge notariellen Vertrages vom 6. September 1889 hat der Rentner Aug. Lippelt von seinem an der Maschstraße gelegenen Grundstücke die zur Verbreiterung dieser Straße erforderliche Fläche von 6 a 32 qm zum Einheitspreise von 10 M an die Stadt abgetreten. Nachdem die städtischen Behörden im Jahre 1900

beschlossen haben, die Fluchtlinien an genannter Straße derart zu verschieben, daß vor den inzwischen von Lippelt errichteten Gebäuden *N* ass. 5806 und 5807 ein 2 m breiter Vorgarten liegen bleibt, hat sich der Genannte bereit erklärt, die betreffenden Flächen unentgeltlich zurückzunehmen. Hierbei hat Herr Lippelt gebeten, es möge

- 1) der Preis für die im Eigentum der Stadt verbleibende Fläche nachträglich auf dieselbe Summe erhöht werden, die den übrigen Anliegern im Enteignungsverfahren zugebilligt werden wird (vermutlich 18 *M* für 1 qm);
- 2) ihm nachträglich Ersatz für die in Wegfall kommenden Bäume und Ge-
sträucher mit 346 *M* gewährt werden;
- 3) die sein Grundstück durchschneidende Straße aufgehoben und
- 4) ihm das der Stadt gehörige benachbarte Grundstück käuflich überlassen werden.

Der Magistrat hat geglaubt, diesen Anträgen entsprechen zu sollen, indem er die unter 1 und 2 aufgestellten Forderungen für gerechtfertigt hält, auch wegen der Forderung unter 3 bereits eine besondere Vorlage an die Versammlung gerichtet hat (s. Punkt XIV der Tagesordnung). Hinsichtlich der Veräußerung des seinerzeit zur Vereinfachung der Grunderwerbungen stadtseitig angekauften Grundstücks *N* ass. 3220 empfiehlt der Magistrat, dasselbe für 13 000 *M* an Herrn Lippelt zu verkaufen, nachdem die für die Straße erforderliche Fläche von 98 qm abgetrennt worden ist. In diesen Preis sind die Straßenkosten nicht eingeschlossen. Die Versammlung wird ersucht, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen.

Auch diese Vorlage wird nach Befürwortung durch die Baukommission, für welche Herr Meyerhoff berichtet, genehmigt.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

XVI. Erneuerung von Fenstern im Parkhause.

Auf Antrag des Restaurateurs Strauß ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die vollkommen abgängigen Fenster in den beiden an der Ost- und Westseite des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerparke gelegenen Räumen durch neue ersetzt und hierfür 850 *M* bewilligt werden. Es handelt sich dabei um vier zweiteilige Fenster an der Westseite und fünf an der Ostseite, sowie um vier größere dreiteilige Fenster an der Südseite des Gebäudes.

Namens der Baukommission gibt Herr Kieke Genehmigung der Vorlage anheim, da die Fenster nicht mehr reparaturfähig seien.

Herr Rathe muß es für zweckmäßig halten, an diesem alten Schießhause keine größeren Reparaturen mehr vorzunehmen, sondern das Haus zu beseitigen und durch ein zeitgemäßes, den Bedürfnissen der Parkbesucher entsprechendes Gebäude zu ersetzen. Wenn man den starken Andrang des Publikums im Bürgerparke beobachte und sehe, wie viele Menschen dort Erholung suchen, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß der jetzige Zustand beseitigt und ein neues Lokal geschaffen werden müsse, um dem Publikum auch bei ungünstigem Wetter Schutz und Unterkommen zu bieten.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVII. Antrag Aßmann: Ausbau u. der Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 150 des Berichtes — berichtet namens der Baukommission Herr Buchler: Die Kommission habe anerkannt, daß dahin gestrebt werden müsse, die Straße in Ordnung zu bringen. Andererseits sei aber auch nicht zu verkennen, daß sie im öffentlichen Interesse nicht notwendig erscheine, da die Ringstraße so nahe liege, um diese Verbindung zwischen der Kastanienallee und der Landstraße überflüssig zu machen. Endlich habe man hervorgehoben, daß durch die Annahme des Aßmannschen Antrages unter Umständen Härten entstehen könnten, die zu vermeiden im allgemeinen Interesse liege. Aus diesen Gründen habe sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, den Antrag Aßmann nicht anzunehmen, sondern den Magistrat zu ersuchen, sich mit den Anliegern der Straße in Verbindung zu setzen, um zu versuchen, ob in der einen oder anderen Weise deren Ausbau zu erzielen sei. Dann würde alles geschehen sein, was der Antragsteller wünsche, ohne daß dadurch Härten entstünden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

XVIII. Anfrage Rathe: Verunreinigungen verschiedener Flußläufe.

Die Anfrage lautet:

„Welche Maßnahmen hat der Magistrat getroffen, um die durch die ekel-erregenden Abwässer und Kloaken der Gemeinde Gliesmarode entstehenden Verunreinigungen der das Stadtgebiet begrenzenden Flußläufe der Mittelriede und der Wabe, sowie des Untergrundes, aus welchen die ganzen in der Nähe liegenden städtischen Brunnenanlagen ihr Wasser schöpfen, zu beschränken oder ganz zu beseitigen“.

Zur Begründung führt Herr Rathe folgendes aus: Seit ungefähr zwei Jahren entwickelt sich im Nordosten der Stadt eine sehr rege Bautätigkeit, die über das städtische Gebiet hinausgeht und in die Gemeinde Gliesmarode hineinragt.

Links von der Gliesmaroder Chaussee, im sogenannten Himmelreich, ist in den letzten Jahren eine 400—500 m lange Straße entstanden, an der bis jetzt etwa 20 Häuser errichtet sind, die Raum für 300—400 Personen gewähren. Diese Straße ist sogar kanalisiert worden und zwar wird der Kanal in einen der dort befindlichen kleinen Flußläufe — Mittelriede, Wabe und Schunter — geleitet. Mehrere Fabriken der dortigen Gegend machen das übrigens schon seit Jahren so. Wenn nun auch das Wasser etwas abgeklärt wird, so habe ich doch im letzten Sommer das stinkende Wasser selbst dorthin fließen sehen. Von der Herzoglichen Kreisdirektion ist der Gemeinde Gliesmarode gestattet worden, das Häuserviertel dort anzulegen, und bleibt es noch nicht bei der jetzigen Anzahl Häuser, denn drei oder vier Häuser sind schon wieder im Bau begriffen. Da wir in der Nähe unsere Brunnenanlagen haben, und wir selbst früher, als wir anderen Gemeinden wie Delper, Watenbüttel zc. das Wasser verunreinigten, gezwungen wurden, die Pumpstation mit den Rieselfeldern anzulegen, so müßte der Magistrat gegen das Verfahren von Gliesmarode ganz energisch Einsprache erheben und bei der vorgesetzten Behörde dafür eintreten, daß der Uebelstand beseitigt werde, umsomehr als die Anlage sich oberhalb des Wasserwerkes befindet und die Flußläufe unser Terrain verunreinigen. Wir müssen darauf sehen, daß die an das Gebiet unserer Wasserentnahme grenzenden Flußläufe rein erhalten bleiben. Auch die Zuckerfabrik Hantheim setzt während der Kampagne ihr Wasser in diese Flußläufe ab. Unser Grundwasser darf aber nicht verschlechtert werden, weshalb der Untergrund rein bleiben muß. Vielleicht könnte die Stadt einen großen Außenkanal bis Gliesmarode bauen und die Gemeinde mit anschließen. (Widerspruch.) Wenn ich auch weiß, daß der Magistrat in dieser Sache schon tätig gewesen ist, so liegt mir doch daran, zu erfahren, ob möglichst diesen Herbst noch etwas weiteres geschieht.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Im Juni d. Js., auf Veranlassung des vormaligen Obersanitätskollegiums, aufgefordert, uns über die Einrichtungen und Ergebnisse des Wasserwerkes zu äußern, haben wir am 9. Juni einen Bericht an die Herzogliche Kreisdirektion erstattet, in dem ein entsprechender Passus hierüber schon enthalten ist. Es war festgestellt worden, daß der Chlorgehalt unseres Wassers gegen früher zugenommen hat, wir haben jetzt 38 Teile auf eine Million, was an sich sehr wenig und vollständig unbedenklich ist. In dem Berichte haben wir u. a. folgendes gesagt:

„Worauf die Zunahme des Chlors zurückzuführen ist, hat können bislang nicht ermittelt werden; es ist möglich, daß das Schuntertal jetzt infolge der Senkung der Spiegel Wasser an die Brunnen abgibt, und daß auf diese Weise durch das infolge der Einleitung des Kaliwerkes Beyenrode stark verunreinigte Schunterwasser die Brunnen verunreinigt werden. Es ist aber auch möglich, daß das Steigen des Chlorgehaltes eine Folge der

Verunreinigung der Wabe und der Mittelriede ist, die durch die Einführung der Abwässer des Dorfes Gliesmarode, insbesondere der dortigen großen Fleischwarenfabrik, eintritt. Wenn nach einer Mitteilung neuerdings die Abwässer der an der Nordwestecke des Dorfes erbauten umfangreichen Wohngebäude direkt in den Flußlauf geführt werden, so würde dadurch naturgemäß das neue Werk noch mehr gefährdet, und es würden besondere Schutzmaßregeln und Bedingungen erforderlich werden, wenn die in Rede stehende Bebauung fortschreiten sollte. Die Errichtung großer Mietskasernen sollte unseres Erachtens in erster Linie davon abhängig gemacht werden, daß eine sachgemäße Abführung der Abwässer nachgewiesen und dauernd gewährleistet wird. Ist die Stadt Braunschweig seinerzeit angehalten, ihre Abwässer unter Aufwendung erheblicher Summen unterzubringen, ohne die Oer weiter zu verunreinigen, so dürfte auch die Gemeinde Gliesmarode anzuhalten sein, von einer Verunreinigung der Wabe und der Mittelriede Abstand zu nehmen, sobald dadurch fremde Interessen verletzt werden. Wir würden der Herzoglichen Kreisdirektion dankbar sein, wenn dieselbe in dieser Beziehung von unserm neuen Wasserwerke jede weitere Beeinträchtigung durch entsprechende Maßnahmen abwenden wollte“.

Darauf ist uns eine Verfügung der Herzoglichen Kreisdirektion vom 11. Juli 1903 an den Stationskommandanten Ulrich abgeschrieben zugegangen, in welcher es heißt:

„Unter Bezugnahme auf Ihren Bericht vom 29. v. Mts. beauftrage ich Sie, gegen diejenigen Einwohner von Gliesmarode, welche die Wabe und die Mittelriede durch ständige Zuleitung von Schmutzwasser unbefugt verunreinigen, insbesondere gegen die verantwortlichen Leiter von Denecks Braunschweiger Wurst- und Fleischwarenfabrik in aller Strenge mit Strafanträgen auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches § 17, 1 vorzugehen und nach angemessener Zeit weiter zu berichten, wenn den von Ihnen einberichteten Uebelsständen auf dem angedeuteten Wege Abhilfe nicht geschaffen werden sollte“.

Sie werden wohl anerkennen, daß nach Lage der Umstände einstweilen seitens des Magistrates keine besonderen Schritte mehr unternommen werden konnten. Uebrigens würde es recht gut und für die Stadt förderlich sein, wenn Herr Rathe seine Spaziergänge in die betreffende Gegend öfter wiederholte und nachsähe, ob der Kanal auch ferner Wasser in die Mittelriede einführt.

Zugleich will ich bemerken, daß eine Vorlage unterwegs ist, in der um die Bewilligung von Mitteln zur eingehenden Beobachtung der Oer und Wabe bei Beginn der Zuckerfabrikampagne gebeten wird, um festzustellen, welche Fabriken

die Verunreinigung dieser Flußläufe vornehmen. Nur dann, wenn wir Beweismaterial herbeischaffen können, läßt sich für eine nachhaltige Abhilfe sorgen, indem dann auf Entschädigung und auf Abstellung der Verunreinigungen geklagt werden kann.

Die Anfrage ist damit erledigt.

XIX. Antrag Ebeling: Ausbau der südlichen Reststrecke der Kramerstraße.

Die Herren Ebeling und Löschigt haben folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die südliche Reststrecke der Kramerstraße zwischen der Schöttlerstraße und der Ebertstraße auszubauen“.

Zur Begründung des Antrages führt Herr Ebeling aus, daß die südliche Reststrecke der Kramerstraße dringend der Instandsetzung bedürfe. Die hohe Lage der angrenzenden Ebertstraße und der Kramerstraße selbst lasse ein Abfließen des dort angesammelten Wassers nicht zu, so daß er schon vor mehreren Jahren habe beantragen wollen, diese Reststrecke der Kramerstraße in einer Länge von 90 m zu kanalisieren. Damals habe er aber von solchem Antrage Abstand genommen, weil die Abtretung des zur Straße erforderlichen Terrains noch nicht erfolgt sei, was aber auch wohl heute noch zutreffe. Jetzt könne man indessen nicht mehr warten, weil dort ein menschenunwürdiger Zustand vorliege und die Anwohner sich mit Recht über den Geruch des stagnierenden Wassers beklagen. Sollte sich ein Ausbau der Straßenstrecke nicht ermöglichen lassen, so müßte doch zum mindesten deren Kanalisierung erfolgen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XX. Antrag Ebeling: Erwerb eines Platzes an der Frankfurterstraße.

Der von den Herren Ebeling und Löschigt gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen dahingehend, den Platz zwischen der Frankfurter-, Ring- und Helenenstraße zu erwerben und das Bauen auf demselben nicht zu gestatten“.

Wie Herr Ebeling zur Begründung des Antrages bemerkt, münden auf den betreffenden, etwa 12 a großen Platz sechs Straßen, nämlich die Ring-, Schöttler-, Bergfeld-, Frankfurter-, Julius- und Helenenstraße. Vor längeren Jahren sei am Ausgange des Madamentweges ein kleiner dreieckiger Platz entstanden, den man behufs Ausnutzung des Terrains bebaut habe, was er jedoch für verfehlt halte. Um nun nicht in denselben Fehler zu verfallen, bitte er dringend um Nichtbebauung des in dem Antrage erwähnten Platzes. Einen

Spielplatz dort anzulegen, wolle er wegen der geringen Größe der Fläche und des dort herrschenden starken Wagenverkehrs nicht empfehlen, jedoch warne er, den Platz zu bebauen. Seine Hoffnung, der Eigentümer des Platzes, General von Vernewitz, würde der Stadt den Platz schenken, habe sich leider nicht erfüllt. Da nun einerseits der Magistrat ebenfalls der Ansicht gewesen sei, den Platz unbebaut zu lassen, andererseits aber schon ein Antrag auf Baugenehmigung vorliegen solle, so ersuche er um schnelle Beschlussfassung, damit die Baugenehmigung nicht erteilt werden müsse. Vorläufig koste die Sache für die Stadt kein Geld.

Für den genügend unterstützten Antrag beantragt Herr Rathe die Dringlichkeit, welchem Antrage sich Herr Meyerhoff anschließt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, dann gegen den Antrag Ebeling Stellung nehmen zu müssen. Der Platz sei ursprünglich im Ortsbauplane als freier Platz vorgesehen, worauf die städtischen Behörden eine Aenderung des Ortsbauplanes beschlossen haben dahingehend, daß dieser Platz der Bebauung freigegeben werden solle, und nun wolle man ihn wieder als freien Platz haben. Dabei komme noch folgendes in Betracht: Neuerdings hätten verschiedene Anlieger einen gleichen Antrag gestellt, woraufhin der Magistrat Verhandlungen eingeleitet habe zur Prüfung der Frage, welche Opfer die Schaffung eines freien Platzes der Stadt auferlegen würde. Hierbei habe sich ergeben, daß nicht nur das freiliegende Terrain, sondern auch das in der Nordwestecke des Platzes liegende Gebäude angekauft werden müßte. Die Kosten für die Herrichtung dieses Platzes, welche sich zusammensetzten aus dem Ankauf des Grund und Bodens, der Instandsetzung des Platzes und den nicht unerheblichen Straßenkosten, würden etwa 80000 M betragen und sei der Magistrat der Ansicht gewesen, daß dieses Opfer nicht gerechtfertigt sein würde. Der Platz komme wegen seiner geringen Größe als Spielplatz nicht in Frage, aber auch der Umstand, daß hier sechs Straßen zusammenlaufen, sei kein Grund, an der Stelle einen Platz zu schaffen, weil der Platz als solcher den Wagenverkehr aus den sechs Straßen nicht aufnehmen könne, sondern die Wagen auf die vorhandene Fahrbahn geleitet werden müßten, während für die Fußgänger breite Fußwege angelegt würden. Hierüber werde die Versammlung eine Vorlage erhalten. Wenn nun auch die Bebauung des Platzes am Hohentore nicht gerade schön zu nennen sei, so habe der Magistrat doch geglaubt, hier das erhebliche Opfer für die Schaffung eines Platzes nicht bringen zu können.

Auf die Bitte des Herrn Ebeling, sich noch über die Dringlichkeit des Antrages mit Rücksicht auf den vorliegenden Antrag auf Baugenehmigung zu äußern, bemerkt

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß das Stadtbauamt allerdings den Antrag auf Baugenehmigung nicht ablehnen könne, daß indessen nach diesen Verhandlungen der Eigentümer des Grundstücks voraussichtlich dort keinen Bau auf-

führen werde, zumal er jetzt erst noch einen Bau jenseits der Ringstraße anfangen wolle. Jedenfalls solle Veranlassung genommen werden, den betr. Herrn zu ersuchen, von diesem Bau einstweilen Abstand zu nehmen.

Nunmehr wird der Antrag der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XXI. Antrag Lord: Beseitigung von Straßenbäumen.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, die im Frühjahr gekappten Kastanienbäume an der Neuenpromenade, der Jerusalemstraße und am Büldenwege demnächst ganz zu beseitigen“.

Zur Begründung führt Herr Lord aus, daß es ihm nicht leicht geworden sei, diesen Antrag zu stellen. Bekanntlich habe früher der Magistrat beantragt, an den genannten Straßenstrecken einen Baum um den andern zu beseitigen, welchen Antrag er aufs schärfste bekämpft habe, da er sich für jeden dort stehenden Baum interessiere. Inzwischen sei nun in diesem Frühjahr eine Kappung von einem Baume zum andern vorgenommen und zwar weniger im Interesse der armen Bäume, als wegen der angeblich zu stark beschatteten Anwohner. Hierdurch seien nun die bizarresten Baumbilder entstanden, welche gerade jetzt, wo die Bäume ihr Laub abgeben, unangenehm als Stimmgabeln, Riesenquirle u. hervortreten. Bäume sehe man an den Stellen nicht mehr, sondern nur noch Stämme und geil herausgewachsenes Laub. Es solle nun die Absicht bestehen, auch noch die anderen Bäume zu kappen, weshalb er in deren Interesse dringend bitten möchte, lieber die Beseitigung der Strünke, als eine Kappung der unbeschädigten Bäume vorzunehmen. Aus einem Paulus sei er in diesem Punkte ein Saulus geworden. Er bitte nicht nur um Unterstützung, sondern um sofortige Genehmigung des Antrages.

Eine sofortige Beratung des Antrages wird nicht beliebt, der Antrag wird vielmehr der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

1903|1904.

№ 7.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Oktober 1903.



Tagesordnung:

I.	Änderung der Kirchspiele im Westen der Stadt	Seite 181
II.	Eisenbahnprojekt von Celle über Leisferde zc. nach Braunschweig	" 197
III.	Untersuchung des Wassers der Oker und ihrer Zuflüsse	" 198
IV.	Erwerb von Flächen zur Frankfurterstraße zc.	" 200
V.	Antrag Böschigt: Ausbau der südlichen Reststrecke der Kramerstraße.	" 201
VI.	Antrag Böschigt: Erwerb eines Platzes an der Frankfurterstraße	" 201
VII.	Antrag Vord: Beseitigung von Straßenbäumen	" 201
VIII.	Verlegung einer projektierten Verbindungsstraße an der Hildesheimer- straße.	" 201
IX.	Änderung des Ortsbauplanes an der Howaldtstraße zc.	" 202
X.	Ankauf eines Grundstücks an der Howaldtstraße	" 202
XI.	Instandsetzung der Magnikirchstraße	" 203
XII.	Instandsetzung eines weiteren Teiles der Kuhstraße	" 203
XIII.	Grundsätze für die Befreiung zc. vom Schulgelde	" 204
XIV.	Errichtung einer neuen städtischen Realschule	" 210
XV.	Gesuch um Verschärfung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften für Warenhäuser	" 216
XVI.	Kanalisierung eines Teiles der Majßstraße.	" 216
XVII.	Uebernahme der Unterhaltungskosten der verl. Kramerstraße zc.	" 216
XVIII.	Aspirationsanlage für die Neustadtmühle	" 217
XIX.	Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse zc. für 1902/03	" 217
XX.	Änderungen des Entwurfs eines neuen Ortsbaustatuts	" 217

XXI.	Verlegung eines Wasserrohrs von der Leonhardstraße bis zu Aderstraße .	Seite 217
XXII.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 218
XXIII.	Antrag Peplics: Ueberbrückung einer Gasse	" 218
XXIV.	Antrag Wiehle: Anbringung eines Unfallmelders am Schlachthause . .	" 219
XXV.	Antrag Bues: Beschaffung eines Leichenwagens	" 220
XXVI.	Antrag Rathe: Ueberweisung des Entwurfs der Aenderungen zum Ortsbaustatut an hiesige Korporationen	" 220

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Meyer, von Frankenberg und Seele.

Entschuldigt: Herr Lupprian.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß die Herren Bunge und Göcke neu in die Versammlung eingetreten seien.

Der Herr Vorsitzende glaubt sodann im Sinne der Versammlung zu sprechen, wenn er bitte, sich zum ehrenden Andenken für den leider zu früh verstorbenen Stadtverordneten Ebeling von den Sitzen zu erheben. In Herrn Ebeling verliere die Versammlung ein schwer zu ersetzendes Mitglied, das außerordentlich bewandert in den Verhältnissen der Stadt gewesen sei und mit großem, selbstlosem Interesse sein Amt als Stadtverordneter verwaltet habe. Deshalb erfülle die Versammlung eine Ehrenpflicht, wenn sie sich von den Sitzen erhebe. (Geschieht.)

An Stelle des Herrn Ebeling sei der Friseur Herr Bunge bis Ende 1905 in die Versammlung gewählt worden und habe das Mandat angenommen. Er wolle wünschen, daß Herr Bunge, wenn er einmal aus der Versammlung scheide, ein so gutes Andenken hinterlasse, wie es bei Herrn Ebeling der Fall sei.

Darauf erhält das Wort zur Geschäftsordnung Herr Meyerhoff, um zu beantragen, daß der Punkt 20 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und in einer späteren Sitzung behandelt werde. Die von der Staatsbehörde geforderten Aenderungen zu dem von der Versammlung vor zwei Jahren beschlossenen Entwurfe eines Ortsbaustatuts seien erst so kurze Zeit in den Händen der Stadtverordneten, daß es ihm für seine Person noch nicht möglich gewesen sei, die Sache schon zu verdauen. Er stelle daher den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und ihn als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bringen, oder aber zu dessen Erledigung eine besondere Sitzung anzuberaumen.

Herr Löschigk bittet, die betreffende Sitzung möglichst bald anzuberaumen, damit das Stadtbauamt endlich in den Besitz des neuen Ortsbaustatuts komme.

Herr Wolff möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung besonders auf den § 38 a der Aenderungsvorschläge richten und bitten, sich die praktischen Folgen der beabsichtigten Aenderungen zu vergegenwärtigen.

Der Punkt 20 wird darauf von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Der Herr Vorsitzende hat ferner mitzuteilen, daß ein Verlagsbuchhändler Lewis in Dresden ein Buch: „Was lehrt die erste deutsche Städteausstellung?“ empfehle. Wenn er auch im allgemeinen solche Ankündigungen hier nicht erwähnt, sondern sie ohne weiteres zu den Akten gelegt habe, so wolle er doch bei dem besonderen Interesse, welches der Inhalt dieses Buches für die Versammlung habe, hier eine Ausnahme machen.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Aenderung der Kirchspiele im Westen der Stadt.

Das Programm der im Jahre 1894 eingeführten Neuordnung des städtischen Kirchenwesens hat bekanntlich an seine Spitze den Grundsatz gestellt, daß örtlich begrenzte, in der Regel je bis 6000 Seelen zählende Seelsorgebezirke zu errichten seien, die entweder je zwei zu einer selbständigen Gemeinde vereinigt werden oder aber einzeln für sich eine selbständige Gemeinde bilden sollten. Auf diesen Grundsatz sich stützend, sind die Kirchengemeinden zu St. Martini, zu St. Petri und zu St. Michaelis wegen anderweitiger Begrenzung ihrer Bezirke unter gleichzeitiger Neubildung einer selbständigen Kirchengemeinde im Westen der Außenstadt mit dem Hinweis darauf vorstellig geworden, daß nach im Herbst 1898 angestellten Ermittlungen die Seelenzahl der Martinigemeinde mit 2 Seelsorgebezirken auf rund 16 140, der Michaelisgemeinde mit 1 Seelsorgebezirke auf rund 9370 und der Petrigemeinde mit 1 Seelsorgebezirke auf rund 8940 angewachsen seien und seitdem ohne Zweifel noch zugenommen haben würden.

Der Kirchenkonvent hat daraufhin einen „Plan zu einer Veränderung der Kirchspiele im Westen der Stadt“ aufgestellt, der

- 1) die Errichtung einer neuen Kirchengemeinde aus bestimmten räumlichen Bestandteilen der Kirchspiele St. Martini und St. Petri,
- 2) einige Grenzveränderungen zwischen den Kirchspielen St. Martini und St. Michaelis,
- 3) die Errichtung eines zweitens Pfarramts für die St. Michaelisgemeinde in Vorschlag bringt.

Dieser Plan ist dem Magistrate mit dem Antrage auf Durchführung zugegangen. Das Bedürfnis einer Neugestaltung der kirchlichen Verhältnisse der betreffenden Gemeinden anerkennend, hat der Magistrat gegen den Plan im einzelnen geltend gemacht, daß ein dringendes Bedürfnis zu der darin vorgesehenen

alsbaldigen Erbauung einer Kirche und eines Pfarrhauses nicht wohl anerkannt werden könne, da die Möglichkeit gegeben sei, der neuen Gemeinde die Mitbenutzung einer der vorhandenen Stadtkirchen einzuräumen, der Geistliche der neuen Gemeinde aber sehr wohl eine Mietwohnung beziehen könne. — Der Kirchenkonvent hat darauf den Punkt 5 des „Planes“ dahin abgeändert, daß der erste Satz statt der einleitenden Worte: „Als bald nach Errichtung des Kirchenvorstandes wird . . .“ die Fassung erhält: „Sobald als thunlich wird für die neue Gemeinde die Herstellung einer Kirche und eines Pfarrhauses in Angriff genommen“.

Dabei hat der Kirchenkonvent erklärt, wie er im Hinblick auf die dem evangelischen Bekenntnisse gerade in der westlichen Außenstadt drohenden Gefahren es für ein unabweisliches kirchliches Bedürfnis erachte, daß für die neue Gemeinde sobald als thunlich eine eigene Kirche und ein Pfarrhaus beschafft werde. Auch ist von kirchlicher Seite schon früher hervorgehoben, daß zu einer selbständigen Gemeinde eine eigene Kirche gehöre, da sie sonst nur den abgezweigten Seelsorgebezirk einer andern Gemeinde darstelle, sowie daß es sich zur Hebung kirchlicher Notstände darum handeln müsse, in einem abgerundeten Gemeindebezirke eine günstig gelegene Kirche zu schaffen, da die vorhandenen Kirchen, soweit dieselben überhaupt räumlich groß genug seien, dem größten Teile der der neuen Gemeinde zuzurechnenden Bevölkerung so fern lägen, daß die Voraussetzung eines lebendigen Zusammenhanges mit der Kirche gefährdet erscheine; daß endlich eine Verweisung der neuen Gemeinde auf langzeitige Mitbenutzung der kirchlichen Anstalten einer dritten Gemeinde einer befriedigenden Ordnung der Verhältnisse zwischen den in demselben Gotteshause amtierenden Geistlichen hinderlich sein müsse und Schwierigkeiten entständen, die wohl in einer Uebergangsperiode überwunden werden könnten, die aber auf die Dauer zu einer Quelle unerquicklicher Unzuträglichkeiten werden und das kirchliche Leben schwer schädigen würden.

In Würdigung dieser Momente wird man die Verzichtleistung des Kirchenkonvents auf die ursprüngliche Forderung einer alsbaldigen Herstellung einer Kirche als ein wesentliches Entgegenkommen anerkennen müssen. Die Kosten des Kirchenbaues werden sich überdies nicht allzu hoch stellen, wenn man sich auf einen zwar soliden und geschmackvollen, aber einfachen Bau beschränkt. — Für nicht notwendig aber hält der Magistrat nach wie vor die Errichtung eines eigenen Pfarrhauses und ist der Ansicht, daß es dem jeweiligen Prediger der neuen Gemeinde nicht schwer werden wird, eine innerhalb der Gemeindegrenzen günstig gelegene und auch im übrigen seinem Amte, wie gleichzeitig seinen besonderen persönlichen Bedürfnissen und Ansprüchen genügende Wohnung zu mieten. Ein häufiger, im Interesse der Gemeindeglieder nicht erwünschter Wohnungswechsel wird durch Vereinbarung einer langzeitigen Mietdauer, nötigenfalls seitens des Kirchenvorstandes, vermieden werden können.

Die Verpflichtung der Stadtgemeinde, zur Bestreitung der der Gemeinde Kirchenkasse obliegenden Ausgaben bedarfsmäßige Zuschüsse zu leisten, steht gesetzlich fest, zweifelhaft dagegen ist die Frage, ob zu solchen die Stadt verpflichtenden Aufwendungen auch die Kosten der Fundierung einer neu zu gründenden Kirchengemeinde zu rechnen seien. Im Gegensatz zu der Rechtsauffassung der kirchlichen und staatlichen Oberbehörden hält der Magistrat an der seinerzeit auch von der Versammlung als richtig befundenen Ansicht fest, daß zwar die Aufbringung der Kosten für Unterhaltung einer neu gebildeten Gemeinde der Stadt obliege, daß aber die Beschaffung von kirchlichen Neubauten und die Fürsorge für Besoldung des anzustellenden Geistlichen der Stadtgemeinde nicht zur Last gelegt werden könne. Gleichwohl wird die Vereiterklärung zu stadtseitiger Uebernahme der sämtlichen aus der Durchführung des vorliegenden Planes, mit Ausschluß der Forderung eines Pfarrhausbaues, erwachsenden Kosten unter dem vom Kirchenkonvente empfohlenen Vorbehalte befürwortet, daß nicht zwar dem Stadtmagistrate ein Präsentationsrecht bei Besetzung der neu zu gründenden Pfarrstelle, wohl aber der Kirchengemeinde das Wahlrecht zugestanden werde.

Hierbei sind für den Magistrat die nachstehenden Erwägungen bestimmend gewesen:

1. Eine Verweigerung der von den kirchlichen Organen im Interesse der Kirche und des kirchlichen Lebens für notwendig erklärten Aufwendungen würde der Kirchenregierung die Pflicht auferlegen, die Frage, ob die Stadt zur Aufbringung der Kosten der Neugründung kraft öffentlichen Rechts verpflichtet sei, anderweitig zum Austrage zu bringen; sie würde das erreichen können entweder durch Erwirkung einer Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums über den Umfang der parochialen Verpflichtungen der Stadt, oder aber durch Anrufen der Landesgesetzgebung.

Die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums würde, wenn sie zu Ungunsten der Stadt ausfiel, von der letzteren im Wege der gerichtlichen Klage angefochten werden können. Würde die Stadt alsdann den Rechtsweg betreten und darin obsiegen, so würde davon die Folge sein, daß nicht nur der neuen Gemeinde das Recht zum Vorschlage dreier Kandidaten bei Besetzung der Predigerstelle gewahrt bliebe, sondern auch die Stadt das Patronatsrecht erhielte, jedoch nur in der Voraussetzung, daß sie die Kosten der Neugründung allein aufbrächte. Bei Gewährung und Annahme eines Staatszuschusses zu diesen Kosten würde aber ein dem Staate und der Stadt gemeinsames Patronatsrecht mit der Wirkung begründet sein, daß die Besetzung der Predigerstelle zwischen dem Staate und der Stadt abzuwechseln hätte. Im Falle eines prozessualischen Unterliegens der Stadt würde das Patronatsrecht ausschließlich, d. h. unter Fortfall auch des Vorschlagsrechts der Kirchengemeinde, dem Landesherrn zustehen. Auf Gewährung

eines Staatszuschusses zu den der Stadt gerichtlich auferlegten Gründungskosten würde selbstredend nicht mehr gerechnet werden können.

Was das Anrufen der Landesgesetzgebung betrifft, so dürfte sie, zumal wenn deren Faktoren die Ansicht des Magistrates über die den kirchlichen Verpflichtungen der politischen Gemeinden durch das jetzt geltende Recht gezogenen Grenzen nicht teilen, im staatlichen Interesse bereit sein, den Inhalt und Umfang der gemeindlichen Verpflichtungen zur Aufbringung von Parochiallasten mit der Wirkung klar zu stellen bzw. zu erweitern, daß der hiesigen Stadt diejenigen Leistungen, die freiwillig zu übernehmen sie verweigert, kraft Gesetzes obliegen würden. Auch in diesem Falle würde das Patronatsrecht dem Landesherrn ausschließlich zustehen und auf Staats-hilfe nicht wohl zu rechnen sein.

2. Der Magistrat ist der Ansicht, daß alles aufgeboten werden müsse, die vorliegende in das kirchliche Leben tief einschneidende Streitfrage friedlich, durch Vergleich, zu lösen, und zwar umsomehr, als die Stadtgemeinde an erster Stelle berufen erscheint, den Gefahren, Schäden und Nachteilen vorzubeugen, die aus der Fortdauer und Zunahme der im Westen der Stadt infolge deren starken Wachstums herrschenden Mißstände und aus der unter deren Herrschaft unzweifelhaft wachsenden Entkirchlichung drohen und die, wenn sie auch weitere Kreise berühren, doch zunächst die Wohlfahrt der hiesigen Stadt treffen werden.

Hiernach beantragt der Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung wolle die Zustimmung dazu erteilen, daß der Kirchenregierung gegenüber, unter Festhaltung der Ansicht, daß eine Rechtspflicht zur stadtseitigen Aufbringung der Kosten der Errichtung von neuen Kirchenanstalten nicht bestehe, die nachstehende Erklärung abgegeben werde:

„Die Stadtgemeinde ist in Erhoffung von Staatsbeihilfen bereit, die aus Durchführung des programmäßigen „Planes zu einer Veränderung der Kirchspiele im Westen der Stadt“ erwachsenden Kosten, mit Ausnahme derjenigen für einen Pfarrhausbau, zu übernehmen und ihren bestrittenen Anspruch auf das Recht der Präsentation zu der bei der neuen Gemeinde zu besetzenden Predigerstelle fallen zu lassen, dafern

- 1) dieser Gemeinde das Recht, bei jeder Besetzung ihrer Predigerstelle dem Landesherrn drei Kandidaten vorzuschlagen, zugesichert und
- 2) das dem Stadtmagistrate beziehungsweise dem Kirchentassenkollegium bezüglich der vorhandenen Stadtkirchengemeinden gesetzlich zustehende Schutz- und Aufsichtsrecht auf die neue Gemeinde, unter Aufnahme derselben in den Tassenverband der älteren Stadtkirchen, ausgedehnt wird“.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolff, indem er zunächst die in der Sitzung vom 26. Februar 1891 — Seite 111—124

des Berichtes — hinsichtlich der im Osten der Stadt errichteten beiden Kirchengemeinden St. Johannis und St. Pauli gepflogenen Verhandlungen kurz anführt und erklärt, daß die für die damalige Beschlußfassung maßgebend gewesenem Gründe auch heute noch als vorliegend anzusehen seien. Die Statutenkommission empfehle daher, den Vorschlägen des Magistrates zuzustimmen. Die Versammlung habe nicht mit ihrer eigenen Anschauung zu prüfen, ob ein Bedürfnis zu den beantragten Organisationsveränderungen vorliege, sondern man könne höchstens in Erwägung ziehen, ob Hoffnung vorhanden sei, daß die beteiligten evangelisch-lutherischen Organe ihre Stellungnahme auf Grund eines abweichenden Votums der Versammlung ändern würden. Die Statutenkommission sei der Ansicht, daß dieses, nachdem auch der Magistrat die Bedürfnisfrage bejaht habe, als aussichtslos angesehen werden müsse. Da nun aber die Versammlung eine entscheidende Stimme in bezug auf die Bedürfnisfrage nicht habe und vom evangelisch-lutherischen Standpunkte aus die vorgeschlagenen Aenderungen auch als zweckmäßig anzuerkennen seien, so müsse man nach der Meinung der Statutenkommission angesichts der Gefahr, die eine Ablehnung der Vorlage mit sich führen würde, der Vorlage zustimmen.

Herr Brückmann ist der Ansicht, daß es dem Kirchenkonvente nur angenehm sein könne, wenn er über diese Sache auch Stimmen aus der Bürgerschaft höre. Es handle sich darum, ob hierbei aus rein sachlichen Erwägungen und in finanzieller Beziehung vorsichtig und nicht etwa zu leidenschaftlich vorgegangen sei. In ersterer Beziehung möchte er wissen, ob man auch darauf Rücksicht genommen habe, daß die benachbarte St. Ulrich-Gemeinde an Seelenzahl sehr zurückgegangen sei. Während diese Gemeinde früher groß gewesen sei, zähle sie jetzt infolge des Ausbaues vieler Wohnungen zu Läden und Bureaus nur noch etwa 8000 Seelen, so daß dieser Gemeinde von ihrer Nachbargemeinde immerhin noch 4000 Seelen überwiesen werden könnten. Wenn man annehme, daß die Martini-, die Petri- und die Michaelisgemeinde statt der im Jahre 1898 vorhanden gewesenem 34 500 Seelen jetzt vielleicht auf 36 000—37 000 Seelen angewachsen seien, so würden nach Abzug der 4000 Seelen auf jeden Geistlichen dieser drei Gemeinden noch etwa 6500 Seelen kommen, was der früher festgesetzten Norm ziemlich entspreche. Noch günstiger würde sich dieses Verhältnis stellen, wenn man sich mit dem Gedanken vertraut mache, daß nicht nur die Michaelis-, sondern auch die Petrigemeinde noch einen zweiten Geistlichen erhalte und demnach auf jeden Geistlichen nicht mehr als etwas über 5000 Seelen entfallen. Was nun die finanzielle Seite der Sache anlange, so glaube er, daß bei dem jetzigen geschäftlichen Niedergange, der immer noch nicht abgeschlossen sei und noch in den nächsten beiden Jahren für den Steuerfädel fühlbar bleiben werde, große Vorsicht in den Ausgaben am Platze sein dürfte. Den geschäftlichen Niedergang erkenne man aber am besten in der bedeutenden Zahl von Steuerreklamationen, die den Voranschlag erheblich überträfen. Was nun die

Gründe betreffe, welche vom Kirchenkonvente für die Einrichtung der neuen Kirchengemeinde angeführt werden, so handle es sich zunächst darum, daß die katholische Gemeinde im Westen der Stadt jetzt besser vertreten sein solle als früher, indem sie an Stelle des früheren Betzaales inzwischen einen schmucken Kirchenbau errichtet und dadurch nach außen hin einen größeren Einfluß auf die Umgebung ausgeübt habe. Auch solle gerade im Westen der Stadt das Sektentwesen sehr einflußreich sein, jedoch scheine ihm das nicht zuzutreffen. Man finde dort die Baptisten-Gemeinde und die apostolische Gemeinde vertreten, gegen die wohl nicht viel einzuwenden sei, wenigstens könne er diese Leute aus eigener Erfahrung nicht für gefährlich halten. Auch den katholischen Vorstoß in jener Gegend halte er nicht für gefährdend, zumal er ein zu großes Vertrauen zu der evangelischen Gemeinde habe und nicht glauben könne, daß sie sich durch die neue katholische Kirche beeinflussen lassen werde. Außerdem tue die Statistik auch kund, daß mehr Uebertritte vom katholischen zum evangelischen Glauben vorkämen, als umgekehrt. Deshalb meine er, daß man seitens des Kirchenkonvents doch wohl zu leidenschaftlich gewesen sei und gefürchtet habe, einen zu großen Verlust an Seelen erwarten zu müssen. Ohne für eine Ablehnung der Vorlage eintreten zu wollen, möchte er aus den angeführten Gründen bitten, die Vorlage an den Magistrat mit der Bitte zurückzugeben, diese wirklich vorhandenen praktischen Verhältnisse im Kirchenkonvent vorzuführen und die Vorlage erst dann wieder einzubringen, wenn ein größeres Bedürfnis zur Schaffung einer neuen Kirchengemeinde vorliege.

Herr Wolff möchte dem gegenüber hervorheben, daß er absichtlich nicht auf die einzelnen Motive zu den verschiedenen Forderungen der kirchlichen Organe eingegangen sei und zwar um deswillen nicht, weil die Mehrheit der Statutenkommission unbedingt anerkannt habe, daß es bei der Stellungnahme des Magistrates zu dieser Sache gänzlich aussichtslos sei, auf die kirchlichen Organe noch einzuwirken. Nachdem aber Herr Brückmann einmal den Weg beschritten habe, einzelne Positionen der Vorlage einer Prüfung zu unterziehen, müsse er auch hervorheben, daß, immer vom Standpunkte der evangelisch-lutherischen Kirche aus gesprochen, das Bedürfnis, im Westen der Stadt eine neue Kirchengemeinde zu errichten, nicht bestritten werden könne. Es sei tatsächlich keine Aussicht vorhanden, daß die jetzige Stellungnahme der beteiligten Organe modifiziert werden würde. Sollte die Vorlage aber bei der Mehrheit der Versammlung keine Zustimmung finden, so würde damit noch nicht die ganze Vorlage im einzelnen gescheitert sein; er nehme wenigstens an, daß in der Vorlage verschiedene selbständige Dinge vereinigt seien. Wenn also die Vorlage abgelehnt werden sollte, so müßte seiner Ansicht nach in eine Einzelberatung der verschiedenen Positionen eingetreten werden.

Herr Jasper will sich nicht darüber äußern, ob die politische Gemeinde ein Interesse zu betätigen habe an dem Seelenheil der Angehörigen irgend welcher

Kirchengemeinde, sondern er wolle Stellung nehmen zu der Aeußerung des Herrn Wolff zu dieser Frage, und könne er zunächst der von Herrn Wolff vorgetragenen Rechtsauffassung vollkommen beipflichten. Er gebe zu, daß es zweifelhaft sein möge, wie die Rechtslage der politischen Gemeinde zu der neu zu gründenden Kirchengemeinde im Hinblick auf die alten Kirchengemeinden sich gestalten werde, auch gebe er weiter zu, daß für die Frage, ob ein Bedürfnis vorliege, eine neue evangelische Kirche zu erbauen, die reinen evangelisch-lutherisch-kirchlichen Interessen maßgebend seien und, daß die politische Stadtgemeinde sich nur insofern zu äußern habe, als sie gutachtlich gehört werden könne und unter Umständen später die Lasten zu tragen habe, sofern die zuständigen Organe einen Kirchenbau für notwendig hielten. Die anderweite Einteilung der kirchlichen Gemeinde an sich belaste die politische Gemeinde nicht, wenn dahinter nicht das Projekt schlummerte, daß auf Kosten der Stadt eine neue Kirche gebaut werden sollte. (Widerspruch.) Aus diesem Grunde habe die politische Gemeinde umso mehr zu prüfen, wie sich die Rechtslage tatsächlich gestalte. Wenn diese Rechtslage aber zurzeit zweifelhaft sei, so liege es nicht im Interesse der politischen Gemeinde, den unklaren Rechtszustand weiter aufrecht zu erhalten, sondern es müßte darüber Klarheit geschaffen werden, wie die Rechtsverhältnisse und die Verpflichtungen gegenüber der Kirche seitens der Gemeinde gestaltet seien. Es werde nun als eine Gefahr geschildert, daß die Stadt, wenn für sie bei Beschreitung des Rechtsweges zur Klärung der Rechtslage eine ungünstige Entscheidung erzielt werden sollte, unter Umständen das Präsentationsrecht für die neu zu schaffende Kirchengemeinde nicht erwerben könnte. Diese Gefahr sei aber für die Kommission und deren Referenten eine so furchtbare, daß sie lieber eine unklare Rechtslage weiter dauern lassen und die Lasten freiwillig übernehmen wollen, ohne zu prüfen, ob die Gemeinde zu deren Tragung verpflichtet sei oder nicht, und daß sie ohne weiteres den Bedingungen der zuständigen kirchlichen Organe zustimmen wollen. Aus dieser Sachlage ziehe er aber die umgekehrte Folgerung und meine, daß im Interesse der politischen Gemeinde eine Klärung geboten erscheine und daß auch die Gefahr, dieses Präsentationsrecht zu verlieren, gar nicht so groß sei, denn er sehe nicht ein, was für ein wesentliches Interesse die politische Gemeinde daran haben solle, den Pfarrer der evangelisch-lutherischen Gemeinde zu präsentieren. Ob dieser Pfarrer orthodoxen oder liberalen Bekenntnisses sei, das möge für die einzelnen Anhänger der Kirchengemeinde wesentlich sein, für die politische Gemeinde erscheine es ihm aber herzlich gleichgültig. Der Herr Referent habe auch damit, er möchte fast sagen, bange zu machen gesucht, daß, wenn der Rechtsweg für die politische Gemeinde wider Erwarten günstig zu Ende geführt werden würde, doch die kirchliche Gemeinde, bezw. das Herzogliche Staatsministerium den Weg der Gesetzgebung beschreiten und hier durchsetzen werde, was jetzt die kirchlichen Organe für notwendig erachten und was

auch der Herr Referent für notwendig halte. Es möge das wohl zutreffen, aber es sei noch nicht gesagt, ob die Regierung das auch mit den zuständigen Organen, dem Landtage zc., werde durchführen können.

Den Gedanken, daß eine Aenderung der Gesetzgebung möglich sei, möchte er aber aufgreifen und der Versammlung nahe legen, ob nicht die Sachlage dazu angetan sei, darauf hinzuwirken, daß eine grundsätzliche Aenderung der Landesgesetzgebung seitens der Stadt in Anregung gebracht werde, damit die unleidliche Verquickung von politischer und kirchlicher Gemeinde aufhöre und die Versammlung sich als Vertreterin der politischen Gemeinde nicht mehr mit Angelegenheiten der Kirchengemeinde zu beschäftigen habe. Es sei erforderlich, daß auch äußerlich eine vollständige Trennung zwischen der kirchlichen und der politischen Gemeinde, die heute nichts mehr mit einander zu schaffen haben, hergestellt werde, und möchte er befürworten, daß ein derartiger Antrag von den Mitgliedern der Versammlung, welche auch Mitglieder des Landtages seien, aufgenommen und zu einer grundsätzlichen Aenderung der Landesgesetzgebung ausgestaltet werde. Die heutige Vorlage bitte er aber abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte vorweg hervorheben, daß die zur Beratung stehende Magistratsvorlage sich genau in dem Rahmen desjenigen Programms halte, welches vor zwölf Jahren von den städtischen Behörden auf Anregung der stadtkirchlichen Organe grundsätzlich festgelegt und in der Zwischenzeit auch bezüglich der Einteilung und Neubildung der kirchlichen Gemeinden im Osten der Stadt durchgeführt worden sei. In der Vorlage habe man auch nicht, wie Herr Brückmann meine, ein zu rasches Tempo eingeschlagen, sondern man sei im Gegenteil hinter dem vor zwölf Jahren aufgestellten Programm noch zurückgeblieben. Seitens der kirchlichen Organe sei nun auch nicht neuerdings erst die Anregung zur Ausführung dieses Programmes gegeben, sondern schon im Jahre 1898 habe man auf die Notwendigkeit der Begründung einer neuen Kirchengemeinde im Westen der Stadt hingewiesen. Demnach sei der Magistrat keineswegs voreilig mit seiner Vorlage gewesen.

In bezug auf die Rechtsfrage habe nun Herr Jasper einige Ausführungen gemacht, welche ihn zur Ergänzung der Vorlage veranlaßten. Zurzeit sei die politische Gemeinde die Trägerin der parochialen Verpflichtungen innerhalb der Landeskirche, jedoch könne sie, soweit Steuern erforderlich seien, zur Bestreitung der kirchlichen Ausgaben nur diejenigen Einwohner heranziehen, welche dem evangelischen Bekenntnisse zugetan seien. Anders sei es bei den Katholiken, die unabhängig von der politischen Gemeinde ihre Kirchensteuer erheben. Dasselbe Recht werde binnen kurzem wohl auch der reformierten Gemeinde eingeräumt werden müssen. Es dürfte dann jedenfalls auch in Frage kommen, ob nicht den Lutheranern ein gleiches Recht zuzugestehen sei. Die Bewegung, das äußere kirchliche Leben von

der politischen Gemeinde zu trennen, mache sich schon seit Jahren bemerkbar; denn schon vor längerer Zeit habe die Landesynode und auch die Landesversammlung einstimmig der Landesregierung anheimgegeben, dahin zu wirken, daß die kirchliche Gemeinde gegenüber der politischen Gemeinde selbständig hingestellt und ermächtigt werden möchte, eigene Steuern ausschreiben zu dürfen. Vom Standpunkte der Gemeinde aus könne man aber nur sagen: wer Wert darauf lege, daß die politischen Organe bei den kirchlichen Angelegenheiten ein Wort, wenn auch nur in beschränkter Weise, mitzureden haben, der sollte schon aus diesem Grunde der Vorlage zustimmen, denn wenn die Vorlage eine Ablehnung erfahre, so werde dadurch Wasser auf die Mühle derjenigen gegeben, die eine vollständige Trennung des kirchlichen Lebens vom politischen Leben erstreben. Es werde dann um so rascher ein Gesetz erlassen werden, durch das die evangelisch-lutherische Gemeinde zur selbständigen Erhebung von Steuern ermächtigt werde. Ob das aber in unserm Interesse wünschenswert erscheine oder nicht, sei eine Frage, die auf einem anderen Blatte stehe.

Im Anschluß an das Referat habe er dann noch zu erklären, daß diese Vorlage in ihren einzelnen Teilen allerdings als ein einheitliches Ganzes zu betrachten und auch keine Aussicht vorhanden sei, daß der Kirchenkonvent sich veranlaßt finden könnte, etwas von den einzelnen Teilen des Programms zurückzunehmen. Zu der Aeußerung des Herrn Brückmann, daß dem Uebelstande auch abgeholfen werden könne durch Erweiterung der in ihrer Seelenzahl zurückgegangenen Brüderngemeinde, habe er zu bemerken, daß dieses schon längst geschehen sein würde, wenn es angängig wäre. Als vor 12 bis 15 Jahren die Frage wegen Neueinteilung der Kirchengemeinden an die Oberfläche gekommen sei, habe man eine Auszählung der Gemeinden vorgenommen, wobei sich herausstellte, daß die Brüderngemeinde 4800 Köpfe zählte. Nun sei damals die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht diese Gemeinde bei ihren zwei Seelsorgern auf 12 000 Köpfe erhöhen könnte, jedoch habe sich nur erreichen lassen, die Brüderngemeinde mit 10 000 Seelen auszugestalten, welche Zahl, vielleicht sogar etwas erhöht, auch heute noch vorhanden sein werde. Wenn die Gemeinde durch den Ausbau von Wohnungen zu Läden und Bureaus auch an Seelenzahl Einbuße erlitten haben möge, so sei doch andererseits auch zu berücksichtigen, daß im letzten Jahrzehnt sehr viele Wohnhäuser erheblich ausgebaut seien und infolge dessen eine größere Zahl Bewohner beherbergen. Mehr als 10 000 Seelen ließen sich aber zur Brüderngemeinde nicht vereinigen, weil, wie man sich an der Hand des Stadtplanes vergewissern könne, diese Gemeinde schon bis an die Katharinentirche, die Andreaskirche u. reiche. Wollte man aber zur Vergrößerung der Brüderngemeinde von den angrenzenden Kirchengemeinden ihr noch Seelen zuführen, so würde die Folge sein, daß diese Gemeindeglieder bei dem Besuche der ihnen zugetheilten Brüdernkirche an der bisherigen eigenen Kirche vorbeigehen müßten, und das sei ein Uebing, worauf man sich nicht einlassen könne.

Wenn dann Herr Brückmann in bezug auf die Opportunität der Vorlage weiter angeführt habe, daß die finanziellen Verhältnisse augenblicklich derart ungünstig lägen, um eine bessere Zeit abwarten zu sollen, so möchte er darauf erwidern, daß man darauf nicht warten könne. Andererseits lasse sich aber getrost annehmen, daß bei Genehmigung der Vorlage noch Jahre ins Land gehen werden, ehe sie zur Ausführung komme. Man möge sich hierbei doch der neuen östlichen Kirchengemeinden erinnern, und wenn man hier auch etwas schneller zu Werke gehen werde, so seien zur Durchführung doch noch Jahre erforderlich.

Herr Hauswaldt: Wenn er beobachte, wie die städtischen Versammlungen, die sich zusammensetzen aus den Vertretern der verschiedenen Kirchengemeinschaften, aus Katholiken, Dissidenten zc., bestimmen, was die evangelisch-lutherischen Gemeindegengenossen allein, also ohne Mitwirkung der übrigen Bürger, an Steuern zahlen sollen und auch wollen, so falle ihm immer das Wort ein: Gesetz wird Unsinn, Wohltat Plage. Ein derartiger Zustand lasse sich allerdings nicht mehr aufrecht erhalten. Wie sich diese Verhältnisse historisch entwickelt haben, sei allgemein bekannt, aber man müsse auch von der kirchlichen Seite darauf bestehen, daß eine reinliche Scheidung durchgeführt werde, denn hier beschließe eine Versammlung, die sich zusammensetze aus Leuten, die zum Teil nicht zur evangelisch-lutherischen Kirchengemeinschaft gehören, über Steuern, die nicht sie, sondern nur die lutherischen Gemeindegengenossen zahlen wollen und nicht sollen. Daher sei er mit Herrn Jasper der Ansicht, daß eine Aenderung des Gesetzes eintreten müsse. Die Stadt-synode habe sich auch schon längere Zeit mit dieser Frage beschäftigt und Versuche gemacht, solche Trennung anzustreben. Trotzdem wünsche er aber nicht, die Aenderung dadurch zu beschleunigen, daß die Magistratsvorlage heute abgelehnt werde, denn die Lösung aller derartigen Verhältnisse müßte vorsichtig vorbereitet und dürfte nicht überstürzt werden. Eine Loslösung der kirchlichen von der politischen Gemeinde insoweit, als die evangelisch-lutherischen Gemeindeglieder selbständig bestimmen können, was sie an Kirchensteuer zu bezahlen haben, halte er aber für durchaus notwendig und wünsche, daß ein derartiges Gesetz recht bald geschaffen werde. Für die Versammlung sei es indessen ein nobile officium, der Vorlage zuzustimmen, sofern nicht ganz schwerwiegende Bedenken dagegen vorliegen, zumal der Versammlung ein Entscheidungsrecht darüber, ob die Schaffung einer neuen Kirchengemeinde notwendig sei, gar nicht zustehe. Die Versammlung habe nur ein formelles Verwilligungsrecht über die Steuern der Mitbürger.

Wenn Herr Jasper wünsche, daß die Stadt den Rechtsweg beschreiten möchte, so wolle er darauf hinweisen, daß man schon vor zwölf Jahren darauf gekommen sei, jedoch werde dadurch nicht allein das Präsentationsrecht, sondern namentlich auch das Wahlrecht der Gemeinden arg gefährdet. Dieses Recht halte er aber für

ein derartig kostbares Gut, daß er es nicht gefährdet sehen möchte und nicht befürworten könnte, deshalb einen Prozeß anzufangen, dessen Ausgang niemand kenne. Aus diesem Grunde ziehe er einen mageren Vergleich vor.

Herr Brückmann meine sodann, man könnte der Petrigemeinde noch einen zweiten Seelsorger geben und die Gemeinde dann entsprechend vergrößern. Würden dann aber nach der Ansicht des Herrn Brückmann, der doch selbst im Vorstande der Petrikirchgemeinde sitze, dadurch finanzielle Lasten gespart werden? Ob für die Petrigemeinde oder für die neu zu bildende Gemeinde ein Prediger angestellt werde, sei bezüglich der entstehenden Kosten doch ohne Bedeutung. Außerdem liege es aber wohl auf der Hand, daß in den westlichen Teil der Stadt, welcher sich so weit ausgebreitet habe, ein kirchliches Zentrum hineingehöre, um das sich das evangelische Leben entwickeln könne. Es sei den dort wohnenden Leuten auf die Dauer nicht zuzumuten, daß sie so weite Wege zurücklegen müssen, um in die Kirche zu kommen. Die Versammlung als solche habe wirklich gar kein Interesse daran, für oder gegen die Vorlage zu sein, weshalb letztere einfach angenommen werden möchte; es handle sich hier nur um dasselbe formale Recht, welches die Versammlung einnehme, wenn sie bei der Durchberatung des Etats die Ausschreibung der Kirchensteuer beschließe. Hierbei habe er ja schon öfter die Bemerkung fallen lassen, daß die Kirchensteuer von Leuten beschlossen werde, welche der Kirchengemeinschaft teilweise gar nicht angehören. Die Vorlage sei so gut vorberaten und entspreche einem solchen Bedürfnisse der evangelischen Kirche, daß er bitten müsse, ihr zuzustimmen, dabei aber nicht aus den Augen zu lassen, daß eine gründliche Gesetzesänderung, welche die kirchliche Gemeinde von der politischen Gemeinde absondere, angestrebt werde.

Herr Altmann steht mit Herrn Hauswaldt insofern auf dem gleichen Standpunkte, als auch er es nicht recht finde, wenn Andersdenkende über eine fremde Religionseinrichtung befinden sollen. Daraus ergebe sich aber konsequenterweise mit Notwendigkeit, daß die Frage der Trennung der kirchlichen von der politischen Gemeinde beschleunigt werden müsse. Wenn die Befürchtung zum Ausdruck käme, daß die Ablehnung der heutigen Vorlage die Sache verschlimmern und übers Knie gebrochen würde, so könne er diese Anschauung nicht teilen. Er sei für vollständige Glaubensfreiheit, da er sie für Andersdenkende ebenso sehr als für sich wünsche. Er möchte auch niemandem vorschreiben, in eine bestimmte Kirche zu gehen und wenn jemand auf seine Kosten in größerer Nähe eine Kirche haben könne, so möge er sie haben. Wenn der Versammlung das Recht abgehe, in dem vorliegenden Falle über die Bedürfnisfrage mit zu sprechen, so wisse er nicht, was hier in der Sache noch getan werden solle. Aus diesem Grunde sei er dafür, daß je eher je lieber die Trennung zwischen kirchlicher und politischer Gemeinde vorgenommen werde. In der Kommission habe man auch befürchtet, daß bei Ab-

lehnung der Vorlage die Orthodoxen in erster Linie ihren Willen auf Trennung der beiden Gemeinden erreicht sähen. Er gönne aber den Herren von Herzen gern, ihre eigene Bewegungsfreiheit zu erhalten und sich nicht in ihre Sachen hineinreden zu lassen, denn nach seiner Ueberzeugung sei es der richtigste Weg, daß diejenigen, welche eines Glaubens seien, auch eine Gemeinschaft bilden. Um nun die allseits herbeigesehnte Trennung zwischen Kirche und politischer Gemeinde möglichst schnell herbeizuführen, werde er gegen die Vorlage stimmen. Ohne zu wissen, ob die Kirchen überfüllt seien, solle er als Stadtverordneter für neue Kirchenbauten und neue Pfarrstellen stimmen, und solle er mit dafür sorgen, daß die betreffenden Einwohner neue Kirchensteuern bezahlen. Das sei ein Unding. Wenn z. B. die Versammlung zum größten Teile aus Katholiken zc. zusammengesetzt wäre, so müßte sie nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ebenfalls für diese nur die evangelische Gemeinde angehenden Sachen eintreten. Auf diese Weise könnte es dann kommen, daß ein solcher Beschluß einmal aus bösem Willen anders ausfallen könnte, als es dem Bedürfnisse der evangelischen Kirche entspräche. Man dürfe deshalb einen solchen Zustand nicht länger bestehen lassen.

Der Herr Vorsitzende möchte Herrn Altmann darauf aufmerksam machen, daß die von ihm angezogene Aeußerung aus der Kommissionsitzung anders gelaute habe. Es sei nämlich in der Kommission nur davon die Rede gewesen, daß die Gemeinde eventuell das Wahlrecht verliere und sie dann keine Gelegenheit mehr habe, sich einen liberalen Prediger zu wählen.

Herr Ribbentrop will sich gegen eine Aeußerung des Herrn Jasper wenden, nach der die politische Gemeinde kein Interesse an dem Seelenheile der Angehörigen irgend welcher Kirchengemeinde zu betätigen habe. Er sei gegenteiliger Ansicht und meine, daß die Versammlung ein solches Interesse zu betätigen habe, weshalb er diese Worte, welche nicht auf dem evangelischen Glaubensbekenntnisse fußten, auf das entschiedenste zurückweisen und schon aus diesem Grunde bitten müßte, der Magistratsvorlage die Zustimmung zu erteilen.

Herr Jasper will aus der letzten Aeußerung Veranlassung nehmen, nochmals zu betonen, daß die politische Gemeinde kein Interesse daran nehmen könne, nach welcher Fassung jemand selig werden wolle. Persönlich möchte er sich in dieser Beziehung der Obhut des Herrn Ribbentrop am allerwenigsten anvertrauen. Im übrigen freue er sich, Herrn Hauswaldts Standpunkt zu teilen, der eine Trennung der beiden Gemeinden nicht nur im Interesse der politischen, sondern auch der kirchlichen Gemeinde für wünschenswert halte. Letzteres glaube er Herrn Hauswaldt gern, da dieser mitten im kirchlichen Leben stehe; nur hätte er gewünscht, daß Herr Hauswaldt dieses weniger von der steuerrechtlichen, als von der religiösen Seite aus betont hätte, denn die Verbindung von Politik und von Kirchenangelegenheit sei durchaus nicht immer förderlich. Um so mehr habe er sich

gewundert, daß Herr Hauswaldt nicht zur Ablehnung der Vorlage komme, die er selbst einen mageren Vergleich nenne, da doch gerade durch deren Ablehnung das am ersten erreicht würde, was Herr Hauswaldt mit ihm erstreben wolle, nämlich die vollkommene Trennung der politischen und der kirchlichen Gemeinde. Jedenfalls sei die Ablehnung der Vorlage der geeignetste Weg, um auf schnellste Weise diese Trennung zu erreichen. Herr Oberbürgermeister Pockels sehe solche Trennung als einen großen Nachteil für die politische Gemeinde an und meine, daß jedermann, der irgendwie Wert darauf lege, daß die politischen Organe in kirchlichen Angelegenheiten noch mitzureden hätten, dieser Vorlage zustimmen müßte, um das Mitbestimmungsrecht der politischen Gemeinde so viel als möglich aufrecht zu erhalten. Worin aber die Bedeutung des Mitbestimmungsrechtes der politischen Gemeinde in kirchlichen Angelegenheiten liege, habe der Herr Oberbürgermeister vergessen zu sagen, und lasse sich auch kein Grund finden, daß die politische Gemeinde ein Interesse daran haben solle, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen. Gegenüber dem Herrn Referenten halte er es für herzlich gleichgültig, ob die politische Gemeinde das Präsentationsrecht bei der neuen Kirchengemeinde habe oder nicht. Dasselbe gelte von dem Wahlrechte der Kirchengemeinde, welches darin bestehe, daß sie ihren Seelsorger selbst zu wählen habe. Auch darin könne er kein Interesse der politischen Gemeinde gefährdet sehen, wenn sie dieses Rechtes verlustig gehen sollte. Mögen die Angehörigen der betreffenden Kirche auf ihre kirchlichen Organe dahin einzuwirken suchen, daß ein gedeihliches Gemeindeleben sich entwickle und die Gemeinde selbst ihr maßgebendes Organ sei, nicht etwa aber der summus episcopus, oder das Konsistorium, oder eine Instanz, die nicht direkte Fühlung mit der Gemeinde habe.

Zum Schlusse müsse er sich gegen die Erläuterung des Herrn Vorsitzenden wenden, die dieser der Darstellung des Herrn Altmann von dem Vorgange in der Statutenkommission gegeben habe. Die Erläuterung, welche der Auffassung des Herrn Altmann widersprechen sollte, bestätige diese, indem der Herr Vorsitzende es als eine Gefahr hingestellt habe, daß unter Umständen von der Kirchengemeinde kein liberaler Prediger gewählt werden könnte. Da es aber als eine Gefahr hingestellt werde, wenn kein liberaler Pastor gewählt werde, so bestätige dieses die Auffassung des Herrn Altmann, daß das Eindringen der orthodoxen Richtung in die Kirchengemeinden für die politische Gemeinde in den Augen der Kommisionmehrheit eine Gefahr in sich schließe.

Endlich möchte er noch dazu Stellung nehmen, daß der Herr Referent vorge schlagen habe, wenn wider Erwarten die Vorlage als Gesamtheit abgelehnt werden sollte, noch in eine Sonderberatung der einzelnen Abschnitte einzutreten sei. Der Vorschlag sei wohl eigentlich schon erledigt durch die Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters, daß die Vorlage als ein einheitliches Ganzes zu behandeln sei.

Jedenfalls würde der Standpunkt des Herrn Referenten ein novum sein, denn für gewöhnlich pflege man es umgekehrt zu halten und zunächst die einzelnen Teile einer Vorlage zur Beratung zu stellen und die Ueberbleibsel dann zur Annahme oder Ablehnung zu empfehlen.

Im übrigen habe er mit einigen näheren Freunden beschlossen, die namentliche Abstimmung zu beantragen, um den Herren Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern, ob sie wünschen, daß der jetzige Zustand der Verquickung von politischer und kirchlicher Gemeinde fort dauere oder nicht.

Der Herr Vorsitzende möchte hierzu bemerken, daß er weder seine, noch die Ansicht der Kommissionsmehrheit vorgetragen, sondern nur einer in der Kommission gefallenen Aeußerung Erwähnung getan habe, nach der es nicht als erwünscht angesehen werden könne, wenn der Kirchengemeinde die Möglichkeit genommen würde, sich einen liberalen Prediger zu wählen. Ob es sich demnach um ein Interesse, welches man für seine Mitbürger wahrzunehmen habe, handle, sei Ansichtssache.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es sei hier wiederholt betont worden, daß die Stadtgemeinde die Bedürfnisfrage nicht zu prüfen hätte, jedoch könne er dieser Behauptung in der Allgemeinheit nicht beitreten. Im Gegenteil sei er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen der Ueberzeugung, daß die Stadtgemeinde, wenn von kirchlicher Seite Forderungen an sie herantreten, die Befugnis habe, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob das Bedürfnis in der verlangten Art und dem beantragten Umfange auch vorhanden sei. Natürlicherweise könne sich eine derartige Prüfung nicht darauf beschränken, daß das Bedürfnis einfach geleugnet werde, sondern man müßte dafür auch triftige Gründe anführen. Wenn die Stadtbehörde solche Gründe aber anführen könne, so sei sie auch in der Lage, den kirchlichen Organen entsprechende Vorschläge zu machen, was jedoch im vorliegenden Falle nach Ansicht des Magistrates bezweifelt werden müsse.

Was nun die Rechtsfrage, also die Trennung der kirchlichen und der politischen Gemeinde betreffe, so habe er vorhin schon als deren notwendiges Ergebnis hingestellt, daß die Kirchengemeinde in ihren äußeren Angelegenheiten selbständig gestellt werden müßte. Dazu sei, wie schon wiederholt erwähnt worden, eine Aenderung der Gesetzgebung erforderlich, jedoch habe noch niemand angedeutet, wie die Gesetzgebung zu ändern sei. Das sei aber eine so außerordentlich schwierige Angelegenheit, daß einzelne Mitglieder der Versammlung solche Aenderung wohl noch erleben könnten, während die große Mehrzahl schon vor der Klärung der Frage von hinnen gehen werde. Es könnte also mit der Durchführung der Vorlage unmöglich gewartet werden, bis diese Frage geklärt sei. Wer überhaupt in der Förderung des kirchlichen und des sittlichen Lebens eine Grundbedingung für die Wohlfahrt der Stadt sehe, müsse seiner Meinung nach schon aus diesem Grunde für die Vorlage stimmen.

Er solle sodann nach der Aeußerung des Herrn Jäpper gesagt haben, die Mitwirkung der politischen Gemeinde bei den finanziellen Angelegenheiten der Kirche hätte einen großen Wert, jedoch habe er dabei vergessen zu sagen, worin dieser Wert bestehe. Diese Aeußerung habe er überhaupt nicht getan, sondern seine Auslassung sei dahin gegangen: wer von den Mitgliedern der Versammlung Wert darauf lege, daß die städtischen Behörden, wie augenblicklich, noch in einer, wenn auch beschränkten Weise bei den finanziellen Angelegenheiten der Kirchengemeinden mitwirken können, der solle schon aus diesem Grunde die Zustimmung zu der Vorlage erteilen.

Die Bemerkung des Herrn Brückmann, daß die Vorlage wegen der augenblicklichen ungünstigen finanziellen Lage unzeitgemäß sein dürfte, veranlasse ihn zu der Frage, wie hoch denn überhaupt die Belastung der evangelisch-lutherischen Gemeindegemeinden bei Annahme der Vorlage sich stellen werde. Nach der angestellten Berechnung werde aber für absehbare Zeit, also bis zur Ausführung eines neuen Kirchenbaues, ein Gesamtaufwand in Höhe von 10 000 M. jährlich aus der Vorlage erwachsen, und zwar bestehe dieser Aufwand in dem Gehalte des Predigers der neuen Gemeinde mit 5100 M., in sachlichen Aufwendungen, welche nach der Konstituierung der neuen Gemeinde etwa 3000 M. betragen werden, sowie in dem Unterschiede zwischen dem Gehalte eines zweiten Predigers und des jetzigen Hülfspredigers der St. Michaelisgemeinde.

Herr Böschigt ist der Ansicht, daß die Bedürfnisfrage wohl allgemein anerkannt werden müsse, da es nicht möglich sei, bei etwa 36 000 Seelen die Seelsorge von 4 Predigern wirkungsvoll ausüben zu lassen. Man müsse hierbei beachten, daß nicht die sonntäglichen Predigten, sondern gerade die Seelsorge die Hauptsache sei. Möge jeder nach seiner Fassung selig werden, aber wenn die evangelisch-lutherischen Mitglieder der Versammlung, welche doch die Mehrheit bilden, anerkennen, daß ein Bedürfnis für die Neuerrichtung einer Kirchengemeinde vorliege und die einzelnen Kirchengemeinden das bestätigen, so müsse man auch der Vorlage zustimmen. Die Versammlung sei nun bei ihren bisherigen Beratungen mehr und mehr von der Vorlage abgekommen und zu einer Besprechung der in Aussicht zu nehmenden Aenderung des Gesetzes gekommen. Was habe denn aber diese Gesetzesänderung mit der Vorlage zu tun? Das Bedürfnis werde auch schon dadurch anerkannt, daß z. B. in der Martinigemeinde die Zahl der zu konfirmierenden Kinder für die beiden Prediger zu groß sei. Im Interesse des evangelisch-lutherischen Glaubens müsse entschieden Abhülfe geschaffen werden, deshalb könne jeder, der es wirklich ernst mit der lutherischen Kirche meine, nur für die Vorlage stimmen. Eine namentliche Abstimmung erscheine ihm hierbei wirklich nicht nötig zu sein, da auch bei der gewöhnlichen Abstimmungsart jeder seine Ansicht zum Ausdruck bringen könne. Er wolle Herrn Ahmann nicht be-

kehren und dieser würde es bei ihm wohl auch nicht beabsichtigen. Wenn man mit der Durchführung der Vorlage warten wolle, bis das Gesetz vom Landtage geändert sein würde, dürfte dieses wohl niemand aus der Versammlung erleben. Deshalb bitte er um Annahme der Vorlage.

Herr Schöttler steht prinzipiell auf dem von den Herren Jasper, Ahmann und Hauswaldt ausführlich erörterten Standpunkte, kann jedoch nicht einsehen, weshalb man von diesem Standpunkte aus die Vorlage ablehnen müsse. So lange eine Trennung von politischer und kirchlicher Gemeinde nicht eingetreten sei, halte er sich für verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen über die Bedürfnisse der lutherischen Kirche hier zu urteilen. Jedenfalls könne er die Vorlage nicht dazu benutzen, durch ihre Ablehnung ein politisches Ziel zu erreichen, welches ihm dabei vorSchwebe, sondern er müsse die Vorlage für sich behandeln. Wenn von einer größeren Anzahl Mitbürger der Bau einer Kirche gewünscht werde, so sehe er nicht ein, weshalb er diesem Kirchenbau widersprechen solle; da doch die Lutheraner den Bau allein bezahlen und nicht die politische Gemeinde. Vor allen Dingen möchte er aber Herrn Jasper darin widersprechen, daß dieser sage, er wolle eine namentliche Abstimmung zu dem Zwecke beantragen, um zu sehen, wer es in der Versammlung ernst meine mit der Trennung der kirchlichen und der politischen Gemeinde. Hiergegen müsse er protestieren, da er sein Ja bei der Abstimmung über die Vorlage nicht so gedeutet sehen möchte. Jedes Mitglied der Versammlung müsse selbst am besten wissen, was sein Ja bei der Abstimmung bedeute, und wenn er sage, es bedeute nicht, daß er die politische und die kirchliche Gemeinde zusammen behalten wolle, so müsse dieses respektiert und das Ja in der Weise anerkannt werden.

Herr Ahmann möchte auf die Äußerungen des Herrn Oberbürgermeisters insoweit eingehen, als dieser gesagt habe, daß jeder, der auf das religiöse und das sittliche Leben Wert lege, auch für die Vorlage stimmen müsse. Diese Äußerung könnte den Anschein erwecken, als ob jeder, der nicht für die Vorlage stimme, auch auf das sittliche Leben keinen Wert lege. Dem gegenüber sei er der Meinung, daß man auch ohne die Kirche sehr wohl sittlich sein und nach allen Regeln der Kunst ein sittliches Leben führen könne, und diejenigen, welche gegen die Vorlage stimmten, deshalb doch auf ein sittliches Leben großen Wert legen könnten. Eine solche Zumutung lehne er für sich und wohl auch für die übrigen Mitglieder der Versammlung, welche gegen die Vorlage stimmen wollten, ab.

Herr Blasius: Der springende Punkt liege bei diesen Verhandlungen für ihn in den letzten Worten des Herrn Oberbürgermeisters: wer für die Hebung des christlich-religiösen Lebens noch Interesse habe und darauf einzuwirken suchen wolle, der müsse die Vorlage annehmen. Es gebe nun in der Versammlung eine Anzahl Mitglieder, die prinzipiell gegen die Vorlage und daher nicht zu über-

zeugen seien; außerdem wünschten aber auch einige andere Mitglieder eine Abschwächung der Vorlage. Die letzteren Herren möchte er bitten, von ihren Bedenken abzusehen und für die Vorlage zu stimmen, denn man werde dem sittlich-religiösen Leben in hiesiger Stadt durch Annahme der Vorlage einen großen Dienst leisten.

Herr Wolff erhält als Referent das Schlußwort: Er sei einigermaßen überrascht gewesen, vom Herrn Oberbürgermeister hier die Erklärung zu hören, er könne nicht anerkennen, daß den städtischen Behörden ein maßgebendes Wort in kirchlichen Sachen nicht zustehen solle. Diese Erklärung stehe im Widerspruche mit den im Jahre 1891 gepflogenen Verhandlungen, bei denen von dem damaligen Referenten ohne Einwand von irgend einer Seite ausdrücklich anerkannt worden sei, daß die Versammlung auf die Bedürfnisfrage eine Einwirkung nicht besitze. Seine persönliche Stellungnahme zu der Sache präzisire er dahin, daß die städtischen Behörden nicht in der Lage seien, eine Verneinung der Bedürfnisfrage auf dem Rechtswege zu erzwingen. (Zustimmung.)

Hieran möchte er persönlich noch eine Bemerkung knüpfen: Wenn die Vorlage zur Annahme gelangen sollte, so möchte er den kirchlichen Organen das Mahnwort zurufen, sich bei weiteren Anforderungen möglichst einzuschränken. Die Sünden der Vorzeit habe man durch Gründung zweier neuen Gemeinden schon weit zu machen gesucht, und wenn heute noch eine dritte neue Gemeinde beschlossen werden sollte, so dürfte es nun aber an der Zeit sein aufzuhören, es möchte sonst Verstimmung auch in gut kirchlichen Kreisen geben.

Die nun folgende Abstimmung ist auf Antrag Jasper eine namentliche. Es stimmten mit Ja die Herren: Blasius, Brückmann, Buchler, Bührmann, Bues, Esdorn, Frühling, Göcke, Hauswaldt, Jüdel, Rathe, Roch, Lange, Böschigt, Meyerhoff, Müller, Nolte, Ribbentrop, Schmidt, Schöttler, Wolff und Wolters. Mit Nein stimmten die Herren Ahmann, Bunge, Günther, Herzberg, Jasper, Lorb, Ohlendorf, Peplies, Riefe, Stegmann, Wesemeier und Wiehle.

Die Magistratsvorlage ist demnach mit 22:12 Stimmen angenommen worden.

II. Eisenbahnprojekt von Celle über Leiferde u. nach Braunschweig.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich gutachtlich über das Projekt einer Eisenbahn von Celle nach Leiferde oder Meinerßen und deren Fortsetzung nach Braunschweig, sowie über die Stellung, welche die hiesige Stadt dazu einzunehmen habe, zu äußern.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Hauswaldt: Von Celle habe man bekanntlich eine Bahn in westnordwestlicher Richtung nach Schwarmstedt gebaut, die bis Bremen durchgeführt werden solle. Diese Bahn

wolle man in südöstlicher Richtung nach Braunschweig weiterführen und sei es fraglich, ob man von Celle aus die Richtung nach Leiferde, bezw. Meinersen einschlagen, oder aber die Bahn in die Gifhorner Strecke einmünden lassen wolle. Es liege nun wohl auf der Hand, daß es für Braunschweig sehr nachteilig sein würde, wenn die Bahn auf Gifhorn zu geführt werden sollte, weil sich der Verkehr dann mehr von hier ablenken würde. Um so größer dürfte dagegen der Vorteil für die hiesige Stadt sein, wenn die Bahn von Celle direkt nach Braunschweig gebaut und uns hierdurch neuer Verkehr zugeführt werden könnte. Ob man die Bahn über Leiferde oder über Meinersen bauen wolle, sei für Braunschweig nicht von solcher Bedeutung, daß man sich heute schon damit zu beschäftigen habe. Die Finanzkommission schlage vor, zu beschließen:

„Es liegt im größten Interesse der Stadt Braunschweig, daß die projektierte Bahn Celle—Leiferde resp. Meinersen nicht in Gifhorn einmündet, sondern im Okerthal bis Braunschweig durchgeführt wird“.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

III. Untersuchung des Wassers der Oker und ihrer Zuflüsse.

Wie der Magistrat mitteilt, wird allgemein angenommen, daß die alljährlich im Spätherbst sich zeigende Verunreinigung des Okerwassers wenn nicht ausschließlich, so doch wesentlich veranlaßt wird durch die Einleitung der Abwässer der oberhalb der Stadt Braunschweig an der Oker resp. ihren Zuflüssen gelegenen Zuckerfabriken, und daß die üblen Folgen dieser Verunreinigung um so nachhaltiger wirken, je länger der Fluß mit Eis bedeckt ist. Im vorigen Winter waren zu der Zeit, als die Versammlung den Magistrat ersuchte, schleunigst Schritte gegen die Verunreinigung des Okerwassers zu tun — Sitzung vom 18. Dezember 1902 — die unliebsamen Erscheinungen, weil inzwischen Tauwetter eingetreten, auch die Kampagne der Zuckerfabriken beendet war, beseitigt und glaubte der Magistrat damals, einstweilen von weiteren Maßnahmen umsomehr Abstand nehmen zu müssen; als der zwingende Beweis dafür, daß die Flußverunreinigung durch die Zuckerfabriken bewirkt werde, bislang nicht erbracht sei und derzeit auch nicht mehr zu führen war. Will die Stadt entsprechende Schritte tun, um die Verunreinigungen zu verhüten, so muß nach der Ansicht des Magistrates zunächst festgestellt werden, welche einzelnen Betriebe verantwortlich sind. Wenn auch die Stadt ihr Leitungswasser nicht mehr aus der Oker entnehme, so habe sie doch ein wesentliches Interesse daran, die übermäßige Verunreinigung des Flußlaufes zu verhindern, weil diese nicht nur aus gesundheitlichen Rücksichten bedenklich erscheine, sondern auch zahlreiche Betriebe, die ihr Wasser der Oker entnehmen, schädige. Neben der Oker komme jetzt auch die Wabe in Betracht, weil die Möglichkeit vor-

liege, daß durch die Verunreinigung dieses Flußlaufes einzelne Brunnen des neuen Wasserwerks gefährdet werden.

Der vorerwähnte Nachweis läßt sich erbringen, wenn während der Kampagne der Zuckerrfabriken die Wabe, die Oker und ihre Zuflüsse eingehend untersucht und insbesondere durch die chemische Untersuchung des Wassers der Ursprung der Verunreinigung festgestellt wird. Die durch eine derartige Untersuchung erwachsenden Kosten sind zu 2500—3000 M. veranschlagt worden. Um Verwilligung dieser Summe wird ersucht.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius gibt die Statutenkommission nach eingehender Beratung der Vorlage Bewilligung der geforderten Summe anheim. Bei den Untersuchungen würde es sich wesentlich um das Flußgebiet der Oker handeln und kämen von den Zuckerrfabriken, die ihre Abwässer der Oker eventuell zuführen könnten, hauptsächlich Hedwigsburg und Bienenburg in Frage. An den östlichen Zuflüssen der Oker würden namentlich in Frage kommen können: a. bei der Altenau die Zuckerrfabriken Wendessen, Dettum und Schöppenstedt I und II; b. bei der Ilse die Zuckerrfabriken Hornburg, Osterwieck und Wasserleben. An einem westlichen Zuflusse der Oker, nämlich dem Thiede bach, sei die Zuckerrfabrik Thiede gelegen. Aus dem Gebiete der Wabe und der Mittelriede würden endlich noch die Zuckerrfabriken Rautheim und Salzdahlum, sowie die Wurstfabrik von Denecke & Himmel zu nennen sein.

Herr Ribbentrop möchte darauf hinweisen, daß die Verunreinigung der Oker in der Hauptsache nicht durch Zuckerrfabriken erfolge, die innerhalb der Landesgrenzen liegen. Wenn die Oker bei Hedwigsburg in das Landesgebiet eintrete, sei sie schon verschmutzt. Im vergangenen Winter hätten auch nicht die Zuckerrfabriken, sondern das Kaliwerk Bienenburg, die Mathildenhütte, die Hütten von Oker, oder ein anderes an der Oker liegendes Werk die Verunreinigung des Flußlaufes bewirkt. Das eine oder andere dieser Werke müsse auch sehr schädigende Abwässer in die Oker eingelassen haben, da der ganze Fischbestand vollständig ruiniert worden sei. Nicht nur eine regelmäßige Beobachtung der Flußläufe halte er für zweckmäßig, sondern eine sofortige Nachforschung nach den Ursachen solcher Vorkommnisse, falls sie eintreten. Die vorjährige Verunreinigung der Oker sei so groß gewesen, daß bei der Mühle in Ohrum Forellen, Karpfen und andere Arten von Fischen, teilweise im Einzelgewichte von 12 bis 14 Pfund, in solcher Menge sich angestaut haben, daß der Müller habe die Schütten ziehen müssen, um die Fische zu beseitigen. Also nicht die Zuckerrfabriken, sondern die oberhalb liegenden chemischen und anderen Fabriken würden ihre schädlichen Abwässer in die Oker entleert haben, so daß er bitten möchte, auch diese Werke zu beobachten.

Herr Lange kann ebenfalls in den Zuckerrfabriken nicht gerade eine Gefahr für die Verunreinigung der Oker erblicken. Eine viel größere Gefahr liege in dem

von dem Kaliwerk Afse der Oker zugeführten Laugenschlamm. Jeder Bruch oder auch nur jede Undichtigkeit an dem Rohre dieses Werkes bilde die allergrößte Gefahr für das hiesige Wasserwerk, indem diese Abwässer viel schlimmer seien, als die Abwässer der Zuckerfabriken, die außerdem bei dem hiesigen Wasserwerk gar nicht in Frage kämen, weil man hierbei nur mit der Wabe und der Mittelriede zu rechnen habe. Darum solle man die Untersuchungen hauptsächlich auf das Kaliwerk Afse und auch auf die neue Straßenanlage bei Gliesmarode ausdehnen, nicht aber immer den armen Zuckerfabriken, die ihre Schuldigkeit tun, zu Leibe gehen wollen.

Herr Blasius: Gegen die Bewilligung der geforderten Summe selbst sei von niemandem etwas vorgebracht worden, sondern man habe sich nur mit der Frage beschäftigt, wer wohl die Verunreinigungen verursache. Er sei der letzte, der nicht auch den Kaliwerken hierbei eine Schuld zuschiebe, wenn er auch glaube, daß die Laugen der beiden in Frage kommenden Werke erst unterhalb der Stadt in den Flußlauf gelangen. Wenn natürlich ein Rohrbruch in der Nähe eines Flußlaufes vorkomme, so könne sehr leicht auch eine Verunreinigung des betreffenden Flusses eintreten. Uebrigens würde das sehr bald zu Tage treten, weil sich sofort erkennen lasse, ob in einen Wasserlauf Kalilauge eingetreten sei. Das große Fischsterben des letzten Winters sei aber durch Einführung organischer Substanzen in den Flußlauf verursacht worden und dürften hierbei wesentlich die Zuckerfabriken, nicht aber die Kaliwerke in Frage kommen. Deshalb müßte jeder Abfluß, der schädlich werden könne, untersucht werden. Wenn die Summe bewilligt und Sachverständigen die Beobachtung und Untersuchung der Wasserläufe übertragen sei, würden auch schon Resultate erzielt werden.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

IV. Erwerb von Flächen zur Frankfurterstraße 11.

Der Malermeister Schmiß hat von seinen Grundstücken zur Regulierung der Frankfurterstraße, des Cyriakrings und der Helenenstraße fünf Teilsflächen im Gesamtumfange von 31,32 a an die Stadt abzutreten. Mit Herrn Schmiß ist nun magistratsseitig ein Vertrag abgeschlossen worden, nach welchem die zur Regulierung der Frankfurterstraße erforderlichen Flächen von zusammen 5,14 a unentgeltlich in das Eigentum der Stadt übergehen, wogegen von dieser die Baukosten der Straßenregulierung getragen werden sollen, während die übrigen Flächen (von 26,18 a) zwar auch vorläufig unentgeltlich, jedoch mit der Maßgabe abgetreten sind, daß ihr demnächst festzustellender Wert auf die den angrenzenden Schmißschen Bauplätzen zur Last fallenden Straßenkosten angerechnet werden. Der Magistrat gibt die Genehmigung des abgeschlossenen Vertrages anheim,

und beschließt die Versammlung diesem Antrage gemäß, nachdem ihn Herr Meyerhoff namens der Baukommission befürwortet hatte.

V. Antrag Böschigt: Ausbau der südlichen Reststrecke der Kramerstraße.

Ueber den in der letzten Sitzung von dem inzwischen verstorbenen Stadtverordneten Ebeling in Gemeinschaft mit Herrn Böschigt gestellten Antrag — Seite 176 des Berichtes — berichtet namens der Baukommission Herr Meyerhoff: Früher habe die Straßenstrecke einen Schlammgraben gebildet, jedoch sei sie jetzt, wie er sich selbst überzeugt habe, soweit als möglich ausgebessert worden. Man habe nicht nur den Schlamm beseitigt, sondern es sei auch rechts und links der Straße ein Abzugsgraben angelegt worden, um die Stagnierung der Abwässer zu verhüten. Dieser Zustand möge für den Winter hingehen, lasse sich aber auf die Dauer nicht aufrecht halten, weshalb die Baukommission vorschlage,

den Magistrat zu ersuchen, den Ausbau der Straßenstrecke in den nächsten jährigen Etat aufzunehmen und sie im nächsten Frühjahr ordnungsmäßig auszubauen.

Die Straße werde viel begangen und müßte dort jedenfalls Abhilfe geschaffen werden.

Herr Böschigt möchte bitten, dem Kommissionsantrage zuzustimmen. Auch die Ebertstraße sei ein Schmerzenskind jener Gegend und ersuche er den Magistrat, noch vor Eintritt des Winters dort Wandel zu schaffen. Eine Beseitigung der bei Regenwetter sich ansammelnden großen Wassermassen lasse sich durch Anlegung von zwei Kanalschächten ermöglichen.

Der Kommissionsantrag gelangt hierauf zur Annahme.

VI. Antrag Böschigt: Erwerb eines Platzes an der Frankfurterstraße.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 176 des Berichtes — ist zurückgezogen worden.

VII. Antrag Lorb: Beseitigung von Straßenbäumen.

Wie Herr Blasius berichtet, hat Herr Lorb den Antrag zurückgezogen, nachdem der Magistrat in der Statutenkommission die Erklärung habe abgeben lassen, daß die andere Hälfte der Bäume im nächsten Jahre nicht gekappt werden solle.

VIII. Verlegung einer projektierten Verbindungsstraße an der Hildesheimerstraße.

Die Braunschweigische Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke & Konegen hat gebeten, den projektierten Straßenzug M. 310a so zu verlegen, daß er deren Grundstück nicht mehr berühre. Unter Anerkennung der von der Firma vorgebrachten Gründe für die Aufhebung eines Teiles des projektierten Straßenzuges empfiehlt das Stadtbauamt dessen Verlegung nach dem von der städtischen Bauverwaltung

vorgelegten Entwürfe I, jedoch mit coupierten Ecken an dem an der Stadtgrenze auf Lehdorfer Gebiete sich hinziehenden Wege. Dem Magistrate erscheint es bei Lage der Umstände unbedenklich und im Hinblick auf den in Frage kommenden großen Fabrikbetrieb gerechtfertigt, den Ortsbauplan nach dem Entwurfe I zu ändern und gibt anheim, dieser Aenderung zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Buchler berichtet, geschieht.

IX. Aenderung des Ortsbauplanes an der Howaldtstraße 11.

Ueber den Zustand der östlichen Teilstrecke der Howaldtstraße sind wiederholt Klagen laut geworden, die einen Ausbau dieses Weges geboten erscheinen lassen. Im Interesse eines geregelten Verkehrs wird dann auch die Verbindungsstraße zwischen dem östlichen Ende der Howaldtstraße und der Giersbergstraße angelegt werden müssen. Die wegen Ausbaues dieser beiden Straßen wiederholt geführten Verhandlungen sind ohne Erfolg geblieben, weil sich die Kosten im Verhältnis zu dem Werte der angrenzenden Bauplätze zu hoch stellten. Der Magistrat hält daher für angezeigt, eine Ermäßigung dieser Kosten dadurch zu erzielen, daß die Breite beider Straßen, die für den durchgehenden Verkehr ohne jede Bedeutung sind, von 14 m auf 10 m ermäßigt werde, wobei jedoch 2 m, bezw. für die Ostseite der Straße № 48, 3 m breite Vorgärten angeordnet werden können.

Der hiernach aufgestellte Teilortsbauplan sieht gleichzeitig die Festlegung einer 13,7 m breiten Verbindungsstraße zwischen Howaldt- und Helmstedterstraße in gerader Fortsetzung der Hochstraße vor. Wenngleich die Herstellung dieses neuen Straßenzuges die Aufwendung nicht unerheblicher Mittel bedingen wird, so hält der Magistrat seine Aufnahme in den Ortsbauplan doch aus Verkehrsrücksichten für geboten; in diesem Falle kann auch von der zurzeit vorgesehenen Verbreiterung der westlichen Teilstrecke der Howaldtstraße Abstand genommen und sie in der jetzigen Breite von 7,40 m beibehalten werden. Die an deren Nordseite schon jetzt vorhandenen Vorgärten würden dann in einer Breite von 3 m beizubehalten sein, während von der Anordnung von Vorgärten auf der Südseite mit Rücksicht auf die geringe Tiefe der westlichen Hälfte des Hildebrandschen Grundstücks Abstand zu nehmen sein möchte. Der Versammlung wird Genehmigung des dieserhalb aufgestellten Teilortsbauplanes anheimgegeben.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Buchler eingehend berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

X. Ankauf eines Grundstücks an der Howaldtstraße.

Die Witwe des Fuhrherrn Ahrens hat sich bereit erklärt, ihr an der Ecke von Hoch- und Howaldtstraße gelegenes, 5,68 a großes Grundstück der Stadt zum

Preise von 11700 M zu überlassen. Da der Ausbau der Hochstraße in Aussicht genommen und zur Straßenverbreiterung eine größere Teilfläche des betr. Grundstücks erforderlich ist, so dürfte sich nach der Ansicht des Magistrates der Ankauf des Grundstücks zu einem annehmbaren Preise empfehlen und zwar umsomehr, als die von der künftigen Straßenflucht durchschnittenen Gebäude auch in dem Falle voll würden bezahlt werden müssen, daß die Stadt lediglich die zur Straßenverbreiterung erforderliche Fläche ankaufen sollte. Mit Rücksicht darauf, daß der Wert des Grundstücks von der städtischen Bauverwaltung zu 11200 M geschätzt worden ist, hält der Magistrat für unbedenklich, die Forderung der Witwe Ahrens zu bewilligen und gibt anheim, dem Ankaufe des Grundstücks zuzustimmen, was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Buchler berichtet, geschieht.

XI. Instandsetzung der Magnikirchstraße.

Von der städtischen Bauverwaltung wird ein die Instandsetzung der Magnikirchstraße betreffendes Projekt vorgelegt, das an Baukosten 4500 M erfordert. Dafür wird beabsichtigt, im Anschluß an die Instandsetzungsart der Friesenstraße, die Fahrbahn mit Asphaltplatten auf Betonklöben und die Fußwege mit einem Belage aus Sandsteinplatten zu befestigen. An der Höhenlage sind Änderungen von Belang nicht vorzunehmen. Der Magistrat beantragt, der Ausführung dieses Projektes unter Bewilligung der erforderlichen Mittel zuzustimmen, welchem Antrage sich Herr Frühling namens der Baukommission anschließt.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

Herr Rathe möchte bei dieser Gelegenheit auf die von ihm schon einmal angeregte Frage des Erwerbes des Magnikirchplatzes zurückkommen und den Magistrat bitten, nach Möglichkeit darauf zu sehen, daß die Stadt in den Besitz dieses Platzes komme, um hier Verhältnisse zu schaffen, die einer Großstadt würdig seien. Der Platz befinde sich jetzt im Privateigentume der Kirche und habe diese nicht nötig, den Anliegern zu gestatten, nach der Platzseite zu Fensteröffnungen in ihren Häusern anzubringen. Sollte nun einmal eins der angrenzenden alten unzeitgemäßen Häuser beseitigt werden müssen, so könnte man erleben, daß an einem öffentlichen Platze der Stadt ein Haus ohne Fenster entstände. Derartigen Verhältnissen müßte aber baldigst abgeholfen werden.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

XII. Instandsetzung eines weiteren Teiles der Kuhstraße.

Unter Vorlegung eines Entwurfs zur Instandsetzung der Kuhstraße zwischen Ritter- und Auguststraße berichtet die städtische Bauverwaltung, daß die Kosten

zu 20 200 M. ermittelt worden seien. Die Befestigung dieser Teilstrecke soll derartig erfolgen, daß die Fahrbahn mit Gabbro-Reihenpflastersteinen I. Sorte auf Grandunterbettung gepflastert wird und die Fußwege in ihrer ganzen Ausdehnung mit einem Belage aus Welpfer Sandsteinplatten versehen werden. Magistratsseitig wird ersucht, der Ausführung des Projectes unter Verwilligung der veranschlagten Kosten zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, auch geschieht.

XIII. Grundsätze für die Befreiung u. vom Schulgelde.

Die Grundsätze, die durch das Regulativ vom 9. November 1880 für die Befreiung vom Schulgelde, sowie für die Bewilligung von Schulgelberlassen und Ermäßigungen bei den verschiedenen städtischen Schulen festgestellt worden sind, haben sich nach der Ansicht des Magistrates im allgemeinen sehr gut bewährt. Gleichwohl erscheint jenes Regulativ in einzelnen Punkten der Ergänzung bezw. Abänderung bedürftig: einerseits mit Rücksicht auf die im Laufe der Zeit hinzugekommenen neuen Arten von Schulanstalten, andererseits im Hinblick auf die abweichenden Bestimmungen, die nach dem Landtagsabschiede vom 7. Dezember 1892 für die Ueberweisung von Staatsmitteln zu den hiesigen Gemeindefchullasten maßgebend geworden sind. — Es kommt hinzu, daß die seitherige Schulgeldbefreiung derjenigen Lehrerkinder, deren Väter an der von ihnen besuchten Schule unterrichten, nach neuerdings stattgehabter Aufbesserung der Besoldungsverhältnisse der städtischen Lehrer als eine nicht ferner gerechtfertigte und somit in Wegfall zu bringende Vergünstigung bezeichnet werden muß. In letzterer Beziehung ist jedoch für billig erachtet, eine Uebergangsbestimmung zu treffen, wonach diese Vergünstigung denjenigen Lehrerkindern, denen sie bereits bewilligt worden ist, noch bis zum Abgange von der betreffenden Lehranstalt gewährt bleiben solle, wie solches auch staatsseitig anläßlich der Feststellung einer neuen Gehaltsordnung für die Gymnasiallehrer bestimmt worden ist.

Daß unter Mitwirkung und im Einverständnisse sämtlicher Schulvorstände einer Umarbeitung unterzogene Regulativ wird der Versammlung mit dem Ersuchen vorgelegt, die aus dieser Umarbeitung hervorgegangenen „Grundsätze“ zu genehmigen.

Namens der Schulkommission berichtet über diese Vorlage Herr Nolte: Die im § 11 des bisherigen Regulativs enthaltene Bestimmung, nach welcher Änderungen an dem Regulativ nur mit Zustimmung der Versammlung erlassen werden können, sei durch die Eingangsbestimmung der „Grundsätze“ überflüssig geworden und daher weggefallen.

Zum § 1 der Grundsätze schlage die Kommission vor, den § 4 mit anzuziehen und daher im Eingange zu sagen: „Die gegenwärtigen Grundsätze beziehen sich,

abgesehen von den Schlußbestimmungen der §§ 4 und 10, nur auf solche Schulkinder,"

Herr Oberbürgermeister Pockels muß sich gegen diese Aenderung erklären und dafür vorschlagen, aus dem § 4 am Schluß die Worte: „sowie über die Bewilligung von Vergünstigungen an ortsfremde Kinder“, lieber fortzulassen, weil diese Worte nicht hierher gehören. Es könnte sonst den Anschein gewinnen, als ob sich der Magistrat bei den Schulgelberlassen an ortsfremde Kinder nach den Grundsätzen zu richten hätte, die bei den Erlassen an einheimische Kinder gegeben seien, was bei den ganz verschiedenartigen Verhältnissen nicht zulässig erscheine.

Herr Nolte glaubt, sich diesem Vorschlage im Namen der Schulkommission anschließen zu können.

Die Versammlung ist mit der Fortlassung einverstanden.

Zum § 3 bringt Herr Nolte einige formelle Aenderungen in Vorschlag. Zunächst ersuche er, im Eingange statt „Erlegung des Schulgeldes . . .“ zu sagen „Entrichtung des Schulgeldes . . .“; ferner statt „die Schule haben aussetzen müssen,“ zu sagen: „die Schule haben versäumen müssen“, und endlich an Stelle von „spätestens am Schluß desselben“ zu setzen: „spätestens bis zum Schluß desselben“.

Die Aenderungen werden bis auf die letzte, welche der Herr Antragsteller zurückzieht, gutgeheißen.

Zum § 5 möchte Herr Schöttler vorschlagen, statt „kann . . . erlassen werden“ zu sagen: „wird . . . erlassen“. Hierin liege ein wesentlicher Unterschied insofern, als bei Annahme der Aenderung den betr. Einwohnern ein Recht auf Schulgelberlaß zustehe, während sie sonst erst darum bitten müßten. Er halte es für besser, das bestimmt auszusprechen, als den Erlaß in das Ermessen der Behörde zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß in Wirklichkeit der Schulgelberlaß allerdings erst auf Antrag gewährt worden sei. Dieses Verfahren habe auch insofern viel für sich, als Ausnahmefälle eintreten könnten, die den Erlaß des Schulgeldes nicht als zweckmäßig erscheinen lassen dürften. So z. B. komme es vor, daß sich ein Kind in der Schule so abscheulich betrage, daß es hinsichtlich des Schulgelberlasses nicht in Betracht komme. Solchen Kindern pflege man die Schulgeldvergünstigung auf ein Vierteljahr nicht zu gewähren, und hiervon unter Angabe des Grundes den Eltern Mitteilung zu machen, was immer eine ganz vorzügliche Wirkung gehabt habe. Er bitte daher, den Wortlaut beizubehalten.

Herr Frühling möchte bitten, den vom Magistrate vorgeschlagenen Wortlaut gutzuheißen, da sonst auch für die Kinder wohlhabender Eltern der Schulgelberlaß eintreten müsse.

Herr Günther kann dem Antrage Schöttler nur zustimmen, da hierin ein Entgegenkommen hinsichtlich der von ihm und seinen Freunden prinzipiell erstrebten Abschaffung des Schulgeldes liege. Den betreffenden Eltern müßte das Schulgeld ohne weiteres und nicht erst auf Antrag erlassen werden. Wünschen möchte er auch, daß so viele Eltern um Erlaß des Schulgeldes beim Magistrate vorstellig würden, daß dieser die vielen Gesuche satt kriegte und beantragte, das Schulgeld allgemein zu erlassen; es würde auf diese Weise das von ihm und seinen Freunden erstrebte Ziel am ersten erreicht werden.

Herr Ribbentrop möchte darauf hinweisen, daß es eine reine Unmöglichkeit sei, einen solchen allgemeinen Schulgelberlaß einzuführen. In Preußen zahle der Staat 280—290 Millionen Mark Zuschuß zu den Schullasten, welcher Zuschuß ins ungemessene gesteigert werden müßte, wenn das Schulgeld ganz fortfallen sollte. Würde man den Forderungen der sozialdemokratischen Partei in diesem Punkte nachkommen und speziell auch den Wunsch Bebels erfüllen, nach dem für je 8—9 Knaben oder Mädchen ein Lehrer gefordert werde, so könne man sich leicht vergegenwärtigen, was für horrenden Summen dann herauskämen. Nach Bebel solle ja auch ein $2\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitstag eingeführt werden. Es sei also ein absolutes Unding, einen allgemeinen Schulgelberlaß durchzuführen.

Herr Schöttler will mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, nach der ein Zurückziehen des Schulgelberlasses unter Umständen gute Folgen gehabt habe, sowie im Vertrauen darauf, daß der Magistrat auch fernerhin von seiner Berechtigung, den Schulgelberlaß zurückzuziehen, nur in diesem Sinne Gebrauch machen werde, seinen Antrag zurückziehen.

Herr Wesemeier nimmt den Antrag wieder auf. Der Erlass des Schulgeldes sei davon abhängig, daß das Kind in der Schule einen Schein vom Lehrer erhalte, der ausgefüllt wieder zurückgebracht werden müsse. Wenn nun ein solches Kind vielleicht zu blöde, oder aber krank geworden sei und den Schein nicht zurückgebe, so gingen die Eltern ohne ihre Schuld der Vergünstigung verlustig.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt.

Zum § 7 beantragt Herr Nolte namens der Schulkommission, nach der Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Schlusse des ersten Satzes folgenden Wortlaut zu geben:

„ . . . und deren Eltern zur Aufbringung des Schulgeldes ohne Gefährdung ihres standesgemäßen Unterhalts nicht wohl imstande sind, bezw. deren eigenes Vermögen hierzu unzulänglich ist“.

Die Versammlung ist mit der Aenderung einverstanden.

Zum § 11 beantragt die Schulkommission eine Aenderung dahingehend, daß dieser Paragraph folgenden Wortlaut erhält:

„Die bisher den Lehrern gewährte Berechtigung, nach welcher denselben für ihre Kinder Befreiung vom Schulgelde an derjenigen Schule zusteht, an welcher sie selbst unterrichten, wird mit Ablauf des 31. März 1906 aufgehoben“.

Der Kommission scheint es richtig, daß diese Berechtigung weg falle, denn weshalb solle ein Lehrer einen Schulgelberlaß genießen, wenn zufällig eines seiner Kinder die Schule besuche, an der er unterrichte. Die Besoldung der Lehrer sei jetzt eine derartige, daß sie das Schulgeld ebenso wie die übrigen städtischen Beamten bezahlen könnten. Eine gewisse Uebergangszeit zu gewähren, halte die Kommission mit dem Magistrat für billig, weil es einer ganzen Anzahl von Lehrern nach ihren Einkommensverhältnissen nicht gleichgültig sein könne, ob sie das Schulgeld für ein oder mehrere Kinder bezahlen oder nicht. Während der Magistrat aber wünsche, daß die Berechtigung denjenigen Kindern, denen sie bereits bewilligt sei, noch bis zum Abgange von der betreffenden Lehranstalt gewährt bleibe, meine die Kommission, daß mit der Sache endlich ein Ende gemacht werden müsse, weil sonst jüngere Lehrer mit geringerem Einkommen die Begünstigung nicht genießen, während ältere Lehrer mit besserem Einkommen sie hätten. Aus diesem Grunde schlage die Kommission vor, den 31. März 1906 als Endtermin anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, diesen Antrag abzulehnen. Wie sei denn die Schulgeldbefreiung der Lehrer überhaupt entstanden? In früheren Zeiten habe der Lehrer kein Gehalt aus der Schulkasse bezogen, sondern die Eltern eines jeden von ihm zu unterrichtenden Kindes hätten ihm einen Taler zahlen müssen, während die Gemeinde nur für die armen Eltern einzutreten brauchte. Diese Verhältnisse hätten sich nun aber vollständig verschoben, indem die Lehrer in feste Gehaltsätze eingerückt seien. Trotzdem habe man sie aber immer noch an der Begünstigung teilnehmen lassen, daß sie für die eigenen Kinder unter Umständen Schulgeld nicht zu zahlen brauchten, obwohl dieses als ein Unrecht gegenüber den sonstigen Steuerpflichtigen und auch gegenüber den Lehrern, die ihre Kinder auf andere städtische Schulen geschickt haben, angesehen werden müsse. Jetzt habe nun auch der Staat Veranlassung genommen, bei Gelegenheit der Aufbesserung der Gehälter der Lehrer an den staatlichen Gymnasien, die Begünstigung fortfallen zu lassen, habe aber dabei eine Bestimmung getroffen, wie sie der Magistrat hier in Vorschlag bringe und wie sie die Schulvorstände in ihrer Gesamtheit empfohlen hätten. Hierfür sei geltend gemacht worden, daß die Lehrer ihre Ausgaben auf den Schulgelberlaß eingerichtet hätten und man ihnen Zeit lassen müsse, den neuen Verhältnissen sich anzubequemen. Wenn z. B. ein Lehrer zwei Töchter auf der höheren Mädchenschule habe und solle nun mit einem Male eine jährliche Mehrausgabe von 240 M. leisten, so würde ihm das höchst unbequem sein. Deshalb

habe sich der Magistrat damit einverstanden erklärt, die bisherige Einrichtung bis dahin bestehen zu lassen, daß das betreffende Kind die Schule verlasse. Wenn die Versammlung hiermit aber nicht einverstanden sein sollte, möchte er bitten, die Vergünstigung vollständig fallen zu lassen, denn was habe es andererseits für einen Zweck, daß ein Schuldirektor mit 8000 M Gehalt oder ein wissenschaftlicher Lehrer mit 6000 M Gehalt, welche zufällig Kinder an ihrer Schule haben, kein Schulgeld zahlen sollen, obwohl sie doch recht gut in der Lage seien, dieses zu bezahlen und andere Beamte in viel ungünstigeren Verhältnissen das Schulgeld auch bezahlen müßten. Er möchte bitten, entweder die Vorlage des Magistrates beizubehalten, oder aber den Schulgelberlaß sofort wegfällen zu lassen.

Herr Südel kann hierzu mitteilen, daß diese Frage bei der Beratung der Gehaltsordnung der staatlichen Lehrer im Landtage eingehend erörtert und sie auf Veranlassung der Lehrer selbst in der schon angedeuteten Weise geregelt worden sei. Man habe bei der Gelegenheit Verhältnisse festgestellt, die ganz darauf zugeschnitten seien, daß Lehrerkinder, welche höhere staatliche Schulen besuchten, auch schulgeldfrei wären. Die Einwendungen, daß diesen Lehrern eine Schulgeldermäßigung auf Grund der Vorlage zugestanden werden könnte, habe man abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß gerade ein Lehrer nicht um solche Ermäßigung einkommen könne. Deshalb möchte er bitten, das dort eingeführte System auch auf die städtischen Lehrer zu übertragen und den § 11 der Grundsätze so stehen zu lassen, wie ihn der Magistrat vorgeschlagen habe; es würde sonst ein Unterschied zwischen den staatlichen und den städtischen Lehrern gemacht werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels will noch darauf hinweisen, daß die Annahme des § 11 nach dem Vorschlage des Magistrates finanziell keine große Bedeutung habe, weil die Zahl der Lehrer, welche Kinder in die Schule schicken, an der sie selbst unterrichten, außerordentlich gering sei. Unter den 400 vorhandenen Lehrern kämen hierbei nur 39 Lehrer in Frage, nämlich 2 an der Oberrealschule, 2 an der höheren Mädchenschule, 1 an der städtischen Mädchenschule, 3 an der Gewerbeschule und die übrigen an den Bürgerschulen. Wenn es demnach auch finanziell nicht viel verschlage, ob ein Beschluß in dieser oder jener Richtung gefaßt werde, so erzeuge der jetzige Zustand doch Verstimmung bei den Lehrern, welche ihre Kinder nicht gerade an der Schule haben können, an der sie selbst unterrichten.

Herr Nolte möchte erwähnen, daß in der Kommission ebenfalls der Antrag gestellt sei, die Vergünstigung sofort aufzuheben, daß man ihn aber abgelehnt habe, weil dessen Durchführung aus familien-finanzpolitischen Rücksichten nicht angängig sei. Wenn aber der Herr Oberbürgermeister erkläre, daß die sofortige Aufhebung der Vergünstigung finanziell kein großes Ergebnis habe, so werde auch die Schulkommission nichts dagegen haben.

Herr G ü n t h e r gibt die Erklärung ab, daß er mit seinen Freunden der Vorlage im großen ganzen zustimme und daran nur auszustellen habe, daß er im Prinzip für den vollständigen Schulgelderlaß sei. Dem Herrn Ribbentrop möchte er bemerken, daß dessen Ausführungen doch wohl recht deplaziert seien, da der Gedanke der Schulgeldfreiheit kein spezifisch sozialdemokratischer sei. In Preußen habe man die Schulgeldfreiheit schon in vielen Städten eingeführt, und wenn sie hier für die mittleren Bürgerschulen gefordert werde, so sei dabei zu bedenken, daß diese Schulen doch auch von Kindern Angehöriger anderer politischer Parteien und nicht nur von Kindern der Sozialdemokraten besucht würden, sodaß nicht nur für Sozialdemokraten Schulgeldfreiheit gefordert werde. Sein und seiner Freunde Bestreben gehe dahin, dem Volke die Bildung allgemein zugänglich zu machen. Da nun auch der Schulzwang existiere, so habe man gewissermaßen die Pflicht, ihm die Schulgeldfreiheit entgegenzustellen, denn wenn man jemand zu etwas zwingt, so müsse man ihm dafür auch etwas bieten. Herrn Ribbentrop möchte er empfehlen, sich nicht fortgesetzt an den Sozialdemokraten zu reiben, weil sonst etwas schärfer gegen ihn vorgegangen werden müßte.

Herr Ribbentrop ersucht, auf die Äußerungen des Herrn G ü n t h e r antworten zu dürfen. Es freue ihn, konstatieren zu können, daß Herr G ü n t h e r in der sozialdemokratischen Literatur nicht bewandert sei. (Heiterkeit.) Dafür wolle er den Beweis erbringen, indem er der Versammlung vorführe, wie der Sozialdemokrat und Diktator der Partei, Bebel, sich diese Sache vorstelle

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß solche akademischen Vorträge nicht hierher gehören, da wohl jedes Mitglied der Versammlung so viel allgemeine Bildung besitze, um jene Sachen zu kennen.

Herr Ribbentrop verzichtet darauf aufs Wort, und schließt sich auch die Versammlung der Anschauung des Herrn Vorsitzenden an.

Herr Esdorn macht darauf aufmerksam, daß bei Annahme des Kommissionsantrages die bis zum 31. März 1906 noch neu in die Schule tretenden Lehrkinder die Vergünstigung des Schulgelderlasses haben würden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der § 11 der Grundsätze nach der Fassung des Magistrates mit 17 : 15 Stimmen abgelehnt und auch die von der Kommission vorgeschlagene Fassung findet in der Versammlung keine Mehrheit.

Herr Jasper will hierbei bemerken, daß aus der Nichtbeteiligung an der Abstimmung nicht geschlossen werden dürfe, daß man gegen beide Anträge sei. (Widerspruch.)

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß daraus ein anderer Schluß doch wohl nicht gezogen werden könne.

Herr Brückmann stellt nunmehr den Antrag, die betreffende Bestimmung mit dem 31. März 1904 ganz aufzuheben.

Herr Nolte bringt darauf folgende Fassung des § 11 in Vorschlag:

„Die bisher den Lehrern gewährte Berechtigung, nach welcher denselben für ihre Kinder Befreiung vom Schulgelde an derjenigen Schule zusteht, an welcher sie selbst unterrichten, wird aufgehoben, mit der Maßgabe jedoch, daß diese Berechtigung denjenigen Kindern, denen sie bereits bewilligt ist, noch bis zum 31. März 1904 zusteht.“

Herr Wiehle ist der Ansicht, daß getrennt hätte abgestimmt werden müssen, da man nicht über die Aufhebung des Schulgelderlasses im allgemeinen, sondern nur über den Zeitpunkt der Aufhebung verschiedener Meinung sei.

Der Antrag des Herrn Nolte wird darauf angenommen.

Ebenso genehmigt die Versammlung die „Grundsätze“ in ihrer Gesamtheit mit den beschlossenen Änderungen.

XIV. Errichtung einer neuen städtischen Realschule.

Die in einem Berichte des Direktors der städtischen Oberrealschule dargelegten Schulverhältnisse führen den Magistrat zu der Ansicht, daß stadtseitig im wohlverstandenen Interesse weiter Kreise der Einwohnerschaft neben der neunstufigen städtischen Oberrealschule und der sechsstufigen lateinlosen Privatanstalt des Dr. Zahn alsbald eine neue lateinlose Schule mit sechs Stufenklassen werde errichtet werden müssen. Immerhin dürfte die Notwendigkeit, mit Errichtung einer solchen neuen Anstalt sofort vorzugehen, noch nicht vollständig nachgewiesen sein, da nach den im Herzogthume, wie auch im Königreiche Preußen geltenden Grundsätzen die Höchstzahl der Realschüler in den drei unteren Klassen 50, in den drei mittleren 40 und in den drei obersten 30 Schüler betragen soll, diese Höchstzahlen aber von der hiesigen Oberrealschule gegenwärtig nur in der Untertertia a, die 41 Schüler zählt, und zwar durch nur einen Schüler überschritten werden, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß sie bei der Untertertia b, sowie bei den beiden Quinten voll erreicht werden.

In Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande erachtet der Magistrat hiernach für richtig, die endgültige Entschliebung über die Errichtung einer neuen Realschule einstweilen noch auszusetzen, dagegen zu Ostern f. F. in dem Falle, daß die Oberrealschule, ohne Ueberschreitung der vorgeschriebenen Höchstzahl der Schüler in den beiden Sexten, die für aufnahmefähig befundenen einheimischen Kinder nicht fassen können, zur Unterbringung einer überschüssigen Mehrzahl von Kindern eine dritte Parallelklasse zu errichten und hiermit im nächstfolgenden Jahre für den Fall des Bedarfs fortzufahren. Sollte alsdann durch Beschreitung dieses Weges das Bedürfnis nach einer selbstständigen neuen Realschule sich klar herausgestellt haben, würde der Zeitpunkt gekommen sein, mit ihrer Gründung vorzugehen und nach Beschaffung eines eigenen Heims für die Schule die inzwischen ein-

gerichteten dritten Parallelklassen aus dem Verbanke der Oberrealschule loszulösen.

Die Annahme des Direktorialberichts, daß zur Gründung einer für notwendig erkannten neuen Realschule mit sechsstufigem Lehrgange der Staat verpflichtet sei, ist übrigens nicht zutreffend, denn die Einrichtung und Unterhaltung von Realanstalten gilt, wie auch vom Herzoglichen Staatsministerium wiederholt hervorgehoben ist, als eine Angelegenheit der betreffenden Gemeinde. Wohl aber wird die Stadt darauf rechnen können, zur Unterhaltung einer neuen, auch auswärtigen Schülern geöffneten Realschule ausgiebige Staatsunterstützung zu empfangen, umsomehr, als durch die im Jahre 1887 erfolgte Umwandlung der früheren städtischen Realschule zweiter Ordnung in eine neunstufige Oberrealschule der Staat für absehbare Zeit der vertragsmäßigen Verpflichtung überhoben worden ist, eine Erweiterung der hier bestehenden staatlichen Gymnasien eintreten zu lassen. (Vergl. Art. 8 des Interimistitum von 1832; Vertrag wegen der Katharinenrealschule vom 6./27. Mai 1865; Art. 20 des Vertrages vom 1./10. August 1858; Art. 16 des Landtagsabschieds vom 11./12. Juni 1874).

Hiernach gelangt der Magistrat zu dem Antrage:

- 1) die Bereitwilligkeit zur Errichtung einer neuen städtischen Realschule mit sechsstufigem Lehrgange grundsätzlich auszusprechen, die endgültige Entscheidung hierüber aber einstweilen auszusetzen; dagegen
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß magistratsseitig im Einvernehmen des Schulvorstandes mit bedarfsmäßiger Errichtung von dritten Parallelklassen der Oberrealschule zu den beiden nächsten Aufnahmetermen vor-gegangen werde.

Namens der Schulkommission berichtet über diese Vorlage Herr Brückmann: Von dem Direktor der Oberrealschule werde in dem vorliegenden Berichte nachgewiesen, daß diese Schule vollständig angefüllt sei und die Errichtung einer sechsstufigen Realschule erforderlich werde. In den letzten zehn Jahren sei bezüglich solcher Realanstalten hier nichts weiter geschehen, als daß die Fahnische höhere Lehranstalt ihre Klassen geteilt habe, weshalb es an der Zeit sein dürfte, in dieser Sache jetzt auch stadtseitig etwas zu tun. Preußen habe in den zehn Jahren aus 55 Realschulen 132 gemacht, woraus zur Genüge hervorgehen dürfte, daß ein Bedürfnis für die Vermehrung solcher Anstalten vorliege. Die weitere Frage, ob die Ueberfüllung der Oberrealschule die städtischen Behörden veranlassen solle, eine Erweiterung dieser Schule vorzunehmen, oder aber eine sechsstufige Realschule zu errichten, werde von Herrn Direktor Wernicke in dem letzteren Sinne bejaht. Von den im Jahre 1896 erfolgten 91 Anmeldungen zur Oberrealschule seien 74 Schüler aufgenommen worden, während im Jahre 1903 130 Anmeldungen vorgelegen haben, von denen nur 85 haben Berücksichtigung finden können.

Hieraus gehe klar hervor, daß die Zahl der in die Anstalt aufgenommenen Kinder nicht in dem Verhältnis zu der Zahl der angemeldeten Kinder gewachsen sei. Man habe eine größere Zahl Kinder zurückgewiesen, um nicht eine Ueberfüllung der Klassen eintreten zu lassen. Die beiden Sexten seien von je 45 Schülern besetzt, die beiden Quinten von je 50, die beiden Quartan von 40 und 41, die beiden Untertertien von 40 und 41, die beiden Obertertien von 29 und 30, die beiden Untersekunden von 29 und 30, die Obersekunda von 34, die Unterprima von 13 und die Oberprima von 21 Schülern. Wenn man berücksichtige, daß die fremden Sprachen jetzt mehr als früher im freien Vortrage geübt werden, so liege es auf der Hand, daß in den Klassen nicht so viele Schüler sitzen dürfen. Die Bürgerschaft wisse auch schon seit vielen Jahren, daß der Andrang zur Oberrealschule stets sehr groß gewesen sei und es immer schwer halte, dort noch ein Kind unterzubringen. Infolge dessen seien schon viele Kinder zum Gymnasium geschickt worden und zwar nicht zum Vortheile ihrer demnächstigen Ausbildung.

Die Schulkommission empfehle aus allen diesen Gründen die Magistratsvorlage zur Annahme und begrüße es mit Freuden, daß hier eine sechsstufige Realschule geschaffen werden solle. Hinsichtlich des Ausdrucks „bedarfsmäßige Errichtung“ habe der Magistrat die Erklärung abgegeben, daß die erforderliche Einrichtung für die neue Klasse, also Ermietung eines Lokales, Anschaffung von Schulsubsellien zc., und die Einstellung der erforderlichen Lehrkräfte sofort stattfinden solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte zur Aufklärung mitteilen, daß der Schulvorstand gekocht habe, die Sache in folgender Weise zu behandeln: Wenn die heutige Vorlage die Genehmigung der Versammlung erhalten sollte, werde der Direktor der Oberrealschule die Aufforderung zur Anmeldung von Schülern zeitiger als bisher ergehen lassen, sodaß sich früher feststellen lasse, ob die neuen Schüler in den vorhandenen Sexten unterzubringen seien, oder ob eine dritte Sexta eingerichtet werden müßte. Sollte letzteres nötig sein, würde man sich nach passenden Mieträumen umsehen und, falls das auf Schwierigkeiten stöße, würde ein Schulpavillon eingerichtet werden. Auf Grund der Dresdener Städteausstellung sei bei dem Schulsenate in Bremen angefragt worden, wie sich solche Pavillons nach der dortigen dreijährigen Erfahrung bewährt haben, worauf eine sehr günstige Antwort eingegangen sei. Daraufhin habe der Schulvorstand beschlossen, die Herren Direktoren Wernicke und Schaarschmidt nach Bremen zu entsenden, um sich an Ort und Stelle über die Brauchbarkeit und zweckmäßigste Art der Behandlung der Pavillons zu informieren. In bezug auf das Schullokal werde man also nicht in Verlegenheit kommen.

Herr Schöttler möchte in bezug hierauf zwei Wünsche vortragen. Zunächst, daß die Einrichtung der untersten Klasse der neuen Realschule heute fest beschlossen werden möchte und nicht noch von besonderen Umständen und Untersuchungen

abhängig gemacht werde. Es unterliege wohl keinem Zweifel, daß die dritte Sexta Ostern notwendig werden würde. Sollte aber dennoch wider Erwarten sich die dritte Sexta als überflüssig herausstellen, so könnte es nur dahin kommen, daß die beiden bisherigen Sexten für ein halbes oder ein ganzes Jahr etwas entlastet würden, was ihnen schon recht gut bekommen dürfte. Deshalb bitte er, die dritte Sexta bestimmt einzurichten. Wenn die Eltern aufgefordert würden, ihre Kinder schon sehr früh zur Realschule anzumelden, so würden sie das vielfach unterlassen und dann vielleicht ihre Jungen an einem späteren Termin zum Realgymnasium oder zum Gymnasium anmelden müssen.

Der zweite Wunsch laufe darauf hinaus, daß er es für richtig halte, die Beschlußfassung über die Errichtung einer neuen Realschule nicht zu weit hinauszuschieben. Man könne wohl abwarten, wie groß der Zudrang zu solcher Anstalt sein werde, aber dann sehe man auch, ob die Anstalt nötig sei oder nicht. Wenn man so lange mit der Errichtung einer selbstständigen Realschule warten wolle, bis sich alle sechs Parallelklassen zur Oberrealschule entwickelt haben, so werde man in einen gewissen Notstand hineinkommen, da der Direktor der Oberrealschule mit seinen 15 Klassen vollständig genug zu tun habe und er nicht noch diese 6 Klassen mit übernehmen könne. Er bitte daher, den nötigen Grund und Boden für die Schule bald auszusuchen und auch den Bauplan festzustellen, damit es im Bedarfsfalle nicht Hals über Kopf gehe. Wenn heute die endgiltige Beschlußfassung ausgeföhrt werden solle, so habe er nichts dagegen, jedoch möchte er den Wunsch geäußert haben, daß sie nicht zu lange Zeit hinausgeschoben werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels will zu dem letzteren Wunsche bemerken, daß die Vorlage demselben bereits entgegenkomme. Man müsse sich vor der endgiltigen Entschließung nur davon überzeugen, ob auch ein dauerndes Bedürfnis zur Errichtung einer Realschule vorliege und glaube der Magistrat dieses beurteilen zu können, sobald die Erfahrungen zweier Jahrgänge vorliegen. Die Vorbereitungen, welche in bezug auf die Unterbringung der Anstalt zu treffen seien, würden übrigens schon vorher in Angriff genommen werden müssen. Weiter könne man indessen unmöglich jetzt schon gehen, da man selbst bei Einrichtung der dritten Klasse noch keine selbstständige Schule schaffen dürfe, wenn man nicht ein Heibengeld für Direktor und Lehrerkollegium ausgeben wolle.

Herr Esdorn kann den Ausführungen des Herrn Schöttler nur zustimmen, da die Sexta der neuen Schule Ostern bestimmt geföhrt werde, wenn jetzt beschloffen würde, mit der Schule Ostern 1904 beginnen zu wollen. Zurzeit seien die Aufnahmebedingungen in der Oberrealschule so scharf, daß viele Eltern ihre Söhne dort gar nicht anmeldeten, weil sie befürchteten, abgewiesen zu werden, und die Kinder lieber der Fahrenschen Lehranstalt zuföhrteten. Wenn man bedenke, daß in den beiden Quinten schon jetzt je 50 Schüler sitzen und daß in den beiden Quartan

einige Schüler sitzen bleiben könnten, so würden die Quartan Ostern mit mehr als 50 Schülern besetzt sein, was zu viel sei. Nicht nur, daß das Schulpensum erledigt werden müsse, sondern der Lehrer habe auch sein Augenmerk auf weniger begabte Schüler zu richten. Deshalb empfehle es sich, zu beschließen, daß Ostern 1904 der Anfang mit der dritten Parallelklasse gemacht werde. Zu der einen Klasse müßten dann noch zwei weitere Räume zugemietet werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu bemerken, daß der Magistrat auf demselben Standpunkte stehe, jedoch vermeiden wolle, eine unnötige Klasse einzurichten, wenn keine Anmeldungen dazu einlaufen sollten. Mit der Bereitstellung des Schullokals allein sei es nicht getan, sondern es gehörten auch Lehrkräfte dazu. Uebrigens werde die Absicht der städtischen Behörden schon durch die heutigen Verhandlungen bekannt, sodaß sich die beteiligten Eltern schon jetzt überlegen könnten, ob sie ihre Söhne der Anstalt zuführen wollen.

Herr Löschigt vermag diese Ansicht nicht ganz zu teilen. Wenn heute nicht etwas positives geschaffen werde, sei die ganze Sache ein zweischneidiges Schwert. Darum trete er dafür ein, heute definitiv zu beschließen, daß Lokal und Inventar beschafft werden. Bis jetzt sei es immer ganz dicht dabei weggegangen, daß die Schulräume ausgereicht haben; es müßte also endlich etwas in der Sache geschehen. Ein um das andere Jahr baue man eine neue Bürgerschule und auch die Oberrealschule würde schon lange voll besetzt gewesen sein, wenn man die Verhältnisse nicht künstlich hingehalten hätte. Außerdem verstehe er nicht, daß die neue Schule noch unter die Leitung des jetzigen Direktors der Oberrealschule kommen solle. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Pockels muß auch dieser Anschauung entgegentreten. Wie er schon vorhin gesagt habe, werde sich der Magistrat in zwei Jahren ein Urteil darüber bilden, ob eine zweite Realschule dauernd nötig sein werde. Die Schule müßte dann eventuell allerdings erst gebaut werden, aber es sei damit noch nicht gesagt worden, daß sie in der Zwischenzeit unter der Leitung des jetzigen Direktors der Oberrealschule bleiben solle. Diese Frage bleibe einer späteren Behandlung überlassen. Im allgemeinen wolle der Magistrat dasselbe, was von den Vorrednern gewünscht worden sei, nur mit der Ausnahme, daß er den Standpunkt einnehme, die Schule nicht errichten zu wollen, falls keine Schüler vorhanden sein sollten.

Herr Löschigt ist der Ueberzeugung, daß dieser Fall nicht eintreten werde. Er glaube, daß binnen zwei Jahren genug Anmeldungen vorliegen werden. Bislang hätten sich viele Einwohner gescheut, ihre Söhne der Oberrealschule zuzuführen, weil sie befürchteten, daß dort kein Platz vorhanden sein würde.

Herr Brückmann glaubt, daß bei einigen Herren ein Mißverständnis insofern vorzuliegen scheine, als sie glauben, die dritte Sexta solle nur unter gewissen

Bedingungen eingerichtet werden. Nach seiner Auffassung werde die sechste Klasse bei Annahme der Vorlage bestimmt eingerichtet, vorausgesetzt natürlich, daß Schüler vorhanden seien, und dann komme der weitere Aufbau der Schule ganz von selbst.

Herr Nolte ist der Meinung, daß der Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters dem Interesse der Stadt allein entspreche und hierdurch auch die Interessen der Eltern genügend gewahrt seien, deren Kinder in der Realschule untergebracht werden sollen. Wenn die Ausschreibung einen genügenden Erfolg habe, werde die dritte Sexta bestimmt eingerichtet. Das dürfte aber vollständig ausreichen und halte er es für überflüssig, zu beschließen, daß die Klasse auf jeden Fall eingerichtet werden solle, auch wenn nicht genug Kinder vorhanden seien. Der Fall sei doch immerhin möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß sich Ostern nicht so viele Kinder melden, um die neue Klasse einrichten zu können. Dem Bedürfnisse werde aber durch Annahme der Magistratsvorlage vollkommen genügt.

Herr Oberbürgermeister Pöckelz möchte noch eins hervorheben: Wenn der Magistrat jetzt an die Oberschulkommission gehen und sagen wolle, es werde beabsichtigt, eine neue Realschule einzurichten und die unterste Klasse Ostern zu eröffnen, so würde die Oberschulkommission zunächst fragen, ob auch Schüler da seien.

Herr Esdorn will nochmals bitten, der definitiven Errichtung der neuen sechsten Klasse schon heute zuzustimmen. Die Oberrealschule habe 1898 = 457 und 1903 = 537 Schüler gehabt, was ein Mehr von 80 Schülern ausmache. Wenn man nun berücksichtige, daß bei der letzten Aufnahmeprüfung von 130 angemeldeten nur 84 Schüler aufgenommen und 46 zurückgewiesen seien, so lasse sich annehmen, daß bei nicht zu scharfen Aufnahmebedingungen nächste Ostern doch wenigstens 100 Schüler zur Aufnahme gelangen würden, welche recht gut auf drei Klassen verteilt werden könnten.

Dem Herrn Vorsitzenden scheint es, als ob es sich um einen Streit um die Form handle. Einige Herren stellten die Sache so dar, als ob der Magistrat die Einrichtung der neuen Klasse nur geschoben betreiben wolle, obwohl er die beste Absicht habe, die Sache zu fördern. Da bei Annahme der Magistratsvorlage daselbe erreicht werde, als bei Annahme eines anderen Antrages, so bitte er, von weiteren Anträgen ganz Abstand zu nehmen.

Herr Rieke tritt ebenfalls für Annahme der Magistratsvorlage ein. Wenn sich genug Schüler fänden, lasse sich ein Schulzimmer bald beschaffen und auch ein Lehrer, sowie die Schulsesselien würden dann bald zur Stelle sein. Wollte man aber erst einen Bauplatz suchen für ein neues Schulgebäude, so würde die Sache langweilig werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage einstimmig angenommen.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz wieder.

XV. Gesuch um Verschärfung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften für Warenhäuser.

Der Vorstand des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Ortsgruppe Braunschweig, ist bei der Versammlung vorstellig geworden, dafür einzutreten, daß seitens der Herzoglichen Polizeidirektion eine sofortige Prüfung der Vorschriften der Bau- und Feuerpolizei für die Warenhäuser vorgenommen werde und im Interesse der Angestellten und Besucher diese Vorschriften zur Erzielung einer größeren Sicherung vor Feuergefahr ergänzt werden.

Der Herr Vorsitzende hält es für richtig, die Eingabe zunächst der Baukommission zur Vorberatung zu überweisen. Früher seien diese Verhältnisse hier schon wiederholt besprochen worden und haben die zuständigen Behörden, veranlaßt durch die hier gemachten traurigen Erfahrungen, auch schon Sicherungsmaßregeln getroffen, jedoch wisse man nicht, ob dieselben als ausreichend zu erachten seien.

XVI. Kanalisierung eines Teiles der Maschstraße.

Vor dem Ausbau der Maschstraße ist es erforderlich, die Strecke zwischen der Gellerstraße und dem Grundstücke *M. ass. 4307* noch mit einem Kanale zu belegen. Unter Ueberreichung eines entsprechenden Projektes gibt der Magistrat anheim, die erforderlichen Kosten mit 1200 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, geschieht.

XVII. Uebernahme der Unterhaltungskosten der verlängerten Kramerstraße etc.

Wegen des Ausbaues der Schöttler- und der Kramerstraße zwischen Bergfeld- und Schöttlerstraße ist am 19. Mai 1896 mit fünf Anliegern ein notarieller Vertrag abgeschlossen worden, in welchem den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt worden ist, die Kosten für Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der beiden Straßen und die Kosten der Abfuhr des Hauskehrichts während der Dauer von zehn Jahren zu tragen. Diese zehn Jahre werden am 1. April 1909 verstrichen sein. Während die Kosten für Beleuchtung mit jährlich 350 M und für die Müllabfuhr mit jährlich 240 M bis zum 1. April 1903 regelmäßig gezahlt worden sind, hat eine Berichtigung der Kosten für Reinigung und Unterhaltung der Straßen bislang nicht stattgefunden, und zwar der Unterhaltungskosten deshalb nicht, weil solche bislang nicht erwachsen sind. Die Reinigungskosten sind dagegen mit 500 M für die beiden Jahre 1901—1903 rückständig und bislang nicht eingezogen, weil die Unternehmer Lippelt, Wopel und Wolters gebeten haben, ihnen nicht nur diese

Kosten zu erlassen, sondern auch die sämtlichen übrigen Unterhaltungskosten vom 1. April 1903 an stadtseitig zu übernehmen, nachdem die beiden anderen Unternehmer durch Tod, bezw. durch Abkommen ausgeschieden seien und sich auch ergeben habe, daß das Unternehmen keinen Gewinn abgeworfen habe. Nach Ablehnung dieses Antrages seitens des Magistrates haben sich die vorgenannten drei Unternehmer erboten, der Stadt verschiedene, zusammen 7889,35 M. betragende Summen zu überweisen, falls sie dann bereit sei, dem Wunsche der Unternehmer zu willfahren. Unter eingehender Begründung ersucht der Magistrat, diesem Abkommen zuzustimmen, was geschieht, nachdem Herr Wolters den Antrag namens der Finanzkommission befürwortet hatte.

XVIII. Aspirationsanlage für die Neustadtmühle.

Es hat sich als erforderlich herausgestellt, in der Neustadtmühle eine Aspirationsanlage für vier Mühlengänge herzustellen zur Erreichung eines besseren Mahlgutes, sowie zur Schonung der Mahlgangsbütten und Elevatoren. Dem Antrage des Magistrates, die Einrichtung zu genehmigen und die Ausführungskosten mit 1975 M. zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet, zu.

XIX. Rechnungsabschlüsse der Rämmereikasse u. für 1902/03.

Auf Antrag der Finanzkommission, für die Herr Südel berichtet, wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt, um für diese umfangreiche und interessante Vorlage den Mitgliedern der Versammlung noch einige Zeit zur Durchsicht zu lassen.

XX. Änderungen des Entwurfs eines neuen Ortsbaustatuts.

Auch dieser Gegenstand wird, wie schon berichtet, auf Antrag des Herrn Meyerhoff — Seite 180/181 des Berichtes — von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

XXI. Verlegung eines Wasserrohres von der Leonhardstraße bis zur Ackerstraße.

Die Wasserversorgung des östlichen Teiles der Helmstedterstraße, der Ackerstraße und des Zentralfriedhofes, sowie in den gegenüberliegenden Häusern ist eine so mangelhafte, daß sie bei größerer Wasserentnahme versagt. Um diesem Uebelstande abzuhelpfen, hat die Direktion der Licht- und Wasserwerke zwei Projekte ausgearbeitet. Nach dem einen Projekte wird die Verlegung eines 250 mm weiten Wasserrohres vom Altewiekringe in der Helmstedterstraße bis zur Ackerstraße mit

einem Kostenaufwande von 17497 M vorgesehen. Bei Ausführung dieses Projektes würde es aber über kurz oder lang erforderlich werden, ein 800 m langes und 100 mm weites Rohr von der Leonhardstraße über den Leonhardplatz durch die Wörthstraße nach der Helmstedterstraße zu verlegen, wodurch weitere 6910 M Kosten entstehen würden. Das andere Projekt sieht ein 1120 m langes und 250 mm weites Rohr von der Leonhardstraße über den Leonhardplatz durch die Wörth- und Helmstedterstraße bis zur Ackerstraße vor, das 20612 M kosten würde. Mit Rücksicht auf die um 3795 M geringeren Kosten gibt der Magistrat anheim, der Ausführung des zweiten Projektes zuzustimmen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 20612 M zu bewilligen.

Der Vorlage wird auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, zugestimmt.

XXII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Der Fabrikant Paul Becker wendet sich beschwerdeführend an die Versammlung und ersucht, ihm nicht nur die Hundesteuer für einen bis Anfang Juli gehaltenen Hund zurückzuerstatten, sondern auch die Strafe von 5 M wegen nicht rechtzeitiger Zahlung der Steuer zu erlassen. Er habe den Hund seit August 1902, also noch nicht ein Jahr gehabt.

Wie der Herr Vorsitzende ausführt, seien solche Gesuche stets abgelehnt worden, soweit es sich um Wachhunde handle, die innerhalb des Nachtwächterbeganges gehalten würden. Der weiter angeführte Grund, daß der Hund sich noch nicht ein Jahr im Besitze des Beschwerdeführers befunden habe und daher auch nur für ein Jahr die Steuer zu erheben gewesen sei, erscheine ebenfalls nicht stichhaltig, weil die Steuer stets für das Finanzjahr im voraus erhoben werde, und Rückzahlungen nicht stattfänden. Zum Erlaß der verwirkten Polizeistrafe endlich sei die Versammlung nicht kompetent. Er gebe anheim, die Eingabe zu verwerfen, was auch geschieht.

Von den weiter vorliegenden Anträgen auf Erlaß der Hundesteuer werden die Gesuche des Invaliden Boffe und der Ehefrau Schröder auf Erlaß der Steuer für einen Ziehhund genehmigt, dagegen die Gesuche des Holzhändlers Sazinger, des Schuhmachermeisters Ulrich und der unverehelichten Klara Waßmann um Erlaß, bezw. Ermäßigung der Steuer für Wach- bezw. Zwingelhunde abgelehnt.

XXIII. Antrag Pöplies: Ueberbrückung einer Gasse.

Zur Begründung des Antrages:

„Der Magistrat wird ersucht, vor dem Zugange zur Markthalle in der Reichenstraße die Gasse überbrücken zu lassen“,

führt Herr Beplies aus, daß die Leute, welche etwas eilig aus der Markthalle kommen und nach der Kröppelstraße zu eilen, leicht fallen könnten, sodaß es sich empfehle, an der betreffenden Stelle die Gasse überbrücken zu lassen.

Herr Stadtrat Haake sagt namens des Magistrates Abhilfe zu, womit der Antrag als erledigt angesehen wird.

XXIV. Antrag Wiehle: Anbringung eines Unfallmelders am Schlachthause.

Der Antrag:

„Der Magistrat möge veranlassen, daß am städtischen Schlachthause ein Unfallmelder angebracht werde“,

wird von Herrn Wiehle folgendermaßen begründet: Die Veranlassung zu dem Antrage gipfete in einem traurigen Vorkommnisse, das sich am Montag im Schlachthause abgespielt habe. An diesem Tage sei vor Eröffnung des Telephonbetriebes ein Beamter des städtischen Schlachthauses von einem Schlaganfalle betroffen. Man habe den Mann in ein Zimmer gebracht, aber niemand habe es für notwendig gehalten, eine Droschke herbeizurufen, sondern es sei an einen Schlachter das Anfinnen gestellt worden, auf seinem Wagen den Kranken nach der Wohnung zu schaffen. So habe denn der Mann wohl länger als eine Stunde auf dem Stuhle gesessen und es sei ihm das Wasser aus dem Munde gelaufen. Einige Leute glaubten, er litte an einem Schlaganfalle, andere bezweifelten es. Am Mittage sei er dann in seiner Wohnung verschieden. Wäre nun ein Unfallmelder am Schlachthause gewesen, so würde man wohl sofort den Sanitätswagen geholt haben, was leider unterblieben sei. Da gerade im Schlachthause sehr leicht Unfälle vorkommen könnten, so empfehle es sich, dort einen Unfallmelder anzubringen.

Herr Stadtrat Meyer möchte, ohne sich gegen den Antrag wenden zu wollen, erklären, daß ein Unfallmelder am Schlachthause nicht mehr leisten würde, als die schon vorhandene Verbindung zwischen dem Schlachthause und der Sanitätswache mittels Telephons, durch welche der Sanitätswagen jeden Augenblick herbeigeht werden könne. Im übrigen sei der Unfall nicht am Montag, sondern schon am Sonnabend passiert. Weshalb man den Sanitätswagen nicht durch Telephon angefordert habe, sei ihm nicht bekannt geworden. Des Nachts brauche man eine Verbindung nicht, weil dann der Betrieb im Schlachthause ruhe.

Herr Böschigt will darauf hinweisen, daß es sich nur um die Anbringung eines Unfallmeldefastens zu handeln scheine, da der Leitungsdraht wohl schon vorhanden sei.

Herr Nolte möchte Herrn Stadtrat Meyer gegenüber darauf aufmerksam machen, daß der Telephonbetrieb erst um 8 Uhr morgens beginne, während der Betrieb im Schlachthause erheblich früher eröffnet werde.

Herr Stadtrat Meyer erwidert, daß sich auch eine Nachtverbindung am Telephon herstellen lasse. Da nun bei Eröffnung des Betriebes im Schlachthause stets ein Beamter im Zimmer anwesend sei, so lasse sich auch jeden Augenblick das Telephon benutzen.

Herr Wiehle ist mit dieser Anregung zufriedengestellt und zieht den Antrag zurück.

XXV. Antrag Bues: Beschaffung eines Leichenwagens.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die jetzige Beförderung von Verunglückten (Leichen) aufzuheben und einen hierzu geeigneten Wagen anzuschaffen, der von derselben Stelle aus wie der Sanitätswagen angefordert werden kann.“

Zur Begründung führt Herr Bues aus, daß ihm der traurige Unfall, bei dem ein 14jähriges Mädchen durch Ueberfahren mittels eines Straßenbahnwagens den Tod gefunden habe, Veranlassung zu dem Antrage gegeben habe. Als das Kind an einem Sonntag Nachmittag auf der Wolfenbüttlerstraße übergefahren sei, habe es noch Zuckungen von sich gegeben, worauf der Sanitätswagen requiriert worden sei. Bei dem Eintreffen des Wagens sei das Kind aber schon tot gewesen, weshalb der Transport nicht habe stattfinden können. Mehr als zwei Stunden habe es aber gedauert, bis die Totenleute aus dem städtischen Krankenhause gekommen seien, um die Leiche abzuholen. Jedenfalls sei es einer Stadt wie Braunschweig nicht würdig, wenn an einem Sonntag Nachmittage drei alte Leute einen Korbwagen mit einer Leiche durch die Stadt ziehen, und dürfte es wohl am Platze sein, zu solchem Zwecke einen geeigneteren Wagen anzuschaffen, mit dem sich der Transport durch Pferdekraft schneller bewirken lasse.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXVI. Antrag Rathe: Ueberweisung des Entwurfs der Aenderungen zum Ortsbaustatut an hiesige Korporationen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wird ersucht, die Beratung der Aenderungen des Entwurfs zum neuen Ortsbaustatut, welchem durch den neuen § 38a tief einschneidende, erschwerende und für die Innenstadt beinahe unausführbare Bestimmungen hinzugefügt sind, von der Tagesordnung abzusetzen und den Magistrat zu ersuchen, den außerhalb der Versammlung stehenden sachverständigen Korporationen, die schon an der Vorberatung des ersten Entwurfs mitgewirkt haben, die aus Anlaß des Ministerial-

reskripts vom 6. Juni 1903 vorgeschlagenen Abänderungen zur Nachprüfung und Begutachtung zu übergeben“.

Wie Herr Rathe, den Antrag begründend, ausführt, habe die Versammlung dem ersten Teile bereits entsprochen, sodaß es sich nur noch um den letzten Teil des Antrages handle. Den schwerwiegenden Inhalt des neuen § 38 a habe beispielsweise nicht gleich jeder Laie erkannt, während Fachmänner dessen Bedeutung sofort herausgefunden haben. Zurzeit dürfe man $\frac{3}{4}$ eines Grundstücks bebauen, jedoch bezwecke die neue Bestimmung, den bebauungsfähigen Teil auf die Hälfte des Grundstücks herabzusetzen. Wenn man solche erschwerenden und schädigenden Bestimmungen in das Ortsbaustatut aufnehmen wolle, so würde es seiner Ansicht nach richtiger sein, gleich im § 1 des Ortsbaustatuts zu sagen: „Auf kleineren Grundstücken unter 1000 qm ist das Bauen in der Innenstadt verboten, in der Außenstadt aber wird es nach Möglichkeit erschwert.“ (Heiterkeit.) Es empfehle sich, zur Vorberatung der Änderungen Sachverständige zuzuziehen, um brauchbare Bestimmungen zu bekommen. Gleichzeitig beantrage er sofortige Beratung des Antrages.

Der genügend unterstützte Antrag wird zur sofortigen Beratung gestellt.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung) hält es für unmöglich, schon heute in eine Beratung der ganzen Materie einzutreten, aus der Herr Rathe nur den § 38 a herausgegriffen habe.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß das auch nicht beabsichtigt werde.

Herr Schöttler ist der Ansicht, daß bei Beschreitung des von Herrn Rathe angeregten Weges die Vorberatung des Entwurfes sehr lange dauern werde. Ein einfacheres Verfahren führe zu dem gleichen Ziele, nämlich, wie bei der Vorberatung vor zwei Jahren, die Statutenkommission entsprechend zu verstärken. Wenn man z. B. die Herren Göcke und Niele zu diesem Zwecke noch in die Statutenkommission abordine, so seien darin Vertreter genug, die den Standpunkt der einen und der anderen Seite wahren könnten.

Herr Wesemeier muß es für selbstverständlich halten, daß bei Annahme des Ratheschen Antrages auch den Arbeiterorganisationen Gelegenheit gegeben werde, sich über den Entwurf zu äußern, da diese doch ein ganz wesentliches Interesse daran haben.

Herr Böschigt hält es bei solcher Sachlage für erforderlich, daß der Entwurf auch den Besitzern von Fabrikanlagen, den Restaurateuren, den Grundbesitzern u. zugehe, denn was dem einen recht, sei dem andern billig.

Herr Wolff bringt in Vorschlag, auch Herrn Frühling der Statutenkommission beizugeben.

Herr Frühling möchte empfehlen, die Sache nicht allzu lange hinzuziehen. Durch Erlaß der Bauordnung seien hier Verhältnisse geschaffen, die sehr betrüb-

licher Art seien und denen durch endliche Fertigstellung des Ortsbaustatuts abgeholfen werden müsse. Er möchte sich daher dem Vorschlage des Herrn Schöttler anschließen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf hinweisen, daß noch ein Umstand dafür spreche, die Sache möglichst zu beschleunigen. Die ganzen Städte des Herzogtums warteten auf die endliche Fertigstellung des Statuts und hätten dringend um Beschleunigung gebeten. Wenn der Statutenkommission die Baukommission angegliedert würde, so sei eine genügende Vertretung von Sachverständigen vorhanden. Den Korporationen lasse sich auch nicht vorschreiben, die Durchberatung schnell zu erledigen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Vorberatung des Entwurfes der vereinigten Statuten- und Baukommission übertragen werde.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 8 Uhr.

1903|1904.

№ 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. November 1903.

Tagesordnung:

I.	Änderungen des Entwurfs eines neuen Ortsbaustatuts	Seite 224
II.	Gesuch um Verschärfung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften für Warenhäuser	" 224
III.	Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	" 228
IV.	Erwerb einer Fläche zur Schuhstraße	" 243
V.	Aufstellung von Laternen auf der Goslarischenstraße	" 244
VI.	Antrag Bues: Beschaffung eines Leichenwagens	" 244
VII.	Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Sidonienstraße	" 246
VIII.	Einrichtung einer Oberklasse für die 4. Mädchenschule	" 248
IX.	Ortsbauplan für ehemalige Grundflächen der Feldmark Ribbaggshausen	" 248
X.	Vergleichsvorschlag in der Klagesache gegen Finte	" 248
XI.	Einsprachen gegen den Ortsbauplan an der Masch	" 249
XII.	Antrag Löschigk: Freihaltung eines Platzes auf den Straßenbahnwagen	" 251
XIII.	Antrag Ahmann und Gen.: Errichtung einer Bedürfnisanstalt	" 251
XIV.	Antrag Löschigk: Verkehr auf der Straßenbahnlinie nach dem Zentral- friedhofe	" 251
XV.	Antrag Bunge: Ausbau von Terrain am Altstadtringe	" 252
XVI.	Antrag Löschigk: Belegung von Fußwegen mit Platten	" 253
XVII.	Anfrage Brückmann: Haushaltsungsunterricht an den unteren Bürger- schulen	" 253

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Blasius und Lupprian.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst den Eingang folgender Sachen bekannt:

- 1) Einladung des Männer-Turnvereins zur Feier seines 43jährigen Bestehens;
- 2) Eingabe des Architekten Ad. Reiners, welcher bittet, die Verbreiterung der Schuhstraße bald ins Auge zu fassen, da sie jetzt „die reine Menschenfalle“ bilde.

Beide Eingaben werden zur Einsichtnahme ausgelegt.

Hierauf geht die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung über.

I. Aenderungen des Entwurfs eines neuen Ortsbaustatuts.

Die Vorlage wird, weil noch nicht ausreichend vorberaten, zurückgestellt.

II. Gesuch um Verschärfung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften für Warenhäuser.

Wie schon in dem Berichte über die letzte Sitzung mitgeteilt worden (Seite 216), hat der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Braunschweig, eine Eingabe an die Versammlung gerichtet, nach der die vielfachen Brände größerer Warenhäuser gezeigt haben, welche Gefahren diese Häuser sowohl für die darin Angestellten, als auch für die Warenhausbesucher in sich bergen. Angesichts dieser Vorgänge erheische es die öffentliche Sicherheit gebieterisch, Untersuchungen darüber anzustellen, ob die in bau- und feuerpolizeilicher Hinsicht für die Warenhäuser erlassenen Vorschriften den Besuchern und Angestellten dieser Häuser einen ausreichenden Schutz vor Feuergefahr verbürgen. So werde es z. B. für erforderlich gehalten, die Warenhausinhaber zu verpflichten, zwischen die einzelnen Stockwerke feuersichere Decken zu bauen, das Treppenhaus feuersicher auszubauen und den Ausgängen eine genügende Breite zu geben. Vielfach seien die Gänge und auch die Ein- und Ausgänge durch aufgestapelte Waren für den freien Verkehr bis auf ein Mindestmaß verengt, was verboten werden müßte. Eine feuersichere Abtrennung der bis zum Keller herabreichenden Schaufenster erscheine ebenfalls notwendig, auch müßte die Herstellung von ausreichenden Treppenausgängen verlangt werden. — Schließlich wird die Versammlung gebeten, dafür einzutreten, daß seitens der Herzoglichen Polizeidirektion eine sofortige Prüfung der Vorschriften der Bau- und

Feuerpolizei für die Warenhäuser vorgenommen werde und diese Vorschriften in der angeedeuteten Weise eine Ergänzung erfahren.

Die Eingabe ist von der Baukommission, in deren Namen Herr Frühling berichtet, vorberaten worden. In der Kommission habe man allgemein anerkannt, daß bei den Warenhäusern schwere Gefahren vorliegen und es daher dringend notwendig sei, bei der Konzessionierung solcher Bauten mit Vorsicht und Sorgfalt zu verfahren. Andererseits sei aber auch festgestellt worden, daß diese Materie bereits gesetzlich geregelt worden sei. Das Landesgesetz, betreffend Abänderung und Ergänzung der Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 13. März 1899, d. d. Blankenburg, den 27. Oktober 1899, enthalte nämlich im Artikel 8 folgende Bestimmung:

„Durch Statut oder im Verwaltungswege, eventuell durch die zuständige Behörde, können über Konstruktion von Theatern, Schulen, Fabriken, Warenhäusern und sonstigen Gebäuden, welche Versammlungsräume für größere Menschenmengen enthalten, oder in denen gleichzeitig eine größere Anzahl von Personen zu verkehren pflegt, im Interesse der Sicherheit die erforderlichen besonderen Vorschriften erlassen werden. Erfolgen diese Vorschriften durch Statut oder im Verwaltungswege, so kann dabei bestimmt werden, daß und inwieweit dieselben auf bereits bestehende Gebäude Anwendung zu finden haben“.

Hiernach habe aber das Stadtbauamt die Befugnis erhalten, die Bestimmungen zu fixieren, welche für den Bau solcher Gebäude maßgebend sein sollen. Bei der Handhabung dieser Bestimmungen werde wenigstens dem Sinne nach bereits alles beachtet, was der Handlungsgehilfen-Verband wünsche, sodaß nach dieser Richtung hin die Eingabe entfalle. Die Kommission halte es indessen für notwendig, daß nicht nur die baulichen Bestimmungen fixiert, sondern die Warenhäuser auch in bezug auf ihre Feuericherheit überwacht werden, damit z. B. die Gänge nicht mit Waren zugesezt werden, auch die Beleuchtungseinrichtungen in Ordnung seien, die Nottreppen benutzt werden können zc.

Es werde deshalb der Versammlung empfohlen, über die Eingabe des Verbandes an sich zur Tagesordnung überzugehen, aber den Magistrat zu bitten, Schritte zu tun, damit Bestimmungen zur polizeilichen Ueberwachung solcher feuergefährlichen Betriebe getroffen werden.

Herr Esdorn ist erfreut, daß die Kommission empfehle, eine Ueberwachung der Warenhäuser eintreten zu lassen. Wenn man den Neubau von Tieß betrachte, so müsse man ihn allerdings mit dem Architekten Reiners für eine Menschenfalle erklären, da beim Ausbruche eines Brandes ein namenloses Unglück entstehen würde. Vor sechs Jahren habe man gesehen, wie bei Karstadt sechs Menschen

umgekommen seien und der Brand des Warenhauses in Budapest habe noch mehr Opfer gefordert. Auch in dem Warenhause von Kloppe seien alle Stagen in Benutzung genommen und in der vierten Etage müßten sogar noch Näherinnen und Buchhalter arbeiten, welche bei dem Ausbruche eines Brandes alle unrettbar verloren sein würden. Wenn man genügende Vorschriften in bezug auf den Bau von Warenhäusern habe, so sei der Not doch schon in etwas abgeholfen. Er habe sich die in Hamburg, in Bayern &c. geltenden Bestimmungen kommen lassen, und werde hierauf vielleicht später noch einmal zurückkommen, denn man müßte Extrabestimmungen für Warenhäuser und andere große Geschäftshäuser schaffen. In anderen Staaten werde schon jetzt vorgeschrieben, daß die Ausgänge, die Treppenaufgänge &c. nicht behängt werden dürfen, auch besitze man dort Vorschriften für die Aufbewahrung des Feuerungsmateriales &c. Bei Frank in der Schuhstraße solle z. B. alles voll von Kisten und Papierabfällen liegen, was doch nicht angängig sei. Diese feuergefährlichen Sachen müßten allabendlich weggeräumt werden, weil bei dem Ausbruche eines Brandes Angestellte und Käufer der größten Gefahr ausgesetzt seien. Darum möchte er befürworten, daß der Magistrat bei der Polizei die energischsten Schritte in der angedeuteten Richtung tue. Es handle sich hierbei aber nicht allein um Warenhäuser, sondern auch um andere ähnliche Geschäftshäuser, die man als Menschenfallen ansehen könne.

Herr Niese: Die Petition habe auf den ersten Blick den Anschein erweckt, als ob sie ausschließlich gegen die Warenhäuser gerichtet gewesen sei und habe für ihn dadurch einen etwas seltsamen Beigeschmack erhalten. Bei dem Bau des Tiefschen Warenhauses habe man schon alles gefordert, was möglich gewesen sei. Außerdem habe Herr Stadtbaumeister Röttcher die bei den bisherigen Warenhausbränden gesammelten Erfahrungen zusammengestellt und dem Herzoglichen Staatsministerium unterbreitet. In der Bauordnung seien hierfür keine besonderen Bestimmungen vorgesehen, weil für derartige Gebäude Sonderbestimmungen ausgearbeitet werden sollen. Hierbei müsse auch erwähnt werden, daß es auf manchen großen Fabriken mit ihren ungeheuren Modelllagern noch viel schlimmer, als in Warenhäusern aussehe, ebenso in großen Geschäftshäusern, wie bei Witting, Langerfeldt &c. Der Hauptwert liege hier in einer ständigen Kontrolle. So z. B. sei dem Inhaber des Sackellers aufgegeben worden, zwei Eingänge freizulassen und trotzdem könne man sehen, daß der eine Eingang stets verbarrikadiert sei. Sofern nicht wenigstens alle Monat eine Kontrolle darüber stattfinde, daß die gegebenen Vorschriften innegehalten werden, habe es gar keinen Zweck. Wenn z. B. die eisernen Türen stets geschlossen gehalten werden sollen, könne man versichert sein, daß sie bei einem Brande offenstehen. Aber nicht nur auf Warenhäuser, sondern auf alle ähnlichen Institute müßten die Bestimmungen ausgedehnt werden.

Herr Wolters möchte bemerken, daß ihm der Vorwurf des Herrn Esdorn, nach welchem eine schärfere Handhabung der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen gewünscht werde, neu sei, da bislang meistens über eine zu scharfe Handhabung dieser Bestimmungen durch das Stadtbauamt geklagt worden sei. In dieser Beziehung könne er aber versichern, daß das Stadtbauamt alles tue, was sich von ihm erwarten lasse, und könnte sich Herr Esdorn einmal persönlich überzeugen, wie sorgfältig man im Stadtbauamte verfare. Gerade bei diesen Bauten werde vom Stadtbauamte alles genau durchgeprüft, sodaß in der Beziehung ein Vorwurf nicht erhoben werden könne.

Herr Meyerhoff will zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht praktisch sein dürfte, sich in diesem Punkte dem bayerischen und dem württembergischen Vorgehen anzuschließen. In Bayern habe man z. B. verboten, die Verkaufsräume höher als in das erste Geschoß zu verlegen. Wenn ein Geschäft seine Waren nicht im Erdgeschoße und im ersten Stocke unterbringen könne, so müsse es für sein Grundstück eine größere Grundfläche anschaffen. Eine solche Verordnung habe mehr auf sich, als die ganzen feuerpolizeilichen Vorschriften. Bei unseren großen Magazinen werde eine Erstickungsgefahr für die in den oberen Räumen befindlichen Personen stets vorhanden sein, noch dazu, wenn ein solches Gebäude nur einen oder zwei Ausgänge nach der Straße hin habe. Deshalb solle man sich den bayerischen Bestimmungen anschließen und ein für alle Mal verbieten, daß Verkaufsräume höher als in das erste Geschoß gelegt werden dürfen. Wenn man sich hierauf einige, werde man die meisten Uebelstände beseitigt haben.

Herr Esdorn möchte Herrn Wolters erwidern, daß er die Vorschriften der Bauordnung wohl kenne und auch wisse, daß sie scharf gehandhabt werden. Wenn sich die Warenhäuser über solche Handhabung beschwerten, so könne er ihnen das nicht verdenken. Bei dem Karstadtischen Brande habe man üble Erfahrungen genug gemacht und hoffe er nur, daß heute bei solchen Neubauten besser aufgepaßt werde als damals, wo die Zeichnungen ebenfalls eingereicht und genehmigt worden seien. Es liege aber wohl auf der Hand, daß sich heute dasselbe wiederholen könne, wie man es damals erlebt habe. Vor allen Dingen müßte auch darauf hingewirkt werden, daß die Näherinnen nicht 4 Treppen hoch arbeiten dürften. Es sei ein großer Unterschied zu machen zwischen einer Fabrik und einem Warenhause. In einem Warenhause liegen viele leicht brennbare Stoffe über einander gehäuft, sodaß es bei ausbrechendem Feuer für Personal und Käufer in den oberen Etagen unmöglich sei, noch hinauszukommen. Wenn in den unteren Etagen ein Feuer ausbreche, stehe fast gleichzeitig das ganze Haus in Flammen, weshalb oben nicht gearbeitet werden dürfe. Man solle darum nicht ablassen von den scharfen baupolizeilichen Bestimmungen, auch wenn sich die Inhaber von Warenhäusern darüber beklagen sollten.

Herr Löschigt ist der Ueberzeugung, daß die bestehenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften vollständig genügen, wenn sie nur richtig gehandhabt würden. Beispielsweise habe der Stadtbaumeister Röttcher im Klopptschen Warenhaufe neulich festgestellt, daß die Türen, welche selbsttätig zuschlagen sollen, einfach an Haken festgehängt seien. Wenn aber die Inhaber solcher Institute so wenig zuverlässig seien und die gegebenen Bestimmungen nicht beachteten, so sei das tief zu beklagen. In solchem Falle könne man nicht den Bestimmungen schuld geben, sondern den Organen, welche sie zu beachten haben. Wenn die Etablissements scharf überwacht und unter Umständen auch entsprechend bestraft würden, so werde schon ein Besserung eintreten. Neulich sei auch bei dem Röverschen Brande festgestellt worden, daß eine Durchfahrt, welche offen bleiben sollte, mit Risten derartig besetzt gewesen sei, daß die Feuerwehr sich erst mit dem Beile einen Weg habe schaffen müssen. Solche Sachen müßten durch eine scharfe Kontrolle vermieden werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Baukommission angenommen.

III. Antrag Ohlendorf: Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.

Der in der Sitzung vom 19. März d. Js. — Seite 316 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, eine Summe in den Etat einzustellen zwecks Erhöhung der Löhne um 10 % für alle in städtischen Betrieben beschäftigten Handwerker und Arbeiter“.

Wie Herr Jasper berichtet, ist dieser Antrag in der Finanzkommission vorberaten worden und habe die Kommission zunächst beschlossen (s. Seite 34 des Berichtes Nr. 2), von dem Magistrat eine genaue Statistik darüber anzufordern, welche Löhne tatsächlich von der Stadt bezahlt würden. Nachdem der Magistrat dem Ersuchen Folge geleistet und eine solche Statistik herausgegeben habe, sei der Antrag nochmals in der Finanzkommission durchberaten und diese daraufhin zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung zu empfehlen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, ihn also abzulehnen. Die Finanzkommission sei dabei in ihrer Mehrheit von der Erwägung ausgegangen, daß es an sich ganz zweckmäßig und tunlich erscheine, den städtischen Arbeitern ausreichende Löhne zu geben, jedoch habe sie sich in der Mehrheit nicht überzeugen können, daß die zurzeit gezahlten Löhne nicht ausreichend seien. Der Argumentation des Antragstellers, daß die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten gestiegen seien, mithin aber auch die Lohnsätze steigen müßten, habe sich die Mehrheit der Kommission nicht anschließen können, sondern sie habe erklärt, nur die ihr vom Magistrat vor-

gelegten absoluten Zahlen in Betracht ziehen zu können, welche sie für ausreichend halte. Im übrigen erkläre es die Kommission für empfehlenswert, daß die vom Magistrat gegebene Statistik in regelmäßigen Abständen wiederholt werde.

Indem er nunmehr in kurzem auch die Meinung der Kommissionsminderheit, zu der er selbst gehöre, auseinanderlege, wolle er zunächst darauf hinweisen, daß es nicht in der Ordnung sein dürfte, die Gründe des Antragstellers einfach unbeachtet zu lassen. In der Kommission habe niemand geäußert, daß die Lebensmittelpreise tatsächlich nicht gestiegen seien, auch sei ein Steigen der Wohnungsmieten nur wenig bestritten worden. Die Mehrheit der Kommission habe sich von dem Gedanken leiten lassen, daß allerhöchstens die von der Privatindustrie gezahlten Löhne gezahlt werden dürften und habe den von einem Vertreter des Magistrates angeregten Vergleich, ob auch wohl die Lohnsätze für gleichartige Arbeiter der Privatindustrie gezahlt würden, ohne weiteres abgelehnt, weil ein solcher Vergleich nicht stichhaltig sein solle. Seiner persönlichen Meinung nach sei die Begründung des Antragstellers durchaus stichhaltig, und es müsse von der städtischen Verwaltung zum mindesten erwartet werden, daß sie den ortsüblichen Tagelohn und die Durchschnittssätze der Privatindustrie zahle, was seines Erachtens aber nicht überall der Fall sei. Die in den Löhnen vorgekommenen Schwankungen wolle er hier nicht einzeln anführen, jedoch müsse er erwähnen, daß im statistischen Jahrbuche der Städte für die Jahre 1894—1898 die Löhne für Straßenarbeiter durchschnittlich viel höher angegeben seien, als sie die vom Magistrat vorgelegte Statistik aufweise. Eine Erklärung hierfür finde er nicht, zum mindesten spreche es nicht dafür, daß die Stadtverwaltung in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit getan habe. Auf dem Rieselgute Steinhof finde man z. B. Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht einmal den durchschnittlichen Tagelohn des Landkreises Braunschweig erhalten. Wenn auch gesagt worden sei, daß es sich dabei nur um 46 Arbeiter und Arbeiterinnen handle, so müsse doch zugestanden werden, daß ein solcher Zustand bei einer ordentlich geleiteten Stadtverwaltung, die sozialpolitische Einsicht haben wolle, nicht gebilligt werden könne. Weitere Rügen wolle er nicht mit dem Antrage verquicken, sondern sich dem Wunsche der Mehrheit der Kommission fügen und diese Dinge, wie Ausgestaltung des Ruhelohnes, der Arbeitszeit u., besonderen Anträgen vorbehalten.

Herr Ohlendorf muß zunächst seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Herr Bürgermeister Metemeyer in der Kommission eine Steigerung der Wohnungsmieten während der letzten Jahre bezweifelt habe. Wenn ihm eine Statistik hierfür auch nicht zur Seite stehe, so lasse es sich doch wohl sehr leicht beweisen, daß die Wohnungen für Arbeiter in recht hohem Maße in die Höhe gegangen seien. Den ablehnenden Standpunkt der Kommission bedaure er umsomehr, als sie seinen früheren Antrag auf Lohnerhöhung für einen Teil der städtischen Arbeiter mit der

Begründung abgelehnt habe, daß man nicht einzelne Arbeiter herausgreifen dürfe. Heute stelle sich die Finanzkommission auf den Standpunkt, daß eine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter überhaupt nicht notwendig sei. Wenn nun auch gesagt worden sei, daß die Stadt keine Ursache habe, bessere Löhne zu zahlen, als die Privatindustrie, so lasse sich demgegenüber leicht feststellen, daß die Stadt sogar vielfach schlechtere Löhne zahle, als Privatunternehmer. Wolle man den Standpunkt wirklich gelten lassen, daß die Stadt nicht bessere Löhne zahlen solle, als die Privatindustrie, so werde man andererseits doch nicht umhin können, zu sagen, daß die Stadt auch keine Berechtigung habe, schlechtere Löhne zu zahlen.

Im übrigen stehe er auf dem Standpunkte, daß es auch notwendig sei, für die städtischen Arbeiter eine Arbeitsordnung zu schaffen. Wenn Privatunternehmer, die verschiedene Arten von Arbeitern beschäftigen, das könnten, so müßte es bei gutem Willen auch im städtischen Betriebe möglich sein. Die städtischen Arbeiter müßten auch wissen, welche Rechte und Pflichten sie betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. Wenn z. B. gesagt werde, daß die nächtlichen Straßenkehrer eine Arbeitszeit von nur 6½ Stunden haben, so lasse sich dem gegenüber mit Leichtigkeit nachweisen, daß die Leute einschließlich ihrer Nebenbeschäftigungen eine bedeutend längere Arbeitszeit besäßen.

In betreff der Löhne sei er der Meinung, daß deren Erhöhung angängig sei; denn man dürfe nicht aus dem Grunde von einer Lohnerhöhung absehen, weil sich genug Leute fänden, welche für die niedrigeren Löhne arbeiteten. Die Stadt dürfe sich nicht nach den Unternehmern richten, welche schlechtere Löhne zahlen, sondern solle sich mit den Unternehmern in Reihe und Glied stellen, die einigermaßen gute Löhne zahlen. Er ersuche daher um Annahme seines Antrages.

Herr Hauswaldt: Wenn der Herr Referent gesagt habe, es sei nicht in der Ordnung, daß die Argumentationen des Antragstellers von der Mehrheit der Finanzkommission übersehen seien, so könnte dieses zu der Auffassung führen, daß die Finanzkommission den Antrag kurzer Hand behandelt hätte. Dem gegenüber möchte er konstatieren, daß der Kommissionsvorsitzende mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Antrages noch einen Korreferenten in seiner Person bestellt habe. Die Kommission sei zu ihrem Beschlusse erst nach reiflicher, wohlbedachter Ueberlegung gekommen, und auch der Magistrat habe alles getan, um die Sache zu klären. Der Herr Referent habe aber in seinem Berichte eins vergessen, daß nämlich den Mitgliedern der Finanzkommission von dem Herrn Vorsitzenden direkt der Beweis erbracht worden sei, daß die Löhne der städtischen Arbeiter im Laufe der Jahre dauernd gestiegen seien und weiter steigen werden; mit anderen Worten, daß ein Arbeiter, der sich an seinem Plage bewähre, mit den Jahren stets einen steigenden Lohn erhalte bis zu einer Maximalgrenze. Es gehe dieses auch schon

daraus hervor, daß durch den Etat stets höhere Lohnsätze angefordert werden. In der Finanzkommission sei man auch der Ansicht gewesen, daß die Lohnfrage nicht eine Finanzfrage sein dürfte, sondern daß die Stadt selbstverständlich ausreichende, gute Löhne zahlen müsse, die städtischen Deputationen aber auch eigentlich gar keine Veranlassung haben könnten, gedrückte Löhne zu zahlen. Die Deputationen hätten im Gegenteil ein direktes Interesse daran, gute und tüchtige Arbeiter zu kriegen und man würde daher nicht einsehen können, weshalb eine Deputation an den Löhnen knappen könnte. Daher meine man in der Finanzkommission, daß die Deputationen nach wie vor ausgiebige, gute Löhne zahlen würden. In der Kommission sei man auch der Ansicht gewesen, daß sich direkte Vergleiche mit der Privatindustrie in bezug auf die Lohnsätze nur sehr schwer ziehen ließen. So z. B. halte es furchtbar schwer, einen Vergleich der Angestellten der Markthalle, des Schlachthauses zc. mit Angestellten der Privatindustrie zu ziehen. Auch müßten hierbei noch zwei Momente in Betracht gezogen werden, nämlich das städtische Statut über die Ruhegehälter der Arbeiter, das in Privatbetrieben nicht existiere, und der Vorzug, welcher in der Festigkeit der Stellung bestehe, die von Konjunkturen nicht abhängig sei. Sodann habe man sich in der Finanzkommission die Löhne der sämtlichen Arbeiter vergegenwärtigt und sei nach Erwägung aller dieser Sachen zu der Ueberzeugung gekommen, daß es verkehrt sein würde, wenn man jetzt diese Löhne generell um 10 % erhöhen wollte, weil in allen Branchen des städtischen Betriebes schon jetzt ausreichende Löhne gezahlt würden. Also nicht aus finanziellen Rücksichten, sondern nach Prüfung der gezahlten Löhne sei die Finanzkommission zu der Ansicht gekommen, daß sie nicht in der Lage sei, der Versammlung zu empfehlen, eine Erhöhung der sämtlichen Löhne um 10 % bei dem Magistrat zu befürworten.

Herr Böschigt: Während man früher nicht gewußt habe, wann eigentlich die Straßen gereinigt würden, sei dieses jetzt festgelegt worden. Früher hätten die Straßenreiniger allnächtlich nur $5\frac{1}{2}$ Stunden und noch weniger gearbeitet, während sie jetzt bis 6 Uhr morgens fegen und hiernach $7\frac{1}{2}$ Stunden Dienst haben. Wenn der eine oder andere aber während der Nacht seine Schuldigkeit nicht getan und die Straße nicht sauber gemacht habe, so könne er auch gezwungen werden, diese Arbeit am Tage noch einmal zu machen. Die Straßenreinigungsdeputation habe stets das Bestreben gehabt, die Löhne der ihr unterstellten Arbeiter nach Möglichkeit aufzubessern und habe damit auch erreicht, daß sie bis heute noch keine Klage über zu geringen Lohn erhalten habe. Wenn die Ansicht des Referenten richtig wäre, daß die Lebensmittel und die Mieten jetzt so teuer seien, würde die Deputation gern zu einer weiteren Lohnerhöhung schreiten; so lange aber die Arbeiter selbst mit ihren Löhnen zufrieden seien, liege keine Veranlassung zu einer Lohnerhöhung vor.

Der Herr Vorsitzende teilt mit, daß ein Schlußantrag eingegangen sei und fragt, ob jemand gegen den Schluß sprechen wolle.

Herr Wesemeier bittet um Ablehnung des Schlußantrages. Es handle sich um das Wohl und Wehe einer größeren Anzahl von Menschen, über das nicht so kurzer Hand hinweggegangen werden könne.

Der Schlußantrag wird darauf abgelehnt.

Herr Wesemeier kann den Standpunkt der Finanzkommission um so weniger begreifen, als sie nach den Ausführungen des Herrn Hauswaldt nicht aus finanziellen Gründen zu ihrem Beschlusse gekommen sein wolle. Welchen Wert die von letzterem angeführte Ruhegehaltsfrage für die städtischen Arbeiter besitze, beweise am besten wohl die Feuerwehr: von den 46 Mann der städtischen Feuerwehr hätten nämlich in den letzten fünf Jahren 25 Mann gewechselt, ein Zustand, der wohl kein günstiges Licht auf das Arbeitsverhältnis dieser Leute werfe. Warum wechseln diese Leute aber wohl so häufig? Heute habe sich die Versammlung zum zweiten Male damit zu beschäftigen, daß ein verunglückter Feuerwehrmann unterstützt werden solle. Bei dem gefährvollen Berufe der Feuerwehr könne aber eine Besoldung von 75 M monatlich als eine auskömmliche Bezahlung nicht angesehen werden. Dabei möchte er auch darauf hinweisen, daß die Stadt selbst unter dem Durchschnitt der von Privaten gezahlten Löhne arbeiten lasse. Auf der Gasanstalt an der Bahnhofstraße erhielten nämlich die Arbeiter, welche am 1. Oktober in Beschäftigung getreten seien, einen Anfangslohnsatz von 2,50 M. Als die Gewerbegerichts-Beisitzer vor einigen Jahren aufgefordert seien, sich gutachtlich darüber zu äußern, wie hoch der durchschnittliche Tagelohnsatz angesetzt werden möchte, haben sie bei den betreffenden nicht gelernten Arbeitern der Privatindustrie durch Fragebogen ermittelt, daß der Durchschnittslohn 3,04 M betrage, sofern dem gegenüber aber auf der Gasanstalt ein Anfangslohn von nur 2,50 M gezahlt werde, könne das als ein ausreichender Lohnsatz nicht angesehen werden. Wenn die betreffenden Arbeiter manchmal auf einen Wochenlohn von 24 M kommen, so geschehe das nur unter äußerster Ausnutzung der Arbeitszeit, indem sie während der Mittagszeit Kohlen abladen müßten. Diese Arbeit habe in Räumen zu geschehen, welche als gesundheits-schädlich anzusehen wären, denn die zum Lüften angebrachten Lufen seien zugestellt und die Leute hätten unter dem Kohlenstaube sehr zu leiden. Auch seien die Lohnverhältnisse in den Gasanstalten der Bahnhofstraße und der Taubenstraße sehr verschieden, indem die Löhne der Ofenarbeiter an der Bahnhofstraße um 20 % differieren, während sie an der Taubenstraße gleich hoch seien. Wenn man bedenke, daß diese Leute alle 14 Tage 24 Stunden lang in einer Tour vor dem Ofen stehen müßten, so könne man sicher nicht sagen, daß die Löhne zu hoch seien. Man sollte eine so lange Tour bei so gesundheits-schädlichen Arbeiten nicht dulden, zumal es darauf hinauslaufe, daß durch solche Diensterteilung nur gespart werden solle. Demnach

seien die Verhältnisse nicht so gut, wie sie hier geschildert worden. Außerdem habe man an der Gaskanstalt der Bahnhofstraße diesen Herbst zumeist junge Leute aus Broitzem, Rüningen zc. eingestellt, während die hiesigen verheirateten Leute dort abgewiesen seien. Aus allen diesen Gründen bitte er um Annahme des Antrages Ohlendorf.

Herr Peplies muß es bei allen Mitgliedern der Versammlung, die nicht zugleich Mitglieder der Finanzkommission seien, für schwer halten, sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter ein richtiges Bild zu machen. Aus diesem Grunde halte es schwer, einen bestimmten Standpunkt zu dem Antrage einzunehmen, und würde er es für notwendig halten, daß zunächst die vom Magistrat der Finanzkommission vorgelegte Statistik den sämtlichen Stadtverordneten zugänglich gemacht und die Abstimmung über den Antrag bis dahin vertagt werde. Heute komme der Antrag sicher zur Ablehnung, ohne daß der einzelne wisse, ob er damit den städtischen Arbeitern unrecht tue. Bei eingehender Prüfung des statistischen Materiales komme aber die Versammlung vielleicht zu dem Ergebnisse, den Magistrat zu ersuchen, für die nächste Finanzperiode eine Lohnerhöhung vorzunehmen. Daher beantrage er, die Abstimmung über den Antrag der Finanzkommission so lange zurückzustellen, bis die Statistik den sämtlichen Stadtverordneten zugänglich gemacht worden sei.

Herr Hauswaldt ist der Ansicht, daß der Vorredner den Antrag auf Vielfältigung der Statistik nicht gestellt haben würde, wenn er die Akten eingesehen hätte: das Material sei etwa zweimal so dick wie die Bibel. Das statistische Material sei von dem Referenten und ihm einzeln und unabhängig von einander durchgearbeitet worden und doch seien sie beide zu denselben Schlüßzahlen gekommen, nur daß einer die Abgaben zur Alters- und Invaliden-Versicherung weggelassen, der andere sie aber in dem Einkommen belassen habe. Wenn man sich z. B. vergegenwärtigen wolle, welche Löhne in dem Gaswerke an der Bahnhofstraße bezahlt werden, so müsse man die einzelnen Kategorien der dort beschäftigten Arbeiter zusammenfassen und komme dann zu folgendem Ergebnisse: Es erhalten täglich durchschnittlich an Lohn bar, also netto aller Abzüge:

42 Laternenwärter bei einer durchschnittlichen Dienstdauer von 6 Stunden je	2,28 M;
die Uhrennachfüller „ „ „ „ „	10 „ „ 3,11 M;
„ Borarbeiter „ „ „ „ „	12 „ „ 4,93 M;
„ Gasmeister „ „ „ „ „	12 „ „ 5,75 M;
„ Schlosser „ „ „ „ „	10 „ „ 3,83 M;
„ Klempner „ „ „ „ „	10 „ „ 4,58 M;
„ Maurer „ „ „ „ „	10 „ „ 4,23 M;
der Zimmermann „ „ „ „ „	10 „ „ 3,91 M;
„ Portier „ „ „ „ „	10 „ „ 3,37 M;
„ Bote „ „ „ „ „	10 „ „ 2,77 M;

14 Ofenarbeiter bei einer durchschnittlichen Dienstdauer von 12 Stunden je 3,91 M;
 33 Hofarbeiter " " " " " 10 " " 3,48 M.

Auf der Gaskanalstalt an der Taubenstraße divergieren die Löhne nur um Pfennige und komme dieses daher, daß hier mehr ältere Arbeiter mit höherem Lohneinkommen vorhanden seien. Es erhielten dort beispielsweise: 17 Hofarbeiter einen Durchschnittslohnsatz von 3,42 M, Maurer 4,36 M, Schlosser 4,49 M, 23 Ofenarbeiter durchschnittlich 3,96 M, ein Portier 3,33 M, ein Bote 2,93 M u.

Bei den Ofenarbeitern komme es allerdings alle 14 Tage einmal vor, daß sie bei dem Schichtwechsel 24 Stunden hinter einander Dienst tun müssen, was sich aber nicht vermeiden lasse. (Widerspruch. Ruf: Drei Kolonnen einrichten!) Kein einziger Arbeiter erhalte aber, wie Herr Wesemeier meine, ein Lohneinkommen von nur 2,50 M. In gleicher Weise habe man die ganzen städtischen Betriebe durchgeprüft und, außer wenigen im Bürgerparke beschäftigten Invaliden, sowie den Polacken auf dem Rieselgute, keinen Arbeiter gefunden, der nur 2,50 M Lohn täglich erhalte.

Herr Jasper kann den Antrag Peplies nur ganz verständlich finden, denn wenn die Statistik auch sehr umfänglich sei, so lasse sich daraus sehr wohl eine etwa 2—3 Seiten umfassende Zusammenstellung anfertigen, die den Mitgliedern der Versammlung das Verständnis erleichtere. Auch für die Mitglieder der Finanzkommission wäre eine solche Zusammenstellung recht zweckdienlich gewesen; denn in seinen Worten von vorhin, daß die Kommission über die Begründung des Antragstellers gar zu leicht hinweggegangen sei, solle ein Vorwurf gegen die Kommission liegen. Der Vorgang in der Kommission habe sich nämlich folgendermaßen abgespielt: Man sei davon ausgegangen, bei den einzelnen städtischen Betrieben die gezahlten Löhne unter Berücksichtigung der zu leistenden Arbeitszeit zu würdigen, und habe dieses Geschäft bei dem einzelnen Betriebe eine ganze Weile in Anspruch genommen. Schon bei den ersten in dieser Weise durchgesprochenen Betrieben seien aber einzelne Mitglieder der Finanzkommission unruhig geworden. (Sehr richtig.) Nachdem sodann noch das Schlachthaus besprochen worden sei, habe man ohne weiteres die allgemeine Argumentation des Antragstellers, nach welcher die Lohnerhöhung wegen der Steigerung der Nahrungsmittelpreise notwendig sei, kurzerhand zurückgewiesen, ohne auf deren weitere Prüfung einzugehen. Der Korreferent habe hiervon mit den Worten Mitteilung gemacht, daß es auf diese Erwägung nicht mehr ankomme, sondern daß man sich an die vom Magistrate gegebenen statistischen Zahlen zu halten habe. Entgegen seiner Erwartung, daß man daraufhin die Zahlen einer gründlichen Prüfung unterziehen werde, habe man das ebenfalls nicht getan, sondern habe nur im Vausch und Bogen erklärt, daß die gezahlten Löhne auskömmlich seien, indem sie noch über dem ortsüblichen Tagelohne blieben. Da diese Vorgänge nicht auf eine

gründliche Durchberatung des Materiales hindeuten, so habe er sich eingangs erlaubt, die Tätigkeit der Kommission mit den Worten zu kritisieren, daß er eine derartige Durchberatung eines Antrages nicht in Ordnung finde. Gegen den Vorsitzenden der Finanzkommission, welcher sich soeben zum Worte melde, wolle er keinen Vorwurf erheben, da dieser dabei nicht mitgewirkt habe, sodaß ihn ein persönliches Verschulden nicht treffe. Andererseits sei für die Stimmung der Kommissionsmitglieder bezeichnend gewesen, daß ein Mitglied sich äußerte, was es für einen Zweck haben solle, zu den einzelnen Ausführungen noch Stellung zu nehmen, da man ja doch alles noch einmal im Plenum zu hören bekomme. (Sehr richtig!) Der Herr möge ja allerdings wichtigere Dinge zu tun haben.

In der Sache selbst habe der Herr Korreferent darauf hingewiesen, daß für die städtischen Arbeiter ein Ruhegehalt eingeführt worden sei. Hieraus könne sich aber die Stadt Braunschweig keine besondere Ehre machen, denn schon im Jahre 1898 haben 35 deutsche Städte solche Ruhegehälter gezahlt und zwar teilweise im größeren Umfange als die hiesige Stadt. Ebenso könne zu Gunsten der städtischen Arbeiter nicht hervorgehoben werden, daß sie eine feste Stellung haben, weil sie jederzeit der Kündigung unterliegen und diese eintreten könne, je nachdem die Gunst oder Ungunst eines Vorgesetzten dieses beliebe. Der Herr Korreferent habe sodann auch die Frage angeschnitten, ob man die „Polacken“, wie er sich auszudrücken beliebte, die aber auch deutsche Reichsangehörige sein sollen, als Lohnrücker heranziehen solle, weil man dabei seitens der Stadtverwaltung finanziell besser fahre, als bei einheimischen Arbeitern. Eine solche Heranziehung sei entschieden zu verurteilen.

Uebrigens stehe die Dauer der Arbeit auch mit den Löhnen in einem inneren Zusammenhange; denn wenn jemand für denselben Lohn 12 Stunden arbeiten müsse, so sei ihm der Lohn nicht so wertvoll, als wenn er dafür nur 10 Stunden zu arbeiten habe. Diesen inneren Zusammenhang werde der Herr Korreferent wohl nicht leugnen wollen. Wenn ihm die städtischen Arbeiter nun auch bestätigt hätten, daß sie die angeführten Lohnbeträge wohl erhalten haben möchten, so könnten sie jedoch die hier mitgeteilte Arbeitszeit nicht als richtig anerkennen. So z. B. sollen die Fahrer eine Arbeitszeit von 12 Stunden haben, während sie behaupten, häufig 13 $\frac{1}{2}$ Stunden tätig sein zu müssen, weil sie während der Mittagspause durcharbeiten müßten. Ebenso hätten die Arbeiter der Gasanstalt an der Bahnhofstraße erklärt, daß sie häufig unter Mittag Kohlen entladen müßten. Wenn diese Angaben richtig sein sollten, so erscheine dadurch allerdings das gegebene Lohnbild einigermaßen getrübt und könne er nur dringend wünschen, daß daraufhin eine Nachprüfung der statistischen Zahlen stattfinde. Die Gründe des Antragstellers seien also nicht widerlegt worden, sondern als stichhaltig anzusehen, wenn man nicht die Gunst des Arbeitsmarktes seitens einer Stadtverwaltung ausnützen wolle, die doch sozialpolitisches Verständnis haben müsse.

Herr Fiedel möchte noch besonders feststellen, daß er, solange er den Vorsitz in der Finanzkommission gehabt habe, weder den Antragsteller, noch den Referenten in ihren Ausführungen behindert habe. Alle Mitglieder der Versammlung, die ihr schon längere Zeit angehören, wüßten, daß die Arbeitslöhne der Stadt in den letzten Jahren nicht unerheblich erhöht worden seien. Hierfür möchte er den Beweis antreten. Im Jahre 1897/98 habe z. B. ein Oberfeuerwehrmann 1380 M Jahreseinkommen gehabt und im Jahre 1902/03 habe derselbe Mann 1600 M erhalten, während das Einkommen eines anderen Oberfeuerwehrmannes in derselben Zeit von 1260 M auf 1500 M gestiegen sei. Im Jahre 1897/98 haben von 30 Feuerwehrmännern 23 je 85 M, 4 je 80 M, 1 = 75 M und 2 je 65 M monatlich bezogen, was bei einer Gesamtausgabe von 29760 M auf den Mann ein Jahreseinkommen von 992 M bringe, während 1902/03 von 36 Feuerwehrmännern 14 je 1200 M, 2 je 1100 M, 8 je 1000 M und 12 je 900 M jährlich erhalten haben, was bei einer Gesamtausgabe von 37800 M auf den Mann jährlich 1050 M ausmache. Wie die Verhältnisse aber hier bei den Feuerwehrleuten liegen, so würden sie auch in allen anderen Betrieben sich zu Gunsten der städtischen Bediensteten verändert haben. Aus dieser Ursache habe man in der Kommission auch die Begründung des Antrages nicht noch besonders hervorgehoben, weil man eben gewußt habe, daß die städtischen Löhne in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen seien. In der Finanzkommission sei auch der Wunsch ausgesprochen, den Magistrat zu ersuchen, nach Ablauf einiger Jahre dieselbe Statistik zu wiederholen, um den Nachweis erbringen zu können, welche Veränderungen in der Zwischenzeit stattgefunden haben. Die älteren Mitglieder der Finanzkommission seien also in sich überzeugt gewesen, daß Lohnerhöhungen in den letzten Jahren stattgefunden haben.

Herr Ohlendorf muß zunächst bedauern, daß einzelnen Mitgliedern der Versammlung diese wichtige Besprechung zu lange währe. Herr Ribbentrop habe beispielsweise sein gutes Herz für die Arbeiter dadurch dokumentiert, daß er einen Schlußantrag gestellt habe. (Stimme des Vorsitzenden.) Er werde mit seinen Freunden sehr häufig barsch von Herrn Ribbentrop behandelt und glaube daher, ein Recht auf solche Äußerung zu haben.

Wenn Herr Hauswaldt es als einen Vorzug der städtischen Arbeiter hinstelle, daß sie eine feste Stellung innehätten, so werde dem gegenüber jeder Kenner der Verhältnisse zugeben müssen, daß sie nicht anders gestellt seien, wie jeder Arbeiter in der Privatindustrie; denn sobald ein städtischer Arbeiter sich das geringste zuschulden kommen lasse, werde keine Rücksicht darauf genommen, ob er schon 10 oder noch mehr Jahre im städtischen Betriebe beschäftigt sei, sondern er werde einfach auf die Straße gesetzt. (Widerspruch.) Das lasse sich und zwar gerade in dem von Herrn Löschig vertretenen städtischen Betriebe nachweisen.

(Widerspruch am Magistratsstische.) Das ist eine Tatsache, Herr Oberbürgermeister! Gerade in allerletzter Zeit sei das wieder vorgekommen. Wenn ein älterer städtischer Arbeiter sich wirklich einmal etwas zuschulden kommen lasse, so solle man auf ihn doch so viel Rücksicht nehmen, daß man ihm wenigstens den Ruhe Lohn gewähre. In der Finanzkommission sei auch gesagt worden, daß die Straßenreinigungsarbeiter $6\frac{1}{2}$ Stunden beschäftigt würden, während man heute die Beschäftigungszeit schon auf $7\frac{1}{2}$ Stunden erhöhe und sage, das andere seien Privatsachen. Was man darunter verstehe, wisse er nicht. Einer dieser Arbeiter habe ihm geschrieben, die Arbeitszeit beginne um $9\frac{1}{2}$ Uhr abends und schließe um 6 Uhr morgens, jedoch müsse häufig auch noch länger gearbeitet werden. So z. B. komme es vor, daß 5—6 Mann kommandiert würden, bei den Straßenreinigungswagen Hülfe zu leisten, oder Gras von den öffentlichen Plätzen zu entfernen u. dergl. m. Diese Arbeiten habe man doch aber der Arbeitszeit zuzurechnen. Aus diesem Grunde scheine ihm die aufgestellte Statistik nicht richtig zu sein.

Bei den Laternenwärtern stehe es ähnlich. Sie sollen eine sechsstündige Arbeitszeit haben, jedoch müsse er ersuchen, die Leute einmal zu fragen, wie lange sie in Wirklichkeit zu tun haben. Das Anstecken der Laternen möge vielleicht nicht längere, ja unter Umständen sogar kürzere Zeit in Anspruch nehmen; wenn man jedoch das Hin- und Herlaufen der Leute nach dem Depot hinzurechne, dann komme man doch wohl zu dem Ergebnisse, daß diese Leute nicht nur 6 Stunden, sondern eine volle Arbeitszeit haben. — Bezüglich der Uhrennachfüller sei ihm gesagt worden, daß man diesen Leuten jetzt die Festtage abrechne, was früher nicht geschehen sei. — Was die Hofarbeiter anlange, so sollen diese eine schwere Arbeitszeit haben und ihren Lohn in Akkord verdienen, auch müßten sie in ihrer freien Zeit noch Kohlen abladen. Betreffs der Heizer habe Herr Schmidt in der Kommission zugegeben, daß seine Heizer mehr verdienen, als die Heizer im städtischen Betriebe.

Sollte die Versammlung indessen nicht geneigt sein, seinen Antrag heute anzunehmen, so bitte er, dem Antrage Beplies zuzustimmen. Für die städtischen Arbeiter halte er es übrigens auch für notwendig, sich gewerkschaftlich zu organisieren, damit sie betreffs ihrer Wünsche gehört werden, denn sie hätten schließlich doch nur dann etwas für sich zu erwarten, wenn sie sich organisiert haben. Sofern die Arbeiter nicht selbst einen gewissen Druck dahintersetzen könnten, würden sie auf eine Besserung ihrer Lage recht lange warten können, denn das gute Herz eines Teils der Herren sei doch nicht derartig, um von ihnen etwas für die Arbeiter erhoffen zu können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Wenn der Herr Vorredner behaupte, es komme in dem Betriebe des Straßenreinigungsinstitutes häufig vor, daß die Arbeiter wegen des geringsten Vergehens auf die Straße gesetzt werden, so müsse er

daß entschieden bestreiten. Jedem Arbeiter sei eine Arbeitsordnung behändigt worden, aus der auf Anregung aus der Versammlung die sämtlichen Strafgehalte entfernt seien. Wenn jemand sich gegen die Arbeitsordnung vergehe, so werde er zu Protokoll verwarnt und ihm dabei ausdrücklich bemerkt, daß er im Wiederholungsfalle Dienstentlassung zu gewärtigen habe. Daher bestreite er auf das entschiedenste, daß ein Arbeiter sofort entlassen worden sei, weil er sich geringe Versehen habe zuschulden kommen lassen, und bitte er Herrn Ohlendorf, den Namen des Arbeiters zu nennen.

Herr Esdorn hat aus der bisherigen Verhandlung noch nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Löhne verschiedener städtischer Arbeiter nicht erhöht werden müßten. Aus den wenigen Positionen, die in der Kommission genau durchgenommen seien, habe er schon ersehen, daß es wohl möglich sei, die Löhne einzelner Kategorien von Arbeitern zu erhöhen. Wenn von einem Mitgliede der Kommission gegen den Antrag vorgebracht worden sei, daß bei Erhöhung der städtischen Löhne auch die Privatbetriebe ihre Löhne erhöhen müßten, so würde er schon hieraus gern Anlaß nehmen, dem Antrage Ohlendorf zuzustimmen, weil wohl niemand behaupten werde, daß die Arbeiter hier auf Rosen gebettet seien und eine Lohnerhöhung nicht vertragen könnten. Mache eine Kommune mit der Lohnerhöhung den Anfang, so betrachte er dieses als ein Mittel zur Förderung des sozialen Friedens. Er müsse es auch für ein Unrecht halten, wenn nach den Angaben des Herrn Wesemeier junge Arbeitskräfte von außen in der hiesigen Gasanstalt die einheimischen älteren Arbeiter verdrängten; ein größeres Unrecht sei es aber noch, daß auf dem Rieselgute durchweg Polacken beschäftigt sein sollen. Wenn er auch überzeugt sei, daß sich für einen Lohn von 85 S., den die polnischen Mädchen auf dem Rieselgute erhalten sollen, keine einheimischen Arbeiterfrauen finden würden, so glaube er doch, daß sich für einen anständigen Lohnsatz gewiß einheimische Arbeitskräfte beschaffen ließen und würden die Tagelöhnerfamilien bei der kurzen Arbeitszeit auch den weiteren Weg nach dem Rieselgute nicht scheuen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf erwidern, daß die Angabe, es würden auf dem Rieselgute ausschließlich Polacken beschäftigt, nicht richtig sei. Die ständigen Arbeiter des Rieselgutes seien einheimische Leute, die nach Watenbüttel, Wendezelle, Wendeburg u. gehören. Die sogenannten Polacken beschäftige das Rieselgut nur in der Saison, weil es dann andere Arbeiter nicht bekommen könne. Wenn andere Arbeiter zu haben wären, würden sie gern genommen werden, aber ein in dieser Richtung gemachter Versuch sei kläglich gescheitert, indem die einheimischen Arbeiter schon nach wenigen Stunden oder Tagen die Schaufel zurückgegeben und sich für die Arbeit bedankt hätten. Auch ein weiterer Versuch habe gleich schlechte Erfolge gezeitigt. Ein Mann sei einmal von der Gutsverwaltung entlassen worden und habe sich darüber beim Magistrat beschwert, jedoch

habe dieser die Maßregel der Gutsverwaltung bestätigen müssen. Hieraus gehe schon hervor, daß nicht jeder Arbeiter willkürlich entlassen werden könne, sondern ihm der Beschwerdeweg beim Magistrate offen stehe.

Herr Böschigt kann in den Ausführungen des Herrn Ohlendorf nur den alten Satz bestätigt finden, daß man es niemandem recht machen könne. Den von Herrn Ohlendorf angeführten Fall habe er mit diesem eingehend besprochen und von ihm die Antwort erhalten, daß die Deputation in ihrem Rechte sei, und nun bringe er den Fall hier in der Weise vor. Wenn man auch jedem Arbeiter den doppelten Lohn gönnen möchte, so habe doch alles seine Grenzen. Zu dem Aufsichts- und dem Fahrpersonale der Straßenreinigung gebrauche man zuverlässige und tüchtige Leute, weil sie vielfach sich selbst überlassen seien und dazu ein wertvolles Pferdmaterial unter Händen haben. Schon aus diesem Grunde würden die Leute gut bezahlt und es falle auch niemandem ein, sie wegen einer Kleinigkeit wegzujagen. Man habe den Leuten eine Arbeitsordnung gegeben, und wenn sie mit ihren Verhältnissen nicht zufrieden seien, so könnten sie sich vertrauensvoll an die Deputation wenden. Aber zuverlässige Leute müsse man haben, und wer sich der Ordnung nicht fügen könne, oder seinen Dienst nicht ordnungsmäßig versetze, der müsse entlassen werden, wie es in dem einzigen, von Herrn Ohlendorf erwähnten Falle auch geschehen sei. Wenn jemand die Arbeiter unter sich verbeße, so gehöre sich das nicht und wäre besser zu unterlassen. Als Privatsache werde es angesehen, wenn ein Arbeiter nicht ordentlich gearbeitet habe und seine Straßen nachreinigen müsse, was sich indessen nicht umgehen lasse. Daß ein Fahrer 13¹/₂ Stunden Dienst haben solle, verstehe er nicht; höchstens könne einmal ein Ausnahmefall vorliegen, denn die Pferde wollen doch auch Ruhe haben.

Herr Schmidt: Durch die letzten Worte des Antragstellers sei der Vorhang gefallen: der Antrag charakterisiere sich als ein Tendenzantrag, der nur dazu eingebracht sei, um die städtischen Arbeiter in die Reihen der Herren dort drüben hinüberzuziehen. Die Mehrzahl der Arbeiter sei mit dem ihnen gezahlten Lohne zufrieden, aber wenn man ihnen sage, sie könnten einen um 10 % erhöhten Lohn erhalten, dann würden sie natürlich nichts dagegen haben. Die Arbeiter gehörten wohl noch nicht alle zu den Sozialdemokraten, deshalb müßte ihnen gezeigt werden, wer als ihre Beglückter anzusehen seien (Widerpruch), und damit sei der Zweck des Antrages erreicht. (Zustimmung.)

Herrn Jasper möchte er erwidern, daß wohl manche Kommission infolge ihrer Zusammensetzung nicht gut in der Lage sei, daß ihr vorliegende Material sachgemäß zu beraten, daß indessen die Finanzkommission zufällig in der vorliegenden Frage außergewöhnlich gut mit Personen zusammengesetzt sei, die ein Urteil über Lohnverhältnisse haben, denn die Herren Büdel, Wolters und er selbst hätten schon lange Jahre mit Arbeitern zu tun und könnten den Antrag sehr wohl prüfen. Wenn

noch dazu ein so ausreichendes Material, wie es von den Herren Jasper und Hauswaldt hier vorgetragen sei, die Kommission begünstige, so sei sie sehr wohl in der Lage, sich ein Urteil zu bilden, und komme es nicht darauf an, ob man zwei oder zehn Stunden darüber sitze. Die Versammlung sei seiner Ansicht nach auch nicht dazu da, von jedem städtischen Arbeiter zu hören, ob er mit seinem Einkommen zufrieden sei oder nicht, und ob die Luken in dem Kohlengelaß der Gasanstalt offen oder geschlossen seien u. dgl. m., denn dazu seien die Deputationen vorhanden. Alle diese Sachen, die Herr Ohlendorf hier vorgetragen habe, könnten von der Versammlung auf ihre Richtigkeit nicht geprüft werden, deshalb hätten sie ebensogut unausgesprochen bleiben können. (Zustimmung.) Die Finanzkommission habe auf Grund ihrer Sachkenntnis so gut gearbeitet, als es überhaupt möglich sei. Nachdem sie drei Stunden beraten habe, sei es ihr klar geworden, daß sie nicht alle Betriebe in der gleichen eingehenden Weise durchgehen könne und habe mit ihrer Arbeit aufgehört. Auf Grund ihrer Kenntnis der Verhältnisse in Braunschweig habe sich die Kommission gesagt, die städtischen Arbeiter würden so bezahlt, wie es den Zeitverhältnissen entspreche, und das dürfte vollständig ausreichen.

Herr Wiehle steht auf dem Standpunkte des Herrn Esborn, daß die Kommune in erster Linie die Pflicht habe, den Privatunternehmern bezüglich der Löhne mit gutem Beispiele voranzugehen. Die Statistik habe ihn aber nicht belehrt, daß die städtischen Arbeiter hier gut genug bezahlt würden, denn mit einer Anzahl Berufe sei man tatsächlich im Hintertreffen geblieben. Nach der Statistik sollten z. B. die Arbeiter der Neustadtmühle 3,20 M. täglich verdienen, obwohl sie in Wirklichkeit nur 18 M. wöchentlich erhielten. Dabei sei dann auch noch der Unterschied zu machen, ob man wöchentlich 20 M. bei 16stündiger oder bei 10stündiger Arbeitszeit verdiene. Wenn jemand mit einem Male eine erheblich längere Zeit arbeiten sollte, würde er mit seinem jetzigen Gehalte auch nicht zufrieden sein. Die Müller müßten aber abwechselnd bei dem Feuermelder eine Nachtwache leisten und erhielten dafür keinen Zuschuß. Unter solchen Umständen sei ihre Bezahlung indessen nicht ausreichend, namentlich wenn man bedenke, daß in der Mühle noch nicht einmal Entstäubungsvorrichtungen angebracht seien und die Müller hierunter erheblich zu leiden haben. Bei Berücksichtigung dieser Verhältnisse müsse man doch zu dem Schlusse kommen, daß wenigstens diese Kategorie städtischer Arbeiter zu gering bezahlt werde und eine Aufbesserung erfahren müsse. Wie es mit diesen Leuten gehe, so gehe es aber auch mit anderen Arbeiterkategorien. Wenn die Löhne seit 1897 bei der Feuerwehr wirklich um 5 M. monatlich gestiegen seien, so bedeute das doch recht wenig, denn es handle sich auf den Tag berechnet nur um wenige Pfennige, während andererseits die Lebensmittel, und darunter besonders das Fleisch, seit der Zeit ganz bedeutend im Preise gestiegen seien, sodaß das Fleisch die Zulage allein schon fortnehme. Wenn nun Herr Schmidt meine, der Antrag

steller wolle mit seinen Freunden nur das Prädikat für sich in Anspruch nehmen, daß sie für die städtischen Arbeiter sorgten und sie beglückten, so könne er der Mehrheit nur empfehlen, die 10prozentige Lohnerhöhung zu bewilligen, dann habe sie den Ruhm auf ihrer Seite.

Herr Wesemeier faßt seinen Standpunkt anders auf, als Herr Schmidt und ist der Meinung, daß er mit seinen Freunden wohl ein Recht habe, auf diese städtischen Interessen hier näher einzugehen. Nicht sie wollten die Leute zu sich herüberziehen, sondern die Leute kämen ihnen, was man auf der anderen Seite der Versammlung nicht scheine begreifen zu können. Weshalb sich die Leute nicht beschwerdeführend bei den städtischen Stellen melden, ob sie dabei eine Gefahr vermuten, wisse er nicht, aber jedenfalls suchten die Leute sie auf. Die andere Seite könne sich ja zum Beglückter der Leute machen und ihnen den Wind aus den Segeln nehmen, wenn die Lohnaufbesserung bewilligt würde.

Was nun die von Herrn Fiedel vorgeführten Zahlen anlange, welche beweisen sollten, daß die Löhne der Feuerwehr in den letzten fünf Jahren aufgebessert seien, so handle es sich dabei nur um eine gleitende Skala, in welcher der Anfangslohnsatz nicht gestiegen sei, sondern bei der nur der einzelne Feuerwehrmann Alterszulagen erhalte. Es werde doch wohl keinem Menschen zugemutet werden sollen, daß er für 75 M. monatlich zeit seines Lebens der Stadt seine Kräfte widme. Wenn die Bezahlung so glänzend wäre, würden wohl nicht von 46 Feuerwehrleuten 25 wieder ausgeschieden sein. Erfreulich sei es ihm gewesen, vom Herrn Oberbürgermeister zu hören, daß gern Braunschweiger in den Dienst der Stadt eingestellt würden. Man sollte hierauf gerade in den Wintermonaten Bedacht nehmen. In der Gasanstalt an der Bahnhofstraße habe man auswärtige junge Leute von einigen 20 Jahren angenommen und verheiratete Einheimische abgewiesen, was hierzu schlecht passe. Wenn es gewünscht werde, könne er Namen nennen.

Herr Ribbentrop erklärt, den Schlußantrag eingebracht zu haben, weil er den Antrag auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung nur als einen Tendenzantrag ansehen könne, der alljährlich wiederkehre. Die für den Antrag vorgebrachten Gründe seien heute wieder dieselben, wie er sie immer gehört habe, und betrachte er es als ein Attentat auf die Zeit der Versammlung, daß der Antrag wieder eingebracht werde, obwohl die Antragsteller wüßten, daß er doch nicht zur Annahme gelange. Den Antrag auf Schluß der Debatte habe er gestellt, gerade weil er ein Herz für die Arbeiter habe, denn es werde durch den Antrag Ohlendorf nichts weiter erreicht, als daß man den Leuten sage, sie könnten 10 % Lohn mehr kriegen und müßten dieses Mehr auch haben. Wenn man das einem Arbeiter sage, so fasse er natürlich auch gern zu, jedoch werde er durch solches Vorgehen nur mißmutig gemacht. Der Lohn der städtischen Arbeiter sei in ganz regelmäßiger Weise um 8 % jährlich gestiegen und das sei ein ganz normaler Satz. Wenn ihm nun

gesagt werde, daß er kein Herz für die Arbeiter habe, so trete er dem mit Entschiedenheit entgegen. Daß dieses aber auf der anderen Seite nicht der Fall sei, leuchte schon aus den Verhandlungen über die Beschäftigung der Arbeitslosen hervor, in welcher einer der Herren erklärte, daß es sich gar nicht darum handle, ob 50 Mann mehr beschäftigt würden, sondern daß Zweck und Grund des damaligen Antrages auf einem anderen Gebiete zu suchen seien. Die Schlussfolgerung könne sich hieraus jeder selbst ziehen.

Herr Esdorn möchte wissen, wie viele ausländische Arbeiter auf dem Rieselgute Steinhof beschäftigt werden, da nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters die ständigen Arbeiter alles einheimische Leute sein sollen. Er wolle dem Herrn Oberbürgermeister gern zustimmen, daß hiesige Arbeiter nicht nach dem Rieselgute hinzubekommen seien, jedoch empfehle es sich, dafür zu sorgen, daß die Mädchen vom Lande nicht in die Stadt zu kommen brauchen, indem man ihnen auf dem Rieselgute einen annehmbaren Lohn zahle.

Herr Jasper möchte Herrn Oberbürgermeister auf folgende Namen hinweisen: Scharamowicz, Kalisch, Wilkowska, Tomszak, Drzazga, Chjał zc. und dabei fragen, ob das deutsche Namen seien und deren Inhaber als Einheimische bezeichnet werden könnten. Nach seiner Zählung seien 87 fremdländische und nur 35 deutsche Namensinhaber auf dem Rieselgute tätig. Die Mehrzahl der Arbeiter werde also zum Schaden der benachbarten Gemeinden als Lohndrücker verwendet. Herr Jüdel habe ihm sodann entgegengehalten, daß die Kommission aus ihrer inneren Kenntnis der angeblich vorgenommenen Lohnerhöhungen heraus sich nicht bewogen gefunden habe, in die Prüfung der Lohnverhältnisse noch näher einzutreten. Ueber die innere Kenntnis der Mitglieder der Kommissionsmehrheit könne er natürlich nicht urteilen, jedoch möchte er den von Herrn Jüdel über die städtische Feuerwehr vorgetragene Zahlen entgegenhalten, daß z. B. hinsichtlich des Straßenreinigungsinstitutes das Jahrbuch der deutschen Städte, dessen Angaben offenbar auf den Mitteilungen der städtischen Verwaltungen selbst beruhen, für die Jahre 1894 und 1896 einen Durchschnittslohnsatz von 3 M angebe, während dieser Satz hier nur 2,67 M betrage. Ob darin eine Lohnsteigerung liege, könne sich jeder selbst ausrechnen. Wenn bei einzelnen Gruppen von Feuerwehrleuten eine Lohnsteigerung vorgekommen sei, so erkläre sich das so, daß die betr. Leute älter geworden und infolge dessen in eine höhere Lohngruppe hinaufgestiegen seien. Gerade bei den Feuerwehrleuten handle es sich um ganz eigentümliche Verhältnisse. Der Betriebsleiter habe berichtet, daß für die Leute durchgängig eine achtfündige Arbeitszeit gelten solle, während er in der Kommission behauptet habe, daß die Arbeitszeit eine andere sei, was man bestritten habe. Die Leute würden nämlich in ihrer dienstfreien Zeit noch zu außergewöhnlichen Arbeiten herangezogen, was nicht mit

gerechnet sei. Ferner wolle er darauf hinweisen, daß die angeblich vorgekommene Lohnsteigerung nicht als ein Recht des Arbeiters, der 10—12 Jahre in städtischen Diensten stehe, angesehen, sondern sie als Gunst gewährt werde. So unterschieden sich auch die Gasarbeiter in ihren Löhnen auf den beiden Gaswerken, so daß zwei Arbeiter, wenn sie zehn Jahre lang auf je einem der Werke beschäftigt gewesen seien, deshalb noch nicht denselben Lohnsatz zu erhalten brauchten, sondern dieses darauf ankomme, wie sie sich mit ihren Vorgesetzten stehen. Es seien also Mißstände genug vorhanden und werde binnen kurzem wohl auch ein Antrag auf Einführung einer geregelten Arbeitsordnung gestellt werden. (Große Unruhe. Der Herr Vorsitzende bittet um Ruhe.) Er glaube hier sagen zu müssen, was seine Pflicht sei und geschehe dieses nicht in der Absicht, welche ihm Herr Schmidt in frivoler Weise unterstellt habe, ebenso auch nicht von der Stellung eines Unternehmers aus. Die vorliegenden Fragen seien wohl wichtig genug, um sie in dieser Weise eingehend zu behandeln, jedoch wolle er die Geduld der Versammlung nicht weiter in Anspruch nehmen. Jedenfalls habe Herr Ribbentrop recht: die Anträge würden wiederkommen, bis die städtischen Behörden das tun, was ihre Pflicht und Schuldigkeit sei.

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst lehnt die Versammlung den Antrag Peplies auf Hinausschiebung der Abstimmung über den Antrag Ohlendorf mit 20 : 13 Stimmen ab. Sodann wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Ohlendorf mit 22 : 11 Stimmen abgelehnt. Für diesen Antrag stimmen die Herren: Altmann, Bunge, Günther, Herzberg, Jasper, Ohlendorf, Peplies, Kiefe, Stegmann, Wesemeier und Wiehle; gegen den Antrag die Herren: Brückmann, Buchler, Bührmann, Bues, Esborn, Frühling, Göde, Hauswaldt, Jüdel, Rathe, Koch, Lange, Lischigk, Lorb, Meyerhoff, Müller, Nolte, Ribbentrop, Schmidt, Schöttler, Wolff und Wolters. — Damit gilt der Antrag der Finanzkommission als angenommen.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

IV. Erwerb einer Fläche zur Schuhstraße.

Von dem Grundstücke der Firma Tieß an der Schuhstraße ist bei der Neubebauung ein schräger Streifen von 10 qm zur Straße genommen. Auf Ersuchen des Magistrates und nach Empfehlung durch die Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet,

erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß hierfür der Eigentümerin ein Einheitspreis von 300 M für 1 qm zugebilligt werde, wogegen die Kosten der Asphaltierung des vor dem Grundstücke liegenden Bürgersteigs die Firma Tieß übernimmt.

V. Aufstellung von Laternen auf der Goslarischenstraße.

Eine Anzahl Anlieger der Goslarischenstraße hat gebeten, durch Aufstellung einiger Laternen eine Straßenbeleuchtung auf der Strecke zwischen Rudolfsplatz und Klosterstraße eintreten zu lassen. An dieser Straßenstrecke sind sechs Häuser erbaut und auch schon bewohnt. Da die Straße an der betreffenden Stelle mit einem Gasrohr nicht versehen ist, würden zunächst Petroleumlaternen zur Verwendung kommen müssen. Dem Antrage des Magistrates, die Aufstellung von drei Petroleumlaternen zu genehmigen und die Ausführungskosten mit 210 M. zu bewilligen,

stimmt Herr Schmidt namens der Finanzkommission zu.

Herr Wesemeier möchte bitten, das Gasrohr recht bald zu legen, damit dort auch Gaslaternen aufgestellt werden können.

Herr Fiedel erwidert, daß es sich darum handle, recht rasch der Straßenstrecke eine Beleuchtung zu geben. Wenn man nun erst ein Gasrohr legen wolle, so dauere das zu lange, zumal auch der Ausbau der Straßenstrecke bevorstehe.

Herr Bunge muß auch wünschen, dort betreffs der Beleuchtung recht bald Remedur geschaffen zu sehen. Wenn erst einmal Dellaternen aufgestellt werden müßten, so schade das nichts, jedoch empfehle es sich, dort recht bald ein Gasrohr zu legen. Im Hohe- und Wilhelmitordistrikte finde man stellenweise überhaupt eine schlechte Beleuchtung, so z. B. entbehre die Laffertstraße noch der Beleuchtung und ersuche er, auch dort zunächst Petroleumlaternen aufzustellen. Ebenso halte er es für notwendig, auf dem Altstadttringe auch die beiden letzten Laternen anzuzünden.

Herr Esborn muß ebenfalls anerkennen, daß dort, wo noch kein Gasrohr liege, zunächst Petroleumlaternen Verwendung finden, damit recht schnell Abhilfe eintrete. Bei ihm sei auch Klage darüber geführt worden, daß auf dem Neustadttringe und der Ferdinandstraße nicht alle vorhandenen Laternen angezündet würden, weshalb er um Abhilfe bitte.

Herr Stadtrat Haake erwidert, daß bereits angeordnet sei, am Neustadttringe zwei Laternen vom Madamenwege nach der Kreuzstraße zu in Betrieb zu nehmen.

Die Magistratevorlage wird darauf angenommen.

VI. Antrag Bues: Beschaffung eines Leichenwagens.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 220 des Berichtes — berichtet namens der Finanzkommission Herr Wolters: Der Antragsteller sei bei dem Antrage von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Fürsorge für den Transport von Leichen auf die Armendirektion entfalle, während dieses in Wirklichkeit Sache der Herzoglichen Polizeidirektion sei. In früheren

Jahren habe diese auch allein die Fürsorge für Leichentransporte getroffen, und sei dieses Verhältniß erst geändert durch ein Uebereinkommen zwischen der Herzoglichen Polizeidirektion und der Armendirektion aus dem Jahre 1886. Damals sei bei der Stadtverwaltung angefragt worden, ob das Pflegehaus wohl bereit sein würde, die Leichentransporte innerhalb der Stadt selbst zu übernehmen, worauf eine zustimmende Antwort erteilt worden sei. Seit dieser Zeit besorge das Pflegehaus den Transport gegen eine jedesmalige Gebühr von 4 M. Zu dem Transporte werde auf Anforderung bei der Pflegehausverwaltung oder dem Armenbureau eine Trägerbahre mit verschiedenen Pfleglingen als Träger und einem geschulten Wärter als Begleiter gestellt.

Wenn nun der Antragsteller die Frage angeregt habe, ob durch die heute übliche Art und Weise des Leichentransportes den Anforderungen der Jetztzeit voll Genüge geschehe, so theile die Finanzkommission die Ansicht, daß in dieser Beziehung eine Besserung herbeizuführen sei. Auch der Magistrat habe mitgeteilt, daß die Herzogliche Polizeidirektion schon Vorstellungen gegen die Art und Weise des Transportes erhoben und bemerkt habe, daß die der Wahre beigegebenen Träger infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit nicht imstande seien, einen Leichentransport ordnungsmäßig auszuführen. Es sei daher dem Magistrate empfohlen worden, von neuem mit der Herzoglichen Polizeidirektion in Verhandlungen darüber zu treten, ob die jetzige Art und Weise der Leichenbeförderung geändert werden solle, und ob es sich namentlich auch empfehle, für solche Transporte einen besonderen Wagen in Dienst zu stellen. In der Finanzkommission sei man der Meinung gewesen, daß es Fälle geben könne, besonders wenn die Leichen schon allzu lange der Verwesung ausgesetzt gewesen seien, wo eine gleichzeitige Benutzung des Sanitätswagens als Leichenwagen nicht angängig erscheine, daß es aber doch in vielen Fällen denkbar sei, den Krankentransportwagen nach Anbringung einer besonderen technischen Vorrichtung auch als Leichentransportwagen zu verwenden. Daher empfehle die Kommission der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, nähere Verhandlungen hierüber mit der Herzoglichen Polizeidirektion anzubahnen und der Versammlung sodann mit einer Vorlage zu kommen.

Herr Löschigk möchte auf Veranlassung eines Unternehmers darauf hinweisen, daß dieser zwei Leichentransportwagen beschafft hätte, aber dem Vernehmen nach von der Herzoglichen Polizeidirektion keinen Auftrag zum Transporte von Leichen erhalte, um nicht das Pflegehaus in seinen Einnahmen zu schmälern. So sehr er nun auch dem Pflegehause seine Einnahmen gönne, sei er doch dafür, daß der Magistrat sich mit dem Unternehmer, Tischlermeister Ciffée, in Verbindung setze, worauf dieser mit einem Antrage hervortreten werde.

Hierbei möchte er noch eine andere Sache zur Sprache bringen. Neulich sei im hiesigen Krankenhause ein junges Mädchen aus Königsutter gestorben, dessen

Eltern die Leiche gern in der Heimat beisetzen lassen wollten. Um die Leiche nach Königsutter überführen lassen zu können, seien an die hiesige Kirche bei einem Sarge mit Bügeln 56 M, sonst 37 M als Gebühr zu zahlen gewesen, während bei der Beerdigung hier am Orte nur 27 M Gebühr zu bezahlen gewesen wären. Hierbei handle es sich doch wohl um einen alten Bopf, der beseitigt werden mußte.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich bereit, über die letztere Anregung des Herrn Löschnigk einige Mittheilungen zu machen, wenn auch die Sache mit dem vorliegenden Antrage nichts zu tun habe. Der Magistrat habe sich nämlich im Einverständniß mit dem Kirchenassessorat bereits dahin schlüssig gemacht, der Herzoglichen Landesregierung zu empfehlen, die Bestimmung, nach welcher hier verstorbene Menschen, die nach auswärts gebracht werden sollen, hier abgabepflichtig seien, unter entsprechender Entschädigung der alten Kirchengemeinden, aufzuheben.

Herr Stadtrat von Frankenberg möchte Herrn Löschnigk noch erwidern, daß das Pflegehaus durchaus keinen Wert darauf lege, die Leichentransporte auch ferner auszuführen; die Deputation für das Pflegehaus habe es im Gegenteil für dringend wünschenswert erklärt, eine Aenderung in dieser Sache eintreten zu lassen. Deshalb habe er für seine Person den Antrag Bues mit Freuden begrüßt. Im übrigen dürften die weiteren Verhandlungen mit Herrn Cissée nicht von dem Magistrate, sondern von der Herzoglichen Polizeidirektion zu führen sein, abgesehen davon, wenn man in Ausnahmefällen etwa den Sanitätswagen einmal zu Leichentransporten benutzen wolle. Wenn die Versammlung diese Sache dem Magistrate zur Erwägung verstellen wollte, so würde sich eine Abhilfe wohl auch ohne eine besondere Vorlage in die Wege leiten lassen.

Herr Meyerhoff bittet, nicht dafür einzutreten, daß der Sanitätswagen auch zu Leichentransporten benutzt werden dürfe. (Zustimmung.) Wenn bei Leichentransporten auch ein Zinkeinsatz genommen würde, so werde es doch ewig heißen, es sei ein Leichenwagen und kein Sanitätswagen. Sterbe einmal ein Schwerverletzter auf dem Transporte, so lasse sich das nicht verhindern, aber zum Leichenwagen dürfe man den Sanitätswagen nicht erklären. Wenn die Herzogliche Polizeidirektion hierfür zu sorgen habe, so möge sie es tun, gehe es aber die Stadtverwaltung an, so möge ein besonderer Leichentransportwagen angeschafft werden.

Der Antrag der Finanzkommission wird sodann gutgeheißen.

VII. Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Sidonienstraße.

Mit Schreiben vom 30. April d. Js. hat die Versammlung bei dem Magistrate beantragt, die Sidonienbrücke zu verbreitern und in deren Nähe eine Bedürfnis-

anstalt aufstellen zu lassen. Dem letzteren Antrage stimmt der Magistrat ohne weiteres zu und ist der Ansicht, daß die Anstalt am zweckmäßigsten innerhalb des Gartens des Pflegehauses und zwar an der Ecke der Sidonienstraße und des Königtieges Aufstellung finde. Es würde eine Anlage mit drei Ständen aus Gußeisen und Wellblech mit Torfitplatten und Delsphons genügen, deren Kosten zu 1830 M veranschlagt worden sind; für Einfriedigungen, Anpflanzungen und Zugänge würden daneben 450 M aufzuwenden sein. Der Versammlung wird anheimgegeben, der Ausführung dieser Anlage zuzustimmen und die vorerwähnten Kosten zu bewilligen.

Wegen der gleichzeitig beantragten Verbreiterung der Sidonienbrücke behält sich der Magistrat weitere Mitteilung vor.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler empfiehlt die Baukommission die Annahme der Vorlage.

Herr Alßmann kann sich für die Vorlage nicht erwärmen, da es sich nur um eine Anstalt für Männer handle. Es sei schon häufig gesagt worden, daß die Frauen oft noch eher das Bedürfnis haben, eine solche Anstalt aufzusuchen, als die Männer, weil letztere durch Eintreten in eine Wirtschaft u. sich leichter helfen könnten. Da nun an der Sidonienstraße keine Terrainschwierigkeiten vorhanden seien, dort auch ein starker Fußgängerverkehr herrsche, so empfehle er, die Anstalt auch für Frauen mit einzurichten.

Herr Ohlendorf möchte anfragen, ob schon ein Projekt zur Verbreiterung der Sidonienbrücke vorliege.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß ein solches Projekt bereits ausgearbeitet sei und sich dessen Ausführung, sofern das zu verwendende Material aus den alten Beständen genommen werde, auf etwa 4000 M stellen würde. Wenn nun auch der Magistrat nicht abgeneigt sei, auf den Antrag einzugehen, so scheine ihm andererseits doch ein dringendes Bedürfnis, das Projekt noch in diesem Jahre auszuführen, nicht vorzuliegen, weshalb es noch zurückgestellt werden solle, um zu sehen, wie sich der Etat im nächsten Jahre gestalten werde.

Herr Böschigt schließt sich den Ausführungen des Herrn Alßmann an und ersucht, die Bedürfnisanstalt an der Sidonienstraße für beide Geschlechter einzurichten, da ihm die Frauenabteilung gerade vor den Toren sehr notwendig erscheine. Er könne nur empfehlen, die Anstalt auf dem Hagenmarkte abzureißen und hier aufzustellen.

Herr Alßmann stellt den Antrag, die Anstalt für beide Geschlechter einzurichten.

Nachdem Herr Böschigt nochmals ersucht hatte, auf die Hagenmarktsanstalt zurückzugreifen,

beschließt die Versammlung, die Vorlage an die Baukommission zurückzuweisen.

VIII. Einrichtung einer Oberklasse für die 4. Mädchenschule.

Die 4. mittlere Mädchenbürgerschule am Schulwege enthält zurzeit für jede Stufenklasse der Schule drei, zusammen 21 Schulklassen. Wie schon in einigen anderen hiesigen Bürgerschulen hat sich auch hier das Bedürfnis herausgestellt, diejenigen Mädchen, welche nach Zurücklegung der 7 Stufenklassen noch ein achttes Schuljahr zur Verfügung haben, in einer Oberklasse zu vereinigen. Eine solche Klasse läßt sich an der Schule dadurch ohne erhebliche, auf 1580 M zu veranschlagende Kosten einrichten, daß von dem die Größe zweier Schulklassen umfassenden Zeichensaale durch Ziehung einer leichten Zwischenwand ein Klassenzimmer abgetrennt wird. Dieses Zimmer würde sodann mit 20 zweifitzigen Bänken ausgestattet werden und für 40 Kinder Raum bieten, während im Zeichensaale noch deren ebensoviele Platz behalten würden. Die Versammlung wird ersucht, die erforderlichen Mittel zu dem gedachten Zwecke zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Brückmann empfiehlt die Schulkommission die Annahme der Vorlage. Die Anstellung eines weiteren Lehrers für diese Klasse sei nicht erforderlich. Nach den bisherigen Erfahrungen wirken solche Klassen außerordentlich segensreich für die Kinder.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

IX. Ortsbauplan für ehemalige Grundflächen der Feldmark Riddagshausen.

Nachdem die zwischen der hiesigen Stadt und der Gemeinde Riddagshausen vereinbarte Erweiterung des hiesigen Stadtgebietes durch das Gesetz Nr. 39 vom 5. Juli d. Js. rechtskräftig geworden ist, hat der Magistrat für die zwischen der Husarenstraße und dem Riddagshäuserwege gelegenen, dem Stadtbezirke zugelegten Grundflächen im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte einen neuen Ortsbauplan aufstellen lassen. Die Ausarbeitung eines solchen Planes für das übrige, dem Stadtbezirke zugelegte Gebiet wird nach der Ansicht des Magistrates bis dahin zu verschieben sein, daß die künftige Lage der Braunschweig-Helmstedter Bahn feststeht. Dem Antrage des Magistrates, den Bauplan zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, zu.

X. Vergleichsvorschlag in der Klagesache gegen Finke.

Nach erteilter Genehmigung der Versammlung hat der Magistrat gegen den Mühlenbesitzer Finke auf der Kupfermühle bei Lucklum Klage auf Zahlung von 4623,90 M erhoben. Dieser hat den Anspruch bestritten. Im Termine vom 19. Oktober 1903 ist gerichtsseits folgender Vergleichsvorschlag gemacht worden:

Herr Finke zahlt auf die eingeklagte Forderung 1500 M, worauf die von ihm gestellte Kaution zu 500 M anzurechnen ist; den Rest zu 1000 M hat er in vierteljährlichen Raten zu 150 M, zuerst am 1. Dezember 1903 zu zahlen. Falls eine Rate nicht binnen einem Monat nach Fälligkeit gezahlt ist, wird der ganze Rest der Schuld fällig. Die Gerichtskosten werden geteilt, die Parteikosten gegen einander aufgehoben. Finke hat diesen Vorschlag sofort angenommen, während sich der Vertreter des Magistrates die Erklärung vorbehalten hat. Nach der Meinung des Magistrates empfiehlt sich die Annahme des Vergleiches und wird die Versammlung um die Erteilung der Zustimmung zu seiner Annahme ersucht.

Wie Herr Wolff berichtet, ist die Statutenkommission mit dem Magistrate der Ansicht, daß sich die Annahme des Vergleiches aus verschiedenen Gründen empfehle.

Der Vergleich wird darauf angenommen.

XI. Einsprachen gegen den Ortsbauplan an der Masch.

Gegen den von der Versammlung genehmigten Ortsbauplan für das zwischen der Kellerstraße, dem Neustadtringe und der Oker gelegene Stadtgebiet haben der Kaufmann Nienstedt, der Viktualienhändler Ferges und der Lehrer Wolters Einsprache erhoben. Herr Nienstedt hat seine Einsprache allerdings zurückgezogen, da er aber gleichzeitig „im Namen der Hausbesitzer hinter der Masch“ geschrieben hat, so dürfte sich empfehlen, auch diese Einsprache noch zu behandeln.

Bei der Vorlage der von der Versammlung früher beschlossenen Aenderung des Ortsbauplanes in der Umgebung der Maschstraße an die Herzogliche Kreisdirektion erklärte der Magistrat, daß er die Einsprachen den Stadtverordneten nicht noch vorgelegt habe, weil die Vorschrift im § 6 der Bauordnung vom 15. Juni 1876, wonach über die gegen den Ortsbauplan vorgebrachten Einwendungen „die städtischen Behörden“ zu beschließen haben, in die Bauordnung vom 13. März 1899 nicht wieder aufgenommen sei, die Entscheidung daher bei dem Herzoglichen Staatsministerium liege, das, wenn es den Plan genehmige, damit implicite auch die Einsprachen verwerfe. Die Herzogliche Baudirektion ist hierüber anderer Ansicht und meint, daß die „Gemeindebehörden“ über Einwendungen gegen den Ortsbauplan zunächst zu entscheiden haben und daß das Herzogliche Staatsministerium nur als Aufsichtsbehörde durch Erteilung oder Versagung der Genehmigung des Ortsbauplanes mitwirke. Das ergebe sich sowohl aus dem Wortlaute des § 6, als auch aus der Begründung zum § 6 des Entwurfes der Bauordnung. Wenn im § 6, Abs. 2 davon die Rede sei, daß die vorgebrachten Einwendungen von den „Gemeindevertretungen“ für begründet erachtet werden können, so werde damit als selbstverständlich vorausgesetzt, daß solche Einwendungen den Gemeindevertretungen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Da dem Magistrate eine schnelle Erledigung dieser Angelegenheit geboten erscheint, so gibt er unter näherer Begründung seines Standpunktes anheim, für den Fall, daß das Herzogliche Staatsministerium eine Anhörung und Mitwirkung der Stadtverordneten für erforderlich erachten sollte, die sämtlichen Einsprachen zu verwerfen.

Wie Herr Bürgermeister Kete meyer, die Vorlage ergänzend, ausführt, hat sich der Magistrat dahin schlüssig gemacht, daß er seinen Standpunkt aufrecht erhalte und ihn gegenüber der Herzoglichen Baudirektion nochmals geltend machen wolle. Der Absatz 2 des § 6 der Bauordnung laute:

„Die vorgebrachten Einwendungen sind, soweit sie von den Gemeindevertretungen im Einverständnis mit der Ortspolizeibehörde für begründet erachtet werden, zu berücksichtigen. Insofern nicht infolge der hierdurch bedingten Abänderung des Ortsbauplans eine nochmalige Auslegung desselben stattzufinden hat, legt alsdann der Gemeindevorstand den Ortsbauplan in zwei Ausfertigungen mit einer gutachtlichen Äußerung über die nicht berücksichtigten Einwendungen der Herzoglichen Kreisdirektion vor“.

Der Magistrat könne hieraus nicht schließen, daß über jede Einwendung nur beide Behörden zu entscheiden vermögen, und zwar besonders deshalb nicht, weil sich hieraus im zutreffenden Falle unter Umständen ein unlösbarer Widerspruch ergeben könnte. Gesezt den Fall, die städtischen Behörden beschlössen den Ortsbauplan und es erfolgten dagegen Einsprachen, die der Magistrat für begründet, die Versammlung aber nicht für begründet hielte, oder umgekehrt, so würde man festsetzen und nicht wissen, wie man aus diesem Dilemma herauskomme. Gerade deshalb, weil dieses zu den wunderbarsten Konsequenzen führen würde und man unter Umständen eine Aenderung am Ortsbauplane gar nicht vornehmen könne, sei nach der Ansicht des Magistrates die frühere Bestimmung aus dem neuen Gesetze herausgelassen worden, nach der die „Gemeindebehörden“ über solche Einwendungen zu entscheiden gehabt haben. Wie man aus den bestehenden Bestimmungen schließen könne, daß der Magistrat verpflichtet sein solle, jede Einsprache der Versammlung nicht nur zur Kenntnisaufnahme, sondern auch zur Beschlußfassung vorzulegen, verstehe er nicht. Auch auf anderen Gebieten der Stadtverwaltung geschehe das nicht. Um indessen die Sache durch Austragung dieser prinzipiellen Frage nicht zu verzögern, ersuche er, zu den drei Einsprachen, welche des näheren erörtert werden, ohne Vorberatung durch eine Kommission Stellung zu nehmen und sie zu verwerfen.

Herr Jasper möchte ersuchen, aus dieser Beschlußfassung keine grundsätzliche Folge herzuleiten, da er noch nicht darauf verzichten könne, daß die Einsprachen auch der Versammlung vorgelegt werden müßten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß hierüber nicht die Versammlung, sondern das Herzogliche Staatsministerium zu entscheiden habe.

Die Einsprachen werden darauf verworfen.

XII. Antrag Löschigk: Freihaltung eines Platzes auf den Straßenbahnwagen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, daß der Platz auf der Plattform der Straßenbahnwagen hinten rechts frei gelassen werde, bezw. Schaffnerplatz sei“.

Wie Herr Löschigk zur Begründung ausführt, sei es namentlich für Damen unangenehm, beim Besteigen oder Verlassen der Straßenbahnwagen sich zwischen zwei Herren durchdrängen zu müssen. Deshalb halte er es für notwendig, die Einrichtung wie in allen anderen ihm bekannten Städten zu treffen, daß der Platz rechts auf der hintern Plattform der Wagen frei bleibe, oder aber bei besetzter Plattform dem Schaffner als Standplatz angewiesen werde. Wenn dann jemand den Wagen besteigen oder verlassen wolle, sei er nicht von dem guten Willen der Fahrgäste abhängig, sondern könne, nachdem der Schaffner abgestiegen sei, bequem über die Plattform gehen. Da sich bei solcher Einrichtung auch der Verkehr schneller abwicke, so liege sie mit im Interesse der Straßenbahngesellschaft.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

XIII. Antrag Asmann und Gen.: Errichtung einer Bedürfnisanstalt.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß die zu errichtende Bedürfnisanstalt an der Ecke der Sidonienstraße und des Königstieges für beide Geschlechter eingerichtet werden möge und die Benutzung eine unentgeltliche sein solle“,

wird, als durch die Verhandlung bei Punkt VII der Tagesordnung begründet, der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XIV. Antrag Löschigk: Verkehr auf der Straßenbahnlinie nach dem Zentralfriedhofe.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Straßenbahngesellschaft zu veranlassen, auf Grund der seinerzeit erteilten

Konzeßion die Strecke Madamenweg—Zentralfriedhof ordnungsmäßig voll zu befahren“,

führt Herr Böschigt aus, daß es der Straßenbahngesellschaft nach langwierigen Verhandlungen endlich gelungen sei, von der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Magdeburg die Genehmigung zum Uebersetzen der Wagen über die Gleise an der Helmstedterstraße zu erhalten. Es müsse ihn nun wundern, daß der Magistrat von der Gesellschaft nur verlangt habe, die Wagen im Sommer von 10 bis 6 Uhr und im Winter von 10 bis 5 Uhr bis zum Friedhofe laufen zu lassen, da sie doch kontraktlich verpflichtet sei, den Betrieb bis zum Friedhofe voll durchzuführen. Nachdem in der Nähe des Friedhofes verschiedene Wohnhäuser bezogen seien und sich dort auch eine viel besuchte Gastwirtschaft befinde, der Friedhof außerdem im Sommer länger als bis 6 Uhr besucht werde, halte er es für richtig, der Straßenbahn die volle Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufzugeben. Es handle sich um ein Institut, das der Allgemeinheit dienen solle, weshalb es nicht richtig sei, ihm zum Nachtheile des Publikums eine solche Vergünstigung zuteil werden zu lassen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

XV. Antrag Bunge: Ausbau von Terrain am Altstadtringe.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß das Terrain zwischen Altstadtring und Altfeldstraße ausgebaut werde“,

wird von Herrn Bunge wie folgt begründet: Zwischen Hohestieg, Altstadtring und Altfeldstraße liege ein freier Platz, der bei Regenwetter einem See gleiche, während sich einige Tage darauf ein dicker Schlamm bilde. Außerdem sehe es dann aus, als ob eine Kompagnie Soldaten dort Schanzgräben aufgeworfen haben. Infolge dieser Zustände sei es vorgekommen, daß Passanten abends hingestürzt seien und sich beschmutzt haben. Nur einem glücklichen Zufalle könne man es zuschreiben, daß dort nicht schon größere Unglücksfälle vorgekommen seien, für welche die Stadt dann eventuell haftbar gemacht werden könne. Er möchte bitten, dort Remedur zu schaffen und entweder den Ring so hoch aufzuschütten, wie das Trottoir liege, oder den Eigentümer des Platzes zu veranlassen, letzteren einzufriedigen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XVI. Antrag Lössig: Belegung von Fußwegen mit Platten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, im nächsten Frühjahr die Fußwege der Pflegehausstraße zwischen Celler- und Klosterstraße mit Platten belegen zu lassen“.

Zur Begründung hebt Herr Lössig hervor, daß es von den Anwohnern der Pflegehaus-, Kloster- und Rudolfstraße unangenehm empfunden werde, wenn sie auf dem Wege zur Stadt nach der Cellerstraße zu auf der kurzen Strecke der Pflegehausstraße von der Klosterstraße ab bei schlechtem Wetter im Schmutze waten müssen, während die Fußwege der übrigen Straßen mit Platten belegt seien. Man habe diese Straßenstrecke wohl unausgebaut gelassen, weil auf der einen Seite der alte Friedhof liege und auf der anderen Seite Herr Lössig als Anlieger kein Interesse an dem Ausbau der Straße habe. Vielleicht lasse sich hier eine provisorische Befestigung der Fußwege in ähnlicher Weise schaffen, wie seinerzeit auf der Maschstraße, wo man auf der einen Seite Bordsteine gelegt und den Fußweg befestigt habe. Man brauche nicht die ganze Breite des Fußweges mit Platten zu belegen, sondern komme vielleicht mit drei Reihen Platten an jeder Seite der Straße aus.

Auch diesen genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XVII. Anfrage Brückmann: Haushaltsunterricht an den unteren Bürgereschulen.

Herr Brückmann hat folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

„Kann der Magistrat Auskunft geben, wie weit die Vorarbeiten zur Einführung des obligatorischen Haushaltsunterrichtes in den unteren Mädchenbürgerschulen gediehen sind; ferner, ob die Einführung dieses Unterrichtes zu Ostern nächsten Jahres in Aussicht genommen ist?“

Zur Begründung führt Herr Brückmann an, daß ein von ihm in der Sitzung vom 20. März 1902 — Seite 305 des Berichtes — gestellter, diesen Gegenstand betreffender Antrag in der Sitzung vom 5. Juni 1902 — Seite 50 des Berichtes — einstimmig genehmigt worden sei und auch der Magistrat seiner Geneigtheit zur Durchführung des Antrages durch Einstellung eines Betrages von 150 M in den diesjährigen Etat Ausdruck gegeben habe. Da indessen seither von der Sache nichts mehr verlautete, habe er die Anfrage an den Magistrat gerichtet.

Herr Oberbürgermeister Podels erklärt sich bereit, die Anfrage zu beantworten: Nach der Annahme des Antrages habe sich der Magistrat mit dem Schulvorstande in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, ob er bereit sei, den Unter-

richt in einer Schule einzuführen. Als der Schulvorstand die Frage bejaht habe, sei der Schuldirektor Schaarschmidt nach Cassel gesandt worden, um den Unterricht in der Praxis kennen zu lernen. Herr Professor Schaarschmidt sei sehr befriedigt von der Reise zurückgekommen und habe seinerseits empfohlen, versuchsweise in einer Schule solche Einrichtung zu treffen. Durch Vermittlung des Schulvorstandes sei sodann an die städtische Bauverwaltung der Auftrag gerichtet worden, bei der damals im Bau begriffenen Schule an der Pestalozzistraße eine entsprechende Einrichtung zu schaffen. Die Bauverwaltung habe darauf aber berichtet, daß sich dieses aus technischen Rücksichten nicht empfehle, weil sonst im Erdgeschoße neue Schornsteine gezogen werden müßten und auch die aufsteigenden Dünste die Luft im Schulgebäude verderben würden. Mit Rücksicht hierauf habe es der Magistrat für richtig gehalten, einstweilen mit der Sache zu warten, jedoch nicht in dem Sinne, wie es die städtische Bauverwaltung meine, nämlich bis zum Bau einer neuen unteren Bürgerschule, und zwar einmal weil dieses zu lange dauern werde und man andererseits auch nicht vorher wissen könne, ob die Schule für solche Einrichtung günstig liegen werde. Es sei deshalb der städtischen Bauverwaltung empfohlen worden, bei dem Projekte des Lehrerinnenseminars darauf Rücksicht zu nehmen und habe Herr Stadtbaumeister Osterloh erklärt, daß sich dort solche Hochschule ganz ausgezeichnet schaffen lasse. Den Plan werde der Magistrat in nächster Zeit erhalten und solle sodann eine Vorlage an die Versammlung ergehen. Ob die Schule schon im nächsten Jahre fertiggestellt werde, müsse er allerdings bezweifeln, aber begonnen werde sie dann jedenfalls.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

1903/1904.

Nr. 9.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. Dezember 1903.



Tagesordnung:

I.	Rechnungsabchlüsse der Kammereikasse zc. für 1902/03	Seite 256
II.	Wasserklosetts für die städtische Mädchenschule	" 256
III.	Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs.	" 257
IV.	Unterstützung an den Braunschweiger Schreiber-Gartenverein	" 270
V.	Beleuchtungsanlage der Rathausuhr	" 279
VI.	Geschäftsordnungs-Debatte	" 280
VII.	Ankauf einer ethnographischen Sammlung	" 281
VIII.	Instandsetzung eines Teiles der Schützenstraße	" 281
IX.	Instandsetzung des westlichen Platzes an der Brüdernkirche	" 282
X.	Instandsetzung der Karrenführerstraße	" 283
XI.	Ausführungen am Wasserrohrreife	" 284
XII.	Klageerhebung	" 284
XIII.	Projekt zum Ausbau der Maschstraße jenseits der Wehrstraße.	" 284
XIV.	Unterstützungsgesuch für deutsche Schulen im Auslande.	" 285
XV.	Verlängerung des Gashauptrohrs der Helmstedterstraße	" 286
XVI.	Warmwasserbereitungsanlage in der Gewerbeschule	" 286
XVII.	Ausbau eines Teiles des Bülttenweges und Anlage einer Fußgängerbrücke	" 286
XVIII.	Antrag Aßmann und Gen.: Errichtung einer Bedürfnisanstalt	" 287
XIX.	Antrag Jasper: Schluß der heutigen Sitzung.	" 288
XX.	Ueberrahme eines Teils der Promenade am Magnitore	" 289
XXI.	Ausleihung eines Hypothekkapitals	" 290
XXII.	Pensionierung eines Schulinspektors	" 290

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg und Seele.

Entschuldigt die Herren Bührmann, Göcke, Rathe, Lord, Supprian und Meyerhoff.

Den Vorsitz führt Herr Semler. Nach Eröffnung der Sitzung wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

1. Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse u. für 1902/03.

Der Versammlung werden zur Prüfung überreicht die Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse und der mit ihr durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Nebenkassen für das Rechnungsjahr 1902/03, sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen für dasselbe Jahr. Der Magistrat ersucht hierbei, die aus den Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits genehmigt worden sind, nachträglich genehm zu halten und darnach die Exekutionsetats der sämtlichen Kassen, vorbehaltlich der Rechnungsablage, für gerechtfertigt zu erklären.

Nachdem Herr Fiedel die jedem Mitgliede der Versammlung in einem Exemplare zugegangenen Abschlüsse in großen Zügen durchgesprochen und festgestellt hatte, daß die Kämmereikasse mit einem Ueberschusse von 69 735,93 M abgeschlossen habe, beantragt er, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

II. Wasserklosetts für die städtische Mädchenschule.

Zum Zwecke der Anlage von Wasserklosetts in den Abortgebäuden der städtischen Mädchenschule werden für den nächstjährigen Haushaltsplan 3700 M gefordert. Dem Antrage des Magistrates, diese Summe zu bewilligen,

stimmt Herr Müller namens der Schulkommission zu. Letztere spricht dabei noch die Bitte aus, es möchten die übrigen rückständigen städtischen Schulen im nächsten Jahre auch mit Wasserklosetts versehen werden.

Herr Fiedel möchte bitten, darauf zu achten, daß mit dem Wasser in den Klosettanlagen der höheren Mädchenschule nicht gar zu sparsam umgegangen werde. Man stelle dort das Wasser nur gelegentlich an und sammle es in Bassins auf; wenn diese nun einmal früher geleert seien, als das Wasser wieder angestellt werde, sei der mit den Wasserklosetts verbundene Vorteil illusorisch gemacht.

Herr Müller kann sich diesem Wunsche nur anschließen. In der Kommission sei schon davon gesprochen und habe dabei ein Mitglied geäußert, daß seine Anlagen mit einer pneumatischen Vorrichtung versehen seien, die im Wasserverbrauche große Vorteile böte und trotzdem ständig Wasser liefere.

Herr Brückmann empfiehlt, eine ähnliche Anlage zu wählen, wie er sie seit Jahren im Betriebe habe. Diese Anlage sei derartig eingerichtet, daß für jeden erwünschten Zeitabschnitt eine automatische Entleerung eingestellt werden könne.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

III. Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs.

Die Vergebung der im Bürgerparke auf Beschluß der städtischen Behörden hergerichteten sieben Tennisplätze hat sich im Laufe der Zeit immer schwieriger gestaltet insofern, als die Zahl der Bewerber von Jahr zu Jahr größer geworden ist, sodaß die einzelnen Plätze stets einer Gruppe von mehreren Bewerbern überlassen werden mußten. In neuester Zeit hat nun die Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs gebeten, ihr die sämtlichen Plätze zu überlassen, sie jedoch zunächst, um die regelmäßige Abhaltung der großen Tennisturniere hier zu ermöglichen, nicht nur zu vergrößern, sondern auch bei gleichzeitiger Herrichtung von Zwischenräumen zwischen den einzelnen Plätzen um drei neue Felder zu vermehren und überdies in der Nähe der Plätze ein kleineres Gebäude zu errichten, das den Spielern beim Umkleiden zc. als Unterkunftsraum dienen soll.

Wenn nun auch der Magistrat die Erweiterung der jetzigen Spielplatzanlage glaubt ablehnen zu sollen, so mußte er andererseits doch anerkennen, daß bei der starken Nachfrage nach Spielplätzen die Schaffung neuer unbedenklich und zweckmäßig sei und daß es überdies für die Stadt nur vorteilhaft sein könne, wenn fortan hier die großen Meisterschaftsturniere alljährlich veranstaltet würden. Ungeachtet dieser Erwägungen mußte der Magistrat indessen Bedenken tragen, die nicht unerheblichen Kosten für die Herrichtung solcher Anlage aus städtischen Mitteln aufzuwenden, er hielt vielmehr für zweckmäßig, daß die Herrichtung einer neuen selbstständigen Anlage der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs zu überlassen sei, daß aber das Unternehmen stadtseitig durch Hergabe eines entsprechenden Platzes im Bürgerparke gefördert werden könne. Auf Vorschlag der Parkdeputation ist zu dem Zwecke der ovale Rasenplatz südlich der Badeanstalt der Vereinigung angeboten und mit ihr eine Verständigung über ein Abkommen erzielt, dem folgende Bedingungen zugrunde zu legen sein würden:

- 1) Der vorbezeichnete freie Platz, sowie eine von der Parkdeputation näher zu bestimmende Teilfläche seiner unmittelbaren Umgebung wird der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs unentgeltlich, jedoch gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr von jährlich 3 M., behufs Abhaltung von Spielen und Turnieren überlassen.
- 2) Die gesamte Spielanlage nebst dem Tennishause wird von der Vereinigung auf deren Kosten hergerichtet, jedoch im Einvernehmen mit dem

Magistrate, der auch den Plan des zu erbauenden Hauses — abgesehen von der baupolizeilichen Prüfung — sowie sämtliche Anschläge über die Kosten der einzelnen Teile der gesamten Anlage zu genehmigen hat.

Dagegen soll die Herrichtung gärtnerischer Anlagen und die Anpflanzung von Bäumen und Gesträuchern innerhalb und neben der Spielplananlage im Einvernehmen mit der Vereinigung durch die Verwaltung des Bürgerparks auf Kosten der Stadt erfolgen, die diese Anlagen auch zu unterhalten hat.

- 3) Die Spielplananlage nebst Zubehör (Einfriedigung, Gebäude) ist, so lange sie von der Vereinigung zu dem unter 1 angegebenen Zwecke benutzt wird, von ihr auf eigene Kosten in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten. Darüber, ob diese Verpflichtung erfüllt sei, bezw. was zu geschehen habe, um der fraglichen Verbindlichkeit zu genügen, hat der Magistrat nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden.
- 4) Der Vereinigung steht das Recht zu, die einzelnen Spielplätze (mit oder ohne Benutzung des Hauses) zu vermieten; eine Uebertragung des ihr eingeräumten Gesamtnutzungsrechtes auf dritte Personen bezw. Personenvereinigungen ist indessen nur mit Genehmigung der städtischen Behörden zulässig.
- 5) Das der Vereinigung eingeräumte Nutzungsrecht ist zeitlich nicht beschränkt. Den städtischen Behörden steht jedoch für den Fall, daß nach ihrer Ansicht entweder die Verwaltung der Anlage trotz vorausgegangener Anwendung der Vorschrift unter 3 eine mangelhafte ist, oder anderweite wichtigere städtische Interessen die Beseitigung der Anlage bedingen, das Recht zu, das Vertragsverhältnis unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zu lösen.

Machen die städtischen Behörden von diesem Rechte Gebrauch, so erhält die Vereinigung von der Stadt ihre Aufwendungen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften ersetzt:

- a. Der Vereinigung wird der sachliche Wert vergütet, den die mit Zustimmung des Magistrates hergerichteten und in das Eigentum der Stadt übergehenden Bauwerke, Einfriedigungen und sonstige als Zubehör der Spielplananlage anzusehenden Vorrichtungen zurzeit der Auflösung des Vertragsverhältnisses haben werden.
- b. Dagegen wird der Wert des Spielplatzes selbst, d. h. das Kapital, welches für Auffüllung des jetzigen Rasenplatzes, seine Planierung, Entwässerung und Befestigung aufgewandt sein wird, nicht vergütet; ebenso werden stadtseitig irgend welche Unterhaltungskosten nicht vergütet.

- e. Die Wertschätzung erfolgt durch die städtische Bauverwaltung nach pflichtmäßigem Ermessen. Wird die Schätzung von der einen oder anderen Seite beanstandet, so erfolgt eine neue Schätzung durch drei Sachverständige, von denen jede Partei einen und die Herzogliche Kreisdirektion den dritten ernennt.
- d. Erfolgt auf Beschluß der städtischen Behörden die Auflösung des Vertragsverhältnisses, bevor seit seinem Abschlusse zehn Jahre verflossen sind, so sollen der Vereinigung auch die unter b gedachten Kosten für Herrichtung des Spielplatzes, nicht aber auch die Unterhaltungskosten ersetzt werden. Ebenso sollen die unter b gedachten Kosten der Vereinigung in dem Falle ersetzt werden, daß die Lösung des Vertragsverhältnisses von den städtischen Behörden zwar nach Ablauf von zehn Jahren, aber vor Ablauf von achtzehn Jahren nach erfolgtem Vertragsabschlusse gefordert wird, wenn die Stadt beabsichtigen sollte, die Anlage auch fernerhin für Zwecke des Tennisspiels benutzen zu lassen. In dem einen wie in dem anderen Falle muß die Vereinigung nachweisen, daß sie mehrgedachte Kosten wirklich aufgewendet hat, und sie erhält überdies nur den Höchstbetrag von 10 000 M (abgesehen von dem Werte der baulichen Anlagen) ersetzt.
- e. Der Vertrag wird hinfällig, wenn innerhalb dreier Jahre nach seinem Abschlusse die Anlage nicht fertiggestellt sein sollte.
- f. Die Vereinigung ihrerseits kann den Vertrag jederzeit kündigen; sie ist alsdann aber verpflichtet, auf Verlangen des Magistrates alle von ihr hergerichteten Anlagen zu beseitigen und die von ihr benutzte Grundfläche einzuebnen.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß durch Feststellung dieser Bedingungen die Rechte der Stadt genügend gewahrt sein würden und möchte auch darauf hinweisen, daß die Vereinigung ohne eine gewisse Sicherstellung auch ihrer Rechte sich nicht wohl dazu verstehen kann, eine Anlage zu schaffen, deren Kosten zu 35 000 — 40 000 M veranschlagt worden sind. Vom Magistrate wird anheimgegeben, dieses Abkommen zu genehmigen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt, daß die Kommission mit der Fassung des Vertrages im großen ganzen einverstanden sei und nur kleine Aenderungen in Vorschlag bringen werde. Zu dem Punkte 1 der Vereinbarung habe die Kommission Abänderungsanträge nicht zu stellen.

Auf Antrag des Herrn Jasper findet zunächst eine Generaldebatte über die Vorlage statt.

Zuerst nimmt das Wort Herr Herzberg: Er könne nicht so optimistisch denken, wie der Referent und annehmen, es würden bei Abhaltung der internationalen

Tennisturniere hier so viele Menschen herkommen, daß die so heiß ersehnte Hebung des Fremdenverkehrs wesentlich gefördert werde. Das hänge von ganz anderen Voraussetzungen ab. Er lehne deshalb mit seinen Freunden das Abkommen ab, denn wenn sie ihm zustimmten, würde dadurch die Stadt um eine Summe gebracht werden, die viel nützlicher verwertet werden könne. Es lasse sich nicht einsehen, daß aus den Taschen der Steuerzahler solchen Leuten ein Geschenk gemacht werden solle, die es nicht nötig haben. Um was für Leute handle es sich denn hier? So oft er auch Gelegenheit gehabt habe, die Spiele mit anzusehen, habe er noch niemals einen Arbeiter, oder überhaupt einen Vertreter der nichtbesitzenden Klassen unter den Spielenden bemerkt; es seien vielmehr nur Herren und Damen aus den sogenannten besten Kreisen dort vertreten, die man mit dem Ausdruck der *jeunesse dorée* zu bezeichnen pflege, Leute, die aus eigener Kraft den Sport bezahlen können. Es scheine ihm daher übel angebracht zu sein, für solche Leute stadtseitig ein Opfer zu bringen, und sei es ihm überhaupt unverständlich, wie diese Leute an die Stadtverwaltung mit solcher Forderung herantreten können. Die Herren sollten sich schämen, derartig an den Steuerfädel zu appellieren. (Glocke des Vorsitzenden.)

Der Herr Vorsitzende ersucht den Redner, sich in bezug auf Einwohner, welche nicht gegenwärtig seien, in den Ausdrücken zu mäßigen, da diese sich nicht verteidigen könnten.

Herr Herzberg (fortfahrend): Wenn der Magistrat mit Forderungen käme, die bezweckten, die Leibesübungen, speziell das Turnwesen, zu fördern und die der Allgemeinheit zugute kämen insofern, als diese sich von der ermüdenden Körper- und Geistesarbeit erholen könnte, so wären sie dafür zu haben, aber für Veranstaltungen, die nur einem exklusiven Teile der Bevölkerung zugute kommen sollen, könnten sie aus dem Steuerfädel nichts bewilligen. Die Bereitwilligkeit des Magistrates, für diesen Zweck etwas aufzuwenden, erscheine ihm um so auffällender, als kürzlich einem hiesigen Vereine, der sich die Pflege der Leibesübungen zum Ziele gesetzt habe, vom Magistrate unerklärlicherweise gar kein Entgegenkommen gezeigt worden sei. Die freie Turnerschaft habe nämlich am 23. November d. Js. eine Eingabe an den Magistrat gerichtet um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle, worauf die Antwort erfolgt sei, daß der Magistrat nicht in der Lage sei, eine Turnhalle zur Verfügung zu stellen, weil diese Hallen, soweit sie Beleuchtungsrichtungen besäßen, schon derartig in Anspruch genommen seien, daß eine Ueberlassung an andere Gesellschaften nicht mehr stattfinden könne. Nach den eingezogenen Erkundigungen solle jedoch trotzdem die Schulturnhalle an der Wilhelmstraße noch für einige Abende der Woche frei sein. Wie der Magistrat angesichts dieser Tatsache zu einer Ablehnung des Gesuches gekommen sei, könne er nicht wissen, jedenfalls hoffe er daß die „freie“ Turnerschaft dazu keine Veranlassung gegeben habe und auch nicht der Umstand, daß es sich bei diesem Vereine lediglich um Arbeiter handle. Dem

Vorstande des Vereins habe er geraten, sich noch einmal, unter Darlegung der wirklichen Verhältnisse, an den Magistrat zu wenden, und glaube er, daß es genügen werde, die Sache hier angeschnitten zu haben. Was z. B. der Turnerbrüderschaft recht, sollte der freien Turnerschaft billig sein. Wenn das wiederholte Gesuch auch keine Genehmigung bei dem Magistrate finden sollte, würden die Gründe wohl tiefer zu suchen sein und würde man sich dann zu bemühen haben, diese Gründe zu finden und der Versammlung nochmals mit der Sache zu kommen.

Herr Stegmann findet es begreiflich, daß die Tennisvereinigung sich einen größeren Platz aussuchen wolle, könne aber nicht befürworten, den Platz ihr nach dem Vorschlage der Finanzkommission unentgeltlich zu überlassen. Er finde es unverständlich, den Platz unentgeltlich hergeben zu wollen, da die Vereinigung doch auch schweres Geld aufwenden müsse, wenn sie sich anderwärts einen Platz mieten wolle und auch der jetzige Platz bezahlt werden müsse. Wie sollte deshalb die Stadt dazu kommen, den Platz ohne Entschädigung herzugeben? Wenn man dem Magistrate z. B. mit dem Antrage käme, dort unentgeltlich einen Turnplatz herzugeben, so würde ein solcher Antrag wohl auch abgelehnt werden. Er bitte deshalb um Ablehnung der Vorlage.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Es sei richtig, daß hiermit allein der Fremdenverkehr nicht gehoben werden könne. Die Gegner der Vorlage könnten aber auch nichts schaffen, das mit einem Male den Fremdenverkehr hierher bringe; das vermöge weder der eine, noch der andere, sondern es müsse im einzelnen kommen. Wenn aber eine solche große Vereinigung hier alljährlich große Turniere abhalte, so werde auch Herr Herzberg nicht bestreiten können, daß das zur Hebung des Fremdenverkehrs beitrage. Letzterer habe dann ferner gemeint, daß es sich um eine Unterstützung für die jeunesse dorée handle und er nur etwas bewilligen könne, wenn die besitzlosen Klassen in Frage kämen. Der Magistrat sei hierüber aber anderer Ansicht und meine, daß hier für die besitzlosen Klassen seitens der Stadt reichlich getan werde und die städtischen Behörden sich der Verpflichtung nicht entziehen könnten, ab und zu auch einmal etwas für die Besitzenden zu tun. Er möchte bei dieser Gelegenheit nur einmal auf das hier bestehende auffallende Steuerverhältnis hinweisen, bei dem sich die Steuerstala von 1 : 6 steigere. Sei das bei Licht besehen eine Gerechtigkeit? Gerecht sei es, wenn jemand zehnmal so viel Einkommen habe als ein anderer, daß er auch zehnmal so viel Steuern bezahle; sei es nun wohl richtig, daß er dreißigmal so viel bezahle? Das möge ihm einmal bewiesen werden. Alles habe seine Grenzen und er möchte die Herren bitten, doch nicht fortwährend zu sagen, daß sie lediglich für die Besitzlosen eintreten könnten, denn der Standpunkt sei falsch. Herr Herzberg habe dann ferner darauf hingewiesen, daß hier eine Einrichtung auf Kosten der Steuerzahler getroffen werden solle. Das sei ihm aber vollständig unverständlich, denn was sollen die Steuerzahler

überhaupt aufbringen? Anscheinend habe der Herr die Vorlage gar nicht verstanden. Wenn an dem jetzigen Zustande nichts geändert werden sollte, so bleibe der Rasenplatz so liegen und müsse von der Stadt mit erheblichen Kosten unterhalten werden. Er möchte die Herren bitten, doch einmal im Sommer hinzugehen, um sich zu überzeugen, mit welcher Mühe der Platz imstande gehalten werden müsse. Was solle nun in Zukunft geschehen? Der Platz solle der Stadt überhaupt nichts mehr kosten, sondern eine Vereinigung wolle sich ihn auf ihre Kosten als Spielplatz einrichten. Könne unter solchen Verhältnissen wohl jemand mit Recht behaupten, daß hierbei den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche gezogen werden solle?

Herr Stegmann habe sodann gesagt, die Leute müßten anderwärts doch auch Geld bezahlen, habe aber vergessen zu bemerken, daß die Einrichtung der an der anderen Stelle vorhandenen Plätze der Stadt eine Ausgabe von 10 000 M verursacht habe. Diese stadtseitige Aufwendung werde durch die Miete von jährlich 840 M verzinst, während hier seitens der Stadt doch überhaupt gar nichts aufgewandt werden solle. Wie könne dem gegenüber nun gesagt werden, daß in dem einen Falle eine hohe Miete erhoben werde, während in dem andern Falle nichts bezahlt werden solle? Wollte man, wie bei den anderen Plätzen, Miete erheben, dann müßte man aber auch erst einen großen Posten Geld in die Hand nehmen und etwas aufwenden.

Endlich habe Herr Herzberg darauf hingewiesen, daß er für Einrichtungen zu haben wäre, die den körperlichen Übungen dienten. Wenn dieses aber nicht als eine derartige Einrichtung angesehen werde, so wisse er nicht, was man noch machen solle. Es handle sich hier doch um eine Einrichtung, bei der die jungen Damen und Herren sich im Freien bewegen müssen. Außerdem könne man die Damen aus den höheren Ständen unmöglich auf die freien Plätze verweisen, denn diese seien für die größeren Massen der Bevölkerung eingerichtet und würde deren Benutzung durch die Tennisspiele für die Damen mit den größten Unzuträglichkeiten verbunden sein, wie wohl jedermann wisse. Die Einrichtung sei also durchaus gerechtfertigt.

Herr Blasius hat die Vorlage mit Freuden begrüßt. Jede Einrichtung, die von der Stadt für das leibliche Wohl und für die Ausbildung des Körpers getroffen werde, möge sie dieser oder jener Gesellschaftsklasse zugute kommen, sei mit Freuden zu begrüßen. Allein aus hygienischen Rücksichten müsse man die Vorlage genehmigen. Dazu komme noch der Umstand, daß die Stadt keinerlei Kosten aufzuwenden habe und sogar noch die bisherigen Unterhaltungskosten des Platzes wegfielen. Er bitte daher dringend um Annahme der Vorlage.

Herr Löschigk möchte die Gegner der Vorlage, speziell auch Herrn Herzberg, bitten, nicht auf ihrem Standpunkte zu beharren. Er beabsichtige, demnächst den Antrag einzubringen, daß der Spielplatz an der Ecke von Luise- und Juliusstraße

baldbmöglichst in Ordnung gebracht werde, um für den eng bevölkerten Westen der Stadt, allerdings unter Aufwendung einer größeren Summe Geldes, einen schönen Spielplatz zu schaffen; wenn aber die Herren auf der anderen Seite den vorliegenden Antrag ablehnten, so müßten sie konsequenterweise auch seinen demnächstigen Antrag ablehnen. An der Frankfurterstraße sei der früher in Aussicht genommene Platz jetzt weggefallen, sodaß dieser Platz an der Luisen- und Juliusstraße notwendigerweise eingerichtet werden müsse. Wenn sich aber eine Klasse der Bevölkerung für ihr eigenes Geld einen Platz zum Tennisspiel schaffen wolle, so sei es doch wohl gerechtfertigt, sie nicht daran zu hindern. Außerdem handle es sich bei der Tennisvereinigung auch nicht allein um die oberen Zehntausend, sondern es würden seines Wissens Mitglieder aus allen Klassen der Bevölkerung aufgenommen. Wenn man in dem Teile des Bürgerparkes eine Turnanstalt einrichten, oder Billards aufstellen wollte, würde er auch nichts dagegen haben. Die Vereinigung wolle an den Platz 40 000 M. wenden und ihn in einen schönen Zustand setzen, ohne daß der Stadt dadurch Kosten entstünden, also sehe er nicht ein, weshalb dieses abgelehnt werden solle.

Herr Herzberg: Wenn ihm Herr Bürgermeister Ketemeyer vorwerfe, die Vorlage nicht verstanden zu haben, so könne man hieraus entnehmen, wie bedauerlich es sei, daß derartige Vorlagen den Mitgliedern der Versammlung nicht vervielfältigt zugestellt würden. Uebrigens könne er den Vorwurf des Nichtverstehens dem Herrn Bürgermeister zurückgeben, da dieser seine Ausführungen auch nicht verstanden habe. Es sei ihm nämlich gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß von ihm und seinen Freunden nur Dinge und Einrichtungen für die besitzlosen Klassen geschaffen werden sollten, ebenso wenig habe er gesagt, daß von ihnen die Leibesübungen nur gefördert werden würden, wenn Arbeiter daran teilnehmen, sondern er habe gesagt, sie wollten die Erklustivität, welche in diesen Veranstaltungen liege, nicht unterstützen. Wenn Herr Bürgermeister Ketemeyer meine, man könnte die Damen aus den höheren Ständen nicht auf den öffentlichen Plätzen spielen lassen, so habe er dafür allerdings kein Verständnis, denn er meine, daß dadurch der Ehre und dem Anstande der Damen kein Abbruch geschehe. Ferner werde gesagt, es sei das ein Mittel, den Fremdenverkehr zu heben. Das möge zum Teil wohl zutreffen, aber es gebe doch noch ganz andere Mittel, welche viel besser anschlagen würden, z. B. die Verbesserung des Vereinsrechtes und die endliche Lösung der leidigen Bahnhoffrage. Was sodann die Anführung des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer über die Art der Steuerzahlung betreffe, so seien sie der Meinung, daß die besitzenden Klassen noch viel zu wenig Steuern bezahlten. (Lebhafter Widerspruch.) Der Reichtum werde bekanntlich nicht von der besitzenden, sondern von der arbeitenden Klasse geschaffen. Auf diesem Gebiete könnten sie also dem Herrn Bürgermeister nicht folgen, da sie die politischen Rechte nicht nach der Größe des Geldsackes abzumessen vermöchten.

Herr Wolters möchte anfragen, was demnächst mit den jetzigen Tennisplätzen geschehen solle, ob die daraus resultierende Einnahme der Stadt auch künftig erhalten bleibe.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Auf die letztere Bemerkung des Herrn Herzberg habe er zu erwidern, daß er nicht gesagt habe, die politischen Rechte des einzelnen Bürgers nach dem Geldsacke bemessen zu wollen. Herrn Wolters gegenüber bemerkte er, daß die jetzigen Tennisplätze beibehalten und weiter verpachtet werden sollten, da stets eine so große Zahl Pachtlustiger vorhanden gewesen sei, daß es bisher kaum möglich gewesen sei, eine angemessene Verteilung der Plätze unter den Bewerbern vorzunehmen.

Herr Wesemeier: Die Anführung des Herrn Bürgermeisters Metemeyer über die Verteilung der Steuerlast sei keine glückliche gewesen. Man könnte darauf erwidern, ob es auch recht sei, daß man den Arbeitern einen so großen Teil der indirekten Steuern aufhalse, denn es sei eine Tatsache, daß dem Arbeiter hierdurch das Einkommen um einen ganz erheblichen Prozentsatz mehr belastet werde, als den besitzenden Klassen. Dabei handle es sich allerdings nicht um eine Einrichtung der Gemeinde. Wenn nun Herr Bürgermeister Metemeyer weiter sage, daß der Platz sonst der Gemeinde eine ganze Menge Geld kosten würde, so sei das wohl richtig, aber wenn für solche Einrichtungen kein Geld aufgewandt werden solle, so dürfte man überhaupt keine Parks haben. Dieser Platz werde jedenfalls der Allgemeinheit entzogen und einem bestimmten Kreise von Leuten überliefert, die ihn für sich allein in Anspruch nähmen, während die jetzigen Tennisplätze noch beibehalten werden sollten. Wie wolle man es nun wohl erklären, daß diese Plätze mit den öffentlichen Spielplätzen auf eine Stufe gestellt würden. Letztere seien jedermann zugänglich, während erstere nur einem bestimmten Teile der Bevölkerung zugute kämen. Außerdem finde man hier auch nirgends in einem Parke einen öffentlichen Spielplatz. (Widerspruch. Rufe: Bürgerpark!) Die kleine Fläche im Bürgerparke, gegen die der Tennisplatz viel größer sei, rechne er nicht mit. (Widerspruch.) Wenn solche Plätze der Allgemeinheit entzogen würden, so könnten sie auch nicht ohne Entschädigung hergegeben werden, wenigstens könnte er solchen Anträgen nicht zustimmen. Mögen sich die Leute ein Areal kaufen und es auf alle Zeiten benutzen, nicht aber von der Stadt verlangen, daß ihnen ein solcher Platz ständig zugesichert werde. Der Tennisvereinigung könne doch nicht jeder beitreten (Widerspruch), sonst müßte man dem Arbeiter zur Ausübung des Spieles mindestens erst die nötige Zeit geben.

Herr Jasper: Die Vorlage sei teilweise insofern falsch verstanden worden, als angenommen werde, die Stadt müßte zur Herrichtung des Platzes erst noch etwas aufwenden, was nicht zutrefte. Man ersehe hieraus, wie wünschenswert

es gewesen wäre, die Vorlage der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Nach der Vorlage handle es sich nur darum, der Vereinigung eine bestimmte Strecke Landes gegen eine Recognitionsgeld von 3 M jährlich zu überlassen. Aber auch das wenige, was hiernach der Vereinigung gewährt werden solle, halte er nicht für angemessen, weil dadurch der Park seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werde. Bei den Verhandlungen der Finanzkommission habe er als selbstverständlich angenommen, daß es sich hier nur um eine Ergänzung der bisherigen Spielplätze handle und diese dem Bürgerpark zurückgegeben werden sollten und heute erst vernehme er, daß nicht nur neue Spielplätze geschaffen, sondern auch die alten als solche beibehalten werden sollten. Der Bürgerpark werde aber durch diese Einrichtung nur verunstaltet und man werde dort demnächst nur die englischen Zählweisen und das mit solchem Sport verbundene Geschrei hören. Das halte er aber nicht für ästhetisch genug und auch nicht für dem Zwecke dienlich, den der Bürgerpark erfüllen solle: eine Erholungsstätte für solche Bürger zu sein, die sich in der Nähe der Stadt von dem Straßenlärm erholen wollen und die nicht die Mittel besitzen, um Erholungsreisen nach dem Harze u. zu unternehmen. Wenn der Bürgerpark aber diesem Zwecke entzogen werden solle, so liege darin ein Schaden für die Allgemeinheit. Dem hier vorliegenden Projekte könne er auch schon aus dem Grunde nicht zustimmen, weil doch wohl noch dringlichere Sachen der Ausführung harren. In der Finanzkommission habe er schon ausgeführt, daß die bisherigen der Jugend und den Erwachsenen dienenden Spielplätze, also der kleine Exerzierplatz und der Leonhardplatz, dem vorhandenen Bedürfnisse schon lange nicht mehr genügten und trotzdem die Stadt nichts getan habe, um die Zahl dieser Plätze zu vermehren. Auch der schon lange geplante Spielplatz im Westen der Stadt werde nicht eingerichtet, ebensowenig tue die Stadt etwas, um, wie Herr Wesemeyer schon ausgeführt habe, einen angemessenen öffentlichen Spielplatz im Bürgerpark zu schaffen. (Widerspruch.) Zunächst müsse man aber für die dringlicheren Sachen sorgen. Unverständlich sei es ihm, wie Herr Blasius als Hygieniker für die Einrichtung der Spielplätze für den englischen Sport habe eintreten können. Wichtiger sei es jedenfalls, den Kindern öffentliche Spielplätze zu gewähren, als den Angehörigen solcher Gesellschaftsklassen, die sich ihre Spielplätze selbst beschaffen könnten.

Endlich müsse er noch die Aeußerung des Herrn Bürgermeisters Metemeyer scharf zurückweisen, daß unser jetziges Steuerverhältnis schlecht sei, daß es diejenigen, welche ein höheres Einkommen haben, zu stark belaste und daß es ganz in der Ordnung sein würde, denjenigen, der ein zehnfaches Einkommen habe, auch nur mit einer zehnfachen Steuer zu belasten. In jedem Kollegium über Nationalökonomie, zu deren Anfangsgründen dieser Punkt gehöre, könne man aber hören, daß das jetzige Steuerverhältnis nur der Billigkeit entspreche, und zeige die be-

treffende Aeußerung, daß der Herr Bürgermeister mit dem heutigen Stande der Nationalökonomie auf sehr schlechtem Fuße stehe. (Heiterkeit.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte nur noch konstatieren, daß Herr Jasper in der Finanzkommission zwar einige Bedenken geäußert, schließlich aber der Vorlage zugestimmt habe, während er sie heute bekämpfe. Wie sei es nur möglich, daß jemand in Zeit von drei Tagen seine Ansicht so ändern könne! (Auf: Kommt öfter vor!) Jetzt sage nun Herr Jasper: er hätte angenommen, daß die bisherigen Tennisplätze im Bürgerparke beseitigt werden sollten. Besser wäre es aber, Herr Jasper ließe seine stillen Annahmen laut werden, damit sie widerlegt werden könnten. Weshalb sollte man aber wohl die Einrichtung der jetzigen Spielplätze beseitigen und die daraus entspringende Einnahme von jährlich 840 M. wegwerfen? Da sei es doch im städtischen Interesse besser, die Plätze beizubehalten. Entschieden möchte er aber die Anschauung zurückweisen, daß die Einrichtung der neuen Tennisplätze zur Entstellung des Bürgerparkes diene. Wenn dort hübsche junge Damen spielen, sei das etwa eine Entstellung des Bürgerparkes? Das könne er nicht einsehen. (Heiterkeit.)

Herr Esdorn hat öfter Gelegenheit gehabt, den Tennisspielen im Bürgerparke zuzusehen, ohne von einem Geschrei etwas zu bemerken. Auch die englische Zählweise habe ihn nicht gestört, ebensowenig wie viele andere Passanten, selbst aus Arbeiterkreisen, die mit großem Interesse den Spielen gefolgt seien. Die neuen Plätze wolle die Vereinigung gern haben, weil die bisherigen Plätze nicht mehr ausreichten und infolge dessen die Vereinigung schon keine Mitglieder mehr habe aufnehmen können. Zu einem öffentlichen Spielplatz würde sich dieser Platz übrigens gar nicht eignen, auch plane man einen solchen schon am anderen Ende des Bürgerparkes. Im übrigen störe die Anlage die Passanten des Bürgerparkes durchaus nicht. Wenn der Spielplatz auf Kosten der Stadt hergerichtet werden sollte, würde er dagegen stimmen, aber hier, wo nicht die Stadt, sondern die betreffenden Gesellschaftskreise große Opfer zu bringen haben, stimme er dafür; da man diesen Kreisen nur das gebe, was auch andere erhalten.

Herr Rieke: Zuerst sei für den Zweck der große Platz ausersesehen, jedoch habe man die Absicht aufgegeben, weil das zu Unzuträglichkeiten führte, indem jeder glaubte, so weit gehen zu dürfen und er mit den Dämchen dann in Konflikt kommen würde. Schließlich habe man die Gesellschaft dann an dieser Stelle des Bürgerparkes untergebracht. Wenn er nun auch nicht behaupten wolle, daß dieses die Entwicklung des Bürgerparkes und die Spaziergänger der übrigen Bevölkerung störe, so tue es ihm doch sehr leid um den schönen Platz. Wäre er in dem anderen Teile des Parkes gelegen, wo die Stadt noch nichts aufgewendet habe, so möchten die Leute seinetwegen sich ihre Plätze dort zurechtmachen, aber diesen schönen Platz dazu hergeben zu wollen, könne er nicht billigen, zumal hierdurch eine einzelne

Gruppe der Bevölkerung bevorzugt werde. Dieser Platz wäre groß genug gewesen, daß die Lehrer mit den Kindern dort hätten spielen können, und wenn der Rasen dabei auch vernichtet sein würde, so schade das nichts, der wachse wieder. Der Platz vorn im Parke, welcher der Jugend zum spielen überwiesen worden sei, reiche für diesen Zweck ja zeitweise aus, aber bei gutem Wetter, wenn auch die minderbesitzende Bevölkerung ausgehe, sei er zu klein. Es sei sodann die Behauptung aufgestellt worden, daß es sich dabei auch um ein Mittel handle, den Fremdenverkehr zu heben. Der Meinung sei er schon lange, daß größere Versammlungen von Fremden den Verkehr heben, aber es würden hier noch ganz andere Vereinigungen, Kongresse und Generalversammlungen zusammenkommen, die weit wichtiger seien und weit mehr dem Interesse der Stadt dienten, wenn man endlich mit dem hiesigen Vereinsgeetze aufräumen und auch den Frauen gestatten wollte, an den Versammlungen teilzunehmen. Darum fort mit dem engherzigen Vereinsgeetze, fort mit den engherzigen Polizeibestimmungen, die in keinem zweiten deutschen Staate vorhanden seien! Das wäre eine passende Aufgabe für die in der Versammlung sitzenden Landtagsabgeordneten, denn erst hierdurch würde sich der Fremdenverkehr erheblich entwickeln. Diese Vorlage könne man unmöglich mit der Hebung des Fremdenverkehrs begründen, weshalb er sich auch dagegen erklären müsse.

Herr Jasper möchte richtigstellen, daß er in der Finanzkommission dem Projekte nicht zugestimmt habe, indem es dort zu einer formellen Abstimmung überhaupt nicht gekommen sei. Schon damals habe er Bedenken gegen die Vorlage geäußert, wenn sie auch noch nicht so groß gewesen seien wie die heutigen. Zu den damaligen Bedenken seien aber noch neue hinzugekommen, indem er erst jetzt noch erfahre, es sollten die bisherigen Tennisplätze beibehalten werden und indem er bei Besichtigung des Platzes gefunden habe, daß es viel besser sein würde, ihn der Allgemeinheit zugänglich zu machen, als zu diesem Zwecke zu verwenden. Aus diesen Gründen trete er heute energischer gegen die Vorlage auf, als vor einigen Tagen. Schließlich sei es ja auch kein Unglück, wenn jemand etwas zulerne.

Herr Nolte findet, daß ein Punkt zugunsten der Vorlage noch nicht genügend hervorgehoben sei: Der Bürgerpark sei im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl, die ihn zurzeit benutze, noch reichlich groß. Auf seinen vielen Spaziergängen habe er immer gefunden, daß selbst bei gutem Wetter noch massenhaft Platz vorhanden gewesen sei. Es könne also bei der Größe des Parks gar keine Rede davon sein, daß dieser Platz der Allgemeinheit entzogen werde, indem noch so viel Platz übrig bleibe, daß die Besucher des Bürgerparks sich nicht zu drängen brauchten. Wenn überhaupt nur im geringsten davon die Rede sein könnte, daß der Platz der Allgemeinheit entzogen würde, würde er gegen die Vorlage sein. Sofern in der Vorlage genügend dafür gesorgt worden sei, daß im Falle des Bedürfnisses

— wenn man also z. B. sehe, daß der Park für die Bevölkerung zu enge werde — der Platz der Tennisvereinigung wieder entzogen werden könne, so habe man alles getan, was im Interesse der Allgemeinheit geschehen könne. Wer außerdem in diesem Sommer dem Tennis-Turniere zugeesehen habe, der müsse sich freuen, daß eine derartige Veranstaltung so viele Erwachsene und Kinder, auch aus der arbeitenden Bevölkerung, ins Freie hinauslockte. Auch der Gesichtspunkt müsse zugunsten der Vorlage hervorgehoben werden, daß man durch solche Veranstaltungen selbst die minderbegüterte Bevölkerung ins Freie ziehe und ihr Gelegenheit gebe, die frische Luft zu genießen.

Herr Südel möchte aus der Beratung der Finanzkommission noch feststellen, daß er nach Besprechung der Sache an die Kommissionsmitglieder die Frage gerichtet habe, ob jemand gegen die Vorlage Einsprache erhebe, wozu aber Herr Jasper geschwiegen habe.

Herr Hauswaldt will diese Mitteilung noch etwas ergänzen. Herr Jasper habe in der vorigen Sitzung der Versammlung ziemlich schwerwiegende Anklagen gegen die Finanzkommission bezüglich der Art ihrer Geschäftsvollziehung erhoben. Da nun bei der Durchberatung dieser Vorlage Herr Jasper als einziger Bedenken dagegen erhoben habe, so habe er Herrn Jasper gefragt, ob über die Vorlage abgestimmt werden solle, worauf Herr Jasper aber erwidert habe, es brauchte nicht abgestimmt zu werden, er sei mit der Vorlage einverstanden.

Es sei hier nun so viel von Spielplätzen gesprochen worden, ohne daß man einen Unterschied darunter gemacht habe. Im Bürgerparke befinde sich für kleinere Kinder ein geradezu idealer Spielplatz an der Seite des Parkhauses, jedenfalls einer der schönsten Plätze im ganzen Parke, denn er sei schattig, bequem und nahe an der Stadt gelegen. Sodann gehe der allgemeine Wunsch auf einen noch größeren Spielplatz für die Lehrer mit den größeren Schülern, also den Seminaristen, den Schülern der sonstigen höheren Schulen und der Oberklassen der Bürgerschulen. Für diese Zwecke würde aber der für die Tennisspiele in Vorschlag gebrachte Platz nicht ausreichen, sonst hätte die Parkdeputation schon vor längerer Zeit empfohlen, ihn hierfür zu reservieren. Ein solcher Platz bedürfe gewisser Größenmaße, die hier nicht vorhanden seien, weshalb die Parkdeputation einen Platz lang an der Eisenbütlerstraße herunter für den Zweck ins Auge gefaßt habe. Nach der Meinung der Deputation hebe das Spielen im Parke auch dessen allgemeine Benutzung. In vielen Bädern, wie Pyrmont, Homburg zc., lägen die Spielplätze mitten in den Anlagen und ringsherum säßen die Zuschauer und erfreuten sich an den Spielen. Hierzu eigne sich auch der neue Tennisplatz vorzüglich, da man ihn von allen Seiten gut übersehen könne. Er bitte dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Die Generaldebatte wird damit geschlossen.

Herr Jasper (persönlich): Was die verschiedenen Herren aus den Verhandlungen in der Finanzkommission vorgetragen haben, sei richtig und auch nicht richtig, letzteres wenigstens insoweit, als sie die Folgerung daran knüpfen, daß er in der Finanzkommission der Vorlage zugestimmt habe. Herr Hauswaldt habe ja selbst gesagt, daß Redner als einziger in der Kommission Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht habe. Da er nun der einzige Gegner der Vorlage gewesen sei, so habe doch kein Grund vorgelegen, noch eine Abstimmung zu provozieren. Das sei der Grund, weshalb er den Worten des Kommissionärsvorsitzenden nicht widersprochen habe. Es sei aber eine Entstellung der Tatsachen, wenn man sage, er hätte der Vorlage in der Kommission zugestimmt. —

Es wird nunmehr in die Einzelberatung der Bedingungen eingetreten. Punkt 1 gilt als erledigt.

Zum Punkt 2 beantragt Herr Hauswaldt namens der Finanzkommission, hinter dem ersten Absätze einzuschließen:

„Dem Magistrate ist nach Fertigstellung der Arbeiten ein spezifizierter Nachweis über die entstandenen Kosten einzureichen und zwar:

- 1) über die Kosten der hergerichteten Bauwerke, Einfriedigungen, Mähe zc.,
- 2) über die Kosten, welche zur Herrichtung des Platzes, Ausfüllung, Entwässerung, Befestigung zc. verwandt sind.

Auch alle später etwa von der Pächterin zu errichtenden Bauten, soweit es Neuanlagen sind, unterliegen der Genehmigung des Magistrates, welcher dann auch die Bedingungen einer etwaigen Rückvergütung (Punkt 5) festsetzt. Ergänzungsanlagen für abgängig gewordene Werte werden als Unterhaltungskosten verrechnet und niemals rückvergütet (Punkt 3)“.

Der letzte Absatz solle dagegen beibehalten werden, da es sich im Interesse einer Uebereinstimmung mit den übrigen Parkanlagen empfehle, die gärtnerischen Anlagen zc. stadtseitig herstellen zu lassen.

Zum Punkte 3 empfiehlt die Finanzkommission, den ersten Satz wie folgt zu fassen:

„Die Spielplatzanlage nebst Zubehör (Einfriedigung, Gebäude) ist von der Vereinigung auf eigene Kosten in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten“.

Zum Punkte 4 sind Aenderungen kommissionsseitig nicht zu beantragen.

Den Punkt 5 ersucht die Finanzkommission folgendermaßen zu fassen:

„Ueber die Bedingungen, unter denen dieser Vertrag von der Stadt und von der Pächterin aufgehoben werden kann, wird folgendes vereinbart werden:

- I. Die Pächterin kann den Vertrag unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten jederzeit lösen, sie ist alsdann verpflichtet, auf Verlangen des Magistrates alle von ihr hergerichteten Anlagen auf ihre Kosten zu beseitigen und die benutzte Grundfläche einzuebnen. Unterläßt die Pächterin die Beseitigung innerhalb 4 Wochen, so soll der Magistrat das Recht haben, entweder die gesamten Anlagen kostenlos zu übernehmen, oder die Beseitigung auf Kosten der Pächterin vornehmen zu lassen.
- II. Der Magistrat kann den Vertrag unter einer Kündigungsfrist von 3 Monaten lösen. Geschieht die Kündigung:
 - a. weil die Pächterin den Platz nicht in ordnungsmäßigem Zustande erhält (vergl. Punkt 3), oder weil auf ihm überhaupt nicht mehr Tennis gespielt wird, so hat die Pächterin auf Verlangen des Magistrates alle von ihr hergerichteten Anlagen auf ihre Kosten zu beseitigen und die benutzte Grundfläche einzuebnen.
 Unterläßt die Pächterin die Beseitigung innerhalb vier Wochen, so soll der Magistrat das Recht haben, entweder die gesamten Anlagen kostenlos zu übernehmen, oder die Beseitigung auf Kosten der Pächterin vornehmen zu lassen.
 - b. aus einem anderen Grunde, so ist die Stadt verpflichtet, den derzeitigen sachlichen Wert der mit ihrer Zustimmung errichteten Bauwerke, Einfriedigungen zc. der Pächterin zu vergüten, ferner eine Vergütung für die Kosten zu gewähren, welche für die Herstellung des Platzes ausgegeben worden sind.

Die derzeitige sachliche Wertschätzung der Bauwerke zc. erfolgt durch die Schätzung der städtischen Bauverwaltung nach pflichtmäßigem Ermessen. Wird die Schätzung von der einen oder anderen Seite beanstandet, so erfolgt die Schätzung durch drei Sachverständige, von denen jede Partei einen und die Herzogliche Kreisdirektion den dritten ernennt.

Ergibt diese Schätzung eine höhere Summe als den Anschaffungswert (s. Punkt 2) abzüglich 2 % pro Jahr Amortisation, so soll der Anschaffungswert abzüglich 2 % jährlicher Amortisation der Vereinigung vergütet werden. Ist die Schätzung niedriger, so wird diese niedrigere Summe vergütet. Von den seitens der Vereinigung aufgewendeten Kosten für die Herrichtung des Platzes (s. Punkt 2, Satz 2,

unter 2) vergütet die Stadt die nachgewiesenen Kosten abzüglich 2 % jährlicher Amortisation ohne weitere Lage. Irgend welche Unterhaltungskosten werden stadtsseitig niemals rückvergütet.

III. Der Vertrag wird hinfällig, wenn innerhalb dreier Jahre nach seinem Abschlusse die Anlage nicht fertiggestellt ist."

Bezüglich des Punktes 5 I setzt Herr Lange voraus, daß es dem Magistrate bei Nichtbeseitigung der Anlage seitens der Pächterin überlassen bleibe, entweder den Platz einzuebnen, oder aber die Anlagen in ihrem derzeitigen Zustande beizubehalten. (Zustimmung.)

Herr Wolff möchte bitten, den Bedingungen unter 5. I. noch hinzuzufügen, daß die gesamten Einrichtungen dem Magistrate auf dessen Verlangen ohne Vergütung zu überlassen seien. Jedenfalls müsse der Magistrat die Wahl haben, entweder die Einebnung des Platzes oder dessen jeweilige Ueberlassung zu verlangen.

Die Anfrage des Herrn Wesemeier, ob die Vereinigung gerichtlich eingetragen sei, beantwortet

Herr Bürgermeister Ketemeyer in bejahendem Sinne.

Herr Nolte möchte anheimgeben, dem soeben von Herrn Wolff gestellten Antrage auch bei dem Punkte 5. II. a. zu entsprechen.

Wie Herr Hauswaldt ausführt, liegt in dem Punkte 5. II. b. eine wirkliche finanzielle Bindung der Stadt gegenüber der Vereinigung (Aufe: Aha!), denn wenn die Stadt in einer Reihe von Jahren, z. B. durch die Anlage des neuen Bahnhofes u. dergl., gezwungen sein sollte, das Terrain für sich in Anspruch zu nehmen, so entstünden ihr allerdings Unkosten, die sie ersparen könnte, wenn sie den Vertrag nicht abschlösse. In der Finanzkommission sei man aber der Ansicht gewesen, daß dieser Platz für die Bahnhofsanlagen absolut nicht in Frage kommen könne. Wenn die Kommission auch nur die Möglichkeit eingesehen hätte, daß der Platz hierfür Verwendung finden könnte, so würde sie den Abschluß des Vertrages niemals empfohlen haben.

Auf eine Anfrage des Herrn Müller, ob eine Frist festgesetzt worden sei, wie lange die Vereinigung den Platz überwiesen erhalten solle, innerhalb welcher die Stadt ihn zurücknehmen könne, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß solche Zurücknahme jederzeit stattfinden könne, im übrigen aber der Vertrag auf eine bestimmte Dauer nicht abgeschlossen werden solle.

Der Herr Vorsitzende würde empfehlen, den Punkt 5. II. b., betreffend die Schätzung der Vergütung, mit dem Punkte 5. II. a. zu verschmelzen.

Herr Hauswaldt erwidert, daß dagegen nichts einzuwenden sein würde. Die von der Finanzkommission in Vorschlag gebrachte Art der Schätzung entspreche übrigens dem Verfahren der Herzoglichen Forstverwaltung. Herrn Müller wolle er noch erwidern, daß es ihm unbehaglich gewesen sei, den Vertrag mit der Vereinigung auf unbegrenzte Dauer abschließen zu sollen und ihm ein Abschluß auf eine bestimmte Reihe von Jahren lieber gewesen sein würde. Dieser Wunsch habe sich aber nicht erfüllen lassen, weil die Tennisvereinigung dann nicht imstande gewesen wäre, die 40 000 M für die Instandsetzung des Platzes zc. aufzubringen. Nach 50 Jahren erhalte die Stadt den Platz mit allem, was darauf sei, ohne Zahlung einer Entschädigung zurück.

Herr Bürgermeister Ketemeyer würde es für richtiger halten, die Bestimmungen über die Schätzung, sofern sie überhaupt in den Vertrag aufgenommen werden sollten, voran zu stellen. Im übrigen würden 50 Jahre nach Abschluß des Vertrages erst diejenigen Aufwendungen amortisiert sein, welche die Vereinigung zu Beginn des Vertrages gemacht habe, nicht aber auch die späteren Aufwendungen.

Herr Hauswaldt will gegenüber der letzteren Aeußerung bemerken, daß die städtischen Behörden spätere Aufwendungen der Vereinigung nicht zuzulassen brauchten.

Herr Aßmann: Nachdem man die Vorlage bis zu Ende gehört habe, dürfte doch wohl manchem ein gelindes Grauen vor ihr aufsteigen, denn es werde jetzt wohl niemand mehr glauben, daß die Stadt nicht doch später ein größeres Opfer werde bringen müssen. Herr Bürgermeister Ketemeyer, der hierzu mit dem Kopfe schüttelte, habe ja eben selbst gesagt, daß nicht einmal nach 50 Jahren alle Aufwendungen der Vereinigung amortisiert seien. Da an solchen Einrichtungen aber fortwährend geändert und demnach auch fortwährend Kapital dafür aufgewendet werden müsse, so sei die Stadt gezwungen, wenn sie den Platz jemals wieder in Besitz nehmen wolle, erhebliche Mittel aufzuwenden, um ihn der Tennisvereinigung wieder abzukaufen. Mit dem alten Gerümpel, daß die Vereinigung hier ansammle, lasse sich aber nach 20 — 30 Jahren nichts anfangen und sei es dann auch nicht einmal so wertvoll, um, wie das Demmersche Haus, an anderer Stelle wieder aufgestellt zu werden, sondern man müsse es zum alten Eisen werfen. Es treffe also nicht zu, was anfangs gesagt worden sei, daß die Stadt mit der Annahme des Vertrages eine finanzielle Verpflichtung nicht einginge. Wenn Herr Hauswaldt erkläre, das Terrain würde für den Bahnhof nicht gebraucht werden, so habe er darauf zu erwidern, daß solche Sachen höchst wandelbar seien und niemand voraussehen könne, wie sich die Stadt einmal entwickeln werde. Man wisse auch gar nicht, ob nicht ein Teil des Parkes einmal zu einem anderen Zwecke gebraucht werde, was allerdings, wenn es sich um einen baulichen Zweck handeln würde,

sehr bedauert werden müßte; jedenfalls könne aber die Stadt einer Privatgesellschaft gegenüber keine Verpflichtung übernehmen, sondern letztere müßte den Platz ohne Entschädigung wieder herausgeben, wenn die Stadt ihn gezwungenermaßen im öffentlichen Interesse gebrauchen sollte. Die Landeseisenbahn z. B. verlange von den Pächtern der Lagerplätze ebenfalls die Beseitigung etwaiger Bauwerke, sobald der Platz im fiskalischen Interesse gebraucht werde, und zahle dafür auch keine Entschädigung. Er würde es für unverantwortlich halten, wenn die Stadtverwaltung darauf einging, der Vereinigung die Einrichtung zc. abzukufen, sofern der Platz von der Stadt gebraucht werde, weshalb er für die Vorlage auch dann nicht hätte stimmen können, wenn er ein Freund des Tennisspiels wäre.

Herr Bürgermeister Kietemeyer: Es sei wohl klar, daß der Vertrag zur Schifane nicht gekündigt werden dürfe. Wer solle aber darüber entscheiden, ob ein genügender Grund vorliege, den Platz ohne Entschädigung stadtseitig in Anspruch zu nehmen? Die Vereinigung könnte sich ja möglicherweise auf den Standpunkt stellen, daß die städtischen Behörden in dem betreffenden Falle das Kündigungsrecht aus Schifane ausübten. Dieser Grund habe die Finanzkommission veranlaßt, zu empfehlen, daß die Stadt jederzeit den Vertrag auflösen könne. Der Magistrat dagegen beantragte, den Platz der Vereinigung auf eine bestimmte Reihe von Jahren zu überlassen und das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, den Vertrag später auflösen zu können. Wenn er nun auch anerkennen wolle, daß der Standpunkt der Finanzkommission den Vorzug verdiene, so entspreche es andererseits aber auch der Billigkeit, daß man die Leute, wenn sie so große Aufwendungen gemacht haben, nicht einfach nach kurzer Zeit wieder hinauswerfen könne, sondern man müsse sie für ihre Aufwendungen auch entschädigen. Wenn Herr Altmann sage, die Landeseisenbahn mache es auch so, wie er wünsche, so nehme er keinen Anstand, zu erklären, daß er solche Verträge nicht schön finde. Außerdem handle es sich aber bei der Landeseisenbahn um eine Erwerbsgesellschaft, mit der die Stadt in dem vorliegenden Falle nicht gut verglichen werden könne.

Herr Nolte möchte befürworten, daß bei einer etwaigen stadtseitigen Kündigung des Vertrages eine Entschädigung für die Erdarbeiten in dem Falle nicht gezahlt zu werden brauche, wenn die Stadt nicht in der Lage sein sollte, den Platz zu seinem bisherigen Zwecke weiter zu benutzen.

Herr Fiedel will darauf erwidern, daß dieses zuerst auch erwogen worden sei. Wenn man aber berücksichtige, daß von den Gesamtaufwendungen jährlich 2 % abgeschrieben werden, so dürfte sich das mit der Zeit ausgleichen, namentlich da die Vereinigung verpflichtet sei, alle von ihr getroffenen Einrichtungen auch ordnungsmäßig zu erhalten, z. B. die Gitter nach einer Reihe von Jahren durch neue zu ersetzen u. dergl. m., diese Ausgaben aber nicht als neue Kapitalaufwendungen, sondern als Ersatzeleistungen bezw. Unterhaltungskosten anzusehen seien. Deshalb

sei aber auch die Befürchtung, daß das aufzuwendende und zu amortisierende Kapital mit den Jahren wesentlich vergrößert werden könnte, kaum anzunehmen. Wenn man der Vereinigung den Platz zur Verfügung stellen und sie in dem Bestreben unterstützen wolle, die großen Tennisturniere hierher zu bekommen, so müsse man ihr auch etwas entgegenkommen. Man könne von einer solchen Vereinigung unmöglich erwarten, daß sie ein Kapital von 35 000—40 000 M aufwende, ohne die Sicherheit zu haben, Ersatz zu bekommen, sofern ein Ereignis eintrete, das außerhalb ihrer Schuld liegend ihre ganzen Einrichtungen illusorisch mache.

Herr Altmann findet es dagegen ganz begreiflich, daß man einer Vereinigung, die ein Bauwerk errichte, das für niemanden weiter einen Wert besitze, dieses Bauwerk nicht noch vergüten könne, wenn man das mit ihm bebaute Grundstück zurücknehmen müsse. So wolle die Vereinigung z. B. nur zu ihrem speziellen Zwecke eine Entwässerung des Grundstücks schaffen und die Stadt solle ihr hinterher eventuell die Kosten dafür ersetzen? Auch solle die Entschädigungspflicht nicht einmal verjähren, sondern auf den Nimmermehrstag verschoben werden. Ueber eine Unterhaltungspflicht und eine Erneuerung von Dingen könne man sehr verschiedener Meinung sein, sodaß die Stadt schließlich deshalb noch in Prozesse mit der Vereinigung verwickelt werden könnte, was ja allerdings für die Juristen ein gefundenes Fressen sein würde.

Der Herr Vorsitzende weist demgegenüber darauf hin, daß nach dem Uebereinkommen nur solche Sachen als Neuanschaffungen betrachtet werden könnten, welche die Stadt als solche anerkannt habe.

Herr Hauswaldt will Herrn Altmann noch erwidern, daß er unberechtigterweise Schwierigkeiten zu wittern glaube. Wenn die Stadtverwaltung erkläre, daß weitere Neuaufwendungen nicht gemacht werden dürften, so könne die Vereinigung auch einen Ersatz dafür nicht erwarten.

Herr Nolte hätte gewünscht, daß der Vertrag nach seinen Intentionen abgeschlossen würde, wenn das aber nicht möglich sei, so könne er das nur bedauern. Es liege allerdings ein Korrektiv darin, daß der Magistrat zu allen Aufwendungen, die später eventuell ersetzt werden sollen, erst seine Genehmigung geben müsse und diese versagen könne, falls ihm die Aufwendungen nicht angemessen erschienen. Da er aber den Vertrag im übrigen für vorteilhaft halte, so werde er demselben zustimmen.

Herr Hauswaldt möchte hierzu bemerken, daß der Magistrat allerdings vorgeschlagen habe, die Kosten zu teilen und zu sagen, die oberirdischen Kosten würden zurückvergütet, die unterirdischen aber nicht. Die Finanzkommission habe dem gegenüber aber erklärt, daß innerhalb einer Frist von 10 bzw. 18 Jahren auch diese Kosten unter gewissen Voraussetzungen und Kürzungen ersetzt werden sollen. Man müsse hierbei immer berücksichtigen, daß nur ganz schwerwiegende Momente Veranlassung geben könnten, den Platz stadtfseitig zurückzunehmen und es nur zu

Schwierigkeiten führen würde, wollte man diese Sachen noch in den Vertrag hineinbringen, außerdem aber auch nicht zu vergessen sei, daß man mit vernünftigen Leuten zu tun habe. Wenn z. B. gegen alle Voraussetzung der Bahnhof doch diesen Platz nötig haben sollte und die Vereinigung müßte ihn nach zwei Jahren herausgeben, so sei die Stadt gezwungen, 80—90 % der für den Platz aufgewendeten Kosten zu ersetzen; wenn man das nicht wolle, müsse der Vertrag eben abgelehnt werden. Da man nun ziemlich sicher annehmen könne, daß der Platz zum Bahnhof nicht gebraucht werde, so müsse man weiter berücksichtigen, daß der Platz mitten im Parke liege, also nur als Parkplatz benutzt werden könne. Wollte man beispielsweise dorthin ein großes Parkhaus bauen, oder der Platz sollte zu sonstigen wichtigeren Sachen verwendet werden, so müßten eben die von der Vereinigung geschaffenen Einrichtungen wieder beseitigt werden. Die Finanzkommission habe dem Vertrage nur zugestimmt, weil sie bestimmt annehme, der Platz werde von der Stadt zu anderen Zwecken nicht benutzt. Seitens der Forstverwaltung würden bei solchen Sachen ähnliche Bedingungen gestellt.

Herr Wolff hat hiergegen einige Bedenken geltend zu machen. Wenn sich auch nach menschlichem Ermessen annehmen lasse, daß der Platz zu irgend welchen öffentlichen Zwecken nicht gebraucht werde, so könne doch niemand in die Zukunft schauen. Man müsse sich deshalb einfach fragen, solle die Stadt oder die Vereinigung das Risiko tragen. Wenn sich letztere das richtig überlege, so werde sie nichts dagegen einzuwenden haben, wenn in den Vertrag noch eine Bestimmung etwa folgenden Inhalts aufgenommen werde: „Erfolgt die Kündigung, weil die Grundfläche für Eisenbahnzwecke, oder sonstige wichtige öffentliche Zwecke unentbehrlich ist, so wird bei deren Rückgabe eine Vergütung nicht gewährt.“ Wenn ein solcher Fall auch ziemlich unwahrscheinlich sei, so müsse er von der Versammlung doch erwogen werden, denn er könne ein solches Risiko für die Stadt nicht übernehmen.

Herr Hauswaldt will hierzu bemerken, daß die Vereinigung nach ihrer letzten Zuschrift die Aufnahme einer derartigen Bestimmung in den Vertrag nicht gutheißen würde. Wenn sie 40000 M in diese Sache stecke, so müsse sie auch auf eine Reihe von Jahren gesichert sein und man könne ihr unmöglich zumuten, daß nach 3—4 Jahren diese Summe vielleicht verloren gehe. Wenn dieses Risiko die Stadt nicht tragen wolle in dem Gefühle, etwas Gutes und Nützliches zu schaffen, so sei der Vertrag eben gefallen.

Herr Günther möchte darauf aufmerksam machen, daß der Vertrag auch nichts enthalte über die Wiederherstellung der durch Zuschauer und sonstige Personen beschädigten Parkanlagen in der Umgebung des Platzes. Auch hierfür müßte die Vereinigung verantwortlich gemacht werden.

Herr Bürgermeister Kete meyer erwidert, daß der Vereinigung eine solche Verpflichtung nicht auferlegt werden könne. Man tue das noch nicht einmal, wenn die

Leute auf der Messe ihre Topfwaren aufstellen. Außerdem handle es sich um eine grandierte Fläche, an der nichts zu verderben sei.

Der Herr Vorsitzende schließt hierauf die Besprechung, welche indessen auf Antrag des Herrn Wolff wieder eröffnet wird.

Herr Wolff will nochmals darauf aufmerksam machen, in welche fatale Lage die Stadtverwaltung kommen würde, wenn sie den Platz vielleicht in 15 Jahren notwendig gebrauchen sollte. Man könne aber unmöglich in die Zukunft sehen und es erscheine ihm doch höchst bedenklich, den Vertrag gutzuheißen, wenn die Vereinigung nach der Äußerung des Herrn Hauswaldt auf den von ihm beantragten Zusatz nicht eingehen würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß der Äußerung des Herrn Hauswaldt widersprechen, da die Vereinigung eine solche Erklärung nicht abgegeben habe. Die Vorlage des Magistrats gehe in dieser Beziehung weiter als der Antrag der Finanzkommission und habe sich die Vereinigung mit ersterer einverstanden erklärt.

Der Herr Vorsitzende möchte bei solcher Sachlage empfehlen, die Vorlage nochmals an die Finanzkommission zurückzuverweisen, damit der Zwiespalt in den Ansichten aufgeklärt werde. Die Finanzkommission könne dann vielleicht die Statutenkommission zu den Beratungen zuziehen.

Herr Herzberg tritt dieser Anschauung bei, möchte aber zugleich beantragen, den Vertrag vervielfältigen zu lassen und den Mitgliedern der Versammlung vor der nächsten Sitzung zuzustellen. Wenn das schon diesmal geschehen wäre, würde eine Stunde Verhandlung gespart sein.

Die Vorlage wird darauf an die Finanzkommission zurückverwiesen.

IV. Unterstützung an den Braunschweiger Schreiber-Gartenverein.

Der Braunschweiger Schreiber-Gartenverein, gegründet am 2. März 1903, hat den Magistrat um eine Beihilfe zu den aus der Einrichtung und Unterhaltung des Unternehmens erwachsenen Kosten gebeten. Zur Begründung des Gesuches wird angeführt, daß der Verein den Zweck verfolge, durch Anlage von sogenannten Schrebergärten, die ihren Namen dem verstorbenen Dr. Schreiber in Leipzig verdanken, seinen Mitgliedern und deren Angehörigen Gelegenheit zu bieten, in freier Zeit durch den Aufenthalt in gesunder frischer Luft, durch anregende Gartenarbeit Geist und Körper zu stärken und zu stählen für den Beruf, für das Haus und für die Schule. Der Verein erwarb auf Rautheimer Feldmark am Rautheimer Wege ein Grundstück in Größe von zehn Morgen zum Preise von 33 000 M, nebst dem Rechte, zu dem gleichen Preise weitere zehn Morgen zu beanspruchen. Die erste Hypothek in Höhe von 24 750 M wurde dem Verein von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig zu $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen und 1% Tilgung, die zweite Hypothek mit 8250 M von Herrn Kommerzienrat Südel zu $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen zur

Verfügung gestellt. Das ganze Terrain ist mit einer Drahtumzäunung versehen, die 120 kleinen Parzellen, die an die Mitglieder zum Preise von 12 \mathcal{L} pro qm und Jahr verpachtet werden, sind ebenfalls besonders eingefriedigt. Ein za. 2000 qm großer Spielplatz, zwei sogenannte Licht-, Luft- und Sonnenbäder sollen Kindern und Erwachsenen eine Stätte der Erholung und Gesundheitspflege sein. Der Verein ist jedoch gerade in seinem ersten Jahre in Anbetracht der hohen Kosten nicht imstande, aus sich selbst heraus das Gleichgewicht in seinen Finanzen herzustellen, wenn ihm nicht im Wege der Unterstützung hilfreich unter die Arme gegriffen wird. — Dem Magistrate scheint dieses Unternehmen der Stadtseitigen Förderung würdig zu sein, weshalb er anheimgibt, aus der Luise Ottmerstiftung ihm eine einmalige Unterstützung von 1000 M zu bewilligen.

Namens der Statutenkommission beantragt Herr Blasius, der Vorlage zuzustimmen, da man solche Einrichtung nur sympathisch begrüßen könne.

Herr Böschigk kann sich mit der Vorlage, so erstrebenswert die Einrichtung auch sein möge, nicht einverstanden erklären, da es sich hierbei um die Bevorzugung einer Stadtseite handle und der Westen der Stadt, in welchem die meisten Arbeiter wohnen, darunter derartig leiden würde, daß sogar eine Entwertung der Wohnungen zu befürchten sei, indem die Leute sich möglichst in der Gegend eine Wohnung nehmen würden, wo sie auch einen Garten erhalten könnten. So angenehm solche Einrichtung also auch sein möge, so solle man doch bei den stadtseitigen Zuwendungen nicht einseitig vorgehen, zumal der Westen der Stadt gegenüber dem Osten schon benachteiligt genug sei. Dazu komme, daß bei einem Pachtprice von 12 \mathcal{L} pro qm und Jahr der Acker sehr gut verwertet werde und die Gesellschaft dabei ein sehr gutes Geschäft mache. Wenn letztere für den Morgen einen Pachtprice von 300 M herauschlage, so könne er nicht empfehlen, sie noch stadtseitig zu unterstützen. Nach einer ihm gewordenen Mitteilung würde mancher Eigentümer von Land dieses zu solchem Pachtprice gern hergeben. Er bitte also um Ablehnung der Vorlage, nicht etwa, weil die Sache an sich nicht gut sei, sondern weil es sich empfehle, abzuwarten, ob die Gesellschaft nicht auch in den anderen Stadtheilen derartige Einrichtungen machen werde.

Herr Födel glaubt, daß der Vorredner über die ganze Einrichtung des Schreiber-Gartenvereins absolut gar nicht unterrichtet sei, weil er sonst nicht in der Weise hätte darüber urteilen können. Die Anlage habe nämlich durch die Schaffung von Wegen, Einfriedigungen zc. eine so bedeutende Summe gekostet, daß der Verein seine Rechnung mit einem Fehlbetrage von 2800 M abgeschlossen habe. Sehr fraglich sei es, ob die Einnahmen an Pacht die Unterhaltungskosten und Zinsen decken werden; jedenfalls müßte die größte Sparsamkeit obwalten, wenn man auskommen wolle. Wunderbar erscheine es gegenüber den Ausführungen des Herrn Böschigk, daß gerade diejenigen Herren, welche den Verein ins Leben gerufen haben, zum

allergrößten Teile im Westen der Stadt wohnen und den weiten Weg nicht scheuen, um nach dem Rautheimer Wege hinauszugehen. Sobald sich eine neue Vereinigung finden werde, die vor einem anderen Tore der Stadt solche Anlage schaffen wolle, werde ihr niemand hinderlich sein, und würde eine neue Vereinigung es insofern leichter haben als die erste, weil sie von dieser lernen könne. Es handele sich bei der Vorlage darum, dem Vereine durch eine einmalige Unterstützung die Möglichkeit der Existenz zu geben, da eine dauernde Unterstützung weder möglich, noch nötig sein werde. Er bitte dringend um Bewilligung der Beihilfe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte Herrn Löschigt nur erwidern, daß er sich verpflichten wolle, bei dem Magistrate gleichfalls eine Beihilfe zu befürworten, sobald sich ein zweiter Verein finden werde, der vor einem anderen Tore solche Einrichtung treffen wolle. Dem hier in Frage kommenden Vereine werde bei seiner Finanzlage wohl nicht zugemutet werden können, sich auch noch vor einem anderen Tore zu engagieren.

Herr Aßmann möchte Herrn Löschigt, der sich doch für die Einrichtung von Spielplätzen interessiere, bitten, auch hier seinem Herzen einen Stoß zu geben und der Vorlage zuzustimmen. Es handle sich hier nicht um eine Erwerbsgesellschaft, sondern um eine Vereinigung von meist kleinen Leuten, die gern vor dem Tore ein Stückchen Land bearbeiten und die frische Luft genießen wollen, und dabei solle man doch nicht knausern. Wenn sich in anderen Stadtteilen Leute fänden, die eine gleiche Einrichtung schaffen wollten, würde er auch nicht dagegen sein, etwas zu bewilligen.

Herr Blasius kann nicht verstehen, wie Herr Löschigt sich gegen diese Vorlage aussprechen könne, da es sich um einen in jeder Beziehung unterstützungswerten Verein handle, dem ein paar tausend Mark fehlen, um deren teilweise Bewilligung er den Magistrat gebeten habe. Er könne Herrn Löschigt nur empfehlen, die Anlage einmal selbst in Augenschein zu nehmen.

Herr Löschigt möchte den Vorrednern erwidern, daß er nicht gegen die Sache als solche gesprochen, sondern sich vielmehr über die Anlage gefreut habe und nur Bedenken trage, dem Vereine einen Zuschuß zu leisten, weil er angenommen habe, daß es sich dabei um eine Erwerbsgesellschaft handle und die Mitglieder das Land teuer bezahlen müßten. Nachdem er aber von Herrn Fiedel näheres über die finanzielle Lage des Vereins gehört habe, stimme er der Vorlage gern zu.

Herr Fiedel will noch bemerken, daß die erste Hypothek von der Landesversicherungsanstalt unter der Bedingung hergeliehen sei, daß mindestens 50 % versicherungspflichtige Leute unter den Mitgliedern sein müßten. Hierdurch solle eben eine Garantie geboten werden, daß die Anlage nicht an besser gestellte Leute übergehe.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Beleuchtungsanlage der Rathausuhr.

Die Zifferblätter der Rathausuhr werden gegenwärtig von Beginn der Dunkelheit bis zum Hauschluß (10 $\frac{1}{2}$ Uhr abends) elektrisch beleuchtet. Es erscheint dem Magistrat wünschenswert, die Brennzeit der hierzu verwendeten Kohlenfaden-Glühlampen zu verlängern. Da jedoch die Beleuchtung der Uhr während der ganzen Nacht nicht erforderlich und die Bestellung eines Wärters lediglich zu dem Zwecke, um die Lichter zu einer bestimmten Nachtstunde auszulöschen, nicht wohl angängig erscheint, so empfiehlt der Magistrat, die Ausschaltung der Lampen durch einen selbsttätigen, mit dem Uhrwerk in Verbindung stehenden Apparat zu besorgen. Es erscheint ferner angezeigt, gleichzeitig unter Aufwendung einer Summe von etwa 120 M die Kohlenfaden-Glühlampen durch Osmiumlampen zu ersetzen, da deren Beleuchtung erheblich billiger zu stehen komme. Der Magistrat beantragt die Zustimmung zu diesen Venderungen unter Bewilligung der erforderlichen Summe von 320 M zu erteilen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß die Brennzeit der Lampen bis zur Mitternachtsstunde ausgedehnt werde.

Nach dem Berichte des Herrn Esdorn ist die Finanzkommission über die Magistratsvorlage noch hinausgegangen insofern, als sie empfehle, die Vorlage mit der Venderung anzunehmen, daß die Beleuchtung der Uhr bis 2 Uhr ausgedehnt werde.

Herr Oberbürgermeister Bockels erklärt, daß der Magistrat gegen diese Erweiterung der Brennzeit nichts einzuwenden finde.

Herr Brückmann möchte um Auskunft bitten, weshalb hier ein Betrag von 120 M für Glühlampen eingestellt werde, da diese doch von dem Lichtwerke gratis geliefert würden. Vielleicht habe Herr Ribbentrop die Güte, hierüber Aufklärung zu geben.

Herr Ribbentrop will darauf erwidern, daß nur die gewöhnlichen Glühlampen, nicht aber auch die Osmiumlampen gratis geliefert werden und letztere 5 M kosten. Sodann möchte er noch bemerken, daß eine einfache Kontaktuhr für 20—25 M zur Ausschaltung der Beleuchtung vollständig hinreiche und mit Sicherheit funktioniere.

Herr Esdorn möchte noch hervorheben, daß bei Einschaltung der Osmiumlampe schon in einem Jahre mehr als deren Kosten erspart würden, denn der Ersparung von 242 M an Energie ständen nur 120 M Anschaffungskosten gegenüber. Außerdem sei die Beleuchtung mittels der Osmiumlampe eine bessere, als bei der gewöhnlichen Glühlampe. Wenn sich die Ausschaltung nach den Ausführungen des Herrn Ribbentrop noch billiger, als in der Magistratsvorlage vorgesehen, herstellen lasse, so stehe nichts im Wege, das billigere Verfahren zu wählen.

Die Magistratsvorlage wird sodann mit der Maßgabe angenommen, daß die Beleuchtung der Uhr bis 2 Uhr nachts wahren soll.

VI. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Jasper macht darauf aufmerksam, daß Herr Ribbentrop zu der eben verhandelten, an sich allerdings belanglosen Vorlage das Wort genommen und mit abgestimmt habe, obwohl er als Direktor der Straßeneisenbahn-Gesellschaft persönlich bei dem Lichtwerke interessiert sei. Wenn er nun auch nichts dagegen einwenden wolle, daß Herr Ribbentrop die von ihm erbetene Aufklärung gegeben habe, so möchte er doch die Stellungnahme der Versammlung zu der Frage provozieren, ob Herr Ribbentrop nicht in allen Sachen, bei denen das Lichtwerk und die Straßeneisenbahn in Frage kommen, als jemand anzusehen sei, der Sonderinteressen vertrete. Herr Ribbentrop sei verpflichtet, die Interessen der Straßeneisenbahn-Gesellschaft zu vertreten und könne den Straßeneisenbahn-Direktor während der Verhandlungen dieser Versammlung nicht ausziehen, sodaß er sich nach § 56 der Städteordnung jeglicher Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten habe. Bei der Vorlage des vorigen Punktes der Tagesordnung habe sich Herr Ribbentrop bei der Abstimmung zustimmend geäußert.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß Herr Ribbentrop sich nicht zustimmend zu der letzten Vorlage geäußert, sondern nur eine von Herrn Brückmann erbetene Auskunft gegeben habe. Die Vorlage selbst habe er für zu unbedeutend gehalten, um deswegen die betreffende Frage zur Entscheidung zu bringen. In jedem Falle achte er aber darauf, daß persönlich interessierte Stadtverordnete nicht mit abstimmen.

Herr Böschigt will daran erinnern, daß diese Frage schon einmal angeschnitten sei. Wenn man die Sache so weit treiben und jedem Stadtverordneten verbieten wolle, mitzustimmen, wenn er irgendwie an einer Sache beteiligt sei, dann dürfe z. B. Herr Wolff bei allen Punkten nicht mitwirken, die mit einem von ihm aufgestellten Vertrage zusammenhängen, oder Herr Seele nicht, wenn er Eisen, bezw. Herr Göcke nicht, wenn er Holz zu einem zur Verhandlung stehenden Bau geliefert habe. Das würde aber doch wohl zu weit führen, denn man wisse dann bald nicht mehr, wo das persönliche Interesse anfange, bezw. aufhöre. Herrn Ribbentrop werde es wohl ziemlich gleichgültig sein, ob er jährlich für 10 M mehr oder weniger Licht abgebe, jedenfalls werde er aber deshalb seine Meinung in der Versammlung nicht ändern. Wenn man das von einem Manne befürchte, so sollte man ihn lieber gar nicht in die Versammlung wählen (Zuruf: „Sehr richtig!“), oder er müßte sein Amt niederlegen. Er habe aber solche Befürchtung bei keinem Stadtverordneten.

Da die Versammlung über diese Sache vollständig einer Meinung ist, so wird der Gegenstand auf Anregung des Herrn Vorsitzenden verlassen.

VII. Ankauf einer ethnographischen Sammlung.

Vor zwei Jahren wurde dem städtischen Museum von dem Kunst- und Handelsgärtner H. Raap hieselbst eine aus ca. 250 Teilen bestehende Sammlung von Gegenständen (Waffen, Schmuck, Kleidung, Götzen, Gebrauchsgegenständen etc.) von der Insel Nias unter Vorbehalt des Eigentumsrechtes übergeben. Herr Raap hat die Sammlung, zum Teil unter großen Gefahren, selbst zusammengebracht, und handelt es sich dabei um die bei weitem vollständigste und wertvollste der in Deutschland befindlichen Sammlungen. Jetzt hat der Genannte, welcher abermals auf einer größeren Reise begriffen ist, die Sammlung dem städtischen Museum zum Preise von 1500 M zum Kauf angeboten und wird deren Ankauf von Herrn Direktor Dr. Fuhse warm befürwortet. Der Magistrat gibt anheim, dem Ankauf der Sammlung zuzustimmen und die Kaufsumme von 1500 M aus den Mitteln der Luise Ottmer-Stiftung zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Schöttler macht die Sammlung einen guten Eindruck, sodaß sich deren Ankauf nur empfehle. Die Statutenkommission ersuche daher, dem Ankaufe zuzustimmen,
was seitens der Versammlung geschieht.

VIII. Instandsetzung eines Teiles der Schützenstraße.

Unter Vorlegung eines Entwurfs zur Instandsetzung der Schützenstraße zwischen der Kannengießerstraße und der Straße hintern Brüdern berichtet die städtische Bauverwaltung, daß die Baukosten zu 17 300 M ermittelt worden sind. Hiervon haben die Stadt 14 100 M und die Anlieger 3200 M zu tragen. Für die Befestigung der Fahrbahn ist im Anschluß an die Ausführungsart der Straße hintern Brüdern Pflaster aus schiefwinkligen Gabbropflastersteinen in Aussicht genommen worden. Die Befestigung der vor den Privatgrundstücken befindlichen Fußwege soll in üblicher Weise durch einen Belag aus Welpfer Sandsteinplatten erfolgen, während für den Fußweg an der Westseite des Platzes ein Belag aus Tonplättchen vorgesehen ist. Dem Antrage des Magistrates, der Ausführung des Projektes unter Verwilligung der zu 17 300 M veranschlagten Kosten zuzustimmen, schließt sich Herr Rieke namens der Baukommission an.

Herr Günther möchte wissen, weshalb hier nicht Asphaltpflasterung vorgesehen sei, da die Versammlung diese Art des Pflasters doch verschiedentlich gewünscht habe. Er möchte deshalb beantragen, bei der Schützenstraße ebenso wie bei der Karrenführerstraße Asphaltpflaster zu nehmen, sofern der Kostenpunkt sich nicht erheblich höher stellen sollte.

Herr Frühling erwidert, daß die Baukommission von dem Principe ausgegangen sei, das Asphaltpflaster insoweit zur Anwendung zu bringen, als die betr.

Straßen einen nicht allzu großen Lastfuhrwerksverkehr haben, bezw. insofern, als es sich um enge Straßen handle, deren Reinigung mit Schwierigkeiten verbunden sei und deren Anwohnern man gern ein möglichst staubfreies und geräuschloses Pflaster geben wolle. Aus letzterem Grunde habe man der Friesenstraße, Magnikirchstraße, Tischenstraße u. Asphaltpflaster gegeben und gedenke dieses Pflaster auch bei der Karrenführerstraße zu verwenden. Bei Straßen mit größerem Lastfuhrwerksverkehr würde dagegen das Asphaltpflaster nicht widerstandsfähig genug sein. Er möchte daher bitten, an der Vorlage nichts zu ändern.

Herr Günther entgegnet, daß ein solcher Beschluß nicht im Sinne der Versammlung liege, denn bei einer früheren Gelegenheit habe man ganz allgemein davon gesprochen, Asphaltpflaster auf den Straßen der Stadt haben zu wollen. (Widerspruch.) In anderen, namentlich größeren Städten werde Asphaltpflaster bei den Straßen mit dem stärksten Fuhrwerksverkehr genommen, und dieses nur bei Straßen mit größeren Steigungen vermieden.

Herr Bürgermeister Kete meyer möchte dazu bemerken, daß nicht nur bei Straßen mit starker Steigung, sondern schon bei Straßen mit geringer Steigung Asphaltpflaster keine Verwendung finden könne, weil sonst die Pferde sämtlich auf den Knien liegen würden. Die Schützenstraße habe aber eine geringe Steigung, sodaß schon aus diesem Grunde das Asphaltpflaster nicht verwendet werden könne. Unten an dem freien Plage sei solches Pflaster aber nicht so dringlich, weil dort der Schall nicht so groß sei. Grundsätzlich auf allen Straßen Asphaltpflaster zu nehmen, würde er aber nicht raten und würde einem solchen Beschlusse auch der Magistrat nicht beistimmen können.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

IX. Instandsetzung des westlichen Platzes an der Brüdernkirche.

Im Anschluß an die Instandsetzung der Schützenstraße wird von der städtischen Bauverwaltung empfohlen, auch den Platz an der Westseite der Brüdernkirche instandzusetzen. Die Kosten dieser Instandsetzung sind mit Einschluß der Herrichtung einer besonderen gepflasterten Zufahrtstraße an der Westseite der Brüdernkirche zu 4600 M veranschlagt worden, um deren Verwilligung ersucht wird. Als Befestigungsart des Platzes selbst ist eine Chauffierung aus zerkleinerten Ziegelbrocken und Grand in Aussicht genommen, während für die an die Schützenstraße und den vorerwähnten Zufahrtsweg angrenzenden Fußwege ein Belag aus Tonplättchen vorgesehen ist. Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung dieses Projektes in der Weise zuzustimmen, daß die Straße an der Westseite der Brüdernkirche gesenkt wird und die Trittsufen dort in Wegfall kommen, sowie die Kosten mit 4600 M zu verwilligen. Die erwähnte Zufahrtstraße wird erforderlich, weil der Haupt-

eingang zur Kirche nach Fertigstellung ihrer Restaurierung nach dem Hauptportale an der Westseite verlegt werden soll.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage in allen Punkten zugestimmt.

X. Instandsetzung der Karrenführerstraße.

Zum Zwecke der Instandsetzung der Karrenführerstraße wird ein Projekt vorgelegt, welches die Kosten zu 7800 M veranschlagt. Hiervon würden 5500 M auf die Stadt und 2300 M auf die Anlieger entfallen. Für die Befestigung der Fahrbahn ist Kleinpflaster auf Betonunterlage vorgesehen. Durch die Befestigung der Fahrbahn mit Gabbro-Reihenpflaster erster Sorte oder mit Asphaltplatten auf Betonklöcken würde nur ein Mehraufwand von etwa 900 M entstehen und es würde deshalb in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht vielleicht einer dieser Befestigungsarten der Vorzug zu geben sei. Der Magistrat gibt der Verwendung von Asphaltplatten gegenüber der Herrichtung von Kleinpflaster den Vorzug und ersucht, das vorgelegte Projekt mit der Aenderung zu genehmigen, daß die Fahrbahn mittels Asphaltplatten befestigt wird, und zu dem Zwecke die Summe von 8700 M zu verwilligen.

Wie Herr Buchler berichtet, empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Böschigt möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Pflasterungsarbeiten nicht gleichmäßig unter die hiesigen Unternehmer verteilt würden. Es seien drei derartige Geschäfte hier vorhanden, nämlich die Firmen A. Spindler, Otto Ripp und Rudolf Hansen, von denen die erstere drei Viertel, die beiden letzteren nur ein Viertel der Arbeiten erhalten. Das sei aber umsomehr zu beklagen, als gerade die Firma A. Spindler zum größten Teile auswärtige Arbeiter beschäftige, während die beiden anderen Firmen nur hiesige Arbeitskräfte einstellen. Die Geschäftsinhaber haben bei den Arbeiten nur die Arbeiter und das Arbeitszeug zu stellen, während das Material von der städtischen Bauverwaltung geliefert werde. Unter solchen Verhältnissen erscheine der Wunsch berechtigt, eine bessere Verteilung der städtischen Arbeiten vorzunehmen, zumal im vorigen Jahre die hiesigen Arbeiter viel hätten feiern müssen, während die fremden Arbeiter zu tun gehabt haben. Er ersuche deshalb den Magistrat, diese Arbeiten in Zukunft gleichmäßiger zu verteilen.

Herr Bürgermeister Netemeyer will empfehlen, diese Frage schon mit Rücksicht auf den Umfang der Tagesordnung bei diesem Gegenstande nicht weiter zu verhandeln. Es seien außerdem Grundsätze für die Vergebung der städtischen Arbeiten ausgearbeitet worden, welche demnächst die Versammlung beschäftigen würden.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XI. Ausführungen am Wasserrohrnetz.

Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke hat beantragt, in das Wasserrohrnetz zwei Rohrentleerungs-Vorrichtungen einzubauen und zwar je eine im Saß und im Ritterbrunnen. Diese Vorrichtungen dienen dazu, um bei etwaigen Rohrbrüchen eine möglichst kurze Absperrung des Rohrnetzes zu ermöglichen. Dem Antrage des Magistrates auf Bewilligung der hierzu erforderlichen Kosten im Betrage von 320 M

stimmt Herr Fudel namens der Finanzkommission zu.

Herr Kieke will darauf hinweisen, daß es sich empfehlen würde, noch an anderen Stellen solche Vorrichtungen anzubringen, um bei Rohrbrüchen nicht ganze Straßen absperrn zu müssen. Sodann möchte er fragen, wann eigentlich die Bohnungen in dem Wirtschaftsgebäude fertig würden.

Der Herr Vorsitzende ersucht, zur Sache zu sprechen.

Herr Kieke möchte nur noch seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß bei einem Gebäude, welches erst ein Jahr stehe, die Balken schon faul seien.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

XII. Klagerhebung.

Vor dem an der städtischen Strecke der Wolfenbüttlerstraße südlich des Parkes von Richmond gelegenen Grundstücke des Bürstenfabrikanten Dülecke in Melverode ist vor einiger Zeit unbefugterweise der zur Entwässerung der Wolfenbüttlerstraße dienende Seitengraben behufs Herrichtung einer Zufahrt zu dem erwähnten Grundstücke zugeschüttet worden. Da Herr Dülecke der wiederholten Aufforderung des Magistrates zur Beseitigung dieser Beeinträchtigung nicht nachgekommen ist, so wird die Versammlung ersucht, zuzustimmen, daß gegen Dülecke vor dem zuständigen ordentlichen Gerichte eine Klage wegen Beseitigung der Anlage angestellt werde.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird der Antrag genehmigt.

XIII. Projekt zum Ausbau der Maschstraße jenseits der Wehrstraße.

Nachdem die von den städtischen Behörden beschlossene Aufhebung der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen der Maschstraße und der Straße hinter der Masch vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt worden ist, wird eine Aenderung des Projektes über den Ausbau der nördlichen Teilstrecke der Maschstraße erforderlich. Die städt. Bauverwaltung hat ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet, welches der Magistrat mit dem Ersuchen um Genehmigung vorlegt. Da die Erhaltung der auf der enteigneten Reimannschen Gartenfläche stehenden Eiche, eines selten schönen Baumes, dem Magistrate wünschenswert

erscheint, so sieht das Projekt an der betreffenden Stelle eine einstweilige Verengung der Fahrbahn von 8 m auf 6,40 m vor. Der Versammlung wird anheim gegeben, das Projekt nebst der Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen,

welchem Antrage sich Herr Frühling namens der Baukommission anschließt.

Herr P e p l i e s macht darauf aufmerksam, daß nach einem Eingekandt in einer hiesigen Zeitung bittere Klagen über den schlechten Zustand der Wege in der Maschstraße geführt und um Abhilfe gebeten werde. Er ersuche um Aeüßerung, ob die Klage berechtigt sei und ob dort eventuell provisorisch Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr Bürgermeister K e t e m e y e r erwidert, daß doch unmöglich noch eine provisorische Instandsetzung der Wege in der Maschstraße erfolgen könne zu einer Zeit, wo deren Ausbau beschlossen sei und die Straße nach Auslegung des Projektes ordnungsmäßig ausgebaut werden solle.

Herr V ö s c h i g t kann hierzu mittheilen, daß man schon dabei sei, den Zustand einigermaßen zu bessern.

Herr W i e h l e will noch anführen, daß bei dem furchtbaren Regenwetter den Kindern der Schmutz in die Schuhe geflossen sei.

Herr S c h m i d t möchte erwähnen, daß der Zustand und zwar infolge der Veränderung der Kanalisation so schlecht sei, daß es bis zum fertigen Ausbau der Straße unmöglich so bleiben könne. Die Fußwege seien in einem so traurigen Zustande, daß man sich den Hals brechen könne. Er halte daher die Schaffung eines Provisoriums für durchaus nötig.

Herr B l a s i u s kann sich diesen Klagen nur anschließen. Die Wege befänden sich in einem so gefahrdrohenden und unreinlichen Zustande, daß ein Feldweg auf dem Dorfe besser sei. Es könne doch auch nicht viel kosten, wenn auf einer Seite der Fußweg etwas aufgeschüttet würde.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

XIV. Unterstützungsgeſuch für deutsche Schulen im Auslande.

Der deutsche politische Verein in Proßnitz in Mähren wendet sich an die Versammlung mit dem Ersuchen, die deutschen Volksschulen und die deutsche Realschule in Proßnitz, welche unter dem Drucke der machthabenden Tschechen leiden, durch eine Zuwendung zu unterstützen.

Wie Herr W o l f f berichtet, ist die Statutenkommission der Meinung, daß die Stadtverwaltung nicht in der Lage sei, den ausländischen Verein aus kommunalen Mitteln zu unterstützen,

weshalb Ablehnung der Eingabe empfohlen werde.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XV. Verlängerung des Gashauptrohrs der Helmstedterstraße.

Der Gastwirt Ernst Moritz wendet sich an den Magistrat mit der Bitte, sein nunmehr der Stadt einverleibtes Grundstück „Moritzburg“ an die städtische Gasleitung anzuschließen. Dem Ersuchen des Magistrates, die Legung des Gasrohrs zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 841 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, zu.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

XVI. Warmwasserbereitungsanlage in der Gewerbeschule.

Daß zur Reinhaltung des Vinoleumbelages der städt. Gewerbeschule erforderliche warme Wasser wird jetzt in der im Kellergechoß gelegenen Waschküche der Bedellenwohnung bereitet und von hier aus in die einzelnen Geschosse getragen, was recht umständlich und zeitraubend ist. Der Schulvorstand der Fortbildungs- und Gewerbeschule ist deshalb mit dem Wunsche hervorgetreten, für die Schule eine besondere Warmwasserbereitungsanlage ähnlich wie im Rathause und in verschiedenen Bürger Schulen herzurichten, von der das warme Wasser aus Zapfhähnen in den einzelnen Geschossen entnommen werden kann. Der Magistrat hält diesen Antrag für gerechtfertigt und beantragt, die zur Durchführung der Einrichtung erforderlichen 1150 M zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Kiefe berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

XVII. Ausbau eines Teiles des Bültengeweges und Anlage einer Fußgängerbrücke.

1. Die städt. Bauverwaltung überreicht dem Magistrate einen Entwurf über den Ausbau des Bültengeweges auf der Teilstrecke zwischen der Nordgrenze des Grundstücks Nr. 3752 und der Einmündung des Langenkamps. Die Grunderwerbskosten sind zu 10 500 M, die Straßenbaukosten zu 44 000 M und der voraussichtliche Anliegerbeitrag zu 85,40 M für 1 m Frontlänge berechnet worden. Der Magistrat ersucht, dem Ausbau dieser Straße zuzustimmen, auch die vorgelegte Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen. Gleichzeitig legt die städtische Bauverwaltung für die Abänderung der Einmündung der Nordstraße in den Bültengeweg einen Ortsbauplan vor, der sich auf eine Abrundung der Ausmündung der Spargelstraße in die Nordstraße beschränkt.

2. Von den Projekten zur Anlage einer Fußgängerbrücke über die Gleise des Nordbahnhofes empfiehlt der Vorstand der Feldmarksgemeinde Hagen dasjenige, nach welchem Brücke und Zufuhrweg nach dem Bültengeweg zu, zwischen den Gebäuden Nr. 6716 und 3449 gedacht ist. Der Magistrat schließt sich dieser

Ansicht an und gibt anheim, das Projekt zu genehmigen. Eine weitere Verbreiterung der Taubenstraße hält der Magistrat nicht für geboten.

3. Der Zustand der zwischen der Nordseite des Grundstücks *M. ass.* 3752 und der Nebenstraße gelegenen Teilstrecke des Bültenwegs ist ein derartiger, daß dem Magistrat ein ordnungsmäßiger Ausbau auch dieser Straßenstrecke zur Ortsstraße geboten erscheint. Der Ortsbauplan sieht hier die Verbreiterung der jetzigen 14,4 m breiten Straße auf 16 m und damit die Entziehung der westlichen Vorgärten vor, wodurch eine völlige Umgestaltung des jetzigen Straßenkörpers und eine Beseitigung der westlichen Baumreihe unvermeidlich sein würde. Der Magistrat hält aus Verkehrsrücksichten nun zwar für zweckmäßig, die im Ortsbauplan vorgesehene westliche Fluchtlinie beizubehalten, glaubt aber, daß es vorläufig genüge, die Straße in ihrer jetzigen Breite auszubauen. Wenn dieses geschieht, so würden auf dieser Strecke nur 9 m vom Geredeschen Grundstücke zu erwerben sein, und es würde sich ein Anliegerbeitrag von rund 48,60 *M.* für 1 m Frontlänge ergeben. Da sich die Kosten der nördlich angrenzenden Strecke mit Rücksicht auf den hier erforderlich werdenden umfangreichen Grunderwerb erheblich höher stellen, so würde es nach der Ansicht des Magistrates ungerecht sein, wenn beide Teilstrecken einheitlich ausgebaut und die Kosten einheitlich verteilt würden. Der Magistrat beabsichtigt daher, beide Bauarbeiten als völlig getrennte Unternehmen zu behandeln und zunächst die nördliche Teilstrecke auszubauen. Der Versammlung wird anheimgegeben, das vorgelegte Projekt nebst der Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling empfiehlt die Baukommission, der Vorlage unter 2 und 3 zuzustimmen, jedoch den Punkt 1, unter grundsätzlicher Zustimmung zu der Befestigungsart der Straßen, nochmals zurückzuverweisen mit dem Anheimgeben, für eine bessere Einmündung der Spargelstraße in den Bültenweg zu sorgen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

XVIII. Antrag *Alsmann u. Gen.*: Errichtung einer Bedürfnisanstalt.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 251 des Berichtes — berichtet namens der Baukommission Herr Buchler: Die Kommission habe den Grundsatz aufgestellt, daß Bedürfnisanstalten für das weibliche Geschlecht dort zu errichten seien, wo sie auch von Fremden und von solchen Personen besucht würden, die weit vom Hause entfernt seien. Wenn man nun auch anerkennen müsse, daß die Kreuzstraße, der Madamenweg *zc.* lange Straßen seien, so werde der Verkehr dieser und der angrenzenden Straßen doch aus Leuten gebildet, die in der Gegend wohnen, sodaß für den in Aussicht genommenen Platz an der Sidonienstraße die Notwendigkeit für eine solche Anstalt nicht anerkannt werden könne. Die Kommission empfehle deshalb, über den Antrag zur Tagesordnung

überzugehen und es bei der Magistratsvorlage zu Punkt VII der Tagesordnung für die letzte Sitzung — Seite 246/247 des Berichtes — zu belassen.

Was nun die in dem Antrage berührte Unentgeltlichkeit der Benutzung solcher Anstalten anlange, so beantrage die Baukommission, den Magistrat zu eruchen, die auf dem Kohlmarke stehende Anstalt versuchsweise dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für die Anstalt auf dem Hagenmarke halte man solche Einrichtung wegen der geringen Benutzung nicht für zweckmäßig.

Herr Abmann will nicht bestreiten, daß es Gegenden in der Stadt gebe, die eine Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter nötiger haben, als gerade die Sidonienstraße. Wenn aber einmal in der Gegend eine Bedürfnisanstalt errichtet werde, so könnte sie seiner Meinung nach auch gleich für beide Geschlechter eingerichtet werden. Er bedaure, daß die Baukommission sich dieses Mal noch nicht habe entschließen können, die Bedürfnisfrage für eine solche Anstalt zu bejahen, jedoch erscheine es ihm als ein erfreulicher Fortschritt, daß die Kommission wenigstens die Notwendigkeit unentgeltlicher Benutzung für eine der vorhandenen Anstalten anerkannt habe. Man sei hier ziemlich prüde bei der Neuerrichtung solcher Anstalten und solle deshalb dem Beispiele anderer Städte, z. B. Leipzigs, folgen und die Anstalten unter die Erde legen. Wenn das geschehe und man umgebe die Anstalt mit gärtnerischen Anlagen, so werde wohl niemand etwas darin finden, auch der nicht, welcher einen heiligen Schrecken und ein Grauen empfinde, sobald er eine Retirade sehe. Auch am Magnitore lasse sich die seit Jahren schwebende Frage nach dem Plaze einer solchen Anstalt vielleicht in dieser Weise lösen.

Herr Koch möchte bitten, die Bedürfnisanstalt vom Hagenmarke wegzunehmen und auf der Sidonienstraße aufzustellen. Nach den von ihm während einer ganzen Woche angestellten Erhebungen sei die Anstalt durchschnittlich von 7 Männern und 4 Frauen pro Tag aufgesucht worden, was für eine Anstalt mitten in der Stadt nicht ausreiche. Auf Grund dieser Feststellungen werde er in der Markthallen-deputation einen Antrag auf Beseitigung der Anstalt stellen.

Der Antrag der Baukommission wird sodann angenommen.

XIX. Antrag Jasper: Schluß der heutigen Sitzung.

Herr Jasper stellt den Antrag, die heutigen Verhandlungen mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Zeit und die noch sehr umfangreiche Tagesordnung abzubrechen und baldmöglichst eine neue Sitzung anzuberaumen, damit eine gründliche Beratung der zurückgebliebenen Gegenstände stattfinden könne.

Nachdem vom Magistratsrathe gebeten war, noch drei Punkte als besonders dringlich zu erledigen, beschließt die Versammlung, nach Erledigung dieser Punkte die Sitzung abzubrechen.

XX. Uebernahme eines Theiles der Promenade am Magnitore.

In der Vorlage vom 17. August d. Js., betreffend das Abkommen mit dem Staate wegen stadtseitiger Uebernahme eines Theiles der Promenade am Magnitore — Seite 166 des Berichtes über die Sitzung vom 10. September d. Js. — war das Ablösungskapital irrtümlich zu 10165,87 M angegeben worden, während es tatsächlich 14777,71 M beträgt. Neben dieser Ablössungssumme sollte ein Betrag von 4950 M für Pflaster an die Stadt gezahlt werden, sodas diese gegen Zahlung von insgesamt rund 19730 M das bereits genehmigte Projekt auszuführen und die auf die Stadt übergehende Promenadenfläche zu unterhalten haben würde. Dieses Abkommen ist vom Herzoglichen Staatsministerium gebilligt, jedoch ist die von der Versammlung gestellte Nebenbedingung wegen Rückzahlung der stadtseitig an den Staat für abgetretenes Promenadenterrain gezahlten 4590 M beanstandet worden. Der Magistrat gibt anheim, diese Nebenbedingung nunmehr fallen zu lassen.

Wie Herr Frühling berichtet, kann es nach der Ansicht der Baukommission nicht im Interesse der Stadt liegen, den mit dem Staate abgeschlossenen Vertrag dieser Sache wegen umzustößen, weshalb beantragt werde, der Magistratsvorlage nunmehr zuzustimmen. Durch Abstellung des Rechenfehlers habe man außerdem auch erreicht, daß die Stadt hierbei pekuniär besser gestellt werde.

Herr Lange wird dem Antrage sehr gern zustimmen, weil er sich freue, wenn wiederum ein Stückchen Promenade in den Besitz der Stadt übergehe. Seine Freude würde aber noch größer sein, wenn ein ähnlicher Antrag des Magistrates auch hinsichtlich des Promenadenstückchens vor der Ferdinandstraße käme. Er möchte den Magistrat fragen, ob auf einen solchen Antrag bald zu rechnen sei. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer solle ja Aussicht vorhanden sein, bald eine Vorlage erwarten zu können, auch habe sich dort vielleicht bezüglich der Entschädigungssumme ebenfalls ein Rechenfehler eingeschlichen, sodas die Hoffnung bestehe, die lästige Sperre über die Brücke an der Ferdinandstraße bald aufgehoben zu sehen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß zu seinem Bedauern diese Hoffnung nicht mehr bestehe. Die Herzogliche Baudirektion habe nämlich verlangt, daß mit der Uebernahme der Promenadenstrecke am Wilhelmitore gleichzeitig die Unterhaltung und Erneuerung der Brücken am Wilhelmitore und am Gieseler übernommen werden solle. Für solche Uebernahmen gebe es aber Berechnungsarten, die dahin gingen, daß z. B. der Neubau der Wilhelmitorbrücke zu 39000 M veranschlagt sei, die Stadt aber nur eine Entschädigungssumme von 500 M erhalte, weil der Neubau voraussichtlich erst in 200 Jahren nötig sein werde und bis dahin die 500 M mit Zinsen und Zinseszinsen die Summe von 39000 M ergeben. Da der Magistrat sich auf solche Sachen nicht einlassen wollte, so habe er beantragt,

die beiden Brücken von der Verhandlung auszuscheiden, jedoch wisse er noch nicht, wie die Sache verlaufen werde.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XXI. Ausleihung eines Hypothekkapitals.

Der Maurer Wilhelm Münnich hat ersucht, ihm auf sein am Maschplaz gelegenes Grundstück zu 2,89 a samt Wohnhaus ein an erster Stelle hypothekarisch einzutragendes Darlehn von 24 000 M zu 4% Zinsen vom 1. Januar 1904 ab zu gewähren. Da der Pfandwert des Grundstücks 24 900 M beträgt, so empfiehlt der Magistrat, dem Antrage stattzugeben,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr F ü d e l berichtet, geschieht.

XXII. Pensionierung eines Schulinspektors.

Der seit dem 1. Oktober 1859 im städtischen Schuldienste als Lehrer angestellte und seit dem 19. August 1874 als Leiter der hiesigen 3. mittleren Mädchenbürgerschule tätige Schulinspektor Heinrich Töpke, geboren am 23. Februar 1832, hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine seit einiger Zeit eingetretene Gehör= schwäche für den 1. April 1904 um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten. Das Ruhegehalt des Genannten würde 4760 M betragen. Dem Antrage des Magistrates, Herrn Töpke in Genehmigung seines Pensionierungsgesuches zum 1. April 1904 in den Ruhestand zu versetzen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Schöttler berichtet.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 7^{1/2} Uhr.

1903/1904.

N^o 10.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Januar 1904.



Tagesordnung:

Begräbnis des Oberbürgermeisters Dr. jur. Pockels . . . Seite 293.



Am Magistratstische die Herren Stadtrat Haake, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Heymann, Ramdohr, Meyer, von Frankenberg und Seele. Entschuldigt die Herren Buchler, Frühling, Lupprian und Wesemeier. Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und erteilt das Wort Herrn Bürgermeister Ketemeyer.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: „Meine hochgeehrten Herren! Der unerbittliche Tod hat uns unsern allverehrten Oberbürgermeister entzissen. Unsere Vaterstadt ist ihres Oberhauptes beraubt. Mag es immerhin ein tröstlicher Gedanke sein, daß es dem Verstorbenen vergönnt gewesen ist, eine verhältnismäßig lange Zeit seine Kräfte dem Wohle und dem Dienste seiner Vaterstadt zu widmen, so glaube ich doch sagen zu dürfen: der unerbittliche Tod hat eine schmerzliche Lücke in unsere Mitte gerissen. Und nicht nur in unsere Mitte, ich glaube, ich darf es mit Stolz bekennen, daß die ganze Bürgerschaft schmerzlich berührt ist durch diesen tragischen Fall; denn nicht nur das Oberhaupt der Stadt ist dahingegangen, sondern einer ihrer besten Bürger ist aus unserer Mitte geschwunden. Ausgerüstet mit hohen Geistesgaben war der Verstorbene der geborene Lenker und Leiter eines größeren Gemeinwesens. Und nicht bloß hat er sich darauf beschränkt, zu lenken und zu leiten, nein, wir wollen es offen anerkennen, er war auch ein treuer Arbeiter in unserer Mitte, ja, meine Herren, ich nehme keinen Anstand, zu behaupten, unser verstorbener Oberbürgermeister war der fleißigste Arbeiter in der ganzen Stadtverwaltung. Und daneben ein Charakter, so bieder und lauter, wie er selten zu finden ist. Wer einmal das Vergnügen gehabt hat, mit ihm zusammenzukommen, der wußte, er durfte sich auf ihn in jeder Beziehung verlassen. Fern lag ihm jede Rücksichtnahme auf persönliche Interessen, lediglich das Wohl der Stadt war für ihn Richtschnur und maßgebend bei den Entschlüssen, die er zu treffen hatte.

Wir, die wir unmittelbar mit ihm zusammen gearbeitet haben, können sagen, wir haben ihn geachtet als Vorgesetzten, geehrt als Mitarbeiter und, wir jüngeren, geliebt als unsern väterlichen Freund.

Fast ein Vierteljahrhundert hat der Verstorbene mit kräftiger Hand das Steuerruder der Stadt geführt. Es ist nicht zu verwundern, meine Herren, daß bei den Gaben, die dem Verstorbenen verliehen waren und bei der treuen Pflichterfüllung, die er sich zum Ziele gesetzt hatte, sein Wirken und Walten von Segen begleitet gewesen ist. Ihnen, hochgeehrte Herren, brauche ich nicht im einzelnen vorzuführen, was der Verstorbene für die Stadt geleistet hat, es ist das Ihnen hinlänglich bekannt. Ich glaube aber, ich darf behaupten: er war ein leuchtendes Beispiel für uns alle, und die Stadt ihrerseits ist ihm zu hohem Danke verpflichtet. Darum möchte ich Sie bitten, meine Herren, sich zu seinen Ehren von den Sigen zu erheben.

(Geschlecht.)

Meine Herren! Der Magistrat hat beschlossen, um dem Danke der Stadt gegenüber dem Verstorbenen Ausdruck zu geben, ihm dadurch eine Ehrung zuteil werden zu lassen, daß sein Begräbniß auf Kosten der Stadt erfolgt. Es ist das gedacht in der Weise, daß die Stadt der Familie einen angemessenen Platz auf dem Zentralfriedhofe, einer der herrlichsten Schöpfungen unseres verstorbenen Herrn Oberbürgermeisters, unentgeltlich zur Verfügung stellt und im übrigen auch die Kosten des Begräbnisses übernimmt.

Es widerstrebt mir, Ihnen heute mit Zahlen zu kommen und zu sagen, wir bitten um die und die Summe; ich glaube vielmehr, wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß Sie uns dafür einen offenen Kredit bewilligen werden, und ich möchte bitten, diesem Antrage, den wir Ihnen bei der Kürze der Zeit nicht schriftlich haben vorlegen können, die Zustimmung zu erteilen.

Ich will auch noch bemerken, daß die Errichtung eines Denksteines auf dem Grabe des Verstorbenen angeregt worden ist. Wenn das geschehen sollte, so würde es unserer Ansicht nach, entsprechend dem schlichten Sinne des Verstorbenen, nur ein einfacher Stein, nicht aber ein monumentales Denkmal sein können. Eine Entschließung hierüber müssen wir uns aber vorbehalten, weil wir uns dieserhalb erst mit der Familie des Verstorbenen in Verbindung setzen müssen.

Ich möchte also bitten, zuzustimmen, daß das Begräbniß des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. jur. Pockels auf Kosten der Stadt erfolge."

Die Versammlung stimmt dem Antrage ohne weitere Besprechung zu.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 3 bis gegen 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

~~~~~

1903/1904.

№ 11.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. Januar 1904.

---

### Tagesordnung:

|                                                                                                                    |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Aenderung des Fußweges zc. der Reichenstraße . . . . .                                                          | Seite 296 |
| II. Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .                                                                             | " 297     |
| III. Vergütung für das Schweiternhaus vom Roten Kreuz . . . . .                                                    | " 297     |
| IV. Aufnahme einer Straße an der Heinrichstraße in den Ortsbauplan und<br>Ausbau zweier Straßen daselbst . . . . . | " 302     |
| V. Ausbau eines Teiles der Heinrichstraße . . . . .                                                                | " 303     |
| VI. Antrag Böschigt: Freihaltung eines Platzes auf den Straßenbahnwagen . . . . .                                  | " 303     |
| VII. Antrag Böschigt: Verkehr auf der Straßenbahnlinie nach dem Zentral-<br>friedhofe . . . . .                    | " 306     |
| VIII. Antrag Bunge: Ausbau von Terrain am Altstadttringe . . . . .                                                 | " 308     |
| IX. Antrag Böschigt: Belegung von Fußwegen mit Platten . . . . .                                                   | " 309     |
| X. Mobiliaranschaffung zc. für das neue Museum . . . . .                                                           | " 310     |
| XI. Instandsetzung des nördlichen Fußweges der Giesmaroderstraße . . . . .                                         | " 311     |
| XII. Ausbau des westlichen Teiles der Humboldtstraße . . . . .                                                     | " 311     |
| XIII. Weiterbeschäftigung von Hilfszeichnern . . . . .                                                             | " 312     |
| XIV. Kostenverwilligung für Malerarbeiten . . . . .                                                                | " 312     |
| XV. Herstellung einer zweiten Zuflußleitung für das Nieselgut . . . . .                                            | " 312     |
| XVI. Klageerhebung . . . . .                                                                                       | " 313     |

|         |                                                                                            |           |
|---------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XVII.   | Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten für das Rosental . . .                        | Seite 313 |
| XVIII.  | Prüfung der Verlegung der städtischen Badeanstalten . . . . .                              | " 316     |
| XIX.    | Einsprachen gegen die Abänderung des Ortsbauplanes an der Howaldtstraße 2c. . . . .        | " 318     |
| XX.     | Antrag Jasper: Vervielfältigung der Lohnstatistik . . . . .                                | " 320     |
| XXI.    | Anfrage Jasper: Errichtung einer Lesehalle . . . . .                                       | " 320     |
| XXII.   | Antrag Jasper: Errichtung eines statistischen Amtes . . . . .                              | " 321     |
| XXIII.  | Antrag Stegmann: Instandsetzung eines Fußweges . . . . .                                   | " 322     |
| XXIV.   | Antrag Rieke: Instandsetzung zweier Wohnungen . . . . .                                    | " 323     |
| XXV.    | Antrag P e p l i e s: Herausgabe eines Statuts bezüglich der Krankenversicherung . . . . . | " 324     |
| XXVI.   | Anfrage Hauswaldt: Errichtung eines Birkus . . . . .                                       | " 325     |
| XXVII.  | Instandsetzung der beiden Döckerschen Baraden . . . . .                                    | " 328     |
| XXVIII. | Verkaufspreis des neuen Ortsbauplans . . . . .                                             | " 328     |
| XXIX.   | Antrag R i e k e: Ergänzung der Baukommission . . . . .                                    | " 329     |

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Metemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg und Seele.

Entschuldigt die Herren Frühling und Supprian; später erscheint Herr Hauswaldt.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, eröffnet und geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Herr Vorsitzende das neu eingetretene Mitglied, Herrn Sander, und ersucht darauf die Versammlung, sich zu Ehren des kürzlich verstorbenen Stadtverordneten, Herrn Bührmann, der sich als langjähriges Mitglied der Versammlung sehr verdient gemacht habe, von den Sätzen zu erheben, was geschieht. Darauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

#### I. Aenderung des Fußweges 2c. der Reichenstraße.

In der Sitzung vom 22. Oktober v. Js. — S. 218 des Berichtes — ist von Herrn P e p l i e s beantragt worden, vor dem Zugange zur Markthalle in der Reichenstraße die Gasse überbrücken zu lassen. Die städtische Bauverwaltung, zur Aeußerung hierüber aufgefordert, ist der Ansicht, daß zur Erzielung eines einwandfreien Zustandes umfangreiche Arbeiten erforderlich sind, die einen Aufwand von 780 M erheischen. Die Verlegung einer Gassenbrücke empfehle sich aber wegen der damit verbundenen mannigfachen Mißstände nicht. Vom Magistrate wird daher anheimgegeben, zur Ausführung dieser Arbeit die Summe von 780 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

## II. Hundesteuer-Erlafgesuche.

Das Gesuch der Frau Köhler um Erlaß der Steuer für einen Ziehund wird genehmigt; dagegen lehnt die Versammlung die Gesuche des Schuhmachermeisters Heumann, des Restaurateurs Kafesly, der Witwe Weiland, der Witwe Friederike Jürgens, des Rentners Heinemann, des pens. Stationskommandanten Schliephake, des Restaurateurs Vertram und des Herrn Düerkop um Erlaß der Steuer für einen Wachhund ab, weil die Wohnungen der Wittsteller sämtlich innerhalb des Nachtwächterbeganges liegen und in solchem Falle die hier gehaltenen Wachhunde der Steuer prinzipiell unterworfen sind.

## III. Vergütung für das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.

Der Vorstand des hiesigen Schwesternhauses vom Roten Kreuz bittet um angemessene Erhöhung der vertragsmäßigen Vergütung für Verpflegung städtischer Kranken. Nach dem Berichte des Magistrates hat die Stadt im Jahre 1900, um die drohende Notwendigkeit der Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses auf eine längere Reihe von Jahren hintanzuhalten, mit dem Schwesternhaus vom Roten Kreuz ein Abkommen getroffen, wonach dasselbe in seiner Anstalt stets 25 Betten zur Aufnahme städtischer Kranken zur Verfügung zu halten hat und für Vereithaltung dieser Betten eine Pauschsumme von jährlich 3000 M, sowie für Verpflegung und ärztliche Behandlung der dort wirklich untergebrachten Kranken eine Vergütung von 1,50 M für erwachsene und 1,25 M für jugendliche Kranke erhält. Während hiervon anfangs seitens der Stadt wenig Gebrauch gemacht worden ist, sind im Jahre 1902/03 insgesamt 157 städtische Kranke an 9955 Tagen gegen eine Gesamtvergütung von 13649 M verpflegt worden. Wenn nun der Vorstand des Schwesternhauses den ihm im Jahre 1902/03 aus der Verpflegung der Gesamtheit seiner Kranken erwachsenen Aufwand zu 2,80 M pro Tag und Kopf ermittelt hat, so würde sich hieraus für ihn bei den verpflegten städtischen Kranken ein Verlust von 14 225 M ergeben. Da indessen die vom Vorstande eingerechneten Kosten nicht sämtlich der Verpflegung der Kranken, sondern auch der Ausbildung einer größeren als der erforderlichen Zahl von Schwestern zur Last fallen, so kann sich der Magistrat nicht dazu verstehen, dem Schwesternhaus diesen Betrag nachzuzahlen, er hält vielmehr für billig, das Schwesternhaus für diejenigen Leistungen schadlos zu halten, die es der Stadt über das seinerzeit vereinbarte Maß hinaus gewährt hat. Hierbei kommt in Betracht, daß das Schwesternhaus zeitweilig 40 Betten und darüber hinaus der Stadt zur Verfügung gestellt hat und daß die Zahl der vereinbarten Verpflegungstage um 1843 überschritten worden ist. Demnach glaubt der Magistrat die Vergütung, welche dem Schwesternhaus für das Jahr 1902/03 billigerweise noch zu zahlen sein dürfte, in Höhe von 3000 M um-

somehr in Vorschlag bringen zu dürfen, als diese Summe noch sehr weit zurückbleibt hinter demjenigen Aufwande, welchen die Stadt für Unterbringung und Verpflegung jener Kranken in einem ermieteten Gebäude in dem Falle zu tragen gehabt haben würde, wenn ihr die Betten und sonstigen Einrichtungen des Schwesternhauses nicht zur Verfügung gestanden hätten. Der Magistrat beantragt demnach, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß dem Schwesternhause eine Vergütung von 3000 M. gezahlt werde. — Auf eine etwaige Nachvergütung für das laufende Jahr wird der Magistrat noch zurückkommen, ebenso behält er sich einstweilen die Erörterung der Frage vor, ob etwa die mit dem Schwesternhause vereinbarten Krankenpflegesätze für die folgende Zeit zu erhöhen seien.

Nach dem Berichte des Herrn Schmidt empfiehlt die Finanzkommission die Bewilligung der geforderten 3000 M. Das Schwesternhaus arbeite aus milden Beiträgen und glaube er, daß auf die Dauer diese Mittel zur Aufrechterhaltung der Verwaltung und des Betriebes nicht ausreichen werden, sodaß die Stadt ihren Zuschuß bedeutend werde erhöhen müssen, wenn sie die Möglichkeit behalten wolle, das Schwesternhaus in Anspruch zu nehmen. Er möchte dem Schwesternhause bei dieser Gelegenheit auch den Dank für seine Mühewaltung im Interesse der Stadt aussprechen.

Herr Aßmann: Ich habe schon damals gegen die Bewilligung der Pauschsumme von 3000 M. gesprochen, weil ich nicht will, daß die Stadt ihre Kranken dort unterbringen soll, sondern sie selbst ein genügendes städtisches Krankenhaus besitzen muß. Die Stadt hat die Verpflichtung, so große Krankenhäuser zu bauen, daß wir den in gewöhnlichen Zeiten vorkommenden Krankheiten gegenüber gewappnet sind, was nach den Ausführungen in der Magistratsvorlage nicht der Fall ist. Wenn wir aber selbst in normalen Zeiten schon einen bedenklichen Mangel an Betten haben, so ist es um so notwendiger, ein weiteres städtisches Krankenhaus zu bauen. Schon in der Sitzung vom 23. März 1893 ist einmal von einem Mitgliede der Versammlung der Bau eines neuen städtischen Krankenhauses beantragt, der Antrag jedoch infolge Ausscheidens des betr. Herrn aus der Versammlung nicht weiter verfolgt worden. Obwohl nun inzwischen das Herzogliche Krankenhaus eine wesentliche Vergrößerung erfahren hat, ist doch der Mangel an Betten immer noch vorhanden. Meiner Ansicht nach darf sich aber die Stadt nicht von derartigen Privatanstalten abhängig machen. Obwohl das dem Schwesternhause von dem Herrn Referenten gespendete Lob in jeder Beziehung zutreffen mag, so wissen wir doch, daß sich in solchen Privatanstalten sehr oft Mißstände zeigen und dort Dinge vorkommen, die sich bei städtischen Anstalten leichter beseitigen lassen, als bei Privatinstituten. Wenn in der Vorlage gesagt wird, daß die an das Schwesternhaus zu zahlende Summe noch weit zurückbleibe hinter demjenigen Aufwande, den die Stadt für Unterbringung und Verpflegung

jener Kranken in einem ermieteten Gebäude zu tragen haben würde, so bin ich der Meinung, daß für solche Zwecke die Mittel stets vorhanden sein müssen, und ich bin aus diesem Grunde gegen die Vorlage.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Man kann über die Frage der Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses, bezw. der Erweiterung des jetzigen Krankenhauses denken wie man will, braucht aber deshalb zu dem Ergebnisse des Herrn Vorredners noch lange nicht zu kommen. Die Vorlage will ja nur das wettmachen im Wege des Ausgleichs, was das Schwesternhaus in der verflossenen Zeit mehr für die Stadt hat aufwenden müssen, als bei der Vertragschließung im Jahre 1900 angenommen worden ist. Ich muß deshalb dringend bitten, dieser Forderung der Gerechtigkeit Rechnung zu tragen und hiermit nicht den Wunsch des Herrn Almann zu verquicken. Im übrigen wird den Herren demnächst eine Vorlage zugehen, die sich mit der Erweiterung des städtischen Krankenhauses beschäftigt und über welche die Vorberatungen zurzeit bei der städtischen Bauverwaltung schweben. Trotz dieses Umstandes wird stadtseitig noch auszugleichen sein, was das Schwesternhaus in der vergangenen Zeit mehr für die Stadt aufgewendet hat, und der Magistrat meint, daß der im Jahre 1900 vereinbarte Pauschalsatz angemessen erhöht werden muß. Herr Almann wird also bei der demnächstigen Magistratsvorlage Gelegenheit haben, sich mit der Erweiterung des städtischen Krankenhauses zu beschäftigen, ohne deshalb diese Vorlage ablehnen zu müssen.

Herr Böschigt: Schon vor 5 bis 6 Jahren habe ich die Errichtung eines neuen städtischen Krankenhauses angeregt, jedoch wurde mir damals erwidert, daß Mittel dazu nicht vorhanden wären. Die Aerzte des städtischen Krankenhauses haben mir damals gesagt, daß die Notwendigkeit vorläge, ein neues Krankenhaus zu errichten. Auch das neue Herzogliche Krankenhaus soll nach einer mir von dem Vorsteher desselben gewordenen Mitteilung bald gefüllt sein. Aus diesem Grunde können wir dem Schwesternhause vom Roten Kreuz dankbar sein, daß wir dort eine Stätte gefunden haben, wo wir für unser Geld unsere Kranken unterbringen können; ich bitte daher nicht nur um Annahme der Vorlage, sondern ich halte es auch für eine Ehrenpflicht der Stadt, das Schwesternhaus noch für die Mehraufwendungen der folgenden Zeit zu entschädigen. Gleichzeitig will ich aber meiner Freude Ausdruck geben, daß endlich auch bei dem Magistrate die Anregung Wurzel gefaßt hat, ein neues Krankenhaus bauen zu müssen, und habe ich das Vertrauen zu dem Magistrate, daß wir baldmöglichst eine Vorlage darüber zu erwarten haben. Herrn Almann gebe ich recht, daß schon seit längeren Jahren das Bedürfnis für ein neues Krankenhaus vorliegt und es wäre meiner Meinung nach sehr schlimm geworden, wenn wir hier nicht vor Epidemien beschützt wären.

Vorsitzender: Es handelt sich bei der Vorlage nur darum, ob das Schwesternhaus vom Roten Kreuz den einmaligen Zuschuß für das abgelaufene Jahr erhalten soll.

Herr Födel: Wenn ich auch die Wünsche des Herrn Hgmann billige, so meine ich doch, daß wir sie mit der heutigen Vorlage nicht verknüpfen können, denn es ist eine Ehrenpflicht für die Stadt, dem Schwesternhause vom Roten Kreuz seine Mehraufwendungen zu ersetzen. Eine solche Anstalt bedarf der Unterstützung nach dieser Richtung hin, weshalb ich um Annahme der Vorlage bitte.

Herr Jasper: Ich freue mich, daß heute im Gegensatz zu den Mitteilungen in der Finanzkommission von allen Seiten die Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Krankenhauses betont worden ist. Nur Herr Stadtrat von Frankenberg scheint anderer Meinung zu sein und die Erweiterung des Krankenhauses nur in beschränktem Maße für notwendig zu halten. Die Vorlage verliert allerdings dadurch an Bedeutung, daß nach ihr nicht auch für die Zukunft eine Entschädigung gezahlt werden soll; ich kann mich aber doch nicht entschließen, für die Vorlage zu stimmen, weil ich es für erziehlich halte, wenn derartige Institute, mögen sie auch noch so gut eingerichtet und geleitet sein, von vornherein daran gewöhnt werden, die Sache geschäftsmäßig zu handhaben und ihre Kosten vorher zu berechnen. Wenn die Stadt dem Institute zu viel gezahlt haben würde, würde sie wohl auch nichts zurückerhalten, und da es sich hier nur um die Vergangenheit handelt, so ist das Geschäft als erledigt anzusehen. Weshalb aber aus Billigkeitsrücksichten noch eine Summe nachbewilligt werden soll, sehe ich nicht ein und für die Zukunft sind ja alle Faktoren enig, daß ein neues Krankenhaus errichtet werden muß.

Herr Stadtrat Meyer: Ich glaube es in Zweifel stellen zu müssen, ob die Verweigerung der Rückzahlung der dem Schwesternhause erwachsenen Mehrkosten erziehlicher Natur sein würde. Es dreht sich hier doch darum, dem Schwesternhause vom Roten Kreuz etwas zu erstatten, was es im Interesse der Stadt aufgewendet hat und will es mir nicht schön erscheinen, wenn die Stadt dem Roten Kreuze, welches ihr so sehr entgegengekommen ist, das entziehen wollte, welches ihm von Rechts wegen zukommt. Außerdem will ich noch erwähnen, daß es nicht richtig ist, wenn angenommen wird, die Stadt hätte sich einer ungeheuren Pflichtverletzung schuldig gemacht dadurch, daß sie nicht schon lange ein neues Krankenhaus gebaut habe. Die städtischen Behörden haben stets auf dem Standpunkte gestanden, daß die Stadt bei ihrer Rechtslage zum Herzogtume nicht weiter verpflichtet wäre, als ein Armenkrankenhaus zu halten und hat der verstorbene Herr Oberbürgermeister Pöckels diesen Standpunkt auch immer aufrecht erhalten. Den von verschiedenen Herren eingenommenen Standpunkt halte ich dagegen nicht für richtig. Wenn eine Verpflichtung zur Errichtung eines Krankenhauses überhaupt vorliegt, so käme dabei zuerst der Staat in Betracht, nicht aber die Stadt.

Wollten wir aber dem Wunsche des Herrn Asmann Rechnung tragen, so würde dadurch eine Schiebung vorgenommen werden. Wenn die jetzigen Krankenräume nicht ausreichen, so müßte von Rechts wegen die Stadt bei dem Staate die Erweiterung des Herzoglichen Krankenhauses beantragen, nicht aber selbst in den Säckel greifen und ein neues Krankenhaus bauen. Ich möchte also die Stadtverwaltung dagegen in Schutz nehmen, daß sie ihre Pflicht nicht getan haben solle.

Herr Asmann: Schön ist der Ausdruck, den Herr Stadtrat Meyer in die Debatte bringt: „nach der Rechtslage“. Wenn wir darnach gehen wollten, würden die Einwohner der Stadt bei einer Epidemie sterben können, ohne daß ihnen stadtseitig Hilfe gebracht würde. Wir fassen die Rechtslage aber doch wohl so auf, daß die Bürger einer Kommune von dieser nach Möglichkeit gegen Krankheiten geschützt werden. Wenn deshalb der Staat seine Pflicht nicht erfüllt, so muß eben die Stadt eingreifen, weil sie für das Wohl ihrer Bürger sorgen muß. Herr Stadtrat Meyer kann sich allerdings auf den Rechtsstandpunkt stellen und sagen: warum sollen wir etwas für ein Krankenhaus aufwenden, wenn der dazu verpflichtete Staat das nicht will. Als vor einigen Jahren das Schwesternhaus vom Roten Kreuz errichtet werden sollte, ist ein Notstand auf diesem Gebiete auch schon festgestellt worden, und hat damals der Magistrat nach der Ansicht des Herrn Stadtrat Meyer unrecht getan, daß er das Schwesternhaus unterstützt hat, weil ja der Staat nach der Rechtslage verpflichtet war, ein Krankenhaus zu bauen. Deshalb will ich aber bei Krankenhäusern von der Privatwohlthätigkeit nichts wissen.

Herr Nolte: Ich enthalte mich ausdrücklich jeder Äußerung über die Vorlage, obwohl ich noch manches dazu sagen könnte, weil ich der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes des Schwesternhauses vom Roten Kreuze bin, und werde ich aus diesem Grunde auch an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Herr Schmidt: Die Herren dort drüben gehen von einer falschen Ansicht aus. Die segensreiche Tätigkeit der Schwestern vom Roten Kreuz ist nur möglich, wenn wir ihr Krankenhaus unterstützen, und dieses Krankenhaus kommt gerade der minder begüterten Bevölkerung zu gute. Wir unterstützen also das Schwesternhaus im Interesse der minder begüterten Bevölkerung und Sie sollten eigentlich keine Ursache haben, sich dagegen zu wehren und dagegen zu sprechen. Der Sachverhalt ist doch folgender: die Stadt bezahlt nur 1,50 M für jeden erwachsenen Kranken, während durch denselben 2,40 M Kosten entstehen. Betten hat das Schwesternhaus in genügender Zahl zur Verfügung und die Stadt hat davon ausgiebigen Gebrauch gemacht, denn an manchen Tagen sind stadtseitig bis zu 43 Betten beansprucht worden. (Herr Asmann: Und dann soll hier kein Notstand sein?) Ein Notstand ist noch nicht dagewesen, denn es hat noch nie an Betten



gefehlt. Ich bin aber der Meinung, daß die Aufopferung, welche die dort tätigen Leute zeigen, mindestens so viel wert ist, wie die Arbeit von bezahlten Leuten.

Herr Jasper: Ich wollte den Ausführungen des Herrn Vorredners entgegen treten, wenn er sagt, daß die Tätigkeit des Schwesternhauses besonders den minder begüterten Klassen der Gemeinde zu gute komme. Soweit ich diese Tätigkeit habe beobachten können, sind die Schwestern gerade in begüterten Familien hervorragend tätig und lassen sich dafür auch gut bezahlen. Im übrigen dürfte sich auch der Herr Referent selbst widersprochen haben, denn nach der Vorlage soll dem Schwesternhause nicht eine Wohltat erwiesen werden, sondern man will ihm angeblich das, was es selbst verauslagt hat, nur wieder zuwenden. Wenn das aber der Fall ist, bedarf es hier nicht der besonderen Anerkennung seiner Verdienste und auch nicht einer so eingehenden Begründung der Vorlage.

Im weiteren wollte ich den Ausführungen des Herrn Stadtrat Meyer entgegen treten, der die ganze Krankenpflege durchaus als einen Zweig der Armenverwaltung anzusehen scheint und dem die Aufgabe der Gemeinde in hygienischer Beziehung erschöpft zu sein scheint, wenn sie denjenigen Gemeindegossen, die nicht in der Lage sind, die Mittel für die Krankenpflege selbst aufzubringen, diese Mittel zur Verfügung stellt und ihnen dafür hinterher die politischen Rechte entzieht. Deshalb ist es falsch, die Krankenpflege als Armenpflege anzusehen. Die bessere Einrichtung des Krankenhauses muß den Gemeindegossen zur Verfügung gestellt werden und sind die Krankenhäuser so geräumig anzulegen, daß bei ausbrechender Epidemie nicht gleich eine Ueberfüllung derselben zu befürchten steht.

Herr Blasius: Es ist einfach eine Anstandspflicht von uns, dem Schwesternhause vom Roten Kreuz die von ihm in unserm Interesse mehr ausgegebene Summe zu ersetzen. Wir haben in der Stadt sehr viel Nutzen durch das Schwesternhaus und dürfen diese Vorlage nicht mit der Erweiterung des städtischen Krankenhauses verquicken. So z. B. ist uns allein die Ausbildung der Schwestern schon so viel wert, daß ich nicht verstehe, wie man eine derartige Vorlage nicht einstimmig annehmen kann.

Bei der nun folgenden Abstimmung gelangt die Vorlage zur Annahme.

#### IV. Aufnahme einer Straße an der Heinrichstraße in den Ortsbauplan und Ausbau zweier Straßen daselbst.

Der Rentner Manegold hat gebeten, in den Ortsbauplan eine Straße als Verbindungsstraße zwischen der Heinrichstraße und der Straße am Stadtpark neu aufzunehmen und sie, sowie die im Ortsbauplane vorgezeichnete Straße an der Nordseite des Stadtparkes auf seine Kosten auszubauen. Da dem Antrage nach der Ansicht des Magistrates Bedenken nicht entgegenstehen, so ist ein entsprechender Teilortsbauplan, sowie ein Bauprojekt nebst Kostenanschlag ausgearbeitet worden,

die zur Vorlage gelangen. Die Vertragsbedingungen weichen von den üblichen insofern ab, als Herr Manegold für Bauaufsicht und Bauleitung eine besondere Gebühr in Höhe von 4 % der Kosten des oberirdischen Straßenausbauens zahlen soll, seitens des Genannten auch auf die Ausstellung und Auslegung einer Verteilungsberechnung und die Einziehung von Anliegerbeiträgen verzichtet und er außerdem für stadtseitige Uebernahme der Unterhaltungskosten eine einmalige Abfindungssumme von 2000 M zu zahlen hat. Nachdem der Magistrat diese Bedingungen eingehend begründet hat, gibt er anheim, den vorgelegten Teilortsbauplan, sowie den Vertrag und die Ausführung des Projektes zu genehmigen, auch der Erklärung der beiden Straßen zu Ortsstraßen zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

#### V. Ausbau eines Teiles der Heinrichstraße.

Auf Ansuchen des Rentners Manegold und des Malermeisters Wandert hat sich der Magistrat verpflichtet, eine Teilstrecke der Heinrichstraße östlich der Bodestraße auf Kosten der Genannten als Ortsstraße auszubauen. Die in den Vertrag aufgenommenen Bedingungen sind die üblichen, abgesehen davon, daß nach § 2 eine besondere Gebühr für Bauaufsicht und Bauleitung in Höhe von 4 % der Kosten des oberirdischen Ausbaues gezahlt werden soll und daß die Unternehmer gegen die Verpflichtung der Stadt, die Kosten für Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straße, sowie für Abfuhr des Hauskehrichts sofort zu übernehmen, eine Abfindungssumme von 3300 M zahlen. Dem Antrage des Magistrates, das Projekt nebst Kosten- und Verteilungsberechnung zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Buchler berichtet, zu.

#### VI. Antrag Böschigt: Freihaltung eines Platzes auf den Straßenbahnwagen.

Ueber den in der Sitzung vom 19. November 1903 — Seite 251 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Statutenkommission Herr Brückmann: Die Kommission hat anerkannt, daß die in dem Antrage gewünschte Einrichtung, den Platz auf der Plattform der Straßenbahnwagen hinten rechts frei zu lassen, bezw. als Schaffnerplatz anzusehen, praktisch und empfehlenswert sei. Will das Publikum, ganz besonders aber eine Frau, einen Straßenbahnwagen besteigen, so ist es außerordentlich lästig und unangenehm, wenn der Eingang zu der Plattform, namentlich bei den Wagen mit schmaler Plattform, besetzt ist. Es ist zu verwundern, daß die Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft, welcher man sonst doch eine sehr gute Betriebskundigkeit nach-

rühmt, nicht schon längst die hier gewünschte Einrichtung getroffen hat, zumal man solche Einrichtung in anderen großen Städten längst besitzt. Die Statutenkommission empfiehlt deshalb den Antrag zur Annahme und bittet den Magistrat, bei der Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft entsprechend vorstellig zu werden.

Herr Blasius: Ich möchte den Antrag warm befürworten und dabei zugleich noch eine andere Sache zur Sprache bringen. Wir müssen nicht bloß für die Menschen, sondern auch für die Tiere sorgen, und will ich darauf aufmerksam machen, daß die Hundebesitzer in einer sehr unglücklichen Lage sich insofern befinden, als sie ihre Tiere nicht mit in die Straßenbahnwagen nehmen dürfen. Deshalb möchte ich anregen, ob man nicht die Straßenbahnverwaltung auffordern könnte, eventuell zu gestatten, daß auf dem Vorderperron der Wagen bei dem Einverständnis der Mitfahrenden ein Hund mitgenommen werden kann. Ich halte es für eine furchtbare Tierquälerei, wenn man einen Hund neben dem Wagen herlaufen läßt. Wunderbar ist es, daß ein Hund mit auf den Wagen genommen werden darf, sobald man die Umwallungen der Stadt verlassen hat: nach Wolfenbüttel und nach Delper geht es, aber in der Stadt ist es nicht erlaubt. Meiner Ansicht nach könnte man aber auch innerhalb der Stadt den Hundebesitzern die Möglichkeit geben, ihre Tiere für den doppelten Fahrpreis mit befördern zu lassen.

Vorsitzender: Es gibt bezüglich der Straßenbahn noch viele Wünsche; ich möchte indessen bitten, sie hier nicht alle zur Sprache zu bringen.

Herr Günther: Meiner Meinung nach wäre es besser gewesen, den folgenden Punkt der Tagesordnung hier gleich mit zu verhandeln. Die von Herrn Brückmann belobte Betriebskundigkeit der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft möchte ich sehr bezweifeln, und ich bin auch der Meinung, daß die Direktion längst eingesehen haben müßte, welcher unglücklicher Zustand in einer Ueberfüllung der Perrons liegt. Mich wundert nur, daß dadurch noch keine Unglücksfälle herbeigeführt worden sind, wenn man auch nicht bestimmt weiß, ob nicht einzelne Unglücksfälle schon darauf zurückzuführen sind. Es kommt auch häufig vor, daß auf den Perrons Zigarren geraucht werden, durch welche die aufsteigenden Personen leicht verletzt werden können. Die Schuld hieran trifft nicht allein die Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft, die für solche Mängel kein Auge zu haben scheint, sondern auch die Herzogliche Polizeidirektion, welche, wie das in anderen Städten auch geschieht, darauf achten müßte, daß solche Ordnungswidrigkeiten nicht vorkommen können. Der Herzoglichen Polizeidirektion müßte daher ein Wink gegeben werden, besser darauf zu achten, daß die Perrons nicht überfüllt sind. Wenn auf einem Perron neun Personen stehen, so bleibt dort eben nicht einmal ein Platz für den Schaffner frei; es müßte daher auch diese, auf den Perrons angeschlagene

Bestimmung geändert werden. Es gibt Wagen, die nicht einmal neun Personen auf den Perrons zu fassen imstande sind. Dazu will ich bemerken, daß auch das Publikum an der Ueberfüllung der Perrons sehr viel schuld ist, da es dort häufig Aufstellung nimmt, auch wenn die Wagen noch nicht gefüllt sind. Die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft trägt aber sehr viel schuld mit dadurch, daß sie zu wenig Anhängewagen laufen läßt, denn des Morgens bei Schulanfang sowie um die Mittagszeit, und ebenso bei schlechtem Wetter sind die Wagen stets überfüllt und müßte die Straßenbahn dafür Sorge tragen, daß auch zu solchen Zeiten jeder mitfahren kann. Ich möchte daher bitten, die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft aufzufordern, diese Uebelstände abzustellen.

Vorsitzender: Herr Ribbentrop wird sich an der Debatte und der Abstimmung nicht beteiligen, weil er mit der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft in Verbindung steht.

Herr Vöschigt: Mir ist in dieser Sache heute noch ein, leider anonymes Schreiben zugegangen. Bei der besonders anzuerkennenden Liebenswürdigkeit der Direktion, möglichst allen Wünschen gerecht zu werden und stets Verbesserungen einzuführen, läßt sich annehmen, daß auch die hier vorgetragenen Wünsche Beachtung finden werden. Vor einiger Zeit habe ich einmal einen Kurzschluß mitgemacht, bei dem 5 Fahrgäste im Wagen saßen, die in aller Ruhe den Wagen verlassen konnten; wenn jedoch bei solcher Gelegenheit der Wagen gestopft voll sitzt, dann kann es böse werden. Zieht man bei einem derartigen Vorkommnis die Leine und unterbricht die Verbindung mit der Leitung, dann ist ja nichts zu befürchten, aber oft wird nicht daran gedacht. Die Direktion hat sich gegen die Ueberfüllung der Wagen durch die Vorschrift gedeckt, daß das Publikum den Anordnungen des Personals Folge zu leisten habe und bestehen auch viele Schaffner auf ihren Schein, aber leider gibt das Publikum oft Veranlassung, daß den Schaffnern das Leben recht sauer gemacht wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß eine gewisse Berechtigung vorliegt, wenn bei schlechtem Wetter noch jemand sucht, auf einem schon gefüllten Wagen Platz zu finden und daß es dem Schaffner nicht allzu übel genommen werden darf, wenn er solchen Fahrgast noch zuläßt, aber besser wäre es im Interesse der Gesamtheit, recht strenge Vorschriften betreffs der Ueberfüllung der Wagen zu haben und diese Vorschriften auch durchzuführen. Der Schaffner ist doch auch eine Person, die einen Platz haben muß! Besser wäre es, wenn auf dem Hinterron nicht 9, sondern nur 7 Personen Platz finden dürften. Jedenfalls wird das große Publikum dankbar sein, wenn durch die Annahme des Antrages eine Besserung im Straßenbahnwesen Platz greift. Herrn Gänther muß ich insofern beistimmen, als auch ich die Beobachtung gemacht habe, daß die Wagen unter Mittag häufig überfüllt sind. In anderen Städten würden bei solchen Vorkommnissen die Schaffner in Strafe genommen werden, und empfiehlt es sich,

auch hier eine Besserung bezüglich der Befegung der Straßenbahnwagen herbeizuführen.

Der Antrag wird darauf genehmigt.

## VII. Antrag Böschigt: Verkehr auf der Straßenbahnlinie nach dem Zentralfriedhofe.

Der in der Sitzung vom 19. November 1903 — Seite 251 des Berichts — gestellte und begründete Antrag ist von der Statutenkommission vorberaten worden und berichtet namens derselben Herr Brückmann: Nach dem am 1. Oktober 1903 zwischen der Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft und dem Magistrate abgeschlossenen Vertrage hat erstere die Strecke Marienstift — Zentralfriedhof von vormittags 9<sup>30</sup> Uhr bis nachmittags 5<sup>50</sup> Uhr regelmäßig zu befahren mit Ausnahme der Mittagspause von 2—3 Uhr, oder wenn eine größere Kälte herrscht als 4 Grad R. Nach der Meinung der Statutenkommission dürfte diese Zeit mit Ausnahme der Mittagspause für die vier dunkeln Monate November bis Februar genügen, während sie für die übrigen acht Monate des Jahres, also von März bis Ende Oktober, nicht ausreichend erscheint. Für diese Strecke kommt in erster Linie der Verkehr nach dem Zentralfriedhofe in Betracht, nicht aber auch die jenseits der Helmstedter Bahn wohnende städtische Bevölkerung. Es würde nicht recht sein, wegen dieser geringen Zahl von Anwohnern einen vollen Straßenbahnbetrieb zu verlangen, dagegen beansprucht der Verkehr nach dem Zentralfriedhofe während der helleren acht Monate einen längeren Betrieb und zwar ohne Unterbrechung während der Mittagszeit. Nach dem Abkommen mit der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Magdeburg kann die Eisenbahnstrecke an der Helmstedterstraße zweimal täglich durch die Straßenbahnwagen gekreuzt werden, aber nach den eingezogenen Erkundigungen geschieht solche Kreuzung auch zu anderer Zeit, soweit die durchgehenden Züge solches zulassen.

Mit Zustimmung des Antragstellers empfiehlt die Statutenkommission, folgenden Antrag gutzuheißen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den am 1. Oktober v. Js. mit der Straßenbahn-Gesellschaft vollzogenen Vertrag derartig zu ändern, daß die Teilstrecke Marienstift — Friedhof in der Zeit von Anfang November bis Ende Februar, unter Aufhebung der Pause von 2 bis 3 Uhr, von morgens 9<sup>30</sup> Uhr bis nachmittags 5<sup>50</sup> Uhr und von Anfang März bis Ende Oktober, auch unter Aufhebung der Pause von 2 bis 3 Uhr, von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nach dem Fahrplane der Hauptlinie befahren werde.“

Herr Günther: Ich bin selbstverständlich für die Annahme dieses Antrages, aber ich kann nicht unterlassen, noch einige Bemerkungen daran zu knüpfen und

einige Vorschläge in bezug auf das Straßenbahnwesen zu machen. Zunächst möchte ich bemerken, daß ich die Liebenswürdigkeit der Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft durchaus nicht angezweifelt habe. . . .

Vorsitzender: Ich bitte aber, Ihre Wünsche möglichst zu beschränken, da wir uns hier mit einem bestimmten Antrage und nicht mit Beschwerden über die Straßenbahn zu beschäftigen haben. Sollten Sie zu weit von dem Antrage abschweifen, müßte ich Ihnen das Wort entziehen.

Herr G ü n t h e r (fortfahrend): Es würde sich hier manches zur Sprache bringen lassen, was im Interesse des Publikums wünschenswert wäre. Gerade bei der Strecke Hohetor—Zentralfriedhof kommt noch in Betracht, daß die Wagen vom Friedhofe her zu weit über den Bohlweg wegfahren und dadurch der Uebergang auf die Richmondlinie zu sehr erschwert wird, indem die Fahrgäste eine ganze Strecke zurücklaufen müssen, um die Wagen dieser Linie zu erreichen. Es wäre doch wohl eine Kleinigkeit, die Wagen erst einmal unmittelbar am Bohlwege halten zu lassen und die Uebergangs-Fahrgäste abzusetzen. Ebenso ist es bei den Passagieren, welche die Wagen vom Hohentore her benutzen und auf die Linie nach Gießmarode übergehen wollen; auch diese müssen eine ganze Strecke zurückgehen. Ich habe schon oft gehört, daß die Fahrgäste dem Personale deswegen Vorwürfe machen, aber dieses erklärt dann, daß es Weisung habe, so zu handeln.

Sodann möchte ich noch auf eine Bequemlichkeit hinweisen, die namentlich den Ortsfremden zugute kommen würde. Es empfiehlt sich nämlich, auf den lebhaften Kreuzungspunkten Schilder anzubringen, welche die Fahrtrichtung der Wagen anzeigen, sodaß die Fremden wissen, in welcher Richtung sie fahren müssen, um ihr Ziel zu erreichen. Bellagen möchte ich ferner, daß der Kommissionsantrag nicht noch weiter ausgeführt worden ist, namentlich auch in der Richtung, daß die Straßenbahn-Gesellschaft veranlaßt würde, das Straßenbahnnetz noch weiter auszubauen. . . .

Vorsitzender: Das führt zu weit und kann nicht gestattet werden. Sie können dieserhalb besondere Anträge stellen, aber bei diesem Punkte der Tagesordnung kann darüber nicht gesprochen werden.

Herr B r ü c k m a n n: Die Sache würde sich meiner Ansicht nach vereinfachen lassen, wenn ein Herr aus der Versammlung bestimmt würde, der die in bezug auf das Straßenbahnwesen auftauchenden Wünsche entgegenahme und sie dann der Straßenbahn unterbreitete. (Zustimmung.)

Herr B ö s c h i g t: Ich freue mich, daß die Kommission so weit gegangen ist, nur will mir dabei eins nicht einleuchten, daß nämlich der Betrieb bei mehr als 4 Grad Kälte eingestellt werden kann. Wenn als Grund hierfür angegeben wird, daß bei einer so niedrigen Temperatur einmal während der Ueberführung eines Straßenbahnwagens über die Bahngleise der Helmstedterstraße die Wagenachse

brechen könnte, so müßte bei einer solchen Temperatur folgerichtig der Uebergang für alles schwere Fuhrwerk gesperrt werden, denn bei den Steinewagen, Bierwagen 2c. liegt doch dieselbe Möglichkeit vor, und es wird niemand behaupten, daß gerade die Straßenbahnwagen dieser Gefahr besonders ausgesetzt seien. Ebenso verhält es sich mit der Ausnahmbestimmung bei hohem Schneefall: wenn man die Bahnstrecke nach Wolfenbüttel offen hält, wäre es falsch angebrachte Sparsamkeit, diese Strecke einschneien zu lassen. Es gibt wohl keine frequentere Linie, als die Friedhofslinie, und verstehe ich nicht, daß man die gerade stiefmütterlich behandeln will. Ferner möchte ich wissen, weshalb nicht täglich zwei Wagen, die sich auf der Strecke Marienstift-Friedhof kreuzen können, über die Bahnlinie gesetzt werden. Bei der Beerdigung des Herrn Oberbürgermeisters am Sonnabend lief auf der Strecke auch nur ein Pendelwagen, allerdings mit 3—4 Anhängewagen, und hätten bei dem überaus starken Verkehr mindestens zwei Pendelwagen mit Anhängewagen laufen können. Das Uebersetzen der Wagen über die Schienen der Staatsbahn bietet meiner Ansicht nach gar keine Schwierigkeiten, denn die Stöße, welche die Wagen erhalten, sind meines Erachtens viel geringer, als bei den schweren Steinewagen. Deshalb bitte ich, diesen Anregungen möglichst Folge zu geben.

Herr Rath e: Ich möchte fragen, ob die Kommission nicht auch die Möglichkeit erwogen hat, bei der Moritzburg zwei Wagen in einem Schuppen während der Nacht unterzubringen, um das lästige Uebersetzen ganz zu vermeiden? Für die Straßenbahn würden dadurch allerdings Kosten entstehen, aber hinterher hätte sie davon auch wieder Vorteile. Es liegt mir auch daran, zu erfahren, ob nur aus Rücksicht auf die Straßenbahn dieses nicht geschieht, oder ob aus Gründen der Betriebssicherheit etwas dagegen einzuwenden ist?

Herr Brückmann: Aus den Akten habe ich entnommen, daß auch dieser Fall schon in Betracht gezogen ist. Man hatte in Aussicht genommen, einen Wagenschuppen auf dem Friedhofe zu errichten, jedoch ist der Plan wieder fallen gelassen, weil er sich als sehr teuer herausstellte und sich nach der vorliegenden Betriebsberechnung ganz und gar nicht rentierte. Wenn Herr Lischig übrigens bezweifelt, daß bei Frostwetter sehr leicht ein Achsenbruch vorkommen kann, so will ich darauf erwidern, daß von sachverständiger Seite die Auffassung der Kommission bestätigt wird. Es dürfte sich daher empfehlen, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Die Versammlung stimmt darauf diesem Antrage zu.

#### VIII. Antrag Bunge: Ausbau von Terrain am Altstadtvinge.

Ueber den in der Sitzung vom 19. November 1903 — Seite 252 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Baukommission

Herr Meyerhoff: Ich habe das Terrain an Ort und Stelle in Augenschein genommen und gefunden, daß dort noch eine Ecke unbebaut liegt, die dem Dekonomen Effen gehört und zwischen Hohestieg und Kreuzstraße gelegen ist. Daneben zieht sich die Altfeldstraße hin. Dort befindet sich zwischen zwei Hecken ein ziemlich schmutziger Weg, wovon ein Teil zurückgeblieben ist, der der Feldmarks-Interessenschaft gehört und zu einem älteren Grundstücke führt. Da es sich hier aber um ein Privatgrundstück handelt, so sind wir nicht in der Lage, helfend einzugreifen und können den Antragsteller nur auf den Weg der Beschwerde bei der Herzoglichen Polizeidirektion verweisen, die Verfügung treffen kann, daß der Eigentümer sein Grundstück einfriedigen muß. Sobald dieses geschehen ist, ist dem Uebelstande abgeholfen. Die Baukommission empfiehlt daher, über den Antrag Bunge zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Bunge: Ich war der Meinung, daß das Terrain der Stadt gehörte. In Anbetracht des Umstandes, daß seitens der Polizei während der vielen Monate nichts in der Sache geschehen ist, möchte ich ersuchen, zu beschließen, daß der Besitzer des Grundstücks von hier aus beauftragt wird, sein Grundstück einzufriedigen.

Herr Jasper: Es ist der Kommission darin zuzustimmen, daß formell die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist, hier einzuschreiten; wenn aber die Mißstände vorhanden sind und auch von der Versammlung anerkannt werden, so ist doch die Stadtverwaltung in der Lage, an die gleichgeordnete Polizeidirektion heranzutreten und die Beseitigung der Mißstände zu verlangen. Ich würde deshalb folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Polizeidirektion dahin vorstellig zu werden, daß die im Antrage Bunge zur Sprache gebrachten Mißstände an der Altfeldstraße baldigst beseitigt werden.“

Wenn der Magistrat in solcher Sache vorstellig wird, so ist es ganz etwas anderes, als wenn ein einzelner das tut.

Der Antrag Jasper wird hierauf angenommen.

#### IX. Antrag Böschigt: Belegung von Fußwegen mit Platten.

Herr Kiefe: Die Baukommission hat in ihrer vorigen Sitzung den Antrag, die Fußwege der Pflegehausstraße zwischen Celler- und Klosterstraße mit Platten belegen zu lassen — Seite 253 des Berichtes — geprüft und war dabei zuerst zu dem Vorschlage gekommen, vorläufig ein Provisorium zu schaffen. Da indessen der Plattenbelag als sehr notwendig anerkannt werden muß, so ist die Baukommission hinterher zu dem Beschlusse gekommen, vorzuschlagen, daß der Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung überwiesen werde.



Herr Sander: Selbstverständlich bin ich für den Antrag. Ich möchte ihn aber noch dahin erweitern, daß die ganze Straße nach Norden zu verbreitert werde. Es kommt dabei der Friedhof des Kreuzklosters und das Pfarrgrundstück in Frage, jedoch werden sich die Schwierigkeiten hier ebenso aus dem Wege räumen lassen, wie bei dem Friedhofe am Kl.-Erzzerplatz. Die Legung der Platten allein bedeutet nur halbe Arbeit, denn wenn Sie den Verkehr auf der Straße ansehen, müssen Sie anerkennen, daß die Straße zu schmal ist. Ich werde deshalb noch den Antrag stellen, die Straße zu verbreitern.

Vorsitzender: Wenn Herr Sander beabsichtigt, einen solchen Antrag einzubringen, dann empfiehlt es sich, den Antrag Böschigt mit an die Baukommission zurückzuverweisen.

Herr Böschigt: Ich möchte bitten, den Antrag Sander hiermit nicht zu verquicken, weil die Sache dadurch nur verschleppt werden würde. In der Kommission ist von Herrn Bürgermeister Ketemeyer schon darauf hingewiesen worden, daß die Schwierigkeiten zu groß sind, um in dem Straßenteile noch weiter vorzugehen. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrages der Baukommission, durch den wir das mögliche erreichen werden. Der Plattenbelag braucht auch nicht so breit angelegt zu werden, wie ich ursprünglich beantragt hatte.

Herr Sander: Wenn die Sache sich durch meinen Antrag so lange verschleppen würde, wie hier gesagt worden ist, bin ich auch dafür, daß wir jetzt erst einmal den Plattenbelag genehmigen, und werde ich den Antrag später einbringen.

Herr Kiefe: Gewöhnlich werden die Fliesen oder Platten ziemlich hart an die Bordsteine gelegt und brauchten bei einer späteren Verbreiterung der Straße nur die nächsten Plattenreihen zurückgelegt zu werden, so daß man schon jetzt gewissermaßen ein Definitivum schaffen könnte.

Der Antrag der Baukommission gelangt darauf zur Annahme.

#### X. Mobiliaranschaffung zc. für das neue Museum.

Da voraussichtlich im nächsten Sommer der Neubau des städtischen Museums vollendet werden wird, also demgemäß im kommenden Herbst mit den Umzugsarbeiten begonnen werden kann, so ersucht der Magistrat auf Anregung des Direktors des Museums um Bewilligung der folgenden Kosten:

|                                                  |          |
|--------------------------------------------------|----------|
| Mobiliarvermehrung des Keller- und Erdgeschosses | 3 808 M, |
| Einrichtung derselben Geschosse . . . . .        | 4 500 "  |
| Transport der Gypse, Hausbalken zc. . . . .      | 1 950 "  |
| Transport von drei Glasgemälden . . . . .        | 355 "    |
| Eisenstangen zum Tragen der Oelgemälde . . .     | 540 "    |

zu übertragen 11 153 M.

Uebertrag 11 153 M

|                                                 |                    |
|-------------------------------------------------|--------------------|
| Borhänge nebst Zugvorrichtungen, Einghpfen der  |                    |
| Eisen . . . . .                                 | 5 200 "            |
| Reinigung und Reparatur der Gemälde zc. . . . . | 1 000 "            |
| Abtrete-Matten . . . . .                        | 150 "              |
|                                                 | <hr/>              |
|                                                 | zusammen 17 503 M. |

Gleichzeitig wird die Versammlung ersucht, zu beschließen, daß wegen eventueller künftiger Tilgung aus dem Schulhausbaufonds in bezug auf diese Kosten ebenso verfahren werde, wie wegen der Gebäudekosten zwischen den städtischen Behörden vereinbart worden ist.

Beiden Anträgen wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, zugestimmt.

#### XI. Instandsetzung des nördlichen Fußweges der Gliesmaroderstraße.

Für die Instandsetzung des nördlichen Fußweges der Gliesmaroderstraße zwischen dem Langenkamp und der vierten Langenkampstraße werden von der städtischen Bauverwaltung 8800 M gefordert, wovon die Stadt 2700 M, die Anlieger aber 6100 M zu tragen haben würden. Der auf die Anlieger entfallende Beitrag stellt sich auf 9,30 M für 1 m Frontlänge. Beabsichtigt wird eine Belegung des Fußweges mit gepreßten Zementplatten in Kalkmörtel auf Sandbettung. Dem Ersuchen des Magistrates, dem Projekte nebst der Kosten- und Verteilungsberechnung zuzustimmen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Rieke den Antrag namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

#### XII. Ausbau des westlichen Teiles der Humboldtstraße.

Die Militärverwaltung wünscht, die im Falle der Regulierung der Kasernenstraße verfügbar werdenden Teilflächen dieser Straße ebenso wie den freien Platz vor dem Fallerslebertore behufs Vergrößerung des Kasernengrundstücks zu erwerben. Dem Magistrate scheint deshalb jetzt der Zeitpunkt gekommen, sowohl die Kasernenstraße, als auch die Humboldtstraße in Gemäßheit des Ortsbauplanes auszubauen. Wegen dieses Ausbaues ist am 4. Oktober 1894 mit den Unternehmern Manegold, Utermark und Weinhausen ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach diese die sämtlichen durch Herrichtung der Straße erwachsenden Kosten zu übernehmen haben. Hierbei war jedoch vorgesehen, daß einstweilen nur der jetzt schon vorhandene Straßenteil nebst dem provisorischen Verbindungswege angelegt und demnächst von den städtischen Behörden darüber entschieden werden sollte, wann der noch fehlende Teil der fraglichen Straße anzulegen sei. Ferner ist den städtischen

Behörden das Recht vorbehalten, über die Art des Ausbaues der Straße zu entscheiden. Die Kosten- und Verteilungsberechnung wegen der ganzen Straße ist bereits im Jahre 1894 genehmigt und auch öffentlich ausgelegt worden. Der Versammlung wird anheimgegeben, zu beschließen, daß die noch fehlende westliche Teilstrecke der Humboldtstraße jetzt hergerichtet und ebenso ausgestaltet und befestigt werde, wie die schon vorhandene östliche Teilstrecke, jedoch mit der Maßgabe, daß die Fahrbahn nicht chauffiert, sondern mittels Kleinpflasters befestigt werde. — Wegen Ausbaues der Kasernenstraße wird eine besondere Vorlage erfolgen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Buchler die Genehmigung der Vorlage.

Auf die Anfrage des Herrn Asmann, ob der dringend notwendige Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße baldigst zu erwarten stehe, erwidert

Herr Stadtrat Meyer, daß er nicht in der Lage sei, darüber eine Auskunft zu erteilen, da diese Sache außerhalb seines Ressorts liege.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

### XIII. Weiterbeschäftigung von Hilfszeichnern.

Von der städtischen Bauverwaltung wird unter sehr eingehender Begründung gebeten und von dem Magistrat bei der Versammlung beantragt, die beiden schon im laufenden Jahre beschäftigten Hilfszeichner Johausen und Körner bei der Vermessungsabteilung der städtischen Bauverwaltung mit einer Jahresvergütung von je 1080 M auch für das kommende Rechnungsjahr beizubehalten.

Auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, wird der Antrag genehmigt.

### XIV. Kostenverwilligung für Malerarbeiten.

Der Magistrat beantragt, die versehentlich schon jetzt erfolgte Ausführung des Anstrichs des Holzwerks in den Korridoren und dem Treppenhause des westlichen Flügels der Schule an der Okerstraße genehm zu halten und die Verausgabung der dafür aufgewendeten 737,26 M zu gestatten. Der Anstrich war von der städtischen Bauverwaltung wohl für das laufende Jahr in Vorschlag gebracht, jedoch aus finanziellen Gründen auf das nächste Jahr verschoben worden.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Müller berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

### XV. Herstellung einer zweiten Zuflußleitung für das Rieselgut.

Nach Mitteilung der zuständigen Deputation hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, daß die fünf Rohrausflüsse insofern nicht genügen, als an der mit

dem Ausfluß versehenen Bassinseite zu viel, an der entgegengesetzten Seite aber zu wenig Schlick (Dungstoff) sich abgelagert. Da nach der Ansicht der Deputation die durch die ungleichmäßige Dungverteilung beeinträchtigte Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens nach Herrichtung eines zweiten Rohrausflusses erheblich gesteigert werden wird, so gibt sie anheim, zunächst die Bassins III und IV mit einer zweiten Zuflußleitung zu versehen und die hierzu anschlagsmäßig erforderlichen Mittel von 2102 M zu bewilligen. Dem Antrage des Magistrates, demgemäß zu beschließen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzkommission, für welche Herr Wolters berichtet, zu.

#### XVI. Klageerhebung.

Im Oktober v. Js. ist durch das Fuhrwerk des Einkaufsvereins für Braunschweiger Wurst- und Fleischwaren der an der Ecke von Ottmer- und Bertramstraße stehende Kandelaber umgerissen worden, und sind dadurch der Stadtgemeinde Kosten im Betrage von 68,88 M erwachsen. Der Verein verweigert aber die Zahlung dieses Betrages, weil der Führer des Gespannes angegeben hat, das Pferd habe vor der am Biewegschen Garten stehenden Dampfwalze gescheut, infolge dessen das Fuhrwerk auf den Fußweg geraten sei und den Kandelaber umgerissen habe. Hiernach handelt es sich um einen Schaden, der durch ein Tier verursacht worden ist, und für solchen Schaden ist der Einkaufsverein als Halter des Tieres nach § 832 des Bürgerlichen Gesetzbuches verantwortlich. Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß der gedachte Verein auf Zahlung von 68,88 M verklagt werde,

welchem Antrage die Versammlung entspricht, nachdem der Herr Vorsitzende ihn namens der Statutenkommission zur Annahme empfohlen hatte.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

#### XVII. Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten für das Rosental.

Der Maurermeister Dallinger hat gegen die Anordnung von Vorgärten für das Rosental — Seite 162 des Berichtes — Einsprache erhoben, welche zu verwerfen der Magistrat ersucht.

Gleichzeitig wird der Versammlung Kenntniß gegeben von einer Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums in betreff der Verhandlung in der Sitzung vom 19. November v. Js. — Seite 249 des Berichtes. Die Entscheidung lautet: „Die Annahme des Stadtmagistrates, daß der § 6 der neuen Bauordnung die früher vorgeschriebene Mitwirkung der Gemeindebehörden bei der Erledigung von Einsprachen gegen die Feststellung von Ortsbauplänen habe beseitigen wollen, und

daß die ausdrückliche Bemerkung in der Begründung des Gesetzes, es bleibe in dieser Beziehung bei dem bisherigen Verfahren, auf ein Versehen beruhe, findet in den bei dem Erlasse des Gesetzes ergangenen Verhandlungen keine Stütze. Auch über Einsprachen haben beide Gemeindebehörden zu entscheiden. Die Festsetzung selbst eines Ortsbauplanes bedarf eines übereinstimmenden Beschlusses von Magistrat und Stadtverordneten, tritt also nicht in Wirksamkeit, wenn die Stadtverordneten ihre Zustimmung versagen. Werden gegen einen solchen gemeinsamen Beschluß Einwendungen erhoben, so ist es folgerichtig, daß hierüber nicht eine der bei dem ersten Beschlusse beteiligten Körperschaften entscheidet, sondern daß sie beide tätig werden. Können sie sich nicht einigen, so unterbleibt eben die Feststellung des Ortsbauplanes, ein Ergebnis, das nichts Ungewöhnliches hat und das schon dann herbei geführt wird, wenn von vornherein, ohne daß Einwendungen geltend gemacht sind, die Stadtverordnetenversammlung dem Beschlusse des Magistrates aus irgend welchen Gründen ihre Zustimmung versagt.“

Herr Meyerhoff: Die Sachlage hinsichtlich der Anordnung von Vorgärten im Rosental ist folgende: Der Antrag von Anliegern des Rosentales auf Anordnung von Vorgärten war seinerzeit so spät eingegangen, daß der daraufhin festgestellte Ortsbauplan die Bebauung zweier Grundstücke ohne Anlegung von Vorgärten nicht mehr hindern konnte, und demnach bei diesen beiden Grundstücken für absehbare Zeit Vorgärten nicht angelegt werden können. Herr Dallinger besitzt nun neben diesen Grundstücken noch einen Bauplatz und ersucht, in deren Baulinie einrücken zu dürfen. Dem Antrage des Magistrates, diese Einsprache zu verwerfen, schließt sich die Baukommission an und ersucht, demgemäß zu beschließen. Wollte man die Straße nach Osten verschieben und auch für die Klusmannschen Grundstücke noch Vorgärten anordnen, würden die Kosten zu hoch und auch die gegenüberwohnenden Anlieger zu sehr belastet werden.

Herr Sander: Ich verstehe den Antrag der Baukommission nicht. Es wäre an sich sehr schön gewesen, wenn die schmale Straße Vorgärten erhalten hätte, jedoch würde es unschön aussehen, wenn das Dallingersche neue Haus in die angenommene Baufluchtlinie einrücken soll, während das neue Nachbarhaus weit vorgeückt ist. Außerdem wird Herr Dallinger durch solche Vorschrift auch erheblich geschädigt. Nachdem die Nachbargrundstücke von Klusmann bis an die Straßenlinie bebaut worden sind, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, das angrenzende Dallingersche Grundstück unter Anlegung eines Vorgartens zu bebauen. Auf der anderen Seite der Straße können dagegen immer noch Vorgärten angelegt werden. Ich möchte deshalb bitten, der Beschwerde stattzugeben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Das Rosental muß in villenartiger Weise bebaut werden. Deshalb hat der Magistrat für dasselbe Vorgärten vorgeschlagen, die auch von der Versammlung genehmigt worden sind. Ich beklage mit

Herrn Sander, daß das Klufmannsche Eckgrundstück in die Straßenlinie vorgerückt ist; wollte man nun aber noch weiter gehen und auch Herrn Dallinger gestatten, mit seinem Neubau in diese Linie vorzurücken, dagegen aber die Vorgärten nach der anderen Straßenseite hin verlegen, so würde das ein einseitiges und unbilliges Vorgehen sein, durch welches die Anlieger der gegenüberliegenden Seite schwer geschädigt werden würden und zwar schwerer, als Herr Dallinger glaubt geschädigt zu werden. Deshalb bitte ich, die Einsprache zu verwerfen.

Herr Rieke: Die bedauerliche Tatsache, daß das Klufmannsche Grundstück bis an die Straßenlinie bebaut worden ist, liegt daran, daß die städtischen Baubeamten nicht so flink gewesen sind, wie Herr Klufmann. Das ist nun einmal geschehen und kann nicht mehr verhindert werden, jedoch sehe ich nicht ein, weshalb man jetzt die Straße nach Osten hinüberschieben soll. Würde das geschehen, so müßten wir nicht ein, sondern drei Meter Terrain kaufen und das würde sehr viel Geld kosten. Ich kann auch nicht einsehen, daß der Dallingersche Bau bei Einhaltung der Baufluchtlinie Anstoß erregen könnte, denn einen Schmutzwinkel haben wir dort nicht zu befürchten, weil das Stacket diesen ausschließt. Wenn ich an Herrn Dallingers Stelle wäre, so würde ich ein Haus mit Vorgarten aber lieber nehmen, als ein Haus hart an der Straße, und zwar auch schon deshalb, weil der Maler nicht so viel daran verdienen würde, indem die Bäderjungen das Haus nicht beschmutzen können. In einem Hause mit Vorgarten wohnt es sich entschieden besser, als in einem Hause ohne Vorgarten. Deshalb kann ich mich nicht entschließen, der Einsprache zuzustimmen.

Herr Sander: Den letzteren Ausführungen des Herrn Rieke kann ich nicht widersprechen: es ist immer schöner, wenn ein Haus zurücksteht. Vergewärtigen Sie sich aber einmal die Sachlage: das erste Haus steht 3 m zurück, das zweite neuerbaute Haus steht in der Fluchtlinie, das folgende neue Haus, um das es sich hier handelt, soll wieder zurückliegen, das nächste Haus steht aber vor; es ist also ein ewiges Hin und Her. Die hier geäußerte Ansicht, daß die Anlieger der anderen Straßenseite geschädigt werden würden, wenn man die Straße nach Osten verschieben wollte, kann ich nicht teilen, weil das erforderliche Terrain dann enteignet und sein Eigentümer entschädigt werden könnte. Jedenfalls gibt es ein schöneres Straßenbild, wenn das Dallingersche Haus in die Fluchtlinie gerückt wird.

Herr Meyerhoff: Ich schließe mich der Anschauung an, daß es kein Verbrechen sein würde, den Dallingerschen Antrag zu genehmigen; jedoch könnte das nur geschehen, wenn die Straße nach Osten verschoben würde und die Herren Klufmann und Dallinger bereit wären, späterhin 3 m breites Straßenterrain vor ihren Grundstücken zu erwerben und dort Vorgärten anzulegen. Das ist aber unmöglich, weil man niemanden, dessen Haus an der Straßenfluchtlinie steht, zwingen kann, Vorgärten anzulegen. Wünschenswerter wäre es allerdings gewesen,

wenn die beiden Rußmannschen Häuser auch Vorgärten erhalten hätten; nachdem der jetzige Zustand aber einmal geschaffen ist, können wir ihn nicht ändern und müssen es einer späteren Zeit überlassen, auch auf den Rußmannschen Grundstücken Vorgärten anzulegen, wenn die dort stehenden Häuser einmal wieder abgerissen werden. Ich bitte daher, den Antrag der Baukommission anzunehmen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

### XVIII. Prüfung der Verlegung der städtischen Badeanstalten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat dem Magistrate die Berücksichtigung eines in der Sitzung vom 6. November 1902 — Seite 175/178 des Berichts — gefaßten Beschlusses empfohlen, dahingehend, eine zweite Freibadeanstalt zu errichten, oder die vorhandene Anstalt zu vergrößern. Wenngleich eine Ueberfüllung der Badeanstalt nur an besonders heißen Tagen eintreten pflegt und sie auch mit veranlaßt wird durch den Umstand, daß zahlreiche Personen die Anstalt benutzen, für die sie nach ihrer Zweckbestimmung nicht hergestellt ist, so hat der Magistrat doch durch die städtische Bauverwaltung wegen Vergrößerung der Anstalt zwei Projekte ausarbeiten lassen, deren Kosten zu 20 800 M, bezw. 13 800 M veranschlagt worden sind. Eine alsbaldige Ausführung eines der beiden Projekte erscheint dem Magistrate um deswillen bedenklich, weil das vom Ingenieur Gleim am 18. Mai 1903 eingereichte Bahnhofprojekt die Führung einer Hochbahn durch den Bürgerpark und die Ueberbrückung der Oker unterhalb der Freibadeanstalt vorsieht. Muß schon mit Rücksicht hierauf jede bauliche Erweiterung der Freibadeanstalt im gegenwärtigen Zeitpunkte und so lange über das Bahnhofprojekt nicht endgiltig entschieden ist, bedenklich erscheinen, so sprechen auch noch andere Gründe dafür, von der Ausführung eines solchen Projektes Abstand zu nehmen, und zwar einerseits der Umstand, daß mit Rücksicht auf den immer lebhafter gestalteten Bootsverkehr auf der Oker die Erwägung nahe liegt, ob nicht beide städtische Badeanstalten zu verlegen seien, und sodann die Tatsache, daß die Verunreinigung der Oker oberhalb der Anstalten das Baden im Flusse besonders dann, wenn dieser wenig Wasser führt, in gesundheitlicher Beziehung als zeitweilig nicht unbedenklich erscheinen läßt. Es wird daher zu erwägen sein, ob nicht beide Anstalten zu verlegen und insbesondere die außer Betrieb gesetzten offenen Filter des alten Wasserwerkes zu Badebassins (eins für das weibliche Geschlecht) einzurichten seien, denen entweder Okerwasser von oberhalb Eisenbüttel mittels der vorhandenen Rohrleitung, oder aber im Bürgerpark durch Maschinenkraft gehobenes Grundwasser zuzuführen sein würde. Der Magistrat hält für zweckmäßig, daß mit Prüfung dieser Angelegenheit eine gemischte Deputation, bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern und drei Stadtverordneten betraut werde, und wird die Versammlung ersucht, diesem Vorschlage zuzustimmen und die erforderliche Wahl vorzunehmen.

Namens der Finanzkommission beantragt Herr Födel, dem Antrage zuzustimmen und die Herren Günther, Lange und Wolters in die Deputation zu wählen.

Herr Günther: Es ist recht erfreulich, daß uns der Magistrat mit der Vorlage kommt, und wir wollen wünschen, daß etwas Gutes daraus wird. Im übrigen können wir aber die Freibadeanstalt diesen Sommer in ihrem jetzigen kläglichen Zustande nicht belassen, sondern müssen etwas dafür tun. So z. B. ist die Ausbaggerung der Oker an jener Stelle sehr nötig, auch wächst das Schilf fast bis an die Freibadeanstalt heran, sodaß deren Bassin dadurch außerordentlich eingeengt wird. Nach dem vorjährigen Schnitte ist das Schilf schon wieder hochgewachsen. Verschiedene Leute benutzen draußen bei der Anstalt auch ein Sonnenbad und könnte der dort vorhandene kleine Raum leicht vergrößert werden, wenn man die Biegung der Planke beseitigte und sie in gerader Linie fortführte. Ebenso wäre die Brause auszubessern, welche seit einigen Jahren untauglich geworden ist. Wenn in der Magistratsvorlage ausgeführt worden ist, daß die Badeanstalt nur an heißen Tagen benutzt werde, so ist das an sich wohl richtig, aber die Museen und Kirchen werden auch nur wenig besucht und könnte man folgerichtig auch unterlassen, solche zu bauen, was doch niemandem einfällt. Für die Badeanstalt spricht aber auch noch der Umstand, daß sie im gesundheitlichen Interesse für die Bevölkerung notwendig ist. Da wir am Sonnabend und Sonntag zwei große Waschtage auf der Badeanstalt haben, so würde es sich auch empfehlen, für die Schwimmer ein besonderes Bassin einzurichten, in dem Abwaschungen nicht vorgenommen werden dürfen und müßte dabei selbstverständlich auch für die Nichtschwimmer gesorgt werden. Das liegt nun im Schoße der Kommission. Bitten möchte ich aber, daß die von mir erwähnten Wünsche schon diesen Sommer Berücksichtigung finden.

Herr Stadtrat Meyer: Es ist wohl eine irrtümliche Auffassung, wenn Herr Günther meint, es hätte in der Magistratsvorlage gestanden, die Freibadeanstalt würde nur an heißen Tagen besucht. In Wirklichkeit heißt es dort, sie sei nur an heißen Tagen überfüllt. Selbstverständlich ist es aber die Absicht des Magistrates die jetzigen Badeanstalten bis dahin auf dem laufenden zu erhalten, daß neue Anstalten geschaffen sind. Deshalb glaube ich, in bestimmte Aussicht stellen zu können, daß dort alles geschieht, was notwendig ist und insbesondere eine Ausbaggerung des Okerbettes, eine Instandsetzung der Brause u. v. vorgenommen werden wird.

Herr Löschig: Eine Verunreinigung der Oker soll leider immer noch stattfinden. Die Haafesche Badeanstalt entnimmt ihr Wasser der Oker beim Bahnhofe und muß stets verunreinigtes Wasser verwenden. Es ist tieftraurig, daß die Einwohner bei Eisenbüttel angehalten werden, für ihre Abwässer Senkgruben anzulegen, während die Staatsseisenbahn-Verwaltung heute noch keine Einrichtungen zur Reinigung ihrer vielen Abwässer getroffen hat, sondern die Oker fortgesetzt damit verunreinigt. An die einzusetzende Deputation möchte ich daher die Bitte richten, sich



auch der sehr gut frequentierten Haafeschen Badeanstalt anzunehmen und Abhilfe in der Weise zu treffen, daß die Eisenbahn-Verwaltung angehalten wird, ihre Abwässer vor der Einführung in die Oker zu reinigen. Es wäre himmelschreiend, wenn wir nicht durchsetzen könnten, daß sich auch der Eisenbahnfiskus einer solchen Notwendigkeit fügte.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit der Magistratsvorlage einverstanden und wählt die Herren Günther, Lange und Wolters in die einzusetzende Deputation.

#### XIX. Einsprachen gegen die Abänderung des Ortsbauplanes an der Howaldtstraße 1c.

Verschiedene Anlieger der Howaldt- und Hochstraße haben Einsprachen erhoben gegen die von der Versammlung beschlossene Abänderung des Ortsbauplanes der Howaldtstraße und der angrenzenden Straßen, und haben dabei als Hauptgrund die entstehenden hohen Kosten angeführt. Der Magistrat ersucht, diese Einsprachen zu verwerfen, weil die vorgebrachten Gründe nicht als maßgebend erachtet werden können und die beschlossene Aenderung und Ergänzung des Ortsbauplanes im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Herr Meyerhoff: In der Baukommission ist diese Frage nochmals reiflich geprüft worden, jedoch haben wir uns nicht dazu verstehen können, Ihnen die Aufhebung des früheren Beschlusses — Seite 202 des Berichtes — zu empfehlen. Wir halten es im Interesse der Stadt mit dem Magistrate für geboten, daß die Straße angelegt wird, zumal der Schwerpunkt der Güterabfuhr auch nach dem Umbau der Bahnhofsanlagen im Osten der Stadt bleiben wird. Die Anlieger wenden sich bei der Begründung ihrer Einsprachen hauptsächlich gegen die Höhe der Kosten, jedoch läßt sich heute noch gar nicht sagen, was das Projekt einmal kosten wird. Andererseits kann den Interessenten aber auch nicht garantiert werden, daß sie bei Durchführung des neuen Teilortsbauplanes nichts beizutragen haben. Die Baukommission gibt daher die Verwerfung der Einsprachen anheim.

Herr Rathe: Es hat für mich den Anschein, als wenn sich die Einsprachen weniger gegen die Anlage der Straße selbst, als gegen die hohen Kosten der Anlage richteten. Gleichzeitig soll nun auch die Breite der Howaldtstraße wiederum auf 7 m herabgesetzt werden, während früher eine Breite von 12,60 m angenommen war. Der jetzige Zustand der Howaldtstraße dürfte aber mit der Zeit recht unbequem werden, und da reichlich 20 Jahre vergehen werden, ehe die neue Straße durchgebaut sein wird, so müßte daran gedacht werden, hier Abhilfe zu schaffen, damit auf der gefährvollen Straße nicht noch ein größeres Unglück geschieht. Militärkolonnen, Droschken 1c. benutzen diese abschüssige Straße als die kürzeste Verbindung zwischen der Kasernenstraße und der oberen Helmstedterstraße und es ist bedauer-

lich, daß der Ausbau der Howaldtstraße nicht schneller ausgeführt werden soll. Ich bitte daher, dem Magistrate anheimzugeben, daß dort bald eine bessere Verkehrsverbindung geschaffen werden möchte.

Herr Buchler: Bei unserer ersten Beratung am 22. Oktober v. Js. ist gerade der vom Vorredner erwähnte Punkt, nämlich die gefährvolle Lage der Howaldtstraße dafür ausschlaggebend gewesen, diese Straße an ihrem unteren Ende nicht auszubauen. Die Howaldtstraße besitzt auf einer verhältnismäßig kurzen Strecke eine Steigung von 3 m, welche bei der neu projektierten Straße ganz fortfällt. Aus diesem Grunde ist gerade die neue Straße in Vorschlag gebracht worden trotz der großen finanziellen Opfer, welche sie im Gefolge haben würde. Wenn in der Zwischenzeit aber die kurze Strecke der Howaldtstraße noch ausgebaut und verbreitert werden soll, so kostet die neue Straße das dreifache des jetzt zu erwartenden Betrages, weil dann vom Hildebrandschen Grundstücke nichts mehr übrig bleiben würde. Das jetzige Projekt ist ja gerade aufgestellt worden, um das Hildebrandsche Grundstück zu erhalten und für die Stadt nutzbar zu machen.

Herr Meyerhoff: Mir war dieser Wunsch der Anlieger bekannt und ich habe auch nicht versäumt, ihn gestern in der Kommissionsitzung vorzutragen. Ich stehe gewissermaßen auch auf dem Standpunkte, daß, wenn nicht in absehbarer Zeit das Hildebrandsche Grundstück erworben werden soll, etwas geschehen muß. Will man die Howaldtstraße auch nicht auf 13 m verbreitern, so müßte doch wenigstens etwas getan werden, um das starke Gefälle zu beseitigen. Wir sind in der Kommission der Meinung gewesen, daß diese Sache von den hier zur Verhandlung stehenden Einsprachen zu trennen ist, daß aber vielleicht dem Wunsche Ausdruck gegeben werden kann, den dort bestehenden Zustand nicht bis ins ungemessene zu belassen. Den Anliegern möchte ich aber empfehlen, mit einem neuen Gesuche an den Magistrat heranzutreten und zu bitten, die Howaldtstraße wenigstens so herzurichten, daß sie besser benutzt werden kann, wenn auch von ihrer Verbreiterung abgesehen wird. Heute läßt sich hierüber aber unmöglich debattieren. Ich möchte daher ersuchen, es bei dem Kommissionsbeschlusse zu belassen und die Einsprachen als solche abzulehnen.

Herr Wolters: Ich möchte den Herrn Referenten um Auskunft darüber bitten, ob es schon vertraglich festgelegt worden ist, daß bei der Verlängerung der Hochstraße über das Hildebrandsche Grundstück dieses zerschnitten und ein Teil davon dem Howaldtschen Grundstücke zugelegt wird? (Nein!) Dieser Differenzpunkt wird aber später zum Austrage kommen und weiß man nicht, wie der erledigt werden soll.

Herr Meyerhoff: Die ganze Geschichte ist Zukunftsmusik. Der Magistrat hat sich schon um deshalb zu nichts verpflichten können, weil noch gar nicht feststeht, welche Kosten entstehen werden. Verträge sind hierüber noch nicht abge-

geschlossen worden. Wenn ich aber erklären soll, weshalb die Straße beschlossen worden ist, so liegt die Antwort sehr nahe: wäre die Straße nicht beschlossen, so war es leicht möglich, daß das Hildebrandsche Grundstück in andere Hände überging und der Weg dann verbaut wurde. Aus diesen Gründen hat uns der Magistrat ersucht, dem Projekte zuzustimmen, was dann auch geschehen ist.

Herr Stadtrat Meyer: Die neue Straße kann nur durchgeführt werden, wenn das Hildebrandsche Haus beseitigt wird. Sobald also der Ausbau der Straße geplant wird, hat der Magistrat mit dessen Besitzer in Verhandlungen einzutreten, oder es muß das Grundstück im Wege der Expropriation erworben werden. Es läßt sich aber annehmen, daß der Grundstückseigentümer dann nicht um Expropriation nur des Hauses bitten wird, sondern daß diese sich auf das ganze Grundstück ausdehnen muß. Vielleicht wird es sich empfehlen, das Grundstück einmal stadtseitig zu erwerben.

Die Einsprachen werden darauf seitens der Versammlung verworfen.

## XX. Antrag Jasper: Vervielfältigung der Lohnstatistik.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die lektthin aufgenommene Lohnstatistik städtischer Arbeiter sämtlichen Stadtverordneten in gedrängter Zusammenfassung zugehen zu lassen.“

Herr Jasper (zur Begründung): Wie den Herren erinnerlich sein wird, hat die Stadtverwaltung anlässlich des Antrages Ohlendorf eine Statistik über die an die städtischen Arbeiter gezahlten Löhne aufgenommen, auch hat bei der Gelegenheit der Magistrat in Aussicht gestellt, daß solche Statistik auch künftighin angefertigt werden solle. Ich möchte nun den Wunsch aussprechen, die Bekanntgabe dieser Statistik nicht nur auf solche Mitglieder der Versammlung zu beschränken, welche zufällig in der Finanzkommission sind, sondern sie allen Stadtverordneten zugänglich zu machen. Wenn die Kenntnis dieser Statistik weiter verbreitet gewesen wäre, würde das Schicksal des Antrages Ohlendorf meiner Ueberzeugung nach ein anderes gewesen sein. Es ist selbstverständlich nicht möglich, die Namen der sämtlichen Arbeiter mit dem an jeden einzelnen gezahlten Lohnsatz in die Statistik aufzunehmen, sondern es genügt eine Aufzählung der Arbeiter und Löhne in Gruppen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

## XXI. Anfrage Jasper: Errichtung einer Lesehalle.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wie weit ist die Angelegenheit, betreffend die Errichtung einer städtischen Lesehalle gefördert?“

führt Herr Jasper folgendes aus: In der Sitzung vom 19. März 1903 — Seite 315 des Berichtes — ist der Antrag gestellt worden, eine Lesehalle auf städtische Kosten zu errichten. Die Versammlung hat dem Antrage in der Sitzung vom 30. April 1903 zugestimmt — Seite 34 des Berichtes —, der Magistrat war jedoch zu einer endgültigen Äußerung nicht zu bewegen und es wurde dann eine Deputation eingesetzt, welche das nähere über die Ausführung des Projektes in die Wege leiten sollte. Monate sind seitdem verstrichen und man hört nichts mehr von dem Projekte; ich möchte daher den Magistrat bitten, über den Stand der Angelegenheit eine endgültige Erklärung abzugeben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die seinerzeit eingesetzte Deputation hat den Beschluß gefaßt, dem Magistrate zu empfehlen, es möchte der erste Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer Volkslesehalle — mag es nun eine städtische oder eine Vereins-Lesehalle werden — in der Weise geschehen, daß vom Schulhausbaufonds alljährlich so viel als möglich zurückgestellt und dadurch ein Grundstock geschaffen würde, der sich von Jahr zu Jahr derartig vermehre, daß man in absehbarer Zeit mit der Errichtung einer Lesehalle vorgehen könne. Der Magistrat ist grundsätzlich nicht abgeneigt, diesen Weg zu betreten. Die Frage, ob es eine städtische, oder eine Vereins-Lesehalle werden soll, mag einstweilen offen bleiben. Es ist aber beschlossen worden, den Herren bei der Vorlegung des nächstjährigen Etats Mitteilung darüber zu machen, wie sich die Vermögenslage des Schulhausbaufonds gestaltet. 11 000 M. waren in diesem Fonds nach Abzug derjenigen Aufwendungen noch vorhanden, über die schon anderweit verfügt worden ist, und die städtischen Behörden würden dann zu ermessen haben, wie weit dieser Betrag oder ein Teil davon als erster Grundstock für die Volkslesehalle erübrigt werden könnte. Im Begleitschreiben zum Etat wird eine entsprechende Bemerkung gemacht werden. Das würde dann der erste Schritt auf dem Wege zu einer Volkslesehalle sein, und ich hoffe, daß diesem ersten Schritte später weitere folgen werden. Wir sind aber nicht in der Lage, mit vollen Segeln in diese Sache hineinzugehen, sondern wir müssen dabei berücksichtigen, daß auch noch eine Reihe anderer Aufgaben, die noch dringender sind, zunächst ihre Erledigung zu finden haben.

Damit ist die Anfrage erledigt.

## XXII. Antrag Jasper: Errichtung eines statistischen Amtes.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in nächster Zeit eine Vorlage, betreffs Errichtung eines statistischen Amtes auf Kosten der Stadt, zu machen,“

wird von Herrn Jasper in folgender Weise begründet: Im Zusammenhange mit dem Antrage unter M. XX. der Tagesordnung hat sich der Wunsch rege ge-

macht, allgemein mehr statistisches Material darüber in die Hände zu bekommen, was in der Stadtverwaltung vorgeht. Von Herrn Bürgermeister Metemeyer ist aber erklärt worden, daß es mit den augenblicklich vorhandenen Arbeitskräften sehr schwer sein würde, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, einem Wunsche, der in gewissem Umfange von ihm auch als notwendig anerkannt würde. Es wäre deshalb erforderlich, hier zu dem Zwecke eine feste Einrichtung zu schaffen, wie sie sich in anderen größeren Städten, wie Magdeburg, Hannover, Hamburg &c., seit langen Jahren mit gutem Erfolge bewährt hat. Als ich seinerzeit den Antrag Ohlendorf zu bearbeiten hatte, hielt ich es für notwendig, in einigen anderen Städten Erkundigungen nach der Höhe der Löhne, der Lebensmittelpreise &c. einzuziehen und schon nach wenigen Tagen bekam ich die gewünschte Auskunft. Hier wäre das nicht möglich gewesen, weil die städtischen Beamten das gar nicht wissen. Es würde solche Einrichtung also auch der Stadtverwaltung sehr förderlich sein. Da auch die Kosten gegenüber den großen Vorteilen der Einrichtung nicht ins Gewicht fallen würden, so bitte ich um Berücksichtigung des Antrages.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

### XXIII. Antrag Stegmann: Instandsetzung eines Fußweges.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den an der unbebauten Seite der Hennebergstraße liegenden Fußweg instand zu setzen und an der Außenseite mit einem einfachen Zaune zu versehen.“

Herr Stegmann (zur Begründung): Es handelt sich hier um eine ganz geringfügige Sache, die ich bei einem anderen Punkte der Tagesordnung zur Sprache gebracht haben würde, wenn das nicht in letzter Zeit wiederholt seitens des Herrn Vorsitzenden als nicht statthaft zurückgewiesen worden wäre. Aus diesem Grunde habe ich dafür die Form des Antrages gewählt.

Der Weg zwischen der Wolfenbüttlerstraße und den Tennisplätzen hat sich gesenkt, und muß die seinerzeit aufgeschüttete Straße eine neue Aufschüttung erhalten, auch ist dort zum Schutze der Fußgänger eine einfache Planke, vielleicht Pfähle mit starkem Draht, anzubringen. Der untere Teil des Weges ist noch ganz gut, aber an dem oberen Teile ist seit mehreren Monaten in standalöser Weise das ganze Stacket umgerissen worden. Ich bezweifle, daß der Magistrat eine Handhabe besitzt, um den Eigentümer des angrenzenden Grundstücks zu veranlassen, den Uebelstand zu beseitigen; wenn das tatsächlich nicht der Fall sein sollte, möchte ich den Magistrat ersuchen, in dieser Sache die Hilfe der Polizei anzurufen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## XXIV. Antrag Riecke: Instandsetzung zweier Wohnungen.

## Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die beiden Wohnungen im Wirtschaftsgebäude des neuen Wasserwerkes ordnungsgemäß instand zu setzen,“

wird von Herrn Riecke wie folgt begründet: Obwohl das Wirtschaftsgebäude am neuen Wasserwerke erst zwei Jahre steht, sind doch die Balken schon derartig von Schwamm angefressen, daß sie in einer Länge von 70 cm haben abgesägt werden müssen: ein Fall, wie er mir trotz meiner 60 Jahre noch nicht vorgekommen ist. Bei unseren alten Holzhäusern im Harz wird wohl im Laufe der Zeit das Holz vom Wurm zerfressen, aber hier hat der Schwamm schon nach einjährigem Bestehen alles zerstört. Unter den heutigen Verhältnissen ist allerdings kaum noch ein Zimmermeister imstande, zu wissen, was für Holz er hat, denn während früher unsere Oberförstereien darauf bestanden, daß nur von Mitte Dezember bis Mitte Februar Holz geschlagen wurde, geschieht dies jetzt zu jeder Jahreszeit; der Zimmermeister weiß deshalb nicht mehr, ob er gesundes Holz oder Windfall erhält. Wenn es den Leitern der Bauten am Wasserwerke überlassen wäre, hätte das in Frage stehende Gebäude seinen Platz dicht am Wege erhalten und würden die Klosetanlagen vorn, die Wohnungen aber hinten hin verlegt sein. Nun hat man das Gebäude mit Verblendsteinen aufgeführt, hat es aber voll gemauert und nicht ausgefugt, wobei angenommen worden ist, daß die Verblendsteine ein hartes Material bilden, das nicht durchlässig ist. Man konnte nun selbst bei Mondschein erkennen, daß die Steine an der Wetterseite einen Ton dunkler waren, als an den anderen Seiten, woraus hervorgeht, daß das Material doch Wasser saugt. Jetzt sind die Wände nun schon dreimal gepußt und als ich hinkam, sah ich, daß der Maschinenmeister seine neuen Möbel 1 m von der Wand abgerückt hatte und die Wände voll von Schimmel waren. Damals sagte ich zum Herrn Bürgermeister Ketemeyer, daß die Balken innerhalb der nächsten drei Jahre faul sein würden, wenn man nicht Wandel schaffte und nun ist diese Befürchtung schon jetzt eingetroffen. Die Leute können ihre Wohnung nur noch zur Hälfte benutzen und mußten ihre Möbel zur Hälfte auf den Boden bringen. Andererseits haben die Leute um Zuführung elektrischen Lichtes gebeten, was sich leicht hätte einrichten lassen, aber hierauf ebenso wenig, als auf ein Gesuch um Gehaltserhöhung eine Antwort erhalten. Wenn die Leute dadurch unzufrieden werden, ist es kein Wunder. Eine Stadtbehörde hat aber das größte Interesse daran, solche Mißstände zu vermeiden, weshalb in der Sache schon längst etwas hätte geschehen müssen, indem die Wände verpußt werden u. dgl. m. Wenn von der Balkenlage schon 70 cm haben abgeschnitten werden müssen, dann kann man das ganze Gebäude eine Ruine nennen; es müßte

daher untersucht werden, woran das liegt. Es hat doch eine leistungsfähige Firma das Holz geliefert und die Arbeiten ausgeführt, und man legt doch so großes Gewicht darauf, daß nur leistungsfähige Firmen von der Stadt genommen werden.

Den Antrag erhält, genügend unterstützt, die Baukommission zur Vorberatung.

## XXV. Antrag Peplics: Herausgabe eines Statuts bezüglich der Krankenversicherung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um baldige Vorlegung eines Statuts zu ersuchen, durch welches die Vorschriften des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes auf die im § 2, Ziffer 4 bezeichnete Klasse von Personen (Hausindustrie) ausgedehnt werden.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Peplics folgendes aus: Mein Antrag bezweckt, die Krankenversicherung auf statutarischem Wege auf die Hausindustrie auszudehnen. Der § 1 des Gesetzes bezeichnet diejenigen Personengruppen, welche versicherungspflichtig sind. Im § 2 des Gesetzes sind dann noch fünf Gruppen von Personen aufgeführt, die der Versicherungspflicht nicht ohne weiteres unterliegen, sondern ihr erst durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk unterworfen werden können. Es handelt sich bei meinem Antrage um die im § 2, 4 bezeichneten Personen, welche sich in unselbständiger Stellung befinden, ihre Arbeiten aber in der eigenen Wohnung verrichten. Während die Leute, welche ihre Arbeit in der Werkstatt des Arbeitgebers verrichten, krankenversicherungspflichtig sind, unterliegen die Leute, welche die Arbeit mit nach Hause nehmen, dieser Versicherungspflicht nicht. Daß beide Kategorien von Leuten sich aber wirtschaftlich etwa in gleicher Lage befinden, leuchtet wohl ein. In erster Linie möchte ich durch meinen Antrag die in der Schneiderei beschäftigten Personen berücksichtigt sehen. Mindestens drei Viertel sämtlicher Arbeit dieser Branche wird außer dem Hause angefertigt und wird dadurch der Arbeitgeber der Verpflichtung zur Beitragszahlung enthoben. Es mag noch andere Gruppen geben, die ebenfalls einbezogen werden könnten, jedoch müßte das erst noch festgestellt werden. Der Magistrat hat von der Befugnis im § 2 schon einmal Gebrauch gemacht, indem er die Handlungsgehilfen versicherungspflichtig gemacht hat, jedoch sind diese durch eine Novelle zum Gesetze später in den § 1 einbezogen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## XXVI. Anfrage Hauswaldt: Errichtung eines Zirkus.

Herr Hauswaldt führt zur Begründung der Anfrage:

„Kann der Magistrat Auskunft geben, wie weit die Verhandlungen mit der Firma gediehen sind, welche den Zirkusbau am Augusttore auszuführen beabsichtigt?“

folgendes aus: Am 26. März v. Js. — Seite 326—350 des Berichtes — haben wir, wenn auch schweren Herzens, beschlossen, uns bei einem massiven Zirkusbau mit 200 000 M. städtischer Gelder zu beteiligen. Wir schreiben jetzt den 21. Januar 1904: es ist seit dem Beschlusse also eine so lange Zeit verstrichen, daß erwartet werden durfte, wenn das Projekt überhaupt zur Ausführung kommen könnte, es in der zwischenliegenden Zeit wohl möglich gewesen wäre, dasselbe finanziell und technisch sicher zu stellen. Der verstorbene Herr Oberbürgermeister hat mir allerdings gesagt, daß ihm die Firma Rasche & Kraßsch auf Anfrage mitgeteilt habe, der Vertrag könnte nunmehr abgeschlossen werden. Die Sache ist jetzt aber dadurch kompliziert worden, daß eine andere Firma sich bereit erklärt haben soll, ein ähnliches Etablissement an der Ecke der Wendenstraße und der Bockstewe zu bauen, und zwar sollen die Herren nach einer mir gewordenen Mitteilung bereit sein, dort einen massiven Zirkus ohne jeden Zuschuß der Stadtverwaltung zu errichten. (Hört, hört!) Wir können ja selbstverständlich von dem früheren Beschlusse nicht ohne weiteres zurücktreten, und es wäre meiner Ansicht nach auch besser, den Zirkus auf den freien Platz am Augusttore zu bringen; ich habe aber trotzdem die Empfindung, ein gewisses Recht zu besitzen, einmal zu fragen, wie weit die Sache eigentlich gediehen ist und der Firma unter Umständen zu sagen, daß das Angebot auch einmal erlischt. Wir können unmöglich gehalten sein, zu warten, bis es den Leuten gelingt, die erforderlichen Geldmittel zusammenzubringen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat steht auf demselben Standpunkte, wie der Vorredner und hält es für dringend erforderlich, daß bald etwas geschehe. Deshalb haben wir schon vor Wochen an die Firma Rasche & Kraßsch geschrieben, daß wir darauf bestehen müßten, die Angelegenheit baldigst zu Ende geführt zu sehen. Hierauf ist an den Magistrat die Antwort gelangt, daß die Gründung eines Gesellschaftsvertrages umgehend erfolgen werde und schon Mitte Februar die Bauarbeiten in Angriff genommen werden würden. Der Magistrat hat sich aber mit dieser Antwort nicht begnügt, sondern heute morgen beschlossen, an die Firma die Aufforderung zu richten, bis zum 15. Februar d. Js. den Nachweis zu führen, daß der Gesellschaftsvertrag begründet ist und die Pläne einzureichen, damit sich entscheidet, ob das Projekt so oder so zustande kommt.

Auf Antrag des Herrn Lord findet eine Besprechung der Anfrage statt.



Herr Lord: Die Sache hat für uns eine besondere Wichtigkeit, denn es handelt sich nicht nur darum, einen jährlichen Zuschuß von 7000 M zu zahlen, sondern auch eventuell um den Verlust des ganzen Kapitals. Es muß daher der unternehmenden Firma eine ganz bestimmte Frist gestellt werden, und wir müssen unsere Offerte zurückziehen, wenn nicht bis zum Beginne der Bauaison der Gesellschaftsvertrag fest vorliegt und die Baupläne eingereicht sind. Eine ähnliche Antwort über den Stand der Zirkusfrage wie hier wurde auch von Herrn Bürgermeister Metemeyer vor Monaten bei Gelegenheit einer Sitzung der Deputation für die Feschehalle gegeben. Die Sache mit dem Zirkusbau hat ihre großen Schwierigkeiten, denn es handelt sich um die Beschaffung der Hypothek von 400 000 M, und das scheint nicht möglich zu sein, auch handelt es sich außerdem noch um eine Menge von dunkeln Punkten. Es tut mir daher sehr leid, daß damals eine kleine Mehrheit dem Projekte zugestimmt hat und zwar auf das Schlagwort von der Hebung des Fremdenverkehrs. Bleiben Sie mir weg mit diesem Schlagworte und heben Sie lieber den inneren Verkehr der Stadt, damit die hiesigen soliden Geschäfte leistungsfähig und steuerkräftig erhalten werden, und verhindern Sie nach Möglichkeit, daß höhere Beamte und andere wohlhabende Leute ihren Bedarf von auswärts beziehen, aber bleiben Sie mir weg mit der Hebung des Fremdenverkehrs durch einen Zirkus. Der Zirkus wird von selbst kommen, wenn die Stadt reif dafür ist. Man sieht es ja jetzt: hannoversche Geldleute wollen hier einen Zirkus an der Wendenstraße bauen, warum sollen wir daher 200 000 M dafür wegwerfen? Eine solche Unterstützung ist noch nicht annähernd in der langen Zeit meines Stadtverordnetenmandates irgend einem Unternehmen zuteil geworden. Ich beantrage daher, daß die Offerte der Stadt zurückgezogen wird, wenn nicht bis zum 1. März d. Js. der Gesellschaftsvertrag abgeschlossen ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Genau das, was Herr Lord will, hat der Magistrat heute morgen schon beschlossen. Wir wollen der Firma nicht nur eine Frist stellen, sondern damit auch die Drohung verbinden, daß wir der Meinung seien, die städtischen Behörden würden an dem gefassten Beschlusse nicht mehr festhalten, wenn die Firma nicht alsbald mit dem Baue vorgehe.

Vorsitzender: Eine richtige bindende Offerte liegt doch wohl gar nicht vor.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Das mag zweifelhaft sein. Jedenfalls hat die Firma schon auf die großen Aufwendungen hingewiesen, welche sie durch die Ausarbeitung des Projektes gehabt habe. Herr Lord wird wohl auch damit zufrieden sein, daß wir mit der Fristfestsetzung zugleich die Drohung verbunden haben.

Herr Rathe: Ich habe damals gegen die Vorlage gestimmt und bin heute noch gleicher Ansicht. Soweit ich in der Sache orientiert bin, ist bei der damaligen Magistratsvorlage der Punkt nicht genügend erörtert worden, welcher sich auf die

Verbindung des Zirkus mit einer Vergnügungs- oder Konzerthalle bezog. Der Einbau einer solchen Einrichtung in das Zirkusgebäude soll nämlich annähernd dasselbe kosten, als wenn ein Holzzirkus auf den Exerzierplatz gestellt wird. Das andere Projekt an der Wendenstraße soll dagegen so gedacht sein, daß die Städte Hannover, Braunschweig und Magdeburg einen Zyklus bilden, in dem Vorstellungen von Schauspielern geboten werden. Wenn wir aber ein derartiges Etablissement im Innern der Stadt bekommen könnten, so würde das allerdings auf die Hebung des Fremdenverkehrs einwirken können, indem die allgemeine Geschäftslage dadurch gehoben würde. Ich kann daher nur empfehlen, die der Firma Rasche & Kraßsch zu stellende Frist so kurz zu bemessen, daß wir von der Zusage möglichst loskommen. Ich schätze die Lebensfähigkeit eines solchen Unternehmens viel höher ein, wenn es von Privatleuten geleitet wird, als wenn die Stadt dabei beteiligt ist. Was wollten wir wohl machen, wenn das Unternehmen am Augustplatz so weit herunter wäre, daß es nicht mehr existieren könnte? Wir müßten ihm sicher beistimmen, wenn Gefahr im Verzuge wäre. (Widerspruch.) Jedenfalls wäre uns der Klotz am Beine sehr unangenehm.

Herr Löschigt: Es handelt sich um zwei verschiedene Gesellschaften, die sich um die Konzession zu einem Theater- oder Zirkusbau bewerben. Die erstere Gesellschaft, mit der die Stadt paktiert, besitzt die Konzession, während der zweiten gesagt wird, daß ein Bedürfnis nicht vorliege. Wenn wir nun die Sache mit der Firma Rasche & Kraßsch nicht bis zum 15. Februar erledigt haben, so kriegt die Stadt unter Umständen gar nichts, weil die andere Gesellschaft auch durch Verträge gebunden ist. Wenn eine Konzession vergeben wird, muß auch eine gewisse Frist bis zur Ausführung des Baues gesetzt werden.

Herr Esdorn: Ich muß in jeder Beziehung den Ausführungen des Herrn Lord beistimmen. Eine Stadt, in der die Cafés um 1 Uhr nachts geschlossen werden müssen und in der Silvesternacht sämtliche Wirtschaften um 3 Uhr, ist für einen ständigen Zirkus noch längst nicht reif. (Zustimmung.)

Herr Rieke: Das Projekt am Augustplatz soll noch nicht weiter vorgeschritten sein, als daß beim Stadtbauamt eine Vorfrage stattgefunden hat. Man hat es hier überhaupt mit einem wunderbaren Projekte zu tun: vorne spitz und hinten breit, das Ding sieht aus wie eine Trompete. (Heiterkeit.) Nun hat es sich auch noch herausgestellt, daß solche Unternehmen in Düsseldorf, Metz und anderen Städten gar nicht rentieren, denn es gefällt den Leuten der Geruch von 120 Pferden nicht und außerdem kostet die Umwandlung des Zirkus in ein Theater jedesmal 12000—13000 M., sodaß sich bei dem Unternehmen schlecht auskommen läßt. Wenn deshalb das Abkommen mit der Firma Rasche & Kraßsch rückgängig gemacht werden könnte, so wäre ich dabei. Sollte aber das Projekt auf dem Rotheschen Grundstücke an der Wendenstraße Gestalt annehmen, so würde das einmal für die

Stadt besser liegen und dann dort auch mehr Raum sein, auf dem sich der Bau besser ausdehnen könnte, denn das Rotheische Grundstück hat eine ganz bedeutende Tiefe.

Damit ist die Anfrage erledigt.

#### XXVII. Instandsetzung der beiden Döckerschen Baracken.

Die im Pflegehausgarten aufgestellten beiden Döckerschen Baracken können wieder abgerissen und in einen geeigneten Raum zur Aufbewahrung gebracht werden. Bevor letzteres geschieht, müssen die Wand- und Deckentafeln gründlich mit Kreosolseife abgewaschen werden, wobei der Anstrich teilweise zerstört werden wird. Hierdurch wird es erforderlich, die äußeren und inneren Seiten der Tafeln mit einem neuen zweimaligen Oelfarbenanstrich zu versehen, weshalb der Magistrat anheimgibt, zu diesem Zwecke 750 M. zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Esdorn die Genehmigung der Vorlage.

Herr Nolte: Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, daß es sich nach den von uns gemachten Erfahrungen empfiehlt, bei der nochmaligen Beschaffung von Baracken nicht die Döckerschen zu nehmen, sondern solche aus Fachwerk herstellen zu lassen. Diese sind nicht viel teurer, als die Döckerschen Baracken, können aber auch im kalten Winter und im heißen Sommer gebraucht werden, was bei den letzteren nicht der Fall ist.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

#### XXVIII. Verkaufspreis des neuen Ortsbauplanes.

Der Neudruck des Ortsbauplanes im Maßstabe 1 : 1500 ist jetzt vollendet und zur Ablieferung gekommen; er umfaßt 32 Teilstücke in einer Blattgröße von je  $100 \times 75$  cm. Von jedem Teilstücke sind 25 Abzüge hergestellt worden. Die städtische Bauverwaltung empfiehlt nun, über die Art der Verwendung des Kartenmaterials grundsätzliche Bestimmungen zu treffen und auch für den Fall der Abgabe einzelner Blätter an außeramtliche Personen und Körperschaften deren Verkaufspreis festzustellen. Der Neudruck eines Teilstückes des Ortsbauplanes würde jetzt bei einer Auflage von 25 Abzügen, je nach der Dichtigkeit der Bebauung des betreffenden Gebietes nur 60—70 M., also 2,40—2,80 M. für ein Blatt kosten und könnte stets in kurzer Zeit ausgeführt werden. Unter Berücksichtigung der Gesamtkosten, welche die Stadt für diesen Neudruck des Ortsbauplanes aufgewandt hat, stellt sich der Preis für jedes gedruckte Blatt auf durchschnittlich 11 M. Da aber die eigentlichen Druckkosten nur etwa 2,80 M. betragen, so wird empfohlen, den Verkaufspreis, im Einklange mit dem des Uebersichtsplanes im Maßstabe 1 : 6000, auf 7,50 M. für jedes Blatt festzusetzen und mit den

hieraus hervorgehenden Einnahmen einen Sonderfonds zu bilden, aus dem dann der weiter erforderlich werdende Neudruck dieser Pläne bestritten werden könne. Eine unentgeltliche Abgabe des neuen Ortsbauplanes soll nur an einzelne städtische Verwaltungszweige, sowie an die Herzogliche Kreisdirektion, das Grundbuchamt, das Herzogliche Steuerbureau und die Herzogliche Wasserbauinspektion Braunschweig II in zusammen 14 Abzügen stattfinden.

Der Magistrat ersucht, diesen Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung, jedoch abgesehen von der empfohlenen Bildung und Bereithaltung eines besonderen Fonds, zuzustimmen,

was seitens der Versammlung auf Antrag der Finanzkommission, für die Herr Lord berichtet, geschieht.

— Herr Semler übernimmt den Vorsitz. —

#### XXIX. Antrag Rieke: Ergänzung der Baukommission.

Herr Rieke: Ich möchte ersuchen, die Baukommission zu vervollständigen. Diese Kommission hat zurzeit nur vier Mitglieder und wenn, wie es jetzt der Fall gewesen ist, hiervon zwei Mitglieder verreist sind, so müssen die vielen, der Baukommission zugeschriebenen Vorlagen — diesmal waren es 11 von 26 Vorlagen — von zwei Mitgliedern durchberaten werden, was doch wohl nicht angängig ist. Gleichzeitig möchte ich bitten, die Zahl der Mitglieder der Baukommission auf sieben zu erhöhen.

Vorsitzender: Den letzteren Antrag hat Herr Frühling schon in der letzten Sitzung gestellt, jedoch konnte der Antrag noch nicht beraten werden, weil Herr Frühling nicht zugegen war.

Herr Rieke: Dann beantrage ich, wenigstens eine Ersatzwahl für den verstorbenen Herrn Ebeling vorzunehmen, und schlage dafür Herrn Stegmann vor.

Herr Löschigt: Es dürften dann wohl auch noch andere Personen in Vorschlag gebracht werden.

Vorsitzender: Ich glaube, wir lassen das heute lieber noch. (Zustimmung.)

Herr Lord (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, hier die Sitzung abubrechen und auf die nächste Tagesordnung statt 26 vielleicht nur 25 Punkte zu setzen. (Heiterkeit.)

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Da heute verschiedene Sachen werden zurückbleiben müssen, so halte ich es für dringend wünschenswert, recht bald eine neue Sitzung einzuberufen und deren Tagesordnung nicht so umfangreich zu gestalten. Ich möchte bitten, daß künftighin die Sitzungen regelmäßiger einberufen werden, sonst kommt das Recht, Initiativanträge zu stellen, zu kurz. Eventuell

würde auch zu erwägen sein, ob der Beginn der Sitzung nicht schon auf 3 Uhr nachmittags, oder aber auf den Abend verlegt werden könnte.

Vorsitzender: Ich schließe hiermit die öffentliche Sitzung.

Herr Jasper: Ich bin gegen den Schluß der öffentlichen Sitzung und möchte beantragen, daß zunächst die gemeinschaftliche Sitzung stattfindet, die eine öffentliche sein kann.

Vorsitzender: Der Antrag kann nur in vertraulicher Sitzung beraten werden, weshalb ich zunächst die öffentliche Sitzung schließe.

Dauer von 4<sup>1/2</sup> bis gegen 7<sup>1/2</sup> Uhr.

# **Bereinigte Versammlung**

von

## **Magistrat und Stadtverordneten**

### **zu Braunschweig**

am 10. Februar 1904, 12 Uhr mittags.

---

Tagesordnung:

**Einführung des Vorstehers des Stadtmagistrates.**

---

Am Magistratsstische:

als Regierungskommissar Herr Kreisdirektor Langerfeldt, ferner Herr Stadtrat Haake, Herr Bürgermeister Ketemeyer und die Herren Stadträte Heymann, Meyer, Randoehr, von Frankenberg und Seese, sowie die Herren Regierungs-Assessoren Gappe und Hartwig.

Entschuldigt von den Stadtverordneten die Herren Jasper, Nolte, Pelpies, Ribbentrop, Stegmann und Wesemeier.

Herr Stadtrat Haake: Meine Herren! Nachdem der Herr Bürgermeister Ketemeyer zum Vorsitzenden des Magistrates gewählt worden war und die Bestätigung der Wahl von Höchster Stelle inzwischen erfolgt ist, ist der heutige Tag zur feierlichen Einführung des Gewählten in sein neues Amt bestimmt worden. Ich erteile nunmehr dem Herrn Regierungskommissar, Kreisdirektor Langerfeldt das Wort.

Herr Kreisdirektor Langerfeldt: Meine hochgeehrten Herren vom Magistrat und von der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Braunschweig! Berufen durch die Ihnen allen bekannten Vorschriften der Städteordnung, bin ich hier in Ihrer Mitte erschienen, um Ihnen amtlich die Mitteilung zu machen, daß die Neuwahl eines Vorstehers des Magistrates, die durch das mit schrecklicher Plögllichkeit erfolgte Hinscheiden des Herrn Oberbürgermeisters Dr. jur. Pockels notwendig geworden war, und die sich auf den bisherigen Herrn Bürgermeister Metemeyer gewendet hat, daß diese Neuwahl die Bestätigung Sr. Königlichen Hoheit des Regenten gefunden hat und daß Se. Königliche Hoheit gleichzeitig geruht haben, dem Neugewählten für die Dauer des Amtes den Titel „Oberbürgermeister“ zu verleihen.

Wenn ich durch die Vorschriften der Städteordnung gleichzeitig berufen bin, Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihr neues Amt einzuführen, so wird es wohl nicht angebracht sein, Sie bei dieser Gelegenheit hinzuweisen auf die Natur, das Wesen, den Umfang und die Schwere alle der Pflichten, welche Ihnen als dem Vorsteher des Magistrates der Stadt Braunschweig obliegen. Sie sind lange genug an hervorragender Stelle im Dienste der Stadt bereits tätig gewesen, um besser wie nur irgend einer zu wissen, was es damit für eine Bewandnis hat. Und wie Sie diesen Pflichten gerecht geworden sind, das ergibt sich ja am allerbesten aus dem Vertrauen der Mitglieder des Magistrates und der Stadtverordneten-Versammlung, welches sich betätigt hat in der auf Sie gefallen Wahl. Ich kann diesem Vorgange nur noch hinzufügen, daß auch die Staatsbehörde zu Ihnen das vollste Vertrauen hat und sich der Zuversicht hingibt, daß Sie auch in Ihrem neuen Amte erfolgreich bemüht sein werden, den Eifer und die Pflichttreue zu betätigen, durch welche Sie sich bisher ausgezeichnet haben. Sie haben schon vor 24 Jahren eidlich gelobt, die Pflichten des Ihnen übertragenen Amtes gewissenhaft erfüllen, bei dessen Ausübung an den Gesetzen und der Landesverfassung festhalten, und die durch dieselbe begründeten Rechte der Stadt Braunschweig wahrnehmen zu wollen. Sie werden dieses Schwures auch nicht vergessen in Ihrem neuen Amte. Ich verweise Sie hiermit ausdrücklich auf diesen Eid und spreche gleichzeitig den herzlichen Wunsch aus, daß Sie, indem Sie eingedenk des Schwures fortfahren zu arbeiten für das Wohl der Stadt Braunschweig, damit erreichen werden, daß die Nachwelt Ihnen demmaleinst nachrühmt, ein würdiger Nachfolger Ihrer verdienten Vorgänger Pockels, Caspari, Bode &c. gewesen zu sein.

Mit diesem Wunsche überreiche ich Ihnen das Höchste Ernennungspatent, welches Se. Königliche Hoheit eigenhändig vollzogen hat, und fordere Sie auf, das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig anzutreten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Herren! Indem ich das mir durch das Vertrauen der Vertreter der Bürgerschaft und unter Bestätigung Sr. Kgl. Hoheit des Regenten übertragene Amt eines Vorstehers des Magistrates hiermit übernehme, gestatte ich mir zunächst, dem Herrn Vertreter der Staatsregierung für die wohlwollenden Worte herzlich zu danken, die derselbe soeben an mich gerichtet hat. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, wenn ich sage, diese wohlwollenden Worte beziehen sich nicht nur auf meine Person, sie bekunden vielmehr gleichzeitig auch das Wohlwollen der Staatsregierung gegenüber unserer Vaterstadt Braunschweig.

Wir Vertreter der Stadt Braunschweig wollen versuchen — ich glaube, ich darf das wohl auch im Namen der Herren Stadtverordneten erklären — uns dieses Wohlwollen zu erhalten. Es ist unzweifelhaft, daß wir berufen sind, die Rechte der Stadt in jeder Lage wahrzunehmen. Wir sind uns wohl bewußt, daß uns ein hohes Gut anvertraut ist, indem wir die Selbstverwaltung der Stadt auszuüben haben, aber wir wollen daneben nicht vergessen, daß wir nur ein Glied des ganzen Staatsorganismus sind, und daß insbesondere in der letzten Zeit der Staat es auf den verschiedensten Gebieten an Wohlwollen gegenüber den Gemeinden nicht hat fehlen lassen. Ich für meine Person werde bemüht sein, soviel an mir ist, dieses Wohlwollen der Staatsregierung unserer Stadt auch ferner zu erhalten.

Ich möchte sodann Veranlassung nehmen, den Herren Vertretern der Bürgerschaft hier herzlich zu danken für das mir bewiesene Vertrauen; ich werde bemüht sein, dasselbe zu rechtfertigen. Ich bin mir dabei bewußt, daß ich eine schwere Aufgabe übernehme, schwer schon um deswillen, weil ich berufen bin, an die Stelle eines Mannes zu treten, der über das Durchschnittsmaß der gewöhnlichen Sterblichen nicht unbedeutend hinausragte, schwer aber auch, ungeachtet des Umstandes, daß der Verstorbene seine Verwaltung in mustergültiger Weise zurückgelassen hat, schwer um deswillen, weil Tag für Tag neue Aufgaben an die Stadt herantreten, und zwar Aufgaben — die Herren wissen es ja selbst — die zum Teil nicht leicht sind. Eins aber tröstet mich und stärkt mich dabei in dem Bestreben, die Stelle nach besten Kräften auszufüllen, die leer geworden ist, das ist unser gutes Verhältnis zu den Herren Stadtverordneten. Es liegt mir fern, ein gutes Verhältnis etwa darin finden zu wollen, daß die beiden gleichberechtigten Faktoren in der städtischen Verwaltung ohne weiteres gegenseitig Rücksichtigkeit und Nachgiebigkeit üben; im Gegenteil, ich mache kein Hehl daraus: eine Opposition ist mir unter Umständen sehr angenehm, sie klärt die Verhältnisse und bringt die Wahrheit ans Licht. Aber eins muß vorhanden sein bei aller Opposition, das ist das Vertrauen, welches die eine Körperschaft gegenüber der anderen haben muß, und dieses Vertrauen muß sich stützen auf das Bewußtsein, daß jeder der beiden Faktoren seine Beschlüsse faßt und Anträge



stellt in der Absicht, dem Gemeinwesen zu nutzen. Dieses Vertrauen ist bisher im vollsten Umfange vorhanden gewesen, und ich hoffe, es wird auch in Zukunft nicht schwinden.

Einige Worte möchte ich sodann noch richten an die Einwohnerschaft unserer Stadt überhaupt. M. H. Es ist ja nicht möglich, daß bei einer so großen Einwohnerschaft, wie unsere Stadt jetzt hat, der Magistrat und insbesondere sein Vorsitzender es allen Leuten recht machen kann. Der eine ist der Ansicht, der Magistrat arbeite nicht schnell genug, der andere vermißt die nötige Initiative, der dritte die erforderliche Repräsentation. Das muß der Magistrat mit in den Kauf nehmen, und ich finde auch durchaus nichts Unangenehmes darin, denn eine Behörde muß da sein, gegen die der Bürger seinem Herzen auch einmal Luft machen kann, und dazu ist der Magistrat meiner Ansicht nach die geeignetste Behörde. (Heiterkeit.) Das nehmen wir niemandem übel und ich freue mich sogar, wenn ich in Ruhe dem einen oder anderen auseinandersetzen kann, weshalb und aus welchen besonderen Gründen der Magistrat in dem betreffenden Falle auf die geäußerten Wünsche nicht eingehen kann und man dann sieht, daß man Entgegenkommen und Verständnis findet für das, was der Magistrat gemacht hat. Abgesehen von solchen Kleinigkeiten glaube ich aber behaupten zu können, daß unter meinem Vorgänger ein gutes Verhältnis zwischen Magistrat und Bürgerschaft obgewaltet hat, und das zu erhalten werde ich für meine Person eifrig bemüht sein.

Zum Schluß möchte ich mich noch mit einigen Worten an die Herren wenden, die mit mir zusammen an der engeren Verwaltung der Stadt tätig sind, an die Beamten der Stadt. Es ist im Laufe der Zeit und besonders seit einigen Jahren der Beamtenkörper der Stadt gewaltig angeschwollen. Es ist eine schwere Aufgabe, auch in dieser Beziehung allen Anträgen und Anforderungen gerecht zu werden, die an den Vorsitzenden des Magistrates gestellt werden, aber das darf ich behaupten, wenn der Beamte das, was von ihm unerbittlich gefordert werden muß, treue Pflichterfüllung, zeigt, so darf er auch erwarten und gewärtig sein, daß er beim Magistrate für seine Wünsche stets ein williges Ohr findet und daß, wenn nicht die Rücksicht auf das Ganze etwas Anderes gebietet, der Magistrat gern bereit ist, nach Recht und Billigkeit den Wünschen des einzelnen Beamten Rechnung zu tragen. Im übrigen bitte ich aber alle diejenigen, die mit mir berufen sind, für das Wohl der Stadt tätig zu werden — und das bezieht sich auf den untersten Arbeiter bis zu dem obersten Beamten — mich in meinem schweren Amte unterstützen zu wollen. Wenn das geschieht, meine Herren, glaube ich hoffen zu dürfen, daß es mir gelingen wird, zwar nicht mit dem gleichen Erfolge, aber in dem Sinne und Geiste meines hochverehrten Herrn Vorgängers die Geschäfte der Stadtverwaltung weiterführen zu können. Das walle Gott!

(Lebhafter Beifall.)

Herr Justizrat Wolff, Vorsitzender der Stadtverordneten-Versammlung: Gestatten Sie, Herr Oberbürgermeister, daß ich im Namen der Stadtverordneten-Versammlung Ihnen zu Ihrem Amtsantritt die herzlichsten Glückwünsche ausspreche. Ihr verewigter Vorgänger hat vor nahezu 25 Jahren bei seiner Einführung die feierliche Erklärung abgegeben, daß Ehre und Pflicht stets die Richtschnur seiner Geschäftsleitung sein würden. Er hat das Gelübde in vollem Maße erfüllt. Aber auch Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in langjähriger Tätigkeit seit mehr als 23 Jahren das gleiche Panier hochgehalten und diese Tatsache gewährt uns die Zuversicht, daß die Geschicke unserer Vaterstadt unter Ihrer Leitung, soviel an Ihnen liegt, sich auf das erfreulichste gestalten werden. Ich bitte Sie, mir Ihre Hand zu reichen und die Versicherung entgegenzunehmen: das Vertrauen ist da, möge es allezeit erhalten bleiben!

(Lebhafter Beifall.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich danke Ihnen für diese freundlichen Worte und ich werde mich eifrig bemühen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Herr Stadtrat Haake: Ich schließe die Sitzung.

Dauer von 12 bis gegen 12<sup>1/2</sup> Uhr.



1903/1904.N<sup>o</sup> 12.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. Februar 1904.

### Tagesordnung:

|                                                                                                  |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Amtsniederlegung des Stadtverordneten Semler. . . . .                                         | Seite 332 |
| II. Wahl eines neuen Vorsitzenden . . . . .                                                      | " 334     |
| III. Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs. . . . .                            | " 335     |
| IV. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke zc. im Jahre 1902/03. . . . .         | " 335     |
| V. Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes, sowie Umbau des Neustadtrathhauses . . . . . | " 350     |
| VI. Neubau der Fallersebertorbrücke. . . . .                                                     | " 354     |
| VII. Antrag N i e k e: Instandsetzung zweier Wohnungen . . . . .                                 | " 355     |
| VIII. Antrag S t e g m a n n: Instandsetzung eines Fußweges . . . . .                            | " 359     |
| IX. Instandsetzung eines Teiles der Auguststraße . . . . .                                       | " 359     |
| X. Herstellung eines Einfallschachtes und eines Plattenbelages auf der Elbertstraße . . . . .    | " 359     |
| XI. Plattenbelag auf einem Fußwege des Königstieges . . . . .                                    | " 360     |
| XII. Antrag F r ü h l i n g: Verstärkung der Baukommission . . . . .                             | " 360     |
| XIII. Antrag B u n g e: Pflasterung der Kreuzstraße . . . . .                                    | " 360     |

|                                                                                        |           |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XIV. Antrag Esdorn: Mitteilung der Magistratsvorlagen an die Tageszeitungen . . . . .  | Seite 361 |
| XV. Antrag Jasper: Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde . . . . .                | " 361     |
| XVI. Antrag Brückmann: Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts. . . . .        | " 363     |
| XVII. Antrag Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes . . . . .                         | " 364     |
| XVIII. Anfrage Wesemeier: Instandsetzung der Fußsteige an der Kastanienallee . . . . . | " 367     |

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträte Haake, Heymann, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-  
Assessor Happe.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Blasius, Peplies und Wiehle.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, gibt nach Eröffnung der Sitzung den Eingang folgender Schriftstücke bekannt:

- 1) Dankschreiben der Frau Oberbürgermeister Podels für die Ehrungen, welche ihr anlässlich des Abscheidens ihres Gemahls zuteil geworden sind;
- 2) Gesuch von Anliegern der Gliesmaroder-, Karl- und Wabestraße, welche bitten, den Ausbau der verlängerten Vinde- und Olfermannstraße (Verbindungsstraße zwischen Hagenring und Bodestraße) zu beschließen. — Da die Eingabe an den Magistrat gerichtet ist und der Versammlung nur zur Kenntnissnahme in Abschrift vorliegt, so wird sie den Akten einverleibt.

Sodann stellt der stellvertretende Herr Vorsitzende den kürzlich mit Zustimmung der Versammlung als Hilfsarbeiter des Magistrates gewählten Herrn Regierungs-Assessor Happe der Versammlung vor.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

#### I. Amtsniederlegung des Stadtverordneten Semler.

Der Herr Geheime Justizrat Semler, bisher Vorsitzender der Versammlung der Stadtverordneten, hat an den Magistrat ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: „Aus sachlichen Gründen, auch im Interesse der Stadt, habe ich die Wahl zum Präsidenten der Landesversammlung angenommen. Daneben das Amt als Stadtverordneter zu behalten, ist mir ohne Gefährdung meiner Gesundheit nicht möglich, und lege ich daher mein Mandat damit nieder, indem ich bitte, das weiter Erforderliche zu veranlassen“. Der Magistrat legt dieses Gesuch zur Kenntnissnahme und Entscheidung über die Zulässigkeit der Mandatsniederlegung vor.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Schöttler: Was die Zulässigkeit der Amtsniederlegung anbelangt, so sagt darüber die Städteordnung im § 23:

„Zur Ablehnung sind nur diejenigen Personen berechtigt, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, oder an anhaltender, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder Körperschwäche leiden, oder in solchen häuslichen oder geschäftlichen Verhältnissen stehen, daß sie durch Uebernahme des Amtes einen erheblichen Nachteil erleiden würden“.

Im § 25 der Städteordnung ist sodann gesagt, daß die im § 23 enthaltenen Ablehnungsgründe auch zur Niederlegung des Amtes berechtigen.

Die Statutenkommission hat nun darüber beraten, ob solche Gründe, wie sie hier in der Städteordnung vorgesehen sind, für die Niederlegung des Amtes des Herrn Semler maßgebend sind. Sie ist sich von vornherein ganz klar darüber gewesen, daß es sich hierbei nur um den letzten Passus im mitgeteilten § 23 der Städteordnung handeln kann, welcher von den geschäftlichen Verhältnissen handelt. Nach der Ansicht der Kommission liegen aber die geschäftlichen Verhältnisse des Herrn Semler augenblicklich in der That so, daß zu befürchten steht, Herr Semler werde sich bei Aufrechterhaltung seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und Notar, sofern er sich gleichzeitig dem Amte eines Stadtverordneten und dem Amte als Präsident der Landesversammlung widmete, die Gefahr zuziehen, daß seine Gesundheit litte, und diese Gefahr muß allerdings, wie jedem klar sein wird, als ein Nachteil im Sinne dieses Paragraphen und zwar als ein erheblicher Nachteil angesehen werden. Weiter hat sich die Statutenkommission dann aber noch gefragt, ob diese Gründe für die Mandatsniederlegung maßgebend sein können, weil doch schließlich der Stadtverordnete Semler die Ueberhäufung mit Aemtern sich dadurch zugezogen hat, daß er das Amt des Präsidenten der Landesversammlung angenommen hat. Die Kommission ist bei der Beurteilung dieser Frage aber von der Erwägung ausgegangen, daß in der Städteordnung durchaus nichts gesagt worden ist, ob eine solche Anhäufung der geschäftlichen Verhältnisse nur anerkannt werden solle, wenn sie ohne Verschulden des Betreffenden entstanden ist; die Kommission ist vielmehr der Ansicht gewesen, es genüge die Feststellung, daß solche Ueberhäufung mit Geschäften überhaupt bestehe, und daran ist hier nicht zu zweifeln. Es ist auch noch zur Sprache gekommen, ob die Uebernahme des Amtes des Präsidenten der Landesversammlung seitens des Herrn Semler tatsächlich im Interesse der Stadt gelegen hat, und da war es den Mitgliedern der Statutenkommission ganz klar, daß dies sehr im Interesse der Stadt liegt. Es mag sein, daß andere Mitglieder der Versammlung darüber anderer Meinung sind, jedenfalls hat sich die Statutenkommission gesagt, daß es nicht zulässig sein würde, diesen

Grund für die Entscheidung der Frage mit heranzuziehen, weil er in der Städteordnung keine Rolle spielt. Die Kommission hält aber die bis dahin angeführten Gründe für vollständig ausreichend, um die Mandatsniederlegung des Herrn Semler für gerechtfertigt anzusehen und beantragt daher,

die Versammlung möge die Zulässigkeit der Mandatsniederlegung anerkennen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

Vorsitzender: M. S. Ich glaube im Sinne der Versammlung zu sprechen, wenn ich dem Herrn Geh. Justizrat Semler für seine langjährige und im hohen Maße verdienstvolle Tätigkeit hiermit öffentlich den Dank der Versammlung ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Ein solches Dankeswort ist zugleich ein Abschiedswort und unter allen Umständen schmerzlich. Aber ein Umstand ist es, der diesen Fall von Fällen ähnlicher Art unterscheidet, nämlich der, daß der Grund des Ausscheidens des Herrn Semler aus der Versammlung ein höchst erfreulicher ist. Es kann uns nur mit Genugtuung erfüllen, daß dieser unser Mitbürger an die Spitze der Landesversammlung berufen worden ist, und daß hierin der Grund seines Scheidens von uns zu finden ist. Wenn wir dieses erwägen, so kann das Dankes- und Abschiedswort in eine frohe Weise ausklingen. Ich glaube daher im Sinne der Versammlung zu handeln, wenn ich unserm Semler für seinen fernerer Lebensweg ein mit den besten Wünschen gepaartes „Glückauf“ zurufe. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Ich möchte auch Veranlassung nehmen, im Namen des Magistrates dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß Herr Semler nicht mehr in der Lage ist, hier in der Versammlung an der Verwaltung der Stadt teilzunehmen.

## II. Wahl eines neuen Vorsitzenden.

Nachdem die Herren Koch und Schöttler zu Stimmzählern gewählt waren, wird zur Wahl durch Stimmzettel geschritten. Hierbei erhalten: Herr Wolff 20 Stimmen, Herr Nolte und Herr Kieße je 1 Stimme, während 8 Zettel unbeschrieben sind. Herr Wolff ist demnach mit 20 Stimmen zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt worden und nimmt die Wahl mit Dank an.

Vorsitzender: Wenn kein Widerspruch erfolgt, würde nichts entgegenstehen, jetzt auch die Wahl des zweiten Vorsitzenden vorzunehmen.

Herr Schöttler: Ich erhebe dagegen Widerspruch.

Vorsitzender: Wir haben so wie so eine große Reihe von Wahlen vorzunehmen, die durch das Ausscheiden einiger Herren aus der Versammlung notwendig geworden sind. Da außerdem noch ein Antrag des Herrn Frühling auf Verstärkung der Baukommission vorliegt, so kann dieses zusammen in der nächsten Sitzung erledigt werden.

### III. Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs.

Herr Hauswaldt: In der Sitzung am 17. Dezember v. Js. — S. 257 bis 276 des Berichts — ist die Magistratsvorlage nach eingehender Beratung an die Finanzkommission wegen Aufklärung einiger Punkte zurückverwiesen und gleichzeitig beschlossen worden, die Vorlage mit den Anträgen der Finanzkommission vielfältigen und den Mitgliedern der Versammlung zustellen zu lassen. Das ist inzwischen geschehen. Bei nochmaliger Beratung der Vorlage ist nun die Finanzkommission in ihrer letzten Sitzung zu einem ganz anderen Resultate gekommen und läßt Ihnen durch mich empfehlen, die Sache heute einfach von der Tagesordnung abzusetzen, resp. sie abzulehnen. Auch der Vertreter des Magistrats ist hiermit einverstanden gewesen. Dieser Beschluß hat aus dem einfachen Grunde gefaßt werden müssen, weil die Gestaltung der Bahnhofsfraße augenblicklich derartig liegt, daß der für die Tennisspiele in Aussicht genommene Platz möglicherweise dadurch in Mitleidenschaft gezogen wird, indem wir ihn, wenn auch nicht direkt, so doch vielleicht für Zugangswege zum Bahnhof, oder in anderer Weise gebrauchen werden. Die Finanzkommission ist daher der Ansicht, daß wir über ein Terrain nicht verfügen dürfen, wenn Aussicht vorhanden ist, es möglicherweise selbst gebrauchen zu müssen. Ich gebe daher namens der Finanzkommission anheim, die Sache heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Da sich niemand gegen diesen Antrag erklärt, wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

### IV. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke u. im Jahre 1902/03.

Unter Ueberreichung des Berichts über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Jahr vom 1. April 1902 bis 31. März 1903, welcher die Rechnungsabschlüsse für die Gaswerke, das Wasserwerk und die Neustadtmühle enthält, bemerkt der Magistrat, daß der Bericht weder der zuständigen Deputation noch ihm zu Ausstellungen Anlaß gegeben habe. Da auch die von dem vereidigten Bücherrevisor Hermann Heyne vorgenommene Prüfung der Rechnungsabschlüsse und der Geschäftsbücher deren Richtigkeit ergeben hat, so beantragt der Magistrat, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß der Direktion der städt. Licht- und Wasserwerke wegen der Verwaltung der Werke im Rechnungsjahre 1902/03 Entlastung erteilt werde.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Hauswaldt: Was zunächst den Bericht über die Gaswerke anlangt, so heißt es auf den Seiten 3 und 4 bezüglich der Versuche mit geringerem Gase:



„Die schon länger beabsichtigt gewesenen Ermittlungen darüber, inwieweit die vorhandenen Betriebseinrichtungen zur Herstellung eines leichteren Gases ausreichen würden, haben in der Zeit vom 30. Januar bis 6. Februar 1903 stattgefunden und zu folgenden Ergebnissen geführt:

Der Mehrverbrauch aller Brenner betrug 12% gegenüber dem Gas bisheriger Güte bei einem Rückgang der Leuchtkraft von 18,0 auf 10,6 Hefnerkerzen bei 120 Liter Verbrauch im Schnittbrenner gemessen. Nach einer Dauer von 4 Tagen mußte der Versuch unterbrochen werden, da die Gasvorräte auf den Werken zuge-  
setzt waren und neue Öfen nicht angeheizt werden sollten. Der Versuch hat gelehrt, daß mit den vorhandenen Betriebseinrichtungen der Uebergang zu einem Steinkohlengas mit Berücksichtigung der Verbrauchszunahme nicht möglich ist, sondern erst Erweiterungen der Gaserzeugungsanlagen geschaffen werden müssen.

Die während des Versuches von einer Anzahl Konsumenten über die schlechte Beschaffenheit des Gases eingelaufenen Klagen sind darauf zurückzuführen, daß die von ihnen zur Beleuchtung mit offenen Flammen bisher benutzten Brenner für das leichte Gas ungeeignet sind, und könnten gegenüber den Vorteilen, welche die weitaus größte Zahl der Gasabnehmer von einer Verbilligung des Gases bei Verwendung desselben zur Glühlichtbeleuchtung haben würde, gar nicht in Betracht kommen.

Ein zweiter, 14tägiger Versuch mit Gas von einer Leuchtkraft von 15 Hefnerkerzen bei 120 Liter Stundenverbrauch im Schnittbrenner gab zu Beanstandungen seitens der Konsumenten keinen Anlaß. Auch die Betriebseinrichtungen würden für die Herstellung dieses mittelschweren Gases noch ausreichen.

Die Verwaltungsdeputation lehnte jedoch die Einführung dieses Gases vorläufig ab.

Wie die Gaserzeugung, so ist auch diesmal die Abgabe durch Gasmesser in dem abgelaufenen Betriebsjahre wieder größer gewesen als in dem vorausgegangenen. Obgleich die Zahl der in Benutzung befindlichen Gasmesser für Beleuchtungszwecke aber um 306 vermehrt werden mußte, ist der Verbrauch an Gas hierfür um 105 273 cbm hinter dem des letzten Jahres zurückgeblieben, dagegen hat die um 332 Stück stattgehabte Vermehrung der Messer für Kraftgas eine Zunahme des Gasverbrauches von 124 132 cbm gegenüber dem vorjährigen Verbrauche herbeigeführt.

Die gesamte Abgabe von Gas hat 6 131 470 cbm betragen gegen 6 091 580 cbm im Jahre 1901/02 und daher zugenommen um 39 890 cbm oder 0,65 %. Von den durch Messer abgegebenen 4 756 655 cbm Gas haben 3 396 474 cbm zur Beleuchtung und 1 360 181 cbm zum Betriebe von Motoren sowie zum Kochen und Heizen Verwendung gefunden. Der Bedarf für den Privatgebrauch hat daher um

18 859 cbm = 0,4 % zugenommen. Der Rückgang im Verbräuche von Leuchtgas berechnet sich auf 3,01 %, der Mehrverbrauch an Kraftgas aber auf 10,04 %.

Zur Erhöhung der Leuchtkraft des in der Zeit vom 1. April bis 22. Oktober auf dem Werke an der Taubenstraße erzeugten Steinkohlengases auf die vorgeschriebene Lichtstärke wurde wieder Benzol verwandt."

|                                                |                |
|------------------------------------------------|----------------|
| Die Gaszerzeugung betrug im Jahre 1902/03 =    | 6 126 220 cbm, |
| dazu der Vorrat am 1. April 1902 = . . . .     | 17 460 "       |
|                                                | <hr/>          |
|                                                | 6 143 680 cbm, |
| ab der Bestand am 31. März 1903 = . . . .      | 12 210 "       |
|                                                | <hr/>          |
| die Gasabgabe betrug daher . . . . .           | 6 131 470 cbm, |
| im Jahre 1901/02 aber . . . . .                | 6 091 580 "    |
|                                                | <hr/>          |
| sodasß sich eine Mehrabgabe ergibt von . . . . | 39 890 cbm     |
| oder 0,65 % gegen das Vorjahr.                 |                |

Zur öffentlichen Beleuchtung dienten am Schlusse des Jahres 1902/03 = 2388 Gaslaternen mit 2407 Flammen, sowie 86 Petroleumlaternen und 10 Laternen mit Spiritus-Blülicht.

Die Betriebsausgaben für die Jahresproduktion an Gas haben betragen 648 919,84 M., das bringt auf 100 cbm abgegebenes Nutzgas 11,57 M. Der Preis des Gases beträgt seit dem 1. April 1895 für Leuchtgas 17 ₰ und für Kraftgas 13 ₰ für 1 cbm, während sich die durchschnittliche Einnahme für das gesamte, durch Gasmesser und für allgemeine Zwecke nach Schätzung abgegebene Gas auf 15,84 ₰ gegen 15,95 ₰ im Jahre vorher berechnet. Während also 100 cbm Nutzgas im Berichtsjahre 11,57 M. kosteten, war deren Preis im Jahre vorher 12,75 M. und ein weiteres Jahr vorher 12,23 M.

Das Gas ist also gegen die Vorjahre um etwa 1 M. billiger geworden. Diese Verbilligung hat aber ihren Hauptgrund darin, daß es gelungen ist, zum richtigen Zeitpunkte die Rohlen billig einzukaufen. Die hierdurch erzielte Ersparnis beläuft sich auf 70 000 M., also auf etwa 1½ ₰ für 1 cbm Gas. Es liegt nun die Frage nahe, ob es nicht möglich ist, das Gas für unsere Mitbürger billiger abzugeben als bisher. Was das Gas für Kraftzwecke anlangt, so ist dessen Preis mit 13 ₰ für 1 cbm schon so niedrig, daß an eine weitere Ermäßigung dieses Preises wohl nicht gedacht werden kann, zumal wir auch jährlich mindestens 150 000 M. überhaben müssen, um damit die allernotwendigsten Schulbauten ausführen zu können. Dagegen wäre in Erwägung zu ziehen, ob wir nicht den Preis des Leuchtgases von 17 ₰ auf 16 oder 15 ₰ herabsetzen können. Die Finanzkommission hat sich hiermit eingehend befaßt, sie ist aber von ihrer anfänglichen frohen Hoffnung, daß es möglich sein würde, den Preis im nächsten Jahre herunter-

zufetzen, zurückgekommen und zwar durch die Auseinanderfetzung der Herren, welche der Deputation angehören und die mitgeteilt haben, daß eine große Menge von Ausgaben für den Betrieb des Gaswerkes bevorständen, indem z. B. lange Rohrstrecken erneuert werden müßten, weil deren Röhren zu klein oder aber durch den Zufatz von Benzol angefressen seien; auch würden die Kohlen nicht wieder so billig gekauft werden können. Aus diesen Gründen hat die Finanzkommission nicht beschlossen, der Versammlung eine Herabfetzung der Gaspreise zu empfehlen, wohl aber ersucht sie, die Deputation für die Licht- und Wasserwerke aufzufordern, noch einmal in eine genaue Prüfung darüber einzutreten, ob es nach soliden kaufmännischen Grundsätzen nicht möglich sei, vom nächsten Etatsjahre ab den Preis des abzugebenden Leuchtgases herunterzufetzen. Außerdem ist die Finanzkommission der Ansicht, daß der Jahresbeitrag der Stadt für die Straßenlaternen mit 70 M wohl etwas zu knapp bemessen sei. Sie wissen, daß wir eine gewisse Summe vom Staate für die Beleuchtung der Straßen bekommen, nämlich einen Beitrag zu den Kosten der innenstädtischen Straßenbeleuchtung nach dem Verhältnisse von 305 zu 1000, und würde eine Aenderung des stadtseitigen Beitrages zur Straßenbeleuchtung hierdurch beeinflusst werden. Die Kommission wünscht deshalb, es möchte weiter beschlossen werden, daß die Deputation auch diesen Punkt in Erwägung ziehe und uns darüber in absehbarer Zeit, jedenfalls aber bis zum nächsten Etat, Bericht erstatte.

Weitere Bemerkungen und Wünsche hat die Finanzkommission an den Bericht über die Gaswerke nicht zu knüpfen, sie will nur noch erwähnen, daß der Gewinn aus diesen Werken im Berichtsjahre 250326 M 22 S beträgt, und daß das Fabrik-Anlage-Konto, das Gaswerk Taubenstraße, der Anteil der Gaswerke am Münzstraßen-Gebäude und das Gasmesserkonto nach den stattgehabten Abschreibungen nur noch mit 1357454 M 84 S zu Buche steht und diese finanzielle Grundlage der Werke eine sehr solide genannt werden kann.

Herr Stadtrat Haake: Die Deputation hat schon vor einiger Zeit beschlossen, die Leuchtkraft des Gases, welche jetzt bekanntlich mindestens 17 Hefnerkerzen betragen muß, auf 15 Kerzen zu ermäßigen und den Preis des Leuchtgases um 1 S, also auf 16 S herabzufetzen. Das Gas in dieser Stärke soll nach der Erklärung des Direktors von Feiligsch für Auerbrenner dieselbe Wirkung haben, wie das schwerere Gas, ja in manchen Fällen noch vorteilhafter sein, als dieses. Ein bezüglicher Antrag liegt dem Magistrate schon vor, jedoch hat ein Beschluß darüber noch nicht gefaßt werden können, was indessen in nächster Zeit geschehen wird.

Herr Bues: Schon seit langen Jahren hat unser Gaswerk ganz bedeutende Ueberschüsse erzielt, sodaß jetzt wohl endlich dazu übergegangen werden kann, den Gaspreis wesentlich zu ermäßigen. Wenn nun auch gesagt worden ist, daß der

Schulhausbaufonds bedeutende Mittel gebraucht und diese ihm hauptsächlich aus dem Gewinne des Gaswerkes zugeführt werden, so ist doch der Ueberschuß jetzt so enorm geworden, daß an eine Ermäßigung des Gaspreises ernstlich gedacht werden muß. Der Ueberschuß des Werkes würde noch erheblich höher sein, wenn die Straßenlaternen mit demjenigen Betrage in den Abschluß eingestellt würden, den sie tatsächlich konsumieren. Außerdem bleibt zu berücksichtigen, daß eine ganz bedeutende Summe des Ueberschusses (60 000 M.) dem Reservefonds zugeführt wird. Daß unser Gaspreis viel zu hoch ist, geht auch aus einer in meinem Besitze befindlichen Quittung der Stadtverwaltung Vernburg hervor. Dort hat die Stadt das Gaswerk ebenfalls in Regie und trotzdem fordert sie für Leuchtgas nur 5  $\text{S}$  pro Kubikmeter. (Heiterkeit.) Ein Zweifel an der Richtigkeit dieser Angabe ist vollständig ausgeschlossen. Es mag sein, daß unser Gas besser ist, als das Vernburger, daß es aber  $3\frac{1}{2}$  mal besser sein soll, gebe ich nicht zu, denn dann würde das Vernburger Gas garnicht brennen. Ich möchte deshalb im Interesse derjenigen, die tatsächlich geschäftlich gezwungen sind, ein ganz bedeutendes Quantum Geld aufzuwenden, um die Gasbeleuchtung zu benutzen, hier dafür eintreten, daß diese Einwohner billigerweise nicht verurteilt werden, die enormen Ueberschüsse des Gaswerkes allein aufzubringen. Es ist allerdings zuzugeben, daß bei Privatleuten, die wenig Gas gebrauchen, es keine Rolle spielt, ob der Gaspreis einen Pfennig mehr oder weniger kostet; wer aber monatlich 700—800 M. für Gas zu bezahlen hat, der merkt es wohl, daß es auf die Dauer nicht so weiter gehen kann. Außer dem Gaswerke bringt ja auch das Elektrizitätswerk noch 15 % des Gewinnes in unsern Stadtsäckel. In Gemeinschaft mit Herrn Esdorn stelle ich daher folgenden Antrag: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, den Preis für Leuchtgas um 2  $\text{S}$  zu ermäßigen“.

Herr Esdorn: In der Finanzkommission bin ich mit meinem Antrage, den Gaspreis um 2  $\text{S}$  zu ermäßigen, in der Minderheit geblieben; ich kann jedoch nicht einsehen, daß die Schulen allein von den Ueberschüssen der städtischen Betriebsanstalten gebaut werden sollen. Ich habe mir eine Aufstellung darüber machen lassen, was einzelne Gasabnehmer bezahlen müssen und habe gefunden, daß z. B. ein Gasabnehmer das 20fache an Lichtsteuer bezahlt, was er an Einkommensteuer zu zahlen hat. Das sind Zustände, die ich nicht gutheißen kann, denn ich halte das ganze System der indirekten Steuer für ungerecht. Ich kann auch nicht einsehen, daß der kleine und mittlere Gewerbestand gezwungen sein soll, hier die Schulen zu bauen. (Widerspruch.) Daß wir in den Schulhausbaufonds jährlich mindestens 150 000 M. sollen hineinbringen müssen, sehe ich auch nicht ein. Wir haben seit vier Jahren immer einen Ueberschuß von 200 000 bis 250 000 M. bei den Gaswerken gehabt, nur im Finanzjahre 1901/02 war der Ueberschuß bei den ausnahmsweise sehr teuren Kohlenpreisen geringer. Der Herstellungspreis des

Gasess betrug hier 11,57  $\text{M}$  pro Kubikmeter; wenn wir nun den Preis für Leuchtgas um 2  $\text{M}$  pro Kubikmeter ermäßigen, so würde der Gesamtüberschuß der Gaswerke eine Ermäßigung um 70460  $\text{M}$  70  $\text{M}$  erfahren, und demnach noch ein ganz enormer Ueberschuß verbleiben. Ich betrachte es, wie ich nochmals betonen muß, als eine indirekte Steuer, die lediglich den kleineren und mittleren Gewerbetreibenden, welche so wie so schon schwer mit ihrem Lose zu ringen haben, auferlegt wird. Die Allgemeinheit ist aber ebenjogut berufen, zu den Schullasten mit beizutragen.

Herr Südel: Ich kann es nicht als richtig anerkennen, daß nur die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden Gas verbrauchen und dadurch den Nutzen für das Gaswerk einbringen, ich glaube vielmehr, daß der Gasverbrauch in allen Schichten der Bevölkerung liegt und deshalb der Beitrag zum Ueberschusse nicht so sehr von der Einkommensteuer abweicht, wenn ich auch diese Frage hier nicht anschnitten möchte. Wir haben den Schulhausbaufonds errichtet, um aus den angesammelten Geldern irgend welche Aufwendungen zu machen, die den direkten Steuern nicht gut auferlegt werden können. Wie weit wir davon wieder abgehen können, muß ich dem Ermessen jedes einzelnen überlassen. Die Herstellungskosten des Gases sind, wie schon erwähnt worden, erheblichen Schwankungen unterworfen, und würde ein Heraufsetzen des Gaspreises recht schwer sein, jedenfalls aber nicht zu dem Zeitpunkte erfolgen können, wo wir die Mehreinnahme gebrauchen. Wenn Sie den Abschluß der Gaswerke ansehen, so entnehmen Sie daraus, daß die beschafften Kohlen die Hälfte der gesamten Ausgabe ausmachen. Nun wissen Sie selbst, welchen Schwankungen die Kohlenpreise unterworfen sind und wie sehr sie davon abhängen, ob man das Glück hat, den rechten Augenblick zu finden, in dem man den Abschluß macht. Es ist dieses umsomehr zu berücksichtigen, als wir bei unserer Gasbereitung noch auf englische Kohlen angewiesen sind und es hierbei erst recht schwer ist, den richtigen Zeitpunkt zu ermessen, wo die Kohlenpreise einen niedern Standpunkt erreicht haben. Wird der Zeitpunkt versäumt, muß man nach vier Wochen möglicherweise schon 15  $\text{M}$  mehr bezahlen, wie es das Jahr 1901 ausgewiesen hat. Ich glaube, daß man die städtische Gasanstalt diese Gefahr nicht laufen lassen soll. In der Deputation selbst ist auch schon der Beschluß gefaßt worden, den Gaspreis um 1  $\text{M}$  zu ermäßigen. Ueberhaupt ist man in der Deputation seit Jahren eifrigst bemüht, alles aufzubieten, um zu versuchen, den Gaspreis zu ermäßigen, ohne die Einnahmen des Gaswerkes wesentlich zu schmälern, und wird dieserhalb schon eine neue Art der Herstellung des Gases angebahnt. Man hat in der Richtung schon weitgehende Versuche gemacht, wenn man sich aber die Sache näher ansieht, so darf man dabei nicht vergessen, daß mit einer Verschlechterung des Gases keineswegs eine gleichmäßige Verbilligung desselben eintritt, denn sobald wir unser Gas schlechter

machen, wird auch mehr Gas verbraucht werden. Die Direktion der städt. Licht- und Wasserwerke hat diesen Standpunkt in ihrem zurzeit dem Magistrate vorliegenden Antrage auf Ermäßigung des Preises für Leuchtgas um 1  $\mathcal{N}$  pro Kubikmeter auch bereits vertreten. Der Mehrverbrauch an Gas würde bei einer Verminderung der Brennkraft um zwei Lichtstärken 4 Prozent betragen, der Nutzen, den die Preisermäßigung herbeiführen soll, würde 5,9 Prozent für Leuchtgas und 7,7 Prozent für Heizgas betragen. Wenn aber bei Leuchtgas nur 1,9 Prozent erspart werden, so bleibt zu erwägen, ob man diese Ermäßigung eintreten läßt und welche Gefahren wir für die einzelne Gasanstalt und für das Rohrnetz dadurch heraufbeschwören. Die Deputation hat sich nun entschlossen, die Ermäßigung des Gaspreises um 1  $\mathcal{N}$  in Vorschlag zu bringen, weil man in der Direktion der Licht- und Wasserwerke der Ueberzeugung ist, daß für diese Vermehrung des Gasverbrauchs die hiesigen Gasanstalten noch ausreichen würden. Weitgehende Ermäßigungen der Lichtstärken, die auch auf den Verbrauch an Leuchtgas einen erheblichen Einfluß haben würden, waren nicht anzustreben, weil dann der Mehrverbrauch an Gas so groß werden würde, daß außerordentliche Neubauten und auch Umbauten im Rohrnetz stattfinden müßten, welche die Aufwendung erheblicher Mittel notwendig machen würden.

Namens der Deputation glaube ich versichern zu können, daß wir bestrebt sein werden, auf eine Verbilligung des Gases hinzuwirken; wir müssen jedoch dringend bitten, daß die Herren eine zu schnelle Antwort auf diese Frage nicht erwarten wollen.

Herr Stegmann: Ich kann mich dem Antrage der Finanzkommission, eine Herabsetzung des Gaspreises anzustreben, nur anschließen, jedoch bin ich nicht damit einverstanden, die Ermäßigung nur auf Leuchtgas erstrecken zu wollen, denn der Preis von 13  $\mathcal{N}$  für Kochgas ist auch nicht so niedrig, daß sich die Preisverbilligung darauf nicht ebenfalls erstrecken sollte. Man muß dahin streben, daß sich die schöne Feuerungsweise mit Kochgas hier mehr als bisher, wie in anderen Städten einbürgert. Will man hier die Gruben mehr und mehr verdrängen, so muß eine Verbilligung des Heizgases eintreten. In Hannover geht die Stadtverwaltung schon so weit, daß sie selbst Gaskocher verleiht; ich möchte daher bitten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht auch hier angängig erscheint, Gaskocher stadtsseitig zu verleihen. Jedenfalls würde dieses Verfahren wesentlich mit dazu beitragen, daß das Kochen mit Gas sich hier weiter einbürgert.

Herr Meyerhoff: Als Mitglied der Deputation gestehe ich gern zu, daß das Gas zu verbilligen ist, ich muß jedoch auch anführen, daß noch viele neue Erfindungen und Fabrikationsexperimente gemacht werden müssen und auch gemacht werden, um solche Verbilligung herbeizuführen. In der Deputation ist sodann auch erwogen worden, die Beschickung der Retorten maschinell zu gestalten.

Hierdurch würden allerdings 20 und mehr Arbeiter erspart werden, jedoch wird die Beschickung dann auch rationeller und die betr. Arbeiter werden von der, wie es heißt, menschenunwürdigen Arbeit befreit. Es ist ferner erwogen worden, Automaten zu Kochzwecken aufzustellen, jedoch sind die Vorfragen hierzu noch nicht erledigt. Hegen Sie nur Vertrauen zur Deputation, sie wird alles aufbieten, um die Interessen der Gasabnehmer zu wahren.

Was nun den billigen Gaspreis in Bernburg anlangt, so liegen die Verhältnisse dort folgendermaßen: Es existiert in Bernburg eine Gesellschaft, der das dortige Gaswerk gehört und dieses Gaswerk will die Stadt gern ankaufen, hat aber trotz langer Unterhandlungen nicht zum Ziele kommen können. Da entschließt sich die Stadt, ein Konkurrenzgaswerk zu bauen, worauf dann die gegenseitige Herabsetzung des Gaspreises beginnt, und nun muß die Stadt ihr Gas zu 5  $\mathcal{M}$  pro Kubikmeter abgeben, wenn sie überhaupt Gas los werden will. (Heiterkeit.)

Herr Löschigk: Vor 5 bis 6 Jahren wurde auf meinen Antrag der Gaspreis ermäßigt, und erhielten wir damals dieselben Antworten wie heute. Wir müssen auch der Deputation dankbar sein für die Vorsicht, welche sie bekundet, und für den Nachweis, daß ein schwereres Gas auch einen größeren Wert besitzt. Damals war der Ueberschuß auch annähernd 170 000  $\mathcal{M}$ , rechnen wir den Ueberschuß für billigere Kohlen dazu, so ergibt das 240 000  $\mathcal{M}$ . Als damals der Gaspreis um 1  $\mathcal{M}$  herabgesetzt wurde, meinte Herr Jüdel, wir würden nun auf große Ueberschüsse verzichten müssen, jedoch ist dies nicht eingetreten und wir haben seitdem den Vorteil, billigeres Gas zu erhalten. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Esdorn, daß wir den Schulhausbaufonds nicht benötigen, da es meines Erachtens sehr böse aussehen würde, wenn wir bei den Schulbauten und anderen nicht gerade nötigen, aber doch wünschenswerten Beschaffungen, wie z. B. bei der Ausschmückung der Kaiser Wilhelmbrücke nicht auf solchen Fonds zurückgreifen könnten. Das Zurückgehen des Verbrauchs an Leuchtgas kommt durch die Konkurrenz des Lichtwerkes. Wenn wir das Brenngas etwas gleichmäßiger erhielten und uns vormittags mehr Druck in die Küche geschafft würde, so würde dies manchen veranlassen, sich einen Gasherd zuzulegen. Der Brennofen verlangt eben einen etwas höheren Druck, als er jetzt konstatiert werden kann. In den Rohren geht durch die Reibung eine Masse Druck verloren, und wenn zwei Gasuhren im Hause sind, leidet der Druck dadurch wiederum. Wenn dieses von dem Lichtwerke berücksichtigt werden würde, so läßt sich annehmen, daß der Konsum an Brenngas noch zunehmen wird, auch würde der Verbrauch an Spiritus und Petroleum dadurch eingeschränkt werden. Aber nicht nur der kleinere und der mittlere Gewerbetreibende konsumiert Gas, sondern auch ein sehr großer Teil der besser begüterten Leute gehört zu den Gasverbrauchern. Das Gas wird den Abnehmern auch dadurch zu teuer angerechnet, daß die Straßenlaternen zu gering

angeseht werden. Wenn die Laternen mit dem Betrage eingestellt würden, den sie in Wirklichkeit kosteten, würde das ein ganz anderes Bild abgeben.

Herr Bues: Von Herrn Züdel ist wohl alles angeführt worden, was die Verteuerung des Gases rechtfertigen kann, aber auf die für eine Verbilligung sprechenden Gründe ist er nicht eingegangen, das hat schon eher Herr Meyerhoff besorgt. Die Stadtverwaltung möge doch auch einmal gestatten, daß hier eine Konkurrenzanstalt gebaut werde (Widerspruch), dann werden wir schon andere Gaspreise erhalten. Wenn das aber nicht gestattet werden soll, dürfen wir auch die Sache in Bernburg nicht so beurteilen, wie das hier geschehen ist. Der Schulhausaufonds darf meiner Ansicht nach nicht so ohne weiteres beiseite geschoben werden, aber aus diesem Fonds werden auch fortwährend andere Sachen als Schulbauten bezahlt, und das könnte unterlassen werden. Es ist an sich recht nett, wenn die Stadt Ueberschüsse bei ihren Betriebsanstalten erzielt und ich kann auch nichts darin finden, wenn die Deputation das Gaswerk und die Stadtverwaltung in Schutz nimmt, aber wo bleibt der Schutz für die Gasabnehmer? Wie viele Beschränkungen hat man in den letzten zehn Jahren dem Gastwirtsstande hier auferlegt, und bei allen den erlassenen Verboten ist die Triebfeder gewesen, die Leute in die Kirche zu treiben. Ob das gelungen ist, will ich hier nicht erörtern. Wie viele Konkurse von Gastwirten sind hier vorgekommen, aber niemand hat gesagt, daß der hiervon Betroffene so viel mehr Geld in seiner Kasse gehabt haben würde, wenn das Gas nicht so teuer gewesen wäre. Sobald jemand seine Gasrechnung nicht bezahlt, wird er unter Umständen von Haus und Hof getrieben. Hierbei möchte ich auch an die Vorkommnisse in der letzten Silvesternacht erinnern. Wer heutzutage einen Saal zu vermieten hat, kann unter solchen Verhältnissen gar keine Vereinsfestlichkeiten u. dgl. mehr anschieben, weil er nicht weiß, ob die Erlaubnis zu dem Feste auch erteilt werden wird. Die hiesigen Einwohner halten daher vielfach ihre Festlichkeiten schon auf den benachbarten Dörfern ab, weil dort keine Genehmigung verweigert wird. Wenn z. B. jemand seinen Saal für eine Gesellschaft zu Neujahr anschiebt, so geschieht dies natürlich nicht in letzter Stunde, sondern 6 bis 8 Wochen vorher, und nun kommt mit einem Male im letzten Augenblicke ein Verbot der Herzoglichen Polizeidirektion, dann sitzt der Mann da mit seinem leeren Saale, wie es dem Wirte im Hotel d'Angleterre ergangen ist. Ein solcher Wirt muß allerdings so viel weniger für Gas bezahlen, aber er verdient dann auch nichts.

Wir haben gesehen, daß der neue Direktor der Licht- und Wasserwerke besser gewirtschaftet hat, als früher, und es läßt sich annehmen, daß es in dieser Beziehung noch besser werden wird. Der Schulhausaufonds muß nach der Aeußerung des Herrn Hauswaldt jährlich 150 000 M Zuschuß haben, wenn er aber 450 000 M bekommt, so ist das zu viel. In dem Abschluß des Gaswerks



sind allein 35 348 M für die Bedienung der Laternen eingesetzt, für die Instand-erhaltung derselben 11 188 M, für den Erneuerungsfonds 40 000 M usw. und dazu kommt, daß der Gasverbrauch der Straßenlaternen um je 30 bis 40 M zu niedrig angenommen worden ist. Ich möchte dafür eintreten, daß wir auch unseren Mitbürgern unter die Arme greifen, wenn sie in Not sind.

Herr Stadtrat Haake: Gegenüber der Behauptung des Herrn Bues, daß die Straßenlaternen viel mehr Gas verbrauchen, als für sie angerechnet wird, möchte ich erklären, daß durch genaue Ermittlungen die Jahreskosten mit 70 M festgestellt worden sind.

Herr Esdorn: Durch die Ausführungen des Herrn Löschigt habe ich erst erfahren, wozu man den Schulhausbaufonds eigentlich haben will. Es ist ja eine sehr schöne Sache, wenn man Ausgaben wie die Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke zc. aus einem vorhandenen Fonds bestreiten kann, jedoch sehe ich mich veranlaßt, in Zukunft gegen solche Bewilligungen zu stimmen, da ich nicht einsehen kann, daß unsere Gewerbetreibenden diese Ausgaben aufbringen sollen. Es trifft nicht zu, daß auch die höheren Kreise in gleichem Maße hierzu beitragen, denn diese verwenden meistens elektrisches Licht, und die Gassteuer bleibt in Wirklichkeit an den Geschäften und Gastwirtschaften hängen. Es gibt Leute darunter, die eine jährliche Lichtsteuer von 500 M, 700 M und sogar weit über 1000 M bezahlen (Heiterkeit); ich kann das nicht anders als eine indirekte Steuer für die hiesigen Gewerbetreibenden nennen und eine solche Steuer kann ich nicht für gut halten. Von Herrn Meyerhoff ist allerdings die Angabe des Herrn Bues in bezug auf die Gaspreise in Bernburg erläutert worden, jedoch vermag ich auch verschiedene Städte anzugeben, die für Kochgas sich nur 8 S bezahlen lassen, so z. B. erhebt die Stadt Elberfeld bei größerem Konsum nur 8 bis 10 S für Leuchtgas (Auf: Kohlenrevier!) und verschiedene andere Städte nehmen 12 S. Wenn hier von dem Herrn Referenten gesagt wird, es lasse sich das Gas verbilligen, so kann auch unserm Antrage entsprochen werden, denn in Wirklichkeit könnten wir noch eine weitere Herabsetzung beanspruchen; ich möchte deshalb nochmals ersuchen, dem Antrage Folge zu geben.

Herr Schmidt: Die Herren werfen hier mit Zahlen herum, die nicht ganz richtig, oder doch nicht richtig verstanden sind. Herr Esdorn muß nämlich wissen, daß der Gewinn von rund 250 000 M sich aus verschiedenen Ursachen zusammensetzt, die nicht immer gleichzeitig vorhanden sind. Die Gaswerke können unter Umständen einen erheblich geringeren Gewinn haben, ohne daß man daraus jemandem einen Vorwurf machen kann. Wir haben einige gute Jahre hinter uns, ob das auch für die Zukunft anhält, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. In dem Gewinne des letzten Jahres steckt u. a. ein Verdienst von 70 000 M durch Spekulation in Kohlen, außerdem hat der Verkauf von Nachprodukten einen Gewinn von 20 000 M gebracht, was zusammen fast 100 000 M ausmacht.

Solchen Gewinn können wir aber nicht alle Jahr haben, ja, eigentlich ist es unrecht, solche Geschäfte stadtseitig zu machen. (Heiterkeit.) Wenn das Spekulationsgeschäft aber einmal gemacht ist, so ist es ja recht hübsch, den Gewinn einzustecken. Rechnen wir den Gewinn von 100 000 M davon ab, so verbleiben noch 150 000 M, und wollen wir dann noch den Gaspreis um 2  $\mathcal{L}$  herabsetzen, so macht das eine Mindereinnahme von 75 000 M, sodaß dann eventuell nur noch ein Ueberschuß von 50 000 M verbleibt, der für solch ein großes Werk zu gering ist. Wenn wir darauf hinausgehen, den Preis des Gases um 2  $\mathcal{L}$  herunterzudrücken, so müssen wir uns auch damit vertraut machen, den Ausfall eventuell durch eine andere Steuer auszugleichen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte mich gegen die Aeußerung des Herrn Schmidt wenden, daß wir keine billigen Kohlen kaufen dürften; wenn das die Ansicht der Versammlung wäre, möchte ich lieber nicht Mitglied der Deputation sein. Herrn Esdorn habe ich zu erwidern, daß ich einer Ermäßigung der Gaspreise sehr wohlwollend gegenüberstehe, daß ich indessen sein Operieren mit Zahlen nicht gut heißen kann, denn einen Vergleich mit den Elberfelder Gaspreisen können wir doch schon deshalb nicht ziehen, weil hier der Wagen Kohlen allein an Fracht über 60 M mehr kostet. Wir liegen nun einmal nicht im Kohlenrevier und müssen mit unseren Verhältnissen rechnen. Wenn Herr Bues meint, es ginge niemand darauf ein, hier ein Konkurrenzgaswerk zuzulassen, so erwidere ich darauf, daß das Herr Bues wohl selbst nicht wünschen wird. Es ist uns weder möglich, für 5  $\mathcal{L}$ , noch für 10  $\mathcal{L}$  ein Kubikmeter Gas zu erzeugen und wir streben nur dahin, daß wir ein möglichst billiges Produkt erhalten. Der Gaspreis muß verbilligt werden, das gestehe ich zu, denn das Gas ist hier noch sehr anständig im Preise. In der Deputation sind schon verschiedene Vorschläge zur Verbilligung des Gases beraten worden, so z. B. die Rabattbewilligung an größere Gasabnehmer, jedoch hat in dieser Sache noch nichts geschehen können, weil erst der Umbau der Gasanstalt fertig sein muß. In Magdeburg nimmt man z. B. eine Trennung des Gases nicht vor, es läuft vielmehr Leuchtgas und Kochgas durch dieselbe Uhr und der Kontrolleur stellt nur fest, wie viele Flammen gebrannt werden, um danach den Aufschlag für Leuchtgas zu bemessen. Hierdurch würde auch die Klage über zu schwachen Druck wegfallen. Das sind alles Fragen, die erst noch geprüft werden müssen. Schenken Sie der Deputation nur Vertrauen, sie wird Ihnen zur nächsten Saison schon mit entsprechenden Vorschlägen kommen.

Herr Günther: Es ist ein alter Grundsatz, daß eine Kommune aus ihren Unternehmungen gar keinen Gewinn ziehen soll, was hier scheinbar der Fall ist. So sehr ich den Ueberschuß mit Rücksicht auf dessen außerordentlich guten Zweck begrüße, bin ich doch der Meinung, daß wir den Wünschen der Gas konsumierenden Mitbürger Rechnung tragen müssen, soweit unser Unternehmen das zuläßt.

Es wäre deshalb festzustellen, ob wir in der Lage sind, den Gaspreis herabzusetzen; denn es ist den kleinen Gastwirten und Handwerkern zu gönnen, daß sie das Gas zu einem billigen Preise bekommen. Aus diesem Grunde würde ich für den Antrag Bues sein, jedoch ist Vorsicht dabei nötig und muß eine rechnerische Grundlage dafür vorhanden sein, da die Stadt gut zu wirtschaften hat. Auch über den Preis des Kochgases wird geklagt und müßten Mittel und Wege gefunden werden, eine Herabsetzung dieses Preises eintreten zu lassen. Wie weit das möglich ist, kann ich nicht beurteilen, jedoch werde ich einer Verbilligung gern zustimmen. Ich werde auch darauf achten, daß in Zukunft dem Schulhausbaufonds Mittel für andere Zwecke, z. B. für den Brückenschmuck, nicht entnommen werden. Ein Schulbau ist ein edler Zweck, der allen Bürgern zugute kommt, und ich bin im großen ganzen dafür, daß aus dem Fonds nur für diesen Zweck Geld entnommen wird.

Herr Nolte: Der Antrag der Finanzkommission ist meiner Ansicht nach durchaus am Platze, denn es ist erwünscht, daß der Gaspreis ermäßigt wird. Ich werde deshalb dem Antrage zustimmen, aber ich stehe auch auf dem Standpunkte des Herrn Südel, daß es im höchsten Grade geboten ist, Vorsicht bei der Herabsetzung des Preises walten zu lassen, besonders da neue Anlagen für das Gaswerk in Aussicht stehen. Nicht zu haben bin ich aber für den Antrag, den Preis schon jetzt um 2  $\text{M}$  herabzusetzen und ich möchte warnen vor Ausdrücken wie „Lichtsteuer“. Das sind Schlagworte, denn es ist ja niemand gezwungen, Gas zu nehmen, jeder kann sich eine Beleuchtung schaffen, wie er will. Wenn trotz des jetzigen Gaspreises noch so viele Leute Gas brennen, so ist dies ein Zeichen dafür, daß das Gas nicht so überteuert sein muß, sonst würden sie sich eine andere Beleuchtungsart schaffen. Eine Lichtsteuer liegt durchaus nicht vor. Ich brenne auch Gas und muß der Anschauung entgegentreten, daß die Gewerbetreibenden allein Gas verbrauchen, da eine Menge Nichtgewerbetreibender Gas verwendet und auch von diesen ein erheblicher Betrag in die Stadtkasse fließt. Wenn ferner die hannoverschen Verhältnisse hier in die Besprechung gezogen werden, so bemerke ich dazu, daß uns diese Verhältnisse nicht genau bekannt sein können, die finanziellen Verhältnisse der Stadt Hannover aber sehr mäßige sein sollen. Dazu werden vielleicht die billigen Gaskocher mit beitragen. Jeder sollte sich freuen, daß unsere Stadtverwaltung so vorsichtig und unsere Finanzlage noch verhältnismäßig so günstig ist.

Herr Hauswaldt: Ich wundere mich über die heutige Debatte und hätte nicht erwartet, daß sie heute kommen würde. Herr Günther hat dabei das richtige getroffen: wir haben heute noch gar kein Urteil über die Sache, weil uns die Zahlen fehlen. Wir müssen deshalb die Deputation ersuchen, uns Unterlagen zu

schaffen, müssen diese dann vorprüfen, um im nächsten Etat damit kommen zu können. Ich habe damals den Antrag gestellt, den Gaspreis um 2  $\%$  herunterzusetzen, weil ich angenommen hatte, daß wir das können; es ist mir jedoch von kompetenter Seite gesagt worden, daß das keine Bedenken hätte. Deshalb ist es nicht richtig, heute einen Beschluß zu fassen, den Gaspreis um 2  $\%$  herunterzusetzen, zumal wir ja möglicherweise nach Prüfung der zahlenmäßigen Unterlagen dazu übergehen könnten, eine Ermäßigung von 3  $\%$  eintreten zu lassen. Darüber sind wir uns wohl alle einig: die Preise für Gas und Wasser dürfen niemals zu einer Steuer ausarten. Ich würde es wenigstens für eine unglückliche Politik halten, daraus eine Steuer zu schlagen. Wir haben die Ueberschüsse aus den Werken dem Schulhausbaufonds zugeführt und die Schulbauten auch daraus bezahlt, weil wir beschlossen hatten, die alle drei Jahr wiederkommenden Schulhausbauten aus dem ordentlichen Etat zu bezahlen und sie nicht auf Borg zu bauen. Sobald aber der Fonds Mittel nicht mehr erhält, würden wir die Schulen aus den Mitteln des ordentlichen Stats bauen müssen. Außer den Schulbauten gibt es noch manche andere Bauten und sonstige Zwecke, deren Kosten sich am besten aus diesem Fonds decken lassen, wie z. B. der Bau einer Lesehalle, und ist ja auch schon beschlossen worden, Ueberschüsse des Fonds zu diesem Zwecke anzusammeln. Man kann daher auch nicht ohne weiteres erklären, daß man aus dem Schulhausbaufonds nur Mittel für den Bau von Schulen bewilligen wolle. Ich bitte nochmals um Annahme des Kommissionsantrages.

Herr F ü d e l: Ich will nochmals feststellen, daß die Deputation seit Jahren dasselbe Bestreben gehabt hat, welches hier von den Herren Bues und Esdorn zum Ausdruck gebracht worden ist. Sodann möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Böschigt zurückgreifen. Herr Böschigt erinnerte an die vorige Ermäßigung der Gaspreise. Das war zu einer Zeit, als wir 4 744 000 Kubikmeter Gas erzeugten; seit dieser Zeit ist aber die Gaserzeugung bis zum Jahre 1900 auf 5 951 000 Kubikmeter, also um 1 207 000 Kubikmeter gestiegen. Seit dem Jahre 1900 ist indessen die Gaserzeugung nur noch um 170 000 Kubikmeter, also nur um ein Achtel der früheren Steigerung, gewachsen. Das erregte bei uns gerade Bedenken. Wenn der Gasverbrauch in der früheren Weise weiter gestiegen wäre, hätten wir schon andere Vorschläge gemacht, aber der Stillstand machte uns bedenklich. Es sind deshalb auch schon Erhebungen angestellt worden, um den Gasverbrauch zu heben. Damit wird auch die Frage der anderweitigen Herstellung von Gas fortdauernd das Augenmerk der Deputation in Anspruch nehmen. Ich bitte daher ebenfalls um Annahme des Antrages der Finanzkommission.

Herr F a s s e r: Mit der Tendenz des Antrages Bues-Esdorn kann man nur einverstanden sein und ich möchte die Tendenz noch insbesondere deshalb empfehlen, weil es eine Ungerechtigkeit ist, von den Gasverbrauchern irgend welche Mittel,

seien sie auch für einen noch so nützlichen Zweck bestimmt, aufbringen zu lassen. Solche Mittel sind durch allgemeine direkte Steuern zu beschaffen, man darf also die Lasten nicht nur auf die Schultern der Gasverbraucher legen und diese noch dazu in ungleichem Maßstabe dazu heranziehen wollen. Tatsächlich wirkt eine Verteuerung des Gaspreises über den Selbstkostenpreis hinaus wie eine indirekte Steuer, und wenn auch Herr Nolte gesagt hat, daß niemand gezwungen sei, Gas zu konsumieren, so möchte ich ihm doch entgegen halten, daß hiernach auch die Biersteuer keine indirekte Steuer ist, weil ja niemand Bier zu trinken braucht. Die Tendenz des Antrages ist also richtig, sie ist aber auch enthalten in dem Antrage der Finanzkommission. Diesem Antrage möchte ich zustimmen und zwar hauptsächlich deshalb, weil die bis jetzt vorliegenden Daten im Plenum nicht genügend gewürdigt werden können und weil ein Spielraum zu lassen ist für die Preise, die sich in den einzelnen Jahren verschieden gestellt haben und auch künftig verschieden stellen werden, und weil in der Finanzkommission die bedenkliche Tatsache zur Sprache gebracht worden ist, daß wir in kurzem leicht vor die Frage gestellt werden, das Rohrnetz für die Gasleitung zu erweitern. Hierzu müssen aber die Mittel vorhanden sein und es ist selbstverständlich, daß die Gaswerke aus ihren eigenen Mitteln diese Aufwendungen machen müssen. Ich kann daher dem Antrage der Finanzkommission nur zustimmen. Die von Herrn Fiedel geäußerten Bedenken, daß eine Herabsetzung des Preises für Gas dazu führen würde, den Gaskonsum zu steigern und infolge dessen das Rohrnetz erweitert und manche neue Einrichtung in den Gasanstalten gemacht werden müßte, kann ich dagegen nicht teilen, weil dieses kein Nachteil für die Stadt sein würde, sondern nur in ihrem Interesse liegen könnte.

Herr Böschigt: Seit dem Jahre 1895 ist der Gaspreis heruntergesetzt worden und im Jahre 1897 ist das Lichtwerk entstanden. Wenn nun auch der Gaskonsum in dem ersten Jahre kolossal zugenommen, jetzt aber nachgelassen hat, so ist er immer noch gestiegen und erbringt dieses den Beweis, daß ein Stillstand doch nicht eingetreten ist, wie Herr Fiedel vorhin behauptet hat. Der Mehrverbrauch ist nur nicht in so erheblichem Maße gestiegen, aber eine Steigerung ist erfreulicherweise immer noch vorhanden. Ich stehe nun auf dem Standpunkte, zu sagen, man beweise mir, daß das Gaswerk trotz des vermeintlichen Rückganges solche Ueberschüsse gemacht hat, daß wir den Gaspreis ermäßigen können. Herrn Meyerhoff möchte ich empfehlen, hier nicht auf die Magdeburger Zustände einzugehen und zu sagen: wer Leuchtgas verbraucht, muß eine Extrasteuer bezahlen. Das würde mir sehr bedenklich erscheinen. Den Aeußerungen des Herrn Bues kann ich nachfühlen, daß es dem anständigen Gewerbetreibenden hier sehr schwer gemacht wird, etwas zu verdienen, weil er überall bevormundet wird; das Gastwirts-Gewerbe würde die Steuer gern bezahlen, aber, man muß nicht das eine

wollen und das andere lassen; wenn ich nichts verdiene, kann ich auch keine Abgaben bezahlen. Wenn die Leute in ihrem Verdienste beschränkt werden, wollen sie auch billigere Gaspreise haben.

Die Besprechung wird damit geschlossen.

Herr Esdorn (zu einer persönlichen Bemerkung): Mir ist vorgeworfen worden, ich operierte hier mit Zahlen. Dem gegenüber halte ich alle von mir vorgebrachten Zahlen aufrecht, zumal ich sie aus dem Materiale geschöpft habe, was mir amtlich zugegangen ist.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Bues-Esdorn abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission angenommen.

Herr Hauswaldt: Wir kommen nun zu dem Berichte und Abschlusse des Wasserwerkes. Nach dem vorliegenden Berichte ist weniger Wasser verbraucht worden, als im Jahre vorher und zwar handelt es sich um 286 771 cbm bei einem Gesamtverbrauch von 3 393 704 cbm. Es ist das ein sehr betrübliches Resultat, denn je mehr Wasser in einem Gemeinwesen verbraucht wird, desto besser ist es. Ob der Minderverbrauch etwa nur auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse zurückzuführen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Das Privat-Einrichtungsgeschäft muß auch ferner erhalten bleiben, um den Stamm tüchtiger Arbeiter nicht zu verlieren, auf der anderen Seite darf aber auch das Wasserwerk den Mitbürgern keine empfindliche Konkurrenz machen. Um dieses zu vermeiden, sind verschiedene Bestimmungen getroffen worden, so z. B. darf es sich bei Submissionen nicht beteiligen, darf seine Arbeiten niemandem anbieten etc. Trotz dieser Bestimmungen ist aber wieder eine Erhöhung des Gewinnes zustande gekommen. Das Wasserwerk hat mit einem Gewinn von 112 361,78 M gearbeitet.

Von der Finanzkommission ist nun festgestellt worden, daß das Bilanzkonto etwas geschmeichelt worden ist; die Zahlen sind wohl richtig gruppiert, jedoch schien uns der Gewinn nicht ein derartiger zu sein, daß wir hätten empfehlen können, ihn auf den Schulhausbaufonds zu übertragen, wir sind vielmehr aus verschiedenen Gründen der Ansicht, daß es richtiger sein würde, den ganzen Gewinn auf die nächste Rechnung vorzutragen. Wenn dann im nächsten Jahre sich herausstellt, daß die zu erwartenden Extraausgaben nicht so groß sind, wie angenommen wird, so bleibt es der Versammlung immer noch überlassen, den dann vorhandenen Gewinn dem Schulhausbaufonds zuzuführen. In solchem Falle brauchen wir wenigstens nicht zu befürchten, daß im nächsten Jahre mit einem Minus abgeschlossen werden wird.

Ich habe deshalb folgenden Antrag in Vorschlag zu bringen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, den Gewinn vom Wasserwerke für 1902/03 mit 112 361,78 M nicht dem

Schulhausbaufonds zuzuführen, sondern auf die neue Rechnung des Wasserwerkes vorzutragen."

Ferner habe ich noch folgendes vorzuschlagen. Die Erhöhung des Wasserpreises haben wir seinerzeit nur in dem Umfange beschlossen, daß die Mehrkosten, welche aus der Anlage des neuen Wasserwerkes entstanden waren, gedeckt wurden. Es ist nun aber nicht möglich, sich aus den Zahlen des vorliegenden Abschlusses ein klares Bild darüber zu machen, ob bei dem Ueberschusse auch die Erhöhung des Wasserpreises mitgespielt hat. Deshalb habe ich Ihnen weiter vorzuschlagen:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, eine Prüfung vorzunehmen, ob die Erhöhung des Wassergeldes nötig gewesen ist und ob eventuell der Preis herabzusetzen wäre.“

Die Versammlung könnte sich dann an der Hand des zu erwartenden Berichtes schlüssig werden, ob der jetzige Wasserpreis bestehen bleiben soll.

Herr Wolters: Den Anträgen stimme ich zu. Die Angabe, daß 286771 cbm Wasser im letzten Jahre weniger verbraucht seien, als im Jahre vorher, trifft nicht ganz zu, denn nach dem Berichte handelt es sich nicht um eine geringere Wasserförderung, sondern darum, daß die Angaben der vorausgegangenen Jahre ganz erheblich zu hoch gewesen sind, indem der Wasserverlust, der durch die geöffneten Umlaufventile stattfand, zur Erzielung eines stoßfreien Ventiltanges der Pumpen, keine genügende Berücksichtigung gefunden hatte. Der Wasserverbrauch hat also nicht abgenommen, sondern zugenommen.

Die Anträge der Finanzkommission werden darauf genehmigt.

Herr Hauswaldt: An letzter Stelle haben wir uns noch mit dem Betriebsabschlusse der Neustadtmühle zu beschäftigen, welcher der Finanzkommission zu Bemerkungen keinen Anlaß geboten hat. Der Gewinn beträgt 7336,53 M.

Die Entlastung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung dieser Werke und der Neustadtmühle im Jahre 1902/03 wird hierauf seitens der Versammlung ausgesprochen.

## V. Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes, sowie Umbau des Neustadtrathauses.

Gelegentlich der früheren Verhandlungen über die Sicherung der Schätze des Museums, des Archivs und der Bibliothek gegen Feuergefahr haben sich bekanntlich sowohl die städtische Bauverwaltung, als auch der Kreisbranddirektor gutachtlich dahin geäußert, daß das Gebäude des Neustadtrathauses den Sammlungen des Archivs und der Bibliothek mit Rücksicht auf die Nähe der angrenzenden Privatgebäude auf der Höhe, sowie die Konstruktion des Neustadtrathauses nicht genügenden Schutz biete und daß, wenn wenigstens die vorhandenen Mängel des Gebäudes

beseitigt werden sollten, hierfür die Summe von 70 000 M aufzuwenden sein würde. Der Magistrat hat bereits im Schreiben vom 18. September 1903 darauf hingewiesen, daß er Bedenken tragen müßte, die Aufwendung dieser Summe zu empfehlen, weil selbst nach Ausführung der baulichen Aenderungen das Gebäude den höchst wertvollen städtischen Sammlungen ein wohnliches und den Anforderungen der Neuzeit entsprechendes Heim nicht bieten würde. Da indessen der jetzige Zustand auf die Dauer nicht wohl bestehen bleiben kann, so lag es nahe, auf die Errichtung eines Neubaus für Archiv und Bibliothek Bedacht zu nehmen und das Neustadtrathaus selbst für andere Zwecke zu benutzen. Das Gebäude bietet genügenden Raum, um nach Ausführung des notwendigen Aus- und Umbaus zehn Klassen — vier große für je 40—50 Schüler und sechs kleinere Klassen für je 24—30 Schüler — nebst den zugehörigen Nebenräumen einzurichten und gleichzeitig den großen unteren Saal im Zusammenhange mit den beiden angrenzenden kleinen Höfen zu einem Spielplatz umzuwandeln. Mit Rücksicht auf die Lage des Gebäudes inmitten der Stadt hält der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen das Neustadtrathaus für geeignet, um in ihm nach Ausführung des erwähnten Umbaus entweder die jetzt in getrennten Gebäuden untergebrachte Hilsschule, oder auch provisorisch überzählige einzelne Schulklassen, für die es jetzt an einem festen Unterkommen fehlt, unterzubringen. Es dürfte sich daher nach der Ansicht des Magistrats empfehlen, den Umbau, dessen Kosten einschließlich der Kosten für Beschaffung einer Zentralheizanlage zu 42 500 M veranschlagt sind, auszuführen. Vorbedingung hierfür würde die Schaffung eines Neubaus für Archiv und Bibliothek sein, weshalb die städtische Bauverwaltung veranlaßt worden ist, auch hierfür ein Vorprojekt nebst Kostenüberschlag aufzustellen. Die genannte Dienststelle hält die Errichtung dieses Gebäudes auf dem ehemaligen Kasernengrundstück am Magnitoren für geeignet und zwar in Gemäßheit des im Einvernehmen mit dem Stadtarchivar Professor Dr. Hänselmann ausgearbeiteten Vorprojektes, dessen Kosten zu 250 000 M überschlagen sind.

Da sich die Errichtung eines besonderen Gebäudes für die Hilsschule nach Ansicht des Schulvorstandes auf die Dauer kaum würde umgehen lassen und da die hierfür aufzuwendenden Kosten zu etwa 140 000 M dem Schulhausbaufonds zur Last fallen würden, so dürfte es, wenn die vorgedachte anderweite Verwendung des Neustadtrathauses beschlossen werden sollte, gerechtfertigt und unbedenklich erscheinen, dem genannten Fonds nicht nur die Kosten für den Umbau des Neustadtrathauses mit 42 500 M, sondern auch von den Kosten für den Archiv- und Bibliothekneubau einen entsprechenden Teil (rund 100 000 M) zur Last zu legen.

Der Versammlung wird daher anheimgegeben, zu beschließen, daß in Gemäßheit der vorstehenden Ausführungen verfahren werde. Wenn dieser Antrag die Billigung der Versammlung finden sollte, würde der Magistrat zunächst ein end-



gültiges Projekt wegen des Archiv- und Bibliothek-Neubaues nebst genauem Kostenanschlag ausarbeiten und danach der Versammlung eine weitere Vorlage zugehen lassen.

Aus dem Bauprojekte für Archiv und Bibliothek sei folgendes hervorgehoben: Nach der Ansicht der städt. Bauverwaltung empfiehlt es sich, als Bauplatz das an der nordwestlichen Ecke des neuen Museumsgebäudes zwischen der Straße am Magnitore und der städtischen Gewerbeschule gelegene Terrain zu verwenden, da für eine spätere Erweiterung des Museumsgebäudes noch ein genügend großer Platz an dessen Südseite zur Verfügung steht. Das neue Gebäude würde mit dem Museum in unmittelbare Verbindung zu bringen sein, da nur auf diese Weise ein architektonisch würdiger Abschluß des Platzes zu erreichen ist. Dabei wird auf die Schaffung eines genügend großen Durchfahrtstores nach der städtischen Gewerbeschule Bedacht zu nehmen sein. Der verfügbare Platz ist so groß, daß alle Anforderungen, die bezüglich der Unterbringung des Archivs und der Bibliothek zu stellen sind, volle Berücksichtigung finden können und außerdem noch einige Räume für Zwecke des städtischen Museums verfügbar bleiben. Hinsichtlich der Gesamtanordnung des Gebäudes sei hervorgehoben, daß es straßenseitig am Magnitore nicht unmittelbar an die Grenze gerückt ist, sondern 2 m davon entfernt bleibt. Der Haupteingang zu dem Gebäude liegt unter dem die Durchfahrt nach der Gewerbeschule enthaltenden Verbindungsbau mit dem Museumsgebäude; außerdem ist noch ein Nebeneingang in dem schmalen Flügelbau an der Straße am Magnitore vorgesehen, der zu der im Untergeschoße untergebrachten Wohnung des Hausmannes führt. Neben dem Haupteingange ist eine geräumige Vorhalle angenommen, an die sich rechtsseitig die doppelarmige, bis zum obersten Geschoße führende Haupttreppe anschließt. Der kleinere, linksseitig vom Eingange gelegene Teil des Gebäudes enthält die Räume für das Archiv, der rechtsseitige diejenigen für die Bibliothek. Die architektonische Ausbildung des projektierten Neubaus schließt sich derjenigen des Museumsgebäudes eng an und ist der Zweckbestimmung des Gebäudes entsprechend entwickelt. Den inneren Ausbau des Gebäudes hat man durchweg feuerfester geplant.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Die Baukommission stimmt der Vorlage im Prinzip zu. Was die einzelnen Teile derselben anlangt, so sind wir mit dem geplanten Umbau des Neustadtrathhauses zu einer Schule durchaus einverstanden, jedoch mit der Einschränkung, daß eine zu geringe Treppenanlage in dem Gebäude geplant ist, wodurch bei Feuergefährdung eine wesentliche Gefährdung der in dem Gebäude befindlichen Personen eintreten könnte. Die Kommission beantragt daher, daß sich die Versammlung mit dem Vorprojekt einverstanden erklären möge, jedoch unter der Einschränkung, daß noch eine zweite Treppe vorgesehen werde und die Halle einen

direkten Ausgang nach der Straße an der Stelle erhalte, wo sich schon jetzt ein Ausgang befindet.

Was den Neubau des Gebäudes für Archiv und Bibliothek betrifft, so empfehlen wir Ihnen, auch dieses Vorprojekt gutzuheißen und zwar mit der Aenderung, daß die mit einer lichten Weite von 2,4 m angenommene Seitentreppe entsprechend verbreitert werde und daß die einzelnen Etagen noch eine dienstliche Verbindung mittels einer eisernen Wendeltreppe erhalten.

Es haben sich auch Zweifel darüber erhoben, ob die für das Gebäude angenommene Lage geeignet ist und ob es nicht zweckmäßiger sein würde, den Platz lediglich als freien Platz zu reservieren, zumal eine spätere Erweiterung des Gebäudes nicht ausführbar sein würde. Diese Bedenken hat indessen die Mehrheit der Baukommission nicht geteilt, sondern ich bin mit meiner Ansicht allein geblieben und die Baukommission hat sich entschlossen, Ihnen die Anlage an der Stelle zu empfehlen. Hiernach beantragt also die Baukommission, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen und das Vorprojekt als Unterlage für die weitere Bearbeitung mit den kommissionsseitig beantragten Ergänzungen anzunehmen.

Herr Herzberg: Das uns vorgelegte Projekt ist seinem Wesen, seinem Umfange und seinen Kosten nach ein so weittragendes, daß ich gestehen muß, selbst nach den gründlichen Erläuterungen des Herrn Frühling nicht mit gutem Gewissen ein Urteil darüber fällen zu können. Es fehlt mir eben eine genügende Uebersicht und ich kann nicht entscheiden, ob das alles zweckmäßig ist. Ich beantrage deshalb, den Gegenstand heute von der Tagesordnung abzusetzen und uns erst die Vorlage vervielfältigt zugehen zu lassen.

Herr Lorb: Ich habe die Bedenken des Herrn Vorredners nicht und bin mit den sachlichen Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden. Bei dem Vorprojekte für den Neubau des Archivs drängt sich mir indessen die Frage auf, ob in Verbindung mit diesem Neubau sich nicht Räume für eine Lesehalle schaffen lassen. Vielleicht läßt sich dieses unter geringer Erhöhung der Baukosten erreichen, und bitte ich um Prüfung dieser Frage. Eventuell würde ich bereit sein, einen Antrag zu stellen, dahingehend, daß auf diese Rücksicht hin der ganze Plan aufs neue einer Prüfung unterzogen werde.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Meiner Ansicht nach ist der Antrag Herzberg als ein geschäftsordnungsmäßiger aufzufassen und bedarf daher der sofortigen Erledigung. Eventuell würde ich ihn als einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag wiederholen.

Vorsitzender: Darauf ist zu erwidern, daß die Debatte sich auf diesen Punkt beschränkt. Ich ersuche diejenigen Herren, welche zum Antrage Herzberg das Wort nehmen wollen, sich zu melden.

Herr Lange: Ich glaube, wir können die Vorlage nicht eher beraten, bis wir ein Projekt über den Rathausumbau haben. Deshalb bin ich auch der Ansicht des Herrn Herzberg, daß es vorzuziehen ist, die Sache heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Esdorn: Ich möchte den Antrag Herzberg ebenfalls befürworten: die Summe ist zu hoch, um so schnell darüber entscheiden zu können. Auch vermag ich nicht einzusehen, daß wir für den Zweck sofort 250 000 M bewilligen sollen. Es wäre dann mindestens erwünscht, auch die Lesehalle damit zu verbinden.

Vorsitzender: Wer ist für die Absetzung der Vorlage von der heutigen Tagesordnung? Die Absetzung ist damit beschlossen. Ich will bemerken, daß die Vervielfältigung der Vorlage erfolgen wird, jedoch müßten wir uns noch darüber schlüssig werden, ob die Kommission ohne weiteres der Anregung des Herrn Lord bezüglich der Einrichtung einer Lesehalle im Archivgebäude Beachtung schenken soll.

Herr Frühling: Es ist schon geprüft und festgestellt worden, daß eine wesentliche Erweiterung des Archivgebäudes an der jetzigen Stelle nicht möglich sein wird. In der Dachetage ist allerdings für die Bibliothek noch ein dritter Raum zur Aufstapelung von Büchern vorgesehen worden, aber eine öffentliche Lesehalle mit einem großen Büchervorrat läßt sich dort nicht mehr unterbringen. Es war deshalb meine Meinung, diesen Platz für das Museum und die Kunstgewerbeschule zu reservieren und das Archivgebäude auf einen anderen Platz zu stellen.

Vorsitzender: Dann bedarf es allerdings noch eines besonderen Antrages des Herrn Lord.

## VI. Neubau der Fallerlebertorbrücke.

Nachdem die Herzogliche Baudirektion gegen das magistratsseitig vorgelegte Projekt, betreffend den Neubau der Fallerlebertorbrücke, Bedenken nicht zu erheben gehabt hat, ersucht der Magistrat, dieses Projekt zu genehmigen und dessen Kosten mit 80 000 M zu verwilligen.

Nach dem Projekte soll die Brücke von Stirn zu Stirn 18,38 m breit werden, während deren nutzbare Breite zwischen den Geländern 18 m, die Fahrbahnbreite 10,50 m und die Breite jedes Fußwegs 3,75 m betragen wird. Die äußere Ansicht der Brückenstirnen schließt sich der Konstruktion eng an, doch so, daß zur Erzielung einer günstigeren Wirkung die Hängeeisen durch ein von einzelnen Bündeln gehaltenes starkes Tau gekennzeichnet werden. In der Mitte der Stirnseiten ist ein ornamentaler Schmuck gedacht, bestehend aus einem von Lorbeer- und Eichenzweigen umgebenen Kopfe der Brunonia. An dem Schnittpunkte der viertelkreisförmigen Flügelmauern mit den Brückenstirnen sind konsolartige Austragungen angeordnet, auf denen Adler sitzen, die mit ihren Schnäbeln das

erwähnte Tau festhalten. Statt der Adler könnte auch ein anderer ornamentaler Schmuck zur Anwendung kommen. Ueber den vier konsolartigen Ausfragungen erheben sich oberhalb der Straßenoberfläche Quaderpostamente, auf denen die Aufstellung von Figuren vorgesehen ist und zwar könnten vielleicht Darstellungen von Kriegerern in alten braunschweigischen Uniformen gewählt werden. Zum äußeren Abschluß der Brücke sind schmiedeeiserne Geländer vorgesehen. Für die Fahrbahn der Brücke ist Holzpflaster und für die Befestigung der Fußwege Gußasphalt auf Betonunterlage in Aussicht genommen. Die an der Ostseite der Brücke befindliche Bedürfnisanstalt muß wegen der veränderten Höhenlage umgesetzt werden. In der Fahrbahnmitte gedenkt man zwei Straßenbahngleise in einem Abstände von 2,50 m von Axe zu Axe zu verlegen.

Herr Frühling: Die Baukommission hat diese Vorlage geprüft und dabei nur insofern einen Anstand gefunden, als uns die künstlerische Ausgestaltung der der Brücke nicht zusagt. Darüber soll indessen mit der Baukommission noch verhandelt werden. Unter Berücksichtigung dieses Punktes beantragt die Kommission die Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß

#### VII. Antrag Nieke: Instandsetzung zweier Wohnungen.

Ueber den in der Sitzung vom 21. Januar d. Js. — Seite 323 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Baukommission Herr Meyerhoff: Nach einer der Kommission gewordenen Mitteilung soll der jetzige Zustand der Wohnungen beim neuen Wasserwerke bis zum Sommer so belassen werden, worauf man die Wetterwand behängen wird. Im übrigen ist die Versammlung in dieser Sache nicht zuständig, weshalb empfohlen wird, den Antrag der Deputation für den Neubau des Wasserwerkes zu überweisen.

Herr Wesemeier: Ich möchte hierzu noch den Wunsch äußern, daß den beiden Wohnungen elektrisches Licht zugeführt werde. Wir haben die Kraftstation im Maschinenhause und es ist nur noch die Ziehung einiger Drähte nötig. Sedenfalls hätten wir dann billigeres Licht, als wenn wir eine Vergütung für Petroleum zahlen müssen.

Herr Meyerhoff: Diese Frage haben wir nicht in Erwägung ziehen können, weil städtische Beamte, wenn sie Wünsche bezüglich ihrer dienstlichen Verhältnisse haben, sich an ihre vorgesetzte Stelle, oder in dem vorliegenden Falle an die Deputation für den Neubau des Wasserwerkes wenden müssen und wir deshalb nicht in der Lage sind, darauf einzugehen. Bis jetzt existiert noch die letzt erwähnte Deputation, und so lange sie nicht abgetreten ist, müssen sich die betreffenden Beamten an sie wenden.

Herr Wesemeier: Es handelt sich hier gar nicht um Beschwerden der Leute, sondern um eigene Wahrnehmungen. Wir haben uns das Wasserwerk und die beiden feuchten Wohnungen angesehen, wobei uns aufgefallen ist, daß dort ein ganz primitives Glühlämpchen an der Wand hing. Hierdurch kamen wir darauf, die Anregung zu geben, ihnen elektrisches Licht zuzuführen, und haben wir wohl eine gewisse Berechtigung, das zu tun.

Herr Meyerhoff: Diese Frage gehört vor die Deputation für den Neubau des Wasserwerkes, welcher wir sie einfach überweisen. Wir sind gar nicht in der Lage, beurteilen zu können, ob die Lichtmaschine so viel Kraft übrig hat, daß die Wohnungen mit beleuchtet werden können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Ich bin leider behindert gewesen, der Debatte über diesen Gegenstand beizuwohnen, weil ich hinausgerufen wurde. Zunächst möchte ich nun Veranlassung nehmen, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß Herr Rieke diesen Antrag überhaupt gestellt hat. Der Antrag geht dahin, den Magistrat aufzufordern, die Wohnungen beim neuen Wasserwerke instand zu setzen. Das Recht des Stadtverordneten, irgend welche Schäden in der städtischen Verwaltung zur Sprache zu bringen, ist sehr wichtig und liegt es mir fern, dieses Recht beschneiden zu wollen, aber auf der anderen Seite kommt in dem vorliegenden Falle in Betracht, daß ein derartiger Antrag, besonders wenn er so begründet ist, wie es Herr Rieke getan hat, ohne Frage einen Vorwurf gegen den Magistrat enthält. Aus diesem Grunde möchte ich den Verlauf der Sache schildern.

Als bald nach Eröffnung des Wasserwerkes stellte sich heraus, daß sich an der Westseite des Gebäudes Feuchtigkeit zeigte, und gerade Herr Rieke hat mich darauf aufmerksam gemacht. Ich habe mich davon überzeugt, daß die Mitteilung richtig war. Da ich selbst nicht Sachverständiger bin, habe ich Herrn Baumeister Osterloh gebeten, mit hinaus zu kommen und sich das anzusehen. Es ist sodann von diesem festgestellt worden, daß an der Westseite durch Sturm und Regenschlag Wasser in die Wände eingedrungen war, daß die Balkenköpfe abgefault waren und auch der Fußboden Feuchtigkeit angezogen hatte. Da war nun keine Zeit zu verlieren und ich habe Herrn Baumeister Osterloh veranlaßt, sofort die nötige Abhilfe zu schaffen, was auch geschehen ist, sodaß in Zukunft nichts mehr passieren kann. Hierbei war es nun durchaus nötig, daß die Wände von Puß befreit wurden, und das war für die Wohnungsinhaber nicht angenehm. In der nächsten Sitzung habe ich der Quellwasser-Deputation von meinem Vorgehen Mitteilung gemacht und hat diese dasselbe gebilligt. Den Maschinenmeister habe ich sodann mehrere Male gefragt, ob ihm daran liege, daß die Wände noch im Laufe des Winters gepuht würden, worauf er mir erwidert hat, es komme ihm durchaus nicht darauf an, daß die Instandsetzung der Wohnung alsbald erfolge. Damit

durfte sich aber die Deputation beruhigen. Im Interesse der Austrocknung der Wohnung liegt es, daß sie im Winter ohne Ruß stehen bleibt.

Vollständig überrascht wurde ich bei dieser Sachlage aber, als Herr Rieke mit dem Antrage kam. Die Deputation beabsichtigt, die Wände der Wohnungen im Frühjahr übersezen zu lassen, oder nöthigenfalls neue Wände aufzuführen und eventuell auch deren Außenseiten mit Ziegeln zu behängen. So gern ich auch mit Herrn Rieke gearbeitet habe, ich liebe seinen praktischen Blick und seine drastischen Bemerkungen, muß ich doch bemerken, daß ich in diesem Falle sein Verfahren nicht verstehe. Da Herr Rieke selbst Mitglied der Quellwasser-Deputation ist, soll er sich doch an diese und nicht an die Stadtverordneten-Versammlung mit seinem Antrage wenden. Wohin führt das hier eingeschlagene Verfahren? Es wird durch dasselbe nur ein großer Zirkel beschrieben. Die Versammlung ersucht also eventuell den Magistrat, Abhilfe zu schaffen, dieser ersucht die Deputation, ihre Schuldigkeit zu tun und ich als Vorsitzender der Deputation mache mir das Vergnügen, Herrn Rieke als Referenten in der Sache zu bestellen, damit der Zirkel geschlossen wird. (Heiterkeit.) Wenn ich selber Mitglied der betreffenden Deputation bin, so bringe ich solche Sachen dort zur Sprache und stelle nicht einen derartigen Antrag. In dem vorliegenden Falle wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als den Antrag hier abzulehnen, zumal doch besseres Wetter zur Instandsetzung der Wohnung abgewartet werden muß. Es ist ja unangenehm, einen Winter hindurch eine sogenannte gute Stube zu haben, in der die eine Wand nicht gepußt ist, aber so furchtbar schlimm, wie es von Herrn Rieke hier dargestellt wurde, ist es denn doch wohl nicht. Wenn der Wohnungsinhaber gesagt hätte, er könne ohne die Stube nicht auskommen, würden wir schon Mittel und Wege gefunden haben, Abhilfe zu schaffen, aber er war ja mit den vorliegenden Verhältnissen zufrieden.

Herr Rieke: So einfach ist die Sache denn doch nicht. In der Form hat Herr Bürgermeister Metemeyer recht, aber es handelte sich mit darum, daß seit ewiger Zeit keine Sitzung der Quellwasser-Deputation stattgefunden hatte und ich annahm, daß auch so leicht keine stattfinden werde. Ich bin auch kein Jüngling mehr und habe in meinem Leben schon ein bißchen mehr getan als nur Defen reine zu machen, aber über solchen Zustand war ich denn doch erschrocken. Daß nach zwei Jahren schon der Schwamm in den Balken sitzt, trotzdem der Bau von einem der ersten Zimmermeister der Stadt hergestellt worden ist, worauf man doch immer so großen Wert legt, hat in mir den Entschluß reifen lassen, die Sache hier zur Sprache zu bringen, damit die Versammlung erwägen kann, woran das liegt. Herr Bürgermeister Metemeyer hat verschiedentlich gesagt, die Verblendsteine nähmen kein Wasser an, aber jedermann kann sich davon überzeugen, daß an der Wetter-

seite des Gebäudes die Steine einen Schein dunkler sind, als an den anderen Seiten. Dieses dürfte für die Baumeister ein Hinweis sein, daß das jetzige Verfahren nicht hinreicht, weil die Verblendsteine nicht dicht sind. Der Antrag liegt im Interesse der Stadt und ihres Bauwesens, da er auch bezwecken soll, die sämtlichen städtischen Gebäude daraufhin besichtigen zu lassen, ob es dort nicht ebenso liegt. Bei den Gebäuden an der Taubenstraße sind ja schon ähnliche Dinge vorgekommen. Wenn wir uns in dieser Richtung nicht genügend vorsehen, können wir eines schönen Tages vor einer Ausgabe von 100 000 M für Reparaturen stehen. Das ist also der Grund meines Antrages gewesen, nicht aber habe ich damit etwa Sensation erregen wollen. Letzteres habe ich auch gar nicht nötig, weil ich schon so bekannt genug bin.

Herr Bürgermeister Netemeyer: Jetzt kommt Herr Rieke auf ein ganz anderes Gebiet, denn nach diesen Äußerungen soll doch wohl den Magistrat die Schuld treffen, daß er bei dem Bau des Hauses nicht genügend aufgepaßt hat. Wenn Herr Rieke das hat vorbringen wollen, war die Deputation dazu aber viel geeigneter, als die große Versammlung, denn Sie können hier auch nicht untersuchen, woher das gekommen ist. Der Schaden ist dadurch verursacht worden, daß die Fugen zwischen den Verblendsteinen nicht voll ausgestrichen waren und der Regen durch die Fugen in das Innere des Gebäudes gekommen ist. Es ist das Verfahren aus architektonischen Rücksichten stets üblich gewesen und ist man erst jetzt dahintergekommen, wozu das führen kann. Welche Verpflichtung soll hieraus aber für den Magistrat erwachsen? Die Sache muß einfach in die Deputation hinein, denn die ist dazu da und wird ihre Schuldigkeit schon tun. Wäre aber die Deputation der Meinung gewesen, daß der Unternehmer zur Verantwortung gezogen werden müßte, so würde wohl Herr Rieke der erste gewesen sein, der dies zur Sprache gebracht hätte.

Herr Meyerhoff: Ich habe mir die Sache angesehen, um mich zu überzeugen, ob noch weitere Feuchtigkeit in das Innere des Gebäudes gedrungen ist, jedoch habe ich nach Beseitigung eines Fußbodenbrettes wahrgenommen, daß der Sand in den Räumen vollständig trocken war, während sich im Innern der Wände noch Feuchtigkeit zeigte. Wie der Schaden abzustellen ist, will ich der Deputation und der städt. Bauverwaltung überlassen. Meiner Empfindung nach wohnen die Leute vorläufig nicht mehr in einer feuchten Wohnung, denn die Wände sind im Innern der Wohnung abgetrocknet. Ob sie noch einmal feucht werden können, will ich dahin gestellt sein lassen.

Vorsitzender: Der Antrag gilt damit als erledigt, da ein besonderer Antrag nicht gestellt worden ist. Das ganze Material wird der Quellwasser-Deputation zur Kenntnis kommen, die es zu würdigen wissen wird.

### VIII. Antrag Stegmann: Instandsetzung eines Fußweges.

Der in der Sitzung vom 21. Januar 1904 gestellte und begründete Antrag — Seite 322 des Berichtes — ist zurückgezogen worden.

### IX. Instandsetzung eines Teiles der Auguststraße.

Die städtische Bauverwaltung überreicht dem Magistrate ein Projekt über den Ausbau der Auguststraße zwischen der Kuhstraße und dem Augustplatz, nach welchem die Gesamtkosten zu 23 800 M ermittelt worden sind. Hiervon würden 19 500 M seitens der Stadt und 4300 M seitens der Anlieger zu decken sein. Um die Herstellung eines breiteren Fußweges vor dem an der Westseite der Auguststraße zwischen dem Augustplatz und der Mönchstraße gelegenen fiskalischen Grundstücke zu ermöglichen, wird eine teilweise Umlegung der Straßenbahngleise und besonders eine Abänderung der Gleiskurven erforderlich. Die Direktion der Straßeneisenbahngesellschaft hat sich mit diesen Änderungen bereits einverstanden erklärt. Vom Magistrate wird ersucht, der Ausführung des Projektes unter Einwilligung der zu 23 800 M veranschlagten Kosten zuzustimmen.

Wegen der Neupflasterung der zwischen Kuhstraße und Aegydienmarkt gelegenen Strecke der Auguststraße wird ein entsprechendes Projekt der Versammlung so rechtzeitig zugehen, daß diese Arbeit im Anschluß an die erstere wird ausgeführt werden können.

Herr Buchler empfiehlt namens der Baukommission die Zustimmung zu der Vorlage.

Herr Koch: Ich möchte den Magistrat fragen, ob der nördliche Teil des Aegydienmarktes gepflastert, oder mit gärtnerischen Anlagen versehen werden soll.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Darüber haben wir uns noch nicht schlüssig gemacht. Wir wollen zunächst die notwendigsten Straßen instand setzen, und es läßt sich wohl kaum ernsthaft behaupten, daß der Verkehr die Instandsetzung dieses, den Topfmarkt aufnehmenden Platzes bedingt.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

### X. Herstellung eines Einfallschachtes und eines Plattenbelages auf der Ebertstraße.

Die Abführung des Tagewassers in der Ebertstraße zwischen der Kramer- und der Bahnhofstraße wird am zweckmäßigsten durch die Anordnung eines zweiten Einfallschachtes, der einen Aufwand von etwa 130 M verursachen würde, geschehen können. Da dieser Teil der Ebertstraße auch von Fußgängern lebhaft benutzt wird, so erscheint es dem Magistrate weiter geboten, an der Südseite des Weges einen provisorischen befestigten Fußweg herzustellen. Es wird daher



beantragt, nicht nur die vorerwähnten 130 M für einen Einfallsschacht, sondern außerdem noch 650 M für einen provisorischen Plattenbelag zu bewilligen. Dabei ist in Aussicht genommen, alte Sollinger Sandsteinplatten in der Breite von 0,43 m zu verwenden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

#### XI. Plattenbelag auf einem Fußwege des Königstieges.

Nachdem im Laufe des letztverflossenen Jahres die Pflegehausstraße auf der Strecke zwischen dem Königstiege und der Chemnitzstraße ausgebaut worden ist, entbehrt in der Gegend nur noch der östliche Fußweg des Königstieges zwischen der Sidonienstraße und der Pflegehausstraße einer besseren Befestigung. Es erscheint daher dem Magistrate erwünscht, nunmehr auch auf dieser Fußwegstrecke Plattenbelag in einer Breite von 1,80 m herzustellen und hierfür 950 M zu verwilligen.

Auch diese Vorlage gelangt auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Rieke berichtet, zur Annahme.

#### XII. Antrag Frühling: Verstärkung der Baukommission.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im § 9 Abs. 3 des Statutes Nr. 1 die Mitgliederzahl des Ausschusses für Bauwesen von 5 auf 7 erhöht werde“,

führt Herr Frühling folgendes aus: Daß eine Verstärkung der Baukommission wirklich nötig ist, geht schon daraus hervor, daß in jeder Sitzung von ihr 14—15 Sachen zu behandeln sind und ein Mitglied häufig 4—5 Referate übernehmen muß. Ich habe daher im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern dieser Kommission den Antrag gestellt und hoffe, daß er auch durchgeht.

Vorsitzender: Es würde sich fragen, ob der Antrag nicht auch ohne Statutenänderung durchführbar ist, weshalb ich ihn zunächst der Statutenkommission zur Vorberatung überweise. Sollte sich die Vermehrung auch ohne Statutenänderung vornehmen lassen, könnten wir die Wahlen schon in der nächsten Sitzung vornehmen.

#### XIII. Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Pflasterung der Kreuzstraße baldmöglichst in Angriff zu nehmen.“

Herr Bunge (zur Begründung): Wenn irgendwo ein Bedürfnis vorliegt, eine Straße zu pflastern, so ist es bei der Kreuzstraße. Bei Tauwetter ist das

Trottoir stellenweise ganz grundlos, und es ist doch bei einer der bevölkertsten Straßen der Stadt wohl angebracht, daß die Fußwege wenigstens passiert werden können. Im Inneren der Stadt hat man selbst auf die feinen Lackschuhe der Damen Rücksicht genommen, also werden Sie auch diesem Antrage zustimmen.

Den ausreichend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

#### XIV. Antrag Esdorn: Mitteilung der Magistratsvorlagen an die Tageszeitungen.

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, alle Vorlagen zc., die den Stadtverordneten zugestellt werden, gleichzeitig auch allen hiesigen Tageszeitungen zugehen zu lassen.“

begründet Herr Esdorn wie folgt: Nicht im Interesse der hiesigen Tageszeitungen habe ich den Antrag gestellt, sondern im Interesse der zahlreichen Leser und Steuerzahlenden Bürger der Stadt. Die Presse ist mit dazu berufen, die Vorgänge in der Stadtverwaltung ihrem Leserkreise zugänglich zu machen, aber bis jetzt habe ich die Erfahrung gemacht, daß nur eine hiesige Zeitung von den Magistratsvorlagen unterrichtet war und zwar stellenweise eher, als die Stadtverordneten selbst. Ich habe in der hiesigen Landeszeitung ab und zu Mitteilungen über Magistratsvorlagen gefunden, die mir selbst noch nicht zugestellt waren. Deshalb möchte ich dafür eintreten, daß in Zukunft alle Vorlagen zc., welche die Stadtverordneten erhalten, auch den sämtlichen hiesigen Tageszeitungen, den Volksfreund natürlich eingeschlossen, gleichzeitig zugestellt werden.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

#### XV. Antrag Jasper: Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Polizei-Direktion dahin vorstellig zu werden, daß fortan die Polizeistunde allgemein für alle Wirtschaften auf 3 Uhr ausgedehnt werde.“

Herr Jasper (zur Begründung): Die Rechtslage ist die, daß die Polizeistunde allgemein auf 11 Uhr festgesetzt, die Polizeibehörde aber ermächtigt ist, nach ihrem Belieben den Wirtschaftsbetrieb länger zu gestatten. Unsere Polizeiverwaltung liegt nicht in den Händen der Gemeindeverwaltung, sondern ist eine Herzogliche Behörde, aus welchem Grunde dieser Weg beschritten werden muß, bei derselben vorstellig zu werden, um dem bezeichneten Mißstande abzuheffen. Es

bedarf vielleicht nur der Anregung des Magistrates, um in dem angedeuteten Sinne Abhilfe zu schaffen. Die Herzogliche Polizeidirektion übt ihre Befugnis in der Weise aus, daß sie nach ihrem Belieben gestattet, den Wirtschaftsbetrieb über 11 Uhr hinaus offenzuhalten. Ich brauche nur an die Worte der Herren Bues und Esdorn in dieser und einer früheren Sitzung, sowie an verschiedene Vorgänge zu erinnern, die in der Öffentlichkeit wiederholt besprochen worden sind, um zu beweisen, daß die Auslegung der Vorschrift nicht eine solche ist, wie es einer Großstadt zukommt, die auf den Fremdenverkehr irgend welchen Wert legt. (Zustimmung.) Besonders möchte ich betonen, daß die Herzogliche Polizeidirektion so willkürlich und, ich möchte fast sagen, so nach Gunst verfährt, daß dies vom Rechtsstandpunkte aus durchaus nicht gebilligt werden kann. Einem Wirte, der gut angeschrieben ist, bewilligt die Herzogliche Polizeidirektion eine längere Polizeistunde, als einem weniger gut angeschriebenen Wirte. Ich will auch nicht einmal sagen, daß der Wirt bei der Polizeidirektion selbst gut angeschrieben sein muß, sondern es genügt schon, wenn er sich mit dem betreffenden Revierbeamten gut steht, denn die subalternen Organe spielen bei dieser Angelegenheit eine sehr große Rolle.

Auch werden Ueberschreitungen der Polizeistunde bei einem Wirte nachgesehen, sodaß er, wenn seine Polizeistunde bis 1 Uhr läuft, noch ungestraft seinen Betrieb bis 2 Uhr im Gange erhalten kann, während ein anderer Wirt wieder pünktlich schließen muß, wenn er nicht einer Strafe gewärtig sein will. Wem die Herzogliche Polizeidirektion eben nicht wohl will, dem schickt sie leicht einen Strafbefehl.

Was mich besonders interessiert bei diesem Punkte, das ist die Stellungnahme der Herzoglichen Polizeidirektion, die mit dem Rechte nichts gemein hat. So besteht z. B. für das Gewerkschaftshaus die Polizeistunde bis 12 Uhr, die Polizeidirektion hat also geruht, sie um eine Stunde zu verlängern. Aber es wird den Arbeitern, die dort ihre ernstesten Sachen beraten wollen, nicht einmal gestattet, im Rahmen dieser beschränkten Polizeistunde zusammenzusein, sondern die Polizeidirektion sagt: Versammlungen müssen um 11 Uhr geschlossen werden, wenn Ihr Euch dem nicht fügt, setzen wir die Polizeistunde auch auf 11 Uhr herunter. Das ist kein Rechtszustand, sondern das schreiendste Unrecht, das grenzt nahezu an Erpressung. (Unruhe.) Ich will mir keinen Ordnungsruf zuziehen, deshalb sagte ich: es grenzt beinahe an Erpressung. (Heiterkeit.) Man kann die hier bestehenden Zustände kaum anders treffend schildern, wenn man sich nur einigermaßen in parlamentarischen Grenzen halten will. Es besteht hier in der Behandlung der verschiedenen Wirtschaften eine außerordentliche Ungleichheit, also ein Zustand, wie er einer Großstadt unwürdig ist, und dürfte es im Interesse der ganzen Gemeinde liegen, daß der Magistrat bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig wird in der Richtung, daß die Polizeistunde einhellig auf eine möglichst späte Zeit für alle

Wirtschaften der Stadt festgesetzt werde. Bei dem Einflusse, dessen sich der Magistrat bei der Herzoglichen Polizeidirektion erfreut (Heiterkeit), wird er dort vielleicht billiges Gehör finden.

Vorsitzender: Ich muß betonen, daß der Herr Vorredner mit dem Ausdruck „es grenzt nahezu an Erpressung“, das zulässige Maß der Redefreiheit überschritten hat. Ich möchte bitten, solche Redewendungen zu unterlassen, zumal es sich hier nach der Angabe des Vorredners um Mißstände handeln soll, die nicht auf die Initiative der Leitung, sondern auf die untergeordneten Organe zurückzuführen sind. Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

#### XVI. Antrag Brückmann: Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den hauswirtschaftlichen Unterricht in den ersten Klassen der untern Mädchenbürgerschule an der Pestalozzistraße schon zu Ostern d. Js. einzurichten und den hierzu nötigen Betrag in den nächstjährigen Haushaltsplan einzustellen.“

Herr Brückmann (zur Begründung): Es wird Ihnen erinnerlich sein, daß ich in der Sitzung vom 19. November v. Js. — Seite 253 des Berichts — an den Magistrat die Anfrage richtete, wie weit die Vorbereitungen in dieser Angelegenheit gediehen seien. Darauf wurde mir die Auskunft, daß man vom ersten Plane abgekommen sei und vorgezogen habe, bei dem Neubau der Versuchsschule in der H. Burg den Unterricht einzurichten. Nach der Ansicht von Sachverständigen und auch nach meiner Ansicht würde aber damit das Kind lebendig begraben sein. Diese Angelegenheit, welche das untere Bürger Schulwesen betrifft, gehört unter die Leitung der Bürgerschule und nicht unter die Leitung des Direktors der höheren Mädchenschule, der schon eine Doppelschule, das Lehrerinnenseminar und demnächst die Versuchsschule zu leiten haben wird. Ferner spricht noch dagegen, daß in der demnächstigen Versuchsschule nur ca. 30 Schülerinnen der ersten Klasse für den hauswirtschaftlichen Unterricht in Frage kommen würden, während es sich in der Schule an der Pestalozzistraße um etwa 150 Schülerinnen handeln dürfte. Bei 150 Schülerinnen würden auch die Wochenvormittage mit dem Unterricht voll ausgefüllt werden, während bei der vom Magistrate in Aussicht genommenen Einrichtung der Unterricht nur an einem Vormittage stattfinden könnte. Außerdem müßten noch Kinder von anderen Schulen dahin kommen, was als eine Erschwerung des Betriebes angesehen werden muß, zumal bei meinem Vorschlage an derselben Schule Kinder genug vorhanden sind, die an dem Unterrichte teilnehmen können. Man hat auch eingewendet, daß in dem Schulgebäude an der Pestalozzistraße nicht genug

Raum vorhanden sei, jedoch soll sich nach der Feststellung durch das Stadtbauamt dort ein sehr passendes Lokal gefunden haben. Selbstverständlich kann dort nicht nur mit Gas geheizt werden, was auch gar nicht nötig ist. Für Abzugskanäle läßt sich dort auch sorgen. Ich empfehle deshalb dringend, meinem Antrage beizustimmen, da die Zeit gebietet, daß eine derartige Einrichtung auch hier zur Einführung kommt.

Herr Nolte: Ich möchte anheimgeben, den Antrag der vereinigten Schul- und Baukommission zu überweisen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der vereinigten Schul- und Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

#### XVII. Antrag Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an die Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig folgende Bitte zu richten:

In Erwägung,

daß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 50 Jahre, die in stetig steigendem Umfange auch die Frauen Braunschweigs zur Erwerbstätigkeit zwingt, die öffentliche Vertretung der Fraueninteressen durch die Frauen selbst in Vereinen und Versammlungen gebieterisch verlangt,

daß sich die Bestimmungen des bestehenden Vereinsgesetzes, die die öffentliche Betätigung weiblicher Personen in Vereinen und Versammlungen unmöglich machen, als ein Hemmnis für die Verkehrsentwicklung der Stadt Braunschweig insofern erwiesen haben, als sie die mit einem erheblichen Fremdenzufluß verbundene Abhaltung von Kongressen, Generalversammlungen usw. zum größten Teil ausschloß, und

daß die vom Herzoglichen Staatsministerium der Landesversammlung vorgeschlagene Aenderung des Vereinsgesetzes nicht im mindesten diesem unzeitgemäßen, eine schwere Schädigung der Stadt bedeutenden Zustande, ein Ende zu machen geeignet ist,

bitten der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung der Haupt- und Residenzstadt Braunschweig die hohe Landesversammlung,

den zur Ergänzung des Gesetzes vom 4. Juli 1853 *Nr.* 37, polizeiliche Maßregeln gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts usw. betreffend, vom Herzoglichen Staatsministerium der Landesversammlung vorgeschlagenen „Einzigen Paragraphen“ abzulehnen,

und statt dessen eine Aenderung dieses Vereinsgesetzes zu beschließen, die die völlige Gleichstellung der Geschlechter in bezug auf das Vereinsrecht festsetzt."

Zur Begründung des Antrages führt Herr Herzberg folgendes aus: Der Antrag sieht auf den ersten Blick ungewöhnlich aus und wir werden uns wohl auch nicht oft damit zu beschäftigen haben, Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften zu beraten. Ein Gesetz, das über 50 Jahre alt ist und aus der Zeit der schlimmsten Reaktion Deutschlands stammt, das sich als ein Hemmnis für die Verkehrsentwicklung sowohl des Herzogtums, als auch unserer Stadt erwiesen hat, dieses Gesetz abzuändern gedenkt man ernstlich in der Landesversammlung. Das Gesetz vom 4. Juli 1853 schließt die Frauenspersonen von der öffentlichen Betätigung in Versammlungen aus, stellt sie also auf eine Stufe mit Schülern und solchen Leuten, die ihre politischen Rechte verloren haben, also mit Verbrechern. Dieser Zustand hat sich auf die Dauer als unhaltbar erwiesen und darum hat das Herzogliche Staatsministerium eine Abänderung beantragt, die lautet:

"Die in dem Gesetze vom 4. Juli 1853 Nr. 37, polizeiliche Maßregeln gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts zc. betreffend, bezüglich der Teilnahme von weiblichen Personen an Vereinen und Versammlungen enthaltenen Verbote werden hinsichtlich großjähriger weiblicher Personen aufgehoben, soweit es sich um Vereine und Versammlungen handelt, welche Zwecken der Nächstenliebe oder der Erziehung und des Unterrichts weiblicher Personen dienen."

Für uns entsteht nun die Frage: Entspricht solche Abänderung des Vereinsgesetzes dem Interesse der Stadt? Ich bin der Ansicht, daß dies nicht der Fall sein kann und habe die Gründe für meine Ansicht in dem Antrage kurz angegeben. Die kapitalistische Entwicklung unserer Zeit hat die Frau aus der Familie und der Häuslichkeit heraus- und in die verschiedenen bürgerlichen Berufe hineingerissen. Gerade wie in dem übrigen Deutschland ist es auch hier der Fall: Die Frau ist dem häuslichen Berufe entzogen und fast alle Berufszweige werden jetzt teilweise von der Frau ausgefüllt. Eine spezielle Aufzählung der einzelnen Berufszweige werde ich mir ersparen und Ihnen nur einige wenige Zahlen mitteilen, um zu verdeutlichen, wie weit die Erwerbstätigkeit der Frauen in der Stadt Braunschweig verbreitet ist. Bei der letzten Berufszählung im Jahre 1895 wurden 16665 Frauen als erwerbstätig festgestellt und zwar teils als selbständige Erwerbstätige, teils als Arbeiterinnen u. dergl. Wenn wir annehmen, daß die Steigerung der Berufstätigkeit der Frau mit der Steigerung der Bevölkerung Schritt gehalten hat, so würden wir jetzt hier über 18000 erwerbstätige Frauen haben. Aber in Wirklichkeit wird die Zahl viel größer sein, weil die Zahl der Fabrikarbeiterinnen nach den Fabrikinspektionsberichten bedeutend stärker gestiegen ist.

Sie sehen hieraus, daß die wirtschaftliche Stellung der Frau im Berufsleben annähernd dieselbe geworden ist, wie die des Mannes, aber unser Vereinsgesetz behandelt beide nicht gleichmäßig, denn trotzdem die wirtschaftliche Entwicklung die Frau in das öffentliche Leben gerissen hat, ist durch das Vereinsgesetz der Frau die öffentliche Betätigung ihrer beruflichen und politischen Interessen verboten, und das ist eine schreiende Ungerechtigkeit, geradezu eine Mißachtung der Rechte der Frau, die dadurch zum Menschen zweiter Klasse herabgedrückt worden ist. Es ist auch gesagt worden, der Beruf der Frau wäre von Natur aus ein anderer. Ich will nicht darüber streiten, welchen Beruf die Natur der Frau zugewiesen hat, sicher ist aber, daß die Verhältnisse die Frau in die bürgerlichen Berufe hineingeführt haben. Die wirtschaftliche Entwicklung macht nicht vor der sogenannten Natur halt, und wenn das Herzogliche Staatsministerium sich auf die Natur berufen will, um den Frauen das Vereinsrecht weiter vorzuenthalten, so müßte man verlangen, daß vom Herzoglichen Staatsministerium erst ein Gesetz zur Wiederherstellung des „natürlichen“ Zustandes vorgelegt würde. Als Vertreter der Stadt haben wir die Verpflichtung, uns der großen Anzahl von hier in Frage kommenden Braunschweigerinnen anzunehmen, und das können wir nur tun, indem wir für freies Vereinsrecht dieser Frauen petitionieren. Was uns in der Aenderung des Gesetzes geboten wird, ist keine Abhilfe. Wenig wird gegeben und das wenige ist vollständig unzureichend.

Nach diesem neuen Gesetzentwurfe sollen Versammlungen von Frauen, die sich mit der Nächstenliebe befassen wollen, gestattet sein. Da sich dies nur auf Wohltätigkeitsveranstaltungen beziehen kann, so wird hierdurch nur einem beschränkten Kreise von Frauen die Teilnahme an Versammlungen gestattet. Die größere Masse der Frauen, besonders aus den arbeitenden Klassen, ist in diesem Falle nicht das Subjekt, sondern das Objekt, sodaß sie von dieser Aenderung des Vereinsrechtes wenig Nutzen haben. Ferner soll die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen freigegeben werden, wenn es sich um Zwecke der Erziehung und des Unterrichts weiblicher Personen handelt. Nehmen Sie einmal an, es versammelte sich eine Anzahl Mütter, um z. B. über den Lehrermangel im Herzogtume zu beraten, welcher der Ausbildung ihrer Kinder arg im Wege steht, so ginge das nicht, weil sie nur zusammenkommen dürfen, wenn es sich um die Erziehung weiblicher Personen handelt und die betreffenden Mütter ja auch noch männliche Kinder haben könnten. Angesichts solcher Verhältnisse kann man wohl mit Recht die Frage aufwerfen, weshalb das Herzogliche Staatsministerium nicht lieber das Gebären männlicher Kinder ganz verbietet?

Wir haben in dieser Frage auch noch andere Interessen wahrzunehmen. Dabei möchte ich erinnern an die Vorgänge, welche sich um Pfingsten 1901 gelegentlich des hier abgehaltenen evangelisch-sozialen Kongresses abspielten. Damals konnte

hier die Frauengruppe nicht tagen, weil unser Vereinsrecht das nicht zuließ, und wir haben uns bei der Gelegenheit eine ganz gehörige Blamage zugezogen. Schon damals hat der Herr Minister Hartweg unser Vereinsgesetz für durchaus verbesserungsbedürftig erklärt, jedoch ist nicht gehalten worden, was er in Aussicht gestellt hat. Würde wohl nach Annahme der Aenderung der evangelisch-soziale Kongreß hier abgehalten werden können? Der Minister a. D. von Berlepsch hat auf dem Kongresse einen Vortrag über ein politisches Thema gehalten, was doch in Anwesenheit von Frauen auch nach der Gesetzesänderung nicht möglich sein würde. Solche Kongresse vermehren den Fremdenzufluß. Es ist dies in einer der letzten Sitzungen sogar von Herrn Bürgermeister Ketemeyer zugegeben worden. Wir haben aber die Aufgabe, alles zu tun, um den Fremdenverkehr zu heben und dadurch die Entwicklung der Stadt zu fördern. Daß dies alles Bestreben ist, konnte man an der Zustimmung sehen, mit der Sie die betreffenden Worte des Herrn Esdorn billigten. Auch aus den Vorgängen vom 13. Februar 1902 — Seite 347 des Berichtes — geht mir hervor, daß Sie den von mir gezeigten Weg für richtig halten. Damals lag ein Unterstützungsgesuch des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs vor, bei dessen Beratung von meinem Freunde Pelpies gefragt wurde, ob denn die in der Versammlung sitzenden Landtagsabgeordneten nicht endlich einmal bei dem Landtage eine Erweiterung des Vereinsrechtes beantragen könnten. Die in den Zeitungen hierüber veröffentlichten Berichte vermerkten bei dieser Stelle „lebhaftes Bravorufe auf allen Seiten“. Ich zweifle daher nicht an Ihrem Gemeinfinn und hoffe, daß Sie meinem Antrage Folge geben. In bezug auf die Kompetenz der Versammlung zur Stellung solcher Anträge verweise ich für heute nur kurz auf den § 51 der Städteordnung.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

#### XVIII. Anfrage Wesemeier: Instandsetzung der Fußsteige an der Kastanienallee.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist die Belegung der Fußsteige des unteren Teiles der Kastanienallee zwischen Alterwiekring und Prinzenpark mit Platten vorgesehen und, wenn ja, ist schon beschlossen, wann die Belegung ausgeführt werden soll?“

führt Herr Wesemeier folgendes aus: Der Zustand der bezeichneten Fußwege kann ein schöner nicht mehr genannt werden. Besonders in diesen Tagen werden Sie dort gut tun, auf der Fahrbahn im Straßenschlamme zu waten und nicht die Fußwege zu benutzen. Die dort noch vorhandene Gasse überschwemmt bei nassem Wetter den Fußweg und macht ihn dann ganz unbrauchbar. Jetzt hat man die



Fußsteige abgeschlemmt und fünf große Wagen voll Grand hinaufgeworfen, um nur einen einigermaßen erträglichen Zustand zu schaffen. Kinder können bei nassem Wetter dort überhaupt nicht auf die Straße gelassen werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Es ist hierüber noch kein Beschluß gefaßt worden, weshalb auch noch nicht mit der Ausführung begonnen werden konnte. Läge ein gültiger Beschluß vor, so hätten müssen die Herren Stadtverordneten ihre Zustimmung dazu geben. Ich möchte anheimgeben, einen Antrag zu stellen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

1903/1904.№ 13.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Februar 1904.

### Tagesordnung:

|       |                                                                                                   |           |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.    | Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden . . . . .                                                 | Seite 370 |
| II.   | Antrag Frühling: Verstärkung der Baukommission . . . . .                                          | " 370     |
| III.  | Wahl von Kommissionsmitgliedern . . . . .                                                         | " 372     |
| IV.   | Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes, sowie Umbau des Neu-<br>stadtrathauses . . . . . | " 375     |
| V.    | Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten . . . . .                                | " 383     |
| VI.   | Ausbau eines Teiles der Rußbergstraße . . . . .                                                   | " 384     |
| VII.  | Errichtung neuer Bürgerschulklassen . . . . .                                                     | " 385     |
| VIII. | Reinigung der Fenstervorhänge im Rathause . . . . .                                               | " 385     |
| IX.   | Terrainerwerb zur Karlstraße . . . . .                                                            | " 385     |
| X.    | Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .                                                                | " 385     |
| XI.   | Antrag Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes . . . . .                                          | " 387     |
| XII.  | Antrag Jasper: Errichtung eines statistischen Amtes . . . . .                                     | " 395     |
| XIII. | Antrag Jasper: Vervielfältigung der Lohnstatistik . . . . .                                       | " 396     |
| XIV.  | Antrag Pelpies: Ausdehnung der Krankenversicherung . . . . .                                      | " 396     |

|        |                                                                     |                       |           |
|--------|---------------------------------------------------------------------|-----------------------|-----------|
| XV.    | Antrag Esborn: Mittheilung der Magistratsvorlagen an die Tages-     | zeitungen . . . . .   | Seite 398 |
| XVI.   | Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße . . . . .                 | "                     | 398       |
| XVII.  | Antrag Brückmann: Baldige Einführung des hauswirtschaftlichen       | Unterrichts . . . . . | " 399     |
| XVIII. | Antrag Jäpper: Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde . . . . . | "                     | 400       |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Meyer, von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-Assessoren Happe und Dr. jur. Hartweg.

Entschuldigt die Herren Altmann, Blasius und Günther; später erscheint Herr Ohlendorf.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und stellt der Versammlung zunächst den dem Magistrate zur Hilfeleistung beigegebenen Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartweg vor.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

#### I. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden.

Vorsitzender: Ich ersuche die Herren, den Namen desjenigen Stadtverordneten, welchen Sie wählen wollen, auf einen Zettel zu schreiben. Die Herren Koch und Schöttler ersuche ich sodann als Stimmzähler tätig zu sein.

Herr Replies: Ich schlage Herrn Kiefe für das Amt vor.

Herr Göcke: Ich schlage Herrn Hauswaldt vor.

Gewählt wird Herr Hauswaldt mit 21 Stimmen und nimmt die Wahl an. Außerdem erhalten Herr Kiefe 8 und Herr Jüdel 2 Stimmen.

#### II. Antrag Frühling: Verstärkung der Baukommission.

Herr Schöttler: Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 360 des Berichtes — läuft darauf hinaus, die Zahl der Mitglieder der Baukommission von 5 auf 7 zu erhöhen. Nachdem dieser Antrag in der Statutenkommission durchberaten worden ist, empfiehlt sie Ihnen der Sache nach den Antrag anzunehmen, auch hält sie es nicht für nötig, ihre Entschliebung näher zu begründen, weil dieses bei Einbringung des Antrages selbst bereits zur Genüge geschehen ist. Wenn im § 9 des Statuts vom 24. März 1893, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, gesagt worden ist, der Ausschuss für Bauwesen hat 5 Mitglieder, so glaubt die Statutenkommission, daß dies kein Hindernis für uns zu sein braucht, die Zahl dieser Mitglieder zu ver-

mehren, und zwar deshalb, weil die Baukommission eine reine innere Einrichtung der Versammlung ist, nach außen überhaupt nicht in Tätigkeit tritt und auch keine endgültigen Beschlüsse faßt, sondern der Versammlung nur Vorschläge zu machen hat. Falls die Versammlung diesem Antrage zustimmen sollte, hat die Baukommission den dringenden Wunsch, daß die beiden neuen Mitglieder noch heute gewählt werden.

Vorsitzender: Wenn irgend ein Mitglied der Versammlung Bedenken gegen diese Ansicht haben sollte, so bitte ich, sich darüber zu äußern. Nur wenn solche Bedenken nicht geäußert werden, würde ich es für angebracht halten, den Antrag anzunehmen.

Herr Nolte: Mir kommt die Sache doch etwas überraschend, denn ich habe nicht gewußt, daß der Antrag so gestellt werden würde. Für bedenklich halte ich einen solchen Beschluß doch, denn wenn einmal ein Gegenstand statutarisch geordnet ist, so soll man auch danach verfahren, weil sonst die Statuten nichts wert sind. Ich will daher den Antrag stellen, das Statut dahin zu ändern, daß die Baukommission hinfort aus 7 Mitgliedern bestehen solle.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es muß anerkannt werden, daß das Statut dieser Aenderung in der Besetzung der Baukommission entgegensteht, jedoch sollte ich meinen, daß den Wünschen des Herrn Frühling auch ohne Aenderung des Statuts Rechnung getragen werden kann. Die Aufgabe der Baukommission ist durchaus nur vorberatender Natur. So bedenklich es unter Umständen sein würde, die Zahl der Mitglieder von 5 auf 3 zu ermäßigen, so unbedenklich erscheint es mir, die Vorberatung der betreffenden Vorlagen durch 7 statt durch 5 Mitglieder stattfinden zu lassen, wenn Magistrat und Versammlung damit einverstanden sind. Etwas Unliebsames kann hierdurch jedenfalls nicht hervorgerufen werden. Anders würde die Sache schon liegen, wenn es sich um eine Deputation handelte, der eine Entscheidung in gewissen Sachen zusteht. Da aber eine Kommission nur eine vorberatende Aufgabe hat, also eine Sache zu klären und der Versammlung darzulegen hat, wie sie darüber denkt, so kommt doch wohl wenig darauf an, wenn die Zahl ihrer Mitglieder erhöht wird. Gegen die Aenderung des Statuts haben wir nur ein Bedenken formeller Art, daß es nämlich nicht angenehm ist, wegen jeder Kleinigkeit ein Statut zu ändern.

Herr Nolte: Ich vermag auch nicht einzusehen, wie aus der Annahme des Antrages Frühling schwere Mißstände hervorgehen sollten und ich habe meine Bedenken nur geäußert, weil ich die Folgen des Antrages nicht gleich zu übersehen vermag. Meine Anregung soll im übrigen nur bezwecken, das Statut gelegentlich einmal zu ändern und würde es sich empfehlen, dann die Zahl der Kommissionsmitglieder überhaupt nicht mehr festzulegen. (Zustimmung.)

Vorsitzender: Da ein formeller Protest nicht vorliegt, kann ich den Antrag zur Abstimmung stellen. Wer ist für den Antrag? — Ich konstatiere dessen Annahme.

### III. Wahl von Kommissionsmitgliedern.

Durch das Ausscheiden verschiedener Mitglieder aus der Versammlung sind Ersatzwahlen notwendig geworden, die jetzt vollzogen werden sollen.

Es sind zu wählen 3 Mitglieder in die Baukommission und zwar 2 Mitglieder nach dem Beschlusse unter II und 1 Mitglied für den verstorbenen Herrn Ebeling. Bei der Wahl durch Zettel erhalten die Herren Rathe 24, Wolters 22, Bues 20, Stegmann 12, Jasper 9, Wiehle 3, Ohlendorf 2 Stimmen, Göcke, Lange, Ribbentrop und Wesemeier je 1 Stimme, so daß die Herren Bues, Rathe und Wolters gewählt worden sind.

In die Schulkommission wird für den verstorbenen Herrn Bührmann Herr Lord mit 23 Stimmen gewählt, während 9 Stimmen Herr Günther erhält.

Für den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen werden an Stelle des Herrn Bührmann die Herren Lord und Günther in Vorschlag gebracht.

Herr Lord: Wenn irgend jemandem der Gedanke kommen sollte, daß dieses Amt mit meinem Berufe im bürgerlichen Leben im Widerspruch stehe, so bitte ich, von meiner Wahl abzusehen.

Gewählt wird sodann Herr Lord mit 22 Stimmen, während Herr Günther 9 Stimmen erhält und außerdem ein weißer Zettel abgegeben ist.

In die Deputation für das Schlachthaus wird für Herrn Ebeling Herr Koch mit 22 Stimmen gewählt, während 10 Stimmen auf Herrn Wiehle entfallen.

Es folgt die Ergänzungswahl zu der Deputation für das Rieselgut an Stelle des Herrn Ebeling.

Herr Lange: Ich möchte hierfür Herrn Wolters in Vorschlag bringen.

Herr Löschigk: Die geehrten Herren haben früher einmal beschlossen, daß in diese Deputation drei Landwirte gewählt werden sollen. Wenn wir an diesem Beschlusse festhalten wollen, können wir für Herrn Ebeling Herrn Dr. Wolters nicht wählen, sondern müssen einen Landwirt nehmen. Ich möchte bitten, für dieses Jahr Herrn Theodor Bültemann, der das Rieselgut mit eingerichtet hat und schon lange Jahre Deputationsmitglied gewesen ist, zu wählen. Es würde auch schon aus dem Grunde gut sein, wieder einen Fachmann in die Deputation zu wählen, weil der Nachfolger des Herrn Oberbürgermeisters Pockels sich auch erst in die Geschäfte hineinarbeiten muß. Herr Bültemann ist bei seiner Amtsführung unentwegt sachlich vorgegangen und hat sich niemals, wie wohl hier und da angenommen ist, von persönlichen Motiven leiten lassen. Ohne hierauf heute näher

eingehen zu wollen, will ich nur bemerken, daß ich bei den bevorstehenden Staatsberatungen einiges hierzu vorbringen werde. Nur im Interesse des Rieselgutes bringe ich Herrn Bültemann in Vorschlag, und wird mir Herr Dr. Wolters zugeben, daß er von den einschlägigen Verhältnissen ebenso wenig versteht, wie ich. Wir haben Herrn Blasius wegen der gesundheitlichen Verhältnisse, Herrn Schmidt wegen der maschinellen Einrichtungen der Pumpstation u., und nun müssen wir noch einen Landwirt in die Deputation bringen. Es ist mir auch zu Ohren gekommen, daß die beiden anderen Deputationsmitglieder möglicherweise austreten würden und es auch unserm Amtmann Haars nicht einerlei sein würde, wenn Herr Bültemann wieder in die Deputation käme, jedoch kann mich das nicht interessieren, denn mich treibt bei meinem Vorschlage nur das Interesse der Stadt. Wenn Sie sonst aber einen anderen Landwirt vorschlagen können, so bitte ich das zu tun.

Herr Rathe: Ich möchte bitten, Herrn Dr. Wolters zu wählen, der sich ebenso gut in die Verhältnisse hineinarbeiten wird. Wir haben zurzeit schon zwei langjährige Landwirte in der Deputation, die ihre Schuldigkeit tun und außerdem sind doch auch die größten Schwierigkeiten bei dem Rieselgute beseitigt, so daß Herr Dr. Wolters recht gut gewählt werden kann, zumal er auch genügende Zeit haben wird, um sich um das Rieselgut kümmern zu können.

Herr Lange: Mir ist nicht bekannt, daß wir definitiv beschlossen haben, drei Landwirte in die Deputation zu wählen. Wenn das auch wünschenswert sein mag, so liegt doch wohl ein Beschluß nicht vor. (Zustimmung.) Es steht also nichts im Wege, auch den Vertreter eines anderen Berufs hineinzuwählen. Ich habe gegen Herrn Bültemann nichts, aber ich lege großen Wert darauf, daß wir ein Mitglied der Versammlung in die Deputation wählen. Da schon zwei Mitglieder der Deputation nicht Stadtverordnete sind, so scheint es mir nicht richtig zu sein, noch ein drittes solches Mitglied zu wählen, denn ich halte es für notwendig, daß gegebenenfalls der Betreffende uns hier Rede stehen und Bericht erstatten kann. Wir haben den Fall gehabt, daß der verstorbene Herr Oberbürgermeister Pockels selbst hier eine Sache hat vertreten müssen, als einmal Herr Ebeling fehlte. Ich habe mit Herrn Rathe das Gefühl, daß Herr Dr. Wolters die Sache sehr gut verstehen wird und bitte, ihn in die Deputation zu wählen.

Herr Esdorn: Um das Rieselgut vor der Versammlung zu vertreten, haben wir schon zwei Stadtverordnete in der Deputation und brauchen deshalb nicht noch einen dritten Stadtverordneten zu wählen. Wenn es auch nicht beschlossen sein mag, drei Landwirte in die Deputation zu wählen, so muß ich es doch für wichtig halten, daß drei Landwirte darin sind. Außerdem wird Herr Dr. Wolters das nicht so schnell lernen können, weil doch wohl etwas mehr landwirtschaftliche

Kenntnis dazu gehört, um Sachverständiger für landwirtschaftliche Angelegenheiten zu sein.

Herr Wiehle: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Lange, daß es zweckmäßig ist, ein Mitglied der Versammlung in die Deputation abzuordnen. Deshalb schlage ich Herrn Ohlendorf vor, der auch etwas von der Landwirtschaft versteht. Andererseits stehe ich aber auf dem Standpunkte, daß eine unbedingte Notwendigkeit, die Landwirtschaft studiert zu haben, für solches Amt nicht vorliegt.

Bei der nun folgenden Wahl durch Stimmzettel erhalten Herr Wolters 16, Herr Ohlendorf 9 und Herr Bültemann 7 Stimmen. Da die absolute Mehrheit niemand erreicht hat, muß die Wahl wiederholt werden.

Herr Wolters: Ich habe schon gelegentlich in Privatzirkeln gesagt, Sie möchten hierbei von meiner Person absehen und lieber Herrn Bültemann wählen, den ich für geeigneter halte.

Bei der Wiederholung der Wahl erhalten Herr Wolters 13, Herr Bültemann 10 und Herr Ohlendorf 9 Stimmen. Da auch dieses Mal keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit an Stimmen erhalten hat, so erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß nunmehr eine Stichwahl zwischen den Herren Wolters und Bültemann stattfindet.

Hierbei erhält Herr Wolters 20 und Herr Bültemann 10 Stimmen, so daß ersterer gewählt ist.

Vorsitzender: Das Endergebnis der Wahl beruhigt mich umsomehr, als ich glaube, daß nach den Bestimmungen der Städteordnung Herr Wolters schon nach dem ersten Wahlgange als gewählt zu betrachten war. Wir sind nun wenigstens nach allen Seiten gedeckt.

Es folgt die Ersatzwahl für die Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuerbeiträgen. Gewählt wird an Stelle des Herrn Ebeling Herr Göcke mit 21 Stimmen, während auf Herrn Herzberg 9 Stimmen entfallen.

In die Quartierbehörde wählt die Versammlung für Herrn Ebeling durch Zuzuf Herrn Sander, und in die Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen für Herrn Bührmann ebenfalls Herrn Sander. In das Kirchen- und Stiftungskassenkollegium wird an Stelle des Herrn Bührmann Herr Hauswaldt abgeordnet und in den Ausschuß zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und der gewerblichen Etablissements für Herrn Ebeling Herr Göcke mit 19 Stimmen, während Herr Ohlendorf 12 Stimmen erhält. Letztere Wahl gilt nur bis zum 31. März 1904.

Damit sind die Wahlen beendet.

#### IV. Errichtung eines Archiv- und Bibliothekgebäudes sowie Umbau des Neustadtrathhauses.

Herr Hauswaldt (zur Geschäftsordnung): Ich möchte vorschlagen, diesen Punkt heute noch einmal von der Tagesordnung abzusetzen. Es sind noch so viele Punkte vorhanden, daß wir nicht in Schwierigkeiten kommen werden und es ist mir von verschiedenen Seiten der Wunsch nahegelegt worden, einen Vertagungsantrag zu stellen, damit die Sache noch einmal nach anderer Richtung geprüft werden könne.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es sprechen allerdings verschiedene Gründe dafür, diese Sache baldigst zu erledigen, um allmählich mit der Errichtung eines Schulgebäudes für die Hilfsschule in Gang zu kommen. Wenn Herr Hauswaldt wünschen sollte, diese Sache in finanzieller Hinsicht noch mehr geklärt zu sehen, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Vorlage ja nur ein Vorprojekt enthält und die definitive Vorlage mit der Erörterung der finanziellen Frage noch kommen wird.

Herr Hauswaldt: Nicht die finanzielle Frage ist für mich entscheidend gewesen, den Vertagungsantrag zu stellen, sondern es ist mir von ärztlicher Seite gesagt worden, daß es große Bedenken haben könnte, gerade die schwach befähigten Kinder mitten in der Stadt ohne freie Luft und ohne Sonne unterzubringen und diese vor die Tore gebracht werden müßten. Hierdurch ist aber mein Entschluß wegen der Verwendung des Neustadtrathhauses ins Schwanken gekommen und möchte ich bitten, die Beschlußfassung noch um 14 Tage zu verschieben.

Herr Rathe: Ich möchte mich dem Vorredner anschließen, denn ich bin erstaunt, daß es möglich gewesen ist, die Schule für schwach befähigte Kinder an solche Stelle legen zu wollen. Diese unglücklichen Kinder bedürfen der Luft und des Lichtes noch viel mehr, als andere Kinder. Selbst die Herren, welche in der Bibliothek und im Archiv arbeiten, haben gesagt: wenn wir nur erst aus dem Gebäude heraus wären, in dem nichts von der Sonne zu sehen ist. Deshalb wäre es besser, für die Schule der schwach befähigten Kinder einen anderen Platz zu suchen. Wenn wir unsere Zustimmung zu der Vorlage heute auch nur im Prinzip geben, so sind wir doch wie bei der Einrichtung des Ratskellers für alle Zeiten gebunden. Ich möchte bitten, noch ein ärztliches Gutachten darüber einzuholen, denn meiner Ansicht nach ist dort weder genügende frische Luft, noch ein genügender Spielplatz vorhanden. (Widerspruch.) Ich bin fest überzeugt, wenn Sie die Sache in Augenschein nehmen, werden Sie auch finden, daß sich der Platz dazu nicht eignet.

Herr Nolte: Ich muß mich gegen den Vertagungsantrag erklären. Ueber diese Sache ist schon einmal vor etwa einem Jahre in der vereinigten Bau- und



Schulkommission verhandelt worden und hat bei der Gelegenheit sich Herr Blasius dahin ausgesprochen, daß vom ärztlichen Standpunkte aus gegen die Sache nichts zu erinnern sei. Ein anderer Arzt kann allerdings anderer Ansicht darüber sein, aber es würden sich gegen jeden anderen Platz auch wieder Bedenken finden. Jedenfalls spricht für das Neustadtrathaus, daß die schwach befähigten Kinder, die auch körperlich schwach zu sein pflegen, hier einen gegen Regen und Wind geschützten Spielplatz erhalten. Dieser Spielplatz ist auch räumlich groß genug und wird mit Asphalt belegt, so daß die Kinder keine nassen Füße kriegen können. Da wir schon lange genug an der Vorlage arbeiten, erkläre ich mich gegen die Vertagung.

Herr Frühling: Ich bin auch dieser Ansicht. Die Vorlage ist von allen in Frage kommenden Seiten vorgeprüft und auch ein ärztliches Gutachten eingeholt worden, so daß sich nun jeder muß schlüssig machen können. Wer dazu noch nicht imstande ist, muß sie eben ablehnen. Außerdem handelt es sich doch heute nur darum, ein Vorprojekt festzustellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Vielleicht beruhigt es Herrn Hauswaldt, wenn ich erkläre, daß die Beschlußfassung darüber vorbehalten bleiben kann, ob in dem Neustadtrathause die schwach befähigten Kinder untergebracht werden sollen, oder ob es zur Unterbringung der sogenannten fliegenden Klassen benutzt werden soll. Wenn die Mehrheit der Versammlung dafür sein sollte, die schwach befähigten Kinder nicht in das Haus zu bringen, so würde sich für deren anderweite Unterbringung schon ein Modus finden lassen. In der Außenstadt läßt sich die Schule übrigens nicht unterbringen, weil sie sich aus der ganzen Stadt rekrutiert, aber man könnte vielleicht die nur schwach besetzte Schule an der Reichenstraße dazu benutzen. Jedenfalls hat eine Vertagung auf weitere 14 Tage keinen Zweck, denn was soll in der Zeit geschehen? Soll der Magistrat vielleicht noch ein ärztliches Gutachten einholen? Wenn übrigens ein in Sachen der Hygiene so vorsichtiger Herr wie der Stadtverordnete Blasius sich ganz entschieden für die Unterbringung einer Schule im Neustadtrathause ausspricht, so brauchte doch wohl der Magistrat auch keine Bedenken dagegen mehr geltend zu machen.

Herr Meyerhoff: In der Baukommission ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, ob es sich nicht empfehle, die fliegenden Klassen dort unterzubringen, worauf aber erwidert wurde, daß keine Bedenken gegen die Besetzung der Schule für schwach befähigte Kinder vorlägen, zumal die zentrale Lage des Gebäudes sich für solche Schule am besten eigne. Das hat uns veranlaßt, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Müller: Die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters bringt uns aus der ganzen Kalamität heraus. Wenn wir heute beschließen, Archiv und Bibliothek nach dem Magnitore zu verlegen und den Umbau des Neustadtrathauses zu einer

Schule genehmigen, ohne dabei aber festzusetzen, welchen Schulzwecken das Gebäude dienen soll, so können wir die Vorlage ruhig annehmen. In der Kommissions-sitzung habe ich auch schon erklärt, daß es mir nicht lieb sein würde, gerade die schwach befähigten Kinder in dieses Haus zu bringen, deshalb tun wir besser, wenn wir diese Frage heute ganz offen lassen.

Herr Hauswaldt: Unter diesen Umständen ziehe ich meinen Antrag zurück.

Nunmehr berichtet Herr Frühling namens der Baukommission nochmals über die gesamte Magistratsvorlage, deren Inhalt der Bericht über die letzte Sitzung auf Seite 350 ff. enthält.

Hiernach fährt Herr Frühling fort: Bezüglich des Planes zum Umbau des Neustadtrathauses ist zu bemerken, daß die städtische Bauverwaltung die in der letzten Sitzung kommissionsseitig geäußerten Wünsche im vollen Umfange berücksichtigt und das Projekt noch wesentlich verbessert hat. Als Spielplatz soll die ganze bedeckte Halle dienen. Für die kommissionsseitig gewünschte weitere Treppenanlage sind dem Anschlage 3000 M zuzusetzen. Die Baukommission würde Ihnen nun vorschlagen, dem Umbau im Prinzipie zuzustimmen, damit sodann der Versammlung auf Grund des Vorprojektes ein definitives Projekt vorgelegt werden kann.

Was das Archiv- und Bibliothekgebäude betrifft, so habe ich dem vorigen Referate nichts hinzuzufügen. Wir haben auch nochmals erwogen, ob sich mit dem Gebäude nicht die Lesehalle verbinden ließe, jedoch sind wir der Meinung, daß das nicht tunlich ist. Den Bau etwa aus diesem Grunde zu vergrößern, empfiehlt sich ebenfalls nicht, weil sich auch dann nicht ein hinreichender Raum schaffen ließe. Im übrigen kann ich Ihnen hierzu die erfreuliche Mitteilung machen, daß uns Herr Oberbürgermeister Metemeyer über die Errichtung einer Lesehalle eine besondere Vorlage in Aussicht gestellt hat. Wir empfehlen Ihnen also wiederholt auch die Annahme dieses Teiles der Vorlage.

Herr Lange: Die Mitteilung des Referenten, daß wir die Freude haben werden, demnächst mit einer neuen Vorlage bezüglich der Lesehalle bedacht zu werden, veranlaßt mich, dem Gedanken näher zu treten, daß die Lesehalle doch wohl in dem Archivgebäude mit unterzubringen sein dürfte. Wir haben wahrlich schon Kosten genug und werden auch durch diese Vorlage finanziell wieder so in Anspruch genommen, daß man angst und bange werden kann. Wenn es irgend möglich ist, die Lesehalle dort mit unterzubringen, so muß das geschehen, damit eine Vorlage vermieden wird, die uns mit neuen Kosten belastet. Bei einer Verbreiterung der zwischen Archiv und Museum geplanten Verbindung und bei Wegfall der überflüssigen Durchfahrt läßt sich vielleicht Raum genug für eine Lesehalle finden, besonders, wenn man beide Etagen durch eine Wendeltreppe verbindet. Ich

möchte bitten, bei Ausarbeitung des definitiven Projektes diesen Gedanken nochmals in Erwägung zu ziehen, da dies für uns von größter Bedeutung wäre.

Herr Müller: Die Hilfsschule ist 1881 mit 10 Kindern begründet worden und heute befinden sich darin 245 Kinder. Bei gleicher Zunahme würden wir im Jahre 1907, wo das Neustadtrathaus für Schulzwecke etwa zur Verfügung stehen würde, ungefähr 315 Kinder in der Hilfsschule haben. Da nun für den Umbau 10 Schulklassen mit zusammen etwa 310 Kindern vorgesehen sind, so würden wir gleich beim Einzuge der Hilfsschule schon keinen Platz für weitere Kinder mehr haben. Deshalb halte ich es für unmöglich, die Hilfsschule in dieses Gebäude zu bringen. Außerdem bin ich auch der Meinung, daß es besser ist, gerade für diese Kinder einen Platz außerhalb der Stadt zu suchen, oder doch innerhalb der Stadt ein Grundstück zu wählen, das einen größeren freien Platz besitzt. Wegen der Unterbringung der fliegenden Klassen sind wir ja auch stets in Verlegenheit, so daß es sich empfiehlt, diese hier ein für allemal unterzubringen. Augenblicklich sind einschließlich der Hilfsschule wieder zehn fliegende Klassen einzeln untergebracht worden. Deshalb bin ich dafür, die Vorlage unter dem Vorbehalte zu genehmigen, daß die Reservекlassen in das Neustadtrathaus kommen und für die Hilfsschule ein anderes Unterkommen gesucht wird. Die Schulräume in dem Hause an der Peterfilienstraße sollen sich auch in einem sehr traurigen Zustande befinden.

Herr Rathe: Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß wir eine neue Bibliothek nebst Archiv bekommen, aber es ist doch nicht notwendig, daß wir den Umbau des Neustadtrathauses, der erst in frühestens drei Jahren in Angriff genommen werden kann, schon jetzt beschließen sollen. (Widerspruch.) Eine so lange Zeit wird sicher verstreichen, denn wenn auch der Neubau des Archivs früher fertiggestellt sein wird, so halte ich es doch für ziemlich gefährlich, die alten Akten und Bücher in ein frisches Gebäude zu bringen, und mit dem Umbau des Neustadtrathauses früher zu beginnen, als sämtliche Bücher u. d. daraus entfernt sind, würde sich wegen des entstehenden Staubes und Schmutzes auch nicht empfehlen. Wenn man sich das stattliche Gebäude mit den starken Mauern angesehen hat, wird man tief beklagen, daß dessen Dachstuhl aus Holz gebaut ist; ich bin jedoch hinsichtlich der Feuergefährlichkeit nicht so ängstlich, weil viele aus Holz gebaute Häuser schon 500—600 Jahre stehen und noch weiter stehen werden. Man braucht also nicht zu befürchten, daß das Gebäude gleich in Flammen aufgeht. Herrn Müller gebe ich darin recht, daß das Neustadtrathaus für die Hilfsschule von vornherein zu klein sein würde. Außerdem ist es auch ganz zweckmäßig, zwei Hilfsschulen zu bauen, damit das Institut nicht zentralisiert wird. Ich bin also dafür, den Umbau des Rathauses vorläufig zu versagen, da sich innerhalb der nächsten zwei Jahre vielleicht andere Zwecke finden, zu denen sich das Gebäude besser als zu einer Schule eignet.

Herr Hauswaldt: Obgleich in der Vorlage schon Geldsummen genannt worden sind, so bin ich doch dafür, daß wir uns heute nicht auf die Geldfrage festlegen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will hierzu die Erklärung abgeben, daß der Magistrat beschlossen hat, in der Weise vorzugehen, daß die 100 000 M., welche die Schaffung eines neuen Schulgebäudes mehr kosten würde, als der Umbau des Rathauses, aus dem Schulhausbaufonds entnommen werden, während die weiteren 150 000 M. diesem Fonds abtragsweise, wie die Kosten des Museums, zu entnehmen sind. In den nächsten Etat ist bereits eine entsprechende Summe eingestellt worden.

Uebrigens will ich die Gelegenheit benutzen, um auf die in der vorigen Sitzung bei der Beratung der Abschlüsse der Gas- und Wasserwerke gefallenen Äußerungen der Herren Günther und Esborn zurückzukommen, nach denen der Magistrat unrecht tue, wenn er dem Schulhausbaufonds Mittel auch für andere, als für reine Schulzwecke entnehme. Die Herren scheinen vergessen zu haben, daß ein derartiges Verfahren auf einem bindenden Beschlusse der städtischen Behörden beruht, denn diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß aus dem Fonds auch solche Ausgaben bestritten werden sollen, die, wenn auch nicht absolut nötig, so doch sehr wünschenswert im Interesse der Stadt sind. Wenn aber ein solcher Fonds zur Verfügung steht, so kann man das nur mit Freuden begrüßen.

Herr Stegmann: Der Herr Referent führte in der vorigen Sitzung aus, daß es sich schon der Feuergefährlichkeit wegen verbiete, die Bibliothek und das Archiv im Neustadtrathause zu belassen, und auch in der Vorlage wird angeführt, daß dieses Gebäude den Sammlungen des Archivs und der Bibliothek mit Rücksicht auf die Nähe der angrenzenden Privatgebäude auf der Höhe und die Konstruktion des Neustadtrathauses nicht genügenden Schutz gegen Feuergefährlichkeit biete. Wenn dem aber wirklich so ist, so möchte ich anfragen, ob sich dieses Gebäude überhaupt für eine Schule eignet? Unsere Schulen sind durchweg massiv gebaut, während hierin noch Holzwände sein sollen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Diese Bedenken sind wohl erklärlich, aber die Sache liegt doch insofern anders, als die Feuergefährlichkeit für die Bestände der Bibliothek und des Archivs wesentlich bedingt wird durch die Nähe der angrenzenden Privatgebäude. Es wird mir Herr Stegmann beipflichten, daß es viel schwerer ist, die gewaltigen Bestände einer Bibliothek und eines Archivs aus solchem Gebäude zu entfernen, als es von Kindern zu leeren. Deshalb ist ein wesentliches Bedenken gegen die Einrichtung einer Schule in dem Gebäude nicht enthalten. Aber nicht allein die Feuergefährlichkeit, sondern auch die mangelnde Festigkeit des Gebäudes bildet ein Hindernis für die Sicherheit der Bibliothek und des Archivs, denn im unteren großen Saale sind eiserne Säulen aufgestellt,

die nicht stark genug sind, um die Belastung der oberen Etagen durch große Bestände an Büchern auszuhalten. Wenn also die Bibliothek oben untergebracht werden sollte, würde es nötig werden, die eisernen Säulen durch neue zu ersetzen und dadurch entstünden gewaltige Kosten, die wegfielen, wenn eine Schule in das Gebäude verlegt würde. Hierdurch werden die Bedenken des Herrn Stegmann wohl entschwinden.

Herr Kiefe: Es ist schwer, zu sagen, was die Stadt mit dem Neustadtrathause anfangen soll. Ich würde mich auf den Standpunkt gestellt haben, dort die Lesehalle einzurichten, jedoch wäre das unpraktisch, nachdem das Museum nicht auf den Packhof gekommen ist. Da dieses jetzt am Magnitore steht, gehört auch Archiv nebst Bibliothek und Lesehalle dorthin. Mit dem Neustadtrathause etwas Anderes anzufangen, ist nicht angängig. Wollte man aber das Gebäude, welches mit 150 000 M zu Buche gestanden hat, verkaufen, so würde dort nur ein neuer Häuserblock entstehen. Ich vermag auch nicht einzusehen, daß das Haus ungesund sein soll; es steht nach allen Seiten frei und hat unten eine schöne große Halle, die wahrhaftig nicht ungesund sein kann. Auch der gewissenhafteste Arzt würde wohl nicht annehmen, daß die Kinder dort Schaden nehmen können. Jedenfalls würde sich das Gebäude für die sogenannten fliegenden Klassen sehr gut eignen.

Betreffs der Lesehalle, über welche uns ja nächstens eine Vorlage zugehen soll, kann ich mich dreist dahin festlegen, daß sie auch mit auf das Grundstück am Magnitore kommen muß. Wenn Herr Frühling meint, es fehle dort an Platz, so bin ich dem gegenüber der Ansicht, daß genug Platz z. B. der Volksbadeanstalt entlang vorhanden ist. Die projektierte Durchfahrt muß aber bestehen bleiben, damit möglichst viel Luft geschaffen wird. Ich bin also für die Ausführung des Projektes und bitte nur, die Volkslesehalle mit auf den Platz zu bringen.

Herr Lord: Ich verzichte mit schwerem Herzen darauf, an dieser Stelle eine Volkslesehalle entstehen zu sehen, jedoch ist es eine Unmöglichkeit, wie ich mich durch den Referenten habe überzeugen lassen, sie dorthin zu bringen. Uebrigens kann sich Herr Lange wegen der entstehenden Ausgaben beruhigen: es wird mit der in Aussicht gestellten Magistratsvorlage nicht so schlimm, denn es soll uns dem Vernehmen nach nur vorgeschlagen werden, eine erste Summe für die Lesehalle aus dem Schulhausbaufonds in den Etat einzustellen, um diese mit den weiteren Bewilligungen allmählich aufzusammeln. Ein neues Gebäude kommt also nicht gleich. Uebrigens bin ich nicht der Meinung des Herrn Kiefe, daß die Volkslesehalle mit Archiv und Bibliothek in organische Verbindung zu bringen sei; im Gegenteil, wir würden einen großen Teil der Bestände der Bibliothek in die Lesehalle aufnehmen können und diese dadurch entlasten, aber eine Verquickung der beiden Institute würde meiner Ansicht nach sehr schwere Bedenken haben, ja durchaus nicht zu empfehlen sein.

Nun komme ich zu der Schule. Da zwei Kommissionen die Sache geprüft haben und sie mit Einschluß des Herrn Blasius der Vorlage zustimmen, so bin ich der Meinung, daß man sich dabei beruhigen muß. Es handelt sich um eine Verlegenheitsache, man weiß nicht, was man mit dem alten Kasten anfangen soll. (Zustimmung am Magistratstische.) Eine sehr glückliche Lösung der Frage ist gerade nicht gefunden, denn dem Ideale eines Schulhauses entspricht das Gebäude nicht. In die Kosten des Umbaues bitte ich auch die Kosten für die Asphaltierung der das Gebäude begrenzenden Straßen gleich mit einzustellen. Wer wie ich das Vergnügen gehabt hat, in dem Neustadtrathause als Stadtverordneter zu tagen, wird sich erinnern, daß ein vorüberfahrender schwerer Wagen die Verhandlungen dort einfach unmöglich machte. Nun denken Sie sich dort den Schulunterricht. Gegen den Plan, in dem Gebäude Aushilfsklassen unterzubringen, habe ich nichts zu erinnern.

Herr Jasper: Ueber die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Errichtung des Neubaus besteht kein Zweifel. Zweifelhaft ist mir nur, in welcher Weise die Sache finanziert werden soll, jedoch scheidet diese Frage heute aus, nachdem Herr Oberbürgermeister Ketemeyer erklärt hat, daß darüber heute kein bindender Beschluß gefaßt werden soll. In dieser Beziehung schließe ich mich der Ansicht des Herrn Hauswaldt an. Meinen Freund Günther möchte ich dem Herrn Oberbürgermeister gegenüber nur insoweit rechtfertigen, als er meines Wissens nur die künftige Politik der städtischen Behörden hat getadelt wissen wollen, daß die Schulbauten dauernd aus dem Schulhausbaufonds und nicht aus den direkten Steuern finanziert werden sollen. Die demnächstige Verwendung des Neustadtrathauses scheidet heute nach der weiteren Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters ebenfalls aus, da die Beschlußfassung hierüber vorbehalten bleibt. Es fragt sich aber, ob die Art und Weise, wie der Neubau auf dem Grundstücke am Magnitore geplant worden ist, die Billigung der Mehrheit findet. Ich möchte mich der Ausführung des Herrn Lange anschließen, daß Wert darauf zu legen ist, die Lesehalle dort mit unterzubringen, denn es ist kein Grund vorhanden, an dieser Stelle mit dem Archivgebäude eine Lesehalle nicht zu verbinden. So resigniert wie Herr Lord, der bis dahin ein so großer Freund der Lesehalle war, mit einem Male geworden ist, braucht man aber nicht zu sein, denn ich glaube, die Sache läßt sich durchführen. Die Verbindung der Lesehalle mit der Bibliothek ist durchaus wünschenswert, damit deren Bestände den Besuchern der Lesehalle mit zugänglich gemacht werden. In dem Neubau der Bibliothek ist ein Lesesaal von 70 qm Ausdehnung vorgesehen worden, wenn dieser Saal auch für eine größere Zahl Besucher nicht ausreicht, so wird sich doch bei gutem Willen die Einrichtung einer Lesehalle hier ermöglichen lassen. Ich möchte zur Erwägung verstellen, den Platz südlich vom Museum zur Erweiterung des Museums und den Platz nordwestlich davon für

Archiv, Bibliothek und Lesehalle vorzubehalten. Nach der ursprünglichen Absicht der städtischen Behörden sollte der Platz zwischen der Gewerbeschule und der Straße am Magnitor für die Lesehalle vorbehalten bleiben, so daß derselbe seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werden würde, wenn man jetzt davon abgehen wollte. Ich bedaure, daß wir keine Lesegemeinde haben, die ein eben solches Zwangsrecht auf die Finanzen der Stadt ausüben kann, wie die Kirchengemeinde, dann würde ebenso schnell eine Lesehalle entstehen, wie hier zwei Kirchen entstanden sind.

Herr Kolte: Die Magistratsvorlage geht von der Absicht aus, das Neustadtrathaus als Schule der schwachbefähigten Kinder zu verwenden und sind hiergegen mancherlei Bedenken geltend gemacht worden. Herr Oberbürgermeister Metemeyer hat sodann vorgetragen, es könnten auch die sogenannten fliegenden Klassen darin untergebracht werden und empfiehlt er, dieses einer späteren Entscheidung vorzubehalten. In dieser Richtung würde daher zweckmäßig die Abstimmung erfolgen müssen. Dagegen möchte ich warnen, sich schon heute für die Verwendung des Gebäudes zur Unterbringung der fliegenden Klassen festzulegen, da dieses unpraktisch sein würde. Ich möchte dafür sein, allgemein zu beschließen, daß das Gebäude später einmal für Schulzwecke Verwendung finden solle.

Herr Frühling: Was zunächst die Feuergefährdung des Neustadtrathauses betrifft, so hat Herr Oberbürgermeister Metemeyer die Frage schon beantwortet und ist sie auch von der Baukommission geprüft und beantragt worden, eine zweite Treppe anzulegen. Hinsichtlich der von Herrn Hauswaldt erwähnten Geldbewilligung will ich bemerken, daß die Summe nur genannt worden ist, um einen Rahmen festzulegen, innerhalb dessen die spätere Projektierung erfolgen soll. Aus den verschiedenen Ansichten über die Lesehalle haben Sie wohl auch entnommen, wie schwer es ist, hier das Rechte zu finden. Der Vorschlag der Herren Lange und Kiefe ist bislang für unausführbar erklärt worden. Jedenfalls gehen die Meinungen hierüber aus einander und wird sich kaum ein befriedigendes Ergebnis finden lassen. Vielleicht kann den geäußerten Wünschen in der Weise entgegengekommen werden, daß die städt. Bauverwaltung diesen Punkt nochmals untersucht und, sofern sie eine befriedigende Lösung findet, uns eine neue Vorlage gemacht wird. Ich bitte deshalb noch einmal um Annahme des Kommissionsantrages.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Unsere Vorlage geht gar nicht dahin, daß im Neustadtrathause Klassen für die Hilsschule eingerichtet werden sollen, sondern wir haben die Hilsschule nur erwähnt, weil dafür angemessene Lokale geschaffen werden müssen und der Schulvorstand der Ansicht gewesen ist, daß diese Lokale sich dazu eignen. Ich möchte deshalb bitten, die Abstimmung nicht in der Weise vorzunehmen, ob die Hilsschule hinein soll oder nicht, sondern die Beschlußfassung darüber vorzubehalten. Ich habe die Hoffnung, wenn die Herren

das Bauwerk sich demnächst ansehen, alle Bedenken in dieser Hinsicht schwinden werden.

Herr Jasper: Ich stelle hierzu den Antrag, der Vorlage des Magistrates zuzustimmen vorbehältlich der Finanzfrage und der Verwendung des freigewordenen Neustadtrathhauses, und mit dem Anheimgen, auf die Aufnahme der Volkslesehalle in das neue Archiv bedacht zu sein.

Dieser Antrag wird darauf angenommen.

## V. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten.

Vorsitzender: Vorweg will ich bemerken, daß hierzu eine Reihe von Zusatzanträgen seitens der Herren Herzberg und Genossen, sowie eine Resolution eingegangen sind, die von einer Maurerversammlung in derselben Angelegenheit gefaßt worden ist.

Herr Beplies (zur Geschäftsordnung): Wir stellen hierzu den Antrag, die Vorlage in zwei Lesungen zu beraten. Der Umfang der Vorlage und die zu stellenden Anträge lassen eine zweimalige Lesung wünschenswert erscheinen.

Vorsitzender: Ich würde es für richtiger halten, wenn der Herr Referent sich zunächst über die allgemeinen Gesichtspunkte der Vorlage verbreitete und dann über den Antrag Beplies abgestimmt würde.

Herr Esdorn (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, daß dieser Gegenstand heute überhaupt von der Tagesordnung abgesetzt wird. Es sind uns dazu heute so viele Zusatzanträge überreicht worden, daß wir uns darüber erst orientieren müssen und ich wenigstens über diese wichtigen Sachen mich nicht sofort schlüssig machen kann.

Herr Nolte: Ich schließe mich dem Antrage Esdorn an. Ich habe dem Ausschusse zur Ausarbeitung der Sache angehört und weiß, welche Schwierigkeiten es gemacht hat, die Vorschriften festzustellen.

Herr Frühling: Dann möchte ich bitten, daß die Herren, welche Anträge stellen wollen, das schriftlich tun, sonst kommen wir nicht weiter. Ich möchte wünschen, daß die Anträge, welche nicht innerhalb acht Tagen eingereicht sind, bei den Verhandlungen keine Berücksichtigung finden.

Herr Löschigt: Dagegen möchte ich mich verwahren, denn es können inzwischen noch Sachen auftauchen, die nicht unberücksichtigt gelassen werden dürfen.

Herr Frühling: Wir liegt nur daran, daß etwaige Anträge auch noch entsprechend gewürdigt werden können.

Vorsitzender: Ich glaube, diesem Wunsche zu entsprechen, wenn ich an die Herren die dringende Bitte richte, etwaige Anträge baldtunlichst einzureichen.



Herr Herzberg: Wir kommen um die Schwierigkeit herum, wenn zwei Lesungen stattfinden, dann kann sich die Kommission zwischen beiden Lesungen mit den eingebrachten Anträgen beschäftigen.

Der Gegenstand wird sodann von der Tagesordnung abgelehrt.

## VI. Ausbau eines Teiles der Rußbergstraße.

Die Maurermeister Weiche und Gröppler sowie der Hoffseiler Halle, dieser in seiner Eigenschaft als Vertreter der Konrad Heine-Stiftung, haben gebeten, die noch unbefestigte östliche Teilstrecke der Rußbergstraße auf ihre Kosten zur Ortsstraße auszubauen. Da dem Antrage Bedenken irgend welcher Art nicht entgegenstehen, so hat der Magistrat mit den genannten Interessenten einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Unter Beifügung des von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Bauprojektes nebst Kosten- und Verteilungsberechnung gibt der Magistrat anheim, den Vertrag, das Projekt und die Berechnung zu genehmigen.

Nach dem Projekte soll die östlich der Voigts-Rheßstraße gelegene Teilstrecke der Rußbergstraße bei einer Gesamtbreite von 13,70 m derartig ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 2,85 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere soll auf chaussierter Unterlage mit Kleinpflaster gepflastert werden, während letztere durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgetrennt und mit einem Plattenbelage von je 1,50 m Breite versehen werden. Die Kosten sind zu 47 000 M berechnet worden. Der voraussichtliche Beitrag zu den Straßenkosten wird bei einer Länge von etwa 316,90 m = 148,30 M für 1 m Frontlänge betragen.

Nach dem Berichte des Herrn Meyerhoff gibt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Rathe: Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, bei der Bewilligung neuer Straßen in Zukunft etwas strenger vorzugehen, um der allgemeinen Kalamität der Hausbesitzer nicht noch mehr Vorschub zu leisten. Es sollen nachweislich schon jetzt ungefähr 1000 Wohnungen hier leer stehen. Meine Bitte geht deshalb dahin, der Magistrat möchte den weiteren Ausbau neuer Straßen, sofern diese nicht unbedingt zu Verkehrszwecken notwendig sind, möglichst erschweren.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir sind selbstverständlich gern bereit, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, aber wie liegt denn die Sache in Wirklichkeit? Dieselben Bedenken, welche Herrn Rathe veranlaßt haben, den Magistrat zu ersuchen, bei der Zulassung neuer Straßen vorsichtig zu sein, hat auch der Magistrat gehabt, als er die Versammlung um ihre Ansicht darüber ersuchte, ob der Ausbau weiterer Straßen zu empfehlen sei. Darauf hat dann aber die Versammlung sich dahin geäußert, es möchte ruhig weitergebaut werden. Wir haben sodann, um den Ausbau neuer Straßen weiter zu erschweren, den Unternehmern

die neue Verpflichtung auferlegt, daß sie uns die Kosten der Bauleitung in Höhe von 4 % der aufzuwendenden Kosten bezahlen, welche Summe in die Stadtkasse fließt, und außerdem müssen die Unternehmer für eine zehnjährige Unterhaltung der betreffenden Straßen aufkommen. Mehr kann aber der Magistrat unter den vorliegenden Verhältnissen nicht tun; wünscht die Versammlung ein anderes Vorgehen, bitte ich, einen anderen Beschluß zu extrahieren.

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

#### VII. Errichtung neuer Bürgerschulklassen.

Im Schuljahre 1904/05 sind für die städtischen Bürgerschulen wiederum neue Schulklassen und damit auch neue Lehrkräfte erforderlich, nämlich für die unteren Bürgerschulen 8 neue Schulklassen und ebensoviele Lehrkräfte, für die mittleren Knabenschulen 3 neue Klassen und 2 neue Lehrer, für die mittleren Mädchenschulen eine neue Klasse und Lehrkraft, sowie eine Hilfskraft mit 10 wöchentlichen Unterrichtsstunden. Der Magistrat ersucht daher, für die erforderlichen Lehrkräfte die Kosten mit 13000 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Müller berichtet, geschieht.

#### VIII. Reinigung der Fenstervorhänge im Rathause.

Es hat sich herausgestellt, daß eine Reinigung der waschbaren Fenstervorhänge im Rathause sobald als möglich zur Ausführung gebracht werden muß, wenn man sie in einem ordnungsmäßigen Zustande erhalten will. Dem Ersuchen des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären und für diesen Zweck bis zu 1040 M zu verwilligen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Vorlage durch Herrn Südel namens der Finanzkommission.

#### IX. Terrainerwerb zur Karlstraße.

Zur Verbreiterung der Karlstraße ist eine auf den Namen der Firma Albert Sövinger eingetragene Fläche von 39 qm zu erwerben. Der Magistrat gibt anheim, diese Fläche zum Einheitspreise von 8 M anzukaufen,

was nach Empfehlung durch die Baukommission, für welche Herr Buchler berichtet, geschieht.

#### X. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Vorliegender: Die hier vorliegenden Hundesteuer-Erlaßgesuche gliedern sich in zwei große Gruppen. Von der einen Gruppe der Gesuchsteller wird behauptet, daß ihre Grundstücke nicht genügend von Wörtern begangen würden und sie

gezwungen seien, sich für das Grundstück einen Wachhund zu halten. Da im Schoße der Statutenkommission Zweifel darüber entstanden sind, ob diese Gesuche berechtigt sind, so ist beschlossen worden, sie dem Magistrate mit dem Ersuchen zu übergeben, zunächst noch die näheren Verhältnisse wegen des Nachtwächterbeganges festzustellen.

Herr Stadtrat Meyer: Wenn es sich hier auch um eine unscheinbare Sache handeln mag, so veranlaßt mich doch das dem Antrage zugrunde liegende Prinzip, hierzu das Wort zu nehmen. Die Versammlung hat bekanntlich mit dem Magistrate ein Abkommen getroffen, dahingehend, daß solche Gesuche um Erlaß der Hundesteuer vom Magistrate allein berücksichtigt werden können, bei denen es feststand, daß das betreffende Grundstück von Nachtwächtern nicht begangen wird. Hiernach hat der Magistrat verfahren und im zutreffenden Falle die Steuer unter der Vorsetzung der Genehmigung der Versammlung abgesetzt. Der Magistrat hatte also in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob es sich um einen Hund handelte, der auf einem Grundstücke außerhalb des Wächterbeganges gehalten wurde, und diese Frage ist auch in allen den hier vorliegenden Fällen geprüft und dahin beantwortet worden, daß die betreffenden Hunde innerhalb des Beganges gehalten werden. Wenn Sie diese Anträge jetzt an den Magistrat zurückverweisen, so bekunden Sie damit, daß Sie den früheren Beschluß aufheben, nach welchem die vorliegenden Gesuche zu behandeln sind als solche, die innerhalb des Beganges gehaltene Hunde betreffen. Es ist übrigens nicht immer ganz leicht, diese Frage zu entscheiden. Wenn Sie aber auf Ihrem Beschlusse bestehen, so möchte ich anheimgeben, dem Magistrate gewisse Grundsätze mitzuteilen, nach denen er in Zukunft die Gesuche erledigen kann. Daß die Frage nicht immer so einfach zu beantworten ist und sich nicht immer durch die Erklärung entscheiden läßt, daß die Straße von Wächtern begangen werde, kann ich durch den Hinweis auf einige Straßen der Innenstadt beweisen. Ich will die Straßen hier nicht einzeln nennen, um nicht Beunruhigung hervorzurufen, aber ich weiß aus meiner Erfahrung, daß bestimmte Verbindungsstraßen zwischen Parallelstraßen nicht regelmäßig begangen werden, weil es zur Sicherung der Nebenstraßen für ausreichend angesehen wird, wenn die Wächter die betreffenden Längsstraßen abgehen und dabei einen Blick in die kleinen Seitenstraßen werfen. Hiernach werden Sie wohl nicht verkennen, daß Sie es dem Magistrate schwer machen, wenn Sie diese Gesuche an ihn zurückverweisen, und möchte ich dann den Wunsch aussprechen, daß Sie die Behandlung der Erlaßgesuche lieber ganz wieder sich selbst vorbehalten und den Magistrat mit dieser schwierigen Frage nicht mehr betrauen. (Heiterkeit.)

Vorsitzender: Sie wissen, daß diese Angelegenheit bei uns in ganz neuen Händen liegt; ich will daher angesichts der Erklärung des Magistrates diese Sache in der Statutenkommission noch einmal beraten lassen. — Wir kommen nun zu

der anderen Gruppe von Erlaßgesuchen. Zunächst handelt es sich um das Gesuch des Karussellhalters Traumann, der einen Hund zum Beschützen der Zelte hält und Angaben macht, welche den Erlaß der Steuer rätlich erscheinen lassen.

Herr Hauswaldt: Würden wir bei Genehmigung des Gesuches nicht unser altes Prinzip verlassen, nach welchem wir die Hundesteuer nur erlassen haben, wenn jemand arm war und seinen Hund für das Geschäft nötig hatte?

Vorsitzender: Die Leute sind arm und brauchen ihren Hund auch zugleich als Ziehhund.

Das Gesuch wird genehmigt.

Dagegen lehnt die Versammlung das Gesuch des Herrn Michel ab, der von der Steuer für einen Wachhund befreit sein wollte, weil er ihn nur 3—4 Monate gehabt habe.

## XI. Antrag Herzberg: Aenderung des Vereinsgesetzes.

Herr Schöttler: Die Statutenkommission hat den in der letzten Sitzung gestellten und eingehend begründeten Antrag — Seite 364 des Berichtes — ausführlich beraten und schlägt Ihnen vor, folgenden Beschluß zu fassen:

„Obwohl die Versammlung dem Grundgedanken des Antrages, eine freiere Stellung der Frauen gegenüber dem Vereinsrechte in den Grenzen des § 51 der Städteordnung herbeizuführen, zustimmt, geht sie dennoch über den Antrag zur Tagesordnung über, weil der Gegenstand ihrer Entscheidung nicht unterliegt und sie eine lediglich gutachtliche Aeußerung nicht für angebracht hält.“

In der Statutenkommission ist der Inhalt des Antrages Herzberg mit Rücksicht auf den später gefaßten Beschluß nicht gerade sehr ausführlich erörtert worden; ich darf aber doch sagen, die Kommission war durchweg mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden. Wenn also die Herren Meinung dafür haben sollten, dem Antrage näherzutreten, würde die Kommission es nicht für schwierig halten, eine Fassung zu finden, welche einzelne vielleicht noch aus dem Antrage auftauchende Bedenken beseitigen könnte. Sollten Sie unsern Antrag ablehnen, so wäre damit der Antrag Herzberg noch nicht angenommen, sondern er käme erst dann inhaltlich zur Verhandlung. Deshalb will ich jetzt auf den Inhalt des Antrages nicht eingehen, wir können darauf später noch zurückkommen.

Die Kommission hat sich auch mit der Frage der Zuständigkeit beschäftigt und war der Ansicht, daß die Versammlung wohl zuständig ist, in dieser Frage eine Aeußerung abzugeben; sie hatte allerdings Bedenken, ob man ganz soweit gehen

könnte, wie der Antrag Herzberg, der sich dahin ausspricht, die Gleichstellung der Frauen auf allen Gebieten zu fordern, jedenfalls war die Kommission der Ansicht, daß nichts entgegensteht, dem Antrage zu entsprechen in bezug auf alle die Gegenstände, welche sich durch den § 51 der Städteordnung charakterisieren lassen.

Es ist vom Herrn Antragsteller auch noch besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß schon ein Präzedenzfall vorliege, nämlich der Antrag Brückmann betreffs des Lehrermangels, der von der Versammlung auch angenommen ist. Ich habe die damaligen Verhandlungen nachgelesen und gefunden, daß der Vorsitzende bei Stellung und Begründung des Antrages Bedenken gegen die Zuständigkeit der Versammlung äußerte, nichtsdestoweniger aber wurde der Antrag der Schulkommission überwiesen. Diese hat dann in einer späteren Sitzung darüber berichtet, die Versammlung hat den Antrag angenommen und der Vorsitzende hat hierbei besonders festgestellt, daß die Versammlung sich nach Maßgabe dieser Beschlufsfassung für zuständig erachte, in solchen Sachen ihre Meinung zu sagen. Demnach kann kein Grund vorliegen, unsere Zuständigkeit in dieser Sache zu bezweifeln, denn der Antrag Brückmann unterschied sich in Tendenz und Art von dem Antrage Herzberg gar nicht.

Nun ist es aber etwas anderes, ob wir auch für zweckmäßig erachten, solche gutachtliche Äußerung zu tun, wie es der Antrag Herzberg von uns verlangt. Und da ist die Statutenkommission entgegengesetzter Meinung. Zunächst möchte ich dazu bemerken, daß der Erfolg des Antrages Brückmann mich nicht ermutigen kann, in dieser Richtung häufiger und weiter vorzugehen; ich habe wenigstens von einem Erfolge noch nichts gehört. (Zustimmung.) Die Kommission sagt sich, wenn wir auf solche Anträge eingehen und bei jeder Gelegenheit für passend erachten, eine gutachtliche Äußerung abzugeben, so müssen wir befürchten, daß solche Anträge sich häufen. Die häufigere Beschäftigung mit derartigen Anträgen würde aber unseres Erachtens dem Ansehen der Versammlung nicht förderlich sein (Zustimmung), sie würde vielleicht zur Folge haben, daß wir die Sachen, über die wir die Entscheidung selber haben, übers Knie brechen, wir würden eine Menge Zeit mit Sachen verbringen, von denen wir nachher sagen, daß wir auch etwas Nützlicheres hätten tun können. Andererseits hat sich aber die Kommission auch gesagt: wenn solche Anträge häufiger vorkommen und es kommt nichts danach, so leidet das Ansehen der Versammlung darunter. Es ist auch in der Kommission ausführlich besprochen worden, ob sich nicht bestimmte Grundsätze feststellen ließen, wann die Versammlung bei solchen Anträgen auf gutachtliche Äußerung vorgehen solle, jedoch haben wir die Unmöglichkeit eingesehen, irgend welche Grenze in der Richtung zu ziehen. Es ist wohl angeführt worden, daß es nur geschehen sollte, wenn es sich um eine Notlage handle, jedoch läßt sich diese nicht definieren. Von der Minderheit der Kommission ist auch erwähnt worden — und es läßt sich

nicht verkennen, daß etwas Wahres darin liegt — diese Gelegenheit wäre deshalb besonders geeignet, die Meinung der Versammlung zu äußern, weil vorauszusehen sei, daß die Versammlung durchweg mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden sei; wenn es sich dagegen um andere Sachen handle, bei denen die Ansicht der Versammlung voraussichtlich sehr geteilt sei, also vielleicht nur eine kleine Majorität vorhanden sei, so würde es nicht zweckmäßig sein vorzugehen. Maßgebend für uns kann diese Ansicht aber auch nicht sein und die Kommission meint, man solle ganz davon absehen, Grundsätze darüber festzustellen, wann die Versammlung solchen Anträgen näher treten soll und wann nicht.

Die Kommission glaubt also, wir sollten mit Rücksicht darauf, daß solche Anträge häufig kommen werden, wenn sie erst einmal in Mode gekommen sind, von vornherein ganz davon absehen und wir sollten den Schritt, den wir bei dem Antrage Brückmann getan haben, wieder zurücktun und gewissermaßen erklären, wir hätten damals besser getan, den Antrag Brückmann nicht anzunehmen. Wir tun aber auch gut, den Antrag Herzberg nicht anzunehmen, aus einem Grunde, über den ich mir erst nachträglich klar geworden bin: solche gutachtlichen Äußerungen soll man unaufgefordert nur tun, wenn man sich ganz besonders sachverständig fühlt. Ich will damit nicht sagen, daß wir in der Frage nicht sachverständig seien, vielleicht verstehen wir sogar alle etwas davon, aber wir sind jedenfalls nicht sachverständiger, als andere Leute und können nichts Neues in der Sache sagen. Aus allen diesen Gründen ist die Statutenkommission zu ihrem eingangs erwähnten Antrage gekommen.

Vorsitzender: Ich möchte konstatieren, daß der § 51 der Städteordnung im Eingange lautet:

„Zweck Förderung der Wohlfahrt der Stadt und der Gemeindegengenossen, insbesondere:

- 1) um die Erwerbsquellen der Einwohner zu erweitern und ergiebiger zu machen, sowie um die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen,
- 2) um die vorhandenen Bildungsmittel allgemein zugänglich zu machen und, soweit es erforderlich, zu vermehren und zu verbessern,
- 3) um die Sittlichkeit zu fördern,

sind die Stadtverordneten befugt, Anträge zu stellen und dem Stadtmagistrate zur Zustimmung und Ausführung vorzulegen.“

Herr Herzberg: Ich bedaure den Beschluß der Kommission, weil ich ihn für eine Halbheit ansehe, gerade so wie den der Landesversammlung im März v. Js. Vom Herrn Referenten ist schon richtig hervorgehoben worden, daß die Kommission im großen ganzen in eine Prüfung der Materie nicht eingegangen ist. Auf mich hat die Kommissionsverhandlung den Eindruck gemacht, als ob man

einig wäre über das, was inhaltlich in dem Antrage ausgesprochen worden ist und man sich nur an einige Ausdrücke stieße. Um so unbegründeter ist dann aber die Abweisung des Antrages. Man hat in der Kommission die Aufmerksamkeit lediglich darauf gerichtet, wie man die Sache am besten aus der Versammlung abschöbe; man war bestrebt, dem Antrage ein Begräbniß zu geben, ich gebe zu, ein anständiges Begräbniß, aber der Antrag ist zu Grabe getragen worden, und das bedaure ich außerordentlich. Daß der Grundgedanke des Antrages richtig ist, wird niemand bestreiten. Sie werden nicht bestreiten, daß die Frauenarbeit auf allen Gebieten zugenommen hat, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Frau in die Öffentlichkeit bringt und zur öffentlichen Betätigung ihrer Interessen veranlaßt. Sie werden ferner nicht bestreiten, daß der Vorschlag des Herzoglichen Staatsministeriums in der Sache keinen Wandel schafft. Er geht noch nicht einmal so weit, wie es die Landesversammlung dem Ministerium vorgeschlagen hat. Die Abhaltung von Kongressen und Generalversammlungen, an denen sich Frauen beteiligen, würde trotz der Gesetzreform auch in Zukunft hier unmöglich sein.

Ich möchte nun in eine Prüfung der Frage eintreten, ob die Begründung der Abweisung meines Antrages, wie sie von der Statutenkommission gegeben ist, wirklich gerechtfertigt erscheint. Zunächst ist gesagt worden, daß man die Grenzen des § 51 der Städteordnung innehalten müsse. In dem Entwurfe des Herzoglichen Staatsministeriums ist nun bereits festgelegt worden, daß sich Frauen an Vereinen und Versammlungen sollen beteiligen dürfen, die Zwecken der Nächstenliebe oder der Erziehung und des Unterrichts weiblicher Personen dienen; als Novum käme unsererseits hinzu, daß wir auch die „beruflichen Interessen“ der Frauen unter die freigegebenen Zwecke wünschten. Mit einem anderen Worte: wir würden bei Annahme des Kommissionsantrages wünschen, daß die Frauen sich auch sozialpolitisch betätigen dürften. Darin liegt aber eine gefährliche Halbbheit. Ich kann dem Herzoglichen Staatsministerium nicht so unrecht geben, wenn es in der Begründung seines Gesekzentwurfes sagt:

„Die Unbestimmtheit und Dehnbarkeit dieses Ausdrucks („berufliche Interessen“) macht eine bestimmte Abgrenzung unmöglich. In einer großen Anzahl, vielleicht in der Mehrzahl der Fälle, wird die Wahrnehmung beruflicher Interessen auf das sozialpolitische, ja sogar auf das rein politische Gebiet übergreifen müssen; in allen solchen Fällen würde die Polizei vor eine bei der Flüssigkeit der Grenzen zwischen den drei genannten Begriffen äußerst schwierige Entscheidung gestellt werden.“

Es würde kurz gesagt in das Ermessen der Polizei gestellt werden, wo die Grenze zwischen Sozialpolitik und Politik zu ziehen ist, und mit dem Ermessen der Polizei haben wir schon recht traurige Erfahrungen machen müssen. Bei dem

späteren Antrage Jasper (Punkt XVIII der Tagesordnung) werden ja diese Erfahrungen zur Sprache kommen. Erst jetzt wieder haben wir solche Erfahrungen machen müssen, als wir ein Plakat an die Anschlagssäule kleben ließen, das Worte enthielt, welche die Polizei zensurierte, ohne unserer Ansicht nach dazu befugt zu sein. Wir mußten uns aber trotzdem entschließen, aus dem Plakate die Worte zu entfernen. Bezüglich des Gesehtentwurfes komme ich freilich zu einem anderen Schlusse, als das Herzogl. Staatsministerium. Dieses sagt, weil die Grenzen flüchtig sind, wollen wir den Frauen gar nichts geben, und ich sage, wir müssen ihnen aus diesem Grunde alles geben.

In dem Antrage der Kommission ist sodann auch noch auf die Antragsbefugnis der Stadtverordneten hingewiesen worden. Ich möchte bitten, bei der Auslegung des § 51 der Städteordnung mehr Wert auf dessen erste Worte als auf die folgende Aufzählung zu legen. Die „Förderung der Wohlfahrt der Stadt“ muß der Gesichtspunkt sein, nach dem wir den Antrag zu behandeln haben und unter diesen Begriff fiele auch die volle Betätigung der Frauen bei Vereinen und Versammlungen, weil wir hier Kongresse jeder Art gebrauchen, um den so sehr ersehnten Fremdenverkehr zu heben. Eine gutachtliche Äußerung hierüber liegt also sehr wohl innerhalb des Rahmens des § 51 der Städteordnung. Unserer Beschlussfassung unterliegt diese Sache allerdings nicht, aber darin kann ich im Gegensatz zur Kommission keinen Grund sehen, sich jeder Meinungsäußerung zu enthalten. Wenn wir es im Interesse der Stadt für richtig halten, uns über diese Frage zu äußern, so haben wir nicht zu schweigen, sondern um so deutlicher zu reden. Da wir unsererseits nicht verfügen dürfen, es soll von jetzt ab so und so verfahren werden, weshalb soll nun darin ein Grund liegen, nicht unsere Wünsche ausdrücken zu dürfen, d. h. die Landesversammlung zu bitten, es so zu machen. Was sodann der Herr Referent über das Sachverständnis der Versammlung gesagt hat — eine Begründung der Ablehnung, die ihm erst nachträglich eingefallen ist — so ist das hierbei doch wohl gleichgültig: Die Sache geht uns an und das muß die Hauptsache sein. Die Kompetenz der Versammlung hat der Referent erfreulicherweise nicht mehr bestritten. Es ist ferner von der Zweckmäßigkeit des Antrages gesprochen und bezweifelt worden, ob wir Erfolge erzielen, oder, wie bei dem Antrage Brückmann, nichts erreichen würden. Das soll aber nicht unsere Sorge sein, wir müssen unsere Pflicht tun und wenn die Körperschaft, an die wir uns wenden, unserm Ersuchen nicht folgt, so fällt die Schuld auf deren Haupt und nicht auf uns. Es ist sodann ferner gesagt worden, wir kämen bei Annahme des Antrages in Gefahr, daß sich solche Anträge häuften und wir dadurch gezwungen sein könnten, andere wichtigere Sachen übers Knie zu brechen. Lassen Sie das aber eine *curia posterior* für uns sein, die uns heute nicht zu kümmern braucht. Das ist Sache der Geschäftsleitung.



Auf den ferneren Einwand, unser Ansehen könnte leiden, wenn wir öfter mit solchen Anträgen kämen, frage ich nur: Wo soll denn das Ansehen der Versammlung leiden? Wir sind lediglich unseren Auftraggebern, also der Bürgerschaft, für unser Tun verantwortlich, und wenn wir hier für die Volksrechte eintreten, so glaube ich nicht, daß unser Ansehen deshalb bei der Bürgerschaft leiden wird, im Gegenteil, es wird um so höher steigen. Es haben meiner Meinung nach gemäß der Begründung, die ich dem Antrage beigegeben habe, alle ein Interesse daran, dem Kommissionsantrage, der nicht gehauen und nicht gestochen ist, nicht zu folgen, sondern meinen Antrag anzunehmen.

Die Reform des Herzoglichen Staatsministeriums darf nicht Gesetz werden, denn sie ist ein Klassengesetz schlimmster Sorte, das nur die Frauen der besitzenden Klassen berücksichtigt und die der Besitzlosen von dem Vereinsrecht fast vollständig ausschließt. Ich bitte deshalb, meinen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen. Bei Annahme des Antrages werden Sie ein Werk der Kultur und des Fortschritts fördern helfen und zugleich das Interesse der Stadt auf das entschiedenste wahrnehmen.

Vorsitzender: Ich halte es für meine Pflicht, zu betonen, daß die Statutenkommission lediglich festgestellt hat, es sei eine freiere Stellung der Frauen in den Grenzen des § 51 der Städteordnung erwünscht, aber eine Aussprache darüber, daß eine völlige Gleichstellung der beiden Geschlechter bezüglich des Versammlungsrechts gewünscht werde, hat nicht stattgefunden.

Herr Brückmann: Wenn der Referent auf meinen früheren, die Lehrerfrage betreffenden Antrag zurückgreift, so stimmt der mit dem hier vorliegenden Antrage gezogene Vergleich doch wohl nicht ganz, denn mein damaliger Antrag hatte keine politische, sondern nur eine wirtschaftliche Bedeutung. Die Lehrerfrage ist insofern eine rein wirtschaftliche, als dabei die Kinder hiesiger Bürger als demnächstige Lehrer in Betracht gezogen wurden. Es ist schon von dem Herrn Vorsitzenden hervorgehoben worden, daß in der Statutenkommission die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden ist, den Antrag Herzberg anzunehmen, soweit er dem § 51 der Städteordnung entspricht. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Das trifft nicht zu, denn der Antrag der Statutenkommission lautet: (Liest w. o.)

Herr Brückmann: Die Herren Antragsteller wollen in unsere Versammlung politische Motive hineintragen und wollen den sozialpolitischen Boden verlassen. Davor möchte ich Sie aber dringend warnen. Wir haben auf unserm Gebiete viel zu ernste Arbeiten, als daß wir uns politischen Phantastereien hingeben könnten, das paßt sich eben nicht für uns. (Zustimmung.)

Herr Hauswaldt: Es wird hier emphatisch ausgerufen: Verhelfen Sie den Frauen zu ihrem Rechte! Wenn wir das könnten, m. H., würde ich Sie

dringend darum bitten, wie ich in meiner Eigenschaft als Landtagsbote auch schon alles getan habe und noch tun werde, um für die freiere Handhabung des Vereinsrechtes hinsichtlich der Frauen einzutreten. Wir können aber an der Sache nichts ändern (Ruf: Aber versuchen!), und ich bleibe bei dem Grundgedanken stehen, der in dem Antrage der Kommission betont worden ist, daß es unserm Ansehen nicht zuträglich sein würde, wenn wir so häufig mit Witten hervortreten in dem vollen Bewußtsein, nichts damit zu erreichen. Sie werden doch nicht glauben, daß sich mit solcher Petition auch nur das geringste erreichen ließe? Sie werden ferner nicht glauben, daß Sie der kleinen Minorität im Landtage einen Dienst leisteten, wenn Sie auf einen Antrag von sozialdemokratischer Seite hier einen Beschluß fassen würden? Etwas Schlimmeres konnte für uns im Landtage gar nicht passieren, als daß ein solcher Antrag von sozialdemokratischer Seite hier gestellt wurde. (Hört, hört!) Ich spreche hier so, wie die Sache in Wirklichkeit liegt. Ich bin sehr traurig geworden, als ich von dem Antrage hörte. (Zwischenrufe.)

Vorsitzender: Ich möchte bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Herr Hauswaldt (fortfahrend): Praktischen Erfolg kann die Sache also absolut nicht haben und ich halte es mit der Statutenkommission für höchst bedenklich, wenn wir uns als Stadtverordneten-Versammlung auf eine Bahn führen lassen würden, auf der wir nichts zu sagen haben. Wo wir nicht mittaten, wollen wir auch nicht mitraten. Nicht einmal die Zustimmung des Landtages ist notwendig, um das Gesetz zu ändern; der Landtag ist nur gegangen um Rat und gutachtliche Aeußerung. Das Herzogliche Staatsministerium kann die Gesetzesänderung vornehmen auch ohne den Landtag, und selbst wenn dieser eine weitere gründlichere Ausgestaltung des Vereinsgesetzes beschließen würde, so würde das möglicherweise keinen Erfolg haben, wenigstens brauchte sich die Regierung nicht darauf einzulassen. Nachdem nun aber der Antrag einmal gestellt worden ist, möchte ich bitten, darüber zur Tagesordnung überzugehen und dabei auszudrücken, daß wir für eine gründliche Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechtes sind, also so ähnlich, wie die Statutenkommission es vorgeschlagen hat. Wenn es notwendig ist, dabei innerhalb des § 51 der Städteordnung zu bleiben, so bin ich auch damit einverstanden. Irgend welche Erfolge werden Sie hiermit nicht haben und in eine Agitation für die Sache werden wir die Versammlung nicht bringen wollen, denn die liegt außerhalb unseres Rahmens und unserer Lebensinteressen.

Herr Esdorn: Die Grundgedanken des Antrages sind mir durchaus sympathisch, aber mit demselben Rechte, wie Herr Herzberg beantragt, Stellung zu nehmen gegen den Aenderungsentwurf zum Vereinsgesetze, könnte ich hier eine gutachtliche Aeußerung über die Zweckmäßigkeit der Warenhäuser einfordern. Es

würde das darauf hinauslaufen, daß wir hier eine Vorberatung für den Landtag einrichten würden. Für die Besteuerung der Warenhäuser ist aber in der Bürgerschaft ebensoviel Interesse, wie für diese Angelegenheit. Wenn wir die Sache bei Licht betrachten, so kommt es darauf hinaus, daß Herr Herzberg, der mit seinen Freunden keine Vertretung im hiesigen Landtage hat, nun die Stadtverordneten-Versammlung benutzen möchte, um seine Sachen vorzubringen. Wenn wir aber dahin kommen und alle Sachen, die von sozialdemokratischer Seite im Landtage nicht vorgebracht werden können, hier durchnehmen sollen, so werden wir stets eine sehr lange Tagesordnung haben und wöchentlich zweimal tagen müssen.

Herr Herzberg: Herr Brückmann hat den Antrag mit politischen Phantastereien bezeichnet. Das ist mir um so wunderbarer, als Herr Brückmann in der Kommission überhaupt nicht das Wort dazu genommen hat, obwohl er dort Gelegenheit gehabt hätte, sich absprechend über den Antrag zu äußern. Es kann durchaus nicht davon die Rede sein, daß es sich dabei um politische Phantastereien handelt. Das Vereinsgesetz gibt ja schon heute den Frauen unter Umständen das volle Vereins- und Versammlungsrecht, da sie Versammlungen besuchen können, sobald diese nicht im geschlossenen Raume, sondern unter freiem Himmel stattfinden. Die Landgemeindeordnung kennt sogar das Frauenstimmrecht, da die Frau durch einen Bevollmächtigten das Stimmrecht in der Gemeinde ausüben kann.

Herr Hauswaldt hat sodann gemeint, man würde den Frauen gern Rechte geben, wenn man nur könnte. Ich habe schon betont, daß diese Sache nicht unserer Beschlußfassung unterliegt; da sie aber die Interessen der Stadt lebhaft berührt, so haben wir die Pflicht, unser Votum in die Wagchale zu legen. Was Herr Hauswaldt über die Haltung der Landesversammlung gesagt hat, war überaus bezeichnend und hat bei mir ein Riesenerstaunen hervorgerufen; er hat also gesagt: weil der Antrag von sozialdemokratischer Seite kommt, haben Sie uns in eine schlimme Lage versetzt und der Sache den Todesstoß gegeben. Hiernach berät also die Landesversammlung ihre Angelegenheiten nicht nach sachlichen Motiven, sondern nach anderen, das ist, wenn der Herr Vorsitzende den Ausdruck gestattet, ein Armutszugnis für die Landeszeitung. (Heiterkeit.) Selbstverständlich habe ich sagen wollen für die Landesversammlung; der Unterschied ist übrigens gar nicht so groß, reaktionär sind sie beide und was die Landeszeitung vorher zurecht gemacht hat, das macht die Landesversammlung hinterher nach. Wenn ferner von Herrn Hauswaldt gesagt worden ist, der praktische Erfolg des Antrages würde gleich Null sein, so kann uns die Schuld daran nicht treffen, sondern allein die Landesversammlung.

Auf die Äußerungen des Herrn Esdorn einzugehen, habe ich keine Veranlassung, da sie nicht Fisch nicht Fleisch waren. Man kann der Versammlung selbstverständlich mit vielen Sachen kommen, jedoch ist das unsererseits noch

nicht geschehen. Ich kann schließlich nur wiederholen: nehmen Sie meinen Antrag an.

Herr Jasper: In Gemeinschaft mit den Herren Ohlendorf, Beplics, Kiefe, Stegmann, Wesemeier und Wiehle stelle ich folgenden Antrag:

Wir beantragen namentliche Abstimmung über den Antrag Herzberg, bezw. den Beschluß der Kommission, und zwar getrennt in der Weise, daß zunächst über den Satz: „Obwohl die Versammlung . . . zustimmt“ und dann über den Schluß und den Gesamtbeschluß abgestimmt wird.

Vorsitzender: Die namentliche Abstimmung wird stattfinden, da der Antrag genügend unterstützt ist. Ueber den Antrag auf getrennte Abstimmung eröffne ich zunächst die Besprechung. — Da sich niemand meldet, frage ich, wer ist für die getrennte Abstimmung? Das ist die Minderheit, der Antrag ist also abgelehnt.

In der nun folgenden namentlichen Abstimmung stimmen für den Kommissionsantrag die Herren Brückmann, Bues, Esdorn, Frühling, Göcke, Hauswaldt, Jüdel, Kathe, Koch, Lange, Löschigt, Lord, Supprian, Meyerhoff, Müller, Nolte, Ribbentrop, Sander, Schmidt, Schöttler und Wolters; gegen den Antrag die Herren Bunge, Herzberg, Jasper, Ohlendorf, Beplics, Kiefe, Stegmann, Wesemeier und Wiehle. — Der Antrag ist also mit 21 : 9 Stimmen angenommen.

## XII. Antrag Jasper: Errichtung eines statistischen Amtes.

Herr Jüdel: Die Finanzkommission hat den in der Sitzung vom 21. Januar d. Js. begründeten Antrag — Seite 321 des Berichtes — beraten und dabei festgestellt, daß bereits jetzt die Stadtverwaltung eine ziemlich umfangreiche statistische Erhebung anstellt, daß außerdem eine ganze Reihe von Städten in der Größe Braunschweigs derartige statistische Bureaus besitzt und diese Städte zu einem Verbands für statistische Erhebungen zusammengetreten sind, in welchem die Unterlagen zur Anstellung der Erhebungen gegeben werden. Die Finanzkommission war nun der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, auch hier die statistischen Erhebungen noch weiter auszudehnen, jedoch wurden vom Magistrate Bedenken darüber laut, in welcher Form diese Erhebungen erfolgen sollten, und wie sie bearbeitet werden sollten. Diesen Bedenken konnte sich die Finanzkommission nicht verschließen, auch war sie sich nicht darüber klar, ob die Einrichtung eines statistischen Bureaus als eines selbständigen Amtes wünschenswert sei, oder ob man eine andere Form dafür finden werde. Im Einverständnis mit dem Magistrate und dem Antragsteller wird daher folgende Resolution in Vorschlag gebracht:

„Die Versammlung hält es für erwünscht, daß statistische Erhebungen in weiterem Umfange als bisher gemacht werden und ersucht den Magistrat, baldmöglichst eine entsprechende Vorlage einzubringen“.

Herr Jasper: Mit der Erledigung meines Antrages in der vorgeschlagenen Form kann ich mich einverstanden erklären und bitte daher, dem Kommissionsvorschlage zuzustimmen. Den Magistrat möchte ich aber gleichzeitig ersuchen, die Sache nicht in gar zu lange Erwägungen zu nehmen, damit bald etwas dabei herauskommt.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

### XIII. Antrag Jasper: Vervielfältigung der Lohnstatistik.

Herr Fudel: Die Finanzkommission hat sich dem in der Sitzung vom 21. Januar d. Js. eingebrachten Antrage — Seite 320 des Berichtes — angeschlossen, in der Voraussicht, daß die Zusammenstellung der Löhne etwa in der Weise erfolge, wie sie seinerzeit in der Versammlung vorgetragen worden ist. Es würde also nicht jeder Arbeiter mit Namen aufgeführt, sondern etwa gesagt werden: bei der und der städtischen Verwaltung sind so viele Arbeiter, und zwar jugendliche, weibliche und männliche getrennt, beschäftigt, welche in der betreffenden Abteilung einen Mindest-, einen Höchst- und einen Durchschnittsverdienst von so und so viel Mark haben. Der Antragsteller hat sich hiermit einverstanden erklärt, und schlägt die Finanzkommission vor, dem Antrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

### XIV. Antrag Peplies: Ausdehnung der Krankenversicherung.

Ueber den in der Sitzung vom 21. Januar d. Js. — Seite 324 des Berichtes — gestellten Antrag berichtet namens der Statutenkommission Herr Brückmann: Die Statutenkommission hat anerkannt, daß es wünschenswert sei, wenn solche selbständige Gewerbetreibenden, die im Auftrage anderer im eigenen Heim arbeiten, die Wohltaten des Krankenversicherungsgesetzes ebenfalls genießen, sie hat aber auch gleichzeitig auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, welche die technische Ausführung solcher Versicherung mit sich bringt. Diese Materie ist bereits im Reichstage beraten worden und ist die baldige Inangriffnahme gerade dieses Punktes teilweise deshalb mit hinausgeschoben worden, weil man sich nicht darüber einig war, wo der Versicherungssitz bei solchen Personen sein sollte, die nicht in dem Wohnorte ihres Arbeitgebers arbeiten. In der Begründung seines Antrages hat Herr Peplies auf die als Heimarbeiter anzusehenden Schneider bezuggenommen und gemeint, daß sich die Sache bezüglich dieser Kategorie von Gewerbetreibenden leicht machen lassen würde. Wir haben aber auch Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Gewerbe, die in der Nähe von Braunschweig wohnen und ihren Arbeitgeber hier haben und umgekehrt; in solchem Falle ist es schwierig, den Sitz der Krankenversicherung festzulegen. In der Reichstagsitzung vom 25. Januar d. Js.

hat der Staatssekretär von Bosadowsky erklärt, daß eine baldige Revision des Krankenversicherungsgesetzes stattfinden solle, jedoch ist der Zeitpunkt dieser Revision nicht angegeben worden. Wenn man nun auch sagen könnte, daß solche Aenderungen nicht für eine Kommunalverwaltung oder einen einzelnen Kreis vorgenommen werden sollten, sondern es sich empfehle, sie auf einen größeren Kreis von Personen auszudehnen, so empfiehlt die Statutenkommission im Einvernehmen mit dem Antragsteller dennoch, folgenden Antrag gutzuheißen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Erwägungen und Untersuchungen anzustellen, ob es angängig und durchführbar ist, die Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut auch auf die im § 2, Abs. 4 bezeichneten Personen auszudehnen, und der Versammlung über das Ergebnis dieser Untersuchungen zur gegebenen Zeit zu berichten“.

Die Geneigtheit des Magistrates zu solcher Aenderung wurde schon in der Kommissionsitzung bekundet.

Herr Beplies: Ich hätte am liebsten gesehen, wenn mein Antrag in der von mir gestellten Form angenommen worden wäre, jedoch war dazu nach den Beratungen in der Kommission keine Aussicht vorhanden. Da nun außerdem die in der Kommission anwesenden Mitglieder des Magistrates ihre Sympathie mit dem Antrage ausdrückten und nur dessen Durchführung für schwierig hielten, so habe ich dem Antrage der Kommission zugestimmt. Hiermit ist aber nicht eine Beseitigung meines Antrages ausgesprochen, sondern es soll vorerst nur versucht werden, ob sich nicht eine Grundlage für die Durchführung finden läßt, und die wird sich finden. Ich für meinen Teil werde auch mit daran arbeiten, solche Grundlage zu finden und werde dann dem Magistrate erneut entsprechende Vorschläge machen. Im übrigen habe ich aber meinen Antrag nicht lediglich auf die im Schneidergewerbe beschäftigten Personen ausgedehnt wissen wollen, sondern auf alle einschlägigen Gewerbe. Es steht fest, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung im allgemeinen Interesse liegt und man überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, zugreifen sollte, denn eine Schädigung für die Stadt kann dadurch nicht entstehen, sondern höchstens ein Vorteil. Was die Schwierigkeit der Durchführung meines Antrages betrifft, so kann die nicht so groß sein, der Sitz der Versicherung wird mit dem Orte der Beschäftigung zusammenfallen. Darauf will ich indessen nicht näher eingehen. Auch die in Aussicht stehende Revision des Krankenversicherungsgesetzes darf für uns kein Grund sein, zu warten, denn darüber können noch viele Jahre vergehen. Jedenfalls möchte ich dem Magistrate ans Herz legen, die Sache nicht mit dem Kommissionsantrage als abgetan zu betrachten, sondern meinen Vorschlag zur Ausführung zu bringen.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

## XV. Antrag Esdorn: Mitteilung der Magistratsvorlagen an die Tageszeitungen.

Vor Eintritt in die Beratung des in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrages — Seite 361 des Berichtes — gibt Herr Oberbürgermeister Ketemeyer namens des Magistrates folgende Erklärung ab: Der Magistrat ist damit einverstanden, daß in Zukunft bei der Verteilung von Vorlagen, die für die Öffentlichkeit bestimmt, also vervielfältigt sind, so verfahren werde, daß, sobald diese Vorlagen dem Magistratsdiener behändigt werden, um sie den Herren Stadtverordneten zuzustellen, die Zeitungen eine telephonische Benachrichtigung erhalten, daß für sie ein Exemplar der Vorlage bereit liege. Es muß dann den Zeitungen überlassen werden, sie abzuholen.

Nachdem sich Herr Esdorn hiermit zufrieden erklärt hat, gilt der Antrag als erledigt.

## XVI. Antrag Bunge: Pflasterung der Kreuzstraße.

Herr Meyerhoff: Bei der Beratung des in der vorigen Sitzung gestellten Antrages — Seite 360 des Berichtes — hat sich herausgestellt, daß die Kreuzstraße bis zur Bürgerstraße mit Kleinpflaster versehen und von da ab macadamisiert ist, wie viele Straßen der Außenstadt. Die Straße ist auch noch so gut imstande, daß eine Pflasterung vorläufig nicht in Aussicht genommen wurde. Bei dieser Feststellung ergab sich dann, daß Herr Bunge von den Anliegern darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß die Kinder bei feuchtem Wetter nicht trockenen Fußes zur Schule gehen können und man in dieser Beziehung eine Besserung wünschte. Das hat aber mit dem Fahrdamme nichts zu tun, sondern liegt an den Fußwegen, die nur bis zur Bürgerstraße mit Platten versehen sind. Wenn aber die Anlieger Trottoir wünschen, so brauchen sie ihren Wunsch beim Magistrate nur laut werden zu lassen und sofort wird dieser entsprechende Verfügung treffen. Da die Versammlung in der Sache also zurzeit nichts tun kann, so habe ich namens der Baukommission zu beantragen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Bunge: Ich möchte Sie doch bitten, meinen Antrag anzunehmen, da es sonst noch lange dauern kann, bis die Anlieger mit einem Antrage auf Befestigung der Fußwege kommen werden. Es gehört dazu, daß der größte Teil der Anlieger einen schriftlichen Antrag stellt und dafür wird eine ganze Masse nicht zu haben sein. Herr Oberbürgermeister Ketemeyer sagte in der Kommissions-sitzung selbst, es stände nichts im Wege, die Kreuzstraße zuerst instand zu setzen und dafür andere Straßen noch liegen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich verstehe Herrn Bunge nicht recht. In der Kommissionsberatung hat Herr Bunge anerkannt, daß er mit seinem Antrage die Pflasterung der Fahrbahn überhaupt gar nicht gemeint habe. Nun hatte ich vorher, ehe er dieses erklärte, gesagt, die Reihenfolge der Straßen für die Pflasterung der Fahrbahn könnte jederzeit von den städtischen Behörden geändert werden, bisher hätten wir den Grundsatz befolgt, die Pflasterung derjenigen Fahrbahnen an erster Stelle vorzunehmen, auf denen durchgehender Wagenverkehr stattfindet, was hier nicht der Fall sei. Darauf erklärte Herr Bunge, daß er die Pflasterung der Fahrbahn gar nicht im Auge gehabt habe, sondern ihm nur daran liege, Plattenbelag für die Fußwege zu erhalten.

Herr Meyerhoff: Bei einer früheren Gelegenheit ist einmal beschlossen worden, es sollte auf einer Straße nicht eher mit dem Plattenbelage vorgegangen werden, bis die Anlieger mit einem entsprechenden Antrage kämen. Wir haben noch sehr viele Straßen in der Außenstadt ohne Platten und andererseits haben die Anlieger anderer Straßen den Belag nicht bezahlen können und müssen noch heute daran abtragen. Aus diesem Grunde ist der Beschluß gefaßt worden, die Instandsetzung der Fußwege nur auf Antrag der Anlieger, welche die Kosten bezahlen müssen, vorzunehmen. Das ist gestern Herrn Bunge erklärt worden und hat er darauf erwidert, daß der größte Teil der Anlieger den Plattenbelag wünsche und die Sache daher ins Werk gesetzt werden würde.

Herr Bunge: Ich war anfangs der Meinung, daß bei einer Pflasterung der Straße das Trottoir gleich mit gemacht würde. Als ich dann eines anderen belehrt wurde, sagte ich, daß ich mit der Herstellung des Trottoirs allein auch zunächst befriedigt sein würde. Nachdem mir aber erklärt worden war, daß dies die Anlieger allein bezahlen müßten, hielt ich mich für verpflichtet, meinen Antrag aufrecht zu erhalten. (Heiterkeit).

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

#### XVII. Antrag Brückmann: Baldige Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts.

Der in der Sitzung vom 4. Februar d. Js. gestellte und begründete Antrag — Seite 363 des Berichtes — ist von der vereinigten Schul- und Baukommission vorberaten worden und berichtet namens derselben Herr Kolte. Nachdem der Redner die Entstehung und Entwicklung dieser Angelegenheit erwähnt und insbesondere auf die Verhandlungen in den Sitzungen vom 20. März 1902, vom 5. Juni 1902 und vom 19. November 1903 — Seiten 395, 50 und 253 des Berichtes — hingewiesen hatte, fährt er fort: In der gestrigen Sitzung der vereinigten Schul- und Baukommission hat Herr Stadtbaumeister Osterloh erklärt, daß auch er es für erwünscht und für durchführbar halte, solche Einrichtung in



dem dafür in Aussicht genommenen Raum der Nordostecke der Schule an der Pestalozzistraße zu treffen. Es sollen sich dort fünf Gasherde und nach Bedarf auch noch einige Gruben aufstellen lassen. Nach eingehender Prüfung hat sich weiter ergeben, daß ein anderer passender Raum in dem Gebäude nicht vorhanden ist. Es war auch vorgeschlagen, zu versuchen, ob etwaige Schornsteine nicht anderweitig untergebracht werden können, jedoch ist dieses als untunlich abgelehnt worden. Nachdem noch Bedenken darüber geäußert waren, ob es praktisch sei, den Kindern aus den ärmeren Volksklassen Unterricht an Gasherden zu erteilen, hat man sich doch schließlich einstimmig dahin ausgesprochen, daß es wünschenswert erscheine, den Antrag Brückmann anzunehmen und den Versuch zu wagen, damit hierdurch in dieser wichtigen Frage ein erheblicher Schritt weiter getan werde. Im Auftrage der vereinigten Kommissionen bitte ich Sie daher dringend, den Antrag anzunehmen und zwar umsomehr, als ein Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung wiederholt als dringend anerkannt worden ist. Wir ersuchen indessen, diesen Antrag mit der Aenderung anzunehmen, daß der Magistrat nicht gebeten wird, den nötigen Betrag in den nächstjährigen Haushaltsplan, der bereits abgeschlossen ist, einzustellen, sondern daß es dem Magistrate überlassen bleibt, die Mittel zu beschaffen. Es wird sich nämlich sehr leicht machen lassen, die Kosten der Einrichtung auf den Schulhausbaufonds zu übernehmen. Schließlich will ich noch erwähnen, daß der Einrichtung ein gesetzliches Hindernis nicht entgegensteht, da sich die erforderliche Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums leicht beschaffen lassen wird.

Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

#### XVIII. Antrag Jasper: Gleichmäßige Festsetzung der Polizeistunde.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 361 des Berichtes — geht dahin, bei Herzoglicher Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß fortan die Polizeistunde allgemein für alle Wirtschaften der Stadt auf 3 Uhr nachts ausgedehnt werde. Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Brückmann: Die Statutenkommission hat sich nach eingehender Beratung des Antrages nicht entschließen können, Ihnen denselben in seiner ganz präzise ausgedrückten Fassung zu empfehlen, weil es für sehr bedenklich erachtet wurde, zu versuchen, auf eine andere Behörde dahin einzuwirken, daß diese eine gesetzlich festgelegte Einrichtung abändere. Wie Sie wissen werden, ist die Polizeistunde im § 20 des Polizeistrafgesetzbuches „für Schankstuben und öffentliche Vergnügungsorte in den Städten auf 11 Uhr, in den Landgemeinden aber auf 10 Uhr“ festgelegt worden. Gleichzeitig ist darin allerdings auch der Landespolizeibehörde, in der Stadt Braunschweig der Herzoglichen Polizeidirektion, die Befugnis beigelegt worden, „jene Polizeistunde für einzelne Schankstuben und öffentliche Vergnügungs-

orte ein für allemal, jedoch vorbehältlich jederzeitigen Widerrufs" hinauszurücken. Hiervon hat die Herzogliche Polizeidirektion insoweit Gebrauch gemacht, als Wirtschaften mit weiblicher Bedienung um 11 Uhr, die Cafés aber erst um 1 Uhr zu schließen sind, während für alle übrigen Wirtschaften eine ganz verschiedene Polizeistunde angeordnet ist. Nicht allein in der Presse, sondern auch im großen Publikum sind nun sehr viele Klagen darüber laut geworden, indem man glaubt, daß in vielen Fällen die polizeilichen Maßnahmen nicht gerecht und nicht milde genug, sondern parteiisch gewesen seien. Dieser Standpunkt wurde auch in der Statutenkommission vertreten, und es dürfte nichts schaden, wenn von dieser Versammlung aus der Ansicht über die bisherige Handhabung der Bestimmungen Ausdruck gegeben wird. Daß solche nicht ganz gerechte Handlungsweise und nicht ganz unparteiische Auslegung des Gesetzes der Stadt direkten Schaden bringen kann, können Sie auch darin sehen, daß, nach Einschränkung der öffentlichen Tanzmusik in der Stadt, die benachbarten Orte sich bemüht haben, die städtische Bevölkerung dorthin zu ziehen, indem ihnen erlaubt wird, allsonntäglich Tanzmusik abzuhalten. Infolgedessen wandern die Braunschweiger am Sonntage in Scharen auf die Dörfer und verzehren ihr Geld dort. Daher hat die Statutenkommission die Berechtigung des Antrages nicht verkannt, sie kann sich aber doch nicht entschließen, der Herzoglichen Polizeidirektion eine bestimmte Zeit für den Wirtschaftschluß anzuraten, und gibt daher anheim, folgendem, allerdings von mir erst nachträglich redigierten Antrage zuzustimmen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß von Seiten der Polizeiorgane die Vorschriften bezüglich der Feierabendstunde für die Folge milder und gerechter als bisher angewendet werden“.

Vorsitzender: Ich glaube, diese Fassung würde dem Willen der Mehrheit der Kommission nicht entsprechen. Wir haben den Magistrat wohl in der Kommission ersucht, wegen der Behandlung der Polizeistunde mit der Herzoglichen Polizeidirektion in Verhandlung zu treten, aber ihr eine gerechtere Behandlung zu empfehlen, haben wir doch nicht beschlossen. Ich kann mich dabei irren. Aber bei Würdigung der Sachlage können wir doch ohne peinliche Prüfung unmöglich ein solches Urteil fällen.

Herr Schöttler: Ich möchte mich über diesen Punkt nicht aussprechen, halte es aber unter den vorliegenden Umständen für das richtigste, die Sache zur Feststellung des Wortlauts des Antrages an die Kommission zurückzuverweisen. (Weiterkeit.) Dann werden wir wenigstens den Antrag so hören, wie er beschlossen worden ist.

Herr Jasper: Ich habe den Sinn der Kommissionsverhandlungen so aufgefaßt, wie der Herr Referent angegeben hat, und ich habe mich den Wünschen der Kommissionsmehrheit angepaßt. Daraufhin habe ich eine Formulierung des Antrages

vorgeschlagen, die denselben Passus enthält, daß nämlich die Polizei in gleichmäßiger und gerechterer Weise als bisher und unter stärkerer Berücksichtigung der Verhältnisse einer Großstadt vorgehen möchte.

Vorsitzender: Ich möchte den Wortlaut des Kommissionsantrages beanstanden.

Herr Esdorn: Wir haben hier schon häufig über Bevormundungen der Polizei gesprochen; ich möchte deshalb dem noch einiges hinzufügen. Es wurde bei der Begründung des Antrages gesagt, daß namentlich die unteren Organe die Schuld an der Handhabung der Bestimmungen treffe. Das ist aber nicht richtig. Denn daß z. B. in der Silvesternacht die sämtlichen Wirtschaften um 3 Uhr geschlossen werden mußten, ist wohl auf eine noch höhere Stelle zurückzuführen, als auf den Herrn Polizeipräsidenten. Den Unterbeamten kann man hieraus jedenfalls keinen Vorwurf machen. Der frühe Schluß der einzelnen Wirtschaften und die nicht ganz gleichmäßige Handhabung der Wirtschaftsschließung hat mit dahin geführt, daß auf einer gewissen Straße heute der Restaurationsbetrieb besser blüht, als in größeren Restaurants; der Umsatz in Flaschenbier soll dort größer sein, als in der ganzen Stadt Wolfenbüttel. Auch der Umsatz in Sekt und Wein, der von der Firma Gustav Herbst und anderen bezogen wird, soll erheblicher sein, als man denkt. Wenn die Polizei sich hier einmal umsehen wollte, würde sie großartige Sachen in Erfahrung bringen können. Aber nicht nur in dieser Straße wird viel konsumiert, was den Gastwirten und Gewerbetreibenden entgeht, sondern auch namentlich vor den Toren herrscht ein so gewaltiger Umsatz in Flaschenbier, daß es gut wäre, wenn die Polizei einmal nachsehen wollte. Die Belästigungen mit den Tanzscheinen sind schon angeführt worden. Dazu kommt noch, daß die Inhaber von größeren Etablissements mit Strafen bis zu 15 M belegt werden, wenn sich herausstellt, daß ein Verein dort gegen ein Tanzgeld einen Gast mittanzen läßt, obwohl dem Wirte hiervon gar nichts bekannt geworden ist. Es wäre noch sehr vieles in dieser Sache anzuführen, ich will aber nicht ins einzelne gehen.

Im übrigen habe ich mich gewundert, daß der Antrag gerade von Herrn Dr. Jasper ausgeht, denn es wird allgemein gesagt, die sozialdemokratische Partei habe in der Polizei den besten Bundesgenossen und wenn so weiter gearbeitet werde, würde die Sozialdemokratie noch mehr zunehmen. (Zustimmung.)

Herr Jasper: Ich wollte vorschlagen, den Antrag in einer modifizierten Fassung anzunehmen, da ich in der Kommission eingesehen habe, daß es nicht angängig ist, den Wirtschaftsschluß allgemein auf 3 Uhr festzusetzen. Nach dem Polizeistrafgesetze ist die Polizeistunde in den Städten des ganzen Landes auf 11 Uhr festgesetzt worden, und die Herzogliche Polizeidirektion ist befugt, die Polizeistunde für einzelne Schankstuben und Vergnügungsorte über diese Stunde hinauszurücken. Dieser bestimmten Fassung des Gesetzes gegenüber scheint es mir

nicht angängig, die Polizeidirektion zu ersuchen, die Polizeistunde allgemein auf 3 Uhr festzustellen, obwohl ich dies materiell auch jetzt noch für das wünschenswerteste halten würde. Es würde sich ferner fragen, ob es sich nicht empfehle, mit einer Petition an den Landtag zu gehen, damit diese speziell stadtbraunschweigische Angelegenheit in einer Weise Erledigung finde, wie es das Wohl der Stadt Braunschweig erfordere. Nach der Stellungnahme des Landtages gegenüber derartigen Anträgen halte ich aber ein solches Vorgehen für vollkommen aussichtslos, denn dafür scheinen die ländlichen Abgeordneten nicht zu haben zu sein und auch selbst der Abgeordnete Hauswaldt nicht, wenn der Antrag von unserer Seite kommt. (Widerpruch.) Ich schlage daher die Annahme des folgenden Antrages vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Polizeidirektion dahin vorstellig zu werden, daß diese Behörde ihre Befugnis, die Polizeistunde über 11 Uhr hinauszurücken, in gleichmäßigerer und gerechterer Weise als bisher und unter stärkerer Berücksichtigung der Verkehrsinteressen einer Großstadt anwendet“.

Ich bemerke, daß sich dieser Antrag nur dadurch unterscheidet von dem, was in der Kommission vorgegangen ist, daß darin der Wunsch ausgesprochen ist, die Polizeiorgane möchten das Recht, welches ihnen der § 20 des Polizeistrafgesetzbuches gibt, nicht mißbrauchen, um ernsthafte Versammlungen zu unterdrücken. Bei der Begründung meines Antrages habe ich schon darauf hingewiesen, wie die Herzogliche Polizeidirektion dieses Recht meiner Meinung nach häufig mißbraucht. In dem Gewerkschaftshause und anderen Lokalen, wo die Polizeistunde auf 12 Uhr festgesetzt worden ist, verlangt die Polizei gleichwohl, daß öffentliche Volksversammlungen um 11 Uhr geschlossen werden. Ich glaube, meine sämtlichen engeren Freunde können dies hinsichtlich des Gewerkschaftshauses bestätigen und auch Herr Böschigt hat dort einmal erlebt, daß die Polizei um 11 Uhr eintrat. Das ist eine Handhabung des formellen Rechtes, wie sie ernsthaften Beratungen gegenüber nicht statthaben sollte. Ich lege aber Wert darauf, daß die Versammlung zum Ausdruck bringt, daß das nicht gehörig ist. Im übrigen stimmt mein Antrag mit dem des Herrn Referenten vollständig überein. Die Handhabung der Polizeistunde steht eben nicht im Einklange mit den Bedürfnissen einer Großstadt und dem Verkehre, wie er sich hier entwickelt hat. Wir stehen nicht mehr auf dem Standpunkte, wo sich der Bürger abends 10 Uhr die Nachtmütze über die Ohren zieht, sondern wir wollen nach getaner Arbeit und nach dem Theater gern noch ein Glas Bier trinken und das Recht will uns die Polizei nehmen. Vielleicht geschieht dieses im Interesse des Portemonnaies der Bürger, die nicht zu viel Geld ausgeben sollen. (Heiterkeit.)

Von dem Herrn Referenten ist sodann auch die eigenartige Stellung der Polizei gegenüber der Genehmigung öffentlicher Tanzbelustigungen in die Erörterung

einbezogen worden. Da die Sache, welche eigentlich nicht hierher gehört, einmal angeschnitten ist, so will ich auch darauf eingehen und erklären, daß es sich dabei um einen Uebelstand handelt, wie er von der Polizei nicht gepflogen werden sollte, besonders da sie die Kontrolle in nicht ganz fairer Weise betreibt. In dem Landtage ist nämlich gesagt und auch unwidersprochen geblieben, daß der Minister sich dabei der Spitzel bedient habe und hat der Minister erklärt, daß das notwendig geschehen müßte. Es wird weiter darüber geklagt, daß die Polizeidirektion ihr Recht, die Polizeistunde für einzelne Wirtschaften hinauszuschieben, nicht nach gerechten und gleichmäßigen Grundsätzen handhabe, sondern gerade den Wirt bevorzuge, der bei einem Unterbeamten oder sonstwie gut angeschrieben sei und verstehe, sich gut zu halten. Ein Wirt, der sich mit dem betreffenden Revierbeamten gut zu stellen vermöchte, solle also ruhig einmal länger offen haben können, während ein anderer, dem diese Eigenschaft abgehe, schon hineinfliege, wenn er seine Wirtschaft nur einmal 5 Minuten über die Erlaubnis offen halte. Der Herr Referent hat deshalb schon gesagt, es sei eine gleichmäßigere und gerechtere Handhabung der Polizeistunde zu wünschen, jedoch hat der Herr Vorsitzende dieser Fassung des Antrages widersprochen, obwohl es das mindeste ist, was gesagt werden kann. Man wird jeden Wirt über die ungerechte Handhabung der Polizeibefugnis schon haben klagen hören.

Wenn Herr Esborn sich bemüht gefunden hat, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß der Antrag gerade von unserer Seite ausgeht, so kann ich die Aeußerung nur für einen schlechten Witz auffassen, denn uns ist so oder so geholfen: wird von der Polizei in Zukunft so gehandelt, wie wir es wünschen, so sind wir zufriedengestellt; wollte sie aber weiter gegenüber den Bedürfnissen der Großstadt gegen die Grundsätze der Billigkeit und Gerechtigkeit handeln, weiter das Recht, die Polizeistunde einzuschränken oder auszudehnen nach Willkür handhaben und mißbrauchen, um zum Nachtheile einzelner einen Druck auszuüben auf die Versammlungsfreiheit, so haben wir auch das Vergnügen davon. Um uns zu schaden, kann weder von der einen noch von der anderen Seite etwas geschehen, und übt dieses vielleicht auch auf Herrn Hauswaldt insofern einen Eindruck aus, als er in dieser Sache nach Billigkeit, Gerechtigkeit und Freiheitlichkeit entscheidet, nicht aber darauf sieht, ob der Antrag von der Sozialdemokratie ausgeht.

Herr Brückmann: Ich habe den Antrag nunmehr in folgender Weise formuliert:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß von Seiten der Polizeiorgane die Vorschriften bezüglich der Feierabendstunde fortan in

einer milderer und die Interessen einer Stadt von der Bedeutung Braunschweigs mehr berücksichtigenden Weise gehandhabt werden."

Herr Löschigk: Ich möchte bitten, hinter dem Worte „milderer“ noch „gleichmäßigeren“ anzufügen. Gleichmäßiger möchte ich nämlich die Handhabung insofern haben, als nicht um zwei Uhr nachts, wenn man aus dem „Saalbau“ kommt, der „Preussische Hof“ noch offen ist, während das „Café Bauer“ in demselben Hause geschlossen sein muß. Ebenso steht es am Kohlmarkt: das Restaurant „St. Petersburg“ ist nachts offen, das gegenüberliegende „Café Stern“ aber geschlossen. Es ist schwer, über diese Sache leichten Herzens hinwegzukommen, man könnte ein ziemlich dickes Buch über die ungleiche Behandlung der hiesigen Einwohner und zwar nicht nur im Wirtschaftsbetriebe, sondern auch bei der Erteilung anderer Konzessionen schreiben. (Heiterkeit.) Was die Bedürfnisfrage anlangt, so ist es doch mehr als wunderbar, in einer Großstadt solche Ungleichmäßigkeit zu haben, daß die beiden feinsten Cafés 1 Uhr nachts schließen müssen, während rechts und links davon die Wirtschaften offen haben können. Als Unikum will ich noch anführen, daß bei ein und demselben Wirte in demselben Hause verschiedene Polizeistunden herrschen, indem das Café oben um 1 Uhr geschlossen werden muß, während das untere Restaurant die ganze Nacht offen bleiben kann. Wie so etwas kommen kann, will ich nicht sagen und werden wir später schon erfahren, wer davon nähere Kenntnis hat. (Ruf: Nicht bange machen!) Nein, nicht bange machen, aber jedes Ding hat zwei Seiten und ich möchte hier auch nicht erörtern, wie eine Gleichmäßigkeit möglicherweise eintreten könnte, es könnte sonst ein Teil der Wirte im Geschäftsbetriebe beschränkt werden. Ich bedaure, daß wir in einem Lande wie Braunschweig, wo unsere Stadt das meiste für das Land aufbringen muß, unter der „Herzoglichen“ Polizeidirektion stehen (Zustimmung), denn jede kleine preussische Provinzialstadt hat mehr Rechte, als wir. In meiner Jugend konnten wir wenigstens auch am Sonnabend abend tanzen und dann am Sonntag ausschlafen, aber jetzt darf nicht einmal mehr am Sonnabend länger als bis 12 Uhr getanzt werden. Das Ende vom Liede ist: unsere Arbeiter gehen jetzt Sonntags zum Vergnügen und sind am Montag dann natürlich nicht so imstande zu arbeiten, wie früher. Am Sonnabend wird dafür dann noch getrunken, so daß durch das Tanzverbot nichts gebessert ist. Daß wir aber in solcher Weise bevormundet werden, ist nicht recht. Wir sollen den Befehlen untertan sein, aber man muß unseren Wünschen auch entgegenkommen.

Herr Kiefe: Ja, m. H., das Reden hier ist ganz gut (Heiterkeit), aber die Sache liegt so, solange wir keine Vertretung im Landtage haben und man da keine Gänsehaut vor uns bekommt, wie Herr Hauswaldt hier, wird es wohl nicht anders werden. Daß solche polizeilichen Bestimmungen den größten Hemmschuh für die Entwicklung des Fremdenverkehrs bilden, steht doch wohl fest. Während sonst fremde junge Leute hier wohl von Sonnabend bis Montag blieben, fahren sie jetzt

noch abends nach Hannover oder Magdeburg, denn in Schöppenstedt — ich wollte sagen in Braunschweig — will keiner bleiben. (Heiterkeit.) Unsere Polizei ist herzoglich, und gilt dabei schon der jüngste Polizeisergeant etwas und zwar mehr als der Oberbürgermeister von Braunschweig. (Heiterkeit.) Der Polizeisergeant erklärt eben im gegebenen Falle: der Oberbürgermeister hat nichts zu sagen. Das kommt daher, daß wir keine Einwirkung auf unsere Polizei haben. Wir haben hier so viele verschiedene Polizeistunden, wie wir Wirte habe; was das aber für eine Wirtschaft in einer Großstadt ist, brauche ich nicht zu sagen.

Die Rolle möchte ich allerdings der Polizei nicht zuweisen, die ihr Herr Esdorn zugebacht hat, nämlich die Flaschenbierhändler zu kontrollieren, sondern ich wünsche nur, daß die Polizeivorschriften etwas nach einem bestimmten Reglement gehandhabt werden, nicht aber nach der Verfügung oder dem Befinden der Herzoglichen Polizeidirektion. Im großen ganzen sind die meisten Wirte aber gar keine bessere Behandlung wert. (Widerspruch.) Da heißt es: „Herr Polizeischarfante, willst Sie mal mine Lebbertworst kosten, ich hebbe grade eschlachtet?“ (Heiterkeit.) Es kommt hierbei tatsächlich viel mit auf die Leute selbst an, sonst hätten die Wirte sich doch wohl beklagt, als sie in der Silvesternacht um 3 Uhr zumachen sollten. Da konnte in der letzten halben Stunde noch etwas geschehen, denn wozu haben sie ihren Telephonanschluß? Wozu ist der Gastwirteverein da? Sie mußten schleunig zusammenkommen und sagen: es schließt keiner um 3 Uhr. Ich mache eine Wette darauf, es hätte kein einziger ein Strafmandat erhalten. Solche Dinge können nur in Schöppenstedt und Braunschweig passieren. Mir ist es egal, ob der Antrag angenommen wird oder nicht, für uns gibt er jedenfalls neues Material, und damit nur immer her, wenn wir auch schon genug haben.

Herr Bues: Wenn Herr Rieke auch sonst ein praktischer Mensch ist, so muß ich ihm doch in dieser Sache das Verständnis absprechen. Wenn er sagt, der Gastwirteverein habe nichts getan, so muß ich darauf erwidern, er weiß das nicht besser, denn es sind ganze Bände von Eingaben an das Ministerium und die Polizeidirektion vorhanden, auf die immer derselbe Bescheid gekommen ist: die Sache muß nach Anhörung der Polizeibehörde ihr Bewenden haben. Der Antrag Jasper kann ja eine praktische Bedeutung nicht haben, weil die Stadt nicht in der Lage ist, direkt einzugreifen. (Zwischenruf.) Zu dem ersten Antrage des Herrn Referenten wurde gerügt, daß der Ausdruck „ungerecht“ darin gebraucht worden ist; ich komme aber nicht da herum, daß hier doch eine ganze Menge Ungerechtigkeiten vorgekommen sind. Ist es vielleicht gerecht, daß in der Kasernenstraße, wo innerhalb 50 Schritten drei Wirtschaften liegen, nämlich Dehlshäger, Thies und Lindenzweig, die mittlere bis 2 Uhr, die beiden anderen aber nur bis 11 Uhr Polizeistunde haben, obwohl sie von einem gleichartigen Publikum besucht werden? Das kann ich unmöglich gerecht nennen. Etwas anderes wäre es, wenn dadurch verhindert werden könnte, daß

offenkundige Kabaubröder, denen es besser wäre, wenn sie nach Hause gingen, nicht mehr in eine Wirtschaft kämen, das ist aber unmöglich. Die Polizeibehörde geht in diesem Punkte noch weiter: ich wäre vollständig damit einverstanden, wenn ein Wirt gezwiebelt wird, der sein Geschäft dazu benutzt, um Spielerei und Unfittlichkeit zu fördern, aber daß auch jemand gemäßregelt wird, der sein Geschäft einwandfrei geführt hat, das muß Bitterkeit gegen die Polizeiorgane hervorrufen.

Nun sagt Herr Riefe, es schade den Wirten nichts, wenn sie ihre Stellung den Polizeibeamten gegenüber vergäßen und sie mit Wurst traktierten. Ich glaube aber, wer so viel mit der Polizei zu tun hat, wie ein Wirt, der tut am besten, wenn er einen Pflock zurücksteckt und sich mit den Beamten gut zu stellen sucht. Deshalb braucht man das Rückgrat nicht zu verlieren und kann doch Sachen zurückweisen, die sich nicht gehören. Solange wir hier keinen Personenwechsel kriegen, werden wir auch keine anderen Zustände bekommen. Es ließen sich noch viele Beispiele anführen, ich will mich jedoch auf eines beschränken: In ein Lokal auf der Höhe kamen vor etwa 1½ Jahren drei angezechte Leute, denen der Wirt nichts mehr verabreichte und das Lokal verwies; sie gingen fort und kriegten sich auf der Straße bei den Ohren, und was war der Erfolg? Den anliegenden Wirten wurde die Polizeistunde auf 11 Uhr heruntergesetzt und sie haben müssen volle sechs Wochen warten, bis ihre Bitte erfüllt und das Verbot zurückgenommen wurde. Ist das wohl eine gerechte Handhabung, einem Wirt die Polizeistunde herunterzusetzen, ohne daß er etwas verschuldet hat? Deshalb könnte man mit vollem Rechte von einer gerechteren Handhabung der Bestimmungen sprechen.

Betreffs der Tanzangelegenheit sind wir jetzt dahin gekommen, daß z. B. die Bäcker, welche hier keine Erlaubnis mehr kriegen, am ersten Feiertag abend zu tanzen, die aber zu anderer Zeit nicht tanzen können, nach Rünigen gehen und dort nach Herzenslust tanzen, denn der Vorsteher in Rünigen, das doch auch zum Lande Braunschweig gehört, erlaubt das, was in der Stadt Braunschweig nicht erlaubt ist. Auf den anderen benachbarten Dörfern ist es ganz dasselbe. Alle 14 Tage dürfen sie dort tanzen lassen, aber in Braunschweig kommt die Polizei selbst an dem Tage, wo man nicht daran denkt und kontrolliert, ob nicht die Fiedel gerührt wird. In den Dörfern stellen sie an den verbotenen Sonntagen einen Jungen aus, der aufpassen muß, ob der Gendarm kommt. Wenn dieser dann erscheint, hören sie solange auf und fangen wieder an, wenn er weggeritten ist. Sie können sich Sonntags einmal überzeugen, wie die „Elektrische“ besetzt ist und wie das Geld aus Braunschweig auf die Dörfer getragen wird. In den umliegenden Dörfern baut man daher auch fortwährend neue Tanzsäle. Deshalb ist auch gerade das am Platze, was der Herr Referent zuerst vorgeschlagen hat, wenn das nicht gesagt werden soll, dann lassen Sie uns lieber gar nichts sagen.



**Vorsitzender:** Die Beanstandung des ersten Vorschlages hat folgenden Sinn: Die einzelnen Stadtverordneten können wohl sagen, es finde eine ungerechte Handhabung statt, aber als Versammlung erscheint es höchst bedenklich, offiziell einen derartigen Vorwurf zu erheben.

**Herr Wesemeier:** Wir sind gerade diejenigen, welche am meisten unter der rigorösen Auslegung der Polizeistunde zu leiden haben. Wir sind gewohnt und finden uns damit ab, daß bei uns um 11 Uhr Feierabend sein muß, während bei anderen Versammlungen gar keine Ueberwachung stattfindet. Als Gewerkschaftler habe ich so viele Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt, daß ich Ihnen viel darüber erzählen könnte. Wir arrangierten z. B. ein Volkskonzert, dessen Programm von Herrn Regierungsrat Koch selbst als ein rein künstlerisches bezeichnet wurde, und trotzdem wurde uns nicht gestattet, das Konzert über 11 Uhr auszu dehnen, obwohl der Hofjäger bis 12 Uhr Polizeistunde hat. Auch eine Versammlung der Barbiergehilfen wurde um 11 Uhr geschlossen. Ich reichte eine Beschwerde dagegen ein, habe aber nicht einmal eine Antwort darauf erhalten. Es ist gar nicht so einfach, eine solche Beschwerde einzureichen, weil man gewärtigen muß, daß man dadurch die Polizeistunde für den betreffenden Wirt überhaupt zurück schraubt. Leider ist in diesem Sommer meine Arbeit so reichlich gewesen, daß ich vergessen habe, nachzuforschen, weshalb ich auf meine Beschwerde keinen Bescheid erhalten habe. Sie können aus diesen beiden Fällen schon ersehen, in welcher geradezu ungerechten Weise die Polizeibehörde bei Festsetzung der Polizeistunde vorgeht. Das Gewerkschaftskartell, welches in seinem Kreise über 6000 organisierte Arbeiter hat, feiert alle Jahr einmal im Hofjäger ein Sommerfest und kriegt hierzu nur bis 11 Uhr Erlaubnis von der Polizei. Eine Beschwerde hiergegen beim Herzoglichen Staatsministerium hat nichts geholfen, weil die Herzogliche Polizeidirektion glaubt, es würden auch Nichtmitglieder zugelassen, obwohl wir am Eingange eine strenge Kontrolle ausüben. Durch solche Bestimmungen werden aber die Wirte, speziell Herr Bues, ganz empfindlich geschädigt. Es kann uns diese Frage hier weniger deshalb so speziell interessieren, weil die Maßnahmen gerade gegen uns gerichtet sind, aber Sie alle werden anerkennen müssen, daß eine gerechtere Handhabung der Vorschriften stattfinden muß, und nach dieser Richtung hin definiere ich das Wort „gerechter“. Wir können mit Zahlen belegen, daß diese Handhabung eine ungerechte ist, die nach Ansehen der Person ausgeübt wird.

**Herr Jasper:** Auf die Tanzmusiken, welche Herrn Bues besonders zu interessieren scheinen, will ich nicht näher eingehen; man kann das Vorgehen der Polizei vielleicht dahin verstehen, daß sie agrarische Politik treibt und die Leute lieber der frischen Landluft zuführt, als sie hier in der Stadt zu lassen. Die Polizeidirektion scheint mit ihrer Handhabung der Vorschriften zu bezwecken, die organisierten

Arbeiter an dem Besuche der Versammlungen zu verhindern. Ich habe vorhin auch an Herrn Böschigt's Ehrgefühl appelliert, uns hier zu bestätigen, daß die Polizei ihr Recht wirklich in der geschilderten Weise ausübt, er hat aber kein Wort darüber verloren. Besonders will ich Herrn Böschigt noch darauf hinweisen, daß in meinem Antrage das vorhanden ist, was er in dem Antrage des Herrn Referenten vermißt und ich darf deshalb wohl annehmen, daß er meinem Antrage den Vorzug gibt. Wir bedauern mit Herrn Böschigt, daß wir uns einer „Herzoglichen“ Polizeidirektion zu erfreuen haben und wir infolge dessen nicht auf die Handhabung der Polizeisachen einwirken können. Es ist dieses unter der Mitwirkung der städtischen Vertreter im Landtage noch schlimmer geworden, denn früher hatte die Herzogliche Polizeidirektion noch den Magistrat wenigstens gutachtlich zu hören, nach den neuesten Gesetzen ist das aber auf ein Minimum beschränkt, was sehr bedauerlich ist und vielleicht hätte gehindert werden können. Auf die übrigen Angriffe will ich nicht eingehen. Wenn unser Antrag tatsächlich den Erfolg haben sollte, daß die Herzogliche Polizeidirektion in Hauswaldtscher Gesinnung die Polizeistunde überall auf 11 Uhr herabsetzte, so kann uns das nur recht sein; es würde das vielleicht doch dazu führen, daß wir insofern einen Vorteil davon haben, als wir den Teufel durch Beelzebub austreiben. Im übrigen lassen Sie uns nicht an Worten wie „gleichmäßiger, gerechterer“ zc. kleben, wir haben hier Klage zu führen über die schreienden Mißstände, welche vorhanden sind und die auf das Erwerbsleben unserer Stadt den ungünstigsten Einfluß ausüben.

Herr Hauswaldt: Ich protestiere dagegen, daß von der Seite drüben alles, was ich glaube klar ausgedrückt zu haben, so verstellt wird. Mir ist nicht im Traume eingefallen, zu sagen, ein Antrag fände danach seine Beurteilung bei mir, woher er käme. Sie wissen so gut wie ich, daß ich jeden Antrag, mag er kommen woher er will, annehme, wenn ich ihn für gut befinde. Eine solche Insinuation, wie sie hier von Herrn Dr. Jasper ausgesprochen worden ist, muß ich entschieden zurückweisen. Ich richte mein Urteil nach meinem Gewissen, allerdings auch nicht, wie gewisse Leute, nach dritten Personen, die draußen sind und hinterher Kritik darüber üben, wie die Herren hier gestimmt haben. Was die Sache selbst angeht, so müssen wir vorsichtig sein und dürfen nicht über den uns gezogenen Rahmen hinausgehen. Es ist hier viel Ungerechtigkeit vorgekommen und doch dürfen wir als Versammlung uns nicht anmaßen, als Richter aufzutreten, ohne auch den anderen Teil gehört zu haben. Es würde unsere Stellung nach außen schwächen und unseren ferneren Anträgen schaden, wenn wir über unseren Rahmen hinaustreten. Aus diesem Grunde dürfen wir auch nicht weiter gehen, als uns der Herr Referent zuletzt vorgeschlagen hat. Diesen Antrag müssen wir aber annehmen, weil eine allgemeine Mißstimmung über das Vorgehen der Polizeibehörde hier vorhanden ist.

Herr Löschigk: Auf die Bemerkung des Herrn Dr. Jasper will ich nur erwidern, daß ich glaube, in meiner Äußerung klar genug gewesen zu sein, indem ich mich gegen die ungerechtfertigten Maßnahmen der Polizeibehörde ausgesprochen und gleiches Recht für alle, wozu doch auch die Arbeiter gehören, gefordert habe. —

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten. Hierbei wird der Antrag Jasper gegen 10 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Statutenkommission mit dem Zusatzantrage Löschigk in folgender Fassung angenommen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Herzoglichen Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß von Seiten der Polizeiorgane die Vorschriften bezüglich der Feierabendstunde fortan in einer milderen, gleichmäßigeren und die Interessen einer Stadt von der Bedeutung Braunschweigs mehr berücksichtigenden Weise gehandhabt werden.“

Wegen der vorgerückten Stunde wird hier die Verhandlung abgebrochen.

Dauer von 4 bis 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

---





1903/1904.N<sup>o</sup> 14.

# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. März 1904.



### Tagesordnung:

|                                                                        |           |
|------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten . . . . .  | Seite 412 |
| II. Geschäftsordnungs-Debatte . . . . .                                | " 450     |
| III. Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen . . . . .   | " 451     |
| IV. Herabsetzung der Gaspreise und der Leuchtkraft des Gases . . . . . | " 452     |
| V. Uebernahme der innenstädtischen Okergräben . . . . .                | " 456     |
| VI. Aufnahme einer Klage . . . . .                                     | " 460     |



Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessoren Happe und Dr. jur. Hartwieg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Ribbentrop und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst Herrn Rechtsanwalt Weichsel als neues Mitglied der Versammlung herzlich willkommen.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

# I. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten.

Herr Günther (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, für diesen Gegenstand eine zweimalige Lesung zu beschließen, da wir bei dessen Wichtigkeit mit einer Lesung nicht auskommen werden.

Herr Frühling: Dieser Antrag ist bereits in der letzten Sitzung gestellt worden, jedoch möchte es sich empfehlen, erst später darauf zurückzukommen und zunächst in eine Beratung der Vorlage einzutreten.

Vorsitzender: Vielleicht läßt sich diese Sache schon jetzt besprechen. Ich möchte empfehlen, daß die Versammlung in die Beratung der Vorlage eintritt mit dem Vorbehalte, daß die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen in keiner Weise als endgültig angesehen werden soll und die Versammlung sich erst bei der Gesamtabstimmung entschließt, ob sie eine nochmalige Lesung der Vorlage für nötig hält oder nicht. Jetzt schon einen solchen Beschluß zu fassen, dürfte verfrüht sein.

Herr Hauswaldt: Ich halte es im geschäftlichen Interesse für notwendig, schon jetzt festzustellen, ob eine oder zwei Lesungen stattfinden sollen. Werden zwei Lesungen beschlossen, so wird man bei den Abstimmungen der ersten Lesung eine Sache eher einmal passieren lassen, weil man weiß, daß sie bei der zweiten Lesung noch einmal vorkommt.

Vorsitzender: Bei der Durchberatung der Vorlage wird doch wohl unabhängig von der Zahl der Lesungen dieselbe Sorgfalt geübt werden. Es läßt sich aber erst am Schlusse der Beratung übersehen, ob eine nochmalige Lesung notwendig erscheint.

Herr Günther: Es kommt in Wirklichkeit nicht darauf an, wann der Beschluß gefaßt wird, aber ebensogut, wie man ihn später fassen will, kann das auch schon jetzt geschehen. Hält man hinterher eine nochmalige Lesung nicht für nötig, so kann man davon absehen.

Vorsitzender: Es ist nur der Unterschied dabei, daß man möglicherweise eine unnötige Beratung und Abstimmung vornimmt. Deshalb empfehle ich nochmals, meinem Vorschlage entsprechend zu verfahren. (Zustimmung.) Wir treten nunmehr in die Beratung der Vorlage selbst ein.

Herr Frühling: Infolge Anregung der Versammlung in der Sitzung vom 5. März 1903 sind durch eine gemischte Deputation, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Stadtrat Seele und Stadtbaurat Winter, sowie den Herren Stadtverordneten Buchler, Frühling, Nolte, Riese und Wolters, feste Grundsätze ausgearbeitet worden, nach denen in Zukunft bei den städtischen Bauausführungen verfahren werden soll. Der Magistrat ist mit dem Inhalte dieser Grundsätze, abgesehen von einigen geringfügigen Aenderungen, einverstanden und ersucht, zu

genehmigen, daß fortan bei Ausführung der der städtischen Bauverwaltung übertragene Bauarbeiten in Gemäßheit dieser Vorschriften verfahren werde. —

Bei der Bearbeitung dieser Materie haben sich sehr erhebliche Schwierigkeiten herausgestellt, die darin bestehen, daß die Vorschriften für die verschiedenen Interessentkreise, also für den Magistrat, die städtische Bauverwaltung, die Stadtverordnetenversammlung, die Handwerker und die Arbeiter, brauchbar sein mußten. Erhöht wurden die Schwierigkeiten dadurch, daß es nicht leicht war, eine Einigkeit über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles zu bekommen. Die von der Deputation geschaffene Grundlage haben Sie alle als „Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten zu Braunschweig“ zugestellt erhalten, so daß ich darauf stets hinweisen kann. Ich möchte hierbei bemerken, daß der vorliegende Entwurf nicht das Werk eines einzelnen ist, sondern daß es sich dabei um ein Kompromiß handelt, das aus den Beratungen der obenbezeichneten Deputation hervorgegangen ist. Die in dieser Deputation nicht vertreten gewesenen Mitglieder der Versammlung mögen sich vergegenwärtigen, daß die Deputationsmitglieder auch nicht alle ihre Wünsche erfüllt gesehen haben, aber im Interesse der Sache auf weitergehende Wünsche verzichtet haben. Diese Vorschriften sollen übrigens nur einen Rahmen schaffen, in welchem sich die Vergabung der städtischen Arbeiten abzuspielen hat, sie sollen also nicht etwa spezielle Bedingungen für die einzelnen Fälle der Bauausführungen geben.

Ich will Ihnen nunmehr einen allgemeinen Ueberblick über den Inhalt der „Vorschriften“ geben. (Geschieht.) Hieran möchte ich noch folgende Bemerkung knüpfen: Wenn wir im § 7 unter 1 gesagt haben, daß bei der Verdingung der Arbeiten und Lieferungen die hiesigen Einwohner vor auswärtigen möglichst berücksichtigt werden sollen, so sind darunter auch die Arbeiter mit zu verstehen. Wenn dieser Bestimmung hinterher von dem betr. Arbeitgeber nicht entsprochen werden sollte, so kann dagegen sehr leicht Einspruch erhoben werden. Wir sind, wie auch aus den weiteren Bestimmungen hervorgeht, überall bemüht gewesen, die Interessen der beiden Klassen, welche besonders bei den Arbeiten der Stadt beteiligt sind, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, zu berücksichtigen. Diese Interessen decken sich aber, wenn man dabei nicht das politische Gebiet betreten will, fast überall, denn wenn die Arbeit nicht zu ganz miserablen Preisen vergeben ist, so liegt auch für den Arbeitgeber kein Grund vor, seine Arbeiter in ihren Lohnbezügen zu drücken. Wir wollen, wie § 12, 4 zeigt, dem wirklich guten und tüchtigen, aber nicht unter allen Umständen dem billigsten Unternehmer den Zuschlag erteilen, wollen aber solche Leute ausschließen, welche die Interessen der Stadt beeinträchtigen. Wir haben uns in dieser Beziehung an die Bestimmungen der Stadt Köln a. Rh. angeschlossen.



Ich gehe nun zur Besprechung der einzelnen Paragraphen des Entwurfs über und bemerke, daß die Baukommission gegen die Fassung der §§ 1—7 nichts einzuwenden hat. Dagegen ist von den Herren Herzberg und Genossen eine Aenderung zum § 7 beantragt worden, welche Herr Wesemeier näher begründen wird. Die §§ 1—7 des Entwurfs lauten:

## Abschnitt I.

### Vorbereitung der Bauarbeiten.

#### § 1.

##### Allgemeiner Grundsatz.

Die Ausführung der im Eingange erwähnten Arbeiten (nämlich Arbeiten des Hoch- und Tiefbaues, sofern es sich um Neubauten oder solche Umbauten, Ergänzungs- oder Erweiterungsbauten handelt, die einem Neubau gleich zu achten sind) erfolgt auf Grund und in Gemäßheit von Bauentwürfen nebst zugehörigen Kostenanschlägen und Erläuterungsberichten, sofern nicht die städtischen Behörden im Einzelfalle z. B. bei Gefahr im Verzuge oder bei ganz geringfügigen Bauten auf die Beibringung jener Unterlagen verzichten.

#### § 2.

##### Vorentwürfe.

Betragen die Gesamtkosten einer Bauarbeit voraussichtlich mehr als 15 000 M, so soll über dieselbe zunächst auf Grund eines von der zuständigen Dienststelle auszuarbeitenden Bauprogramms nur ein allgemeiner Vorentwurf nebst überschläglicher Kostenberechnung aufgestellt werden.

Der Stadtmagistrat kann derartige Vorentwürfe auch für solche Bauten, deren Kostenaufwand weniger als 15 000 M beträgt, fordern, und er kann andererseits beim Vorliegen besonderer Umstände, z. B. wenn Eile geboten oder wenn Bauten auf Grund von Normalzeichnungen ausgeführt werden sollen, auf die Einreichung von Vorentwürfen verzichten.

#### § 3.

##### Ausführliche Entwürfe.

Findet der Vorentwurf die Billigung der städtischen Behörden oder ist auf seine Einreichung verzichtet, so hat die städtische Bauverwaltung einen ausführlichen Entwurf nebst eingehendem Kostenanschlag und Erläuterungsberichte auszuarbeiten und dem Stadtmagistrate vorzulegen. Derartige Entwürfe und Kostenanschläge

sollen gegebenenfalls nicht nur über die bauliche Anlage selbst, sondern auch über die innere Ausstattung mit Mobiliar, Geräten, Instrumenten sowie über etwaige Betriebskosten Aufschluß geben.

Bevor der Entwurf seitens des Stadtmagistrats der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wird, hat sich die Behörde bezw. Betriebsverwaltung, für deren Zwecke der Bau bestimmt ist, über das Projekt gutachtlich zu äußern; die bezügliche Erklärung wird der Stadtmagistrat den Stadtverordneten unterbreiten.

#### § 4.

### Kostenanschläge.

Die Kostenanschläge sollen die einzelnen Arbeitsarten (Maurer-, Zimmerer-, Klempnerarbeiten usw.) und die dafür aufzuwendenden Summen in gesonderten Titeln enthalten.

Wird seitens der städtischen Behörden eine Erweiterung oder Aenderung des vorgelegten Projektes beschlossen und demgemäß eine höhere oder geringere Summe bewilligt, als der Kostenanschlag vorsieht, so ist der letztere in den in Frage kommenden Titeln zu ändern bezw. zu ergänzen. Ebenso ist das Bauprojekt selbst zu ändern bezw. zu ergänzen und bei entsprechendem Vorbehalte vom Stadtmagistrate den Stadtverordneten bezw. einem von diesen etwa mit entsprechender Vollmacht versehenen Ausschusse nochmals zur Prüfung und Beschlußfassung vorzulegen.

## Abchnitt II.

### Ausführung der Bauarbeiten.

#### § 5.

### Allgemeine Bestimmungen.

Die Ausführung und die Leitung der Bauten hat die städtische Bauverwaltung selbständig und mit eigener Verantwortlichkeit zu bewirken.

Sie hat dabei

- 1) ihr Augenmerk darauf zu richten, daß allen einschlägigen gesetzlichen und statutarischen Vorschriften (in Ansehung der Baupolizei, der Kranken- und Unfallversicherung usw.) in vollem Umfange genügt wird;
- 2) für eine tüchtige Herstellung aller einzelnen Baugesgenstände unter möglichster Kostenersparung, sowie für die Verwendung tabelloser Materialien und für eine sachgemäße Förderung der Bauarbeiten zu sorgen;

- 3) über die während des Baues geleisteten Zahlungen im engen Anschluß an die einzelnen Titel und Positionen des Kostenanschlages in der Weise Buch zu führen, daß jederzeit eine Prüfung des finanziellen Standes des Baues möglich ist;
- 4) bei zu befürchtenden Ueberschreitungen dem Stadtmagistrate sogleich entsprechende Anzeige zu machen. Einer solchen Anzeige soll es jedoch nicht bedürfen, wenn die Ueberschreitung einer Titelsumme weniger als 5 % beträgt, oder wenn zwar die einzelne Titelsumme, nicht aber die für die Gesamtausführung zur Verfügung gestellte Summe überschritten wird.

### § 6.

#### Abweichungen von dem genehmigten Entwurfe.

Abweichungen von dem genehmigten Entwurfe sind der städtischen Bauverwaltung bei Ausführung der Bauten insoweit ohne Einholung entsprechender Genehmigung gestattet, als es sich um solche Aenderungen konstruktiver oder künstlerischer Art handelt, die nach dem pflichtgemäßen Ermessen der städtischen Bauverwaltung erforderlich sind, damit die einzelnen Bauteile in der durch den Entwurf vorgeschriebenen Gestaltung völlig sicher oder formvollendet hergestellt werden können.

Wird durch derartige Abweichungen eine Ueberschreitung der bewilligten Mittel bedingt, so hat die städtische Bauverwaltung sich zunächst an den Stadtmagistrat wegen Herbeiführung der entsprechenden Nachverwilligung zu wenden. Auch in Fällen dieser Art ist indessen eine entsprechende Anzeige nicht erforderlich, wenn die im § 5 Nr. 4 Absatz 2 gedachte Voraussetzung zutrifft.

### § 7.

#### Verdingung der Bauarbeiten.

Bei der Verdingung der Arbeiten und Lieferungen sollen:

- 1) Einwohner der Stadt Braunschweig Auswärtigen gegenüber und ebenso einheimische Erzeugnisse und Materialien vor ausländischen Waren bevorzugt werden, sofern nicht etwa von dieser Bevorzugung eine Schädigung der Stadtgemeinde zu besorgen ist;
- 2) die Verdingungsanschlätze Preissätze nicht enthalten;
- 3) die durch die Unternehmer zu bewirkenden Leistungen und Lieferungen — einerlei, ob die Verdingung freihändig oder nach vorgängiger Ausschreibung erfolgt — so vollständig klargelegt und falls erforderlich durch Probestücke oder Modelle erläutert werden, daß einerseits der Unternehmer über den Umfang und die Beschaffung der Leistungen und Liefe-

rungen nicht im Zweifel sein kann, und daß andererseits Schädigungen der Stadtgemeinde verhütet werden.

Vorsitzender: Zum § 7 ist ein Antrag auf Aenderung gestellt worden, dessen Begründung Herr Wesemeier übernommen hat.

Herr Wesemeier: Wir haben beantragt, den § 7 folgendermaßen zu fassen: „Alle Hoch-, Tief- und Straßenbauten, insbesondere die Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Steinhauer-, Steinseger- und Kanalarbeiten werden in eigener Regie der Stadt ausgeführt.“

Zur Begründung erlaube ich mir folgendes anzuführen: Der Herr Referent erwähnte, daß es für die eingesetzte Deputation äußerst schwierig gewesen wäre, einheitliche Vorschriften zu entwerfen, weil die widerstreitenden Interessen der Handwerker, der Arbeiter und auch der Stadt so groß seien, daß sie sich schwer zusammenfassen ließen. Die Handwerker gehen bei der Stellung ihrer Forderungen allerdings von einer anderen Ansicht aus, als wir, denn sie glauben, daß sie berechtigt seien, von der Stadt Arbeit zu verlangen, während wir allein von dem Standpunkte ausgehen, der Stadt dienen zu wollen. Wir haben hierbei absolut kein weiteres Interesse, als der Stadt den Zwischenunternehmer vom Halse zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich meine Ausführungen zu behandeln.

Nicht erst seit heute macht sich eine gewisse Stimmung gegen das Submissionswesen bemerkbar, schon in den fünfziger Jahren waren es Konservative und Zünftler, die sich dagegen wandten, weil sie das Submissionswesen als eine Prämie auf die Pfscharbeit ansahen. Auf der anderen Seite behauptet man, daß das Submissionswesen zu einer vernünftigen Kalkulation führen sollte. Wenn nun auch das Submissionswesen immer etwas gegen die freie Vergebung voraus haben mag, so ist doch auch nicht zu bestreiten, daß dessen Einführung der unlautersten Konkurrenz Tor und Tür geöffnet hat. Sollte dieses bestritten werden, so könnte ich hier aus der Stadt einige Beispiele dafür anführen. Das Submissionswesen bildet tatsächlich die Quelle der Pfscharbeit. Als Maurer habe ich am Herzoglichen Krankenhause mitgearbeitet. Dieses wird nach der Gellerstraße zu durch eine Mauer abgegrenzt, die von einer hiesigen großen und tüchtigen Firma um, wenn ich mich recht erinnere, 2000 M. billiger hergestellt wurde, als von anderer Seite gefordert war. Diese von der Firma Wittendorf und Moneke hergestellte Mauer war schon nach einigen Wochen um 10—15 cm aus dem Lote. Als ich einen Torweg durch die Mauer brechen mußte, stellte sich heraus, daß dieselbe nach der Straße zu fast ohne Verband, fast nur von Viertelverblendern hergestellt war. Eine solche Arbeit konnte geliefert werden, obwohl ein staatlicher Bauaufseher dabei stand. Ich führe es darauf zurück, daß das Drücken des Preises die Unternehmer gezwungen hat, die Pfscharbeit zu liefern. Die ver-

chiedenartigen Resultate, welche das Submissionswesen gezeitigt haben, lassen nur den Schluß zu, daß eine große Anzahl von Handwerkern nicht zu rechnen versteht, oder aber die niedrigen Angebote abgibt, um nur die Arbeit zu erhalten und hinterher mit Nachforderungen zu kommen. Denken Sie nur an die Husarenkaserne, welche der geprüfte Maurermeister Röper um 60 000 M billiger herzustellen sich erbot, als der nächstfordernde Unternehmer. Dabei ist er allerdings schließlich kaput gegangen und mußte verduften. Wenn ich recht unterrichtet bin, so ist jetzt auch der Bau des städtischen Krankenhauses um etwa 20 000 M billiger angenommen worden, als andere Unternehmer gefordert haben. In Braunschweig hat sich überhaupt das Verfahren eingebürgert, daß man von den Angeboten der Submittenten nichts zu hören bekommt. Ich sehe gar keinen Grund, weshalb nicht die Stadt in eigener Regie bauen sollte. Man komme uns nur nicht wieder mit der Schule am Prinzenwege, denn wer will behaupten, daß sie teurer gebaut ist, als wenn sie in Submission vergeben worden wäre? Außerdem handelt es sich dabei doch um einen Einzelfall, der nicht als Norm hingestellt werden kann. Man würde wohl auch denjenigen, der einen einmal mißglückten Versuch nicht wiederholen wollte, für einen törichten Menschen halten. Denken Sie nur an unser Wasserwerk: was hätte werden sollen, wenn wir keine Bohrversuche mehr hätten anstellen wollen, weil an einzelnen Stellen sich nicht genügendes Wasser fand? Man soll also erst noch weitere Erfahrungen sammeln und dann ein Urteil abgeben. Wer bürgt bezüglich der Schule am Prinzenwege auch dafür, daß die Anschläge nicht ebenso wenig genau berechnet waren, wie bei anderen städtischen Bauwerken? Bei der Schule an der Pestalozzistraße sind 73 000 M und bei der Gewerbeschule 74 000 M mehr ausgegeben worden, als der Kostenanschlag betrug und genau so kann es auch bei der Prinzenwegschule gewesen sein.

Daß es aber möglich ist, billiger und besser in Regie zu bauen, beweist uns eine Reihe anderer Städte. So berichtet der Ingenieur einer Stadt, daß dort in Regie ganz bedeutend besser und billiger gebaut sei, als bei Vergabung der Arbeiten. Es handelt sich dabei um die amerikanische Stadt Minneapolis. (Heiterkeit.) Ich habe erwartet, daß Sie lachen würden. Das Lachen wird Ihnen aber vergehen, wenn Sie folgende Gutachten von deutschen Stadträten über Regiearbeiten hören. Sie haben wohl schon gehört, daß der Verein für Sozialpolitik vor einigen Jahren eine Umfrage an die Magistrate hat ergehen lassen, welche Erfahrungen mit Regiebauten gemacht seien, und aus den hierauf eingegangenen Antworten sind in der Zeitschrift des Vereins einige Sachen abgedruckt worden. Nun werden Sie wohl nicht mehr lachen. Beispielsweise sagt der Stadtbaurat Klette in Dresden:

„In Dresden war bis zum Jahre 1875 für sämtliche Pflasterarbeiten das Submissionsverfahren üblich. Die Gründe, welche hier für Einführung des

Regiebetriebes maßgebend waren, sind im ganzen folgende: Das Interesse der Stadtgemeinde wurde nicht genügend gewahrt, da die Unternehmer in erster Linie darauf ausgingen, bei der Arbeit soviel als möglich zu verdienen. Die Pflasterungen waren infolgedessen mangelhaft und wenig preiswürdig. Die späteren Erfahrungen ergaben, daß die Arbeiten in Regie nicht nur billiger und besser, sondern auch schneller ausgeführt wurden als beim Submissionsverfahren. Bei der besseren Qualität der Pflasterarbeiten stellten sich denn auch die Unterhaltungskosten erheblich niedriger, was bei der großen Abnutzung, welcher alle Tiefbauten ausgesetzt sind, ganz wesentlich mitspricht."

Und weiter heißt es sodann in den Schriften:

"In beiden Städten (Hamburg und Dresden) ist man der Ansicht, daß eine gut gebildete und stets zur Verfügung stehende eigene Mannschaft, welche mit den Anforderungen der Verwaltung genau vertraut, auch von den spezifisch ausgebildeten Beamten des Straßenbaues direkt geleitet wird, sparsamer, besser und prompter arbeitet als Unternehmer, die in erster Linie ihren Gewinn im Auge haben."

Im Auslande ist man längst dazu übergegangen, die Regiebauten einzuführen. Der Londoner Grafschaftsrat hat in einem Jahre nach einem vorliegenden Berichte hunderttausend Mark beim Kanalbau durch Regiebauten erübrigt.

Bei unserm jetzigen Verfahren werden stadtseitig die Zeichnungen geliefert und man stellt auch das Aufsichtspersonal, so daß der Unternehmer nur die Arbeiter zu stellen hat; es liegt also gar kein Interesse vor, diese Zwischenstelle noch weiter zu dulden. Die Stadt würde bei Durchführung unseres Antrages auch dem Handwerker keine Konkurrenz machen, denn es handelt sich nur um einige wenige Unternehmer, da die große Masse der Handwerker gar keine städtischen Arbeiten erhält. Der Unternehmer ist aber nicht berechtigt, von der Stadt eine Dividende dafür zu verlangen, daß er ihr Arbeiter stellt. Aus diesem Grunde kann die Stadt sich ihre Arbeiter allein halten. Die Handwerker wünschen auch, daß nur solche, die den Meistertitel führen, Arbeit von der Stadt erhalten sollen. Damit schlagen sie aber allen Kollegen ohne diesen Titel, die mit ihnen in derselben Vereinigung sind, direkt ins Gesicht. Wir können uns dieser Ansicht nicht anschließen.

Die Stadt hat auch schon am eigenen Leibe den Unterschied zwischen Unternehmerbauten und Regiebauten erfahren müssen. Im Jahre 1852 wurde das Gaswerk an der Bahnhofstraße von Privatunternehmern erbaut und verpflichtete sich die Stadt, ihm in 10 Jahren keine Konkurrenz zu machen; aber schon nach wenigen Jahren ging das Werk auf Betreiben des Direktors Reuter in den Besitz der Stadt über, jedoch mußte letztere für das Werk 855 000 M

zahlen, während es dem Konsortium nur 468 000 M gekostet hatte. Wenn man berücksichtigt, daß dieses in der Zwischenzeit auch schon an dem Werke verdient hatte, so kann man sagen, daß die Stadt das Werk um 100 % teurer bezahlt hat, als es dem Konsortium zu stehen gekommen ist. (Auf: Das Monopol ist mit gekauft!) Erst nach der Uebernahme des Gaswerkes durch die Stadt konnten auch die Gaspreise heruntergesetzt werden.

Wir halten es also für das beste, wenn die Stadt derartige Bauten in eigene Regie übernimmt. Es wird ja jetzt der Unternehmer auch nur zugezogen, um Arbeiter für die Stadt zu stellen, weshalb sollte das aber die Stadt nicht selbst besorgen können? Dabei würde dann auch jede Pfscharbeit ausgeschlossen sein, weil ja niemand ein Interesse daran haben kann. Ich bitte, unserm Antrage zuzustimmen.

Herr Frühling: Die Ausführungen des Herrn Wesemeier haben sich eigentlich sehr wenig mit dem Antrage selbst beschäftigt, sondern sie drehten sich in der Hauptsache darum, daß auf die Schäden früherer Submissionen hingewiesen wurde. Es ist natürlich auch uns bekannt, daß den früheren Submissionen Mängel angehaftet haben und gerade aus diesem Grunde sind ja die zur Besprechung stehenden Vorschriften ausgearbeitet worden. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Vorredner den Unterschied zwischen Regiearbeiten und anderen Arbeiten näher dargelegt hätte. Wenn er uns mitgeteilt hat, wie man in Dresden und Hamburg über Regiearbeiten denkt, so muß ich darauf hinweisen, daß dort nur von Pflasterarbeiten und Straßenbauten die Rede war. Solche Arbeiten lassen sich allerdings auch in Regie ausführen, dagegen liegt die Sache ganz anders bei Hochbauten. Wenn die Meister hiervon ausgeschlossen werden sollen, so ist mir das vollständig unverständlich. Jede Kolonne Arbeiter muß doch einen Führer haben, der die Arbeiter anstellt und den Fortgang der Arbeit überwacht, das ist der Vorarbeiter oder Polier; bei mehreren Kolonnen tritt dann aber der Meister oder der Unternehmer als Leiter hinzu. Deshalb sind bei allen Arbeiten die Meister nicht zu entbehren. (Widerspruch!) Sie können nicht nur mit Arbeitern arbeiten, sondern die Kolonnen müssen eine Führung haben. (Zustimmung.) Nach Ihrer Meinung würden die Vorarbeiter und Meister sämtlich städtische Beamte werden müssen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn die Herren meinen, daß sich das ausführen läßt, dann würden allerdings Regiebauten möglich sein; ich halte das nicht für durchführbar und meine, daß wir uns auf eine Diskussion hierüber nicht einlassen können. Die Regiearbeit würde auch der Stadt nicht die nötige Sicherheit gewähren, daß mit dem Gelde ausgekommen wird, was für den betreffenden Bau bewilligt worden ist. Wir müssen aber solche Sicherheit verlangen, weil wir wissen, daß die meisten Ueberschreitungen hervorgerufen sind, weil in gewissem Sinne zu

viel regiegearbeitet worden ist. Wir halten Regiearbeit aus finanziellen Gründen nicht für zweckmäßig und aus praktischen Gründen stadtseitig nicht für durchführbar. Ich habe schon erwähnt, daß sich bei dem jetzt vorgeschlagenen Verfahren die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter, soweit man von politischen Interessen abieht, vollständig decken würden. Wenn der Arbeitgeber gute Preise erhält, liegt für ihn keine Veranlassung vor, den Lohn zu drücken. Man würde daher hier nur künstlich einen Unterschied zwischen Arbeitern und Arbeitgebern konstruieren können. Der Arbeitgeber war ja vorher meistens auch Arbeiter und kennt deshalb die Verhältnisse der Arbeiter ziemlich genau. Wir sind der Meinung, daß die Differenz, welche leider Gottes zwischen beiden besteht, nicht im Wesen beider Klassen selbst begründet ist, sondern von außen und durch dritte Personen erst hinzugetragen ist, und das bedauern wir sehr. Wir haben uns bei der Beratung dieser Vorschriften auch hiermit gründlich beschäftigt und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei diesen Vorschriften alles zu vermeiden ist, was diesen Kampf noch verstärken könnte. Wir haben deshalb keine Stellung zu Gunsten einer der beiden Parteien genommen, und ist aus diesem Grunde auch z. B. die Streikklausel nicht in den Vertrag aufgenommen worden. Ich habe demnach von widerstreitenden Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter nicht gesprochen und auch nicht sprechen können. Die Baukommission schlägt vor, den Antrag nicht anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Wesemeier hat die Einführung der Regiearbeit fast ausschließlich damit motiviert, daß er der Submission nicht hold ist. Ich verstehe diesen Grund um so weniger, als das eine das andere gar nicht ausschließt, denn wenn wir unsere Arbeiten wirklich in Regie ausführen lassen wollten, könnten wir das Submissionswesen dabei doch nicht entbehren, weil wir es mit Ausnahme der Arbeiten gebrauchten, denn woher sollen wir die Hauptmaterialien beziehen? Soll der Magistrat vielleicht im Lande herumreisen und sie aufkaufen? Wie Herr Frühling schon gesagt hat, müßte an Stelle eines jeden Bauunternehmers ein städtischer Beamter treten, und erscheint es mir doch recht zweifelhaft, ob sich die Stadt dabei besser stehen würde. Am besten paßt jedenfalls der Unternehmer selbst auf seine Sache, weil es dabei auf den eigenen Geldbeutel ankommt. Deshalb ist es gut, wir bleiben bei dem bisherigen Verfahren. Ich halte es auch für ungerechtfertigt, zu sagen, daß keiner der hiesigen Meister einen Anspruch auf Beschäftigung durch die Stadt habe. Ein klagbarer Anspruch steht ihnen allerdings nicht zu, aber in einem gewissen Widerspruche mit dieser Ansicht steht doch wohl die Tatsache, daß fast jedes Jahr von den Herren, die diese Ansicht heute äußern, hier beantragt wird, für die Arbeiter im Winter seitens der Stadt Arbeit zu schaffen. Also die Arbeiter sollen einen Anspruch auf Arbeit haben, nicht aber auch die Arbeitgeber. Ich stehe auf dem Standpunkte, weder zu sagen „keine



Regiearbeit", noch „nur Regiearbeit“, sondern darüber von Fall zu Fall zu entscheiden. Wir haben uns auch bislang nicht geniert, Regiearbeiten ausführen zu lassen, wo es uns zweckmäßig erschien, z. B. bei den Straßenarbeiten, den Gas- und Wasserwerksarbeiten zc., weshalb sollen wir uns aber für die Zukunft nach der einen oder anderen Richtung die Hände binden?

Herr Löschigt: Die Freude über die Regelung dieser Materie ist groß sowohl bei dem Unternehmertum, als auch bei den Arbeitern. Wir brauchen uns bei der Beratung dieser Vorlage aber nicht so auf Einzelheiten einzulassen, wie das Herr Wesemeier getan hat. Seit neun Jahren haben wir darauf gewartet, etwas Positives in dieser Sache zu erhalten und jetzt wird es uns geboten. Wir sind dann bei den städtischen Bauten nicht mehr reine Bewilligungsmaschinen, sondern wir haben das Recht der Ueberwachung. Wenn es im § 7 der Vorschriften heißt, „sofern nicht etwa von dieser Bevorzugung eine Schädigung der Stadtgemeinde zu besorgen ist“, so möchte ich dazu bemerken, daß dieser Begriff sehr dehnbar ist. Eine Schädigung der Stadtgemeinde kann schon als vorliegend erachtet werden, wenn ein Einheimischer 20—25 M mehr fordert, als ein Auswärtiger. Das dürfte doch wohl zu weit gehen. Ich erinnere hierbei nur an den Markthallenbau, welchen eine hiesige Firma nur etwas teurer ausführen wollte, als die auswärtige, und nachher stellte sich heraus, daß der Bau noch billiger geworden wäre, wenn ihn die hiesige Firma ausgeführt hätte. Aus diesem Grunde wollen wir die Deputation zur Ueberwachung der Bauarbeiten haben. Dagegen bitte ich, in die Vorschriften nicht einzuschalten, daß Mitglieder der städtischen Behörden von den Lieferungen zc. ausgeschlossen seien, denn ich habe mir sagen lassen, daß die Herren sich darauf nicht einzulassen brauchen, jedoch können wir fordern, daß solche Herren nicht in die Deputation gewählt werden . . . .

Vorsitzender: Um diese Sache dreht sich unsere Besprechung noch nicht.

Herr Löschigt (fortfahrend): Ich begrüße es mit Freuden, daß die Unternehmer jetzt positiv darüber aufgeklärt werden, was sie bei einem Bau zu liefern haben. Wenn die Deputation in Zukunft einen Abschluß gemacht haben wird und es würde dann ein solcher Fall eintreten, wie bei der Mauer am Herzoglichen Krankenhause, so würde das ein Armutszeugnis für den aufsichtsführenden Baubeamten sein. Nach diesen Vorschriften ist alles so genau festgelegt, daß niemand hinterher behaupten kann, es werde mehr von ihm gefordert, als er vorher hätte wissen können. An dem Wasserwerke hat ein Bauunternehmer z. B. viel Geld bei der Betonierung zusehen müssen, weil er bei seiner Preisforderung nicht genau gewußt hatte, was er liefern sollte. Meiner Ueberzeugung nach wird unsere städtische Bauverwaltung weder rigorös vorgehen, noch jemanden bevorzugen, aber ein Beamter arbeitet doch immer am liebsten mit jemandem, den er kennt, während

die Deputation hierauf keine Rücksicht zu nehmen braucht und die Beamten sich nach den Vorschriften der Deputation zu richten haben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Angabe des Herrn Löschigt, daß bei der Errichtung des Wasserwerkes ein Unternehmer durch mangelhafte Bedingungen geschädigt sei, ist unzutreffend; ich bestreite dieses auf das entschiedenste und bin bereit, nachzuweisen, daß diese Angabe nicht zutrifft.

Herr Meyerhoff: Ohne näher auf die bewußte Mauer beim Krankenhause einzugehen, will ich nur bemerken, daß Herr Wesemeier wissen wird, es kann ein Unternehmer nur Viertelverblander anbringen, wenn ihm nur solche geliefert werden. Gegenüber dem Schreien nach Regiearbeiten erinnere ich an einen früheren Beschluß der Versammlung bezüglich des Privateinrichtungskontos beim Gas- und Wasserwerke, wo noch heute die vielen, in den beteiligten Kreisen sehr bitter empfundenen Arbeiten für Private ausgeführt werden. Es wird dadurch schon einem Teile der Mitbürger das Brot scharf beschnitten und nun sollten wir noch weiter gehen und hier ein neues Monopol schaffen? Wo sollten wir mit den Regiearbeiten bei den Hochbauten, die sich bis zur Turmspitze erstrecken, hinkommen? Wahrscheinlich haben die Herren das nicht bedacht und haben ihren Antrag nur auf Tiefbauten angewandt wissen wollen.

Herr Wesemeier: Ich hätte nicht gedacht, daß die Herren sich die Bekämpfung des Antrages so leicht gemacht hätten und davon der Herr Referent am allerleichtesten. Letzterer meinte auch, es sei nicht möglich, die Bauten in Regie herzustellen, weil sie zu viel kosten und den Voranschlag zu erheblich überschreiten würden. Woher weiß er das aber? Es fehlt hier doch jeder Versuch, wogegen die Städte, welche Regiebauten eingeführt haben, sich darüber sehr lobend aussprechen und sie befürworten, indem sie ganz wesentliche Vorteile bieten sollen. So lange man hier aber keinen Versuch gemacht hat, kann man auch nicht darüber urteilen. Ganz unstatthaft ist es aber, wenn als Lückenbüßer der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hier eingeschaltet wird. Im Anfange seiner Ausführungen hat der Herr Referent gesagt, es sei äußerst schwer gewesen, die widerstreitenden Interessen der beiden Interessentengruppen unter einen Hut zu bringen und zuletzt erklärte er, dieses nicht gesagt zu haben. Es scheint für Sie furchtbar schwer zu sein, das Aufsichtspersonal als städtische Beamte anzustellen und doch liegt die Sache ganz einfach. Ich habe hier am Rathause mit gearbeitet und gesehen, daß ein Polier und ein städtischer Aufseher, Herr Wiese, dabei als aufsichtsführende Personen tätig waren. Ist es denn nun so etwas Ungeheuerliches, wenn eine Stadt wie Braunschweig vielleicht fünf Maurerpoliere, sowie einige Aufsichtsbeamte für Zimmererarbeiten und für die Kanalisation einstellt? Man braucht sich das wirklich nicht so schwierig vorzustellen. Der ganze Stadthausbau ist von einem

Polier, Herrn Koch, geleitet, während sich der Meister die Arbeiten nur ab und zu einmal angesehen hat.

Nun sagt der Herr Oberbürgermeister, das Submissionsverfahren müsse doch bestehen bleiben; wir haben aber ausdrücklich betont, daß alle Hoch-, Tief- und Straßenbauten, insbesondere die Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Steinhauer-, Steinseker- und Kanalarbeiten in eigener Regie der Stadt ausgeführt werden sollen, während die anderen Sachen nicht in Regie genommen werden. Wir fordern also nichts Unvernünftiges, sondern nur etwas Erreichbares und wir wissen auch, daß heute stadtseitig noch keine Fabriken hergestellt werden können zur Anfertigung von Gasometern 2c. Der Herr Oberbürgermeister sagt dann auch, wir forderten für die Arbeitslosen Beschäftigung, das ist aber ganz etwas Anderes. Es handelt sich dabei um Leute, die ihre Tätigkeit in den Dienst der Stadt stellen wollen, während der Unternehmer nur den Lohn für die Stadt auszahlt und sich den Bau einmal ansieht, sonst aber nichts für die Stadt tut. Merkwürdig ist es, wenn Herr Löschigk meint, es sei die Sache mit der Mauer am Herzoglichen Krankenhause ein Armutszeugnis für den betreffenden Bauverwalter. Das sage ich auch, aber es beweist der Fall zugleich, daß trotz der Aufsicht dort eine elende Psuscharbeit geliefert worden ist und die Aufsicht noch besser sein mußte. Ebenso merkwürdig ist es, wenn Herr Meyerhoff sagt, daß der Unternehmer nur Viertelverblender in Gebrauch nehmen könne, sofern ihm keine anderen Steine geliefert seien; meiner Ansicht nach mußte er erklären, hiermit die Mauer nicht herstellen zu können.

Herr Nolte: Die Forderung, in allen Zweigen von Bauarbeiten Regiearbeiten einzuführen, halte ich nicht nur für bedenklich, sondern auch für absolut unausführbar, und weiß ich nicht, wie sich die Antragsteller die Ausführbarkeit ihres Vorschlages denken. Wenn Arbeiten in einem Gemeinwesen regelmäßig in einer bestimmten Richtung und erfahrungsmäßig in einem ziemlich feststehenden Umfange wiederkehren, wie z. B. die Arbeiten bei den Gas- und Wasserwerksanlagen, so lassen sie sich in Regie durchführen, weil die Stadt ungefähr weiß, wieviel Arbeiter sie zu regelmäßiger Bewältigung der Arbeit nötig hat. Wenn es sich aber um Hochbauten handelt, so ist es bei einem so großen Gemeinwesen, wie unserer Stadt, undenkbar, daß es sich den zur Bewältigung dieser Arbeit nötigen Stamm tüchtiger Arbeiter halten kann, um die Arbeiten so auszuführen, wie es im Interesse der Stadt liegt.

Herr Schöttler: Ich möchte diese Ausführungen noch etwas vervollständigen. Wenn die Stadt in Regie baut, so muß sie sich einen größeren Stamm von Beamten und Arbeitern halten und auch dafür sorgen, daß sie dafür Beschäftigung hat. Das kann ich aber nur, wenn mir der Markt offen steht, wie jedem Unter-

nehmer; aber der Stadt steht dieser Weg nicht offen. Wollten wir ihn der Stadt öffnen, den Skandal möchte ich nicht hören! (Heiterkeit.) Das wäre das aller schlimmste, was wir machen könnten. Tatsächlich ist das Gas- und Wasserwerk uns ein abschreckendes Beispiel: dort haben wir Regie, weil wir sie haben müssen und sie nicht vermeiden können. Die Leute können wir nicht immer in unserm eigenen Dienste beschäftigen und sind gezwungen gewesen, zu dem Privateinrichtungsgeschäfte zu greifen, aber was für Skandal haben wir dadurch schon gehabt, indem uns vorgeworfen ist, wir machten den hiesigen Einwohnern Konkurrenz. Wir können das Geschäft nicht entbehren und ebensowenig würden wir Privatarbeiten entbehren können, wenn wir Hochbauten in Regie machen wollten. Für uns allein würden wir heute vielleicht 20—30 Mann und dann mal wieder einige hundert Mann gebrauchen. Es kommt das wesentlich mit auf unsere Finanzlage an: wenn die Finanzen blühend und gut sind, sind wir leichter geneigt zu bauen, sonst aber schränken wir uns lieber etwas ein, weil wir nicht gern mit zu viel Schulden arbeiten, die haben wir ohnehin schon genug. Wir würden also notwendigerweise gezwungen sein, anderen Leuten Konkurrenz zu machen, oder gegen unsere Finanzen zu bauen. Außerdem sind aber die Meinungen darüber sehr geteilt, ob sich die Stadt bei Regiebauten besser steht, und dürfte das Urteil des Dresdener Stadtbaurats Klette wohl sehr vereinzelt dastehen. Es ist doch wohl eine alte Geschichte, daß die Regie fast immer teurer baut, als der Privatunternehmer, wenn die Regiebauten auch vielleicht besser sein mögen. Wir müssen bei der Beurteilung dieser Frage von dem Standpunkte ausgehen, welches Verfahren für die Stadt am vorteilhaftesten ist. Stellt sich in einem Falle der Regiebau billiger als das Submissionswesen, so nehmen wir ihn, denn wir haben uns um unsere Steuerzahler und nicht um unsere Handwerker dabei zu kümmern. Wir wollen durch die Vorschriften dem Regiebau nicht grundsätzlich entgegentreten, sondern wir wollen ruhig in Regie bauen, wenn dieses besser und billiger für uns ist, aber wir wollen uns hüten, uns in solche Geschäfte einzulassen, bei denen wir die allergrößten Schwierigkeiten voraussehen, und das wären die Regiebauten auf dem Gebiete des Hochbaues, die am allergefährlichsten sind.

Herr Meyerhoff: Herr Wesemeier scheint anzunehmen, daß die Maurermeister und Zimmermeister bei einem Bau weiter nichts tun, als das Geld hinzunehmen, was von dem Lohne der Arbeiter überbleibt, während die eigentliche Arbeit der Polier macht. Uebrigens war die Arbeit am Rathause an zwei Meister verteilt, so daß nicht nur ein Polier dabei tätig gewesen sein kann. Hat denn Herr Wesemeier kein Gefühl dafür, daß der Unternehmer noch weiter etwas zu tun hat, als nur die Bauarbeiten zu beaufsichtigen? Muß er nicht auch Kontorpersonal halten, um die Lohnlisten führen zu lassen u. c.? Wo sollen die Geräte und Gerüste herkommen, wie verhält es sich mit den Berechnungen für die

Berufsgenossenschaft und mit der Haftpflicht? Wenn die Arbeit an dem Bau nicht richtig ausgeführt ist, macht der Bauherr dann den Polier oder den Meister verantwortlich und haftbar? Die Schule an der Pestalozzistraße zeigt doch deutlich, daß der Unternehmer bei einem Bau auch zusehen kann. Zu den Zimmererarbeiten gehört ein großer Zimmerplatz, ein bedeutendes Holzlager, Werkstätten zc., die der Unternehmer halten muß. Darum sprechen Sie doch deutlich aus, was Sie eigentlich wollen und sagen Sie: Wir wollen alle Betriebe aufheben, wir wollen einen Genossenschaftsbetrieb haben. Machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube und sagen Sie: Das ist unser Zukunftsstaat, den wollen wir hier mit kleinen Mitteln anfangen, dann sagen Sie wenigstens die Wahrheit. Alle anderen Ausführungen gehen wie die Rage um den heißen Brei. (Zustimmung.)

Herr Herzberg: Auf die Aeußerung des Herrn Frühling, der von einer künstlichen Trennung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sprach, will ich nicht näher eingehen: es stoßen dabei zwei Weltanschauungen auf einander, die nicht vereinbar sind. Unsere Meinung, daß der Widerstreit zwischen Unternehmern und Arbeitern im Wesen des Kapitalismus begründet ist, wird durch die Praxis bestätigt. Dieser Widerstreit ist aber überall zu finden, selbst da, wo es noch an jeder höheren Kultur fehlte und von der modernen Arbeiterbewegung noch keine Spur vorhanden war. Der Herr Oberbürgermeister hat auch eine nationalökonomische Erörterung begonnen, indem er sagte: wenn Sie dem Unternehmer einen Verdienst durch die Stadt absprechen, warum kommen Sie denn immer damit, daß die Stadt die Arbeitslosen beschäftigen soll? Ich möchte darauf erwidern, daß ein Unternehmer keinen Anspruch darauf hat, Unternehmergewinn von der Stadt zu ziehen und zwar aus den Arbeitern, die er beschäftigt. Außerdem hat auch der Unternehmer in den Zeiten des industriellen Aufschwungs genug erübrigt, um die Zeiten der Krisis mit Ruhe ansehen zu können, während der Arbeiter in den Zeiten des Aufschwungs nur einen kümmerlichen Lohn erhält und zur Zeit der Krisis vollständig entblößt dasteht.

Wenn hier ferner gesagt worden ist, die Regiearbeit sei unausführbar, so weise ich darauf hin, daß sie doch in anderen Städten segensreich durchgeführt worden ist. Die Pflaster- und Straßenbauten kehren alle Jahre wieder und handelt es sich hierbei wenigstens nicht um eine Arbeit, die nur zu bestimmter Zeit ein besonderes Arbeiterpersonal verlangt. Auch bei den Hochbauten ist eine gewisse Regelmäßigkeit vorhanden, und wenn wirklich einmal außergewöhnliche Hochbauten geleistet werden sollen, dann kann sich doch die Stadt den Arbeitsmarkt zunutze machen. Daß man die Sache ins Lächerliche zu ziehen sucht, wie die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Meyerhoff, welche äußerten, wir wollten auch die Lieferungen der Eisenkonstruktionen in Regie nehmen, verstehe ich nicht,

denn in unserem Antrage steht nichts davon; ich muß bitten, in den Antrag nichts hineinzulegen, was nicht darin steht. Ferner hat Herr Oberbürgermeister Netemeyer erklärt, der Unternehmer paßte schon allein auf, daß die Arbeit ordentlich ausgeführt würde, weil es sich dabei um seinen eigenen Geldbeutel handle. Soweit dieser in Frage kommt, mag das wohl sein, aber in vielen Fällen läßt sich der Unternehmer gar nicht haftbar machen. Im übrigen weise ich noch darauf hin, daß die Militärverwaltung sogar eine eigene Fabrik zur Herstellung von Panzerplatten bauen will, daß also selbst dort Regiearbeiten eingerichtet werden sollen, weil man deren Wert erkannt hat. Daß der Unternehmer hier eine besondere Arbeit leisten soll, ist nicht richtig und Herr Meyerhoff hat diese Behauptung auch selbst widerlegt, indem er sagte, das Kontorpersonal mache die betreffende Arbeit, nicht aber der Unternehmer. Wenn wir also unsere Bauten möglichst gut herstellen und den Unternehmergewinn für uns behalten wollen, dann müssen wir sie in eigener Regie bauen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, und der Antrag Herzberg und Genossen abgelehnt.

Es folgt nunmehr die Beratung des ersten Zusatzantrages zum § 7, welcher lautet:

„Bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten und Lieferungen zc. sollen

1) Mitglieder städtischer Kollegien ausgeschlossen sein. . . .“

Zur Begründung dieses Zusatzantrages nimmt das Wort Herr Herzberg: Wir halten es für außerordentlich wichtig und gehen auch von der Erwägung aus, daß wir als Vertreter der Stadt die Pflicht haben, jede Gelegenheit zur Korruption der Stadtverwaltung zu vermeiden, und es ist unbestreitbar eine Gelegenheit zur Korruption, wenn Mitglieder der städtischen Kollegien an Arbeiten und Lieferungen für die Stadt beteiligt sind. Ob hier schon einmal eine solche Erscheinung von Korruption zutage getreten ist, kann ich nicht entscheiden. Aber wenn das auch nicht der Fall sein sollte, so haben wir doch alle Veranlassung, dasjenige aus dem Wege zu räumen, was einen Grund dazu geben könnte, und müssen wir hier eine Art Präventivpolitik treiben. Die Stadt Frankfurt a. M. hat ausdrücklich bestimmt, daß bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen der Stadt Stadtverordnete nur berücksichtigt werden können, wenn der Magistrat eine besondere Erlaubnis dazu erteilt. Im übrigen bringen wir durch diesen Antrag keine neuen Motive in unsere Verwaltung hinein, denn im § 56 der Städteordnung heißt es:

„ . . . . Ein wegen eines Sonderinteresses bei einem Beschlusse beteiligtes Mitglied (der Stadtverordnetenversammlung) hat sich der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung zu enthalten. . . .“

Unser Antrag bewegt sich aber in derselben Richtung. Auch die Versammlung selbst hat sich in dieser Richtung schon einmal schlüssig gemacht. Ueber die Sitzung vom 8. April 1897 äußert sich der Bericht auf Seite 4 folgendermaßen: „Herr Brückmann bringt Herrn Meyerhoff in Vorschlag. Der Herr Vorsitzende bemerkt hierzu, daß davon abgesehen sei, die Herren Meyerhoff und Nieß für die Baukommission wieder in Vorschlag zu bringen, weil in dieser Kommission wesentlich diejenigen Vorlagen zur Verhandlung kommen, welche sich auf Ausarbeitungen der städtischen Bauverwaltung gründen und es nach Lage der Sache doch wohl besser sei, wenn Werkmeister, welche für die städtische Bauverwaltung arbeiten, der Baukommission nicht angehören.“

Diese Aeußerung war so überzeugend, daß die beiden Herren (Nieß und Meyerhoff) aus der Baukommission herausgewählt wurden. Nachher ist man allerdings wieder anderer Ansicht geworden, denn wie Sie wissen, sitzt Herr Meyerhoff jetzt wieder in der Baukommission. Zweifellos ist es aber ein gesundes Prinzip, das wir durch unseren Antrag hier einführen wollen, und würden wir damit auch einen ethischen Nutzen stiften.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich gebe zu, daß eine derartige Bestimmung unter Umständen von Wert sein kann, aber nur dann, wenn — sagen wir es deutsch — Wettermicheleien bei der Vergabung städtischer Arbeiten vorgekommen sind, oder vorzukommen drohen. Wenn das aber nicht der Fall ist, so stellt sich eine Stadt durch die Aufnahme einer derartigen Bestimmung ein schlechtes Zeugnis aus. (Zustimmung.) Was kann der Grund sein, solche Bestimmung aufzunehmen? Die Schäden, welche sie im Auge hat, könnten darin bestehen, daß der einzelne Stadtverordnete durch Zuwendung von städtischen Lieferungen beeinflusst werde, in anderen Fällen zu Gunsten des Magistrates zu stimmen und andererseits der Magistrat sich, weil der Lieferant einer Sache ein Stadtverordneter ist, mit einer minderwertigen Lieferung zufrieden erklärte. Was den ersten Grund anlangt, so werden Sie wohl keinen Fall anführen können, in dem hier solche Sachen vorgekommen sind. Ich wüßte wenigstens keinen Stadtverordneten, der in dieser Beziehung so schwach wäre gegenüber einer Forderung des Magistrates, daß er sagte, weil mir der Magistrat Arbeiten übertragen hat, stimme ich für den Magistrat. Das ist ein so unwürdiger Gedanke, daß ich ihn nicht weiter ausführen mag. (Zustimmung.) Daß aber der Magistrat sich beeinflussen lassen sollte, weil der Lieferant ein Stadtverordneter ist, eine minderwertige Lieferung abzunehmen, ist eine wenig Vertrauen erweckende Zumutung für den Magistrat; ich für meine Person — und ich darf wohl auch im Namen der übrigen Mitglieder des Magistrates sprechen — muß dazu bemerken, daß ich mich bei der Abnahme und Beurteilung einer Arbeit niemals dadurch beeinflussen lassen würde, daß der Lieferant ein Stadtverordneter ist. Andere Gründe für den Antrag kann

ich mir nicht denken; wohl aber gibt es Gründe genug, die gegen den Antrag sprechen. Ich will den Fall sehen, die Stadt hätte eine größere Menge von Chinin nötig und wendete sich dieserhalb an Herrn Dr. Buchler. Dieser müßte darauf erklären, er liefere nichts, oder aber er müßte erst sein Mandat als Stadtverordneter niederlegen und das darf er wiederum nicht. Wir kämen dadurch also in eine sehr unangenehme Position und die Stadt hätte den Schaden davon, weil sie hier am Platze die Lieferung nicht bekommen könnte. Es braucht auch nicht einmal wie in diesem Falle sich um einen einzigen Lieferanten in der Stadt handeln, sondern auch, wenn zwei Lieferanten vorhanden sind und davon ist der eine ein Stadtverordneter, so bleibt für den Magistrat jede Möglichkeit zu konkurrieren ausgeschlossen, weil der eine Lieferant als Stadtverordneter nicht in Frage kommt. Damit zwingt man aber nicht allein, daß ein Stadtverordneter als solcher ausgeschlossen werden muß, sondern, wenn Sie einmal so ängstlich sind, müssen Sie auch noch weiter gehen und müssen das Verbot nicht nur auf die Stadtverordneten beschränken, nein, weder Bruder, noch Schwester, noch Schwager eines Stadtverordneten darf dann liefern. Ich bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Herr Nolte: Ich bitte ebenfalls um Ablehnung des Antrages, gegen den noch ein weiterer wichtiger Punkt spricht. Wir haben hier in der Versammlung tüchtige Handwerker durchaus nötig, und haben diese Herren hier bislang in sehr erfreulicher Weise im Interesse der Stadt mitgewirkt. Wenn aber ein derartiger Antrag durchginge, so würde sich kaum noch ein Handwerker finden, der sich zum Stadtverordneten wählen ließe, denn man kann es niemand zutrauen, sich hier an den Beratungen zu beteiligen, wenn ihm auf der anderen Seite dadurch der Verdienst abgeschnitten wird. Das vorhin angeführte Beispiel mit der Besetzung der Baukommission paßt nicht, denn es würde wohl selbstverständlich sein, daß in die einzusetzende Deputation, welche über die Zuschlagserteilungen zu beschließen haben wird, ein Handwerksmeister aus der Versammlung nicht gewählt werden darf. Wenn er aber hierbei nicht mitzuwirken hat, so sehe ich kein Bedenken in der Uebertragung städtischer Arbeiten an Stadtverordnete. Endlich kommt noch in Frage, daß möglicherweise ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordneten eintreten könnte, jedoch ist das durch die Fassung des § 12 der Vorschriften, wonach die Zuschlagserteilung durch eine gemischte Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede, zwei Stadtverordneten und dem Chef der städtischen Bauverwaltung, erfolgt, vollständig ausgeschlossen.

Herr Stegmann: Ich bin erstaunt über die Herren, daß sie die Sache so leicht nehmen. Der Herr Referent hat selbst gesagt, daß die Schäden beseitigt werden sollen, welche sich früher bei der Vergabung städtischer Arbeiten und Lieferungen herausgestellt haben und jetzt wollen Sie nichts davon wissen? Wenn solche Schäden hier wirklich noch nicht vorgekommen sind, wer bürgt denn dafür,



daß sie nicht noch einmal vorkommen können. Es ist schon angeführt worden, daß das Eintreten eines Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Magistrat und Stadtverordneten ausgeschlossen sei, jedoch habe ich schon außerhalb der Versammlung von Leuten, die vom Bau etwas verstehen, gehört, es gebe Leute hier in der Stadt, die bei der Wahl zum Stadtverordneten nur darauf ausgehen, von der Stadt Arbeit zu erhalten. (Unruhe.) Schon im eigensten Interesse der betreffenden Stadtverordneten würde es liegen, wenn sie lieber ihr Mandat niederlegten, als sich solchen Dingen aussetzen. Wenn der Herr Oberbürgermeister die Chininlieferung als Beispiel gegen unseren Antrag anführte, so bemerke ich, daß es sich dabei um einen Ausnahmefall handelt. Uebrigens bestehen solche Bestimmungen, wie wir sie wünschen, schon in verschiedenen Städten, wie Nürnberg, München, Würzburg &c. Dort bestehen direkte Verbote gegen die Beteiligung von Stadtverordneten an städtischen Arbeiten und Lieferungen, während in Frankfurt a. M. der Magistrat Ausnahmen zulassen kann. Das ist ja allerdings eine Hintertür, aber es ist wenigstens etwas geschehen, während man hier gar nichts zugestehen will.

Herr Frühling: Die Baukommission schlägt Ihnen vor, auf den Antrag nicht einzugehen. Wir sind der Meinung, daß wir das wertvolle Material aus den Kreisen der Handwerker hier in der Versammlung nicht entbehren wollen und daß unlautere Sachen durch die übrigen Bestimmungen ausgeschlossen sind.

Herr Sander: Ich hatte mir vorgenommen, hierzu nicht das Wort zu nehmen, jedoch bin ich durch die Ausführung einiger Herren dazu veranlaßt worden. Herr Stegmann hat geäußert, es sei hier in der Stadt die Meinung verbreitet, es hätten einige Handwerksmeister nur deshalb ein Stadtverordnetenmandat angenommen, um dadurch städtische Arbeit zu erhalten. In diesen Ausführungen liegt für uns Stadtverordnete, die wir Handwerker sind und, wenn auch nur zu einem kleinen Teile, städtische Arbeit übernehmen, ein großer Vorwurf, den ich energisch zurückweisen muß. Ich halte den Stadtverordneten, der sich durch sein Mandat pekuniäre Vorteile verschaffen will, für einen traurigen und unwürdigen Stadtverordneten, aber auch den Magistrat würde ich für unwürdig halten, welcher solche Stadtverordneten als Schleppenträger benutzen wollte. Gott sei Dank aber haben wir einen solchen Magistrat hier nicht.

Zur Sache selbst will ich bemerken, daß es mir ziemlich egal ist, wie die Beschlußfassung hierüber ausfällt, aber ich muß doch sagen, es würde ein gewisses Mißtrauen in der Annahme des Antrages liegen, indem Sie das Vertrauen, welches die Wähler in uns gesetzt haben, nicht anerkennen und nicht teilen. Wenn Sie sagen, wir wären vom Magistrate abhängig, so erwidere ich darauf, daß wir weder vom Magistrate, noch von der städtischen Bauverwaltung abhängig sind. Und das möchte ich den Herren Antragstellern noch sagen: wir sind vom Magistrate nicht so weit abhängig, wie Sie von Ihrer Partei! Sie müssen der Partei

zu willen sein, denn Sie stehen in ihrem Lohne und sind deren Angestellte, also müssen Sie auch naturgemäß nach deren Pfeife tanzen. (Unruhe.) Ich will es gestraft dem Urtheile der Versammlung und aller ruhig denkenden Bürger überlassen, darüber zu entscheiden, ob unser Abhängigkeitsverhältniß für die Stadt nachtheiliger ist, als dasjenige Abhängigkeitsverhältniß, in dem Sie sich befinden. (Zustimmung.)

Herr Esdorn: Ich bin gegenteiliger Ansicht, als Herr Kolte; denn ich meine, wir müßten gerade in die Deputation Handwerker hineinwählen, weil sie dort nötig sind, jedoch kann es sich allerdings nur um solche Handwerker handeln, die keine städtischen Arbeiten übernehmen. Aus diesem Grunde ist mir der Antrag sympathisch. Es ist auch nicht richtig, daß wir bei Durchführung des Antrages keine Handwerker mehr für die Versammlung bekommen würden, denn es finden sich noch genügend Handwerker dazu, die gern auf städtische Arbeiten verzichten. Gerade im Interesse der Versammlung und auch der Handwerker möchte ich bitten, dem Antrage Folge zu geben. In der dritten Wahlklasse ist es uns unter den heutigen Verhältnissen gar nicht mehr möglich, Handwerker in die Versammlung hineinzu-bekommen, weil ihnen seitens der Gegner immer vorgeworfen wird, sie wollten sich nur hineinwählen lassen, um städtische Arbeit zu bekommen. Dieser Stimmung müssen wir aber Rechnung tragen und deshalb ist mir der Antrag im Interesse der Handwerker selbst sympathisch.

Herr Rieke: Die Erregbarkeit des Herrn Sander hat gerade bewiesen, daß bei ihm nicht sehr weit am Ziele vorbeigeschossen ist. . . (Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Soll das etwa eine versteckte Andeutung sein, daß Sie Herrn Sander beschuldigen wollen, er habe sein Mandat benützt, um städtische Arbeiten zu bekommen? Ich mache darauf aufmerksam, daß dies nicht an einen Ordnungsruf streift. Lassen Sie uns doch die Debatte in ruhiger und sachlicher Weise führen. Ich muß zugeben, daß von der anderen Seite eine gewisse Veranlassung zur Reizbarkeit gegeben ist, jedoch bitte ich, den sachlichen Boden nicht zu verlassen.

Herr Rieke: Dann bitte ich, bei der Erteilung einer Rüge nicht von hinten, sondern von vorn anzufangen.

Vorsitzender: Ich dulde keine Aeußerung darüber, was ich zu tun oder zu lassen habe. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ich habe ausgeführt, daß auch auf der anderen Seite zu weit gegangen ist und trotzdem kommen derartige Zwischenrufe, die ich mir aufs dringendste verbitten muß.

Herr Rieke: Was ist denn Herrn Sander von mir zum Vorwurf gemacht worden? Daß es, weil er städtische Arbeiten erhalten kann, nicht statthaft erscheint, ihn in die Deputation zu wählen. Ich bin in der Baukommission in der Minorität geblieben und wenn damals der Antrag des Seniorenkonvents gefaßt und von

Herrn Semler sehr warm befürwortet wurde, so läßt das darauf schließen, daß sich dem Seniorenkonvente die Ueberzeugung aufgedrungen hatte, daß einer allgemeinen Unzufriedenheit unter den Handwerkern Rechnung getragen werden müsse. Als Herr Nieß seinerzeit in die Kanalbaukommission gewählt werden sollte, sagte Herr Semler, da gibt es aber auch Holz zu liefern. Bei dem Stadthausbau haben Kollegen des Herrn Meyerhoff nicht so gut abgeschnitten, als er; woran das liegt, weiß ich nicht. Durch solche Sachen kommt aber die Unzufriedenheit der Handwerker zum Ausdruck. Bei dem Rathausbau war man zweifelhaft, ob das Dach von 9 m Spannweite in Holz oder Eisen ausgeführt werden solle und da hieß es im Publikum: Hans in Eisen oder Albert in Holz. Um das zu verhüten, sollten die Handwerksmeister aus der Baukommission heraus, aber trotzdem sind wieder welche hineingewählt worden. In anderen deutschen Kommunen ist das nicht Sitte. Wenn man von jeher beim Magistrate darauf gehalten hätte, wäre es auch besser gewesen. Deshalb soll man die Handwerksmeister aus der Deputation herauslassen. Die Errichtung der Bedürfnisanstalt im Bürgerparke war seinerzeit Herrn Nieß für 6000 M übertragen worden, und als man meinte, das wäre doch wohl ein zu hoher Preis, sagte er, die Arbeit ist mir übertragen, nun wird das wohl richtig sein. Ich bringe diese Sachen hier vor, nicht um den Handwerksmeistern etwas an den Kopf zu werfen, sondern ich sage es aus dem Empfinden heraus, wie ich es in der Bürgerschaft gehört habe. Es ist eine Tatsache, daß sich die Arbeiter hierüber noch nicht genügend ausgesprochen haben. Von städtischen Beamten wird aber auch ab und zu gesagt, es sei Schafmist, was da gemacht worden sei.

Herr Herzberg: Ich habe mich außerordentlich gewundert, daß Herr Sander überhaupt zur Sache das Wort ergriffen hat; kein Mensch hat seinen Namen genannt und ich weiß wirklich nicht, weshalb er in diese sittliche Entrüstung verfallen ist. Glücklicherweise ist er dabei jedenfalls nicht gewesen. Von Herrn Oberbürgermeister Metemeyer ist sodann gegen den Antrag gesprochen worden, und meinte er, es könnte sich nur um Wettermicheleien handeln, worauf er emphatisch erklärte, er könne für sich behaupten, daß hier etwas Derartiges noch nicht vorgekommen sei. Das gebe ich zu, aber kann er für andere und für alle Zukunft seine Hand ins Feuer legen und behaupten, daß so etwas nicht passieren könne? Darum handelt es sich aber gerade bei unserm Antrage.

Ferner hat Herr Nolte gesagt: wir würden durch den Antrag die Handwerker aus unserer Mitte verlieren, die für die Stadt von großem Nutzen gewesen seien. Das ist richtig, die Herren würden vor die Wahl gestellt, entweder auf ihr Stadtverordnetenmandat oder auf die städtische Arbeit zu verzichten. Geschieht das erstere, so würde sich auch nach der Ansicht des Herrn Esborn genügend Ersatz finden. Die Intelligenz des Handwerkes würde hier also doch vertreten sein und wir würden nicht untergehen, wenn die jetzigen Stadtverordneten aus der Ver-

sammlung verschwänden, weil sie städtische Arbeiten übernehmen wollten. Die Herren sollten uns dankbar sein für unsern Antrag, weil wir sie aus dem Widerstreit befreien wollen, in den sie unter den jetzigen Verhältnissen kommen können. Herr Sander hat sodann gemeint, wir wären abhängig und bezahlt von der Partei. Was sollen aber solche Anführungen, da das der Versammlung doch ganz gleichgültig sein kann? Wir sind jedenfalls noch niemals durch unsere Abhängigkeit verhindert gewesen, unsere Meinung ungeschminkt hier zum Ausdruck zu bringen, und das ist doch wohl die Hauptsache. Herr Meyerhoff hat eigentlich sachlich für den Antrag gesprochen und hat gesagt, es würde unwürdig sein, wenn solcher Magistrat und solche Stadtverordneten da wären. Um aber zu vermeiden, daß ein derartiger Zustand überhaupt eintreten kann, haben wir gerade den Antrag gestellt. Gegenüber der Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters, daß wir uns durch Annahme des Antrages ein schlechtes Zeugnis ausstellen würden, bin ich der Ansicht, daß wir uns gerade ein gutes Zeugnis ausstellen würden.

Herr Nolte: Ich habe mit keinem Worte davon gesprochen, daß ich es nicht für wünschenswert hielte, Handwerker in unseren Kommissionen zu haben. Im Gegenteil, ich habe erklärt, es sei die Frage, ob ein Handwerker in eine Kommission gewählt werden könne oder nicht, ganz etwas anderes, als die hier zu entscheidende Frage.

Herr Frühling: Ich möchte diejenigen Herren, welche Bedenken haben, daß das Amt eines Stadtverordneten benützt werden könnte, um in ungerechtfertigter Weise Arbeit zu erlangen, auf den § 12 der Vorschriften verweisen, in welchem gesagt ist, daß der Zuschlag durch eine Deputation erteilt werden soll. Damit ist es aber ausgeschlossen, daß ein Stadtverordneter in ungerechtfertigter Weise Arbeit erhält.

Herr Koch: Ich bin in früherer Zeit für den Vorschlag der Herren drüben gewesen, aber nachdem die Einrichtung getroffen ist, daß zum Zwecke der Zuschlagserteilung eine Deputation eingesetzt werden soll, kann ich mich nicht mehr auf diesen Standpunkt stellen.

Herr Meyerhoff: Auf die Ausführungen des Herrn Niese will ich nicht weiter eingehen, die richten sich selber. Herr Herzberg hat mir eine Äußerung in den Mund gelegt, die von Herrn Sander stammt, was ich richtig stellen wollte.

Der erste Zusatzantrag wird darauf abgelehnt.

Es folgt die Beratung des zweiten Zusatzantrages zum § 7, der lautet:

„Bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten, Lieferungen usw. sollen

2) die Unternehmer in den Verträgen verpflichtet werden,

a. in Zeiten der Arbeitslosigkeit in erster Linie hiesige verheiratete Gesellen und Arbeiter zu beschäftigen;

b. bei sämtlichen städtischen Arbeiten und Lieferungen die zwischen den Arbeiterorganisationen und den Unternehmern

vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen innezuhalten. Falls derartige Vereinbarungen nicht bestehen, gelten die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die, wenn Zweifel obwalten, vom Ausschuß des Arbeitsamtes vermittelt werden.

Zur Sicherung der Arbeitslöhne haben die Unternehmer entsprechende Kauttionen zu hinterlegen."

Zur Begründung nimmt das Wort Herr Stegmann: Der Herr Referent hat die Bitte ausgesprochen, es möchte möglichst jeder seine Wünsche zurückstellen, weil die Deputation alles genau beraten und versucht habe, einen guten Mittelweg zu finden; ebenso hat derselbe darauf hingewiesen, daß durch die Aufstellung der Kostenanschläge die Arbeiter geschützt würden und daß im § 7 der Vorschriften auch die hiesigen Arbeiter gemeint sein sollten. Das mag richtig sein, aber ich habe geglaubt, daß sich die Bestimmung nur auf die Unternehmer bezöge. Es sind das so unbestimmte Ausführungen, daß ich damit nicht einverstanden sein kann; es muß etwas Bestimmtes geschaffen werden, damit die Arbeiter in dieser oder jener Weise geschützt werden können.

Der Punkt 2a unseres Antrages will nicht etwa die Freizügigkeit ausschließen und eine chinesische Mauer um Braunschweig ziehen, sondern es soll dadurch nur verhindert werden, daß auswärtige junge Leute herangezogen werden, während hiesige verheiratete Leute auf der Straße liegen. Es war unerhört, daß im Vorjahre der Maurermeister Webler bei dem Bau der Schule an der Comeniusstraße sich Maurer von den Affebörfern zu einem Stundenlohn von 37—50  $\text{M}$  holte, während hier 150 Maurer auf der Straße lagen. Dabei soll sogar ein städtischer Bauaufseher die Hand im Spiele gehabt haben.

Zum Punkte 2b des Antrages sei erwähnt, daß die Meister sich oft an den Materialien und den Löhnen schadlos zu halten suchen. Da sich aber an den Materialien nichts erübrigen lassen wird, so hält er sich an die Löhne und diesem Lohnbrücken soll durch die Lohnklausel ein Niegel vorgeschoben werden. Alle ehrlichen und ernsthaft zu nehmenden bürgerlichen Sozialpolitiker stehen auf dem Standpunkte, daß die Kommunen den Unternehmern mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Man sollte wohl erwarten, daß auf städtischen Bauten nicht schlechtere Bedingungen gestellt werden, als auf den übrigen Bauten. Es handelt sich hier durchaus nicht um eine einseitige Parteinahme für die Arbeiter, sondern jedermann, der nicht ein direktes Interesse daran hat, daß die Löhne gedrückt werden, müßte für eine derartige Bestimmung eintreten. Es ist nicht gleichgültig, wenn bei einer Schule 1 oder 2  $\text{M}$  weniger bezahlt werden, oder  $\frac{1}{2}$  Stunde länger gearbeitet wird, das bringt für den Unternehmer eine ganz schwerwiegende Summe. Noch schlimmer ist so etwas aber für die Arbeiter, denn wenn auf einer solchen Stelle einige hundert Arbeiter beschäftigt werden, so übt das auf den ganzen Arbeitsmarkt

einen sehr ungünstigen Eindruck aus. Auch vom Standpunkte der Unternehmer ist anzustreben, daß unser Antrag angenommen wird. Die Konferenz der bayerischen Handwerkskammer hat an die Regierung die Forderung gerichtet, daß sie eine solche Lohnklausel einführen möchte, und heißt es in der Begründung, daß dadurch viel Streit zwischen Arbeitern und Unternehmern und auch die Schleuderkonkurrenz beseitigt werden würde. Auch der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden hat an die sächsische Regierung eine derartige Forderung gerichtet. Wenn es auch sein mag, daß diese Leute die Lohnklausel nur als Vorspann zur Streik-klausel haben wollen, so sieht man doch, daß auch die Unternehmer ein Interesse daran haben, diese Klausel zu erhalten. Lohnstreitigkeiten werden dadurch jedenfalls vermieden. In Deutschland haben wir noch nicht viele Kommunen, die in dieser Beziehung vorgegangen sind, und ist uns das Ausland, auf das wir so gerne von oben herabsehen, in dieser Beziehung voraus. In England ist vom Parlament der Beschluß gefaßt worden, diese Bestimmung bei staatlichen Arbeiten in die Arbeitsverträge aufzunehmen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Frankreich. Wenn auch nicht durch das Gesetz, so kann solche Bestimmung doch durch Dekret erlassen werden und geschieht das z. B. in Paris überall. Belgien ist noch weiter vorgeschritten, dort war schon 1891 eine Enquete vorgenommen, durch welche die Bestimmung überall festgestellt wurde. Auch in anderen Staaten, namentlich in den englischen Kolonien von Süd-Australien zc. haben wir noch weiter vorgeschrittene Kommunen. Selbst in Deutschland haben wir einzelne Kommunen, die in dieser Weise vorgegangen sind. Nach dem Reichsarbeitsblatte hat das statistische Amt an 57 Kommunen eine entsprechende Umfrage gerichtet und dabei festgestellt, daß in der Hälfte der Städte die Klausel bestand, so in Barmen, Köln a. Rh., Crefeld, Danzig, Fürth, Hannover, Königs-berg in Pr., Straßburg i. E., Ulm, Wiesbaden zc.

Wenn der Herr Referent im Eingange der Verhandlungen sagte, wir wollten uns an das Kölner Statut anlehnen, so muß ich sagen, daß in puncto der Schutzbestimmungen für Arbeiter dieses Statut keine Beachtung gefunden hat. Die Gemeinde Wiesbaden ist sogar soweit gegangen, daß sie von den Unternehmern verlangt, den sämtlichen bei ihnen beschäftigten Arbeitern die ortsüblichen Löhne zu zahlen, also nicht nur den bei städtischen Bauten beschäftigten Arbeitern. Es handelt sich hier also nicht um so ungeheuerliche Forderungen, sondern man will nur einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorbeugen. Wer aber Interesse an der Regelung der Lohnfrage hat, der muß dafür eintreten.

Was den letzten Absatz unseres Antrages betrifft, so könnte vielleicht darauf hingewiesen werden, daß hier so etwas nicht nötig sei, weil nur solide Firmen Arbeit von der Stadt erhielten. Es kann das aber hier trotzdem vorkommen, denn es können Unternehmer Arbeit bekommen, die nichts weniger als solide sind. Gerade unter den Bauunternehmern befinden sich so viele unsolide Elemente, daß

es nicht ausgeschlossen ist, einen solchen zu haben, selbst wenn man glaubt, das Gegenteil sei der Fall. Man kann die Arbeiter auch nicht auf den Weg der Klage verweisen, weil sie den Ausgang der Klage nicht abwarten können, indem sie ihren Lohn nötig gebrauchen. Die Firma Röper war seinerzeit auch als solide bekannt und doch war sie auf einmal pleite und der Inhaber war verduftet. Aus diesem Grunde ist es richtig, zur Sicherung der Arbeitslöhne Kautionen hinterlegen zu lassen. Die Stadt hat durch die Einfügung der Lohnklausel keinen Schaden; sie nützt vielmehr dem Unternehmer wie dem Arbeiter.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Zweimal ist von den Herren der Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß man so leicht über die Sachen weggehe. Ich bin allerdings nicht in der Lage, mit so eingehendem Zahlenmateriale zu dienen, aber ich muß bestreiten, daß ich so leicht darüber hinweggehe. — Auch gegen diesen Antrag muß ich sprechen.

Was den Punkt 2 a betrifft, so klingt das ja wunderschön, ist aber in der Ausführung äußerst schwer. Was soll ein Unternehmer machen, der einen guten Stamm von Arbeitern hat, die er regelmäßig von Jahr zu Jahr beschäftigt? Soll er dieser Bestimmung gegenüber gezwungen sein, seine Leute, welche nicht in Braunschweig selbst wohnen, in Zeiten der Arbeitslosigkeit zu entlassen, nur um hiesige verheiratete Leute einzustellen? Das geht doch wohl zu weit. Wir haben schon häufig erlebt, daß unverheiratete Leute beschäftigt werden, weil ihnen die Last obliegt, für einen arbeitsunfähigen Vater, für die Mutter oder die Geschwister zu sorgen. In solchem Falle ist es doch wohl einerlei, ob ein Mann Familie hat oder nicht. Das läßt sich also nicht strikte durchführen.

Sodann sagen Sie in dem Antrage „hiesige verheiratete Gesellen und Arbeiter“. Was ist aber ein hiesiger Arbeiter? Wenn ich hier ankomme und Wohnung nehme, so bin ich mit diesem Augenblicke ein hiesiger Einwohner. Untersuchen Sie einmal, ob alle Leute, die im Frühjahr hier eintreffen, um Arbeit zu nehmen, auch im Herbst wieder fortgehen. Wenn ein solcher Fall vorgekommen ist, wie ihn Herr Stegmann angeführt hat, so würde ich das für ungebührlich erklären, und wenn die Deputation ein derartiges Material unterbreitet erhält, so würde ich es für richtig halten, den Unternehmer auszuschließen.

In dem zweiten Antrage ist dann gesagt worden, es sollen Bestimmungen in die Vorschriften aufgenommen werden, wonach die vereinbarten Löhne auch wirklich gezahlt werden. Schön gedacht, aber schwer durchzuführen, weil es an einem fest gegliederten Organe auf Seiten der Arbeiter fehlt, das Gewähr dafür bietet, daß die Abmachungen auch auf der Seite erfüllt werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir im Anfange eines Jahres mit Arbeitern verhandelt haben und als wir sie am Schlusse des Jahres wieder hören wollten, waren sie nicht mehr hier. An wen soll man sich also halten? Es fehlt an einem Organ der Arbeiter

und wenn das erst einmal vorhanden ist, à la bonheur, so läßt sich darüber sprechen. Wenn heutzutage im Frühjahr auch die festesten Vereinbarungen über die Höhe des Lohnes getroffen sind, so legen die Arbeiter, wenn es ihnen nach einem Vierteljahre nicht mehr paßt, doch die Arbeit nieder. Es ist auch in dem Antrage nicht gesagt, „der ortsübliche Tagelohn“, sondern es soll „der im Gewerbe übliche Lohnsatz“ gezahlt werden. Das ist aber ein derartig unbestimmter Begriff, daß ich den Magistrat davor bewahren möchte, hierüber die Entscheidung abzugeben. Noch weniger ist aber das Arbeitsamt dazu in der Lage, das diesen Satz auch nicht feststellen kann.

Eine derartige Bestimmung hat auch noch den Nachteil, daß wohl die Leistung des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeiter vollständig gesichert wird, aber man müßte nun konsequenterweise doch auch fordern, daß die Rechte des Arbeitgebers gesichert würden. Der Arbeiter müßte also den ortsüblichen Tagelohn fordern können, jedoch müßte er auch verpflichtet werden, seine Schuldigkeit zu tun. Ich wollte aber einmal sehen, wenn wir uns die Entscheidung über Sachen anmaßen wollten, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Vertrag geregelt werden könnten. Vor etwa Jahresfrist hat einmal der verstorbene Herr Oberbürgermeister Pockels hier nach Stellung eines Antrages auf Schaffung von Arbeit erklärt, die Zimmerleute hätten besser getan, von dem Streik im letzten Sommer Abstand zu nehmen, worauf in der folgenden Sitzung Herr Stegmann die Erklärung abgab, die Zimmerleute verbäten sich, daß in dieser Weise seitens des Magistrates in ihre Angelegenheiten eingegriffen werde. Das war ein stolzes Wort, aber Herr Stegmann muß jetzt die Konsequenz ziehen: wenn der Magistrat nicht einmal das Recht haben soll, den Herren Zimmerleuten einen guten Rat erteilen zu lassen, so ist er auch nicht berufen, gelegentlich solcher Verträge die Rechte der Arbeitnehmer in einseitiger Weise festzulegen. Die Sache hat auch insofern noch ihre großen Bedenken, als durch diese Vorschrift die Position der Arbeiter nur auf einem verhältnismäßig kleinen Kreise der städtischen Verwaltung verbessert werden kann, was ich für sehr bedenklich halte. Wenn die Stadt für eine sachgemäße Löhnung der Arbeiter zu sorgen hat, so soll sie sich nicht darauf beschränken, dies nur gelegentlich der Bauarbeiten zu tun, sondern sie muß es auf dem ganzen Gebiete ihrer Verwaltung tun, und wenn das geschehen soll, so erwächst ihr eine Aufgabe, die nicht leicht ist. Wenn Sie uns zwingen wollten, auf den Antrag einzugehen, so nötigen Sie den Magistrat von der Stelle, die ihm das Gesetz zugewiesen hat, herabzusteigen in die Arena der Lohnkämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. (Zustimmung.)

Herr Frühling: Namens der Baukommission habe ich Ablehnung auch dieses Antrages zu beantragen. Betreffs der Stellung von Kaution sind mehrfach Zweifel entstanden, weil im § 17 der Vorschriften nur von der Freigabe der



Kaution die Rede ist. Die Hinterlegung einer Kaution ist nicht besonders erwähnt, weil in vielen Fällen überhaupt keine Kaution gefordert wird und wir gemeint haben, es sei das beste, die Sache so zu lassen, daß Kaution nur erhoben wird, inwieweit das wünschenswert erscheint. Der § 17 ist nur dazu bestimmt, die betreffenden Unternehmer, denen eine Kaution abgefordert ist, davor zu sichern, daß die Kaution zu lange zurückbehalten wird.

Herr Günther: Der Herr Oberbürgermeister scheint die Versammlung damit bange machen zu wollen, in welche Verlegenheit der Magistrat durch Annahme des Antrages kommen könnte. Lassen Sie sich aber nicht bange machen, die Sache ist nicht so schlimm. Heutzutage ist der Unternehmer schon so wie so gezwungen, sich nach den ortsüblichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu richten, jedoch wollen wir, daß die städtischen Behörden den Unternehmer verpflichten, städtische Arbeiten nur unter gewissen Bedingungen zu übernehmen. Der Magistrat würde meiner Meinung nach durchaus nicht in Verlegenheit kommen, auch wenn einmal ein Streik ausbrechen sollte. Während von Herrn Stegmann bereits ausgeführt worden ist, daß eine große Anzahl von Städten derartige Bedingungen schon haben, könnte man dem noch hinzufügen, daß diese nicht nur für einen Teil, sondern für alle Arbeiter getroffen werden müßten. So haben sich verschiedene Städte verpflichtet, die Druckarbeiten nur da zu bestellen, wo der anerkannte Tarif bezahlt wird. Auch die Maurer und die Zimmerleute haben eine solche Vereinbarung getroffen, so daß sich die Stadtverwaltung daran halten könnte. Ich wüßte also keinen triftigen Grund gegen den Antrag und kann nur auf die Vermutung kommen, daß man einfach nicht will. Das geht auch schon daraus hervor, daß in der Kommission gesagt worden ist, die Anträge sämtlich abzulehnen. Ich möchte aber ersuchen, diese als die gerechteste Forderung anzunehmen. Warum will die Stadt nicht soweit gehen, den Unternehmer zu verpflichten, die Arbeitsbedingungen anzunehmen? In dem Antrage ist gesagt worden, „falls derartige Vereinbarungen nicht bestehen, gelten die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen“, und auch diese lassen sich leicht feststellen. Lohnschwankungen gibt es überall in den einzelnen Berufen, aber man kann ganz gut den Mindest- und den Höchstlohnsatz feststellen, um auf den richtigen Durchschnittssatz zu kommen. Ich möchte also ersuchen, den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht zu folgen, sondern unsern Antrag anzunehmen.

Herr Wesemeier: Der Einwand des Herrn Oberbürgermeisters, daß ein Arbeitgeber nicht hiesige Arbeiter nehmen könne, wenn er einen Stamm gut eingearbeiteter auswärtiger Arbeiter habe, die er dann entlassen müsse, ist nicht ganz akzeptabel. Wie steht es denn bei dem Handwerk heute? Wer als Geselle arbeiten will, muß alle Arbeiten kennen; von einem eingearbeiteten Handwerkerstande kann heute mit Ausnahme der Kanalarbeiter gar keine Rede mehr sein. (Heiterkeit.)

Darüber lachen die Fabrikanten, die hiervon keine Ahnung haben. (Heiterkeit.) Ein jeder Maurer, Zimmerer, Dachdecker zc. muß (Ruf: müßte!) jede Arbeit so perfekt herrichten können, wie ein anderer Geselle. Daß es minderwertige Leute gibt, ist richtig, aber sie bilden nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Es kann also absolut nicht heißen, daß ein Unternehmer einen eingearbeiteten Stamm von Leuten hat, denn wir wissen, wie es auf den Bauten hergeht. Jedenfalls wissen wir es besser, als die Herren, welche vorhin gelacht haben. Die Definition des Herrn Oberbürgermeisters über den Begriff „hiesige“ Arbeiter, verstehe ich nicht, unser Antrag bezweckt, solche Leute einzustellen, die im Herbst nicht wieder nach der Heimat zurückfahren. Wer nur für die Sommerarbeit hierherkommt, der bringt seine Familie nicht mit, sondern kommt allein und dieser ist als Wanderarbeiter zu betrachten. Einen großen Teil solcher Arbeiter haben wir in den hiesigen größeren Werkstätten.

Nun sagt der Herr Oberbürgermeister weiter, die von uns vorgeschlagene Lohnklausel dürften wir schon deshalb nicht einführen, weil es auf seiten der Arbeiter an einem Organ fehlt, mit welchem positive Verträge abgeschlossen werden können. Ich kann Ihnen aber sagen, wir haben tatsächlich solche Organe in den Gewerkschaften, die genau so eingerichtet sind, wie die Berliner Gewerkschaften des Baugewerbes. Wir sind hier also ebensogut organisiert wie in Berlin, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Arbeitgeberorganisation sich auf den Standpunkt stellt, es solle dem Arbeitnehmerverbande nichts bewilligt werden. Das sind gerade die Scharfmacher im Baugewerbe. Auch in Berlin ward dem Magistrat vom Berliner Bauarbeitgeberverbande eine sonderbare Rolle zugemutet. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Berlin schrieb nämlich dem dortigen Magistrat bei Beantragung der Einführung der Streikklausel als Begründung: „Nur der systematischen Verhöhnung der Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie wollen wir einen festen Kiegel vorschieben. Mit allen Kräften muß für die Befreiung der Arbeiterschaft von den verheerenden Elementen gewirkt werden, und wir rechnen dabei vertrauensvoll auf die Mitwirkung des Magistrates.“

Das ist der große Unterschied zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Arbeiter sind bestrebt, feste Tarifverträge herbeizuführen, aber die Innungen schließen sie von vornherein aus und sagen, wir bekümmern uns nicht darum. Andererseits hat die Stadt aber doch wohl eine moralische Verpflichtung, in ihren Betrieben darauf zu halten, daß die von anderen Unternehmern gezahlten Löhne auch dort gezahlt werden. Es wäre wenigstens ein skandalöser Zustand, wenn es nicht geschähe.

Herr Hauswaldt: Ich will ganz ehrlich sagen, daß mir dieser Punkt 2b sympathisch ist, jedoch muß ich die Einschränkung machen, daß ich nicht viel von der Sache verstehe. Wenn hier nämlich überhaupt eine solche Organisation bestände und

es würden dort feste tarifmäßige Sätze ausgearbeitet, dann würde ich wohl dafür zu haben sein, daß dieser Passus in die Vorschriften aufgenommen würde; denn ich kann es verstehen, daß die Arbeiter wünschen, einen derartigen Passus aufgenommen zu sehen. Daher möchte ich an den Herrn Referenten die Frage richten, ob es nicht möglich ist, daß bei der Vergabung von Bauten in einem solchen Falle die Löhne festgestellt werden, um eine Lohnbrückerie zu verhindern? Läßt sich ad hoc nicht solche Feststellung erreichen?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich stehe auf demselben Standpunkte wie Herr Hauswalbt. Die Sache kommt, sobald von Reichswegen Arbeiterkammern eingerichtet sein werden. Im übrigen kann ich den Innungen nicht verdenken, wenn sie mit dem Gewerkschaftsartell nichts zu tun haben wollen, weil dieses ein politisches Organ ist. Die Sache ist undurchführbar, weil ein Arbeitgeber, wenn er eine Offerte einreicht, schon vorher wissen muß, was er für Löhne zahlen wird, und das ist unmöglich.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Herr Frühling (als Referent): Das läßt sich nicht durch eine derartige Bestimmung machen. Die Verträge zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern müssen wir den beiden Parteien für sich überlassen. Die Stadt kann sich da unmöglich einmischen und diese Frage für die eine oder die andere Partei regeln, das führt zu weit. Wenn Ungehörigkeiten bei den Lohnfestsetzungen vorkommen sollten, haben wir in den Vorschriften doch eine gewisse Handhabe, indem man nur die Deputation davon in Kenntnis zu setzen braucht, worauf der betr. Unternehmer städtische Arbeit nicht wieder erhalten wird.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten und dabei auch der zweite Zusatzantrag zum § 7 in seinen einzelnen Teilen abgelehnt.

Hierauf kommen zwei neue Zusatzanträge zum § 7 zur Besprechung, nämlich:

- a. Antrag Jasper: „Alle Tief- und Straßenbauten, insbesondere die Steinseker- und Kanalarbeiten werden in eigener Regie der Stadt ausgeführt.“
- b. Antrag Wesemeier: „Bei der Vergabung von städtischen Bauarbeiten und Lieferungen sollen Mitglieder des Stadtbauamtes und der mit diesen in Verbindung stehenden Kommissionen und Deputationen von der Bewerbung ausgeschlossen sein.“

Vorsitzender: Es fragt sich, wie ich mit diesen Anträgen verfahren soll. Soll ich jetzt auf diese Sachen zurückgreifen, oder zunächst die älteren Anträge erledigen? Am richtigsten wird es sein, zunächst diese beiden neuen Anträge zu behandeln. Ich möchte daran aber die Bitte knüpfen, daß die Herren ihre An-

träge doch etwas mehr einschränken. Wir behandeln also zunächst den Antrag Jasper.

Herr Jasper: Die Kritik, welche gegen den Antrag auf allgemeine Einführung von Regiebauten hier vorgebracht worden ist, stützte sich wesentlich mit darauf, daß eine Regie bei Hochbauten nicht durchzuführen wäre. Wer aber Bedenken hatte, für die Einführung der Regie bei Hochbauten zu stimmen, der hat deshalb noch keinen Grund, gegen meinen Antrag aufzutreten, nach dem nur die Tief- und Straßenbauten in eigener Regie der Stadt ausgeführt werden sollen. An den Herrn Oberbürgermeister möchte ich die Anfrage richten, ob ich recht unterrichtet bin, daß ein großer Teil dieser Arbeiten schon jetzt in Regie ausgeführt wird, denn in diesem Falle würde auch die Praxis für meinen Antrag sprechen. Uebrigens will ich erwähnen, daß nichts im Wege steht, wenn auch bei den Hochbauten ab und zu städtische Arbeiten in Regie ausgeführt werden. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist richtig, daß ein Teil der Tiefbauarbeiten schon jetzt in Regie ausgeführt wird, und zwar richtet sich die städtische Bauverwaltung hierbei, soviel ich weiß, nach dem Grundsatz, daß diese Bauarbeiten in Regie ausgeführt werden, soweit bei der Bauausführung eine fortwährende Kontrolle seitens der städtischen Baubeamten erforderlich ist. Besonders notwendig erscheint dieses bei den zur Instandhaltung der Bahnhöfe vorzunehmenden Aufschüttungen. Auch bei anderen Sachen kommt es öfter vor. Ich bin übrigens durchaus kein Gegner von Regiearbeiten, und man kann auch nicht sagen, daß das eine Verfahren besser, das andere schlechter sei. Gerade deshalb möchte ich aber wiederholen: Warum sollen wir uns die Hände binden? Es kann andererseits auch niemand sagen, daß die Regiearbeiten unter allen Umständen besser sind.

Herr Böschigk: Ich möchte den Herrn Antragsteller fragen, ob er seinen Antrag im Auftrage der hiesigen Steinseher gestellt hat? Ich würde es sehr tief bedauern, wenn die Leute, welche hier schon 30 Jahre lang arbeiten, gezwungen sein sollten, ihren Meister zu verlassen. Den Antrag halte ich für vollständig überflüssig, denn mir kommt es in erster Linie darauf an, daß die hiesigen Arbeiter Beschäftigung erhalten, was ja häufig nicht der Fall gewesen sein soll. Da nun in den Vorschriften schon gesagt worden ist, daß in erster Linie hiesige Meister und Arbeiter bei den städtischen Arbeiten berücksichtigt werden sollen, so ist meinem Wunsche bereits entsprochen.

Herr Fiedel: Um die Schwierigkeit zu kennzeichnen, die mit der Durchführung der Regiearbeiten verbunden sind, will ich nur auf die Asphaltierungsarbeiten hinweisen. Hierzu können nämlich nur solche Leute gebraucht werden, die mit den Arbeiten schon jahrelang vertraut sind. Die Stadt könnte ja allerdings solche Leute auch heranbilden und beschäftigen, aber dazu gehören Jahre.

Herr Nolte: Wenn ich Herrn Jasper richtig verstanden habe, so hat er gemeint, daß nach Maßgabe der Vorschriften die Ausführung von Regiearbeiten in Zukunft ausgeschlossen sei. Das ist aber eine ganz falsche Auffassung, denn wenn die Stadt Arbeiten in eigener Regie ausführen will, so treten die Bestimmungen des § 7 eben nicht in Wirksamkeit.

Herr Jasper: Ich bin zwar nicht der Meinung gewesen, daß nach den Vorschriften Regiebauten vollständig ausgeschlossen werden sollen, aber ich vermiße in den Vorschriften einen Hinweis auf Regiearbeiten. Es ist hier versucht worden, die gegen Regiearbeiten sprechenden Gründe dahin auszudehnen, daß solche Arbeiten auch bei den Tief- und Straßenbauten unmöglich, oder doch unzweckmäßig sein sollen. Der Grund des Herrn Jüdel kann mich nicht überzeugen, denn obwohl er schon beinahe zugegeben hat, daß auch Asphaltierungsarbeiten in Regie ausgeführt werden können, so hat er doch noch Bedenken dagegen. Wir sind hier aber durchaus nicht in anderer Lage, als der Unternehmer, welcher zu den Arbeiten einen Stamm eingearbeiteter Leute zur Verfügung halten muß, die ja stadtseitig übernommen werden können. Die Vorteile der Regiebauten sind vorhin schon von meinen näheren Freunden erläutert worden, so daß ich davon absehen kann. Es kommt noch hinzu, daß Straßenbauten ziemlich regelmäßig vorgenommen werden müssen und der städtischen Verwaltung daher bei Uebernahme der betreffenden Arbeiter keine Schwierigkeiten erwachsen.

Wenn Herr Löschigk mich fragt, ob ich meinen Antrag im Auftrage der hiesigen Steinseker gestellt hätte, so scheint er von der Annahme auszugehen, daß wir hier handeln nicht nach eigener Ueberzeugung, sondern nur als Beauftragte anderer Leute, von denen wir uns abhängig fühlen. (Zwischenruf.) Wenn Sie das annehmen, sind Sie vollständig auf dem Holzwege: wir lassen uns nicht von hier oder, wie auch wohl angenommen wird, von Berlin unsere Weisungen zuschicken, sondern wir handeln nach eigener Ueberzeugung, wie wir es im Interesse der Arbeiterschaft und der breiten Massen unserer städtischen Bürger für richtig halten. Dieser Antrag, der den Interessen der hiesigen Steinseker widersprechen soll, steht gerade im Einklange mit diesen Interessen. Wie sind denn die Dinge hier bisher gehandhabt worden? Nicht die kleinen Firmen am Orte erhalten hier die Steinsekerarbeiten, sondern eine große auswärtige Firma. (Widerspruch.) Wenn also die Stadt die Pflasterungsarbeiten in Regie ausführen würde, steht nichts im Wege, die hiesigen Arbeiter einzustellen. Auf diese Weise würde die fremde Firma, welche nur fremde Arbeiter beschäftigt, ausgeschaltet werden.

Herr Löschigk: Ich stehe auf einem ganz anderen Standpunkte. Aus den Gesprächen der Leute habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Antrag Jasper gerade nicht in ihrem Interesse liegt. Wenn ich auch keinen Auftrag von den

Leuten habe, das hier zur Sprache zu bringen, so halte ich mich doch dafür verpflichtet, diese Wünsche hier mitzuteilen.

Herr Wesemeier: Es freut mich, daß Herr Oberbürgermeister Ketemeyer kein Gegner der Regiearbeit ist. Wenn wir uns aber mit den Vorschriften nicht in gewisser Weise binden wollen, so brauchen wir die ganzen Vorschriften nicht. (Widerspruch.) Die hier beschäftigten Asphaltierer sind ursprünglich Steinseker gewesen, und würden diese Leute also für Regiearbeiten vorhanden sein; es ist übrigens ganz merkwürdig, wie sich hier die Ansichten ändern. Als ich vorhin das Gutachten aus Dresden vorlas, da hieß es, ja, das ist Straßenbau, und jetzt scheint man auch diesen nicht in Regie ausführen lassen zu wollen. Herrn Böschigt möchte ich erwidern, daß es den hiesigen Steinsekern gleich sein kann, ob sie bei der Stadt beschäftigt werden, oder ob sie für einen Steinsekermeister aufs Land gehen und an Kreis kommunalwegen arbeiten müssen. Herr Böschigt tritt hier für die hiesigen verheirateten Arbeiter ein und vorhin hat er gegen deren Interesse gestimmt.

Der Antrag Jasper wird darauf abgelehnt.

Die Versammlung geht nunmehr über zur Beratung des Zusatzantrages Wesemeier, der lautet:

„Bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten und Lieferungen sollen Mitglieder des Stadtbauamtes und der mit diesem in Verbindung stehenden Kommissionen und Deputationen von der Bewerbung ausgeschlossen sein.“

Herr Wesemeier: Sie haben vorhin selbst erklärt, daß den Mitgliedern der Kommissionen und Deputationen solche Arbeiten nicht übertragen werden dürfen; es erübrigt sich daher wohl, noch weitere Gründe für den Antrag anzuführen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In formeller Beziehung ist der Antrag wunderbar, denn er verwechselt anscheinend das Stadtbauamt mit der städtischen Bauverwaltung. Ich kenne wenigstens keine Kommission und keine Deputation, die mit dem Stadtbauamt in Verbindung stände. Das Stadtbauamt ist eine selbständige Behörde, die direkt unter der Herzoglichen Kreisdirektion steht, und der die Stadt nichts zu sagen hat. Das Stadtbauamt hat die Aufgabe, die Bauten in polizeilicher Beziehung zu überwachen und weiß ich nicht, was dieses mit unseren Kommissionen zc. zu tun haben soll.

Herr Wesemeier: Ich verbessere meinen Antrag wie folgt:

„Bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten und Lieferungen sollen Mitglieder der städtischen Bauverwaltung und der mit dieser in Verbindung stehenden Kommissionen und Deputationen von der Bewerbung ausgeschlossen sein.“

**Vorsitzender:** Darf ich nicht anheimgeben, die richtige Fassung des Antrages noch einmal in Erwägung zu ziehen? Mir scheint es, als ob auch diese Fassung nicht recht passe.

**Herr Oberbürgermeister Metemeyer:** Zur Aufklärung möchte ich bemerken, daß in der städtischen Bauverwaltung auch kein Stadtverordneter sitzt und daß es Kommissionen und Deputationen, die damit zusammenhängen, ebenfalls nicht gibt.

**Herr Wesemeier:** In früheren Protokollen ist aber davon die Rede gewesen, daß die Handwerksmeister sich beklagt haben, es seien von Beamten der städtischen Bauverwaltung Zeichnungen angefertigt worden.

**Vorsitzender:** Wenn Sie nun sagten: „Mitglieder der Baukommission und der mit Bau Sachen beschäftigten Deputationen?“

**Herr Jasper:** Ich glaube, der Antrag kann auch in der Fassung des Herrn Wesemeier bestehen bleiben. Es richtet sich der Antrag mit dagegen, daß Mitglieder dieser Körperschaften, die nicht Beamte sind, sondern aus den allgemeinen Bürgerkreisen gewählt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie Stadtverordnete sind oder nicht und die infolge dieser Stellung beim Stadtbauamt einen gewissen Einfluß auf die Ausführung und Vergebung der Bauten haben, von der Bewerbung um Submissionsarbeiten ausgeschlossen sein sollen. Das trifft zu, ob der Magistrat darauf einen gewissen Einfluß hat oder nicht.

**Herr Wesemeier:** Dem Antrage möchte ich nunmehr folgenden Wortlaut geben:

„Bei der Vergebung von städtischen Bauarbeiten und Lieferungen sollen Mitglieder der Baukommission und der sonst mit Bauten in Verbindung stehenden Kommissionen und Deputationen von der Bewerbung ausgeschlossen sein.“

**Herr Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich muß darauf hinweisen, daß Herr Jasper sich insofern irrt, als das Stadtbauamt gar nicht in Frage kommen kann, weil die Vorschrift besteht, daß niemand hineingewählt werden darf, der sich gewerbmäßig mit der Ausführung von Bauten zc. beschäftigt.

Gegen den Antrag selbst will ich mich nicht aussprechen, da ich anerkennen muß, daß bei diesen Sachen unter Umständen sehr leicht ein Konflikt entstehen kann. Unangenehm ist es hierbei allerdings, daß ein Stadtverordneter in die Sitzung kommen kann, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß eine Sache zur Beratung steht, bei der er beteiligt ist. In solchem Falle hat er sich eben der Abstimmung zu enthalten, wenn es auch ein ungemütliches Gefühl bleibt, in dessen Gegenwart seine Arbeit zu kritisieren.

**Herr Jasper:** Nach dieser Erläuterung erübrigt sich allerdings der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung und lege ich daher auf deren Beibehaltung keinen

besonderen Wert. Die gesetzliche Bestimmung beweist übrigens, wie nötig solche Vorschrift ist.

Herr Hauswaldt: So kann man den Antrag auch nicht fassen, sonst kann auch kein Handwerksmeister im Schulvorstande sitzen. Deshalb muß auch die Baukommission aus dem Antrage fortgelassen werden. Es handelt sich meiner Ansicht nach darum, daß in die von uns auf Grund der Vorschriften zu wählende Deputation kein Handwerksmeister gewählt werden soll. (Zustimmung.) Dafür würde ich stimmen, nicht aber auch für den Einschluß der Baukommission. Legen Sie aber so unendlichen Wert darauf, daß auch die Baukommission einbegriffen sein soll, so will ich selbst dafür stimmen, nicht aber auch für die anderen Kommissionen.

Herr Frühling: Ich bitte den Antrag abzulehnen, da die Sache zu weit geht. Es handelt sich bei den Beratungen der Baukommission doch nicht darum, daß nur über den einen Fall, bei dem zufällig ein Stadtverordneter beteiligt ist, beraten wird, sondern es sind doch eine ganze Masse Sachen da, wobei überhaupt kein Stadtverordneter interessiert ist.

Herr Herzberg: Gegenüber Herrn Hauswaldt möchte ich feststellen, daß der Antrag nicht besagt, die Handwerksmeister dürften nicht in der Baukommission sitzen, sondern sie sollten keine städtischen Arbeiten haben. Und Herrn Frühling möchte ich bemerken, daß von einem Zuweitgehen des Antrages keine Rede sein kann, schon weil der Staat ja auch so weit geht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache geht doch zu weit. Wenn z. B. jemand in der Baukommission sitzt, der ab und zu einmal der Stadt einen Wagen liefert, so soll ihm jetzt die Lieferung von Wagen entzogen werden? Ich möchte anheimgeben, diesen Punkt heute nicht zu erledigen.

Herr Wesemeier: Es ist merkwürdig: obgleich vorhin von allen Seiten erklärt wurde, Sie wären damit einverstanden, heißt es jetzt wieder, der Antrag gehe zu weit und könnte nicht angenommen werden.

Herr Nolte: Ich bin der Ansicht, daß der zweite Teil des Antrages gerechtfertigt ist, jedoch halte ich es für überflüssig, daß derartige Bestimmungen in die „Vorschriften“ aufgenommen werden, weil selbstverständlich in diese Deputation keiner der betreffenden Herren gewählt werden kann. Das ist ganz ausgeschlossen und braucht nicht besonders ausgesprochen zu werden.

Der Antrag Wesemeier wird hierauf abgelehnt.

Es steht nunmehr der letzte Zusatzantrag zu § 7 zur Beratung, welcher lautet: „Die Verdingung der Bauarbeiten darf nicht an Generalunternehmer erfolgen.“

Zur Begründung nimmt das Wort Herr Beplies: Durch diesen Antrag soll verhindert werden, daß nur einigen wenigen Unternehmern die Arbeiten ver-



schiedener Berufe übertragen werden. Solche Generalunternehmer wollen sonst auch noch in den anderen Berufen, die sie gar nicht kennen, verdienen. Der Antrag ist nicht von so weitgehender prinzipieller Natur, wie die vorhergehenden Anträge, er liegt aber im Interesse derjenigen Personen, die sich an der Ausführung städtischer Arbeiten beteiligen. Wenn der Antrag auf allgemeine Einführung von Regiearbeiten angenommen wäre, würde dieser Antrag überflüssig sein.

Herr Fröhling: Die Uebertragung städtischer Arbeiten an Generalunternehmer ist für gewöhnlich nicht beabsichtigt. Es ist dies schon darin ausgesprochen, daß die Arbeiten in den Anschlägen nach den einzelnen Arbeitsarten in verschiedenen Titeln gesondert erscheinen sollen. Bei Generalunternehmern könnte es sich auch nur um größere Arbeiten im Werte von über 5000 M handeln, so daß den Zuschlag die Deputation zu erteilen haben würde und die könnte es dann ablehnen. Wir haben gemeint, den Satz in unseren „Vorschriften“ nicht aufnehmen zu sollen, weil gegen eine mißbräuchliche Anwendung der Bestimmungen hinreichende Sicherheit gegeben ist. Andererseits muß uns aber auch die Möglichkeit gewahrt werden, aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Arbeit auf einmal in Generalunternehmung zusammenhängend vergeben zu können.

Herr Böschigt: Ich bin anderer Ansicht. Vielleicht ist die Fassung nicht gut, aber es wäre doch wohl sehr angebracht, daß nicht ein Zustand geschaffen wird, nach welchem jemand eine Arbeit erhält, die auszuführen er nicht erlernt hat. Warum sollen also wir diesen Antrag nicht annehmen?

Herr Esborn: Ich bin auch der Meinung, daß der Antrag im Interesse der Arbeitnehmer und der Handwerker selbst liegt, so daß ich mich für dessen Annahme aussprechen möchte.

Der Antrag gelangt darauf zur Annahme.

Es folgt die Beratung des von den Herren Herzberg und Genossen eingebrachten Antrages auf Einstellung eines § 7 a mit folgendem Wortlaute:

„Bei der Herrichtung von Bauarbeiten wird das Material, soweit es zur Herstellung der Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Steinhauer-, Steinseher- und Kanalarbeiten oder zur Herstellung der etwa am Bau vorgesehenen Eisenkonstruktion nötig ist, von der Stadt selbst bezogen und geliefert.“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Es ist hier schon jetzt Brauch, daß die meisten Materialien stadtheitig geliefert werden; es würden durch den Antrag neu hinzukommen die Materialien für die Dachdeckerarbeiten und das benötigte Eisen. Wir wollen eben den Zwischenhandel ausscheiden und billiger kaufen. Wenn dagegen eingewendet wird, wir müßten bei Annahme des Antrages große Lagerplätze haben, so erwidere ich darauf, daß wir solche Plätze bereits besitzen und deshalb hierauf keine Rücksicht zu nehmen sein dürfte. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe angenommen, daß dieser Antrag nur aufrecht erhalten würde, wenn der Antrag auf Einführung von Regiebauten zur Annahme gelangte. Wenn wir uns in diesem Punkte die Hände binden und den Unternehmern nur unsere eigenen Materialien zur Verfügung stellen sollen, so gehen wir dadurch ein großes Risiko ein. Wenn Herr Wesemeier einmal die Preise auf dem Eisenmarke verglichen hat, so wird er gefunden haben, daß dort Vermögen gewonnen und verloren sind. Das könnte der Stadt eine teure Geschichte werden. Deshalb muß dies der städtischen Bauverwaltung in jedem Falle überlassen bleiben. Die Verwendung bestimmter Materialien hat sie schon jetzt den Unternehmern vorgeschrieben und das wird auch weiter geschehen, aber alles andere halte ich für undurchführbar.

Herr Esborn: Für diesen Antrag kann ich mich auch nicht erwärmen, denn es kann vorkommen, daß ein Unternehmer billiger ist, als die Fabrik selbst. Beim Gaswerke ist es ja schon vorgekommen, daß ein Unternehmer mit einem größeren Gewinne für die Stadt liefern konnte, als die Fabrik.

Herr Wesemeier: Der Unternehmer wird die Materiallieferung nur übernehmen, wenn er dabei verdienen kann. Wollte man jahrelang voraus kaufen, so wäre das allerdings zu weitgehend: man kauft die Sachen eben nur bei Bedarf und sucht sie dann auf dem allerbilligsten Wege zu bekommen. Durch den Zwischenhandel werden die Sachen nur verteuert.

Herr Meyerhoff: Wie Herr Wesemeier wissen wird, sind die Dachsteine zu den Schulbauten schon jetzt von der Stadt direkt gekauft, ebenso die Barmsteine, der Zement &c. Wenn jetzt aber auch beantragt wird, das Material zu den Eisenkonstruktionen direkt zu kaufen, so mache ich darauf aufmerksam, daß es ganz unmöglich ist, dieses durchzuführen und gleichzeitig den Unternehmer zu veranlassen, Kostenanschläge einzureichen. Dabei weise ich nur auf die große Eisenkonstruktion beim Museumsbau hin. Uebrigens werden die eisernen Träger schon jetzt zu sämtlichen städtischen Bauten direkt beschafft. Bei dem Museumsbau hat sonst alles die Stadt geliefert und beschränkt sich die Tätigkeit der Unternehmer dort nur auf die Stellung der Arbeiter, sowie auf die Ausführung kleinerer Arbeiten. Der Zimmermann liefert sein Material heute noch selbst. Wir haben bei dem Wohnhause am Dowesee trotzdem den Beweis, daß etwas fehlgehen kann, aber was sollte es werden, wenn die Stadt das Holz selbst kaufen und lagern will? Wird frisches Holz gekauft, so haben wir derartige Unannehmlichkeiten noch öfter. Sollen etwa auch die Tischlerarbeiten in derselben Weise beschafft werden? Jeder wird sich wohl schwer hüten, die Stadt zu veranlassen, daß sie sich ein eigenes Holzlager beschafft.

Herr Schöttler: In bezug auf die Eisenkonstruktionen wollte ich die Ausführungen des Herrn Meyerhoff bestätigen. Es ist rein unmöglich, Eisen-

Konstruktionen auszuführen mit einem Materiale, für das man selber nicht eintreten kann. Wer eine solche Konstruktion anfertigt, muß auch für das Material aufkommen und kann nicht mit städtischem Materiale arbeiten. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß es bei einer Eisenkonstruktion etwas ausmacht, was für Material genommen wird und daß dieses auch in den richtigen Abmessungen gewählt wird. Wer darin nicht vorsichtig ist, braucht gewaltige Mengen Eisen mehr. Es ist also unmöglich, den Antrag in dieser Beziehung durchzuführen.

Der Antrag wird darauf abgelehnt, und ist der § 7 der Vorschriften damit erledigt.

Es folgt die Beratung des § 8, welcher lautet:

### „Vergebung aus freier Hand.

Die Vergebung aus freier Hand kann erfolgen:

- 1) bei Dringlichkeit des Bedarfs;
- 2) bei solchen Leistungen oder Lieferungen, deren Ausführung besondere Kunstfertigkeit erfordert, ohne daß mehrere geeignete Unternehmer vorhanden bzw. zur Uebernahme eines Auftrages bereit sind;
- 3) bei Lieferungen oder Leistungen, deren überschläglicher Wert den Betrag von 1000 M nicht übersteigt, wobei jedoch, wenn umfangreiche Lieferungen bzw. Leistungen zerlegt werden, der Wert der Gesamtleistung bzw. der Gesamtlieferung maßgebend sein soll.“

Herr Frühling: Die Baukommission ist mit der Fassung dieses Paragraphen einverstanden, sie beantragt jedoch noch folgenden Zusatz:

„Unterhaltungsarbeiten sollen, soweit sie aus freier Hand vergeben werden, unter möglichst viele Lieferanten und Handwerker verteilt werden.“

Herr Herzberg: Namens meiner Freunde stelle ich zum § 8 noch folgenden Zusatzantrag:

„Ausgeschlossen von der Vergebung aus freier Hand sind Mitglieder städtischer Kollegien.“

Mit besonderem Mute gehe ich an die Begründung dieses Antrages gerade nicht heran, nachdem fast unsere sämtlichen Anträge bisher abgelehnt worden sind. Ich glaube aber, daß in dem vorliegenden Falle die Annahme des Antrages noch dringlicher ist als vorhin, weil bei der Vergebung dieser Arbeiten ein Faktor, die Stadtverordneten-Versammlung, ausgeschaltet ist.

Herr Hauswaldt: Auch dieser Antrag ist mir sympathisch. Es wird wohl niemals der Fall eintreten, daß jemand, der Mitglied der städtischen Kollegien ist, eine solche Arbeit anzunehmen in die Lage versetzt wird, aber es könnte doch der

Fall sich ereignen, daß dies bei einer Kleinigkeit einmal notwendig wäre. Ist deshalb die Baukommission nicht dafür zu haben, wenn man einige Kartellen stellte und vielleicht sagte: Zu Ausnahmen ist die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung nötig?

Herr Frühlings: Ich bitte den Antrag abzulehnen, weil das darin liegende Mißtrauen nicht gerechtfertigt erscheint. Es gibt Fälle, wo solche Beteiligung gar nicht abgelehnt werden kann, wie z. B. bei dem Ankauf von Chinin, was vorhin schon angeführt worden ist. Mir scheint die Sache ganz überflüssig zu sein.

Herr Stegmann: Wenn es im § 8 unter 3 heißt, daß die Vergabung aus freier Hand auch erfolgen kann bei Lieferungen oder Leistungen, deren überschläglicher Wert den Betrag von 1000 M nicht übersteigt, so möchte ich zu bedenken geben, daß es Arbeiten gibt, z. B. Tapezierer-, Schlosser-, Malerarbeiten etc., von denen schon für 500 M eine große Quantität geliefert werden kann. Mir scheint es deshalb, als ob bei Vergabungen aus freier Hand die Summe von 1000 M zu weit ginge. Bei der Vergabung von Arbeiten in solcher Höhe sollte man doch lieber das kleinere Uebel nehmen und zwar die öffentliche Ausschreibung. Bei der Vergabung aus freier Hand wird es immer Unternehmer geben, die sich zurückgesetzt fühlen.

Herr Wolters: Die Annahme, daß einer von der Vergabung aus freier Hand ausgeschlossen werden kann, ist wirkungslos, weil der betreffende Unternehmer ja zu einer Submission aufgefordert werden könnte.

Der Antrag Herzberg und Genossen wird sodann abgelehnt und der Antrag der Baukommission angenommen.

Zur Beratung wird hierauf gestellt der Antrag Wesemeier:

„Die Vergabung aus freier Hand darf nicht an Mitglieder der Baukommission, oder an Mitglieder von Deputationen und Kommissionen erfolgen, die sich mit der Herrichtung von städtischen Bauten zu beschäftigen haben.“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Mir geht es auch wie Herrn Herzberg, daß ich mir gern die Worte spare, da sie doch nicht zu nützen scheinen. Alle unsere Anträge sind aber im Interesse der Stadt gestellt mit alleiniger Ausnahme des Antrages auf Einführung der Lohnklausel, und doch sind sie abgelehnt worden. Zu dem vorliegenden Antrage will ich nur bemerken, daß die bezeichneten Kommissionsmitglieder über die städtischen Bauten zu beschließen haben und ihnen deshalb unmöglich städtische Arbeiten aus freier Hand übertragen werden können. Der Herr Referent sagt, man solle kein Mißtrauen hegen, aber der frühere Vorsitzende dieser Versammlung hat ein gleiches Mißtrauen doch früher hier schon zum Ausdruck gebracht.

Vorsitzender: Die Sache verhält sich so, daß damals der Seniorenkonvent beschlossen hatte, Handwerksmeister für die Baukommission nicht wieder in Vorschlag zu bringen und der frühere Vorsitzende der Versammlung sich zum Sprachrohre dieses Konventes gemacht hatte.

Herr Hauswaldt: Wir kommen zu demselben Ergebnisse, wenn wir bei § 12 einen entsprechenden Beschluß fassen. Ich werde dann den Antrag stellen, daß die beiden in die Deputation zu wählenden Stadtverordneten nicht an städtischen Arbeiten teilnehmen dürfen. Lassen Sie uns aber die Sache hier weglassen.

Der Antrag Wesemeier wird abgelehnt.

Es folgt noch ein Änderungsantrag Herzberg und Genossen, welcher lautet:

„In § 8, Ziffer 3 soll es statt 1000 M heißen 500 M.“

Herr Stegmann (zur Begründung): In Karlsruhe ist diese Summe sogar nur auf 300 M festgesetzt worden, so daß wir hier wohl mit 500 M gut auskommen werden.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag zeigt sich Stimmengleichheit, worauf der Antrag durch die Stimme des Herrn Vorsitzenden abgelehnt wird.

Vorsitzender: Um heute noch einige dringliche Sachen erledigen zu können, brechen wir jetzt mit dieser Materie ab und fahren damit in der nächsten Sitzung fort.

## II. Geschäftsordnungs-Debatte.

Vorsitzender: Da wir den Etat noch vor dem 1. April fertigstellen müssen, so frage ich an, ob ich am Gründonnerstag eine Sitzung anberaumen kann. (Zustimmung.) Außerdem wird vor dem 1. April noch eine Sitzung stattfinden müssen. In der zweitfolgenden Woche eine Sitzung anzuberaumen, ist aus bestimmten Gründen untunlich.

Herr Jasper: Könnte nicht am nächsten Donnerstag schon der Etat beraten werden? Ich glaube kaum, daß wir in einer Sitzung damit fertig werden.

Herr Fudel: Bis zum nächsten Donnerstag läßt sich die Vorberatung des Etats nicht fertigstellen.

Herr Hauswaldt: Wir sind doch nicht gerade an den Donnerstag gebunden? Kann man nicht erfahren, weshalb der zweitfolgende Donnerstag ausfallen muß?

Vorsitzender: Wenn es nicht anders geht, müssen wir allerdings diesen Donnerstag auch noch zur Hilfe nehmen, obwohl ich das im Interesse unseres Stenographen bedauere.

Herr Rathe: Wenn wir hier mit unseren Sachen vorwärts kommen sollen, muß ich die Herren ersuchen, mehr bei der Sache zu bleiben und hier nicht so lange Reden zu halten. (Zustimmung.) Selbst bei größter Aufmerksamkeit ist es mir

nicht möglich, viel von den Verhandlungen mit nach Haus zu nehmen, wenn die Sache so in die Länge gezogen wird. Es empfiehlt sich jedenfalls, bei den Verhandlungen mehr bei der Sache zu bleiben. Es kann unmöglich im Interesse der Stadt, daß Sie doch auch vertreten wollen, liegen, wenn während der ganzen heutigen Sitzung nicht einmal der eine Gegenstand hat erledigt werden können. (Zustimmung.) Es hätte sich sicher manches mit weniger Worten ebenso klar darlegen lassen.

Herr Herzberg: Das klang wie ein Vorwurf gegen uns. (Zustimmung.) Ich muß denselben jedoch ablehnen. (Zuruf.) Wir halten die langen Reden nur um deswillen, weil es nötig ist, an Ihre Einsicht zu appellieren. Wenn Sie unsere Anträge ohne die Reden annähmen, würde es uns noch lieber sein.

Herr Stegmann: Wenn sich Herr Rathe wundert, daß die Debatte so lange gedauert hat, so verstehe ich das nicht. In Frankfurt a. M. sind solche Bedingungen ebenfalls beraten worden und hat sich die Stadtverordnetenversammlung, obwohl eine zweimalige Vorberatung stattgefunden hat, in vier Sitzungen damit beschäftigt.

### III. Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen.

Der Vorstand des Braunschweigischen Landeslehrervereins hat das Herzogliche Konsistorium gebeten, dahin wirken zu wollen, daß den militärdiensttauglichen Hilfslehrern aus der Ableistung des Militärdienstjahres gegenüber den nichtdienstfähigen Hilfslehrern keine Nachteile erwachsen. Dem Herzoglichen Konsistorium ist nun eine Aeußerung darüber erwünscht, ob die städtischen Behörden bereit sind, diesem Gesuche nachzukommen und in Verfolgung dieser Absicht eine entsprechende Bestimmung in die Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig aufzunehmen. Der Magistrat gibt im Einvernehmen mit dem Schulvorstande anheim, sich für die Bewilligung dieses Gesuches auszusprechen, indem er von der Erwägung ausgegangen ist, daß es der Billigkeit entspreche, diejenigen Hilfslehrer, welche ihrer Militärpflicht genügt und hierdurch nicht geringe Ausgaben gehabt haben, zum wenigsten nicht schlechter zu stellen gegenüber denjenigen ihrer Kollegen, welche von der Erfüllung ihrer Militärpflicht befreit worden sind, und zwar aus Gründen, die ganz unabhängig von ihrer Tauglichkeit und ihren Fähigkeiten als Lehrer sind. Die Versammlung wird daher gebeten, sich damit einverstanden zu erklären,

- 1) daß den an den Gemeindeschulen der Stadt Braunschweig beschäftigten Hilfslehrern sowohl hinsichtlich der Vergütung, als auch bei der festen Anstellung das abgeleistete Militärdienstjahr wie ein im öffentlichen Schuldienste verbrachtes Dienstjahr angerechnet werden solle, daß

- 2) dem § 3 der Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 15. Dezember 1900 folgender Zusatz als Absatz 6 gemacht werde:

„Bei der festen Anstellung der Hilfslehrer soll ein abgeleistetes Militärdienstjahr wie ein im öffentlichen Schuldienste verbrachtes Dienstjahr in Anrechnung gebracht werden;“

- daß 3) im § 7 der Dienstordnung unter Ziffer 6, Absatz 1 hinter die Worte: „unter Anrechnung der vor ihrer Annahme anderweit im öffentlichen Schuldienste innerhalb des Herzogtums verbrachten Zeit“, die Worte eingeschoben werden: „sowie eines etwa abgeleisteten Militärdienstjahres“.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für welche Herr Blasius berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### IV. Herabsetzung der Gaspreise und der Leuchtkraft des Gases.

Zur Erweiterung des Gaskonsums erscheint es wünschenswert, die Installationsbedingungen zu erleichtern und den Gaspreis zu ermäßigen. In ersterer Beziehung behält sich der Magistrat Anträge vor und bemerkt bezüglich der Preisermäßigung folgendes: Wenn man davon ausgeht, daß die Erträgnisse des Gaswerkes ungefähr die seitherigen bleiben sollen, dann ist eine Preisermäßigung nur durch Herabsetzung der Leuchtkraft zu erzielen. Nach Einführung der Auerbrenner ist dieses auch unbedenklich, denn für diese ist die Verringerung des Heizwertes des Gases bis zu 20 % einflußlos. Es wird dieses damit erklärt, daß nach der partiellen Verbrennung der Gase in dem unteren Teile und in dem Kern der Flamme die Produkte dieser Verbrennung für verschiedene Kohlendase die gleichen sind, so daß die vollständige Verbrennung in der äußeren Zone der Flamme, in der sich der Strumpf befindet, dieselben Heizwerte liefert.

Der Magistrat schlägt nun vor, vom 1. April d. Js. ab die Leuchtkraft des Gases auf 15 Kerzen zu vermindern, wodurch der Gasverbrauch bei allen Brennern 3 % bis höchstens 4 % mehr betragen wird, als bei dem jetzigen 17kerzigen Gase. Ferner wird vorgeschlagen, den Preis für Leuchtgas von 17  $\mathcal{M}$  auf 16  $\mathcal{M}$  und für Heizgas von 13  $\mathcal{M}$  auf 12  $\mathcal{M}$ , gleich 5,9 % und 7,7 % zu ermäßigen, wodurch den Konsumenten ein ansehnlicher Nutzen zuteil würde. Ob eine weitere Preisermäßigung später möglich sein wird, wird von den Ergebnissen der vorgedachten Einrichtung abhängig gemacht werden müssen.

Herr Südel: Die Finanzkommission hat diese Vorlage geprüft und ist zu dem Beschlusse gelangt, sie der Versammlung zur Annahme zu empfehlen.

Herr Bues: Wir haben es hier mit einer Abschlagszahlung zu tun, die meiner Ansicht nach gar keinen Wert hat. Wenn wir nur auf Kosten der Leuchtkraft des Gases eine Verbilligung erzielen können, dann wäre es schon richtiger,

es bei der jetzigen Leuchtkraft zu belassen. Lassen Sie uns aber doch noch einmal die Frage vorlegen, ob es gar nicht möglich ist, den Gaspreis in Wirklichkeit zu verbilligen. Im letzten Jahre hat das Gaswerk einen Ueberschuß von 250326 M erzielt; wenn der Gaspreis nun unter Beibehaltung der jetzigen Leuchtkraft um 2  $\mathcal{M}$ , also auf 15  $\mathcal{M}$  ermäßigt würde, so würde dies bei einem Gaskonsum von 3396474 cbm einen Ausfall von 68000 M ergeben, so daß noch ein Ueberschuß von 182000 M verbliebe. Wenn wir dazu rechnen, was für den Konsum der Straßenlaternen zu wenig eingestellt worden ist, so behält die Stadt noch einen Schulhausbaufonds, wie man ihn sich nicht besser wünschen kann, zumal Herr Hauswaldt neulich erklärt hat, daß ein jährlicher Ueberschuß aus dem Gaswerke von 150000 M genügen würde. Wenn diese Vorlage etwa die Antwort auf meinen neulichen Antrag sein soll, so ist das nichts. Wir werden eben wieder mit einem weiteren Jahre vertröstet.

Herr Koch: Ich begrüße es mit Freuden, daß der Gaspreis für die Konsumenten herabgesetzt werden soll, aber ich möchte doch davor warnen, ein minderwertiges Gas zu produzieren. In der Innenstadt mag man den Unterschied bei der Straßenbeleuchtung nicht so sehr bemerken, aber in der Außenstadt, wo die Laternen weniger dicht stehen, hat die Beleuchtung nichts über, denn z. B. der Monumentsplatz liegt schon jetzt abends wie tot da. Deshalb warne ich vor der Herstellung minderwertigen Gases.

Herr Esdorn: Es handelt sich hier eigentlich gar nicht um eine Herabsetzung der Gaspreise, sondern um einen Versuch mit geringerem Gase, denn die wirkliche Verbilligung ist eine sehr minimale. Ich kann dieses ebenfalls nicht als eine Abschlagszahlung auf den früheren Antrag ansehen und kann es auch nicht für recht finden, daß die Gaskonsumenten für den Schulhausbaufonds eine solche Summe einzahlen müssen und auf diese Weise die Schulen von diesen Einwohnern allein gebaut werden. Herr Hauswaldt meinte bei der vorigen Beratung, es seien 150000 M genug als jährlicher Ueberschuß, aber man will anscheinend einen möglichst großen Fonds haben, aus dem man mal etwas herausnehmen kann. Wenn man daher das Gas nicht verbessern will, so soll man doch den Preis für Leuchtgas wenigstens auf 15  $\mathcal{M}$  heruntersetzen.

Herr Fiedel: Der Eingang der Direktion der Gas- und Wasserwerke ist früher gekommen, als hier über diese Frage verhandelt worden ist, so daß von einer Abschlagszahlung auf den damaligen Antrag nicht gesprochen werden kann. Herrn Koch möchte ich erwidern, daß die mit Auerbrennern ausgestatteten Flammen durch die beabsichtigte Verminderung der Leuchtkraft des Gases gar nicht beeinträchtigt werden sollen, und daß erst eine 20prozentige Ermäßigung des Heizwertes des Gases nötig sein soll, um eine Verminderung der Leuchtkraft zu erreichen. Wegen der Brennstoffen der Straßenlaternen sind ganz spezielle Berechnungen von



der Direktion der Gas- und Wasserwerke aufgestellt worden, für welche diese ein-  
stehen will. Hiernach betragen für jede Straßenlaterne

|                                          |           |
|------------------------------------------|-----------|
| die Unterhaltungskosten . . . . .        | 4 M 47 S, |
| „ Bedienung . . . . .                    | 15 „ 00 „ |
| der Gasverbrauch . . . . .               | 46 „ 97 „ |
| die Kosten der Zündflammen . . . . .     | 1 „ 79 „  |
| „ „ für Spiritus und Petroleum . . . . . | 1 „ 60 „  |

so daß sich die Gesamtkosten für jede Laterne auf 69 M 83 S  
jährlich stellen, während wir sie mit 70 M anrechnen. Der Ansaß wird also doch  
wohl richtig sein. Da nun auch heute wieder einige Herren auf eine weitere  
Ermäßigung der Gaspreise zurückkommen, so will ich nochmals darauf hinweisen,  
daß ganz wesentliche Umbauten bei den Gasanlagen in Aussicht stehen und wir  
erst wissen müssen, was für Mittel dafür aufgewendet werden müssen. Erst wenn  
wir deren Wirkung kennen, würden wir in der Lage sein, eine Ermäßigung des  
Gaspreises zu beantragen. Heute würde dessen Herabsetzung ein Tappen im  
Dunkeln sein. Hoffentlich wird es gelingen, im Laufe des nächsten Etatjahres die  
Lage so weit zu klären, um Ihnen mit bestimmten Vorschlägen zu kommen.

Herr Stadtrat Meyer: Der Magistrat hat bei der Vorlage den finanz-  
politischen Hintergedanken gar nicht gehabt, welchen Herr Esborn annimmt. Er  
hat gemeint, den alten Wünschen auf Ermäßigung der Gaspreise etwas nach-  
kommen zu sollen, und ich bin erstaunt, daß der Antrag des Magistrates hier  
scheinbar auf größeren Widerstand stößt. Es handelt sich um einen Versuch, und  
wenn der gut ausfällt, so bin ich überzeugt, daß der Magistrat in mehr oder  
weniger kurzer Zeit mit weiteren Herabsetzungsanträgen kommen wird. Einst-  
weilen sollten Sie sich freuen, daß wenigstens diese Ermäßigung beantragt wird.

Herr Buchler: Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß für die nächsten  
Jahre große Veränderungen beim Gaswerke eingeführt werden sollen. Meiner  
Erinnerung nach hatte der Versuch mit der Verbilligung des Gases ein sehr  
mangelhaftes Ergebnis: das Gas heizte nicht und leuchtete nicht ordentlich.  
Wenn man jetzt einen gleichen Effekt mit dem geringwertigen Gase erzielen würde,  
so wäre das sehr traurig. Ich möchte deshalb bitten, mit diesem Versuche zu  
warten, bis die Aenderungen im Gaswerke vorgenommen sind und bis dahin alles  
beim alten zu belassen. Es ist übrigens wünschenswert, daß der Schulhausbaufonds  
recht groß ist.

Herr Wolters: Der Effekt würde der sein, daß bei einem Jahresverbrauch  
von rund 5 Millionen Kubikmetern Gas bei der Ermäßigung des Preises um 1 S  
die Einnahmen um 50000 M geringer werden würden. Ob das Gaswerk dieses  
für alle Zukunft wird ertragen können, bleibt abzuwarten, weil die im Vorjahre

erzielten billigen Kohlenpreise nicht bleiben werden. Deshalb ist die Finanzkommission davon abgekommen, eine weitere Ermäßigung des Gaspreises zu beantragen.

Herr Rathe: Ich möchte mich Herrn Buchler anschließen, denn ich habe auch gefunden, daß mit dem früher einmal versuchsweise produzierten geringwertigeren Gase nicht zu wirtschaften war. Wir müssen uns heute aber schlüssig werden, weil ich hörte, daß man auf den Beschluß der Versammlung warte, um den Abschluß auf Kohlen machen zu können. Ich fürchte, daß wir bei diesem Versuche wieder sehr schlechtes Gas bekommen und möchte ich mich dagegen verwahren. Lieber lassen Sie uns einen Pfennig mehr nehmen, aber nur kein schlechteres Gas. (Zustimmung.)

Herr Schöttler: Ich bin erfreut über die Rede des Herrn Rathe, denn ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß für uns das beste Gas gerade gut genug ist. Wir haben hier ein vorzüglich leuchtendes Gas, viel besser als in anderen Städten und wir bezahlen es nicht teurer als in anderen Städten, die unter gleichen Verhältnissen stehen. Ich muß aber doch bitten, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen. Von vornherein bin ich in der Deputation nicht dafür gewesen, aber ich habe nicht verkennen können, daß verschiedene Umstände dafür sprechen, einmal einen Versuch mit einem etwas geringwertigeren Gase zu machen. Ich habe mich jedoch nur deshalb darauf einlassen können, weil eine Vermehrung des Verbrauchs bei den Auerbrennern nicht erzielt wird, auch wird das Licht der Auerbrenner dadurch nicht verschlechtert werden und diese machen ja heutzutage die Hauptsache aus. Außerdem soll mit dem Versuche auch noch in anderer Beziehung etwas erreicht werden: wir leiden in unserm Gasrohrnetze an recht unangenehmen Ausscheidungen, die sich bei unseren Straßenlaternen im Winter geltend machen und hofft man, daß durch das leichtere Gas eine Besserung eintritt. Wenn ich nun auch nicht ganz sicher bin, ob wir die Vorteile alle erreichen werden, so müssen wir doch den Versuch einmal machen. Und dann müssen wir auch den Preis entsprechend heruntersetzen, weil wir nicht verlangen können, daß die Mitbürger das leichtere Gas ebenso teuer bezahlen, wie das schwerere. Sollten wir aber etwa wieder auf das schwerere Gas zurückgehen, so will nachher kein Mensch mit dem Preise in die Höhe gehen und wir müssen das bessere Gas dann auch zu demselben Preise liefern. Es würde deshalb ganz falsch sein, augenblicklich noch mehr mit dem Preise herunterzugehen, weil wir nachher nicht wieder hinauf können, und es ist doch immerhin möglich, daß wir es müßten. Ich habe alles gute Vertrauen zu den Versuchen, aber es kommt manchmal anders als man denkt. In den Tagen, welche Sie in Ihrer Erinnerung an das schlechte Gas im Auge haben, ist hier allerdings ein Gas produziert, das noch viel schlechter war, als man jetzt versuchen will zu machen; ich habe mich aber sehr über das schlechte

Gas gefreut, weil damals eine Entrüstung durch die Bürgerschaft ging und die Leute nun einsahen, daß wir bis dahin anständiges Gas geliefert hatten.

Herr Fiedel: Wir nehmen jetzt bei der Gasfabrikation zur Hälfte englische und zur Hälfte Ruhrkohlen. Bei den früheren Versuchen wollten wir Gas nur aus Ruhrkohlen produzieren wie Barmen und andere Städte. Jetzt geht aber die Absicht dahin, nur einen Teil der englischen Kohlen fortzulassen.

Herr Esborn: Ich habe mich durch die Ausführungen in der Finanzkommission überzeugen lassen, daß das Gas für die Kuerbrenner nicht schlechter wird und ich kann den Versuch nur warm befürworten. Ich bin aber der Meinung, daß wir dieselbe Einnahme aus dem Gaswerke haben, auch wenn wir den Preis herabsetzen. Trotzdem will ich unsern früheren Antrag auf weitere Ermäßigung des Gaspreises heute nicht wiederholen, jedoch komme ich damit vielleicht nach Jahresfrist. Den Zahlenangaben des Herrn Wolters muß ich widersprechen: wir haben keine Mindereinnahme bei diesem Gas, sondern wir werden es nur billiger abgeben, weil wir es billiger herstellen. (Zuruf: Ist gar nicht behauptet worden.)

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

#### V. Uebernahme der innenstädtischen Okergräben.

Bekanntlich sind schon zu wiederholten Malen Mittel in den Etat eingestellt behufs Anbringung von Stautoranlagen an den unteren Enden des Burgmühlen- und Wendenmühlengrabens; indessen war die Ausführung dieser Anlagen, welche verhüten sollen, daß bei Hochwasser das Okerwasser in innenstädtische Kanäle eindringt, bislang nicht möglich, weil der Magistrat auf die von Herzoglicher Baudirektion gestellten Bedingungen nicht glaubte eingehen zu können. Im Laufe der weiteren Verhandlungen ist der Magistrat mit der Herzoglichen Baudirektion dahin übereingekommen, daß die stadtseitige Uebernahme der innenstädtischen Okergräben anzustreben sei und zwar wesentlich deshalb, weil diese Gräben zu dem innenstädtischen Kanalnetz in so enger Beziehung stehen, daß es im Interesse eines geregelten Kanalbetriebs dringend wünschenswert erscheint, sie der städtischen Bauverwaltung zu unterstellen. Daneben kommt auch noch in Betracht, daß die kanalisierten Gräben schon jetzt an verschiedenen Einzelstellen wie auch auf längeren Teilstrecken von der Stadt unterhalten werden müssen, während auf anderen Strecken die Unterhaltungspflicht wieder den Anliegern obliegt, so daß das Rechtsverhältnis im Laufe der Zeit ein wenig übersichtliches geworden ist. Endlich ist der Umstand zu berücksichtigen, daß die Stadt seit mehreren Jahren erhebliche Kosten dadurch hat ersparen können, daß die staatliche Bauverwaltung unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Abführung der von den innenstädtischen Straßen zusammengebrachten Schneemassen mittels einzelner der ihr unterstellten Gräben gestattet hat.

Die mit der Herzoglichen Baudirektion getroffene Vereinbarung bezieht sich auf alle innenstädtischen Okergräben mit Ausnahme des Neustadtmühlengrabens, dessen Reinigung die Stadt schon früher übernommen hat, nämlich auf den Burgmühlengraben, den Kanal Friedrich-Wilhelmsplatz—Münzstraße, den Okergraben vom östlichen Umflutgraben vor dem Siegesplatze bis zum Rattreppeln, den Wendemühlengraben und den Schloßkanal. An der rechtlichen Natur dieser Gräben, die, soweit sie noch offen, zu den öffentlichen Flüssen gehören, soll ebensowenig etwas geändert werden, wie an der Verpflichtung der Anlieger, welche die kanalisierten und in Verkehr gesetzten jedoch mit Servituten belasteten Gräben innerhalb ihrer Grundstücke zu unterhalten haben; vielmehr wird nur beabsichtigt, daß vorbehallich des dem Staate (Herzoglicher Polizeidirektion) auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zustehenden Aufsichtsrechts die technische Ueberwachung und Verwaltung jener Gräben nebst Zubehörungen auf die Stadt übergeht, daß diese ferner diejenigen Rechte auszuüben hat, welche wegen Unterhaltung und Reinigung einzelner Grabenstrecken seitens der Anlieger dem Staate eingeräumt und grundbuchamtlich eingetragen sind, und daß endlich der Staat unter Beibehaltung seiner Verpflichtung als Anlieger von den ihm obliegenden Leistungen für Erneuerung, Unterhaltung und Reinigung gegen Zahlung einer entsprechenden Ablösung an die Stadt befreit wird.

Diese Ablösung soll

- a. in Ansehung der Erneuerung und baulichen Unterhaltung durch eine Kapitalzahlung von 41 876 M 02  $\mathcal{M}$  in Gemäßheit der aufgestellten Kostenberechnung vom April 1902,
- b. in Ansehung der Reinigung und Unterhaltung (Regulierung) der Kanäle und Gräben und der Unterhaltung der in diesen angebrachten Schützvorrichtungen durch Zahlung einer Rente von 1000 M jährlich bewirkt werden.

Von der Kapitalentschädigung unter a. entfallen 39 930 M 74  $\mathcal{M}$  auf den Kanal in der Theaterpromenade und zwar 32 887,44 M für Erneuerung und 7043,30 M für Unterhaltung. Beide Summen sind in der Annahme ermittelt, daß die Erneuerung des fraglichen Kanalzugs erst nach 20 Jahren erforderlich werden wird. Sollte diese Erneuerung früher erforderlich werden, so soll nach § 6 des Entwurfs die Abfindungssumme nachträglich entsprechend erhöht, bei der Berechnung aber nach den jetzt befolgten Grundsätzen verfahren werden.

Wie jede Ablösung einer Naturalleistung bei dem Sinken des Geldwerts für den Empfangsberechtigten finanziell nicht vorteilhaft ist, so verhält es sich auch mit der hier erörterten; aber die Verhältnisse drängen die Stadt immer mehr dahin, die volle Herrschaft über die Straßen der Stadt zu gewinnen, und zwar besonders

dann, wenn durch das Nebeneinanderbestehen von staatlichen und städtischen Rechten und Befugnissen ein einzelner städtischer Betrieb unter Umständen in der empfindlichsten Weise erschwert und verteuert werden kann.

Der Versammlung wird anheimgegeben, den vorgelegten Vertragsentwurf zu genehmigen.

Herr Lord: Die Gründe des Magistrates für die Vorlage sind anzuerkennen; es ist auch zuzugeben, daß es wünschenswert erscheint, die in ihren Funktionen in einander greifenden und hierdurch zu Unannehmlichkeiten Anlaß bietenden städtischen und staatlichen Flußläufe zu vereinigen. Auch erscheint es bedenklich, wenn die nur bedingungsweise gegebene Erlaubnis zur Beseitigung der Schneemassen durch die staatlichen Kanäle einmal wieder zurückgezogen werden könnte, da hierdurch der Stadt erhebliche Kosten erwachsen würden. In der Finanzkommission hat der erste Teil der Vorlage von selbst Zustimmung gefunden, es entstanden jedoch Schwierigkeiten wegen der Höhe der Entschädigung, die ja nur in einer Rente von jährlich 1000 M und einer einmaligen Abfindungssumme von 41876 M bestehen soll. Es ist nicht die Meinung der Finanzkommission, daß man mit diesen Abfindungen ein Geschäft machen würde. Die der Vorlage beigegebene Berechnung der Abfindungssumme hätte die Finanzkommission vielleicht auch nachgeprüft, jedoch war sie nicht imstande, den dieser Berechnung zugrunde gelegten algebraischen Gleichungen und Ansätzen zu folgen. Ich für meine Person gebe das wenigstens zu, indem ich resigniert bemerke, daß des Menschen Wissen allzeit Stückwerk ist. Nachdem aber der Herr Oberbürgermeister Netemeyer in der Kommission die Erklärung abgegeben hat, daß die hier verwendeten Formeln bei solchen Ablösungsberechnungen im Gebrauch sind und die vorliegende Berechnung auch von einem zuverlässigen städtischen Beamten sorgfältig ausgeführt worden ist, gibt die Finanzkommission anheim, den Vertrag zu genehmigen. Wie sich diese Verhältnisse in den ferneren Jahren gestalten werden, ist nicht vorauszu sehen, aber ein Geschäft wird die Stadt hiermit nicht machen. Das ist ja allerdings auch nicht der Zweck der Vorlage, sondern sie bezweckt hauptsächlich, die gegenwärtig getrennt geführte Verwaltung der Kanäle in einer Hand zu vereinigen. Es wird also die Genehmigung des Vertrages anheimgegeben.

Herr Löschigt: Ich möchte fragen, ob nach der Uebernahme der Kanäle durch die Stadt die Unterhaltungspflicht der Anlieger unverändert beibehalten werden soll. Das war wohl begründet, als wir den Kanal noch in Anspruch nahmen, jedoch jetzt sicher nicht mehr, wo der Zweck der Kanäle in Wegfall gekommen ist. Es erscheint mir nicht recht, daß wir jetzt noch Reparaturkosten tragen sollen, die mir schon recht hoch zu stehen gekommen sind, obwohl ich den Kanal gar nicht beschädigt hatte. Für die Anlieger haben die Kanäle gar keinen Wert mehr. Wir haben wohl für die Kanalisierung der Okerstrecken das gewonnene

Land bekommen, aber es scheint doch die weit verbreitete Meinung richtig zu sein, daß unser Rechtsanwalt damals unsere Interessen nicht ordnungsmäßig vertreten hat. Heute, wo die Stadt die Kanäle zu Notausläffen und Spülungen benutzt, dürfte es nicht mehr angebracht sein, die Anlieger für die Reparaturkosten haftbar zu machen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Stadt hat die Kanäle von Anfang an zu Notausläffen benutzt, so daß dieser Grund für den Fortfall der Haftpflicht der Anlieger nicht stichhaltig ist. Es könnte höchstens in Frage kommen, zu prüfen, ob die Anlieger im Laufe der Zeit zu sehr durch diese Last bedrückt worden sind. Im übrigen ist der hier vorgetragene Gedankengang des Herrn Borredners doch höchst wunderbar. Bei der Regulierung der Kanäle sind Staat und Stadt beteiligt gewesen und nun tritt seitens der Stadt der doch wohl erklärliche Wunsch hervor, die Kanäle allein in ihre Gewalt zu bekommen, damit nicht in jedem Falle der Vertreter der Herzoglichen Baudirektion die Spülung der Kanäle gestatten muß. Darüber haben sich die beiden Behörden verständigt. Wie soll nun wohl die Stadt dazu kommen, aus diesem Grunde den Anliegern der Kanäle die Unterhaltungspflicht abzunehmen? Die Anlieger haben sich von Anfang an zu überlegen gehabt, ob sie in Ansehung der Baukosten und der Servituten durch die Unterhaltungspflicht einen angemessenen Preis für das ihnen durch die Kanalisation zugefallene Terrain gezahlt haben. Wenn sich die Anlieger dabei vertalkuliert haben sollten, so tut es mir leid.

Herr Jasper: Ich hoffe, daß der Magistrat bei der vorliegenden Berechnung vorsichtiger und besser bedient ist, als bei der Berechnung der Abfindungssumme für das Straßenterrain am Magnitore. (Heiterkeit.) Es wäre zu wünschen, daß der Staat ein noch höheres Aversum zu zahlen hätte und daß besonders die Strecke an der Theaterpromenade nicht zu niedrig gegriffen wäre. Ich möchte es aber auch für wünschenswert halten, daß noch über die Vorlage hinaus die rechtliche Lage zwischen Staat und Gemeinde geklärt und festgestellt würde, welchen Anteil die Beteiligten haben, wenn dieser oder jener Kanal einmal zugeschüttet werden sollte. Darüber ist in der Vorlage nichts gesagt worden. Wenn einmal die Verhältnisse geregelt werden sollen, so ließe sich vielleicht stadtseitig noch heraus schlagen, daß künftig, wenn einmal eine Kanalstrecke nicht mehr benutzt wird, das Eigentum daran nicht dem Staate, sondern der Stadt zusteht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Gegen die aufgestellte Berechnung läßt sich nichts einwenden. Es ist dabei angenommen worden, daß die beiden Kanäle Friedrich-Wilhelmsplatz—Münzstraße und Siegesplatz—Kattreppele noch 200 Jahre halten werden, so daß dabei natürlich ein großes Ablösungskapital nicht herauskommen kann. Wenn der Kanal an der Theaterpromenade in die Fahrbahn gelegt würde, so müßten hierfür etwa 60 000—70 000 M aufgewendet werden.

Nun hat Herr Jasper weiter gefragt, ob der Magistrat nicht mit der Herzogl. Baudirektion sich über die rechtliche Natur der offenen Okergräben verständigen könnte. Wie kann aber ein Jurist solche Fragen stellen? Es handelt sich dabei doch um eine *res extra commercium*, worüber Magistrat und Staatsbehörde keinen Vertrag schließen können. Wir haben in den Vertrag nur den einen Passus aufgenommen, daß in Zukunft alle Anträge auf Einrichtungen an den Gräben an die Stadtverwaltung zu gehen haben. Die Sache ließ sich also rechtlich nicht konstruieren, weil die öffentlichen Flüsse Sachen sind, die außerhalb des Verkehrs stehen. Die Herzogliche Baudirektion hat auch keine Rechte an den Flußläufen gehabt, sondern nur die Pflicht, die Kanäle zu unterhalten. Sie hat allerdings im Laufe der Zeit sich eine Art Eigentumsrecht heraus zu konstruieren versucht, was wir jedoch aufs entschiedenste bestritten haben, indem wir sagten: wir haben es lediglich mit der Flußpolizeibehörde zu tun und die Herzogliche Baudirektion hat nur die Unterhaltungspflicht an den Kanälen. In Zukunft wird also die zuständige Behörde für uns die Herzogliche Polizeidirektion sein. Wenn Gutachten über die Kanäle eingefordert werden sollen, so sind diese von der städtischen Bauverwaltung zu erstatten, auch die Bedienung der Schleusen zc. geschieht dann durch städtische Beamte und der Kanal auf dem Ruhfäutchenplage kann von uns zur Beseitigung der Schneemassen benutzt werden.

Herr Jasper: Ich habe ausdrücklich davon geredet, welcher Zustand eintreten sollte, wenn die Okergräben wieder in den Verkehr treten und nicht mehr als solche benutzt werden sollten. In diesem Falle möchte der Zustand zwischen den beteiligten Faktoren geregelt werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wie kann Herr Jasper solche Frage stellen? Die öffentlichen Flußläufe sind als solche dem Gesetze gemäß zu behandeln. Wenn sie kanalisiert werden, so ist nach dem Gesetze entweder den Anliegern oder den Gemeinden das Recht eingeräumt, das betr. Terrain in Anspruch zu nehmen, wenn sie die Kosten tragen. Die Herzogliche Baudirektion scheidet bei dieser Sache in Zukunft ganz aus. Am Niekelnfulte wollten wir ein solches Okerterrain behalten und haben das auch durchgeführt. Dieses Terrain ist darauf in *commercium* gesetzt und auf den Namen der Stadt eingetragen. In dieser Weise würde auch bei anderen Fällen gehandelt werden.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratsvorlage zu.

## VI. Aufnahme einer Klage.

Die Firma Herm. Mewes hier hat gegen den Magistrat eine Klage erhoben, deren Aufnahme letzterer beantragt. Es handelt sich dabei um eine Ersatzforderung

von 173 M, die Klägerin von der Stadt verlangt, weil ihr Pferd in eine durch städtisches Personal aufgeworfene und nicht gehörig gesicherte Grube gefallen sei und sich verletzt habe.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet, wird dem Antrage zugestimmt

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8<sup>1/2</sup> Uhr.

---





1903/1904.N<sup>o</sup> 15.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. März 1904.

### Tagesordnung:

|                                                                            |           |
|----------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten (Schluß) . . . | Seite 465 |
| II. Nachverwilligung von Kosten für Kirchenbauten . . . . .                | " 486     |
| III. Behandlung der Hundesteuer-Erlaßgesuche . . . . .                     | " 511     |
| IV. Reinigung von Denkmälern der Stadt . . . . .                           | " 512     |
| V. Gesuch um Gewährung städtischer Ehrenpreise . . . . .                   | " 513     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Meyer, von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-Assessoren Happe und Dr. jur. Hartwieg.

Entschuldigt die Herren Buchler, Koch und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Mitteilung des Magistrates, daß die von der Versammlung am 30. April 1903 — Seite 19 Berichtes — genehmigte Klage des Schuhmachers Weber auf Herausgabe von Geld und Wertpapieren aus einem Nachlaß endgültig zugunsten der Stadt entschieden sei.

- 2) Eingabe der zum Allgemeinen Verbands deutscher Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften gehörigen Konsumvereine im Herzogtum Braunschweig, welche an das Herzogliche Staatsministerium, die Landesversammlung, sowie die Magistrate und sonstigen Ortsbehörden gerichtet ist und sich gegen die Sonderbesteuerung der Konsumvereine wendet. Die Eingabe wird zur Einsichtnahme ausgesetzt.
- 3) Mitteilung des Magistrates über den beabsichtigten Zirkusbau. Hierauf hat der Magistrat am 21. Januar 1904 an die Firma Rasche & Krausch geschrieben, daß er im Hinblick auf die seit Beginn der Verhandlungen mit der Firma verstrichene erhebliche Zeit und auf den inzwischen von anderer Seite betriebenen Plan der Schaffung eines ähnlichen Unternehmens an der Wendenstraße die bestimmte Forderung stellen müsse, es werde seitens der Firma nicht nur die Erwirkung der Genehmigung des Bauplanes möglichst beschleunigt und alles für die Inangriffnahme der Arbeiten bei Beginn der Bauzeit vorbereitet, sondern auch die als Vorbedingung vom Magistrat verlangte Gründung der betr. Aktiengesellschaft spätestens bis 15. Februar 1904 bewerkstelligt werden, anderenfalls würde der Magistrat die gepflogenen Verhandlungen als abgebrochen ansehen und davon zurücktreten. — Außerdem hat Herr Gustav Kirchhoff hieselbst gebeten, einem anderen Unternehmen, welches beabsichtigt, auf dem früheren Rotheschen Grundstücke an der Wendenstraße ein Etablissement zu errichten, das als Theater und als Zirkus eingerichtet werden soll, fördernd zur Seite zu stehen und von dem geplanten Bau am Siegesplaz Abstand zu nehmen.

Herr Müller fragt an, ob der Zirkusbau am Augustplatz damit gefallen sei.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer erwidert: Auf das vorerwähnte Schreiben des Magistrates hat die Firma Rasche & Krausch den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages vorgelegt und außerdem die bestimmte Erklärung abgegeben, daß das nötige Hypothekkapital zur Verfügung stünde. Die Ihrerseits zu diesem Zwecke niedergesetzte Deputation hat den Entwurf einer Prüfung unterzogen und verschiedene Änderungen darin verlangt; außerdem hat sie auch gewisse Garantien zur Sicherung der Rechte der Stadtgemeinde gefordert. Die Firma ist sodann noch an demselben Tage seitens des Magistrates aufgefordert worden, sich über die Wünsche der Deputation zu erklären. Da eine Antwort hierauf bis heute vor acht Tagen nicht eingegangen war, ist sie erinnert worden. Darauf teilte sie in einem Schreiben mit, daß der betreffende Hypothekgläubiger, welcher ihr die 400 000 M Hypothekbaupital zugesichert habe, seine Zusage zurückgezogen habe. Ich konnte diese Sache in der Magistratsitzung noch nicht vorbringen, aber da die Deputation bestimmt erklärt hatte, wir ließen uns auf die Sache nicht ein,

wenn nicht das Hypothekkapital beschafft wäre, so habe ich der Firma geschrieben, es müßte binnen kürzester Frist das Kapital beschafft werden und wir verlangten eine bestimmte Erklärung. Auf dieses letzte Schreiben ist eine Antwort noch nicht eingegangen. —

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

## I. Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten. (Schluß.)

Herr Frühling (als Referent der Baukommission): Der § 9 des Entwurfs lautet:

### § 9. Ausschreibung.

Lieferungen und Leistungen, die nicht aus freier Hand vergeben werden, sind auszuschreiben. Die Ausschreibung soll in der Regel eine öffentliche sein.

Mit Ausschluß der Öffentlichkeit können zu engerer Bewerbung ausgeschrieben werden:

- 1) Leistungen und Lieferungen, welche nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern in geeigneter Weise ausführt;
- 2) Leistungen und Lieferungen, deren öffentliche Ausschreibung ohne Ergebnis geblieben ist.

Eine Ausschreibung ist nicht erforderlich bei Nachbestellung von Materialien und Arbeiten zur Ergänzung des für einen bestimmten Zweck ausgeschriebenen und vergebenen Gesamtbedarfs, sofern kein höherer Einheitspreis vereinbart wird, als für die Hauptlieferung bezw. Hauptleistung.

Die Baukommission hat hierzu besondere Anträge nicht zu stellen und empfiehlt Ihnen die Genehmigung.

Der § 9 wird darauf genehmigt.

### § 10. Bekanntmachung der Verdingung.

Die Bekanntmachung öffentlicher Ausschreibungen von Leistungen und Lieferungen hat durch die städtische Bauverwaltung zu geschehen. Handelt es sich nur um eine Benachrichtigung der Gewerbetreibenden und Handwerker in der Stadt oder im Lande Braunschweig, so genügt eine Veröffentlichung durch die Braunschweigischen Anzeigen; erfordert aber der Gegenstand der Ausschreibung eine umfassendere Verbreitung der Bekanntmachung, so ist dieselbe, nach dem Ermessen der städtischen Bauverwaltung, in geeigneten Fachzeitschriften zum Abdruck zu bringen.

Die Bekanntmachungskosten sind auf den Baufonds zu verrechnen und im Kostenanschlage besonders vorzusehen.

Die Baukommission hält diese Art der Veröffentlichung für genügend. Die Braunschweigischen Anzeigen sind gewählt worden, weil sie auch sonst als Veröffentlichungsorgan des Magistrates dienen.

Herr Jasper: Es ist von uns beantragt worden, statt der Worte „durch die Braunschweigischen Anzeigen“ zu setzen: „durch sämtliche Tagesblätter der Stadt Braunschweig“. Es ist, wie ich zur Begründung der Aenderung ausführen möchte, wünschenswert, daß die Veröffentlichungen nicht nur in dem hiesigen amtlichen Organe, das ja theoretisch in aller Hände sein soll, das aber tatsächlich wohl in den wenigsten Händen ist, oder doch von den wenigsten Leuten gelesen wird, erfolgen, sondern, in Berücksichtigung dieses Umstandes, allen hiesigen Tagesblättern zugehen, um sie der großen Masse der Interessenten zugänglich zu machen.

Herr Frühling: Die Baukommission hat sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß dieses empfehlenswert sei, sondern sie hält es für ausreichend, wenn die Veröffentlichungen erfolgen wie die sonstigen Sachen des Magistrates, da diejenigen, welche ein Interesse an den Ausschreibungen haben, sie auch dort finden können. Andererseits würden auch, wenn in sämtlichen hiesigen Zeitungen veröffentlicht werden sollte, sehr erhebliche Kosten entstehen, die nach unserer Meinung keinen entsprechenden Wert hätten. Wenn sich hier später noch weitere Zeitungen aufstäten, müßten ihnen bei solcher Vorschrift die Ankündigungen natürlich ebenfalls geliefert werden und das würde viel zu weit führen. Wir glauben es daher bei dem Vorschlage der Deputation bewenden lassen zu sollen.

Herr Nolte: Ich stehe auf demselben Standpunkte und möchte betonen, daß dieses um so richtiger erscheint, als die „Braunschweigischen Anzeigen“ bekanntlich für sämtliche offiziellen Bekanntmachungen vorgeschrieben sind. Sollte man indessen zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Bekanntmachung noch nicht genügt, so wäre ein Ausweg darin zu finden, daß die Bekanntmachungen an irgend einer Stelle im Rathause angeschlagen werden. Das ließe sich ohne Kosten machen und würde die Beteiligten wohl auch befriedigen. (Zustimmung.) Ich beantrage, in den § 10 einen derartigen Zusatz einzufügen.

Herr Löschigt: Da die Bekanntmachungen im Interesse der Allgemeinheit vorgenommen werden sollen, so genügen mir allerdings die „Anzeigen“ auch nicht. Wir verlangen, daß die Tagesblätter alles von uns unentgeltlich aufnehmen, dann müssen wir ihnen aber auch entgegenkommen und ihnen etwas zu verdienen geben. Ich bin sogar überzeugt, daß die Zeitungen uns Ausnahmepreise machen werden, wenn sie alle diese Annoncen erhalten. Jedenfalls ließe sich ein entsprechendes Uebereinkommen leicht treffen.

Herr Esdorn: Ich nehme den Standpunkt nicht ein, daß die städtischen Behörden ein Interesse daran haben, den Zeitungen etwas zu verdienen zu geben. Bis jetzt ist es im allgemeinen so gewesen, daß Bekanntmachungen in den „Anzeigen“, die weitere Kreise interessieren, am anderen Tage auch von den übrigen Zeitungen gebracht wurden. Wollte man in allen hiesigen Zeitungen inserieren, würde das zu teuer werden.

Herr Frühling: Es liegt nicht ein öffentliches Interesse bei solchen Bekanntmachungen vor, sondern nur ein auf die beteiligten Kreise beschränktes Interesse, und für diese genügt es, wenn sie die Bekanntmachungen in den „Anzeigen“ finden können.

Herr Jasper: Ich muß meinem Erstaunen Ausdruck geben, daß die „Braunschweigischen Anzeigen“ das offizielle Amtsblatt des Magistrates sein sollen; jedenfalls ist ein offizieller Beschluß darüber nicht gefaßt worden. Es handelt sich bei unserm Antrage nicht darum, die sämtlichen hiesigen Blätter zu Amtsblättern des Magistrates machen zu wollen, sondern es soll ein Weg gewählt werden, um die Bekanntmachungen möglichst allen Interessenten zugänglich zu machen. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß man die Ankündigungen in den gelesensten hiesigen Zeitungen veröffentlicht, zu denen die „Anzeigen“ aber kaum gehören dürften. Auf die Einwendung, daß dies zu viel kosten würde, kann ich nur erwidern, daß das nicht ins Gewicht fallen darf. Außerdem ließe sich die Sache aber auch so machen, daß der früheren Anregung des Herrn Esdorn entsprechend auch diese Bekanntmachungen den hiesigen Zeitungen unentgeltlich und gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden und man ihnen überläßt, davon Gebrauch zu machen oder nicht.

Herr Nolte: Ich habe meinen Antrag wie folgt formuliert: „Die Bekanntmachungen werden außerdem an einer passenden Stelle des Rathauses angeschlagen“, bemerke aber, daß ich bei Annahme des Antrages Jasper diesen Antrag zurückziehe.

Herr Südel: Wenn ich Herrn Jasper recht verstanden habe, will er den Antrag Herzberg so geändert sehen, daß die Bekanntmachungen den übrigen hiesigen Blättern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. (Zustimmung.)

Der § 10 des Entwurfs wird mit dieser Ergänzung des Herrn Jasper genehmigt.

### § 11. Eröffnung der Angebote.

Nach Ablauf der in der Bekanntmachung oder in den bezüglichen Aufforderungsschreiben bezeichneten Frist für die Einreichung der Angebote eröffnet der Abteilungsvorstand der städtischen Bauverwaltung in dem durch die Ausschreibung festgesetzten Termine in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber oder ihrer Bevollmächtigten die rechtzeitig ein-

gegangenen Angebote, verliest die Namen der Bewerber und die geforderten Endsummen und nimmt über das Ergebnis — (unter Benützung eines Formulars) — eine Verhandlung auf. Demnächst bewirkt er die rechnerische Prüfung der Angebote und einen Vergleich derselben mit den veranschlagten und zur Verfügung gestellten Mitteln.

Den zu der Verhandlung Erschienenen ist nicht gestattet, in dem Termine schriftliche Aufzeichnungen über die einzelnen Angebote zu machen, und ebenso wenig dürfen die letzteren veröffentlicht werden. Im Falle der Zuwiderhandlung können die betr. Personen von der Verhandlung ausgeschlossen werden, und es kann ihre Zulassung zu späteren gleichartigen Verhandlungen abgelehnt werden.

Hierzu haben die Herren Herzberg und Gen. beantragt, den zweiten Absatz zu streichen.

Herr Frühling: Bei dem letzten Absätze standen sich in der Baukommission zwei Ansichten gegenüber. Die einen meinten, man solle die abgegebenen Angebote nicht veröffentlichen, um nicht denjenigen Leuten, welchen eine sachgemäße Beurteilung der Arbeiten abgeht, Material zu liefern, wodurch sie ihrer Unkenntnis abhelfen und instandgesetzt werden können, später Offerten abzugeben, weil hierdurch einer unlauteren Preisdrückung Vorschub geleistet wird; dagegen wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß die Handwerksmeister fortlaufend über die jeweilige Preisbildung unterrichtet sein möchten. Die Mehrheit der Baukommission ist der letzten Anschauung beigetreten und empfiehlt daher, den letzten Absatz des § 11 zu streichen.

Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu.

## § 12. Zuschlagserteilung.

- 1) Bei der Zuschlagserteilung bleiben verspätet eingegangene Angebote unberücksichtigt.
- 2) Ein Recht, die Erteilung des Zuschlags zu fordern, steht keinem Bewerber zu.
- 3) Werden Leistungen und Lieferungen freihändig oder im Wege beschränkter Submission vergeben, so erfolgt bei gleichwertigen Angeboten die Zuschlagserteilung an den Mindestfordernden. Erachtet die städtische Bauverwaltung indessen die sämtlichen Angebote nicht für annehmbar, so hat sie wegen anderweiter Vergabung das Erforderliche zu veranlassen.
- 4) Bei der öffentlichen Verdingung soll der Zuschlag die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des Unternehmers, sowie die Angemessenheit — nicht die unbedingte Niedrigkeit — des Preises zur grundlegenden Voraussetzung haben.

- 5) Beträgt der Wert der zu vergebenden Leistung oder Lieferung nicht mehr als 5000 M., so erfolgt die Zuschlagserteilung durch die städtische Bauverwaltung, in allen anderen Fällen aber durch eine gemischte Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede, zwei Stadtverordneten und dem Chef der städtischen Bauverwaltung bzw. dem betreffenden Abteilungsvorstande.

Die beiden Stadtverordneten und ebenso zwei Stellvertreter derselben werden gelegentlich der Zusammensetzung der sonstigen Deputationen und Ausschüsse seitens der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Ergibt sich bei den Beschlussfassungen der Deputation Stimmengleichheit, so entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Herr Fröhling: Der Inhalt dieses Paragraphen ist bei der Beratung schon so oft gestreift worden, daß er weitgehender Erläuterung nicht mehr bedarf. Es handelt sich darum, einmal eine absolute Unparteilichkeit für den Zuschlag zu sichern und sodann die städtischen Interessen als diejenigen des Bauherrn zu wahren. Es soll deshalb eine Deputation eingesetzt werden, welche in allen den Fällen den Zuschlag zu erteilen hat, in denen es sich um Arbeiten handelt, deren Wert den Betrag von 5000 M. überschreitet. Diese Deputation soll nach freiem Ermessen entscheiden können und ist dadurch in der Lage, sowohl im Interesse der Arbeitgeber zu wirken, welche wünschen, daß keine Preisdrückerei stattfindet, wie im Interesse der Arbeiter, welche wünschen, daß solche Arbeitgeber, die sich gegen allgemein anerkannte Interessen der Arbeiter ablehnend verhalten, ferner nicht berücksichtigt werden bei der Vergabe städtischer Arbeiten. Bestimmte Formeln aufzustellen, nach denen das für den Zuschlag geeignete Angebot zu ermitteln wäre, erscheint nicht ratsam. Jeder Fall weicht von dem anderen ab, so daß man hierbei nicht schematisch verfahren, sondern nur von Fall zu Fall entscheiden kann, und zwar am besten durch unabhängige Vertrauenspersonen. Die Baukommission empfiehlt deshalb die Annahme und beantragt nur, in dem vorletzten Absätze statt „gelegentlich der Zusammensetzung der sonstigen Deputationen und Ausschüsse“ zu setzen: „in gleicher Weise wie die sonstigen Deputationen und Ausschüsse“.

Herr Wesemeier: Unser Antrag geht dahin, im § 12 den zweiten Satz des Punktes 3 folgendermaßen zu fassen:

„Erachtet die städtische Bauverwaltung indessen die sämtlichen Angebote nicht für annehmbar, so hat sie öffentliche Ausschreibung zu veranlassen.“

Man könnte nämlich aus der jetzigen Fassung des § 12 schließen, daß ohne weiteres wieder eine beschränkte Ausschreibung folgen oder eine freihändige Vergabe stattfinden würde. Wir halten es deshalb für richtiger, diesem Passus eine



ganz bestimmte Form zu geben, indem man sagt, es habe eine öffentliche Ausschreibung für solche Fälle zu erfolgen, wo die Wertsumme 1000 M übersteigt.

Herr Frühling: Es hat in der Absicht der Deputation sowohl wie der Baukommission gelegen, freizulassen, ob bei einer zweiten Ausschreibung eine beschränkte oder eine öffentliche Submission stattfinden soll, wenn bei einer ersten Ausschreibung einer beschränkten Submission ein annehmbares Resultat nicht erreicht ist. Im § 9 ist die Anwendbarkeit der engeren Submission bereits auf wenige Fälle beschränkt, indem es dort heißt: „Mit Ausschluß der Öffentlichkeit können zu engerer Bewerbung ausgeschrieben werden: 1. Leistungen und Lieferungen, welche nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern in geeigneter Weise ausführt; 2. Leistungen und Lieferungen, deren öffentliche Ausschreibung ohne Ergebnis geblieben ist.“ Wenn in einem solchen Falle vielleicht durch Ringbildung, oder durch mißverständliche Auffassung der Ausschreibung die erste Ausschreibung ein brauchbares Resultat nicht ergeben hat, so liegt deshalb noch kein Grund vor, die Leistungen nun durchaus öffentlich auszuschreiben, sondern es kann für geeigneter erachtet werden, eine zweite beschränkte Ausschreibung vorzunehmen. Wir wollen deshalb im § 12 keine weitere Einschränkung vornehmen, sondern wollen die Möglichkeit frei lassen, derartige Leistungen auch zum zweiten Male in engerer Ausschreibung vergeben zu können. Diese Freiheit in der Disposition scheint durchaus notwendig zu sein; und empfehle ich daher, die Fassung der Deputation beizubehalten.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt.

Herr Wesemeier: Zum § 12 haben wir noch folgenden Zusatzantrag gestellt:

„Nach der Zuschlagserteilung sind in sämtlichen Tagesblättern der Stadt Braunschweig die Namen der Bewerber mit den Endsummen der Angebote und der Name desjenigen zu veröffentlichen, dem der Zuschlag erteilt ist.“

Wir gehen von dem Standpunkte aus, daß es im Interesse der Handwerker liegt, diesen Zuschlag zu erfahren. Wenn es auch den Handwerkern so wie so bekannt werden mag, wer die Arbeit bekommt, so halten wir es doch auch für sehr wichtig, die Endsummen der betr. Angebote bekannt zu geben, damit die Handwerker selber darüber urteilen können, ob eine Unterbietung der Preise vorgekommen ist. Ich würde es für ungeheuerlich halten, wenn die Öffentlichkeit schon vorher ausgeschlossen werden sollte. Auch glaube ich nicht, daß Bedenken vorhanden sein könnten, die Ergebnisse der Ausschreibungen in den Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Herr Fiedel: Es mag ja von Interesse sein, denjenigen kennen zu lernen, der den Zuschlag erhält, aber trotzdem halte ich es doch für recht bedenklich, die Namen der Bewerber mit den Endsummen der Angebote zu veröffentlichen, weil sich

sonst die vielleicht ganz irrtümliche Meinung im Publikum bilden könnte, daß der eine Bewerber sehr teuer, der andere aber furchtbar billig arbeite. Solche Angebote hängen aber oft nur von Zufälligkeiten ab. Ich stehe seit langen Jahren mitten im Submissionswesen und weiß, von welchen Zufälligkeiten die Angebote oft abhängen; deshalb möchte ich warnen, das zu tun. In den Submissionsblättern werden ja ab und zu die Ergebnisse von Ausschreibungen veröffentlicht, jedoch geschieht das nur auf Grund der Notierungen Privater. Was daraus entsteht, kann man sehr leicht bei den nächsten Angeboten sehen. Es gibt nämlich eine Menge Menschen, die, um Arbeit zu kriegen, nicht rechnen; wenn solche Leute hören, daß jemand eine Arbeit zu einem Preise angeboten hat, von dem sie nicht wissen, wie er das möglich gemacht hat, so bieten sie das nächste Mal die Arbeit zu einem noch billigeren Preise an. Wenn Sie durchaus etwas veröffentlichen wollen, so geben Sie den Namen und das Angebot desjenigen bekannt, der den Auftrag bekommen hat, nicht aber alle Bewerber.

Herr Frühling: Die Baukommission schlägt Ihnen vor, den Antrag abzulehnen. Wir halten die Veröffentlichung der Angebote nicht für notwendig, weil kein wirkliches öffentliches Interesse dafür vorliegt. Im § 11 war aus denselben Gründen, die Herr Fiedel soeben erörtert hat, der letzte Absatz, der jetzt gestrichen ist, eingestellt, und damit waren sogar solche Veröffentlichungen verboten. Viele Sachverständige stehen auf dem Standpunkte, daß man das Ergebnis einer Submission überhaupt nicht veröffentlichen soll, weil dadurch unfähigen Handwerkern Angaben gegeben werden, welche sie zur Beteiligung an Arbeiten, die sie nicht hinreichend verstehen, veranlassen können, wodurch dann unrichtige Preisbildung und Preisdrückerei veranlaßt würde. Man würde durch die Veröffentlichung also solche Manöver geradezu unterstützen. Nach meinen Erfahrungen möchte ich unbedingt raten, eine derartige Bestimmung in die Vorschriften nicht aufzunehmen. Solche Veröffentlichungen würden außerdem auch unnötige und nicht geringe Kosten verursachen, da oft 20—30 Angebote mit vielen Einzelheiten zu veröffentlichen sein würden.

Herr Jasper: Nach der Ansicht des Herrn Frühling würde die Veröffentlichung also dazu dienen, die Schmutzkonkurrenz noch größer zu machen in der Weise, daß die Allgemeinheit erführe, welche Angebote abgegeben werden. . . .

Herr Frühling: Das habe ich nicht gesagt. Meine Ausführungen gingen dahin, daß die Veröffentlichung der bei den Submissionen abgegebenen Preise leicht dazu führt, die Leute, welche im Handwerk nicht tüchtig sind, zu veranlassen, diese Preise zu notieren und bei späteren Submissionen lediglich hiernach ihre Preise zu bilden. Ich wünsche, daß die Leute, welche das Handwerk nicht voll verstehen und nicht selbständig rechnen können, von den Submissionen ausgeschlossen

werden und nicht, daß solchen Leuten noch obenein Material geliefert werde, welches sie veranlassen könnte in die Konkurrenz einzutreten.

Herr Jasper: Es bedeutet also, daß durch die Veröffentlichung der Angebote auch solche Leute in künftigen Fällen mit bieten könnten, die bisher sehr schwach im Rechnen waren und sehr wenig Verständnis für solche Arbeiten hatten. Auch diese Gefahr ist wohl nicht vorhanden und wenn doch, nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil für unsere Stadt, indem man sähe, welche Unternehmer Schmutzkonkurrenz treiben und durch Stellung geringerer Preise darauf bedacht sind, sich Arbeiten zu verschaffen. Es würde das gerade recht erzieherisch wirken.

Herr Südel: Es ist gar nicht nötig, daß jemand, der ein billiges Angebot gemacht hat, dieses nur in der Absicht getan haben muß, seine Mitbewerber zu unterbieten; es kann dies vielmehr auch durch Irrtümer, oder irgend welche anderen Verhältnisse, die vielleicht in der Zeit der Submission liegen, veranlaßt sein. Jedenfalls würde es ein falsches Bild abgeben, wenn Sie annehmen, daß derjenige, welcher das billigste Angebot macht, unter allen Umständen Schmutzkonkurrenz treibt. Wenn ich z. B. für meine Arbeiter nicht genügend zu tun habe, so halte ich mich für verpflichtet, Preise zu fordern, die mir die Arbeit sichern, auch wenn ich einmal nichts daran verdiene, denn für mich handelt es sich in sochem Falle darum, die Arbeiter in Beschäftigung zu halten. Es können also Verhältnisse vorkommen, die zu einer billigen Preisabgabe führen, die aber darum nicht berechtigen, den betreffenden Unternehmer zur Schmutzkonkurrenz zu zählen. Ich möchte also dringend warnen, diesen Weg zu gehen, er würde zu Nachteilen für die Stadt führen. Es kann der Stadt nicht nur daran liegen, billige Arbeit zu kriegen, sondern sie muß auch gute Arbeit verlangen. Man kann sich hart an der Grenze des Geforderten halten, ohne daß die Arbeit beanstandet wird und man kann gute Arbeit liefern, die besser ist, als angenommen wurde.

Herr Wesemeier: Ich gebe zu, daß derjenige, welcher die billigsten Preise fordert, nicht unbedingt zur Schmutzkonkurrenz zu zählen ist, wenn ich auch nicht glaube, daß ein Unternehmer im Baugewerbe so billige Preise nur fordert, um sich seinen Stamm Arbeiter dadurch zu halten. Der Ansicht des Herrn Referenten kann ich auch nicht zustimmen, daß bei der Veröffentlichung der Angebote sich diese und jene Leute die Preise notieren und sie bei späteren Submissionen verwenden könnten. Es sollen doch nur die Endsummen und nicht auch die einzelnen Teilbeträge veröffentlicht werden. Außerdem will man doch den Handwerkern alle möglichen Mittel an die Hand geben, damit sie die Preise genau berechnen können und sollte ich meinen, daß das bei solchen Arbeiten auch möglich sei. Es würde aber in der Durchführung des Antrages absolut nichts speziell Braunschweigisches liegen, denn in Wolfenbüttel z. B. werden die Namen und Angebote der Submittenten, sowie der Name des Unternehmers, dem der Zuschlag erteilt worden ist, amtlich ver-

öffentlich. Die Handwerker mögen auch selber darauf einwirken, daß ihre Kollegen sich mit ihren Berechnungen in acht nehmen. Meine Freunde werden übrigens damit einverstanden sein, daß ich unserm Antrage folgende Fassung gebe:

„Nach der Zuschlagserteilung sind die Namen der Bewerber mit den Endsummen der Angebote und der Name desjenigen, dem der Zuschlag erteilt worden ist, den sämtlichen hiesigen Tageszeitungen gleichzeitig zur Verfügung zu stellen.“

Dieser Antrag wird von der Versammlung abgelehnt.

Herr Löschigt: Zu dem Punkte 5 des § 12 möchte ich bemerken, daß ich die Summe von 5000 M für zu hoch halte und deshalb beantrage, sie auf 2500 M herunterzusetzen. Bei der Vergabung von Straßenarbeiten können z. B. die Lose so eingeteilt werden, daß die Deputation sehr selten in die Lage kommt, bei der Vergabung mitzuwirken.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich glaube, der Antrag geht zu weit. Es ist richtig, daß unter Umständen schon ein größerer Posten von Arbeit für einen geringeren Betrag ausgeführt werden kann, als angenommen ist, aber andererseits haben wir auch die Summe von 5000 M gewählt wesentlich mit Rücksicht darauf, daß die Arbeit der Deputation auch nicht zu umfangreich wird. Es ist ein Unterschied, ob wir hierzu besoldete Beamte im Rathause haben, deren Pflicht es ist, wenn sie nicht krank sind, jeden Tag zur Stelle zu sein, oder ob wir einigen Stadtverordneten zumuten sollen, jede Woche mehrere Male zu dem Zwecke im Rathause zu erscheinen. Es ließe sich eine Abhilfe nur treffen, wenn die städtische Bauverwaltung alle vorliegenden Sachen zusammenstellt und liegen ließe, bis noch andere Sachen dazukommen, um sie dann im Ratsche der Deputation zu unterbreiten. Das eine ist aber so unpraktisch wie das andere, weshalb ich bitte, es bei 5000 M zu lassen. Herr Löschigt hat sodann noch angedeutet, daß die Leistung oder Lieferung in verschiedene kleine Lose geteilt und dadurch die Deputation umgangen werden könne. Ein solches Vorgehen würde ich aber für ganz ungehörig halten. Wenn z. B. der Ausbau einer Straße mit 39000 M ausgeworfen ist, so kann die Arbeit nicht in Losen von je 5000 M vergeben werden, denn das würde der Magistrat inhibieren.

Herr Frühling: In der Baukommission ist dieser Punkt auch eingehend beraten worden, jedoch haben wir uns entschlossen, nicht unter 5000 M zu gehen. Ich möchte empfehlen, es damit zu versuchen, denn wenn sich wirklich Mißstände herausstellen sollten, könnte dem später immer noch abgeholfen werden. Ich möchte davor warnen, von vornherein die Summe besonders niedrig zu setzen, weil dadurch die Geschäftslast der Deputation übermäßig groß gemacht werden könnte.

Herr Löschigt: Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bin ich nicht in der Lage, meinen Antrag aufrecht zu halten und ziehe ihn zurück. Es

geschieht das aber nur aus dem Grunde, weil vom Herrn Oberbürgermeister gesagt worden ist, daß er ein solches Vorgehen für ungehörig halte. Wenn nun also wirklich solche Sachen vorkommen sollten, würde eine Beschwerde beim Magistrate zulässig sein.

Ich möchte zu dem § 12 Abs. 5 sodann weiter beantragen, daß nicht zwei, sondern drei Stadtverordnete in die Deputation abgeordnet werden. Es ist jedenfalls praktisch, drei Vertreter der Versammlung in die Deputation zu wählen, damit, wenn einmal ein Vertreter in letzter Stunde am Erscheinen behindert ist, nicht erst nach dem Stellvertreter geschickt und die Sitzung solange ausgesetzt werden muß. Sind drei Stadtverordnete Mitglieder der Deputation, so ist diese auch beim Fehlen eines Stadtverordneten noch beschlußfähig.

Herr Oberbürgermeister Kietmeyer: Das letztere trifft bei der deputationsseitig beantragten Besetzung auch zu, denn wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist, ist die Deputation beschlußfähig; es kann demnach ein Stadtverordneter, oder das Magistratsmitglied, oder der Chef der städtischen Bauverwaltung fehlen. Also hiermit kann Herr Böschigt seinen Antrag nicht begründen. Im Gegenteil: je größer die Deputation ist, desto leichter kann eine Beschlus unfähigkeit zustande kommen. Wir haben uns bisher doch immer noch sehr gut mit der Versammlung gestanden, aber hier soll der Magistrat durch die Versammlung majorisiert werden. (Heiterkeit.)

Herr Böschigt: Das ist nicht meine Absicht gewesen; ich ziehe daher den Antrag zurück.

Vorsitzender: Wird der Antrag der Baukommission zum Punkt 5 des § 12 gutgeheißen? (Zustimmung.) Dann erhält also der vorlezte Satz des § 12 folgenden Wortlaut:

„Die beiden Stadtverordneten und ebenso zwei Stellvertreter derselben werden in gleicher Weise wie die sonstigen Deputationen und Ausschüsse seitens der Stadtverordnetenversammlung gewählt.“

Herr Hauswaldt: Zum § 12 möchte ich dann noch beantragen, hinter dem soeben anderweit festgestellten Satze noch einen Satz einzuschalten folgenden Wortlauts:

„Die beiden Stadtverordneten dürfen sich an städtischen Lieferungen nicht beteiligen.“

Die Begründung dieses Antrages kann ich mir nach den vorausgegangenen Besprechungen wohl schenken.

Herr Frühling: Ich möchte dagegen sprechen. Wenn wir den Zusatz annehmen, welcher einen Teil der Herren ausschließt, so liegt meines Erachtens darin die Unterstellung, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichend sind, wonach diejenigen Stadtverordneten, welche ein persönliches Interesse an einer

Sache haben, als behindert an der Abstimmung angesehen werden. Ebenso gewinnt es den Anschein, daß wir befürchteten, es würden Mitglieder der Versammlung ihr Mandat benutzen, um sich widerrechtliche Vorteile zu verschaffen. Ja, man müßte annehmen, daß sich unter den jetzigen Verhältnissen bereits solche Mißstände herausgebildet haben; denn wenn wir derartiges beschließen, so muß doch dafür eine Veranlassung vorliegen, und wir müssen doch der Meinung sein, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen und verschärft werden müssen. Dagegen möchte ich hiermit Verwahrung einlegen, wir dürfen diese Meinung nicht aufkommen lassen und dürfen ihr auch nicht einen Schein von Begründung dadurch geben, daß wir einen derartigen Zusatz beschließen. Das Amt des Stadtverordneten ist ein Ehrenamt und wir dürfen denjenigen, die ein solches Ehrenamt ausüben, zumal es ihnen jetzt viel weniger ein Vergnügen, als eine Pflicht geworden ist, nicht unterstellen, daß Sicherheitsmaßregeln getroffen werden müssen, damit sie nicht einen widerrechtlichen Gebrauch von ihrer Stellung machen. Es ist hier bis jetzt nichts vorgekommen, was ein solches Vorgehen begründen könnte.

Es ist auch davon gesprochen worden, daß zwei Mitglieder der Versammlung in früheren Jahren einmal nicht wieder in die Baukommission gewählt seien, weil sie Handwerksmeister waren. Es hat aber damals kein Mißtrauen durch den Beschluß ausgedrückt werden sollen, sondern es hat sich nur um einen Beschluß des Seniorenkonvents gehandelt, der von der Versammlung gutgeheißen wurde. Für diejenigen aber, welche darin ein Mißtrauen sehen wollen, kann es erst recht nicht eine Veranlassung sein, jetzt eine Verschärfung zu beschließen, denn der Vorfall würde direkt beweisen, daß es derartiger Verschärfungen gar nicht bedarf. Wenn damals die Bestimmungen genügt haben, um Personen, die nicht geeignet schienen, von der Wahl auszuschließen, so wird auch wohl jetzt ohne solche Bestimmung auszukommen sein. Jedenfalls hat die Versammlung keine Veranlassung, die Meinung aufkommen zu lassen, daß dieses Ehrenamt durch besondere Bestimmungen begrenzt werden müßte, damit nicht Mißbrauch zu persönlichem Vorteile damit getrieben werde.

Der Zusatz hat aber auch keinen Zweck. Wenn der Standpunkt einzelner Mitglieder der Versammlung so niedrig wäre, daß sie ihre Stellung zu persönlichen Vorteilen bei diesen Deputationswahlen mißbrauchen, so nützt auch der beantragte Zusatz nichts, denn dann würden sie trotz des Zusatzes ihre Freunde hineinwählen können, die ihnen dann auch die Arbeit zuführen könnten. Wir würden also mit dem Antrage nichts erreichen, sondern nur denjenigen Leuten, die auf einzelne Mitglieder der Versammlung ein übles Licht werfen wollen, Grund geben, zu sagen, daß die Versammlung mit ihnen übereinstimme.

Auch sogenannter öffentlicher Meinung d. h. unbegründetem Gerede würde ich mich in diesem Falle nicht beugen. Wenn solche hervortreten und sagen sollte,

es haben derartige Mißbräuche stattgefunden, so müssen solche Verunglimpfungen zurückgewiesen und Namen verlangt werden. Solange Namen nicht genannt werden, schweben derartige Verunglimpfungen in der Luft und man soll ihnen nicht nachgeben. Ich würde also dringend empfehlen, den Antrag abzulehnen. Wir sind bisher vollständig sicher vor solchen Sachen gewesen und werden es mit den bestehenden Bestimmungen auch für die Zukunft sein.

Vorsitzender: Ich richte die Frage an Herrn Löschigt, ob er den hier eingereichten Antrag auf Ausschließung von Handwerkern bei der Besetzung der Deputation neben dem Antrage Hauswaldt aufrecht halten will.

Herr Löschigt: Nein, ich ziehe den Antrag zurück.

Herr Hauswaldt: Was der Herr Referent gesagt hat, ist uns wohl allen sympathisch und aus der Seele gesprochen. Selbstverständlich liegt es mir fern, durch den Zusatzantrag auch nur die Möglichkeit des Schattens einer Verdächtigung auf ein Mitglied der Versammlung zu werfen. Wir stehen hier aber vor einem ganz neuen Apparate, denn diese Deputation hat kein Analogon in irgend welcher anderen städtischen Kommission oder Deputation, sie ist ausgestattet mit einer Machtvollkommenheit, wie ich noch keine andere Deputation hier kennen gelernt habe. (Zustimmung.) Ich traue ganz selbstverständlich keinem Mitgliede der Versammlung zu, daß es sich in die Deputation hineinwählen läßt, um dort im trüben zu fischen. Aber es ist doch allgemein Brauch in der Welt, daß man bei der Schaffung einer absolut neutralen Position diese mit einem derartigen Zaun und Schutz umgibt, daß niemand Zweifel in deren Ehrenhaftigkeit setzen kann, und nur aus diesem Grunde bin ich dafür, daß in diese Deputation niemand hineingewählt werden soll, der mit städtischen Arbeiten und Lieferungen im Zusammenhange steht. Die Deputation wird es hunderten von Handwerkern nicht recht machen und wird von hunderten gekränkt und angegriffen werden; deshalb muß sie aber auch absolut intakt sein, so daß es heißen muß, die Deputation ist vollständig neutral, es sitzt niemand darin, der bei seinem Urteil nach rechts oder nach links zu sehen hat. Wählen Sie dagegen einen Ehrenmann im besten Sinne des Wortes in die Deputation, der viel städtische Arbeiten hat, so werden Sie immer ein gewisses Mißtrauen in diesen und jenen Kreisen wach erhalten. Deshalb ist es besser, zu beschließen, daß ein solcher Stadtverordneter nicht in die Deputation gewählt werden darf. Andererseits kann ich aber auch die Konsequenzen des Herrn Referenten nicht ziehen, denn ich kann mich nicht überzeugen lassen, daß in meinem Antrage etwas Herabwürdigendes für irgend ein Mitglied der Versammlung liegen könnte. Derartige Unterstellungen sind meinem Herzen vollständig fremd gewesen.

Herr Herzberg: Ich begrüße den Antrag des Herrn Hauswaldt mit Freuden, obwohl er nicht alles trifft, was wir in diesen Vorschriften treffen wollten. Dabei möchte ich aber meine Verwunderung aussprechen, weshalb der Herr Antragsteller

in der vorigen Sitzung nicht für den Antrag Wesemeier gestimmt hat; jedenfalls hat er sich inzwischen eines Besseren besonnen und das ist anerkennenswert. (Herr Hauswaldt: Es geht Sie doch nichts an, wie ich stimme!)

Zu den Ausführungen des Herrn Referenten möchte ich bemerken, daß mir dessen Erregung ebenso wenig verständlich ist, wie in der vorigen Sitzung die Erregung des Herrn Sander. Er hat sich dagegen verwahrt, daß ein Mitglied der Versammlung derartige Dinge tun könnte, wie sie der Antrag andeutet. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit gesagt: es ist das ganz schön, und man kann auch für sich und die anderen Kollegen der Versammlung eine solche Versicherung abgeben, aber niemand kann eine Garantie dafür übernehmen, daß auch in Zukunft nur Herren in der Versammlung sitzen, die allein im Interesse der Stadt ihr Amt hier ausüben. Gerade deshalb müssen wir aber bei Zeiten vorbeugen, denn mit der Versicherung allein ist nichts getan. Der Herr Referent hat dann noch gemeint, die Bestimmung ließe sich in der Weise umgehen, daß ein Handwerksmeister seine Freunde in die Deputation wählen lasse, und Herr Oberbürgermeister Metemeyer meinte in der vorigen Sitzung, man könnte auch Brüder und Vettern in die Baukommission wählen lassen, welche die Lieferungen dann ihren Verwandten zuschöben. Das ist an sich richtig, aber man wird durch ein Gesetz niemals alle Fälle treffen können und wir können unsere Entschlüsse nur so treffen, daß wir nach bestem Vermögen die Bestimmungen abfassen. Die Erregung des Herrn Frühling ist um so wunderbarer, als die Versammlung sich doch schon vor Jahren mit diesen Gesichtspunkten bekannt gemacht hat, als damals die Herren Nieß und Meyerhoff aus der Baukommission herausgewählt wurden. Herr Frühling hat außerdem auch eine bedauerliche Mißachtung der öffentlichen Meinung hier kundgegeben, gegen die ich mich energisch verwahren muß. Verständlich ist das ja bei einem Vertreter der ersten Wahlklasse, der, man kann wohl sagen, nicht gewählt, sondern ernannt wird; aber wir sind doch wohl gehalten, der Meinung der Bürgerschaft hier Ausdruck zu geben. Wenn Herr Frühling sagt, es sei hier bisher nichts geschehen, was den Antrag rechtfertigen könnte, und sei dieser daher nicht am Platze, so ist das eine sonderbare Politik, die darauf hinausläuft, daß man wartet, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist und ihn erst dann zudeckt. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Herr Esdorn: In der vorigen Sitzung sind verschiedene sozialdemokratische Anträge zurückgewiesen worden mit der Begründung, daß sich die darin ausgedrückten Wünsche erfüllen ließen, wenn kein Handwerker in die Deputation gewählt würde. Aus diesem Grunde bin ich für den Antrag Hauswaldt. Auch bin ich der Ansicht, daß wir uns um die öffentliche Meinung wohl zu kümmern haben und daß es im Interesse aller liegt, nur solche Leute in die Deputation zu wählen, welche nach allen Seiten unbeeinflusst dastehen.



Herr Fröhling: Ich wollte nur einige Irrtümer aufklären. Herr Hauswaldt sagt, diese Deputation wäre von einem Einflusse, wie er bei der Stadtverwaltung noch nicht existiert hätte. Dazu muß ich bemerken, daß zum Beispiel die Deputation für die Gas- und Wasserwerke genau dieselben Befugnisse besitzt, indem sie gleichfalls Zuschläge erteilt und Arbeiten vergibt. Wenn Herr Hauswaldt ferner versichert, daß er bei seinem Antrage nicht die Absicht gehabt habe, derartige Verdächtigungen aufzuwerfen, so bin ich davon überzeugt; bitte aber zu überlegen, ob nicht doch diese Meinung mit voller Berechtigung seinem Antrage würde untergelegt werden können. Ich bin überzeugt, daß diese Meinung nicht vorherrscht, aber jeder ist berechtigt, solchen Grund dem Antrage unterzulegen. Deshalb habe ich gewarnt, demselben zuzustimmen und ich kann meine Bedenken nur aufrecht halten.

Wenn sodann Herr Herzberg gemeint hat, es hätte aus mir eine Mißachtung der öffentlichen Meinung gesprochen, so ist das nicht richtig. Ich habe nicht die öffentliche Meinung mißachtet, sondern ich habe gesagt, wir können uns nicht davon leiten lassen, wenn in gewissen Kreisen derartige Verdächtigungen ohne Beweise laut werden, sondern wir müssen dann verlangen, daß Namen genannt werden, solange das nicht geschieht, betrachte ich solches Gerede als Verunglimpfungen. Das ist aber nicht öffentliche Meinung. Außerdem sagte Herr Herzberg, ihm sei meine Erregung nicht verständlich, ich habe gar nicht in Erregung gesprochen, denn was sollte mich in dieser Sache erregen?

Herr Böschigk: Schon vor neun Jahren habe ich den Antrag gestellt, daß Stadtverordnete keine städtischen Arbeiten haben sollten, jedoch ist der Antrag damals abgewiesen worden. Jetzt lassen Sie uns aber in der Sache zum Schluß kommen und den Antrag Hauswaldt annehmen. In Charlottenburg ist neulich beschlossen worden, daß Stadtverordnete keine städtischen Lieferungen übernehmen sollen und hier soll jetzt nur gesagt werden, daß in diese Deputation keine Handwerker hinein sollen, die städtische Arbeiten übernehmen. Das ist doch aber ein ganz geringes. Ich halte es für absolut gerechtfertigt, diesen Zusatz aufzunehmen, um allem Gerede die Spitze abzubringen. Allen können wir es ja nicht recht machen, aber der Magistrat hat doch auch eingesehen, daß eine Besserung in diesen Verhältnissen eintreten muß und daß man das Heft nicht allein in den Händen der Beamten belassen darf. Hätten wir die Deputation schon früher gehabt, so würden wir schon vorher gewußt haben, was unsere Kirchen kosteten und brauchten uns mit den gewaltigen Ueberschreitungen nicht mehr abzugeben.

Der Antrag Hauswaldt wird darauf angenommen.

Herr Nolte: Ich würde es für zweckmäßig halten, im § 12 des Entwurfs noch zu bestimmen, wie die Wahl des Vorsitzenden der Deputation zu erfolgen hat,

da eine Bestimmung hierüber fehlt. Es dürfte sich empfehlen, zu sagen, daß die Deputation den Vorsitzenden aus ihrer Mitte wählt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nach der Bestimmung im § 111 der Städteordnung führt in solchen gemischten Deputationen ein Mitglied des Magistrates den Vorsitz, so daß eine solche Vorschrift überflüssig ist.

### § 13. Vertragsabschluß.

Im Falle öffentlicher Ausschreibung ist nach erfolgter Erteilung des Zuschlags der Regel nach mit dem betreffenden Unternehmer ein schriftlicher Vertrag abzuschließen. Zuständig zum Abschlusse der Verträge ist, sofern nicht im Einzelfalle vom Stadtmagistrate anders verfügt wird, die städtische Bauverwaltung.

Herr Müller: Da der § 17 von der Freigabe der Kautionen handelt, so müßte doch wohl vorher etwas über die Hinterlegung von Kautionen gesagt werden und könnte dieses zweckmäßig hier geschehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das ist absichtlich so gesagt worden, und zwar mußte die Freigabe der Kaution erwähnt werden, damit derjenige, welcher eine Kaution hinterlegt hat, weiß, wann er sie zurückbekommen kann. Andererseits soll aber auch nicht jeder Unternehmer eine Kaution hinterlegen. Es können nämlich Verhältnisse vorkommen, wo die Hinterlegung eine Belästigung für die Behörde ist und nur als ein komischer Formalismus angesehen werden muß. Es kann sich bei der Kaution nur darum handeln, daß die Arbeiten vertragsmäßig gut geliefert werden, denn mit der Zahlung für die Leistungen sehen wir uns schon vor. Deshalb wird es am besten der städtischen Bauverwaltung überlassen, festzusetzen, wann eine Kaution genommen werden soll und wann nicht.

Vorsitzender: Man könnte sich vielleicht dadurch helfen, daß man im Eingange des § 17 sagte: „Die von dem Unternehmer „etwa“ hinterlegten Kautionen . . . .“

Herr Frühling: Die Deputation und die Kommission haben, wie der Herr Oberbürgermeister schon ausführte, im § 17 nur festlegen wollen, wann die Freigabe einer Kaution verlangt werden kann. Dagegen hielten sie es für eine Erschwerung der Behörde, vorzuschreiben, daß unter allen Umständen eine Kaution genommen werden solle.

Herr Müller: Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bin ich damit einverstanden, daß mein Antrag zurückgezogen wird, sofern im § 17 das Wort „etwa“ an der betreffenden Stelle eingeschoben wird.

Herr Wiehle: Wir hatten ursprünglich beantragt, den ersten Satz des § 13 zu fassen: „Mit dem Unternehmer ist in allen Fällen ein schriftlicher Vertrag abzuschließen.“ Diesen Antrag ändern wir dahin, daß in dem ersten Satze nur die

Worte „der Regel nach“ gestrichen werden, so daß der erste Satz des § 13 heißen würde: „Im Falle öffentlicher Ausschreibung ist nach erfolgter Erteilung des Zuschlages mit dem betreffenden Unternehmer ein schriftlicher Vertrag abzuschließen.“ Wir halten es für richtiger, bei Submissionen mit jedem Unternehmer einen Vertrag abzuschließen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Antrag geht zu weit. Ich mache darauf aufmerksam, daß einerseits das Submissionsverfahren dadurch ganz wesentlich erschwert wird und auf der anderen Seite Leistungen und Lieferungen vorzukommen können, die sich so einfach gestalten, daß der Abschluß eines Vertrages keinen Zweck haben würde. Wenn z. B. ein Unternehmer binnen drei Tagen 5000 cbm Pflastersteine liefern soll, so wäre es doch zwecklos, mit ihm erst noch einen Vertrag abzuschließen; es wird ihm dann nur mitgeteilt, schleunigst die Steine zu schicken und er erhält sein Geld, sofern die Lieferung der Bestellung gemäß ausgefallen ist. Es muß daher von Fall zu Fall entschieden werden, ob die Verhältnisse so liegen, daß die Abfassung eines schriftlichen Vertrages wünschenswert erscheint oder nicht.

Herr Südel: Ich möchte auch empfehlen, von einer solchen Vorschrift abzugehen. Es kommt zu häufig vor, daß die Verträge erst dann in die Hände des Vertragsschließenden kommen, wenn die Arbeit längst geleistet worden ist.

Herr Wiehle: Unter diesen Verhältnissen ziehe ich den Antrag zurück.

Herr Rathe: Hier heißt es: „Im Falle öffentlicher Ausschreibung“, während im § 12 gesagt worden ist, daß, wenn die öffentliche Ausschreibung nicht zum Ziele führt, es anders gemacht werden kann. (Widerspruch.) Wir müssen doch wenigstens den Unterschied zwischen den beiden Verfahren hineinbringen. Es können ja große Posten abgeschlossen werden, ohne daß eine öffentliche Ausschreibung stattfindet.

Herr Frühling: Die betreffende Bestimmung des § 12 bezieht sich gar nicht auf öffentliche, sondern auf beschränkte Ausschreibungen, so daß die Ansicht des Herrn Rathe nicht zutrifft.

Herr Wolters: Ich finde allerdings, daß Herr Rathe recht hat; es ist nämlich möglich, daß in der beschränkten Submission Aufträge erteilt und auch schriftliche Verträge abgeschlossen werden. Wenn wir nur im Falle der öffentlichen Ausschreibung schriftliche Verträge zu schließen berechtigt wären, so würden allerdings die anderen Fälle ausgeschlossen sein.

Vorsitzender: Das steht doch aber in dem Ermessen der Organe. Ob im übrigen ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden soll, hängt von dem Ermessen der zuständigen Verwaltungsorgane ab.

Herr Wolters: Die Konsequenz würde sein, daß, wenn bei der öffentlichen Ausschreibung der Regel nach ein schriftlicher Vertrag abzuschließen wäre, bei der

beschränkten Ausschreibung der Regel nach kein schriftlicher Vertrag abgeschlossen würde. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die Sache verhält sich folgendermaßen: Man hat bei den öffentlichen Ausschreibungen den Vertragsabschluß als Regel vorgesehen, weil es sich hierbei regelmäßig um eine größere Gesamtheit von Einzelleistungen handelt und es wünschenswert erscheint, die Einzelleistungen präzise zu Papier zu bringen. Bei der Vergebung aus freier Hand kann aber eine sehr komplizierte Leistung in Frage kommen und würde es in solchem Falle Pflicht der Behörde sein, erst recht einen schriftlichen Vertrag abzuschließen. Aber vorher läßt sich das nicht bestimmen und nicht darauf beschränken, daß es nur bei öffentlichen Ausschreibungen regelmäßig geschehen soll.

#### § 14. Abschlagszahlungen.

Den Unternehmern sind auf Verlangen Abschlagszahlungen auf die ihnen für Lieferungen und Leistungen erwachsenen Forderungen zu gewähren, soweit solches nach dem Ermessen der städtischen Bauverwaltung ohne eine Gefährdung der Rechte der Stadtgemeinde zulässig erscheint. Aus jeder Anweisung über eine Abschlagszahlung muß, wenn es sich um wiederholte Abschlagszahlungen handelt, die Gesamtsumme der früher schon angewiesenen Beträge hervorgehen.

Herr Frühling: Die Kommission wünscht, daß diesen Bestimmungen ein Zusatz wegen der Höhe der Abschlagszahlungen gegeben wird, und schlägt vor, dem ersten Satz noch folgende Worte hinzuzufügen:

„und zwar in der Regel bis zu neun Zehnteln des Wertes der bewirkten Lieferungen und Leistungen“.

Der § 14 wird mit diesem Zusatzantrage angenommen.

#### § 15. Stempelberechnung.

Bei der Berechnung und Verwendung des Stempels zu den Verträgen sind die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen zu beachten.

Die Kosten des Vertragstempels trägt jeder Teil zur Hälfte.

Herr Frühling: Die Baukommission beantragt, hinter dem § 15 noch folgende Bestimmung einzuschalten:

„Die Abnahme von handwerksmäßigen Arbeiten und Lieferungen soll auf Verlangen des Unternehmers innerhalb zwei Wochen, nachdem die Leistung bewirkt ist, erfolgen.“

Diese Zusatzbestimmung wird von der Versammlung angenommen.

## § 16. Schlußzahlungen.

Die Schlußzahlungen erfolgen auf Grund der von den betreffenden Unternehmern einzureichenden Schlußrechnung alsbald nach vollendeter Prüfung und Feststellung derselben und zwar, sofern nicht Beanstandungen erfolgen, spätestens drei Monate nach Einreichung der Rechnung.

bleiben bei der Schlußabrechnung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem bauleitenden Beamten oder der städtischen Bauverwaltung und dem Unternehmer bestehen, so soll das dem letztern unbestritten zustehende Guthaben demselben gleichwohl nicht vorenthalten werden. Vor Empfangnahme des von der städtischen Bauverwaltung als Restguthaben zur Auszahlung angebotenen Betrages muß der Unternehmer sich wegen aller Ansprüche, welche ihm aus dem Vertragsverhältnis erwachsen sind, ausdrücklich für befriedigt erklären, andernfalls aber die Ansprüche, welche er über die von der Baubehörde anerkannten hinaus etwa noch zu haben vermeint, bestimmt bezeichnen und sich vorbehalten, widrigenfalls die Geltendmachung dieser Ansprüche später ausgeschlossen ist.

Der Unternehmer ist beim Abschluß des Vertrags ausdrücklich zu verpflichten, sich der vorstehenden Bestimmung zu unterwerfen.

## § 17. Freigabe der Kautionen.

Die von dem Unternehmer hinterlegten Kautionen werden freigegeben, sobald die sämtlichen Verpflichtungen, deren Erfüllung durch die Kaution sichergestellt werden soll, nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung erfüllt sind.

Hinter dem Worte „Unternehmer“ wird hier also dem früheren Beschlusse gemäß das Wort „etwa“ eingeschaltet.

## § 18. Rechnungslegung.

Nach beendeter Bauausführung hat die städtische Bauverwaltung über die erwachsenen Kosten dem Stadtmagistrate in Form einer Abrechnung Bericht zu erstatten, die im engen Anschluß an den Kostenanschlag so aufzustellen ist, daß sich aus ihr die bei den einzelnen Titeln und Positionen vorgekommenen Abweichungen von den Ansätzen des Anschlags ohne weiteres ersehen lassen.

Soweit diese Abweichungen sich als Ueberschreitungen der einzelnen Titel- und Positionssummen darstellen, bedürfen sie der besonderen Begründung, jedoch nur dann, wenn die Ueberschreitung im Einzelfalle mehr als 100 M. und gleichzeitig mehr als 5 % der entsprechenden Summe des Anschlags beträgt.

### § 19. Änderungen des genehmigten Projekts.

Alle bei der Bauausführung vorgekommenen Abweichungen von dem genehmigten Entwurfe sind bei der Rechnungslegung genau anzugeben (soweit erforderlich auch auf Klappen oder durch neue Pläne zu veranschaulichen) und zu begründen.

Herr Weichsel: Zur Ergänzung dieser Vorschriften möchte ich noch folgenden Antrag stellen:

„Bei der Verdingung von Bauten größeren Umfanges sind mit den Unternehmern tunlichst Abmachungen dahin zu treffen, daß diesem die Verpflichtung auferlegt wird, den betreffenden Arbeitern auf Anfordern Tee, Kaffee oder ein derartiges Getränk unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreise zu liefern.“

Wie mir mitgeteilt worden ist, wird in anderen großen Städten regelmäßig den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt, im Sommer für geeignete Getränke auf den Baustellen zu sorgen. Ich habe deshalb geglaubt, daß es vielleicht angemessen sein möchte, auch hier derartige Abmachungen zu treffen. Jedenfalls würden solche Abmachungen von großem wirtschaftlichen Werte sein, denn es ist allgemein bekannt, wie viele Groschen von dem Lohne des Arbeiters verloren gehen, ehe er der Familie zufließt. Für den Bauarbeiter liegt die Notwendigkeit vor, große Quantitäten Flüssigkeit bei anstrengenden Arbeiten zu sich zu nehmen und es würde für den sparsamen Arbeiter manche Versuchung fortfallen, wenn man ihn in die Lage versetzte, sich mit kaltem Kaffee oder Tee bei der Arbeit erquicken zu können. Die Sache wird sich nicht allzu schwierig durchführen lassen, zumal ja nur größere Bauten dabei in Frage kommen sollen. Wenn durch die Einrichtung auch die Bierhändler geschädigt werden mögen, so liegt doch für den Arbeiter die Möglichkeit vor, Ersparungen zu machen und das ist hierbei die Hauptsache. Ich gebe anheim, den Antrag anzunehmen. Ueber die Form des Antrages würde sich reden lassen.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Der Herr Vorredner beabsichtigt mit seinem Antrage sicherlich etwas Gutes, aber er paßt in diese „Vorschriften“ nicht hinein. Es handelt sich hier um die Vergabung von städtischen Arbeiten und Lieferungen. Bei den Lieferungen aber könnten wir wegen der Bereithaltung von Getränken nicht vorgehen, weil wir mit deren Herstellung nichts zu tun haben; es könnte sich vielmehr nur um städtische Bauten handeln, die der Magistrat ausführen läßt und das ist doch ein verhältnismäßig sehr kleines Gebiet aus dem baugewerblichen Leben. Man hätte eine solche Bestimmung schon eher in das Ortsbaustatut aufnehmen können, bei dessen Beratung die Herren auf jener Seite ja auch die Aufstellung von Verbandsklaffen auf den Bauten beantragten. Eben-

sogut könnten dort auch Getränke für die Arbeiter bereitgehalten werden müssen, möge es nun Tee, Kaffee, oder auch nur Döweseewasser sein, was ja durchaus gesundheitszuträglich ist.

Herr Weichsel: Ich hatte den Antrag so gestellt, daß dabei nur Bauten größeren Umfangs in Frage kommen. Wenn die Sache auch nicht von so großer Bedeutung ist, so erscheint es mir doch angezeigt, die Deputation darauf hinzuweisen, daß sie den Verträgen eine derartige Klausel einfügen möchte. Die „Vorschriften“ dürften aber meiner Ansicht nach durchaus die geeignete Stelle für solche Bestimmung sein, weil sie einen Rahmen für die abzuschließenden Verträge enthalten.

Herr Frühling: Der Ausdruck „Bauten größeren Umfangs“ ist so unbestimmt, daß der Antrag in dieser Form überhaupt nicht angenommen werden könnte. Sodann würde aber auch eine solche Spezial-Bestimmung gar nicht in diese allgemeinen Vorschriften hineinpassen, weshalb ich auch beantragen muß, den Antrag abzulehnen, obgleich ich dem Sinne desselben sympathisch gegenüberstehe.

Herr Stegmann: Diesen Antrag möchte ich als eine Waffersuppenpolitik bezeichnen. Ich bedaure, daß der Antragsteller sein arbeiterfreundliches Herz nicht in der vorigen Sitzung betätigt hat, als wichtigere Dinge zur Beratung standen. Es bestehen in der Beziehung tatsächlich Mißstände auf den Bauten. Vielfach wird vom Polier ein schwunghafter Bierhandel geführt, und es würde gut sein, wenn dieser Krebschaden, den auch die Polizei trotz mehrfacher Revisionen noch nicht hat beseitigen können, abgestellt würde. Richtiger wäre es aber gewesen, wenn Sie unsere Anträge in der vorigen Sitzung angenommen und dafür gesorgt hätten, daß hier nicht schlechtere Arbeitsbedingungen beständen, als in anderen Städten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nachdem ich den Antrag genau durchgelesen habe, muß ich gestehen, daß sich dessen Durchführung erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Wenn z. B. größere Bauten aufgeführt werden, handelt es sich regelmäßig um das gleichzeitige Zusammenarbeiten der verschiedensten Handwerksmeister. Allen diesen Handwerksmeistern müßte nun dem Antrage gemäß die Bedingung auferlegt werden, für ihre Arbeiter die erforderlichen Getränke zu beschaffen, was zu den größten Widerwärtigkeiten führen würde. Nachdem außerdem Herr Weichsel gehört hat, daß die berufenen Vertreter der Arbeiter keinen Wert auf solche Einrichtung legen (Herr Stegmann: Ich habe mich ja dafür erklärt!) na, na! (Heiterkeit), so gebe ich anheim, dem Antrage nicht zuzustimmen.

Der Antrag Weichsel wird darauf abgelehnt.

Vorsitzender: Es liegt mir noch die Resolution einer am 16. Februar d. Js. stattgehabten Maurerversammlung vor, welche sich mit den „Vorschriften“

beschäftigt. Da ich keine Veranlassung habe, die Resolution vorzulesen, werde ich sie herumreichen lassen.

Herr Jasper: Ich beantrage, die von der Versammlung beschlossene Fassung der Vorschriften zusammenstellen zu lassen und sie dann nach Ostern noch einmal durchzuberaten.

Herr Frühling: Ich glaube, die Sache ist hier so eingehend erörtert worden, daß sie damit wohl gründlich erschöpft sein dürfte. Wenn wir die von der Versammlung vorgenommenen Abänderungen der Vorschriften betrachten, so sind sie doch recht gering, und neue Gesichtspunkte sind damit überhaupt nicht hineingebracht. Ich würde deshalb beantragen, eine zweite Lesung nicht vorzunehmen, sondern nunmehr definitiv über die Vorschriften abzustimmen.

Herr Hauswaldt: Ich war zuerst für eine zweite Lesung eingenommen. Da wir die Vorlage hier aber so eingehend geprüft haben, so sehe ich nicht ein, was die zweite Lesung noch bezwecken soll; ich stimme deshalb dafür, die Vorlage heute hier zu verabschieden.

Herr Günther: Ich halte eine zweite Lesung für durchaus notwendig. Es hat sich doch herausgestellt, daß verschiedene Beschlüsse mit recht geringer Majorität gefaßt worden sind. So könnte z. B. der Fall eintreten, daß nach der Annahme des Hauswaldtschen Antrages bezüglich der Nichtbeteiligung der Deputationsmitglieder an den städtischen Arbeiten auch die Haltung der Versammlung hinsichtlich der Vergebung städtischer Arbeiten an Stadtverordnete demnächst eine andere sein würde. In manchen Dingen ist tatsächlich noch nicht volle Klarheit geschaffen, weshalb ich es für notwendig halte, demnächst in eine zweite Lesung der Vorlage einzutreten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die zweite Lesung abgelehnt.

Herr Südel: Ich möchte noch eine kleine redaktionelle Aenderung beantragen. In dem § 5 würde ich es für richtiger halten unter 3 statt des Wortes „Zahlungen“ zu sagen „Verpflichtungen“.

Herr Frühling: Ich halte das nicht für nötig. Durch den Kostenanschlag, der für alle Titel vorgesehen sein muß und durch die Verträge haben Sie von vornherein eine vollständige Uebersicht. Wenn dann noch die Zahlungen titelweise gebucht werden, so genügt das vollständig.

Herr Südel: Das halte ich nicht für zutreffend und stelle einen entsprechenden Antrag. Man wird sehr häufig einmal in die Lage kommen, eine Position überschreiten zu müssen z. B. wegen einer plötzlichen Preissteigerung, ohne daß dadurch aber die ganze Bausumme überschritten wird.

Herr Frühling: Der Antrag würde die Buchführung über den Bau ganz bedeutend erschweren, und glaube ich, daß solche komplizierte Einrichtung für Bauten nicht zweckmäßig ist. Wer einen Ueberblick über den Stand eines Baues



haben will, muß auch ein gewisses Verständnis für den Gang der Bauausführung haben und muß wissen, wie er sich den Vergleich zwischen den Ausgaben und dem Anschlage zu verschaffen hat.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Antrag Südel formell richtig ist, aber in Wirklichkeit keine Bedeutung hat. Die Vorschrift im § 3 gibt die Gewähr, daß die städt. Bauverwaltung jederzeit in der Lage sein soll, zu prüfen, wieviel Geld bei einem Bau schon ausgegeben ist, und dabei muß sie doch wissen, welche Verpflichtungen sie eingegangen ist.

Herr Jasper: Ich möchte zum § 8 einen Antrag stellen. (Unruhe.)

Vorsitzender: Es ist dieses die Konsequenz dessen, was Herr Südel angeregt hat. Wir stehen hier vor der Frage, ob die Versammlung wieder auf einzelne Sachen aus der Vorlage eingehen soll.

Herr Jasper: Wir sind in die zweite Lesung der Vorlage eingetreten und habe ich formell das Recht, Anträge zu stellen. Deshalb stelle ich zum § 8 den Zusatzantrag:

„Ausgeschlossen von der Vergebung aus freier Hand sind die Mitglieder der im § 12 erwähnten Deputation.“

Zur Begründung führe ich nur an, daß dieser Antrag eine Folge des zum § 12 angenommenen Antrages Hauswaldt ist.

Vorsitzender: Ich muß die Versammlung zunächst fragen, ob sie noch auf die Beratung einzelner Anträge eingehen will? — Das ist der Fall. Hiernach muß ich allerdings gestehen, daß die Herren sich vorhin bei der Abstimmung über die zweite Lesung wohl etwas geirrt haben. — Ich eröffne die Beratung über den Antrag Jasper. Es meldet sich niemand. Wer ist für den Antrag? Der Antrag ist abgelehnt.

Da weitere Anträge nicht vorliegen, so frage ich, soll die Vorlage mit den von der Versammlung beschlossenen Änderungen zur Annahme gelangen? Das ist die große Mehrheit der Versammlung.

## II. Nachverwilligung von Kosten für Kirchenbauten.

Nachdem die Versammlung zur Ausführung der kirchlichen Bauten für die Johannis- und die Pauli-Gemeinde unter Genehmigung der dazu aufgestellten Vorentwürfe und allgemeinen Kostenberechnungen Kredite in Höhe von bezw. 376 500 M und 350 000 M bewilligt gehabt hatten, war die städtische Bauverwaltung vom Magistrate mit Ausarbeitung der Spezialprojekte und detaillierten Kostenanschläge beauftragt und zugleich ermächtigt worden, mit den Bauausführungen selbst zu beginnen. Im Mai 1903, nachdem inzwischen die Pfarrhäuser der Johannis-Gemeinde fertiggestellt und die Rohbauten der Kirchen beider Gemeinden weit vorgeschritten waren, berichtete die städtische Bauverwaltung, daß

und weshalb die Ausarbeitung der ausführlichen Bauentwürfe und Kostenberechnungen noch nicht zum Abschluß habe gebracht werden können, daß man aber aus den vorläufigen Zusammenstellungen sich überzeugt halten müsse, es würden die zur Verfügung gestellten Mittel für die Vollendung der programmäßigen Bauten — selbst bei äußerster Einschränkung in allen Teilen der Bauausführung und bei Vermeidung alles überflüssigen Aufwands — nicht hinreichen. Der Magistrat erließ darauf eine Verfügung, daß die Weiterführung der Bauarbeiten auf das zur Vollendung der Rohbauten unbedingt notwendige Maß zu beschränken sei und einer alsbaldigen Mitteilung über die Höhe der bei projektmäßiger Fertigstellung der beiden Kirchen nebst Zubehörungen zu erwartenden Kreditüberschreitungen entgegenzusehen werde. Die Bauverwaltung hat dieser letzteren Auflage durch den Bericht vom 26. September 1903 entsprochen. In den dem Berichte beiliegenden Zusammenstellungen und ausführlichen Kostenanschlägen sind neben den eigentlichen Baukosten, und zwar von diesen getrennt, auch die in den früheren Kostenüberschlägen unberücksichtigt gebliebenen Aufwendungen für die Einrichtungsgegenstände und für die Bauführung angegeben. Das höchst unerfreuliche Ergebnis dieser Zusammenstellungen faßt der Magistrat im nachstehenden kurz zusammen:

- 1) Zur Vollendung und zur Ausstattung der kirchlichen Gebäude der Johannis-Gemeinde werden außer dem früher bewilligten Baukredite von 376 500 M noch 211 500 M angefordert; von diesem Mehrbetrage entfallen auf Einrichtungsgegenstände und für Bauführung 86 500 M, so daß mit einer Ueberschreitung der Kosten der ursprünglich veranschlagt gewesenen Baulichkeiten um 125 000 M zu rechnen ist.
- 2) Für die St. Pauli-Kirche nebst Zubehör war ein Baukredit von 350 000 M bewilligt. Zur Fertigstellung der Kirche wird jetzt, unter Einrechnung der Kosten der Einrichtungsgegenstände und für Bauführung zu 83 000 M, die Gesamtsumme von 510 300 M erforderlich erachtet; daraus ergibt sich eine Ueberschreitung des seinerzeit bewilligten eigentlichen Baukredits um 77 300 M und ein Gesamtfehlbetrag von 160 300 M.

Der Bericht der Bauverwaltung führt den gewaltigen Unterschied zwischen den von ihr ursprünglich angenommen gewesenen und den jetzt berechneten Kosten darauf zurück, daß sie bei der zu den Vorentwürfen angestellten Berechnung die bautechnische Statistik herangezogen habe, deren Unklarheit nicht nur für die Ueberschlagung der eigentlichen Baukosten verhängnisvoll geworden sei, sondern auch die bedauerliche Folge gehabt habe, daß eine besondere Ermittlung der Kosten der Einrichtungsgegenstände unterblieben sei. Im Anschluß hieran gibt der Bericht eine Beschreibung der bereits beschafften und der noch ausstehenden Bauausführungen, versichert, an den noch rückständigen eigentlichen Bauarbeiten Ein-

Einschränkungen nicht in Vorschlag bringen zu können, gibt aber die Herbeiführung einer Entscheidung darüber anheim, ob etwa und in welchen Richtungen eine Ermäßigung der für die Einrichtungsgegenstände nunmehr besonders veranschlagten Kosten eintreten könne und solle.

Der Magistrat hat zunächst die beteiligten Kirchenvorstände über das Erfordernis, den Umfang und die Beschaffenheit der zur Einrichtung ihrer Kirchen nach Ansicht der Bauverwaltung erforderlichen Gegenstände zwecks etwa zulässiger Einschränkung der dafür veranschlagten Kosten gehört und das hierdurch gewonnene Material dem Kirchenkassenkollegium zur Prüfung und mit der Aufforderung zugehen lassen, wegen Beschaffung der zur Vollendung und inneren Ausstattung der beiden Kirchen und ihrer Zubehörungen nach Verbrauch der dazu bewilligt gewesenen Kredite noch erforderlichen Geldmittel Anträge zu stellen. Den in dem Antwortschreiben des Kirchenkassenkollegiums ausgesprochenen Ansichten ist der Magistrat beigetreten.

Hiernach wird das Ersuchen an die Versammlung gerichtet, die zur Vollendung und inneren Ausstattung der beiden Kirchen und ihrer Zubehörungen nach Maßgabe der abgeänderten Anschläge noch fehlenden Summen, und zwar für die Kirchenbauten der Johannisgemeinde 205 200 M und für diejenigen der Pauli-gemeinde 159 360 M, mithin insgesamt 364 560 M nachzuverwilligen.

Wegen Beschaffung der Mittel, sowie wegen stadtseitiger Uebernahme der Kosten für die beiden Uhrenanlagen und Instandsetzung des freien Platzes in der Umgebung der Paulikirche behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Aus dem Schreiben des Kirchenkassenkollegiums vom 11. Dezember 1903 möge erwähnt sein, daß dem Bedauern über die unzutreffende Veranschlagung der städtischen Bauverwaltung Ausdruck gegeben, aber gebeten wird, die Bauten programmäßig fertigzustellen. Von dem seitens der städtischen Bauverwaltung jetzt veranschlagten Fehlbedarfe zu 211 500 M für die Johannisikirche und zu 160 300 M für die Paulikirche ersucht das Kirchenkassenkollegium unter näherer Begründung 6500 M und 910 M abzusetzen, so daß sich Fehlbeträge von 205 200 M und 159 360 M ergeben.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Wenn die Baukommission an die Beurteilung der Sachlage und die Prüfung der Gründe für die Ueberschreitung herangetreten ist, so ist sie sich dabei bewußt gewesen, welche sachlich und persönlich schwierige Aufgabe sie übernimmt, an einer Verwaltungsstelle und deren Chef Kritik üben zu wollen, dessen fachmännische Bedeutung und künstlerischer Ruf aller Welt Mund erfüllen, der uns dieses herrliche Heim geschaffen hat. Aber selbst der wohlwollende Kritiker kann und darf sich nicht verhehlen, daß hier sehr verhängnisvolle Fehler vorgekommen sind, daß das vorhandene Resultat ein recht bedauerliches ist, und daß die Gründe, welche die

städtische Bauverwaltung für die Ueberschreitung angeführt hat, nach der Meinung der Baukommission nicht zutreffen.

Was zunächst die von der städtischen Bauverwaltung zu ihrer Entlastung angeführte Unzuverlässigkeit der bautechnischen Statistik anlangt, so ist dem nicht zuzustimmen, was die Bauverwaltung bezüglich der Höhenmaße sagt, denn es muß als willkürlich angesehen werden, wenn jenes Höhenmaß  $1\frac{1}{2}$  Meter tiefer begonnen als Unterkante-Sockel und  $3\frac{1}{2}$  Meter über das Hauptgesimse hinausgezogen werden soll. In dem Berichte der städtischen Bauverwaltung heißt es hierüber:

„Zur Aufklärung dieser auffallenden Erscheinung will ich bemerken, daß dieselbe nicht etwa auf die Annahme einer von dem Vorentwurf abweichenden größeren Höhe der Gebäude oder einzelner Gebäudeteile zurückzuführen ist, sondern in den Unklarheiten der bautechnischen Statistik, welche zu den überschlägigen Kostenberechnungen herangezogen ist, ihren Grund hat. Nach einer Statistik über die preußischen Staatsbauten aus den Jahren 1871—1880 heißt es, daß die Höhenmaße im allgemeinen vom Sockel, Oberkante des Hauptgesimses, bei Türmen bis zum Fuße der Spitze genommen werden sollen. In einer neueren Dienstanweisung für die preußischen Staatsbaubeamten ist die Vorschrift gegeben, daß zur Feststellung des Rauminhalts die bei der Flächenberechnung gewonnene Zahl zu multiplizieren sei mit der Höhe des Gebäudes von der Oberkante des Fundamentes bis zur Oberkante des Hauptgesimses, daß aber über dieses Maß noch hinausgegangen werden kann, wenn besondere Verhältnisse eine andere Annahme erforderlich erscheinen lassen. Während hier nun bei der zum Vorentwurf aufgestellten Berechnung die Entfernung zwischen Unterkante-Sockel und Oberkante-Hauptgesims als Höhenmaß angenommen ist, wurde bei den für die Ausführung maßgebenden Nachweisungen den als richtiger anzuerkennenden Vorschriften der letzt erwähnten Dienstanweisung gefolgt. Hierbei gelangte man zu dem Ergebnis, daß die Gesamtkosten entsprechend der veränderten Raumbemessung einen ungleich höheren Betrag erreicht haben.“

Wenn hiernach eine Linie gezogen wird, die  $1\frac{1}{2}$  Meter tief unter dem Sockel liegt und oben  $3\frac{1}{2}$  Meter gegen die frühere Berechnung höher gelegt wird, so ist die Baukommission der Meinung, daß eine solche Ausdehnung durch die preußische Statistik nicht geboten erscheint. Es ist das eine ganz willkürliche Auslegung seitens der städtischen Bauverwaltung. Wäre an sich die bautechnische Statistik wirklich falsch, so würde doch die Folge davon sein, daß alle Baumeister, welche nach dieser Statistik gearbeitet haben, in denselben Fehlern verfallen sein müßten, wie die hiesigen städtischen Baumeister. Wenn z. B. wie bei der Pauli-Kirche es notwendig geworden ist, infolge des schlechten Baugrundes eine Betonplatte zu legen und

hierdurch Mehrkosten entstehen, so ist doch die preussische Statistik nicht daran schuld, sondern es wäre zu beachten gewesen, daß zu den Zahlen der Statistik außergewöhnliche Verhältnisse hinzuzurechnen waren, die den Anschlag verteuern mußten.

In den Arbeiten sind auch Vergleichen enthalten, welche die Kosten der auf Grund der Statistik in Preußen und in Sachsen ausgeführten Kirchenbauten anführen und keine Zweifel darüber lassen, daß bei den in Halle a. S., Danzig, Marienwerder, Berlin, Potsdam, Leipzig und anderen Städten ausgeführten Kirchenbauten die statistischen Zahlen durchweg niedriger sind, als die hier von der städtischen Bauverwaltung in Aussicht genommenen Zahlen; denn während hier bei der Johannisikirche 17, bei der Paulikirche sogar 17,3 M angenommen werden, kommt man dort auf 15,3, 16,5 u. M. Die Statistik ist also nicht so unzuverlässig, daß darin ein Grund für die Ueberschreitung gefunden werden könnte.

Außerdem hat die städtische Bauverwaltung darauf hingewiesen, es sei seit der Zeit der Bewilligung des Bankredits noch nachträglich eine Verteuierung der Arbeitslöhne und der Materialien eingetreten. Ob diese Verteuierung wirklich wie angenommen wird 15—20% beträgt, mag dahingestellt sein. Es war schon von der städtischen Bauverwaltung bei der Veranschlagung und vor der Kreditbewilligung mit einer solchen Verteuierung gerechnet und ein entsprechender Mehrpreis hinzugeschlagen. Auf das Schreiben des Magistrats, daß die nach dem eingereichten Kostenanschlage erforderliche Summe zur Verfügung stände, hat die städtische Bauverwaltung schon damals erwidert, daß sie mit diesen Summen nicht auskomme und sie wegen Erhöhung der Löhne und der Preise für die Materialien statt der zuerst geforderten Summe von 289 145 M eine Summe von 330 000—350 000 M haben müsse, welche Summe ihr dann auch von den städtischen Behörden voll bewilligt worden ist. Die Baukommission hält es deshalb nicht für richtig, wenn von der städtischen Bauverwaltung nachträglich noch einmal darauf verwiesen wird, daß die bewilligten Summen aus diesem Grunde nicht ausreichend seien.

Schließlich führt die städtische Bauverwaltung auch noch an, daß bei dem ersten Projekte vergessen wäre, die Kosten der inneren Einrichtung und der Bauführung zu berücksichtigen. Die Baukommission kann aber eine Erklärung nicht dafür finden, daß auf solchen Grund hier recurriert wird. Es ist vom Magistrat verfügt worden, daß die vorgesehenen Summen für den Bau und die innere Einrichtung der beiden Kirchen bewilligt werden und wurde diese Verfügung im März 1898 von der städtischen Bauverwaltung bestätigt, so daß beide Momente von der städtischen Bauverwaltung schon vorher in Berücksichtigung genommen worden sind. Eine nachträgliche Berufung hierauf kann demnach nicht als zutreffend anerkannt werden.

Von der Baukommission sind auch noch andere Gründe, die zur Erklärung oder Entschuldigung der wesentlichen Ueberschreitungen führen könnten, erwogen worden. Man hat sich in dieser Beziehung gesagt, ob nicht die Ueberschreitungen auch durch die Tatsache zu erklären seien, daß der Chef der städtischen Bauverwaltung in den letzten Jahren durch die ungeheure Last und Arbeit, die eines Menschen Kraft kaum zu bewältigen vermag, die für die Durchführung und Projektierung der Bauten genügende Zeit und Sorgfalt nicht hätte aufwenden können. Es ist richtig: es hat sich in der Zeit eine Ueberfülle von Arbeit zusammengehäuft, aber es ist hierbei doch eins zu berücksichtigen. Neben manchen nicht so guten Gedanken, die bei der Gelegenheit zum Ausdruck gekommen sind, hat der Vorstand der Pauli-Kirchengemeinde einen guten Gedanken gehabt, indem er vorschlug, ob nicht zur Entlastung der städtischen Bauverwaltung für die Kirchenbauten ein Privatbaumeister genommen werden könne. Dieses Anerbieten hat der Magistrat aufgegriffen und der städtischen Bauverwaltung vorgetragen, jedoch ist von dieser eine Ablehnung erfolgt mit der Begründung, einerseits, daß es bedauerlich sein würde, wenn eine so große künstlerische Aufgabe nicht in den Händen der städtischen Bauverwaltung bliebe, da gerade die künstlerische Seite von Bauten deren erfreulicherer Teil wäre, andererseits aber, daß hierdurch der Stadt kein Nutzen gestiftet würde, weil die eigentliche Kontrolle des Baues doch bei der städtischen Bauverwaltung belassen werden müßte. Wer aber alles auf sich zieht und nichts aus den Händen geben will, der muß auch für die Folgen haften, weshalb die Baukommission nicht anerkennen kann, daß dieses ein Grund sein soll, die Ueberschreitung zu rechtfertigen. Auch noch ein anderer Grund ist erwogen worden, ob nicht die konsequente Art und drängende Energie der Kirchenvorstände beider Gemeinden, welche ihre ganz besonderen Wünsche wegen der Bauten berücksichtigt sehen wollten und eine Beschleunigung der Fertigstellung wünschten, zu ihrer Verteuerung geführt haben könnte. Aber auch in dieser Beziehung ist die Baukommission nicht zu der Ansicht gekommen, daß hierin ein Grund zu erblicken sei. Es ist richtig, daß vielfache Wünsche in der angedeuteten Richtung laut geworden sind und die von der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Zeichnungen zu Beanstandungen verschiedener Art Veranlassung gegeben haben. Hierdurch ist der städtischen Bauverwaltung auch eine ungeheure Arbeitslast erwachsen und es ist auch bei den nachfolgenden Projekten insolgedessen eine ungemeine Verteuerung eingetreten. Es ist auch richtig, daß bei der Johanniskirche ein Moment in den teuren Kosten der beiden Pfarrhäuser liegt. Ursprünglich ist von der städtischen Bauverwaltung gewünscht worden, nur ein Pfarrhaus zu bauen, jedoch hat der Kirchenvorstand deren zwei gewünscht. Bei der Paulikirche hatte der Kirchenvorstand gewünscht, man möchte den Plan ändern, da von vielen Stellen der Kirche aus der Prediger nicht gesehen werden könne, auch hat man um eine

Änderung der Emporen und der mangelhaften Beleuchtung der Kirche. Das ist richtig und man konnte leicht auf die Idee kommen, als ob das Nachgeben dieser Wünsche eine Verteuerung der Baukosten herbeigeführt hätte, aber mit unwiderleglichen Beweisen ist aus den Akten zu konstatieren, daß jedesmal, wenn ein die Baukosten übermäßig empor schnellendes Projekt kam, auch der Magistrat mit fester und gerechter Hand eingegriffen und gesagt hat, daß die nach dem Bauprogramm verfügbaren Mittel nicht überschritten werden dürfen. Einerseits hat damals der verstorbene Herr Oberbürgermeister Pockels den gerechten Wünschen der Kirchengemeinden nachzukommen gesucht, andererseits hat er aber auch mit Festigkeit die darüber hinausgehenden Wünsche zurückgewiesen. Es ist also nicht richtig, daß die etwas konsequente Art des Vorgehens der beiden Kirchenvorstände eine Verteuerung herbeigeführt hat, mindestens ist diese Verteuerung hier nicht ausschlaggebend gewesen.

Nicht die Unzuverlässigkeit der preußischen statistischen Nachweisungen, nicht die nachträgliche Lohn- und Materialverteuerung, nicht das Uebersehen der Kosten für die innere Einrichtung und die Ausführung, nicht die persönliche Arbeitsüberlastung des ersten städtischen Baumeisters, nicht das Vorgehen der Kirchenvorstände sind schuld an der bedeutenden Ueberschreitung, sondern die Baukommission ist der Meinung — und darin gipfelt ihr Urteil — das Ueberschreiten des Baufredits ist entstanden und einzig und allein darauf zurückzuführen, daß vor der Inangriffnahme der Bauten keine speziellen Kostenanschläge und Zeichnungen vorgelegen haben, mit anderen Worten: die Bauten sind nicht mit der gehörigen Vorbereitung angegriffen worden. Schon das Schreiben des Kirchenassen-Kollegiums weist auf diesen Punkt hin. Zwar hat der Magistrat nach der Bewilligung der Gelder besonders verfügt, daß die städtische Bauverwaltung spezielle Kostenanschläge einreichen solle, jedoch ist das nicht geschehen. Erst  $4\frac{1}{4}$  Jahre nach dieser Anforderung sind für die Johanniskirche und  $2\frac{1}{2}$  Jahre für die Paulikirche spezielle Kostenanschläge gekommen, nämlich im September vorigen Jahres. Welche Folgen es aber haben kann, wenn solche Zeichnungen und Anschläge nicht rechtzeitig vorliegen, ist Ihnen wohl noch erinnerlich aus dem Referate des Herrn Vorsitzenden der Baukommission betreffs der Ueberschreitungen bei dem Bau der Gewerbeschule und der Schule an der Pestalozzistraße. Erst die Spezialisierung zwingt den Künstler, sich über seine Idee klar zu machen. Wie jeder Gedanke erst völlig klar wird, wenn er in Wort und Schrift gefaßt wird, so auch der Baugebäude hinsichtlich der Architektur durch Spezialzeichnungen und im Kostenpunkte durch Spezialanschläge. Auch der bauleitende Beamte ist vor Herstellung genauer Zeichnungen und Anschläge nicht imstande, klare Dispositionen zu erteilen; er kann nicht vollständige und ausreichende Verträge schließen, auch ist es dem Bauhandwerker bei dem Fehlen von speziellen Zeichnungen in den Submissionen

nicht möglich, sich ein klares Bild von dem, was gefordert wird, zu machen. Ebenso ist bei solchem Verfahren eine Buchführung darüber schwer möglich, um für jeden einzelnen Tag klar zu stellen, wieviel schon ausgegeben ist von der Bausumme.

Es ist nun die Meinung der Baukommission, daß in der Tat für die Einreichung dieser speziellen Zeichnungen und Kostenanschläge in erster Linie die städtische Bauverwaltung verpflichtet ist. Deshalb kann die Kommission auch nicht darum hin, einen großen Teil der hier vorliegenden Schuld dieser zur Last zu legen, aber keineswegs alle Schuld! Denn außer jener sind eine große Menge Witschuldiger, und das, meine hochgeehrten Herren, sind wir selber! (Zustimmung.) Wenn irgend etwas zur Entlastung des leitenden Baumeisters dient, so ist es der Umstand, daß bisher nach einem allgemein üblichen und bekannten Prinzip die sämtlichen städtischen Arbeiten ohne vorherige Spezialnachweise begonnen und ausgeführt sind. Wenn wir selbst heute vorher Spezialzeichnungen und Kostenanschläge verlangen, so ist das eine durch die jetzigen Bauvorschriften gegebene Neuerung. Wir sind allzumal Sünder gewesen. (Zustimmung.) Die Baukommission hält es daher nicht für recht, einem einzelnen Herrn hier alle Schuld zur Last zu legen. Besonders der gegenwärtige Fall: wie sind Pläne und Anschläge zu den Kirchenbauten vom Magistrate der Baukommission übergeben und wie sind sie von dieser behandelt? Die eingereichten Kostenanschläge und Zeichnungen beschränkten sich darauf, daß für Bauten, die Hunderttausende kosten, und ein paar Worte darin standen: so und so viel Quadratmeter bebaute Fläche, je so und so viel Mark. Das war der ganze Kostenanschlag. Die Herren, welche in den Jahren 1898, 1899 und 1900 in der Baukommission saßen, sind jedenfalls die allertüchtigsten Herren gewesen — jetzt mag dieses weniger der Fall sein — (Weiterkeit), es waren damals in der Baukommission Sachleute und jede politische Anschauung vertreten. Es ist daher tatsächlich zuzugestehen, daß die mangelhafte Veranschlagung mit unserm Wissen geschehen ist. Als damals die Gelder für den Bau der Kirchen bewilligt waren, hat der Magistrat allerdings spezielle Kostenanschläge verlangt, aber sie sind nicht gekommen und es ist doch gebaut und zwar mit unserm Wissen. Ja, man muß noch einen Schritt weiter gehen. Es findet sich eine Notiz in den Akten, auf die schon das Magistratschreiben hinweist und die in dieser Beziehung sehr wichtig ist. Der Magistrat hat nämlich unter dem 1. Mai 1901 an die städtische Bauverwaltung geschrieben: „Die Stadtverordneten haben sich auf unsern Antrag damit einverstanden erklärt, daß zur Ausführung dieses Kirchenbaues (es handelt sich um die Paulikirche) nach Maßgabe der von Ihnen aufgestellten Kostenberechnungen eine Gesamtsumme von 330 000 bis höchstens 350 000 M verwendet werde. Sie werden danach mit Ausarbeitung der speziellen Projekte und Kostenanschläge und beziehungsweise mit dem Beginn der Bauausführung selbst beauftragt.“ Dieses Vorgehen ist dadurch zu erklären, daß unter dem Druck der



öffentlichen Meinung verlangt wurde, schneller zu bauen und die Kirche rascher fertig zu stellen. Wenn heute in dieser Beziehung ein anderes Prinzip herrscht und neue Bestimmungen in Kraft getreten sind, so ist dadurch eine andere Lage geschaffen und werden künftig solche Vorkommnisse nicht mehr möglich sein. Ich möchte diesen technischen Teil meiner Ausführungen nicht schließen, ohne auf eins hinzuweisen. — Ich brauche den Herrn Kollegen wohl nicht zu nennen, dem wir eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse zu verdanken haben. Ein dauerndes Verdienst wird ihm sicher sein. Die Stadt wird Zehntausende, ja Hunderttausende künftig sparen. (Zustimmung.)

Jetzt kommt der metallische Beigeschmack. Wer steht für den Riß? Sollen wir Regreß nehmen an dem ersten Baubeamten? Die Baukommission steht nicht auf dem Standpunkte. Bei dem bisher geübten Prinzip kann ein einzelner für die Ueberschreitung nicht verantwortlich gemacht werden und wir können hier nicht sagen: *la bourse ou la vie!* Deshalb meint die Baukommission, daß die Stadt dafür einzutreten habe, und zwar aus folgenden Gründen: Die Gemeine Kirchentasse muß ja die Baukosten zunächst aus eigenen Mitteln bezahlen, aber, meine Herren, wann und wo haben die Kirchengemeinden Geld? Die Jesuiten sollen ja 20 Milliarden besitzen, ich fürchte allerdings, wir kriegen sie ohne das Geld, aber unsere evangelischen Kirchen besitzen nichts und Kirchen haben einen großen Magen. Die Kirchenbaulast geht also über auf die Gemeinde. Das ist unstreitig, solange es sich um Reparaturen handelt. Es wurde aber streitig, als in den Jahren 1892/93 die Neubauten für die Kirchen in Frage kamen. Damals stellte sich der Magistrat auf den Standpunkt, daß die Stadt nicht verpflichtet sei, Kirchenneubauten auf ihre Kosten auszuführen. Das Herzogliche Staatsministerium vertrat aber den entgegengesetzten Standpunkt und im Widerstreit der Meinungen wurde dann vereinbart, daß die Stadt freiwillig alle Kosten übernehme, die durch Uebernahme des Kirchenwesens erwachsen und zwar in Erhoffung einer Staatsubvention. Der Staat hatte damals 200 000 M für diesen Zweck aus dem Fonds für Unterstützung der Gemeinden für Kirchen- und Schulbauten in Aussicht gestellt, und es sind auch tatsächlich bis jetzt 190 000 M geleistet worden. Wenn die Stadt aber durch eine freiwillige Vereinbarung sich damals zur Uebernahme der Kosten für die Kirchenbauten bereit erklärt hat, so muß sie auch bei der Ueberschreitung der Bau Summe für die Kirchen für die überschrittene Summe haften.

Es ist nun auch in der Kommission erwogen worden, ob man an den Staat herantreten, resp. den Magistrat bitten solle, geeignete Schritte zu ergreifen, um eine Erhöhung der staatlichen Subvention zu erlangen, aber nur die Minorität der Kommission hat sich dafür erklärt, während die Mehrheit diesen Plan verworfen hat. Der Gedanke wäre an sich nicht ungerechtfertigt. Wenn die ursprünglich für die Errichtung der Kirchengebäude in Aussicht genommene Summe

so erheblich überschritten wird, so könnte auch mit einer gewissen Berechtigung gesagt werden, die auf die ursprünglich niedrigere Bausumme berechnete Subvention von 200 000 M sei entsprechend zu erhöhen. Die Baukommission hat aber diesen Gedanken um deswillen abgelehnt, weil sie sagte: Wenn jemand einen Fehler begangen hat, so soll er nicht in anderer Leute Säckel greifen, sondern soll selbst dafür einstehen.

Auch wegen der Errichtung der Pfarrhäuser der Pauli-Gemeinde wird die Baukommission keinen Antrag stellen. Der Magistrat hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, es sollen für die Pauli-Gemeinde auf einem in der Nachbarschaft befindlichen Grundstücke Predigerhäuser nebst einer Kirchendiener-Wohnung errichtet werden. Schon in der Sitzung vom 29. Dezember 1898 — Seite 80 ff. des Berichtes — ist zwischen dem verstorbenen Herrn Oberbürgermeister Bockels und dem damaligen Herrn Vorsitzenden der Stadtverordneten die Frage berührt, ob man unter Errichtung von Pfarrämtern auch den Bau von Pfarrhäusern verstehen müsse. Bei dieser Gelegenheit ist vom Magistratsstische geantwortet, daß der Wortlaut des Höchsten Erlasses: „Nachdem insbesondere von der Stadt Braunschweig . . . der Bau und eine ausreichende Ausstattung zwei neuer Kirchen . . . , sowie auch zwei neuer Pfarrämter bei der einen jener beiden Kirchen auf Kosten der Stadt zugesichert worden ist“, so zu verstehen sei, daß für beide Pfarrer der Johannis-Gemeinde auch Pfarrhäuser errichtet werden sollten. Es ist die Frage vielleicht diskutabel, ob diese Auslegung des Magistrates nicht doch zu weitgehend ist. Als Schlußstein der damaligen Verhandlungen ist ein Reskript des Herzoglichen Staatsministeriums vom 19. Mai 1892 anzusehen, das alle bis dahin über die Ausführung der Kirchenbauten gepflogenen Verhandlungen abschließt und an der betreffenden Stelle folgendermaßen lautet: „Der Vorschlag (der Stadt Braunschweig) bezieht sich ferner, soweit darin von Kosten, die aus der Neuordnung des hiesigen Kirchenwesens erwachsen, die Rede ist, auch auf die Kosten der Erbauung von Kirchen in den beiden eben bezeichneten neu zu gründenden Kirchengemeinden, der Ausstattung der Kirchen mit dem zum Gottesdienst Erforderlichen, der Bereitstellung angemessener Wohnungen für die in den beiden neuen Gemeinden anzustellenden Geistlichen . . . .“ Nun hat sich damals der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, es sei tatsächlich auf Grund des angezogenen Höchsten Erlasses eine Verpflichtung zum Bau der Pfarrhäuser vorhanden. Die Frage darüber, ob der Punkt selbst diskutabel ist, ist eine müßige, es wird auch die Baukommission keinen Antrag darauf stellen, sondern möchte diese Frage in der Schwebe lassen; sie verhehlt sich dabei aber nicht, daß bei der großen Ueberschreitung der Baufreite von der Errichtung der Pfarrhäuser für St. Pauli nicht mehr die Rede sein darf, obwohl sie nicht verkennet, daß gewisse Bedenken über die rechtliche Verpflichtung vorliegen.

Was nun die Aufbringung der Mittel anlangt, so ist die Rechtslage folgende: Die Gemeinde Kirchenkasse erhält aus städtischen Mitteln in der Form eines Darlehns die Fehlsomme vorgestreckt, diese Summe ist der Stadt zu verzinsen und auch zu amortisieren, und daraufhin erhebt die Gemeinde Kirchenkasse eine Kirchensteuer. Ein Darlehn von 140 000 M und ein solches von 400 000 M Nominalbetrag hat die Gemeinde Kirchenkasse bereits erhalten. Eine Anzahl fernerer Gelder sind vorschußweise gezahlt. Diese vorschußweise gezahlten und die für die Kreditüberschreitung noch zu zahlenden Geldsummen sind in der Form eines Darlehns der Gemeinde Kirchenkasse zu überweisen. Die Kirchensteuer wird gegen frühere Zeiten gewaltig anwachsen. Allein durch die beiden Kirchenbauten sind jährlich rund 40 000 M Kirchensteuer mehr zu erheben. Die Kreditüberschreitung hat allein eine jährliche Mehrbelastung der Gemeinde Kirchenkasse um 14 000 M zur Folge. Die Kirchensteuer wird nach dem Kommunalsteuerverfuße erhoben.

Während nun der Antrag des Magistrats dahin geht, die zur Vollendung und inneren Ausstattung der beiden Kirchen und ihrer Zubehörungen noch fehlenden Summen von 364 560 M nachzuverwilligen, empfiehlt die Baukommission eine abgeänderte Beschlußfassung. Die hier genannte feste Zahl von 364 560 M basiert auf jenem Kostenanschlage vom September vorigen Jahres. Wir sind aber der Meinung, daß diese Anschläge noch keine endgültigen sind, weil die Vermutung nahe liegt, daß außer den aufformmäßig gefaßten Lieferungen und Leistungen noch eine Menge Tagelöhne vorhanden sind, und daß außerdem auch keine Sicherheit für die Richtigkeit der vor 2 bis 3 Jahren begonnenen Kostenanschläge besteht. Daher empfiehlt die Baukommission, die Kirchenbauten zu vollenden und die zur Vollendung der Bauten nötige Summe prinzipiell zu bewilligen, sie empfiehlt aber weiter, die Höhe der Summe abhängig zu machen von dem Nachweise, den die städtische Bauverwaltung noch darüber einzureichen hat, wie viele Kosten bis jetzt tatsächlich gezahlt sind und wie viel noch erwachsen werden. Ein solcher Nachweis soll angefertigt und der Versammlung vorgelegt werden. Bei der demnächstigen Vorlage würden alle in der Schwebe gelassenen Fragen — Bau der Pfarrhäuser etc. — mit getroffen werden können. Ferner wünscht die Baukommission, daß die Bauten weitergeführt werden auf Grund der von Ihnen heute beschlossenen Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten, so daß für jene die Vorschriften sofort in Kraft treten sollen. Die gesamten Erwägungen der Baukommission haben aber dazu geführt, Ihnen die Annahme folgender Resolution zu empfehlen:

„Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß bei den beiden Kirchenbauten wieder eine Kostenüberschreitung und noch dazu in einer so ganz unverhältnismäßig großen Höhe stattgefunden hat. Die Versammlung kann eine Rechtfertigung dieser Ueberschreitungen in den von der städtischen Bauverwaltung angeführten Gründen nicht finden

und ist der Meinung, daß die Ueberschreitung in der Hauptsache nicht sowohl durch die irrtümliche Anwendung einer vorhandenen Statistik als durch den Umstand veranlaßt ist, daß die Bauausführung ohne genügende Vorbereitung, insbesondere ohne vorherige Anfertigung von Spezialzeichnungen und Spezialanschlägen bewirkt worden ist.

Die Versammlung erkennt an, daß die Stadt nach ihrem eigenen Anerbieten vom Jahre 1892 und den darüber ergangenen Erlassen verpflichtet ist, die Bauten zu vollenden und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Da sie ein haftbares Verschulden eines Einzelnen nach der Gesamtlage nicht für vorliegend erachtet, so erklärt sie sich, entsprechend dem Antrage des Magistrats, bereit, die zur Fertigstellung der beiden Kirchenbauten noch erforderlichen Mittel nachverwilligen zu wollen.

Die zur Fertigstellung der Bauten notwendigen Mittel werden ohne jegliche Festlegung einer bestimmten Summe bewilligt. Ihre Höhe wird, da die Kostenanschläge der städtischen Bauverwaltung vom September vorigen Jahres den Gesamtbetrag der erforderlichen Mittel nicht richtig darstellen, von einem einzuliefernden und zu genehmigenden Nachweise über die bereits ausgeführten und jetzt noch auszuführenden Arbeiten und Lieferungen abhängig gemacht. Die heutige prinzipielle Bewilligung geschieht unter der Bedingung, daß die Bauten nach Maßgabe der heute genehmigten Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten fortgesetzt werden.“

(Lebhafter Beifall.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es bedarf wohl keiner Erklärung, daß es dem Magistrate im höchsten Grade unangenehm gewesen ist, Ihnen mit dieser Vorlage kommen zu müssen. Wir waren im Magistrate ebenfalls aufs unangenehmste überrascht, als uns bekannt wurde, daß uns dies bevorstand. Dabei haben wir uns von vornherein auch auf den Standpunkt stellen müssen, den der Herr Referent in durchaus sachgemäßer und die städtische Bauverwaltung möglichst in Schutz nehmender, liebenswürdiger Weise zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben es ebenfalls mit Freuden begrüßt, daß ein Mitglied der Versammlung einen Weg gefunden hat, der uns dahin führt, derartige unliebsame Ueberschreitungen in Zukunft zu vermeiden. Im übrigen finden die vorhin festgestellten Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten nicht ohne weiteres auch auf Kirchenbauten Anwendung, weil dieses keine städtischen Bauten sind. Der Bauherr der Kirchen ist das Kirchenkasten-Kollegium und auf dieses sind die Vorschriften nicht ohne weiteres anwendbar, jedoch will ich gern erklären, daß ich Veranlassung nehmen werde, in der ersten Sitzung des Kirchenkasten-Kollegiums zu beantragen,

daß dieselben Grundsätze auch bei der Ausführung aller Kirchenbauten in Anwendung kommen, und zweifle ich nicht daran, daß das Kirchenkasten-Kollegium darauf eingehen wird. Viel zu sagen ist zu der Vorlage nicht mehr: wir sagen *pater peccavi*, denn wir müssen anerkennen, daß das bisherige Verfahren die Schuld an dem unglücklichen Resultate gewesen ist.

Nur auf einige Punkte möchte ich noch näher eingehen. Der Herr Referent hat die Sache so dargestellt, als ob die Stadt als solche für die Ueberschreitungen zu haften hätte, wenigstens könnte man auf die Idee kommen, daß die politische Gemeinde die Ueberschreitungen tragen soll, weil sie der städtischen Verwaltung zur Last fallen. (Widerspruch des Herrn Wolters.) Wenn das nicht die Ansicht des Herrn Referenten war, dann bin ich zufriedengestellt, denn selbstverständlich müssen die Kirchen auch für die Ueberschreitungen aufkommen. Die Schuld trifft diese ebenfogut wie uns, denn das Kirchenkasten-Kollegium hätte auch prüfen müssen, ob der Kostenanschlag genügend war. Ich halte es sodann auch für ausgeschlossen und zwecklos, den Staat um eine weitere Beihilfe anzufragen. Bei dem Herzoglichen Staatsministerium herrscht jetzt der Grundsatz, den Gemeinden ein Siebentel der Kosten als Zuschuß zu den Kirchenbauten zu bewilligen und hiernach hätten wir schon mehr bekommen, als uns zusteht. Es widerstrebt mir daher auch, jetzt wieder den Weg des Bettelns zu betreten und uns etwas nachbewilligen zu lassen. Wenn man im übrigen so luxuriöse Bauten aufführt — ich erinnere dabei nur an die beiden Pfarrhäuser zu St. Johannis — so muß man auch den Kirchengemeinden sagen: Ihr müßt dafür aufkommen. (Zustimmung.) Muß dann die Kirchensteuer erhöht werden, nun so geht es nicht anders. Es war auch nicht die Ansicht des Magistrates, für die Kirchengemeinde zu St. Pauli Pfarrhäuser bauen zu müssen, sondern die Auffassung des Magistrates geht dahin, nur für eine entsprechende Unterkunft der Pfarrer sorgen zu müssen. Wir werden Ihnen also jetzt nicht kommen mit dem Bau von Pfarrhäusern; es wird vielmehr den Pfarrern nur das Geld für die Wohnung bewilligt und weiter nichts. Herr Dr. Wolters hat sich wohl versprochen, wenn er sagte, es wäre zur Beschaffung von Geld ein Teil der Wertpapiere der Kämmerkassse verfilbert, das ist nicht der Fall und das würden wir nicht wagen (Heiterkeit), sondern es handelt sich um die Papiere der Gemeinde Kirchenkasse, welche bisher immer noch einen Rest Wertpapiere gehabt hat, der jetzt aber auch verschwunden ist. (Heiterkeit.)

Was den Antrag betrifft, die angeforderte Summe nicht zu bewilligen, so muß ich bitten, diesem Antrage keine Folge zu geben; ich wüßte auch nicht, wie wir das machen sollen. Zunächst muß ich erwarten, und zwar bestimmt erwarten, daß nunmehr der Anschlag richtig ist, denn wenn er in dieser langen Zeit nicht ordnungsmäßig hat fertiggestellt werden können, so ist das überhaupt nicht möglich. Ich hätte Ihnen vielleicht heute nachweisen können, wieviel bis jetzt für die

Kirchen schon ausgegeben worden ist, aber damit kommen wir nicht weiter, denn wenn ich die Rechnung auch aufstellen lasse, so kann ich doch nicht gleichzeitig sagen, ob nicht schon Verpflichtungen übernommen worden sind, für die eine Zahlung noch nicht geleistet wurde. Die Versammlung kann ihr Verwilligungsrecht auch nicht in der Weise ausüben, daß sie es davon abhängig machen will, ob der Anschlag richtig ist oder nicht, denn Sie können doch schließlich mit der Verwilligung nicht warten, bis die Kirchen fertig sind. Also selbst auf die Gefahr hin, daß noch eine kleine Ueberschreitung stattfinden könnte — ich hoffe, es findet eine Minderausgabe statt — möchte ich bitten, die nachgeforderte Summe zu bewilligen.

Herr Rieke: Je länger wir über diese Sache reden, desto unerquicklicher wird sie, das ist meine Ueberzeugung. Die Vorlage, welche wir vorhin genehmigt haben, geht bereits über eine Anzahl Leichen, wie z. B. die Schule an der Pestalozzistraße, die Gewerbeschule etc. Wie das in der Bürgerschaft und weiter im Lande aufgenommen wird, darüber will ich nicht weiter reden; jedenfalls ist es für uns kein gutes Zeugnis, das müssen wir alle konstatieren. Es ist wohl nicht ein einziger unter uns, der so bewilligungslustig wäre, um in diese Bresche hineinzu springen. Und wenn von dem Herrn Referenten angeführt wurde, daß gerade die Versammlung und vor allem die Baukommission die größten Sündenböcke in dieser Sache seien, so muß ich für meinen Teil erklären, daß ich damals ebenso wenig Bedürfnis für Kirchenbauten gehabt habe wie heute. Was ich für mich in solchen Sachen gebrauche, das schöpfe ich aus der Wissenschaft, aus guten Büchern etc., wogegen solche Anstalten für mich überflüssig sind. Andererseits nehme ich aber auch nicht die Pflicht für mich in Anspruch, für andere einzutreten, die solche Bedürfnisse haben wollen. Wenn ich sehe, daß ein religiöses Bedürfnis für den Bau von Kirchen vorliegt, nun gut, dann bin ich bei der Sache, obwohl mir persönlich das sehr fern liegt.

Bei Erörterung der Frage, woran der Fehler hier liegt, nützt es nichts, festzustellen, ob ein Haar mehr der Magistrat oder die städtische Bauverwaltung schuld ist, sondern die Hauptschuld liegt daran, daß die städtische Bauverwaltung bis heute einen Staat im Staate gebildet hat. Wenn der Grundstein für die Kirchen im Oktober 1901 gelegt worden ist und die Kostenanschläge werden erst Ende 1903 vorgelegt, dann kann man zu solcher Verwaltung kein Vertrauen haben. Der Magistrat hatte unter allen Umständen die Verpflichtung, gehörig darauf hinzuwirken, daß die Kostenanschläge zu rechter Zeit vorgelegt wurden. Die städtische Bauverwaltung mag noch so sehr mit Arbeiten überlastet sein, sie ist in diesem Falle doch schuldig, denn der Kirchenvorstand der Pauligemeinde hatte ja den Antrag gestellt, man möchte den Bau ihrer Kirche einem besonders einzustellenden Baumeister übergeben, welchen Antrag die städtische Bauverwaltung aber weit von

sich wies. Wenn letztere überlastet war, was ich glaube, so wäre es notwendig gewesen, Hilfe zu schaffen, damit die detaillierten Pläne und Kostenanschläge angefertigt werden konnten. Baut jemand einen Hundestall oder einen Taubenstall, so braucht er solche Pläne und Kostenanschläge nicht, aber hier war die Sache doch zu ernst.

Ich bin fest überzeugt, daß damals schon bei dem Bau der beiden Predigerhäuser weit über das zulässige Maß hinausgegangen ist. Als ich damals ein Predigerhaus für ausreichend hielt, wurde mir von dem verstorbenen Herrn Oberbürgermeister Pöckels entgegengehalten, zwei Predigerfrauen unter einem Dache verträgen sich nicht. (Heiterkeit.) Das war sehr charakteristisch und mir neu, denn ich hörte in meinem Leben zum ersten Male, daß sich zwei Predigerfrauen in einem Hause nicht sollen vertragen können, während andere Leute zu 6, 8, ja 12 Familien zusammen wohnen und mit einander auskommen müssen. Also aus diesem Grunde mußten wir zwei teure Pfarrhäuser bauen! Wenn die Baukommission damals klüger gewesen sein soll, als heute, so will ich das nicht weiter kritisieren; soviel steht aber fest, wenn damals ein Kommissionsmitglied den Antrag gestellt haben würde, die Bauten wegen der fehlenden Baupläne zu sistieren, so würde dieser Antrag nicht angenommen sein. Sie würden als Mitglieder der Baukommission wohl auch nicht anders gehandelt haben als wir. Gewöhnlich heißt es aber bei den Kommissionsverhandlungen, wir redeten zu lange, wenn wir unsere Bedenken gegen eine Vorlage zum Ausdruck bringen. Ich habe in der Baukommission weder für die Resolution, noch für die Ausbringung der Mittel gestimmt, denn für mich steht es fest: es gibt keine Entschuldigung für diese Dinge, während die Resolution es so erscheinen lassen könnte, daß diese und jene dringenden Umstände die Ueberschreitung veranlaßt hätten, ein persönliches Verschulden aber nicht vorliege. Wenn man soviel Geld für einen Bau ausgeben will, dann muß ganz anders disponiert werden. Meines Wissens haben wir auch noch keine Schlußrechnung vom Rathausbau. Sollten vielleicht die „Vorschriften“, in denen wir eine Bestimmung beschlossen haben, nach der das binnen zwei Wochen geschehen soll, darauf hinwirken, daß eine Aenderung hierin eintritt, so wäre das mit Freuden zu begrüßen, bis jetzt haben wir immer das Vergnügen gehabt, daß Jahre darüber hinausgehen. Wenn diese Vorschriften Wandel schaffen sollten, so ist das wahrhaftig teuer genug erkauft, und ich will nur hoffen, daß sie ihren Zweck erfüllen.

Auf Grund der Kostenanschläge aber heute die nachgeforderte Summe zu verwilligen, dazu würde ich mich nicht verstehen können, weil diese vor drei Jahren gemachten Anschläge nicht mehr maßgebend sein können, denn wer weiß, wie viele Arbeiten zc. inzwischen geändert sind. Wenn die Versammlung wohl oder übel etwas bewilligen soll, dann muß sie sich doch erst fragen, was denn

nun eigentlich das Ende vom Liede ist, denn eher würde auch derjenige nicht energisch dafür eintreten können, der sonst wohl bereit wäre, die Summe zu bewilligen. Von meinem Standpunkte aus sind diese Dinge aber nicht entschuldbar und auch die Resolution ist nicht das richtige Pflaster auf die Wunde. Mag das Verschulden mehr hier oder mehr da liegen, für mich steht es fest, daß das persönliche Regiment die Schuld daran trägt. Das ist gut und ehrlich von mir gemeint. Die Abmachungen sind nun einmal zwischen dem Chef des Magistrates und dem Chef der städtischen Bauverwaltung so getroffen und läßt sich daran umsoweniger noch etwas ändern, als der eine sich nicht mehr verantworten kann und der andere uns nicht Rede stehen will. Wir stehen eben vor der Tatsache, daß wir ein Loch im Beutel haben.

Herr Frühlings: Zum Schlußsatz der Resolution will ich noch bemerken, daß der vorliegende Anschlag den ganzen Bau umfaßt. Ob er indessen erst nachträglich unter Zugrundelegung der verbindungen Preise aufgestellt worden ist, oder welche Preise ihm sonst zugrunde liegen, das ist daraus nicht zu ersehen. Uns ist auch nicht bekannt, ob bei der Aufstellung der Kostenanschläge die Meinung vorgewaltet hat, reichlich zu veranschlagen, um nicht noch einmal mit einer Nachforderung kommen zu müssen, oder ob die Summen niedrig gegriffen sind. Da wir uns aber hierüber kein Bild machen können, so wollen wir die Summe nicht eher bewilligen, bis wir eine genaue Nachweisung der jetzt noch erforderlichen Kosten haben. Diese Nachweisung darf aber nicht etwa in einer Zusammenstellung der ausgegebenen Mittel, abgezogen von der Anschlagssumme, bestehen, denn das interessiert uns nicht; auch hat es für uns nur einen zweifelhaften Wert, festzustellen, in welchen einzelnen Arbeiten die Summen verloren gegangen sind, sondern wir wünschen eine Zusammenstellung der Arbeiten, welche jetzt noch zur Fertigstellung der Kirchen auszuführen sind und der dafür erforderlichen Kosten. Aus solcher Zusammenstellung müssen wir sehen können, ob mit den noch zu bewilligenden Mitteln auszukommen ist, oder ob anderweitig gespart werden muß. Wir wollen auch nicht mehr bewilligen, als notwendig ist, deshalb ist die Resolution so gefaßt, daß wir erst den Nachweis haben wollen, welche Mittel noch unbedingt notwendig sind. Natürlich wird dabei vorausgesetzt, daß sich die Bauverwaltung innerhalb der jetzt geforderten Summe zu halten hat und alles wegläßt, was die Sache noch weiter verteuern könnte. Ich bitte daher, der Resolution zuzustimmen.

Herr Löschigt: Es hat sich jeder Bürger, der gelesen hat, welche bedeutende Summe für die beiden Kirchen noch nachgefordert wird, darüber außerordentlich gewundert. Ursprünglich stand ich mit Herrn Riefe auf dem Standpunkte, absolut nicht einen Groschen nachzuverwilligen. Wenn man sich aber die Sache recht überlegt, so muß man sich sagen, daß wir die Fehler mitgemacht haben. Von



mir ist schon verschiedentlich die Frage angeregt worden, wer denn die Kostenanschläge der städtischen Bauverwaltung prüft, worauf mir stets erwidert wurde, das mache die städtische Bauverwaltung, wir könnten uns damit nicht abgeben. Glücklicherweise haben wir in Herrn Frühling jemanden gefunden, der der städtischen Bauverwaltung als Sachverständiger gewachsen ist. Was wir an dem Herrn haben, wissen wir genau, aber der Bauverwaltung gegenüber, die bis dahin die Selbstherrscherin war, muß man bescheiden sein und den Herrn nicht zu hoch hinstellen. (Heiterkeit.) Ich bedaure es sehr tief, daß es so hat kommen müssen, aber wir können nicht anders und müssen die Ueberschreitung bewilligen. (Widerspruch.) Ich würde mich nicht darauf einlassen, wenn wir nicht früher selbst beschlossen hätten, es bei der bisherigen Einrichtung zu belassen, während ich eine Aenderung schon lange gewünscht habe. (Widerspruch.) Jawohl, ich habe eine Aenderung schon lange gewollt, das kann ich aktenmäßig nachweisen, wir hatten bisher keine Garantie, ob nicht immer wieder Ueberschreitungen vorkommen würden, denn wenn wir etwas Näheres wissen wollten, so hat man uns nicht daran gelassen und wir mußten den Mund halten. Der größte Fehler liegt darin, daß hier einer alles machen will. Wenn ein großer Geschäftsinhaber, wie z. B. Herr Fiedel, alles selbst machen wollte, so würde er das gar nicht können, oder er müßte dabei zu Grunde gehen. Ich habe auch nicht begreifen können, daß ein so großer Künstler, wie Herr Stadtbaurat Winter, sich so überarbeitet. Eine Ueberlastung besteht bei diesem Herrn meiner Ueberzeugung nach schon lange, deshalb müssen wir Abhilfe schaffen und ihn entlasten, um ihn uns noch länger zu erhalten. Wenn der Herr Stadtbaurat sich zu schnell abarbeitet, so haben wir den Schaden davon und verlieren in ihm einen großen Künstler. Sofern übrigens nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters das Kirchenkasten-Kollegium der Bauherr für die Kirchen ist und nicht die Stadtverwaltung, so verstehe ich eigentlich nicht recht, was wir überhaupt dabei sollen. Das Kirchenkasten-Kollegium als solches hat allerdings keine Mittel und greift deshalb auf die Allgemeinheit zurück und das sind wir, soweit wir zur evangelischen Kirche gehören. Nachdem wir Mittel und Wege gefunden haben, für die Zukunft derartige Ueberschreitungen abzustellen, will ich meinen ursprünglichen, schroff ablehnenden Standpunkt nicht mehr einnehmen, sondern die geforderten Mittel bewilligen.

Herr Wolters: Ich würde dem Gesichtspunkte des Herrn Oberbürgermeisters wohl nachgeben, aber ich muß doch zu bedenken geben, daß seit drei Jahren an dem Kostenanschläge gearbeitet worden ist und sich in der Zwischenzeit in der Konstruktion der Zeichnungen, sowie in der ganzen Bauart der Kirchen manches geändert hat. Ich kann mir außerdem auch nicht denken, daß die damaligen Kostenanschläge nach den heutigen Preisen noch zutreffen; so sind z. B. fast durchgehend in den Anschlägen Affordräge vorgesehen, während in Wirklichkeit eine

Menge von Arbeit nicht affordmässig nach Einheitsätzen geliefert wird. Es könnte also die Folge sein, daß die veranschlagte Summe gar nicht erreicht würde und wir zu viel bewilligten. Deshalb würden wir am sichersten gehen, wenn wir das beschlössen, was in der Resolution steht. Herrn Rieke möchte ich sodann noch erwidern, daß die Resolution seinem Standpunkte in der Baukommission doch sehr entgegenkommt. Vor einem Jahre betonte Herr Rieke einmal, daß es oberflächlich sei, die städtischen Bauten in der Weise zu veranschlagen, daß die Höhenmaße gezogen würden und da gebe ich ihm recht. Aber widersprechen muß ich ihm, wenn er meint, daß private Abmachungen zwischen dem verstorbenen Herrn Oberbürgermeister und dem Chef der städtischen Bauverwaltung stattgefunden haben. Das ist nicht richtig. Nach den Akten sind alle Abmachungen zwischen dem Magistrate und der städtischen Bauverwaltung peinlich genau nachgewiesen und können die Ueberschreitungen nicht darauf zurückgeführt werden, daß private Abmachungen getroffen sein sollen. In dieser Beziehung ist alles auf dem dienstlichen aktenmäßigen Wege geschehen.

Herr Jasper: Ich habe der Kritik, die der Herr Referent an der Entstehung des Schadens geübt hat, wenig hinzuzufügen. Wer ist aber schuld an dem Malheur, und wer steht für den Riß? Hinsichtlich der Beantwortung der ersten Frage muß ich dem Herrn Referenten widersprechen. Er hat einen Teil der Schuld auf die Baukommission und die Versammlung zu wälzen versucht, und es mag sein, daß dem so ist, aber jedenfalls fällt nur ein sehr kleiner Teil darauf und zwar besteht die Schuld nur darin, daß die Versammlung zu vertrauensselig gewesen ist (Zustimmung) gegenüber der sonst immer so gepriesenen Verwaltung des Magistrates und der städtischen Bauverwaltung. Wir haben diese Vorlage seit Wochen in Händen, aber ich habe trotzdem nicht gemerkt, daß bei der Beratung der vorigen Vorlage diese Vertrauensseligkeit sich irgendwie geändert hätte und das Vertrauen nicht mehr in demselben Umfange vorhanden wäre wie bisher; im Gegenteil ist dem Magistrate wieder alles vertrauensselig anheimgegeben, damit man vielleicht nach einiger Zeit wieder dieselben Erfahrungen macht wie bisher. Die Hauptschuld an der ganzen Geschichte trägt die Stadtverwaltung, und ich will zur Ergänzung der hier schon vorgebrachten Tatsachen nur noch darauf hinweisen, daß der Magistrat nach seinem eigenen Schreiben schon im Mai 1903 Kenntnis erhalten hat von der Mißwirtschaft, die bei den Kirchenbauten getrieben worden ist. Er hat sich damit begnügt, ein Anschreiben an die städtische Bauverwaltung zu richten und hat vier Monate ins Land gehen lassen, ehe eine Antwort darauf kam. Diese Antwort hat er dann im Monat September erhalten und nun kommt er uns erst Anfang dieses Jahres damit, einzugestehen, daß Mißgriffe und Fehler bei der Ausführung dieser Bauten vorgekommen sind. Das ist eine Mißachtung einer gleichgestellten Körperschaft, wie sie nicht passieren dürfte. Ich weiß nicht, wie

weit der Bau im Mai vorigen Jahres schon vorgeschritten war, meiner Meinung nach jedenfalls nicht soweit wie heute und wäre es damals wohl noch möglich gewesen, die luxuriösen Bauten auf das notwendige Maß zurückzuführen, für das die Stadtverwaltung nur aufzukommen nach unserm Gesetze, leider Gottes, verpflichtet ist. Es ist sodann auch vom Herrn Referenten schon treffend ausgeführt worden, daß der Fehler mit darin zu suchen sei, daß keine Spezialanschlüsse eingegangen seien. Aber auch hier trifft die Hauptschuld den Magistrat, und es wäre mir nicht zu teuer erkauft, wenn dadurch die Vertrauensseligkeit der Versammlung gegenüber dem Magistrate mehr ins Schwinden geraten wäre. Bei dem Suchen nach dem Schuldigen erübrigt es indessen nicht, der Frage nachzugehen, wer für den Miß steht, und hatte ich den Herrn Referenten so verstanden, als ob die politische Gemeinde der Bauherr wäre und in Folge dessen auch für den Miß aufzukommen hätte. Ich nehme aber mit Genugthuung Kenntnis von der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, daß diese Angelegenheit materiell die politische Gemeinde nichts angeht und die Mittel nicht aus dem Säckel dieser aufzubringen sind, sondern daß die Mittel von ihr nur darlehnsweise der Kirchengemeinde vorzustrecken, von der letzteren aber rückzuvergüten, zu verzinzen und zu amortisieren sind. In Folge dieser Verhältnisse verliert die Vorlage für mich persönlich an Bedeutung.

Es ist nun beantragt worden, die Vorlage im Prinzip zu genehmigen, also die Mittel zu bewilligen und erst nachher die speziellen Nachweise der Kosten anzufordern und in deren Prüfung einzutreten. Ich muß mich dagegen wenden, da ich es für grundfänglich falsch halte, einer Bauverwaltung, die sich in dieser Weise geführt hat, ins blaue hinein Mittel weiter zu verwilligen, ich halte es im Interesse der Gemeinde, die durch solche Sachen in ihrem Kredit gefährdet wird, vielmehr für richtig, der Bauverwaltung nicht noch größere Summen zur Verfügung zu stellen, sondern sich zunächst den augenblicklichen Zustand der Bausachen zu vergegenwärtigen und in eine Prüfung darüber einzutreten, ob es nicht möglich ist, den luxuriösen Bau jetzt noch, obwohl es schon recht spät dazu geworden ist, durch Zurückhaltung des Magistrates auf das notwendige Maß zurückzuführen. Im Interesse der Stadt scheint es mir aber nicht geboten, die von dem Kirchenkasten-Kollegium geforderten Summen jetzt ohne weiteres zu bewilligen; ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen und zunächst in eine Prüfung der von mir angeregten Frage einzutreten, zu diesem Zwecke aber die Vorlage an die Baukommission zurückzuverweisen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Herr Kiefe hat erklärt, er wäre überhaupt nicht für die Bewilligung derartiger Mittel und stimmte dagegen; Herr Löschnig fragte an, wie wir dazu kämen, Geld zu bewilligen, obgleich wir nichts damit zu tun hätten, und Herr Jasper sagte, für ihn hätte die Sache an persönlichem Interesse vollständig verloren, seitdem er erfahren habe, daß die politische

Gemeinde nichts mit der Sache zu tun hätte. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die städtischen Behörden sind durch Gesetz berufen, darüber zu entscheiden, welche Mittel zu Gunsten der Kirche aufgebracht werden sollen. Es mag sein, daß der eine oder andere von Ihnen diese Aufgabe nicht als eine angenehme empfindet, und lieber mit der Sache nichts zu tun haben möchte, aber Sie können doch daraufhin nicht sagen, weil ich die Gesetzgebung nicht für richtig halte, stimme ich gegen jede Vorlage? Wohin soll das führen? Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, sich an die politischen Gemeinden zu wenden, wenn sie Mittel haben wollen, und diese haben dann darüber zu befinden. Auch Herrn Dr. Jasper verstehe ich nicht. Er hat noch in einer der letzten Sitzungen, in der über Kirchenbauten verhandelt wurde, sich auf den Standpunkt gestellt, er sei dagegen, daß die Kirchen uns mit Anträgen auf Geldbewilligungen kämen, und hat darauf hingewiesen, daß es richtig wäre, die Kirchengemeinden von den politischen Gemeinden zu trennen. Kaum 14 Tage später hat der Kirchenkonvent einen Beschluß gefaßt, wie ihn sich Herr Dr. Jasper gewünscht hat; einen größeren Erfolg kann aber Herr Dr. Jasper nicht gut verlangen und wenn das Gesetz noch nicht geändert ist, so sollte er sich doch einstweilen auf den praktischen Standpunkt stellen. Was nun die Frage betrifft, ob es noch jetzt möglich ist, Einschränkungen an den Kirchenbauten vorzunehmen, so will ich dazu folgendes bemerken: Die eine Kirche ist nahezu fertig, die andere unter Dach, die beiden Pfarrhäuser sind längst bewohnt, unter solchen Verhältnissen jetzt noch in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob Kosten zu ersparen sind, hat doch wohl keinen Zweck.

Nun komme ich noch zu dem Antrage der Kommission, welcher die Frage offen läßt, ob die jetzt angeforderten Mittel auch reichen werden. Ein strikter Nachweis darüber ist überhaupt nicht zu erbringen und wir sind auch bei Annahme dieses Antrages beim besten Willen nicht in der Lage, den Antrag schon in der nächsten Zeit zu erledigen. Herr Stadtbaurat Winter ist nämlich derartig nervös angegriffen, daß er auf ärztliche Anordnung einen längeren Urlaub antreten muß; da nun aber der Anschlag durch einen anderen Beamten auch nicht aufgestellt werden kann, so würden wir den Nachweis erst nach der Beendigung dieses Urlaubs erbringen können. Wir können hiervon aber auch nicht die Frage abhängig machen, ob der Weiterbau etwa sistiert werden soll, denn ich möchte sehen, was die Familienväter, welche an den Bauten arbeiten, sagen würden, wenn wir eine Sistierung derselben anordneten. Schließlich muß doch auch die Kirchensteuer am 1. April d. Js. festgesetzt werden und wie sollen wir das machen? Wenn wir nicht wissen, wieviel von der Versammlung nachbewilligt worden ist, können wir doch auch den Abschluß nicht machen. Ich möchte daher anheimgeben, die angeforderte Summe zu bewilligen und können Sie bei der demnächstigen Abrechnung erfahren, wie die Sache verlaufen ist.

Herr Rath: Wenn ich in der Baukommission der Resolution zugestimmt habe, so sagte ich mir, daß es unbedingt nötig sei, die bisher ausgegebenen und die noch weiter aus den Bauten entstehenden Kosten zu wissen, und könnten diese Anschläge dann von der Deputation geprüft und erörtert werden. Nun erklärt aber der Herr Oberbürgermeister kategorisch, daß es nicht möglich sei, von den Kosten noch etwas abzulassen. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters Metemeyer). Bei den großen Aufwendungen, welche die Kirchen verlangen, könnte man doch wohl auf die Idee kommen, daß es für die Steuerzahler angenehmer sein würde, wenn bei der Ausstattung der Kirchen sparsamer verfahren und es späteren Zeiten überlassen würde, die Kirchen so auszustatten, wie es dann die Mittel erlauben und nicht wie das in den letzten Jahren hier üblich gewesen ist. Deshalb bitte ich um Annahme des Kommissionsantrages.

Wie ich übrigens zufällig gesehen habe, geht man daran, die Johanniskirche mit einer eisernen Einfriedigung zu umgeben. Wir streben danach, daß die Einfriedigungen der Herzoglichen Parks etc. beseitigt werden möchten und hier macht man solche unnützen Ausgaben. Die Johanniskirche wird sicher keinen Schaden nehmen, wenn die Einfriedigung wegbleibt und außerdem halte ich letztere auch für ganz unzweckmäßig. Deshalb beabsichtigt die Kommission, mit ihrem Antrage zu erreichen, daß wir erfahren, wofür die erforderlichen Kosten noch verwendet werden sollen. Ob wir in den Kirchen Bänke erhalten, die 100 M. kosten, oder nur 20 M., das muß den Andächtigen ganz egal sein, aber uns ist es nicht gleich; ich bin jedenfalls nicht für übertriebenen Luxus.

Herr Günther: Wenn der Herr Referent sagte, man hätte bei dem Bau der Kirchen dem Drucke der öffentlichen Meinung folgen müssen, so trifft das nicht zu, denn nur eine geringe Zahl von hiesigen Einwohnern hat ein Interesse daran bekundet. Die braunschweigische Bevölkerung im allgemeinen verlangt nicht nach Kirchen und am allerwenigsten danach, daß diese Bauten schnell ausgeführt werden. Von wem nun aber auch der Fehler gemacht sein mag, der Magistrat trägt die Hauptschuld, weil er damals der städtischen Bauverwaltung die Anweisung gegeben hat, den Bau in die Hand zu nehmen und nach Kräften zu fördern, ehe auch nur die speziellen Zeichnungen und Kostenanschläge vorlagen. Man vertröstet sich nun damit, daß die politische Gemeinde von der Kirchengemeinde getrennt wäre und wir uns infolgedessen für diese Geldangelegenheit nicht so sehr zu interessieren brauchten, aber die Angehörigen der Kirchengemeinde werden erst ein Geschrei anheben, wenn die Aufbesserung der Kirchensteuer beginnt und werden sagen: wozu diese Ausgaben, wozu diese luxuriösen Kirchenbauten? ist es wohl nötig, noch Kirchen zu bauen, wo wir schon genug haben und wo wir das Geld für nötigere Dinge gebrauchen? Haben wir nicht andere Dinge viel nötiger, für die wir niemals Geld haben? Als vor etwa acht Jahren der Antrag angenommen war, eine Zentralbadeanstalt zu erbauen, da hatte der Magistrat kein Geld und jetzt hat man

für Kirchen mit einem Male hunderttausende! Wie verhält es sich nun aber mit der Herleiherung des Geldes? Wir können doch in die größten Kalamitäten kommen, wenn wir jetzt eine Anleihe aufnehmen müssen. Wo kommt das Geld denn eigentlich her? Das muß doch auch berücksichtigt werden. Durch den uns hier gespielten Streich werden wir geradezu berühmt in Deutschland, denn ein solcher Fall steht wohl beispieilos da; es kommt mir fast vor, als ob es daran liege, daß wir in der Nähe von Schöppenstedt wohnen. Es ist dieses jedenfalls das höchste, was bisher geleistet worden ist und freue ich mich nur, daß dafür gesorgt sein soll, daß derartige Ueberschreitungen nicht mehr vorkommen können. Ich kann mich für die Nachbewilligung nicht erklären, denn ich bin nicht dafür, daß solche Ausgaben gemacht werden für ein Institut, das für den größten Teil der Bevölkerung überflüssig ist. (Widerspruch.)

Herr Wolters: Auf eine Aeußerung des Herrn Jasper möchte ich zurückkommen, welche das Vorgehen des Magistrates in der Kirchenbauangelegenheit kritisierte und zum Ausdruck brachte, ob nicht die Bauten seitens des Magistrates früher hätten sifstiert werden können, um dadurch diese Ueberschreitungen ganz oder teilweise zu vermeiden. Der Sachverhalt, wie er aktenmäßig feststeht, ist folgender: Am 14. Mai 1903 hat die städtische Bauverwaltung in einem Berichte an den Magistrat erklärt, sie befürchte, daß die bewilligten Mittel nicht ausreichen würden und hat zugleich empfohlen, die Weiterführung der Arbeiten so stark wie möglich einzuschränken, damit es in der Hand der städtischen Behörden liege, zu beschließen, was nun weiter werden solle. Zugleich hat sie erklärt, es wäre bei dem augenblicklichen Stande der Arbeit nicht möglich, die Summe zu bezeichnen, um welche die Anschlagssumme überschritten werden würde. Der Magistrat verfügte darauf unterm 25. Mai, daß die Weiterführung der Bauarbeiten auf das zur Vollendung der Rohbauten unbedingt notwendige Maß beschränkt werde und daß er einer baldtunlichen Mitteilung über die Höhe der bei projektmäßiger Fertigstellung der beiden Kirchen zu erwartenden Ueberschreitungen der bezüglichlichen Baufredite entgegenstehe. Diefem Auftrage ist dann die städtische Bauverwaltung durch Bericht vom 26. September 1903 nachgekommen. Nunmehr hat der Magistrat unterm 18. November an das Kirchenkassen-Kollegium geschrieben und nach Eingang der Antwort desselben vom 11. Dezember v. Js. an die Stadtverordneten-Versammlung unterm 1. Februar d. Js. berichtet. Es ist also alles ordnungsmäßig vor sich gegangen. Die Arbeiten an der Pauli-Kirche sind nur langsam gefördert und auch Materiallieferungen sind nur in geringer Menge veranlaßt worden; es ist also alles geschehen, um weitere Ueberschreitungen tunlichst zu vermeiden.

Was nun die Zuständigkeit der einzelnen hier in Frage kommenden Organe betrifft, so will ich bemerken, daß wir entsprechend dem Gange der Debatte im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Baukommission eine kleine Aenderung in

der Resolution insofern haben eintreten lassen, als der erste Satz des zweiten Absatzes lauten soll:

„Die Versammlung erkennt an, daß die städtischen Organe nach ihrem eigenen Anerbieten vom Jahre 1892 und den darüber ergangenen Erlassen verpflichtet sind, die zur Vollendung der Bauten erforderlichen Mittel gemäß den bestehenden Gesetzen zur Verfügung zu stellen.“

Wir ersuchen, die Resolution mit dieser Aenderung anzunehmen.

Herr Jasper: Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer erlaube ich mir zu erwidern, daß ich bei meiner Kritik mich durchaus auf den Boden der Gesetzgebung glaube gestellt zu haben, denn ich habe dabei alle Wünsche zurückgestellt, die bei mir auf eine Aenderung der Gesetze abzielen. Wenn das Kirchenkassen-Kollegium sollte in demselben Sinne vorgegangen sein, so ist mir das angenehm, wenn auch der Wunsch des Kirchenkassen-Kollegiums keinen Erfolg gehabt zu haben scheint. Mein Wunsch geht dahin, daß der Magistrat dieses Vorgehen auch beim Herzoglichen Konsistorium und beim Herzoglichen Staatsministerium unterstützen möchte, weil hierdurch eher ein Erfolg zu erwarten ist, als wenn das Kirchenkassen-Kollegium allein in der Sache vorgeht. Im übrigen hat mich der Herr Oberbürgermeister mißverstanden, wenn er annimmt, ich hätte geäußert, die Vorlage habe kein Interesse mehr für mich, nachdem ich wüßte, die Stadt sei nicht Bauherr der Kirchen; ich habe vielmehr nur gesagt, die Sache verlöre dadurch an Interesse für mich. Es ist doch ein großer Unterschied, ob die politische Gemeinde die Aufwendungen zu machen hat auf Nimmerwiedersehen, oder ob sie Aussicht hat, das Geld nach Jahrzehnten einmal wiederzubekommen.

Nun aber noch eine andere Frage. Die nachgeforderten 360 000 M. müssen wir doch zunächst beschaffen und dem Kirchenkassen-Kollegium darlehnsweise vor-schießen, wie stellt sich denn aber das Kirchenkassen-Kollegium zu dieser Mehraufwendung? Erkennt es ohne weiteres an, daß diese Ueberschreitung ihm zur Last fällt und nicht etwa auf das Konto der ausführenden Behörde zu setzen ist? Darüber möchte ich noch eine Aufklärung haben. Außerdem erscheint es mir auch zweifelhaft, daß es nicht mehr möglich sein sollte, heute noch irgend welche nach-haltige Remedur eintreten zu lassen. In dieser Beziehung scheint mir die Aus-führung des Herrn Rathe zutreffend zu sein, daß sich an der inneren Einrichtung der Kirchen noch sparen lasse, z. B. hinsichtlich der Fenster, des Gestühls etc. Diese Einwendungen sind nicht ganz von der Hand zu weisen, und wenn Herr Rathe seine Kritik durchführen will, so müßte er zu meinem Resultate kommen und sagen: weil noch gespart werden kann und weil wir zu den ausführenden Organen nicht genügendes Vertrauen haben, deshalb wollen wir zunächst in eine Prüfung der Frage eintreten, wie noch gespart werden kann. Wenn Herr Wolters sagt, es wäre schon vor einem Jahre nicht mehr möglich gewesen, bei den Bauten zu sparen,

so ist es ja müßig, darüber noch zu sprechen, nachdem es damals nicht geschehen ist. Was aber noch geschehen kann, das muß geschehen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Günther hat eine besondere Vorliebe für öffentliche Badeanstalten und es ist natürlich, daß er diese hiermit verquickt hat. Es ist aber doch ein Unterschied, ob wir etwas aus städtischen Mitteln bezahlen sollen, oder ob wir nur die Vermittler des Geldgeschäftes sind. Wunderbar ist es aber, daß Herr Günther fragen kann, woher der Magistrat das Geld nehme. Wir haben seinerzeit beantragt, es möchte der Kirche stadtseitig ein Darlehn bewilligt werden und dem Antrage ist von der Versammlung stattgegeben. Unter denselben Gesichtspunkt fällt die Frage des Herrn Jasper wegen der 360 000 M. Inzwischen bin ich nun aber persönlich zu der Ansicht gekommen, daß die Anleihe bei der Stadtgemeinde gar nicht mehr zweckmäßig erscheint: die Kirche will selbständig werden und dann möge sie auch selbständig sein und sich das Geld selbst beschaffen. Das Kirchenkasten-Kollegium mag sich also selbst Geld suchen, vielleicht in der Weise, daß es sich an die Stadt wendet, um diese zu veranlassen, die Garantie für das Darlehn zu übernehmen. Das würde ich für ganz unbedenklich halten, solange wir das Gesetz über die Kirchensteuer haben. Ich will daher dem Kirchenkasten-Kollegium den Antrag unterbreiten, nicht nur die sämtlichen von der Stadt genommenen Darlehne an diese zurückzuzahlen, sondern auch die den Kirchen noch fehlenden Summen bei dem Herzoglichen Leihhause direkt aufzunehmen. Wir vereinfachen dadurch unsere Rechnung und haben in Zukunft mit der Sache, abgesehen von der formellen Verwilligung, nichts mehr zu tun. Die Baukommission ist nach jeder Richtung hin so liebenswürdig in dieser Sache gewesen, aber sie hat sich nicht darüber ausgesprochen, was der Magistrat jetzt tun soll. Wenn die Kommission dem Magistrate augenblicklich die Verantwortung darüber zuschieben will, daß er entweder die Arbeiten sistieren oder fortsetzen lassen soll, so ist das eine eigene Sache. Sofern die Versammlung nicht in der Lage ist, die ganze nachgeforderte Summe zur Verfügung zu stellen, so kann sie ja zunächst einen entsprechenden Teil davon bewilligen, um in der Zwischenzeit zu überlegen, wo sich vielleicht noch etwas ersparen läßt. Ich bin bereit, mit den Kirchenvorständen dieserhalb in weitere Verhandlungen zu treten, wenn ich auch glaube, daß schwer etwas zu machen ist.

Herr Ribbentrop: Ich möchte die Frage noch von einem anderen Gesichtspunkte aus beleuchten. Wir haben in den beiden Kirchen zwei Baudenkmäler bekommen, die mit den schon vorhandenen Kunstbauten in jeder Beziehung konkurrieren können; sie sind wundervoll ausgeführt und ich freue mich, daß wir sie bekommen haben. Lassen Sie uns jetzt in den sauren Apfel beißen und verfallen wir nicht in den Fehler der Vorfahren, welche unsere sämtlichen Kirchen unvollendet gelassen haben. Wir dürfen jetzt nicht anfangen zu geizen und zu sagen, daß die



Kirchen wegen Mangel an Mitteln nicht mehr stilgemäß vollendet werden können, sondern wir müssen sie vollenden, wie sie angefangen sind. Unsere Nachfolger würden sonst kopfschüttelnd davorstehen und sagen, da konnte zur Vollendung auch noch der letzte Rest bewilligt werden. Ich möchte mir daher den Antrag erlauben, die 364560 M zu verwilligen unter der Bedingung, daß dem Antrage der Baukommission nachgekommen werde und die Rechnungslegung in der angeforderten Weise erfolge.

Herr Hauswaldt: Jeder, der nicht Mitglied der Baukommission war, ist wohl in die heutige Sitzung gekommen mit der inneren Frage: wie wird sich die Baukommission aus dieser unangenehmen Sache herausziehen? Und ich glaube, ich spreche in aller Namen, wenn ich konstatiere, daß wir noch niemals in einer so schwierigen Sache ein so vollendetes Referat, sachlich und der Sache würdig, gehört haben, wie von Herrn Dr. Wolters in dieser Angelegenheit. Ich glaube ferner, daß ich mit der Mehrzahl der Herren übereinstimme, wenn ich sage, daß uns auch die Resolution ganz aus dem Herzen gesprochen ist; jedoch läßt sich damit augenblicklich praktisch nichts machen, weil an den Kirchen noch weiter gebaut wird. Deshalb möchte ich bitten, der Resolution noch hinzuzufügen, daß wir jetzt abschläglich 250 000 M zur weiteren Ausführung der Kirchenbauten bewilligen und es der späteren Zeit überlassen, auch den Rest zu verwilligen, nachdem die dafür nötigen Unterlagen geschaffen sind. Damit treffen wir das, was der Herr Oberbürgermeister will und auch was die Baukommission gewollt hat. Ich stelle diesen Antrag hiermit.

Herr Esdorn: Nach den ganz vorzüglichen Ausführungen des Herrn Referenten will ich auf die Materie selbst nicht eingehen, möchte bei dieser Gelegenheit aber einer anderen Gepflogenheit in der Versammlung entgegentreten. Ich habe verschiedentlich gehört, daß die Stadt Schöppenstedt ohne ersichtlichen Grund hier als abschreckendes Beispiel hingestellt wird. Dem gegenüber kann ich sagen, daß der Bürgermeister Klocke aus Schöppenstedt jetzt im Landtage so vorzügliche Worte zu Gunsten der Geschäftswelt gesprochen hat, daß ich außerordentlich bedauern muß, wenn die Stadt Schöppenstedt hier in solchem Zusammenhange erwähnt wird. (Heiterkeit.) Wir haben durchaus keinen Grund, uns über Schöppenstedt in der Weise lustig zu machen und bitte ich, daß das in so unpassender Weise nicht wieder vorkommt.

Herr Frühling: Hinsichtlich der verschiedenen Anträge über die Art und Weise der Bewilligung möchte ich nur noch folgendes bemerken: Nach der Ansicht der Baukommission dürfen wir den Bau der Kirchen schon der Arbeiter wegen nicht sistieren, deshalb wollen wir die Mittel zur Fortführung der Bauten bewilligen. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, es könnten uns die Kostenanschläge nicht schnell genug vorgelegt werden, so bin ich trotzdem der Meinung, daß wir auf dem

von der Baukommission angeregten prinzipiellen Standpunkte stehen bleiben müssen, weil es nicht unmöglich wäre, daß noch Ersparnisse gemacht werden können. Ich glaube, wir können auch nicht, dem Antrage des Herrn Hauswaldt gemäß, die 250 000 M definitiv bewilligen, weil wir gar nicht wissen, wieviel Geld noch nötig ist. Deshalb bitte ich wiederholt um Annahme des Kommissionsantrages. Wenn in der nächsten Zeit die Kostenanschläge noch nicht gemacht werden können, so mag die städtische Bauverwaltung wenigstens sagen, wie viele Mittel sie noch nötig hat, um den Bau solange weiter zu führen, bis sie die Kostenanschläge vorlegen kann. Darauf mag uns dann eine neue Vorlage zugehen, in der wir um Bewilligung der notwendigen Mittel ersucht werden.

Herr Meherhoff: Verschiedene Herren meinen, wir müßten jetzt an der inneren Ausstattung der Kirchen sparen. Da bin ich doch anderer Meinung. Aus den ganzen Verhandlungen haben Sie entnommen, daß die Kirchengemeinden für die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Baukapitals zu sorgen haben und daß es uns nicht erspart werden wird, eine höhere Kirchensteuer zahlen zu müssen. Wenn ich mir das Anschreiben des Kirchenkasten-Kollegiums vergegenwärtige, so kann ich sagen, daß schon eine ganze Masse Ausgaben erspart worden sind; ich kann aber nicht anerkennen, daß wir in der Versammlung Grund haben, darauf hinzuwirken, daß die inneren Wände der Kirchen nur abgetüncht werden. Die anderen Kirchen sind im Innern besser ausgestattet — die Brüderkirche erfährt soeben eine umfassende Restauration — und wir dürfen das auch bei diesen neuen Kirchen nicht zu verhindern suchen. Außerdem ist das doch wohl Sache des Kirchenkasten-Kollegiums. Wenn dieses gesagt hätte, wir brauchen noch 150 000 M extra, so hätten wir ihm auch willfahren müssen. Die Stadt spielt hier nur den Makler und beschafft die erforderlichen Gelder und die Kirchengemeinden haben hinterher für die Wiederaufbringung der Gelder zu sorgen. Deshalb stimmen Sie dem Vorschlage der Baukommission zu, aber fangen Sie nicht an, die Mittel zu beschneiden.

Es folgt nunmehr die Abstimmung. Hierbei wird zunächst der Antrag Jasper auf Zurückverweisung der Vorlage an die Baukommission abgelehnt. Ebenso findet der Antrag Ribbentrop nicht die Genehmigung der Versammlung. Dagegen wird die von der Baukommission beantragte Resolution in ihrer abgeänderten Fassung mit dem Antrage Hauswaldt angenommen.

### III. Behandlung der Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Vorsitzender: Die Statutenkommission hat den Wunsch, daß die Versammlung bei der Behandlung der Hundesteuer-Erlaßgesuche fortan von dem bisherigen Brauche nur insoweit abweichen möge, als die Steuer für einen Wach-

hund nur da nicht erhoben werde, wo ein regelmäßiger Nachtwächterbegang nicht stattfindet. Ueberall da, wo an der Peripherie der Stadt ein regelmäßiger Begang durch Nachtwächter nicht stattfindet, möge ein Wachhund freigelassen werden, wenn nicht aus den sonstigen Umständen, wie z. B. der Lage des betreffenden Gebäudes im Verbande mit anderen Gebäuden u., hervorgeht, daß ein genügender nächtlicher Schutz vorhanden ist. Um dies durchzuführen, ist es aber notwendig, daß hierüber noch weitere Ermittlungen angestellt werden. Die Statutenkommission hat deshalb den Wunsch, der Magistrat wolle über die tatsächliche Ausübung des Nachtwächterbeganges Ermittlungen anstellen und möglichst eine Karte mit der Einzeichnung des regelmäßigen Beganges der Versammlung zugänglich machen. Sie beantragt, eine entsprechende Resolution zu fassen.

Herr Bues: Ich begrüße es mit Freuden, daß authentisch festgestellt werden soll, wo ein Nachtwächterbegang stattfindet und wo nicht. Bisher sind bei der Ungenauigkeit der vorhandenen Unterlagen verschiedene Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Befreiung von der Hundesteuer vorgekommen. Ich möchte daher ersuchen, dem Antrage beizutreten.

Herr Hauswaldt: Ich möchte dazu fragen, ob es nicht ein Verrat von Geschäftsgeheimnissen genannt werden kann, wenn wir feststellen, wo ein Nachtwächterbegang ist und wo nicht? Ist es nicht für die Herren Diebe eine sehr wertvolle Mitteilung, wenn wir öffentlich aussprechen, daß die und die Straßen keinen Nachtwächterbegang haben, während die Herren Diebe vielleicht bis jetzt geglaubt haben, es sei dort ein solcher? Ich möchte daher anheimgeben, die Erkundigungen nicht zu veröffentlichen, sondern sie vielleicht nur der Statutenkommission zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Herr Hauswaldt scheint sehr wenig mit den Herren Dieben vertraut zu sein (Heiterkeit): die wissen ganz genau, wo ein Nachtwächterbegang ist und wo nicht.

Herr Bues: An eine Veröffentlichung der Erkundigungen denkt doch wohl niemand, sondern man will die Karte nur hier in der Versammlung benutzen. Die Wächter dürfen noch nicht einmal sagen, wo sie gehen, das ist ihnen verboten. Obwohl es städtische Beamte sind, kann man das noch nicht einmal feststellen.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage der Statutenkommission einverstanden und beschließt gleichzeitig, die vorliegenden Erlaßgesuche bis zur Erledigung des Antrages zurückzustellen.

#### IV. Reinigung von Denkmälern der Stadt.

Die Gladebeck'sche Bronzegießerei zu Friedrichshagen bei Berlin hat sich erboten, die städtischen Denkmäler, nämlich das Lessing-, Gauß- und Abtendmal, sowie den Heinrichsbrunnen gegen einen Jahresbetrag von 475 M. einer dauernden Beauf-

sichtigung und Pflege zu unterziehen. Zu der Pflege der Denkmäler gehört nicht nur deren Reinigung sondern auch deren Reparatur zc. Nach Rücksprache mit der städtischen Bauverwaltung ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gelangt, daß die meisten seitens der genannten Firma gemachten Leistungsangebote als überflüssig betrachtet werden müssen und daß es wesentlich nur darauf ankommen wird, den Ueberzug von Ruß, Staub und Schmutz alle vier bis fünf Jahre einmal abzuwaschen. Aus diesem Grunde hat der Magistrat den Antrag der Firma abgelehnt, gleichzeitig auch aus der Erwägung, daß man einer auswärtigen Firma zur Vornahme dieser allerdings notwendig erscheinenden Arbeit nicht bedürfe und es sich mehr empfiehlt, mit dem Hof-Erzgießer Rindleben einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Dieser fordert für die alle vier bis fünf Jahre zu wiederholende Reinigung etwa 200 M. Dazu würde eine einmalige Ausgabe von 250 M für die Beschaffung eines zweckentsprechenden Gerüsts, sowie dessen Aufstellung und Wiederbeseitigung kommen. — Die Versammlung wird daher ersucht, die Summe von 450 M für die diesjährige Frühjahrsreinigung der vorbezeichneten Denkmäler zu bewilligen und sich zugleich damit einverstanden zu erklären, daß die Reinigungsarbeiten, welche in Zukunft auch auf die Standbilder zc. der Kaiser-Wilhelmbrücke ausgedehnt werden müssen, alle vier bis fünf Jahre wiederholt werden sollen.

Die Baukommission läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Meyerhoff empfehlen.

Auf eine Anfrage des Herrn Lord erwidert Herr Oberbürgermeister Kete-meyer, daß das Bugenhagendenkmal wahrscheinlich von der Kirche zu unterhalten sei.

Herr Blasius fragt an, ob nicht auch eine etwa notwendig werdende außerordentliche Reinigung der Denkmäler von Vogelschmutz zc. mit vorgesehen sei.

Herr Meyerhoff erwidert, daß das nicht nötig erscheine. Eine solche Reinigung brauche kein Fachmann vorzunehmen, sondern es genüge, wenn ein städtischer Arbeiter sich mit Wasser und Bürste daran mache, um das Denkmal zu reinigen.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

## V. Gesuch um Gewährung städtischer Ehrenpreise.

Der Kynologische Verein Braunschweig-Delper ersucht die Versammlung um Gewährung von Stadt-Ehrenpreisen zu der großen internationalen Ausstellung von Hunden aller Rassen, sowie Prüfung von Polizeihunden und Rattenfängern am 14./15. Mai d. Js. in Braunschweig. Zur Begründung des Gesuches wird angeführt, daß auch andere Städte, namentlich Magdeburg, Hannover, Elberfeld, Düsseldorf, Köln a. Rh., Hamburg, Berlin, Nürnberg, Dresden, Leipzig, Apolda

und Gera Stadt-Ehrenpreise gegeben haben. Der Magistrat hat ein entsprechendes Gesuch abgelehnt.

Herr Jüdel: Wir haben uns bei der Beratung der Eingabe in der Finanzkommission sagen müssen, wenn die Ausstellung international sei und eine größere Beteiligung von Ausstellern und Besuchern finden würde, es nur im Interesse der Stadt liegen könne, sie zu fördern. Es konnte in der Kommission aber niemand darüber Auskunft erteilen, ob die Behauptungen in der Eingabe zutreffend seien und man auf eine so große Zahl von Besuchern werde rechnen können. Wir waren deshalb nur in der Lage, der Versammlung zu empfehlen, für einen Ehrenpreis 300 M zu stiften, sofern sich bei weiteren Erkundigungen herausstellen sollte, daß die Angaben des Vereins zutreffen.

Herr Rathe: Es handelt sich hier um den kynologischen Verein Braunschweig-Delper. Nun ist an mich von dem „Verein von Hundefreunden“ das Ersuchen ergangen, auf das Gesuch nicht einzugehen, sondern lieber diesen Verein, dessen Ausstellung noch früher hier stattfindet, zu unterstützen, weil die Ausstellung des erstgenannten Vereins nur einen beschränkten Umfang besitzen und auch nicht nach zeitgemäßen Regeln zusammengestellt sein werde.

Herr Stadtrat Meyer: Schon in früheren Jahren sind ähnliche Anträge an den Magistrat gekommen und, wenn mich nicht alles täuscht, auch von diesem Vereine. Der Magistrat hat aber alle diese Gesuche abgelehnt, weil er nicht anerkennen kann, daß durch solche Veranstaltungen das allgemeine Interesse gefördert werde. Beide Vereine fördern sportliche Interessen und uns damit zu identifizieren, können wir uns nicht entschließen. Wir können deshalb für das Gesuch nicht eintreten.

Herr Jasper: Ich kann diesem Standpunkte nur vollständig beipflichten. Es ist kein Grund aufzufinden, weshalb man solche sportlichen Unternehmungen noch unterstützen soll. Dann könnte man für Briestauben-Ausstellungen, Geflügel-Ausstellungen u. tausende aus dem Fenster werfen. Auch dem berühmten Fremdenverkehre wird dadurch nicht auf die Beine geholfen. Deshalb bitte ich dringend um Ablehnung des Kommissionsantrages.

Herr Meyerhoff: Da die Konkurrenz ins Feld getreten ist, gewinnt die Sache jetzt einen anderen Anschein. Ich bin kein großer Hundefreund, aber ich möchte solchen Veranstaltungen auch nicht entgegentreten, namentlich da auch die Polizeihunde vorgeführt werden sollen, welche der Stadt schon gute Dienste geleistet haben. Wird deshalb die Ausstellung voraussichtlich so besucht, daß die Stadt einen nennenswerten Vorteil davon hat, so soll man sich um die kleine Geldsumme nicht so haben und den Leuten zeigen, daß man empfänglich für derartige Veranstaltungen ist.

Herr Löschigt: Ich möchte fragen, ob es nicht möglich ist, den Maulkorbzwang der Hunde hier ganz aufzuheben. (Lebhafte Unruhe.)

Vorsitzender: Das gehört nicht zur Sache.

Herr Südel: Es handelt sich hier nicht um die Unterstützung eines Vereins, sondern die Finanzkommission hat bei ihrem Antrage im Auge gehabt, daß unter den vielen Städten, die bei solchen Gelegenheiten Ehrenpreise geben, auch Braunschweig nicht fehlen darf, zumal wenn solche Ausstellung viele Fremde anziehen sollte. Es ist sodann auch noch hervorgehoben worden, daß es mehr im Interesse der Stadt liegt, einen wirklich wertvollen Ehrenpreis zu stiften, als eine größere Anzahl von minderwertigen Preisen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich möchte empfehlen, wenn Sie überhaupt Neigung haben, in der Sache etwas zu tun, nicht in dieser Weise vorzugehen, sondern, unter Hintansetzung des Mißtrauens, welches Herr Dr. Jasper gegen den Magistrat bekundet, den Magistrat zu ermächtigen, die Sache selbst zu prüfen, ob sie wert ist, stadtseitig gefördert zu werden.

Herr Südel: Das entspricht ganz unserer Ansicht.

Herr Jasper: Ich habe das Vertrauen zu dem Magistrat, daß der Antrag bei seiner Annahme auch die verdiente Nichtberücksichtigung finden werde.

Herr Esdorn: Ich bin anderer Ansicht. Wenn wir beschließen, 300 M zu einem Ehrenpreise zu stiften, so wird der Magistrat sich uns auch anschließen. Nach den von mir jetzt eingezogenen Erkundigungen wird die Ausstellung einen größeren Umfang annehmen und auch weit von außerhalb her besichtigt werden. Deshalb können wir ruhig anderen Städten folgen und im Interesse des Fremdenverkehrs etwas tun.

Herr Rathe: Dann möchte ich bitten, daß der Magistrat auch den Verein für Hundefreunde berücksichtigt, sofern dieser einen entsprechenden Antrag stellt.

Der nach der Anregung des Herrn Stadtrat Meyer geänderte Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

Auf Antrag des Herrn Hauswaldt wird nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte die Sitzung hier abgebrochen.

Dauer von 4 bis 8<sup>14</sup> Uhr.



1903/1904.

N<sup>o</sup> 16.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 24. März 1904.



### Tagesordnung:

|                                                                                                     |           |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Einsprache wegen einer Verbindungsstraße an der Kastanienallee . . . . .                         | Seite 518 |
| II. Verlegung eines Wasserrohrs in der Vertramstraße . . . . .                                      | " 518     |
| III. Feststellung der Straßenkosten der verlängerten Kaiserstraße. . . . .                          | " 519     |
| IV. Honorarsätze für die Schulärzte . . . . .                                                       | " 521     |
| V. Wahl eines Kommissions- und eines Deputationsmitgliedes . . . . .                                | " 523     |
| VI. Antrag Fiedel u. Gen.: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder<br>des Magistrates . . . . . | " 523     |
| VII. Antrag Rath: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle . . . . .                        | " 524     |
| VIII. Antrag Koch: Freigabe des Spohrplatzes . . . . .                                              | " 525     |
| IX. Stadthaushaltsplan re. für 1904/1905 . . . . .                                                  | " 525     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Meyer, von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-Assessoren Happe und Dr. jur. Hartwieg.



Entschuldigt die Herren Blasius, Bues, Lupprian, Schmidt und Schöttler; später erscheinen die Herren Brückmann und Lange.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet und leitet die Versammlung.

### I. Einsprache wegen einer Verbindungsstraße an der Kastanienallee.

Gegen die zwischen der Korfessstraße und der Kastanienallee projektierte Straße haben die Herren Hinkelmann und Gnadt Einsprache erhoben mit der Begründung, daß am östlichen Ende dieser Straße auf deren Nordseite ein größerer Teil nicht bebaut werden könne, weil die Hinterhäuser der Grundstücke an der Kastanienallee zu nahe an der Straßenlinie stehen und weil es ferner an der Stelle an genügender Bauplaktiefe fehle, um darauf einigermaßen angemessene Wohnhäuser errichten zu können. Dem gegenüber empfiehlt der Magistrat, die Lage des jetzt an der Südost-ecke der Kastanienallee in diese einmündenden Weges beizubehalten, weil die Verwertung des andernfalls frei werdenden Terrains des aufzuhebenden Weges erfahrungsgemäß große Schwierigkeiten bereitet. Daß zur Zeit auf den an fraglichen Weg nördlich angrenzenden Grundstücken Hintergebäude vorhanden sind, die der Gegend nicht zur Zierde gereichen, wie die Antragsteller noch zur Begründung ihres Gesuches angegeben haben, ist nach der Ansicht des Magistrates kein genügender Grund, den Weg zu verschieben, während eine angemessene Bautiefe für die Grundstücke nur dann zu erzielen sein würde, wenn man den jetzigen Weg erheblich weiter nach Süden verschieben, d. h. also durch einen völlig neuen Straßenzug ersetzen würde. Aus diesen Gründen gibt der Magistrat anheim, die Einsprache zu verwerfen.

Namens der Baukommission ersucht Herr Buchler, den Magistratsanträgen in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Müller: Als das an Jahren älteste Mitglied der Versammlung glaube ich hier Veranlassung nehmen zu sollen, dem Gefühle der Dankbarkeit gegen unsern verstorbenen Oberbürgermeister Pockels dadurch Ausdruck zu geben, daß ich an den Magistrat die Bitte richte — und ich glaube hierbei im Sinne aller zu sprechen — bei der Anlegung einer wichtigeren, also einer der Hauptstraßen der Stadt dieser den Namen „Oberbürgermeister Pockelsstraße“ beizulegen zum immerwährenden Gedächtnis an unser unvergeßliches Stadtoberhaupt (Zustimmung), dem wir die Erinnerung an ihn wohl schuldig sind. Ich möchte den Magistrat bitten, diesen Vorschlag in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

### II. Verlegung eines Wasserrohres in der Bertramstraße.

Auf Antrag der Firma Max Koch ersucht der Magistrat, von der Leonhardstraße bis zum Kochschen Grundstücke an der Bertramstraße ein 64 m langes und

150 mm weites Wasserrohr zu verlegen und hierfür 920 M zu bewilligen. Das bisherige Rohr reicht für den Bedarf der Kochschen Fabrik nicht aus.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzkommission, für welche Herr Födel berichtet, genehmigt.

### III. Feststellung der Straßenkosten der verlängerten Kaiserstraße.

Unter Anlehnung an die seinerzeit von der städtischen Bauverwaltung aufgestellte Berechnung der durch die Anlage der verlängerten Kaiserstraße zwischen dem Nickelskuffe und der Wendenstraße entstandenen Kosten zu 1029,<sup>20</sup> M für 1 m Frontlänge hat die Versammlung mit Rücksicht auf die exorbitante Höhe dieser Kosten durch Beschluß vom 21. Mai 1896 den Einheitsbeitrag jener Kosten auf 800 M festgesetzt. Eine endgültige Festsetzung konnte damals noch nicht erfolgen, weil sich nicht übersehen ließ, ob und wie die Kostenberechnung durch den Verkauf der dort verfügbar bleibenden Grundstücks-Restflächen beeinflusst werden würde. Die Bemühungen, jene Flächen zu verkaufen, sind leider nur von geringem Erfolge begleitet gewesen, indem nur der an der Ecke der Kaiserstraße und des Werders gelegene Bauplatz hat veräußert werden können. Die an der Nordseite der Straße verfügbar gebliebenen Flächen sind noch heute im Besitze der Stadt und soll die östlich des Grabens gelegene Fläche nach neueren Dispositionen es auch bleiben, um die Möglichkeit der Durchführung der dort projektierten Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Inselpromenade offen zu halten. Da auch nicht abzusehen ist, wann etwa ein Käufer sich für das allein noch in Betracht kommende Grundstück, Ecke Kaiserstraße und Nickelskuff, finden wird, so hat der Magistrat es für angezeigt gehalten, die städtische Bauverwaltung mit Anfertigung einer Abrechnung und Kostenverteilungsberechnung zu beauftragen dergestalt, daß die der Stadt gehörigen Flächen mit einem Schätzungswerte von 30 M pro Quadratmeter in die Berechnung aufzunehmen waren. Nach dieser Berechnung ist nun der Einheitsbeitrag zu 1007,<sup>49</sup> M ermittelt, ein Beitrag, der noch so hoch erscheint, daß Billigkeitsgründe für seine Ermäßigung sprechen. Diese Erwägungen haben den Magistrat veranlaßt, die Versammlung zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Straßenkostenbeiträge nur in Höhe von 800 M für 1 m Frontlänge eingezogen werden.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Niese der Vorlage zuzustimmen.

Herr Rathe: Ich möchte den Magistrat ersuchen, dazu überzugehen, die Baupläze möglichst bald zu verkaufen. Soviel ich gehört habe, ist dieses verschiedentlich versucht, aber ein annehmbares Gebot nicht abgegeben worden. Bei einer Höhe der Straßenbaukosten von 800 M für 1 m Frontlänge wird ein annähernd angemessenes Gebot aber auch schwerlich zu erzielen sein, wie das ja immer bei solchen Straßenprojekten der Fall ist. Wenn man aber berücksichtigt,

daß diejenigen Unternehmer, welche dort neu gebaut und die hohen Straßenkosten bezahlt haben, nun auch gern ihre Wohnungen angemessen vermieten möchten, so muß man dafür eintreten, daß die Bauplätze, wenn auch mit Schaden, verkauft werden, damit der Anblick des Nickelnkults und der Planke beseitigt wird.

Herr Stadtrat Meyer: Der Wunsch des Herrn Rathe steht in einem gewissen Widerspruche zu dem, was der Magistrat in seiner Vorlage zum Ausdruck gebracht hat. Hiernach sollte nämlich der dem Brauckmeyerschen Grundstücke zunächst gelegene Platz von dem Verkaufe ganz ausgeschlossen bleiben wegen der Möglichkeit der Durchführung einer Verbindungsstraße nach der Inselpromenade zu. Mit dem Verkaufe des Platzes würde aber diese Möglichkeit ausgeschlossen sein. Sollten die Herren indessen wünschen, den Platz zu verkaufen, so würde es dem Magistrate angenehm sein, wenn Sie sich darüber schlüssig machen wollten. Der Platz daneben kann auch nicht ohne weiteres günstig verkauft werden, weil es bei dessen Bebauung von Einfluß ist, ob die Verbindungsstraße angelegt werden soll oder nicht. Wenn nämlich diese Straße nicht durchgeführt wird, so ist die Anlegung von Fenstern nach der Seite hin ausgeschlossen, sonst aber nicht.

Herr Rathe: Es ist mir bewußt, daß die Verbindungsstraße projektiert war, jedoch weiß ich auch, daß sie vom Staate abgelehnt worden ist. Wenn wir also darauf warten wollen, bis der Staat die Straße einmal genehmigt, so kann der Zustand dort noch 20 Jahre bestehen bleiben. Es ist daher eine Rücksichtnahme gegen die Herren, welche dort gebaut und die hohen Straßenkosten gezahlt haben, wenn wir endlich zum Verkaufe der Plätze schreiten. Nach einem mir vorliegenden Plane läßt sich der Eckplatz wohl bebauen, wenn auch manche Schwierigkeiten damit verbunden sein mögen.

Herr Rieke: Ich kenne den Zustand in der Gegend und habe Ihnen ja auch vor einiger Zeit geschildert, wie ich selbst erlebt habe, daß meine Frau dort in unanständiger Weise angeulkt wurde. Wenn wir aber jetzt dort bauen, so ist die Verbindungsstraße nach der Promenade für alle Zeiten abgeschnitten. Das Herzogliche Staatsministerium hat diese Straße allerdings abgelehnt, aber die beste Lösung würde doch darin liegen, daß man die Straße auf den breiten Kanal legte. Hierdurch würde sich auch die Gelegenheit bieten, die alten wertlosen Häuser am Nickelnkulte aus der Luft zu schaffen und das ist ein wichtiges hygienisches Moment für die Stadt. Es läßt sich auch wohl annehmen, daß das Staatsministerium nicht für alle Zeiten die Straßenführung ablehnen wird und schließlich zahlt ja auch nicht dieses, sondern die Stadt die Kosten, welche dafür auch die Verantwortung tragen muß. Für den Eckbauplatz sind 17 000 M. aufgefunden, aber vor dem Verkaufe der anderen Plätze möchte ich doch warnen, weil zu wenig dafür bezahlt werden wird. Wenn die Zustände in der Gegend auch noch schlecht genug sind, so sind sie doch schon besser geworden, seitdem die

Planke dort steht und dem Produkthändler Päß aufgegeben ist, seine alten Knochen und Lumpen von dem Grundstücke fortzuschaffen. Jedenfalls bitte ich den Magistrat, weitere Ermittlungen anzustellen, ob die Straße nicht doch noch ausgebaut werden kann. Hierdurch würde sich der Zustand der ganzen Gegend bessern und dürfte auch die Stadt ein gutes Geschäft dabei machen. Diese Baupläge lassen sich besser verwerten, als wenn sie außerhalb der Stadt lägen.

Herr Müller: Nachdem Herr Stadtrat Meyer erklärt hat, daß der Durchbruch nach der Promenade nicht ausgeschlossen sei, möchte ich den Magistrat bitten, die Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium wieder aufzunehmen. Es wäre wirklich ein großer Vorteil, wenn diese Gegend endlich aufgeschlossen würde und dort die kleinen traurigen Baracken verschwänden. Von einem jetzigen Mitgliede des Magistrates ist es früher schon einmal übel vermerkt worden, daß wir mit dieser Sache gar nicht weiter kommen.

Die Vorlage des Magistrates gelangt hierauf zur Annahme.

#### IV. Honorarfrage für die Schulärzte.

In Ausführung der Dienstordnung für die Schulärzte an den Bürgerschulen beabsichtigt der Magistrat, die Schularztaufsicht zunächst an den neun unteren Bürgerschulen vom 1. April d. Js. ab einzuführen. Zur Uebernahme einer solchen Schularztstellung haben sich sämtliche Armenärzte — außer Dr. Hainski — sowie der Sanitätsrat Dr. Werthan bereit erklärt. Die Verteilung der Schulen auf die genannten Herren ist unter tunlichster Anlehnung an die Armenbezirke vorgenommen worden und hat der Magistrat mit den Ärzten vereinbart, daß mit dem 1. April 1904 die Schularztstätigkeit beginnen soll.

Bei der Bemessung des Honorars für die Ärzte ergaben sich insofern Schwierigkeiten, als man bei der Neuheit der ganzen Sache und dem Mangel irgend welcher Anhaltspunkte nicht wußte, welchen Einheitsfuß man zur Grundlage nehmen sollte, ob also nach der Kopffzahl der tatsächlich zu behandelnden Schulkinder oder nach der Kopffzahl aller Kinder der gesamten unteren Bürgerschulen die Honorierung erfolgen sollte. Den Wünschen der Ärzte gemäß ist die letztere Art der Berechnung angenommen worden. Der von den Ärzten vorgeschlagene Einheitsfuß von einer Mark pro Jahr erschien indessen dem Magistrat nicht annehmbar zu sein, denn bei einer Gesamtziffer von etwa 9000 Schulkindern würde sich die Gesamthonorierung auf rund 9000 M belaufen. Infolgedessen hat der Magistrat, unter Anlehnung an die Berechnung der Arbeitszeit, welche für die Stellung eines Armenarztes grundlegend ist, den Ärzten eine Honorierung von 60 M pro Schulkind vorgeschlagen, so daß hierbei ein Kostenaufwand von etwa 5400 M erwachsen würde. Gleichzeitig hat sich der Magistrat bereit erklärt, diese Vergütung zunächst nur für das erste Jahr der Tätigkeit festzusetzen und, wenn

sich im Laufe dieses Jahres die Unzulänglichkeit der Vergütung ergeben sollte, sie künftig auf Grund der neuen Erfahrungen entsprechend zu erhöhen. Demgemäß wird der Versammlung anheimgegeben, die Honorierung der Schulärzte für das Jahr vom 1. April 1904 bis zum 1. April 1905 mit 60  $\text{M}$  pro Kopf der gesamten Schulkinder der unteren Bürgerschulen zu bewilligen.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Nolte: Zunächst glaube ich im Sinne der Versammlung zu sprechen, wenn ich zum Ausdruck bringe, mit welcher großen Freude es zu begrüßen ist, daß Herr Sanitätsrat Dr. Verthman, der sich um das Wohl der schwachbefähigten Kinder schon so große Verdienste erworben hat, sich trotz seines hohen Alters hat bereit finden lassen, das so wichtige Amt eines Schularztes in der Schule für schwachbefähigte Kinder zu übernehmen. (Zustimmung.)

Die Schulkommission glaubt nun, Ihnen mit Rücksicht darauf, daß es sich erst um einen Versuch handelt, empfehlen zu dürfen, die Vorlage zu genehmigen. Bei der Kommissionsberatung ist dem Magistrate gegenüber auch noch der Wunsch geäußert worden, ob es nicht möglich sei, wenigstens die katholische Schule von vornherein mit in die Vorlage einzuschließen. Es wurde dabei hervorgehoben, daß gerade die Kinder dieser Schule der neuen Einrichtung außerordentlich bedürftig seien, weil darunter eine große Armut herrsche. Der Vertreter des Magistrates hat indessen erklärt, daß er zurzeit nicht in der Lage sei, darauf einzugehen, weil die Schule nicht von der Stadt, sondern von der katholischen Gemeinde unterhalten werde und der Magistrat nur ein beschränktes Aufsichtsrecht darüber habe. Die Schulkommission hat sich unter diesen Umständen bescheiden zu müssen geglaubt, hat dabei aber den Wunsch ausgesprochen, der Magistrat möchte auf die katholische Gemeinde einzuwirken suchen, daß diese sich bereit erkläre, einen großen Teil der Kosten zu übernehmen. Das hat der Magistrat zugesagt. Da durch die Anstellung von Schulärzten ein großer Teil der bisher von dem Physikus geleisteten Arbeit übernommen wird, so dürfte es angebracht sein, demnächst an den Staat mit der Bitte heranzutreten, einen erheblichen Zuschuß zu den Kosten zu leisten.

Herr Herzberg: Wir werden für die Vorlage stimmen, weil wir es mit Freuden begrüßen, daß diese eminent wichtige hygienische Einrichtung nun in Kraft tritt, und wir werden alles tun, um den Ausbau dieser Einrichtung zu fördern, damit sie sich gedeihlich weiter entwickelt. Wir werden auch dafür sein, daß der Staat angegangen wird, einen Zuschuß dazu zu geben. Bezüglich der Honorierung der Ärzte freue ich mich, daß man höhere Sätze vereinbart hat, denn was damals in der Magistratevorlage vorgesehen war, reichte nicht aus. Hierbei möchte ich sodann noch den Wunsch aussprechen, daß vielleicht von einem Jahre zum andern ein kurzer summarischer Bericht über die Erfolge der Tätigkeit der Schulärzte

gegeben werde. Gleichzeitig wollte ich noch anfragen, wann die Gesundheitskommission, die das Gesetz vom 1. Januar 1903 vorschreibt, eingerichtet wird. Ich glaube, es ist nicht nötig, damit zu warten, bis uns die Aufsichtsbehörde dazu zwingt.

Vorsitzender: Ich kann hierauf eine Antwort nicht erteilen, weil mir in der Sache eine Initiative nicht zusteht.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

#### V. Wahl eines Kommissions- und eines Deputationsmitgliedes.

In die Statutenkommission wird Herr Weichsel mit 19 Stimmen gewählt, während Herr Herzberg 11 Stimmen erhält.

Ferner wählt die Versammlung durch Zuvor Herrn Rathe zum Mitgliede der Deputation für den Zirkus- und Theaterbau.

#### VI. Antrag Fudel und Genossen: Vermehrung der stimmberechtigten Mitglieder des Magistrates.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung hält es für dringend erwünscht, daß der Leiter des städtischen Bauwesens und ein neu zu wählender Leiter des gesamten städtischen Schulwesens als stimmberechtigte Mitglieder des Magistrates angestellt werden, und ersucht den Magistrat, diese Angelegenheit in Gemeinschaft mit einer Deputation der Stadtverordneten zu prüfen.“

Herr Fudel (zur Begründung): Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß der Antrag von 26 Mitgliedern der Versammlung unterschrieben worden ist, glaube ich auf eine längere Begründung desselben verzichten zu können. Die Frage, ob ein Vertreter der technischen Abteilung des hiesigen Gemeinwesens mit Sitz und Stimme in das Magistratskollegium einbezogen werden soll, ist schon seit einer Reihe von Jahren erörtert worden, jedoch haben sich diese Erörterungen zu einem bestimmten Antrage noch nicht verdichtet, und zwar wohl mit aus dem Grunde, weil die bisherigen Vertreter des Magistrates in diesem Ressort mit den Geschäften und Arbeiten desselben aufs innigste vertraut und verwachsen waren. Jetzt aber, wo voraussichtlich eine Aenderung in der Verwaltung der einzelnen Ressorts im Magistrate stattfinden wird, erschien es uns an der Zeit, diese Sache hier zur Sprache zu bringen. Wir sind uns dabei alle vollbewußt, daß sich der Durchführung des Antrages viele Schwierigkeiten entgegenstellen werden, denn es ist nicht leicht, die Korporation des Magistrates zu vergrößern, weil gleichzeitig auch die Stadtverordnetenversammlung vergrößert werden muß. Deshalb haben wir uns auch darauf beschränkt, zu beantragen, eine gemischte Deputation zur Besprechung und Erörterung der Frage einzusetzen.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, die Deputation aus der Statuten- und der Finanzkommission zu bilden.

Herr Hauswaldt: Sollte die Deputation dadurch nicht zu groß werden?

Vorsitzender: Es kann sich vorläufig nur darum handeln, in einem größeren Kreise von Stadtverordneten gewisse prinzipielle Fragen zu erörtern, die mit dem Antrage in engem Zusammenhange stehen. Aus diesem Grunde wäre es erwünscht, die Ansicht einer größeren Zahl von Stadtverordneten darüber zu hören.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In bezug auf eine formelle Frage bin ich doch sehr zweifelhaft. Es ist beantragt worden, eine Deputation einzusetzen, die in Gemeinschaft mit dem Magistrat in eine Beratung eintreten soll. Eine solche Einrichtung kennt aber die Städteordnung nicht. Eine Deputation schließt immer schon Mitglieder des Magistrates in sich. Sollen in diesem Falle nun sämtliche Mitglieder des Magistrates in die Deputation abgeordnet werden?

Vorsitzender: Das Wort „Deputation“ ist in dem Antrage in dem Sinne einer Abordnung der Stadtverordnetenversammlung gebraucht worden.

Der Antrag wird der vereinigten Statuten- und Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## VII. Antrag Rathe: Baldige Besetzung der erledigten Stadtratsstelle.

Den Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldtunlichst Vorschläge betreffs der zu besetzenden Stadtratsstelle zu machen.“

begründet Herr Rathe wie folgt: Bei der Stellung des soeben behandelten Antrages Südel sind wohl die meisten Herren, welche den Antrag mit unterschrieben haben, nicht der Ansicht gewesen, daß durch denselben ein juristisch vorgebildetes Mitglied des Magistrates eingespart werden soll. Wenn das der Fall sein sollte, würde sich die Ergänzung des Magistrates sehr lange hinziehen können. Ich würde mich auch gegen eine solche Einsparung erklären müssen, weil die dem Magistrat obliegenden Arbeiten so umfangreich sind und mit jedem Tage noch umfangreicher werden, daß es kaum möglich sein dürfte, sie zu dreien erledigen zu können, wenn nicht die ganze Verwaltung darunter leiden soll. Aus diesem Grunde halte ich es für notwendig, recht bald zur Wahl eines weiteren Mitgliedes des Magistrates zu schreiten.

Vorsitzender: Der Antrag hat genügende Unterstützung gefunden. Sind seitens des Magistrates besondere Momente geltend zu machen, welche eine Beschleunigung der Erledigung des Antrages zweckmäßig erscheinen erlassen?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nachdem uns vom Herzoglichen Staatsministerium die Herren Regierungsassessoren Happe und Dr. Hartwig überwiesen worden sind, sind wir jetzt nicht mehr in so großer Verlegenheit.

Vorsitzender: Dann überweise ich auch diesen Antrag der vereinigten Statuten- und Finanzkommission zur Vorberatung.

### VIII. Antrag Koch: Freigabe des Spohrplatzes.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Herzogliche Baudirektion den zur Lagerung alten Baumaterials seit 14 Monaten benutzten Spohrplatz umgehend, spätestens aber bis zum 1. April 1904 räumt und der Platz baldmöglichst in einen ordnungsmäßigen Zustand gesetzt werde.“

Herr Koch: Nachdem Herr Hauswaldt im Landtage diese Angelegenheit zur Sprache gebracht und die Herzogliche Baudirektion die Erklärung abgegeben hat, im Laufe dieses Sommers das Steinmaterial von dem Spohrplatz fortzuschaffen zu wollen, ziehe ich den Antrag zurück. Ich würde mich freuen, wenn die Herzogliche Baudirektion nun endlich dem traurigen Zustande ein Ende machen wollte.

Der Antrag ist damit erledigt.

### IX. Stadthaushaltsplan re. für 1904/1905.

Namens der Finanzkommission berichtet über den „Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1904/1905“ Herr Südel: Der vorliegende Haushaltsplan, welcher im großen ganzen noch vom verstorbenen Herrn Oberbürgermeister Pockels verfaßt worden ist, weicht nicht wesentlich von dem des Vorjahres ab. Es ist hier ebenfalls gelungen, den Plan so aufzustellen, daß sich Einnahme und Ausgabe ausgleicht, jedoch ist das nur dadurch möglich geworden, daß man in der angenehmen Lage war, noch einen Ueberschuß der Kammereikasse aus der Verwaltung für 1902/1903 mit 69 735,93 M in den diesjährigen Haushaltsplan einzustellen. Im Vorjahre konnten noch 203 522,90 M eingestellt werden, so daß jetzt der Ueberschuß schon wesentlich verringert ist. Die Ausgaben wurden möglichst eingeschränkt, während man andererseits die Einnahmen aus der Gemeindesteuer auf eine Höhe gebracht hat, die wohl noch berechtigt ist, die mir indessen die Grenze des zulässigen erreicht zu haben scheint. Wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, daß die Ueberschüsse, mit denen wir eine Reihe von Jahren hindurch haben rechnen können, wesentlich durch eine außerordentlich vorsichtige Feststellung der zu erwartenden Einnahmen erreicht worden sind. Ich glaube es hierbei aber aussprechen zu müssen, daß die Exekution des vorliegenden Haushaltsplanes wohl kaum die Hoffnung erfüllen dürfte, daß aus diesem auch wieder ein Ueberschuß für das Jahr 1906/1907 verbleiben wird. Wir müssen deshalb damit rechnen, daß wir in eine Zeit kommen werden, in welcher es tatsächlich nicht mehr möglich



sein wird, die Ausgaben und Einnahmen ständig voll auszugleichen, sofern es nicht die allgemeinen Verhältnisse ermöglichen sollten, daß Fleiß und Streben unserer Mitbürger uns wieder größere Einnahmen als in den letzten Jahren zuführen. Es spricht dabei wesentlich mit, daß wir in den nächsten Jahren wieder eine erheblich höhere Amortisationssumme in die Ausgaben einstellen müssen.

Bevor wir nun zur Besprechung der einzelnen Kapitel des Etats übergehen, möchte ich darauf hinweisen, daß in der Finanzkommission einige Vorschläge gemacht worden sind über die Aufstellung des künftigen Haushaltsplanes. Es handelt sich dabei wesentlich um die Aufhebung des bislang gesondert geführten Kreiskommunalfonds. Diese Frage ist nicht mehr ganz neu, sondern sie wurde schon früher angeregt, wenn sie auch hier in der Versammlung nicht zur Sprache gebracht wurde. Es geschah dieses hauptsächlich aus dem Grunde nicht, weil der frühere Schöpfer dieses Etats so mit ihm verwachsen war, daß wir es für richtig hielten, ihn nicht durch solchen Antrag zu Aenderungen zu veranlassen, umsomehr, als sie keinen Einfluß auf die Einnahmen der Stadt haben, sondern es sich lediglich um eine Erleichterung der Uebersichtlichkeit des Etats handeln konnte. Der Kreiskommunalverband ist im Jahre 1871 durch die Kreisordnung vom 5. Juni 1871 aus der Stadt Braunschweig und deren Bezirken gebildet und wurde ihm damals ein Kapital von 375 500 Talern aus Landesmitteln überwiesen. Die Einkünfte aus diesem Fonds waren bestimmt, den Kreiskommunalverband zur Tragung der Kreislasten und zur Förderung der Wohlfahrt der Kreisangehörigen durch Herstellung und Erhaltung gemeinnütziger Einrichtungen instand zu setzen. Der Kreiskommunalfonds hat also dieselbe Aufgabe und untersteht derselben Verwaltung wie der Kammereifonds. Wenn man demnach von der historischen Entwicklung absehen will, so ist es sehr wohl möglich, ihn mit der Kammereikasse zu verschmelzen und zwar unter voller Wahrung der Selbständigkeit und des Bestandes des Stammvermögens. Wir würden dadurch eine Unzahl doppelter Buchungen vermeiden, denn jetzt ist dieser Fonds der Bankier der Stadt; die Anleihen sind durch ihn gemacht und er leiht der Kammereikasse bzw. den verschiedenen industriellen Unternehmungen der Stadt die erforderlichen Summen. Mit seiner Aufhebung hörten also die doppelten Buchungen auf und die ganzen Anleihen könnten anders gruppiert werden. Es ließe sich dann auch eine Zusammenstellung der vorhandenen Schulden in den einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung beschaffen.

Die Finanzkommission hat mich nun beauftragt, zu beantragen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Magistrat ersucht werde, Schritte zu tun, um bei dem nächsten Haushaltsplane die Verschmelzung der beiden Kassen vornehmen zu können.

Der Antrag wird genehmigt.

Wir gehen nunmehr zur Besprechung der einzelnen Kapitel des Etats über.

# I. Etat der Kämmereikasse.

## A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

### Kap. I. Kämmereivermögen:

Einnahme 193 800 M.

Ausgabe 715 800 M.

Zu dem Punkte 1b der Einnahme „Miete von dem Saale des Altstadtrathauses“, hat die Finanzkommission den Wunsch ausgesprochen, daß diese Miete nicht mehr in der bisherigen Weise erhoben werde, wonach jedesmal eine Rechnung über die Gas- und Reinigungskosten aufgestellt wurde, sondern daß ein fester, nicht zu hoch gegriffener Satz vielleicht von 20 M für jedesmalige Herleihung angesetzt werden möchte. Im Namen der Finanzkommission beantrage ich, den Magistrat zu ersuchen, die Saalmiete in einer festen, möglichst geringen Summe feststellen zu wollen.

Der Antrag wird angenommen.

Der unter 2i aufgeführte Betrag von 840 M für Benutzung von Spielplätzen im erweiterten Bürgerparke wird sich voraussichtlich durch die Konkurrenz etwas erhöhen.

Herr Stadtrat Meyer: Der Magistrat hat sich allerdings zu der Frage einer Erhöhung des Mietgeldes für die Spielplätze im Bürgerparke sympathisch geäußert und zwar aus dem Grunde, weil die Aufwendungen für die Plätze im kommenden Jahre vermutlich durch die Instandsetzung der Umgitterung höhere werden würden. Da dieses aber nach genauer Prüfung des augenblicklichen Zustandes der Umgitterung noch nicht nötig ist, so hat der Magistrat davon abgesehen, eine Erhöhung des Mietpreises eintreten zu lassen.

Herr Frühling: Es sind so viele Interessenten um die Spielplätze vorhanden, daß es schwierig sein dürfte, auf den bisherigen Mietpreisen stehen zu bleiben. Ich bin deshalb dafür, entweder die Plätze zu versteigern oder aus freier Hand einen höheren Mietbetrag zu fordern.

Herr Stadtrat Meyer: Der Magistrat hat hierbei nicht auf dem Standpunkte gestanden, die Plätze an die begütertesten Einwohner abgeben zu wollen, sondern er hat auch den Einwohnern, die in geringeren Einkommensverhältnissen leben, die Möglichkeit geben wollen, sich einen Spielplatz zu erpachten. Deshalb würde der Magistrat auf den Vorschlag wohl nicht eingehen, jedoch ließe sich ein Ausweg vielleicht in der Weise finden, daß die Plätze unter den Bewerbern verlost werden.

Herr Esdorn: Wenn man die Plätze an Seminaristen und andere, den weniger begüterten Bevölkerungsklassen angehörende größere Schüler abgeben will, so würde ich es für richtig halten, die Plätze zu den bisherigen niedrigen Preisen wieder abzugeben. Wird das aber nicht beabsichtigt, so lassen sie sich zu einem be-

deutend höheren Preise vermieten, da ein Privatunternehmer nicht imstande ist, die Plätze zu einem so geringen Preise wegzugeben.

Herr Frühling: Da nur sieben Plätze vorhanden sind, so kann man sie unter die Bewerber nicht so verteilen, daß eine gleichmäßige und gerechte Verteilung, auch unter Berücksichtigung der weniger Bemittelten, stattfindet. Deshalb mögen sich die Interessenten über die Benutzung der Plätze einigen, oder man mag die Plätze versteigern. Für die sieben Plätze sind doch gewiß hundert Reflektanten vorhanden.

Herr Stadtrat Meyer: Zur Beruhigung des Herrn Vorredners kann ich mitteilen, daß sich bislang 25 oder 26 Interessenten zu den Plätzen gemeldet haben.

Herr Esdorn: Diese geringe Zahl von Interessenten erklärt sich leicht dadurch, daß ein einzelner Interessent seine Anfrage gleich im Auftrage einer größeren Gesellschaft stellt.

Zur Seite 12 bemerkt Herr Jüdel: Durch die Art und Weise, wie die Verbuchung des Stammvermögens jetzt erfolgt, ist dessen Höhe in keinem Jahre gleich. Es werden nämlich die Abträge, welche im Laufe des Jahres gemacht werden, hier abgesetzt und in das Extraordinarium getan, sowie dann zusammen mit den etwa noch besonders eingehenden Summen hier übertragen. Das gibt aber immer ein unklares Bild. Die Finanzkommission hat deshalb den Wunsch geäußert, daß diese Abträge in Zukunft nicht als Extraordinarium verbucht werden möchten, sondern unter dem letzten Punkte dieses Kapitels als *Nr* 32 mit der Bezeichnung „Vorratsgelder“ aufgeführt würden, so daß dann der tatsächliche Betrag des Stammvermögens vor der Linie in der Kapitalsumme ersichtlich ist.

Zu dem Punkte 2d der Ausgaben: „Instanderhaltung des Leonhardplatzes“ bemerkt Herr Müller: Es ist davon die Rede gewesen, auf dem Leonhardplatz die Diagonalwege zu beseitigen und nur die Benutzung der um den Platz führenden Wege zu gestatten. In diesem Falle wäre es aber dringend erwünscht, die an dem Westrande des Platzes liegenden Komposthaufen zu entfernen. Für die zahlreichen auf dem Platz spielenden Kinder kann es überhaupt nicht zuträglich sein, die Ausdünstungen aus diesen Bergen von Unrat in sich aufzunehmen. Ich bitte den Magistrat, in dieser Sache bald etwas zu tun.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es liegt nicht in der Absicht des Magistrates, die Diagonalwege auf dem Leonhardplatz zu beseitigen. Wir würden wohl auf großen Widerstand bei dem Publikum stoßen, wenn wir auf Wunsch der Spielenden die Wege beseitigen wollten. Der Leonhardplatz kann den Spielenden nicht allein überlassen werden, sondern er ist für die Allgemeinheit bestimmt. Die Beseitigung der Komposthaufen wird, soviel ich weiß, noch in diesem Jahre erfolgen, jedoch werde ich dieserhalb noch einmal mit der städtischen Bauverwaltung verhandeln.

Herr Koch: Die Diagonalwege sind ja erst vor einigen Jahren angelegt worden, sie können daher doch nicht schon wieder beseitigt werden. Bezüglich der Komposthaufen ist mir gesagt worden, daß es auf dem Leonhardplatz vor üblem Geruch oft nicht auszuhalten sei; ich möchte daher auch bitten, die Haufen recht bald dauernd zu beseitigen.

Herr Südel: Wenn die von der Anleihe von 1893 ausgeloste Summe — Seite 13 — mit dem Vorjahre nicht genau übereinstimmt, so liegt das daran, daß es nicht immer möglich ist, bei solchen Auslosungen die gleiche Summe zu treffen.

Die gesamte Ausgabe dieses Kapitels ist gegenüber der wirklichen Ausgabe von 1902/03 um rund 8000 M geringer veranschlagt worden. Ein solcher Rückgang kann seit dem Jahre 1880 zum ersten Male vermerkt werden.

### Kap. II wird unausgefüllt geführt.

Herr Südel: Die Finanzkommission beantragt, das Kap. XIII in Zukunft als Kap. II zu führen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Ueber die folgenden Punkte referiert namens der Finanzkommission Herr Hauswaldt.

### Kap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 387 080 M.

Ausgabe 1 416 632 M.

### Nebenetat III. Städtische Oberrealschule.

Einnahme und Ausgabe 148 900 M.

Städtischer Zuschuß 78 000 M.

Herr Hauswaldt: Die Zahl der Schüler ist auf 540 gestiegen. Trotzdem kostet uns der Schüler in diesem Jahre 275,75 M gegenüber 262,35 M im Vorjahre. Die 70 auswärtigen Schüler zahlen ein Schulgeld von 150 M, so daß der städtische Zuschuß für diese 125,75 M gegenüber 112,35 M im Vorjahr beträgt. Von den 470 einheimischen Schülern erfordert jeder Schüler einen städtischen Zuschuß von 147,25 M gegen 133,05 M im Vorjahre. Also trotz der erhöhten Schülerzahl stiegen die Kosten der Schüler pro Kopf. Bezüglich des sachlichen Teiles des Etats habe ich namens der Finanzkommission dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß der Schulvorstand der Oberrealschule darauf Bedacht nehmen möchte, an den Aufwendungen für die Gebäude möglichst zu sparen, da eine Schule, welche der Stadt solche Zuschüsse auferlegt, doppelt sparsam sein muß. Anträge wollen wir in der Beziehung nicht stellen. Wir halten z. B. die im Etat vorgesehene Erneuerung des Fliesenbelages im Eingange zu der Dienstwohnung des Direktors der Schule (170 M) nicht für durchaus notwendig.

Herr Jasper: Ich möchte die Anfrage an den Magistrat richten, ob er geneigt ist, bei den zuständigen Behörden darauf hinzuwirken, daß die Ungleichheiten,

welche hinsichtlich des BerechtigungsweSENS zwischen den braunschweigischen und den preussischen Staatsangehörigen noch bestehen, beseitigt werden, und ob er vielleicht schon irgend welche Schritte in dieser Beziehung getan hat.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat hat sich mit dieser Frage in der letzten Zeit nicht befaßt, auch bezweifle ich, daß augenblicklich etwas in der Sache zu erreichen ist. Es kann allerdings nochmals ein Versuch gemacht werden, aber das Herzogliche Staatsministerium wird seinen Standpunkt nicht aufgeben, weshalb sich eine vollständige Gleichstellung kaum wird herbeiführen lassen.

Herr Müller: Die Einwendungen des Herrn Referenten gegen die Ausgabe von 170 M für einen Fliesenbelag in der Dienstwohnung des Herrn Direktor Wernicke möchte ich dahin richtigstellen, daß es sich bekanntlich um ein altes Wohngebäude handelt, das den Anforderungen an eine gute, behagliche Wohnung nicht entspricht. Wenn man nun dem Herrn die Wohnung etwas gemüthlicher machen will, so wird man das wohl verantworten können. Bei den ganzen Veranschlagungen für die Oberrealschule hat übrigens die größte Sparsamkeit obgewaltet.

Herr Hauswaldt: Die Stellungnahme der Finanzkommission kann ich durch die Ausführungen des Herrn Müller nicht für erschüttert halten. In der Begründung der Ausgabe heißt es: „Das auf dem Hausflur im Vorderhause befindliche Pflaster besteht aus meist sehr dunkeln, einen häßlichen Anblick gewährenden Belpfer Platten. Dasselbe sollte durch ein Pflaster aus einfachen hellen Singiger Platten ersetzt werden.“ Wenn ich Geld genug habe, kann ich das wohl tun, nicht aber, wenn die Mittel knapp sind. Ist es ferner notwendig, vor drei Klassenfenstern Markisen anzubringen, obwohl die Fenster schon Rouleaus haben? Braucht das Lehrzimmer so nötig eine Uhr?

Herr Lange: Wenn Sie auf solche Details hier eingehen wollen, so können Sie eine ganze Menge Sachen im Etat streichen. Die betreffenden Belpfer Platten befinden sich in einem schlechten Zustande und wenn ein bißchen Schmutz darauf kommt, so sehen sie entsetzlich aus, da sie gar nicht zu reinigen sind. Wenn man solchem Manne in seinen wenig behaglichen Wohnungsverhältnissen mit einer Ausgabe von 170 M etwas entgegenkommen kann, so wird das wohl nichts ausmachen. Sofern Herr Hauswaldt weiter nichts zu monieren finden kann, als solche Kleinigkeiten, so sollte er es lieber ganz unterlassen.

Herr Müller: Die Sache wegen der Platten ist schon seit 3—4 Jahren zur Sprache gekommen, aber vom verstorbenen Herrn Oberbürgermeister immer zurückgestellt worden. Aber jetzt hatte auch dieser eingesehen, daß es so nicht weiter ginge und hatte sich mit der Aenderung einverstanden erklärt.

Herr Födel: Die Finanzkommission hat nicht beantragt, etwas an den Etatsansätzen zu streichen, sondern hat nur die Gelegenheit benutzen wollen, diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche in den verschiedenen Schulvorständen vertreten sind, zu veranlassen, möglichst sparsam zu sein. Unsere Verhältnisse liegen so, daß wir tatsächlich überall sparen müssen, wenn wir nicht der Gefahr ausgesetzt sein wollen, eine Steuererhöhung eintreten lassen zu müssen.

Herr Hauswaldt: Wenn Herr Lange meint, ich möchte es unterlassen, solche Kleinigkeiten hier vorzubringen, so kann ich dem nicht Folge geben, weil ich es für meine Pflicht und Schuldigkeit halte, diese Sachen hier vorzutragen. Im Schulvorstande der Bürgerschulen prüfen wir die Ansätze für Häuser und Mobilien auch auf das genaueste und haben wir z. B. in diesem Jahre 8000—10000 M. entgegen den Vorschlägen der Inspektoren gestrichen. Im übrigen habe ich nur dem Wunsche Ausdruck gegeben, möglichste Sparsamkeit walten zu lassen.

Herr Müller: Ich möchte den Magistrat bitten, noch in diesem Jahre Wasserklosetts für die Oberrealschule einzurichten, damit bald alle Schulen Klosetts besitzen.

#### Spezialetat IV. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 124 300 M.      Städtischer Zuschuß 30 700 M.

Herr Hauswaldt: Die Zahl der Kinder ist angenommen zu 736 ortsangehörigen und 25 ortsfremden = 761 Kindern. Die Kosten pro Kopf betragen demnach 163,35 M. Die ortsfremden Kinder zahlen 150 M. Schulgeld, so daß für jedes fremde Kind ein Zuschuß von 13,35 M. stadtseitig geleistet wird. Der Zuschuß für die einheimischen Kinder beträgt pro Kopf 41,25 M. gegen 48 M. im Vorjahre.

Herr Nolte: Vor einiger Zeit ist mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß der Zustand der Aula der höheren Mädchenschule insofern zu Bedenken Anlaß gebe, als bei größeren Veranstaltungen die Ausgänge nicht genügten. Ich möchte bitten, hier bald Abhilfe zu schaffen, damit nicht einmal ein Unglück eintritt.

Herr Müller: Herrn Hauswaldt gegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß für das Lehrerinnenzimmer ein neues Sofa für 117 M. angeschafft werden soll. Notwendig wird dieses wohl nicht sein, aber wir bewilligen es gern.

Herr Hauswaldt: Ich würde Herrn Müller das Sofa gern opfern, wenn die Damen es nur zu ihrer Bequemlichkeit haben wollten. Es handelt sich aber darum, daß bei den größeren Mädchen hin und wieder ein Zustand eintritt, der es wünschenswert erscheinen läßt, das betreffende Mädchen lang hinzulegen, und hierzu läßt sich schließlich nur ein Sofa verwenden.

## Spezialetat V. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 6900 M.      Städtischer Zuschuß 2200 M.

## Spezialetat VI. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 79 140 M.      Städtischer Zuschuß 38 000 M.

Es sind der Berechnung zu Grunde gelegt 525 hiesige und 15 ortsfremde = 540 Kinder, welche pro Kopf 146,55 M Kosten verursachen. Die ortsfremden Kinder erheischen einen Zuschuß von 36,55 M und die einheimischen Kinder einen solchen von 71,40 M (gegen 65,97 M im Vorjahre) pro Kopf.

## Spezialetat VII. Städtische Bürgerschulen:

Einnahme und Ausgabe 1 169 400 M.      Städtischer Zuschuß 819 800 M.

Es sind angenommen: 9 765 Kinder gegen 9 419 Kinder im Vorjahre für die unteren Bürgerschulen,  
 7 158      "      "      7 166      "      im Vorjahre für die mittleren Bürgerschulen,  
 245      "      "      223      "      im Vorjahre für die Hilfschule,

---

zusammen 17 168 Kinder gegen 16 808 Kinder im Vorjahre.

Die Gesamtkosten von 1 169 400 M übersteigen die Kosten des Vorjahres um 44 430 M bei einem Mehr von 360 Kindern. Das Gehaltskonto ist in diesem Jahre um 37 000 M höher. Von den Gesamtkosten zu 1 169 400 M trägt der Staat 166 000 M, so daß der Gemeinde 1 003 400 M verbleiben. Die 17 168 Kinder der Bürgerschulen kosten insgesamt 1 169 400 M, also pro Kopf 68,10 M (gegen 66,93 M im Vorjahre); nach Abzug des Staatszuschusses von 166 000 M entfallen auf jedes Kind 58,45 M gegen 57,41 M im Vorjahre. — Die mittleren Bürgerschulen erfordern einen stadtseitigen Zuschuß von 262 000 M und beträgt dieser Zuschuß auf den Kopf der Schüler berechnet

bei 140 auswärtigen Schülern je 4,45 M,

" 6210 hiesigen      "      " 34,45 M,

" 808      "      " 58,45 M,

während der Zuschuß der Stadt für die unteren Bürgerschulen (einschließlich Hilfschulen) 557 000 M beträgt und hiervon auf den Kopf der Schüler entfallen

bei 4700 hiesigen Schülern je 54,45 M und

" 5310      "      " 58,45 M.

Die Aufwendungen an den Gebäuden sind infolge der Sparsamkeit des Schulvorstandes von 33 217 M des Vorjahres auf 29 462 M zurückgegangen und auch die Aufwendungen für Mobiliar sind von 11 346 M auf 8686 M zurückgegangen. Wir haben uns dabei auf den Standpunkt gestellt, daß nur das absolut Notwendige beschafft werden soll.

Herr Nolte: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Magistrates und des Schulvorstandes auf den mangelhaften Zustand der Hilsschule lenken. Neulich ist in der Schulkommission diese Frage erörtert und hat besonders Herr Müller angeführt, daß in manchen Klassen dieser Schule geradezu haarsträubende Zustände herrschen. Ich habe Gelegenheit genommen, mit Herrn Lehrer Kielhorn darüber zu sprechen, der mir das bestätigt hat. Besonders traurig sollen die Verhältnisse in dem Gebäude des früheren Standesamtes liegen. Es empfiehlt sich dringend, dieser Frage recht bald näher zu treten, denn bis zum Umbau des Neustadt-Rathauses kann damit nicht gewartet werden, weil darüber noch Jahre vergehen können.

Herr Rathe: Wenn ich auch die Sparsamkeit des Herrn Hauswaldt mit Freuden begrüße, so bin ich doch der Meinung, daß die Ersparnis an Reparaturen insofern nichts einbringt, als in den nächsten Jahren dann so viel höhere Kosten aufgewendet werden müssen. Bezüglich der Hilsschule habe ich mich gewundert, daß Herr Hauswaldt nicht auf den Gedanken gekommen ist, daß solche Zustände nicht weiter bestehen können. In dem Gebäude am Petritore ist z. B. für den Leiter und die Lehrer der Schule nur ein Zimmer vorhanden, welches auch zugleich den Eltern der Kinder als Empfangszimmer dient. Das sind unhaltbare Zustände.

Herr Günther: Vor zwei Jahren habe ich den Antrag gestellt, das Schulgeld für alle Schulen aufzuheben, und ich möchte heute darauf zurückkommen. Bei dem heutigen Zustande, wo die Stadt zu den Bürgerschulen einen Zuschuß leistet von 819800 M, während die Einnahmen an Schulgeld nur 175368 M betragen, wäre es doch das allereinfachste, wenn man das Schulgeld überhaupt aufhobe, denn welcher Grund kann vorliegen, um diesen kleinen Betrag überhaupt noch zu erheben? Es kann sich dabei nur um den einen Grund handeln, daß man mit der Beibehaltung der jetzigen Klassenschulen die verschiedenen Bevölkerungsklassen schon in der frühesten Jugend trennen will. Wir kommen indessen der Zeit immer näher, wo sich ein solcher Zustand nicht mehr halten läßt. Deshalb beantragen wir die Aufhebung des Schulgeldes für die mittleren Bürgerschulen und würde dadurch die Trennung der beiden Schulgattungen von selbst aufgehoben werden. Während uns jetzt stets Mißhelligkeiten dadurch erwachsen, daß wir Schulgebäude für mittlere und untere Bürgerschulen getrennt bauen müssen, würden diese beseitigt werden, sobald wir nur eine Einheitschule haben. Es kann dann nicht mehr der Fall eintreten, daß Kinder von der Mauern- und Friesenstraße nach der Heinrichstraße und von der Kaiser-Wilhelmstraße in die innere Stadt gehen müssen. Wir würden durch solche Einrichtung auch erheblich an Kosten sparen, weil sich die Einteilung der Schulen praktischer einrichten ließe. In dem vorliegenden Haushaltsplane ist schon wieder ein Betrag von 100000 M für eine neue Bürgerschule vorgesehen, und fragt es sich, ob dafür eine mittlere oder eine untere Bürgerschule errichtet



werden soll. Wahrscheinlich wird man diese Schule im Augusttorbezirke errichten wollen. (Widerspruch.) Also im Petritorbezirke soll sie errichtet werden?

Herr Lange: Auf Seite 158 des Haushaltsplanes finden sich 1752 M für Reinigung der Schulkafale an der Pestalozzistraße und weiter unten steht noch einmal ein Betrag von 400 M zu eventueller Erhöhung des Reinigungsgeldes in den Schulen an der Pestalozzistraße und am Schulwege. Ich glaube nicht, daß eine solche Summe zur Reinigung einer Schule nötig ist, während bei anderen Schulen nur 400 M ausgeworfen sind. Im Vereine für öffentliche Gesundheitspflege ist schon bittere Klage darüber geführt worden, daß die Zwischenräume der Reinigungen in den Schulen zu groß seien und man dringend wünschen müsse, die Reinigungen öfter vorzunehmen. Ich möchte fragen, ob hierauf schon Rücksicht genommen ist?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich bin nicht in der Lage, darüber eine bestimmte Auskunft zu erteilen. Die Sachen sind im allgemeinen so geregelt, daß der betreffende Schulpedell an Reinigungskosten einen bestimmten Betrag pro Quadratmeter erhält. Da nun für die Schule an der Heinrichstraße 1528 M an Reinigungskosten ausgeworfen sind, so kann die Summe von 2152 M für die Schule an der Pestalozzistraße, welche die größte hiesige Schule ist, doch richtig sein.

Herr Müller: Ich habe aus eigener Anschauung wahrgenommen, daß sich die in dem früheren Standesamtsgebäude untergebrachte Hilfschule in einem sehr traurigen Zustande befindet. Die Klassen sind überfüllt und es herrscht darin eine so schlechte Luft, daß es nicht zum Aushalten ist, auch sind die Abortverhältnisse schlecht. Ich möchte daher den Magistrat bitten, hier bald eine Aenderung vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will darauf kurz die Erklärung abgeben, daß die Klagen vollauf begründet sind. Ich werde die Sache in der nächsten Sitzung des Schulvorstandes zur Sprache bringen und für Abhilfe sorgen.

Vorsitzender: Herr Günther hat jetzt seinen Antrag folgendermaßen formuliert:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß die Schulgelberhebung für die mittlere Bürgerschule bis zur landesgesetzlichen Regelung in der Weise und Höhe erfolgt, wie in der unteren Bürgerschule.“

Herr Hauswaldt: Wir haben seitens des Schulvorstandes alles getan, um die Verhältnisse der Hilfschule zu bessern, jedoch steht man solchen Verhältnissen, wie sie in dem Gebäude am Petritore herrschen, machtlos gegenüber. Was den Antrag Günther betrifft, so kann ich das Argument nicht teilen, wir hätten die 175 368 M, welche an Schulgeld aufzukommen haben, nicht nötig. Dieser Betrag wird von den besser situierten Bevölkerungsklassen gezahlt und er müßte ohne

jeden Grund aus der Kammereikasse zugeschoffen werden. Bei der Durchführung des Günther'schen Antrages würden die Schulwege für manche Kinder nicht kleiner werden; außerdem ist ein ordentlicher Schulweg immer noch das Beste für die Gesundheit eines Kindes.

Herr Jasper: Der Herr Referent hat eine Reihe von Zahlen angeführt, die bei dem Vortrage nicht gleich verständlich werden können; ich möchte deshalb den Wunsch äußern, daß uns diese Zahlen in Zukunft vervielfältigt vor der Beratung des Etats zugehen. Die Zahlen scheinen einen Beweis dafür zu erbringen, wie sehr berechtigt der Antrag Günther ist. Es geht nämlich daraus hervor, daß die Stadt eine viel höhere Summe für ein Kind aufwendet, wenn es eine höhere Schule besucht, als wenn es nur in eine mittlere oder untere Bürgerschule geht. Hat die Stadt aber so viel übrig für die Angehörigen der besser situierten Klassen, so ist es billig, auch dieselbe Summe aufzuwenden für die Kreise, welche ihre Kinder nicht so hoch ausbilden lassen können. Wenn also auch eine vollständige Schulgeldfreiheit nach der Landesgesetzgebung nicht möglich ist, so müßte die Schulgeldderhebung bei den mittleren Bürgerschulen doch wenigstens in gleicher Weise geregelt werden, wie bei den unteren Bürgerschulen, daß also nominell pro Kind 4 M jährlich an Schulgeld erhoben werden, daß jedoch Schulgeldderlasse bei dritten Kindern, sowie bei dem Vorhandensein besonderer Familienverhältnisse bewilligt werden.

Der Herr Referent hat sich sodann gegen den Antrag Günther gewandt mit der Begründung, daß er nicht einzusehen vermöge, weshalb die bei den mittleren Bürgerschulen aufkommende Summe an Schulgeld nicht nötig sein sollte. Herr Günther hat aber nur gemeint, daß dieser Betrag im Verhältnis zu den sonstigen Aufwendungen für Schulen nur sehr gering erscheine. Außerdem dürfte ich dem Herrn Referenten wohl entgegenhalten, daß ja der Schulhausbaufonds für solche Zwecke aufgesammelt worden ist. Wenn Herr Hauswaldt weiter meint, die langen Schulwege sollten sogar von Vorteil für die Schüler und Schülerinnen sein, so kommt mir das vor, wie eine im Landtage gefallene Aeußerung, nach welcher es für die Kinder sehr vorteilhaft sein soll, wenn sie ein dickleibiges Gesangbuch oder eine Bibel unter dem Arm zu tragen haben, wahrscheinlich um ihre gymnastische Gelenkigkeit zu erproben. Von Pädagogen wird jedenfalls nicht behauptet werden, daß lange Schulwege für die Aufnahmefähigkeit der Kinder von Vorteil seien, namentlich sofern die Kinder noch schwere Bücher zu tragen haben. Wenn wir eine einheitliche Bürgerschule haben, so ist es doch wohl möglich, die einzelnen Schulgebäude so zu verteilen, daß sich eine Schule immer in einer für die Kinder einigermaßen erreichbaren Nähe befindet, und würden namentlich die mittleren Bürgerschulen, welche nur von einer Minderzahl der Schüler besucht werden können, nicht so zerstreut liegen. Da nun außerdem die mittleren Bürgerschulen

in ihren Lehrzielen den unteren Bürgerschulen nahezu gleich sind (Widerspruch) — Herr Professor Schaarschmidt hat dieses besonders betont — so hat die jetzige Einteilung eigentlich nur noch die Bedeutung, daß man einen Unterschied machen will zwischen den Kindern der Bemittelten und der Unbemittelten.

Herr Wesemeier: Auf Seite 158 des Haushaltsplans findet sich ein Betrag von 46,80 M als Ersatz der Beiträge zur Invalidenversicherung für je 3 Frauen zur täglichen Reinigung der Schullokale an der Bürgerschule der Heinrich- und der Pestalozzistraße. Da nun zweifellos eine ganze Reihe von Frauen in gleicher Weise von der Stadt beschäftigt werden, so bitte ich um Auskunft, ob diese sämtlich von der Stadt nicht nur gegen Invalidität, sondern auch gegen Krankheit versichert sind. Von dem Kammergerichte in Berlin ist nämlich ein Urteil dahin ergangen, daß die Stadt in solchem Falle für das Kleben der Marken zu sorgen habe.

Herr Hauswaldt: Für die Reinigung der Schullokale erhält der betreffende Bedell eine nach dem Rauminhalte bemessene Vergütung, für welche der Bedell die Reinigung mit Hilfe seiner Familienangehörigen, oder unter Zuhilfenahme fremder Frauen besorgt. Mit diesem Verfahren hat die Stadt aber die besten Erfolge gehabt.

Herr Günther: Die Einwendungen des Herrn Hauswaldt gegen meinen Antrag sind dieses Mal sehr schwach und sind früher viel kräftiger gewesen. Wenn da gesagt wird, es wäre dessen Durchführung eine schwierige Sache, so scheint man sie sich hier nur schwierig machen zu wollen. Anderwärts hat man diese Einrichtung schon und sie wird auch von allen hervorragenden Pädagogen angestrebt. Es kann hier kein anderer triftiger Grund vorgebracht werden, als daß die Kinder der unteren Bürgerschulen der Ausbildung der Kinder aus den mittleren Bürgerschulen im Wege stehen sollen. Ein anderer, sonst wohl vorgebrachter Grund ist noch der, daß die Kinder der besseren Gesellschaft nicht mit den Kindern aus den unteren Bevölkerungsklassen zusammenkommen dürften, weil es diesen an der nötigen Reinlichkeit fehle. Auch dieser Grund, selbst wenn er zu einem kleinen Teile zutreffen sollte, ist hinfällig, oder doch leicht zu beseitigen. Denken Sie nur daran, wie sehr sich die Verhältnisse schon durch die Schulbäder gebessert haben, und so ließe sich noch manches Andere dadurch bessern, daß man die Kinder der verschiedenen Bevölkerungsklassen mischte. In solchem Falle würde schon die bessere Gesellschaft dafür sorgen, daß die Schulverhältnisse im großen ganzen besser werden. Da nun, wie Herr Dr. Sapper bereits angeführt hat, die Disziplinen in den mittleren Bürgerschulen fast dieselben sind, wie in den unteren, so ist also auch der Bildungsgang der Kinder in beiden Schulen derselbe. Dieses wird auch schon dadurch bewiesen, daß für die unteren Schulen stadtseitig mehr Mittel aufgewendet werden, als für die mittleren Schulen. Bevor also nicht andere Gründe

gegen den Antrag vorgeführt werden, muß er von der Versammlung angenommen werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Bezüglich der Anfrage des Herrn Wesemeier muß ich anerkennen, daß es auffallend ist, weshalb nur für drei Schulen Beiträge zur Invalidenversicherung eingestellt worden sind. Da dieser Etat aber schon aufgestellt war, als ich die Sache übernommen habe, so bin ich nicht in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, jedoch soll eine Prüfung der Frage erfolgen.

Was den Antrag des Herrn Günther betrifft, so muß ich offen gestehen, daß sich dessen Durchführung bei der Etatsberatung nicht ermöglichen läßt. Wenn die Herren aber konsequent sein wollten, so müßten sie mit dem Antrage noch weiter gehen. Weshalb machen Sie stopp bei den mittleren Bürgerschulen und weshalb schließen Sie nicht auch die höheren Schulen in den Antrag ein? (Ruf: Kommt noch!) Mit dem Schulgelde allein zwingen Sie es aber auch noch nicht, denn wenn wirklich beschlossen würde, das Schulgeld zu ermäßigen, so wird doch dadurch die Verfassung der beiden Schulen noch nicht verschoben. Man kann durch solchen Antrag nicht die ganze Verfassung der Schulen über den Haufen werfen. Ich würde es für verfehlt halten, wenn eine Einheitschule eingerichtet würde: die Befähigung der Kinder ist durchaus verschieden und es ist ein wahrhafter Segen, daß nicht alle Kinder in einer Schule untergebracht werden müssen, weil sonst eine gedeihliche Fortentwicklung der verschieden beanlagten Kinder im höchsten Grade gefährdet werden könnte. Wenn wir die Trennung der mittleren und unteren Schulen nicht schon hätten, würden wir sie wahrscheinlich einrichten, selbst wenn in anderen Städten Einheitschulen sind.

Herr Nolte: Die Erklärung für die Invalidenmarken dürfte sehr einfach sein. Die drei Schulen sind die einzigen, bei denen die Vergütung für die Reinigung weit über 1000 M beträgt, also vermutlich fremde Personen zu den Reinigungsarbeiten herangezogen werden, während in den anderen Schulen die Reinigung wahrscheinlich der betr. Bedell mit seinen Familienangehörigen besorgt und infolgedessen Marken nicht zur Verwendung kommen.

Herr Wesemeier: Nach dieser Antwort ist das Verfahren sehr bequem. Wir haben aber in einigen Schulen 600—700 M Reinigungskosten zu bezahlen und da dürfen wir nur aus Bequemlichkeit nicht dem Bedell die Verantwortung dafür überlassen, ob die Scheuerfrauen auch versichert sind. Ich vermiße dabei auch eine Angabe, ob die Frauen gegen Krankheit versichert sind, und ich möchte bitten, nicht nur die ständig beschäftigten Scheuerfrauen, sondern auch die Frauen der Bedellen gegen Krankheit zu versichern, denn auch diese stehen im Dienste der Stadt, ohne allerdings versicherungspflichtig zu sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Versicherung gegen Krankheit können wir nicht erzwingen. Es ist hier beschlossen worden, diese Sache in Gang

zu bringen und hat sich der Magistrat daraufhin bereit erklärt, die Versicherungsbeiträge zu übernehmen, mehr können wir aber nicht tun, denn ein Zwang kann nicht ausgeübt werden.

Herr Günther: Der Herr Oberbürgermeister wird sich erinnern, daß ich vor zwei Jahren einen Antrag auf Fortfall des Schulgelbes gestellt habe. (Ruf: Ist aber nicht angenommen!) Die Einwendungen des Herrn Oberbürgermeisters gegen meinen Antrag treffen aber nicht zu, wenn er sagt, wir müßten auf die verschiedene Begabung der Kinder Rücksicht nehmen, denn in solchem Falle müßte man die mittlere Bürgerschule noch einmal trennen, weil in derselben doch auch wieder Kinder mit verschiedener Begabung sind. Der Grund ist also nicht maßgebend, sondern man will die Kinder der verschiedenen Bevölkerungsklassen von vornherein trennen.

Herr Herzberg: Der Herr Oberbürgermeister hat eigentümliche Einwendungen gegen den Antrag Günther erhoben, die zum Teil schon zurückgewiesen sind. Er hat gesagt: Sie sind nicht konsequent, denn Sie müßten sonst auch die höheren Schulen in dasselbe Prinzip einbeziehen. Wir wollen durch den Antrag aber nur den Weg zeigen, auf dem wir zu dem kommen, was uns der Herr Oberbürgermeister zeigt. Das andere kommt später noch, vorläufig wollen wir nur die untere und die mittlere Bürgerschule zu einer Einheitschule einrichten. Der Herr Oberbürgermeister hat gemeint, die Schulen hätten sich in ihrer jetzigen Einteilung bewährt, weshalb sie auch so bleiben sollten, er weiß aber nicht, ob sich unser Prinzip nicht noch viel besser bewährt. Er meinte ferner, die jetzige Trennung müßte schon deshalb beibehalten werden, weil die Befähigung der Kinder keine gleichmäßige sei. Diese Meinung würde zur Grundlage haben: je höher die Schule, desto befähigter die Kinder, welche sie besuchen. Sie werden aber selbst wissen, daß auch auf den höheren Schulen verschieden befähigte Kinder sind und der Unterschied nur in dem Geldbeutel der Eltern liegt. Auf den höheren Schulen ersitzen sich oft die faulen und dummen Kinder die höheren Klassen, während in den anderen Schulen manche Talente zu Grunde gehen, weil die Eltern ihre begabten Kinder nicht in die höheren Schulen schicken können.

Herr Hauswaldt: Der Antrag ist ja nicht neu: die alte Freundin liegt in etwas veränderter Form wieder vor uns, hat Herr Kommerzienrat Wolff einst gesagt. Wir haben den Antrag früher in der Schulkommission geprüft und sind zu einem ablehnenden Votum gekommen. Ich bin kein Schulfachmann, was Herr Günther zu sein scheint, deshalb muß ich mich der besseren Einsicht der Schultechniker fügen, die da behaupten, daß sich die mittleren und unteren Bürgerschulen auch durch die Ansprüche unterscheiden, welche man an das Elternhaus bezüglich der den Kindern aufzugebenden häuslichen Arbeiten stellt. Ich würde es für falsch halten, wenn wir von unserm bisherigen Wege abwichen.

Der Antrag Günther wird darauf abgelehnt.

Vorsitzender: Einige Herren scheinen beauftragt zu haben, daß ich in dieser Sache Herrn Günther dreimal das Wort erteilt habe. Die Sache liegt aber folgendermaßen: Herr Günther hat den Antrag gestellt, darauf ist in dessen Beratung eingetreten und hierbei konnte Herr Günther zweimal das Wort ergreifen.

#### Spezialetat VII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 78800 M.

Städtischer Zuschuß 40652 M.

Herr Lange: Für die elektrische Beleuchtung der Schulklokale ist hier ein Betrag von 6500 M im Etat vorgesehen, während im Vorjahre bei reichlicher Bemessung 6000 M dafür aufgewandt worden sind. Trotzdem also die Schülerzahl nicht zugenommen hat, ist doch eine höhere Ausgabe in Aussicht genommen. Das ist aber im Vergleiche zu den anderen städtischen Gebäuden eine ganz bedeutende Summe. Für die Beleuchtung der Oberrealschule sind 300 M, der höheren Mädchenschule 165 M, der städtischen Mädchenschule 300 M, der sämtlichen Bürgerschulen 7000 M und des Rathauses 5500 M vorgesehen, während man für die Fortbildungs- und Gewerbeschule 6500 M aufwenden will. Es ist dem Herrn Referenten wohl entgangen, daß hier nicht die nötige Sparsamkeit obwaltet. Wir müssen dieser Sache einmal näher treten, da das Beleuchtungssystem dabei in Frage kommen dürfte. Es ist nämlich aufgefallen, daß jetzt eine Aenderung der Ansicht in bezug auf die Art der elektrischen Beleuchtung eingetreten zu sein scheint, weil für den großen Zeichenaal der Oberrealschule die indirekte Beleuchtung nicht wieder gewählt worden ist. Da sich nun annehmen läßt, daß man den Schülern der Oberrealschule dieselbe gute Beleuchtung gewähren will, wie den Schülern der Gewerbeschule, so hat man wahrscheinlich eingesehen, daß hier ein Mißgriff geschehen ist. Wenn diese Annahme aber zutrifft, so muß der Mißgriff bei der Gewerbeschule korrigiert werden. Ich möchte den Magistrat bitten, die Angelegenheit nach der Richtung hin zu untersuchen und eine Revision der Anlage vornehmen zu lassen.

Herr Stadtrat Meyer: Ich möchte den Ausführungen insoweit entgegentreten, als sie einen Vorwurf gegen den Magistrat oder den Schulvorstand enthalten, dahingehend, daß man nicht sparsam genug bei dem Gebrauch der Elektrizität verfahren habe. Auf den schon im vorigen Jahre in der Kommission gemachten gleichen Vorwurf konnte ich mit vollem Rechte erwidern, daß der große Verbrauch an Elektrizität nicht an der Schulverwaltung liege, sondern in dem Beleuchtungssystem der Schule. Die Lampen sind dort nämlich nicht einzeln zu entzünden, sondern es gehören immer vier Lampen zu einem System. Wenn also auch nur eine Person sich in der Schule beschäftigen will, so müssen deswegen die ganzen vier Lampen in Gang gesetzt werden. Aus diesem Grunde steht der Verbrauch an Energie in einem gewissen Mißverhältnis zu der Zahl der Schüler. Es soll jetzt eine neue Art der elektrischen Beleuchtung erfunden sein, mit welcher sich die städtische Bau-

verwaltung schon befaßt hat; wenn sich bei näherer Prüfung ergeben sollte, daß mit deren Einführung eine erhebliche Ersparnis verbunden sein würde, so wird Ihnen der Magistrat mit einer entsprechenden Vorlage kommen.

Herr Esdorn: In der Voraussetzung, daß wir demnächst die Warenhaussteuer annehmen werden, möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob wir deren Aufkommen nicht der Rämmerkassse zuführen können? Diese Steuer wird ein solches Ergebnis haben, daß wir erhebliche Ersparnisse dadurch erzielen werden. Könnten wir nicht schon Beschluß über deren Verwendung fassen?

Vorsitzender: Eine Warenhaussteuer-Debatte wollen wir doch aber jetzt hier nicht anfangen, und mit der Verteilung der Steuern müssen wir wohl warten, bis wir sie haben.

Herr Brückmann: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wieweit die Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staatsministerium gedeihen sind wegen der anderweitigen Einrichtung des Fortbildungsschulwesens.

Herr Stadtrat Wieher: Wir haben in der ersten Hälfte des jetzigen Finanzjahres die Frage sehr intensiv bearbeitet. Durch die Aenderung der Gewerbeordnung ist es den Gemeinden nahegelegt worden, an eine Aenderung des Gewerbebeschulwesens zu denken und hatte sich der Magistrat dahin schlüssig zu machen, die Schule mit obligatorischem Unterrichte einzurichten. Nach den angestellten kalkulatorischen Berechnungen mußten wir annehmen, daß die Unkosten der Schule sehr viel höher werden würden als jetzt, da wir den Wunsch hatten, nicht nur die Lehrlinge des Handwerkerstandes in die Schule aufzunehmen, sondern versuchen wollten, sämtliche jungen Leute bis zum 18. Lebensjahre, die in Gewerbebetrieben tätig sind, in die Schule einzubeziehen. Dadurch wird aber der Schulkörper ungeheuer viel größer, als wenn wir die Schule nur auf die Lehrlinge beschränken wollen. Die Handwerkskammer hatte die Zahl der in Frage kommenden Lehrlinge auf 1500—1600 ermittelt. Außerdem sind in den Fabriken noch etwa 1000 Lehrlinge vorhanden, so daß die Schule von etwa 2600 Schülern besucht werden würde. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Zahl weiter wachsen wird, sobald das Gewerbe wieder einen Aufschwung nehmen sollte. Die Unkosten würden, abgesehen von der Stellung der Schule selbst, mindestens 65 000 M betragen, so daß nach Abrechnung des Schulgeldes von 15 000 M eine Reinausgabe von 50 000 M bestehen bliebe. Aus diesem Grunde dürfte es wohl gerechtfertigt erscheinen, daß wir uns mit der Herzoglichen Landesregierung wegen der Gewährung eines Zuschusses in Verbindung gesetzt haben. Eine Einigung darüber ist aber noch nicht erfolgt. Die Stadtverwaltung wünschte nämlich, daß ihr die 15 000 M Schulgeld vorweg gegeben würden für die Hergabe der Gebäude, für deren Beleuchtung zc. und daß die Landesregierung die Hälfte der Kosten trüge. Das wollte diese aber wiederum nicht, sondern sie wollte die Einnahmen von den Betriebskosten abziehen und die

übrigbleibende Restsumme teilen. Hiermit konnte sich die Stadt nicht einverstanden erklären, weshalb eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen ist, obgleich wir annehmen sollten, daß das Herzogliche Staatsministerium sich inzwischen von den Gründen des Magistrates überzeugt haben wird. Hoffentlich dauert es also nicht mehr lange, bis wir der Einrichtung der Schule näher treten können.

Herr Günther: Ich beabsichtigte ursprünglich, die Aufhebung des Schulgeldes auch hier zu beantragen, denn es trifft dasselbe zu, was ich vorhin bei den Bürgerschulen erwähnt habe, daß bei einem Gesamtaufschusse der Stadt von 64092 M das Schulgeld von 14640 M keine Rolle spielen kann. Ich sehe indessen von einem entsprechenden Antrage ab wegen der bevorstehenden Neugestaltung der Schule und ich darf wohl annehmen, daß wir dann Schulgeldfreiheit haben. Die zur Erhebung gelangenden 15000 M Schulgeld können wir bei dem aufzuwendenden hohen Zuschusse dann auch noch tragen. Selbstverständlich ist es groß notwendig, daß die Lehrlinge der Fabriken auch mit in die Schule aufgenommen werden, denn die Fortbildung der sämtlichen Lehrlinge bis zum 18. Lebensjahre muß nach Kräften gefördert werden.

Herr Hauswaldt: Herrn Lange möchte ich erwidern, daß ich sehr gern beantragt hätte, statt 6500 M für Beleuchtung nur 4000 M einzustellen, wenn ich geglaubt hätte, daß dadurch Ersparnisse zu erzielen wären. Da ich aber befürchtete, daß trotz eines solchen Beschlusses doch keine wesentliche Ersparnis zu erreichen sein würde, so habe ich mich genötigt gesehen, die Summe von 6500 M nicht zu bemängeln.

Herr Lange: Ich habe nur gemeint, es wäre hier für Herrn Hauswaldt am Plage gewesen, Ersparnisse in Vorschlag zu bringen. Der Fehler liegt, wie auch Herr Stadtrat Meyer schon erwähnt hat, in der Art der Beleuchtungsanlage, bei der alle Flammen brennen müssen, gleichviel ob Schüler in größerer oder geringerer Anzahl zugegen sind. In diesem Punkte muß Abhilfe geschaffen werden.

Herr Jasper: Die Mehrkosten der Beleuchtung entstehen dadurch, daß wir eine Abendsschule haben. Wenn diese Kosten aber Herrn Lange soviel Schmerz bereiten, wie aus seiner Aufregung zu entnehmen ist, so möchte ich bitten, bei der künftigen Gestaltung des Fortbildungsschulwesens darauf zu dringen, daß wir eine Tagesschule erhalten.

#### Spezialetat IX. Städtische Mädchen-Fortbildungsschule:

Einnahme und Ausgabe 8400 M.

Städtischer Zuschuß 4768 M.

Nunmehr steht das Kapitel III „Unterrichtswesen“ in seiner Gesamtheit zur Besprechung.

Herr Stegmann: Als ich im Etat 175000 M für eine neue Schule eingestellt fand, glaubte ich, daß den Wünschen der Bewohner des Augusttores Rech-



nung getragen und dort eine Schule errichtet würde. Das soll ja nun wieder nicht der Fall sein, sondern man will die Schule in die Petritorgegend bringen. Ich möchte deshalb nochmals darauf hinweisen, wie dringend notwendig gerade im Augusttorviertel eine Schule, und zwar speziell eine Mädchenschule ist, denn gerade die Mädchen jener Gegend haben einen sehr weiten Weg, indem sie bis zum Sandwege oder zum Prinzenwege gehen müssen. Dieser Weg ist aber für die jenseits der Bahn wohnenden Kinder etwa 2500 m weit, eine Entfernung, wie sie von keinem Kinde einer anderen Stadtgegend auch nur annähernd zurückzulegen ist. Im vorigen Jahre hieß es, es sei nicht angängig, dort eine große Schule hinzustellen, weil die Gegend nicht dicht genug bebaut sei. Das wird sich aber auf Jahre hinaus nicht ändern. Man könnte vielleicht eine untere Schule dort hinstellen und in dieser mehrere Klassen einer mittleren Schule unterbringen. Meine Bitte geht dahin, das Petritor diesmal zurückzustellen und dafür das Augusttor zu wählen; sollte das aber nicht angängig sein, dann wenigstens bei der nächsten Schule hierauf Rücksicht zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir müssen uns bei der Frage nach dem Standorte einer Schule nach der Vorfrage richten, wo der Bedarf an Schulen am notwendigsten ist. Da wir das hier nicht beurteilen können, so hat sich der Schulvorstand dabei auf die Ausführungen des Herrn Professor Schaarschmidt verlassen, und kann dieser Herr zu den Verhandlungen über die Errichtung einer weiteren Schule hier zugezogen werden, um Rede und Antwort zu stehen. Die Errichtung einer Schule im Augusttorbezirke wird noch durch den Umstand erschwert, daß die Versammlung beschlossen hat, in Zukunft nur größere Schulen zu bauen. Hierdurch wird aber die Auswahl der Dertlichkeit für eine Schule schwieriger. Vor dem Augusttor könnten wir wohl eine kleine Schule bauen, aber keine größere mit 48 Klassen. Ich möchte bitten, diese Frage zurückzustellen, da eine Vorlage demnächst kommen wird.

Herr Rieke: Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es sich empfehlen dürfte, an eine Erweiterung der Schule am Prinzenwege zu denken. Wenn sich auch die früheren Verhandlungen mit den Anliegern wegen Erwerbs der Nachbargrundstücke zerschlagen haben, so ist doch Aussicht vorhanden, daß sie jetzt mit Erfolg wieder aufgenommen werden können.

Das Kapitel III ist damit erledigt.

Ueber den weiteren Teil des Haushaltsplanes berichtet wieder Herr Födel.

#### Kap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —.

Ausgabe 19 500 M.

Herr Födel: In der Finanzkommission ist zur Sprache gekommen, ob es nicht richtiger sein würde, ebenso wie bei der Museumsverwaltung die persönlichen

Ausgaben für Archiv und Bibliothek, die sich jetzt in der Kammereikasse vorfinden, hier aufzuführen. Es möchte genügen, diese Frage hier angeregt zu haben.

#### Kap. V. Armenpflege:

Einnahme —.

Ausgabe 380 200 M.

Dieses Kapitel kann erst nach der Durchberatung des Stats der Armenkasse als erledigt angesehen werden.

#### Kap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 3300 M.

Ausgabe 10 400 M.

#### Kap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,87 M.

Ausgabe 2607,17 M.

Herr Wiehle: Herr Südel hat zu Beginn der Statsberatungen den Ausspruch getan, wir müßten sparen, und findet sich hier eine Gelegenheit dazu. In diesem Kapitel ist ein Betrag von 600 M als Zuschuß zu den Kosten der Feier des Sedantages vorgesehen, welcher doch wohl wegfallen könnte. Seit jenem Tage sind nun schon mehr als 33 Jahre verflossen und es wäre wohl an der Zeit, nachdem auch das 25. Fest der Wiedertehr des Tages gefeiert worden ist, hiermit wie an anderen Orten zu brechen und endlich mit der Verherrlichung eines Tages Schluß zu machen, der nur die Franzosen in ihren Gefühlen verletzen muß. Wenn z. B. die Franzosen noch heute die Schlacht bei Jena und Auerstädt feierten, so würde man doch meinen, die Leute wären nicht ganz richtig. In Hannover finden sich zur Feier des Tages patriotische Herren zu einem Festessen zusammen, was jedem unbenommen bleiben muß, und auch die Schulen haben einen Festaktus, aber weiter wird dort nichts gemacht, während man hier städtische Mittel bewilligt, um ein Fest zu feiern, über das man zweierlei Meinung sein kann. Ich beantrage daher die 600 M zu streichen.

Ferner findet sich hier unter M 3 ein Betrag von 800 M ausgeworfen für die Subventionierung des Männerturnvereins. Auch hier könnte man die von Herrn Südel angeregte Sparsamkeit walten lassen, da der Verein seine Turnerei aus eigenen Mitteln führen kann und andere Turnvereine auch keine Zuschüsse erhalten. Wenn bei früherer Gelegenheit zu Gunsten des Männerturnvereins hervorgerufen worden ist, daß dieser Turnlehrer heranbilde und daher der Zuschuß gerechtfertigt erscheine, so möchte ich mir die Anfrage erlauben, in welchem Umfange dieses eigentlich geschieht. Auch diesen Betrag beantrage ich zu streichen.

Herr Südel: Derselbe Antrag hat uns schon seit Jahren beschäftigt, weshalb ich mich kurz fassen kann. Vor zwei Jahren ist vom Männerturnverein der Nachweis über die Ausbildung von Vorturnern und Turnlehrern erbracht worden und waren damals auch die übrigen Turnvereine mit der Subventionierung dieses Vereins durch die Stadt einverstanden.

Herr Lange: Ich möchte, daß die 600 M für die Sedanfeier nicht gestrichen sondern noch um 200 M erhöht würden. Von Jahr zu Jahr wird die Teilnahme an dieser Feier größer, so daß auch stets umfassendere Vorkehrungen mit größeren Gelbdaufwendungen getroffen werden müssen. Es liegt daher ein dringendes Bedürfnis vor, einen höheren Zuschuß zu erhalten.

Herr Wiehle: Wir sind der Meinung, daß diejenigen Leute, welche sich auf dem Platze zu einer Feier zusammenfinden, auch die Kosten tragen können. Unserer Meinung nach ist es unstatthaft, eine Summe von 600 M für einen Zweck auszuwerfen, der nach der Ansicht einsichtiger Menschen schon lange nicht mehr am Platze ist.

Herr Rathe: Wenn an Stelle der Bezeichnung „Sedanfest“ im Stat der Ausdruck „Volksfest“ gebraucht wäre, so würde dieses richtiger sein. An den Festspielen dieses Tages nehmen die Kinder aller Bevölkerungsklassen teil und jeder Junge oder junge Mann freut sich, wenn er die Spiele mitmachen kann. Es ist aber wirklich nicht schlimm, wenn wir für ein allgemeines Volksfest einen so geringen Betrag ausgeben, für ein Fest, an dem jeder patriotisch gesinnte Mensch gern teilnimmt, namentlich, wenn er selbst oder sein Vater für das Vaterland sein Blut hat lassen müssen. Jeder, der den Feldzug damals mitgemacht hat, wird die Ausgabe wohl gern bewilligen. Ich möchte also bitten, den kleinen Betrag ruhig stehen zu lassen, Ihre Kinder gehen genau so gern mit auf den Platz, als die unsrigen (Ruf: Zwangsweise!)

Herr Alßmann: Wenn diese patriotische Feier dazu führte, den Mord zu beseitigen, so würde wohl niemand dagegen sein, da sie aber den Mord noch verherrlichen will, so sind wir nicht damit einverstanden. Es ist ein großer Unterschied, ob wir ein Volksfest feiern, oder ein Fest, das den Krieg verherrlichen soll; ich glaube, jeder wird mit Schaudern an den Krieg und seine begleitenden Umstände zurückdenken und wird ihn verachten, nicht aber zu dessen Verherrlichung noch Feste feiern wollen.

Herr Ribbentrop: Diese Ausführungen brauchen nicht widerlegt zu werden, sie schlagen sich von selbst. Ich möchte den Antrag des Herrn Lange aufnehmen und beantragen, für das Sedanfest 800 M zu bewilligen. Das Sedanfest ist gerade ein Fest für die Arbeiter und deshalb appelliere ich bei meinem Antrage an Ihre Arbeiterfreundlichkeit. Wenn Sie sehen, wie bei dem Feste den Jungen das Feuer der Begeisterung aus den Augen springt, so werden Sie nur sagen können, daß die sicher aus freien Stücken und nicht gezwungen zum Festplatze gegangen sind. Tun Sie daher die Hand weit auf und bewilligen Sie im Interesse der Arbeiter 800 M für das Sedanfest.

Herr Esdorn: Wenn Herr Rathe den Antrag stellen will, das Sedanfest als ein allgemeines Volksfest zu bezeichnen, so werde ich gern dafür eintreten. Anderer-

seits muß ich aber den Herren da drüben recht geben, daß große Kreise der Bürgerschaft mit der jetzigen Feier nicht mehr einverstanden sind, weshalb ich für die Bewilligung der 600 M auch nicht stimmen kann. Für ein allgemeines Volksfest will ich gern 800—1000 M bewilligen, für ein Sedanfest aber nicht. Zur Feier dieses Festes hat sich ja ein Verein gebildet, der die Mittel schon aufbringen wird.

Herr Günther: Von einer freiwilligen Beteiligung der Kinder an dem Sedanfeste kann doch keine Rede sein, sondern die Schüler sind gezwungen, an der Feier teilzunehmen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, relegiert zu werden. (Widerspruch.) In den 70er Jahren ist es tatsächlich vorgekommen, daß vier Schüler dieserhalb von der Schule verwiesen sind. Herrn Ribbentrop verdanke ich es nicht, wenn er in der Weise hier spricht, aber ich weiß wirklich nicht, ob Herr Lange das Sedanfest überhaupt selbst mitmacht. Es gibt eine ganze Menge hiesiger Einwohner, welche für das Fest zwar sehr eingenommen sind, es aber selbst nicht mitmachen. Es handelt sich dabei um eine Verherrlichung des Krieges, gegen welche wir uns verwahren.

Herr Löschig: Wenn wir jetzt dafür eintreten, unserer Jugend ein Fest zu erhalten, das die Väter gegründet haben zur Erinnerung daran, daß unser Vaterland von einem Drucke befreit worden ist, so tun wir recht daran. Das Wort „Sedan“ ruft in uns immer noch patriotische Gefühle wach, weshalb es aus unserer Erinnerung auch nicht verschwinden darf. Mag nun der eine mehr hierfür, der andere mehr dafür Interesse und Gesinnung haben, jedenfalls möchte ich konstatieren, daß kein Zwang auf die Schüler ausgeübt wird und die Beteiligung eine vollkommen freiwillige ist. Ich habe z. B. vor einigen Jahren bemerkt, wie ein hiesiger Lehrer mit einem großen Teile seiner Schüler dem Feste ferngeblieben ist, was doch nicht geschehen konnte, wenn Zwang ausgeübt würde. Herr Lange hat sich übrigens an dem Feste stets beteiligt, wenn er nicht krank gewesen ist. Für uns Erwachsene ist das auch kein Zwang, sondern unser Gefühl treibt uns zu der Feier, und wer für solche Feste nicht ist, der mag ihnen fern bleiben. Bei den Herren drüben handelt es sich auch nicht um die Ausgabe der 600 M, sondern um das Prinzip. (Zustimmung.) Für andere Sachen geben wir Geld aus, deshalb können wir auch für dieses zweckmäßige, wenn auch nicht allen zusagende Fest etwas bewilligen.

Herr Fiedel: Ich wollte nur noch bemerken, daß Herr Lange seit vielen Jahren nicht nur das Sedanfest mitgemacht, sondern auch wochenlang vorher dafür gearbeitet, also seine persönliche Tätigkeit dafür eingesetzt hat.

Herr Rieke: Erst haben wir uns daran gestoßen, für die Wohnung des Direktors Wernicke 170 M für Fliesen aufzuwenden, obwohl mir das vorkam, als wenn man an einer feinen Uniform einen Knopf sparen will und jetzt wollen wir hier 600 M wegwerfen. Will man ein richtiges Volksfest feiern, bei dem die

Klassifizierung wegfällt, so reichen dazu 600 M nicht aus. Wir wollen aber nicht, daß unsere Kinder bei dem Sedanfeste Reden hören, die uns nicht passen, lieber wollen wir mit den „Jammerseelen“ zufrieden sein.

Bei den nun folgenden Abstimmungen werden die Anträge Wiehle und Lange-Ribbentrop abgelehnt.

#### Kap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 19000 M.

Ausgabe 81230 M.

Herr Ohlendorf: Ich muß hier einen Uebelstand zur Sprache bringen, der sich recht breit bei der Feuerwehr macht. Die Feuerwehrleute haben sich nämlich seit langer Zeit seitens des Brandmeisters Stöfer eine Behandlung gefallen lassen müssen, die man eine durchaus unwürdige nennen muß. Ich möchte daher den Magistrat bitten, dahin zu wirken, daß dem Herrn aufgegeben wird, in Zukunft seine Untergebenen, die auch städtische Beamte sind, mindestens nicht als Rekruten, sondern als Menschen zu behandeln. Ich könnte hier mit Tatsachen dienen, die beweisen würden, daß der Brandmeister Stöfer zu glauben scheint, nicht Menschen vor sich zu haben, sondern noch minderwertigere Geschöpfe als Rekruten. Die Worte, welche er den Leuten gegenüber gebraucht hat, mag ich gar nicht wiederholen, so schlimm hat er sie tituliert. Das liegt aber nicht im städtischen Interesse, sondern wir müssen verlangen, daß die Leute ordentlich behandelt werden und zufrieden sind, was aber jetzt nicht der Fall ist.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß auf Seite 37 des Haushaltsplanes für den Feuerwehrmann Wittendorf ein Ruhe-lohn von jährlich 250,80 M vorgesehen ist, welcher für einen Mann, der im Dienste der Stadt krank geworden ist und eine Familie zu ernähren hat, nicht ausreichend ist. Die Stadt müßte also in solchem Falle einen höheren Zuschuß geben. Im übrigen würde es auch angebracht sein, den Leuten die Statuten, welche vorhanden sein sollen, in die Hände zu geben, was nicht der Fall ist. Man beruft sich auf diese Statuten immer nur dann, wenn Pflichten von den Leuten verlangt werden, aber irgend welche Rechte kommen für sie anscheinend nicht in Betracht.

Sodann möchte ich noch auf die Art und Weise der Handhabung der Dienstgeschäfte seitens des Brandmeisters Stöfer hinweisen. Die Anordnungen des genannten Herrn haben auch bereits zu Mißheiligkeiten geführt, indem die Feuerwehrleute meinen, daß der vor einigen Tagen vorgekommene Unglücksfall gewissermaßen mit diesen Anordnungen in Verbindung zu bringen ist. Irgendwelche Maßnahmen, die von erfahrenen Feuerwehrleuten vorgeschlagen werden, werden in einer so brüskten Weise zurückgewiesen, daß man das nicht mehr anständig nennen kann. In dem vorliegenden Falle hat er in den bisherigen Einrichtungen Aenderungen getroffen, die den Leuten nicht geläufig waren, und das ist nicht richtig. Es sind nämlich die Leitern geändert worden, und trotzdem er darauf aufmerksam

gemacht worden ist, daß dadurch sehr leicht Unglücksfälle vorkommen können, hat er das nicht beachtet und in seiner Art und Weise noch brutal zurückgewiesen. Durch die Aenderung der Leitern ist aber das Unglück passiert.

Meiner Meinung nach muß der Magistrat darauf halten, daß der Mann weiß, er hat nicht Rekruten oder noch andere Elemente vor sich, sondern er hat mit Menschen zu tun, die menschenwürdig zu behandeln sind. Es ist wirklich schlimm, daß so etwas in einem städtischen Institute vorkommen kann.

Endlich möchte ich noch folgendes erwähnen: Die Witwe des jetzt verunglückten Feuerwehrmannes muß in jeder Weise von der Stadt unterstützt werden, da sie krank ist und auch zahlreiche Familie haben soll. Die Stadt soll nach der Mitteilung des Herrn Vorsitzenden gesetzlich verpflichtet sein, für das Begräbniß des Mannes zu sorgen, sodaß ein Antrag in dieser Richtung nicht gestellt zu werden braucht; ich möchte deshalb nur den Magistrat bitten, der Witwe in jeder Beziehung behilflich zu sein.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Schon in einer früheren Sitzung ist von einem Herrn darauf hingewiesen worden, daß der häufige Wechsel unter dem Personal der Berufsfeuerwehr die Folge einer nicht sachgemäßen Behandlung wäre. Ich habe darauf den Kreisbranddirektor Röttcher zu einer Aeußerung darüber veranlaßt und ist diese dahin gegangen, daß der in den letzten Jahren vorgekommene häufige Wechsel unter den Feuerwehrleuten, wie statistisch nachgewiesen worden, lediglich darauf beruhe, daß eine größere Anzahl von Feuerwehrleuten tatsächlich für diesen bestimmten Beruf arbeitsunfähig geworden ist. Es wäre in den meisten Fällen sogar besser gewesen, wenn die Leute schon früher gegangen wären. Sie sind teilweise im Rathause, in der Stadtkasse u. wieder untergebracht worden. Der Wechsel ist also damit nicht zu begründen, daß eine nicht sachgemäße Behandlung der Leute stattgefunden haben soll. Sollte aber eine ungehörige Behandlung der Feuerwehrleute in der von Herrn Ohlendorf angedeuteten Weise wirklich stattgefunden haben, so könnte das nur im höchsten Grade gemißbilligt werden, und würde der Magistrat im zutreffenden Falle eingreifen. Jedenfalls werde ich Erkundigungen darüber einziehen.

Herr Ohlendorf hat sodann weiter darauf hingewiesen, daß der dem Feuerwehrmann Wittendorf zuerkannte Ruhe-lohn von 250,80 M zu gering wäre. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß neben diesem Ruhe-lohn die Invalidenrente bezahlt wird. Im übrigen handelt es sich bei dieser Sache nicht darum, ob der Mann mit seiner Rente auskommen kann oder nicht, sondern es ist zu berücksichtigen, daß wir die Grundsätze für den Ruhe-lohn der städtischen Arbeiter hier festgesetzt haben und der Magistrat sich danach richten muß.

Was nun den letzten Fall, der tödtlichen Verletzung des Feuerwehrmanns Habermann betrifft, so ist heute morgen darüber der Bericht des Kreisbranddirektors eingegangen, nach welchem trotz der angestellten eingehenden Untersuchung nicht

hat festgestellt werden können, durch welche Ursache der traurige Fall herbeigeführt worden ist. Nach der Behauptung des Herrn Ohlendorf soll eine Leiter verwendet worden sein, die nicht geeignet gewesen wäre. Da steht nun Behauptung gegen Behauptung; wenn aber der Kreisbranddirektor in sachgemäßer Weise darüber an den Magistrat berichtet, so können wir das nicht ohne weiteres als unsachgemäß erklären. Was die Hinterbliebenenbezüge der Witwe und Kinder des Verunglückten betrifft, so sind sie gesetzlich geregelt. Gleichzeitig ist auch beantragt worden, der Witwe eine Unterstützung zu bewilligen, welcher Antrag ebenfalls Berücksichtigung finden wird.

Herr Rathe: Ich habe schon früher ersucht, das Amt eines Stadtbaumeisters von dem eines Kreisbranddirektors zu trennen. Bei der großen Arbeit, welche ein Stadtbaumeister zu erledigen hat, kann er nicht die Feuerwehrsachen so in seine Obhut nehmen, wie das nötig ist und muß ein Teil seiner Tätigkeit darunter leiden. Ich bitte daher, den Posten des Kreisbranddirektors anderweit zu besetzen, damit der Stadtbaumeister sich nur mit seinen Amtsgeschäften zu befassen hat.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte bitten, den Antrag als einen selbständigen zu behandeln. (Zustimmung.)

Herr Ohlendorf: Der Herr Oberbürgermeister sagte, daß die Sache untersucht sei und der Bericht des Kreisbranddirektors anders laute. Das glaube ich wohl und finde es auch ganz erklärlich, daß er die Tatsachen nicht angeführt hat, welche ich hier vorgebracht habe. Erklärlich ist es deshalb, weil zwischen den Feuerwehrleuten und ihren Vorgesetzten ganz und gar keine Harmonie herrscht, sondern vielmehr eine arge Disharmonie, welche hervorgerufen ist durch die Art und Weise, wie die Leute behandelt worden sind. Ich habe meine Mitteilungen von einem Teil der Leute, welche mir erklärten, daß die Leitern umgeändert sind und sie deshalb nicht wie früher einen Halt gehabt haben. Die Leute haben den Brandmeister darauf aufmerksam gemacht, sind aber mit Schimpfworten dafür bedient worden. Ich bezweifle auch sehr, daß die Leute darüber gehört worden sind, denn sie meinen, daß der Kreisbranddirektor Röttcher sich viel zu wenig um die Sache kümmere, er gehe des Morgens auf das Bureau und lasse sich dort von dem Brandmeister Stöfer berichten; es würde aber besser sein, wenn er sich mehr um die Sache bekümmerte und sich nicht allein auf dessen Berichte verlasse. Ich meine auch, die Vorgesetzten würden sich nichts vergeben, wenn sie einmal auf ihre Untergebenen hörten, sie würden auch davon hier und da lernen und solche Vorkommnisse verhüten können.

Herr Wesemeier: Was den Wechsel unter den Feuerwehrleuten anbelangt, so muß ich meine früheren Mitteilungen aufrecht erhalten. Wenn Sie die Leute einmal selbst fragen wollten, so würden sie Ihnen bestätigen, daß der Grund des schnellen Wechsels hauptsächlich in der Behandlung zu suchen ist. Meines

Erachtens ist es übrigens sehr leicht begreiflich, daß der Unfall stattfinden konnte. Vor dem verunglückten Feuerwehrmann Habermann ist auf derselben Leiter ein anderer Mann herunter geklettert, dem dasselbe passieren konnte. Die zum Anhängen bestimmte Leiter war so konstruiert, daß zwei Eisenstäbe selbständig übereinander wegkriechen mußten, während jetzt die beiden Enden zusammen genietet sind. Jedenfalls ist mit der Leiter eine unzweckmäßige Aenderung vorgenommen, der der Unfall zugeschrieben werden muß, denn wären die beiden Endstäbe zusammen gewesen, so hätte der Druck oben ausgehalten werden können. Ein anderer Grund, als die unzweckmäßige Aenderung der Leiter ist aber für den Unglücksfall nicht zu finden.

Herr Herzberg: Der Herr Oberbürgermeister meint, daß der Wechsel bei der Feuerwehr nicht durch die Behandlung, sondern durch den anstrengenden Dienst hervorgerufen würde. Ich möchte die Sache nicht entscheiden, will aber die Aeußerung als richtig annehmen, daß die Leute nicht mehr fähig zu ihrem Berufe gewesen sind. Letzteres hat aber gerade nicht selten seinen Grund in den Verhältnissen bei der Feuerwehr, indem man die Leute dort nicht gehörig schont und sie mit Exercizien in unnötiger Weise belastet. Durch den scharfen Dienst und das fortwährende Exercizien sind die Leute matt und bei ausbrechendem Feuer nicht so leistungsfähig. Das Exercizien wird ja fast den ganzen Tag geübt und die Folge davon sind Erkältungen, die sich die Leute in der Zugluft beim Postenstehen zuziehen. Der Branddirektor soll auch schon gesagt haben, er wundere sich, daß so viele Leute an Rheumatismus erkrankten. Man legt dort auch auf andere Dinge sehr großen Wert, so z. B. auf den wunderbaren Grußkomment, das sind Bestimmungen, die geradezu einen Anstrich von Lächerlichkeit in sich haben. Wenn die Leute aus dem Dienst kommen, müssen sie mit umgehängtem Weil nach Hause gehen. Was sollen aber solche Bestimmungen? Das ist Kinderei, die man den Leuten nicht zumuten sollte.

Ueber den Unfall wird wohl eine andere Stelle das Urtheil sprechen, das steht uns nicht zu. Auf eins will ich aber dabei hinweisen. Der Raum um den Übungsplatz herum ist mit Steinen gepflastert, was eine grobe Ungehörigkeit ist. Die Mannschaften haben darauf hingewiesen, daß dieses zu den schlimmsten Gefahren führen könne, weil sich bei einem Sturz dadurch jeder beschädigen müsse. Eine solche künstliche Lebensgefahr braucht man aber mit den Übungen wirklich nicht zu verbinden. Was sodann die Behandlung der Leute betrifft, so wird darüber die heftigste Klage geführt und zwar nicht nur über den Brandmeister, sondern auch über die Oberfeuerwehrlente und den Branddirektor selber. Letzterer ist für die Leute überhaupt nicht zu sprechen. Kommt jemand zu ihm, so wird ihm die Thür gewiesen und heißt es, Sie haben dort nicht das Wort zu führen. Die Schimpfworte des Brandmeisters spotten jeder Beschreibung. Wir würden



dafür sein, die von Herrn Rathe angeregte Entlastung des Stadtbaumeisters von dem Posten eines Branddirektors vorzunehmen und für letzteren einen neuen Posten zu schaffen. Wenn Dinge passieren, die den Herren nicht in ihren Kram passen, so schicken die Vorgesetzten Aufpaffer unter die Leute, um zu ermitteln, wer Sozialdemokrat ist usw. Dadurch beseitigt man aber die Mißstände nicht. Disziplin muß sein, aber eine Disziplin der Berufsfreudigkeit und nicht eine solche, wie sie bei dem Militär üblich ist.

Herr Ribbentrop: Ein städtischer Beamter ist hier in schwerer Weise angegriffen worden; ich will mich deshalb seiner annehmen. Dem Manne sind schwere Vorwürfe gemacht und es ist nicht gesagt worden, wer die Vorwürfe vorgebracht hat. Ich halte es vom Standpunkte des Ehrenmannes aber für notwendig, daß gesagt wird, wer die Vorwürfe erhoben hat, bis das nicht geschehen ist, glaube ich die Anschuldigungen nicht. Ich bin auch einmal in der Lage gewesen, daß Unwahrheiten über mich verbreitet gewesen sind, und daß einige Herren für die Richtigkeit der Angaben eingestanden haben und ich weiß, daß die Leute sich haben belügen lassen und haben diese Lügen in die öffentlichen Blätter gebracht. Ehe deshalb nicht die Namen der Ankläger genannt werden, schenke ich den Angaben kein Vertrauen. Von den Herren Ohlendorf und Herzberg ist auch der Kreisbranddirektor mit verdächtigt worden und bin ich der Meinung, daß auch hier erst die Gewährsmänner genannt werden müssen. Sie können nicht verlangen, daß der Brandmeister zu Ihrer Partei hält, aber Sie müssen auch zugestehen, daß ohne Disziplin keine Feuerwehr bestehen kann, ebenso wie Sie in Ihrer Partei ja auch Disziplin haben. Wenn sich der vorgesetzte Brandmeister zuviel gegen die Leute herausnimmt, so haben diese sich an ihre vorgesetzte Behörde zu wenden, nicht aber dürfen sie andere Stellen dazu nehmen, denn sonst gehört solcher Mann nicht mehr in das Korps hinein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Herzberg kann seine Behauptung, daß die Feuerwehrleute zu viel exerzieren, jedenfalls nicht beweisen, im Gegenteil, die Leute könnten häufig noch etwas mehr exerzieren ganz gut vertragen. Die Herren wollen doch berücksichtigen, daß der Dienst der Feuerwehr insofern ein ungesunder ist, als die Leute gezwungen sind, Tag für Tag ruhig zu sitzen, und das ist für gesunde Menschen ganz gefährlich. Dazu tritt noch der Umstand, daß bei den Leuten nach einer längerzeitigen Ruhe oft eine übermäßige Anstrengung folgt und man den Gefahren solcher Lebensweise nur dadurch entgegenarbeiten kann, daß der Körper im Gange gehalten wird durch exerzieren. Im übrigen bezweifle ich, daß bei uns mehr exerziert wird, als in anderen Feuerwehren.

Herr Herzberg hat sich sodann weiter über den Grußkomment aufgehalten. Wenn wir aber einmal ein Institut haben, das mehr oder weniger militärisch organisiert ist, so finde ich nichts dagegen, daß ein Grußkomment eingeführt wird.

Wenn ein Feuerwehrmann Posten steht, so ist das eine militärische Uebung, und wenn der Kreisbranddirektor an einem Posten durchkommt, so muß dieser das Honneur machen. Nicht richtig ist es ferner, wenn Herr Herzberg sagt, daß die Pflasterung des Hofes in der Nähe des Turmes ein Fehler wäre. Wohin sollte das führen? Der Dienst der Feuerwehr ist an sich ein äußerst gefährlicher und wird immer ein gefährlicher bleiben. Wenn man nun an der einen Stelle besondere Vorkehrungen treffen wollte, um Unglücksfälle zu vermeiden, so würde doch die Gefahr an den anderen Stellen dieselbe bleiben, denn es wird doch nicht immer an derselben Stelle geübt. Es muß allerdings darauf geachtet werden, daß die Mannschaften bei ihrer gefährlichen Arbeit tunlichst geschont werden, aber derartige Unglücksfälle lassen sich niemals ganz vermeiden.

Herr Nolte: Herr Ohlendorf schien anzunehmen, daß der erwähnte Todesfall durch unzumutbare Einrichtungen und Anordnungen verschuldet wäre, so daß also sehr leicht eine fahrlässige Tötung vorliegen könnte. Wenn sich nun Herr Ohlendorf gleichzeitig beschwert, daß die beteiligten Leute nicht gehört werden, so kann er diesem Mangel dadurch abhelfen, daß er die vorhandenen Zeugen der Herzoglichen Staatsanwaltschaft namhaft macht, welche zweifellos deren Vernehmung veranlassen wird. Ich möchte also anheimgen, Namen zu nennen, dann wird die Untersuchung schon alles klarstellen.

Meiner Meinung nach ist es übrigens gut, wenn die Leute exerzieren, gerade weil ihr Beruf so außerordentlich gefährlich ist, und zwar um so gefährlicher, je ungeübter sie sind. Schon aus diesem Grunde muß tüchtig exerziert werden; denn wer nicht gehörig eingeübt ist, dem wird viel leichter ein Unfall zufliegen, als einem gut ausgebildeten Manne.

Herr Jasper: Es war mir nicht zweifelhaft, daß Herr Ribbentrop für die Art und Weise, wie der Brandmeister Stöfer sie den Feuerwehrleuten gegenüber beliebte, sich besonders erwärmte, da man ja ähnliche Vorgänge auch aus dem Betriebe hören muß, dem Herr Ribbentrop selbst vorsteht. Jedenfalls kann Herr Ribbentrop aber nicht erwarten, daß wir ihm die Namen unserer Gewährsmänner nennen, das möchte ihm passen, damit er in den nächsten Tagen die betreffenden Leute an die Luft setzen könnte. Er soll sich daran genügen lassen, daß wir hier die Klagen vorbringen und glaube ich, daß der Magistrat nicht so voreingenommen sein wird, daß er die Sache deshalb nicht verfolgt, weil ihm keine Namen genannt werden.

Noch eine andere Maßnahme von der Feuerwehr möchte ich zur Sprache bringen, nämlich die Art der Einteilung der Arbeitszeit. Wir haben alle die Statistik in den Händen, die seinerzeit bei Erledigung des Antrages Ohlendorf aufgenommen ist, und in dieser Zusammenstellung ist bemerkt, daß die Feuerwehrleute abwechselnd  $3 \times 24$  Stunden Dienst und dann 24 Stunden Ruhe haben. Während dieser Ruhezeit müssen die Leute aber Theater- und ähnliche Sicherheits-

wachen leisten. In der Dienstzeit liegen natürlich auch Ruhepausen, aber die Leute müssen während derselben in ihren Kleidern stecken. Um so dringender wäre es zu wünschen, daß sie wenigstens während der 24stündigen Ruhezeit gesont werden und diese Zeit nur für sich zur Verfügung haben. Es mag mit dem ganzen militärischen System der Feuerwehr in Verbindung stehen, daß den Leuten nicht gestattet ist, den Wohnbezirk der Stadt Braunschweig auch während der Ruhezeit zu verlassen, sie müssen sich in jedem Falle abmelden, wenn sie das Weichbild der Stadt einmal verlassen wollen, und wenn sie den Kreisbranddirektor in Melverode treffen, so müssen sie ihm ein militärisches Honneur machen und sich melden. Ganz unzulässig ist es auch, daß die Mannschaft sich zu Theater- und ähnlichen Sicherheitswachen bereit halten muß, die nicht genügend bezahlt werden. In der uns vorliegenden Statistik ist auch angegeben, daß die Feuerwehrleute einen Tagesverdienst von 3,88 M hätten nach Abzug der Versicherungsbeiträge. Es scheint mir, als ob der seinerzeit bei der Durchschnittsberechnung gemachte Irrtum auch bei dieser Berechnung vorgekommen ist. Der Durchschnittssatz war nämlich in der Weise berechnet, daß die Krankheitstage von den Arbeitstagen abgezogen wurden, obwohl den Leuten während dieser Zeit ihr festes Einkommen weiter gezahlt wurde. Es kann also vorkommen, daß ein Feuerwehrmann 120 Tage infolge eines Unfalls nicht arbeitete und sein Einkommen weiter bezog, so daß für ihn nur 180 Arbeitstage angerechnet wurden, und mit diesen der Durchschnittslohnsatz für das ganze Jahr unter Zugrundelegung des ganzen Jahreseinkommens berechnet wurde. Auf diese Weise mag wohl ein Durchschnitt von 3,88 M Tageslohn herauskommen. Ich möchte deshalb darauf hingewiesen haben, daß diese Zahl nicht richtig sein wird.

Herr Herzberg: Ich habe vorhin geschildert, wie im Feuerwehrbetriebe die Sozialistenriechei gang und gäbe ist, und nun tritt Herr Ribbentrop auf und sagt, wir sollten die Namen unserer Gewährsmänner nennen. Das ist aber ein Anfinnen an uns, den Denunzianten zu spielen, das wir energisch zurückweisen müssen. Wenn wir hier etwas Unwahres behauptet haben, so können wir deshalb vor Gericht gezogen werden, denn wir treten dafür ein.

Der Herr Oberbürgermeister hat sodann gemeint, es könnten auf dem Hofe keine Matten gelegt werden, sondern die Uebungen müßten der Wirklichkeit etwa gleichkommen. Ich bin auch der Meinung, daß nicht etwa Fahrstühle angebracht werden sollen, während die Leute jetzt auf Leitern klettern müssen, aber die Pflasterung um den Uebungsturm halte ich doch für unnötig, denn sie hat mit der Uebung nichts zu tun. Herr Kolte meinte endlich, wir sollten der Staatsanwaltschaft die Zeugen nennen; wenn aber die Staatsanwaltschaft sich der Sache annimmt, so wird jeder Feuerwehrmann bestätigen, was wir hier gesagt haben. Das militärische System bekämpfen wir nicht nur beim Militär, sondern auch bei

jedem Betriebe, wir wollen eben die Disziplin der Berufsfreudigkeit und der Vernunft haben. Herr Ribbentrop hat gemeint, bei uns lernte man auch Disziplin, das ist aber ganz etwas anderes, denn bei uns ist es die Disziplin der Solidarität.

Herr Wesemeier: Ich freue mich, daß die Bedienung der Wasserschieber den Feuerwehrleuten abgenommen ist. Was die hier zur Sprache gebrachten Mißstände bei der Feuerwehr anlangt, so müssen dieselben schon deshalb auf Wahrheit beruhen, weil sie an so vielen Stellen und wahrscheinlich doch auch von verschiedenen Leuten angebracht sind, denn auch bei mir ist eine derartige Beschwerde geführt worden. Herrn Ribbentrop wird es nicht gelingen, uns zu einer unehrenhaften Handlung zu veranlassen, denn anders kann ich es nicht nennen, daß wir die Leute hier denunzieren sollen, um sie aus ihrer Arbeit zu bringen. Uebrigens hätte Herr Ribbentrop seine Worte etwas vorsichtiger wählen müssen, wenn er meinte, es würden einzelne Leute belogen, dann kämen die Lügen in die Zeitungen und hinterher ließe sich nichts feststellen. Tatsache ist, daß bei der letzten Reichstagswahl ein Flugblatt unter den Straßenbahnern verteilt worden ist, nach welchem die Führer der Arbeiter die Straßenbahner in einer Versammlung zum Streik aufgehetzt hätten. Das Gegenteil ist aber Wahrheit. Ich als Leiter jener Versammlung weiß, daß die Führer mit allen Kräften die Leute vom Streik abzuhalten versucht haben. Der Verfasser und Verbreiter des Flugblattes mit den unwahren Behauptungen war aber Herr Ribbentrop.

Herr Löschigk: Es liegt im Interesse der Feuerwehr, daß der Magistrat die hier vorgebrachten Sachen energisch prüft. Mir sind ähnliche Beschwerden anonym zu Ohren gekommen, aber mit solchen Angaben kann ich nichts machen. Dagegen ist in einer anderen Angelegenheit ein städtischer Arbeiter zu mir gekommen und hat Beschwerden bei mir vorgebracht, ich habe mich darauf an den Dezernenten des Magistrates gewandt und es ist sofort Abhilfe geschaffen worden. Wenn wir daher den Feuerwehrleuten zu ihrem Recht verhelfen wollen, so müssen wir auch Namen nennen. Wie kann der Magistrat oder die Versammlung helfen, wenn sie nicht weiß, wo es fehlt? Wo es brennt, da raucht es auch. Wie soll der Magistrat eingreifen, wenn Sie nicht genau sagen, wie die Sachen liegen? So viel Vertrauen habe ich zum Magistrate, daß er nicht jeden maßregelt, der eine gerechte Klage vorbringt, denn in einem solchen Falle muß der Magistrat ihn schützen. (Ruf: So sollte es sein.) Wenn Herr Ohlendorf in der Sache so vorgegangen wäre, wie ich das getan habe, so würde meiner Ueberzeugung nach Abhilfe geschaffen sein. Ich bitte, diesen Weg schon im Interesse der Feuerwehrleute einzuschlagen und ich bin fest überzeugt, daß der Magistrat die Leute in Schutz nehmen wird.

Herr Meherhoff: Es ist hier die Schuld an dem Unglücksfalle auf die einhatigen Leitern geschoben worden. Ich bin nicht soweit Sachkenner, um hier

behaupten zu wollen, daß solche einhäufigen Leitern durchaus sicher sind, aber ich habe derartige Leitern bei einem großen Feuerwehrmanöver in der Lindenstraße zu Berlin gesehen und beobachtet, daß die Leute nur mit solchen Leitern ausgerüstet waren. Ob die zweihäufigen Leitern besser und sicherer sind, können wir hier nicht beurteilen. Einer der Herren hat dann noch gerügt, der Hof des Feuerwehrgrundstücks wäre gepflastert, aber im Ernstgebrauch haben die Leute doch immer mit gepflasterten Stellen zu tun und ein Hof, auf dem Fuhrwerke verkehren, muß doch gepflastert sein. Ich bin hinsichtlich der Uebungen ganz anders von einem Feuerwehrmanne unterrichtet; mir hat der junge Mann, ein gelernter Zimmermann, gesagt, es wäre eine ordentliche Freude, wenn sie hinauskämen auf den Hof und könnten an den Leitern üben, denn die gymnastischen Uebungen, welche sie bei schlechtem Wetter vorzunehmen hätten, griffen sie mehr an, als die Uebungen an den Leitern. Auch mit der  $3 \times 24$  stündigen Dienstzeit ist es nicht so schlimm, es können ja allerdings große Brände ausbrechen, aber im allgemeinen werden die Leute nicht zu sehr angegriffen und am vierten Tage sind sie vollständig frei, wenn sie frei haben wollen. Welcher Arbeiter hat aber so viel freie Zeit? Und was tun die Leute, wenn kein Brand ausbricht? Sie machen Freiübungen oder arbeiten an den Geräten, solche Anstrengungen muß aber jeder Arbeiter den ganzen Tag machen.

Herr Stegmann: In dem Kap. VIII ist auch ein Posten von 564 M für die Krankenversicherung der Feuerwehrleute vorgesehen. Wenn man sich diese Sache nicht näher ansieht, so wird man glauben, daß es sich dabei um eine bessere Stellung der Mannschaften handelt. In Wirklichkeit liegt jedoch, wie aus dem Begleitschreiben zum Etat hervorgeht, eine Verschlechterung darin. Bisher war es nämlich üblich, den Mannschaften der Berufsfeuerwehr für die Dauer von Krankheiten aller Art unter Belassung des vollen Lohnes freie ärztliche Behandlung und Medizin zu gewähren. Jetzt soll dieses System abgeschafft werden. Der Magistrat äußert darüber: „Um Berufungen auszuschließen, kann dieses Verfahren nicht wohl beibehalten werden. Ist die Erkrankung eines Feuerwehrmannes Folge der Ausübung seines Berufes, so steht ihm zwar ein Anspruch auf jene Bezüge nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Feuerhilfswesen vom 2. April 1874 zu, für andere Erkrankungsfälle aber nicht. Eine Verpflichtung der Stadt, die Mannschaften der Berufsfeuerwehr gegen Krankheiten — die nicht durch den Dienst veranlaßt sind — zu versichern, besteht nicht; die Versicherung eintreten zu lassen, erscheint aber dringend wünschenswert, und sie kann erzielt und muß angestrebt werden in der Weise, daß die genannten Personen als freiwillige Mitglieder der Gemeinsamen Ortskrankenkasse beitreten. Ungeachtet dieser freiwilligen Mitgliedschaft wird die Stadt den dem Arbeitgeber (im Falle der Zwangsversicherung)

zur Last fallenden Teilbetrag der Kassenbeiträge zu übernehmen haben, weshalb eine entsprechende Summe in den vorliegenden Etat eingestellt ist."

Es wird jetzt den Leuten aufgegeben, sich zu versichern, oder auszuscheiden; das ist doch aber keine freiwillige Versicherung mehr. Warum richtet aber die Stadt nicht für alle ihre Bediensteten eine gemeinsame Krankenversicherung ein? Für die Versicherung der Scheuerfrauen wollte ja der Magistrat schon im vorigen Jahre sorgen. Unscheinend will man hier den Leuten den Glauben beibringen, als ob ihnen eine Wohltat erwiesen werden sollte. Wenn nun aber der Magistrat selbst anerkennt, daß der Beruf der Feuerwehr ein sehr schwerer ist, weshalb wird dann der bisherige bessere Zustand abgeschafft? Sollten Sparsamkeitsrückichten dabei maßgebend gewesen sein, so würde am falschen Ende gespart werden. Außerdem ist auch schwer nachzuweisen, ob eine Krankheit durch den Beruf gekommen ist oder nicht. Durch das Exerzieren werden die Leute erhitzt und erkälten sich dann leicht, ebenso erhalten sie durch das Postenstehen im zugigen Torwege leicht Rheumatismus; auch bei Bränden werden sie naß und müssen dann auf dem Rückwege auf dem Wagen stehen, wobei sie sich leicht erkälten können. Wenn ich auch nicht für Ausnahmen bin, so kann ich doch hier bei der großen Gefährlichkeit des Berufes der Feuerwehr mich für eine Ausnahme aussprechen, da die übrigen städtischen Arbeiter einsehen werden, daß dort eine Ausnahme angebracht ist. Ich möchte beantragen, daß die 564 M. im Etat gestrichen werden und der bisherige Zustand bei der Feuerwehr erhalten bleibt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist dem Magistrate nicht bekannt gewesen, daß den Feuerwehrleuten bisher auch während der Zeit der Erkrankungen der Lohn weitergezahlt worden ist. Diese Einrichtung hatte sich eingeschlichen und sie trat nicht in die Erscheinung, weil der Lohn als Krankengeld gezahlt wurde. Als diese Sache bei der Krankenversicherungspflicht der nicht versicherungspflichtigen Personen zur Sprache gekommen ist, hat der Magistrat sich dahin geäußert, daß nicht eine Kategorie städtischer Bediensteter vor den anderen Kategorien bevorzugt werden könnte. Es gibt noch andere Betriebszweige in der städtischen Verwaltung, welche auch schwere Schädigungen an der Gesundheit der Bediensteten zur Folge haben können, und es läßt sich da unendlich schwer eine Grenze ziehen. Darum gilt als Prinzip: der Lohn wird für geleistete Arbeit gezahlt und das Krankengeld für die Zeit einer Erkrankung. Uebrigens kann die Stadt die Krankenversicherung dieser Leute nicht regeln, weil es an einer gesetzlichen Vorschrift fehlt, nach welcher diese Personen verpflichtet sind, sich gegen Krankheit zu versichern. Wir haben dann an die einzelnen städtischen Verwaltungen geschrieben, sie möchten danach streben, daß sich möglichst alle Bediensteten versichern lassen. Bei den Feuerwehrleuten haben wir damit den Erfolg gehabt, daß sie sich sämtlich versichert haben. Es ist aber kein Unterschied, ob die Leute versichert sind bei einer

Krankenkasse, welche die Stadt unterhält, oder bei der gemeinsamen Ortskrankenkasse, oder bei einer eingeschriebenen Hilfskasse, darum lassen Sie doch den Leuten die Freiheit, sich da zu versichern, wo sie wollen.

Herr Ribbentrop: Herr Herzberg hat geäußert, er wolle die Leute, welche ihm die Mitteilungen über den Brandmeister gemacht haben, nicht denunzieren. Denunziert ist hier aber der Brandmeister Stöfer in einer Art und Weise, die nur ein tiefes Bedauern hervorrufen kann, denn der Mann ist nicht in der Lage, sich dagegen zu wehren, weil die Personen nicht genannt sind, welche ihn in so schmähtlicher Weise verdächtigt haben. Der Brandmeister Stöfer hat sich um das Wohl der Stadt schon verschiedentlich verdient gemacht und hat sein Leben für seine Mitbürger eingesetzt, indem er seinen schweren Beruf ausübte. Den Kreisbranddirektor Röttcher kenne ich genau und weiß, daß er der Mann ist, welcher allen Beschwerden bis auf das  $\frac{1}{2}$  nachgeht und welcher keinem Feuerwehrmann es nachtragen würde, wenn dieser sich beschwerte. Stellte sich aber heraus, daß ein Feuerwehrmann ihn bei solcher Beschwerde angelogen hätte, dann würde er ihm allerdings den Hals brechen und zwar mit Recht. So muß es in dem hier vorliegenden Falle auch geschehen.

Herr Beplies: Ich finde es auffällig, daß Sie eine Ungeheuerlichkeit darin zu erblicken scheinen, wenn ein Mitglied der Versammlung hier Klagen vorbringt über städtische Verhältnisse. Darin liegt doch kein Grund, sich so zu entrüsten, wie es die Herren Ribbentrop und Löschigk getan haben, die Namen genannt wissen wollen, oder den Tatbestand nicht gelten lassen. Wenn man die Reichstagsberichte liest, findet man derartige Klagen öfter; es kann deshalb gar nicht auffallen, daß Herr Ohlendorf hier solche Klagen vorgebracht hat. Wir brauchen uns auch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob vielleicht Uebertreibungen darin liegen, denn der Magistrat hat ja schon erklärt, die Sache untersuchen zu wollen, und wird die Untersuchung schon ergeben, inwieweit die hier vorgebrachten Uebelstände vorhanden sind. Bei der strammen militärischen Organisation der Feuerwehr dürfte sich auch der Herr Oberbürgermeister nicht wundern, daß die Leute nicht zu ihm kommen. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Lassen Sie sie nur kommen!) Der Herr Oberbürgermeister würde die Mißstände allerdings schon abstellen, aber der betr. Feuerwehrmann würde auch gezwungen sein, sofort abzugehen, denn wie würde man nach dem geschilderten Verhalten des Brandmeisters wohl erwarten können, daß ein Mann im Dienste bliebe, der unter Uebergang seiner unmittelbaren Vorgesetzten bei seinem höchsten Vorgesetzten eine Beschwerde angebracht hätte. Man kann sehr gut ein strenger Vorgesetzter sein, ohne deshalb die Leute herunterschimpfen zu müssen, ich glaube auch, daß von einem höheren Beamten des Magistrates wohl niemals einem Unterbeamten grobe Worte gesagt werden, ohne daß darunter die Disziplin leidet. Wenn der Brand-

meister es verstände, mit Menschen umzugehen, so würden die Leute auch bei anständiger Behandlung Respekt vor ihm haben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe mir den Fall notiert und werde den Kreisbranddirektor darüber zur Aeußerung auffordern. Wenn die Sache aber so liegt, daß die Feuerwehrleute aus Rücksicht auf ihre Stellung nicht wagen sollten, die vorgekommenen Tatsachen anzugeben, dann weiß ich nicht, was der Magistrat machen soll. Ich setze den Fall, daß der Magistrat die sämtlichen Feuerwehrleute über die Tatsachen vernehmen läßt und es stellt sich dabei heraus, daß keiner von ihnen die Wahrheit sagt, so kann der Magistrat auch nichts machen und ist in dem Punkte ebenso dumm wie vorher. Es soll also die Aufforderung an den Kreisbranddirektor ergehen sich über die Sache zu äußern und Untersuchungen anzustellen. Wie er das machen wird, weiß ich allerdings nicht. Wenn übrigens der Herr Vorredner bemerkt hat, dem Feuerwehrmann stände nicht das Recht zu, sich an den Oberbürgermeister zu wenden, so stehe ich auf einem anderen Standpunkte. Wenn der Feuerwehrmann sein Recht bei dem Brandmeister oder dem Kreisbranddirektor nicht zu finden glaubt, so hat er nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, sich bei dem Oberbürgermeister zu beschweren, und es wäre schlimm, wenn er dann nicht zu seinem Rechte käme.

Herr Jasper: Ich möchte bitten, nicht nur den Kreisbranddirektor zum Bericht auffordern, sondern auch die Leute selbst vorzuladen und zu vernehmen. Mir ist es gar nicht zweifelhaft, daß die Sachen so liegen, wie sie hier vorge tragen sind.

Von verschiedenen Feuerwehrleuten wurde auch gerügt, daß die Anzahl dieser Bediensteten zu gering wäre und zwar hauptsächlich deshalb, weil, ganz wie beim Militär, eine Abkommandierung von Mannschaften stattfindet, indem z. B. der militärisch sehr geschulte Vorgesetzte Stöfer und auch der Kreisbranddirektor einen oder mehrere Burschen haben müssen, die dann dienstfrei sind und die körperliche Ausbildung nicht genießen können, welche sonst so sehr notwendig für die Feuerwehrleute sein soll. Dadurch kann aber ein Schaden gegenüber der Feuersicherheit der Stadt entstehen. Ich möchte auch bezweifeln, daß der Vorgesetzte die Klagen der Leute anhört. So ist auch eine Petition mehrerer Feuerwehrleute zu Händen des Herrn Kreisbranddirektors gekommen, eine Antwort darauf aber noch nicht erfolgt. Ob der Herr darüber vielleicht an den Magistrat berichtet hat, entzieht sich meiner Kenntnis. In dieser Petition der Leute wird hauptsächlich deren feste Anstellung verlangt, damit nicht der stete Wechsel unter den Leuten stattfindet und damit sie auch bei ihrem gefährlichen Berufe einigermaßen Sicherheit für die Zukunft haben. Hiermit wird aber nicht etwa etwas Außerordentliches verlangt, denn in Hamburg, Magdeburg und anderen Städten sind die Feuerwehrleute fest angestellt, so daß dies auch hier möglich sein dürfte. Der häufige Wechsel unter den Leuten ist nicht allein



auf die Dienstuntauglichkeit zurückzuführen, wenn man wenigstens nicht auch den als dienstuntauglich ansehen will, der sich die Behandlung eines Rekruten nicht gefallen lassen will. Gerade diese Mißhandlungen, die hier und da vorgekommen sein sollen, sind die Quelle des stetigen Wechsels unter den Leuten.

Den Wunsch des Herrn Stegmann bezüglich der Befolgung der Leute in Erkrankungsfällen möchte ich unterstützen; es kann vielleicht statutarisch geregelt werden, daß ihnen bei Erkrankung dasselbe gewährt wird wie bisher. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, er hätte nicht gewußt, daß solcher Mißstand bestanden habe; jedenfalls ist aber die schlechtere Stellung der Leute ohne jeden Grund erfolgt, zumal dieselben mehr Dienst geleistet haben, als früher. Wegen der Pflasterung des ganzen Hofes möchte ich bemerken, daß die Pflasterung des Platzes am Turme durchaus nicht notwendig ist für die Ausbildung der Leute, nur um es dort recht gefährlich zu machen. Herrn Ribbentrop, der sich zuletzt noch dagegen gewandt hat, daß unsererseits denunziert worden sei, will ich erwidern, daß davon gar keine Rede sein kann: wir tun als Mitglieder der Versammlung nur unsere Pflicht, wenn wir auf Mißstände im städtischen Betriebe aufmerksam machen. Es fällt also das Wort zurück auf den, der es gebraucht hat, und der ein solches System vielleicht sehr gern in seinem Betriebe sehen möchte. Herrn Löschigt möchte ich schließlich noch erwidern, daß wir bei Einschlagung seines Weges doch nicht so sicher vor der Maßregelung der Leute wären, wie der Vorfall Bichler-Gras im bayerischen Landtage bewiesen hat.

Herr Stegmann: Wenn der Herr Oberbürgermeister den Weg einschlagen wird, den er hier gekennzeichnet hat, so wird er zum Ziele kommen. Werden die Leute dann gefragt, wie die Verhältnisse liegen, so werden sie schon Rede und Antwort stehen. Wenn aber die sozialdemokratischen Stadtverordneten solche Dinge hier vorbringen, so reicht das für manchen nicht hin. Was die Frage der Krankenversorgung betrifft, so muß ich auf dem Standpunkte stehen bleiben, daß es besser wäre, wenn wir eine eigene Betriebskrankenkasse für die Stadt hätten. Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß man eine Ausnahmestellung der Feuerwehrleute den anderen Arbeitern gegenüber nicht verantworten könne, kann ich nicht teilen, denn dieser Beruf ist so gefährlich, daß die Leute wirklich eine Ausnahmestellung einnehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was die Frage der Errichtung einer größeren städtischen Betriebskrankenkasse anlangt, so ist von dem Magistrate schon früher eine Anregung dazu gegeben, aber die Ausführung an dem Widerspruche der Mitglieder der schon längere Zeit vorhandenen städtischen Betriebskrankenkasse, nämlich der Arbeiter am Gas- und Wasserwerke, gescheitert, ohne deren Einwilligung sich das nicht dekretieren ließ. Diejenigen Leute aber, welche nur freiwillig der Krankenversicherung unterliegen, kann man nicht in solche Betriebskrankenkasse bringen,

und halten wir es auch nicht für geboten, daß unsererseits weiter zu verfolgen, sondern meinen, daß dies durch die Reichsgesetzgebung zu geschehen hat. Was die hier erhobenen Vorwürfe gegen den Kreisbranddirektor betrifft, so will ich bemerken, daß gerade dieser sich bemüht hat, durch wiederholte Vorstellungen beim Magistrate die denkbar weitgehendsten Zugeständnisse für die Feuerwehrleute in bezug auf die Regelung der Krankenversicherung herauszuholen. Er hat nicht alles erreicht, was er wollte, aber ihm ist es z. B. zu danken, daß die Feuerwehrleute in Krankheitsfällen ihre Löhnung während der ersten sechs Wochen behalten. Man kann sagen: er hat es verstanden, für seine Leute einzutreten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Stegmann hat bei seinem Antrage anscheinend etwas übersehen, denn obwohl er weiß, daß sämtliche Feuerwehrleute gegen Krankheit versichert sind und ihnen demnach bei Erkrankungen Krankengeld zusteht, beantragt er, ihnen außerdem noch den vollen Arbeitslohn zuzugestehen. Wenn die Leute sich aber im Falle der Erkrankung besser stehen, als in gesunden Tagen, so werden sie alle bald einmal krank werden. Ich verstehe nicht, daß Herr Stegmann hierbei mit dem Kopfe schüttelt.

Herr Stegmann: Ich bin mißverstanden. Bisher war der Zustand der, daß die Leute, ohne versichert zu sein, in Erkrankungsfällen ihren Lohn weiter erhielten, und diesen Zustand will ich wieder herbeigeführt wissen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nachdem also die Versammlung kürzlich beschlossen hat, daß sämtliche in städtischen Diensten beschäftigten Personen gegen Krankheit versichert werden sollen, und der Magistrat seinerseits die nötigen Schritte dazu getan hat, will Herr Stegmann diese Versicherung wieder über den Haufen geworfen wissen. Die Krankenversicherung der Feuerwehrleute ist doch schon vollzogen.

Der Antrag Stegmann wird darauf abgelehnt und die Verhandlung für heute wegen vorgerückter Zeit abgebrochen.

Dauer von 4 bis 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.



1903/1904.N<sup>o</sup> 17.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 31. März 1904.

### Tagesordnung:

|                                                                                |           |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I. Stadthaushaltsplan zc. für 1904/05 (Schluß) . . . . .                       | Seite 563 |
| II. Bauliche Aenderungen zc. in der Schule am Prinzenwege . . . . .            | „ 602     |
| III. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Kinderheim . . . . .     | „ 603     |
| IV. Herrichtung von Warte- und Waderäumen im städtischen Krankenhaus. . . . .  | „ 603     |
| V. Umbau einer Straßenfläche am Augustplatz. . . . .                           | „ 604     |
| VI. Aenderung des Ortsbauplanes am Bültenwege . . . . .                        | „ 604     |
| VII. Verkauf eines Grundstücks am Maschplatz . . . . .                         | „ 605     |
| VIII. Antrag Müller: Abbruch der Verhandlungen wegen des Zirkusbaues . . . . . | „ 605     |
| IX. Antrag Esdorn: Erhöhung der Löhne für Nachtwächter . . . . .               | „ 606     |
| X. Antrag Esdorn: Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten . . . . .     | „ 606     |
| XI. Antrag Günther: Uebernahme der Waldspiele auf städtische Kosten . . . . .  | „ 607     |
| XII. Renowahl des Realstenerauschusses . . . . .                               | „ 607     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Haake, Heymann, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-  
Assessoren Happe und Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Kathe, Lupprian, Ohlendorf und Schmidt.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Vorsitzende, Herr Wolff, der Versammlung folgende Eingänge bekannt:

- 1) Mitteilung des Magistrates, daß die auf Wunsch der Versammlung aufgestellte Statistik über die Löhne städtischer Arbeiter den sämtlichen Mitgliedern der Versammlung zugegangen ist;
- 2) Benachrichtigung der Direktion der Strasseneisenbahn-Gesellschaft, daß sie beabsichtige, die Tarife auf der Strecke Braunschweig—Wolfenbüttel zu ändern. Die Rückfahrkarten nach dem Lechelnholze zum Preise von 30  $\mathcal{M}$  sollen bestehen bleiben, außerdem wird aber beabsichtigt, noch Fahrtscheine mit 5 Billets à 20  $\mathcal{M}$  für die Strecke Braunschweig—Sternhaus und umgekehrt zu schaffen. Der Preis der Rückfahrkarten Braunschweig—Wolfenbüttel soll von 50  $\mathcal{M}$  auf 55  $\mathcal{M}$  erhöht werden. Das an den Magistrat gerichtete Schreiben wird zur Einsichtnahme ausgelegt.
- 3) Der Kreisverein Magdeburg im Verbands Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig ladet zu verschiedenen anlässlich des 20jährigen Bestehens des Kreisvereins zu veranstaltenden Festlichkeiten ein. Auch dieses Schriftstück wird ausgelegt.
- 4) Der Regierungs- und Baurat Brindmann hat namens des Ausschusses für Denkmalspflege ein Schreiben an die Versammlung gerichtet, nach welchem am 7. April 1904 vom Oberbürgermeister Dr. Struckmann aus Hildesheim hier ein öffentlicher Vortrag gehalten werden wird, zu dem die Mitglieder der Versammlung hierdurch Einladung erhalten.

Wie der Herr Vorsitzende weiter mitteilt, gehen alle Woche Druckschriften, Preisanfordungen zc. ein, die beim Magistratssekretär Bock eingesehen werden können. Solche Sachen der Versammlung jedesmal mitzuteilen, halte er nicht für angebracht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In der letzten Sitzung — Seite 536 des Berichtes — ist von Herrn Wesemeier bemerkt worden, daß auffallenderweise einige Schulen ganz erhebliche Reinigungskosten erfordern und trotzdem nur bei wenigen Schulen Beiträge zur Alters- und Invaliden-Versicherung der mit der Reinigung beauftragten Frauen eingestellt seien. Die Sache liegt folgendermaßen: In den neueren Schulen sind die Fußböden durchweg aus Papprolit, belegt mit Linoleum, hergestellt, welche eine tägliche Reinigung erfordern. Hierdurch stellen sich aber die Reinigungskosten ganz erheblich höher, als in anderen Schulen, die nur zweimal wöchentlich gereinigt werden. Aus diesem Umstande erklärt es sich, daß nur für die neueren Schulen Versicherungsbeiträge eingestellt sind, denn bei den Frauen, welche nur am Mittwoch und Sonnabend im städtischen Dienste stehen, muß bekanntlich der Arbeitgeber bleiben, welcher die Frauen am Montag

beschäftigt, während für die Frauen, welche in den neueren Schulen von der Stadt auch am Montag beschäftigt werden, die Stadt zu flehen hat.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

# I. Stadthaushaltsplan 1c. für 1904/05 (Schluß).

## Kap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 37 800 M.

Ausgabe 438 200 M.

Herr Esdorn: Unter den Ausgaben zu 2: Kosten des Nachtwachwesens sind für 70 Nachtwächter je 70 M und für 8 Nachtwächter je 75 M an monatlichem Lohne eingestellt. Diese Löhne halte ich für zu gering, da die Beamten unmöglich mit dem Betrage auskommen können, zumal ihnen nahegelegt worden ist, am Tage nicht mehr an allgemeinen städtischen Arbeiten teilzunehmen. Da die Leute nur jede 17. Nacht frei haben und sie sich am Tage höchstens noch einen halben Tag nutzbringend beschäftigen können, so beantrage ich, die Lohnsätze um je 5 M zu erhöhen.

Herr Jasper: Ich kann den Antrag nur unterstützen. Es war von uns schon lange der Wunsch geäußert, den sämtlichen städtischen Angestellten einen auskömmlichen Lohn zu gewähren. In der vorhin erwähnten Lohnstatistik ist über die Löhne der Nachtwächter nichts gesagt worden, obwohl sie doch alle Löhne der städtischen Arbeiter umfassen sollte; man sieht, daß die Statistik auch in dieser Weise wieder einmal mangelhaft ist.

Dabei erlaube ich mir anzufragen, inwieweit der Magistrat dem Ersuchen der Versammlung stattgegeben hat, bei der Herzoglichen Polizeidirektion dahin vorstellig zu werden, daß eine gleichmäßigere, den Verkehrsbedürfnissen der Stadt Rechnung tragende Handhabung der Polizeistunde statthaben möchte. Als wir diese Sache lezthin hier besprachen, wurde es von einigen Seiten in Zweifel gezogen, daß die Herzogliche Polizeidirektion die Polizeistunde in ungleichmäßiger Weise handhaben könnte. Es war hier besonders hervorgehoben, daß gerade zum Nachteil der Gewerkschaften die Polizeistunde ungleichmäßig gehandhabt werde, indem die Polizeiverwaltung sie als Zwangsmittel benutze, um den Gewerkschaften unter die Polizeistunde herab den Schluß ernstlicher Verhandlungen aufzugeben. Ich hatte in jener Sitzung auch an Herrn Böschigt appelliert, daß er diese Handhabung der Polizeistunde seitens der Herzoglichen Polizeidirektion aus seiner eigenen Erfahrung heraus bestätigen möchte, jedoch ist das bis dahin nicht geschehen. Inzwischen haben sich nun neue Vorgänge ereignet, die ein Einschreiten des Magistrates dringend erforderlich machen. Der überwachende Polizeibeamte hat nämlich bei der letzten Sitzung des Gewerkschaftsartells erklären lassen, wenn die Versammlung nicht um 11 Uhr geschlossen würde und sich auflöste, sollte die Herabsetzung der

Polizeistunde für das Gewerkschaftshaus allgemein von 12 Uhr auf 11 Uhr verfügt werden. Hierbei hat sich der Beamte auf eine ausdrückliche Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten selbst bezogen, und ist diese im Auftrage des Chefs der Herzoglichen Polizeidirektion geäußerte Drohung von anderen Polizeibeamten, insbesondere auch von dem Polizeiinspektor Bussenius, bestätigt worden. Nach den Mitteilungen dieser Beamten hat der Herr Polizeipräsident erklärt, daß er die Polizeistunde so handhaben wolle, um das den Gewerkschaften gewährleistete Recht, sich zusammenzufinden und Versammlungen abzuhalten, möglichst zu kürzen, indem er das Gesetz so auffasse, daß er eine Herabsetzung der Polizeistunde ganz nach seiner Willkür und um seinen politischen Zwecken zu dienen, anordnen könne. Ich glaube, es dürfte Aufgabe der städtischen Behörden sein, dahin zu wirken, daß eine derartige ungesegliche, jedenfalls aber ungerechtfertigte Handhabung der Bestimmungen über die Polizeistunde ferner nicht mehr gestattet werden darf. Ich bitte daher zuzustimmen, daß der Magistrat erneut von der Versammlung ersucht wird, wegen der Handhabung der Polizeistunde vorstellig zu werden.

Herr Stadtrat Meyer: Die Löhne der Nachtwächter lassen sich nicht ohne weiteres in Vergleich stellen mit den übrigen städtischen Löhnen, weil die anderen Arbeiter verpflichtet sind, ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Stadt zu stellen, was bei den Nachtwächtern nicht der Fall ist. Auch der Herr Vorredner hat anerkannt, daß der Nachtwächter noch die Fähigkeit besitzt, andere Arbeiten zu verrichten. Infolge dieser nicht vollen Ausnutzung der Arbeitskraft der Nachtwächter ist der Lohn dieser Leute gegen den Lohn anderer Arbeiter im Rückstande. Ich möchte meinerseits nicht empfehlen, dem Antrage des Herrn Esdorn ohne weiteres zu folgen, weil mir bekannt ist, daß der Andrang zu den Stellen der Nachtwächter in der letzten Zeit durchaus nicht zurückgegangen ist, im Gegenteil, nach den Erfahrungen und Mitteilungen der Herzoglichen Polizeidirektion, welcher die Leitung und Aufsicht des Nachtwachwesens untersteht, ist das Material, welches sich um Nachtwächterposten bewirbt, jetzt besser, als in früheren Jahren. Man ersieht daraus, daß die Besoldung dieser Bediensteten von dem Standpunkte des einzelnen Arbeiters aus nicht für so schlecht angesehen wird, als es die beiden Herren Vorredner dargestellt haben. Ich muß dabei bleiben, daß die Arbeitskraft der Nachtwächter nicht in dem Maße ausgenutzt wird, daß sie sich nicht am Tage noch anderweit Verdienst verschaffen könnten. Jedenfalls würde es nötig sein, die Angelegenheit in einer Kommission vorzubereiten.

Was die Anfrage des Herrn Dr. Jasper anbelangt, dahingehend, was der Magistrat getan habe, um eine gerechtere und gleichmäßigere Polizeistunde bei der Herzoglichen Polizeidirektion zu erwirken, so muß ich darauf erwidern, daß der Magistrat bis heute nichts in der Sache getan hat und zwar um deswillen, weil uns bisher der amtliche Bericht über die Versammlung noch nicht vorlag. Der

Magistrat hat sich mit dem Gegenstande selbst bereits beschäftigt und hat sich dahin schlüssig gemacht, sich an die Herzogliche Polizeidirektion zu wenden, er hat es indessen für richtig gehalten, damit zu warten, bis ihm das betreffende Material zur Verfügung stehen würde. Wir konnten nicht das sämtliche in der Sitzung vom 18. Februar d. Js. vorgebrachte Material hier gleich geistig aufgreifen und bearbeiten, und hat die Sache doch wohl auch nicht solche Eile, daß innerhalb acht Tagen alles erledigt sein müßte. Sobald also der Bericht eingeht, wird das weitere erfolgen.

Herr Löschigt: Herr Jasper hatte voriges Mal seine Frage anders gestellt und hat von mir auch eine entsprechende Antwort darauf erhalten. Ich nehme nun keinen Anstand, festzustellen, daß ich es tief bedauern würde, wenn die Sache sich so zugetragen haben sollte, wie Herr Dr. Jasper sie hier vorgetragen hat. Uebrigens habe ich in jener Versammlung im Gewerkschaftshause mich davon überzeugt, daß mancher Verein von der dort herrschenden Disziplin noch viel lernen kann, denn die Selbstzucht der Redner war dort sehr groß. Ich würde es tief bedauern, wenn durch solche Maßregelungen das Gegenteil von dem eintreten würde, was damit bezweckt wird und wenn dem Arbeiter die Gelegenheit genommen würde, seine Interessen zu vertreten. Wir haben in unseren politischen Vereinen auch Redefreiheit, weshalb soll sie also der Arbeiter nicht haben? Wenn wir gegen die Gesetze verstoßen, so werden wir deswegen herangefragt und so mag es bei den Arbeitern auch sein, aber ich verlange dasselbe Recht für jeden Staatsbürger. Wenn er etwas verbrochen hat, muß er bestraft werden, gleichviel, ob er Sozialdemokrat oder Konservativer ist.

Sodann komme ich auf den Bericht zurück über die betreffende Sitzung der Landesversammlung. Ohne Herrn Kiefe in Schutz nehmen zu wollen, muß ich doch bemerken, daß ich auf einem ähnlichen Standpunkte in dieser Sache stehe wie er, denn ich habe die Maßregelung der Wirte seitens der Polizei bezüglich der Silvesternacht auch so aufgefaßt, daß die Anordnung zu spät erfolgt ist und den Wirten die Gelegenheit genommen wurde, sich dagegen zu beschweren, was seitens des Herrn Ministers auch im Landtage zugegeben ist. Es wird doch den Vertretern der Bürgerschaft wohl noch gestattet sein, sich über solche, die Öffentlichkeit angehenden Fälle zu äußern und zu sagen, was sie in solchem Falle getan haben würden. Wenn hier aber den Wirten nachträglich gesagt wird, sie hätten sollen sofort zusammenkommen und auf der Polizei gegen die Maßregelung Protest erheben, mit der Erklärung, daß sie nicht um 3 Uhr schließen würden und wenn sie auch alle bestraft würden, so ist das doch keine Aufreizung gegen die Staatsgewalt. Wir haben meiner Ansicht nach das Recht, etwa aufgefundene Mängel in öffentlichen Einrichtungen hier vorzubringen und zu rügen; wenn wir dann



unrecht haben, lassen wir uns eines Besseren belehren. Dieses Recht lasse ich mir wenigstens nicht nehmen.

Herr Jasper: Herr Stadtrat Meyer hat zugegeben, daß die Löhne der Nachtwächter an und für sich nicht ausreichend sind und deshalb einer Aufbesserung bedürftig wären, sofern die Leute nicht einen Nebenverdienst haben könnten, bezw. hätten. Ich bezweifle nun aber, daß bei den Nachtwächtern ein Nebenverdienst in nennenswertem Umfange vorhanden ist, und wenn es doch zutreffen sollte, so haben sie ihn auf Kosten ihrer Gesundheit nur deshalb sich zu verschaffen suchen müssen, weil sie nicht ausreichend gelöhnt werden. Vergewärtigen Sie sich nur, in welchem Umfange die Wächter zum Dienst herangezogen werden: um 10 oder 11 Uhr beginnt der Dienst und dauert bis 5 Uhr, dazu kommen die An- und Abmeldungen auf der Polizei, so daß die Wächter 7—8 Nachtstunden vollkommen im Dienste sind. Wenn man hierzu die Tagesstunden rechnet, während welcher sie sich durch Meldungen, Vernehmungen, Hundevorfürhungen etc. dienstlich bei der Polizei betätigen müssen, so kann die Dienstzeit als vollkommen ausreichend angesehen werden, und es kommt den städtischen Behörden nicht zu, die Leute noch auf Nebenverdienst hinzuweisen. Es widerstreitet auch der Erhöhung an sich nicht, daß sich noch Bewerber genug zu den Posten melden und wir können deshalb nicht unzureichende Löhne zahlen. Der Magistrat könnte ja sonst unter Umständen sagen, daß wir mit den Löhnen noch weiter heruntergehen könnten, weil sich bei der herrschenden Arbeitslosigkeit doch noch Leute meldeten, um für Schundlohn zu arbeiten. Uebrigens will ich die jetzigen Löhne nicht als solche bezeichnet haben. Den Antrag Esdorn bitte ich anzunehmen.

Wegen der Angelegenheit der Polizeistunde muß ich mich zunächst mit der Erklärung des Magistrates bescheiden, daß aus dem angeführten Grunde noch nichts geschehen ist, obwohl schon einige Wochen darüber vergangen sind. Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig gewesen ist, solange hiermit zu warten und zwar hauptsächlich nach den im Landtage vom Ministertische aus abgegebenen Erklärungen; ich bitte aber den Magistrat, nicht in allzulange Erwägungen über diesen Punkt einzutreten und bei dem Ersuchen an die Herzogliche Polizeidirektion auch die Momente mit zu berücksichtigen, welche ich mir erlaubt habe, heute hier zur Sprache zu bringen und die auch Herr Löschigt heute in dankenswerter Weise bestätigt hat. Wenn Herr Löschigt schon in der vorigen Sitzung die Stellung eingenommen hätte, die er heute an den Tag gelegt hat, so würde es sich wohl erübrigt haben, meine und meiner engeren Freunde Behauptung hier in Zweifel zu ziehen. Auch heute haben die Herren Stadtrat Meyer und Löschigt wieder in Zweifel gestellt, ob sich die von mir geschilderten Vorgänge tatsächlich so abgespielt haben. Herr Löschigt hat ja bestätigen müssen, daß er solche Vorgänge selbst mit erlebt hat; im übrigen sitzen hier Augen- und Ohrenzeugen genug, denen der

Vorgang bekannt ist. Es ist öffentlich behauptet worden, daß wir mit den Polizeibeamten dieserhalb verhandelt haben, aber es ist nichts daran geändert. Es sollte eigentlich nicht immer erst der Anregung aus der Versammlung bedürfen, um den Magistrat zu veranlassen, einzuschreiten, wenn an einem großen Teile der Bürger ein Unrecht geschieht, sondern es wäre Pflicht des Magistrates von Amtswegen einzuschreiten, um die Handhabung der Polizei, welche ja leider nicht in den Händen der Stadt ruht, so zu gestalten, wie es das Interesse der Allgemeinheit erfordert. Ich hoffe, daß der Magistrat das noch nachholt.

Gleichzeitig möchte ich anfragen, wie es mit der Uebertragung der Polizeiverwaltung vom Staate auf die Stadt bestellt ist, oder wie umgekehrt der Magistrat sich zu der Anregung der Staatsregierung gestellt hat, das städtische Nachtwachwesen in die Hände des Staates zu legen? Bei dieser letzteren Frage will ich darauf hinweisen, daß es dringend wünschenswert sein würde, wenn der Magistrat sich des hiesigen Nachtwachwesens mehr als bisher annehmen wollte, und zwar auch schon deshalb, weil die Herzogliche Polizeidirektion beliebt hat, eine Maßnahme einzuführen, die nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, das ist die Einführung der Polizeihunde. Diese Hunde sollen ja nach der Angabe der Herzoglichen Polizeidirektion und besonders des Polizeinspektors Bussenius vortreffliches leisten, jedoch ist diese Behauptung sehr mit einem Fragezeichen zu versehen. Es ist nämlich wiederholt vorgekommen, daß die Hunde sich nicht damit begnügt haben, verdächtige Leute zu stellen, sondern sie haben die Leute auch ganz erheblich verletzt, ohne daß diese sich auf die Flucht begeben hatten. Es sind Leute gesehen worden, die im Freien genächtigt hatten und von den Hunden aufgestöbert und blutig gebissen waren. Das ist eine Behandlung, wie man sie wilden Tieren angedeihen läßt, auf die man Jagd hält. Ich möchte also den Magistrat bitten, bei der Herzoglichen Polizeidirektion dahin vorstellig zu werden, daß die Hunde abgeschafft, oder doch deren Wirkungskreis beschränkt wird, damit solche Sachen nicht wieder vorkommen. Vielleicht ist auch der Magistrat selbst befugt, Anordnung zu treffen, daß die Hunde im Nachtwachwesen keine Verwendung mehr finden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Dr. Jasper hat beantragt, sofort höhere Lohnbeträge für die Nachtwächter in den Etat einzustellen. Ich möchte darauf hinweisen, daß heute der letzte Tag ist, an dem der Etat fertiggestellt werden muß; Sie werden mir aber zugeben, daß der Magistrat sich über derartige, verhältnismäßig wichtige Anträge erst schlüssig machen muß. Da uns andererseits daran liegt, den Etat schnell fertigzustellen, so möchte ich Herrn Esdorn ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Antrag zunächst in der Kommission vorberaten wird; die höheren Löhne könnten ja eventuell auf Beschluß der städtischen Behörden nachgezahlt werden.

Ferner hat Herr Dr. Jasper erjucht, ſich ſeitens des Magiſtrates in Sachen der Polizeistunde nicht zu langen Erwägungen hinzugeben. Ich kann darauf die Erklärung abgeben, daß wir noch nicht den zehnten Teil der Zeit darauf verwenden werden, die nötig war, um die betreffenden Anträge hier vorzubringen und zu begründen. (Zustimmung.) Ebenso liegt es auch mit den Beschwerden über die Leitung der Feuerwehr. Es ist dabei ein so vielseitiges Material vorgebracht worden, daß es uns unmöglich war, darüber kurze Notizen zu machen und darauf eine Untersuchung einzuleiten, sondern wir müssen den offiziellen Bericht über die Verhandlungen abwarten. — Endlich hat Herr Dr. Jasper noch gefragt, wie es mit der Uebernahme des Nachwachswesens durch den Staat ſtehe. Die Sache liegt ſo, daß die Herzogliche Polizeidirektion die Aufsichtsbehörde für das Nachwachswesen ist und die Stadt nur die Kosten zu tragen hat. Verhandlungen, die hieran etwas ändern könnten, ſind jetzt nicht gepflogen.

Herr Esdorn: Ich bin damit einverstanden, daß mein Antrag zunächst der Kommission überwiesen wird. Allerdings muß ich Herrn Dr. Jasper darin recht geben, daß in der Finanzkommission von Herrn Stadtrat Meyer darauf hingewiesen ist, es ſchwebten Verhandlungen, das Nachwachswesen von Staatswegen zu übernehmen. Ich bin aber der Meinung, daß wir möglichſt verſuchen ſollten, das Nachwachswesen zu behalten.

Herr Stadtrat Meyer: Ich bin in dieſem Punkte wohl mißverſtanden; denn ich habe geſagt, es hätten vor etwa zwei Jahren ſolche Verhandlungen geſchwebt, die aber an der Finanzfrage geſcheitert ſeien. Die Stadt war damals bereit, auf das ganze Nachwachswesen zu verzichten, weil ſie ja doch nur noch die Bezahlung der Wächter zu beſorgen, zur Sache ſelbſt aber wenig oder gar nichts zu ſagen hat. Unter ſolchen Umſtänden muß es dem Magiſtrate nur angenehm ſein, wenn das ganze Nachwachswesen in einer Hand vereint werden könnte, jedoch war die Abfindungsſumme, welche die Stadt zahlen ſollte, ſo hoch, daß ſie im Mißverhältnis ſtand zu den Aufwendungen, die für ein geordnetes Nachwachswesen nötig ſind. Im übrigen freue ich mich, daß niemand eine Beſchwerde gegen das Nachwachswesen als ſolches hat vorbringen können. Wenn die Verſammlung aber darauf dringen ſollte, daß der Staat das Nachwachswesen übernehmen ſoll, ſo wird letzterer meiner Ueberzeugung nach mit ſeiner Forderung nicht nachlaſſen und wir werden dann noch etwas tiefer in die Taſche greifen müſſen.

Die Mitteilungen über die Polizeihunde ſind mir neu; von hier und von außerhalb habe ich ſtets gehört, daß die Anwendung der Hunde ſich ſehr gut bewährt habe. Weßhalb haben aber die Leute nicht Beſchwerde geführt, die von den Hunden verletzt worden ſind? Es wird ja bei der beſten Einrichtung vorkommen, daß ſich einmal ein Mißſtand zeigt, aber daraus nun gleich Verallgemeinerungen zu ziehen, kann ich nicht für richtig halten. Bei Lage der Sache ſcheint es mir

auch nicht richtig zu sein, daß Herr Dr. Jasper hier erklärt, der Magistrat hätte müssen solche Sachen ohne Anregung aus der Versammlung verfolgen. Wenn der Magistrat keine Kenntniss von solchen Sachen hat, so kann ihm auch nicht vorgeworfen werden, daß er sie hätte verfolgen müssen. Wie soll der Magistrat aber Kenntniss davon bekommen, wenn er nicht Spigel hinschicken will? Die Stadtverordneten haben die Pflicht, solche Sachen dem Magistrate bekannt zu geben. Mit Rücksicht auf den allgemeinen Tatbestand den Vorwurf gegen den Magistrat zu erheben, daß er seine Pflicht nicht getan habe, ist ungerechtfertigt, und weise ich den Vorwurf zurück.

Herr Bues: Ich finde im Etat 750 M für die Kontrolle über das Nachtwachwesen und soll damit wohl auch die Tätigkeit der Polizeiverwaltung oder des Polizeiinspektors Bussenius gemeint sein, die Nachtwächter anzunehmen oder zu entlassen? In bezug hierauf möchte ich nun fragen, ob diese Annahme und Entlassung der Wächter aus freier Verfügung der Polizeiverwaltung geschieht, oder ob der Magistrat irgend welche Anweisung dazu zu geben hat. Als ich gelegentlich einen Nachtwächter fragte, ob eine Straße im Nachtwächterbegange liege, erwiderte mir der Mann, daß er das nicht sagen dürfe, weil er sonst entlassen würde. Herr Polizeiinspektor Bussenius habe gesagt, wer etwas darüber wissen wolle, der möchte zu ihm kommen. Ich halte es aber nicht für recht, daß der Wächter eine solche, im Interesse des Dienstes an ihn gerichtete Frage nicht beantworten darf. Wenn derartige Sachen jetzt schon vorkommen, so würde das bei Uebernahme des Nachtwachwesens durch den Staat noch viel schlimmer werden, da dann die Nachtwächter auch noch als Nachtpolizei in den Wirtschaften Verwendung finden würden. An den Magistrat möchte ich aber die Anfrage richten, ob der Polizeiinspektor Bussenius berechtigt ist, solche Anordnungen zu treffen.

Herr Stadtrat Meyer: Herr Bues hat die Sache wohl falsch aufgefaßt. Nach einer früheren Mitteilung hat die Auskunft des Wächters dahin gelautet, daß er nicht an der Straße vorbeiginge. Man kann ja darüber verschiedener Meinung sein, ob eine Straße innerhalb des Nachtwächterbeganges liegt, denn man darf bei Bejahung der Frage nicht unter allen Umständen annehmen, daß der Nachtwächter auch durch die Straße gehen muß. Wenn das Grundstück derartig im eigentlichen Nachtwächterbegange liegt, daß es der Wächter übersehen kann, so gehört es zum Begange. — Was die Einwirkung des Magistrates auf die Anstellung der Nachtwächter und die Handhabung des Dienstes derselben anlangt, so habe ich schon gesagt, daß der Magistrat kaum in der Lage ist, eine stärkere Einwirkung darauf auszuüben, wie er bisher schon getan hat. Bis vor etwa zwei Jahren ist der Magistrat bei der Einstellung eines Nachtwächters um sein Einverständnis ersucht worden und haben wir dann einfach ja dazu gesagt, weil wir nicht noch große Ermittlungen über die Leute anstellen konnten und außerdem auch die Polizei mit ihnen zu

arbeiten hatte. Wir wurden dann einmal gefragt, ob wir ein wesentliches Interesse daran hätten, bei der jedesmaligen Einstellung eines Wächters gefragt zu werden, worauf wir erwidert haben, daß wir einstweilen darauf verzichten wollten. Wenn das aber als ein wesentliches Recht der Stadt angesehen werden sollte, so können wir unsern Verzicht widerrufen und unser Einspruchsrecht wieder geltend machen.

Herr Wesemeier: Es ist richtig, daß der Magistrat nicht vorgehen kann, wenn ihm Beschwerden nicht zugehen und daß es Pflicht der Stadtverordneten ist, solche Beschwerden hier vorzubringen. Wie kann dem gegenüber der Herr Oberbürgermeister aber anführen, daß der Magistrat noch nicht so viele Zeit zur Beschlußfassung über unsere Beschwerden gebrauchen werde, als zur Vorbringung derselben notwendig sei. Wie diese Äußerung in der Versammlung aufgefaßt worden ist, haben Sie aus den Bravorufen von der anderen Seite entnehmen können, die doch besagen sollten, daß wir zuviel Zeit gebraucht hätten, um unsere Beschwerden hier vorzutragen. (Zustimmung.)

Um zu zeigen, wie die Sache in der Wirklichkeit liegt, möchte ich Ihnen einen solchen Vorgang kurz schildern: Bei einer Versammlung, die wir in Gegenwart eines Polizeibeamten abhielten, hatte die Uhr eben 11 Uhr ausgeschlagen, als ein Wachtmeister in die Tür kommt und fragt, ob uns der Wirt erklärt habe, wie lange die Polizeistunde sei. Ich erwiderte, daß ich ihm darauf keine Antwort gebe. Als sodann der Wirt geholt wurde und sagte, er habe bis 12 Uhr Polizeistunde, erklärte ich, daß wir dann weiter verhandeln würden. Dies durfte der Wirt aber deshalb nicht gestatten, weil ihm nach seiner Erklärung sonst die Polizeistunde allgemein auf 11 Uhr eingeschränkt worden wäre. Die Versammlung mußte daher geschlossen werden. Das ist ein so unerhörter Druck auf die Gewerkschaften, daß die Stadtverwaltung ein Interesse daran haben muß, einzugreifen. Der überwachende Beamte forderte kategorisch das Räumen des Lokals, in dem wir verhandelt hatten, wozu er kein Recht hatte, und, vom Erhabenen zum Lächerlichen scheint bei den Behörden auch nur ein Schritt zu sein, wir mußten aus dem Raume heraus, aber drei Schritte davon konnten wir in einem anderen Zimmer im Vorstande weiter verhandeln. Ich kann es aber nicht anders als eine Kinderei bezeichnen, wenn die Polizei in solcher Weise das Recht beugt. Das muß hier zur Sprache gebracht werden, und wenn die Fülle der Klagen mehr Zeit in Anspruch nimmt, als manchem Magistratsmitgliede oder manchem Stadtverordneten lieb ist, so darf uns trotzdem kein Vorwurf daraus gemacht werden.

Vorsitzender: Darf ich fragen, ob Sie sich der Anordnung des Polizeibeamten gefügt haben? (Ja.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn Herr Wesemeier sagt, ich hätte einen Tadel aussprechen wollen über die zu langen Verhandlungen der Versammlung, so kann ich darauf erklären, daß mir das vollständig fern gelegen hat. Wir Mit-

glieder des Magistrates sind bezahlte Beamte und haben die Pflicht zuzuhören, wenn Sie Ihre Sachen hier vorbringen; ich kann mir auch gar nichts Interessanteres denken als solchen Debatten beizuwohnen. (Heiterkeit.) Die Sache verhält sich folgendermaßen: Herr Dr. Jasper hatte ersucht, wir möchten uns in der Polizeistunden-Angelegenheit schleunigst schlüssig werden, worauf ich ihm erwidern konnte, daß wir das in kaum dem zehnten Teile der Zeit besorgen würden, die nötig gewesen sei, um die Sache hier vorzubringen. Darin sollte ein Vorwurf wegen der langen Debatten nicht liegen. Dagegen bin ich der Ansicht, daß für manchen Stadtverordneten, der stark beschäftigt ist, diese ausgedehnten Debatten weniger angenehm sein mögen, weil es ihm beim besten Willen an Zeit gebricht. Für uns kommt das aber nicht in Frage, darum reden Sie, solange Sie wollen.

Vorsitzender: Meine eben gestellte Frage hatte ihren Grund in einer Aeußerung des Herrn Löschigk. Ich hatte Herrn Löschigk so verstanden, daß er meinte, wenn an ihn, bezw. an andere Bürger unter gleichen Verhältnissen die Aufforderung ergangen wäre, eine Versammlung zu schließen, oder auseinanderzugehen, so würde er sich nicht gefügt haben, und das wäre auch kein Widerstand gegen die Staatsgewalt gewesen. Diese Aeußerung will Herr Löschigk aber nach privater Mitteilung nicht getan haben. Ich bringe dieses zur Sprache, weil ich befürchte, daß jemand die gleiche Auffassung von der Aeußerung gehabt haben könnte.

Herr Löschigk: Ich habe nur von der Silvesternacht gesprochen und meine Ansicht dahin geäußert, daß ich den Gastwirten empfohlen hätte, sie hätten müssen sofort zusammenkommen und sich in corpore bei der Herzoglichen Polizeidirektion beschweren. Der Herr Minister Hartweg hat im Landtage selbst anerkannt, daß das Vorgehen der Polizei in dieser Sache zu tadeln wäre. In solcher Aufforderung der Wirte, bei der Polizei beschwerdeführend vorzugehen, kann doch keine Aufreizung erblickt werden.

Vorsitzender: Ich bedaure, Herrn Löschigk mißverstanden zu haben. Korrekt ist allein das Vorgehen des Herrn Wesemeier gewesen.

Herr Jasper: Ich hatte gefragt, wie sich das Verhältnis zwischen Staat und Stadt hinsichtlich des Nachtwachwesens und des ganzen Polizeiwesens überhaupt gestaltet. Bezüglich des Nachtwachwesens habe ich die Antwort erhalten, daß sich die Aeußerung des Herrn Stadtrat Meyer in der Finanzkommission auf Verhandlungen bezogen habe, die zwei Jahre zurückliegen. Es ist mir lieb, daß jetzt solche Verhandlungen nicht schweben, denn mir wäre nichts unangenehmer, als wenn uns das bißchen Recht über das Nachtwachwesen auch noch genommen werden sollte. Ich habe aber keine Antwort auf die Frage bekommen, ob etwa Verhandlungen schweben wegen Uebertragung des sonstigen Polizeiwesens von dem Staate auf die Stadt. Gerade mit Rücksicht auf die letzten Vorgänge würde ich es für wünschens-

wert halten, daß das ganze Polizeiwesen auf die Stadt überginge und dadurch die alten Klagen über die Handhabung der Polizeigewalt verstümmten. Meiner Ueberzeugung nach würde nach der Ueberweisung der Polizei an die Stadt den gesamten Interessen der Stadt, namentlich auch deren Verkehrsinteressen mehr Rechnung getragen als bisher.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache hat sich in der Weise historisch entwickelt, daß der Staat die Polizeiverwaltung von Anfang an in Händen hatte. In anderen Residenz- und größeren Provinzialstädten ist die Polizei ebenfalls staatlich. Es sind auch wegen Ueberganges der Polizeigewalt auf die Stadt hier keinerlei Verhandlungen gepflogen und ich bezweifle, daß der Staat sich darauf einlassen würde, das gesamte Polizeiwesen in die Hände der Stadt zu legen. Vielleicht können indessen einige Zweige der Polizeiverwaltung auf die Stadt übergehen, wie das mit der Baupolizei schon der Fall ist, und will ich nur darauf hinweisen, daß z. B. die Gesundheitspolizei von der Stadt allein besorgt werden könnte.

Herr Stadtrat Meyer: Eine vor etwa 15 Jahren an das Herzogliche Staatsministerium gerichtete Frage, ob die Stadt nicht das gesamte Nachtwachwesen bekommen könnte, ist ablehnend beantwortet worden mit der Begründung, daß der Staat von dem, was er in bezug auf das Nachtwachwesen der Stadt in der Hand hätte, nichts entbehren könnte. Deshalb halte ich es für vollständig ausgeschlossen, daß sogar die eigentliche Polizeiverwaltung auf die Stadt übergehen könnte, und möchte ich anheimgeben, derartige Anträge nicht zu stellen, weil sie doch keine praktische Bedeutung haben würden.

Herr Vues: Im § 4 des Gesetzes, die öffentlichen Tanzmusiken betreffend, vom 31. Mai 1882, heißt es, daß in der Stadt Braunschweig sich die Herzogliche Polizeidirektion mit dem Stadtmagistrate wegen Bemessung der Tanzsteuer ins Einvernehmen zu setzen habe. Ich kann gar nicht annehmen, daß dieser Bestimmung bisher entsprochen ist, sonst könnte die Tanzsteuer nicht so ungleichmäßig und sprungweise eingezogen werden. Die Festsetzung dieser Steuer scheint der Laune des betreffenden Beamten gemäß zu erfolgen. Ein Verein zahlt 3 M, ein anderer 7 M, ein dritter 15 M usw. für ein Tanzvergnügen von gleicher Ausdehnung. Für den Silvesterabend, an dem die Tanzerei um 8 Uhr begann und um 2 Uhr vorbei war, wurden 18 M für einen Tanzschein gefordert, während sonst nur 10–15 M genommen sind. Ich möchte bitten, das gesetzliche Recht des Magistrates bei Festsetzung der Tanzsteuer in Zukunft auch ausüben zu lassen.

Herr Löschigk: Nicht nur die öffentlichen Tanzmusiken, sondern auch die Tanzvergnügungen in der Familie unterliegen hier manchen Beschränkungen. Es kommt nämlich vor, daß der Tanzschein für einen Tanzstunden-Nach Tanz abgeschlagen wird, weil in dem Monate schon einmal getanzt ist und es zur Begründung

heißt, es sei genug getanzt. Wenn in solchem Falle der Saal schon bestellt ist, kommt man in die größte Verlegenheit. Ich habe mich in einem derartigen Falle an den Herrn Minister gewandt, welcher auch anerkannt hat, daß solche Vergnügungen nicht zu den öffentlichen Tanzlustbarkeiten gehören.

Herr Koch: Nachdem vor mehr als Jahresfrist die neue Rechtschreibung eingeführt worden ist, möchte ich den Magistrat bitten, auch auf den Schildern zur Bezeichnung der Straßen diese Rechtschreibung anwenden zu lassen.

#### Kap. X. Straßen- und Kanalbau:

Einnahme 160 500 M.

Ausgabe 374 300 M.

Herr Fiedel: Der Zuschuß aus dem Kreisfonds ist gegen das Vorjahr erheblich geringer geworden (27 000: 46 500 M.), weil dieser Fonds jetzt nicht mehr Geld übrig hat.

Herr Weichsel: Ich möchte die Aufmerksamkeit des Magistrates auf den traurigen Zustand der Wilhelmstraße von der Fallerleber- bis zur Wendestraße lenken. Wenn ich die geehrten Herren einmal auf Rädern über die Strecke führen könnte, so würde ich jeder Begründung enthoben sein, aber auch dem Fußgänger muß es einleuchten, wie schlecht die Straße ist. Da diese Strecke ganz vergessen zu sein scheint, so bitte ich, sie bald zu berücksichtigen.

Herr Alßmann: Ich möchte an den Magistrat die Anfrage richten, ob eine Einigung mit den Anliegern der Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße erfolgt ist und diese Straße nunmehr ausgebaut werden kann?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich kann leider nur erklären, daß die Verhandlungen gescheitert sind.

Herr Kieke: Unter den zum Ausbau vorgesehenen Straßen vermiße ich die Höfenstraße, über welche hier schon so lange und so oft verhandelt worden ist und deren Ausbau wir am 5. März 1903 beschlossen haben. Es sind gegen den Ausbau allerdings eine Anzahl Einsprachen erhoben, aber andererseits sind verschiedene Anlieger auch wieder wegen des Ausbaues vorstellig geworden. Die Straße muß höher gelegt werden, weil auch die angrenzenden Straßen eine höhere Lage haben und sie allein sich noch in ihrem Drecke herumtreibt, auch die Fäkalien nicht los werden kann. Es soll den Anliegern bekannt gegeben sein, daß die Straße nicht gemacht werden kann, weil eine Einigung mit Herrn Lange nicht zu erzielen sei. Wenn dieser Herr aber nicht einsieht, daß er sich besser steht, wenn sein Grundstück arrondiert wird, so muß er eben gezwungen werden, den Ausbau zu genehmigen.

Herr Stadtrat Meyer: Im Kap. IV des außerordentlichen Etats finden Sie als erste Rate für den Ausbau der Höfenstraße 26 000 M. ausgeworfen, so daß dem Wunsche des Herrn Kieke bereits Rechnung getragen ist. Der Ausbau ist nur dadurch verzögert, daß das Expropriationsverfahren nicht hat umgangen



werden können, jedoch hoffe ich, daß in längstens sechs Wochen mit dem Ausbau vorgegangen werden kann.

### Kap. XI. Gemeindesteuern:

Einnahme 2 920 800 M.

Ausgabe 8400 M.

Dieses Kapitel wird erst später zur Erledigung gelangen.

### Kap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 44 220 M.

Ausgabe 53 800 M.

### Kap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 45 400 M.

Ausgabe 376 100 M.

Herr Müller: Ich glaube, Sie werden mit mir einverstanden sein, daß die Vergütung für unseren Protokollführer und unseren Stenographen zu gering ist für die Arbeit, welche jetzt von ihnen geleistet werden muß. Ich werde keinen Antrag stellen, möchte aber den Magistrat bitten, eine Erhöhung der Remuneration beider vielleicht auf 300 M und 1200 M eintreten zu lassen. Die Sitzungen werden jetzt derart in die Länge gezogen, daß die Berichte die doppelte Arbeit und noch mehr gegen früher erfordern und es erscheint nicht unbillig, wenn man das Einkommen der beiden Herren entsprechend erhöht.

Herr Hauswaldt: Ich will mich der Anregung gern anschließen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal anfragen, woran es liegt, daß die Berichte über unsere Verhandlungen so spät in unseren Besitz kommen? So haben wir den Bericht über die Verhandlungen vom 18. Februar heute noch nicht erhalten. Die Berichte verlieren aber ihren Wert, wenn sie erst nach Monaten erscheinen. Wir haben es im Landtage fertig gebracht, die Berichte in kurzer Zeit zu erhalten, und müßte es auch hier möglich sein, sie innerhalb acht Tagen gedruckt zu erhalten. Wenn die Waisenhausdruckerei das nicht leisten kann, so gibt es ja noch andere Druckereien in der Stadt, welche die Arbeit schnell erledigen. Ich möchte den Magistrat bitten, hier einzugreifen.

Ferner möchte ich wiederholt anfragen, ob es nicht möglich sein sollte, ein architektonisch ausgebautes Tintenfaß herzustellen, das sich der übrigen Einrichtung des Rathaussaales anschließt.

Herr Peplies: Nach dem letzten Jahresberichte über das Arbeitsamt ist die Vermittlung in bezug auf die Dienstboten noch sehr gering gewesen; es sind nämlich nur 20 Arbeiterinnen und 70 Dienstboten vermittelt worden. Bekanntlich herrschen auf diesem Gebiete die allergrößten Uebelstände, die kürzlich sogar zu einem Ministerialerlasse geführt haben, der eine Besserung bezweckt. Es muß daher alles versucht werden, um diesen Vermittlungszweig zu heben, und erlaube ich mir, zu diesem Zwecke einige Vorschläge zu machen, die im Ausschusse nachgeprüft

werden können. Zunächst möchte ich anregen, daß durch ein Zirkularschreiben an die Herzogliche Polizeidirektion und an die Ortsvorsteher der benachbarten Gemeinden auf die Vermittlung durch das Arbeitsamt hingewiesen würde. Wenn auch die alte Gewohnheit, sich bei dem Suchen nach einer Stelle an die Kommissionäre zu wenden, eine Rolle mitspielen mag, so muß doch stadtseitig alles versucht werden, das Vermittlungsamt möglichst auszudehnen.

Ferner möchte ich vorschlagen, eine besondere Vermittlungsstelle für weibliche Dienstboten mit einem weiblichen Geschäftsführer einzurichten, weil die Dienstboten doch wohl mehr Verständnis bei Geschlechtsgenossen zu finden hoffen, als wenn sie sich an männliche Beamte wenden müssen. Es müßte allerdings die Leiterin der Stelle den Dienstboten nach allen Richtungen hin imponieren. Wenn durch solche Einrichtung auch eine Mehrausgabe von einigen tausend Mark erwachsen sollte, so dürfte es doch auf diesen Betrag nicht ankommen, wenn der beabsichtigte Zweck damit erreicht wird. Ich bitte, diese Anregungen einer Prüfung unterziehen zu wollen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bin bereit, die Anregungen dem Ausschusse für das Arbeitsamt mitzuteilen. Gleichzeitig möchte ich aber darauf hinweisen, daß eine nicht unwirksame Reklame dadurch für das Arbeitsamt gemacht wird, daß in alle Krankenkassenbücher der Gemeinsamen Ortskrankenkasse vorn an leicht sichtbarer Stelle ein roter Zettel eingeklebt ist, in dem auf die unentgeltliche Vermittlung von Stellen durch das Arbeitsamt hingewiesen wird. Auch mit der Herzoglichen Polizeidirektion haben wir uns wegen der Stellenvermittlung in Verbindung gesetzt und ist uns diese in sehr dankenswerter Weise dadurch entgegengekommen, daß sie uns ein Verzeichnis der ihr bekannt gewordenen empfehlenswerten Quartiere für stellenlose Dienstboten mitgeteilt hat. Endlich will ich noch darauf hinweisen, daß die Dienstbotenvermittlung in den Nachmittagsstunden stattfindet, während die übrigen Arbeitsvermittlungen vormittags vorgenommen werden.

#### Kap. XIV. Insgemein:

Einnahme 79 883,33 M.

Ausgabe 15 230,83 M.

Herr Hauswaldt: Ich möchte Sie bitten, die erste Position der Ausgabe: „Jahresbeitrag an die Kasse des Braunschweigischen Städtetages 50 M“, zu streichen. Es soll der Antrag keine Ersparnismaßnahme sein, auch habe ich gegen den Städtetag sonst nichts einzuwenden, denn ich erkenne an, daß dort nützliche Sachen von allgemeinem Interesse beraten werden, aber es ist andererseits wohl auch klar, daß das größte Interesse an dem Städtetage die sogenannten kleinen und mittleren Städte haben, während wir ein direktes Interesse an den zur Verhandlung kommenden Sachen so gut wie gar nicht besitzen. Es ist bisher immer als selbstverständlich angenommen, daß wir mit unseren Schwesterstädten gemeinschaftlich vorgehen, wenn es sich um Sachen handelte, die nur im Zusammen-

wirken mit der großen Schwesterstadt durchzuführen waren. Nun habe ich aber die Empfindung, wenn von unserer Seite, dem Wasserkopfe Braunschweig, den kleineren Schwesterstädten ein derartiges liebenswürdiges Entgegenkommen gezeigt wird, auch bei diesen eine gewisse Verpflichtung, uns entgegenzukommen, vorliegen dürfte. Das habe ich aber im Landtage schwer entbehrt. Ich will durchaus nicht verlangen, daß die Vertreter der kleineren Städte in unserm Interesse stimmen sollen, wohl aber durften wir erwarten, daß die Herren aus den kleineren Städten nicht einseitig gegen die Stadt Braunschweig vorgingen, wie z. B. bei der Bildung der Kommissionen. So ist es uns z. B. nicht möglich gewesen, in die sehr wichtige Kommission des Innern, welche in dieser Session schon vier wichtige Gesetze, die für uns von besonderem Interesse waren, vorberaten hat, mehr als meine Person aus der Stadt Braunschweig hineinzubringen. Ich habe dies als eine bittere Rücksichtslosigkeit der kleineren Schwesterstädte gegenüber der Hauptstadt des Landes empfunden, und ich sehe deshalb nicht ein, weshalb wir mit diesen Städten noch zusammengehen sollen. Wenn wir bei solcher Gelegenheit nicht einmal eine billige Rücksichtnahme auf uns erwarten können, so empfiehlt es sich auch, die 50 M. zu streichen, um zu dokumentieren, daß wir uns das nicht gefallen lassen wollen. Wie die Stimmung der kleineren Städte des Landes gegen uns ist, können Sie auch aus dem seltsamen Erguß des Bürgermeisters von Stutterheim in Bad Harzburg erkennen, der nicht unerhebliche Druckkosten aufgewendet hat, um zu beweisen, wie schädlich die Stadt Braunschweig für das Herzogtum wirke und was alles geschehen müsse, um die überschießende Macht der Stadt Braunschweig zu brechen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte bitten, dem Antrage sowohl aus sachlichen, wie aus formellen Gründen nicht stattzugeben. Ich verstehe es vollkommen, wenn Herrn Hauswaldt aus gewissen Vorgängen der letzteren Zeit bittere Empfindungen angewandelt sind, besonders auch mit Rücksicht auf das Vorgehen von Harzburg gegen Braunschweig. In meiner Eigenschaft als Mitglied des Vorstandes des Städtetages würde ich übrigens der letzte sein, welcher noch geneigt wäre, gemeinsam mit den Vertretern der anderen Städte zu wirken, wenn von diesen Herren nicht die schuldige Rücksicht auf die Bedeutung der Stadt Braunschweig genommen würde. Meiner Ansicht nach richten sich die Vorwürfe des Herrn Hauswaldt nicht an die richtige Adresse, denn der Städtetag als solcher ist an dem Geschehenen unschuldig.

Die Entwicklung des Städtetages ist aber die folgende gewesen: Man wollte zuerst einen Städtetag der Kreis- und Landstädte des Herzogtums bilden und richtete an die Stadt Braunschweig die Bitte, sich an den Verhandlungen gewissermaßen als Gast zu beteiligen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Stadtrat Schöttler aber, daß die Stadt Braunschweig großen Wert darauf legen müsse, dem

Städtetage als Mitglied anzugehören, und hat sich der Städtetag diesem Wunsche gefügt. Es hat sodann eine lange Reihe von Jahren hindurch der Städtetag den Brennpunkt und Sammelplatz geboten, um städtische Angelegenheiten zu erörtern, und sind dort Verhandlungen gepflogen, die auch für die Stadt Braunschweig von Bedeutung waren: so hat uns z. B. Herr Brückmann in Holzminden einen Vortrag über die Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen gehalten, Herr Professor Masius will über die Frage der Schulärzte sprechen, die Städteordnung ist durchgesprochen, kurz, es sind Anregungen herüber und hinüber gegangen. Man soll daher dieses freundschaftliche und schwesterliche Verhältnis nicht ohne zwingende Gründe stören. Ich glaube auch, daß noch keine Veranlassung vorliegt, das schwere Geschütz des Herrn Hauswaldt hier vorfahren zu lassen. Es wird sich wohl auf dem nächsten Städtetage Gelegenheit bieten, den Herren, wenn auch nicht in so bitterer Form, die hier vorgetragenen Wünsche vorzuführen, und habe ich das gute Zutrauen zu den übrigen Städten, daß sie diesen Wünschen sich nicht verschließen werden. Was den formellen Grund für die Ablehnung des Antrages betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß nach den Satzungen des Städtetages der Beitrag zu Beginn eines jeden Kalenderjahres zu entrichten ist, also für das Jahr 1904 schon entrichtet werden mußte. Ich glaube, daß diese Erörterungen genügen werden, um in den Vertretern der Schwesterstädte das Gefühl aufkommen zu lassen, daß Einigkeit stark macht, und wir nicht sagen: der Starke ist am mächtigsten allein!

Herr Buchler: Ich würde es für verkehrt halten, die kleineren Städte in dieser Weise gewissermaßen bestrafen zu wollen. Die Einwirkung, welche die Stadt Braunschweig auf die anderen Städte haben möchte, wird dadurch jedenfalls nicht gestärkt, daß dieser Beitrag gestrichen wird.

Herr Jasper: Ich kann dem Antrage Hauswaldt und seiner Begründung nur zustimmen, auch haben mich die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg eines Besseren nicht überzeugt. Die vom Städtetage bislang behandelten Gegenstände haben kein Zeugnis dafür abgelegt, daß unsere Stadt ein großes Interesse daran hat, den Städtetag, welcher hauptsächlich für die kleineren Städte unterhalten wird, zu unterstützen. Wenn wir formell nicht in der Lage sein sollten, den Beitrag für 1904 zu streichen, so würde dieses auf einem vorläufigen Vorgehen des Magistrates beruhen. (Widerspruch am Magistratsstische.) Wir haben den Betrag noch nicht bewilligt, infolgedessen kann er gestrichen werden. Herrn Stadtrat von Frankenberg kann ich nur insofern beipflichten, als der Antrag Hauswaldt nur ein kleines Mittel ist und sich zum Teil an die unrichtige Adresse wendet. Großes werden wir mit der Streichung nicht erreichen, ja, wir werden damit kaum erziehlisch auf die Schwesterstädte einwirken und bringen hierdurch nur zum Ausdruck, daß die Interessen des Wasserkopfes Braunschweig andere sind, als

die der anderen braunschweigischen Städte und wir auch kein Interesse daran haben, mit diesen formell noch weiter zusammenzugehen.

Wenn Herr Hauswaldt aber hofft, den Einfluß Braunschweigs im Landtage durch ein Zusammengehen mit den übrigen Städten stärken zu können, so richtet er sich an die falsche Adresse, denn dieses kann nur durch die Schaffung eines anderen Wahlrechtes für den Landtag geschehen, eines Wahlrechtes, nach welchem man der Bevölkerungsziffer und der wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt Braunschweig gerecht würde. Sofern er das Wahlrecht in der Weise ändern will, daß die 130 000 Einwohner unserer Stadt denselben Einfluß im Landtage erhalten wie die übrigen Landesbewohner im Verhältnis ihrer Zahl, so würde er auf dem richtigen Wege sein. Hoffentlich wird Herr Hauswaldt im Landtage für eine grundlegende Reform des Wahlrechtes eintreten, dann kann er auch noch erleben, daß er in die Kommission des Innern kommt.

Herr Blasius: Ich bedauere außerordentlich, daß es nicht gelungen ist, in die Kommission des Innern mehr Braunschweiger hineinzubringen, jedoch kann das für uns keine Veranlassung sein, die 50 M nicht zu bewilligen, denn solche Maßregel würde mir doch sehr kleinlich erscheinen. Wenn Herr Hauswaldt aber ein besseres Gemeinschaftsverhältnis zwischen den braunschweigischen Städten anbahnen will, so möge er doch den Städtetag besuchen und wollen wir ihn gern dahin abordnen. (Heiterkeit.) Ich möchte aber dringend bitten, die 50 M im Etat stehen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte den Magistrat dagegen in Schutz nehmen, daß er einseitig in dieser Sache vorgegangen sein soll. Herr Jasper ist noch nicht lange genug Mitglied dieser Versammlung, sonst würde er wissen, daß der Magistrat mit Zustimmung der Versammlung Mitglied des Städtetages geworden und als solches zur Beitragszahlung verpflichtet ist.

Herr Günther: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Jasper nur anschließen. Der Städtetag war für uns immer ein Schmerzenskind, denn es wollte sich niemals jemand hineinwählen lassen. Außerdem hat er auch keine besondere Bedeutung, weil ihm eine Exekutive nicht zusteht. Was die Zurücksetzung der städtischen Vertreter im Landtage bei Besetzung der Kommissionen betrifft, so geht es uns hier ebenso; wir haben nur noch keine Mittel, uns in dieser Weise zu rächen.

Herr Hauswaldt: Ich habe selbstverständlich nicht beabsichtigt, durch Streichung der 50 M den Städtetag zu schädigen, denn von so kurzem Verstande bin ich nicht, um darin eine Schädigung des Städtetages zu erblicken. Da mit der Streichung der Austritt aus dem Städtetage verbunden sein würde und dies aus formellen Gründen augenblicklich gar nicht angängig ist, so will ich mich damit begnügen, daß Herr Stadtrat von Frankenberg als Vorsitzender des Städtetages

Gelegenheit nimmt, auf dem nächsten Städtetage diese Sache zur Sprache zu bringen. Wir lag daran, darauf hinzuweisen, daß die im Städtetage vereinten Städte auch zusammenhalten müssen, während die anderen Städte, welche doch meist identische Interessen mit uns haben, im Landtage stets gegen uns vorgehen. Einen Antrag auf Streichung der 50 M will ich nicht gestellt haben.

Herr Meyerhoff: Ich wollte konstatieren, daß Herr Hauswaldt ganz im Sinne der übrigen städtischen Abgeordneten gehandelt hat. Wenn ich mir auch keine Wirkung von einem solchen Antrage versprechen würde, so halte ich es doch für meine Pflicht und Schuldigkeit, Herrn Hauswaldt in seinen Bestrebungen zu unterstützen, und ich ersuche Herrn Stadtrat von Frankenberg, darauf hinzuwirken, daß in den kleineren Städten mehr Sympathie für Braunschweig aufkommt.

Vorhin ist auch davon die Rede gewesen, daß die Polizei vom Staate auf die Stadt übergehen möchte. Im Landtage wird ja aber der Stadt gerade vorgeworfen, daß der Staat die Polizei für die Stadt erhalten und 200 000 M jährlich dafür aufwenden müßte. Als wir uns vorgenommen hatten, wegen der Herabsetzung der Beiträge zur Landesbrandkasse im Landtage vorstellig zu werden, da traten uns die sämtlichen Abgeordneten mit der Erklärung entgegen, daß sie dann anregen würden, die hiesige Polizei vom Staate auf die Stadt zu übertragen. (Rufe: Sehr gut!) Sie sagen „sehr gut“; ich möchte aber wohl wissen, ob wir unsern Etat in der Weise noch belasten können, ohne zu einer Steuererhöhung schreiten zu müssen. Also nicht immer gleich losgehen und sagen, wir müssen die Polizei haben; rühren Sie nicht daran, ehe nicht von anderer Seite daran gerührt wird.

Herr Rieke: Die Sache wirbelt mehr Staub auf, als sie wert ist. Die Städtetage sind nichts als eine Formalität. Ich erinnere mich, daß vor Jahren im Neustadtrathause niemand zum Städtetage gewählt sein wollte und der damalige Vorsitzende schließlich sagte: schicken wir doch die beiden Vültemänner hin, und die schoben dann auch los. (Heiterkeit.) Ich sehe gar nicht ein, daß die Uebernahme der Polizei so schlimm für die Stadt sein soll; so gut, wie die kleinen Landstädte sie tragen können, werden wir wohl auch dazu imstande sein, so daß unser Oberbürgermeister dann erst das wirkliche Haupt der Stadt ist. Selbstverständlich reicht das, was Herr Hauswaldt will, nicht aus, um die Herren aus den kleinen Städten eines Besseren zu belehren. Geben Sie uns das Geld aus der Landesbrandkasse heraus, was uns zukommt, oder überlassen Sie uns diese Kasse für die Stadt allein, so haben wir Geld genug zur Bezahlung der Polizei. Erst nach Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes für den Landtag würden alle diese Klagen verstummen.

Herr Herzberg: Ich nehme den Antrag Hauswaldt wieder auf.

Dieser Antrag wird sodann abgelehnt.

Nunmehr wird zurückgegriffen auf Kap. XI, Gemeindesteuern.

Herr Stegmann: Zu den Bürgerrechtsgewinngeldern möchte ich bemerken, ohne einen Antrag auf deren Aufhebung stellen zu wollen, daß sich einige Mißstände bei der Erwerbung des Bürgerrechts hier geltend gemacht haben. Wenn einmal eine Erwerbung des Bürgerrechts besteht, so erscheint es mir selbstverständlich, daß man die Schwierigkeiten, welche dem Erwerbe entgegenstehen, wenigstens nach Möglichkeit herabzumindern sucht. Für geborene Braunschweiger ist es wohl leicht, das Bürgerrecht zu erwerben, jedoch ist dieser Erwerb für die aus anderen deutschen Bundesstaaten zugezogenen Anwohner mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Man muß zunächst einen Staatsangehörigkeits-Ausweis beschaffen, zu deren Erlangung man sich schriftlich an die Heimatbehörde wenden muß, unter Beifügung eines glaubhaften Altersnachweises, der auch erst gegen Bezahlung beschafft werden muß. Kommt nun aber der Fall vor, daß eine Ungenauigkeit in den Personalien vorliegt, so wird wieder zurückgeschrieben und der Fehler muß verbessert werden. Die Behörden leiden aber nicht an besonderer Fixigkeit; es gehen oft Wochen, ja Monate darüber hin, bis man alle Papiere beschafft hat. Bei einem so komplizierten Apparate verliert schließlich ein Arbeiter, der nicht gut mit der Feder umzugehen weiß, die Lust, überhaupt Bürger zu werden. Da nun der Magistrat die Pflicht hat, die betreffenden Einwohner, sobald sie ein Jahr hier wohnen, aufzufordern, das Bürgerrecht zu erwerben, so müssen die Leute auch in der Beibringung der erforderlichen Papiere dadurch unterstützt werden, daß der Magistrat ihnen diese Arbeit abnimmt und sie selbst besorgt. Für die städtischen Behörden ist es eine recht kleine Sache, solche Papiere zu beschaffen, während es einem einfachen Manne schwer fällt, die Schreibereien zu besorgen. Die betreffenden Einwohner könnten nach dem Magistrat vorgeladen werden, man nimmt mit ihnen die Personalien auf und besorgt dann die Schreiberei. Den Behörden würden bei der Erlangung der Papiere nicht solche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, als Privatpersonen, so daß eine viel schnellere Erledigung stattfinden würde. Die hierdurch entstehenden Portokosten usw. müßten allerdings von dem betreffenden Einwohner gezahlt werden. Um den städtischen Behörden nicht allzuviel Schreibereien zu machen, könnten vielleicht praktisch eingerichtete Formulare hergestellt werden. Es hat sich dabei ferner als ein Mißstand herausgestellt, daß zur Feststellung der Staatsangehörigkeit auch für jedes Kind ein Geburtschein beigebracht und mit 50 Pfennigen bezahlt werden muß. Das halte ich für einen grenzenlosen Bureaukratismus. Warum kann nicht das betreffende Bureau sich von dem andern Bureau einfach die Auskunft über den Geburtstag der Kinder geben lassen, was dann unentgeltlich geschehen könnte. Sollte man aber wirklich der Meinung sein, der betreffende Einwohner müßte zahlen, so könnte doch ein einziger Schein für sämtliche Kinder ausfertigt werden, nicht aber für jedes Kind ein besonderer Schein. Wenn man berücksichtigt, welche

Zeitversäumnis neben den Kosten hierbei noch in Betracht kommt, so muß man unbedingt für eine Beseitigung dieses Bureaokratismus eintreten. Will man nämlich auf dem Standesamt eine auch noch so geringfügige Bescheinigung haben, die sich in aller kürzester Zeit erledigen ließe, dann heißt es, den andern Tag wieder kommen; es wird einem Arbeiter also recht schwer gemacht, alle die notwendigen Papiere zu beschaffen. Es sind mir Fälle bekannt, daß ein Vater mit vielen Kindern über 12 M. Gebühren für die Erwerbung des Bürgerrechtes hat bezahlen müssen, was ich geradezu als eine Geldschneiderei bezeichnen muß. Ich möchte bitten, diese im Interesse der Stadt liegenden Wünsche zu berücksichtigen.

Herr Stadtrat Meyer: Die sämtlichen hier vorgetragenen Wünsche zu berücksichtigen ist der Magistrat nicht in der Lage. Es scheint mir fast, als ob Herr Stegmann in seinen Ausführungen nicht vollständig getrennt hat die Verpflichtung zum Erwerbe des Bürgerrechtes und die Möglichkeit, die braunschweigische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Die letztere ist ja die Voraussetzung zum Erwerbe des Bürgerrechtes. Wer schon braunschweigischer Staatsangehöriger ist, wird beim Erwerbe des Bürgerrechtes keine Schwierigkeiten haben, sondern die Schwierigkeiten stellen sich nur ein, wenn Anträge auf Zulassung zur braunschweigischen Staatsangehörigkeit einlaufen, und diese Schwierigkeiten kann der Magistrat nicht ohne weiteres aus dem Wege räumen. Es soll zugegeben werden, daß solchen Personen, welche nicht gewohnt sind mit Behörden zu verkehren, es schwer wird, die erforderlichen Scheine zu erhalten. Die Schwierigkeiten liegen aber im Gesetz begründet. Es ist besonders vorgeschrieben, eine Geburtsurkunde über die Kinder des Betreffenden beizubringen, und zwar ist dieses um so notwendiger, wenn die Kinder außerhalb geboren sind. Daß es aber an Entgegenkommen innerhalb der städtischen Verwaltung dabei nicht fehlt, glaube ich bestimmt versichern zu können und führe ich nur als Beispiel an, daß ich in einem Falle einmal im Interesse eines hiesigen Einwohners eine lange Korrespondenz mit russischen Behörde gepflogen habe. Es ist mir in dem Falle aber doch möglich geworden, nach langen Verhandlungen die Atteste aus Rußland zu bekommen. Solche Arbeiten gehen allerdings über die Verpflichtungen der Magistratsmitglieder hinaus und immer ist das auch nicht möglich, namentlich wenn sich die Anträge häufen sollten. Von Seiten der Stadt sollen also niemandem Schwierigkeiten bereitet werden.

Herr Bunge: Ich muß dem Herrn Stadtrat Meyer recht geben, daß den geborenen Braunschweigern keine Schwierigkeiten bei der Erlangung des Bürgerrechtes bereitet werden. Die Schwierigkeiten entstehen aber schon dann, wenn jemand in Braunschweig geboren ist, dessen Vater oder Großvater aber zugezogen und nicht Bürger geworden ist; solche Leute haben eine solche Menge Papiere beizubringen, daß schon 14—16 M. Kosten dadurch entstanden sind. Gewisse Weiterungen oder Schwierigkeiten entstehen aber auch hier insofern, als bis vor



etwa drei Jahren hier der Impffchein der Kinder genügt, während jetzt der Geburtsschein verlangt wird. Wenn ein Ausländer das Bürgerrecht hier erwerben will, so werden teilweise die Geburtscheine der Kinder vom Landratsamte verlangt. Besitzt er aber schon die braunschweigische Staatsangehörigkeit und will nur noch das Bürgerrecht erwerben, so dürfte eigentlich kein Interesse mehr vorliegen, diese Scheine nochmals zu verlangen und möchte ein Impffchein genügen. Vielleicht kann der Magistrat veranlassen, daß diese Sache etwas einfacher und billiger geregelt wird.

Herr Stadtrat Meyer: Der Magistrat hat hierüber gar nicht zu befinden, sondern die Anweisung erfolgt durch die staatlichen Behörden. Wenn es übrigens recht ist, daß von solchen Personen, bei denen die braunschweigische Staatsangehörigkeit des Vaters feststeht, auch noch einmal Geburtscheine der Kinder eingefordert werden, so möchte dieses vielleicht überflüssig erscheinen und könnte dieserhalb noch einmal mit der Staatsbehörde in Verhandlung getreten werden. Wenn aber Herr Bunge meinen sollte, daß jemand, der eine geraume Zeit von Jahren hier wohnt, dadurch die braunschweigische Staatsangehörigkeit gewönne, so befindet er sich im Irrtum, denn das ist nicht der Fall.

Herr Günther: Es werden jetzt bei der Erlangung des Bürgerrechts außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, während es früher leichter war. Ich habe mich seinerzeit gar nicht so sehr zu bemühen brauchen, sondern der Magistrat hat die Korrespondenz mit meiner Heimatbehörde übernommen. Das könnte auch jetzt noch geschehen. Jedenfalls wäre es für die städtischen Behörden viel leichter die nötigen Papiere zu beschaffen, als für die hiesigen Einwohner und namentlich für die Arbeiter, die häufig garnicht wissen, an welche Behörde sie sich zu wenden haben. Es ist vorgekommen, daß j-mand die Papiere beschaffen will und nach seinem Geburtsort Leipzig schreibt, worauf er erfährt, daß sein Vater gar nicht aus Leipzig stamme, sondern aus Preußen, wohin er sich dann zu wenden gehabt hat. Solche Verhandlungen nehmen oft sehr viel Zeit in Anspruch und es kann ein halbes Jahr darüber hingehen, ehe jemand das Bürgerrecht erlangt.

Herr Fiedel: Von der Finanzkommission ist der Wunsch ausgesprochen worden, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht angängig sein würde, die direkten Steuern auf einem Zettel zu vereinigen, und ob außerdem die Steuerzahlung nicht, wie in anderen Städten, durch Anweisung auf die Reichsbank oder andere Banken erfolgen könne.

Herr Stadtrat Meyer: Ich habe schon in der Finanzkommission erklärt, daß die Frage der Vereinfachung der Steuerausreibung wiederholt im Magistrat erörtert worden ist. Selbstverständlich hat der Magistrat auch den Wunsch, die sämtlichen Steuern auf einem Zettel auszuscheiden. Nach längerer Prüfung der Frage haben wir aber davon Abstand genommen, das Ziel noch weiter zu ver-

folgen, namentlich als wir aus verschiedenen Städten, z. B. aus Magdeburg erfuhren, daß man dort probeweise die Grund-, die Einkommen- und die Gewerbesteuer auf einem Zettel ausgeschrieben habe und nachher dieselben Herren, welche diese Maßnahme veranlaßt hatten, gebeten haben, die Steuern wieder getrennt auszuscheiden. Für die Stadtverwaltung würde das Zusammenschreiben der Steuern besondere Schwierigkeiten verursachen, weil die Unterlagen dazu aus verschiedenen Rollen entnommen werden müssen, in welchen die Namen nicht in derselben Reihenfolge stehen. Die Ausschreibung müßte dann schon am 1. Oktober statt am 1. Januar beginnen. Nehmen wir an, daß auf einem Zettel die Einkommen-, die Grund- und die Gewerbesteuer zusammen stehen und es stirbt jemand, der alle drei Steuerarten zu zahlen hat, so entstehen unter Umständen große Schwierigkeiten, denn vielleicht geht das Geschäft auf X über, das Grundstück erwirbt Y und das Einkommen erhalten vier Erben, so daß sechs neue Steuerzettel geschrieben werden müssen. Da der Wechsel bei Grundstücken und Gewerbebetrieben sehr groß ist, so würde das Steuerbureau während des ganzen Jahres mit der Neuausfertigung der Steuerzettel zu tun haben. Aus diesem Grunde ist der Magistrat zu der Ueberzeugung gekommen, es bei dem bisherigen Verfahren bewenden zu lassen. Eine Vereinfachung haben wir nur insofern angestrebt, als die gleichartigen Steuern des Staates und der Gemeinde auf einem Zettel ausgeschrieben werden sollen. Dazu ist es aber notwendig, daß die Fälligkeitsfristen der Steuern gleich sind, was bislang nicht zutrifft. Wenn es dem Steuerpflichtigen überlassen bleibt, die Steuern nach seinem Belieben innerhalb einer Frist zu zahlen, so geschieht das regelmäßig erst bei Ablauf dieser Frist. Wenn also die Gemeinde-Grundsteuer in der Mitte des Monats fällig wird, die Staatsgrundsteuer aber erst später, so wird der Steuerpflichtige in den meisten Fällen die Steuern getrennt zahlen; dabei würde aber für die Stadtkasse keine Erleichterung, sondern eine Erschwerung herauskommen. Sind dagegen die Fristen gleiche, so wird es wohl angängig sein, die gleichartigen Steuern zusammen auszuscheiden, und hoffe ich, daß im nächsten Jahre eine Erleichterung für die Steuerzahler und auch für die Stadtkasse eintreten wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich will nur erwähnen, daß die Handwerkskammerbeiträge im vorigen Jahre mit unserm gemeinsamen Zettel ausgeschrieben worden sind, so daß doch schon eine gewisse Einheitlichkeit stattgefunden hat.

Herr Böschigt: Viele Gewerbetreibende und Geschäftsleute haben den Wunsch, es möchten die Steuererklärungen nicht in den letzten 14 Tagen des Kalenderjahres verschickt werden, weil dann gerade das meiste in den Geschäften zu tun sei. Da eine spätere Versendung dieser Sachen aber nicht angängig sein soll, so möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, sie 14 Tage früher zu versenden.

Herr Stadtrat Meyer: Der Wunsch ist als berechtigt anzuerkennen und ich glaube, der Magistrat kann noch einmal in Erwägung darüber eintreten, ob nicht beim Herzoglichen Staatsministerium eine andere Frist für die Steuererklärungen zu erwirken ist, denn allein kann er nichts an der bisherigen Einrichtung ändern. Sie werden sich erinnern, daß früher die Frist bis in das neue Jahr hinüberging; wir haben es indessen für richtiger befunden, sie in das alte Jahr zurückzulegen, damit für viele Einwohner die Notwendigkeit abgeschnitten wurde, der Steuerpflicht schon das letzte, kaum abgeschlossene Jahr zu Grunde zu legen. Ich glaube, daß die Frist von der Stadt auch schon um deswillen nicht gut nach vorn geschoben werden kann, weil wir auch darauf hingewirkt haben, daß als Unterlage der am 1. Oktober verteilte Hausbogen angenommen werde. Für die Stadtverwaltung ist aber auch eine gewisse Frist nötig, um die Vorbereitungen zu treffen. Am 1. Oktober werden die Hausbogen verteilt, Ende Oktober kommen sie zurück und dann müssen sie für die Steuerlisten umgearbeitet werden, damit durch diese die erforderliche Aufklärung erfolgen kann. Das ist aber eine so gewaltige Arbeit, daß ich mich schon gewundert habe, wie sie in der Zeit hat erledigt werden können.

Herr Buchler: Soviel ich weiß, kommt es vor, daß bei einer Verteilung der Steuerbeträge der Kassenbeamte mit halben Pfennigen rechnen muß; ich möchte bitten, das abzuändern.

Herr Jüdel: Während jetzt die Gemeinde-Einkommensteuer 257 % der Staatseinkommensteuer beträgt, wird sie nach deren Erhöhung 200 % betragen.

Das Kapitel XI wird, unter Festsetzung der Gemeindesteuer, der Gemeinde-Grundsteuer und der Gewerbesteuer in der beantragten Höhe, genehmigt.

#### Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 3 892 400 M.

Das Ordinarium des Stadthaushaltsplanes wird genehmigt.

#### B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

##### Kap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 55 516,46 M.

Ausgabe 55 516,46 M.

##### Kap. II. Vorratskapitalvermögen:

Einnahme 1 480 400 M.

Ausgabe 1 157 000 M.

Anleihe 1 470 400 M.

Herr Jüdel: Sollte der Wunsch des Magistrates in Erfüllung gehen, daß die Kirchentasse ihre Kapitalien anderweit beschafft, so würde in diesem Jahre wahrscheinlich eine Anleihe nicht mehr nötig sein.

Kap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke:  
Einnahme 10 933,<sup>54</sup> M.      Ausgabe 10 520,<sup>54</sup> M.

Kap. IV. Erstattete Vorschüsse, Bauten und öffentliche Anlagen:  
Einnahme 495 550 M.      Ausgabe 819 363 M.

Herr Koch: Es ist erfreulich, daß für den Umbau der Straße am Magnitore ein Betrag ausgeworfen ist. Wenn man in den Morgen- und Mittagsstunden diese Straße passiert, herrscht dort ein Gedränge, daß kaum durchzukommen ist; ich möchte deshalb den Magistrat bitten, den Ausbau recht bald vornehmen zu lassen. Ebenso bitte ich, das teilweise schon abgefallene Staket am Museumsbau, der noch durch eine Planke geschützt ist, zu entfernen, damit die Passage dort eine bessere wird.

Herr Hauswaldt: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob wir über den Punkt g der Ausgabe: „Errichtung eines künstlerisch ausgebildeten Lichtmastes auf der Rettungsinsel in der Kreuzung der Kaiser-Wilhelmstraße mit dem Hagen- und Altemwiefringe 6500 M.“ noch eine besondere Vorlage erhalten, oder ob die Ausgabe mit der Bewilligung des Kapitels IV als genehmigt gilt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist bisher so gehalten, daß der Magistrat, wenn nicht besondere Anträge gestellt worden sind, die durch den Etat bewilligten Beträge als zu seiner Verfügung stehend angesehen hat. Wenn die Herren anderer Ansicht sind, so möchte ich bitten, das in Form eines Beschlusses zum Ausdruck zu bringen.

Herr Müller: Es ist erfreulich, daß auf der Rettungsinsel der Kaiser-Wilhelmstraße ein Lichtmast aufgestellt werden soll. Dabei möchte ich bemerken, daß die Beleuchtung der Kaiser-Wilhelmbrücke eine recht mäßige und des Namens, den sie trägt, nicht würdige ist. Vor einigen Jahren haben wir für die Brücke vier dreiarmlige Kandelaber bewilligt und jetzt brennen dort nur einige armselige Laternen. Es soll damals der Bildhauer Müller gegen die Aufstellung der Kandelaber mit Rücksicht auf die Figuren der Brücke Einsprache erhoben haben, aber jetzt sieht man in der Dunkelheit von den Figuren überhaupt nichts. Da eine bessere Beleuchtung der Brücke notwendig ist, so möchte ich anheimggeben, dafür besorgt zu sein, daß sie wenigstens mit der Eröffnung des neuen Theaters im neuen Glanze erstrahlt.

Herr Hauswaldt: Ich weiß nicht, ob es praktisch ist, die hier aufgeführten Ausgabeposten im Bausch und Bogen zu bewilligen, weshalb ich beantragen möchte, die Positionen f, g, h und i der Ausgabe nur vorbehaltlich einer besonderen Vorlage zu genehmigen, sie also zur Verfügung der städtischen Behörden zu stellen. Es wäre doch wünschenswert, wenn die Versammlung auf diese Sachen noch einen gewissen Einfluß behielte. Wir prüfen sonst noch kleinere Ausgaben in den

Kommissionen, als daß wir bei diesen größeren Beträgen uns des Rechtes begeben sollten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In den letzteren Jahren ist in dieser Beziehung verschieden verfahren. Früher war ausdrücklich erwähnt, daß dieser und jener Betrag zur Verfügung der städtischen Behörden stehe und der Magistrat sich daher nochmals mit einer Vorlage an die Versammlung wenden mußte. In letzterer Zeit habe ich dagegen beobachtet, daß die Beträge vom Magistrate direkt der städtischen Bauverwaltung zur Verfügung gestellt worden sind, mit Ausnahme solcher Ausgaben, bei denen die Zustimmung der Versammlung aus formellen Gründen notwendig war, wie z. B. bei den Straßenbauten. Ich muß es Ihnen überlassen, wie Sie hier beschließen wollen.

Herr Fiedel: Ich schließe mich dem Antrage Hauswaldt an, daß die erwähnten Posten zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt werden. Auch im jetzigen Begleitschreiben sind schon verschiedene Posten erwähnt, die zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt sind.

Herr Lange: Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters unterstützen den Antrag Hauswaldt in jeder Beziehung. Bei dem Punkte g scheint mir besonders noch eine Vorlage nötig zu sein. Wenn man sich die Kandelaber auf der Kaiser-Wilhelmbrücke ansieht, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es dringend notwendig gewesen wäre, sie hier zu genehmigen. Es wird wohl kein Mensch behaupten, daß wir dort künstlerisch ausgeführte Kandelaber haben, denn jeder sagt, es sind Laternen, aber keine Kandelaber. Darauf ist wohl noch kein Mensch gekommen. (Heiterkeit.)

Herr Wolters: Ich möchte fragen, ob auf diese Posten die neulich beschlossenen „Vorschriften“ Anwendung finden? Sollen die sämtlichen Posten eventuell einer Aenderung unterliegen dadurch, daß sie von den Beratungen der einzusetzenden Deputation abhängig gemacht werden?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das würde doch wohl zu weit gehen. Es ist durchaus nicht festgesetzt, daß ohne Bewilligung der Deputation nichts vergeben werden darf, sondern es handelt sich bei den Vorschriften doch nur um die Vergabung von Arbeiten.

Herr Löschigk: Das fasse ich auch so auf. Wenn z. B. 150 000 M für Straßenmaterial bewilligt werden, so ist das im Wege der Submission oder freihändig zu vergeben und muß in solchem Falle die Deputation mitwirken. Wenn wir das heute nicht festlegen, so kann der Magistrat die bewilligten Summen einfach der städtischen Bauverwaltung überweisen und die kann dann machen, was sie will.

Herr Müller: Ich möchte nochmals die Bitte aussprechen, mit der Herstellung des Plattenbelages auf den Fußwegen der außenstädtischen Straßen ein

schnellere Tempo einzuschlagen, damit die vielen an schönen Straßen gelegenen Fußwege endlich befestigt werden. Es würde sich vielleicht empfehlen, einen Zeitraum von etwa fünf Jahren festzusetzen, bis zu welchem alle Fußwege befestigt sein müssen. Bei regnerischem Wetter sind die Wege teilweise gar nicht zu passieren.

Herr Züdel: In dem Begleitschreiben zum Etat ist an den betreffenden Stellen ausdrücklich gesagt, wo noch ein besonderer Antrag zu erwarten ist. Hinsichtlich der Beschaffung des Materials für Straßenbauten liegen die Verhältnisse aber so, daß dem Magistrate die 150 000 M zu allgemeiner Verwendung zur Verfügung gestellt sind und wir niemals noch eine besondere Vorlage erhalten haben. (Zustimmung.) Ebenso liegt es bei den Positionen b, c und d der Ausgabe.

Herr Löschig: Das verträgt sich aber nicht mit der Bestimmung im § 12, 5 der „Vorschriften“. Da es sich bei der Beschaffung des Steinmaterials um eine Lieferung handelt, so müßte diese Bestimmung hier Anwendung finden, weshalb ich Herrn Züdel nicht recht geben kann.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist doch aber etwas ganz Verschiedenes, die 150 000 M in den Antrag Hauswaldt einzubeziehen und sie gleichzeitig der neuen Deputation zur Verfügung zu stellen. Was das letztere anbetrifft, so bin ich zweifelhaft, ob es gut sein würde, bei der Anschaffung der Materialien nach diesen Grundsätzen zu verfahren. Nach § 12 der Vorschriften hat der Magistrat die Verpflichtung, die Beschaffung von Materialien zc. im Werte von mehr als 5000 M nur mit Zustimmung der Deputation vorzunehmen; ich fürchte indessen, daß dadurch eine gewisse Erschwerung in der Geschäftsführung eintreten wird. Bei solchen Sachen wird nämlich eine öffentliche Ausschreibung kaum einen praktischen Wert haben, da die Preise für Steine ziemlich fest stehen. Wir werden uns aber nach dem Wortlaute der Vorschriften richten und die Deputation hören müssen.

Herr Frühling: Die Sachlage ist also die, daß die 150 000 M für die Beschaffung von Steinen zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt werden und der Zuschlag durch die Deputation erfolgt.

Die Versammlung erklärt sich sodann damit einverstanden, daß entsprechend dem Antrage Hauswaldt die bei den Positionen f—i der Ausgabe aufgeführten Beträge zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt werden.

Kap. V. Insgemein:  
Einnahme und Ausgabe —.

Abschluß:  
Einnahme und Ausgabe 2042 400 M.

Der außerordentliche Etat wird genehmigt.

## 2. Etats der mit der Kämmerkassse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

### I. Städtisches Rieselgut Steinhof:

Einnahme und Ausgabe 167 800 M.      Fehlsomme 17 700 M.

### Anhang. Betriebsplan der Abwässer-Pumpstation:

Einnahme und Ausgabe 33 700 M.

Der Etat wird genehmigt.

### II. Städtische Markthalle:

Einnahme 47 000 M.      Ausgabe 16 000 M.

Ueberschuß 31 000 M.

Auch dieser Etat wird der Vorlage gemäß festgestellt.

Die Spezialstats III—IX (Schulen) sind bereits in der vorigen Sitzung erledigt.

### X. Armenkassse:

Einnahme und Ausgabe 539 200 M.      Städtischer Zuschuß 380 200 M.

### Anhang zum Etat der Armenkassse (Pflege-, Armen- und Krankenhaus):

Einnahme und Ausgabe 171 500 M.      Städtischer Zuschuß 123 500 M.

Herr Weichsel: Für das neue Kinderheim soll ein Lehrer im Nebenamte angestellt werden, der in pädagogischer Beziehung eine Aufsicht über die Kinder ausüben soll. Scheint es dem Magistrat nicht angängig zu sein, einen Lehrer im Hauptamte anzustellen, da diese Kinder doch wohl in hervorragendem Maße erziehungsbedürftig zu sein scheinen?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Lehrer wird sich hauptsächlich um die Jungen im Kinderheim zu kümmern haben, während für die Mädchen eine Obergewaltlerin angenommen werden soll, die auch die Anfertigung der Schularbeiten zu überwachen haben wird. Würden wir einen Lehrer im Hauptamte anstellen, so steht zu befürchten, daß es unangenehme Reibereien und Mißhelligkeiten zwischen diesem und dem Inspektor des Pflegehauses gibt. Im übrigen will die Pflegehaus-Deputation mit der vorgeschlagenen Einrichtung nur einen Versuch machen, und ich möchte bitten, diesen Versuch zu genehmigen.

Herr Jasper: Ich möchte anfragen, wodurch die Verzögerung bei der Erteilung von Armentscheinen hervorgerufen wird? Wenn jemand am Montag einen Armentschein nachsucht, kann er ihn häufig erst gegen Ende der Woche erhalten, oder es wird ihm auch wohl eröffnet, daß er keinen Armentschein erhalten könne, weil die beabsichtigte Klage vollkommen aussichtslos sei. Es ist aber nicht Sache der städtischen Behörden, sondern des Gerichtes, diese Prüfung vorzunehmen;

ich möchte deshalb bitten, solche Erschwerungen zu unterlassen und die Scheine möglichst schnell zu beschaffen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Hinsichtlich der Verzögerung bei der Ausfertigung von Armenscheinen trifft die Stadtverwaltung keine Schuld, weil die Scheine von einem Bureau zum andern wandern müssen, um den Betrag der Steuern zc. des Antragstellers einzutragen. Dies kann der Beamte nicht, welcher den Antrag entgegennimmt, sondern es muß in der Stadtkasse und eventuell im Armenbureau geschehen. Ich habe mir immer möglichste Beschleunigung der Sache angelegen sein lassen und habe die Anträge unter meinen Sachen stets vorweg erledigt. Der übrige Betrieb kann aber unmöglich darunter leiden, wenn auch eine Beschleunigung dieser Sachen erfolgen soll. Uebrigens ist mir ein Fall, daß ein Armenschein wegen der Aussichtslosigkeit des betreffenden Prozesses verweigert sein soll, nicht bekannt, und würde ich ein solches Vorgehen auch für ungehörig halten. Vielleicht hat einmal ein städtischer Beamter dem betreffenden Antragsteller einen guten Rat gegeben.

Herr Peplies: Ich möchte mir mit Rücksicht auf den Posten von 5000 M für Medikamente die Anfrage erlauben, ob nicht der Magistrat besser eine eigene Apotheke errichten könnte, oder ob solcher Errichtung gesetzliche Schwierigkeiten entgegenstehen?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wir haben seit Jahresfrist eine Art Hausapothek e eingerichtet, die sich auch bestens bewährt hat. Dagegen würden wir die Einrichtung einer städtischen Apotheke nicht für angängig halten, weil derselben erhebliche gesetzliche Hindernisse im Wege stehen.

Der Etat wird mit dem Anhang e genehmigt.

#### XI. Straßenreinigungsinstitut:

Einnahme und Ausgabe 198 700 M.

Städtischer Zuschuß 150 350 M.

Der Etat wird angenommen.

#### XII. Städtische Gaswerke:

Einnahme 1 196 000 M.

Ausgabe 977 000 M.

Ueberschuß 219 000 M.

Herr Födel: Durch die beschlossene Herabsetzung des Gaspreises um 1 S pro Kubikmeter wird die Einnahme für durch Gasmesser abzugebendes Gas (Kap. 8 c der Einnahme) von 773 180 M auf 724 320 M, also um 49 160 M herabzusetzen sein. Die Finanzkommission gibt weiter anheim, das Kap. 9 „Nicht vorherzusehende Einnahmen“ von 690 M auf 350 M zu ermäßigen, so daß die



Gesamteinnahmen dieses Etats auf 1 146 500 M festzusetzen wären. Bei den Ausgaben kann das Kap. 1 „Kohlen und Zusatzmaterial“ infolge der Verwendung geringwertigerer Kohlen von 520 000 M auf 480 000 M herabgesetzt werden, wodurch sich die Gesamtsumme der Ausgaben auf 937 000 M ermäßigen würde. Der Ueberschuß würde hiernach nicht 219 000 M, sondern nur 209 500 M betragen. Wenn sich die veranschlagten Summen voraussichtlich auch nicht ganz mit der Wirklichkeit decken werden, da eine Minderung der Einnahmen für Kofs zu erwarten stehen dürfte, so empfiehlt die Finanzkommission dennoch, weitere Minderungen in den eingestellten Beträgen nicht vorzunehmen.

Der Etat wird diesem Antrage gemäß festgestellt.

### XIII. Städtische Wasserwerke:

Einnahme 392 000 M.

Ausgabe 321 000 M.

Ueberschuß 71 000 M.

Herr Südel: Zu der auf Seite 208 des Haushaltsplanes vorgesehenen Anleihe II bei der Kreiskommunalkasse vom Jahre 1900 im Nominalbetrage von 1 600 000 M, für welche 56 000 M an Zinsen und 8000 M als Abschreibung vorgesehen sind, wird bemerkt, daß nach erfolgter Abschreibung die Anleihe noch eine Höhe von 1 536 000 M behält. Tatsächlich hat das Wasserwerk nicht die vollen 1 600 000 M der Anleihe erhalten, sondern einen Minderbetrag, weil die Anleihe nicht zum Parikurse hat begeben werden können.

Herr Hauswaldt: Wir haben bei Genehmigung der Spezialkonten für die Gas- und Wasserwerke in einer früheren Sitzung beschlossen, den Ueberschuß vom Wasserwerke aus dem Finanzjahre 1902/03 mit 112 361,78 M hier vorzutragen und, soweit er nicht durch sonstige Verluste absorbiert wird, ihn zur Tilgung dieses Kigiokontos zu benutzen. Darf ich fragen, wie die Sache steht?

Herr Südel: Wir haben beschlossen, die 112 361,78 M Ueberschuß innerhalb des Wasserwerkes selbst vorzutragen, weil eine Verzinsung des Kapitals im Jahre 1903/04 nicht stattgefunden hat. Mit dieser Sache hat der Beschluß jedoch nichts zu tun.

Herr Frühling: Ich möchte anfragen, wie sich der Magistrat dazu stellt, daß wir nur ein Hauptzuleitungsrohr und auch nur eine Saugpumpanlage vom Wasserwerke her haben. Das ist doch ein höchst bedenklicher Zustand. Jedenfalls würde ein Bruch des Rohres die größten Kalamitäten für die Stadt im Gefolge haben können und würde die Gefahr sich noch erhöhen, wenn ein solcher Bruch unglücklicherweise mit einem großen Schadenfeuer zusammenfiel. Ich halte es deshalb für notwendig, daß sobald als möglich die Legung eines zweiten

Zuleitungsrohres in Aussicht genommen und der Erneuerungsfonds des Wasserwerkes entsprechend erhöht wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hat sich mit dieser Sache nicht befaßt, weil er von Anfang an die Entscheidung über Einzelfragen in die Hand der zu diesem Zwecke eingesetzten, bewährten Deputation gelegt hat. Diese hat sich aber von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß ein zweites Zuleitungsrohr nicht erforderlich sei. Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß die Herrichtung einer doppelten Versorgung der Stadt mit Wasser als wünschenswert erachtet werden muß, nur ist die Frage, ob man die verhältnismäßig große Ausgabe für ein zweites Rohr an dieser Stelle noch aufwenden soll, umsomehr gerechtfertigt, als wir, wie jetzt unzweifelhaft feststeht, am Domsee nur ein beschränktes Wasserentnahmegebiet haben. (Bewegung.) Die Zunahme des Wasserkonsums beträgt jährlich über 5 %, so daß wir in 20 Jahren den Wasservorrat an jener Stelle erschöpft haben werden und an ein neues Wasserwerk denken müssen. Es sind denn auch in dieser Sache schon unter der Hand Verhandlungen gepflogen. Der technische Direktor des Wasserwerkes hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß es sich empfehle, das jetzige Gelände voll auszunutzen, daß man aber, wenn eine wesentliche Erweiterung des Werkes notwendig werden sollte — und bei dem hoffentlich ständigen Wachsen der Stadt läßt sich dieses ja sicher annehmen — lieber auf eine Entnahme von Wasser an anderer Stelle Bedacht nehmen möchte und zwar im Süden der Stadt. Von hieraus könnte das Wasser durch ein Heberwerk der Stadt zugeführt werden und würde sie durch Inbetriebsetzung des alten Wasserwerkes dann von zwei Seiten mit Wasser versorgt werden. Das wäre dann ein wirklich idealer Zustand. Da diese Fragen zunächst von der Deputation erörtert werden müssen, so habe ich mir schon vorgenommen, sie zu dem Zwecke in nächster Zeit zusammenzuberufen.

Herr Wesemeier: Bei dem Bau des Wasserwerkes scheinen wir besondere Erfahrungen machen zu sollen. Zuerst waren die Walle in dem Wohnhause abgefault und jetzt befindet sich das Pflaster schon in einem so zerfahrenen Zustande, daß es baldigst erneuert werden muß. Ein ordnungsmäßig hergestelltes Steinpflaster dürfte aber nach so kurzer Zeit noch nicht derartig zerfahren sein, wie es hier der Fall ist. Wenn die Arbeit in eigener Regie der Stadt hergestellt wäre, würde das Pflaster wohl noch in gutem Zustande sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Deputation hatte ursprünglich in Aussicht genommen, das neue Wasserwerk mit der Landeseisenbahn in Verbindung zu bringen. Wäre das geschehen, so hätte das Kleinpflaster auf dem Grundstücke des Wasserwerkes vollständig ausgereicht. Bei den später angestellten Verhandlungen wegen des Eisenbahnanschlusses hat sich indessen ergeben, daß sich die

Stadt viel besser dabei steht, die Kohlen durch Pferdekraft nach dem Werke befördern zu lassen, weshalb das Anschlußgleis nicht hergestellt worden ist. Nun hat sich aber herausgestellt, daß eine ganz unbedeutende Partie des Kleinpflasters für den Verkehr des schweren Fuhrwerks nicht ausreicht, weil die Steine zu klein gewählt worden sind. Dieser Schaden läßt sich jedoch mit verhältnismäßig ganz geringen Kosten ausbessern.

Herr Rieke: Ich möchte fragen, ob Bedacht darauf genommen wird, noch mehr Abstellungsschieber in die Wasserleitung einzubauen. Jetzt müssen bei der Ausbesserung zc. der Rohre oft ganze Straßenstrecken abgestellt werden, so daß die Straßen dann ohne Wasser sind. Das wäre bei einer Feuergefährdung unter Umständen recht gefährlich. — Ferner finde ich als Verdienst aus dem Privateinrichtungsgeschäfte hier 30 000 M aus dem vorigen Jahre eingestellt. Nun sind die hierbei beschäftigten Arbeiter darüber unzufrieden, daß nicht dem zweiten Manne ohne weiteres auch lange Schafstiefel geliefert werden, sondern erst darum teils mit, teils ohne Erfolg nachgesucht werden muß. Es liegt im Interesse der Leute, diesen Zustand zu ändern. Auch die Durchschnittslöhne der Leute sind nicht so, wie sie sein sollten, denn die eben Angestellten erhalten zwischen 3,20 M und 3,80 M, sie wissen jedoch nicht, wann sie eine Zulage zu erwarten haben. Das könnte auch geregelt werden, soll aber an ein paar Beamten gescheitert sein. Es sollen jetzt z. B. keine Leute darunter sein, die schon den Höchstsatz erhalten, obwohl manche schon 9 oder 10 Jahre dort beschäftigt sein sollen.

Herr Wesemeier: Ich stelle fest, daß die Löhne, wie sie uns in der vielfältigten Uebersicht zugestellt worden sind, nicht der Wirklichkeit entsprechen. Ferner möchte ich bitten, bei der Aenderung der Badeeinrichtung auch darauf Bedacht zu nehmen, daß genügende Waschgelegenheit auch für die Hofarbeiter geschaffen wird. Bei dem großen Personale ist es zu wenig, wenn sich gleichzeitig nur vier Personen baden können.

Herr Südel: Ich wollte Herrn Rieke bemerken, daß wir kürzlich erst zwei neue Wasserschieber bewilligt haben und daß auf dem Wege immer weiter gegangen wird. Was sodann die langen Stiefel betrifft, so haben wir erst im vorigen Jahre zehn Paar große Stiefel bewilligt.

Der Etat wird hierauf genehmigt.

Anhang zum Etat der Wasserwerke (Neustadtmühle).

Einnahme 30 800 M.

Ausgabe 30 400 M.

Ueberschuß 400 M.

Auch dieser Anhang wird gutgeheißen.

### 3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1904/1905,

einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

| Kap.  | Verwaltungszweig                         | Einnahme       |          | in Pro-<br>zenten | Ausgabe        |          | in Pro-<br>zenten | Ueberschuß     |           | Fehlsumme      |           |
|-------|------------------------------------------|----------------|----------|-------------------|----------------|----------|-------------------|----------------|-----------|----------------|-----------|
|       |                                          | M              | ℳ        |                   | M              | ℳ        |                   | M              | ℳ         | M              | ℳ         |
| I.    | Kämmereivermögen<br>(im engeren Sinne)   | 193800         | —        | 4,98              | 715800         | —        | 18,39             | —              | —         | 522000         | —         |
| II.   | Kirchenwesen . .                         | —              | —        | —                 | —              | —        | —                 | —              | —         | —              | —         |
| III.  | Unterrichtswesen .                       | 387080         | —        | 9,94              | 1416632        | —        | 36,39             | —              | —         | 1029552        | —         |
| IV.   | Kunst und Wissen-<br>schaft . . . .      | —              | —        | —                 | 19500          | —        | 0,50              | —              | —         | 19500          | —         |
| V.    | Armenpflege . . .                        | —              | —        | —                 | 380200         | —        | 9,77              | —              | —         | 380200         | —         |
| VI.   | Gesundheitswesen .                       | 3300           | —        | 0,08              | 10400          | —        | 0,27              | —              | —         | 7100           | —         |
| VII.  | Bereinswesen und<br>Volksfeste . . .     | 616            | 67       | 0,02              | 2607           | 17       | 0,07              | —              | —         | 1990           | 50        |
| VIII. | Feuerslöschwesen .                       | 19000          | —        | 0,49              | 81230          | —        | 2,09              | —              | —         | 62230          | —         |
| IX.   | Ortspolizei . . .                        | 37800          | —        | 0,97              | 438200         | —        | 11,26             | —              | —         | 400400         | —         |
| X.    | Straßenbau . . .                         | 160500         | —        | 4,12              | 374300         | —        | 9,62              | —              | —         | 213800         | —         |
| XI.   | Gemeindesteuern u.                       | 2920800        | —        | 75,04             | 8400           | —        | 0,21              | 2912400        | —         | —              | —         |
| XII.  | Staatszuschüsse und<br>Staatsbedürfnisse | 44220          | —        | 1,14              | 53800          | —        | 1,38              | —              | —         | 9580           | —         |
| XIII. | Stadtverwaltung .                        | 45400          | —        | 1,17              | 376100         | —        | 9,66              | —              | —         | 330700         | —         |
| XIV.  | Insgemein . . .                          | 79883          | 33       | 2,05              | 15230          | 83       | 0,39              | 64652          | 50        | —              | —         |
|       | <b>Zusammen</b>                          | <b>3892400</b> | <b>—</b> | <b>100</b>        | <b>3892400</b> | <b>—</b> | <b>100</b>        | <b>2977052</b> | <b>50</b> | <b>2977052</b> | <b>50</b> |

Der Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1904/05 wird dem Antrage des Magistrates gemäß damit festgestellt.

### 4. Vorausschlag über die Verwaltung des Schulhausbaufonds im Jahre 1904/1905.

Zugang 235 600 M.

Abgang 529 480 M.

Bestand 11 520 M.

Herr Lange: Im vorigen Etat war eine Summe von 16100 M für die Anschließung der Aborte dreier Bürgerschulen an das Kanalnetz vorgesehen und ist früher schon einmal dem Wunsche Ausdruck gegeben, es möchten auch die anderen städtischen Schulen so schnell wie möglich Anschluß erhalten. Da nun in diesen Etat kein Betrag für solchen Zweck eingestellt ist, so beantrage ich, dafür 20 000 M noch einzustellen und zum Ausgleich die erste Baurate zum Neubau einer unteren Bürgerschule von 175 000 M auf 155 000 M herabzusetzen.

Herr Jasper: Nach Lage der Sache scheinen mir die in diesen Voranschlag eingestellten Zahlen keinen Ueberblick über die tatsächlichen Verhältnisse zu geben, da es sich im allgemeinen um gegriffene Zahlen handelt. Solange das aber der Fall ist, kann von einer Genehmigung des Etats nicht die Rede sein; ich bitte deshalb, ihn vorläufig zurückzustellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es muß anerkannt werden, daß dieser Etat nicht die Uebersichtlichkeit aufweist, wie die übrigen; es ist das aber auch nicht möglich, weil niemand vom Magistrate zu der Zeit, wo der Etat aufgestellt wird, schon übersehen kann, wie sich am Schlusse des Jahres der Abschluß des Schulhausbaufonds stellen wird. So hat sich z. B. schon herausgestellt, daß die Summe, welche der verstorbene Herr Oberbürgermeister Pockels als voraussichtlichen Bestand vom 1. April 1904 angenommen hat, durch die Wirklichkeit überschritten wird, ungeachtet des Umstandes, daß wir 112 000 M von dem Wasserwerke an den Schulhausbaufonds zurückgezahlt haben. Nun möchte ich aber bitten, auf den Voranschlag nicht den Wert zu legen, welchen Herr Jasper darauf zu legen scheint, sondern den Hauptwert auf den Rechnungsabschluß zu legen. Wir können es ja auch so machen, daß wir am Schlusse des Rechnungsjahres eine Uebersicht über den Bestand des Fonds geben, und glaube ich, daß Sie sich dabei besser stehen, als wenn wir diesen Etat einrenken wollten. Von Bedeutung ist der Etat nur insoweit, als Sie bestimmte Summen in den Ausgaben bewilligen, und das geschieht dieses Mal allein bei dem Punkte 7 „zur Fortsetzung der Instandsetzung des erweiterten Bürgerparks 30 000 M“, während die übrigen Posten zur Verfügung der städtischen Behörden stehen.

Herr Südel: Herr Jasper kennt die Vorgänge nicht, welche wir vor Jahren bezüglich dieses Voranschlages gehabt haben. Da ist viel geändert und festgestellt, um einen Ueberblick darüber zu bekommen, was mit gutem Gewissen bewilligt werden kann, ohne auf einen anderen Fonds zurückgreifen zu müssen. Bei dem Voranschlage ist deshalb der Bestand so niedrig gegriffen, daß eine Ueberschreitung so leicht nicht wird stattfinden können, wir vielmehr stets einen erheblichen Ueberschuß gehabt haben. Vor Abschluß der Rechnung kann eine feste Summe hier überhaupt nicht angegeben werden. Es dürfte aber genügen, wenn unserer Ueberschätzung nach das Geld vorhanden ist, was wir im Prinzip bewilligen wollen.

Wenn aber schon im August die Ausführung des vorjährigen Haushaltsplanes und die Abrechnung dieses Etats uns vorgelegt wird, so können wir darüber beruhigt sein. Bemerken möchte ich noch, daß der Posten 8 des Etats auf einem Beschlusse der städtischen Behörden beruht. Herrn Lange will ich endlich noch darauf aufmerksam machen, daß meiner Erinnerung nach in den Spezialetat für die Mädchenschule und für die Bürgerschulen der Anschluß der Klosetts verschiedener Schulen an das Kanalneß vorgesehen ist.

Herr Blasius: Der Antrag des Herrn Lange ist mir außerordentlich sympathisch, da eine Reihe von Schulen dem Kanalneß noch nicht angeschlossen ist. Seit vielen Jahren ist in der Schulkommission ständig davon die Rede gewesen, daß baldigst alle Schulen angeschlossen werden möchten. Deshalb bin ich erstaunt, im Etat keine Summe für diesen Zweck ausgeworfen zu finden. Die Sache hat wirklich eine große hygienische Bedeutung. Das neue Ortsbaustatut, dessen Herausgabe große Schwierigkeiten zu haben scheint, war in gesundheitlicher Beziehung schon deshalb sehr wichtig, weil nach demselben vom 1. Januar 1904 ab alle Häuser der Stadt an das Kanalneß angeschlossen sein sollten. Wenn dieses Statut, wie wir weiß wann, wirklich einmal herauskommt, dann müssen wir den Zeitpunkt des Kanalan schlusses doch wieder einige Jahre hinausschieben, so daß bis dahin noch viele Jahre vergehen können. Die Stadt hat aber die Verpflichtung, in solchen Sachen mit gutem Beispiel voranzugehen, weshalb ich dringend bitte, den Antrag Lange anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Soweit ich mich erinnere, sind diese Ausgaben aus dem Schulhausbaufonds nur bestritten, wenn es sich um Bürgerschulen handelt. Wir haben die erforderlichen Summen sonst aber aus den laufenden Einnahmen genommen. Ich möchte gegenüber dem Antrage Lange einen anderen Vorschlag machen: Wir alle stehen auf dem Standpunkte, daß es Pflicht der Stadt ist, die Schulen sobald wie möglich an das Kanalneß anzuschließen; ich würde deshalb Veranlassung nehmen, zunächst festzustellen, welche Schulen noch nicht angeschlossen sind, und könnten wir dann in einer der nächsten Sitzungen beraten, wie schnell der Anschluß geschehen soll. Daraufhin möchte ich Herrn Lange bitten, seinen Antrag zurückzuziehen.

Herr Hauswaldt: In dem Etat kann eine Kontinuität mit dem vorjährigen Etat nicht geschaffen werden, weil es sich um gegriffene Summen handelt, wohl aber kann in dem Begleitschreiben eine Aufklärung gegeben werden. Es ist mir ganz unmöglich gewesen, festzustellen, wie sich der Etat aufbaut. Der schon öfter von mir ausgesprochene Wunsch, durch eine Bemerkung im Begleitschreiben zum Etat die Kontinuität des vorjährigen mit dem diesjährigen Etat festzustellen, soll auch heute an den Magistrat gerichtet werden. Es braucht nur durch eine

Notiz nachgewiesen zu sein, ob mehr oder weniger, als angenommen, ausgegeben worden ist.

Herr Lange: Es ist mir bekannt, daß zwei Schulen in den Etat eingestellt sind, aber auf Seite 158 des Haushaltsplanes findet sich unter b ein Posten von 600 M für Reinigung der Abortgruben, den ich außerordentlich hoch finde. Diese hohe Summe deutet darauf hin, daß eine größere Anzahl Bürgerschulen noch nicht angeschlossen sind; es scheint mir daher dringend notwendig zu sein, daß meinem Antrage Folge geleistet wird. Wenn der Herr Oberbürgermeister aber eine Verfolgung der Sache zusagt, so ist es ja gut und ziehe ich daraufhin meinen Antrag zurück.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herrn Hauswaldt möchte ich erwidern, daß es unmöglich ist, einen genaueren Abschluß in den Etat einzustellen. Die Etatsaufstellung beginnt im Monat September oder Oktober. Wie können wir aber zu der Zeit schon angeben, welche Summe wir voraussichtlich am Schlusse des betr. Etatsjahres haben werden? Wenn wir genaue Zahlen haben wollen, müßten wir schon ein Jahr zurückgreifen.

Herr Südel: Es ist tatsächlich unmöglich, den Etat anders aufzustellen, als das hier geschehen ist.

Der Voranschlag gelangt darauf zur Annahme.

## 5. Anhang.

### Kanalbaukasse.

#### A. Neubau-Etat:

Einnahme und Ausgabe 335 500 M.

Aufzunehmende Anleihen 320 400 M.

#### B. Unterhaltungs-Etat:

Einnahme und Ausgabe 268 500 M.

Städtischer Beitrag 87 200 M.

Herr Asmann: Ich möchte auf einen Uebelstand aufmerksam machen, der sich sehr gut beseitigen läßt: Die Kanal- und die Wasserleitungsdeckel sind hier alle unverschlossen und können leicht von Unbefugten geöffnet werden, infolgedessen es hier wiederholt vorgekommen ist, daß die Kinder sich bei dem Öffnen und Schließen der Deckel einen Finger abgeklemmt haben. Ich würde deshalb empfehlen, die Deckel zum Verschließen einzurichten, zumal unter Umständen die Stadt für die Unfälle, welche Kindern bei den Deckeln passieren, verantwortlich gemacht werden könnte. Ohne diesen Grund aber weiter zu verfolgen, möchte ich bitten, die Anregung schon im Interesse der Mitmenschen in wohlwollende Erwägung zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wahrscheinlich meint Herr Ahmann die Wasserverschlüsse? (Zustimmung.) Die Direktion der Wasserwerke soll aufgefordert werden, sich über den Vorschlag zu äußern.

Die Versammlung stellt hierauf den Etat der Kanalbaukasse nach Maßgabe des Entwurfs fest und erteilt die Zustimmung dazu, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 % des Grundsteuertkapitals festgesetzt werde.

### Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 211 300 M.

Tilgungsbetrag 20 062,32 M.

Herr Stadtrat Meyer: Ich bitte, eine kleine Verschiebung in den Ausgaben vorzunehmen. Es ist von der Deputation beantragt worden, für das Schlachthaus noch einen Aufseher remuneratorisch anzustellen; ich bitte daher, auf Seite 234 des Haushaltsplanes unter A als № 20 nachzutragen: „Hilfsaufseher X, Remuneration, 1100 M“ und dafür auf Seite 235 im Kap. IX die vermischten Ausgaben von 2517,36 M auf 1417,36 M herunterzusetzen. Die Einstellung dieses Beamten wird von der Deputation für nötig gehalten, nachdem sie sich entschlossen hat, das Töten des Großviehs mittels einer Pistole vornehmen zu lassen. Der Aufseher soll diese Art des Schlachtens besorgen, würde daneben aber noch anderweit auf dem Hofe Beschäftigung finden und daher genügend zu tun bekommen.

Der Etat wird mit dieser Aenderung festgestellt.

### Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

Einnahme und Ausgabe 31 400 M.

Zur Verfügung 360 M.

Herr Günther: In diesem Etat sind verschiedene Positionen, für die wir nicht stimmen können. Wir sind der Meinung, daß da, wo Not eingetreten ist und Hilfe geleistet werden muß, der Staat und die Kommune einzutreten haben und es nicht der Wohltätigkeit einzelner guten Menschen überlassen bleiben muß, einzuspringen. In der Hilfe der letzteren liegt doch immer nur etwas Teilweises aber nichts Ganzes. Ich möchte deshalb eine Verbesserung da haben, wo solche Fälle vorliegen. Seit Jahren habe ich Anträge gestellt, für die Ferienkolonien größere Posten in den Etat einzustellen; was bisher in dieser Beziehung geschehen ist, ist viel zu unbedeutend, um überhaupt ins Gewicht zu fallen. Wenn man Ferienkolonien und Waldspiele für notwendig hält, so muß das nicht der Wohltätigkeit überlassen werden, sondern die Kommune hat dafür einzutreten. Ich glaube gern, daß nicht die Einrichtung und Leitung der Waldspiele an der Epi-



demie des vorigen Sommers schuld sein mag, aber es ist doch immerhin fraglich, ob das passiert wäre, wenn die Sache von städtischer Seite unternommen wäre. Im letzteren Falle ließen sich die Waldspiele auch im größeren Maßstabe unternehmen, denn wir haben in der Nachbarschaft außer dem Lechlumer Holze auch noch das Querumer-, das Pawelsche- und sonstiges Holz, wo Waldspiele unternommen werden können. Es müßte also eine größere Summe dafür eingestellt und die Leitung von der Stadt übernommen werden. Auch bei der Verschickung in die Sommerfrische liegen die Verhältnisse ähnlich. Es sind von hier etwa 120 Kinder in die Sommerfrische verschickt worden (Herr Hauswaldt: 280 Kinder), also 280; wenn unsere Schulärzte aber gefragt würden, welche Kinder es wohl nötig haben, verschickt zu werden, so würde sicher eine viel größere Zahl herauskommen, besonders aber dann, wenn die Stadt die Mittel dazu gewährt. Ich würde am liebsten beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Waldspiele selbst zu übernehmen, und auch die Kosten dafür zu tragen; da sich das aber für dieses Jahr nicht wird erreichen lassen, so können wir doch dem Verein für Ferienkolonien an Stelle der im Etat ausgeworfenen 100 M wenigstens 1000 M bewilligen und stelle ich einen dahingehenden Antrag.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dann möchte ich Herrn Günther bitten, die 1000 M auch in den Einnahmen zu schaffen.

Herr Jasper: Dem Wunsche kann Rechnung getragen werden, indem eine Reihe von Ausgabeposten gestrichen werden, die uns weniger notwendig erscheinen. So z. B. können die beiden neuangestellten Vereine, der deutsche Hilfsverein in Prag und der St. Elisabethverein, mit je 50 M gestrichen werden. Solche Vereine gibt es eine ganze Menge und wenn die Stadtverwaltung immer eingreifen sollte, könnte sie noch größere Summen aufwenden. Was uns überhaupt der deutsche Hilfsverein in Prag angeht, weiß ich nicht, ebenso ist es mit dem Elisabethverein, der Löbbbeckeschen Erziehungsanstalt für weibliche Dienstboten usw. Die jüdische Wohltätigkeitsanstalt Ez-chajim kommt wohl auf das Konto des Herrn Esdorn? (Heiterkeit.) Man findet hier also eine ganze Reihe von Vereinen, bei denen die Unterstützung nicht so notwendig ist, wie bei den Ferienkolonien; ich bitte daher, diese zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache läßt sich nicht anders machen, als daß Herr Jasper ganz genaue Anträge stellt, aus denen sich ergibt, daß 1000 M zu dem angegebenen Zwecke zur Verfügung stehen. Der im Etat ausgeworfene Betrag von 100 M ist allerdings ein geringer Posten, er hat aber mehr die Bedeutung, zu zeigen, daß die Stadt ihrerseits bereit ist, die Sache zu fördern. Wenn die Stadt für diesen Zweck größere Summen hergibt, so fürchte ich, daß die Beiträge aus Privatreisen sehr wesentlich zurückgehen werden (Zu-

stimmung); ich halte es deshalb für zweifelhaft, ob ein solches Vorgehen richtig sein würde und möchte bitten, es bei den 100 M bewenden zu lassen.

Herr Günther: Ich glaube nicht, daß die Beiträge aus Privatreisen dadurch zurückgehen werden, wenn auch in den betreffenden Kreisen geklagt wird, daß sie von verschiedenen Seiten geschröpft werden. Von dieser Plage würden die Leute befreit, wenn die Stadt die Einrichtung selbst trifft und somit die Allgemeinheit die Kosten trägt. Das Geld werden wir schon bekommen, wenn es nur erst bewilligt ist. (Weiterkeit.)

Herr Südel: Alle hier ausgeworfenen Summen sollen doch nur das Interesse der Stadt an den betreffenden Unternehmungen zc. bekunden und es liegt kein Grund vor, den Vereinen die kleine Unterstützung zu entziehen. Die Unterstützung der jüdischen Wohltätigkeitsanstalt Ez-chajim beruht z. B. auf einem Vertrage, nach welchem dieser Beitrag gezahlt wird, weil die jüdische Gemeinde ihre sämtlichen Armenlasten selbst trägt und die sind viel höher als dieser kleine Betrag. Auch die übrigen Sachen bitte ich stehen zu lassen, denn z. B. der Elisabethverein stiftet soviel Gutes, daß dieser geringe Betrag tatsächlich nur das Interesse an dessen Bestrebungen bekunden soll.

Herr Meyerhoff: Ich habe mich gewundert, daß von Herrn Dr. Jäzper der Antrag befürwortet ist, zu den Waldspielen 1000 M zu bewilligen, denn von Herrn Dr. Jäzper rührte doch vorigen Herbst der Ausspruch her, daß diejenigen, welche die Kinder in den Wald gelockt haben, die Verbrecher wären, die den Typhus unter den Kindern verschuldet hätten? Heute scheint die Sache anders zu liegen und Herr Dr. Jäzper hat sich anscheinend bekehrt, nachdem er gesehen hat, daß die Sache bei den Kindern und den Eltern doch Anklang gefunden hat. Wenn es nicht so wäre, würde Herr Günther wohl nicht mit dem Antrage gekommen sein. Wenn dann Herr Dr. Jäzper von dem Elisabethverein sprach, so ist das meines Wissens ein katholischer Verein. So gut wir aber für die übrigen Gemeindegossen etwas tun, können wir wohl für diesen Verein, der schon seit 10 Jahren besteht, die ausgeworfenen 50 M auch aufwenden. Ich möchte deshalb dafür eintreten, diese kleinen Zuschüsse nicht zu streichen.

Herr Jäzper: Herr Meyerhoff ist auf eine frühere Äußerung von mir zurückgekommen, hat sie aber mißverstanden. Ich habe keine Stellung genommen gegen die Einrichtung der Waldspiele als solche, sondern habe erklärt, daß die Absicht der ausführenden Reise wohl eine gute gewesen sein mag, die Ausführung aber zu wünschen übrig gelassen habe. Das habe ich gesagt und daran Kritik geübt und gefordert, daß die Stadt nicht den Eltern das Unglück dadurch noch empfindlicher machen sollte, daß sie ihnen die politischen Rechte raubt. An diesem persönlichen Standpunkte halte ich auch heute noch fest und ist keine Befehrung bei mir eingetreten.

Soweit hier nun in Frage kommt, die im Stat aufgeführten einzelnen Unterstützungen zu gewähren oder abzulehnen, muß man zunächst prüfen, von welchem Grundsatz die städtischen Behörden sich bei der Gewährung von Unterstützungen leiten lassen. Ich kann mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß jedes Werk, welches gut erscheint, auch ohne weiteres von den städtischen Behörden unterstützt werden muß. Es gibt soviel gute Sachen, daß dann kein Ende zu finden wäre. Meiner Ansicht nach soll die Stadt nur dann eingreifen, wenn die Einrichtungen bestimmt sind, der Wohlfahrt der städtischen Bürger zu dienen, oder ihr wenigstens vorzugsweise dienen können, und das kann ich bei den neu aufgenommenen Vereinen nicht einsehen. Welche besondere Beziehungen dann der Prager Hilfsverein gerade zu der Stadt Braunschweig haben soll, ist mir auch nicht ersichtlich. Herr Meyerhoff kann nicht einsehen, weshalb wir dem katholischen Elisabethverein keine Unterstützung gewähren sollen; ich gebe ihm insofern recht, wenn wir einmal Unterstützungen gewähren, dürfen wir auch keinen Unterschied machen, weiß Glaubens jemand ist, welcher der Unterstützung bedarf. Herr Günther hat ja aber schon ausgesprochen, daß es in erster Linie Pflicht der städtischen Behörden ist, die Notleidenden zu unterstützen. Aus dieser grundsätzlichen Stellung kann man aber nicht herleiten, daß, wenn vertragsmäßig ein jüdischer Verein unterstützt werden muß, nun auch notwendig ein katholischer Verein zu unterstützen ist, bei dem kein Vertrag vorliegt. Es könnte ja auch noch der Jesuitenorden kommen, der nach diesem Gedankengange auch unterstützt werden müßte, weil es im Interesse der katholischen Mitbürger liegt, dessen Bestrebungen zu unterstützen und weil ein evangelischer Agitationsverein auch unterstützt wird. Ich stelle also den Antrag, die im Kapitel V unter *Nr.* 1, 14, 18, 23, 27 und 28 aufgeführten Vereine zu streichen und die gewonnenen Beträge dem Punkt 12 „Ferienkolonien“ zuzuweisen.

Herr Ahmann: Ich bewundere, daß wir heute so mittellos sind, um nicht zu wissen, woher die 900 M genommen werden sollen. Wir wissen doch sonst, womit wir alles decken sollen, und in anderen Fällen ist doch der Herr Oberbürgermeister nicht so arm an Gedanken, um nicht herauszufinden, woher Mittel genommen werden können. Vielleicht könnten wir den Betrag noch aus den Ueberschüssen des Gaswerkes nehmen, so daß es nur eines Beschlusses über die Bewilligung der 900 M bedarf. Bei dem Hinweise auf die vorjährige Debatte über die Waldspiele verwechselt Herr Meyerhoff die Kritik an den damaligen Zuständen mit der Sache selbst und meinte, wir wären Gegner solcher Waldspiele und Ferienkolonien. Das wird aus den Verhandlungen aber niemand heraus gehört haben. Nach den Ausführungen des Herrn Meyerhoff könnte es den Anschein gewinnen, als wenn wir im Laufe der Zeit durch die Eltern der Kinder uns hätten belehren lassen und wir gingen nun flott darauf los, recht viele Kinder wegzuschicken. Was damals kritisiert wurde, war etwas anderes. Ich möchte also bitten, den Antrag

Günther anzunehmen. Zugleich ersuche ich den Magistrat, uns Vorschläge zu machen, aus welcher Kasse der Betrag genommen werden soll, andernfalls würde ich einen entsprechenden Antrag stellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir müssen uns doch wohl etwas nach parlamentarischer Gepflogenheit richten. Es steht hier zur Verhandlung die Beratung über die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen und soll über die Mittel dieses Etats verfügt werden. Wir haben Ihnen nun über die Verwendung der Mittel bestimmte Vorschläge gemacht und haben wir uns zu fügen, wenn Sie hiermit nicht einverstanden sind, Sie können aber nicht beschließen, eine so hohe Summe in Ausgabe zu stellen, daß der Etat nicht balanziert. Die anderen Etats sind bereits abgeschlossen und stehen daher nicht mehr zur Beratung.

Herr Meyerhoff: Ich will den Herren soweit entgegenkommen wie ich kann, und will einen Antrag in deren Sinn stellen. Im Kapitel V der Ausgabe findet sich unter M. 17 ein Posten von 1000 M als Zuschuß für die Braunschweiger Baugenossenschaft. Vom Standpunkte des Grundbesitzers aus halte ich es aber nicht für nötig, diese Summe noch weiter aufzuwenden, denn eine Wohnungsnot, für deren Abstellung die Baugenossenschaft sorgen könnte, existiert hier nicht mehr. Ich spreche es offen aus: die Baugenossenschaft kann keine billigeren und besseren Wohnungen schaffen, als ein Privatunternehmer. Gehen Sie nach der Voigts-Rhekestraße, der Comenius-, der Arndtstraße etc. und Sie finden dort Wohnungen für 200 bis 300 M, welche die Baugenossenschaft für den Preis nicht herstellen kann. (Widerspruch.) Wenn Sie die 1000 M für die Genossenschaft streichen, so geschieht das an der richtigen Stelle.

Ich beantrage also:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß die unter M. 17 des Kapitels V aufgeführten 1000 M dort gestrichen und für die Zwecke der Ferienkolonien und Waldspiele neu eingestellt werden.“

Herr Blasius: Ich möchte bitten, an den widerruflichen Zuschüssen nichts zu streichen. Die Baugenossenschaft hat so viel Gutes gestiftet, daß es eine heillose Undankbarkeit wäre, wenn wir den Beitrag streichen würden. Was den deutschen Hilfsverein in Prag anbetrifft, so ist es jedes Deutschen Pflicht, die Deutschen in Böhmen in ihrer Bedrängnis etwas zu unterstützen und sollte Braunschweig dabei nicht zurückstehen. Dagegen möchte ich einen anderen Vorschlag machen. Die wirkliche Einnahme aus der Abgabe für Hunde hat im Jahre 1902/03 28 954 M betragen, während als Voranschlag für 1904/05 nur 28 900 M eingestellt worden sind. Da sich wohl bestimmt annehmen läßt, daß inzwischen eine Vermehrung in der Zahl der Hunde hier eingetreten ist, so gebe ich anheim, die voraussichtliche Einnahme des Kapitel IV von 28 900 M auf 29 400 M zu erhöhen und diese 500 M

den Ferienkolonien zuzuwenden. Ich habe die Ferienkolonien hier mit ins Leben gerufen und schätze ihren Wert sehr hoch.

Herr Südel: Was den letzteren Punkt angeht, so kann sich die Finanzkommission nicht damit einverstanden erklären, weil der Betrag von 28954 M. bislang die höchste Einnahme aus der Abgabe für Hunde gewesen ist. Die Baugenossenschaft mag für Herrn Meyerhoff von seinem Standpunkte aus manche Unannehmlichkeiten im Gefolge haben, aber es ist auch zu berücksichtigen, daß der hier in Frage stehende Zuschuß aus anderer Veranlassung datiert. Durch die Erwerbung eines großen Terrains an der Helmstedterstraße und am Rautheimerwege war die Baugenossenschaft insofern in große Verlegenheit geraten, als ihr nicht gestattet wurde, dort Häuser zu errichten und sie das Terrain daher nicht ausnützen konnte. Aus dieser Veranlassung haben die städtischen Behörden ihr 1000 M. jährlich bewilligt. Die Genossenschaft würde aber in die allererdenklichste Unbequemlichkeit kommen, wenn ihr dieser Zuschuß entzogen würde. In diesem Jahre baut übrigens die Genossenschaft nicht. Wohnungen in dem Preise, wie Herr Meyerhoff angeführt hat, stellt aber die Baugenossenschaft gar nicht her, denn die höchsten Mietpreise betragen nur 210 M.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Hierbei lehnt die Versammlung die Anträge Jasper, Meyerhoff und Blasius im einzelnen ab und gilt dadurch auch der Antrag Günther als abgelehnt.

Der Etat wird nach Maßgabe der Vorlage festgestellt.

### Kreis kommunalkasse.

Einnahme und Ausgabe 2843 300 M.

Zur Verfügung 121,62 M.

Nachdem auch dieser Etat nach Maßgabe der Vorlage festgestellt worden war, ist die Beratung des gesamten Haushaltsplanes beendet.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

## II. Bauliche Aenderungen etc. in der Schule am Prinzenwege.

Die Pedellenwohnung in der Schule am Prinzenwege hat schon wiederholt zu Klagen Anlaß gegeben. Zu ihrer anderweiten Unterbringung und zwar im Erdgeschoße des westlichen Flügels des Schulgebäudes bietet sich jetzt insofern eine günstige Gelegenheit, als die Inspektorenwohnung am 1. April d. Js. infolge Abganges des Schulinspektors Töpke frei wird und, da ihre Beibehaltung als solche nicht erforderlich erscheint, für das durch Verlegung der Pedellenwohnung in das Erdgeschoß in Wegfall kommende Klassenzimmer innerhalb der jetzigen Inspektorenwohnung reichlich Ersatz zu beschaffen ist. Es läßt sich das zweckmäßig durch Herrichtung zweier

Klassenräume bei gleichzeitiger Einrichtung eines Inspektorzimmers und eines Lehrerzimmers machen. Die Zahl der Klassen würde hierdurch dauernd um eine vermehrt werden.

Im Einvernehmen mit dem Schulvorstande ist der Magistrat der Ansicht, daß es zweckmäßig erscheint, diese baulichen Änderungen auszuführen. Die Kosten betragen 8800 M, dazu kommen 1165 M für Beschaffung des Mobiliars einer neuen Klasse und 70 M für Umfegung und Ausbesserung des Mobiliars einer der vorhandenen Klassen, sowie 612,35 M für die Ausstattung des Inspektorzimmers. Der Magistrat gibt anheim, den angeedeuteten baulichen Änderungen zuzustimmen und die für diese und das Mobiliar aufzuwendenden Kosten mit 10647,35 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Schulkommission, für welche Herr Blasius berichtet, geschieht.

### III. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Kinderheim.

Für das auf dem Pflegehausgrundstücke erbaute Kinderheim, welches im Laufe der nächsten Monate bezogen werden soll, ist, soweit nicht schon vorhanden, die innere Einrichtung zu beschaffen. Der von der städtischen Bauverwaltung hierfür aufgestellte Kostenanschlag schloß mit einem Betrage von 55 000 M ab, während in den Haushaltsplan für 1904/05 von dem Magistrate nur 45 000 M eingestellt waren. Es haben deshalb auf Veranlassung des Magistrates erhebliche, insgesamt 10 000 M umfassende Abstriche stattgefunden, wodurch die Gesamtsumme auf 45 000 M ermäßigt wird. Die Pflegehausdeputation hat erklärt, daß sie einstweilen mit den Gegenständen werde auskommen können, daß aber eine weitere Beschränkung nicht angängig sei. Dieser Ansicht beipflichtend ersucht der Magistrat, der Beschaffung der Einrichtung für das Kinderheim nach Maßgabe des Anschlages zuzustimmen und sich mit der Verwendung der im Etat vorgesehenen Summe von 45 000 M einverstanden zu erklären.

Auf Antrag der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage mit der Maßgabe zugestimmt, daß der Ankauf der Gegenstände im Einvernehmen mit der Baukommission erfolgt.

### IV. Herrichtung von Warte- und Waderäumen im städtischen Krankenhause.

Das Fehlen von Warteräumen für die im städtischen Krankenhause Aufnahme suchenden Personen hat sich mehr und mehr fühlbar gemacht, und erheischen die Unzuträglichkeiten und Gefahren, welche mit dem Verweilen der Wartenden auf den Korridoren verbunden sind, baldige Abhilfe. Der Magistrat hat deshalb die städtische Bauverwaltung beauftragt, geeignete Vorschläge zur Beseitigung des Uebelstandes und außerdem auch zur Einrichtung der aus gesundheitlichen Gründen notwendigen

Baderäume für die aufzunehmenden Personen zu machen. Die erforderlichen Räumlichkeiten lassen sich unter Aufwendung von 6200 M in dem Mittelteile des Kellergeschosses des Krankenhauses zweckmäßig herstellen, auch ist auf die Heizung, Beleuchtung und Wasserversorgung der Räume in der nötigen Weise Bedacht genommen. Im Einverständniß mit der Pflegehausdeputation ersucht der Magistrat, sich mit der Herrichtung der erwähnten Räume einverstanden zu erklären und der Verwendung der im Etat ausgeworfenen 6200 M zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

#### V. Umbau einer Straßenfläche am Augustplatz.

Zu dem bereits genehmigten Austausch von zwei der Stadt gehörigen, am Augustplatz bzw. am Lessingplatz gelegenen Flächen zu 5 und 119 qm Inhalt gegen ebendasselbst gelegene fiskalische Grundflächen in Größe von 92 und 4 qm hat das Herzogliche Staatsministerium nachträglich die Bedingung gestellt, daß die Stadt die infolge ihres Grunderwerbs nötig werdenden Aenderungen der Fußwege und der Gassen-Vorfluten auf ihre Kosten beschaffe. Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung würden hierfür 400 M aufzuwenden sein. Der Magistrat ersucht, die vorbezeichnete Bedingung aus Zweckmäßigkeitsgründen zu genehmigen und ihn zur Verausgabung der 400 M zu ermächtigen,

was geschieht, nachdem Herr Rieke namens der Baukommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

#### VI. Aenderung des Ortsbauplanes am Bültenwege.

Gelegentlich der Beratung des der Versammlung seinerzeit vorgelegten Projektes über den Ausbau des Bültenweges auf der Teilstrecke zwischen der Nordgrenze des Grundstücks M. ass. 3752 und der Einmündung des Langenkampes — Seite 286 des Berichtes — ist an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, zunächst eine Abänderung des Projektes in der Weise auszuarbeiten zu lassen, daß die als Abfuhrweg vom Nordbahnhofe demnächst stark frequentierte Spargelstraße besser als vorgesehen in den Bültenweg einmünde. Unter Uebersendung eines anderen Entwurfs für eine Aenderung des Ortsbauplanes an der bezeichneten Stelle wird die Versammlung ersucht, das Einverständniß zu der Aenderung des Ortsbauplanes zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler empfiehlt die Baukommission, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

Es handelt sich hierbei nicht um die Genehmigung des Ausbaues der nördlichen Strecke des Bültenweges, wie Herr Oberbürgermeister Kete Meyer aus-

führt, sondern nur um die Genehmigung des Ortsbauplanes an der betreffenden Stelle.

## VII. Verkauf eines Grundstücks am Maschplatze.

Von dem der Stadt gehörigen Terrain des alten Maschplatzes ist noch eine 4,65 a haltende Fläche verfügbar geblieben, deren Veräußerung wegen Mangels angemessener Angebote bislang unterblieben ist. Nachdem jetzt der Maurer Karl Beulke 8000 M einschließlich Straßenkosten für den Platz geboten und eine öffentliche Verkaufsstellung des Grundstücks Bewerbungen um dasselbe nicht weiter zur Folge gehabt hat, glaubt der Magistrat diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu sollen, zumal nicht anzunehmen ist, daß der Preis in nächster Zeit überboten werden wird. Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dem Verkaufe des Grundstücks einverstanden zu erklären und den aufgenommenen Kaufvertrag zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Fiedel.

## VIII. Antrag Müller: Abbruch der Verhandlungen wegen des Zirkusbaues.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Verhandlungen mit der Firma Rasche & Krahsh, den Zirkusbau betreffend, sofort abzubreaken und damit das Projekt als gescheitert zu betrachten.“

Herr Müller (zur Begründung): Mein Antrag bezweckt im wesentlichen, aus der Ungewißheit betreffs des Zirkusbaues herauszukommen. Im weiteren beziehe ich mich auf die Verhandlungen in der Sitzung vom 21. Januar d. Js. — Seite 325—328 des Berichtes. Schon damals ist von den betreffenden Mitgliedern des Magistrates und der Versammlung ausdrücklich betont worden, daß es Zeit wäre, Klarheit in der Sache zu erhalten. Der Magistrat hatte der Firma Rasche & Krahsh ein Ultimatum bis zum 15. Februar gestellt, während von Herrn Lord beantragt war, diese Frist bis zum 1. März auszudehnen. Nun ist schon wieder ein Monat darüber vergangen, und ich glaube, wir könnten wohl verlangen, daß ein entscheidender Schritt getan werde, damit die Stadt eventuell endlich wieder freies Verfügungsrecht über den Baugrund am Augustplatz erhalte. Aus diesem Grunde möchte ich um Unterstützung und sofortige Beratung des Antrages bitten.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte ersuchen, von einer sofortigen Beschlusfassung hierüber Abstand zu nehmen. Wir haben uns in der Deputation erst vorgestern mit der Frage befaßt und haben ein Schreiben an die Firma Rasche & Krahsh abgelaufen, dessen Beantwortung wir doch erst abwarten



müssen. Selbst wenn der Antrag des Herrn Müller heute angenommen würde, könnte ich doch nicht in Aussicht stellen, daß der Magistrat darauf einginge, weil sich die Stadt dadurch möglicherweise dem Vorwurfe aussetzen könnte, daß sie sich illoyal verhielte. Nachdem Sie für diesen Zweck eine Deputation gewählt und sie mit den Verhandlungen betraut haben, müssen Sie auch deren Beschlüsse respektieren.

Herr Müller: Den Antrag als solchen möchte ich aufrecht halten, wenn ich auch davon absehen will, ihn als einen dringenden einzubringen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will mich namens des Magistrates verpflichten, der Versammlung sofort Mitteilung zu machen, sobald die Verhandlungen mit der Firma weiter gediehen sind, und ich glaube, daß unter diesen Verhältnissen der Antrag überflüssig ist.

Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

#### IX. Antrag Esdorn: Erhöhung der Löhne für Nachtwächter.

Der bereits begründete — Seite 563 des Berichtes — und genügend unterstützte Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Löhne der Nachtwächter um 5 M monatlich zu erhöhen“, wird der Finanzkommission zur Vorprüfung überwiesen.

#### X. Antrag Esdorn: Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

- 1) die zur Erreichung des Höchstgehalts von 2900 M der städtischen Bureaugehilfen erforderlichen Dienstjahre von 27 auf 18 herabzusetzen,
- 2) die Gewährung eines angemessenen Wohnungsgeldzuschusses für die städtischen Beamten ins Auge zu fassen und
- 3) eine angemessene Dienstbezeichnung für die städtischen Bureaugehilfen einzuführen.“

Zur Begründung führt Herr Esdorn folgendes aus: Wenn auch die städtischen Bureaugehilfen dankbar anerkennen, daß sie vor einigen Jahren eine Gehaltserhöhung bekommen haben, so sind sie den staatlichen Beamten in gleicher Stellung gegenüber doch dadurch weit zurück, daß sie erst nach 27 Jahren das Höchstgehalt erreichen können. Die Stadt ist ja bekanntlich auch verpflichtet, Militäranwärter anzunehmen, die im allgemeinen erst im Alter von 32 Jahren zur Anstellung gelangen und daher erst im Alter von 59 Jahren das Höchstgehalt erlangen können. Man darf doch aber wohl erwarten, daß ein Beamter mindestens

mit dem 50. Lebensjahre das Höchstgehalt erreicht. Sie wissen, daß unsere Beamten eine entsprechende Vorbildung haben müssen und man ziemlich viel von ihnen verlangt, sie müssen deshalb auch in den mittleren Jahren mehr verdienen, als bisher. Es liegt mir ein Zeitungsausschnitt vor, nach welchem in Peine ein Magistratsassistent, welche Stellung der unserer Bureauehilfen entspricht, mit einem Anfangsgehalte von 1400 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 M., sowie einem Wohnungsgeldzuschusse gesucht wird. Also selbst in der kleinen Stadt Peine wird dasselbe Gehalt gezahlt wie hier und kommt noch ein Wohnungsgeldzuschuß dazu. Wenn wir zufriedene Beamte haben wollen, so sind wir auch verpflichtet, unsere städtischen Beamten den staatlichen Beamten gleichzustellen; letztere erreichen aber ihr Höchstgehalt bereits mit 18 Dienstjahren und bekommen außerdem noch einen Wohnungsgeldzuschuß. Die Bezeichnung „Bureauehilfe“ ist auch keine angenehme und würde sich zweckmäßig durch „Assistent“ oder „Buchhalter“ ersetzen lassen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält gleichfalls die Finanzkommission zur Vorberatung.

#### **XI. Antrag Günther: Uebernahme der Waldspiele auf städtische Kosten.**

Der bereits begründete — Seite 597 des Berichtes — und genügend unterstützte Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Einwilligung dazu gibt, daß die Waldspiele für Kinder, sowie die Verschickung von Kindern hiesiger Einwohner in die Sommerfrische auf städtische Kosten übernommen werden“,

wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

#### **XII. Neuwahl des Realsteueraussschusses.**

Der Realsteueraussschuß besteht zurzeit aus den Stadtverordneten Ahmann, Buchler, Göcke, Lupprian und Schmidt und den Bürgern A. Bültemann, F. Dreves, Alb. Nieß, C. Osterloh und D. Struß.

Die sämtlichen Herren werden auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden auf fünf Jahre durch Zuvuf wiedergewählt.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 8<sup>1/2</sup> Uhr.







